Karl von Rotteck's

Allgemeine Geschichte

vom

Anfang der historischen Kenntniß

bis auf unsere Zeiten.

Elfter Band.

Karl von Rotteck's

Allgemeine Geschichte

vom

Anfang der historischen Kenntniß

bis auf unsere Zeiten.

Originalwerk in neun Bänden.

Mit dem Portrait des Verfassers.

Elfter Band.
(Zweiter Ergänzungsband.)

Braunschweig,
Stereotypie, Druck und Verlag von George Westermann.

1859.

Inhaltsanzeige des elften Bandes.

Siebzehntes Kapitel.

Achtzehntes Kapitel.

Erstes Kapitel.

Deutschland von 1840—1848, Rückblicke. — Die ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelm's IV. — Der Kölner Dom. — Die kirchlichen Wirren. — Lichtfreunde und Deutschkatholiken. — Die Reformen im Strafproceß und im Gefängnißwesen. — Schleswig-Holstein. — Der Scandinavismus. — Der polnische Aufstand von 1846. — Der Vereinigte Landtag. — Die Gewerbeausstellungen. — Die Eisenbahnen. — Rückblick auf die geistigen Strebungen der Zeit.

Am zweiten Pfingsttage (7. Juni) des Jahres 1840 schied König Friedrich Wilhelm III. von Preußen aus der Welt. Er hatte in seinem siebenzigjährigen Leben die französische Revolution und die tiefste Erniedrigung Preußens gesehen, aber auch die glorreiche Wiedererhebung von 1813 vorbereitet und mit Kraft durchgeführt. Die ältere Generation hatte mit ihm eine wechselvolle Zeit gemeinschaftlich durchlebt. Die jüngere sah in ihm den Erhalter und Mehrer des preußischen Kriegsruhms, und so war er Allen auch in der letzten, minder thätigen und unscheinbaren Periode seiner Regierung um so theurer geblieben, als er durch Privattugenden zur Ehrfurcht aufforderte. Daß er in seinen letzten Jahren mit einer gewissen Aengstlichkeit bedeutende und geniale Männer von sich fern gehalten und, sofern sein starkes religiöses Gefühl nicht in's Spiel kam, halben Maßregeln und unbefriedigenden Lösungen den Vorzug gegeben hatte, verkannte man darum nicht, entschuldigte es aber mit seinem hohen Alter. Sein Sohn und Thronfolger Friedrich Wilhelm IV. war fünfundvierzig Jahre alt und stand mithin in der vollen Kraft des Mannesalters. Die Meinungen über ihn waren ge-

theilt; daß er ein Mann voll von Geist und regstem Streben, den Wissenschaften und Künsten mit Liebe zugewendet sei, darüber herrschte nur eine Stimme. Es wurde bemerkt und als glückverheißend hervorgehoben, daß er den Thron genau ein Jahrhundert nach dem Regierungsantritt Friedrich's des Großen besteige.

Deutschland war in dieser Zeit nicht grade ohne Bewegung, aber im Ganzen ruhig. Die durch die Aufhebung des hannöver'schen Staatsgrundgesetzes hervorgerufene Aufregung hatte aufgehört, die würtembergische Opposition war von der politischen Schaubühne abgetreten, in Baden war die Theilnahme an den politischen Dingen, wie man meinte in Folge der materiellen Wohlthaten des Zollvereins, halb und halb erloschen und in Sachsen herrschte zwischen der Regierung und der Bevölkerung die ungetrübteste Harmonie, wogegen in Baiern freilich die neue Ministerialtheorie, daß die Stände von allen Erübrigungen der Verwaltung von einmal bewilligten Geldern keine Rechenschaft zu fordern hätten, einige Unzufriedenheit erregte. Ebenso waren die Verhältnisse zum Ausland befriedigend, und namentlich hatte der belgisch-holländische Vertrag vom 8. Juni 1839, der die Trennung der beiden Länder definitiv regelte, einen vielfach gefürchteten Anlaß zu Streitigkeiten beseitigt.

Auch in dem einzigen Conflicte, den er vorfand, in dem religiösen wegen der Mischehen, hatte der neue Monarch eine glückliche Stellung. Sein Vorgänger auf dem Throne hatte bei diesem Streite eine soldatische Barschheit entfaltet und die Erfahrung geerntet, daß nicht alle Knoten mit dem Schwerte zu durchhauen sind. Diese Erfahrung konnte der Nachfolger benutzen und mit Milde und Mäßigung auf den richtigen Weg einlenken. Er zauderte keinen Augenblick, es zu thun. Die beiden verhafteten Erzbischöfe von Köln und Posen, Droste-Vischering und Dunin, wurden ihrer Haft entlassen. War die entstandene Irrung dadurch noch nicht ausgeglichen, so hörte doch die schroffe Gegenstellung der geistlichen und der weltlichen Macht auf und es war ein versöhnlicher Ton angeschlagen worden, von dem sich, wie in einer amtlichen Bekanntmachung gesagt wurde, hoffen ließ, daß eine Verständigung folge, „durch welche die Rechte der Krone gewahrt und das Ansehn der Landesgesetze sowie die Wiederkehr der kirchlichen Ordnung gesichert werden würden.“

Diese Maßregel der Milde stand nicht allein. Am 10. August wurde

eine allgemeine Amnestie wegen aller politischen Vergehen erlassen, welche insbesondere die preußischen Mitglieder der deutschen Burschenschaft aus ihrer langen Haft befreite. Früher schon waren zwei hochgefeierte Männer, Ernst Moritz Arndt und „der alte Jahn,“ von den Folgen der Ungunst, die sie wegen ihres treuen Festhaltens an den Gesinnungen von 1813 getroffen hatte, entlastet worden. Arndt durfte den Lehrstuhl wieder betreten, Jahn seinen Aufenthalt wieder nach freier Wahl hier oder dort nehmen. Bisher war ihm die kleine, anmuthig gelegene Stadt Freiburg an der Unstrut, einmal sogar das nahe reizlose Cölleda, als Zwangsaufenthalt angewiesen gewesen. Ein dritter, in anderer Weise verdienter Mann der Befreiungskriege, General von Boyen, der 1820 mit Beyme und Wilhelm von Humboldt zugleich aus dem Ministerium ausgetreten war, sah sich in die unmittelbare Nähe des Königs berufen. Er wurde zum Staatsrath, zum General der Infanterie und schließlich zum Kriegsminister ernannt.

Aus diesem Allen ergab sich nicht mit klarer Bestimmtheit, wie der König in der Hauptfrage handeln, ob er aus den Provinziallandtagen, wie seit einem Vierteljahrhundert erwartet wurde, einen Reichstag hervorgehen lassen, oder die älteren Versprechungen einer Gesammtverfassung für unverbindlich erklären und dem voraussichtlichen Verlangen nach einer solchen Verfassung, in der Tausende seiner Unterthanen die natürliche Fortbildung der staatlichen Verhältnisse erkannten, widerstehen werde. Die Gelegenheit, eine Aeußerung des Königs über diesen wichtigsten Punkt zu erhalten, kam eher, als man erwartet hatte.

Im August 1840 begab sich der König nach Ostpreußen, um sich in der Provinz, auf der die Königswürde der Hohenzollern ursprünglich ruht, huldigen zu lassen. Der dortige Landtag hatte nach altem Herkommen das Recht, die Anerkennung seiner Privilegien zu erbitten. Die Stände beschlossen aber, nicht um die Erneuerung alter Vorrechte und der Begünstigung einzelner Stände, sondern um eine Vertretung des gesammten Landes und Volkes, mithin um die preußische Gesammtverfassung, welche bereits durch die königliche Verordnung vom 22. Mai 1815 in Aussicht gestellt worden war, zu bitten. Speciell richtete sich der Antrag auf die Ernennung eines Ausschusses, der mit Zuziehung der Provinzialstände eine schriftliche Urkunde als Verfassung des preußischen Reichs ausarbeite. Außer dem königlichen Commissar, Oberpräsidenten von Schön, der seit 1809 in der ausgezeichnetsten Weise für die Provinz thätig gewesen

war und mit dem jetzigen König gemeinschaftlich die würdige Herstellung der herrlichen Marienburg fast bis zu Ende geführt hatte, sprachen die namhaftesten Männer Ostpreußens für den Antrag, und derselbe wurde mit 90 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die erste Antwort des Königs (10. September) wurde als eine für die ständische Bitte günstige verstanden. Dieser Irrthum dauerte nicht lange, denn eine Cabinetsordre vom 4. October befahl die Veröffentlichung aller Schriftstücke, welche auf die Berathungen des ostpreußischen Landtags Bezug hätten, „um jeder irrigen Ansicht entgegen zu treten, als ob der König durch seinen Landtagsabschied, oder durch die mündliche und schriftliche Anerkennung der Gesinnungen der Stände seine Zustimmung zu dem Antrage auf Entwicklung der Verfassung im Sinne der Verordnung vom 22. Mai 1815 ausgesprochen habe." Eine andere und ausführlichere Erklärung stellte über jeden Zweifel hinaus fest, daß Friedrich Wilhelm IV. die modernen Verfassungen als undeutsch und willkürlich, dem Grundsatz der Gleichmacherei huldigend verwerfe und die ständische Gliederung als die einzig zulässige Grundlage der Landtage aufrecht zu erhalten entschlossen sei.

Diese ablehnenden Antworten auf den Antrag der ostpreußischen Stände riefen zwei Flugschriften hervor, deren Wirkung auf die öffentliche Meinung eine ungemeine war. Dr. Jakoby in Königsberg schrieb seine berühmten „Vier Fragen," Oberpräsident von Schön sein „Woher und wohin?" Beide Schriftsteller gelangten zu demselben Schlusse, den Schön mit den Worten ausdrückte: „Nur durch Generalstände kann und wird in unserm Lande ein öffentliches Leben entstehen." Ein dritter, von ganz andern Standpunkten ausgehender Schriftsteller, v. Bülow-Cummerow, war in so fern ein Bundesgenosse jener beiden, indem er den Autoritätsglauben an die Vortrefflichkeit der preußischen Verwaltung dadurch erschütterte, daß er den Nachweis führte, ungeachtet der hohen Bildung und Redlichkeit der Beamten sei noch viel zu thun, ehe man Zusammenhang, Klarheit und Sicherheit in den Geschäften gewinne und bis zu der Einheit der Staatshaushaltung durchdringe, welche die constitutionellen Staaten Baiern, Sachsen, Würtemberg und Baden auszeichne.

Auf den Provinziallandtagen, wo der Versuch gemacht wurde, einen Anschluß an die Gesinnungsäußerung der ostpreußischen Stände zu bewirken, scheiterten die Anhänger der modernen Verfassungstheorie meistens. Hier

hätte der König keinen Oppositionsgeist zu befürchten gehabt, wenn es seine Absicht gewesen wäre, Alles beim Alten zu lassen. Sein Weg war indessen ein anderer. Innerhalb des kurzen Zeitraums von fünf Tagen (11. und 16. Juni 1842) wurden die beiden Vertreter der entgegengesetzten Ansichten, v. Schön und v. Rochow, aus dem Staatsdienste entlassen und an die Stelle des letzteren Graf Arnim berufen. Diese Wahl bezeichnete die mittlere Stellung, welche der König zwischen den Forderungen von rechts und von links einzunehmen gedachte. Das erste Decret von Wichtigkeit, welches der neue Minister unterzeichnete, berief Ausschüsse der sämmtlichen Provinzialstände zu gemeinschaftlichen Berathungen nach Berlin. Diese Vereinigung der Ausschüsse sollte eben die Entwickelung der ständischen Institutionen sein, welche von dem verstorbenen König in Aussicht gestellt worden sei, und die Aufgabe der Versammlung darin bestehen, den ständischen Beirath der Provinzen durch ein Element der Einheit zu ergänzen, abweichende Interessen auszugleichen und die Mitwirkung ständischer Organe zu allgemeinen Maßregeln in den Fällen zu beschaffen, wo der Landesherr sie auf möglichst kurzem Wege für nöthig erachte.

Gegenstände politischen Inhalts wurden den Ausschüssen, deren Verhandlungen am 10. November 1842 schlossen, nicht vorgelegt. Die Regierung hielt mit solcher Aengstlichkeit darauf, den im Voraus für sie bestimmten Wirkungskreis nicht überschreiten zu lassen, daß der vorsitzende Minister den Antrag eines Mitgliedes, die Versammlung möge dem König für ihre Berufung danken, als ordnungswidrig zurückwies. Als ferner zur Berathung über einen Steuererlaß übergegangen werden sollte, zeigte sich, daß diese Frage bereits durch den Beschluß des Königs, die Salzpreise zu ermäßigen, definitiv entschieden sei. An die Reichsstände wurde nur einmal, und fruchtlos, erinnert. In der preußischen Presse, der man inzwischen einige Erleichterungen hatte zu Theil werden lassen, waren Hinweisungen auf diesen Cardinalpunkt besonders häufig gewesen, und im Hinblick darauf ermahnte der König die Mitglieder der Ausschüsse, als er sie entließ, besonders von der Wahrheit durchdrungen zu sein, daß sie keine Repräsentanten des Windes der Meinung und der Tageslehren seien.

Für die ganz einseitige Richtung der damaligen Zeit, welche alle Interessen und alle Lebensregungen ausschließlich auf die politischen und kirchlichen Händel sich werfen ließ, hatte der König einen scharfen Blick. Auch das

entging ihm nicht, daß die Nationalität, eine der gewaltigsten Kräfte der Gegenwart, in den Händen der Feinde der rechtlichen Ordnung die gefährlichste Waffe werden könne. Er bestieg den Thron mit dem festen Entschlusse, dem deutschen Bunde neues Leben einzuhauchen und seinen ganzen Einfluß dafür aufzubieten, daß Deutschland an innerer Gemeinschaft wachse und nach Außen mächtiger und geehrter werde. Bei der ersten Unterredung, die er mit dem Staatskanzler Fürsten Metternich hatte (zu Dresden, im August 1840), erklärt er diese Absicht und forderte Oesterreich zur Mitwirkung auf. Der augenblicklichen Zeitlage entsprechend, sollte zunächst die Wehrhaftigkeit gestärkt werden. Frankreich rüstete, und es gewann fast den Anschein, als ob Ludwig Philipp die Niederlage, welche seine Politik so eben im Orient bei ihrer Parteinahme für Mehemed Ali gegen die Pforte erlitten hatte, durch einen Feldzug gegen Deutschland rächen wolle. Mit dieser Gefahr beschäftigten sich denn auch die Dresdener Verhandlungen, und das einträchtige Zusammengehen von Oesterreich und Preußen führte zu Maßregeln, mit denen man nur zu lange gezögert hatte. Es trat nun die erste wirkliche Controle des Bundesheeres ein, viele Mängel wurden abgestellt und Vorsorge getroffen, daß sie nicht wiederkehrten. Auch der langen Unthätigkeit in den Festungsbauten, für die das Geld seit 1815 in Rothschild's Cassen bereit lag, wurde ein Ende gemacht. Es hatte sich in den vorigen Jahren darum gehandelt, ob entweder Ulm oder Rastatt befestigt werden solle, jetzt wurde der Ausbau beider Bundesfestungen beschlossen und der Mehrbetrag der Kosten von den einzelnen Regierungen übernommen. Nachdem die Kriegsgefahr aufgehört hatte, wurden die Verhandlungen über den Bund noch einmal aufgenommen (auf Schloß Stolzenfels im Sommer 1845), doch kam man über einen Austausch von Meinungen nicht hinaus. Die Schwierigkeiten waren zu groß, die Form eines Staatenbundes in die eines Bundesstaats zusammenzuziehen und den Widerstreit der Meinungen bis zu einer Verständigung über besonders dringliche Gesetze auszugleichen.

Der Kölner Dom war dazu auserkoren, ein Symbol zu werden, was deutsche Eintracht auszurichten im Stande sei. Die Geschichte dieses Doms, dessen Bau in der großen Hohenstaufenzeit begonnen, kümmerlich durch Jahrhunderte durchgeschleppt worden und endlich liegen geblieben war, zeigte, welche Verwüstungen die Zwietracht in Deutschland angerichtet hatte, wie dann der zersetzende Einfluß der Fremden wie ein schleichendes Gift wirksam

geworden und die Kraft verfallen war, bis endlich das alte Prachtgebäude das Ansehn einer Ruine angenommen hatte. Bei der Wiederaufnahme des Baues sollten nun alle Deutschen, Protestanten wie Katholiken, sich einigen. In der That bildeten sich auch außerhalb der preußischen Rheinlande, im Süden wie im Norden und unter beiden Bekenntnissen Dombauvereine, welche namhafte Beiträge steuerten und an einen Ausschuß in Köln schickten.

Der König sagte dem rheinischen Landtage seine Unterstützung des Werks zu und erhöhte seinen jährlichen Beitrag bis auf 50,000 Thaler. Am 4. September 1842 legte er den Grundstein zu den neuen Arbeiten und richtete bei dieser Gelegenheit eine Ansprache an die zahllose versammelte Menge, die mit ihren Bannern vor dem Eingange des Doms aufgestellt war. „Dies ist," waren seine Worte, „kein gewöhnlicher Prachtbau. Es ist das Werk des Brudersinns aller Deutschen, aller Bekenntnisse. Hier, wo der Grundstein liegt, dort, mit jenen Thürmen zugleich, sollen sich die schönsten Thore der ganzen Welt erheben. Deutschland baut sie — so mögen sie für Deutschland durch Gottes Gnade die Thore einer neuen großen, guten Zeit werden. Alles Arge, Unrechte, Unwahre und darum Undeutsche bleibe fern von ihnen. Nie finde diesen Weg der Ehre das ehrlose Untergraben der Einigkeit deutscher Fürsten und Völker, das Rütteln an dem Frieden der Confessionen und der Stände, nie ziehe jemals wieder der Geist hier ein, der einst den Bau dieses Gotteshauses, ja den Bau des Vaterlandes hemmte. Der Geist, der diese Thore baut, ist derselbe, der vor 29 Jahren unsre Ketten brach, die Schmach des Vaterlandes, die Entfremdung dieses Ufers wandte. Es ist der Geist deutscher Einigkeit und Kraft. Ihm mögen die Kölner Dompforten Thore des herrlichsten Triumphes werden. Er baue, er vollende! Und das große Werk verkünde den spätesten Geschlechtern von einem durch die Einigkeit seiner Fürsten und seiner Völker großen, mächtigen, ja den Frieden der Welt unblutig erzwingenden Deutschland, von einem durch die Herrlichkeit des großen Vaterlandes und durch eigenes Gedeihen glücklichen Preußen, von dem Brudersinne verschiedener Bekenntnisse, die inne geworden, daß sie eins sind in dem einigen göttlichen Haupte!"

Auf die Grundsteinlegung folgte eine Heerschau über die Linie und die Landwehr, welcher mehrere deutsche Fürsten beiwohnten. Zwei derselben benutzten eines der stattfindenden Feste, ihre Uebereinstimmung mit den deutschen Gesinnungen des Königs auszusprechen. Der König von Würtemberg

rief „Deutschland, dem gemeinsamen großen Vaterlande" ein Hoch, der Erzherzog Johann von Oesterreich brachte den Trinkspruch aus: „So lange Preußen und Oesterreich, so lange das ganze übrige Deutschland, so weit die deutsche Zunge reicht, einig sind, so lange werden wir unerschütterlich dastehen, wie die Felsen unsrer Berge!"

Der Parteihader ließ sich das Schweigen, das ihm in Köln geboten wurde, nicht auferlegen. Zwei Jahre lang hatte die Thronbesteigung des Königs von Preußen beschwichtigend gewirkt. Sein Auftreten war so ernst und so gewinnend, daß die Blicke sich unwillkürlich auf dasselbe richteten. Was in Preußen sich vorbereitete, schien so wichtig und für das Ganze bedeutungsvoll zu sein, daß das übrige Deutschland in dieser ersten Zeit allein für die dortigen Vorgänge Aufmerksamkeit hatte. Die Rede des Königs beim Kölner Dombaufeste hatte die unbestimmten Erwartungen auf das Höchste gespannt, um so tiefer wurden sie durch die unbefriedigenden Resultate der Berathungen der vereinigten Ausschüsse herabgestimmt. Preußen blieb vor der Hand noch der Mittelpunkt der Ereignisse, aber nicht mehr in Frieden und Eintracht. Von hier gingen vielmehr die nächsten Störungen aus, und ominös genug waren sie religiöser Natur.

Die Lieblingsschöpfung des verstorbenen Königs war die Union der Lutheraner und Reformirten gewesen. Für sie hatte er in jeder Weise gewirkt, sogar als Schriftsteller.*) Wer diesem Lieblingsgedanken, wie es die Altlutheraner thaten, entgegengetreten war, dem hatte er Strenge gezeigt, im Uebrigen aber die einzelnen Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche, die Rationalisten nicht minder als die Supranaturalisten, gewähren lassen. Die Rationalisten, denen es an Vertretern von wissenschaftlichem Ruf nicht fehlte, waren seit längerer Zeit wiederholt als Ketzer, Verwüster der protestantischen Kirche und Feinde des Christenthums bezeichnet worden. Bei allen solchen Angriffen leidenschaftlicher Gegner hatte die frühere Regierung ernste Mahnungen zur Mäßigung ergehen lassen. Das Erscheinen einer neuen Zeitschrift, der „Halleschen Jahrbücher" von Ruge und Echtermayer, wurde zu einem neuen Anklagepunkte gegen die Rationalisten gemacht. Da Halle, wo diese Zeitschrift erschien, zugleich einer ihrer Sitze war, und da

---

*) In der kleinen, natürlich anonym erschienenen Schrift: Luther in Beziehung auf die preußische Kirchenagende.

einzelne von ihnen, ehe die radical-philosophische Tendenz der Jahrbücher klar hervortrat, an denselben mitarbeiteten, so machte man sie insgesammt für alle Ausschreitungen Ruge's verantwortlich. Am weitesten gingen in dieser Beziehung Hengstenberg und Leo, der erste in der „Evangelischen Kirchenzeitung," der zweite in einer besondern Schrift: „Die Richtung und das Ziel der Halleschen Jahrbücher."

Die Angegriffenen glaubten in dem systematischen Auftreten der Gegner das Streben zu erkennen, die christliche Einsicht der Zeit durch die Satzungen der Vergangenheit binden, Andersdenkende vor ihr Glaubenstribunal ziehen und nöthigenfalls aus der kirchlichen Gemeinschaft ausstoßen zu wollen. Um gegen ein solches die Gewissensfreiheit beeinträchtigendes Verfahren zu protestiren und einen Kreis zu bilden, von dem der einzelne Bedrohte sich Rath zu erbitten vermöge, forderte ein Landgeistlicher der Provinz Sachsen, Uhlich mit Namen, mehrere Amtsgenossen zu periodischen Zusammenkünften auf. Die erste derselben wurde am 29. Juni 1841 in Gnadau veranstaltet und von nicht mehr als sechzehn Geistlichen besucht. Eine zweite, noch in demselben Jahre nach Halle berufene Versammlung vereinigte auch Laien. Von nun an kam man zweimal jährlich zusammen, und zwar in Köthen, wo die von drei Seiten mündenden Eisenbahnen bequeme Beförderungsmittel darboten. Die Vereinsform vermied man und gab sich eben so wenig Gesetze, als man Beamte ernannte. Der freie Meinungsaustausch wurde durch nichts beschränkt, jeder Redner fand Gehör, und die Zahl der Besucher stieg nach und nach über 2000. Auf der andern Seite trat auch die strengkirchliche Partei näher zusammen, wozu sie theils die ältern Missionsversammlungen benutzte, theils neue Vereine, von denen namentlich zwei, der kirchliche Centralverein in Halle und der Verein des historischen Christus in Berlin besonderes Aufsehen erregten.

1843 hatten sich die preußischen Kreissynoden versammelt, und im nächsten Jahre wurden die Provinzialsynoden einberufen. Die Hauptfrage, über welche die letztern zu entscheiden hatten, die Geltung der alten symbolischen Bücher für die evangelische Kirche der Gegenwart, stand im nächsten Zusammenhange mit den Bestrebungen der Lichtfreunde, wie die Besucher der Köthener Versammlungen sich jetzt nannten. Sie behaupteten ja, daß man aus diesen Bekenntnißschriften des 16. Jahrhunderts dasjenige entfernen müsse, was dem Zeitbewußtsein widerstrebe. In den verschiedenen Provinzen führten

die Berathungen zu sehr abweichenden Resultaten. In Berlin und Breslau wurde gar kein bestimmter Beschluß erreicht, in Magdeburg sprach man sich für, in Stettin gegen die Rationalisten aus, in Posen und Königsberg suchte man zu versöhnen und umging die eigentliche Streitfrage. Mit ihren eigenen Anträgen, den Pfarrern durch anzulegende Seelenregister eine Oberaufsicht auf die Gemeinde einzuräumen, Kirchenzeugnisse und die Privatbeichte einzuführen, den Geistlichen ein Vorladungsrecht gegen Gemeindemitglieder zu geben, einen allgemeinen Landeskatechismus anzufertigen, die Feier des Sonntags zu schärfen und den Gottesdienst zu vermehren, drangen die Strengkirchlichen nirgends durch.

In der Herbstversammlung der Lichtfreunde von diesem Jahr gab Wislicenus, ein Pfarrer in Halle, Erläuterungen über ein kleines Werk: „Ob Schrift, ob Geist," das er kurz vorher veröffentlicht hatte. Was er sagte, zog ihm eine Vorladung vor das Consistorium zu, und dieses trug, nachdem es ihn gehört hatte, einstimmig auf seine Amtsentsetzung an. Dieser Antrag fiel genau in die Zeit der nächsten Versammlung in Köthen, welche die letzte von allen war. Uhlich legte hier dreizehn Sätze vor, welche nach seiner Ansicht den Begriff und das Wesen der Kirche enthielten und nach längeren Erörterungen von den Anwesenden einstimmig angenommen wurden.

Dieser Versammlung, nach welcher die Lichtfreunde in Provinzialvereinigungen eine große Thätigkeit entwickelten und diese auch auf das benachbarte Königreich Sachsen ausdehnten, folgten Verbote der preußischen und sächsischen Behörden auf dem Fuße. Die letzteren motivirten ihre Maßregel gründlich und ausführlich. Volksversammlungen, erklärte der Minister von Könneritz den eben versammelten Ständen, seien nach den Bundestagsbeschlüssen von 1832 schon in polizeilicher Hinsicht nicht zu dulden und erschienen noch unzulässiger, wenn sie, wie die Vereinigungen in Köthen, Bestrebungen gegen das Glaubensbekenntniß, die jetzige Grundlage der Kirche, verfolgten und damit einen Angriff gegen die bestehende Kirche unternähmen, der nur zu leicht zu einem Umsturze oder zu einem Zerfallen derselben in Secten führen könne. Die Gewissensfreiheit sei lediglich eine individuelle, beziehe sich auf die religiöse Ueberzeugung jedes einzelnen Menschen und sei insofern eine vollkommene. Sobald sie sich aber im Verhältniß zu dritten Personen äußere, bestehende Confessionen angreifen wolle, sobald mehrere vermöge dieser individuellen Gewissensfreiheit sich zu einer neuen Confession vereinigen, oder

eine neue Secte bilden wollten, müsse diese Freiheit in dem Kirchenhoheitsrecht des Staats, der die Bildung neuer Kirchen und Secten zu beaufsichtigen, die bestehenden Kirchen zu schützen habe, ihre von selbst gebotene Grenze finden.

In dem Augenblicke, als diese Verbote die Thätigkeit der Lichtfreunde auf die Presse beschränkten, stand bereits eine zweite kirchliche Bewegungspartei im Felde. Sie schied sich von der katholischen Kirche ab, und bei ihrem ersten Auftreten konnte man glauben, daß sie auf eine ähnliche Reformation, wie jene des sechzehnten Jahrhunderts, ausgehe. Aus diesem Grunde fand sie in den protestantischen Ländern, wo sie entstand, viel Ermunterung und längere Zeit keine Hemmung.

Im Jahre 1842 wurde der seit sechs Jahren erledigte Bischofsstuhl von Trier wieder besetzt. Die Wahl traf den ehemaligen Domcapitular Arnoldi, einen Geistlichen der Richtung, die man gemeinhin als die ultramontane zu bezeichnen pflegt. Dieser Mann veranstaltete im Sommer 1844 eine Ausstellung des heiligen Rocks, den Trier zu besitzen überzeugt ist, und forderte zu allgemeinen Wallfahrten auf, für die er den Gläubigen einen vollkommenen Ablaß verhieß. Der Erfolg war der vollständigste. Die Zahl der Menschen, die sich in den Tagen der Ausstellung zu Trier, theils einzeln, theils in ganzen Gemeinden mit dem Pfarrer an der Spitze, einstellten, soll 1,110,000 betragen haben. Nicht bloß Deutsche, auch Holländer, Belgier und Franzosen kamen, und zu den Ungebildeten, die allerdings in der ungeheuren Mehrzahl waren, stellten Adel und hohe Geistlichkeit ein bedeutendes Contingent.

Diese Ausstellung war eine rein katholische Angelegenheit und hätte bei Allen, welche die Moselgegenden kennen, nicht das geringste Aufsehen erregen sollen. Dennoch erhob sich in der protestantischen Welt ein ungeheurer Lärm. Man sah in dem Vorgange die feindseligste aller Demonstrationen, die darauf ausgehe, den Religionsfrieden zu stören und die Katholiken gegen die Protestanten zu fanatisiren. Mehr als eine feindselige Bewegung gegen den Protestantismus, hieß es, sei in neuester Zeit durch solche allgemeine Wallfahrten angeregt worden.

In diese Aufregung schleuderte ein ehemaliger schlesischer Caplan, Johannes Ronge, einen Brief an den Bischof Arnoldi, der mit einem Aufrufe an alle Deutschen, Protestanten wie Katholiken, schloß, nicht länger zu dulden, „daß dem deutschen Namen eine solche Schmach angethan, der Lor-

beerkranz eines Huß, Hutten und Luther beschimpft werde, sondern ein Jeder nach seinen Kräften und endlich einmal entschieden dahin zu streben, daß der tyrannischen Macht der Hierarchie begegnet und Einhalt gethan werde." Der Brief erschien in einem politischen Oppositionsblatte, viele andere Zeitungen druckten ihn nach, und einige Städte dankten Ronge in Adressen. Was weiter zu thun sei, lehrte ein Beispiel, das kurz vorher an einem andern Orte gegeben worden war.

Die katholische Gemeinde zu Schneidemühl war mit ihrem Pfarrer wegen dessen Unduldsamkeit gegen eine gemischte Ehe in Zwiespalt gerathen. Der neue Hülfsgeistliche, den man ihr von Posen schickte, huldigte andern Grundsätzen und machte sich eine Partei, die mit ihm ihren Austritt aus der katholischen Kirche erklärte. Protestanten werden wollten die Abgefallenen nicht, sie stellten ein eigenes, dem von Nicäa nachgebildetes Glaubensbekenntniß auf und baten die Regierung um Anerkennung. (27. Oktober 1844.) Außerhalb Schneidemühl begann Czerski auch in mehreren anderen Orten mit deutscher oder deutsch-polnischer Bevölkerung zu predigen. Seine Gemeinden nannten sich christlich-apostolisch-katholische. Durch Ronge wurde die Zahl derselben bedeutend vermehrt. Zuerst in Breslau, und unter seiner eigenen Leitung, entstand eine kirchliche Genossenschaft, dann in Berlin, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Elberfeld, Offenbach und Annaberg, denen weiterhin Braunschweig, Hildesheim, Chemnitz, Marienburg in Westpreußen, Liegnitz, Worms, Freistadt in Schlesien, Schweidnitz, Görlitz, Glogau, Danzig, Thorn, Bromberg, Frankfurt an der Oder, Dortmund und Unna in Westphalen, Kreuznach und Wiesbaden folgten. Die Entstehung so vieler und zum Theil starker Gemeinden in weit von einander entlegenen Gegenden gab der Bewegung den Anschein einer Kraft, welche sie in der That nicht besaß. Sie äußerte sich ausschließlich in solchen Gegenden, welche eine überwiegende protestantische Bevölkerung hatten, und nicht eine einzige wissenschaftliche Autorität ließ sich von ihr gewinnen. Die beiden Führer zeigten nirgends eine bedeutende Seite, und insbesondere konnte die Rechenschaft, die Ronge von seinem geistigen Bildungsgange öffentlich ablegte, weder für seine Befähigung noch für den Ernst seines Strebens eine günstige Meinung erwecken.

In den ersten Monaten ihres Bestehens zeigten sich unter den neuen Gemeinden solche Meinungsverschiedenheiten, daß ein Concil zum Bedürfniß wurde. Dasselbe wurde in Leipzig in den Tagen vom 23. bis zum 27. März

1845 abgehalten und von funfzehn Orten beschickt. Man constituirte sich hier als deutsch-katholische Kirche und sprach als Ziel derselben aus: Gewissensfreiheit für jeden Einzelnen, Befreiung der Gemeinden von der Priestergewalt, Einigung Aller in den wenigen wesentlichen Grundsätzen des Glaubens. Uebrigens äußerte sich nicht bloß ein Auseinandergehen in eine strengere und freiere Richtung, welche die erste von Czerski, die zweite von Ronge vertreten wurden, sondern auch Abweichung in einzelnen Glaubenssätzen, welche zu einem Schisma gedrängt haben würde, wenn man nicht jeder einzelnen Gemeinde gestattet hätte, christliche Gebräuche beizubehalten und besondere Glaubenssätze aufzunehmen. Am Ende des Juli's war die Zahl der deutsch-katholischen Gemeinden auf 105 gestiegen, und es gab solche außer in Oesterreich und Baiern in jedem größern deutschen Staate. Ihren Gottesdienst hielten sie fast durchgängig in protestantischen Kirchen, welche ihnen zur Benutzung eingeräumt worden waren.

Die Deutschkatholiken hatten so wenig Kirchliches in altem Sinne angenommen, daß Viele sie für eine verkappte politische Partei hielten. Was drei Monate nach ihrem Concil in Leipzig geschah, gab diesem Argwohn neue Nahrung. Zu Anfang des August hatte dort die Musterung der Bürgergarde stattzufinden, zu welcher der Oberbefehlshaber sich persönlich einzufinden pflegte. Es war der Herzog Johann von Sachsen, der muthmaßliche Thronerbe, ein Prinz, den man wohl als selbstthätigen Freund der Literatur und als eines der fleißigsten Mitglieder der ersten Kammer kannte, dem aber selbst die Verleumdung keine Bevorzugung der Katholiken nachsagen konnte und dessen Stellung als Obergeneral der Bürgergarden grade nicht auf hocharistokratische Gesinnungen deutete. Wenige Wochen vor seiner Ankunft war das sächsische Verbot gegen die Lichtfreunde, welche von Freund und Feind mit den Deutschkatholiken so ziemlich identificirt wurden, ergangen, und ihre Entscheidung über die letztern selbst hielt die Regierung, um zuvor die Stände zu hören, noch zurück. Dies genügte, bei einem Theile der Bevölkerung Unzufriedenheit zu erregen.

Nachdem die Musterung, nicht ohne einige Störungen, vorüber war, versammelten sich die höheren Officiere und andere Männer der Stadt bei dem Prinzen zu einem Mahle, währenddessen die Musiker der Truppe ein Ständchen brachten. Wie gewöhnlich wurden sie von Volksmassen begleitet, die aber dieses Mal zischten und tobten, endlich sogar zu Steinen griffen

und die Fenster des Hotels einwarfen. Es wurde Militär herbeigezogen, und dieses feuerte, da der Tumult und das Steinwerfen fortdauerten. Es wurden mehrere Menschen getödtet, und unglücklicher Weise gehörten fast alle nicht zu den Unruhestiftern, sondern waren Neugierige. Dieser Umstand wurde ausgebeutet, und der Unglückstag (12. August 1845) übte seinen störenden Einfluß auf den ruhigen Gang der Entwickelung weit über Sachsen hinaus.

Die eben so ungerechten als maßlosen Angriffe, welche die Presse gegen den schwer beleidigten Prinzen und gegen die sächsischen Behörden richtete, waren insofern beachtenswerth, als sie die Unwirksamkeit der Censur und aller Präventivmaßregeln bewiesen. Ueberdies war dieser Beweis nicht der einzige, und die Preßfreiheit gewann nun außerhalb der liberalen Kreise Verfechter. In der badischen Kammer stellte ein Conservativer den hier und in den andern Ständeversammlungen immer wiederkehrenden Antrag, die Censur aufzuheben. Einen unmittelbaren Erfolg konnten alle diese Bestrebungen für Preßfreiheit nicht haben, da Bundesgesetze den einzelnen Staaten Rücksichten auflegten. Die Initiative gebührte dem deutschen Bunde, und dieser beschäftigte sich wirklich mit einem Preßgesetze, das über das Stadium des Entwurfs nicht hinausgegangen ist.

In der Frage der Reform der Strafrechtspflege waren Regierungen und Opposition einer Verständigung näher. Neue Criminalgesetzbücher waren jetzt in den meisten deutschen Ländern in Geltung und wurden überall, wo die Ordnung Karl's V. als geschriebenes Recht mit dem Gerichtsgebrauch in Gegensatz gerathen war, als ein großer Fortschritt begrüßt. In Preußen konnte dagegen ein neuer Strafgesetzentwurf nicht in's Leben treten, weil die Provinziallandtage von 1843 sich theils gegen das Ganze, theils gegen einzelne Bestimmungen aussprachen. So viel war in Preußen gewonnen, daß die rheinischen Geschworenengerichte von der Regierung nicht mehr ungünstig angesehen wurden. Die Beschränkungen, mit denen Verordnungen von 1821 und von 1834 die Competenz der Geschworenen umgeben hatten, wurden zum Theil hinweg geräumt, indem ein königlicher Erlaß von 1842 ihnen wieder alle Verbrechen außer Hochverrath, Majestätsbeleidigungen und Münzfälschungen zuwies. Oesterreich, dessen Strafgesetz von 1803 andern Staaten als Muster diente, beschäftigte sich mit der Ueberweisung der Patrimonialgerichtsbarkeit der Herrschaften und Gemeinden an unmittelbare landesherrliche Justizbehörden.

Die ständische Forderung einer Umänderung des Strafprocesses durch Einführung von Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen vor den entscheidenden Richtern wurde von einer Regierung nach der andern als begründet anerkannt. Ein schauderhafter Vorgang — der Selbstmord, zu dem ein politischer Gefangener, Pfarrer Weidig, durch fortgesetzte Quälereien des Untersuchungsrichters getrieben worden war — wandte dieser Reform die öffentliche Theilnahme im höchsten Grade zu. Die Regierungen von Sachsen und Baiern stellten Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen in Aussicht, Würtemberg ließ zuerst ein öffentliches Schlußverfahren eintreten, Baden folgte mit einem Gesetze nach, welches ein auf protocollarische Voruntersuchung gegründetes mündliches Verfahren vor dem untersuchenden Richter einführte.

An die schlimmen Uebelstände, die im Gefängnißwesen bestanden, reichten die erwähnten Verbesserungen im Strafverfahren nicht hinan. Die deutschen Zuchthäuser waren menschlicher eingerichtet worden, aber sie blieben Hochschulen des Verbrechens und des Lasters. Man hatte ziemlich überall Besserungs-Anstalten, welche liederliche und arbeitsscheue Umhertreiber, Trunkenbolde und verwahrloste Kinder aufnahmen, wodurch die Reihen einer Menschenclasse, aus der die Recruten des Verbrechens hervorzugehen pflegen, gelichtet wurden. Man hatte Vereine für entlassene Sträflinge, die den Zweck verfolgten, dem bestraften Verbrecher Arbeit zu verschaffen und den Makel von ihm zu nehmen, der mehr als alles Andere auf die alte Bahn zurücktreibt. Jene Anstalten und diese Vereine ließen das in der Mitte zwischen ihnen liegende Gefängnißwesen unberührt.

Die erste Anregung zu einer Gefängnißreform hatte die Gesellschaft der Freunde durch Howard und Andere gegeben. In den Vereinigten Staaten waren dann zwei Systeme aufgestellt worden, das Auburn'sche oder Schweigsystem und das pensylvanische oder Trennungssystem. Beide beruhen auf der strengsten Durchführung des Grundsatzes der moralischen Vereinzelung des Gefangenen. Das Auburn'sche System läßt die Sträflinge in großen Sälen unter dem tiefsten Schweigen gemeinschaftlich arbeiten und vereinzelt sie bloß in der Nacht, das pensylvanische System macht die gänzliche und fortwährende Absonderung zur ausnahmslosen Regel, indem es jeden Gefangenen in eine Einzelzelle bringt und bei den Spaziergängen, bei dem Gottesdienste Vorkehrungen trifft, daß keiner die Gesichtszüge des andern erkennen, keiner

mit dem andern sprechen kann. Beide haben von den verschiedenen Strafzwecken, die in der Theorie neben einander stehen, den Zweck der Besserung des Verbrechers für sich erwählt.

In Europa nahmen England und die Schweiz die amerikanischen Systeme zuerst an, England in den Mustergefängnissen von London, Belfast, Perth und Bath das philadelphische, die Schweiz in den neuen Strafhäusern von Lausanne und Genf das Auburn'sche. In den russischen Gebieten wurde durch den Grafen Skarbeck in Warschau mit dem pensylvanischen System ein Versuch gemacht. Aus den Erfahrungen, die man in den verschiedenen Ländern machte, zog man in Deutschland anfänglich den Schluß, daß das Auburn'sche System den Vorzug verdiene und brachte es in dem sächsischen Zuchthause zu Waldheim und in der badischen Central-Strafanstalt für Weiber zur Anwendung. In beiden machte man keine günstigen Erfahrungen: es war unmöglich, ein absolutes Schweigen durchzusetzen und Beziehungen zwischen den Gefangenen zu verhindern. Der Zweck der Besserung wurde ebenfalls unvollständig erreicht. In der badischen Strafanstalt bestand der jährliche Zugang immer zum fünften oder vierten Theile aus Rückfälligen. Die Congresse für Reform des Gefängnißwesens, welche bald hier bald dort stattfanden, führten zum Austausch der gemachten Erfahrungen. Diese waren dem System der Einzelhaft so günstig, daß die badische Regierung bei dem Bau des Männerzuchthauses in Bruchsal für dasselbe entschied. Die Stände gaben ihre Genehmigung (1845), nachdem Welcker sein gewichtiges Wort als Garantie gegeben hatte, daß die Einzelhaft unter den geeigneten Einrichtungen und Controlen mehr als irgend ein anderes System geeignet sei, von Verbrechen abzuschrecken und Besserung zu befördern. Das Gefängniß von Bruchsal hat die Vorurtheile, die man gegen die Einzelhaft hegte, widerlegt. Die Einzelhaft hat das körperliche Wohlsein der Verbrecher entschieden gefördert, Geistesstörungen und Selbstmorde kamen seltener vor, als in den meisten alten Zuchthäusern und die Zahl der Rückfälligen ist eine geringere.

Wie man sieht, war die liberale Partei in Deutschland im Ganzen nicht im Nachtheile. Sie war in der Frage der Preßfreiheit nahe daran, ihre Gegner zu bekehren, und was die Reform des Strafverfahrens betraf, so neigte sich der Sieg ganz auf ihre Seite. In einer dritten Frage, die namentlich gegen das Ausland von Bedeutung war, bestand zwischen ihr und

den Regierungen nicht einmal ein Schatten von Meinungsverschiedenheit. Die badischen Oppositionsmänner konnten nicht fester überzeugt sein, daß die unter dänischer Herrschaft stehenden Herzogthümer Schleswig und Holstein in Gemäßheit des deutschen, nicht des dänischen Staatsrechts regiert und vererbt werden müßten, als die Cabinette von Wien und Berlin es waren.

Die staatsrechtliche Stellung der beiden Herzogthümer zu Jütland und den dänischen Inseln ist von der holsteinischen Ständeversammlung in einer Adresse vom 21. December 1844 dem Recht und den geschichtlichen Verhältnissen genau entsprechend in den folgenden drei kurzen Sätzen ausgesprochen worden:

Die Herzogthümer sind selbständige Staaten.

Der Mannsstamm herrscht in den Herzogthümern.

Die Herzogthümer Schleswig und Holstein sind fest mit einander verbundene Staaten.

In dem Verfassungsgesetz vom 28. Mai 1831 war auf diese Zusammengehörigkeit keine Rücksicht genommen worden. Sowohl Schleswig als Holstein hatte eigene Stände erhalten. Seit dieser Zeit strebten beide fortwährend und immer erfolglos nach der Erfüllung ihrer wohlberechtigten Forderungen der Verschmelzung ihrer Landstände und der Trennung ihrer Finanzen von den dänischen. In Holstein wurden der deutschen Nationalität wohl einige Zugeständnisse gemacht, z. B. die Gesetze ausschließlich in deutscher Sprache veröffentlicht, die holsteinischen Soldaten nicht mehr in die auf den Inseln stehenden Regimenter eingestellt, dagegen hielt man um so bestimmter den ganz ungeschichtlichen Standpunkt fest, daß Schleswig ein integrirender Theil von Dänemark sei. Auch in Holstein suchte man die Einführung des dänischen Reichsbankgeldes durchzusetzen, und das Commando der Bundestruppen blieb dänisch.

Der vollen Unterstützung der Partei Dänemarks, welche im Augenblicke die mächtigste war, konnte die dänische Regierung selbst bei dem eigenmächtigsten Vorgehen gegen die Herzogthümer sicher sein. Diese Partei wollte eine freisinnige Verfassung, eine zeitgemäße Erneuerung der kalmarischen Union zwischen den drei scandinavischen Reichen und eine innige staatliche Verbindung mit Schleswig-Holstein. Die erste dieser drei Tendenzen war natürlich und vernünftig. Es war weder von den Verhältnissen geboten, daß die rein dänischen Landestheile zwei Ständeversammlungen, eine für Jütland,

eine für die Inseln, hatten, noch war es den Wünschen des Landes gemäß, daß die Stände weiter kein Recht besaßen, als jeden Gesetzentwurf, der eine Veränderung der persönlichen oder Eigenthumsrechte der Unterthanen bezwecke, oder auf die Steuern und alle andern Ausgaben und Gefälle Beziehung habe, näher zu erwägen und zu begutachten.

„Dänemark bis zur Elbe!" hieß das nationale Losungswort dieser Partei. Sie rechnete mit Sicherheit darauf, die Sympathien der Herzogthümer zu gewinnen, sobald Dänemark erst eine freisinnige Verfassung habe. Wenn das Elsaß für französische Freiheit sein Deutschthum hingegeben und im Laufe der Zeit fast vergessen hatte, so ließ sich um so eher erwarten, daß Schleswig und Holstein sich um denselben Preis an das stammverwandte Dänemark verkaufen würden. Dann hatte man eine „Morgengabe" — dieses Wort wurde von den dänischen Wortführern oft gebraucht — die man der scandinavischen Union darbringen konnte. Ohne die reichen Herzogthümer würde das kleine Dänemark vielleicht nicht willkommen gewesen sein.

In ihrer ursprünglichen Gestalt gehörte die Unionsidee einer etwas älteren Zeit an und trug ein literarisches Gewand. Die ersten Keime legte ein Bund romantischer Schriftsteller in Schweden, der sich nach seiner Zeitschrift den Namen der Phosphoristen beilegte und Attertom und Palmblad zu Führern hatte. Durch diesen Bund und hauptsächlich durch die Streitigkeiten, in die er sich verwickelte, wurde Theilnahme für nordische Poesie, Geschichte und Alterthumskunde und damit der Vorsatz erweckt, die schöne Literatur aus nationalen Elementen aufzubauen. Der gothische Bund, von Geijer 1811 in Stockholm gestiftet, erwarb sich durch urgeschichtliche Forschungen, durch die Herausgabe alter Volkslieder, überhaupt durch die Behandlung vaterländischer Gegenstände in gebundener und ungebundener Rede manches Verdienst. Derselbe Bund gab Schweden in der Person Tegner's den nationalen Dichter, nach dem Alles verlangte. Bisher hatte der Norden seine Bildung von Frankreich und Deutschland empfangen, jetzt dichtete einer seiner Sänger die Frithiofssage, die in die fremden Literaturen überging.

Die Dänen leisteten in wissenschaftlichen und literarischen Beiträgen für das Scandinaventhum wenig. Oehlenschläger, der nach dem Ruhme eines dänischen Dichters eifrig strebte, war ihr Sänger, Fiedrich Münter ihr Alterthumsforscher, Petersen ihr Philolog. Weder Oehlenschläger mit seinen „Göttern des Nordens" oder seinem „Hrolf Krake," noch Münter mit seinen

„Antiquarischen Abhandlungen," noch Petersen mit seiner „Geschichte der dänisch-norwegischen und der schwedischen Sprache in ihrer Entwicklung aus der Ursprache" drangen in das Volk ein.

Der älteren Generation sagte die Unklarheit der scandinavischen Idee nicht zu. Man erklärte ihr nicht, ob es sich um ein bloßes Bündniß der drei Reiche Schweden, Norwegen und Dänemark, oder um einen Bundesstaat mit gewissen gemeinschaftlichen Einrichtungen, oder um eine Vereinigung der scandinavischen Länder unter demselben König handle. Die Scandinaven wußten vielleicht selbst nicht, in welcher Form von Verkörperung ihr Gedanke dereinst in's Leben zu treten habe, und hielten sich an Allgemeines: daß die Uneinigkeit der drei Reiche sie schwach und klein gemacht habe und daß Rußland, wenn diese Streitigkeit fortdauerte, zuletzt alle in's Schlepptau nehmen werde. Die Dänen, die in der politischen Ausbeutung der Idee am thätigsten waren, kehrten sie zugleich gegen Deutschland. Nach ihrer Behauptung war die scandinavische Ehre bei der Behauptung der Herzogthümer betheiligt, denn diese waren eine scandinavische „Eroberung," und was das Schwert erworben, mußte das Schwert erhalten.

Auf den schwedischen und dänischen Hochschulen, die es mit unbestimmten Gefühlen und Ideen nicht allzu genau nahmen, fand das Scandinaventhum einen fruchtbaren Boden. Die Studenten der drei Reiche hielten von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte, um ihre Einigkeit in denselben Gesinnungen zu zeigen. Bei einer Vereinigung zu Upsala im Jahre 1844 stellten sich sogar Studenten aus dem russischen Finnland ein und überbrachten den Gruß der losgerissenen Brüder an das freie Scandinavien. Auf der nächsten Studentenversammlung in Kopenhagen, die am 23. Juni 1845 und in den folgenden Tagen stattfand, war offen von einer Wiedereroberung Finnlands, als der ersten Aufgabe des Scandinaventhums, die Rede. Dieses Fest war das glänzendste von allen, und es hatten sich zu ihm mehrere hundert Studenten aus Lund, Upsala und Christiania eingefunden.

Derselbe Orla Lehmann, der den Studentenversammlungen ein entschiedeneres Gepräge gab, brachte in die Opposition gegen die innere Politik Dänemarks eine lebhaftere Bewegung. Er war der Hauptgründer der Bauernvereine, deren Tendenz auf allgemeine Hebung des Bauernstandes und insbesondere auf Ablösung der Reallasten und Hofdienste hinauslief. Daß die Regierung ihn verfolgte und ihn wegen des Versuchs, „gegen Dänemarks

Verfassung und gegen die Weise, wie dessen Könige ihre Macht geübt, Haß und Unwillen verbreitet zu haben," zu dreimonatlichem Gefängniß verurtheilen ließ, machte ihn noch beliebter. Eine Demonstration, welche die Kopenhagener Bürgerschaft bei seiner Verurtheilung machte, war bei dem ruhigen Wesen der Dänen ein Zeichen großer Aufregung.

Als die Lehmann'sche Partei in den ständischen Versammlungen von Roeskilde und Viborg ihre ersten Anträge auf eine Verfassung für das ganze Reich stellte, verweigerte die Regierung die Antwort, weil Reichsangelegenheiten außerhalb der Befugnisse von Provinzialständen lägen. Dies hinderte die Opposition nicht, ihre Forderung durch Algreen Ussing wiederholen zu lassen und zugleich zu bitten, „daß Se. Majestät auf eine feierliche Weise zur Kunde der Unterthanen bringen wolle, daß die dänische Monarchie, das Königreich Dänemark, die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, zu ungetheiltem Erbe nach den Bestimmungen des Königsgesetzes über die Erbfolge gehe." Dieses Königsgesetz von 1665 führte in Dänemark außer der unumschränkten königlichen Gewalt ein Erbrecht der Frauen ein, während in Schleswig, Holstein und Lauenburg nach dem in Deutschland geltenden salischen Gesetz der Mannesstamm allein erbberechtigt war. Die Sache hatte eine mehr als theoretische Wichtigkeit, es konnte aus ihr in jedem Augenblick eine brennende Frage werden. Nur der regierende König Christian VIII. und dessen Thronerbe bildeten den Mannsstamm der in Dänemark regierenden Familie. Starben beide ohne männliche Leibeserben, so fiel der dänische Thron an einen Prinzen, der keine andere als cognatische Erbrechte besaß und deshalb von der Thronfolge in Holstein, Schleswig und Lauenburg ausgeschlossen war. Dann trat die Trennung des Reichs ein, welche die dänischen Parteimänner über Alles fürchteten. In diesem Falle succedirte in den deutsch-dänischen Gebietstheilen der Herzog von Augustenburg, dessen Haus zugleich eine Zwischenlinie zwischen der dänischen und der russischen Familie aus der ältern Linie von Gottorp bildete und mithin der letztern die Thronfolge in den Herzogthümern, mit der ein Sitz im deutschen Bundestage verbunden gewesen sein würde, ferner rückte.

Bei der Verfassungsfrage waren die Provinzialstände incompetent gewesen, die Erklärung über die Erbfolge, welche sie erbaten, gab der König in einem „offenen Briefe" (11. Juli 1846). Außer dem König unterzeichneten zwei königliche Prinzen und vier Minister dieses Document. Der Inhalt war kurz

zusammengefaßt folgender: Nachdem eine auf den Befehl des Königs zusammengetretene Commission alle die Erbverhältnisse betreffenden Acten und Documente eingesehen, habe sich vollkommen bestätigt gefunden, daß, gleich wie die Erbfolge in dem für die dänische Krone durch Verträge erworbenen Herzogthume Lauenburg unzweifelhaft sei, so auch dieselbe Erbfolge des Königsgesetzes für das Herzogthum Schleswig in voller Kraft und Gültigkeit bestehe; dahingegen sei aus den Untersuchungen der Commission hervorgegangen, daß in Hinsicht einzelner Theile des Herzogthums Holstein Verhältnisse vorhanden seien, welche den König hinderten, sich mit derselben Bestimmtheit über das Erbrecht in diesem Theile seiner Besitzungen auszusprechen; er wolle jedoch seine Bestrebungen unablässig dahin richten, gedachte Hindernisse zu entfernen und eine vollständige Anerkennung der Integrität des gesammten dänischen Staats zuwege zu bringen. Daß diese Anerkennung nicht beim deutschen Bunde, dessen mit keinem Worte Erwähnung geschah, sondern bei England, Frankreich und Rußland gesucht werden solle, war aus der Hinweisung auf eine Garantie, welche jene drei Staaten für die Unverletztheit des dänischen Staats übernommen haben sollten, zu schließen.

Seit dem Erscheinen des offenen Briefs waren wenige Tage verflossen, als die holsteinische Ständeversammlung am 15. Juli 1846 in Itzehoe eröffnet wurde. Ehe die Berathungen begannen, hatte die Regierung jede auf die Erbfolgefrage Bezug nehmende Bittschrift oder Protestation untersagt, so daß den Ständen als einziges Mittel, ihre Ansichten vor den Thron zu bringen, eine Adresse blieb. Sie legten in derselben sowohl ihre alten als ihre neuen Beschwerden nieder. Sie klagten, daß die Verwaltung des Heeres und der Finanzen der Selbständigkeit des Herzogthums und den aus derselben hervorgehenden Rechten nicht entspreche, daß im gemeinschaftlichen Staatsrath eine genügende Vertretung nicht gegeben sei, daß in der Gesetzgebung und Verwaltung des Landes das unverhohlen ausgesprochene Bestreben vorwalte, die Institutionen des deutschen Landes den dänischen nachzubilden und daß bei allen Bitten und Wünschen, welche die Stände für das Herzogthum Schleswig aussprächen, nicht zunächst das Bedürfniß des Herzogthums Berücksichtigung finde. Zu dem offenen Briefe übergehend, erklärten die Stände, daß die staatsrechtliche Stellung der Herzogthümer, über die das deutsche Recht entscheide, durch denselben nicht geändert sein könne. Die Annahme dieser Adresse, für die alle Anwesenden außer einem stimmten, wies der königliche

Bevollmächtigte zurück, weil dieselbe Erörterungen über die Thronfolge enthalte, „welche doch verboten seien." Die Stände entwarfen nun eine Adresse an den deutschen Bund, um die bisherigen Vorgänge und die Lage der Sache vertrauensvoll zur Kenntniß der hohen Bundesversammlung zu bringen, welche die Verpflichtung übernommen habe, die Rechte jedes einzelnen Bundesstaats auf Anzeige der Betheiligten nach Innen und nach Außen ungekränkt zu bewahren. Nach diesem Schritte legten die Mitglieder, weil der verfassungsmäßige Zustand gestört, die gesetzliche Thätigkeit der Versammlung gehemmt sei, ihre Mandate nieder (5. August). Die sechs Abgeordneten, welche zurückblieben, folgten den Ausgeschiedenen am 17. August nach.

Einen ganz ähnlichen Verlauf nahmen die Verhandlungen der Stände von Schleswig. Wie in Holstein nannte man in einer Adresse an den König die Beschwerden, welche bisher keine Berücksichtigung gefunden hätten, und wie in Holstein verweigerte der königliche Bevollmächtigte die Annahme der Adresse, weil sie nicht in Uebereinstimmung mit dem Geschäftsreglement verhandelt und berathen worden sei. Die Regierung führte indessen eine versöhnliche Sprache, damit die Taktik der dänischen Minderheit nicht gestört werde, welche darin bestand, den Mitgliedern deutscher Zunge vorzustellen, daß die innige Verbindung mit Dänemark sie der freisinnigen Institutionen theilhaftig machen werde, die man in Kopenhagen durchzusetzen im Begriff sei. Auf diese Insinuation antworteten die Stände mit der Bitte an den König, auch für Schleswig dem deutschen Bunde beizutreten. Da der königliche Bevollmächtigte diese und alle andern Bittschriften uneröffnet zurückgab, trennte sich die Versammlung unter feierlichem Protest gegen diese Nichtanerkennung ihrer Rechte.

Inzwischen hatte sich der deutsche Bund, dem außer der Adresse der holsteinischen Stände auch Proteste der Agnaten, des Großherzogs von Oldenburg und der Herzöge von Glücksburg und Augustenburg, vorlagen, in der würdigsten Weise ausgesprochen. In den schonenden und einhüllenden Formen, die für diplomatische Actenstücke durch die zarte Natur völkerrechtlicher Verhältnisse vorgeschrieben sind, gab der Bundesbeschluß vom 17. September 1846 allen wohlerworbenen Rechten nicht nur der erbberechtigten Agnaten, sondern auch der gesetzmäßigen Landesvertretung Holsteins seine Garantie und erklärte sich für künftig vorkommende Fälle in dieser Angelegenheit competent. Nach der Incompetenzerklärung in dem hannöverschen Verfassungsstreit war

das ein Lichtblick, der mehr Anerkennung hätte finden sollen. Zollte doch die Bundesversammlung den patriotischen Gesinnungen, die sich bei diesem Anlaß in den deutschen Bundeslanden kundgegeben, bereitwillig ihre Anerkennung!

Die Nationalität, die unsre Tage erfüllt, blieb in Schleswig-Holstein noch in friedlichen Schranken, während sie an der entgegengesetzten östlichen Grenze Blutvergießen hervorrief. Nach der Bewältigung des Aufstandes der Polen war Krakau, ein kleiner Freistaat mit 20½ Geviertmeilen und 143,000 Seelen, die einzige Erinnerung an die einstige Unabhängigkeit Polens geblieben. Der Wiener Congreß hatte dieser seiner Schöpfung ewige Neutralität bewilligt und sie unter den Schutz von Oesterreich, Preußen und Rußland gestellt. Dadurch erlitt die Unabhängigkeit des Freistaats diejenigen Beschränkungen, welche die Schutzmächte anordneten, damit Krakau nicht zu einem polnischen Revolutionsherde werde. So wurde 1833 die Verfassung umgeändert, die Wahl des Präsidenten des Staats von der Zustimmung der Schutzmächte abhängig gemacht, die Zahl der Senatoren vermindert, die Volksvertretung, die von nun an statt alljährlich nach jedem dritten Jahre einberufen wurde, auf die alleinige Berathung des Budgets beschränkt, die Conferenz der drei Gesandten Oesterreichs, Preußens und Rußlands mit Befugnissen bekleidet, welche sie zur eigentlichen Regierung machten, eine strenge Censur eingeführt, die Oeffentlichkeit im peinlichen Verfahren beseitigt, die Polizei reorganisirt und in zuverlässige, energische Hände gelegt, die Miliz endlich aus solchen Soldaten der österreichisch-galizischen Armee, für die ihre Offiziere sich verbürgen konnten, gebildet und unter den Befehl eines österreichischen Majors gestellt.

Obgleich streng beaufsichtigt, benutzten die revolutionären Polen Krakau als Mittelpunkt ihrer Verschwörungen für Herstellung eines unabhängigen Polens. 1835 verriethen sie sich durch einen zwecklosen Unfug am Namenstage des russischen Kaisers, worauf fremde Truppen, die bis 1837 blieben, den Freistaat besetzten und 500 Personen, Eingewanderte aus dem Königreich, nach Nordamerika hinübergeschafft wurden. Die Unzufriedenheit, welche die lange Anwesenheit der ausländischen Besatzung selbst unter Conservativen hervorrief, der vielfach durchwühlte Zustand der Gesellschaft und mangelhafte administrative Einrichtungen ermuthigten die Unzufriedenen, in ihren Bestrebungen fortzufahren. Eine neue Verschwörung wurde angezettelt und über die österreichischen und preußischen Antheile des ehemaligen Polens verbreitet.

Der Ausbruch des Aufstandes war auf den 19. November 1845 festgesetzt. Bis dahin war man aber nicht überall mit den Vorbereitungen fertig, und aus diesem Grunde mußte ein Aufschub eintreten. Der Verrath und das ungeduldige Drängen einer communistischen Partei unter den Verschworenen drängten zur That. Ende Januar von 1846 trafen die Häupter in Krakau zusammen: Tyssowsky für Tarnow, Ludwig Gorzkowski und Victor Hellman für Krakau und Oberschlesien, Graf Wiesiolowski für Ostgalizien, Graf Bobrowski für Westgalizien. Sie nahmen den von Ludwig Mieroslawski im großartigen Maßstabe angelegten Feldzugsplan an. Danach sollte die Fahne des Aufstandes in Krakau, Galizien, Litthauen, dem Königreich Polen, dem Großherzogthum Posen und in Westpreußen zugleich entfaltet, die Festungen überrumpelt und die Soldaten polnischer Nation zum Uebertritt bewogen werden. Man hatte dann feste Stützpunkte, Truppen und Kriegsvorräthe aller Art, und wenn die Masse des Volks Partei nahm, woran keiner der Verschworenen einen Augenblick lang zweifelte, dann meinte man mit Rußland, Oesterreich und Preußen zugleich fertig werden zu können.

Mitten unter den Verfolgungen der Polizei und der Behörden traf die gewählte revolutionäre Regierung ihre letzten Anordnungen. Ihr Vorhaben war kein Geheimniß mehr, und am 17. Februar 1846 rief der Senat von Krakau österreichische Truppen zu Hülfe. Am 19. Februar wurden die 1200 Mann von allen Seiten angegriffen. Der ganze Freistaat, Edelleute und Bauern, war unter den Waffen, und die Masse der Aufgestandenen stieg auf 12,000. Vor dieser zehnfachen Ueberzahl zog General Collin seine Truppen, obgleich sie auf keinem Punkte geworfen worden waren, nach Podgorze zurück. Die Aufständischen folgten und besetzten auf galizischem Boden Gdow und Wieliczka.

Der galizische Aufstand war in dieser Zeit angestiftet worden und zum gänzlichen Verderben seiner Urheber ausgeschlagen. Einen Mittelstand hat es in Polen, von einzelnen großen Städten abgesehen, nie gegeben. Die Bevölkerung besteht aus Edelleuten und Bauern. Zwischen beiden Ständen bestanden „patriarchalische Beziehungen,“ mit andern Worten: der Edelmann hielt den Bauer in Leibeigenschaft und preßte ihn durch seine Mandatare und sonstigen Diener bis auf's Blut. „Was Se. Gnaden der Herr Edelmann nicht will, das nimmt der Herr Jude!“ sagte ein nur zu wahres polnisches Sprüchwort. Alle Steuerlasten lagen auf dem Bauer, Recht sprachen ihm

die Adelsgerichte, die unwissendsten und gewissenlosesten Behörden der Welt. Für diesen gepreßten und rechtslosen Stand wurde der Untergang Polens zur größten Wohlthat. Die josephinische Gesetzgebung sprach über die vier Millionen Galizier, die bei der Theilung an Oesterreich kamen, den segensreichen Grundsatz aus: „Ein Jeder ist bei seinem Rechte geschützt." An die Stelle der Leibeigenschaft trat von nun an eine gemäßigte Unterthänigkeit, die dem Bauer der Hauptsache nach persönliche Freiheit verlieh und seine Reallasten bedeutend verminderte. Damit der Adel seine Macht nicht dazu mißbrauche, seinem ehemaligen Leibeigenen diese Erleichterungen wieder zu entreißen, wurden Kreisämter eingeführt, welche den Auftrag hatten, die Interessen der Bauern zu vertreten und sie gegen jede Bedrückung des Gutsherrn in Schutz zu nehmen.

Gegen eine Regierung, der sie so viel verdankten, wollte der Adel die Bauern in einen Kampf der Verzweiflung führen. Tarnow war zum Mittelpunkte der Erhebung bestimmt. Nach einer letzten Berathung der dort versammelten Verschworenen (16. Februar) zerstreuten sie sich in die Umgegend, um das Landvolk aufzuwiegeln. In Lissi-Gora lagen Waffen, Munition und Lebensmittel bereit, und dorthin beschied man die Bauern. Man sprach zu ihnen von Wiederherstellung des alten Polens, von Gleichberechtigung aller Glaubensbekenntnisse, von Abschaffung aller Adelsrechte, von Verleihung des unbedingten Eigenthums an allem dem Lande, das die Dorfbewohner bis dahin nur bedingungsweise besessen hatten. Das alte Polen war für die Bauern ein Schreckbild, da es sie an die schrecklichste Zeit ihres Standes erinnerte, und als sie von diesem hörten, glaubten sie an keine Versprechung. Sie weigerten sich, gegen die Regierung zu kämpfen, und im nächsten Augenblick sah der Adel die Waffen, die er ihnen aufgedrängt hatte, gegen sich selbst gerichtet. Das Gemetzel war furchtbar, und an allen Orten, wo die Bauern aufgewiegelt wurden, in den Bezirken von Bochnia, Sandec, Jaslo, Sanok, Szeszow, Przemisl und Zlocz ereigneten sich dieselben Schreckensscenen. Das Blutvergießen berauschte die halb thierische Menge, und nicht bloß Empörer, sondern auch Unschuldige fielen bloß darum, weil sie Adlige waren, als Opfer ihrer Wuth.

Da kein galizischer Aufstand sie festhielt, konnten die österreichischen Truppen sich gegen die Empörer von Krakau wenden. Wieliczka räumten die letztern bei dem bloßen Erscheinen der österreichischen Plänkler, in Gdow

leisteten sie einen heftigen Widerstand, wurden aber mit einem Verlust von mehr als 200 Todten in die Flucht geschlagen. In Krakau fand General Collin, als er am 3. März einrückte, bereits Russen. Die Aufständischen der geringeren Classen hatten sich am Tage vorher zerstreut, die Verschwörer waren auf das preußische Gebiet geflohen, wo sie entwaffnet wurden.

Obgleich von keiner Bedeutung, waren die Resultate des Aufstandes in Krakau doch am erheblichsten. Im Königreiche genügten einige Kosakenhaufen, um den kraftlosen Angriff, den Dombrowski, Generalissimus der Armeen auf dem rechten Weichselufer, gegen die Stadt Siedlce in der Nähe von Warschau unternahm, zu vereiteln. Die Theilnehmer wurden theils mit dem Strange hingerichtet, theils mit furchtbaren Körper- und Freiheitsstrafen belegt. Die Bauernschaft des Großherzogthums Posen hatte unter dem milden preußischen Regiment dieselbe Abneigung gegen die ehemalige Adelswirthschaft gefaßt, wie die galizische, und um sie einigermaßen in Aufregung zu bringen, mußten die Verschworenen zu der Lüge greifen, daß die protestantischen Deutschen eine allgemeine Niedermetzelung der katholischen Polen im Schilde führten. Sie fanden hie und da Glauben, aber wirklich mit Waffen in Bewegung setzen ließen sich die Bauern bloß an einem Orte, bei Stargard, und an diesem Punkte verliefen sie sich während des nächtlichen Marsches gegen die Stadt. Zu dem verwegenen Angriff auf die Festung Posen würden, wenn er ausgeführt worden wäre, keine andere als von den Verschworenen abhängige Leute mitgewirkt haben. Die Zahl der eigentlich thätigen Mitwissenden mag sich, ohne die Damen, die in Polen bei Verschwörungen nie fehlen, auf 250 belaufen haben. So groß war wenigstens die Anzahl Derjenigen, welche man in Preußen als schuldig vor Gericht stellte.

Der Proceß gegen die Verschworenen von Posen wurde bereits nach einem öffentlichen und mündlichen Verfahren verhandelt. Den auf diese Reform des Strafgesetzes gerichteten Wünschen war die preußische Regierung vollständig gerecht geworden, während sie bei andern Fortentwicklungen vorhandener Institutionen langsamer voranging und zum Theil von der Richtung abwich, in der die öffentliche Meinung sich bewegte. Dies letztere läßt sich besonders von ihren kirchlichen Maßnahmen sagen. War dem König, wie er dem Berliner Magistrat bei einer der in Steigerungen wiederkehrenden religiösen Streitigkeiten erklärte, die Kirchengewalt eine schwere und bedenkliche Last, und folgte er im Allgemeinen dem Grundsatze, die Kirche sich durch sich selbst

gestalten zu lassen, so legte er doch bei öffentlichen Angelegenheiten den Ton so stark auf Gläubigkeit und Kirchlichkeit, und umging bei Anstellungen die Rationalisten so consequent, daß seine Stellung zu den herrschenden Meinungsverschiedenheiten keine unparteiliche genannt werden konnte. Seine kirchliche Politik war von der seines Vaters, wie diese sich besonders unter dem Minister Altenstein entwickelt hatte, eine grundverschiedene, und wenn irgendwo, so wurden seine edlen und guten Absichten in diesem Punkte verkannt, da man in Preußen seit Friedrich dem Großen trotz der Wöllner'schen Edicte verlernt hat, Preußenthum und religiöse Freisinnigkeit als getrennt zu denken.

Wie sehr in die öffentliche Meinung die Annahme eingedrungen sei, daß von oben herab eine bestimmte Richtung einseitig begünstigt werde, erfuhr die Regierung, als sie die Generalsynode einberief, zu der die Kreis- und Provinzialsynoden als Vorbereitung gedient hatten. Die königliche Verordnung verfügte die Zulassung von Laien und dennoch liefen von den protestantischen Hauptstädten des Landes Proteste gegen die Auffassung dieser Generalsynode als einer constituirenden ein. Sie könne das nicht sein, hoben jene Proteste hervor, da die Laienmitglieder nicht von der Gemeinde, sondern von der Geistlichkeit aus Candidaten gewählt würden, welche die beiden höchsten Beamten der Provinz bezeichneten; man nenne diese Art von Einberufung die gesetzmäßige und in der Natur der Dinge begründete, aber das sei eine Sophistik, welche darauf hinauslaufe, daß die Geistlichkeit mit der Kirche identisch sei und die Kirchengemeinden in dem Kirchenregiment ganz aufgingen.

Die Berathungen der Generalsynode dehnten sich über einen Zeitraum von beinahe drei Monaten aus. Sie wurden am 2. Juni 1846 eröffnet und am 29. August desselben Jahres beendet. Sie erstreckten sich über eine Menge von Gegenständen, über die Lehre und das Bekenntniß mit Inbegriff der Frage wegen der ordinatorischen Verpflichtung der Geistlichkeit, über die Kirchenverfassung, die Vorbildung für den geistlichen Beruf, die Feier des öffentlichen Gottesdienstes und die Privaterbauung, über das Verhältniß der Kirche zur Schule, die Beziehungen zu andern Glaubensgenossenschaften und das Verhältniß der Kirche zu dem Eherechte und der Eidesleistung. Für einzelne Niederlagen, denen die Strengkirchlichen bei Nebenfragen nicht entgingen, entschädigte sie der Sieg, den sie bei der wichtigsten Verhandlung, der über die fortdauernde Gültigkeit der symbolischen Schriften und über die

Verpflichtung der Geistlichen auf dieselben davontrugen, denn es wurde entschieden, daß jeder Geistliche, bevor er sein Amt antrete, versprechen müsse, daß er die heilige Schrift in Uebereinstimmung mit den Bekenntnißschriften der evangelischen Kirche als Zeugnissen von den Grundthatsachen und Grundwahrheiten des Heils und Vorbildern gesunder Lehre auslegen wolle. Als die künftige Verfassung der Kirche berathen wurde, traf man eine in der Mitte zwischen den Ansichten der Anhänger der Consistorialverfassung und jener der Presbyterialverfassung liegende Entscheidung, indem man um die baldige Einführung einer Verfassung bat, welche die Consistorien beibehalte und durch ein Oberconsistorium vermehre, dem ganzen Staat und seinen Unterabtheilungen General-, Provinzial- und Kreissynoden gebe und jeder Gemeinde ein aus dem Pfarrer und mehreren weltlichen, von allen christlichen Hausvätern zu wählenden Mitgliedern bestehendes Presbyterium gewähre, dessen Wirkungskreis bestehe in Erhaltung von Zucht und Sitte, Erweckung christlichen Sinns durch Aufsicht, Mahnung und die gesetzlichen Zuchtmittel, Sorge für die äußere Ordnung beim Gottesdienst und die Heilighaltung des Sonntags, Mitwirkung bei der Aufsicht auf die Schule u. s. w.

Bei ihren wichtigsten Entscheidungen, denen über die Geltung der symbolischen Bücher und über die Verfassung, traf die Generalsynode fast ganz mit den Ansichten zusammen, die sich zu Beginn desselben Jahres in der ersten evangelischen Conferenz ausgesprochen hatten. Zu dieser Vereinigung von weltlichen und geistlichen Abgeordneten der protestantischen Regierungen Deutschlands hatte der König von Würtemberg die Anregung gegeben und als Ort der Zusammenkunft Berlin vorgeschlagen. Die Idee war, durch die Versammelten die leitenden Grundsätze für eine Constituirung der protestantischen Kirche in national-deutschem Sinn bezeichnen zu lassen. Die Besprechung sollte eine ganz freie sein und keine Regierung die Verpflichtung haben, für specielle Vorschläge, die ihr Abgeordneter etwa mache, eine moralische Garantie zu übernehmen, auf dieselben einzugehen oder sie anzuerkennen. Die dreißig Abgeordneten waren nicht derselben Meinung, allein die Mehrheit ertheilte ihre Gutachten für Beibehaltung der symbolischen Bücher und für Verschmelzung der Presbyterialverfassung mit der Consistorialverfassung, wobei jedoch eine Abneigung gegen das Wahlrecht der Gemeinden kund wurde.

Die Anerkennung, welche solche Schritte fanden, hinderte nicht, daß die preußische Verfassungsfrage in der öffentlichen Theilnahme weitaus den größten

Raum einzunehmen fortfuhr. Je länger die Reichsverfassung ausblieb, um so mehr verbreitete sich Mißstimmung. Als die Provinzialversammlungen von 1845 sich vereinigten, glaubte und hoffte man, daß diese ständischen Berathungen die letzten sein würden. Mehrere dieser Landtage beantragten eine Verfassung für das ganze Land, und wenn dieselbe Bitte in andern Landtagen nicht die erforderliche Mehrheit von zwei Drittheilen erhielt, in andern verworfen wurde (in der Mark mit 42 gegen 12, in der Provinz Sachsen mit 46 gegen 22 Stimmen), so geschah es, weil man sich der Aeußerungen des Königs, er lasse sich nicht drängen, sich nicht imponiren, erinnerte und die Verfassung dann am sichersten erwartete, wenn man sich neuer Mahnungen enthalte. Diese so oft vergebens erwartete Verfassung war wirklich in das Stadium der Schlußberathung getreten. Im Staatsrath und im Ministerium reiflich erwogen, lag sie nun den königlichen Prinzen zur Genehmigung vor.

Veröffentlicht wurde sie am 3. Februar 1847. Der gewählte Tag war für Preußen ein bedeutungsvoller und unvergeßlicher: am 3. Februar 1813 hatte Friedrich Wilhelm III. den berühmten Aufruf der Freiwilligen erlassen. In dem „Patent, die ständischen Einrichtungen betreffend," legte der König seine Motive dar. Die Entwicklung der ständischen Verhältnisse, erklärte er, sei seit dem Antritt seiner Regierung seine besondere Sorge gewesen. „Wir erkennen in dieser Angelegenheit eine der wichtigsten Aufgaben des von Gott uns verliehenen königlichen Berufs, in welchem uns das zwiefache Ziel vorgesteckt ist: die Rechte, die Würde und die Macht der uns von unsern Vorfahren ruhmreichen Angedenkens vererbten Krone unversehrt unsern Nachfolgern in der Regierung zu bewahren, zugleich aber auch den getreuen Ständen unsrer Monarchie diejenige Wirksamkeit zu verleihen, welche, im Einklang mit jenen Rechten und den eigenthümlichen Verhältnissen unsrer Monarchie, dem Vaterland eine gedeihliche Zukunft zu sichern geeignet ist." Die wesentlichen Bestimmungen, welche über die Verfassung getroffen wurden, waren folgende: Der König vereinigt die acht Provinziallandtage, so oft ein Bedürfniß dazu eintritt oder wenn er es außerdem wegen besonders wichtiger Verhältnisse für angemessen erachtet. Den Ort und die Dauer der Versammlung setzt der König nach seinem Belieben fest. Der vereinigte Landtag besteht aus zwei Kammern. Die erste, den Herrenstand, bilden die Prinzen des königlichen Hauses, die vormaligen deutschen Reichsstände, die Fürsten und Standesherren Schlesiens und alle mit Virilstimmen begabten oder an Col-

lectivstimmen betheiligten Stifter, Fürsten, Grafen und Herren der acht Provinziallandtage. In die zweite Kammer wurden die Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte und der Bauern in gleicher Zahl wie auf den Provinziallandtagen berufen, so daß die Kammer 231 Abgeordnete der Ritterschaft, 182 der Städte und 124 der Landgemeinden umfaßte. Die Zustimmung des Landtages sollte erforderlich sein bei Staatsanleihen, Einführung neuer Abgaben und Erhöhung der bestehenden Steuersätze. Bei Verfassungsveränderungen und allen Gesetzen, welche auf die Personen- und Eigenthumsrechte Einfluß üben, wurde er auf seinen Beirath beschränkt, wie er endlich das Recht erhielt, dem König Bitten und Beschwerden vorzutragen, welche innere Angelegenheiten des Staats oder mehrerer Provinzen beträfen. Nicht ihm, wohl aber dem vereinigten Ausschusse, der in den Zwischenzeiten zwischen den Zusammenkünften des Landtags den ständischen Beirath zu geben bestimmt war, wurde eine periodische und zwar vierjährige Wiederkehr seiner Versammlungen eingeräumt. Noch eine dritte Behörde, eine ständische Deputation für das Schuldenwesen, wurde durch die Verordnungen vom 3. Februar gebildet.

Der Veröffentlichung dieser Verordnungen folgte eine sehr bezeichnende Stille. Man hatte andere Stände und größere Rechte für sie, mit andern Worten eine moderne Verfassung erwartet, die sich den preußischen Verhältnissen etwa so anpasse, wie in den kleineren constitutionellen Staaten. Daß der erste Landtag einen harten Kampf für das constitutionelle Princip bringen werde, war nach den Vorgängen in den Provinziallandtagen keinem Zweifel unterworfen.

Ehe die Abgeordneten in Berlin eintrafen, löste der König einige der wichtigsten Streitfragen in freisinniger Weise durch ein Toleranzedict, ein Gesetz über Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren und die Landtagsordnung. Das Toleranzedict führte Civilstandsregister ein, gegen die diesseits des Rheins eine ziemlich verbreitete Abneigung bestand, und gab neu entstehenden Secten eine ausgedehnte Religionsfreiheit. Diese kam außer den Lichtfreunden, sobald sie sich zum Austritt aus der Landeskirche entschlossen, und den Deutschkatholiken auch den freien Gemeinden zu gut, die der ehemalige Divisionsprediger Julius Rupp in Königsberg gestiftet hatte. Durch das zweite Gesetz wurde Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Criminal- wie im Civilverfahren mit Ausnahme der Fälle, wo das Gericht aus Gründen

für das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit die Entfernung aller bei der Sache nicht betheiligten Personen für angemessen erachte, zur Regel erhoben. Die Geschäftsordnung für den Landtag gestattete die vollständige Veröffentlichung der von Stenographen nachgeschriebenen Protocolle und die Nennung der Namen aller Redner.

Die Thronrede, mit der der König die Berathungen der Stände eröffnete, hatte den ungewöhnlichsten Inhalt. Was die Thronreden gewöhnlich bringen, die Lage der Finanzen, der Zustand der Verwaltung und der Rechtspflege, die Beziehungen zu andern Staaten u. s. w., wurde bloß kurz und obenhin berührt. Um so ausführlicher und eingehender erörterte der geistreiche Monarch, indem er mit einer tiefen Bewegung sprach, seine Ansichten über die Aufgabe der Versammlung und das staatliche Leben überhaupt. Er ermahnte die Versammelten nicht nur, er beschwor sie, sich mit dem Geiste der uralten Einrichtungen des germanischen Ständewesens zu durchdringen, sich als deutsche Stände im althergebrachten Wortsinn, das heißt vor Allem und wesentlich als Vertreter und Wahrer der eigenen Rechte, der Rechte der Stände zu betrachten und nicht etwa für ihren Beruf zu halten, Zeit- und Schulmeinungen zu repräsentiren und zur Geltung zu bringen. „Das ist vollkommen undeutsch," waren seine Worte, „und unpraktisch für das Wohl des Ganzen und führt nothwendig zu unlösbaren Verwicklungen mit der Krone, welche nach dem Gesetze Gottes und des Landes und nach eigener freier Bestimmung herrschen soll, aber nicht nach dem Willen von Majoritäten regieren kann und darf, wenn Preußen nicht bald ein leerer Klang in Europa werden soll." Der König wiederholte dann die Aufforderung, die man bei der Königsberger Huldigung von ihm gehört hatte, „ihm mit Herz, Geist, Wort und That in Treue und Liebe zu helfen und beizustehen, Preußen zu erhalten, wie es sei und wie es bleiben müsse, wenn es nicht untergehen solle, und im bedächtigen, aber jugendkräftigen Fortschritt ihn nicht zu verlassen, sondern bei ihm auszuharren in guten und in bösen Tagen."

Bei den Berathungen beider Kammern entwickelte sich eine Fülle von Intelligenz. Für die linke Seite sprachen am glänzendsten Hansemann und v. Beckerath vom Rhein, v. Vincke aus Westphalen und v. Auerswald aus Ostpreußen, für die rechte Seite die Minister Graf Arnim und v. Bodelschwingh. Bei der Adresse, welche Graf Schwerin beantragte, maßen sich die Kräfte der Parteien und der allgemeine Charakter des Landtags sprach

sich aus. Beide Extreme wurden vermieden, sowohl dasjenige, welches die ganze Verfassungsangelegenheit dem freien Ermessen der Krone anheimstellen wollte, als das andere, welches die neuen Gesetze als unzureichend zurückzuweisen gedachte und auf einen offenen Bruch hinarbeitete. Die Adresse sprach mit Bestimmtheit aus, daß die Stände die Verfassuug als ihr Recht zu fordern hätten und daß sie dieses Recht wahren müßten. Die ferneren Verhandlungen bezogen sich in der Hauptsache auf diejenigen Ergänzungen, durch welche die gemäßigte Mehrheit das Verfassungsgesetz zu vervollständigen wünschte. Zahlreiche Eingaben — von einem Mitgliede der Rechten als die 453 Beglückungsanträge bezeichnet — bezeichneten die periodische Wiederkehr des Reichstags, den Wegfall der concurrirenden Versammlung der Ausschüsse und die Ausdehnung der ständischen Wirksamkeit als die wichtigsten Punkte. Viele, fast zu viele Redner erörterten diese einzelnen Fragen, und die zweite Kammer beschloß, den König zu bitten, die Einberufung des Landtags nach dem Ablauf jedes zweiten Jahres auszusprechen, aus Gründen des Rechts, der innern Nothwendigkeit und der Nützlichkeit die Ausschüsse zu beseitigen, auch die ständische Schuldendeputation wegfallen zu lassen, keine Garantie für eine Staatsschuldenverpflichtung irgend einer Art ohne Zustimmung des vereinigten Landtags zu übernehmen, bei allen Steuergesetzen, mit Einschluß der Zölle und indirecten Steuern, dem Landtage das Recht des Beiraths zuzugestehen, die gesetzlich begründete Mitwirkung der Stände bei den rechtlichen Verhältnissen der Domänen und Regalien nicht zu ändern und die Verfassung ohne ständische Zustimmung nicht zu ändern. Die erste Kammer trat diesen Beschlüssen, wenn auch mit einigen Abweichnngen, bei, jedoch mit Ausnahme des letzten, welchen sie ablehnte, nachdem der Prinz von Preußen ihn einen unnützen genannt hatte, da die Könige von Preußen Verfassungsgesetze nie willkürlich ändern würden; nach diesen Grundsätzen verfahre sein königlicher Bruder, nach ihnen werde auch er regieren, wenn ihm dereinst die Krone zu Theil werden solle, und in ihnen erziehe er seinen Sohn; sollte jemals ein König von Preußen gegen diese Grundsätze verfahren, so würde er seiner Ahnen unwürdig handeln.

Es war keine Frage, daß der vereinigte Landtag mit diesen Beschlüssen und mit den andern zu Gunsten der Presse, der Israeliten, der Entlastung der untern Classen von den drückendsten Steuern u. s. w., die Gesinnungen grade desjenigen Theils der Bevölkerung aussprach, der das ruhige und er=

haltende Element derselben in sich faßte. Dieser Theil und Alles, was unmittelbar oder mittelbar von ihm abhing, würde für die Regierung als Stütze gewonnen worden sein, wenn der König die ausgesprochenen Bitten der Stände durch seine Zustimmung in unantastbare Rechte verwandelt hätte. Dies geschah jedoch nicht, denn die königlichen Entschließuugen, welche schnell gegeben wurden, enthielten zwar verschiedene beruhigende Erklärungen, ließen aber grade die beiden Hauptfragen, nämlich die periodische Wiederkehr des vereinigten Landtags und die ausschließliche Uebertragung aller allgemeinen Angelegenheiten an denselben, in der Schwebe, indem der König eine Entscheidung aus dem Grunde ablehnte, weil er an die weitere Ausbildung des Verfassungswerks nicht ohne reifliche Erfahrung gehen könne. Danach erschien der vereinigte Landtag, in dem Jedermann den Abschluß der seit einem vollen Menschenalter hingehaltenen Verfassungsangelegenheit gesehen hatte, als ein bloßes Experiment, über dessen Gelingen oder Nichtgelingen erst eine spätere nicht näher angegebene Zeit Aufschluß geben würde, und die innern staatlichen Verhältnisse Preußens wurden der Ungewißheit und Unsicherheit, die seit 1840 eine fieberhafte Ungeduld und eine bedenkliche Mißstimmung hervorrief, nicht entrissen.

In Frankreich war es offen ausgesprochen worden, daß das Volk in materiellem Wohlsein und industrieller Entwicklung die Entschädigung für die Nichterfüllung manches politischen Wunsches suchen möge. Auf eben diese Quelle des Trostes wurde die deutsche Bevölkerung, nur nicht mit ausdrücklichen Worten, hingewiesen. Sie zauderte keineswegs, die Mittel zur Bereicherung zu benutzen, die sich darboten. Von Unzufriedenheit und Agitation war indessen auch die materielle Bewegung begleitet. Die zünftigen Gewerbe wurden durch die Ausdehnung der Fabriken und durch die Fortschritte der Gewerbefreiheit beunruhigt, die Fabrikanten, denen von dieser und von andern Seiten die massenhafte Vermehrung des Proletariats durch ihre schlecht bezahlten Fabrikarbeiter zum Vorwurf gemacht wurde, verlangten nach Schutz durch höhere Zölle. Eine Industrieversammlung in Karlsruhe (1845) wollte diese Zollerhöhung eintreten sehen bei Baumwollengarn und Baumwollengeweben, bei Leinengarn und Leinengeweben, bei gemischten oder Halbstoffen, bei Roheisen, geschmiedetem Eisen und Soda. Sie brachte statistische Belege, daß der Zustand der deutschen Leinenindustrie in Folge der englischen Concurrenz der traurigste sei, daß der in's Ausland gehende Spinnlohn für Baum-

wollengarn jährlich sechs Millionen Thaler betrage, daß in Preußen die Mehrerzeugung an Eisen von 1837 bis 1843 nicht ganz 4 pCt., die Mehreinfuhr fremden (englischen) Eisens dagegen 2300 pCt. — 1837 110,167 und 1843 2,657,470 Centner Einfuhr — betragen habe. Beredte Wortführer der Industriellen schilderten die tiefer gehenden Wirkungen des Mangels an Schutzzöllen mit den Worten: „Wir pflegen durch unsre verkehrten Tarifsätze diejenigen Producte der Industrie, welche über kurz oder lang der todten Maschine, belebt durch Wasser und Dampfkraft, völlig anheimfallen, und finden es überflüssig, auch das Vernünftige und Zweckmäßige zu beschützen, was uns Deutsche allein noch gegen die Uebermacht der englischen Capitalkräfte sicher zu stellen vermag: die persönlich geistigere Arbeit und Kunstfertigkeit des Menschen, d. h. die Production des Besten und Schönsten in allen Reichen der Industrie."

So bestimmt diese Meinung sich aussprach, wurde durch die Industrieausstellungen dennoch die Ueberzeugung gewonnen, daß die deutsche Industrie in sich und durch sich bestehen könne und über ein Capital von Arbeitskraft und Intelligenz verfüge, das ihr ein fröhliches Gedeihen verspreche. Auf der Berliner Conferenz der Zollvereinsstaaten von 1841 war die Idee solcher Ausstellungen angeregt worden. Die erste veranstaltete Mainz im folgenden Jahre, doch trug sie, da sie von dem dortigen polytechnischen Verein ausging, mehr den Charakter einer Privatunternehmung und konnte aus diesem Grunde wie wegen Mangels an Hülfsmitteln und angemessenen Räumlichkeiten nur in einem beschränkten Maßstabe durchgeführt werden. Die zweite deutsche Industrieausstellung, die Berliner von 1844, erfreute sich dagegen der umfassendsten Unterstützung durch Regierungsmittel. Sie stellte dem Fortschritt des deutschen Gewerbfleißes in den letzten Jahrzehnten das günstigste Zeugniß aus. Es waren zu ihr über 3000 Sendungen eingetroffen, von denen allerdings auf Preußen 2000 und auf die Berliner Localindustrie nahe an 700 kamen. Bewiesen wird durch solche Industrieausstellungen, was unter besondern Umständen mit dem Aufgebot aller Kräfte geleistet werden kann, nicht aber, was im gewöhnlichen Geschäftsgange durchschnittlich wirklich geleistet wird.

Der Industriezweig, der nach den verschiedensten Seiten hin Einfluß übt, der Maschinenbau, hatte vor Kurzem noch eine unsichere Existenz gehabt. Festen Boden gewann er durch den Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes,

das Friedrich List so dringend empfohlen hatte. Oesterreich ergriff mit Staatsbahnen die Initiative, Preußen folgte unmittelbar nach, jedoch mit der Modification, daß der Staat den Bau nicht selbst übernahm, sondern ihn Privatgesellschaften übertrug, denen gewisse Zinsen gewährleistet wurden. Von den andern deutschen Staaten bauten Baiern, Baden, Würtemberg, Hannover und Braunschweig völlig auf Staatskosten, und Baiern hatte dabei den Nebengewinn, daß der Streit der Regierung mit den Ständen über die Theorie, daß die Minister über die Verwendung ersparter Staatsgelder keine Rechenschaft abzulegen hätten, verstummte, da die 51 Millionen Gulden, die man für die Eisenbahnen brauchte, die Ersparungen selbst verschwinden ließen. Zu Ende des Jahres 1844 hatte man in Deutschland 326 Meilen fahrbarer Eisenbahnen, und im nächsten Jahre erreichten die vollendeten, im Bau begriffenen oder gesicherten Eisenbahnen eine Länge von 964 Meilen, zu deren vollständigem Ausbau ein Capital von 312$^{6}/_{10}$ Millionen Thaler erfordert wurde. Als zusammenhängende Eisenbahnsysteme konnten in dieser Zeit bereits drei betrachtet werden, das nordostdeutsche, das schlesische und das österreichische.

An die großen Resultate einzelner Privatunternehmungen im Eisenbahnbau hing sich der Speculationsgeist und rief einen Handel in Eisenbahnpapieren hervor, der in den meisten Fällen der soliden Grundlage entbehrte. Das äußerst lebhafte Actiengeschäft der Börsen von Wien, Frankfurt, Hamburg, Köln, Magdeburg, Berlin, Breslau und Leipzig beruhte häufig auf bloßen Scheinkäufen, die im Grunde nichts als eine Wette über den hohen oder niedrigen Stand eines bestimmten Papiers an einem bestimmten Tage waren. Neben diesen Differenzgeschäften machte sich die Agiotage breit. War eine Eisenbahn projectirt, und befanden sich die ersten Theilhaber im Besitz ihrer Quittungsbogen, Interims- und Zusicherungsscheine, so stellte man in den Zeitungen lange Zahlenreihen zusammen, welche dem neuen Unternehmen einen beispiellosen Erfolg prophezeiten. Jene Scheine stiegen nun im Course, die Besitzer „schlugen los," und eine hübsche Provision war verdient. Selbst das größere Publicum begann, durch verlockende Beispiele manches schnell und mühelos erworbenen Reichthums verführt, an dem Treiben Antheil zu nehmen, so daß es endlich schien, als ob die vorhandenen Geldkräfte nicht auf den Eisenbahnbau, sondern auf das Börsenspiel verwendet werden sollten. Der Rückschlag ließ lange auf sich warten, aber er kam, als das preußische Gesetz vom 24. Mai 1844 die Eröffnung von Actienzeichnungen von der Genehmi-

gung des Finanzministeriums abhängig machte, die Differenzgeschäfte für ungültig erklärte und der Agiotage mit mehreren Maßregeln entgegentrat. Den Verleiteten wurden die Augen geöffnet, die Effectenbörse gerieth in einen der panischen Schrecken, zu denen ihre sensitive Natur hinneigt, und die Course wichen in einer solchen Weise, daß man die daraus für Schuldige und Unschuldige entstandenen Verluste auf 6½ Millionen Thaler schätzte.

Wir haben die dunkle Schattenseite der Eisenbahnen, das Hinanschleichen des Schwindelgeistes an sie, vorangestellt, und müssen nun die Lichtseiten nennen, in deren Besitz sie sich von vorn herein befanden. Die Häufigkeit und Schnelligkeit der Verbindungen vermehrte den Verkehr so, daß bei allen Bahnen die kühnsten Veranschlagungen übertroffen wurden, das Reisen, dem unter den Bildungsmitteln nicht die letzte Stelle anzuweisen ist, wurde auch dem Aermern erleichtert, der geistige Austausch wurde häufiger und lebhafter. Diese letztere Wirkung äußerte sich besonders in der Zunahme der Versammlungen von Fachgenossen. Die Naturforscher hatten mit solchen den Anfang gemacht, und ihnen folgten in bunter Reihe die Land- und Forstwirthe, die Apotheker, die Obst- und Weinproducenten, die Philologen und Orientalisten, die Realschullehrer, die Architekten, denen sich noch Schriftsteller und Advocaten mit besondern Versammlungen anzuschließen strebten.

Eine eigentlich nationale Bedeutung hatte bloß eine der neu entstehenden Versammlungen, die der Germanisten. Hier war in den Personen wie in den Sachen Alles deutsch, denn nur solche Männer vereinigten sich, die sich der Pflege deutschen Rechts, deutscher Sprache und Geschichte ergeben und ihre Betheiligung am Fortschritt deutscher Wissenschaft durch ihre Arbeiten oder im Amt dargelegt hatten, Männer wie Uhland, Ernst Moritz Arndt, Gervinus, Haupt, Lachmann, Dahlmann, Falk, die beiden Grimm, Lappenberg, Mittermaier, Pertz, Ranke, Runde, Reyscher, Smidt und Wilda. Die Versammlungen sollten ein wissenschaftliches Anregen, ein persönliches Kennenlernen und Ausgleichen der Gegensätze zum Zweck haben und zugleich, wie Jakob Grimm in Frankfurt sagte, „ein frisch wiederholter Versuch sein, von der Wissenschaft den Schulstaub zu schütteln und den Sinn auf alles Wesentliche zu schärfen, damit die Deutschen endlich des Vorwurfs ledig gingen, im Kleinen schwierig, bei großen Gütern leichtsinnig zu verfahren."

Die Germanisten tagten zweimal, in Frankfurt am Main und in Lübeck. Was sie ernst und würdig verhandelten, nahm nicht bloß auf die Sprach-

und Geschichtsforschung, sondern auch auf den Inhalt und den Streit der Gegenwart Bezug. Die Beeinträchtigung Schleswig-Holsteins, die deutsche Gesetzgebung, die Geschwornengerichte, die Schiedsgerichte, diese und andere Gegenstände der Berathungen mehr, bildeten den Kern dessen, was im öffentlichen Leben beschäftigte. Da man alle Gegenstände mit wissenschaftlicher Strenge aufnahm und behandelte, konnten die entgegengesetzten Richtungen, wie sie durch Welcker und Warnkönig, durch Jaup und Ranke vertreten waren, sich gegenseitig belehren und verständigen.

Was sonst noch in der wissenschaftlichen Bewegung sich hervorthat, war meistens nur eine Folgerung oder Fortsetzung von Früherem. So war die absolute Kritik, welche Deutschland durch die sonderbarsten Sprünge in wahrhaftes Erstaunen versetzte, doch nur die Vollendung des Hegelthums, so eifrig sie auch gegen jede Verwandtschaft mit der absoluten Philosophie protestirte und als eine selbständige Errungenschaft betrachtet werden wollte. In Bruno Bauer und seinen Anhängern wurde die maßlose Subjectivität erst zur vollen Wahrheit, und die Reaction gegen diese Einseitigkeit des reinen Gedankens verkörperte sich in einem zweiten Philosophen, den man zuweilen mit Bruno Bauer zusammenwirft, während er bloß in so weit zu ihm gehörte, als die Extreme sich berühren. Denn Feuerbach löste die Metaphysik des Kopfes nicht minder wie die des Herzens in die Anthropologie auf und verwarf beide als einer allseitigen höhern Erkenntniß widersprechend, für die allein diejenige gelten könne, welche auch der Sinnlichkeit ihr Recht widerfahren lasse. Er glaubte aber diese allseitig höhere Erkenntniß dadurch zu bethätigen, daß er in das andere System einer einseitigen maßlosen Sinnlichkeit überging, so daß sein realer Humanismus den Charakter einer Abhängigkeit von der Außenwelt annahm und die Innerlichkeit des Menschen ganz aufhob. Was er noch bestehen ließ, das Gemüthsleben des Menschen, wurde von der materiellen Weltanschauung, für deren Wortführer Marx und Engels gelten können, auch noch verworfen. Bei Max Stirner, dem alleräußersten Extreme des Materialismus, war auch von Geist und Gedanken gar nicht mehr die Rede. Aus der Auflösung aller Philosophie in seinem Buche „Der Einzige und sein Eigenthum“ ging ganz consequent die planloseste Gedankenlosigkeit, ein Sinnenleben durchaus ohne Einheit und Gesetz, hervor.

Sich an einem Gedanken weiter und weiter zu spinnen, bis man endlich in's Nichts gerieth, dazu reichte die geistige Kraft aus, aber wo die plastische

Kraft des Gestaltens hinzutreten sollte, da wurde aus dem Schaffen mit wenigen Ausnahmen eine Fehlgeburt. Der wirksamste der neuen Lustspieldichter, Benedix, reichte immer noch nicht an Kotzebue hinan, Laube gab einige auf Effect berechnete Sachen, Gutzkow, nachdem er die Bühne genau studirt hatte, Besseres, und ein neu hinzutretender Bühnendichter, Gustav Freitag, übertraf sie Alle. In der Lyrik verlangte der auf Abwege geleitete Geschmack politische Tendenzen, und daher blieb Geibel in dem Wettlauf nach der Palme hinter Herwegh zurück, der halb durch Formengewandtheit, halb durch herausfordernde Keckheit für sich gewann. Leider schlug die Theilnahme, die er fand, zu seinem eigenen Verderben aus. Auf einer Triumphreise durch Preußen beleidigte er den König von Preußen, wurde des Landes verwiesen und ging darauf nach der Schweiz und Frankreich, wo Bewunderer gemeinerer Natur, als er sie bisher gefunden hatte, in ihm den Wahn nährten, daß er zum politischen Retter Deutschlands berufen sei. Wir werden ihm als Dichter nicht wieder begegnen. Nach einer Katastrophe, der wahrscheinlich das Schimpfliche nicht anklebte, das man in einer Zeit der höchsten Erbitterung auf sie geworfen, hat er beharrlich geschwiegen.

In den erregten Jahren 1828 bis 1830 studirte in Leipzig ein junger Mann, der die Rechtswissenschaft nicht aus freier Wahl zu seinem Studium gemacht hatte. Als er den Muth gefunden, seinen Abfall von dem aufgezwungenen Lebenswege zu erklären, widmete er sich ganz der Musik. Obgleich er componirte, erwartete er seinen Lebensunterhalt vom Pianospiel, das er aber aufgeben mußte, weil er durch seinen übertriebenen Eifer, die technischen Schwierigkeiten zu beseitigen, einen seiner Finger gelähmt hatte. Es war Robert Schumann, in dem sich Anknüpfungspunkte für die meisten der musikalischen Erscheinungen der sogenannten Zukunftsmusik finden. Er ist bereits mit umnachtetem Geiste aus der Welt geschieden.

Er beschäftigte sich im Beginn seiner Laufbahn mit dem Liede und mit Compositionen für das Piano. Unter seinen Liedern sind viele schöne, die seinen Namen erhalten werden. Die technischen Kenntnisse, deren er zu Schöpfungen von zusammengesetzter Natur bedurfte, konnte er sich erst nach und nach erwerben. Ehe er diese sich zu eigen gemacht hatte, verbreitete er seine unklaren Ideen über seine Kunst in Druckschriften und gründete mit Freunden, die seine Begeisterung theilten, die „Neue Zeitschrift für Musik." Zehn Jahre verflossen in dieser zwischen Schriftstellern und Componiren getheilten

Thätigkeit, ehe sein größtes Werk, „das Paradies und die Peri" erschien. Die Höhe, zu der er in dieser Arbeit gelangte, erreichte er in seinen spätern Werken nicht wieder. Seine Unruhe, die erste Spur seiner unglücklichen Krankheit, trieb ihn zu einem unnatürlichen Fleiß. Unter seinen vielen Compositionen befindet sich auch eine Oper, Genoveva, die aber ein Oratorium ist und den Chor auf eine unstatthafte Weise in die Handlung eingreifen läßt.

Ebenso wie Schumann, aber um ein paar Jahre später, kam Richard Wagner, der zuvor einem romantischen Mysticismus gehuldigt hatte, auf den Gedanken, die literarische Bewegung des jungen Deutschlands für die Musik zum Muster zu nehmen, alles Abgestorbene oder Veraltete zu beseitigen und auf dem frei gewordenen Boden ein ganz neues Kunstgebäude aufzurichten. Er hatte vor Schumann den Vortheil einer frühzeitigeren musikalischen Ausbildung in Theorie und Praxis voraus. Seine erste Oper „Die Novize von Palermo" erschien, nachdem er als Musikdirector zu Magdeburg das Orchester kennen gelernt hatte. Diese Novize war übrigens ein Tendenzstück, denn sie sollte durch halbe und ganze Töne, Viertel- und Achtelnoten für den Sieg der Wahrheit kämpfen, „daß die freie, offene Sinnlichkeit durch sich selbst den Sieg über den Rigorismus davontragen müsse."

In den Jahren 1836 bis 1842 suchte Wagner vergebens nach einer Stätte, wo er seine Ideen verwirklichen könne. Er war in Berlin, Königsberg und Riga, in London und Paris, ohne irgendwo durchzudringen. 1842 kam er endlich nach Dresden, wo er ein besseres Glück hatte und durch seine Oper Cola Rienzi eine Anstellung als Capellmeister gewann. Eine zweite Oper „Der fliegende Holländer" fand mit ihrem unheimlichen Inhalt und ihrer ernsten Musik wenig Theilnahme. Um so entschiedener drang die dritte, „Tannhäuser" durch. Man hat dieser Oper, zu der Wagner nach seiner Art den Text selbst geschrieben hat, den Vorwurf gemacht, daß sie als weltliche Oper anfange und mit einer geistlichen Musik schließe. Mag hierin etwas Wahres liegen, so ist Tannhäuser doch fast die einzige wahre Opernmusik, die seit Weber und Marschner in Deutschland componirt worden ist. Daß man gegen Wagner so oft ungerecht gewesen ist, hat er selbst durch seine Theorien von dem „Kunstwerk der Zukunft" verschuldet, in dem, wie er meint, Poesie, Musik und Tanzkunst in der schönsten Harmonie sich vereinigen und dem die bildenden Künste allen Schmuck darbringen werden, über den sie verfügen.

Zweites Kapitel.

England. — Der Bund gegen die Korngesetze. — Die Chartisten. — Peel's große Reform in den Zollgesetzen. — Die Repealbewegung. — Peel's Rücktritt. — Portugal. — Costra Cabral durch eine Revolution gestürzt. — Ein neuer Aufstand. — Einmischung Spaniens, Englands und Frankreichs. — Spanien. — Espartero's Sturz. — Narvaez. — Der französische Einfluß. — Die Verheirathung der Königin.

Man war in England seit längerer Zeit, fast so lange als die deutsche Dynastie der Welfen herrschte, auf die Erfahrung gefaßt, daß ein liberaler Thronfolger, sowie er den Thron besteige, eine Wendung mache und die Whigs unterstütze. Die Königin Victoria bildete eine Ausnahme: sie blieb den alten Freunden ihres Vaters treu. Die Stellung der Whigs war zu unhaltbar geworden, als daß sie aus der persönlichen Gesinnung der Herrscherin hätten Vortheil ziehen können. Ihre Erklärung, daß die Reformgesetze ein Grenzstein seien, über den man nicht weiter gehen dürfe, hatte sie bei den Mittelclassen unbeliebt gemacht. Wegen ihres nothgedrungenen Bündnisses mit dem irisch-katholischen Agitator O'Connell und wegen ihrer Aeußerungen über Handelspolitik schrieb man ihnen Absichten zu, die sowohl den Besitzstand der Hochkirche als jenen des grundbesitzenden Adels in Gefahr bringen würden. Sie verstanden weder die nachtheiligen Folgen einer anhaltenden Geschäftskrisis, noch den Ausfall im Staatshaushalt, der mit jedem Jahre größer wurde, zu beseitigen. Sie hatten gut berechnete Versuche gemacht, den Schwierigkeiten der Lage gerecht zu werden, allein ihre Kraft war nicht nachhaltig genug gewesen. In den Reihen ihrer Gegner befand sich ein Mann,

der gewiß die Macht und höchst wahrscheinlich auch die Absicht besaß, die Handelspolitik und die Steuergesetze der Whigs durchzuführen. Ihm und seinen Anhängern gaben die Wähler bei den Neuwahlen, die 1841 nach der Auflösung des Parlaments ausgeschrieben wurden, ihre Stimmen. Die Tories kamen in einer Mehrheit von 90 Mitgliedern in's Parlament, die Whigminister zogen sich zurück. Das Staatsruder ergriff Sir Robert Peel, umgeben von lauter Tories, die in der Mehrzahl schon 1834 sein Ministerium gebildet hatten, dem greisen Herzog von Wellington, den Lords Stanley, Aberdeen, Buckingham, Wharncliffe, von Golbourn und Sir Charles Graham.

Von den Whigs, denen er die Gewalt entwunden hatte, angefeindet und von seiner eigenen Partei als ein Nothbehelf betrachtet, durfte Peel nicht gleich mit seinem ganzen Plane hervortreten. Was er zuerst dem Parlament vorlegte, war der Plan eines gleitenden Getreidezolls, der bei steigenden Getreidepreisen fallen, bei niedriger werdenden in die Höhe gehen sollte. Seine Vorschläge waren einer bedeutenden Ermäßigung der Getreidezölle gleich und mißfielen daher den großen Grundbesitzern, während sie den verzehrenden Classen nicht weit genug gingen. Beide Parteien stellten Gegenanträge und beide wurden in einer langen parlamentarischen Verhandlung, die sich vom Februar 1841 bis in den April hineinzog, geschlagen. Dieser Sieg Peel's war nothwendig, wenn die Ruhe des Landes durch die Aufregung, die von den höhern Mittelclassen bis zu den untersten Schichten der Arbeiter abwärts herrschte, nicht in einer gefahrdrohenden Weise gestört werden sollte. Darin lag das Geheimniß seiner Macht, daß man wußte, die Umstände erheischten Opfer, und daß man diese Opfer ihm, dem aus den Reihen der Tories hervorgegangenen Staatsmann, lieber brachte, als jedem Andern. Seine Stellung wurde dadurch so stark, daß ihm selbst der Abfall seines auf dem flachen Lande einflußreichsten Amtsgenossen, des Herzogs von Buckingham, nicht schadete.

Zwei Parteien außerhalb des Parlaments drängten Peel und verschafften ihm eben durch dieses Drängen die Oberhand über seine Gegner im Hause. Die erste fand ihren Ausdruck in einem Bunde gegen die Korngesetze, der 1838 in der Fabrikstadt Manchester gestiftet wurde. Sie bestand durchgehends aus Bürgerlichen, reichen oder wenigstens wohlhabenden Leuten, und hatte zwei vielgeltende Classen, die Dissenter und die Frauen, für sich. Als sie sich als Macht zeigte, traten auch vornehme Adlige bei, die Lords Ducie,

Kinnaird, Radnor, Fitzwilliam, Westminster, Nugent, Spencer u. a. m. Sie beschränkte sich nicht lange auf ihren nächstliegenden Zweck der Aufhebung der Korngesetze, sondern forderte Handelsfreiheit überhaupt. Man nannte ihre Führer, Cobden, Bright, Wilson, Buckingham, Thompson, Ashworth, Prentice, gewöhnlich die Manchester-Schule. Ihre Mittel waren belehrende: Volksversammlungen, Vorträge in den Fabrikbezirken, Zeitungen. Durch diese verbreiteten sie ihre praktischen, gemeinverständlichen Grundsätze, „daß ohne die sofortige Aufhebung der Korngesetze der Untergang der Manufacturen unvermeidlich sei, und daß die unbedingteste Anerkennung und Durchführung des Princips des freien Handels die einzige Garantie für die Blüthe des Handels und der Industrie, wie für das Wohlergehen aller Classen des Volks abgebe." Die Manchester Schule durfte ihren Mitgliedern große Geldbeiträge ansinnen. In den beiden ersten Jahren ihres Bestehens schrieb sie zwei Steuern aus, die erste von 50,000, die zweite von 100,000 Pf. St., und diese Summen waren in überraschend kurzer Zeit gedeckt. Manchester allein schoß dazu 20,000 Pf. St. her.

Die Hoffnung der Männer von Manchester, daß die Chartisten, deren Bestrebungen mit den ihrigen bis zu einem gewissen Punkte parallel liefen, sich ihnen anschließen würden, ging nicht in Erfüllung. Diese zweite, dem Bestehenden feindliche Partei bestand in ihrem Kern aus Arbeitern und Demagogen, die außer dem grundbesitzenden Adel auch den reichen Mittelstand, also die wahre Grundlage der Manchester-Schule, angriffen. An der Aufhebung der Korngesetze lag den Chartisten bei Weitem nicht so viel, als an der Durchführung ihrer politischen Grundsätze, und wenn der Bund gegen die Korngesetze die alte Handelspolitik bedrohte, so wollten sie die alte Verfassung über den Haufen werfen. Auch die Mittel der Chartisten waren andrer Natur. Es gab unter ihnen eine gemäßigte Partei, die den moralischen Schrecken für genügend hielt, und eine gewaltthätige (physical forcemen), die ohne Weiteres zu den Waffen greifen wollte.

Für die Chartisten war Birmingham, die Stadt der Waffenschmiede, der Mittelpunkt. Dort wurde eine Bittschrift um die Volkscharte entworfen, die sich im Laufe weniger Monate mit 1,238,000 Unterschriften bedeckte. Die Volkscharte war die künftige englische Verfassung nach chartistischem Zuschnitt und ihr Inhalt in den kurzen schlagenden Sätzen, durch welche die ungebildete Masse sich gewinnen läßt, folgender: Jeder männliche und volljährige

Einwohner ist Wähler; die Zahl der Vertreter jedes Wahlbezirks wird nach der Bevölkerungsmenge bemessen; die Abstimmung bei den Wahlen ist eine geheime; die Wahlen sind jährlich vorzunehmen; die Wählbarkeit hängt von keinem Vermögen oder Besitz ab; die Mitglieder des Parlaments erhalten Tagegelder.

Da Parlament und Mitglieder sich mit der Einführung dieser Verfassung nicht beeilten, so ließen die Chartisten ihr Mittel des moralischen Schreckens wirken. In London versammelte sich ein von den einzelnen Vereinen gewählter Ausschuß, der den Namen eines Parlaments annahm und Beschlüsse über allgemeine Volksbewaffnung faßte, nach denen die Mitglieder selbst sich in der Hauptstadt nicht mehr für sicher hielten. Sie vertagten ihre Sitzungen nach Birmingham und gaben ihren Berathungen einen noch drohenderen Charakter. Jeder Chartist sollte sich mit Waffen versehen, alle Summen, die er in Sparcassen, in Privatbanken oder bei Personen, die das Volk anfeindeten, niedergelegt habe, kündigen, alles Papiergeld in Gold oder Silber umsetzen und während des „heiligen Monats," den das Volk bestimmen werde, sich der Arbeit enthalten.

Auf diese Beschlüsse, die dem moralischen Zwang den Beigeschmack eines physischen gaben, folgten in verschiedenen Grafschaften, in Stafford, in Wales, in einigen schottischen Gegenden und in den Töpfereibezirken Aufstände. In Wales verbanden sich mit den Chartisten die Rebekkaiten,*) geheime Vereine kleiner Pächter, deren Erbitternng den Armengesetzen und vorzüglich der Menge neuer, selbst an dem Ausgange von Feldwegen entstandener Hebestellen von Straßengeldern galt. Als der heilige Monat ausgeschrieben worden, entstanden in den meisten Orten bloße Zusammenrottungen, bei denen doch in einer einzigen Stadt (Chester) 6000 Flinten zum Vorschein kamen, aber auch ernste Scenen. Nach Birmingham mußte ein Regiment geschickt werden, um die Arbeiter, welche die Häuser von Fabrikherren und politischen Feinden zerstörten, zu Paaren zu treiben. Die 10,000 bewaffneten Chartisten, die unter der Führung eines Friedensrichters Frost gegen New-

*) Der Geheimbund nahm den Namen: Rebekka und ihre Töchter an, weil die Unruhestifter, die sich bei ihren Angriffen auf die Hebestellen als Weiber verkleideten, eine Bibelstelle auf die Zerstörung der Schlagbäume bezogen. Die Stelle ist 1 Mosis 24, 6: „Und sie segneten Rebekka und sprachen zu ihr: Du bist unsre Schwester; wachse in viel tausend Mal tausend, und dein Same besitze die Thore (gates, Thore, heißen auch die Schlagbäume) deiner Feinde."

port in Wales anrückten, ließen sich von 30 Soldaten zerstreuen. Mit derselben instinktartigen Achtung vor dem Gesetz wagten an andern Orten zahlreiche Banden von der entschiedensten Uebermacht keinen Gebrauch zu machen.

Diese unglückliche Erfahrung brachte die Chartisten in so weit zur Besinnung, daß sie einen friedlichen Weg einschlugen. Ihre Volkscharte hielten sie aufrecht und empfahlen sie den untern Classen als das einzige Mittel, eine Verbesserung und Ausdehnung des Unterrichts zu erlangen und den Arbeitslohn auf einer der Billigkeit entsprechenden Höhe zu erhalten. Durch Versprechungen so lockender Art wurden noch mehr Arbeiter als früher gewonnen. Eine Bittschrift um die Charte, die in derselben Sitzung von 1842, in der Peel seine schönen Bemühungen für das Wohl der arbeitenden Classen dem Siege näher führte, in der Form eines riesigen Ballens in's Unterhaus gewälzt wurde, soll 3,317,708 Unterschriften getragen haben. Alle in London anwesenden Chartisten begleiteten diese Bittschrift in einem langen, mehrere Stunden dauernden Zuge. Sechzehn der stärksten Männer trugen die Bittschrift voran, und auf den Tausenden von Fahnen, die über der Masse wehten, las man Inschriften wie diese: „Erst Gerechtigkeit, dann Mitleid! — Die Volkscharte! — Kein Vergleich! — Jeder Mensch ist frei geboren! — Gott hat dem Menschen gleiche Freiheiten und gleiche Rechte gegeben! — Wer Blut vergießt, deß Blut soll wieder vergossen werden!"

Demonstrationen wie diese hatten das Gute, die Gegner Peel's zum Nachdenken über die Folgen eines etwaigen Widerstandes gegen seine Pläne zu bewegen. Seine ruhige Zuversicht, daß er den tobenden Volksmassen die Waffen entwinden werde, imponirte ihnen und machte sie gefügig. „Es ist meine Pflicht, einen ernsten Aufruf an die Besitzenden ergehen zu lassen;" mit diesen Worten legte er den Entwurf seiner nächsten Maßregel, einer Einkommensteuer, vor, indem er zugleich Aenderungen im Zolltarif ankündigte. Mit beiden bezweckte er eine Erleichterung der leidenden Stände. Seine Einkommensteuer, die das Minder der Einnahmen gegen die Ausgaben ausgleichen sollte, traf nur solche Familien, welche mehr als 150 Pf. jährlich zu verzehren hatten, und die in den Sparcassen liegenden Gelder, außerdem noch ganz Irland, waren von ihr ausgenommen. Die Aenderungen im Zolltarif ferner waren Ermäßigungen von Zöllen auf wichtige Gegenstände des täglichen und gewerblichen Verbrauchs, durch welche die Nahrungsmittel und die der

heimischen Industrie unentbehrlichen Rohstoffe wohlfeiler gemacht wurden. Beide Gesetzentwürfe wurden angenommen.

Peel ließ seinen unfreiwilligen Anhängern Zeit, sich mit den Zugeständnissen, die sie ihm gemacht hatten, zu versöhnen. Die Sitzung von 1843 verfloß ohne eine neue Ermäßigung der Korngesetze und ohne weitere Aenderung im Tarif. Dem Parlament von 1844 legte er ein Bankgesetz vor, das von den Wenigsten in seiner wahrhaften Bedeutung als Vorbereitung zu weiteren Schritten gegen die Korngesetze erkannt und darum ohne Bedenken angenommen wurde. Dieses vortreffliche Gesetz gestattete den Banken, nicht mehr als eine gewisse Summe von Banknoten in Umlauf zu setzen, und verpflichtete sie, jede weitere Notenausgabe vollständig mit Metall zu decken. Der Londoner Bank z. B. wurde nachgelassen, 14 Millionen Pf. St. Banknoten mit verzinslichen Schuldbriefen (darunter 11 Millionen in Staatspapieren) zu decken, aber der ganze übrige Betrag der umlaufenden Banknoten mußte in Metall vorhanden sein. Den im Königreiche vorhandenen Banken wurde nach dem damaligen Stande eine Notenausgabe von 18,090,556 Pf. erlaubt, welche Summe unter keiner Bedingung vermehrt, dagegen unter gewissen Umständen vermindert werden sollte. Die Ausgabe von Banknoten wurde einer besondern Notenverwaltung (Issue Departement), deren Geschäfte von den Bankgeschäften der Londoner Bank völlig getrennt sind, übertragen und der Bank selbst die Verbindlichkeit auferlegt, ihre Banknoten jederzeit in Gold, dem englischen Währungsmetall, einzulösen. In dieser Gestalt war das Gesetz glücklich darauf berechnet, Handelskrisen vorzubeugen. Wenn nämlich eine starke Notenausgabe gestattet ist, wie dies in England bisher der Fall war, so bleibt das Papier im Inlande und das Metall wandert zur Deckung der Waareneinkäufe in's Ausland. Tritt dann eine Stockung ein, so fehlen die zu den Zahlungen erforderlichen Baarvorräthe und müssen mit großen Opfern herbeigeschafft werden, was aber bei einer weitverbreiteten Krisis nicht oder nur mit einem gewissen Zeitaufwande möglich ist. Solche Stockungen waren in England regelmäßig nach unzulänglichen Ernten eingetreten, aber auch die Aufhebung der Korngesetze, die wie eine Revolution im Verkehrsleben wirken mußte, konnte eine Geldkrisis hervorrufen, und dieser Gefahr eben beugte Peel's Bankgesetz vor.

Die Whigs waren mit einem Deficit von $3^1/_2$ Millionen Pfund abgetreten, und Peel eröffnete die Sitzung von 1845 mit der Anzeige, daß ein

Mehr der Einnahmen von beinahe gleichem Betrage in den Cassen liege. Auf diese günstige Finanzlage stützte er seine weiteren Finanzvorschläge, insbesondere sein „großes Experiment im Steuerwesen," wie er eine neue und bedeutendere Ermäßigung der Zuckerzölle selbst bezeichnete. Der Ausfall, der durch diese und die an sie angeschlossenen Zollherabsetzungen muthmaßlich entstand, verzehrte die ganze Mehreinnahme und nöthigte zur Beibehaltung der Einkommensteuer. Gegen diese letztere erhoben sich Whigs und Tories mit seltener Einstimmigkeit, obwohl sie schließlich den höheren Rücksichten des Ministers weichen mußten. Jeder Familie wurde durch die ermäßigte Zuckersteuer eine Ersparniß von $3\frac{1}{2}$ bis 5 Thalern zu Theil. Den Handel bedachte Peel mit der Aufhebung aller Ausfuhrzölle, die Industrie mit der Beseitigung einer großen Menge von Einfuhrzöllen auf Rohstoffe, wie Baumwolle, Seide, Hanf und Flachs, Farben, Erze und Mineralien.

Das Parlament hatte sich kaum getrennt, als die Befürchtung, daß der Ausfall der Ernte hinter dem mittelmäßigen Jahre bleiben werde, zur Gewißheit wurde. Besonders hatten die Kartoffeln durch eine Krankheit gelitten, die man für neu hielt, obgleich sie in geringerer Ausdehnung seit mehreren Jahren beobachtet worden war. Der Volksaberglaube wollte wissen, daß sie am ersten Hundstage erschienen sei und sich in Gestalt einer weißen Wolke über die Felder verbreitet habe. Sie äußerte sich an den Blättern, welche sie mit einem Schimmel oder kleinen Schwämmchen überzog, ging darauf in den Stengel, in die Wurzel und vernichtete die Knollen gänzlich. Selbst Thiere wollten solche kranke Kartoffeln nicht fressen. In England ging die Kartoffelernte ganzer Bezirke, z. B. von Somersetshire, durch die Krankheit verloren, und das unglückliche Irland wurde von ihr ebenfalls schwer heimgesucht, am meisten der Norden.

Alle Berichte, welche dem Ministerium zugingen, sprachen so bestimmt von einer drohenden Hungersnoth, daß Peel die Aufhebung der Kornzölle auf eine gewisse Zeit vorschlug. Lord Stanley hielt jene Angaben für übertrieben und leugnete die Nothwendigkeit einer solchen Maßregel. Die Meinungsverschiedenheit war nicht auszugleichen, und das Ministerium trat in seiner Gesammtheit zurück (8. Dec. 1845). Lord John Russel übernahm den Auftrag, eine Verwaltung zu bilden, kam damit jedoch nicht zu Stande, weil er bei seiner Partei auf einen Zwiespalt anderer, mehr persönlicher Art stieß. Die Königin entschloß sich, Peel die Gewalt zurückzugeben, und das

frühere Ministerium kehrte mit Ausnahme Lord Stanley's wieder. Was Peel bezwecke, war für seine Gegner und für viele seiner Freunde Geheimniß.

In der Sitzung vom 27. Januar 1846 entwickelte er im Unterhause, das bis zum hintersten Winkel dicht gefüllt war, seinen Plan. Er erinnerte, wie lebhaft die Ermäßigung von Schutzzöllen den Handel entwickelt und den inländischen Gewerbsfleiß angespornt habe, und wie blühend trotz so vieler geringeren Einnahmen in einzelnen Posten der Zustand der Staatseinkünfte geworden sei. Nach dieser Einleitung zählte er seine Vorschläge auf: Herabsetzung der Zölle auf Butter, Käse und Hopfen, Aufhebung der Eingangsabgaben auf lebende Thiere, auf Rindfleisch, Schweinefleisch und Schinken, Kartoffeln und alle Gemüsearten, endlich Wegfall der Kornzölle nach drei Jahren und bis dahin ein gleitender Zoll. Um den landwirthschaftlichen Interessen eine Entschädigung zu bieten, sollte der Staat Vorschüsse zur Verbesserung der Landgüter machen, die Kosten der Polizei auf dem flachen Lande tragen, die Directoren, Aufseher und Unteraufseher der Armenhäuser besolden, die Unterhaltung der Verhafteten in den Grafschaftsgefängnissen übernehmen, für bessere Herstellung der Straßen auf seine Kosten sorgen u. s. w. Man möge sich nicht darauf berufen, schloß er seine lange Entwicklung, daß Ruhe herrsche. Eben weil dem so sei, weil noch nirgends Gewalt angewendet werde, bitte und beschwöre er das Haus, zu bedenken, daß der Stand der Dinge sich ändern könne.

Die hochtoryistische Partei sammelte alle ihre Kräfte, um den bevorstehenden Schlag abzuwenden, von dem sie behauptete, daß er eine völlige Umwälzung der Eigenthumsrechte bezwecke und die Staatsverfassung tiefer als die Reformbill zu erschüttern drohe. Auf den letzten Satz, der im Ganzen richtig war, antwortete Lord Morpeth: keine Classe, die sich allein auf selbstsüchtige Interessen stütze, könne in diesem Zeitalter der Intelligenz ihrem Sturz entgehen, und kein Adel, stände er selbst so hoch wie der englische, könne sich auf die Dauer neben einem so drückenden Systeme, wie jenem der bisherigen Korngesetze, aufrecht erhalten. Wolle die Aristokratie sich nicht über ihre Sonderinteressen erheben und zur gerechten Lösung dieser Frage mitwirken, so werde sie ihr zum Trotz gelöst werden.

Die Debatten über die Aufhebung der Korngesetze nahmen zwölf Sitzungen in Anspruch. 48 Mitglieder sprachen gegen, 55 für die Korngesetze, die letzteren muthlos und zugleich mit großer persönlicher Gereiztheit. Bei

der ersten Abstimmung waren 339 Mitglieder für, 242 gegen Peel, und ein ganz ähnliches Ergebniß ergaben die beiden andern Abstimmungen, die durch den Versuch der Protectionisten, ihre Gegner durch endlose Debatten zu ermüden, noch lange hinausgeschoben wurden. Mit besserer Grazie ergaben sich die Peers in ihr Schicksal. Der Herzog von Wellington hatte alle besonneneren Tories gewonnen, und die Debatten waren mehr ein Scheingefecht, als ein wirklicher Kampf.

Die Korngesetze nahmen das Interesse so ganz in Anspruch, daß man die Sitzung, in der sie durchgingen, die Sitzung der einzigen Maßregel nannte. Peel's Hauptaufgabe war nun erfüllt. Sein System, der Industrie und dem Handel, diesen beiden Lebensquellen des englischen Staats, in ihrer Weiterentwicklung den möglichsten Vorschub zu leisten und die Blüthe des Ackerbaues nicht von hohen Schutzzöllen, sondern von einer noch riesigeren Entfaltung des Gewerbfleißes zu erwarten, hatte in den Gesetzen des Landes Anerkennung gefunden. Jetzt hätte er eigentlich aus dem öffentlichen Leben, mit dem frischen Lorbeer des Siegs um die Stirn, ausscheiden sollen, aber er blieb, und was ihn hielt, war Irland. Er setzte seinen Stolz darein, die vereinigten Königreiche, die er in vollster Verwirrung, unter Scenen von Plünderung, Brand und Mord übernommen hatte, seinen Amtsnachfolgern im tiefsten Frieden zu hinterlassen, und dieses Ziel war in Irland noch zu erreichen.

An die Maßregeln für Irland, die neben seinen andern Vorschlägen herliefen, war Peel nicht ohne ein merkliches Zaudern und Zagen gegangen. Von vielen der Mitglieder seiner Partei, die ihm bei seinen Plänen zu Gunsten der Mittelclassen gegen ihre eigene Ueberzeugung folgten, war er bei irischen Fragen des Abfalls gewiß, weil hier religiöse Vorurtheile und die Interessen der Staatskirche in's Spiel traten. Peel konnte den Stein des Anstoßes indessen nicht umgehen, denn seine Unthätigkeit würde dem Agitator O'Connell eine noch größere Macht verschafft haben, als er bereits besaß.

1842 sollte für Irland das Repealjahr werden. O'Connell ging nicht in's Parlament, denn er hoffte von England nichts mehr und wollte sich in Irland ein eigenes Forum gründen. Vorläufig wählte er dazu Volksversammlungen, die von Hunderttausenden besucht wurden, vor denen er unabänderlich und stets mit derselben Meisterschaft der Rede sein einziges Thema abspann: „Soll Irland den Iren oder den Sachsen (Engländern) und

Fremden gehören?" Diese Versammlungen wurden einmal in diesem, ein anderes Mal in jenem Bezirk veranstaltet und verbreiteten die Aufregung von Ufer zu Ufer der Insel. 1843 verlegte sie O'Connell an lauter Oertlichkeiten, die in der irischen Sage oder Geschichte eine bedeutsame Rolle spielten, auf den alten Königshügel von Tare, den Curragh von Kildare, den Rath von Mullaghmast. Die Volksmasse strömte jetzt nicht mehr ungeordnet zusammen, sondern kam in militärischer Ordnung.

Auf diesen Versammlungen wurden aufwiegelnde Reden gehalten, und O'Connell selbst vergaß angesichts der Massen, die er mit einem Wink der Augen bewegte, seine gewohnte Vorsicht. Zu der letzten Volksversammlung, die er nach Clontarf beschieden hatte, rechnete er auf 700,000 waffenfähige Männer. Diese Versammlung verbot Peel und schritt gegen den Aufwiegler selbst ein. In Dublin wurde O'Connell von den Geschwornen verurtheilt, von den rechtsgelehrten Lords des Oberhauses dagegen, an die er Berufung einlegte, im Laufe des folgenden Jahres freigesprochen.

Die Regierung hatte ihr Ansehen gegen die Ruhestörer kräftig gewahrt, und Peel brauchte die Zugeständnisse, die er gerechten irischen Beschwerden zu machen entschlossen war, nicht zurückzuhalten. Er hatte so gut bei den irischen wie bei den englischen Verhältnissen ein ganzes System in Bereitschaft, mußte aber hier noch behutsamer vorschreiten als dort. Ein Vorschlag, dem katholisch-irischen Seminar zu Maynooth eine jährliche Geldunterstützung von 26,360 Pf. aus Staatsmitteln zu bewilligen, machte den Anfang. Ein unmittelbarer Versuch, die Staatskirche über den Haufen zu werfen, hätte kaum größere Entrüstung erregen können, als diese vom Geiste kirchlicher Duldung getragene Bitte um ein Almosen für eine Bevölkerung, die für die anglikanische Kirche ihres Landes nicht weniger als 5,207,546 Pf. zu steuern hatte. Der fanatische Glaubenseifer schuf eine Copie des traurigen Chartisten-Parlaments, eine Art von allgemeiner Synode, die, aus Abgeordneten aller Bezirke bestehend, in Exeter-Hall am Strand in London unter dem Namen einer protestantischen Verbrüderung regelmäßige Sitzungen hielt und die Bewegung leitete. Der sogenannte Volkswille äußerte sich denn auch. An einem einzigen Berathungstage legten 160 Parlamentsmitglieder Bittschriften gegen das Maynooth-Gesetz auf den Tisch des Hauses, und bis zu dem Tage, an dem Peel's Sieg im Oberhause sich entschied, soll die Zahl der Bittsteller bis zu drei Millionen zugenommen haben. Der sonderbarste Zug

dabei war der, daß die Dissenter, die doch ebenfalls über den Druck der Staatskirche klagten, drei Viertheile jener Bittsteller ausmachten.

Daß den katholischen Laien auf Staatskosten Unterricht zu Theil werde, erschien den Eiferern nicht so sündhaft, wie die Unterstützung eines Seminars für katholische Priester. Die Genehmigung der Errichtung von drei diesem Zwecke dienenden Collegien wurde fast geräuschlos genehmigt. Eines bekam Cork für den Süden, ein zweites Galway für den Westen, ein drittes Belfast für den Norden. Eine fernere Anerkennung erhielt der Grundsatz eines confessionell gemischten Unterrichts in allen profanwissenschaftlichen Gegenständen, der früher bereits durch die Nationalschulen einen Ausdruck gefunden hatte, durch die Verleihung von Corporationsrechten an die Nationalerziehungsgesellschaft für Irland, in der Dissenter, Anglikaner und Katholiken vereinigt waren. Unter dem Schirm dieses Grundsatzes gelangten die Nationalschulen zu einer ungeahnten Entwicklung. Katholiken und Protestanten wurden in ihnen unter denselben Lehrern auf dem Fuß einer vollständigen Gleichheit zugelassen.

Zu diesen Beihülfen für das Geistige fügte Peel andere für das Materielle. Er versuchte verschiedene Formen, das Elend zu mildern. Er nöthigte die irischen Grundbesitzer, durch bessere Armenpflege und Meliorationen ihrer Güter für die Darbenden zu sorgen, er ermunterte landwirthschaftliche Arbeiten durch Darlehne oder Geschenke, er gab Unterstützungen zu Austrocknungen, welche zur Verbesserung alter Schifffahrtswege oder zur Eröffnung neuer führten. Durch drei Gesetze brachte er die Pächter gegen die Gutsherrn in eine bessere Lage. Das erste schützte sie gegen willkürliche Ausweisungen und Pfändungen, das zweite hob die bisherigen kostspieligen Weitläufigkeiten bei Pachtverträgen auf, das dritte sicherte ihnen Entschädigungen zu für alle an ihren Pachtgütern vorgenommenen Verbesserungen.

Unglücklicher Weise konnten alle diese wohlthätigen Gesetze nicht augenblicklich wirken, und in der nächsten Zeit blieb der Zustand, den Peel im Parlament mit den Worten bezeichnet hatte: „Mangel an Beschäftigung erzeugt Elend; Elend erzeugt unruhigen Geist; unruhiger Geist erzeugt Mangel an Sicherheit. Hiermit ist der fehlerhafte Kreislauf vollendet, denn Mangel an Sicherheit erzeugt seinerseits wieder Mangel an Arbeit." Die Hungersnoth, welche durch die Kartoffelkrankheit veranlaßt wurde, hatte in Irland Folgen, welche in gebildeteren und sittlicheren Ländern unmöglich sind.

Obgleich Peel für die Aufhäufung von Vorräthen gesorgt hatte, stiegen die Preise der Lebensmittel dennoch auf eine für den Armen unerschwingliche Höhe. An vielen Orten wurde das Vieh, die Hülfsquelle künftiger Jahre, geschlachtet, an vielen Orten verhungerten Menschen, oder wurden vom Hungertyphus hinweggerafft. Die gesetzlosen Banden, die unter den Namen von Weißburschen, Rookiten, Gesetzgebern der Mitternacht und Bandmännern selten aufgehört hatten, ihr Unwesen zu treiben, wuchsen in der allgemeinen Noth gleichsam aus der Erde. Man sah sie in Grafschaften, wo sie von der rohen und leidenden Bevölkerung nichts zu fürchten hatten, in geordneten Haufen von 100 und mehr Mann umherziehen und am hellen Tage Waffenübungen anstellen. Ganz ohne Unterschied mordeten sie nicht, aber nicht alle die Protestanten, die unter ihren Händen fielen, waren hartherzige Grundherren.

Die Verbrechen erreichten einen Umfang, gegen den die bestehenden Gesetze ohnmächtig waren. Unter ähnlichen, zum Theil minder schlimmen Umständen hatte man dem bedrohten Eigenthum und Leben durch ein sogenanntes Zwangsgesetz geholfen, das die Garantien des englischen Rechts für persönliche Freiheit zeitweilig aufhob, und den beabsichtigten Zweck jedes Mal erreicht. Für ein solches Gesetz forderte Peel die Zustimmung des Parlaments. Ließ der Lordstatthalter von Irland dieses Gesetz in einem für unruhig erklärten Bezirk veröffentlichen, so hatten seine Beamten das Recht, jeden nicht dort ansässigen Menschen in jedem Hause zu verhaften, und die Gerichte waren angewiesen, alle die mit Deportation zu bestrafen, welche nach Sonnenuntergang außerhalb des Hauses betroffen wurden, ohne im Stande zu sein, einen unverdächtigen Zweck nachzuweisen.

Die englische Parteimoral ist nicht so eng bemessen, daß es den Whigs verboten gewesen wäre, gegen eine Maßregel, welche sie als Verwaltung nicht anders vorgeschlagen haben würden, mit allen Kräften Opposition zu machen. Sie erblickten eine Gelegenheit, in's Amt zurückzukehren, und benutzten sie. Bei dieser Gelegenheit entlud sich der Groll der Tories, denen Peel ein Verräther an ihren und seinen Grundsätzen war. Abgesehen von einigen Orangisten, die es nicht verwinden konnten, mit O'Connell auf derselben Seite zu stehen, und von den Peeliten, seinen persönlichen Anhängern, fielen sie in Masse von ihm ab. Gleich bei der ersten Abstimmung wurde das irische Zwangsgesetz mit sehr starker Mehrheit — etwa derselben, welche Peel früher

dabei war der, daß die Dissenter, die doch ebenfalls über den Druck der Staatskirche klagten, drei Viertheile jener Bittsteller ausmachten.

Daß den katholischen Laien auf Staatskosten Unterricht zu Theil werd erschien den Eiferern nicht so sündhaft, wie die Unterstützung eines Semin für katholische Priester. Die Genehmigung der Errichtung von drei di Zwecke dienenden Collegien wurde fast geräuschlos genehmigt. Eines Cork für den Süden, ein zweites Galway für den Westen, ein dritt fast für den Norden. Eine fernere Anerkennung erhielt der Grunds confessionell gemischten Unterrichts in allen profanwissenschaftlich ständen, der früher bereits durch die Nationalschulen einen Ausdr hatte, durch die Verleihung von Corporationsrechten an die hungsgesellschaft für Irland, in der Dissenter, Anglikaner u vereinigt waren. Unter dem Schirm dieses Grundsatzes gel tionalschulen zu einer ungeahnten Entwicklung. Katholiken wurden in ihnen unter denselben Lehrern auf dem Fuß Gleichheit zugelassen.

Zu diesen Beihülfen für das Geistige fügte Peel an rielle. Er versuchte verschiedene Formen, das Elend thigte die irischen Grundbesitzer, durch bessere Armenpf ihrer Güter für die Darbenden zu sorgen, er ermun Arbeiten durch Darlehne oder Geschenke, er gab trocknungen, welche zur Verbesserung alter Schifff nung neuer führten. Durch drei Gesetze brachte Gutsherrn in eine bessere Lage. Das erste sch Ausweisungen und Pfändungen, das zweite ho Weitläufigkeiten bei Pachtverträgen auf, das d gungen zu für alle an ihren Pachtgütern vorge

Unglücklicher Weise konnten alle diese wo blicklich wirken, und in der nächsten Zeit bli Parlament mit den Worten bezeichnet hatte: zeugt Elend; Elend erzeugt unruhigen Geist gel an Sicherheit. Hiermit ist der fehle Mangel an Sicherheit erzeugt seinerseits Hungersnoth, welche durch die Kartoffelk Irland Folgen, welche in gebildeteren un

Peel für von Vorräthen gesorgt hatte, stiegen die
Lebens auf eine für den Armen unerschwingliche
vielen das Vieh, die Hü künftiger Jahre,
an v hungerten Mensch den vom Hun=
hinwe esetzlosen Bande n Namen von
en, gebern der Mitt omännern sel=
ört esen zu treibe er allgemeinen
hsa Man sah f n, wo sie von
un erung nichts n, in geordneten
n ann umherzi en Tage Waffen=
an e Unterschie ht, aber nicht alle
st ren Händ hartherzige Grund=

einen die bestehenden Ge=
er ähnl minder schlimmen Um=
rohten ven durch ein sogenann=
das englischen Rechts für per=
auf sichtig jedes Mal
ie s Parla=
n für un=
Recht, je=
n, und die
welche nach
im Stande

s den Whigs
rwaltung nicht
ion zu machen.
o benutzten sie.
en Peel ein Ver=
on einigen Oran=
derselben Seite zu
gern, fielen sie in
g wurde das irische
n, welche Peel früher

für sich gehabt hatte — abgewiesen. Mit dem Fall des Gesetzes war auch der des Ministeriums entschieden.

Am 29. Juni 1846 erschien Peel im Unterhause, das ihn zum letzten Male als Minister sah. Man beurtheile ihn ungerecht, erklärte er, wenn man aus dem irischen Lebensschutz-Gesetz, das von Andern ein Zwangsgesetz genannt werde, auf eine Sinnesänderung in seiner Politik gegen Irland habe schließen wollen. Er behaupte nach wie vor, daß in Bezug auf städtische und politische Rechte die allervollkommenste Gleichheit zwischen England und Irland eintreten müsse, und was die Verwaltung betreffe, so glaube er, daß die Gunst der Krone ohne allen Unterschied des Glaubens zu vertheilen sei. Er ging dann zu den großen Freihandelsmaßregeln über, deren Erfolg nicht an seinen Namen geknüpft sein werde, sondern an den Richard Cobden's, des Führers der Bevölkerung in dem Kampfe gegen die Korngesetze. „Viele," so schloß Peel bewegt, „werden mich tadeln, die aus Ueberzeugung, nicht aus Selbstsucht, an den Grundsätzen des Zollschutzes festgehalten haben. Zugleich wird mein Name verflucht sein von jedem Monopolisten, der aus minder ehrenhaften Motiven zu seinem eigenen Vortheile den Zollschutz aufrecht gehalten wünschte. Doch mag es sein, daß mein Name zuweilen mit dem Ausdruck des Wohlwollens wird genannt werden in den Wohnungen jener Menschen, denen das Loos gefallen ist, ihr Brot im täglichen Schweiße ihres Angesichts zu erwerben, wenn sie ihre erschöpfte Kraft durch reichliche und unbesteuerte Nahrung erquicken, die ihnen um so süßer munden wird, weil sie nicht mehr mit dem Gefühle der Ungerechtigkeit gesäuert ist."

Es ist der Segen der Realpolitik, daß sie, welche die geschichtliche Entwicklung nicht verläßt und nicht in der Theorie, sondern im Leben Anknüpfungspunkte sucht, zu großen Resultaten durchdringen kann, ohne das Staatsgebäude zu erschüttern. Allerdings entzog Peel durch die Aufhebung der Korngesetze den verhältnißmäßig sehr wenigen Familien des großen Grundbesitzes die Basis, auf der ihr Uebergewicht beruhte, und verstärkte gleichzeitig die Macht der industriellen Interessen durch seine Zollerleichterungen. Aber er überließ es der Zeit, die Uebertragung des politischen Einflusses von den historisch berechtigten auf die naturgemäß berechtigten Classen allmälig und schonend zu vollziehen, und zeigte außerdem dem großen Grundbesitz durch sein Beispiel, wie er sich vor der Hand gegen Handel und Gewerbe im

Gleichgewicht erhalten könne. Als er den ersten Antrag auf einen gleitenden Zoll gestellt hatte, rief er den berühmten Agriculturchemiker Liebig auf seine Besitzungen und erhielt von diesem eine Bestätigung seiner eigenen Ansicht, daß der englische Ackerbau durch Vervollkommnung seiner Methoden und durch eine rationellere Entwickelung der Bodenkräfte werde in den Stand gesetzt werden, die fremde Mitbewerbung auf dem englischen Markte zu bestehen. Außer vielen Aufmunterungen, die er den Gesellschaften zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in den ackerbauenden Bezirken, dem landwirthschaftlichen Maschinenwesen, dem Flachsbau, der Viehzucht u. s. w. gab, kam von ihm der Impuls zur allgemeinen Einführung der unterirdischen Entwässerung durch Röhren (Drainage) behufs der Gewinnung nasser Felder für die Landwirthschaft. Seine Korngesetze waren kaum in's Leben getreten, als er den Pächtern seiner ausgedehnten Besitzungen versprach, den fünften Theil seines Einkommens aus Ländereien auf Röhrenlegung verwenden zu wollen, wenn sie den früheren Pachtzins fortbezahlten. Da die Pächter bei diesem Uebereinkommen sich wohl befanden, so wurde sein Verfahren von vielen Andern angewendet, und die Röhrenlegung breitete sich in Irland, Schottland und England mit reißender Geschwindigkeit aus. Es bildeten sich Gesellschaften zur Uebernahme der Arbeiten, und einzelne große Grundbesitzer betrieben die Entwässerung im Großen. Der Herzog von Northumberland setzte dazu 150,000 Thaler jährlich aus, Graf Derby legte in einem Jahre (1850) 1,300,000 Fuß Röhren. Der Erfolg war in der Regel ein so lohnender, daß die Pachtverhältnisse im Ganzen die alten blieben.

Dem Einfluß Peel's im Parlament und auf die Regierung verdankten die Landwirthe die Begünstigungen, welche die Regierung ihrem Streben, den Ackerbau auszudehnen, schenkte. Zwei Monate nach seinem Rücktritt wurde das Ministerium durch das Gesetz vom 28. August 1848 ermächtigt, den Landwirthen, welche Entwässerungen vornehmen wollten, Vorschüsse aus Staatsgeldern bis zum Betrage von zwanzig Millionen zu gewähren. Ein anderes Gesetz begünstigte die Darlehen von Privatpersonen zu Entwässerungszwecken, ein drittes erleichterte die Beseitigung der Hindernisse, die von den Dämmen der Mühlen herrührten, ein viertes befreite die zu solchen Zwecken bestimmten Ziegel von allen Abgaben. Der Anstoß, den Peel gegeben hatte, ging über sein Vaterland hinaus. Zuerst führte Belgien die neue Entwässerungsart ein (neu nur in dem Sinne, daß sie erst jetzt zu einer umfassenden

Anwendung kam), dann Deutschland, und die französische Regierung befahl ihren Präfecten, für die Reform zu wirken.

Besonders erstreckte sich Peel's Sorgfalt auf das Land, das man zum Vorwand seines Sturzes gewählt hatte. Eine der irischen Geißeln war die Menge der Grundbesitzer ohne Geist und Herz, welche die Einkünfte ihrer Ländereien, so lange sie bei schlechtester Wirthschaft vorhielten, im Auslande zu verzehren pflegten. Gegen diese Abwesenden (absentees) hatte O'Connell die schärfsten und gerechtesten seiner Angriffe gerichtet, ohne übrigens ein ausführbares Mittel angeben zu können, wie das Land von ihnen zu befreien sei. Peel fand dieses Mittel, und er sah, so lange er Minister war, aus keinem andern Grunde von der Ausführung ab, als weil seine Freunde ihm vorstellten, daß sein Plan die Verhältnisse Irlands gänzlich umgestalten werde, und daß es klug sei, die Wirkungen des Freihandelssystems abzuwarten, ehe er die Verantwortlichkeit einer socialistischen Umwälzung übernähme. Seine Nachfolger ließen seinen Gedanken zur That werden. Sie entfernten alle die Weiterungen, die beim Güterverkauf gesetzlich waren, und führten gezwungene Liquidationen ein, um die großen Besitzungen zu zerstückeln und an die Stelle der überschuldeten Eigenthümer neue zu setzen. Der Gerichtshof der verschuldeten Güter (encumbered estates), den sie errichteten, erhielt die Befugniß, in allen Fällen, wo die Zinsen der Hypothekschulden das wirkliche Einkommen überstiegen, in summarischer Weise Recht zu sprechen, sofort zum Verkauf zu schreiten und dem Käufer parlamentarische Rechtstitel, d. h. ein unantastbares Eigenthumsrecht, zu überliefern. 1853 stand diesem Gerichtshof bereits fast der fünfte Theil der irischen Besitzungen zur Verfügung. Drei Jahre früher war Sir Robert Peel an den Folgen eines unglücklichen Sturzes vom Pferde gestorben. (2. Juli 1850.) Ganz England beweinte ihn, und seine politischen Feinde waren nicht die letzten, welche die Ueberzeugung aussprachen, daß er es gewesen sei, der die Parteien gezügelt, die politischen Stürme auf ein neutrales Feld geleitet, dort fruchtbar gemacht und auf diese Weise von England die Revolution abgewendet habe.*)

---

*) Derselben Ueberzeugung gab Gladstone im Unterhause mit den Worten, die Walter Scott in der Einleitung zu Marmion William Pitt nachruft, Ausdruck:

Wärst Du noch bei uns, wenn auch ohne Macht,
Ein Wächter auf der hohen Warte Thurm,
Dein Ruf, er dränge dann laut durch die Nacht,
Wenn List und Tücke wieder drohten Sturm.

In politisch ungebildeten Ländern ist der Boden der Realpolitik ungünstig. Ehe man Erfahrungen gewonnen hat, holt man sich aus staatsrechtlichen Compendien Rath und begeistert sich nach theoretischen Voraussetzungen für diese oder jene Staatsform. Uebertriebene Vorstellungen von der Vortrefflichkeit der eigenen Lehre und eben so übertriebene Vorstellungen von der Verwerflichkeit dessen, auf was der Gegner schwört, haben Fanatismus und Erbitterung im Gefolge, und beide wollen sich in Kämpfen austoben, bei denen das Wohl des Landes, das hüben und drüben als Wahlspruch auf den Fahnen geschrieben steht, am schlimmsten fährt. Ist diese traurige Uebergangszeit vielleicht keinem zurückgebliebenen Lande zu ersparen, so gibt es doch Stufen des Unglücks, und die tiefste ist die solcher Länder, wo die Parteien einverstanden sind, daß der Bürgerkrieg, weil das schnellste so auch das beste Siegesmittel sei. Von zwei solchen Ländern haben wir jetzt zu sprechen.

Costa Cabral hatte Portugal eine, allerdings trügerische Ruhe verschafft. Die Bevölkerung, die durch vierzehn verschiedene directe Steuern gedrückt wurde, ertrug seine kräftige Regierung ungern, und die freisinnige Partei fand in seinen willkürlichen Handlungen Stoff genug zu Angriffen. Die erste der Verschwörungen, durch die sein Sturz herbeigeführt werden sollte, mißlang. Nur einer der Verschworenen, Graf Bonfim, hielt sein Versprechen des Losschlagens und wiegelte die Truppen von Torres Novas auf. Von den Uebrigen im Stich gelassen, warf er sich nach Almeida und hielt sich in dieser halb zerfallenen Grenzfestung ein Paar Monate. Der Hunger besiegte ihn, und er trat nach Spanien über (28. April 1844). Costa Cabral überschätzte seinen Sieg und wollte jedem künftigen Aufstande vorbeugen. Durch die berüchtigten Gesetze vom 1. August desselben Jahres legte er sich die Macht bei, Officiere aller Grade, alle Richter, die nicht seit drei Jahren im Amt seien, und alle Professoren der Hochschulen von Lissabon, Coimbra und Oporto ohne Angabe der Gründe absetzen oder pensioniren zu dürfen.

Nun liegt im Staub der Säule stattlich Haupt,
Im Rauch erloschen ist des Leuchtthurms Licht,
Des treuen Wächters sind wir jetzt beraubt
Und der Trompete Ruf erweckt uns nicht.

Vgl. Künzel, Dr. H., Leben und Reden Sir Robert Peel's. Ein Beitrag zur Geschichte, constitutionellen Entwickelung und Politik Englands während der letzten vierzig Jahre (1810—50.) gr. 8. 2 Bde. geh. Braunschweig.

Die Opposition in den Kammern, die der Minister allein fürchtete, wurde eingeschüchtert. Inzwischen stieg die Geldnoth der Regierung, und die Depositen-, Wittwen- und Waisencassen, in die er ohne Bedenken griff, wurden leer. Für einige Zeit half sein Kunstgriff, irgend eine wohlthätige Maßregel anzukündigen, sich eine neue Auflage für sie bewilligen zu lassen, das Geld einzustreichen und die Straße, den Hafen, das Gefängniß nicht zu bauen. Auf die Dauer konnte der Druck nicht ertragen werden, dazu war er zu groß.

Die ländliche Bevölkerung sah den politischen Ereignissen seit dem Sturze Don Miguel's theilnahmlos zu. Costa Cabral weckte sie durch ein Sanitätsgesetz aus ihrer Apathie. An sich war das Gesetz vernünftig, denn es untersagte jede Beerdigung, bevor ein Arzt oder Chirurg in einem Todtenschein die Ursachen des Todes ausgesprochen habe. Für Portugal paßte es nicht: das durch Auflagen ausgesogene, in jeder Beziehung vernachlässigte platte Land hatte Tausende von Familien, die nicht einmal die geringen Gebühren für einen Todtenschein aufzubringen vermochten. In der Provinz Minho blieben viele Leichen unbegraben, die Weiber geriethen in Aufregung, und als man ihre Klagen durch Soldaten zum Schweigen bringen wollte, vertheidigten die Männer ihre Frauen. Die Massen ballten sich zusammen, zogen von Ort zu Ort, erhielten Verstärkungen und schlugen einzelne Heeresabtheilungen.

Nachdem der Aufstand so weit gediehen war, traten die politischen Parteien hervor. Die Miguelisten hatten die aufgestandenen Bauern hinter sich und dictirten die Bedingungen ihres Bundes mit den Liberalen (Septembristen). Bei diesen galt die Königin dafür, daß sie sich allein mit den Pflichten der Gattin und Mutter beschäftige, von der Politik nicht mehr wisse, als sie in den Palastgemächern davon erfahre, und von einer Camarilla geleitet werde, die, aus einem Dutzend Höflingen bestehend und mit dem Herzog von Terceira an der Spitze, nichts im constitutionellen Sinn auffasse. Die Liberalen ließen diese Königin so ziemlich fallen, wenigstens willigten sie ein, daß der Name Donna Maria's in keiner von der Revolutionspartei ausgehenden Schrift mehr erscheine und daß nach glücklicher Beendigung des Kampfes durch eine constituirende Versammlung entschieden werde, wem die Krone eigentlich gebühre.

8000 bewaffnete Bauern besetzten Coimbra, und von Oporto meldete

Silva Cabral, der Bruder des Ministers, daß dort Alles verloren sei. Der letztere gab selbst den Rath, dem Kampf durch scheinbare Nachgiebigkeit auszuweichen, und entfernte sich nach Spanien. Das neue Ministerium wurde aus allen großen politischen Parteien des Landes, mit Ausnahme der Miguelisten, gebildet. Die Junten erhielten kein anderes Zugeständniß, als die Errichtung von Nationalgarden, und doch unterwarfen sie sich, weil das zügellose Treiben des Volks ihnen über den Kopf zu wachsen drohte. Der Hof nahm diese Besonnenheit für Schwäche und machte in der Nacht des 6. Octobers eine Gegenrevolution. Nicht dem Herzog von Terceira, dessen Hand dieses Spiel gemischt hatte, sondern dem Marquis von Saldanha, dessen liberaler Ruf einige Garantien bot, daß man nicht zu weit gehen werde, übertrug die Königin die Bildung des neuen Ministeriums. Er bekleidete sich mit dictatorischer Gewalt, löste die Nationalgarde auf und setzte die constitutionellen Rechte auf einen Monat außer Wirksamkeit. In dieser kurzen Zeit glaubte er mit der Revolution fertig zu sein.

Der Aufstand loderte im Augenblicke neu empor, Coimbra und Oporto vertrieben die königlichen Beamten, die alten Banden zogen unter den alten Führern in's Feld. Im November und December wurde mehrmals gekämpft, bald für die eine, bald für die andere Partei glücklich. Bei Cintra, Chaves und Valenca am Minho siegten die königlichen Truppen, bei Ourem und Marcella die Aufständischen. Den schwersten Verlust erlitten die letztern bei Torres Vedras, wo Graf Bonfim gefangen und Mousinho d'Albuquerque, der einzige Portugiese von echter wissenschaftlicher Auszeichnung, getödtet wurde. Die größte Erbitterung verrieth sich in den Gefechten gegen die miguelistische Guerilla des Schotten Macdonald, in denen kein Quartier gegeben wurde.

Die königlichen Truppen konnten ihre Vortheile, die zuletzt fast entscheidend geworden waren, wegen gänzlicher Entblößung nicht verfolgen. Der Aufstand hatte sich in Oporto concentrirt und schöpfte während des mehrmonatlichen Stillstands der Operationen neue Kraft. Als Sa da Bandeira im April 1847 zum Angriff überging und bei Faro in Algarbien landete, gingen alle Gebiete südlich vom Tajo für die Regierung verloren, und ihre Truppen wurden nun bald durch Gefechte, Ausreißereien, Ueberläufereien so geschwächt, daß sie nirgends das freie Feld zu halten vermochten.

Donna Maria konnte nach den Bestimmungen der Quadrupel-Allianz vom 22. April 1834 die Unterstützung Englands, Frankreichs und Spaniens in Anspruch nehmen, sobald ihrer Dynastie Gefahr drohte. Da sich miguelistische Elemente dem Aufstande beigemischt hatten, so war dieser Fall unzweifelhaft eingetreten. Die drei Mächte beeilten sich wetteifernd, dem Verlangen zu entsprechen, am meisten England. Das „herzliche Einvernehmen" hatte aufgehört, Spanien folgte blindlings dem französischen Einfluß, und trug dieser auch in Portugal den Sieg davon, so hatte England den letzten Halt auf der Halbinsel der Pyrenäen verloren. Lord Palmerston formulirte die Bedingungen, unter denen die drei Mächte Hülfe leisten wollen. Sie beschränkten sich auf die drei Punkte: Gewährung einer allgemeinen Amnestie, Bildung eines gemäßigt liberalen Ministeriums, Berufung der Cortes.

Die englische Flotte erschien im Tajo in bedeutender Stärke und war mit großen Geldmitteln versehen. Auf dieses letzte Argument verließen sich die Friedensstifter am meisten, vielleicht auch ein wenig auf den moralischen Nachdruck einer dreifachen Einmischung. Welches der beiden Mittel das eigentlich wirksame gewesen ist, wollen wir nicht entscheiden, genug, einer der aufständischen Führer nach dem andern machte seinen Frieden mit der Regierung. Weder Das Antas, noch Sa de Bandeira, noch Mello leisteten den geringsten Widerstand: sie protestirten. Die meisten ihrer Soldaten ließen sich, nachdem sie sich hinsichtlich der Beziehung ihres Soldes Gewißheit verschafft hatten, in die königlichen Regimenter einreihen. Die Ehre, die Schlüssel Oporto's friedlich in Empfang zu nehmen, hatten die 12,000 Mann spanischer Kerntruppen, die unter General Concha über die Grenze gegangen waren. Die Wiederunterwerfung Madeira's und der übrigen Azoren war eine selbstverständliche Folge der Herstellung der Ruhe im Mutterlande.

Spanien befand sich nicht seit Langem in der Lage, mit 12,000 Mann in einen Nachbarstaat einzurücken. Es hatte gleich Portugal seinen Kronprätendenten, seine Parteien, seine Revolutionen. Einmal hatte die Hand des glücklichsten seiner Feldherrn Zukunftskeime in den Boden gelegt, aber der Parteihaß, die Eifersucht anderer Generale, die Intriguen zweier Höfe hatten sie noch vor dem Sprießen erstickt. Die Zukunft verheißende Zeit war die, in der Espartero die Regentschaft für die unmündige Isabella führte.

Don Baldomero Espartero war der Sohn eines Zimmermanns der Mancha, den das Schicksal mit Armuth und einer zahlreichen Familie bedacht

hatte. Zum Priester bestimmt und bereits dem Seminar übergeben, warf er bei den ersten Attentaten Napoleon's den Chorrock von sich, nahm eine Muskete und trat in ein aus lauter jungen Theologen bestehendes Bataillon, das deshalb das heilige hieß. Bei der Rückkehr Ferdinand's VII. war er Unterlieutenant und begleitete den General Morillo in die empörten Colonien. Er stieg von Grad zu Grad und war in allen seinen Unternehmungen glücklich, bis auf die Schlacht von Ayacucho, die der spanischen Herrschaft den Todesstoß versetzte. So tapfer die Officiere, welche die auf jenen Unglückstag folgende Capitulation unterzeichneten, gefochten hatten, fürchteten sie mit Grund, daß der König ihnen wegen des Verlustes seiner Colonien grollen werde. Um sich dagegen möglichst zu schützen, traten sie in einer Verbrüderung eng zusammen. Das Volk nannte sie die Ayacuchos, und sie waren weder bei Hof noch bei ihren älteren Waffengefährten besonders angesehen. Sie waren jung und warteten ihre Zeit ab. In den Bürgerkriegen arbeiteten sich die meisten — Rodil, Valdez, Narvaez, Alaix, Lopez, Canterac, Maroto — empor, und das glänzendste Loos von allen, die siegreiche Beendigung des siebenjährigen Kampfes, war Espartero beschieden. Die Abdankung Christinens erhob ihn zum Regenten, zum ersten Mann Spaniens.

Wenn er den Ehrgeiz, den man ihm zuschrieb, wirklich besaß, so mußte er jetzt befriedigt sein. Es gab für ihn keine höhere Staffel mehr zu ersteigen. Seine Tugenden und seine Fehler waren spanische: Kühnheit und Bedachtsamkeit, Unentschlossenheit und Ausdauer, Vorliebe für kleine Mittel. Zu Zeiten gab er sich einer Unthätigkeit hin, die Allen unbegreiflich war, welche nicht wußten, daß die Hauptursache in einem quälenden körperlichen Uebel lag. Die Menschen kannte er, wie man sie am Spieltisch und im Feldlager kennen lernt, mit der Politik hatte er sich, bevor er sich von den Exaltados gewinnen ließ, nie beschäftigt.

Die Regierung dieses glücklichen Soldaten war bürgerlicher Natur. Durch Ordnung und Sparsamkeit erübrigte er Mittel für den Straßenbau, die Marine, die Pflege der Wälder. Er reinigte die Verwaltung und den Richterstand von schlechten Subjecten und unterdrückte den Schmuggelhandel. Dem Heer, das er gleichzeitig verminderte, gab er in einer ausgebildeteren Nationalmiliz ein Gegengewicht. Auf diese Weise glaubte er es möglich zu machen, daß Donna Isabella bei ihrer Thronbesteigung Spanien ruhig und glücklich finde. Aber er hatte in zu viele kranke Stellen des spanischen

Körpers eingeschnitten, zu viele Interessen verletzt, zu viele Feinde nicht versöhnt. Mit seinen politischen Feinden der Moderado-Partei verbanden sich die Basken, die ihm die Verlegung der Zolllinie vom Ebro an die Bidossoa zum Vorwurf machten, die reichen catalonischen Fabrikanten, die sein Plan der Umwandlung des Prohibitivsystems in ein mäßiges Schutzzollsystem in ihrem Erwerb bedrohte, die ehrgeizigen Officiere, denen seine Reductionen die Hoffnung auf ein schnelles Vorrücken abschnitten, die Intriganten seiner eigenen Partei, denen seine Macht unbequem war. Alle diese Feinde zusammen waren ihm nicht so schädlich, als zwei, die noch zu nennen sind: die Königin-Mutter Marie Christine und König Ludwig Philipp, an dessen Heerd sie in Selbstverbannung lebte.

Marie Christine wollte nicht anders als im Besitz der vollen Macht nach Spanien zurückkehren, und Ludwig Philipp ebnete ihr alle Wege dazu, um Spanien dem französischen Einflusse zu unterwerfen. In Paris wurde ein System von Wühlereien und Hetzereien ausgesonnen und in Spanien ausgeführt. Man wendete die gröbsten Verläumdungen an, die nicht ausgenommen, daß Espartero für sich nach der Krone strebe. Bei allen diesen consequenten Untergrabungen seiner Macht blieb der Regent unthätig, bis sie in Empörungen ausarteten, und dann warf er sich mit soldatischer Strenge auf seine Feinde. Den General Diego Leon, der bei einem Angriff auf den königlichen Palast den Befehl geführt hatte, ließ er erschießen, in das aufgestandene Barcelona warf er Bomben.

Espartero verließ sich auf die Redlichkeit seiner Absichten weit mehr, als ihm in seiner Stellung geziemte. Die eben genannten Ursachen der Unzufriedenheit dauerten fort, und je länger seine Herrschaft dauerte, desto unerträglicher wurde sie den Verstimmten und Ehrgeizigen. Die öffentliche Meinung irrt wie der einzelne Mensch. Er kannte ihre Ungunst und betheuerte bei allen Gelegenheiten, daß er keine andere Absicht habe, als die Zügel der Regierung am Tage der Großjährigkeit Isabellens in die Hände derselben zu legen. Inzwischen bearbeiteten seine Gegner, reich mit Geld versehen, das ihm fehlte, die baskischen Provinzen und Catalonien, die Presse und das Heer. Keine Polizei hinderte sie, ihre Entwürfe in Paris reiflich zu erwägen. Als der rechte Augenblick gekommen war, verließen die verschworenen Generale Narvaez, Concha, O'Donnell Frankreich, um sich an die Spitze des dritten Aufstandes gegen Espartero zu stellen.

Barcelona hatte bereits das Losungswort erhalten und erhob sich zuerst. Der catalonische Generalcapitain Cortinez ließ dem Aufstande jeden Spielraum und schloß sich nach einigen Tagen selbst an, „weil er der lauten Stimme der Nation nicht widerstreben dürfe." Wo nicht Vertraute Espartero's den Oberbefehl führten, fielen die Truppen ab, die zehn Compagnien seines Jägerregiments von Luchana unter den ersten. Die aus Frankreich angekommenen Generale vertheilten sich in die Provinzen, Narvaez ging nach Valencia. Bis zu seiner Ankunft war es zweifelhaft, ob nicht die Zwistigkeiten und offenen Räubereien der Soldaten in einer allgemeinen Auflösung enden würden, seine Energie stellte den Gehorsam augenblicklich her. Ohne Zeit zu verlieren, zog er mit allen Truppen aus, entsetzte Teruel, täuschte durch eine Demonstration gegen Saragossa die feindlichen Generale, zeigte sich vor Madrid und stellte sich bei Torrejon de Ardos auf, wo Zurbano und Seoane ihre Truppen vereinigt hatten. Schon hatten die Vorposten das Feuer eröffnet, da sprengte er, an seinem wallenden Federbusch weithin kenntlich, mitten zwischen sie und forderte die Reihen gegenüber zur Vereinigung auf. Der kühne Gedanke war auch ein glücklicher: das beste Heer des Regenten ging über, die beiden Generale wurden gefangen.

Espartero stand in jenem entscheidenden Augenblicke vor Sevilla, das ihm seine Thore nicht öffnete. Sein Heer verminderte sich täglich durch Ausreißer, wohin er sich wendete, begegnete er der Entmuthigung und dem Verrath. Als seine Gegner gegen ihn vorrückten, waren noch zwei kleine Reitergeschwader bei ihm. Diese entließ er selbst und schiffte sich in Puerto Santa Maria auf einer englischen Fregatte ein. Drei Städte, die gebildetsten des Landes, Madrid, Saragossa und Cadix, hatten treuer bei ihm ausgehalten, als das Heer. Man schleuderte ihm Verleumdungen nach, aber die wahre Ursache seines Sturzes ist in den Worten enthalten, die eine orleanistische Zeitung, das Journal des Debats, sich entschlüpfen ließ: „Die maßlose Feindseligkeit Espartero's gegen Frankreich hat ihm zum Verderben gereicht."

Bei den nächsten Wahlen erhielten die Moderados eine überwiegende Mehrheit und ließen dennoch ein Ministerium von Progressisten an's Ruder kommen. Sie legten sich diese Rücksicht auf, um gegen ihre Verbündeten aus jener Partei, so lange die Aufregung im Lande sich nicht beschwichtigt hatte, den Schein der Ehrlichkeit anzunehmen. Als es ruhiger geworden war,

stürzten sie ihre Freunde und zwar durch die offenbar falsche Anklage, daß der Ministerpräsident Olozaga die Königin beschimpft, ihr mit Gewalt die Einwilligung zur Auflösung der Cortes abgezwungen habe. In das nächste Ministerium wurden neben Moderados noch zwei untergeordnete Progressisten aufgenommen. Dieses Ministerium war die zweite Uebergangsstufe zu der ausschließlichen Herrschaft der Moderados und sollte dieser Partei durch einige Maßregeln, über die der Hof einig war, einen Theil des Volkshasses abnehmen. Man ließ Bravo Murillo und seine Amtsgenossen das verhaßte Gemeindegesetz von 1840 herstellen, Marie Christine zurückberufen, ein strengeres Preßgesetz veröffentlichen, eine Gensdarmerie einrichten. Sie gehorchten und machten darauf Platz. Nun traten die Gemäßigten mit dem Ministerium hervor, das sie von allem Anfang an im Sinn gehabt hatten. Die Mitglieder waren Narvaez als Ministerpräsident, Viluma, für den später ein Veteran der Partei, Martinez de la Rosa, eintrat, Pidal, Mon, Armero und Mayans.

Narvaez, ein glänzender Soldat, hatte in dem Kampfe gegen die Carlisten fast dieselben Dienste wie Espartero geleistet. Da er diesem ehemaligen Freunde nachgesetzt wurde, war er dessen erbitterter Feind geworden. In mehr als einer Beziehung übertraf er ihn, denn er war nicht bloß Soldat, sondern auch einer der ersten spanischen Staatsmänner, und rastlos thätig. Man hielt ihn für einen Absolutisten, in der That war er ein Constitutioneller nach spanischer Art, das heißt er achtete die Verfassung, wenn er in der Opposition war, und verletzte sie, wenn er als Minister durch sie gehindert wurde, seinen beiden Leidenschaften, Herrschsucht und Rachgier, ein Genüge zu thun. Marie Christine haßte ihn, aber sie brauchte seinen Degen, um den Thron ihrer Tochter sicher zu stellen. Dieses Verdienst sich zu erwerben, eignete sich Niemand besser als er. Seine Gegner fürchteten ihn noch mehr, als sie ihn haßten, und die Verschwörungen und Aufstände, die seit Espartero's Sturz dem Lande selten Ruhe gelassen hatten, nahmen unter seinem Ministerium ab und hörten zuletzt ganz auf, obgleich das große Mittel des Generals, Krieg mit Marokko zu führen und die überschüssigen Kräfte auf diese Weise gegen Außen zu beschäftigen, durch den herkömmlichen Geldmangel unausführbar gemacht wurde. Innere und äußere Schuld zusammen betrugen 15,526 Millionen Realen, zu denen noch 5419 Millionen neuere Staatsschuldscheine und andere Posten kamen.

In den Verfassungsgesetzen gab es verschiedene Quellen der Unruhen, und diese verstopfte Narvaez eine nach der andern. Weil die Geschwornen nur von den Rechten, nicht von den Pflichten der Presse wußten und die wildesten Ausschreitungen nicht bestraften, waren die Zeitungen ein täglicher Anlaß zu Scandal, eine unter die Gesellschaft geschleuderte Brandfackel, eine offene Verschwörung gegen Alles, was Ehrfurcht und Gehorsam heischte, ein Rüstzeug der Verleumdung, der Lüge, der Corruption und somit eine dringende Gefahr geworden. Ein Preßgesetz entzog den Geschwornen die Beurtheilung der Preßvergehen und drohte jeder Zeitung, welche die Königin, die Verfassung und die Gesetze des Landes angreife, die öffentlichen Beamten in Bezug auf ihr Privatleben schmähe oder ihnen schlechte Motive unterschiebe, zum Ungehorsam und zur Verachtung der Regierung aufreize, unmittelbare Unterdrückung. Im Wahlgesetz wurde die Bestimmung gestrichen, daß jeder einzelne Wähler zu der Ernennung der zwanzig bis dreißig Abgeordneten seiner Provinz mitwirke, die unbedingte Wahlfähigkeit aufgehoben und der Wahlcensus bedeutend erhöht. Den Senat ernannte von nun an die Königin, und auf Lebenszeit. Die Errichtung eines Staatsraths war für Spanien ein Luxus, in dem man, wie so ziemlich bei allen neuen Maßregeln, das französische Verfassungsmuster nachahmte. Der Geistlichkeit stattete man Alles zurück, was nicht unwiederbringlich verloren gegangen war, die noch nicht verkauften Kirchengüter, die Zehnten, das Rotagericht, die Rechte der Nunciatur.

Als die wichtigste Frage von allen wurde die Verheirathung der Königin behandelt, obgleich Donna Isabella das heirathsfähige Alter kaum erreicht hatte. Von einer passenden Wahl hing in einem Lande wie Spanien viel ab. Espartero hatte einen österreichischen Erzherzog gewünscht und am Wiener Hofe vorläufig die Anerkennung Isabellen's betrieben, wozu jener Hof, weil eine längere Abbrechung des diplomatischen Verkehrs dem französischen Einfluß die erwünschtesten Erleichterungen darbot, gern bereit gewesen wäre, wenn Espartero nicht unbegreiflicher Weise einen Gesandten gewählt hätte, der als ehemaliger Carbonaro nicht empfangen werden konnte. Von diesem Plan, dem passendsten wegen der alten Beziehungen der Habsburger zu Spanien, wurde ganz abgesehen. Die neuen Candidaten waren der Graf von Trapani, ein neapolitanischer Prinz, ein Koburg, die beiden Söhne des Infanten Don Francisco de Paula, Don Enrique und Don Francisco de Assis, der Herzog von Montpensier und der Graf von Montemolin, der

Sohn des Infanten Don Carlos, um dessen Thronansprüche ein siebenjähriger Krieg Spanien verwüstet hatte.

Don Carlos hatte zu Gunsten dieses Sohnes, an dessen Namen keine blutige Erinnerungen hafteten, seinem Recht entsagt. Der junge Prinz brauchte nur Eines zu thun, um seine Wahl zu dem heißesten Wunsche jedes echten Spaniers zu machen. Er mußte die Verfassung anerkennen. Es ist kaum einem Zweifel unterworfen, daß die Entsagung auf die Besteigung des Thrones kraft eigenen Rechts, die in einer solchen Anerkennung allerdings lag, ungefährlich gewesen wäre, denn in diesem Falle hätte ihn die Hand Isabellen's allen französischen Intriguen zum Trotz auf den Thron gehoben. Der Prinz sprach aber das entscheidende Wort nicht aus. In dem Manifeste, das er bei Gelegenheit der Entsagung seines Vaters an die Spanier richtete, vermied er überhaupt jede Zusage oder Verpflichtung. Unter den ernsten Veränderungen in der politischen und socialen Organisation Spaniens, erklärte er in den unbestimmtesten Ausdrücken, seien allerdings solche, welche er als spanischer und christlicher Fürst beklage. Man täusche sich jedoch, wenn man glaube, daß er ohne Begriff von der wahren Lage der Dinge sei, oder das Unmögliche wolle. Gerechtigkeit ohne Gewaltsamkeit, Separation ohne Reaction, ein kluger und billiger Vergleich zwischen allen Interessen mit nützlichem Gebrauch so vieler guter Dinge, welche dem jetzt lebenden Geschlecht von den Vätern vermacht worden seien, ohne jedoch dem Geist der Epoche Gewalt anzuthun, das sei seine Politik. Jede Partei mochte sich die Phrasen nach ihren Wünschen auslegen, und darin schien der Zweck der vieldeutigen Ausdrucksweise zu bestehen.

England begünstigte den Prinzen aus dem Hause Coburg, Frankreich nahm, indem es seinen eigenen Prinzen zurückzog, den Schein an, als ob der Graf von Trapani ihm der genehmste Candidat sei. Der wirkliche französische Candidat für die Hand der Königin war aber der Infant Don Francisco, und dem Herzog von Montpensier war die jüngere Schwester, Donna Luisa, bestimmt. Es wurde für mehr als wahrscheinlich gehalten, daß die Ehe des Infanten mit der Königin eine kinderlose bleiben werde, und die spanische Krone würde in diesem Falle dem französischen Prinzen zugefallen sein. Das Wort Ludwig's XIV.: „Es gibt keine Pyrenäen mehr!“ hätte noch einmal seinen Effect machen können. Dieser große politische Erfolg machte Ludwig Philipp um das Familienglück der spanischen Königsfamilie, um die Ehre des

Königthums, um das Wohl der spanischen Nation unbekümmert. Alle drei standen auf dem Spiele, wenn Donna Isabella einen in verschiedenen Beziehungen unfähigen Mann heirathete. So unglaublich es klingt, daß Marie Christine einen solchen Plan unterstützt hätte, ist es gleichwohl nach den verschiedenen Schritten, welche sie that, zu vermuthen. Durch sie wurde der Graf von Trapani dem Volk systematisch verhaßt gemacht, durch sie der Infant Don Enrique in die Verbannung geschickt, durch sie der englische Candidat bei Seite geschoben, durch sie das Ministerium Narvaez, dessen Bereitwilligkeit zur Unterstützung der französischen Intrigue nicht die Probe bestand, gestürzt. So befanden sich bloß noch Don Francisco und Montpensier im Felde, und die unheilvollen Heirathen wurden geschlossen. Von den Folgen wollen wir weiter nichts sagen, als daß in Spanien, dem vorzugsweise nationalen und monarchischen Lande, der Wunsch nach einer Vereinigung mit Portugal, ja nach der Republik, laut wurde, und daß die spanischen Heirathen in der öffentlichen Meinung Frankreichs eine Verstimmung hervorriefen, die zum Sturze Ludwig Philipp's das Meiste beigetragen hat.

Drittes Kapitel.

Die Schweiz. — Der Züricher Putsch. — Die Klöster des Aargaues. — Luzern beruft die Jesuiten. — Niederlage der Liberalen in Wallis. — Freischaarenzüge. — Die Revolutionen im Waadtlande und in Genf. — Der Feldzug gegen den Sonderbund. — Die Mazzinisten. — Italien. — Die Parteien. — Die Literatur. — Pius IX. — Bewegungen in Sicilien und Neapel. — Sardinien erhält eine Verfassung.

In der Schweiz bestehen die ältesten und modernsten Gewerbe der Menschen neben einander. Ist die Viehzucht für Tausende von Familien die einzige Nahrungsquelle, so hat sich am Fuße der Alpen, auf denen zur Sommerszeit die Glocken der Kühe läuten, die Fabrik mit ihrer Arbeitstheilung eingerichtet. In den kleinen Cantonen der Urschweiz knüpfte sich, wie im griechischen und römischen Alterthum, die Ausübung der Bürgerrechte noch immer an das persönliche Erscheinen auf der Landesgemeinde, die größern Cantone hatten ihren Uebergang zum Repräsentativsystem vollzogen. Dieser Buntscheckigkeit der Verfassung entsprach die herrschende Meinungsverschiedenheit nicht bloß, sondern sie ging noch weit über sie hinaus, denn von den Verfechtern des göttlichen Rechts der Könige bis zu den Anhängern der schrankenlosesten Volkssouveränetät und von den Ultramontanen, von den strengen Calvinisten bis zu den Bekennern des Materialismus waren alle politischen und religiösen Parteien vertreten. Ueberdies gab es viele Flüchtlinge aus Deutschland, Frankreich, Polen und Italien, durch deren Einmischung in innere und äußere Verhältnisse der Streit der Parteien verbittert wurde.

In der auf die Julirevolution folgenden Bewegung hatte man sich auf das Nächstliegende gerichtet, auf die Cantonalverfassungen, und sie in allen Cantonen, wo die Liberalen oder die Radikalen in der Mehrheit waren, umgeändert. Aber auch die Bundesverfassung, die man nicht angetastet hatte, besaß ihre unleugbaren Mängel. Der Bund, der die Bestimmung hatte, das Ganze zusammenzuhalten und ihm Würde, Kraft und Ansehen verschaffen sollte, war der Cantonalsouveränetät gegenüber ein leeres, nichtssagendes Wort. Von den meisten Cantonen konnte man sagen, daß sie im stolzen Gefühl der Selbstherrlichkeit schwelgten und sich ihre Wege von der Selbstsucht zeigen ließen. Wo etwas Gemeinsames durchgeführt werden sollte, umging man den Bund und schloß zwischen Canton und Canton besondere Verträge. Eine solche Uebereinkunft hatten Bern, Aargau, Solothurn und Baselland zur gegenseitigen Erleichterung ihres Handels abgeschlossen, Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen, Aargau, Tessin, Neuenburg und Genf zur Verleihung von Heimathsrechten an die Heimathlosen, die man bisher von Canton zu Canton einander zugeschoben und zu dem sittenlosesten Nomadenleben gezwungen hatte. Münzeinigungen bestanden zwei, aber der Münzfuße waren acht. Repressalien von Canton gegen Canton waren an der Tagesordnung, willkürliche Beeinträchtigung des allgemeinen schweizerischen Verkehrs und willkürliche Zollerhöhungen keine Seltenheiten.

Das Bedürfniß einer Reform der Bundesverfassung würde wohl kaum geleugnet worden sein, wenn die kleinen Cantone der Urschweiz nicht die Befürchtung gehegt hätten, daß die Liberalen eine französische Centralisation durchführen und zur Revolutionirung der gesammten Schweiz benutzen wollten. Dieser Argwohn ließ sie einen hartnäckigen Widerstand leisten und sogar die diplomatische Hülfe des Auslandes in Anspruch nehmen. Diese Hülfe wurde bereitwillig geleistet, da der Plan der Flüchtlinge, die reformirte und centralisirte Schweiz zu einer festen Burg der Revolution zu machen, offenkundig war. Die Mächte gaben die Erklärung ab, der Fortbestand der Eidgenossenschaft werde durch eine Bundesrevision in Frage gestellt, denn die Garantie der Mächte beziehe sich nur auf die Verfassung von 1815, und einen neuen, auf andere Grundlagen gestützten Bund anzuerkennen, dazu bestehe seitens der garantirenden Staaten keinerlei Verpflichtung. Nichtsdestoweniger brachten die Liberalen die Revision der Bundesverfassung auf jeder Tagsatzung zur Berathung, wenn auch nie zur Entscheidung. Diese Frage

gehörte zu den Gegenständen, die in den Tractanden ewig lebten, weder daraus entfernt noch erledigt werden konnten.

In diesem Meinungsstreit machte sich mit der Zeit ein religiöses Element geltend und gewann in kurzer Frist die Oberhand. Von 1839 an lösten protestantische und katholische Bewegungen einander ab. Zürich eröffnete in dem genannten Jahre den Reigen. Die dortige Regierung gefiel sich in Experimenten, die besonders im Schulwesen einen tendentiösen Zusammenhang verriethen, und krönte ihr System durch die Berufung des Dr. Strauß an die Hochschule der Hauptstadt. Daß grade der Lehrstuhl der Dogmatik einem Manne zufallen solle, der das Leben Jesu in einem bekannten Werke zu einer Mythe verflüchtigt hatte, empörte die Kirchlichgesinnten im höchsten Grade. Durch Ausschüsse zur Erhaltung des reinen Evangeliums wurde die Aufregung bis in die fernsten Landestheile verbreitet. Durch die Unterdrückung einzelner Zeitungen und gerichtliche Einschreitungen noch mehr gereizt, veranstalteten diese Ausschüsse eine Demonstration, aus der ein Aufstand wurde. Am 5. September 1839 zogen mehr als 15,000 Bauern gegen Zürich. Ihre Waffen gaben ihrer Forderung, daß die Regierung abdanke, um so mehr Nachdruck, als die vorhandene Truppenmacht eine ganz ungenügende war. Die Macht ging nun an die bisherigen Führer der conservativen Partei, Mousson und Bluntschli, über. Sie erhielten sich bis 1845 am Ruder und brachten durch ihre Mäßigung den ungesetzlichen Ursprung ihrer Macht in Vergessenheit. Sie widerriefen die Ernennung des Dr. Strauß und beseitigten den Seminardirector Scherr, „weil seine Wirksamkeit in entschiedenem Widerspruche mit der öffentlichen Meinung und den Ansichten der großen Mehrheit des Volkes stehe.“ Weiter gingen sie nicht.

Als sechs Jahre später die Züricher Conservativen von ihren Gegnern abgelöst wurden, war die Verschlingung der religiösen Wirren unter einander und mit den politischen bereits zur vollendeten Thatsache geworden. Es hatte sich dabei ursprünglich um Ansichten innerhalb der katholischen Kirche gehandelt, welche anderswo sowohl die Billigung der Regierungen als jene der römischen Curie gefunden hatten. Nachdem die Verbindung der schweizerischen Bisthümer mit den deutschen und französischen Erzbisthümern aufgehört hatte, war bei vielen Katholiken der Wunsch nach einem eigenen Metropolitanverbande laut geworden. Einzelne Regierungen hielten außerdem die Aufstellung eines gemeinsamen Staatskirchenrechts, das die Stellung des Staats zur

Kirche nach festen Grundsätzen bestimme und die Rechte der päpstlichen Nuntien, z. B. ihre Gerichtsbarkeit in geistlichen Dingen, beschränke, für nothwendig und verabredeten auf einer Conferenz zu Baden (1834) zweckdienliche Schritte. Diese Vereinigung griff die Gegenpartei auf's stärkste an, obgleich die Badener Conferenz über theoretische Aufstellungen nicht hinauskam und im Vergleich zu jenem Sarner Bunde der Conservativen von 1831, welcher mit ausdrücklicher Berufung auf das Ausland zum Schutz des Bestehenden gestiftet worden war, einen wirklich unschuldigen Charakter hatte.

In den Badener Artikeln fand sich der Satz, daß jeder katholische Geistliche, der den Eid auf die Verfassung verweigere, abgesetzt werden solle. Solche Eidesweigerungen kamen dennoch im bernischen Jura, in Solothurn und im Aargau vor. Diese Anstände wurden zum Theil aufgehoben, aber im Aargau dauerte der Hader zwischen der Regierung und der Geistlichkeit aus andern Anlässen fort. Es gab in den ehemaligen Vogteien und österreichischen Gebieten acht Klöster, die von 116 Mönchen und 95 Nonnen bewohnt wurden und ein Gesammtvermögen von 7¼ Millionen Schweizerfranken besaßen. Den beiden reichsten, Muri und Wettingen, setzte die Regierung wegen der offenkundig schlechten Verwaltung ihrer Güter Pfleger, worin die Mönche nicht bloß einen Eingriff in ihre Rechte, sondern auch eine Bedrückung des Glaubens sahen. Sie glaubten sich im Recht, wenn sie Gewalt der Gewalt entgegensetzten, Waffenvorräthe aufhäuften und Freischaaren anwarben. Sie ersahen die Gelegenheit, welche der mit 15,000 gegen 11,000 Stimmen meist katholischer Bürger erfolgte Beschluß einer Verfassungsrevision ihnen darbot. In den ersten Tagen des Januars 1841 riefen sie die Getreuen mit ihren Sturmglocken zusammen. Die Regierung war zu sehr überrascht, als daß die Freischaaren gegen sie nicht leichtes Spiel hätten haben sollen. Aber indem sie sich zum Zuge gegen Aarau rüsteten, waren bernische Truppen zur Stelle und verjagten die ungeordneten Haufen mit wenigen Flintenschüssen (10. Januar).

Die Untersuchung der Gerichte führte auf die Mönche als die Urheber des Aufstandes zurück. Es wurde actenmäßig nachgewiesen, daß sie früher schon einen unausgesetzten Krieg gegen Verfassung, Gesetz, Behörden und Beamte geführt hätten.*) Da sie nicht aufhören würden, die Katholiken

*) Denkschrift der Regierung von Aargau. S. Malten's Weltkunde, Jahrgang 1841, B. II, Th. 1, S. 108 ff.

gegen die Regierung zu hetzen, beschloß der große Rath die radikale Abhülfe der Aufhebung der Klöster (23. Januar). Ihre Einkünfte sollten, soweit sie nicht durch anständige Jahrgelder für die Mönche und Nonnen aufgezehrt würden, ausschließlich zum Besten des katholischen Landestheils bestimmt sein, so daß sie theils unter die katholischen Gemeinden vertheilt, theils zur Gründung und Unterhaltung von Anstalten der Wohlthätigkeit, Erziehung und Bildung von Katholiken verwendet würden. Gründe der Räthlichkeit ließen sich für diese Maßregel genug anführen, und auch das Zeugniß eines katholischen Oberhirten, des Bischofs von Solothurn, sprach gegen die Mönche, indem es ihnen mit dürren Worten vorrückte, daß sie zur Erhaltung der Religion nichts beigetragen und ihm, so lange er Bischof gewesen wäre, immer mehr Verdruß gemacht hätten, als seine ganze Diöcese. Gegen das öffentliche Recht der Schweiz verstieß aber die Klosteraufhebung. Artikel 12 der Bundesacte von 1815 bestimmte nämlich: „Der Fortbestand der Klöster und Kapitel und die Sicherheit ihres Eigenthums, soweit es von den Cantonsregierungen abhängt, ist gewährleistet." Eine genügende Anerkennung dieses Rechtszustandes war es nicht, daß Aargau drei Nonnenklöster herstellte und dies das Aeußerste nannte, wozu es sich verstehen könnte.

Der Unwille der katholischen Cantone war nicht zu beschwichtigen, und die liberale Partei empfand die Folgen dieser Stimmung durch den Umschwung, der ihr Luzern entzog. Dort stand 1841 eine Verfassungsrevision bevor, und beide Parteien boten alle ihre Kräfte auf, den Sieg zu gewinnen. Die Städte waren liberal gesinnt, aber auf dem Lande, dem die neue Verfassung ganz gleiche Rechte eingeräumt hatte, war die bestimmteste katholische Ansicht herrschend. Den Landleuten hatte früher alle Organisation so sehr gefehlt, daß selbst in ihrem landwirthschaftlichen Vereine die liberalen Städter die Wortführer gewesen waren. Jetzt hatten sie ihren Betverein und in dem Stifter desselben, Joseph Leu, einen praktischen und gewandten Führer. Er war ein Volksmann, den naiven Zuständen wie angepaßt. Lesen, Rechnen und Schreiben, das letztere mit gänzlichem Ausschluß aller Rechtschreibung, waren seine Kenntnisse. Seine Frömmigkeit, sein gemeinnütziges Wirken für wohlthätige und kirchliche Zwecke, sein Haß gegen die Advocaten und Schwätzer, unter denen er die Gebildeten überhaupt verstand, seine Wohlhabenheit und vor Allem die Sicherheit, mit der er bei Handel und Kauf seinen eigenen Vortheil wahrnahm, hatten ihn geachtet und beliebt gemacht, ehe er noch

seine politische Agitation begann. Bei dieser zeigte er der Menge seine Zwecke, aber sich selbst versteckte er unter sie. Obgleich er jedes Losungswort gab, über jeden Schritt der Partei entschied, hatte es den Anschein, als ob Andere, ein Kost, ein Bernhard Meier, ein Siegwart Müller, die Führer seien. Ihn, der in Kleidung und Manieren der schlichte Landmann blieb, sah man heute in der Rathsversammlung Gesetze dictiren und morgen auf seinem Ebersoler Erbgute hinter dem Pfluge gehen oder mit dem Stabe in der Hand eine Schaar Wallfahrer zum seligen Nicolaus von der Flüe führen.

Die Revisionsfrage wurde in katholischem Sinn entschieden, und die bisherige Regierung trat ab. Leu nahm keine andern Stellen an, als im Erziehungsrath und im Ausschuß für geistliche Angelegenheiten. Diese beiden Stellen gaben ihm Gelegenheit, auf Umänderung des Lehrplans zu dringen und ein Schullehrerseminar zu errichten. Damit er dieses Seminar den würdigsten Händen übergeben könne, forderte er die Berufung der Jesuiten und setzte zu diesem Behuf Bittschriften in Gang, die von Tausenden unterzeichnet wurden. Die Regierung versprach die Bitte zu erfüllen, und die Volksversammlungen genehmigten unter dem Einfluß des Betvereins diesen Beschluß. Die Aufhebung der Aargauer Klöster war der Erisapfel gewesen, den der Protestantismus in die Schweiz schleuderte, die Berufung der Jesuiten wurde der katholische Erisapfel.

Luzern wartete mit der wirklichen Berufung der Jesuiten bis zum Jahre 1843. Als diese nun erfolgte, ordnete die Regierung umfassende militärische Rüstungen an und schloß mit den Cantonen der Urschweiz einen Bund. Die zu demselben gehörenden Stände hielten ihre Zusammenkünfte und besondern Tagsatzungen, auf denen eine Trennung der Schweiz ernstlich besprochen wurde. Diesen Sonderbund auf andere Cantone auszudehnen, wurde keine Mühe gespart. In Wallis gelangte man zum Ziel.

Jener Canton besteht aus einem Oberlande und einem Unterlande. Das rauhere Oberland hat eine deutsche Bevölkerung, das flachere Unterland eine französische. Die letztere hatte in ihre Bildung alles Moderne, Gutes und Schlechtes mit einander aufgenommen, die Deutschen waren ihren alten Sitten einschließlich der Abneigung gegen Schulen und Schulbesuch treu geblieben. Sie folgten ihrem Adel und ihrer Geistlichkeit, dem Bischof von Sitten, den Mönchen der Abteien St. Bernhard und St. Maurice. Die Verfassung von

1815 gab ihnen 28, den Unterwallisern 24 Stimmen, so daß sie auch ohne die vier Stimmen, die der Bischof hatte, die Mehrheit gehabt haben würden. 1838 veränderte sich dieses Stimmenverhältniß durch den Uebertritt mehrerer oberwallisischer Zehnten zu Gunsten von Unterwallis. Die neue Verfassung, zu der die nunmehrige Mehrheit sich einigte, hatte keineswegs einen radikalen Zuschnitt. Eine bessere Volksvertretung führte sie ein, aber andere Zeitforderungen, z. B. die Preßfreiheit, berücksichtigte sie nicht. Dagegen erließen die Liberalen in der Regierung zwei, den oberwallisischen Führern verhaßte Gesetze, eines über das Steuerwesen, welches die Steuerfreiheit der reich begüterten Geistlichkeit aufhob, und ein zweites über die Errichtung von Elementarschulen, durch die ein besonderer Stand der Volksschullehrer sich ausgebildet haben würde.

Beide Gesetze fielen in den Vetogemeinden durch, und nun wurde der Parteienkampf grimmiger denn je. Die mittlere Partei, welche die der Regierung war, verlor ihren Einfluß auf die Gemüther ganz. Die beiden äußersten Parteien der Jungschweiz im untern und der Altschweiz im obern Lande überboten sich in Verleumdungen. Die Altschweizer wußten, daß die christliche Religion abgeschafft werden solle, und ebenso genau wußten die Jungschweizer, daß ein Blutbund unter den Priestern zur Ermordung aller namhaften Gegner bestehe. Gewaltthätige Menschen beider Parteien begingen arge Ausschweifungen und schreckten sogar vor Angriffen auf das Leben ihrer Gegner nicht zurück. Indessen die Mittelpartei vor dem Abgrunde warnte, der Alles, die Ruhe, den Wohlstand, die Ehre des Walliser Volks zu verschlingen drohe, wurden die Verwüstungen von Häusern, die Ermordungen häufiger.

Man hatte so lange gegenseitig von Verschwörungen zum Aufstande gesprochen, daß beide Parteien, jede um gegen die andere geschützt zu sein, sich bewaffneten. Auf ein in beiden Lagern ausgestreutes Gerücht, daß die Gegner schlagfertig seien, sammelten Jungschweizer und Altschweizer ihre Kräfte und zogen einander entgegen. Dieses Mal fand die Vermittlung, als sie den Irrthum aufklärte, noch Gehör, und beide Theile legten die Waffen nieder, aber nur, um im nächsten Augenblicke ihr System der Selbsthülfe wieder aufzunehmen. In Oberwallis theilte man die Freiwilligen in Landsturmcompagnien ein, in Unterwallis vereinigte man sich auf einer Zusammenkunft in Martinach, die schnellsten und wirksamsten Maßregeln zu ergreifen,

um jeden Angriff auf die Unabhängigkeit und die Rechte des Volks mit bewaffneter Hand zurückzuschlagen.

Die Jungschweiz lehnte sich gegen die Gesetze zuerst auf. Als ein Mord eines tauben Greises, den sie der Altschweiz zuschrieb, nicht auf der Stelle entdeckt und bestraft wurde, maßte sie sich die Justiz an, warf einen Großrath nach gröblichen Mißhandlungen in's Gefängniß und zerstörte das Haus des Richters, der die Freilassung desselben befohlen hatte. Es ist sehr glaublich, daß der Staatsrath und Mitglieder des großen Raths (beide leugneten es übrigens nachher) nach diesen Attentaten des Beistandes der Oberwalliser nicht länger entbehren mochten. Diese setzten sich am 17. Mai 1844, etwa 5800 Mann stark und von Wilhelm von Kalbermatten und Adrian von Corten geführt, in Bewegung. In den Gegenbewegungen der Jungschweizer, die nicht mehr als 1500 Mann zusammenbrachten, war keine Energie, und sie ließen sich umzingeln. Indem sie sich aus ihrer hoffnungslosen Lage herauszuwickeln suchten, fielen sie beim Engpaß des Trient in einen Hinterhalt und wurden gänzlich zersprengt (21. Mai). Die nicht fielen oder gefangen wurden, flohen über den Col de Balme nach Savoyen, ein anderer Theil nach der Waadt, und Unterwallis lieferte seine Waffen aus.

Die liberale Partei der Schweiz war darin einig, daß der auf ungesetzlichen Mitteln beruhende Sieg der Oberwalliser und die Art, wie er benutzt werde, ein Einschreiten der Bundesbehörde fordere. Der Vorort berief dieselbe und brachte die Frage zur Berathung; sie wurde verneint. Fünf Tage später begann in Basel eines der Schützenfeste, welche die jährlichen Sammelpunkte der liberalen Jugend geworden waren. Wie immer berieth man über die Tagesfragen und verabredete, die Massen durch Jesuitenfurcht aufzuregen und zu Freischaarenzügen zu veranlassen. Die Ausführung dieser Beschlüsse ließ nicht auf sich warten.

Ein Ausschuß der Luzerner Liberalen, der seit 1842 in Thätigkeit war, hatte Verbindungen mit Aargau, Solothurn und Basellandschaft. Er rief die Verbündeten zu den Waffen. Die Sache war verrathen, und da überdies die Häupter der Liberalen, Dr. Steiger und Casimir Pfyffer, sich zurückhielten, so wurde die Stadt Luzern nach einigen unbedeutenden Gefechten auf einem Marktplatze und an einem Gasthofe schnell unterworfen. Inzwischen hatten die Zuzügler aus dem Canton und aus der Nachbarschaft den Uebergang über die Emme besetzt und die Regierungstruppen zurückgeschlagen.

Anstatt weiter vorzugehen, zogen sie sich auf Sursee zurück, wo sie andere Freischaaren erwarten wollten. In Sursee zerstreuten sich aber ihre Mannschaften, die dem niederschlagenden Eindruck eines Rückzugs nicht zu widerstehen vermochten (8. December 1844).

Die Luzerner Regierung war in ihrem Recht, wenn sie alle Theilnehmer des Aufstandes mit Strenge bestrafte. Damit begnügte sie sich jedoch nicht, sondern schritt gegen Alle ein, welche wegen freisinniger Meinungen bekannt waren. Einige hundert Menschen wurden als Verdächtige Monate lang gefangen gehalten, verschiedene jesuitenfeindliche Geistliche, unter ihnen der ehrwürdige Stadtpfarrer Sigrist, von ihren Stellen entfernt, das Gymnasium und Lyceum geschlossen. Wer, um den Qualen der verschärften Haft zu entgehen, den Canton verließ — und diesen verzweifelten Entschluß faßten etwa 2000 Männer der höheren Stände, ehemalige Regierungsmitglieder, Richter, Aerzte, Advocaten, Officiere und Kaufleute — der galt ohne Weiteres für schuldig und dessen Vermögen suchte man zu vernichten. Die ganze Schweiz war Zeuge des Jammers dieser unglücklichen Flüchtlinge.

Der Parteihaß war zu dem Punkte gelangt, wo die Leidenschaft Jeden, der sie voll zu befriedigen zaudert, als Feind behandelt. Alle die Regierungen, welche nicht für die Austreibung der Jesuiten aus Luzern und der Schweiz stimmten, waren in den Augen der Radikalen Verräther an der Volkssache. Diese Regierungen eine nach der andern zu vertreiben, war Recht und Pflicht. Im Waadtlande hatte der Staatsrath beschlossen, bei der Tagsatzung das Begehren der Jesuitenausweisung nicht zu unterstützen, vielmehr sich auf eine dringende und freundschaftliche Einladung an Luzern zu beschränken, daß man der Berufung der Jesuiten keine Folge geben möge. Das Ergebniß dieser Abstimmung war kaum bekannt geworden, als im Canton Volkshaufen zusammenströmten und nach Lausanne zogen (14. Februar 1845). Auf dem Montbenon, dem beliebten Spaziergange der Lausanner, südlich von ihrer Stadt, sammelte und ordnete man sich. Da die einberufenen Milizen sehr spärlich erschienen und die wenigen Gekommenen den Gehorsam versagten, so mußte die Regierung abtreten (14. Februar 1845). Die Stimme der Waadt war die erste, die man an der Tagsatzung für die Parteizwecke gewann.

Heinrich Druey, der Veranstalter der Volksbewegung des Montbenon, ein Mann von ausgezeichneten Geistesanlagen und auf deutschen Hochschulen

gebildet, regierte den Canton mit dictatorischer Gewalt. So wenig Strenge in seinem Charakter lag, bewies er sie regelmäßig, wenn der Wille der Volksmehrheit sie forderte. Um seines Idols des Rechts der absoluten Mehrheit willen verwickelte er sich in einen heißen Kampf mit der waadtländischen Kirche, der als Episode im Jesuitenkriege Beachtung fordert.

1840 kam ein Engländer, John Darby, nach Lausanne. Er hatte die anglikanische Kirche, deren Geistlicher er war, verlassen und in Plymouth eine neue Secte gegründet, war dann nach Paris, nach Genf gegangen und hatte von dem letztern Orte aus sich in Lausanne Anhang verschafft. Man nannte seine Jünger Mommiers oder auch wohl Plymouthisten, und das heitere Volk der Waadt war ihrem stillen, beschaulichen Wesen nichts weniger als hold. Besonders wurden ihre Betstunden angefeindet, in denen außer den Geistlichen auch gläubig erregte Laien Vorträge halten durften. Unter den Geistlichen, die sich in Pastoralvereinen zu gemeinsamer Denk- und Handlungsweise verbanden, gewannen die Mommiers festen Boden. Alle bekannten sich zu dem Grundsatze des besten Lausanner Theologen, Vinet, daß der Staat von der Kirche ganz getrennt werden müsse. Da sie ohne Ausnahme Conservative waren, so befürchteten die neuen Machthaber Feindseligkeiten ihrerseits und verlangten von ihnen Beitrittserklärungen zu ihren Verfassungsveränderungen. Diese verweigerten sie, und der Conflict war da. Die Geistlichen handelten nun so, als ob die Trennung der Kirche vom Staat, welche von ihnen angestrebt wurde, bereits Verfassungsgesetz sei, und fügten sich keinem Befehl des Staatsraths, nicht einmal dem, die Politik von der Kanzel wegzulassen. Auf der andern Seite verlangte diese Behörde, daß sie amtliche Erlasse aller Art nach der Predigt verkündeten, und gab dieser Zumuthung, welche allerdings die Gewohnheit für sich hatte, einen solchen Nachdruck, daß die Mehrzahl der Geistlichen aus der Staatskirche ausschied. Die Folge war die Bildung einer freien, vom Staat unabhängigen Kirche.

Trotz des Zuwachses der Stimme von Waadt erreichte die liberal-radicale Partei die Mehrheit auf der Tagsatzung noch nicht. Unter diesen Umständen war jede Berathung der Bundesbehörde unnütz und führte bloß zu neuer Erbitterung. Der Sturm steigerte sich zu dem Grade, daß die Regierungen alle Macht verloren, die Leitung der Angelegenheiten auf die Volksversammlungen überging, der Bürgerkrieg auf allen Gassen offen gepredigt wurde. Der ungesetzlichste aller Vereine, der bewaffnete Volksbund, verzweigte

sich durch sämmtliche Cantone und leistete seinem Centralcomité blinden Gehorsam. Alles, was die Behörden gegen dieses Treiben thaten, trug den Stempel der Schwäche. Der Zustand wurde, wie eine französische Note an den Vorort richtig sagte, zur bewaffneten Anarchie. Die Rüstungen der Vereine wurden durch alle Noten des Auslandes kaum momentan unterbrochen, „die schweizerische Thatkraft ließ sich durch die Schlange der Diplomatie mit ihrem Geifer nicht tödten" (Aufruf von Baselland). Die Cantone des Sonderbunds setzten sich in Vertheidigungsstand, Luzern rief seinen General Sonnenberg aus den neapolitanischen Diensten zurück.

Am 30. März 1845 zogen die Volksvereine ihre gesammten Streitkräfte bei Zofingen und Huttwyl zusammen. Es waren Luzerner Flüchtlinge, Aargauer, Berner, Basellandschafter, Solothurner, Züricher, Appenzeller und Schaffhauser, im Ganzen 3500 bis 4000 Mann mit zehn Geschützen, die man aus Zeughäusern und kleinen Vesten mitgenommen hatte. Ochsenbein stand an der Spitze, unter ihm befehligten Rothpletz und Billot. Der Feldzugsplan bestand darin, in einem Zuge gegen Luzern vorzurücken und die Stadt mittelst eines Handstreichs zu nehmen. Der Anfang versprach den besten Erfolg. Die Luzerner Truppen wurden bei Hellbühl geworfen und der Uebergang über die Emme erzwungen. Hinter diesem Flusse traf die Freischaaren der erste Unfall. Die Colonne Billot's wurde unvermuthet aus einem Hohlwege mit Kartätschen und Flintenkugeln begrüßt, gerieth in Unordnung und konnte nicht wieder vorwärts gebracht werden. Die andere Hauptcolonne kam bis dicht vor die Thore von Luzern, und schon drängte sich Jeder vor, um als erster Befreier in die Stadt zu ziehen. In der Unordnung, die sich dadurch verbreitete, entlud sich ein Gewehr, und sofort feuerte Alles, einen Ueberfall vermuthend. Die Kälte, die Dunkelheit, der Mangel an Lebensmitteln entmuthigten, Viele schlichen davon, und die Uebrigen führte Ochsenbein, dem Drange der Umstände nachgebend, selbst zurück. Bei Malters fanden die Freischaaren den Weg versperrt und geriethen in ein Scharfschützenfeuer. Bis fünf Uhr Morgens schlugen sie sich, dann streckten sie die Waffen. Ein kleinerer Haufe unter Rothpletz zog sich unter fortwährenden Gefechten auf den Höhen, wo keine Hinterhalte waren, über die Grenze zurück. Von den Freischärlern waren 350 getödtet, 68 verwundet und 1778 gefangen worden. Das ungeheure Mißverhältniß zwischen den Todten und Verwundeten beweist, daß der Fanatismus des Luzerner Land-

sturms in vielen Greuelthaten sich sättigte. Die Gefangenen wurden von ihren Cantonen losgekauft. Leu hatte an dem eigentlichen Kampfe keinen Antheil genommen und überlebte ihn nicht lange. Am 19. Juli 1845 wurde er von einem übel berüchtigten Menschen in seinem Bett erschossen.

Die Niederlage der Freischaaren wurde zum Siege der von ihnen vertretenen Grundsätze. Durch einen Tagsatzungsbeschluß der Waffe beraubt, die sich bei dem zweimaligen Versuche gegen Luzern nicht bewährt hatte, strengten sie alle Kräfte an, die noch conservativen Cantone zu gewinnen. In Zürich gelangten sie noch in demselben Jahre bei den neuen Wahlen zum Ziele und in Bern gleich zu Beginn des folgenden Jahres. In beiden Cantonen waren die Mittel friedliche, in einem dritten ging dem Siege der Radikalen ein Waffenkampf voran.

Genf war in mehr als einem Sinne ein Mustercanton zu nennen. Die Regierung zeichnete sich durch Milde und Mäßigung aus, die Einwohnerschaft durch wissenschaftlichen Geist und industriellen Fleiß. Den einzigen sehr fühlbaren Uebelstand, daß die alten calvinistischen Familien sich als Aristokratie absonderten, hatte man lange geduldet, weil man von Alters her daran gewöhnt war. Ein eingewanderter Engländer, James Fazy, belehrte in seiner Revue genevoise die untern Classen, daß sie eine unterdrückte Mehrheit seien, und schuf sich eine Partei. In zwei Aufständen von 1841 und 1843, die im Grunde bloß bewaffnete Manifestationen waren, erkämpften sich die Arbeiter alle die Verfassungsänderungen, welche sie wünschten. Beide Male gaben die nächsten Wahlen nicht ihnen, sondern der frühern Regierung die Mehrheit, und in der Genfer Politik änderte sich daher wenig. Die vermittelnde Stellung, welche Genf auf der Tagsatzung annahm, war hauptsächlich Schuld daran, daß keine Mehrheit gegen die Jesuiten und den Sonderbund zu Stande kam. Dieses letzte Hinderniß war allein durch einen Aufstand zu entfernen, und ein Aufstand wurde beschlossen. Ein neuer Beschluß des Genfer Großraths, rein vermittelnder Natur (3. October 1846), erzeugte die Aufregung, die man brauchte. Das ganze Stadtviertel St. Gervais, das als Wohnort der Arbeiter gegen die „große Stadt" in Opposition steht, bewaffnete sich. Am 7. October griffen die Regierungstruppen die stark verschanzte Stellung von zwei Seiten an. Die Arbeiter hatten einen militärischen Anführer und schlugen sich mit entschlossener Tapferkeit. Obgleich sie den Geschützen der Gegner nichts als Flinten entgegenzusetzen hatten, behaupteten sie sich nicht

bloß, sondern sprengten auch in einem Ausfall eines der gegen sie ziehenden Bataillone. Der Beschluß der Regierung, durch eine Beschießung mit glühenden Kugeln die Entscheidung herbeizuführen, konnte nicht zur Ausführung gelangen, da die Einwohner der großen Stadt in einer Versammlung erklärten, daß sie diese Barbarei mit Gewalt verhindern würden. Von ihren eigenen Anhängern verlassen, übergab die Regierung ihren radikalen Gegnern die Gewalt.

Die erforderlichen Cantonsstimmen waren vollzählig. In der Minderheit befanden sich nicht mehr als acht ganze und zwei halbe (getrennte) Stände: Uri, Unterwalden, Zug, Wallis, Neuenburg, Freiburg, Schwyz, Luzern, Baselstadt und Appenzell-Innerrhoden, von denen zwei, Baselstadt und Neuenburg, außerhalb des Sonderbunds standen. Die Tagssatzung trat 1847 zweimal zusammen. Die Beschlüsse der ersten Sitzung waren: Die sieben Stände des Sonderbundes werden ernstlich gemahnt, Alles zu unterlassen, was den Landfrieden stören kann, und namentlich außerordentliche militärische Rüstungen einzustellen; die übrigen Stände haben Waffen und Munition, die für den Sonderbund bestimmt sind, anzuhalten; die Jesuitenangelegenheit ist Bundessache; die Cantone Luzern, Schwyz, Freiburg und Wallis sind eingeladen, die Jesuiten zu entfernen; die Aufnahme dieses Ordens ist für die Zukunft jedem Canton untersagt.

Auf der zweiten Tagsatzung desselben Jahres hatten sich die Cantone des Sonderbunds über diese Beschlüsse zu erklären. In der Urschweiz hatten die Regierungen die Billigung der Landesgemeinden eingeholt, in Freiburg und Luzern war eine solche Berufung an das Volk für gefährlich gehalten worden. Hier wie dort verließ man sich auf die Dazwischenkunft des Auslandes und suchte auf der Tagsatzung so sichtlich Zeit zu gewinnen, daß die liberalen Cantone um so rascher zur Entscheidung drängten. Nachdem der Beschluß gefaßt worden war, 50,000 eidgenössische Soldaten auszuheben, erklärte Luzern im Namen seiner Verbündeten, der Augenblick sei für sie gekommen, die Versammlung zu verlassen. Auf der Stelle erhoben sich die Gesandten von Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis und schritten unter der feierlichsten Stille aus dem Saal. Die zurückgebliebenen Gesandten faßten nun den Beschluß, gegen die sieben Stände executivisch, mit Waffengewalt, einzuschreiten (4. November 1847).

Man versah sich von der Bevölkerung der katholischen Cantone eines

solchen Widerstandes, daß man die Truppenzahl bis nahe an 100,000 Mann erhöhte und dem erfahrensten General, Dufour von Genf, den Oberbefehl übergab. In der That hatte der Sonderbund eine fast gleiche Anzahl Bewaffneter, 36,000 Milizen und 47,000 Mann Landsturm, unter den Waffen und äußerte seinen Kriegsmuth durch einen glücklichen Einfall in Tessin und durch Angriffe auf die aargauischen Freiämter, welche zurückgeschlagen wurden.

Dufour zog zuerst gegen Freiburg. Der Canton hatte 5000 Mann Truppen und 7000 Mann Landsturm aufgestellt und Alle bei der Hauptstadt zusammengezogen. Die eidgenössischen Truppen gelangten daher ohne Kampf bis zu den Mauern Freiburgs, und dort sah man kaum ihre Fahnen, als man sich ergab. Der Obergeneral Maillardoz hatte dem Staatsrath erklärt, er habe ganz sicher auf Diversionen der kleinen Cantone und des Wallis gerechnet, allein von den Verbündeten sei nichts geschehen, und Freiburg müsse der Uebermacht gegenüber erliegen. Zug streckte ebenfalls die Waffen, und in diesem Canton floß kein Blut, während in Freiburg eine waadtländische Abtheilung, welche die Capitulation nicht kannte, eine Schanze gestürmt hatte. Die übrigen Cantone suchten Luzern zu decken. General Salis Soglio hatte die starken Positionen des Rothenbergs und der Gislikonbrücke zur Aufstellung gewählt. Am 23. November wurde um sie gekämpft, von einem Theil der Sonderbundstruppen (Uri, Schwyz, Unterwalden) unrühmlich, von den Eidgenossen ziemlich mannhaft. Nach dem Verlust der beiden Stellungen wagte Salis Soglio das Hügelland in der nächsten Umgebung der Stadt nicht zu vertheidigen; seinen Truppen war der Muth gesunken. Die Anstifter des Kriegs flohen, ihre Nachfolger im Amt ließen die weiße Fahne von den Thürmen wehen. Der Sonderbund löste sich Stück für Stück, denn auch Wallis, Unterwalden, Uri und Schwyz unterwarfen sich. Der Gesammtverlust der Eidgenossen in den acht Gefechten war auf den mäßigen Ziffern von 48 Todten und 222 Verwundeten geblieben.

Die Hülfe des Auslandes, auf die der Sonderbund alle seine Berechnungen stützte, hatte sich nicht gezeigt. Vermittelt war worden, und noch nach dem Kriege wollten drei der Großmächte der besiegten Partei die Möglichkeit gewähren, ihre frühere Lage wieder zu gewinnen. Dies vereitelte eine vierte Großmacht, England, indem sie an dem Congreß zu Neuenburg Antheil zu nehmen begehrte und die Berathungen hinzog, bis welterschütternde Ereignisse den kleinen Sonderbundskrieg mit Allem, was sich an ihn knüpfte, in Ver-

gessenheit brachten. Die Schweiz bekam dadurch freie Hand, ihr Verfassungswesen zu ordnen. Die neue Bundesverfassung, über die so viele Verhandlungen stattgefunden hatten, wurde am 12. September 1848 veröffentlicht. Sie ließ den Cantonen ihre Souveränetät, soweit diese mit den allgemeinen Bundeszwecken vereinbar ist, ihre Verfassung, Rechtspflege, Verwaltung, und überwies der Bundesversammlung bloß die Bündnisse und Verträge mit dem Auslande nebst dem Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, die Maßregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung der Ruhe und Ordnung, die gesetzlichen Bestimmungen über Organisation des eidgenössischen Militärwesens, die Gesetze und Beschlüsse über Zölle, Postwesen, Münzen, Maß und Gewicht, die Errichtung öffentlicher Anstalten und Werke, die Verfügungen über Heimathlose, Fremdenpolizei und Sanitätswesen, die Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege und die Entscheidung von Streitigkeiten staatsrechtlicher Natur unter den Cantonen. Diese Verfassung bildete die Bundesversammlung aus zwei Abtheilungen, aus dem Nationalrath, dessen Mitglieder aus allgemeinen Wahlen des schweizerischen Volkes hervorgehen, und aus dem Ständerath, zu dem jeder Canton zwei Abgeordnete stellt. Als oberste vollziehende und leitende Behörde wurde ein aus sieben Mitgliedern bestehender, von der Bundesversammlung zu wählender Bundesrath eingesetzt. Die Ausübung der Rechtspflege, insoweit sie in den Bereich des Bundes fällt, übernahm ein Bundesgericht, dem jedoch nur die Civilsachen zugewiesen wurden, während Schwurgerichte gebildet werden sollten, so oft über Hochverrath gegen die Eidgenossenschaft, Aufruhr und Gewaltthat gegen die Bundesbehörden, Verbrechen und Vergehen gegen das Völkerrecht und über Unruhen, die eine eidgenössische Dazwischenkunft nöthig machten, zu entscheiden sein werde.

Jene Einmischung der Großmächte, von der wir sprachen, richtete sich weniger gegen den schweizerischen Radikalismus, dessen Einwirkung auf die Nachbarländer allerdings nicht gern gesehen wurde, als gegen die fremden Elemente, die sich ihm zugesellt hatten. Unter diesen waren die französischen und deutschen Flüchtlinge die ungefährlichsten. Sie stifteten geheime Vereine, schrieben einige Artikel in Zeitungen, veröffentlichten Flugschriften und hingen sich an wandernde Handwerksburschen, aus denen eine Propaganda entstehen sollte. Von ganz verdorbenen Menschen und verschrobenen Köpfen abgesehen, konnte Niemand an den Grundsätzen dieser Communistenvereine Geschmack

finden. Ihr bester Philosoph, der Schneidergeselle Weitling, gab als Quintessenz seines neuen Evangeliums den Grundsatz: „Glücklich ist nur der Zufriedene, und zufrieden kann nur der sein, der Alles haben kann, was jeder Andere hat.“ Hieraus entsprang die nothwendige Folge, daß das Eigenthum jedes Einzelnen das Eigenthum Aller sein müsse. Uebereinstimmend damit wurde der Zweck der Communisten dahin definirt, daß er bestehe „in der Befreiung des Menschengeschlechts, der Abschaffung des Eigenthums, der Erbschaft, des Geldes, der Belohnungen und Strafen, und in einer gleichen Vertheilung der Arbeiten und Genüsse nach den natürlichen Verhältnissen.“ Zur Erreichung eines so schönen Ziels durften Mittel der Gewalt nicht verschmäht werden. Die verbrauchten des Attentats, des Aufruhrs, der Revolution verwarf Weitling, um sich für den neuen Gedanken eines stehlenden Proletariats zu entscheiden. Er hoffte, einen Hülfsverein stehlender Proletarier bis auf 40,000 Mitglieder bringen zu können, mit denen sich die Classe der Gebildeten so schrecken lasse, daß sie in Alles willige und mit der Vernichtung ihrer Staatspapiere, Schuldverschreibungen und Wechsel einen guten Anfang mache. Dieser Plan führte zu seiner Ausweisung nach Preußen, von wo er nach Amerika weiter befördert wurde.

Unter den Flüchtlingen befand sich eine Classe, die sowohl dem Auslande als der conservativen Partei der Schweiz selbst gerechte Besorgnisse einflößte. Diese Classe bestand aus Italienern, die ihrem anerkannten Haupte, Giuseppe Mazzini, einen blinden Gehorsam leisteten. Mazzini ist ein Verschwörer von Handwerk und der Stifter oder doch wenigstens das belebende Princip eines geheimen Ordens, der an Thätigkeit und Schlauheit, an gewissenlosester Wahl seiner Mittel und an Einfluß auf ganze Länder und Bevölkerungsschichten seines Gleichen nicht hat. Der Sohn eines vermögenden Arztes und in Genua geboren, wo man unter sardinischer Herrschaft die alte Unabhängigkeit noch nicht vergessen hat, gründete er zuerst in seiner Vaterstadt, dann in Livorno eine Zeitung. Beide Male legte ihm die Polizei bald Schweigen auf, weil er zu kühne Ideen und einen zu lebhaften Styl habe. Als er nach der Julirevolution in eine politische Untersuchung verwickelt worden war, hielt er sich in Italien nicht mehr für sicher und floh nach Marseille, einem Sammelpunkte für Abenteurer aller Art. Dort stiftete er eine geheime Gesellschaft, die er das junge Italien und später, nachdem die Vereinigung mit der Carbonaria sich vollzogen hatte, das vereinigte Italien nannte.

Die Organisation dieses Geheimbundes, dem keine Spürkraft der Polizei beizukommen im Stande ist, beruht auf einer Stufenleiter von mehr oder minder eingeweihten Classen und auf der Zersplitterung der untersten Stufe in eine Masse von kleinen Vereinen. Der Abstufungen sind fünf: der große Rath, der Generalkreis, der Provinzialkreis, der Bezirkskreis und der Gemeindekreis. Die Mitglieder des großen Raths und der Generalkreise in Rom, Turin, Mailand, Venedig, Florenz, Neapel, Palermo und Cagliari heißen Großunitarier, und nur sie kennen alle Zwecke und Mittel der Gesellschaft. Dem großen Rath ist Jedermann blinden und unbedingten Gehorsam schuldig. Er hat drei geheime Losungsworte, die Unitarier, zu denen alle in die Provinzial- und Bezirkskreise Aufgenommenen gehören, haben deren zwei. Die Gemeindekreise, in denen die einfachen Adepten sich versammeln, dürfen höchstens aus vierzig Genossen bestehen. In größeren Orten gibt es viele neben einander, aber sie stehen nicht unter sich, sondern nur mit dem vorgesetzten Bezirkskreise in Verbindung. Welche Verschwornen die Verbindung zwischen Stufe und Stufe unterhalten, ist Niemandem als ihnen selbst und ihren Auftraggebern bekannt. So tappt die Polizei auch dann noch im Dunkeln, wenn ihr die Entdeckung eines einzelnen Kreises — und solche Entdeckungen haben häufig stattgefunden — gelungen ist. Sie hat ein Stück des Ganzen in der Hand, das Ganze selbst entzieht sich ihrer Macht.

Die geheime Gesellschaft hatte sich kaum gebildet und ihre Vereinigung mit der Carbonaria noch nicht vollzogen, als Mazzini einen Handstreich gegen das Königreich Sardinien anbefahl. Seine Mannschaften bestanden aus verbannten Italienern, vielen Polen und einigen Franzosen und Deutschen. Ramorino, der als Oberbefehlshaber auftrat, soll von der französischen Carbonaria, welche diesen Savoyerzug nicht billigte, gewonnen worden sein, das Unternehmen zu vereiteln. Die Theilnehmer versammelten sich theils auf der schweizerischen, theils auf der französischen Seite der Grenze. Hier wie dort waren die Behörden unterrichtet, und daher wurde der größte Theil der Revolutionssoldaten verhaftet. Die das savoyische Gebiet wirklich betraten, zerstörten ein paar Mauthhäuser, hatten einige kleine Scharmützel mit Gensdarmen und eilten, als sie von dem Anmarsche von Truppen hörten, über die Grenze zurück. Ramorino hatte sie früher verlassen, und der erwartete Zuzug war ausgeblieben. Die Schweiz entledigte sich des unruhigsten Theils ihrer Flüchtlinge, und Mazzini war nicht der Letzte, welcher ausgewiesen

wurde. Er wendete sich nach einem längeren Umherirren, bei dem er sich eine wunderbare Gewandtheit in Verkleidungen angeeignet zu haben scheint, nach London, um dort eine Revolutionsschule und eine Revolutionszeitung zu gründen. Mit Mazzini wanderte der große Rath seines Geheimbundes nach London, und nun begann eine lange Reihe tollkühner Handstreiche gegen Italien, in denen Mazzini, für seine Person durch die altenglischen Einrichtungen vollständig gedeckt, Leben und Glück von Tausenden seiner Landsleute gewissenlos opferte.

Ein schweizerisches Ereigniß öffnete seinen Sendlingen einen bequemen Zugang in ihr Heimathland. Im Juni von 1830 hatte eine Bewegung die liberale Partei im Canton Tessin an's Ruder gebracht. Sie mischte dem Ernst der Regierungsgeschichte eine humoristische Leichtfertigkeit bei, wie es zum Beispiel geschah, daß sieben Geistliche mit einem Bericht über das Kriegswesen und eben so viele Aerzte mit einem Gutachten über den Brückenbau beauftragt wurden. Die radikale Partei nahm solche Possenreißereien sehr übel auf, weil die Macht, welche sie selbst beanspruchte, der bei den niedern Volksclassen sehr einflußreichen Geistlichkeit eingeräumt wurde. Sie veranstaltete eine Volksbewegung und erreichte ohne Kampf ihren Zweck, die Gegner im Amt zu ersetzen (7. December 1839). Zwischen den Radikalen und den Mazzinisten hatten sich Anknüpfungen gebildet, welche nun inniger wurden und auf Italien zurückwirkten. Von Tessin aus wurde auch der Vertrieb der mazzinistischen Brandschriften besorgt. Schmuggler trugen sie nach der Lombardei und Piemont, wo sich an verabredeten Orten Vertraute einfanden, durch welche die Packete an die geheimen Vereine gelangten. Von diesen wurden die Exemplare einzeln verbreitet und nicht bloß an die Verschwornen. Sendlinge des Vereinigten Italiens gingen des Abends in den Straßen umher und warfen die Schriften — es waren in der Regel Nummern von Mazzini's Zeitung „Il Apostolato popolare" — auf die Schwellen der Gewölbe, an die Thüren der Theater und auf die besuchtesten Plätze.

Auf zwei italienischen Thronen saßen junge Könige. In Sardinien regierte seit 1831 derselbe Karl Albert, früher Prinz von Carignan, auf den die Carbonari bei ihrem Aufstande große Hoffnungen gesetzt hatten. Als König faßte er das Ziel in's Auge, seinen Staat zu dem italienischen Preußen zu machen. Daraus gingen viele verdienstliche Maßregeln hervor: die Regelung der Finanzen, eine straffere Einrichtung der Verwaltung, die Vermeh-

rung des Heers und der Flotte, die Hebung des Handels von Genua, ein neues, dem Code Napoleon nachgebildetes Gesetzbuch und Anderes mehr. Wo dagegen die absolute Regierungsform möglicherweise mit einer Reform in nachtheilige Berührung kommen konnte, da blieb es beim Alten. Dem milderen Geiste der Zeit wie zum Hohn gestattete ein Gesetz von 1838 die Anwendung der Folter in allen Fällen, wo auf Galeeren oder auf den Tod zu erkennen sein werde, und ein zweites wollte die Todesstrafe auf jeden Zweikampf, wenn selbst keine Verwundung vorgefallen sei, angewendet wissen. Der Pflege, welche die Wissenschaften im Allgemeinen fanden, widersprach doch das Mißtrauen, über das die Gelehrten zu klagen hatten, und die Verlegung der einzelnen Universitätsfacultäten in einzelne Städte. Der Elementarunterricht stellte sich dagegen dem lombardischen Muster beinahe gleich. Nach langer Vernachlässigung sah die Insel Sardinien ihre Interessen zum ersten Male berücksichtigt. Die Insel erhielt Landstraßen und bessere Verbindungen mit dem Festlande, die Polizei schritt vermittelnd oder bestrafend gegen die Streitigkeiten von Ortschaften und Familien ein, durch welche die Gewohnheit der Blutrache immer neue Nahrung bekam, und durch die Aufhebung der Lehnsverhältnisse, die übrigens im Einverständnisse mit den Berechtigten erfolgte, wurde wenigstens die Möglichkeit eines besseren und die wüsten Ländereien mehr und mehr umfassenden Ackerbaues geboten. Bei seinen auswärtigen Beziehungen ließ sich Karl Albert durch eine zu große Empfindlichkeit für die Wahrung seiner Unabhängigkeit leiten. Frankreich zumal erfuhr von ihm Abweisungen, während für die Sache des Don Carlos in Turin lebhafte Sympathien sich äußerten und durch Geldvorschüsse bethätigten.

Ein Jahr früher (1830) zum Thron gelangt, fand König Ferdinand II. von Neapel ein Deficit von 650,000 Dacati vor, das auszugleichen er seine erste Sorge sein ließ. Der Vermehrung des Heeres schloß sich die Errichtung von Bürgergarden an, aber auch die Gensdarmerie schwoll an Zahl so an, daß allein der Theil des Königreichs diesseits der Meerenge 7800 Polizeisoldaten bekam. Ein großer Fortschritt wurde mit der Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit in den Criminalproceß gethan. Für Hauptstraßen wurde gesorgt und der Bau von Eisenbahnen begonnen. Auf der andern Seite wurde die von Frankreich abgesehene bureaukratische Verwaltung aufrecht erhalten und mehr denn je centralisirt. Gab es eine Zeit, in der Ferdinand II. constitutionellen Formen geneigt war, so ging sie rasch vorüber.

Bereits 1834 erklärte ein Rundschreiben des Vorsitzenden im Staatsrath, daß der König den unwandelbaren Entschluß habe, den alten monarchischen Gesetzen des Landes treu zu sein, und jeden Antrag, sie abzuändern, mit Abscheu zurückweisen werde. Für Sicilien geschah etwa dasselbe, wie für Neapel. Eine neue Ordnung der Rechtspflege wurde eingeführt, Handelsgerichte und Advocatenkammern errichtet, der Staatshaushalt geregelt, Handel und Schifffahrt vielfach erleichtert und ermuntert. Jetzt gab es auf der Insel wenigstens vier fahrbare Straßen und dreiundvierzig Brücken. Dennoch waren die Sicilianer unzufrieden, und mit Recht. Die Grundsteuer wurde von 480,000 Unzen auf zwei Millionen erhöht, und außer diesen Geldern flossen auch die Millionen, die jährlich in Folge der vortheilhaften Handelsbilanz einströmten, alle nach Neapel in den Staatsschatz. Die eigentliche Trennung der sicilianischen Verwaltung von der neapolitanischen war ein leeres Wort, und so vortrefflich die neuen Einrichtungen in der theoretischen Abfassung waren, handhabte man sie praktisch in einer solchen Weise, daß Elend und nie enden wollende Beschwerden hervorgerufen wurden. Die Verdorbenheit der Beamten drückte und reizte das Volk. So oft der König auf seinen Rundreisen von den Bedürfnissen sich überzeugte, legte man ihm von Seiten des Beamtenstandes die größten Schwierigkeiten in den Weg, ohne sich durch Ermahnungen, Drohungen und Absetzungen abschrecken zu lassen. Strenge Ueberwachung des Beamtenstandes, mit einer Umänderung des Besoldungssystems verbunden, und Errichtung von Volksschulen in allen Theilen des Königreichs würde die beste Basis der Reform gewesen sein. Alles Andere, Förderung des Ackerbaues in naturgemäßer Verbindung mit Industrie, Verminderung der Klöster, richtigere Eintheilung und Besteuerung des Grundbesitzes hätten sich später gefügt, sobald durch guten Unterricht das Nationalgefühl gekräftigt und durch einen wackern Beamtenstand das Vertrauen zur Regierung wiederhergestellt worden wäre.

So schwierig Oesterreichs Stellung in Italien war und so gebieterisch seine eigenthümliche Lage ihm die Pflicht auferlegte, Reformen langsam und mit möglichster Schonung aller Interessen vorzunehmen, mußte doch selbst Mazzini seiner Regierung das Zeugniß ausstellen, daß sie die beste der ganzen Halbinsel sei. *) Der Volksunterricht konnte dem übrigen Italien zum

*) Mazzini: L'Italie, l'Autriche et le Pape, in der Révue independante von 1845, zehntes Heft (28. September).

Muster dienen, ebenso die Hochschulen, obgleich diese den deutschen Maßstab allerdings nicht vertrugen. Das lombardisch-venetianische Königreich hatte eine Dampfschifffahrt, Eisenbahnen mit den kühnsten Bauanlagen, z. B. mit der Riesenbrücke über die Lagunen von Venedig, und Straßen über den Splügen und das Stilfser Joch, die mit dem Simplonwege wetteiferten. Da die Landwirthschaft, die Industrie, der Handel jede Aufmunterung empfingen, entfaltete sich die Lombardei zu einer Blüthe, welche sie seit dem sechzehnten Jahrhundert nicht wieder gekannt hatte, und Venedig, das seit dem Schlusse des vorigen Jahrhunderts bis 1815 dem Verfall fast erlegen war, hob sich fast in demselben Maßstabe wie Triest. In demselben Geiste, aber gegen die geistigen Regungen nachsichtiger, schaltete die Regierung von Toscana. Auch hier wurden die Gerichtsverhandlungen in peinlichen Fällen wie in Neapel öffentlich und mündlich gepflogen. Eine besondere Aufmerksamkeit widmeten die Minister Fossombroni und Neri Corsino den sumpfigen Küstenstrichen (Maremmen) am Meer, deren Eindeichung und Entwässerung rasch fortschritt.

Der Kirchenstaat stand mit den italienischen Verhältnissen, wie wir sie bisher geschildert haben, in einem grellen Contrast. Hatten die übrigen Regierungen ein Streben nach materiellen Verbesserungen und huldigten sie in dieser Beziehung einem System des Fortschritts, so ließ sich das päpstliche Regiment höchstens zu einigen guten Maßregeln für besonders bevorzugte Städte oder Gegenden herbei. Das Dogma der Unwandelbarkeit wurde in Rom so in göttlichen wie in weltlichen Dingen hochgehalten. Da das System Gregor's XVI. in kirchlicher Beziehung mehr als einen Triumph feierte, so glaubte man, daß es sich auch in den Regierungsangelegenheiten bewähren müsse. Als Ketzer behandelt und vor das Tribunal des heiligen Officiums gestellt zu werden, war das Schicksal, das jedem Römer drohte, der an der Vortrefflichkeit dieses Systems zu zweifeln wagte. Die Laien wurden geistlichen Gerichten unterworfen, die sämmtlichen höheren Stellen geistlichen, an das Kirchenregiment gewöhnten Händen anvertraut. Versuchte man ja einmal volksthümliche Einrichtungen, wie Gemeinderäthe, so hatte man nicht den Muth, ihnen eine fördernde Entwicklung zu geben, und konnte man nicht leugnen, daß Mängel bestanden, wie namentlich die Gerichtsverfassung sie aufzuweisen hatte, so vermied man durchgreifende Maßregeln und zog statt dessen alte Gesetze aus dem Staube der Archive hervor, durch welche die Verwirrung vermehrt wurde. Indessen der Verkehr darniederlag, wuchs das

Deficit der Staatsfinanzen, und indessen mit Strenge, ja mit Härte regiert wurde, überließen sich päpstliche Truppentheile, die 1838 neu entstandenen Schützen und Freiwilligen, den ärgsten Ausschreitungen, so daß die Regierung wiederholt in den Fall kam, die besser geschulten Dragoner und Schweizer gegen sie aufbieten zu müssen.

Die österreichische Regierung fühlte sich vor allen berufen, Gregor XVI. eine andere Politik anzurathen. Sie wurde mit ihren Warnungen nicht gehört und einer ihrer Anhänger, Baratelli aus Ferrara, aus dem Kirchenstaate verbannt. Das argwöhnische geistliche Regiment beurtheilte die österreichischen Empfehlungen der Mäßigung als einen Versuch, sich im Kirchenstaate einen Anhang zu verschaffen. *) Auf keine bessere Aufnahme stießen die österreichischen Vorschläge zu einer italienischen Einigung nach Art des deutschen Bundes mit Hinzufügung eines Zollvereins. Dreimal stellte das Wiener Cabinet den Höfen der Halbinsel diesen Antrag, und eben so oft wurde derselbe zurückgewiesen. Um so mehr Wurzeln hatte der Einheitsgedanke im Volke geschlagen, das heißt in seiner theoretischen Gestalt, denn gegen seine praktische Durchführung stemmte sich der Municipalgeist mit allen Kräften. Als Losungswort wurde er von verschiedenen Parteien benutzt.

Den Mazzinisten war die italienische Einheit werthlos, wenn sie nicht die Form der einen und untheilbaren Republik annahm. Ihre Gegenfüßler, die Sanfedisten und Calderari (Kupferschmiede) hatten außerhalb des Kirchenstaates wenig mehr zu bedeuten. Im Kirchenstaat recrutirten sich die Sanfedisten unter den niedern Classen immer noch massenhaft und zeigten gelegentlich durch die That, daß es ihnen Ernst sei mit dem eidlichen Gelöbniß, das Jeder bei der Aufnahme in den Bund zu leisten hatte, „den Thron und den Altar aufzurichten auf den Gebeinen der ehrlosen Liberalen, und sie auszurotten ohne Mitleid für das Geschrei der Kinder und die Thränen der Greise

---

*) Auch ein Geschichtschreiber der liberalen Partei in Piemont urtheilt so. Es sei kein Zweifel, erklärt Carlo Farini (Lo Stato Romano dall' 1815 al 1850), daß Oesterreich seit langer Zeit die Ausdehnung seiner Herrschaft über die Legationen gewünscht habe. 1815 sei ihm sein Anschlag mißlungen, doch habe es darum seinen Plan nicht aufgegeben und nur auf eine günstige Gelegenheit gewartet. Fürst Metternich habe nun geglaubt, daß die Fehler der päpstlichen Regierung und der dadurch hervorgerufene Haß der Bevölkerung diese Gelegenheit darböten, und darum habe er sich dem Cardinal Bernetti feindlich und gegen die Liberalen liebenswürdig (carezzevole) gezeigt. (Lo Stato Romano, S. 80 der zweiten Auflage.)

und Frauen." Bei den Gebildeteren der Partei nahm der Sanfedismus eine guelphische Färbung an und trat dadurch dem Einheitsgedanken näher. Ein reines Guelphenthum treffen wir bei einem Turiner, der in den vierziger Jahren Einfluß zu gewinnen anfing. Vincenzo Gioberti, ein verbannter Geistlicher, der sich in Paris mit philosophischen Studien beschäftigte, veröffentlichte dort ein Werk über die leitende Rolle Italiens (Del primato civile e morale dell' Italia). Ganz auf dem Standpunkte des alten Römers fußend, der seine Bildung für die einzige der Welt hielt und außerhalb seiner Heimath nichts als Barbarei kannte, nannte er Italien das Musterland, von dem jedes andere Volk lediglich zu lernen habe. Daß es nicht überall in dieser Eigenschaft anerkannt werde, liege an seiner politischen Ohnmacht allein. Italien müsse die Einheit wiedergewinnen, der Papst die Hegemonie übernehmen, dann kehre Glück, Macht und Glanz zurück. Schon einmal habe das Papstthum mit einem Freiheitsbunde, dem lombardischen, sich vereinigt, und dieser Weg sei wieder zu betreten.

Gioberti dachte sich die Einheit in solcher Form leicht erreichbar, weil die Fürsten der Halbinsel einer Suprematie des Papstes sich am willigsten fügen würden. Auf diese Empfehlung des Einheitsgedankens verzichtete ein zweiter Schriftsteller, Cesare Balbo, indem er jede Hegemonie für unpraktisch erklärte, wenn sie nicht dem kräftigsten Militärstaat, also Sardinien, anvertraut werde. Von Oesterreich forderte Balbo unumwunden, daß es Italien verlasse. Er gab zu, die lombardisch-venetianische Krone sei eine zu schöne, als daß eine freiwillige Niederlegung derselben zu erwarten sei, und darum erklärte er „ein bischen äußere Anregung" für nöthig. Lasse man es an dieser nicht fehlen, dann werde Oesterreich einsehen, „daß es seine Zukunft an der Donau zu suchen habe, daß es dorthin vom Geschick gewiesen sei, um die Ausbildung der slavisch-romanischen Völkerschaften zu übernehmen und um im Südosten gegen Rußland ein Damm zu sein, wie Preußen es im Nordwesten sei."

Die politischen Ansichten der Italiener spiegeln sich in ihrer nichtpolitischen Literatur wieder. So trug der historische Roman unter dem Einflusse Manzoni's viel dazu bei, die nationale Gesinnung zu kräftigen. Auf Manzoni folgten Rosini, ein damals schon in hohen Jahren stehender Professor in Pisa, Grossi, dessen Dichtungen mit der Muse Lamartine's Verwandtschaft haben, Cesare Cantu, in dem der Geschichtsschreiber überwiegt, Massimo

d'Azeglio, zugleich Dichter, Maler, Romanschreiber, Soldat, Abgeordneter und Minister, Canale, Varese, Novani u. a. m. Als der historische Roman der Kunst sich entkleidet hatte und zu einer Chronik herabgesunken war, gründete Gueraʒʒi, ein viel beschäftigter Advocat Livorno's, das Genre des demokratischen Romans. Ihm schien, daß die Italiener die Lehren, die man ihnen im Gewande des geschichtlichen Romans vortrug, nicht genug verständen, und nicht davon aufgeregt würden. Allerdings wählte auch er, um der Censur zu entgehen, das geschichtliche Kleid, aber er sorgte trotzdem für eine Deutlichkeit, die nicht mißverstanden werden konnte „Wagt," ruft er seinen Lesern in dem Roman: Die Belagerung von Florenz, zu, „wagt! David siegte mit der Schleuder, und Eure Gegner sind keine Riesen, wenn auch ihr Wahnsinn ein Riese ist. So lange Eure Arme, indem sie sich gen Himmel erheben, das Gewicht der Ketten empfinden, so lange bittet nicht um Gnade. Das Maß Eurer Erniedrigung ist voll, tiefer könnt Ihr nicht sinken. Das Leben besteht in Bewegung, also werdet Ihr Euch erheben. Habt den Zorn im Herzen, die Drohung auf den Lippen, den Tod in der Hand, zertrümmert alle Eure Götter, betet keinen andern an, als Sabaoth, den Gott der Schlachten, und Ihr werdet Euch erheben. Noch einmal wird unser Banner, den Söhnen der Cimbern ein Schrecken, auf den feindlichen Thürmen flattern. Marius' Grab wird sich öffnen und seinen Schatten hervortreten lassen, noch einmal werden wir die Kronen der Tyrannen im Staube auf das Marsfeld schleppen." Wer erkennte hier nicht die hohle Prahlerei, die neben der italienischen Erhebung als ein den Untergang verkündendes Symptom lief! Guerraʒʒi hatte Nachfolger und Nachahmer, aber nicht einen bedeutenden. Die wenigen Schriftsteller, welche der Kunst um der Kunst willen dienten, blieben ohne Echo. Der bedeutendste dieser kleinen Zahl war Niccolo Tommaseo, ein Name, den die Revolution Venedigs allgemein bekannt gemacht hat.

Der Eifer für Geschichte, der sich in den einzelnen Staaten regte, war im Grunde ein erfreuliches Zeichen, da die Geschichte zu einer richtigen und ruhigen Beurtheilung der Gegenwart anleitet und eine Warnerin vor hohlen Theorien und phantastischen Plänen ist. Durch die Geschichtschreibung wurde zugleich ein neutrales Gebiet für Männer aller Parteistellungen gebildet, aber nicht alle Regierungen achteten dasselbe. Die neapolitanische trieb den Sicilianer Amari in die Verbannung, weil seine „Geschichte des Kriegs der

sicilianischen Vesper" eine versteckte Geschichte der Gegenwart sein sollte. Gerechteren Anstoß erregte Balbo durch sein Compendium der italienischen Geschichte, wogegen andere Arbeiten, die auf die Erregung von Haß gegen die Deutschen berechnet waren, unangefochten blieben. Die besten Kräfte versammelten sich um Viesseux, der mit freigebiger Unterstützung durch die Regierung von Toscana sein historisches Archiv herausgab. Als der gediegenste Biograph bewährte sich Pompeo Litta, tüchtige Bearbeitungen der Kriegsgeschichte lieferten Ercole Ricotti, Fabretti, Zanoli, Mariano d'Ayalle. Emsig wurde das Feld der Localgeschichte bebaut. Mit Sardinien beschäftigten sich Cibrario und Vallauro, mit Genua Canale, mit der Lombardei Cantu, Carlo Troya, Bianchi-Govini, Gino Capponi, mit Toscana, Moise und Valtancoli-Montazio. Die Geschichte des Kirchenstaates bereicherten durch Beiträge Giordani, Vesi, Gualterio, Arduini und Marini. Im Königreiche beider Sicilien waren die historische Gesellschaft zu Neapel und die Benedictiner von Monte Cassino besonders thätig. Im Vergleich wenige Bearbeiter fand die Geschichte fremder Länder.

Unglaublich groß ist in Italien die Anzahl der Akademien, und in manchen Theilen der Halbinsel gibt es kaum ein Städtchen, welches nicht eine solche Anstalt besäße. Die Mehrzahl derselben thut weiter nichts, als daß zuweilen eine Sitzung anberaumt wird, in der Mitglieder ihre neuesten Sonette, die Pest solcher Akademien, verlesen. Höchstens wird in langen Zwischenräumen ein Band Acten veröffentlicht, der in Folge der mangelhaften Einrichtung des italienischen Buchhandels wenig in's Publicum kommt. Gute Kräfte hatten die Akademien, und es galt nur, das Zersplitterte zu sammeln. Die Ausführung dieses Gedankens waren die italienischen Gelehrtenversammlungen. Die erste wurde 1839 in Pisa, die letzte 1847 in Venedig gehalten. Zwischen diesem Anfang und Ende liegen die Versammlungen zu Turin, Florenz, Lucca, Padua, Mailand, Neapel und Genua. Das Ganze jeder Versammlung theilte sich in die Abtheilungen für Agronomie und Technologie; Zoologie, Physiologie und Anatomie; Chirurgie; Medicin; Geographie und Alterthumskunde; Physik, Mathematik und Mechanik; Botanik; Chemie; Mineralogie und Geologie. Gregor XVI. duldete nie eine Gelehrtenversammlung in seinen Staaten und betrachtete die römischen Gelehrten, welche auswärts an den Sitzungen Theil nahmen, als Revolutionäre.

Es würde müßig sein, wollten wir untersuchen, ob aus den politischen

und literarischen Verhältnissen, die eben geschildert wurden, eine friedliche Weiterbildung hätte hervorgehen können. Die Elemente dazu besitzt jedes europäische Volk unsrer Zeit, und auch den Italienern fehlten sie nicht. Was sie hinderte, war nicht sowohl die politische Friction, als der Druck, der von oben gegen die in voller Bewegung arbeitenden Kräfte geübt wurde, und mehr noch die immerwährenden Hetzereien der Mazzinisten. Selten verging ein Jahr, ohne daß eine der italienischen Regierungen durch die Entdeckung einer Verschwörung zu neuem Mißtrauen und größerer Strenge veranlaßt wurde. Von dem Savoyerzuge bis 1844 sprachen die italienischen Gerichte 93 Todesurtheile gegen Verschwörer aus, von den weit zahlreicheren Verurtheilungen zu den Galeren, zur Arbeitsstrafe, zu lebenslänglichem Gefängniß zu schweigen. 1843 machten die Brüder Muratori in Bologna einen Aufstand, der einen Guerillakrieg herbeiführen und nach und nach über Italien ausbreiten sollte. 1844 kam an Neapel die Reihe, von der Revolution angegriffen zu werden. Zwei Söhne des österreichischen Admirals Bandiera landeten mit neunzehn Mann in Calabrien und suchten das Volk aufzuwiegeln. Dieses zeigte keine Theilnahme, und so mußten sie sich der bewaffneten Macht ergeben und wurden am 25. Juli in Cosenza hingerichtet. Ein Jahr später war der Kirchenstaat der Schauplatz eines neuen unsinnigen Unternehmens. Am 23. September 1845 erregten Verschworene in Rimini, während das Volk eben zum Ballspiel versammelt war, durch einen absichtlich angezettelten Streit mit einem Polizeisoldaten einen Auflauf, der im nächsten Augenblicke in einen Angriff auf die bewaffnete Macht überging. Mehrere Soldaten wurden getödtet, andere machten mit den Empörern gemeinschaftliche Sache. Rimini war gewonnen, aber die übrigen Städte der Provinzen hielten ihr Versprechen einer gleichzeitigen Schilderhebung nicht, und die Flamme des Aufstandes erlosch vor der Ankunft von Truppen. Die Führer entkamen alle, theils zur See, theils nach San Marino und Toscana. Nur einer von ihnen, Renzi, wurde ausgeliefert, und auch er würde in Toscana ein Asyl gefunden haben, wenn er nicht einen zweiten Aufstandsversuch gemacht hätte. Diese Milde der Nachbarregierung gegen die Empörer genügt, die Bewegung von Rimini als die einzige zu kennzeichnen, welche nicht von den Mazzinisten ausging

Am 1. Juni 1846 starb Gregor XVI. an der Wassersucht. Es ist eine alte Uebung des Cardinalscollegiums, auf einen Eiferer einen Staatsmann

folgen zu lassen. Die Liberalen des Kirchenstaats wünschten den Cardinal Micara und hatten den abenteuerlichen Plan entworfen, ihn beim Beginne des Conclave durch Volkszuruf als Papst proclamiren zu lassen, wie im Mittelalter einige Male geschehen ist. Die Cardinäle ließen sich aber die Wahl nicht nehmen und erhoben den Grafen Mastai Ferretti, Cardinal di San Pietro-Marcellino, auf den päpstlichen Stuhl. Der Erwählte hatte den Ruf eines eben so milden wie energischen Mannes. Er hatte sich ursprünglich zum Soldaten bestimmt, dann aber den geistlichen Beruf gewählt und eine Mission nach der amerikanischen Westküste begleitet. Sein edles Benehmen während der Cholerazeit von 1836 in Neapel, wo er als päpstlicher Nuntius lebte, war noch in Aller Gedächtniß. Er hatte damals, um die entsetzliche Noth zu lindern, seine Equipagen, seine kostbaren Möbeln, sein Silbergeschirr verkauft und den Erlös unter die Armen vertheilt. „Wenn die Armen unsers Heilandes auf dem Straßenpflaster sterben," hatte er gesagt, „ziemt es seinen Dienern nicht, in Carrossen daher zu rollen." Während Alles floh, selbst die Aerzte fehlten, sah man ihn in allen Hütten, wo es Kranke gab, und sein Beispiel machte den Neapolitanern wieder Muth.

Der Kirchenstaat war an einem Punkte angelangt, wo zwischen Reform und einer bis an die Zähne bewaffneten Reaction gewählt werden mußte. Pius IX. entschied sich ohne Zaudern für die Reform. Eine seiner ersten Maßregeln war eine allgemeine Amnestie, durch die an 6000 Gefangenen die Freiheit und vielleicht 18,000 Verbannten das Vaterland wiedergegeben wurde. Einem temporären Staatsrath von sechs Cardinälen wurde die Aufgabe gestellt, über diejenigen Verbesserungen in allen Zweigen der Staatsverwaltung zu berathen, welche zur Beglückung der Unterthanen die zweckdienlichsten seien. Ein Rundschreiben vom 24. August 1846 befahl die Bildung von Schulen für die ärmere Jugend, in denen diese ein Handwerk oder den Militärdienst erlerne und eine moralische und religiöse Erziehung erhalte. Das erwartete Preßgesetz ließ bis zum nächsten Frühling auf sich warten und brachte keine Preßfreiheit, sondern eine gemilderte Censur mit einer Obercensurbehörde, an die bei wichtigeren Werken, nicht bei Flugschriften und Zeitungsartikeln, Recurs eingelegt werden konnte. Den Schlußstein der Reformen bildete eine Art von Volksvertretung. Dieselbe sollte so entstehen, daß der Papst in jeder Provinz einen Mann wähle, der durch seine gesellschaftliche Stellung, Kenntnisse und Güterbesitz ausgezeichnet, auch von Liebe

für die päpstliche Regierung beseelt sei und der öffentlichen Achtung wie des Vertrauens seiner Mitbürger genieße. Das hieß, daß Laien zur Berathung über die Staatsangelegenheiten zugezogen werden sollten, und darin lag für einen Staat wie Rom ein ungemeiner Fortschritt.

Die Partei der Sanfedisten, deren Candidat für die Papstwahl der Cardinal Lambruschini gewesen war, ließ ihrer Erbitterung über die versöhnende Politik Pius' IX. frei den Zügel schießen. Aus dem Staatsrath traten vier der sechs Cardinäle aus, Flugschriften und Aufrufe, welche allgemein verbreitet wurden, bezeichneten den Oberhirten als den verzehrenden Keim, als den aufgedrungenen Unterdrücker der heiligen Religion, als das verkappte Haupt des jungen Italiens, in mehreren Provinzen verweigerten die höchsten Behörden, lauter von Gregor XVI. angestellte Beamte, den Gehorsam, in Cesena, in Faenza warf sich der Pöbel, ungehindert von der Polizei, auf die Liberalen. Eben so unzufrieden war die ultraliberale Partei. Nicht alle Verbannte benutzten eine Amnestie, die ihnen unter der Bedingung angeboten wurde, daß sie Reue über ihre Vergangenheit äußerten und auf ihr Ehrenwort gelobten, zu keiner Zeit und auf keine Weise die ihnen bewiesene Milde zu mißbrauchen, sondern alle Pflichten eines guten und ehrlichen Unterthans getreulich zu erfüllen. Bis auf Mazzini, der dem Papst im Namen der Revolution ein Bündniß anbot, das mit Abscheu zurückgewiesen wurde, und bis auf einige seiner bloßgestellten Anhänger waren die Ultraliberalen schlau genug, ihre Mißstimmung über halbe Maßregeln zu verbergen und sich dem jubelnden Chor zu Füßen des päpstlichen Throns anzuschließen, um den Papst durch diesen Freudentaumel weiter zu reißen, als er zu gehen beabsichtigte, oder um, wenn dies mißlinge, die enttäuschte Menge für sich zu gewinnen.

Bei der bisher in ein sardinisches und in ein päpstliches Lager gespalten gewesenen liberalen Partei bedurfte es blos einer kleinen Schwenkung der Päpstlichen, um die Einigkeit herzustellen. Cesare Balbo proclamirte eine Theilung des italienischen Primats, welche die geistliche Hälfte dem Papst, die weltliche Sardinien zuwies, und Alles war geschehen. Massimo d'Azeglio schrieb das Programm der Nationalpartei. In einer kleinen, aber inhaltsschweren Schrift, die um so mehr Beachtung fand, da man wußte, daß sie nicht bloß allen Führern der Tagesmeinung, sondern auch Pius IX. in der Handschrift zur Billigung vorgelegen habe, musterte und begründete er alle

Zeitforderungen von der ersten bis zur letzten. Noch niemals, so weit unsre Kenntniß der Geschichte reiche, sei das Nützliche mit dem Gerechten so in Einklang gewesen, wie eben jetzt. Pius IX. sei allen andern Regenten voran auf diesem Wege zur That geschritten und habe durch seine Politik folgende Wahrheiten als solche erwiesen: „daß die Massen, welche heutzutage durch eine längere Erfahrung und einen höhern Grad von Bildung geleitet werden, nicht unbefriedigbar sind; daß sie den richtigen Tact in der Beurtheilung ihrer selbst und in der Kenntnißnahme des Grades von politischem Fortschritt, dessen sie fähig sind, besitzen; daß sie sich mit demjenigen befriedigen und beruhigen, was in der That mit ihrer gesellschaftlichen Lage harmonirt; daß die moralische Aufregung, welche die Völker bewegt, sich beruhigt, sobald man ihren politischen Zustand mit dem Staat und der socialen Nothwendigkeit in Einklang bringt, und daß andererseits die Agitation wächst und in Unordnung ausartet, sobald beide in Widerstreit und außer Gleichgewicht erhalten werden.“

Am Jahrestage der Thronbesteigung des Papstes bereitete Rom das erste der großen Feste, welche bald in den meisten Staaten Nachahmung fanden und das Hauptmittel der Agitation wurden. Die unzählbare Menschenmenge erhielt sich trotz ihres Taumels in einer solchen Ordnung, daß es unbedenklich schien, ihr die allgemeine Bewaffnung zu gewähren, die um der Provinzen willen, wo politische Meuchelmorde den Groll der Sanfedisten bekundeten und Räuberbanden ihr Unwesen trieben, wünschenswerth war. Einen Monat später (17. Juli 1847) sollte der Jahrestag der Amnestie gefeiert werden. Die Vorbereitungen waren noch großartiger als bei dem früheren Feste, aber dieses Mal wurden sie durch Unordnungen gestört. Einige Stimmen schrieben diese den Sanfedisten zu, und im Nu lenkte sich der Haß auf diese gestürzte Partei. Man erzählte, zu welchem abscheulichen Ziel sie sich verschworen habe, und auf welche auswärtige Hülfe sie zähle. Wider ihren Willen mußte die Regierung einige Verhaftungen vornehmen und eine Untersuchung anbefehlen, welche unter dem Namen des großen Staatsprocesses die Aufmerksamkeit Monate lang beschäftigte. Der 17. Juli 1847 kann als der erste Tag der italienischen Revolution betrachtet werden. Das Volk hatte die Initiative ergriffen, und Pius IX. war gezwungen gewesen, seinem Racheschrei eine Befriedigung zu gewähren.

In Rom und Toscana verdrängte ein Fest das andere. Die beiden

Regenten ließen dem lärmenden Treiben nicht gern Spielraum, aber alle Stände waren so einhellig, daß ein Entgegentreten unmöglich war. Obgleich diese Feste eigentlich weiter nichts waren, als theatralische Spectakelstücke, bei denen Alles mitwirkte, hatten sie doch ihre sehr ernste Seite, und um dieser Seite willen wurden sie veranstaltet. Sie machten für die Schlagworte: Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit Propaganda, sie erweckten im Volke den Gedanken, daß sein Patriotismus bereits zur That geworden sei, und machten die italienischen Landestheile, in denen sie verbotene Früchte waren, unmuthig.

Karl Albert hatte sich über seine Stellung zur Bewegung nicht ausgesprochen, und es war mehr als ungewiß, ob er die politische Hegemonie, die ihm zugedacht war, annehmen werde. In seinem bisherigen System machte sich nicht eine Aenderung bemerklich, und die zahlreicher hervortretenden Symptome von Unzufriedenheit wurden bloß von der Polizei gewürdigt. So kam der 8. September 1847 heran, der Jahrestag der Befreiung der Hauptstadt von den österreichischen Truppen im spanischen Erbfolgekriege. Dieser Tag wurde mit besonderem Eifer gefeiert, am glänzendsten in Genua. Die Anordner der dortigen Festlichkeiten sahen sich plötzlich nach Turin beschieden und ihre Erläuterungen, mit denen sie Forderungen verbanden, höchst ungnädig aufgenommen. Wenige Tage später hieben die Carabiniere auf einen Sängerchor ein, der Hymnen auf Pius IX. singend durch die Straßen zog. An demselben Abend entspannen sich Händel zwischen Artilleristen vom Festlande und sardischen Soldaten. Die Bürger, denen die Sarden als die Stützen des Absolutismus verhaßt waren, mischten sich zu Gunsten der Artilleristen ein, und die Sarden mußten nach einem blutigen Kampfe die Flucht ergreifen. Es hatte mehrere Todte und 70 Schwerverwundete gegeben, unter denen auch Bürger waren, und für diese verlangte der Gemeinderath von Turin Genugthuung. Karl Albert dachte über seine Politik nach und fand sie unhaltbar. Die beiden ersten Städte des Landes hatten sich gegen ihn ausgesprochen, die wichtigste Waffe seines Heeres sympathisirte mit den Bürgern, in Savoyen regte sich das französische Blut, und bei den reformatorischen Bestrebungen des Papstes, bei dem Parteienkampf in der benachbarten Schweiz war alle Aussicht vorhanden, daß die Gährung zunehmen werde. Er entschloß sich zu einem Systemwechsel, der mit einem Male eintreten und doch auf halbem Wege stehen bleiben sollte.

Am 11. October 1847 erhielt der Minister Margarita, den man für den eigentlichen Träger der früheren Politik hielt, mit seinen Amtsgenossen seine Entlassung. Die neuen Minister, namentlich Sostegno, dem der vielversprechende Titel eines Ministers des Unterrichts und der Reformen verliehen wurde, waren gemäßigte Liberale. Die ersten Maßregeln der neuen Gewalthaber waren eine auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gestützte Criminalproceßordnung, die Beseitigung der Ausnahmejustiz, vielfache Verbesserungen im Polizeiwesen, die Anbahnung eines freieren, mit der eigenen Wahl der Gemeinderäthe verbundenen Systems der Gemeinde- und Provinzialverwaltung, die Errichtung eines Cassationshofes, einer Discontobank, die Zusage eines Zollvereins mit dem Kirchenstaate, Toscana und Lucca, endlich ein Preßgesetz, durch das der König, „um seinen Unterthanen einen Beweis seiner väterlichen Liebe und seiner steten Bemühung für Verbreitung der Aufklärung zu geben," die Ueberwachungsvorschriften milderte, „so weit dies vereinbar sei mit den Interessen der Religion, der Sittlichkeit und der regelmäßigen Führung der Staatsgeschäfte."

So laut der Jubel in Sardinien wurde, so still wurde es im Kirchenstaate. Augenscheinlich hatte Pius IX. mit den Reformen, die man als den Anfang weiterer Reformen auffaßte, das Ziel, das er sich gesteckt hatte, erreicht. Mit Recht hatte man erwartet, daß er die vor aller Welt offen daliegenden Wunden des Kirchenstaats heilen, Laien in sein Ministerium berufen, an die Spitze der Gerichtshöfe und der Verwaltungsbehörden stellen und sie anweisen werde, in allen Staatsanstalten Ordnung und Recht einzuführen, in den Finanzen das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen wiederherzustellen, den öffentlichen Credit zu vermehren, die Hauptstadt wie die Provinzen von den vielen eingeschlichenen Mißbräuchen und schlechten Beamten zu reinigen und die Gefängnisse so einzurichten, daß sie aufhörten, eine Schule der Niederträchtigkeit zu sein. Nicht genug, daß nichts von allem diesem geschah, erklärte Pius IX. bei der Eröffnung der Stände, deren Mitglieder er selbst gewählt hatte, daß die Gleichberechtigung der Laien mit den Priestern dem Wesen eines Kirchenstaats widerspreche. In seiner Thronrede sprach er mit zornigem Nachdruck von frechen und unbesonnenen Menschen, die mit gefährlichen Plänen umgingen. Man denke an eine Verweltlichung des Kirchenstaats, aber niemals werde man ihm die Einwilligung zu einem solchen Frevel entreißen. Die Stände unterließen in ihrer

eben so gemessenen als schonenden Antwort nicht, auf die noch vorhandenen Mängel und Uebelstände hinzudeuten, über die die päpstliche Eröffnungsrede hinweggegangen war, und erboten sich, die Mittel anzugeben, wie Gerechtigkeit, bürgerliche Gleichheit und Gleichmäßigkeit über alle Theile verbreitet werden könne.

Seit Monaten hatte die neapolitanische Regierung mit einem Aufstande in Calabrien zu thun, der immer wieder aufloderte, so oft er auch durch General Nunziante's Heermassen erdrückt zu sein schien. In Sicilien herrschte, seit ein Aufstandsversuch in Messina von den Kartätschen der Citadelle niedergeworfen war, scheinbar Ruhe. Inzwischen übten sich die Bewohner der festländischen Hauptstadt in kleineren Aufzügen zu den künftigen italienischen Festen ein, und diese Spielereien wie die Vorgänge in Calabrien beschäftigten die Regierung so ausschließlich, daß Sicilien außer Beachtung blieb. Die vermeintlich stille Insel rüstete sich inzwischen zur Revolution, und zwar ganz offen, denn ein in vielen Tausenden von Abdrücken verbreiteter Aufruf (Proclama dei Palermitani) verkündete nicht bloß, was man thun, sondern auch wann man es thun werde. Genau an dem vorher bestimmten Tage, am 12. Januar 1848, brachen die Palermitaner los. Unversehens warfen sie sich auf die königlichen Truppen und vertrieben sie aus der innern Stadt. Der Nationalhaß gegen die Neapolitaner kam den politischen Plänen der Führer trefflich zu statten. Kaum ließen sich die Sturmglocken hören, so strömten die Landleute massenweise in die Stadt und traten mit dem Feldgeschrei: „Es lebe die heilige Rosalie, es lebe die Unabhängigkeit!" in die Reihen der Kämpfenden. Bis zum 27. Januar behaupteten beide Theile, was sie nach dem ersten Kampftage besessen hatten: die Aufständischen die Stadt, die Truppen, 6000 Mann an Zahl, die Festung Castellamare. An dem letztern Tage versammelte der Befehlshaber der Festung, Baron Gros, ein Berner Veteran noch aus Friedrich's des Großen Schule, einen Kriegsrath, und dieser sprach sich für die Einschiffung nach Neapel aus, da die Truppen durch einen Dienst, der vierzehn Tage und Nächte unausgesetzt fortgedauert habe, ermüdet seien, und an allem zu ihrem Unterhalt und zu ihrer Aufmunterung Erforderlichen (d. h. an Wein und Geld) Mangel litten. Die Sicilianer waren nun Herren ihrer Insel, denn auf die Einschiffung der Besatzung von Palermo folgte die Räumung der übrigen von den Neapolitanern besetzt gewesenen Punkte bis auf die Citadelle von Messina, und ihre Führer, Fürst

Pantellaria, die Marchesen Rudini und Spedalotto, der General Don Ruggiero Settimo, der Herzog Serradifalco, traten die Regierung an. Zunächst hatten sie der Volkswuth Schranken zu setzen, die sich gegen die Polizeibeamten und Gensdarmen richtete, von denen mehrere wie wilde Thiere durch die Straßen von Palermo gehetzt wurden.

Die Neapolitaner erfuhren von diesen Ereignissen durch die Schiffe voll Verwundeten, die von Palermo herüberkamen, und durch die Permanenz der Berathungen des Ministeriums. Das Gerücht gab dem wirklich Vorgefallenen die abenteuerlichsten Zusätze: daß eine sicilianische Flotte in der Bai erscheinen werde, daß alle Provinzen in hellem Aufruhr seien, daß der König sich in St. Elmo einschließen und lieber sterben als nachgeben wolle. Am 29. Januar hörte man das alte neapolitanische Revolutionssignal: Fuy! Fuy! (Rettet euch!) hier und da erschallen. Man erwartete für die Verkündigung der Verfassung den 25. Januar, den der Kalender als den Tag bezeichnet, an dem Saulus zu einem Paulus wurde. Da die Verfassung an diesem und den folgenden Tagen nicht erschien, machte man neue Demonstrationen. Sie bestanden in nichts Gefährlicherem, als daß Männer mit dreifarbigen Fahnen auf dem Toledo umherzogen, und daß die Damen aus Fenstern und von Balconen mit Taschentüchern Beifall winkten. Auf der andern Seite stellten sich die Truppen in Schlachtordnung, wehten rothe Fahnen von den Forts, donnerten Lärmschüsse. Nachdem man auf diese Weise hier wie dort neapolitanischen Muth gezeigt hatte, wurde das Ministerium entlassen, der verhaßte Polizeiminister Delcaretto sogar des Landes verwiesen, und die Verfassung verkündet. Sie basirte auf dem Zweikammersystem — die Wahl der Mitglieder der ersten Kammer behielt der König sich vor — und verhieß Verantwortlichkeit der Minister und Preßfreiheit. Es war ein böses Zeichen für diese Verfassung, daß zwei Mächte sie nicht anerkannten. Die erste waren die aufständischen Sicilianer, die zweite die Lazzaroni.

Die italienischen Regierungen, die sich der Reformbewegung angeschlossen hatten, waren kaum in der Lage, die Nachahmung des in Neapel gegebenen Beispiels abzulehnen. Karl Albert erkannte die Nothwendigkeit der Nachgiebigkeit am ersten. Schon am 8. Februar verkündete die amtliche Zeitung in vierzehn Artikeln die Grundzüge einer sardinischen Verfassung. Sie enthielt in der Hauptsache französische Bestimmungen, während die toscanische vom 17. Februar an die neapolitanische sich anlehnte, mit dem Unterschiede

jedoch, daß die Bestimmung der letzteren: „Außer der römisch-katholischen Religion wird keine andere geduldet," weggelassen wurde. Pius IX. war in der peinlichsten Verlegenheit, denn sein Gewissen quälte ihn mit Bedenken, wie weit er dem Sturme, den er von allen Seiten heranziehen sah, nachgeben dürfe. Man konnte ihm glauben, wenn er öffentlich erklärte, „daß er nicht ablasse, nachzudenken, auf welche Weise, unbeschadet seiner Pflichten gegen die Kirche, jene bürgerlichen Institutionen auf das Nützlichste sich entwickeln und verbessern ließen, die er gegründet habe, nicht von Nothwendigkeit, sondern von dem Wunsche nach dem Glücke seiner Völker und von der Achtung vor ihren edlen Eigenschaften getrieben." In so weit fügte er sich den laut ausgesprochenen Wünschen, daß er drei Mitglieder seines rein geistlichen Ministeriums, Riario-Sforza, Savelli und Rusconi, entließ und durch Laien, Graf Pasolino, Fürst Trano-Cantani und Sturbinetti, ersetzte. Ein weiterer Schritt war die Niedersetzung eines Ausschusses zur Erörterung derjenigen Erweiterungen des Staatsgrundgesetzes, welche mit der Stellung und den Gerechtsamen der päpstlichen Macht vereinbar seien. In diesen Ausschuß wurden bloß Geistliche berufen, die Cardinäle Ostini, Castracane, Orioli, Altieri, Bofondi und Antonelli.

So hatte die Bewegung überall gesiegt oder war doch im Begriff, die Oberhand zu gewinnen. Hatte doch selbst Florestan II., der Fürst des winzig kleinen Monaco, dem Andrängen seiner 7000 Unterthanen eine Verfassung bewilligen müssen. Das lombardisch-venetianische Königreich war der einzige Staat, in dem die Volkswünsche auf eine unnachgiebige Politik stießen. Der Monarch jenes Reiches war ein Deutscher, und um so leidenschaftlicher tobte der Parteigeist gegen ihn. Daß er seinem italienischen Königreiche eine vortreffliche Verwaltung gegeben hatte, deren Annahme durch die andern Staaten dem wahren Fortschritt förderlicher gewesen sein würde, als die Proclamirung eines Dutzends von ephemeren, dem Volk unverständlichen und von den Gebildeten zum Mißbrauch bestimmten Verfassungen, kam in der erregten Zeit nicht einen Augenblick lang in Frage.

Um die Erbitterung zu erhöhen, bestand ein Conflict zwischen der österreichischen und der päpstlichen Regierung. Genau in derselben Zeit, in der die römischen Volksführer eine Verschwörung der Sanfedisten entdeckt zu haben meinten, überschritt ein österreichischer Truppenkörper den Po, um die Besatzung der Citadelle von Ferrara, die von den Bürgern der Stadt feindlich

umlagert wurde, zu verstärken. Das Besatzungsrecht Oesterreichs in Ferrara beruhte auf europäischen Verträgen, und indem die Oesterreicher außer der Citadelle auch einige Stadttheile besetzten, machten sie ebenfalls von ihrem guten Recht gebrauch. Pius IX. protestirte aber, und dies genügte, um ein allgemeines Geschrei hervorzurufen. Jene Besetzung, sagte man, sei eine völkerrechtswidrige Intervention zu Gunsten der Sanfedisten und mit diesen verabredet worden. Die Tendenz, das unzweifelhafteste Recht Oesterreichs zu verkennen, erreichte eine solche Höhe, daß die Besitznahme des Gebiets von Fivizzano für den Herzog von Modena, der nach der Thronentsagung des Herzogs von Lucca der rechtmäßige Souverän war, als eine Art von Raub und Ueberwältigung beurtheilt wurde.

Es ist gewiß, daß diese so allgemein angefeindete Regierung sich den Umständen nicht gewachsen zeigte. So viel theatralischer Aufputz und so viel hohles Geschwätz der italienischen Bewegung sich beimischte, war die eisige Kälte, mit der man in Wien den Beobachter spielte, übel am Platz. Gegen die Mißstimmung, die in der Lombardei und in Venedig sich zeigte, ließ sich mit den hergebrachten Mitteln nichts ausrichten. Es wird von verläßlicher Seite versichert, daß man in Wien an Reformen gedacht, aber die Ausführung bis zu ruhigerer Zeit habe verschieben wollen, damit es nicht den Anschein gewinne, daß die Regierung sich etwas abtrotzen lasse. Ein solches Zuwarten in solchen Momenten wird immer für ein Nichtwollen gehalten und macht die ruhige Zeit unmöglich. In diesem Falle erwachte die Eitelkeit, die sich nicht nachsagen lassen wollte, daß Mailand und Venedig nicht im Stande seien, ihrerseits eine Bewegung zu haben. Der edlere Stachel war das in großer Stärke erwachte Nationalgefühl.

Die Mittel, die man gegen Oesterreich in Bewegung setzte, waren kleinlicher Natur. Geheime Leiter verboten vom 1. Januar 1848 an das Lottospielen und das Rauchen, beides in der doppelten Absicht, die Bevölkerung an ein gemeinsames Handeln zu gewöhnen und den österreichischen Finanzen empfindlichen Abbruch zu thun. Mit merkwürdiger Uebereinstimmung wurde diesen Befehlen in allen Orten Gehorsam geleistet. Mailand, Verona, Bergamo, Brescia, Pavia rauchten nicht mehr und stellten ihr Lottospiel ein. Nun sollten auch die Gegner sich fügen. Volkshaufen verfolgten jeden Raucher, und wenn die Soldaten der Besatzungen sich die Cigarren nicht entreißen ließen, entstanden Aufläufe und Raufereien. In Mailand entwickelte

sich aus einem solchen Anlasse am 3. Januar 1848 ein ernstlicher Kampf, der das Straßenpflaster mit Verwundeten und Todten bedeckte. Auch Pavia, Padua und Bergamo sahen blutige Auftritte, in Folge deren Feldmarschall Radetzky in der Lombardei das Standrecht verkündigen ließ. Die venetianischen Provinzen verhielten sich mit wenigen Ausnahmen ruhig.

Man rüstete bereits von allen Seiten, eines Zusammenstoßes gewärtig, der in der auf's Höchste gespannten Lage nicht ausbleiben konnte. Oesterreich schickte seine Kaiserjäger, ungarische, kroatische und Grenzregimenter, Karl Albert ließ ein Heer von 60,000 Mann mit angeblich 300 Geschützen dem Grenzfluß Tessin näher rücken, Toscana und Rom sammelten wenigstens Bürgergarden. Noch ein Tropfen hinzugeschüttet, und das Gefäß lief über. Statt dieses Tropfens kam ein ganzer Strom, auch viele von Denen überfluthend, welche die Gewässer zu dieser Höhe aufgestaut hatten.

Viertes Kapitel.

Frankreich. — Das Ministerium Guizot. — Unbeweglichkeit der zweiten Kammer. — Tod des Herzogs von Orleans. — Ludwig Philipp's äußere Politik. — Abdelkader ergibt sich. — Die Corruption und die Scandalprocesse. — Die Reformbankette. — Die Februarrevolution. — Die Flucht Ludwig Philipp's und seiner Familie.

Im Jahre 1840 hatte Ludwig Philipp den Höhenpunkt seiner Macht und seines Glücks erstiegen. Die augenblickliche Isolirung, in die seine Parteinahme für Mehemed Ali gegen die Pforte und den Bund der vier andern Großmächte ihn versetzt hatte, war kein großer Nachtheil und am wenigsten eine Gefahr. Er hatte sie dazu benutzt, die Gunst des Volks für einen Lieblingsgedanken zu gewinnen und die Ausführung desselben wirklich erreicht. Die Kammern hatten ihm unter patriotischen Beifallsrufen der Franzosen die Befestigung von Paris bewilligt, und diese beweglichste und gefährlichste aller Städte, deren revolutionäre Expansivkraft eine so ungeheure ist, war nun zwischen Festungsmauern und Geschützmündungen eingeengt. Söhne in voller Manneskraft oder in schönster Jugendblüthe, alle vom Volk geachtet und bis auf einen geliebt, umstanden seinen Thron, und er selbst glaubte zu fühlen, „daß seine Beine," um mit seinen eigenen Worten zu reden, „ihn noch so lange tragen würden, bis er die Zukunft seiner Dynastie sichergestellt habe." Seine Zuversicht war nach menschlichen Berechnungen nicht zu kühn, denn er hatte die feindlichen Parteien, die Legitimisten wie die Republikaner, gebändigt und die Opposition der Kammern geschwächt. Endlich hatte er den Minister gefunden, der, sonst ein geachteter Name und

als Geschichtsforscher und Philosoph der ganzen Welt bekannt, sich zum Werkzeug der Hofpolitik und sogar ihrer Corruptionsmittel hergab.

Am 29. October 1840 bildete Guizot aus Soult, Human, Duperré und Andern mehr sein Ministerium, das neunzehnte und letzte der Julidynastie. In der zweiten Kammer hatte er eine starke Mehrheit für sich, die mit jedem Jahre sich fester verkittete und gleichsam unlöslich wurde. Außer ihr gab es ein linkes Centrum (Billault, Gouin, Duvergier de Hauranne, Vivien, Remusat), das in gewissen Fragen eine eigene Meinung hatte, ein Linke, die in zwei Bruchtheilen um Odilon Barrot und um Tocqueville sich schaarte, ein kleines Häuflein Legitimisten, dessen Redner Berryer und Larochejaquelin waren, und eine äußerste Linke unter den Führern Garnier Pagès, Marie, Thiars, Arago und Ledru Rollin. Thiers irrte zwischen den Parteien umher, den Augenblick erspähend, wo er durch irgend einen geschickten Schlag die Mehrheit sprengen und durch den Riß hindurch in's Ministerium schlüpfen könne. Dieses Ministerium Thiers, das immer in der Luft schwebte und nie auf festen Boden kam, war das Höchste, was die Franzosen auf gesetzlichem Wege erreichen konnten, und dieses Ministerium war durchaus nicht nach dem Geschmack der Bevölkerung außerhalb der Kammer.

Frankreich langweilte sich bei Kammerverhandlungen, deren Zielpunkte so unbedeutender Natur waren. Die Art und Weise, wie die Kammermehrheit gebildet worden war und wie sie zusammengehalten wurde, gab dem sittlichen Theil der Nation Anstoß. Es war kein Geheimniß — die Regierungsanhänger machten selbst keines daraus — daß die Mitglieder des rechten Centrums für ihre Anhänglichkeit und Treue bezahlt wurden, die Einen mit Stellen für sich oder ihre Vettern, die Andern mit Concessionen zu Eisenbahnen und verschiedenen industriellen Unternehmungen, Alle aber durch die Aufrechthaltung solcher Einrichtungen und Gesetze, bei denen ihre persönlichen Interessen sich wohl befanden. Daß solche Gesetzgeber dem Princip der Stabilität und der Ruhe um jeden Preis huldigten, war eben so natürlich wie für ein edles Volk unerträglich. Die Geister, die sich aufrecht und in reiner Luft erhielten, sahen mit kummervoller Besorgniß, wie sehr die Tendenz vorherrschte, Alles in den materiellen Schmutz hinabzuziehen. Wie für die Gewählten so auch für die Wähler hatte die Regierung den Köder des persönlichen Gewinns. Der Regierungscandidat versprach seinem Wahlbezirke eine Eisenbahn, einen Canal, eine Straße, eine Brücke, Unterstützungsgelder

für diese oder jene Zwecke, und wurde in den Stand gesetzt, seine Verheißungen zu erfüllen. Der Oppositionscandidat hatte nichts zu versprechen, und die schreiendsten Bedürfnisse seines Wahlbezirks wurden nicht berücksichtigt.

Bei jedem Gesetzentwurf und jeder Maßregel warf die Mehrheit ihren persönlichen Nutzen in die Wagschale. Als ein furchtbares Erdbeben auf Guadeloupe mehrere der Hauptorte zerstörte, die benachbarten Inseln mit argen Verwüstungen heimsuchte und die Frage der Emancipation der Sclaven dadurch neu in Anregung gebracht wurde, hatte das Centrum dafür keinen andern Gesichtspunkt als den eines Processes zwischen dem Zuckerrohr und der Runkelrübe. Die Viehzölle, die den Städtern das Fleisch vertheuerten und der Landwirthschaft keinen Nutzen brachten, wurden mit völliger Leidenschaftlichkeit aufrecht erhalten. Ein Handelsvertrag mit Sardinien, der den französischen Waaren erhebliche Vortheile gewährte, wäre um ein Haar verworfen worden, weil er eine Herabsetzung des Eingangszolls auf sardinisches Vieh um ein Fünftel in sich schloß. Als bei den Berathungen über diesen Vertrag ein Redner den Wunsch nach einer gleichen Ermäßigung an der deutschen Grenze auszusprechen sich vermaß, erhob sich der greise Kriegsheld Bugeaud und rief mit komischer Entrüstung: „Lieber mögen die Kosaken noch einmal kommen, als daß ein deutscher Ochse über die Grenze geht.“

Von 1843 an stellte die Opposition in jeder Sitzung Anträge, welche dem Einfluß persönlicher Rücksichten und eigennütziger Berechnungen auf die Gesetzgebung und die Verwaltung ein Ende zu machen bestimmt waren. Ironisch gemeint war Larochejaquelin's Vorschlag, jeden Abgeordneten, ehe er über einen Gesetzentwurf abstimme, erklären zu lassen, ob sein Interesse betheiligt sei. Andere Abgeordnete verlangten, daß man jede Art von Wahlbestechung mit Entziehung der bürgerlichen Rechte, mit Amtsentsetzung und einer Geldbuße bis zu 5000 Franken bestrafe, daß man alle Staatsdiener mit Ausnahme der Minister und der politischen Beamten von der Kammer ausschließe, daß man den Census abschaffe, die liberalen Beschäftigungen zu der Wahlurne zulasse, die Wahlpflicht für eine Zwangspflicht erkläre u. s. w. Die Wahlreform wurde zur Hauptfrage, aber die Mehrheit wies sowohl sie regelmäßig zurück, als auch die Reform des Beamtenwesens, die unter mehreren Formen auf die Tagesordnung kam, z. B. unter der gewiß gerechtfertigten, daß nur Diejenigen, welche Prüfungen bestanden hätten, befördert werden und Niemand eine höhere Stelle erhalten solle, der

die nächst niedrige Stelle nicht mindestens ein Jahr lang bekleidet habe.

Das Ereigniß der Sitzung von 1843 war der Uebergang Lamartine's zur Opposition. Der berühmte Dichter hatte bis jetzt für das Haupt der Conservativen gegolten, und grade er griff nunmehr nicht diese oder jene Maßregel, sondern das System Ludwig Philipp's selbst an. Die Regierung, sagte er, glaube den gewaltigen Strom der Zeit aufhalten zu können vor dem allzu eng gefaßten Begriffe des einzigen dynastischen Interesses, vor einigen selbstsüchtigen Gruppen, die sich zu einer jüngst gegründeten Monarchie stellten. Persönliche Begünstigungen, die man verschwende, Furchtsamkeiten des Landes, die man hege, möchten ihre Kraft haben, aber die Kraft eines Tages; um damit etwas auf die Dauer auszurichten, seien sie nicht. Ob man je mit kleinen Mitteln Großes gegründet habe? „Aus verwittertem Material, aus todten Elementen baut man keine Republik, keine Monarchie, keine Verfassung, kein Bündniß, dazu braucht man uneigennützige und nationale Ideen. Den wahren Staatsmännern hat Gott eine Leidenschaft mehr gegeben, als den Männern von Eurem Zuschnitt: die Leidenschaft für die Idee der Zeit, für das Werk der Nation, den Fanatismus für das öffentliche Wohl, das Bedürfniß und den Drang, sich ohne Rückhalt, ohne Lohn, selbst ohne Ruhm der Wiedergeburt eines Landes zu weihen, und die mächtigsten, die echt Conservativen sind die, welche, weit entfernt, diese Ideen von ihrem Ziel abzuleiten, sie am besten begreifen, sich in sie versenken, mit ihnen verkörpern. Mein System ist der Friede, weil die Vernunft der Völker ihn begehrt, keine Eroberung, keine Propaganda, sondern Selbstvertheidigung, Freiheit daheim, ein System, das aufrecht steht gegen den Stoß einer zu heftigen Bewegung, das einen Anprall verhindert, aber die Nation nicht zusammenpreßt, das den Menschen und den Dingen Luft macht, den Staub vom Schutte der Vergangenheit niederschlägt und Europa zeigt, daß kein Abgrund der Demagogie dahinter verborgen ist, sondern eine neue, aber wirkliche, obgleich liberale und populäre Ordnung, ein Herd der Freiheit, nicht des Völkerbrandes." Die Kammer lachte über den Redner, das Land betrachtete ihn als den Mann der Zukunft.

In dieser Zeit, ein Jahr vor dieser Kammersitzung, war Ludwig Philipp von dem ersten Schicksalsschlage getroffen worden. Am 13. Juli 1842 fuhr der Herzog von Orleans von Paris nach Neuilly. Auf der Höhe der Porte

Maillot wurden die Pferde des leichten Wagens scheu und sprengten in vollem Lauf fort. Als der Herzog bemerkte, daß der Kutscher die Pferde nicht mehr in seiner Gewalt habe, setzte er den Fuß auf den Kutschentritt, der nicht hoch von der Erde war. Er kam mit beiden Füßen auf den Boden, aber die Gewalt des Sprunges brachte ihn zu Fall und er schlug mit dem Kopfe furchtbar gegen das Pflaster auf. Ohne Bewußtsein blieb er auf der Stelle liegen, und wenige Stunden später verschied er. Der König zählte neunundsechzig Jahre, der jetzige Kronprinz vier. Es war mithin wahrscheinlich, daß die Juliusdynastie die Prüfung eines minderjährigen Königs und einer Regentschaft zu bestehen haben werde. Diese letztere hätte eigentlich der Herzogin von Orleans als der Mutter des Thronerben gebührt, aber Ludwig Philipp übertrug sie mit der Zustimmung der Kammern seinem nächsten Sohne. Der Herzog von Nemours hatte sich bis jetzt, um seinem älteren Bruder die Volksbeliebtheit ganz und ungetheilt zu lassen, im Hintergrunde gehalten. Die edle Entsagung des bedeutenderen Mannes war ihm als Kälte und Hochmuth ausgelegt worden, und die ihn nicht kannten, liebten ihn nicht. Um diese Stimmung mußte die Regierung wissen, und sie machte sich daher eines starken Fehlers schuldig, als sie für den unbeliebten Prinzen im Hinblick auf eine dereinstige, vielleicht nie eintretende Regentschaft eine Dotationserhöhung forderte. Es war die zehnte, welche Ludwig Philipp dem Lande während seiner Regierungszeit zumuthete. Die öffentliche Stimme äußerte sich aber der Art, daß die Minister den Gesetzentwurf vor der Berathung in den Kammern zurückzogen. *)

---

*) Während der Regierungszeit Ludwig Philipp's ist kein Vorwurf häufiger gegen ihn erhoben worden, als der des Geizes und der Habsucht. Man hat behauptet, daß er sich im Moniteur als arm und von den Zuschüssen der Prinzessin Adelaide abhängig darstelle, um die Schätze zu vermehren, die seine Familie vom Regenten an im Auslande, in Holland und England aufgespeichert habe. Waren diese Schätze wirklich vorhanden, so läßt sich nicht wohl begreifen, weshalb der König als Flüchtling während der ersten Revolution so dürftig gelebt, seine Reisen zu Fuß gemacht und längere Zeit als Schullehrer sein Brot gesucht hat. Auch der allerdings reichliche Antheil an der Entschädigungsmilliarde für die Ausgewanderten, den Karl X. ihm zugewiesen hat, ist ihm oft vorgerückt worden. Daß er kein reicher Monarch war, hat sich bei seinem Tode gezeigt. Seine Activa bestanden in 13, seine Passiva in 36 Millionen Franken, und zieht man von der letztern Summe die 19 Millionen ab, die er vom Staat zu fordern hatte, so bleibt immer noch ein Minus von 4 Millionen Franken. Wir dürfen jedoch nicht außer Acht lassen, daß er vor seiner Thronbesteigung sein Vermögen an seine Kinder abgetreten hat. Als die Con-

Der Tod des Herzogs von Orleans belebte die Hoffnungen der Legitimisten. Die Partei hatte einen Abfall erlebt, indem der Abbé Genoude der Gründer einer Secte sogenannter weißer Jakobiner geworden war, die in Krypten Zusammenkünfte hielten, beteten, sangen, die Organisation der Arbeit beriethen und nebenbei Vorträge über Physik, Astronomie und Mechanik anhörten. Trotz dieser Spaltung bereiteten die reinen Legitimisten, wie sie sich zum Unterschiede nannten, eine große Demonstration vor, eine romantische Wallfahrt zum Herzog von Bordeaux. Ihr „König" hatte sich nach London begeben und empfing in einem Privathause am Belgrave Square die Huldigung seiner Getreuen. Diese bestanden, von vier Pairs und fünf Abgeordneten nebst einigen andern bekannten Männern abgesehen, aus jenem Theil des grundbesitzenden Adels, dessen Existenz das übrige Frankreich vergessen hatte, seit er, von allen Geschäften zurückgezogen und mit der Welt schmollend, einsam auf seinen Schlössern lebte.

Ludwig Philipp beurtheilte diese mißlungene Demonstration mit unkluger Gereiztheit. Statt den Legitimisten ihre Ausrede, daß sie einfach einem Bedürfniß ihres Herzens entsprochen hätten, hingehen zu lassen, empfahl er ihr „strafbares Manöver" der Ahndung der Kammern. Die Abgeordneten gehorchten pünktlich und nahmen in ihre Adresse die Stelle auf: „Das öffentliche Gewissen brandmarkt (flétrit) schuldvolle Aeußerungen." Die fünf Abgeordneten, welche gemeint waren, Blin de Bourdin, der Herzog von Valmy, Larcy, Larochejaquelin und Berryer, traten aus und wurden sämmtlich von ihren Wahlbezirken wieder gewählt. In Marseille, wo Berryer gewählt wurde, gestattete die Regierung, daß ihre Niederlage vom Pöbel gerächt wurde. Die Legitimisten feierten dort ihren Sieg öffentlich unter dem Ruf: „Es leben die Gebrandmarkten!" worauf verschiedene Haufen mit dem

---

fiscationsdecrete des jetzigen Kaisers erschienen, wurde das unbewegliche Vermögen der Familie Orleans, so weit es in Frankreich lag, zu 300 Millionen Franken veranschlagt. Dupin der Aeltere hat in einem Schreiben an den Prinz-Präsidenten diese Abschätzung, ohne selbst nähere Angaben zu machen, als beinahe doppelt zu hoch bezeichnet. Was den Vorwurf des Geizes betrifft, so hat Graf Montalivet in mehreren Lieferungen der Revue des deux Mondes Ludwig Philipp durch Erörterungen in Schutz genommen, aus denen hervorgeht, daß er in seinen Regierungsjahren zu künstlerischen, gelehrten, literarischen und diplomatischen Zwecken 21,200,000 und in Handlungen der Mildthätigkeit 21,650,000 Franken aus seinen eigenen Einkünften ausgegeben habe. Montalivet war unter Ludwig Philipp Generalintendant der Civilliste, und daher hinsichtlich des Geldpunktes der bestunterrichtete Mann.

Gegenruf: „Nieder mit den Meineidigen!" antworteten, die Fenster ihrer Gegner einwarfen und sogar Damen mißhandelten.

Gaben die innern Verhältnisse der Opposition manche Veranlassung zu Angriffen, denen die Minister nicht anders als mit Sophismen begegnen konnten, so war sie fast immer in Unrecht, wenn sie die äußern Beziehungen zum Thema wählte. Es kommt nicht darauf an, ob Ludwig Philipp bei seinem Auftreten im Auslande das egoistische Motiv hatte, die Aufmerksamkeit der Franzosen in der Ferne zu beschäftigen und dadurch die Ruhe im Innern zu erhalten. Genug, er wahrte die Würde Frankreichs und befestigte die Macht des Landes durch ein System von Bündnissen mit Staaten zweiten und dritten Ranges. Er besetzte die Marquesas-Inseln, zwang Tahiti sein Protectorat auf und erwarb so zwei Stützpunkte in der Südsee, dem Meer der Zukunft. Die Kämpfe seiner Heere in Algier waren eine lange Reihe von Triumphen, die selten durch einen Unfall unterbrochen wurde. Die Grenzen der Colonie erweiterten sich bis zu den Wohnplätzen der unabhängigen Kabylen und bis über den Saum der Wüste hinaus. Die Schlacht am Isly, die Beschießung von Tanger und Mogador belehrten den Sultan von Marokko über die Macht Frankreichs. Fast in den letzten Tagen seiner Regierung wurde ihm noch die Freude, von dem gefährlichsten Feinde seines afrikanischen Reichs befreit zu werden. Abdelkader strebte nach dem marokkanischen Thron, und die mächtigsten der Stämme waren für ihn, obgleich seine Macht in Algier nur noch ein Schatten war. Ein Sieg am Wed Azelef sicherte ihm den Besitz des Riffs, des gebirgigen Küstenstrichs, der für ihn eine besondere Wichtigkeit hatte, da er ihm die Verbindung mit Gibraltar und die Zufuhr von Waffen offen erhielt. Er wollte auf Fez ziehen, den Sultan entthronen und den heiligen Krieg gegen die Franzosen nachdrücklichst erneuern. Die Gefahr für den Thron war groß genug, um den greisen Mulei Abderrhaman aus seiner Ruhe aufzurütteln. So wie er im Felde erschien, fielen die meisten Stämme, alle Kabylen ohne Ausnahme, von dem Emir ab. Dieser wurde zum Rückzuge gegen die französische Grenze gezwungen, wo er zwischen zwei Feinden eingeschlossen war. In den Tagen vom 11. bis zum 21. December 1847 kämpfte er wie ein umstellter Löwe. Seine letzte Schlacht an der Mündung der Maluia zwang seinen Feinden Bewunderung ab. Mit tausend Mann, den Trümmern seiner alten, durch achtjährige Mühen und Gefahren abgehärteten Schaaren, focht er einen ganzen

Tag gegen 40,000 Marokkaner und bahnte sich einen Weg durch sie. Von allen Seiten umschwärmt und in jedem Augenblick Leute verlierend, schlug er den Weg ein, der zu den Quellen des Kiß führt. Auf diesem Wege hatte er den Engpaß Kerbans zu durchschreiten, und dort erwarteten ihn französische Spahis. Ihnen ergab sich der Emir. General Lamoricière empfing am nächsten Morgen (23. December) sein Siegel, sein Pferd, seinen Säbel. Abdelkader war französischer Gefangener.

In dem ganzen Küstenstriche, der von Algier zum Meer der Araber läuft, im türkischen Asien, am Bosporus, auf dem griechischen Gebiet, arbeiteten französische Agenten emsig für die Pläne ihres klugen Königs. Bald waren es wissenschaftliche Reisende, heitere Touristen, Sammler von Alterthümern, Kaufleute und Industrielle, die sich zur Entwicklung der Hülfsquellen des Landes anboten, bald trugen diese Sendlinge die Uniform des militärischen Exerciermeisters oder das priesterliche Kleid des Lazaristen. Um ihren Bemühungen im Nothfalle Nachdruck zu geben, schuf Ludwig Philipp eine achtunggebietende Flotte und häufte in den Arsenalen riesige Vorräthe auf. Diese Mittel des Kriegs waren seine Reserve, in erster Linie verließ er sich auf seine diplomatische Kunst. Zu seinem Unglück, muß hinzugefügt werden, denn der unglücklichste Seekrieg gegen England würde ihm nicht die unheilbare Wunde geschlagen haben, die er durch seine listige Umgarnnng der spanischen Königsfamilie sich selbst zufügte. Die Mittel, die er dort anwendete, wurden in England, dem er treulos sein Wort brach, nach Gesandtschaftsberichten offen und bitter besprochen. Die französische Presse wiederholte jene englischen Berichte, und so wurde ein geheimes Gewebe der abscheulichsten Ränke bloßgelegt. Nicht das officielle, in den Kammern vertretene Frankreich, wohl aber das Herz der großen Nation empörte sich gegen eine solche Politik. Ludwig Philipp erreichte in Spanien sein Ziel, aber er verlor die Achtung des Volks, das er beherrschte.

Seit Guizot Minister war, trieb die Hofpolitik ihr Spiel ganz offen. Es wurde eingestanden, daß der unabänderliche Gedanke, an dem jedes bessere Streben zerschelle, der König selbst sei. Ebenso offen sagte die Opposition, daß der Weg, den diese Politik sich gewählt habe, der der Corruption sei. Durch jeden der Scandalprocesse, die seit 1842 an die Tagesordnung kamen, wurde die Lage des Königs schlimmer. Wenn ein Beamter (Proceß von Lehon) die Börsenspeculation in die Depositenkammern einnistete, wenn ein

wichtiges Beamtenpersonal (Proceß von Hourdequin) eine Kette von Unterschlagungen und Betrügereien sich zu Schulden kommen ließ, wenn Minister (Mackau und Cunin Gridaine) ein paar hundert Actien von Eisenbahnen, deren Befürwortung man von ihnen erwartete, annahmen, wenn es zur Regel wurde, daß hochgestellte Beamte Agiotage trieben, dann ging der allgemeine Unwille immer auf den Monarchen zurück, der das Alles sehe, dulde und, wie es scheine, begünstige. Das Thema der Corruption wurde mit den Jahren gradezu unerschöpflich. Guizot leugnete zuletzt nicht mehr, daß Corruption bestehe; nur das erbat er von der Kammer, daß man den häßlichen Namen nicht mehr brauche und lieber „Mißbrauch der Einflüsse“ sage. „Dieser Mißbrauch ist ein allen freien Ländern einwohnendes Uebel,“ sagte er. Die Opposition ließ sich durch eine solche Entschuldigung nicht abhalten, jede Sünde, die ihr bekannt wurde, an's Licht zu ziehen. Sie unterrichtete die Franzosen, daß die Regierung, um einer Actiengesellschaft höhere Dividenden zu verschaffen, die Floßgebühren auf dem Rhein-Rhone-Canal um das Achtfache erhöht habe, daß eine Pairswürde um 80,000 Franken ausgeboten, von den Postmeistern ein ihnen günstiges Gesetz mit 1,200,000 Franken bezahlt worden sei, daß ein Magazinverwalter, der den Staat um 34,000 Centner Weizen betrogen, seinen Posten doch behalten habe, weil die Verträge, die er mit Müllern und Getreidehändlern abgeschlossen, für seine Vorgesetzten sehr vortheilhaft gewesen seien. Es kam mit allen Einzelnheiten zur Sprache, daß ein ehemaliger Präfect bei einem Minister ein Gesetz über eine Eisenbahn bestellt und dafür 450,000 Franken geboten habe. Dieser Handel wurde am 18. Mai 1841 abgeschlossen und in den öffentlichen Registrationsarchiven eingetragen, ohne daß einer der dabei thätigen Beamten die Gesetzwidrigkeit des schmählichen Actes bemerkt und zur Anzeige gebracht hätte.

Nicht genug, daß die Regierung nicht einschritt, wenn nicht der Druck der öffentlichen Meinung sie dazu trieb, wollte sie die Presse hindern, Fälle von Bestechung oder Unterschleif zu besprechen. Der Cassationshof erklärte ästimatorische Injurienklagen von Beamten gegen verunglimpfende Artikel zulässig, wodurch die Preßvergehen in Fällen dieser Art den Geschwornen entzogen und der Beurtheilung der königlichen Richter zugewiesen wurden. Diese sogenannte Interpretation des Gesetzes erfolgte noch dazu, während der scandalöseste aller Processe die Gemüther aufregte. Zur Vornahme dieses Processes hatte die Opposition der zweiten Kammer die Regierung durch eine

öffentlich erhobene Anklage und durch die Vorlesung von Beweisstücken moralisch gezwungen.

Eine Gesellschaft, die das Kohlenlager von Gouhenans ausbeutete, fand unter den Kohlen Salz. Sie baute dieses Lager ab und wurde dadurch in einen Proceß mit dem Fiscus verwickelt, weil sie ohne Erlaubniß gearbeitet hatte. Einer der Theilhaber, ein Pair von Frankreich, der General Cubières, erbot sich, diesen Streit zu schlichten und der Gesellschaft das Salzlager zu verschaffen, wenn man ihn mit Geldmitteln versehe. „Die Regierung ist in bestechlichen und geldgierigen Händen," schrieb er dem Hauptbetheiligten, der später als Angeklagter neben ihm saß. „Sie müssen sich zur Bestechung bequemen, und ich als ehemaliger Minister befinde mich in der vortrefflichsten Stellung, das Rad zu schmieren und in Bewegung zu bringen." Er machte seine Bestechungsversuche bei dem Minister Teste und kam durch sie zum Ziel. Auch Teste war Pair, und die erste politische Körperschaft hatte zwei ihrer Mitglieder wegen gemeiner Verbrechen zu entehrenden Strafen zu verurtheilen. War der Fall an sich unerhört, so waren es einzelne Incidenzpunkte nicht minder. Jener Mitangeklagte, Parmentier, sprach einmal seine Verwunderung aus, wie man von der Bestechung eines Ministers so viel Aufhebens machen könne, da das die gewöhnliche Weise sei, Geschäfte einzuleiten! Welches Gewicht die Behauptungen von einer allgemeinen Verdorbenheit der herrschenden Partei durch diesen Proceß erhielten, gestand der Staatsprocurator zu, als er dem Angeklagten Cubières in der Pairskammer zurief: „Glauben Sie, daß Sie mit den Qualen, wovon Sie sprechen, Ihre Schuld abgetragen, daß Sie damit für den unermeßlichen Schaden, den Sie dem Lande zugefügt, Genüge geleistet haben? Nein, der die Ursache des traurigen Schauspiels ist, daß zwei ehemalige Minister auf diese Bank geschleppt werden mußten, er muß seine Strafe leiden. Sie haben die Regierung herabgewürdigt, Sie haben dem Lande den größten Schaden zugefügt, Sie haben Zweifel an seinen Institutionen erregt."

Die Unsittlichkeit fraß sich wie ein Krebs in den Gesellschaftskörper ein. Die Zeiten der Regentschaft mit ihren Orgien, ihren Vergiftungen schienen wiedergekehrt zu sein. Eine Gesellschaft junger Männer lockte unter glaubhaften Vorwänden Frauen und Mädchen in ein Haus, das sie Tour du Nesle getauft hatte, betäubte sie durch einen Schlaftrunk und schändete sie. In den Monaten Januar bis September des Jahres 1844 standen 158

Frauen unter der Anklage, ihre Männer vergiftet oder auf andere Weise getödtet zu haben, vor Gericht. Der Herzog von Praslin ermordete seine Frau, die seiner Verheirathung mit der Lehrerin ihrer und seiner Kinder entgegenstand, und die Regierung entzog den Mörder, indem sie ihm Gift zukommen ließ, dem Blutgerüst. Ein Ehescheidungsproceß des Grafen Mortier ließ es zweifelhaft, ob der Mann ein Verrückter oder die Frau ein verworfenes Scheusal sei, und dieser Mann war Jahre lang der Vertreter Frankreichs an den ersten europäischen Höfen gewesen. Ein zweiter Diplomat, derselbe Graf Bresson, der die spanischen Heirathen zu Stande gebracht hatte, legte Hand an sich selbst. Unverblümt und ungestraft schleuderte die Sentinelle de l'Armee, das im Heer verbreitetste Blatt, gegen die Minister den Vorwurf, daß sie ihren Maitressen die Vertheilung militärischer Grade und Ehrenzeichen einräumten.

Das Jahr 1847 war ein Hungerjahr. Die vorige Ernte war mißrathen, und die bedeutenden Zufuhren an russischem Getreide vermochten die Preise nicht erheblich herabzudrücken. Die Noth der untern Classen war entsetzlich, und die in solchen Zeiten gewöhnlichen Erscheinungen der Zunahme der Verbrechen, der Angriffe auf Bäcker und Getreidehändler blieben nicht aus. Gegen die armen Teufel, die aus Hunger stahlen oder aus Unverstand an Unschuldigen Rache für ihre Leiden nahmen, ließ man die Beamten mit voller Strenge voranschreiten. Die Noth hatte aber tiefer eindringende Wirkungen, und gegen diese war die Regierung machtlos. Der Socialismus hielt in dem Hungerjahre eine reiche Ernte. Seine Utopien mußten für Menschen, denen um ihre Existenz, vielleicht um ihre Nahrung für den nächsten Tag bangte, etwas ungemein Verlockendes haben. Es war für die Regierung Ludwig Philipp's ein großer Vortheil gewesen, daß die Republikaner und die Socialisten nicht gemeinschaftliche Sache machten, aber die Kluft zwischen beiden füllte sich jetzt aus. Die Unterschiede zwischen den beiden Parteien waren die alten, allein man schloß Bündnisse, man verständigte sich für gewisse Eventualitäten. Ein Legitimist und der beredetste von allen, Berryer, benutzte eine der Adreßdebatten in der zweiten Kammer, um im Namen seiner Partei die Anerkennung der Socialisten als einer neuen politischen Macht, der die Zukunft gehöre, auszusprechen.

Die dynastische Opposition hatte weder mit den socialistischen, noch mit den republikanischen Plänen etwas zu thun. Ihr lag die Erhaltung des

Julithrons ernstlich am Herzen, unter der Bedingung jedoch, daß er sich mit den freisinnigen Institutionen umgebe, die bei seiner Aufrichtung dem Lande zugesagt worden waren. Diese Forderung durchzusetzen, war eine Unmöglichkeit, so lange das jetzige Wahlsystem seine gesetzliche Kraft behielt. Die Mehrzahl der Wähler benutzte es, wie ein Monopol benutzt wird, zur eigenen Bereicherung und zum Schaden des Landes. Eine Erweiterung des Wahlrechts machte nicht allein diesem unsittlichen Zustande ein Ende, sondern gewährte auch der Opposition Aussicht, zur Kammermehrheit zu werden und so in's Ministerium zu kommen. In der zweiten Kammer hatte die Wahlreform keine Aussicht, und man beschloß daher, einen Druck von Außen zu üben, eine Aufregung zu erzeugen und durch diese auf die Wähler oder unmittelbar auf die conservative Kammermehrheit zu wirken.

Das Mittel, das man wählte, war ein ganz gesetzliches. Man veranstaltete Reformbankette, bei denen patriotische Reden gehalten und die Corruption, die Unbeweglichkeit der herrschenden Partei, die Wünsche des Volks, vor Allem aber die Wohlthaten der Reform geschildert wurden. Chateaurouge veranstaltete das erste Bankett, bei dem etwa tausend Personen anwesend waren, Colmar das zweite, dann folgten zunächst Lyon, Grenoble, Toulouse. Dijon, und bis zum Schlusse des Jahres 1847 gab es mit Ausnahme von Paris kaum eine bedeutende Stadt, die nicht ihre Demonstration gemacht hätte. Außer den Mitgliedern der dynastischen Opposition besuchten erklärte Gegner der herrschenden Familie, Legitimisten, Republikaner und Socialisten, die Bankette. Das gebräuchliche Lebehoch auf den König wurde immer weggelassen und in einigen Städten durch Lebehochs auf den 10. August 1792, auf die Ereignisse von 1793, auf den Convent und die Bergpartei ersetzt.

In dieser Zeit erfolgte die Entscheidung in der Schweiz. England unterstützte die liberalen Cantone, aber Frankreich verband sich mit den andern Continentalmächten, den Sonderbund wie die alte schweizerische Verfassung zu schützen. Daß Ludwig Philipp mit einer dieser Mächte, der freiheitsfeindlichsten von allen, ein enges Bündniß eingegangen sei, war mehr als eine unbestimmte Vermuthung. Man schloß es aus den Freundschaftsbeweisen, mit denen Kaiser Nicolaus in der letzten Zeit gegen die Tuilerien besonders freigebig gewesen war, und vorzüglich aus dem Ankauf von 50 Millionen Franken französischer Renten durch ihn. Dieser Ankauf konnte übrigens eine

gewöhnliche Finanzspeculation sein, da die Millionen dazu dienten, einen massenhaften Ankauf russischen Getreides durch Frankreich zu ermöglichen. Jene Summen, und weit mehr noch, flossen fast auf der Stelle nach dem russischen Süden zurück, und da die Regierung den dortigen Provinzen die Entrichtung aller Steuern in baarem Gelde anbefahl, so erhielt sie die dargeliehenen Millionen zurück. Immer war Ludwig Philipp in seiner äußern Politik von den Grundsätzen der Julirevolution völlig abgewichen. Er habe seinen Ursprung vergessen, die Nation verrathen, hieß es bei den Reformbanketten. Wenn die Leidenschaften sich an innern Fragen entzündet hatten, so wurden sie durch die äußern Fragen in Flammen gesetzt. Von Schweizern und Italienern im Fortschritt überholt zu werden, das war für den französischen Stolz schwer zu verwinden.

Am 28. December 1847 wurden die Kammern eröffnet. Die Zuschauer auf den Straßen empfingen den König mit Rufen nach Wahlreform, in welche die Nationalgarde zum Theil einstimmte. Die Thronrede hatte außer ihrem conventionellen Inhalt eine Stelle, die böses Blut machte. „Inmitten der Aufregung," hieß es darin, „welche feindliche oder blinde Leidenschaften schüren, beseelt und stützt mich die Ueberzeugung, daß wir in der constitutionellen Monarchie, in der Eintracht der großen Staatsgewalten die höhern Mittel besitzen, um alle diese Hindernisse zu übersteigen, um allen moralischen und materiellen Bedürfnissen unsers theuern Vaterlandes zu genügen."

Noch bei jedem Zusammentritt der Kammern war der erste Act der interessanteste gewesen. In den ersten Tagen, bei den Berathungen über die Adresse, pflegte die Opposition Alles auszusprechen, was sie gegen die Regierung vorzubringen hatte. Später erlahmte sie regelmäßig im Gefühl der Nutzlosigkeit ihrer Bemühungen, und die öffentliche Theilnahme wendete sich dann völlig von ihr ab. Dieses Mal war die Oppositiou besonders gereizt, da man ihr blinde und feindliche Leidenschaften zum Vorwurf gemacht hatte, aber sie war sich zugleich mehr denn je ihrer Schwäche bewußt. Sie war bei allen Beamtenwahlen der zweiten Kammer erlegen und befand sich bei allen Ausschüssen in der Minderheit.

Die Angriffe der Opposition auf die auswärtige Politik wurden abgewiesen. Man gelangte nun zu der brennenden Frage, zu dem Verbot der Reformbankette, das die Regierung soeben ausgesprochen hatte. Das verfassungsmäßige Recht der Bürger, sich friedlich zu versammeln, konnte nicht

abgeleugnet werden, aber die Regierung hatte ein altes Gesetz (von 1790) für sich und leitete von dem feindseligen Charakter der Bankette die Befugniß ab, dieses Gesetz anzuwenden. Der Streit über diesen Punkt war ein langer und heißer. Am 15. Februar 1848 entschied sich der Sieg zu Gunsten der Regierung, wie von Anfang an festgestanden hatte. Ein vermittelnder Vorschlag eines kleinen Bruchtheils der Mehrheit war abgeworfen worden. In die Adresse hatte nämlich eingeschoben werden sollen: „Inmitten der verschiedenen Kundgebungen wird die Regierung die ernsten und gemäßigten Wünsche des Landes erkennen. Sie wird, wir hoffen es, die Initiative ergreifen zu weisen und maßvollen Reformen, welche die öffentliche Meinung fordert und unter denen man der Parlamentsreform den ersten Platz anweisen muß."

Im zwölften Bezirke von Paris war ein Bankett angesagt worden, und der Polizeipräfect Delessert hatte dasselbe verboten. Die Opposition, die in dieser Zeit bei Odilon Barrot ihre Versammlungen hielt, beharrte nichtsdestoweniger auf ihrem Vorsatze, und ein Festausschuß, in dem Odilon Barrot und Duvergier de Hauranne mit Garnier Pagès, Havin, Abatucci und mehreren Vertretern der Presse vereinigt waren, veröffentlichte ein Programm. Dieses beantwortete die Polizei mit einem neuen Verbot, wobei sie jedoch die Frage einer gerichtlichen Lösung unterwarf. Sie erklärte, daß sie die Theilnehmer in den Bankettsaal einlassen, dann aber fortweisen werde. Es stehe dem Ausschuß frei, dies als einen Eingriff in verfassungsmäßige Rechte aufzufassen und eine Entscheidung der Gerichte hervorzurufen. Die Opposition hielt eine letzte Berathung. Die Entscheidung, welche sie zu treffen hatte, war eine sehr ernste und, falls man beharrte, für die Unternehmer persönlich gefährliche. Ein unbedeutender Umstand konnte die beabsichtigte Demonstration in einen Aufstand umschlagen lassen, und in diesem Falle würden die Veranstalter als intellectuelle Urheber verfolgt worden sein. Sie entsagten ihrem Plan.

Die wenigsten Bewohner des ungeheuren Paris wußten, daß das Bankett abbestellt worden sei. Am Morgen des 22. wogten die Straßen von Menschenmassen, die neugierig nach allen Punkten strömten, denen im Programm der Festredner eine Rolle zugetheilt gewesen war. Nirgends war etwas Anderes zu sehen als Truppen unter dem Gewehr und berittene Municipalgardisten. Nach und nach verbreitete sich die Nachricht, daß kein Bankett

stattfinden werde, und wurde mit dem Gesange der Marseillaise und mit dem Geschrei: „Nieder mit dem Ministerium, nieder mit Guizot, es lebe die Reform!" aufgenommen." Auf die Gruppen, die am meisten lärmten, ritten die verhaßten Municipalgardisten ein, es gab schwere Verwundungen, der Ruf: „Zu den Waffen!" ließ sich öfter hören, und am Nachmittage waren einige Straßen der Arbeiterviertel bereits von Barrikaden gesperrt. Gegen Mitternacht waren diese improvisirten Festungswerke sämmtlich genommen und zerstört.

Die zweite Kammer berieth in voller Aufregung. Sie hörte die Trompeten der Reiter, welche unmittelbar unter ihren Fenstern einen Volkshaufen auseinandersprengten, sie hörte das dumpfe Getöse der fernen Menschenmassen und war voll Angst und Besorgniß. Am rathlosesten war die Opposition, doch fand sie endlich einen gesetzlichen Ausdruck ihrer Sympathie mit der Bewegung. Der Abbé Genoude stellte einen Antrag auf eine Anklage der Minister und 53 Abgeordnete unterstützten ihn. Die Minister wurden von ihm beschuldigt, nach Außen die Ehre und die Interessen Frankreichs verrathen, die Grundsätze der Verfassung gefälscht, die Garantien der Freiheit verletzt und die Rechte der Bürger angegriffen, durch eine systematische Corruption an die Stelle des freien Ausdrucks der öffentlichen Meinung die Berechnungen des Privatinteresses gesetzt und somit die Repräsentativregierung von ihrem Ziele abgelenkt, im ministeriellen Interesse mit den öffentlichen Aemtern, sowie mit allen Attributen und Privilegien der Macht Handel getrieben, in demselben Interesse die Staatsfinanzen zu Grunde gerichtet und so die Nationalkräfte und die Größe Frankreichs bloßgestellt, die Bürger eines jeder freien Verfassung innewohnenden Rechtes beraubt, endlich durch eine offen antirevolutionäre Politik die Errungenschaften von zwei Revolutionen in Frage gestellt und eine tiefe Verwirrung in das Land geworfen zu haben.

Man hatte den Fehler begangen, die Truppen während der ganzen Nacht und unter strömendem Regen auf ihren Sammelplätzen stehen zu lassen und sie erst gegen Morgen zurückzuziehen. Als sie am Vormittag abermals ausrücken mußten, waren sie ermüdet und unlustig. An diesem Tage (23.) hatte man auch die Nationalgarde berufen, die zahlreich erschienen war. Die Stimmung dieser Truppe, die sich vorzugsweise zur Erhaltung der Ordnung berufen glaubte und eine Art von Mittelglied zwischen dem Volk und den

Truppen bildete, war dem Ministerium nicht günstig. Der Ruf: „Nieder mit Guizot, es lebe die Reform!" klang aus ihren Reihen wie ein Feldgeschrei hervor, und wo Dragoner, Cürassiere oder Municipalgardisten sich auf Volkshaufen werfen wollten, da trat sie schützend dazwischen. Dies konnte man in den reicheren Stadttheilen häufig sehen, und in den engen Straßen, wo die Armen wohnen, geschah Schlimmeres. Dort schlug man sich von der neunten Morgenstunde an mit Erbitterung. Das ganze Gewirre von Gassen und Gäßchen, das den Raum zwischen den Boulevards du Temple, de Bonne Nouvelle, Saint Denis und zwischen der Seine ausfüllte, war von Barrikaden gesperrt. Augenscheinlich waren die Haufen, die sich hier schlugen, nicht vom Zufall zusammengewürfelt. Sie folgten anerkannten Führern und handelten nach einem Plan. An einigen Punkten wurden die Barrikaden bloß darum aufgeworfen, um die Truppen heranzulocken und durch Hinundhermärsche zu ermüden. An solchen Stellen gaben die Aufrührer ihre Werke ohne Kampf Preis, aber anderswo vertheidigten sie sich mit Hartnäckigkeit, und nicht immer siegten die Truppen.

In der Mairie des vierten Bezirks, wo die vierte Legion der Nationalgarde ihren Sammelpunkt hatte, unterzeichneten etwa 400 Soldaten derselben eine Bittschrift an die Kammer, in der sie die Entlassung der Minister und die Reform forderten. Sie wollten ihre Ansprache in Masse, wenn auch ohne Waffen, überbringen, aber ein anderes Bataillon, das an diesem Tage die Abgeordneten zu bewachen hatte, wies sie zurück, und sie mußten sich damit begnügen, ihr Document durch zwei herbeigerufene Kammermitglieder überreichen zu lassen. Eine zweite Truppe derselben Waffe dachte den Tuilerien einen Besuch zu und ließ, obgleich sie vernünftigen Vorstellungen über das Meuterische ihres Beginnens nachgab, wenigstens den Ruf! „Nieder mit Guizot, es lebe die Reform!" so dröhnend erschallen, daß der König ihn in seinen Gemächern vernahm.

Das hatte Ludwig Philipp nicht erwartet, daß der Bürgerstand, dessen Interessen seine Stütze waren, eine feindliche Haltung annehmen werde. General Jacqueminot, der Befehlshaber der Pariser Nationalgarde, hatte ihn kurz zuvor der zweifellosen Ergebenheit derselben versichert, und jetzt war sie in Meuterei begriffen. Er berief die beiden Minister Guizot und Duchatel, um mit ihnen zu berathen, was die Lage erheische. Bei dieser Unterredung soll Guizot erklärt haben, daß er zweierlei nicht könne: in die Reform

willigen und auf die Nationalgarde schießen lassen. Nun schickte der König zum Grafen Molé, einem alten Diener, der seit einiger Zeit mit der dynastischen Opposition im Bunde gegen Guizot war. Molé erschien und übernahm die Bildung eines neuen Cabinets, in das außer ihm Dufaure, Passy und Billault, lauter Conservative mit halbliberalen Grundsätzen, berufen wurden.

In der zweiten Kammer besprach man eine Interpellation Vavin's über den Zustand der Hauptstadt, als Guizot sich erhob: „Meine Herren," sagte er, „ich glaube, daß es weder im allgemeinen Interesse, noch an der Zeit für die Kammer ist, auf die Interpellation einzugehen. Der König hat soeben den Grafen Molé rufen lassen, um ihn mit der Bildung eines neuen Cabinets zu beauftragen." Die Mehrheit gerieth bei dieser unerwarteten Ankündigung außer sich. Sie hatte dieses Ministerium gehalten, um dafür in ihren persönlichen Interessen begünstigt zu werden, und sah sich plötzlich den Preis ihrer langen Anstrengungen entgehen. Auf ihren Bänken erhoben sich Alle, die Einen, um sich zu Guizot zu stellen und aus seinem Munde noch einmal zu hören, wie das Furchtbare geschehen sei, die Andern, um wirr durcheinander zu rufen: „Das ist eine niederträchtige Feigheit! Das ist entehrend! Wir wollen zum König gehen! Herr Präsident, schließen Sie die Sitzung!"

Paris jubelte laut, als die Entlassung des Ministeriums bekannt wurde. Wo noch gekämpft wurde, trat augenblicklich Waffenruhe ein, und selbst in den Gassen um das Kloster St. Mery, deren Barrikaden besetzt blieben, schwieg das Gewehrfeuer. Die Truppen kehrten in ihre Casernen zurück, die Nationalgarde und die Menge behielten das Feld allein. Am Abend wurden die Häuser beleuchtet, am glänzendsten die Boulevards, auf denen sich denn auch die schaulustige Menge am stärksten drängte. Man zog zu den Häusern der neuen Minister, der bekanntesten Oppositionsmitglieder, den Ausgabeorten der beliebtesten Zeitungen, um Lebehochs auszubringen, und ein jeder solcher Zug schwoll durch den Anschluß der Begegnenden zu Tausenden an. So geschah es auch einem Haufen Menschen, der den Herausgebern des National und der Reform seinen Dank für ihre Aufsätze zu Gunsten der Abänderung des Wahlsystems bezeugt hatte. Jene Huldigung war dargebracht worden, und der Schwarm, wohl einige tausend Menschen stark, bewegte sich mit Fackeln und singend die Boulevards entlang. Auf dem Boulevard des Ca-

pucins entstand durch ein Bataillon Fußvolk, das im Viereck vor dem Hause des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten aufgestellt war, eine Stockung. Es fiel ein Schuß, die Soldaten gaben eine Salve, und der Haufe zerstob, Todte und Verwundete in Menge zurücklassend. Wie dies so kam, ist nicht mit Zuverlässigkeit bekannt. Es wird sowohl behauptet, daß ein Soldat in dem Glauben, man bedrohe das Leben seines Oberstlieutenants, den ersten Schuß gethan habe, als daß aus dem Garten bei dem Hotel, daß aus der Menschenmenge gefeuert worden sei. Die letzte Erzählung ist die wahrscheinlichste, und ein bekannter Republikaner, Charles Lagrange, soll gefeuert haben, damit es zu keiner Versöhnung zwischen dem König und dem Volk komme.

Der Auftritt auf dem Boulevard des Capucins veränderte wieder Alles. „Wir sind verrathen! Man mordet uns! Zu den Waffen!“ riefen die Fliehenden durch alle Straßen, in denen sie sich verbreiteten. Flache Karren, die von Fackelträgern umgeben waren, führten die Todten nach dem Stadthause. Die Freude über den Ministerwechsel machte einer furchtbaren Erbitterung über das Gemetzel Platz. Alles bewaffnete sich, Alles eilte zu den Barrikaden, die wie aus der Erde wuchsen, und über dieser wüthenden Menge schwirrten die dumpfen Töne der Sturmglocken durch die Luft. In dieser Nacht trat ein demokratischer Ausschuß zusammen und veröffentlichte einen Aufruf an das Volk von rein revolutionärem Charakter. „Nur der Nationalgarde kommt es zu,“ hieß es darin, „einen Aufstand von einer Revolution zu unterscheiden. Die Verwendung des Heeres zur Unterdrückung bürgerlicher Unruhen ist ein Attentat auf die Würde eines freien Volks und auf die Sittlichkeit des Heeres selbst; es liegt darin ein Umsturz der wahren Ordnung und eine Verneinung der Freiheit. Wir fordern, daß das ganze Volk der Nationalgarde einverleibt werde und die Municipalgarde auf der Stelle sich auflöse.“

In der Nacht vom 23. auf den 24. Februar dauerte der Kampf ununterbrochen fort. Vor Mitternacht noch schickte Graf Molé dem König seine Entlassung ein. „Meine Farbe ist überschritten,“ schrieb er, „und es bleibt für Ew. Majestät weiter nichts übrig, als sich an Diejenigen zu wenden, welche den Tumult angestiftet haben.“ Um ein Uhr war Thiers in den Tuilerien und sagte zu, mit Remusat, Odilon Barrot und Duvergier de Hauranne ein Ministerium bilden zu wollen.

Der König hatte sich diese Ernennung von Ministern, denen er persönlich abgeneigt war, durch den Drang der Umstände entreißen lassen. Der Mann, dem er in dieser Lage allein vertraute, war der Marschall Bugeaud, und diesem übergab er den Oberbefehl über die Nationalgarde und die Truppen der Besatzung. Der alte Krieger zauderte keinen Augenblick, dem königlichen Vertrauen zu entsprechen. „Ich werde dem Aufstand meinen Degen bis an das Heft in den Leib rennen," sagte er. Dem Einwand, daß er auch gegen die Nationalgarde zu kämpfen haben werde, begegnete er mit Lachen. „Ich kann mich rühmen," waren seine Worte, „noch nie besiegt worden zu sein. Ich habe als Feldherr noch meine Junggesellenschaft, und wahrlich, an die Pariser Nationalgarde werde ich sie nicht verlieren." Unglücklicher Weise war der Marschall, so sehr er die Liebe der Truppen besaß, bei der Bevölkerung im höchsten Grade verhaßt. Er hatte sich nicht bloß dem König, sondern auch allen Mißbräuchen des Systems angeschlossen, er war bei den Straßenkämpfen der früheren Jahre verwendet worden, und man machte ihn, obwohl mit schreiendem Unrecht, für Grausamkeiten verantwortlich, die von den Truppen in der Straße Transnonain begangen worden waren. Seine Ernennung neben Odilon Barrot war eine Verbindung von zwei Halbheiten. Wollte der König nachgeben, so mußte er Odilon Barrot ohne Bugeaud nehmen, wollte er den Aufstand niederwerfen, so mußte er Bugeaud ohne Odilon Barrot nehmen. In beiden Fällen hatte er die beste Aussicht auf Erfolg, bei der Combination, die er wählte, aber nicht, denn jedes der beiden Werkzeuge, die er gleichzeitig verwendete, hinderte das andere.

Was Bugeaud im Hauptquartier, wo er sich sogleich einstellte, sah und hörte, hatte wenig Ermuthigendes. Abgesehen davon, daß die Truppen sehr ermüdet waren und nicht mehr als zehn Patronen für den Mann besaßen, hatte man sie ihre Stellungen nach einem Plane nehmen lassen, der auf die Mitwirkung der Nationalgarde berechnet war. Eine solche fand nicht statt, so daß die einzelnen Aufstellungen isolirt waren und ein energisches Ineinandergreifen der Bewegungen nicht stattfinden konnte. Bugeaud übergab den Generalen Bedeau und Tiburce Sebastiani jedem eine Colonne und beauftragte sie, die zerstreuten Truppen herbeizuholen. Sowie er seine ganze Macht auf dem Carousselplatze vereinigt hatte, wollte er den Kampf mit vollem Ernst beginnen.

Um sieben Uhr Morgens (24. Februar) waren die neuen Minister, von

ihrer Ernennung unterrichtet, im Schlosse. Der König, der in der Nacht die Rathschläge mehrerer Vertrauten, auch Guizot's, angehört hatte, schlief noch, und es verfloß eine kostbare Zeit, ehe man zu ihm gelangen konnte. In die Auflösung der zweiten Kammer willigte er, von der Entfernung Bugeaud's, die ihm in Rücksicht der Volksmeinung als durchaus nothwendig vorgestellt wurde, wollte er Nichts wissen. „Der Marschall ist meine Waffe," sagte er. Man erreichte von ihm nur so viel, daß er sich mit der Einstellung des Feuerns einverstanden erklärte. Mit dieser Entscheidung eilten Thiers und Odilon Barrot zu Bugeaud, den sie unerschütterlich fanden, bis von der Colonne unter Bedeau die Meldung eintraf, daß sie mit den Bürgern unterhandele. Nun überzeugte sich der Marschall von dem Widerwillen seiner Truppen, die Nationalgarde anzugreifen, und gab den Befehl, den er bisher verweigert hatte.

In den Tuilerien ging man aus und ein, und Alle, welche kamen, hatten einen Bericht zu erstatten, einen Rath zu geben. Von allen Seiten dazu gedrängt, entfernte der König Bugeaud und ersetzte ihn durch Lamoricière. Er hielt durch seine Nachgiebigkeit Alles für beendet, als die Meldung kam, daß auf dem Carousselplatz Dragoner und Linie dem Volk ihre Waffen überlieferten. Auch von Odilon Barrot traf Nachricht ein, und sie lautete eben so düster. Der Friedensbote war in den bessern Stadttheilen auf eine Ruhe verheißende Weise empfangen worden, aber an den Barrikaden der engen Gassen hatte man ihn zurückgewiesen. Zu allem Ueberfluß erhielt der König persönlich einen Beweis, wie weit entfernt die Bevölkerung davon sei, zufriedengestellt zu sein. Er musterte Linie und Nationalgarde, die im Hofe der Tuilerien aufgestellt war, und die Linie rief: „Es lebe der König!" die Nationalgarde: „Es lebe die Reform!

In seinem Arbeitszimmer, wohin er sich zurückgezogen hatte, hörte der König zum ersten Male das Wort Abdankung. Der es aussprach — Emil von Girardin, ein Zeitungsschreiber von zweideutigem Rufe — wußte glaublich zu machen, daß der Aufstand ein Ende nehmen werde, sobald der König zurücktrete. Die Königin widersprach mit Heftigkeit, die Söhne des Königs und fast alle anwesenden Freunde und Vertraute riethen zu. Zweimal legte der König die Feder, die er in der Hand hatte, wieder auf den Tisch nieder, endlich schrieb er die verhängnißvollen Worte: „Ich entsage der Krone zu Gunsten meines Enkels, des Grafen von Paris. Möge er glücklicher sein,

als ich.“ Bugeaud leistete seinem Monarchen den letzten Dienst, die Erklärung hinunterzutragen. Unten auf dem Platze übergab er das Papier dem Obersten Dumoulin mit den Worten: „Hier bringe ich dem Volke die Abdankung des Königs und die Regentschaft der Herzogin von Orleans (denn auch diese hatte der König nach einigem Zaudern genehmigt); helfen Sie mir, daß man sie annimmt.“ Aber der Republikaner Charles Lagrange, gewandter als Dumoulin, nahm die Erklärung rasch aus den Händen des Marschalls und verschwand, ohne sie dem Volk mitzutheilen. Diese Bewegung beseitigte die Regentschaft und den Thron der Orleans.

Das Schloß war nicht der einzige Ort, wo Verwirrung herrschte. Die Soldaten, die nicht feuern sollten, die Nationalgarden, die noch immer nach der Reform schrieen, die ihnen längst zugesagt worden war, sahen sich in eine Bewegung hineingerissen, deren ungeheure Wogen regellos wie das sturmgepeitschte Meer zu tosen schienen. Mit Ausnahme einiger republikanischer Führer wußte Niemand, was eigentlich vorgehe. Diese Führer hatten allein einen Plan und einen Zweck. Sie warfen Losungsworte in die unabsehbare Menge und gaben ihrer Bewegung die Richtung nach den Tuilerien. Auf dem Wege dahin lag ein Wachthaus mit einer Wasserkunst, aus der früher die Tuilerien und das ganze Viertel des Palais Royal ihr Wasser erhalten hatten und das daher Chateau d'Eau hieß. Zwei Compagnien des 14. Infanterieregiments befanden sich darin und weigerten sich, ihre Waffen auszuliefern. Man griff sie an, sie feuerten, und es wurde nun mit rasender Erbitterung gekämpft. Nach drei abgeschlagenen Sturmversuchen steckten die Angreifenden das Haus in Brand, und alle 184 Soldaten der Besatzung verloren bis auf die wenigen, welche von mildherzigen Menschen gerettet wurden, das Leben. Der Sieg erhitzte das Volk, und die Losung: „Nach den Tuilerien! Nach den Tuilerien!“ wurde mit verdoppelter Energie gerufen.

Von der königlichen Familie war Niemand mehr im Schlosse. Die Herzogin von Orleans hatte sich mit dem Herzog von Nemours und mit ihren beiden Söhnen in die zweite Kammer begeben, um ihre Regentschaft anerkennen zu lassen, und der König und die Königin waren geflohen. Auf dem Eintrachtsplatze, wenige Schritte von dem Obelisken entfernt, der die Stelle bezeichnet, wo in der ersten Revolution das Haupt Ludwig's XVI. gefallen ist, erwartete ihn ein Miethswagen. Die Königin war so aufgeregt, daß sie einen Mann, der ihr beim Einsteigen seine Hülfe anbot, zurückstieß,

der König war ruhig und gefaßt. Zu einigen Nationalgardisten, die in der Nähe standen, sagte er: „Vor achtzehn Jahren habt ihr mich gerufen, und ich kam; jetzt schickt ihr mich fort, und ich gehe, vorzuwerfen habe ich mir aber nichts.“

Das königliche Paar und die Prinzen und Prinzessinnen hatten sich nicht lange entfernt, als der Befehlshaber der Tuilerien von dem Herandringen bewaffneter Haufen benachrichtigt wurde. Den Kampf um jeden Preis zu vermeiden, war die Losung geworden, und die Truppen zogen sich zurück. Es war eine Lawine, die sich den Tuilerien zuwälzte, Soldaten, Nationalgarden und Arbeiter, Alles unter einander gemischt. Dieser bunte Strom drang gleichzeitig von zwei Seiten ein, durch den Hof und durch den Garten. Die Bewohner der schmutzigen Straßen, welche damals noch das Palais Royal und die Tuilerien umgaben, drängten sich nach. Die Vorhänge des Throns wurden zerrissen, die Marmorbüsten des Königs, Bugeaud's, Grouchy's mit Flintenschüssen zertrümmert, die kostbarsten Vasen, Kronleuchter, Spiegel und andere Hausgeräthe aus den Fenstern gestürzt. Gestohlen durfte nichts werden; wer bei einem solchen Geschäft ertappt wurde, starb auf der Stelle. Trotz ihrer Wuth machte die Menge zwischen den geachteten und den verhaßten Mitgliedern der königlichen Familie einen Unterschied. Die Bildnisse der Königin, die sich durch ihre Mildthätigkeit Liebe erworben hatte, der Herzogin von Orleans, die durch ihr frühes Wittwenthum und ihre reine Sittlichkeit Sympathien erweckte, des Prinzen von Joinville, von dessen Humor viele Anekdoten umliefen, wurden verschont, in den Gemächern der Herzogin von Orleans überhaupt nichts angetastet. Um so toller ging es in den übrigen Räumen des Schlosses her. Ein Theil der Eingedrungenen verbreitete sich in die Keller, öffnete die Fässer mit Axthieben und trank den Wein aus Pfannen und Kesseln. Ein anderer Theil, dem sich die Freudenmädchen der Nachbarschaft und die befreiten Kostgängerinnen der Besserungsanstalt St. Lazare zugesellten, trank oben, sang und tanzte beim Schein von tausend Kerzen, und ein junger Mann mit einem glänzenden Familiennamen spielte Clavier dazu. Diese Orgien setzten sich Tage lang fort, und die Wohnung der Herzogin wurde immer geachtet. Kein Möbel wurde verrückt, ja man brachte die Kostbarkeiten aus den andern Theilen des Schlosses dahin. Als einmal, erzählt Veron in seinen Denkwürdigkeiten eines Pariser Bürgers, ein Angriff drohte, steckte man alle diese Pretiosen in die

Badewanne der Herzogin, die einen mit Sammet überzogenen Deckel hatte. Auf diesem Deckel lag die ganze Nacht ein Bewaffneter, und andere rechtschaffene, entschlossene Männer aus dem Volk wachten bei ihm.

Die zweite Kammer, auf deren Schutz die edle Frau baute, war seit zwölf Uhr Mittags versammelt. Eine Tagesordnung gab es nicht, man berieth nicht, sondern unterhielt sich über die Neuigkeiten, wie sie bruchstücksweise und verworren einliefen. Man hoffte auf Odilon Barrot, auf Thiers, als der Letztere selbst erschien, ohne Hut, bleich und mit entstellten Zügen. „Die Fluth steigt, steigt, steigt," rief er den Mitgliedern zu und verschwand. Eine halbe Stunde später machte ein Officier dem Präsidenten Sauzet die Mittheilung, daß im nächsten Augenblick die Herzogin von Orleans in den Saal treten werde. Sie führte ihre beiden Söhne an der Hand und nahm unter der Rednerbühne Platz. Aber gleich darauf drangen auch Leute aus dem Volke ein und verbreiteten sich in den für die Abgeordneten bestimmten Räumen.

Nicht die Herzogin, sondern Nemours war dem Gesetz nach der Regent des Landes, und daß der König, wie man zugleich mit der Nachricht von seiner Abdankung erfuhr, das natürlichere Recht der ersteren anerkannt hatte, vermochte daran nichts zu ändern. Eine einmüthige und energische Kammer würde sich dadurch nicht haben abhalten lassen, die Regentin anzuerkennen, aber diese Kammer war weder einmüthig, noch energisch, ja sie war nicht einmal frei. Nicht alle Soldaten hatten ihre Waffen dem Volk überliefert, und es würde ein Leichtes gewesen sein, die 8000 Mann, die mit sechs Feldstücken auf dem Eintrachtsplatze standen, herbeizurufen und einen Kreis um das Kammergebäude ziehen zu lassen. An diese einfache Maßregel dachte Niemand, während die Republikaner nicht säumten, ihre bewaffneten Mannschaften an den Ort der Entscheidung zu führen.

Ueber dem Kopfe der Herzogin wurde der Vorschlag, sie als Regentin auszurufen, gemacht und von den Centren mit „Ja, ja!" von der äußersten Linken, der äußersten Rechten, den Galerien mit „Nein, nein!" beantwortet. Die Redner, welche das Wort ergriffen, repräsentirten diesen Zwiespalt der Meinungen. Der Abbé Genoude sprach als der Erste das Wort: provisorische Regierung aus. „Man hat die Regentschaft der Frau Herzogin von Orleans ausgerufen," sagte er. „Ihr habt ein Gesetz, das den Herzog von Nemours zum Regenten ernannt hat. Ihr könnt jetzt keine Regentschaft

machen, ihr müßt dem Gesetze folgen. Indessen muß man Rath schaffen. Vor Allem muß an der Spitze der Hauptstadt wie an der Spitze des Königreichs eine imposante Regierung sein. Ich verlange, daß eine provisorische Regierung eingesetzt werde.“

Odilon Barrot ließ den Orleanisten noch einmal einen Hoffnungsschimmer leuchten. Seine Worte: „Die Julikrone ruht auf dem Haupte eines Kindes und einer Frau,“ riefen die französische Ehre wach, und das Gefühl, das die Versammlung durchzuckte, würde allmächtig geworden sein, wenn der Präsident der Herzogin von Orleans, die sich bereits erhoben hatte, das Wort gegeben hätte. Mochte nun aber Sauzet sogar in einem solchen Augenblicke den parlamentarischen Brauch nicht verletzen wollen oder mochte er es für wirksamer halten, wenn der Minister fortspreche, genug, er beachtete die Herzogin nicht, und Odilon Barrot zerstörte nun durch eine lange Auseinandersetzung den Eindruck, den er gemacht hatte.

Nach Odilon Barrot bestieg der Legitimist Larochejaquelin die Rednerbühne. Mitten in seinen Beweisführungen, daß die Kammer keine Kammer mehr sei, kein Recht zu Beschlüssen mehr habe, daß die Entscheidung über die Zukunft an das Volk übergehe, wurde er unterbrochen. Thüren flogen auf, und ein Schwarm von Nationalgarden, Studenten und Arbeitern drang mit Waffen und Fahnen in den Saal. Bei diesem Anblick floh die Herzogin von Orleans und hörte nicht mehr, daß ein Redner den für ihre Person gefährlichen, für ihr Recht vielleicht entscheidenden Vorschlag machte, daß sie sich auf die Boulevards begebe und vom Volk ihre und ihres Sohnes Anerkennung fordere.

Der Tumult nahm auf eine solche Weise überhand, daß nur zwei beim Volk beliebte Redner sich noch Gehör zu verschaffen vermochten. Der erste war Ledru Rollin, der zweite Lamartine. Ledru Rollin protestirte gegen die Regierungsform, die auf der Rednerbühne beantragt worden sei, das heißt gegen die Monarchie und gegen die Regentschaft. „Ich verlange,“ rief er mit seiner gewaltigen Baßstimme, „eine provisorische Regierung, die nicht von der Kammer, sondern vom Volk ernannt wird: eine provisorische Regierung und die unmittelbare Einberufung eines Convents, welcher die Rechte des Volks zu ordnen hat.“ In demselben Sinne sprach Lamartine. Man habe von Volksvertretern gesprochen, aber die jetzigen Deputirten seien das nicht. Der Augenblick der Gleichheit sei gekommen, und nur Vertreter des ganzen Volks, aller Bürger vermöchten ein

festes und unerschütterliches Recht, eine Regierung von 35 Millionen Menschen zu gründen. Eine provisorische Regierung müsse diesen wirklichen Volksvertretern die Wege bereiten, indem sie zuerst den unentbehrlichen Waffenstillstand und den öffentlichen Frieden zwischen den Bürgern herstelle, dann aber sogleich das ganze Land, Alle, welche als Männer irgend Ansprüche auf die Rechte eines Bürgers besäßen, zur Wahl berufe. Er fügte mithin zu der provisorischen Regierung und zum Convent als Drittes das allgemeine Stimmrecht hinzu.

Er wollte fortfahren, als seine Stimme von dem Krachen der eingeschlagenen Thüren unterbrochen wurde. Ein neuer Knäuel Bewaffneter wälzte sich in den Saal. Es waren Hunderte der Menschen, die sich in den Tuilerien an ihrem unblutigen Siege und in dem Wein Ludwig Philipp's berauscht hatten. Alle diese Wilden brüllten und tobten, stießen Schmähungen aus und legten die Gewehre auf die Abgeordneten an. Von diesen blieben bloß die republikanisch Gesinnten zurück, und diese kleine Anzahl verfügte jetzt über die Geschicke Frankreichs. Dupont de l'Eure bestieg die Rednerbühne, um die Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung zu verlesen. Die Zurufe der Anwesenden vertraten die Stelle der gesetzlichen Abstimmung. Die verlesenen Namen waren die von Lamartine, Dupont de l'Eure, Arago, Cremieux, Ledru-Rollin, Garnier-Pagès und Marie. Der wüste Lärm hörte nicht auf, nachdem die Anwesenden diesen souveränen Act gesetzgebender Gewalt vollzogen hatten. „Die Republik, ruft die Republik aus!" wurde von allen Seiten getobt, und dazwischen riefen andere nicht minder heisere Stimmen: „Wir werden wie 1830 betrogen." Um dieser vollständigen Anarchie zu entgehen, machten sich die Mitglieder der provisorischen Regierung nach dem Stadthause auf den Weg.

Dieses städtische Gebäude, welches immer das Hauptquartier der Revolution gewesen ist, befand sich seit Mittag in der Gewalt des Volks. Der Platz war mit starken Barrikaden abgesperrt und lag voll von verwundeten Menschen und Pferden. Auf ihrem Wege dorthin waren die Mitglieder der provisorischen Regierung vielfachen Gefahren ausgesetzt. Sie ertranken förmlich in einem Meer von Menschen, wie Lamartine sagt. Die Haufen, durch die sie kamen, blickten wirr und finster auf die unbekannten Männer, die einen Sieg ausbeuten wollten, den sie nicht erfochten hatten, stießen sie roh hin und her, kehrten ihnen verächtlich den Rücken und weigerten sich, sie durch-

zulassen. Hin und wieder mischten sich Flintenschüsse in das unaufhörliche Läuten der Sturmglocken von der Kathedrale und den nächsten Thürmen. Auf den kurzen Knall der Gewehre folgte ein lang anhaltendes Schreien, aus den Zugängen zum Stadthause ließ sich ein dumpfes und unverständliches Tosen und Brüllen vernehmen, und dazwischen klirrten zerbrochene Fenster und stampften Gewehrkolben auf das Pflaster.

Außer der provisorischen Regierung, die in der zweiten Kammer ernannt worden war, gab es noch drei andere. Die eine hatte man im Bureau des National gewählt, die zweite auf der Polizeipräfectur, wo „die Gemeinde von Paris," eine socialistische Schöpfung, in der Organisation begriffen war, die dritte auf dem Stadthause selbst. Man verständigte sich mit diesen andern höchsten Gewalten so, daß man Mitglieder von ihnen aufnahm. Die provisorische Regierung bestand nun außer den bereits Genannten noch aus Armand Marrast, Louis Blanc, Albert, der als Arbeiter bezeichnet wurde, und Flocon.

Die Nacht war nahe, und noch hatte sich die provisorische Regierung die Anerkennung der Menge nicht verschafft. Die revolutionäre Wuth war eher im Steigen als im Fallen. Ein kleines Zimmer am äußersten Ende eines Corridors, in das Lamartine sich mit seinen Genossen zurückgezogen hatte, wurde mehr als einmal erstürmt und Tische und Stühle umgeworfen. Von Viertelstunde zu Viertelstunde drangen neue Ströme in allen möglichen Trachten und mit allen möglichen Waffen herein und überschwemmten die Höfe, die Aufgänge, die Vorhallen, die Treppen und Säle des Stadthauses. Sie wollten sich überzeugen, ob die Regierung ihre Pflicht thue, ob man sie nicht wie 1830 verrathe. Immer mußte Lamartine die Beruhigung übernehmen und er ermüdete nicht, so oft er in Anspruch genommen wurde. Endlich erreichte er sein Ziel; er versprach die Republik, deren Namen er bisher vermieden hatte. „Ihr sollt sie haben," sagte er, „wenn ihr euch eben so würdig zeigt, sie zu behalten, als ihr sie heldenmüthig erobert habt. Aber die Republik bedarf der Anerkennung durch einen souveränen Ausdruck des allgemeinen Stimmrechts." „Ja, ja, so soll es sein," antwortete man ihm, „Paris ist das Haupt, Paris soll die Glieder leiten und nicht unterdrücken." Die provisorische Regierung gewann so viel Ruhe, daß sie ihre ersten Verfügungen treffen konnte. Kam auch am andern Tage noch eine wüthende Schaar, die nach Vincennes geführt werden und dort die rothe Fahne auf-

pflanzen wollte, so war die Anerkennung der provisorischen Regierung durch die Revolution doch erreicht. *)

Wie sich die ganze Nation zu dem Geschehenen verhalten werde, war sehr ungewiß. So viel stand fest, daß die Republik ein unvorbereitetes, durch wenige Führer extemporirtes Ereigniß war. Die Masse des Mittelstandes, die Nationalgarde, das Heer dachten nicht entfernt an einen Sturz des Königthums. Als die Mitglieder der provisorischen Regierung zum Stadthause gingen, gestanden sie sich selbst, daß jeder kleine Stoß den ganzen luftigen Bau zertrümmern könne. Die größten Plätze der Stadt waren noch mit Regimentern bedeckt; die Forts von Paris konnten Munition, Truppen, Geschütze liefern und waren für ein Volksheer uneinnehmbar.

Die Republik behauptete sich dennoch, weil auf der andern Seite Alles wie gelähmt war. Der König war geflohen, die zweite Kammer gesprengt, die erste auseinander gestoben, die Regentschaft der Herzogin von Orleans wurde bestritten und die Regentin selbst irrte umher, man wußte nicht wo. Welches von den Ministerien, die Ludwig Philipp in den letzten Tagen ernannt hatte, konnte auf Gehorsam rechnen, um welchen von den Befehlshabern, die er ihnen in der letzten Zeit gegeben, hatten die Truppen sich zu sammeln? Es war nicht möglich, daß die nicht geschlagene, nur überrumpelte Partei der Orleanisten in den ersten Stunden sich aufraffte, und grade diese Stunden entschieden über Alles. Ueberdies waren die Orleanisten Gelehrte, Künstler, Industrielle, Staatsmänner, Redner, aber keine Männer der That. Sie hatten einen blutigen Bürgerkrieg vor Augen und Viele von ihnen fürchteten für sich selbst. Ihre Neutralität, die nur für den Augenblick gemeint war, verschaffte den Republikanern freien Spielraum.

Ein großer Erfolg war gewonnen, als Flocon am 25. Februar die Besatzung von Vincennes vermochte, die provisorische Regierung anzuerkennen. General Subervic übernahm das Kriegsministerium, General Bedeau die Divisionen von Paris, und noch früher erklärte die Geistlichkeit durch den

---

*) Weitere Einzelnheiten findet man in Veron's Denkwürdigkeiten eines Pariser Bürgers, in Eugen Pelletan's Geschichte der drei Februartage und in Lamartine's Geschichte der Februarrevolution. Eine genaue Vergleichung dieser drei Werke gibt ein vollständiges und wahrheitsgetreues Bild jener merkwürdigen und verhängnißvollen Tage.

Mund des Erzbischofs Affre ihren Beitritt. Der Vorgang von Paris riß die Departements mit sich fort. Die Erklärungen der größeren Städte zu Gunsten der provisorischen Regierung gingen reißend schnell ein, hauptsächlich in Folge des Vertrauens zu Lamartine's gemäßigter Politik. Die Orleans hatten Frankreich verloren, ehe ihre peinliche Reise über die Grenze beendet war.

Ludwig Philipp hatte sich, von dem General Regnault de Saint-Jean-d'Angely und einem Regiment Cürassiere geleitet, zunächst nach St. Cloud gewendet. Dort nahm er Hofwagen und begab sich über Trianon nach Dreux. Er selbst unterrichtete die Bevölkerung dieses Orts, wo er auf eine Geldsendung des Grafen Montalivet wartete, von seiner Thronentsagung, indem er sich bitter über das Volk beklagte, das ihn auf den Thron gerufen habe und ihn nun fallen lasse. In Dreux wollte er den Beschluß der Regierung und der Kammern über seine künftige Stellung abwarten, aber in der Nacht traf die Botschaft ein, daß Paris die Republik ausgerufen habe. Alle Zuversicht des greisen Monarchen war dahin; von den Schatten der ersten Revolution verfolgt, hielt er sein Leben von der Guillotine bedroht. Er machte sich durch das Ablegen seiner Perrücke und durch eine Brille unkenntlich und setzte seine Reise zur Küste in einem gewöhnlichen Wagen fort. In St. André, wo man ihn für den Minister Guizot hielt, wurde er mit wüthendem Geschrei empfangen. In Evreux herrschte eine solche Gährung, daß der Postillon die Stadt umfuhr. Neun Tage verweilte er nahe bei Honfleur, von Unruhe verzehrt, in einem ganz zwischen Bäumen vergrabenen Landhause in tiefster Verborgenheit. Zuletzt wählte er einen Ausweg, der der gefährlichste von allen gewesen sein würde, wenn die provisorische Regierung nicht in allen Seeplätzen den Befehl gegeben hätte, seine Einschiffung nicht zu hindern und ihn nöthigenfalls zu schützen. Er bestieg in der Nähe von Rouen ein Packetboot, das nach Rouen segelte und schiffte sich in der letzten Stadt nach Southampton ein. Sowohl auf dem Packetboote als in Rouen wurde er erkannt und auf's Ehrfurchtsvollste behandelt.

Die Herzogin von Orleans verlebte die erste Nacht im Hotel der Invaliden. Sie hatte bloß den Grafen von Paris bei sich, von ihrem zweiten Sohne war sie in der zweiten Kammer getrennt worden. Man glaubte sie so nahe bei dem tobenden Paris nicht sicher und geleitete sie nach dem Schlosse Ligny, wo sie die Freude hatte, mit ihrem zweiten Sohne wieder

vereinigt zu werden. Ihre weitere Reise an die Ufer des Rheins war von keinen Fährlichkeiten begleitet. Auch der Herzog von Nemours und die übrigen Mitglieder der königlichen Familie verließen Frankreich ohne Hinderniß. Aumale und Joinville, die in Algier über eine Flotte und über ein Heer von hunderttausend Kernsoldaten verfügten, wurden von Arago in einer telegraphischen Depesche aufgefordert, Frankreich bis zur Herstellung einer definitiven Ordnung zu vermeiden, und fügten sich mit edler Selbstentsagung. „Wir lieben unser Vaterland viel zu sehr," antwortete Prinz Joinville für sich und seinen Bruder, „als daß wir einen Augenblick daran gedacht haben sollten, Verwirrung hineinzutragen."

Die politischen Fehler und unsittlichen Mittel Ludwig Philipp's, durch die die plötzliche Katastrophe herbeigeführt wurde, sind dargelegt worden. Sieht man von ihnen ab, so gewahrt man bei ihm Vieles, was Achtung verdient. Sein Familienleben verlieh wenigstens einer Seite seines Lebens eine sittliche Würde und einen gemüthlichen Reiz. Er vergoß, so viele Verschwörungen sich gegen ihn richteten, nur das Blut einiger Meuchelmörder, und er achtete den Frieden Europa's. Er liebte die Wissenschaften und huldigte namentlich der Heilkunde mit einem Eifer, der einige Male komische Scenen hervorrief. Auch den Künsten zeigte er freigebig seine Gunst, obgleich sein Geschmack keineswegs ein geläuterter war. Die Baukunst war seine Leidenschaft, und ihr brachte er große Summen zum Opfer. Als Graf Montalivet einst Vorstellungen gegen neue Ausgaben dieser Art machte, antwortete er: „Der heilige Ludwig, Franz I., Heinrich IV., Ludwig XIV. haben die Kelle auch geliebt. Die Baulust ist ein schöner Fehler an einem Fürsten. Wenn er dadurch den Spöttereien der Müßiggänger anheimfällt, so kann er sich darüber durch die Segnungen aller Arbeitenden trösten."

Er setzte die Bauten Napoleon's fort und fügte neue hinzu. Ganz sein Gedanke und auch mit seinen Mitteln ausgeführt ist das historische Museum von Versailles. In dieser Sammlung von Wappen, Bildnissen und Gemälden stiftete er ein Erinnerungsmal an Alles, was Frankreich in den Künsten des Friedens und im Kriege Ausgezeichnetes geleistet hat. Zahlreich sind die Denkmale, die er errichtete oder zu denen er anregte, noch zahlreicher seine Restaurationen älterer Bauwerke. Er schickte Künstler zur Erforschung der persischen Kunst in den Orient und beschenkte das

Louvre mit einem assyrischen Museum. Auch ein algierisches Museum ist sein Werk.

Die Februarrevolution hatte seine Gesundheit geschwächt, und er blieb seit dieser Zeit von Nervenschwäche heimgesucht. Am 20. August 1850 verschied er in Claremont, von den Mitgliedern seiner Familie umgeben.

Fünftes Kapitel.

Rückwirkung der Februarrevolution auf Deutschland. — Die Revolution in Wien, Berlin. — Republikaner und Slawen. — Das Frankfurter Parlament. — Schleswig-Holstein und die dänische Verfassung. — Der italienische Aufstand. — Radetzky siegt im Kampfe gegen Karl Albert und die Freischaaren.

Wir verließen Deutschland mit Fragen beschäftigt, deren Lösung sich verzögerte und nach den unbefriedigenden Antworten des Königs von Preußen auf die Anträge des vereinigten Landtags in eine nicht ganz nahe Zukunft verschoben werden zu sollen schien. Es herrschte ein Gefühl der Spannung, der Nichtbefriedigung, das in den Kämpfen der Schweiz, in den italienischen Bewegungen neue Nahrung fand und zur Ungeduld gesteigert wurde. In der Nation war eine Ueberfülle von Kraft vorhanden, die seit 1815 durch keinen Krieg, keine Colonisation im Großen abgelenkt worden war, und für die neuen Canäle, die der Zollverein geöffnet hatte, bereits zu eng wurden.

Im letzten Jahre hatten ärgerliche Vorgänge in Baiern die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Eine berüchtigte Abenteurerin, auch durch Conflicte mit der Polizei aller Hauptstädte bekannt, war in München erschienen und bei dem die Kunst wie die weibliche Schönheit liebenden Monarchen in Gnade gekommen. Sie nannte sich Lola Montez und wollte eine Spanierin sein, in Wahrheit hieß sie Rosanna Gilbert und war eine ihrem Gatten, einem Lieutenant in einem Regiment eingebornen bengalischen Fußvolks, entlaufene Irländerin. Nach kurzer Zeit sollte sie unter dem Namen einer Gräfin von Landsfeld in den Adelsstand erhoben werden. Die Minister

verweigerten ihre Einwilligung zu der Ertheilung des Indigenats an diese Person. In einer Denkschrift, die durch sie in die Oeffentlichkeit gelangte, bezeichneten sie diese Ertheilung als die größte Calamität, die über Baiern kommen könne, als die bitterste Verletzung des Nationalgefühls, weil Baiern sich von einer Fremden, deren Ruf in der öffentlichen Meinung gebrandmarkt sei, regiert glaube und so manchen Thatsachen gegenüber Nichts diesen Glauben zu entwurzeln vermöge. Nicht allein der Ruhm und das Glück Sr. Majestät, das Königthum selbst stehe auf dem Spiele, und um so mehr, als es außer dem Bereich menschlicher Kräfte liege, auf die Länge zu verhüten, daß die Rückwirkung dessen, was geschehe, mehr und mehr auf die bewaffnete Macht übergehe. Wo solle aber Hülfe sein, wenn auch dieses ungeheure Uebel eintrete, auch dieses Bollwerk wanke?

Die Minister, die dem Wunsche des Königs mit einer solchen Sprache sich widersetzten und das Land von Berchtesgaden und Passau bis Aschaffenburg und Zweibrücken, „ja ganz Europa" zum Zeugniß für sich aufriefen, waren Mitglieder der streng katholischen Partei, der seit Jahren der erdenklichste Vorschub geleistet worden war. Der König sah in ihrem Benehmen persönlichen Undank und entließ sie von ihren Stellen. Ihre Nachfolger, Maurer, Zu-Rhein u. s. w , versahen die Indigenatserklärung mit ihren Unterschriften. Ihre nächste Maßregel war die Pensionirung oder Versetzung von zehn Münchener Universitätsprofessoren der ultramontanen Richtung (28. Februar bis 1. März 1847). Darüber entstanden Unruhen, bei denen der König persönlich beschimpft wurde. Die Gährung beschwichtigte sich indessen, da man von dem bald zusammentretenden Landtage eine Darlegung der öffentlichen Stimmung erwartete.

Die Stände des Königreichs beschäftigten sich mit Gesetzen über Eisenbahnen und mit deutschen Interessen. Ueber die Gräfin Landsfeld fielen einige gelegentliche Bemerkungen, die aber so bitter scharf waren, daß der König seine Minister, weil sie solche Aeußerungen geduldet hatten, entließ. Das neue Ministerium bildete der Fürst Oettingen-Wallerstein, ein gewandter und in allen seinen persönlichen Beziehungen hochgeachteter Staatsmann. Man hatte gegen ihn bei einer früheren Führung der Geschäfte Beschwerden erhoben, die aber über seiner oppositionellen Haltung gegen das ultramontane Ministerium Abel vergessen worden waren.

Der Uebermuth der Gräfin Landsfeld kannte keine Grenzen. Sie war

früher durch nichts als durch ein unzüchtiges Benehmen auf Bällen, durch nichts als Prügeleien mit Kutschern und Gensdarmen bekannt geworden, und jetzt war sie eine bewegende Kraft der hohen Politik, stürzte und erhob Ministerien. Ihr Benehmen wurde mit jedem Tage frecher, herausfordernder, und als ob es damit noch nicht genug wäre, bildete sie sich eine Leibwache von Studenten, die mit ihr in unverschämten Aufreizungen der Bevölkerung wetteiferte. Daß eine wohlverdiente Züchtigung einiger dieser Studenten durch Commilitonen mit einer Schließung der Münchener Hochschule bestraft wurde, beschleunigte die Katastrophe. Die Bürger versammelten sich auf dem Rathhause, um in Masse zur Residenz zu ziehen. Zuerst ließ der König ihnen sagen, daß er eher sterben als eine von ihm getroffene Anordnung zurücknehmen werde, allein noch am Abend erfolgte auf dem Rathhause die Erklärung, daß die Hochschule wieder geöffnet werden solle. Man beruhigte sich nicht, vielmehr wurde die Entfernung der Gräfin Landsfeld und die Auflösung der Studentenverbindung Alemannia, aus der sie sich eine Leibwache gebildet hatte, mit stürmischen Worten verlangt. Die eine dieser Forderungen erfüllte das Ministerium, indem es den Alemannen Pässe nach Leipzig zustellen ließ, die zweite setzte das Volk durch einen Angriff auf das Haus der Lola durch, vor dem die durch frühere Begegnisse gewarnte Dame schleunigst die Flucht ergriff. Das war das Vorspiel der deutschen Revolution.

Die Pariser Februartage waren nicht bloß für Frankreich eine Ueberrumpelung. Die deutschen Regierungen hatten kurz vorher die beruhigendsten Gesandtschaftsberichte erhalten und daher keine Vorkehrungen getroffen. Da fiel Ludwig Philipp's Thron, und die Nachwirkung auf Deutschland war eine augenblickliche, für die Regierungen betäubende. Das langsame Fortschreiten der liberalen Meinung, dem das Ziel bereits in der Nähe winkte, verwandelte sich im Nu in das ungestümste Vordrängen. Je näher die einzelnen deutschen Gebiete der französischen Grenze lagen, um so lauter erhoben sich die auf ihr Recht pochenden Stimmen und um so bedrohlicher wurde die Lage. Man hörte von bewaffneten Republikanerhaufen, die über die belgische, über die savoyische Grenze vorgedrungen waren, und erhielt den Besuch deutscher Revolutionäre aus Paris angesagt. Daß im deutschen Süden eine Partei entschlossen sei, mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen, erhoben die zahlreichen, zum Aufstande reizenden Flugschriften, welche ausgestreut wurden,

über jeden Zweifel. „Alle Wünsche und Pläne des Radikalismus müssen in diesem Jahre zum Durchbruch kommen!“ hieß es in einer dieser Flugschriften. „Tod den Tyrannen! Krieg den Reichen! Aufrichtung des Princips der Gleichheit! Fluch einer Frieden predigenden Religion! Zertrümmerung der angebornen Gewalt! Wo immer fünf von euch zusammensitzen, sei euer Gespräch kein anderes, als wie es möglich ist, eine Revolution zu Stande zu bringen.“

Die Regierungen hatten eine schwache Hoffnung, die Bewegung mit ihren bisherigen Mitteln und Männern in Schranken halten zu können. Sie machten Zusagen und milderten ihr System in einer Weise, die eine völlige Umänderung in Aussicht stellte. Zugleich begannen sie sich über die Gesetze, die ohne Zustimmung des Bundestags nicht aufgehoben werden konnten, unter einander zu verständigen. Den entfesselten Leidenschaften der Menge und selbst der Ungeduld der liberalen Partei war dieser Weg ein zu langer und langweiliger. Nicht in den Cabinetten berathen, sondern vor den Augen alles Volkes sollte gehandelt werden. Die Verwaltungsmaschine gerieth in's Stocken, der Gehorsam hörte auf, alle Bande der Ordnung lösten sich. Jeden Tag und aller Orten Volksversammlungen, Zusammenrottungen und Katzenmusiken, Eingriffe in gutsherrliche und standesherrliche Rechte, Anfälle auf die Personen und Häuser verhaßter Beamten, und zu dem Allen eine Presse, die von dem Bestehenden nicht anders als in Hohn und Verachtung sprach und das wildlodernde Feuer schürte, zu dem Allen eine tiefe Entmuthigung aller Derer, welche sich bisher die Stützen der öffentlichen Gewalt genannt hatten, eine allgemeine Neigung der Beamten, mit den politischen Gegnern einen Vergleich einzugehen und sie zu überzeugen, daß man im Grunde stets ihrer Ansicht gewesen sei — so gestaltete sich die Lage der Dinge. Die Regierungen hatten ihre Heere, deren Treue nirgends gewankt hatte, aber durften sie auf die Gefahr hin, die gesammte übrige Bevölkerung gegen sich zu haben und die Throne in einem Revolutionsstrudel verschwinden zu sehen, einen Bürgerkrieg wagen? Sie verneinten die Frage und übertrugen die Gewalt Männern der liberalen Partei, die jetzt die Gemäßigten waren und um die sich daher die Trümmer der ehemaligen conservativen Partei vereinigen mußten. *)

---

*) In einer Vertheidigung gegen die Angriffe der Reactionspartei: „Die Bewegung in Baden," hat einer der besonnensten und scharfsinnigsten deutschen Staatsmänner, Johann

Alle Regierungen der mittleren und kleinen deutschen Staaten, die einen früher, die andern später, als letzte von allen die hannöverische, entschieden sich für diese unter den gegebenen Umständen allein mögliche Politik. In Baden bildete Bekk mit neu hinzutretenden Elementen ein Ministerium, in Hessen-Darmstadt Gagern, in Nassau Hergenhahn, in Baiern, dessen König Ludwig in Unmuth über das Vorgefallene die Krone niederlegte, übernahmen v. Berger, Graf Waldkirch, Heinz, Freiherr v. Lerchenfeld und Graf Bray die Geschäfte, in Würtemberg Römer, Duvernoy, Pfizer, Goppelt, v. Beroldingen und Graf Sontheim, in Hessen-Kassel Wippermann und Eberhard, in Sachsen Braun, Oberländer, Georgi, v. d. Pfordten und Graf Holzendorf, in Hannover Stüve, Graf v. Benningsen, Prott, Lehzen, Braun und v. Düring. Diese Märzminister, wie man sie nach 1849 genannt hat, bewilligten die Volksforderungen, welche überall dasselbe wollten: Verantwortlichkeit der Minister, Beeidigung des Heers auf die Verfassung, vollständige Unabhängigkeit der Gerichte, freie Gemeindeverfassungen für Stadt und Land, eine neue, den Census beseitigende Wahlordnung, ein unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, ungeschmälerte Glaubensfreiheit, Preßfreiheit, Geschworenengerichte, Einberufung eines deutschen Parlaments, das eine Verfassung für das Gesammtvaterland entwerfe und eine Einheitsform feststelle.

Baptist Bekk († 22. März 1855), die damaligen Verhältnisse und Stimmungen mit vollständiger Klarheit geschildert. Man hatte ihm, der seit 1846 Minister war, zum Vorwurf gemacht, daß er dem von Frankreich kommenden Anstoß nicht kräftiger widerstanden habe. Er antwortet darauf: „Je unvorbereiteter ein solcher Anstoß den Boden findet, je weniger Volksrecht und Freiheiten vorhanden und schon angelobt sind, je größer der Abstand zwischen den Meinungen und den wirklichen Zuständen ist, desto mehr häufen sich falsche Ansichten und der Gesammtheit verderbliche Wünsche zusammen, desto stürmischer werden sie geltend gemacht und desto gefährlicher ist der ganze Verlauf. In solchen Zeiten stellt sich der Entwickelungsproceß als eine geistige Krankheit dar. Es liegt ein politisches Miasma in der Luft, welches blendet, betäubt, hinreißt, ohne daß Vernunftgründe dagegen Aufnahme oder Anerkennung finden Hier hat die Sache der besonnenen Erwägung und der Mäßigung keine Partei mehr, wenigstens keine nur einigermaßen hervortretende. Das normale Leben, die allmälige naturgemäße Entwicklung ist gestört, und es droht allgemeine Auflösung und der Ausbruch von Gewalt. Die nächste Aufgabe des Augenblicks besteht hier darin, durch Befriedigung von Bedürfnissen und Wünschen, und was sonst dazu beitragen kann, so weit es möglich ist, zu sorgen, daß das Staatsschiff nicht untergehe, bis der Sturm vorüber, der Strom verronnen ist oder die dem Donnerwetter folgende Abkühlung der ruhigeren Ueberlegung und etwa nöthiger Verbesserung begangener Fehler wieder Raum gibt."

Wenige Tage nach dem Eintreffen der Pariser Nachrichten war schon ein vorbereitender Schritt für ein deutsches Parlament geschehen. So mächtig und so allgemein lebte der Gedanke der deutschen Einheit in den Gemüthern, daß er der erste war, der nach seiner Verwirklichung strebte. Am 5. März 1848 versammelten sich Angehörige verschiedener deutscher Staaten in Heidelberg, 51 Männer, die entweder als Kammerredner oder als Schriftsteller einen Namen hatten. Die bekanntesten waren Bassermann, Brentano, Gervinus, Häußer, Hagen, Hecker, v. Itzstein, Mathy, v. Soiron, v. Struve, Welcker, Winter, Römer, Wiest, Willich, Brunk, v. Gagern, Wernher, Jucho und Hansemann. Man besprach Aeußeres und Inneres und faßte die Beschlüsse der Versammlung in Erklärungen zusammen. Hinsichtlich der Stellung Deutschlands zum Auslande wurde nach der einen Seite hin die Nichteinmischung, nach der andern Seite hin die Isolirung zum Princip erhoben; Deutschland dürfe weder in der Nichtanerkennung der französischen Republik, noch in einem russischen Bündniß seine Aufgabe suchen. Unaufschiebbar sei die Einberufung einer in allen deutschen Ländern nach der Volkszahl gewählten Nationalvertretung, sowohl zur Beseitigung der nächsten innern und äußern Gefahren, als zur Entwicklung der Kraft und Blüthe des deutschen Nationallebens. Zur weitern Berathung dieser wichtigsten Angelegenheit empfehle sich eine vollständigere Versammlung von Vertrauensmännern aller deutschen Volksstämme.

Alles kam auf die Haltung Preußens und Oesterreichs an. Beide Staaten waren durch die Bewegung von 1830 insofern nicht berührt worden, als ihre innere Ruhe keine Störung erlitten hatte. In beiden hatte die Bevölkerung aber die neuen Ideen über das staatliche und kirchliche Leben in sich aufgenommen, und wenn man in Preußen klagte, daß die Regierung zu langsam vorgehe, so klagte man in Oesterreich, daß sie überhaupt nicht vorgehe. In einem großen Reiche entsteht auch ohne ein öffentliches Leben und ohne Preßfreiheit ein Gedankenaustausch, der sich um so lebhafter mit dem Regierungssystem beschäftigen wird, je schroffer man dasselbe der Besprechung entziehen will. In den absoluten Staaten gibt es auch eine öffentliche Meinung, und diese ist dort nicht minder eine Macht als in Verfassungsstaaten. Ja, sie ist dort noch gefährlicher, weil sie schlechter unterrichtet ist und, über die Nichtbeachtung, die ihr zu Theil wird, erbittert, Uebertreibungen, Verleumdungen und Lügen ein offenes Ohr leiht. Kommt noch hinzu, daß die

absolute Regierung im materiellen Leben drückend wird, so nimmt die Reizbarkeit der öffentlichen Meinung zu. Dieses Alles traf in Oesterreich zu, und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, sah man an vielen Zeichen, daß die Staatsmaschine, überladen mit einem Wust von Formen, begraben unter Acten und in den Händen eines meist unbeholfenen Beamtenstandes binnen Kurzem ihre Dienste verweigern werde.

Sehr mit Unrecht machte man für alle Mißstände, die man wahrnahm oder als vorhanden voraussetzte, den Fürsten Metternich verantwortlich. Der greise Staatskanzler war dem, was man im modernen Sinne Fortschritt nannte, nicht gewogen und hielt die Interessen des Kaiserstaats an die Erhaltung der Ruhe in Europa geknüpft. In Beziehung auf die innern Verhältnisse des Kaiserstaates ging indessen seine Anerkennung des Grundsatzes, „Ruhendes nicht in Bewegung zu setzen," keineswegs so weit, daß er die Nothwendigkeit von Reformen nicht eingesehen und verschiedene derselben vorbereitet hätte. Nur sollte, was geschehe, in der Stille und nach und nach ausgeführt werden, wie es die Natur eines aus vielen Nationalitäten bestehenden Staates auf höchst abweichenden Bildungsstufen verlange. Die polizeiliche Schärfe des Regiments des verstorbenen Kaisers wurde erheblich gemildert, die Militärdienstzeit von vierzehn auf acht Jahre herabgesetzt, dem Verkehr durch Ausdehnung der Eisenbahnen, der Dampfschifffahrt und der Telegraphen geholfen, bei kleinen Civilprocessen das summarische Verfahren eingeführt und außerdem eine Reform der gesammten Criminalrechtspflege in Aussicht gestellt.

In der Behandlung der Preßangelegenheiten waren und blieben strenge Grundsätze maßgebend. Erzielt wurde dadurch weiter nichts, als daß die Oesterreicher, welche die Lage ihres Vaterlandes besprechen wollten, ihre Schriften im deutschen Auslande drucken ließen. Der dortige Buchhandel hatte sich darauf eingerichtet, die Einführung der verbotenen Früchte nach Oesterreich zu besorgen. Zum Theil, wenn die gewöhnlich nachsichtigen Grenzbeamten verschärfte Weisungen erhalten hatten, machten die Werke dieser Art einen weiten Umweg. Sie gingen von Leipzig über Marseille nach Constantinopel, von da nach der Donau und gelangten auf diesem Strome unbeanstandet bis in das Herz der Monarchie. Im Jahre 1845 legten die Schriftsteller Wiens der Regierung die Unerträglichkeit und Nutzlosigkeit der Censurvorschriften vor und baten um den Schutz, der jedem Stande bis zum

niedrigsten Tagelöhner zu Theil werde. Ihr Zustand sei ein vollkommen rechtloser, denn sie und nur sie allein würden gerichtet nach Normen, welche sie nicht kennten, und verurtheilt, ohne gehört zu werden, ohne sich vertheidigen zu können. Die in der Wissenschaft und in der Poesie geachtetsten Namen unterzeichneten die Denkschrift der Schriftsteller, der Erzbischof Ladislaus Pyrker, Hammer-Purgstall, Endlicher, Baumgartner, Littrow, Ettingshausen, Kudler, Fürst Friedrich Schwarzenberg, Grillparzer, Graf Auersperg, Zedlitz, Münch-Bellinghausen, Feuchtersleben, Castelli und Andere mehr. Um dreierlei wurde gebeten, um ein Censurgesetz, das öffentlich zur Kenntniß des Schriftstellers gebracht werde, um Verleihung einer unabhängigen Stellung der Censoren und um Gründung eines wirksamen Recurszuges in Censurangelegenheiten. Zum Theil wurden diese Forderungen als gerecht anerkannt und durch ein Preßgesetz vom 24. Januar 1848 die Bildung eines Obercensurgerichts wie die Angabe der Gründe, weßhalb eine Stelle oder ein Buch nicht zum Druck zugelassen werden könne, angeordnet.

Bestehenden Rechten begegnete Fürst Metternich mit Achtung. So turbulente Scenen und Gewaltthaten das ungarische Verfassungsleben darbot, wurden seine Grundlagen doch nicht angetastet. Die größte der Beschwerden der ungarischen Opposition war die, daß die Regierung das Streben verfolgte, den von ihr ernannten Obergespannen die wirkliche Leitung zurückzugeben und die Vicegespanne, die vom Adel gewählt wurden und im Laufe der Zeit alle politischen Geschäfte an sich gerissen hatten, auf ihre ursprüngliche Stellung von Stellvertretern zurückzuführen. Den Comitatsversammlungen selbst blieb ihr Recht, Gesetze und Erlasse, die ihnen nicht gefielen, „mit Achtung bei Seite zu schieben,“ und in einer Frage, die als die wichtigste von allen aufgefaßt wurde, entschied die Regierung, allerdings aus Gründen der äußern Politik, für die liberale Opposition.

Es ist die Sprachenfrage, die hier gemeint wird. Nach alter Gewohnheit wurden alle Gesetze in die lateinische Sprache übertragen, die für Ungarn die gesetzliche wie die reichstägliche war. Die Literatur hatte sich von dem Zwange, Gedanken und Gefühle in die todte, erkaltende Form einer fremden, durch Barbarismen unkenntlich gewordenen Sprache zu gießen, längst losgesagt, aber auf dem Reichstage sollte Lateinisch fortgesprochen werden. So wollten es die Kroaten, um nicht in die Gefahr zu gerathen, ihren slawischen Dialekt gegen die magyarische Sprache aufgeben zu müssen. Der Streit, der

darüber ausbrach, gab auf den Landtagen zu den ärgerlichsten Scenen Veranlassung und spann sich in Schriften endlos fort. Für die Kroaten waren die Slawen aller Länder, die Ungarn standen allein. Sie beriefen sich auf ihr Recht der Eroberung, das selbst der Name des Landes ausspreche, auf die Verfassung, die von ihnen herrühre, auf ihre überwiegende Volkszahl. Aus allen diesen Gründen müsse die magyarische Sprache die herrschende sein. Die Kroaten gelangten bei der Berechnung der Volkszahl zu dem entgegengesetzten Resultat, daß das slawische Element überwiege. Ihrer seien vier, der Magyaren nur drei und eine halbe Million, und was von ihnen gefordert werde, daß man nämlich die lateinische Sprache beibehalte, sei das alte Herkommen. Dem Reichstage von 1844 wurde der schiedsrichterliche Spruch der Regierung verkündet. Er fiel dahin aus, daß künftig alle Erlasse an den Landtag und alle Gesetze in magyarischer Sprache erlassen werden, die bisher übliche lateinische Uebersetzung wegfallen solle. Ebenso wurde das Magyarische zur Reichstagssprache, den Kroaten aber nachgelassen, während der nächsten sechs Jahre ihr Votum noch lateinisch abzugeben. Die Hofkanzlei, die Statthalterei, alle Gerichtsstellen, die kroatischen ausgenommen, erhielten das Magyarische als amtliche Sprache. Im geschäftlichen Zwischenverkehr sollten die Kroaten die magyarischen Zuschriften der Ungarn, die Ungarn die lateinischen Zuschriften der Kroaten annehmen. In den Schulen trat das Magyarische als Unterrichtsgegenstand an die Stelle des Lateinischen. Diese Entscheidung führte keine Aussöhnung der beiden Nationalitäten herbei. Die siegreichen Magyaren setzten ihre Anklagen panslawistischer Tendenzen fort, die Kroaten klagten über eine Menge einzelner Beeinträchtigungen, daß man slawische Schulen für magyarische ausgebe, um ihnen die verhaßte Sprache aufdringen zu können, daß man die Vereine slawischer Studenten zur Pflege der Muttersprache verbiete, slawische Wortführer von ihren Stellen verdränge u. s. w.*)

In den übrigen österreichischen Kronländern hatte man fast vergessen,

---

*) In der vormärzlichen Zeit hat der Widerwillen der Ungarn gegen Volkszählungen, in denen sie Vorläufer einer allgemeinen Besteuerung sahen, Vermuthungen und aus der Luft gegriffenen Behauptungen über die Nationalitätsverhältnisse freies Spiel gelassen. Jetzt lassen sich genaue Angaben machen. Im eigentlichen Ungarn (Kopfzahl 8,744,480 Seelen) ist die Völkermischung in Procenten ausgedrückt:

daß es Landtage gab. Die Stände, die zum Erscheinen berechtigt waren, wußten selbst kaum, welche Rechte sie besäßen. Sie hätten zu ihrer Belehrung weit zurückgehen müssen in die Zeiten des fünfzehnten Jahrhunderts, wo sie aus den „vier Parteien des Landes," d. h. aus den Prälaten, Herren, Rittern und Städten, entstanden. In die Oeffentlichkeit drang von ihren Verhandlungen so gut wie Nichts, bis man 1843 von einem Landtage hörte, daß er auf die Ablösung der Zehnten und Frohnden angetragen habe. In Böhmen wagten die Stände schon einen unmittelbaren Widerspruch gegen die Gewohnheit ihres Oberstburggrafen, über Gelder, welche ihnen gehörten, nach eigenem Ermessen zu verfügen, und verweigerten einer Steuer, die ohne sie ausgeschrieben worden war, ihre Genehmigung. Als ihnen das Recht dazu

---

Magyaren			48 Procent
Slawen:	Slowaken	23	
	Ruthenen	5	
	Kroaten	2	
	Serben	1	
	Slowenen	1	
			32 „
Deutsche			12 „
Romanen			6 „
Israeliten			$1\frac{1}{2}$ „
Zigeuner			$\frac{1}{2}$ „

In der Woiwodschaft Serbien und im Temescher Banat repräsentiren unter einer Bevölkerung von 1,426,220 Menschen:

Die Serben	20 Procent
Andere Slawen	9 „
Die Deutschen	24 „
Die Romanen	28 „
Die Magyaren	19 „

In Siebenbürgen vertheilen sich die Stämme in folgender Weise:

Romanen	1,200,000 Menschen
Magyaren	535,000 „
Deutsche	192,000 „
Zigeuner	78,000 „
Armenier	7,000 „

In Kroatien bilden die Slawen (Kroaten mit einigen wenigen Serben) 98 Procent der Bevölkerung von 868,450 Menschen, und Magyaren leben (neben 8000 Deutschen) nicht mehr als 7000 im Lande. Diese hatten ihrerseits den Vortheil, in den mittleren Comitaten ihrer eigentlichen Heimath in dichten Massen zu wohnen, die die nichtmagyarische Bevölkerung auseinander halten. Im ungarischen Revolutionskriege haben sich diese Bevölkerungs- und Wohnsitzverhältnisse sehr geltend gemacht, und wir haben sie deshalb näher berücksichtigt.

bestritten wurde, antworteten sie mit einer ausführlichen Darlegung ihrer verbrieften Befugnisse, die unter andern auch das Recht der Steuerbewilligung und das Recht des Beiraths zu allen Gesetzen oder allen allgemeinen Verwaltungsmaßregeln in sich schlossen. Der Adel des böhmischen Landtags verwendete den Fünftheil von Steuerbefreiung, in dessen Besitz er war, zu Gunsten des Landes, doch verschaffte ihm diese Freigebigkeit, da sie den einzelnen Bauerngütern unbedeutende Vortheile gewährte, bei Weitem nicht so viel Sympathie, als die Hoffnungen, mit denen die sanguinischen Panslawisten Prags jede oppositionelle Regung betrachteten. Die übrigen Landtage gaben ebenfalls Lebenszeichen, und selbst von den stillsten kamen einzelne Anträge, z. B. auf die Aufhebung der Lotterie und die Ordnung der Robotverhältnisse, von deren Fortdauer man in den slawischen Landestheilen einen Bauernkrieg zu befürchten hatte. Mitglieder des hohen Adels waren die Sprecher, in Böhmen besonders Fürst Lamberg, in Niederösterreich Graf Breuner. Der niederösterreichische Landtag steuerte am offensten auf ein Verfassungsleben los, denn er beantragte eine Heranziehung des Bürgerstandes zur Ausübung des Steuerbewilligungsrechts, ein Preßgesetz, die Veröffentlichung der landständischen Verhandlungen und des Staatshaushaltes. Bis 1848 hatte die Regierung diesem Andrängen der alten Postulatenlandtage gegenüber noch nichts beschlossen, als die Niedersetzung eines eigenen Ausschusses bei der Hofcanzlei, welcher beauftragt wurde, die ständischen Rechte der deutsch-österreichischen Provinzen zu prüfen und Vorschläge zur Ausgleichung der bestehenden Meinungsverschiedenheit zu machen.

Am 3. März erreichte die Nachricht von der Februarrevolution Wien und wenige Stunden nachher Preßburg. In der letzteren Stadt war seit dem 12. November 1847 der Reichstag versammelt, und seine Berathungen und Beschlüsse hatten die Grenze, an der die Regierung mit ihren Reformvorschlägen stehen bleiben wollte, so weit überschritten, daß an eine Auflösung gedacht wurde. Jene Vorschläge der Regierung genehmigten Postulate, um die lange vergeblich gekämpft worden war, die Erleichterung der Militärverpflegung, die Ablösung der gutsherrlichen Lasten, die Regelung der Vertretung der Städte, die Aufhebung der Zwischenzolllinie, welche die ungarischen Königreiche zu einem eigenen, von den Erblanden getrennten Staatencomplex machte, die Verbesserung der Verbindungsmittel und den Bau einer Eisenbahn von der Donau nach Fiume, dem ungarischen Hafen am adriatischen

Meere. Die Opposition nahm diese Zugeständnisse der Regierung bereitwillig entgegen, machte aber Zusätze: Alljährige Einberufung des Reichstags, statt wie bisher alle drei Jahre, und nicht mehr nach Preßburg, sondern nach Pesth, Uebertragung der früheren Gewalt an die Vicegespanne, Aufhebung der Steuerfreiheit des Adels, Preßfreiheit.

In Wien war der erste Eindruck der Pariser Nachrichten ein betäubender, in Preßburg ein begeisternder. Ohne der Regierung einen Augenblick Zeit zum Besinnen zu lassen, erhob sich Kossuth, der talentvolle Führer der radikalen Partei, und hielt eine Rede, die sowohl wegen der Anklagen, welche sie gegen das bisherige Regierungssystem schleuderte, als wegen der Anträge, mit denen sie schloß, zu einem Ereigniß wurde. Die Beseitigung einzelner Beschwerden, rief Kossuth seinen Mitständen zu, genüge nicht, das ganze System sei elend und verwerflich. Das bureaukratische Regierungssystem habe das Gebäude seiner entnervten Gewalt auf den Trümmern der Freiheit erhoben, und die Opposition wälze den Stein des Sisyphus. „Ja, der schwere Fluch eines erstickenden Dampfes lastet auf uns, aus den Beinkammern des Wiener Regierungssystems weht ein auszehrender Wind uns an, der unsre Nerven erstarren macht und niederdrückend auf den Flug unsers Geistes wirkt. Die bureaukratische Politik der Unbeweglichkeit, welche im Wiener Staatsrathe verknöchert ist, wird die Monarchie zur Auflösung führen, die Zukunft unsrer geliebten Dynastie bloßstellen, unser Vaterland aber zu drückenden Opfern und endlosen Uebeln führen." Einem alten System und einem alten Mann werde es schwer, sich von der Idee eines langen Lebens zu trennen, und wenn die loyalen Erklärungen der Völker nicht dazwischen kämen, so werde jene verknöcherte Politik in einer neuen Ausgabe der selig entschlafenen heiligen Allianz auf Kosten der Dynastie für sich eine kurze Frist suchen. Die Zukunft des Hauses Habsburg sei an die Verbrüderung der verschiedenen Völker der Monarchie gebunden, und diese Verbrüderung könne mit Achtung der bestehenden Nationalitäten nur der Kitt des Constitutionalismus zu Stande bringen. Auf diese beiden Gedanken stützte Kossuth seine Forderungen: Die Entwicklung des öffentlichen Lebens in einer wahrhaften Repräsentativrichtung, eine auf Freiheit gegründete Förderung der geistigen Interessen — ein verantwortliches ungarisches Ministerium als Hauptbedingung und wesentlichste Bürgschaft aller Reformen.

Diese Forderungen sollten in einer Adresse zusammengefaßt und dem

Kaiser vorgetragen werden. Die letzte von ihnen blendete den Nationalstolz durch den Schimmer ungarischer Selbständigkeit, und nicht bloß die Opposition, sondern selbst Conservative und Gegner des ungarischen Agitators, wie Szechenyi, Somsich und Batarzyi, stimmten für die Adresse. Ehe noch weitere Beschlüsse gefaßt wurden, reiste der Palatinus, Erzherzog Stephan, nach Wien, um vor der Gefahr zu warnen, die von Ungarn drohe. Dieser Punkt war nicht einmal der einzige, wo die Einheit des Staats in Frage gestellt wurde. Von dem lombardisch-venetianischen Königreiche durfte man mit Gewißheit separatistische Kundgebungen erwarten, und von Böhmen erhielt man sie kurz nach den Erklärungen der Ungarn. Eine Prager Versammlung im Wenzelsbade, die von Adligen und slawischen Schriftstellern veranstaltet wurde, nannte unter den Dingen, ohne die die unaufschiebbare Neugestaltung Oesterreichs nicht möglich sei, außer der Gleichstellung der Nationalitäten in der Schule, vor Gericht und bei den Behörden noch die garantirte Verbindung Böhmens, Mährens und Schlesiens durch eine ständische Repräsentation abwechselnd in Prag und Brünn.

Die Hofcanzlei befand sich bereits vor diesen Märztagen in arger Verlegenheit. Die Theuerung, der galizische Aufstand und die Truppenmärsche nach Italien hatten theils die Einnahmen vermindert, theils außerordentliche Ausgaben verursacht. Der Staatsschatz war leer, eine Anleihe projectirt, als der panische Schrecken, den die Februarrevolution hervorrief, die Staatspapiere mit einem Male außer Cours setzte und die Banknoten, das hauptsächlichste Umlaufsmittel, fast ganz entwerthete. Es gab keine Hülfe, als wenn man der Bevölkerung Vertrauen einflößte, und daß dies gelingen werde, machte die Haltung der Ungarn und Böhmen wenig wahrscheinlich. Das Mittel, für das der Staatscanzler sich entschied, war dasselbe, das man in Preußen ein Jahr früher unter weit günstigeren Umständen versucht hatte. Abgeordnete der Stände aller Provinzen sollten nach Wien berufen werden, und mit ihnen wollte man berathen, was die Lage erheische, zunächst finanzielle Maßregeln, dann auch Verfassungsgesetze.

Dieser Beschluß wurde am 12. März gefaßt, aber nicht veröffentlicht. Der Fehler rächte sich schwer. Kossuth's Rede war in allen Häusern der Hauptstadt verbreitet, und das Schweigen der Regierung schien den Anklagen des Ungars gegen die Unbeweglichkeit und Verknöcherung des Systems Recht zu geben. Die Fabriken hatten ihre Arbeiten eingestellt, die Geschäfte stockten

wegen desselben Grundes, des Mangels an baarem Gelde. Man hörte von der Gährung in Böhmen, in Ungarn, man fürchtete in jedem Augenblicke das Eintreffen der bedenklichsten Nachrichten aus Italien und Galizien. Wenn eine Regierung in solchen Augenblicken nicht rasch handelt, so glaubt sich Jedermann zum Rather und Retter berufen.

Verschiedene Vereine, der niederösterreichische Gewerbverein, der juristisch-politische Leseverein, der Hülfsverein, die Studentenschaft, sprachen ihre Ansichten in Berathungen und Adressen aus. Für den 13. März war das Zusammentreten der niederösterreichischen Stände anberaumt, und in dieser freisinnigen Körperschaft war ein Mittelpunkt gegeben. Am Morgen des genannten Tages strömten die Studenten, Deutsche, Ungarn, Böhmen, Polen, Italiener, und viele Bürger zu dem Ständehause. Ein Brunnenhaus im Hofe wurde als Rednerbühne erkoren. Die improvisirten Volksführer, die sich hinaufschwangen, sprachen bald zu der Menge im Hofe, bald zu den oben berathenden Ständen. Dazwischen wurde Kossuth's Rede verlesen, man erhitzte sich, und das Zögern der Stände, die Vertretung aller ihnen vorgetragenen Wünsche zu übernehmen, hatte in Verbindung mit dem falschen Glauben, daß man oben einige Volksredner gefangen halte, die Folge, daß der ständische Saal erstürmt und das Mobiliar zertrümmert wurde. Die Stände zerstreuten sich, ein Theil, um die eingelaufenen Bittschriften in der Hofburg zu überreichen, und ihre Stelle nahm ein Ausschuß von Bürgern und Studenten ein, der sich vergebens bemühte, Ordnung in den chaotischen Lärm zu bringen.

Die Besatzung von Wien — im Ganzen nicht mehr als 12,000 Mann — war am Morgen ausgerückt und hielt die Eingänge zur Burg und die Hauptplätze besetzt. Einzelne Abtheilungen, die sich auf ihre Standorte begaben, begegneten Volkshaufen, wurden beleidigt und machten von ihren Waffen Gebrauch. Die Kunde, daß Blut geflossen sei, machte die Runde durch die Stadt und goß natürlich Oel in's Feuer. Die Angriffe auf das Militär vermehrten sich, und an fünf oder sechs Punkten gab dasselbe Feuer, übrigens nicht überall zum Schaden des Volks. Allgemeine Salven der Grenadiere und der Pioniere tödteten oder verwundeten nicht einen Menschen. Die Zahl aller Gefallenen wird auf 17 angegeben; die aufgefahrenen Geschütze feuerten nirgends.

In der Hofburg folgten Abordnungen der Stände, der angesehensten

Bürger, der Studenten, des akademischen Staats, der Bürgerofficiere auf einander. Alle kamen, um zu vermitteln, und Alle bezeichneten als Beruhigungsmittel dieselben Maßregeln. Jede folgende brachte aus der Stadt schlimmere Nachrichten mit: daß man auf dem Judenplatze Barricaden baue, daß die Villa des Fürsten Metternich auf dem Rennwege bis auf die nackten Wände zerstört worden sei, daß ein Sturm auf das Zeughaus stattgefunden habe, daß die brotlosen Arbeiter der Vorstädte mit Aexten, Brecheisen und Fackeln umherzögen, daß die Röhren der Gasleitungen zerstört worden seien und der Widerschein brennender Gebäude den Himmel färbe. Die Einmischung des Proletariats in die Bewegung gab ihr einen andern und um so gefährlicheren Charakter, als die Truppen bloß zur Besetzung der innern Stadt ausreichten. Die Gefahr, in der die Vorstädte schwebten, entriß der Regierung die beiden ersten Zugeständnisse. Sie erlaubte, daß die Studenten aus den Vorräthen des Zeughauses sich bewaffneten und die Bürgerwehr alle waffenfähige Bürger unter sich aufnehme. Die Aufhebung der Censur sagte Metternich, den die Erzherzoge umgaben, den Bürgern selbst zu und entfernte sich in ein Nebenzimmer, um die Verordnung niederzuschreiben. Während seiner Abwesenheit wurde die Bitte seiner Entlassung, welche die Abordnungen von Anfang an gestellt hatten, dringender denn je wiederholt. Die Erzherzoge erwogen, daß die Erhaltung der Monarchie nicht auf einem einzigen, wenn auch noch so ausgezeichneten Mann beruhe, und sagten zu. Der Fürst zeigte den Bürgern in Person an, daß er ihnen weiche. „Sie haben erklärt," sagte er, „nur mein Rücktritt vermöge die Ruhe Oesterreichs wiederherzustellen; ich vollziehe ihn also mit Freuden."

Am nächsten Mittage zählte die Bürgerwehr 18,000 Bewaffnete, Bürger und Studenten, Handwerksgesellen und Tagelöhner. Am dritten Tage war die halbe männliche Bevölkerung in die Listen eingetragen. Fast in demselben Augenblick, als eine Abordnung des ungarischen Reichstags, mit Kossuth und Batthyanyi an der Spitze, zur Hofburg zog, erschienen Herolde in den Straßen und verkündeten die erwarteten Verfassungsdecrete. Man erfuhr durch sie, daß das Nöthige verfügt sei, um Abgeordnete aller Provinziallandtage und der Centralcongregationen des lombardisch-venetianischen Königreichs einzuberufen, welche in der möglichst kürzesten Frist mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes und unter Berücksichtigung der bestehenden Provinzialverfassungen über eine Verfassung für Gesammtösterreich berathen

sollten. Die Bewegung hatte ihr Ziel erreicht, und Wien überließ sich mit kindlicher Zuversicht zu der Zukunft seinem Jubel über das Errungene.

Die zweite deutsche Hauptstadt hatte noch keine Zuckungen erlebt, oder, um in der Sprache jener Tage zu reden, sie war noch zurück. Seit dem 17. Januar 1848 beriethen die Vereinigten Ausschüsse, denen keine andere Vorlage zugegangen war, als der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches. Mitten in die Erörterungen dieses Gesetzes fiel die Kunde von den Pariser Ereignissen. Der Eindruck war noch der frischeste, als der König am 6. März die Ausschüsse verabschiedete. In seiner Rede machte er ein Zugeständniß, indem er die den Vereinigten Ausschüssen gewährte regelmäßige Wiederkehr auf den Vereinigten Landtag übertrug. Alle seine übrigen Worte waren von dem Gedanken eingegeben, daß die französische Republik gegen Preußen und Deutschland rüste. Allerdings könne man mit Ehren und Segen aus dem Sturme hervorgehen, aber nur durch Kräftigung des deutschen Bundes, nur dadurch, daß man alle Parteien ruhen lasse, um sich wie eine eherne Mauer um den König zu schaaren. Er werde den Vereinigten Landtag berufen, sobald die Maßregeln, die er für Deutschlands und für Preußens Ehre zu ergreifen habe, den Beistand seiner getreuen Stände erforderten, spätestens dann, wenn der allgemeine Ruf zu den Waffen erschallen müsse.

Die nächsten Tage schon brachten durch Adressen aus den meisten Landestheilen den Beweis, daß die Auffassung des Königs, als handle es sich um die Abwehr eines französischen Angriffs, von den Provinzen nicht getheilt werde. In diesen Adressen, mit denen Cöln, Aachen, Elberfeld, Magdeburg, Halle, Nordhausen, Halberstadt und Breslau vorangingen, sprachen sich dieselben Wünsche aus wie in denen der kleineren deutschen Staaten, doch manifestirte sich in Cöln das Bestehen einer Partei von Socialisten, die zu den hergebrachten Forderungen hinzufügte: Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk, allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit in Staat und Gemeinde, unbedingte Freiheit in Schrift und Rede, Aufhebung des stehenden Heeres und Einführung allgemeiner Volksbewaffnung mit vom Volk gewählten Führern, Schutz der Arbeit, Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse für Alle, vollständige Erziehung aller Kinder auf Staatskosten. Durch das Beispiel der Provinzen angeregt, reichten auch die Stadtverordneten Berlins eine Adresse ein, und auf diese, „die erste, welche

er von Hand zu Hand entgegennehme," antwortete der König, indem er seinen Entschluß mittheilte, der Aufhebung der Censur die Einberufung des Vereinigten Landtags folgen zu lassen.

Die anfangs ruhige Stimmung hatte sich in wenigen Tagen so verändert, daß ein Vertrösten auf ein nach Wochen zu erwartendes ständisches Wirken ihr nicht mehr genügte. Zusammenkünfte unter den Zelten im Thiergarten, die früher schon wie versuchsweise veranstaltet worden waren, bildeten sich zu wirklichen Volksversammlungen aus. Diese Erscheinung und die gewöhnlichen Zusammenrottungen unruhiger Tage flößten den Behörden ungegründete Besorgnisse ein. Nachdem einmal Militär in's Spiel gezogen worden war, mußte dieses, sobald Tumulte entstanden, seine Pflicht erfüllen. So wurde denn auf lärmende Volkshaufen eingeritten und eingehauen, in einigen Straßen, wo mit Steinen auf die Truppen geworfen wurde, auch gefeuert. Die Schutzmänner, die man nach englischem Muster aus jungen Bürgern und Studenten bildete, waren zu schwach an Zahl, um überall, wo die Soldaten auf Volkshaufen stießen, vermitteln zu können. Die Behörden konnten sich nicht verhehlen, daß aus diesen Reibungen eine wachsende Erbitterung hervorgehe. „Bisher haben wir Straßenaufläufe gehabt," schrieb der Polizeipräsident Minutoli dem Minister Bodelschwingh, „morgen werden wir eine Revolution haben."

Der Tag, an dem diese düstere Meinung ausgesprochen wurde (17. März), war verhältnißmäßig ruhig. Vom Rhein war eine große Abordnung an den König eingetroffen, und man wollte die Antwort abwarten, die ihr zu Theil werde. Niemand zweifelte, daß sie günstig ausfallen werde, da der Oberpräsident der Rheinprovinz, Eichmann, ihren Inhalt billigte und an der Spitze der Abgeordneten stand. In der That war der König, der jetzt die Vorgänge in Wien kannte, zur Nachgiebigkeit entschlossen. Er verwies die rheinischen Abgeordneten, für die der Bürgermeister von Cöln das Wort führte, auf einen Aufruf, der eben gedruckt werde. Derselbe enthielt die weitgehendsten Zusagen, namentlich die, daß Deutschland aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat mit Volksvertretung am Bundestage umgewandelt werden solle. Der König werde für eine allgemeine deutsche Wehrverfassung wirken, für ein deutsches Bundesheer unter einem Bundesbanner und mit einem Bundesfeldherrn an der Spitze, für eine deutsche Bundesflagge und für die Grundlagen einer deutschen Flotte, die dem deutschen Namen in den

fernsten Meeren Achtung verschaffe. Fortan dürfe keine Zollschranke mehr den Verkehr auf deutschem Boden hemmen und den Gewerbsfleiß seiner Bewohner lähmen. Ein allgemeiner deutscher Zollverein mit gleichem Maß und Gewicht, gleichem Münzfuß und einem gleichen deutschen Handelsrechte müsse auch das Band materieller Vereinigung fester schließen, die Preßfreiheit durch ein Bundesgesetz gesichert werden. Gegen eine andere, Berliner Abordnung setzte der König hinzu, daß die Regelung der innern Verhältnisse in verfassungsmäßigem Sinne vorbereitet werde.

An tausend Orten Berlins zugleich wurde der Beschluß gefaßt, einen Massenzug nach dem Schlosse zu veranstalten und dem König den Dank des Volks darzubringen. Auf dem großen Schloßplatze versammelten sich viele Tausende, und eine Zeitlang verlief Alles friedlich und unter lautem Jubel. Der König erschien oben auf dem Balcon, wurde mit einem Donner von Hochrufen empfangen und dankte freundlich nach allen Seiten. Gegen zwei Uhr Mittags hatten die meisten Bürger den Platz verlassen, der sich nun durch neue Zuzüge abermals füllte. Die jetzt kamen, waren Leute aus den untern Classen, bei denen der politische Umschwung des Tages die Erbitterung über das Einschreiten der Truppen nicht verdrängt hatte. Auch sie brachten dem Könige Lebehoche, riefen aber dazwischen: „Fort mit dem Militär, das Militär zurück!" Der Lärm nahm zu und verband sich mit einem Hin- und Herwogen, das zu einem Herandrängen gegen das Schloß wurde. Um Raum zu gewinnen, rückte auf der einen Seite Reiterei — wie behauptet wird, die Säbel in der Scheide und im Schritt — auf der andern Seite Garde zu Fuß gegen die Mitte des Platzes vor. Zufällig entluden sich die Gewehre von zwei Soldaten, und kaum war dies geschehen, so ergriff Alles in der Meinung, daß ein allgemeiner Angriff der Truppen beginne, die Flucht. Die große Stadt war im Nu von dem Vorgefallenen unterrichtet und glaubte den Fliehenden, die über Verrath schreiend bis in die fernsten Straßen sich verbreiteten. In den ältern Stadttheilen baute man Barricaden, erbrach die Waffenläden und schleppte ausgehobene Granitplatten auf die Dächer. Mit Mühe machten sich einzelne Bürger Bahn zum Schlosse, wo ihnen aber auf ihre Bitte, die Truppen zurückzuziehen, die Antwort zu Theil wurde, daß zuvor die Barricaden weggeräumt werden müßten. Wenn man in der Stadt glaubte, daß auf dem Schloßplatze ein Gemetzel des Volkes bezweckt worden sei, so hatte man im Schlosse die Ueberzeugung, daß der Aufstand, der jetzt

ausbreche, von Literaten, Franzosen, Polen und Juden vorbereitet worden sei.

Durch diesen gegenseitigen Irrthum wurde die Vermeidung des Kampfes unmöglich. Er begann an mehreren Punkten zugleich, am heftigsten in der Königsstraße, Friedrichsstraße, Taubenstraße, Jägerstraße, am Fischmarkt und am cölnischen Rathhause. Die Volkskämpfer, denen Bürgerschützen, Studenten und junge Leute aus allen Classen beigemischt waren, vertheidigten sich meistens hinter ihren Verschanzungen, gingen aber auch hier und da angriffsweise zu Werke. Die Truppen litten übrigens wenig, da ihre Befehlshaber die Taktik befolgten, sie einzeln und dicht an den Häusern vorgehen zu lassen. Am cölnischen Rathhause wurden zwei von Haubitzen unterstützte Angriffe zurückgeschlagen, und erst der dritte, mit Verstärkungen unternommene hatte Erfolg. Eine andere Barricade am Alexanderplatze konnte gar nicht genommen werden. Selbst die einbrechende Dunkelheit that dem Gefecht keinen Einhalt.

Am Morgen des 19. März waren die Truppen im Besitz der nächsten Straßen am Schloß, während die entfernteren und von den ärmern Volksclassen bewohnten Stadttheile ihre Barricaden behielten. Wieder begaben sich Abordnungen zum Schlosse, um dem König zu erklären, daß dem Blutvergießen nicht anders ein Damm gesetzt werden könne, als durch die Gewährung der allgemeinen Wünsche des Landes und durch die Entfernung der Truppen. Der König gab nach, und Stabsofficiere und Bürger machten seinen Beschluß den Truppen und an den Barricaden bekannt. Während die Besatzung unter dem Klange von Choralen die Stadt verließ, bewegte sich ein düsterer Zug mit den Leichen der Gefallenen zum Schlosse. Hätte in der Seele des Königs noch ein Gedanke an Kampf gelebt, so würde er vor diesem fürchterlichen Anblicke verschwunden sein. An diesem Abend wurde die Wache im Schlosse bloß von bewaffneten Bürgern bezogen und die Stadt war erleuchtet. Es wurde bekannt gemacht, daß die Minister entlassen und durch Schwerin, Arnim, Auerswald und Camphausen ersetzt worden seien. Der folgende Morgen brachte eine Amnestie, in Folge deren den verurtheilten Führern des polnischen Aufstandes von 1846 die Thüren ihres Gefängnisses sich öffneten. Noch vierundzwanzig Stunden weiter, und Berlin war Zeuge eines räthselhaften Schauspiels. Um elf Uhr erschien der König zu Pferde auf dem Schloßplatze in der Uniform seiner Garde, die deutschen Farben um den Arm, umgeben von allen anwesenden Prinzen und Ministern, die ebenfalls die

deutschen Farben trugen. Bürgerschützen und Studenten trugen eine schwarz-rothgoldene Fahne voran. Der König ritt durch die Hauptstraßen und ergriff mehrmals das Wort, um die herzuströmenden Bürger mit seinen Absichten bekannt zu machen. Er habe die alten deutschen Farben angenommen und sich und sein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reichs gestellt. Preußen gehe fortan in Deutschland auf; eine deutsche Ständeversammlung, zu der er auffordern wolle, werde über die Gründung und Wiedergeburt eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit. Er selbst stelle sich an die Spitze der Bewegung und des Fortschritts, an die Spitze des constitutionellen Deutschlands.

Außerhalb Preußens verfehlte dieser Schritt des Königs seine Wirkung gänzlich. Man fragte, mit welchem Recht Preußen, das bisher zurückgeblieben sei, plötzlich die Führerschaft beanspruche, und von den Radikalen wurde der aus den edelsten Motiven hervorgegangene Entschluß des Königs so ungerecht beurtheilt, daß man ohne Umschweif von einer auf Täuschung und Einschläferung berechneten Komödie sprach.

Wir haben bisher die großen Züge der deutschen Bewegung geschildert. Wollten wir Einzelnes darstellen, so müßten wir ein Bild allgemeiner Ueberstürzung und nie dagewesener Verwirrung aufrollen. Da war kein Ländchen und kein Städtchen, das nicht seine Erhebungen und seine Errungenschaften gehabt hätte, da war kein Bedürfniß, das nicht augenblicklich befriedigt, kein Wunsch, der nicht mit Ungestüm erfüllt sein wollte. Die Aufrufe und Ansprachen, in denen sich die widersprechendsten Ansichten geltend machten, würden gesammelt die Räume des größten Schlosses füllen, die kleinen und großen Volksversammlungen, die Vereinssitzungen und die formlosen Berathungen unter freiem Himmel ließen sich nicht nach Tausenden zählen. Alles bis auf die letzten Dörfer im Gebirge war bewaffnet, neben der deutschen Waffe der Büchse paradirte der Spieß des Mittelalters, die aufgerichtete Sense der polnischen Bauernschaft, und doch wurde von diesen Waffen, ausgenommen gegen das Wild der Jagdberechtigten kein Gebrauch gemacht, wenngleich Verjagungen mißliebiger Beamten, Krawalle, Katzenmusiken und dergleichen genug, leider auch einige Brandstiftungen, vorkamen. Die Enthaltung von größern Verbrechen in solcher Zeit ehrte den deutschen Charakter, indessen traten andere deutsche Eigenschaften hervor, welche der Bewegung keinen

günstigen Ausgang prophezeiten. Man stritt mit blinder Leidenschaftlichkeit über Theorien, man wollte nationalökonomische, kirchliche und politische Systeme vom Grund bis zur Dachfirste und zwar im Handumdrehen ausbauen, und beschäftigte sich mit gesellschaftlichen Problemen, deren Lösung, wenn überhaupt, erst nach Jahrhunderten zu erwarten ist. Dabei tauchten Größen auf, die Tags vorher kein Mensch gekannt hatte, und grade diese waren es, welche aus persönlicher Eitelkeit den meisten Lärm machten. Die frühern Verwaltungen fühlten ihre Ohnmacht viel zu sehr, um hemmen oder gar unterwerfen zu wollen. Was sie thaten, lief in der Regel auf Bemühungen hinaus, sich volksfreundlich zu zeigen.

Die Regierungen trugen sich mit dem Gedanken, in einem Fürstencongreß einen festen Punkt zu schaffen. Sie mußten indeß diesen Gedanken fallen lassen, da sie sich von der öffentlichen Meinung nicht unterstützt sahen und unter einander über den Ort der Versammlung nicht einig wurden. Ein anderer Plan, der vom König von Preußen ausging, alle deutschen Ständeversammlungen in Berlin zu vereinigen und in Gemeinschaft mit dem preußischen Landtage über Deutschlands Neugestaltung berathen zu lassen, wurde mit Hohngeschrei aufgenommen. Die Gemüther beschäftigten sich ausschließlich mit dem Heidelberger Vorschlage, durch Vertrauensmänner des deutschen Volks, die in der alten deutschen Kaiserstadt Frankfurt zusammenträten, die Vorbereitungen zu einem deutschen Parlament treffen zu lassen. Ein Siebener-Ausschuß der Heidelberger Versammlung hatte Einladungen zu einem Vorparlament erlassen. Da die Einladenden wie die Eingeladenen bloße Privatmänner ohne alle Vollmachten waren, so konnte es sich in Frankfurt bloß um Besprechungen ohne bindende Kraft handeln. Das Vertrauen zu dem Ausschusse und den von ihm Erwählten war aber so groß, und die Hoffnung, daß die Berathungen in Frankfurt die Garantie für die Wiederkehr der Ruhe auf der Grundlage einer neuen Staatsordnung bringen würden, stand so unerschütterlich fest, daß jene Vereinigung von Privatmännern auf einen Gehorsam rechnen konnte, wie ihn zur Zeit keine Regierung erwarten durfte.

Der festliche Schmuck, mit dem Frankfurt das Vorparlament begrüßte, war ein Bild der freudigen Stimmung im ganzen Vaterlande. Die Kirchenglocken läuteten, Böllerschüsse krachten, die Straßen waren mit Ehrenpforten, die Häuser mit Tannengrün geschmückt, als die Vertrauensmänner am 31. März

durch freudig erregte Menschenmengen zu ihrem Sitzungslocal zogen. Der Erschienenen waren 574, und davon gehörten 2 Oesterreich an, 141 Preußen, 44 Baiern, 9 Hannover, 52 Würtemberg, 26 Sachsen, 21 den sächsischen Herzogthümern, 72 Baden, 84 Hessen-Darmstadt, 2 Hessen-Homburg, 26 Kurhessen, 26 Nassau, 5 Braunschweig, 4 Oldenburg, 7 Schleswig-Holstein, 17 Mecklenburg, 2 Lippe, 8 Anhalt, Reuß und Hohenzollern, 26 den freien Städten. Von den Parteischattirungen waren bloß die vertreten, welche von der conservativ-liberalen Richtung bis zur radikalen reichen. Daß auch eine republikanische Partei hervortrat, überraschte wenigstens die Mitglieder, welche aus dem Norden kamen. Bis vor Kurzem hatte sie sich nirgends gezeigt, und wenn sie sich jetzt offen zu ihren Grundsätzen bekannte, so wurde sie durch die Rückwirkung der blutigen Berliner Kämpfe auf die öffentliche Stimmung dazu ermuthigt.

Als vorberathende Versammlung hatte das Vorparlament seine Berathungen auf die Art der Zusammensetzung des Parlaments zu beschränken. Es stieß dabei auf mehrere Streitfragen von brennender Natur. Schon die Frage, welche Landestheile zum Parlament wählen sollten, war ein Erisapfel. Ueber die Zugehörigkeit von Schleswig und von Ostpreußen zu Deutschland war man einig, aber bei Westpreußen regten sich Gewissenszweifel, und hinsichtlich Posens wurde sehr verschieden geurtheilt. Eine selbstmörderische Achtung vor dem abstracten Recht trieb Viele an, die Aufgabe Posens zu verlangen, sei es auch, daß die zahlreichen Deutschen jenes Gebiets dadurch in die übelste Lage geriethen, sei es auch, daß das Slawenthum dadurch eine keilförmig vorgeschobene Position mitten unter deutschen Ländern erlange. Erleuchtetere Patrioten fragten, weßhalb man das durch deutschen Schweiß und deutsche Arbeit gewonnene Land aufgeben wolle? Die Städte seien vollkommen deutsch, die Mehrzahl der Gutsbesitzer ebenfalls, die Tagelöhner wünschten unter deutscher Herrschaft zu stehen, die Bauern verwünschten den Adel, dessen Tyrannei bekannt sei. Was Junghans aussprach: „Wenn wir die Provinz Posen nicht hätten, so müßten wir sie erobern;" drang bei Weitem nicht so durch, als die banale Phrase, daß den an Polen begangenen Raub gut zu machen Pflicht des deutschen Volkes sei. Um nicht Zwiespalt zu erregen, ließ man die Frage der Zulassung von Abgeordneten Posens offen. Entschieden wurde, daß je ein Abgeordneter auf 50,000 Seelen gewählt werde, daß auf einen Census, auf das religiöse Bekenntniß,

auf Standesunterschiede keine Rücksicht genommen werden dürfe, daß jeder volljährige Staatsbürger wahlberechtigt, jeder über 25 Jahre alte wahlfähig sei, daß die Entscheidung, ob directe oder indirecte Wahlen den Vorzug verdienten, den einzelnen Staaten überlassen bleibe, daß das Parlament ein verfassunggebendes sein und in Frankfurt am Main zusammentreten werde.

Alle diese Entscheidungen waren Niederlagen der republikanischen Partei. Sie hatte ihr Programm fertig mitgebracht, und Struve forderte in ihrem Namen die sofortige Neugestaltung Deutschlands in republikanischer Form. Er beantragte in einer auf die untern Classen berechneten und mit Schlagwörtern reich verbrämten Fassung Aufhebung der stehenden Soldatenheere, Aufhebung der stehenden Heere von Beamten und Ersetzung derselben durch eine wohlfeile Regierung, Abschaffung der stehenden Heere von Abgaben, Abschaffung aller Vorrechte des Adels, der Privilegien, des Reichthums, Abschaffung der Bevormundung der Gemeinden, Aufhebung aller Klöster und klösterlicher Einrichtungen, Abschaffung des Schulgeldes und Besserstellung des Lehrerstandes, Abschaffung der Hunderte von Beschränkungen der persönlichen Freiheit, Beseitigung des Nothstandes der arbeitenden Classen und des Mittelstandes, Hebung des Handels, der Gewerbe und der Landwirthschaft, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Capital und Arbeit vermittelst eines besondern Arbeiterministeriums, endlich Aufhebung der erblichen Monarchie und Ersetzung derselben durch freigewählte Parlamente, an deren Spitze freigewählte Präsidenten stehen, alle vereint in eine Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten. Die Versammlung beseitigte dieses Programm und hatte gleich darauf mit einem neuen republikanischen Antrage zu kämpfen, der die Permanenzerklärung der Versammlung wollte. Daß ein Ausschuß bis zur Eröffnung des Parlaments zusammenbleibe, genehmigte man, wählte aber keinen der Hauptführer der Republikaner zum Mitgliede. Ueberhaupt hatte sich die äußerste Partei sehr geschadet, und nicht bloß durch ihre Anträge, sondern mehr noch durch das Toben ihrer Anhänger, die von ihr in Menge nach Frankfurt beschieden worden waren, damit sie die Stadt und die Versammlung einschüchterten.

Vom Vorparlament abgewiesen, verabredeten Hecker, Struve, Fickler, Weishaar und andere Republikaner eine Schilderhebung. Hecker, der bedeutendste Mann der ganzen Partei, war ein gescheidter Mann, aber ein Fanatiker. Ein langer und vergeblicher Kampf gegen das vormärzliche Regiment

hatte sein Gemüth verbittert, und jetzt wollte er von keinem Vergleich wissen, der von der andern Seite doch nicht ehrlich gemeint sein werde, sondern mit raschen Schlägen eine Entscheidung herbeiführen. Er zweifelte keinen Augenblick, daß er ein Volksheer von 80,000 Mann zusammenbringen könne und daß gegen eine solche Macht Niemand einen Widerstand wagen werde. Seine Partei war in Vereinen und leitenden Ausschüssen vortrefflich organisirt, und die Einigkeit, die sie in ihren Reden verrieth, konnte nicht vollkommener sein. Aber die Elemente, aus denen sie bestand, boten nicht die geringste Garantie, daß sie im Handeln so einig sein werde. Ihre Massen wurden nämlich von Wirthshauspolitikern gebildet, von Schreiern und Maulhelden, denen in einem unsittlichen Leben alle Energie abhanden gekommen war. Hinsichtlich dieser Menschen täuschte sich Hecker, wie auch die Hoffnung, die er auf Zuzüge aus der Schweiz und aus Frankreich setzte, ein grober Rechnungsfehler war. Versprechungen waren ihm gemacht worden, was aber wirklich kam, war außer einigen versprengten und verbummelten Abenteurern einige Arbeitercolonnen aus Paris, die sich um den Dichter Herwegh geschaart hatten.

Ihre numerische Hauptstärke besaßen die Republikaner in Baden, besonders im Seekreise, und dorthin wendeten sich Hecker und Struve. Am 11. April waren sie in Constanz vereinigt. Ihr Aufruf kam der Partei selbst unerwartet, denn es war Nichts vorbereitet. Der Handstreich würde auch dann keinen Erfolg gehabt haben, wenn die Verhaftung Fickler's in Mannheim die Verbindungen mit dem Unterlande nicht abgeschnitten hätte. Jene Verhaftung machte den Ausgang nur noch kläglicher. In den beiden ersten Tagen brachte Hecker nicht mehr als 50 Mann zusammen, mit denen er gleichwohl seinen Eroberungszug antrat. In Donaueschingen schwoll der Haufen bis auf 400 Mann an, und noch einige Tage später waren es 1200. Mit einer zweiten Schaar unter Weishaar und Sigel wurde eine Verbindung erstrebt, aber nicht hergestellt, und der dritte republikanische Haufen unter Herwegh hatte die deutsche Grenze noch nicht erreicht.

Am 20. April stießen die Aufständischen bei Kandern auf drei Bataillone hessischer und badischer Truppen, die von einigen Schwadronen Reiterei und sechs Geschützen begleitet waren. Ihr Befehlshaber, General v. Gagern, forderte die Freischärler auf, die Waffen niederzulegen. Jene antworteten mit Zurufen an die Truppen, nicht auf ihre Brüder zu schießen, und feuerten unmittelbar darauf selbst. Gagern fiel; aber die Truppen wurden durch den

Tod ihres Führers nicht in Verwirrung gebracht und sprengten den Feind nach kurzem Kampfe aus einander. Der moralische Eindruck der Niederlage von Kandern bewirkte, daß die Mehrzahl der Freischärler sich zerstreute oder auf schweizerischem Boden Sicherheit suchte. Die einzelnen Haufen, welche noch im Felde blieben, hatten die Stadt Freiburg zum Mittelpunkte. Vereinigt hatten sie sich nicht, ihr Vortrab war zu weit voraus, ihre Nachhut zu weit zurück, und die Truppen hatten mithin leichtes Spiel. Am Ostermontage (24. April) erstürmten sie, Hessen, Badener und Nassauer, Freiburg und wiesen von draußen andringende Freischaaren, die einen Entsatz versuchten, mit blutigen Köpfen zurück. Die Folge war wie nach dem Gefecht von Kandern Zerstreuung des großen Haufens und Flucht der Führer in die Schweiz.

Nachdem Alles vorüber war, zeigte sich Herwegh mit seinen Arbeitern aus Paris. Er hatte Zeit gehabt, sich zu rüsten und die Mannschaften an eine gewisse Zucht zu gewöhnen. Darauf und auf die Unterstützung, die ihm von einem Mitgliede der französischen provisorischen Regierung (Ledru Rollin) zugesagt worden war, pochte er. Alle Aufforderungen deutscher Vaterlandsfreunde, von seinem frechen Einfalle abzulassen, beantwortete er mit Hochmuth: Die Republik sei für ihn eine Gewissenssache, eine religiöse Angelegenheit, und auch von der Mehrheit des deutschen Volkes lasse er sich die Monarchie nicht mehr aufdrängen. Uebrigens zögerte er auffallend lange in Straßburg, und Ostern kam heran, ehe er endlich seinen Rheinübergang bewerkstelligte. Er war in der letzten Zeit ohne Nachrichten gewesen, und was er jetzt hörte, zeigte ihm die Nothwendigkeit eines Rückzuges. Dieser wurde mit einer Schnelligkeit ausgeführt, welcher die Freischaaren ermüdete und entmuthigte. Eine einzige Compagnie Würtemberger genügte bei Dossenbach, die 2000 Mann Republikaner über den Haufen zu werfen. Sehr Wenige fielen, Viele wurden gefangen, die Meisten, und unter ihnen der unglückliche Dichter selbst, erreichten unversehrt den französischen Boden, den sie auf diese Weise nie hätten verlassen sollen.

So war die Gefahr, die eine äußerste Partei heraufbeschwor, rasch und leicht bewältigt worden. Außer dem Bürgerkriege der politischen Meinung entbrannte aber noch ein zweiter, der Bürgerkrieg der Nationalitäten. Bei diesem galt es der Reichseinheit Preußens und Oesterreichs. Die polnischen politischen Gefangenen des erstern Staats hatten durch die Berliner März-

tage nicht sobald ihre Freiheit erlangt, als sie in das Großherzogthum Posen eilten. Man kann ihre Absichten nicht eigentlich feindliche nennen. Den polnischen Bewohnern ihrer Heimath war eine nationale Reorganisation verheißen worden, und das rasche polnische Blut legte diese allgemeine Zusage so aus, als sei darunter die Wiederherstellung des alten Polens verstanden. Die unbändigen Leidenschaften der rohen Volksclassen wurden entfesselt. Alles griff zu den Waffen und kehrte sie gegen Preußen. Die preußischen Adler wurden abgerissen, die Beamten verjagt, an mehreren Orten die Cassen und Vorräthe der Regierung geplündert, die unter den Polen lebenden Deutschen und Israeliten mißhandelt. Auch sie bewaffneten sich, und es drohte ein förmlicher Krieg der Nationalitäten. In der Person des Generals v. Willisen, der den Polen genehmer als den Deutschen war, schickte die Regierung einen Vermittler. Sie beging dabei den Fehler, ihrem Bevollmächtigten keine genau umgrenzten Vollmachten mitzugeben und nicht einmal sein Verhältniß zu den bisherigen Behörden zu bestimmen. Die ihrerseits erbitterten Deutschen, für die alle militärischen und bürgerlichen Beamten Partei nahmen, erhielten dadurch ein gewisses Recht, ihn nicht anzuerkennen, und so verfehlte er seine Friedensstiftung auf dieser Seite gänzlich. Nicht minder auf der andern, da die Polen seinen Namen mißbrauchten und sich gleichsam wie mit seiner Bewilligung in vier befestigten Lagern organisirten. Die neue Ordnung der Dinge wurde endlich dahin normirt, daß die polnischen Landestheile ausgeschieden und unter eine eigene polnische Verwaltung gestellt werden sollten. Als deutsche Landestheile wurden anerkannt der Netzebezirk, sechs Kreise, Theile von fünf andern Kreisen und die Hauptstadt Posen. Dem polnischen Antheil blieb sonach wenig mehr als der dritte Theil des Großherzogthums mit 300,000 Einwohnern und der alten Krönungsstadt Gnesen. Die Polen waren über diesen „Verrath" wüthend. Während Willisen die Beruhigung der Provinz vollendet zu haben glaubte und nach Berlin zurückkehrte, um das Nähere der Reorganisation zu besprechen, erhoben sie sich zu einem Aufstande. Die Landbevölkerung, bei der politische Hebel unwirksam waren, wurde durch die Lüge aufgewiegelt, daß die Deutschen Alle, die nicht zum Protestantismus übergingen, niedermetzeln wollten.

Vom 2. bis zum 12. Mai wurde in blutigen Gefechten gekämpft. Der Anführer der Polen war Mieroslawski, die Deutschen befehligte General Colomb, ein berühmter Parteigänger der Befreiungskriege. Die polnischen

Uhlanen und Sensenmänner wurden durch eine furchtbare Niederlage bei Wreschen belehrt, wie überlegen die preußischen Büchsen und Geschütze seien. Den einzigen Erfolg, der überhaupt errungen wurde, erzielte Mieroslawski bei Mieloslaw durch überlegene Massen, die er plötzlich gegen eine schwache Truppenmacht in's Gefecht brachte. Vom Schlachtfelde zog er sich gegen die russische Grenze, vielleicht in der Absicht, den Krieg in das jenseitige Gebiet zu tragen, wahrscheinlicher um einen Conflict mit Rußland und dadurch eine Kriegserklärung hervorzurufen. Die Grenze war so gut besetzt und die preußischen Truppen drängten so rasch nach, daß er die Waffen strecken mußte. Die Entscheidung war damit erfolgt, wenn auch ein Parteigänger, Krauthofer, der den polnischen Namen Krotowski angenommen hatte, es mit einem kleinen Kriege versuchte. Für diese Kampfesart eignete sich der Nationalcharakter nicht, und noch weniger das Land. Gebirge fehlten, der deutsche Fleiß hatte die Wälder gelichtet, die Sümpfe getrocknet, und die unabsehbaren Ackerflächen boten keine Stützpunkte. Durch diese natürlichen Hindernisse beengt, wurde Krotowski bei Ragalin überfallen, gänzlich besiegt und für seine Person gefangen. Das war der Todesstoß der polnischen Erhebung des Großherzogthums Posen.

Isolirt hatten die Polen nichts auszurichten vermocht, aber ließ sich ihr Ziel nicht etwa durch einen Anschluß an die übrigen slawischen Völker erreichen? Bisher hatten sie den Panslawismus als eine russische Idee weit von sich gestoßen, jetzt kam es ihnen darauf an, die Vereinigung der Slawen zu einer Waffe der Revolution zu machen. In Oesterreich gab es eine slawische Bewegung, die den Kaiserstaat als einen Staat der Slawen auffaßte und in dieser Revolutionszeit nicht ohne Hoffnung war. Prag war zum Mittelpunkte der Slawen geworden. In hundert Gegenden Böhmens griffen deutsche und tschechische Elemente unzertrennbar ineinander hinein, das slawische Gebiet hat seine deutschen, das deutsche Gebiet seine slawischen Sprachinseln. Dennoch sollte Böhmen als Slawenreich, seine Bewohner als Vorkämpfer aller Slawen Oesterreichs proclamirt werden. Die anerkannten Führer forderten zu einem Slawencongresse in Prag auf, den nicht nur die österreichischen, sondern alle Slawen überhaupt beschicken sollten. Man wählte die letzten Tage des Mai, und am 29. dieses Monats trafen die meisten der Einberufenen ein. Man sah unter ihnen den greisen Wuck Stephanowitsch Karadschitz, als Herausgeber der serbischen Volkslieder bekannt, den slowakischen

Pfarrer Hurban, Liebelt und Morarzewski aus Posen, Fürst Lubomirski und Karl Malisz aus Lemberg, die Illyrier Kirschten und Prika, den Dichter Stanko Vraz, verschiedene Professoren aus Berlin, Breslau und Galizien, Stamatovitsch und Petrovitsch aus Neusatz, die Russinen Lorriskiewicz, Ginilewicz und Zaklinski und den russischen Flüchtling Bakunin. Man theilte sich in drei Gruppen, eine tschechische, eine südslawische und eine polnische. Die erste zählte 237, die zweite 42, die dritte 61 Mitglieder.

Das Programm, das von namhaften Gelehrten ausging, ließ besonders zwei Zielpunkte erkennen. Man wollte einmal gegen das Frankfurter Parlament protestiren, nicht in die deutsche Einheit aufgehen, und dann ein slawisches Mittelreich zwischen Deutschland und Rußland bilden. Mit Rußland beschäftigte sich das Programm nur insoweit, als Wünsche für ein innigeres Einverständniß zwischen Polen und Russen, das durch die Gleichstellung beider Nationalitäten leicht zu erreichen sei, und für die politische Freiheit der Russen ausgesprochen wurden.

Die Eröffnung des Congresses, die an dem festgesetzten Tage (3. Juni) ohne Hindernisse stattfand, entfaltete ein großes und fremdartiges Gepränge. Da sah man alle Trachten der slawischen Stämme, historische und moderne durch einander, und außerdem Phantasiecostüme in Masse. Der Fahnenwald über dem Zuge zeigte außer den einzelnen Stammesfarben die panslawische roth-weiß-blaue. In der Theynkirche wurde Messe gehört, am Altare der Slawenapostel Cyrill und Methodius eine Rede gehalten und dann die Versammlung im Saale der Sophieeninsel eröffnet. Es ward die Bestimmung getroffen, daß jeder Redner in seiner Sprache seine Ansichten mittheilen solle, denn man hielt die Verwandtschaft der slawischen Sprachen für eine so große, daß der Böhme den Polen, der Serbe den Slowaken verstehen müsse. Als man sich ungern überzeugt hatte, daß dies nicht der Fall sei, versuchte man es mit dem Französischen, und da auch dies nicht anging, wählte man nothgedrungen die Sprache der verhaßten Deutschen.

Ueber die Berathungen ist so gut wie Nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen, die Beschlüsse sind bekannt geworden. Der erste von allen galt der Abwehr des deutschen Parlaments. Man stellte dieser kleinern Versammlung den Plan einer größern entgegen, nämlich eines allgemein europäischen Völkercongresses zur Ausgleichung aller internationalen Fragen: „Wir sind überzeugt," sagte der Congreß in einem Manifest an die europäischen Völker,

„daß freie Nationen sich leichter unter einander verstehen werden, als bezahlte Diplomaten, und wir wünschen, es möchte doch dieser Vorschlag bei Zeiten beachtet werden, ehe die Reactionspolitik einzelner Höfe es wieder dahin bringt, daß die durch Neid und Haß aufgestachelten Völker sich unter einander zerfleischen." Eine zweite Ansprache erließ man an den Kaiser von Oesterreich, dem man sagte, daß er sein Reich in einen Bundesstaat verwandeln und die einzelnen Kronländer im Interesse der Slawen theilen müsse. Der Congreß verlangte in Ungarn ein besonderes Reich der Slowaken, der Serben, der Kroaten und Illyrier, die Loslösung Galiziens vom Reiche mit Beibehaltung einer bloßen Personalverbindung, ein besonderes Königreich Böhmen, ein besonderes Königreich Slawonien mit der Hauptstadt Laibach. Eine dritte Erklärung über die Bundesverfassung der slawischen Stämme Oesterreichs war in der Berathung, als eine plötzliche, aber nicht unerwartete Störung dazwischen trat.

Die Selbstüberschätzung, von der jede Bewegung in ihren ersten Stadien begleitet wird, war in Prag in hohem Grade vorhanden. Die studirende Jugend namentlich hielt sich in ihrer Begeisterung fähig, das, was ihre gelehrten Führer auf dem Congresse aussprachen, gleich mit dem Schwerte in der Faust zu erkämpfen. Das Einvernehmen zwischen den bewaffneten Körperschaften und der Besatzung war nicht das beste, und es hatte an Reibungen nicht gefehlt. Der befehligende General Fürst Windisch-Grätz war trotz seiner soldatischen Erklärung, daß er allen Entschlüssen, die sein Kriegsherr fasse, gehorchen werde, verhaßt geblieben, und seine Abberufung zu ertrotzen, galt der Jugend für eine schöne Aufgabe. Am 12. Juni — es war der Pfingstmontag — wurde unter freiem Himmel, auf dem Roßmarkte, eine große slawische Messe gelesen. Die jungen Leute hatten sich das Wort gegeben, der kirchlichen Feier beizuwohnen und nach dem: Ite, missa est, vor den Palast des Fürsten Windisch-Grätz zu ziehen. Beides wurde ausgeführt. Die Pereatrufer wurden von der Grenadierwache des fürstlichen Palastes unsanft zurückgedrängt und machten halb erschreckt und halb ergrimmt die Stadt mit ihrem Schicksale bekannt. Nach ihrer Darstellung waren die Grenadiere im Begriff, über die Bürger herzufallen, und um sich dagegen zu schützen, warf man Barricaden auf. Vier Stunden später rückten die Truppen vor. Nachdem sie die Punkte, welche die beherrschenden sind, besetzt hatten, machten sie Halt. Fürst Windisch-Grätz hatte seine Gemahlin durch einen meuch-

lerischen Schuß verloren, aber trotz seines Schmerzes wollte er durch Unterhandlungen zum Ziel kommen. Man versprach Alles, was er forderte, und nahm dann den Kampf wieder auf. Dieses mehrmals wiederholte Spiel war kein Verrath, sondern Unbotmäßigkeit der einzelnen Insurgentenhaufen. Jeder kämpfte auf seine eigene Faust und kümmerte sich nicht um Bedingungen, die ein Waffengefährte eingegangen war. So ging es am 13. und 14. Juni fort. In der Nacht des letzten Tages räumte der Fürst die Stadt und zog seine Truppen auf den beherrschenden Höhen zusammen. Wieder wurden die Unterhandlungen fortgesetzt und durch Gefechte unterbrochen. Am 17. Juni verlor der Fürst endlich die Geduld und warf auf die Stellungen der Tschechen am Moldauufer einige Bomben. Als aus drei Gebäuden Flammen aufloderten, rafften die Bürger sich auf und zwangen die Jugend zum Niederlegen der Waffen. Die Mitglieder des Slavencongresses waren in den Kampfestagen abgereist, zum Theil ausgewiesen worden.

Das Parlament, das sie mit Furcht und Haß betrachteten, tagte in Frankfurt seit dem 18. Mai. Alle Regierungen hatten die Wahlen in der vom Vorparlament angedeuteten Weise vornehmen lassen, und aus den Urnen waren die bekanntesten, zum Theil auch dunkle Namen hervorgegangen. Vier der Gewählten waren katholische Kirchenfürsten, eine noch zahlreichere Vertretung fand der hohe Adel. Man hatte Minister und Staatsräthe, Generale und andere Oberofficiere, Staatsbeamte aus allen Dienstzweigen, viele Professoren und Schriftsteller, von denen die Meisten auf den Germanistenversammlungen sich bemerklich gemacht hatten, viele Abgeordnete deutscher Ständekammern, Kaufleute und Industrielle verhältnißmäßig wenige gewählt. Intelligenz und Kenntnisse waren vielleicht Keinem der Erschienenen abzusprechen, und die Mehrzahl hatte sich die politische Erfahrung angeeignet, die in den Geschäften kleinerer Staaten erworben werden kann. Die große deutsche Politik war für Alle ein neues Feld, auf dem sich zurechtzufinden nicht Sache eines Moments war, zumal in einer bewegten Zeit.

Die erste Präsidentenwahl wies ein Ueberwiegen der gemäßigten Meinung nach. Sie fiel mit starker Mehrheit auf Heinrich von Gagern, der sich im Kampfe gegen die Republikaner des südwestlichen Deutschlands als sturmfest erprobt hatte. Die Parteien bildeten sich nach und nach, als die erste von allen die Linke. Die äußerste Rechte mit einer Unterabtheilung von Ultramontanen, die sich später abschied, hatte den General v. Radowitz und

v. Vincke, den berühmten Redner des Vereinigten Landtags, zu Führern. Ein rechtes Centrum vereinigte einen großen Theil der Gelehrten, Beseler, Dahlmann, Droysen, Duncker, Simson, Welcker, Waitz und Zachariä. Diese Fraction war die zahlreichste, doch kam ihr das linke Centrum in dieser Beziehung ziemlich nahe. Auch hier waren viele Gelehrte vereinigt, Biedermann, Mittermaier, Robert von Mohl, Tellkampf, Rießer, Stenzel u. A. m. An dieses Centrum schloß sich eine gemäßigte Linke, deren hervorragendste Mitglieder Raveaux, Heinrich Simon, v. Reden, Schoder, Schott, Venedey und Vischer waren. Für die eigentliche Linke ergriffen am häufigsten Robert Blum und Karl Vogt das Wort. Die äußerste Linke oder die entschiedenen Republikaner hatten anfangs den Philosophen Ruge, dann Ludwig Simon zum Haupte und zu ihnen hielten Brentano, Fröbel, Schlöffel, Trützschler, Zitz, lauter Männer, die im nächsten Jahre ihren Tod fanden oder ihr Vaterland zu verlassen genöthigt waren.

Die innere Einrichtung des Parlaments durch die Ernennung eines Vorsitzenden, zu welchem Amt Heinrich v. Gagern, einer der treuesten Constitutionellen erkoren wurde, eines Stellvertreters, v. Soiron, und verschiedener Ausschüsse für die Verfassung, für volkswirthschaftliche Angelegenheiten und für Petitionen und Prioritätsfragen, waren bald beendet. Die äußeren Beziehungen des Parlaments klärten sich vorläufig an zwei Ereignissen, welche die Versammlung zu wichtigen Entscheidungen über die Ausdehnung ihrer Befugnisse aufforderten. Das erste Ereigniß war die Einberufung constituirender Versammlungen durch mehrere Regierungen, die dem Vorgange Preußens folgten, das zweite ein blutiger Zusammenstoß zwischen der Bürgerwehr von Mainz und dem preußischen Theile der dortigen Besatzung. Jene Einberufung constituirender Versammlungen für Einzelstaaten konnte für einen Eingriff in die Rechte des Parlaments gelten, denn war dieses allein berufen, Deutschland eine neue Verfassung zu geben, dem Staatenbunde den Stempel eines Bundesstaats aufzuprägen, so hatte man in Berlin, Dresden und Hannover zu warten, bis man in Frankfurt mit der Gesammtverfassung fertig sei, um derselben die Einzelverfassungen anpassen und unterordnen zu können. Die Versammlung hatte aber nicht bloß diese Seite in's Auge zu fassen, sondern auch die andere, daß die einzelnen Staaten, deren Verwaltung ausnahmelos Männern der freisinnigen Partei anvertraut war, das Bedürfniß hatten, ihre Verfassungen mit den offen und klar ausgesprochenen Grundsätzen des Tags

in Einklang zu bringen. Man durfte sie darin nicht hindern, ohne ungewisse, den augenblicklichen Machthabern am wenigsten günstige Verhältnisse des öffentlichen Rechts in's Unbestimmte zu verlängern, und man durfte eben so wenig dem eigenen Recht der Verfassungsgebung entsagen, um nicht die junge Autorität des Parlaments zu schwächen.

Diese doppelte Rücksicht empfahl das Betreten eines Mittelwegs. Für diese Politik sprachen die meisten Redner, die Einen, indem sie gleich dem badischen Kammerveteran Welcker die Zustimmung der Regierungen zu dem deutschen Verfassungswerke als eine Nothwendigkeit darstellten, die Andern, indem sie gleich dem Vorkämpfer des preußischen Vereinigten Landtags, Vincke, warnten, sich nicht für allmächtig zu erklären und dadurch den Widerspruch herauszufordern. Der Beschluß, zu dem man fast mit Stimmeneinhelligkeit gelangte, lautete: „Die deutsche Nationalversammlung, als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands, erklärt, daß alle Bestimmungen deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als gültig zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet."

Hatte das Parlament sich für allein zur Entwerfung einer deutschen Verfassung berufen erklärt, so hatte es doch keine oberherrliche Gewalt in Anspruch genommen. Auch auf die Auffassung seiner Stellung, die ihm nach Art des französischen Convents von 1793 eine ausübende Gewalt beilegen wollte, ging es nicht ein. Es waren die Mainzer Vorgänge, bei deren Berathung diese Klippe umgangen wurde. Feurige demokratische Redner, unter ihnen Zitz, der Oberst der Mainzer Bürgerwehr selbst, wollten die Versammlung durch grasse Ausmalung soldatischer Rohheiten auf ihre Seite herüberreißen, allein es wurde ihnen nachgewiesen, daß die Bürgerwehr den größeren Theil der Schuld trage, wie dies schon aus dem Verhältniß der Todten und Verwundeten auf beiden Seiten ausgesprochen wurde: 3 schwer und 2 leicht Verwundete bei der Bürgerwehr und bei den Preußen 25 Verwundete und 4 Getödtete, darunter 3 durch Stiche in den Rücken. Nicht genug, daß das Parlament zu keiner befehlshaberischen Anordnung in dieser Angelegenheit sich bestimmen ließ, lehnte es selbst jede einmischende Aeußerung durch Uebergang zur Tagesordnung ab.

Nach diesen beiden Abstimmungen und durch sie erhielten die Parteien ein bestimmteres Gepräge. Es gab ihrer fünf, außerhalb derselben standen unabhängige Mitglieder in nicht geringer Zahl. Auf der äußersten Rechten versammelten sich die, welche dem Parlament kein anderes Recht beilegten, als einen Verfassungsentwurf aufzustellen, über dessen Annahme oder Verwerfung den Fürsten die Entscheidung zustehe. Auf sie folgte die rechte Seite, von den eigenen Mitgliedern als rechtes Centrum bezeichnet und aus Politikern bestehend, die weder ein unbedingtes Souveränetätsrecht des Parlaments, noch ein unbedingtes Entscheidungsrecht der Regierungen anerkannten, und zu der Mäßigung, der Intelligenz und der Vaterlandsliebe beider Theile vertrauten, daß auf dem Wege der Vereinbarung oder der stillschweigenden Zustimmung eine Verfassung entstehen werde, die, da sie sowohl dem Einheitsbedürfnisse als der Berechtigung der Stammeseigenthümlichkeiten entspreche, allseitige Anerkennung finden werde. Die dritte Partei, die des linken Centrums, hielt an der Souveränetät des Parlaments fest und erkannte das Mitberathungs- und Entscheidungsrecht der Regierungen nur insoweit an, als es sich in der Darlegung von Ansichten äußere. Diese Partei kehrte mithin den Grundsatz um, daß die Regierung entscheide, das Volk seinen Beirath gebe.

Die Unterschiede der drei genannten Parteien bezogen sich auf die Meinung, die man von dem Recht des Parlaments gegenüber den Regierungen hatte. Alle drei neigten zu einem beständigen diplomatischen Verkehr mit den Regierungen, durch den, wie alle drei überzeugt waren, das Verfassungswerk seine beste Förderung erhalten werde und von dem die äußerste Rechte hoffte, daß er die Verfassung überwiegend conservativ gestalten werde, während das linke Centrum von dem Einfluß der Versammlung auf die Cabinette und Ministerien das Gegentheil erwartete. Völlig getrennt von diesen drei Parteigruppen war die Linke, die die parlamentarischen Verhandlungen weder auf das Verhältniß der Centralgewalt zu den einzelnen Regierungen beschränken, noch das Ergebniß den Wechselfällen von Vermittlungen und Vereinbarungen aussetzen wollte. Wie die Regierungen ein und zwei Jahre später, so legte sich die Linke ein Recht des Octroyirens bei, und fragt man nach der Grundlage dieses Rechts, so stößt man hier wie dort auf dieselbe: Besitz der Macht. Das Octroyiren der Linken wollte sich auf Alles erstrecken, was die Partei sich als ersprießlich für die Wohlfahrt des Staats, der kirchlichen und bürgerlichen Gemeinde, der Familie und des Einzelnen dachte. In allen diesen Beziehungen einem,

vielleicht wahren, vielleicht falschen Ideal nachstrebend, sah sie überall so traurige Abweichungen von demselben, daß ihr nichts als ein vollständiger Neubau genügte. Den bestehenden Zuständen machte sie noch das eine Zugeständniß, daß die Bildung nicht in jedem Staate weit genug vorgeschritten sei, um die augenblickliche Durchführung des Ideals zu gestatten. Die Linke wollte daher erlauben, daß die Staaten, denen die Vorzüge der Republik noch nicht klar geworden seien, vorläufig und bis zum Durchbruch der wahren Bildung die Monarchie beibehielten.

Die äußerste Linke war eine unklare Crystallisirung französisch-socialistischer und deutsch-junghegel'scher Gedanken. Ihr Staatsphilosoph hat ihr Programm erst in der Verbannung geschrieben, und es würde unbillig sein, wenn wir, was in der Erbitterung über die Niederlage und in der Isolirung der Fremde ausgesprochen wurde, für selbstbewußte Grundsätze einer deutschen Partei erklären wollten. Soweit die äußerste Linke in Frankfurt sich aussprach, hielt sie das letzte und höchste Ziel der Menschen erreicht, den Zustand meinen wir, in dem jeder Einzelne, während er von seinen Rechten nach seinem Ermessen Gebrauch macht, das entgegenstehende und ihn beschränkende Recht des Andern mit freier Selbstbestimmung achtet, immer weiß, was gut ist, und nie thut, was schlecht ist. Alles, was jetzt noch Zügel und Schranke der gemeinen Selbstsucht, der Rohheit der Leidenschaften und bösen Gelüste ist, galt der äußersten Linken als überwundener Standpunkt, und sie selbst hatte, wie ihr Vordenker einst mit Gelassenheit aussprach, gar keinen Standpunkt.

Aus keiner aller dieser Parteien erhob sich eine verneinende Stimme, als am 14. Juni über die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte berathen wurde. Man bewilligte sechs Millionen Thaler vorbehaltlich der Verwendung der Gelder durch die zu ernennende Centralgewalt. Fünf Tage später gelangte man zu der Entscheidung über diese Centralgewalt selbst. Die Attribute, die ihr zu geben seien, lagen in der Natur der Sache und konnten nicht streitig sein. Die Oberleitung des Heerwesens und die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands mußten ihr zustehen. Um so mehr ließ sich darüber streiten, ob die Executivgewalt für alle gemeinsamen deutschen Angelegenheiten einer zusammengesetzten Behörde oder einem Einzelnen übergeben werden, und aus wie vielen Mitgliedern dieses Directorium bestehen oder wer dieser Einzelne sein solle. Die 21 Anträge, die vor dem Beginn der Debatten gestellt worden waren, drückten die verschiedenen Ansichten noch nicht ganz aus; im

Laufe der Verhandlungen wurden einmal 23 und ein anderes Mal 8 neue Vorschläge gemacht.

Die Mehrheit des für diese Frage besonders gewählten Ausschusses wollte ein Directorium, bestehend aus drei Personen. Es war bekannt, daß die Antragsteller „drei Onkel“ (nämlich von regierenden Herren) im Sinne hatten: den Erzherzog Johann von Oesterreich, den Prinzen Wilhelm von Preußen und den Prinzen Karl von Baiern. Das Directorium sollte bis zur Vollendung der deutschen Verfassung in Amt bleiben und in dem Bundestag einen Staatsrath zur Seite haben, der ihm mit Rath an die Hand gehe und zugleich zwischen ihm und den Regierungen vermittle. Ein andrer Antrag gab diesem Directorium sieben Mitglieder. Wer das Directorium wählen solle, ob das Parlament, ob die Regierungen, ob jenes und diese gemeinschaftlich, damit beschäftigten sich andere Anträge. Die Souveränetätsfrage kehrte wieder, und zwar in einer Sache von großer und unmittelbarer Wichtigkeit. Diese Erwägung machte die Linke dahin einig, daß sie einen vollziehenden Ausschuß vorschlug, dessen Vorsitzenden die Versammlung erwähle und mit der Ernennung von vier Gehülfen beauftrage, mit denen er die Geschäfte so lange führe, als er das Vertrauen der Mehrheit besitze.

Nicht weniger als 223 Redner hatten sich im Voraus einschreiben lassen, und in der Hitze des Kampfes begehrten noch so viele das Wort, daß die Versammlung beschloß, jede Partei solle ihre Redner selbst wählen und außer diesen Niemand auf der Rednerbühne zugelassen werden. Die Ansichten der äußersten Rechten legte v. Radowitz, als Vertrauter des Königs von Preußen mit einem gewissen Mißtrauen empfangen, mit einfachen und bestimmten Worten dar. Die Gerechtigkeit fordere, daß die Fürsten wählten, sagte er. Noch fehle das Staatenhaus, das sich nach dem Ausbau der Verfassung der Interessen der Einzelstaaten annehmen werde, aber die Vertretung der Gesammtheit sei da, und übertrage man dieser auch diese Wahl, so bleibe das Besondere ohne alle Berücksichtigung. Bassermann nannte es gleichgültig, von wem die Ernennung ausgehe, denn jedenfalls würden nur Männer gewählt werden, welche das Vertrauen der Nation besäßen. Die Linke forderte eine republikanische Spitze, weil, wie Robert Blum sagte, das Parlament, das mit der Allgewalt der Nation bekleidet sei, eines Organs bedürfe, das seinen Willen verkünde, also eines vollziehenden Ausschusses. „Ein solcher,“ setzte er beschwichtigend hinzu, „löst die deutschen Verhältnisse keineswegs auf,

sondern schützt sie. Der Gesammtstaat soll grade deshalb eine Republik sein, damit die einzelnen Theile desselben sich selbständig entwickeln können."

Den Namen des Erzherzogs Johann nannte Vincke. In dem Volke ruhe die physische, nicht aber die rechtliche Allmacht. Man spreche hier von Rechten des Volks, dort von Rechten der Fürsten, die constitutionelle Staatsrechtslehre vereinige und versöhne sie beide. Eine Republik sei unmöglich, eine aus drei Personen bestehende Centralgewalt unzweckmäßig, ein einziger Bundesdirector müsse ernannt werden, und an wen könne man da eher denken, als an den Fürsten, der in Zeiten des Kriegs und des Friedens stets eine deutsche Gesinnung bewährt habe? Lassaulx und Radowitz schlossen sich an Vincke an, aber ihre Argumente verschwanden in der Fluth von Reden, die für diesen, für jenen Vortrag wirr durch einander gehalten wurden. Aus der Andeutung des bairischen Ministers v. Beisler, daß die Regierungen sich über eine bestimmte Persönlichkeit geeinigt hätten, ließ sich nicht entnehmen, daß der Erzherzog Johann diese Persönlichkeit sei.

Am letzten Tage der Verhandlung lenkte Raveaux auf einen Vergleich hin durch seine Aufforderung, die verschiedenen Anträge auf eine Art und Weise zu verschmelzen, die der Nation zeige, daß man in Frankfurt eine Einigung wolle. „Lassen Sie doch die leichte Brücke bestehen," rief er, „die wir den Regierungen gebaut haben. Wir geben die Macht ja doch nicht aus der Hand." Nach ihm sprach noch ein Redner, und dann erhob sich Gagern. Er würde es bedauern, sagte er gegen die rechte Seite gewendet, wenn es für ein Princip gelten sollte, daß die Regierungen in einer solchen Sache gar nichts zu sagen haben sollten. Vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit angesehen, gewinne die Sache eine andere Gestalt. „Meine Herren, ich thue einen kühnen Griff, und ich sage Ihnen: Wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen." Diesem Ausspruche, der die Versammlung mit zündender Macht traf, ließ er die Begründung nachfolgen. Die Centralgewalt müsse stark sein und Vertrauen einflößen, und da die Mehrheit einen einzigen Reichsverweser wünsche, über dessen Bezeichnung, falls sie den Regierungen überlassen werde, große Schwierigkeiten entstehen könnten, so müsse man ihnen den Vorschlag erlassen, sie mit der Verlegenheit verschonen und auf ihre nachträgliche Zustimmung rechnen. Es gebe keinen Privatmann, der unter den obwaltenden Umständen das Amt übernehmen könne.

Die Einigkeit, die Gagern unter den Parteien hergestellt hatte, nahm

bei den Erörterungen der Nebenfragen ein Ende. Nach achttägigen Kämpfen gelangte man zur entscheidenden Abstimmung und setzte fest: Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland soll eine provisorische Centralgewalt für alle gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. Dieselbe hat die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht zu übernehmen, die vollziehende Gewalt in allen die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffenden Angelegenheiten zu üben und Deutschland völkerrechtlich und handelspolitisch zu vertreten. Die Errichtung des Verfassungswerks bleibt von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgenommen. Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung. Die provisorische Centralgewalt wird einem Reichsverweser übertragen, welcher von der Nationalversammlung frei gewählt wird. Der Reichsverweser übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. Der Reichsverweser ist unverantwortlich.

Gegen diese letzte Bestimmung hatte die Linke noch einmal ihre ganzen Streitkräfte in's Feld geführt, aber nichts als den Beitritt einiger wenigen Abgeordneten vom linken Centrum erzielt. Wenn sie nun noch einen eigenen Candidaten für die Reichsverweserschaft aufstellte, so geschah es bloß des Princips wegen, nicht daß sie selbst auf einen Erfolg gerechnet hätte. Am 29. Juni stimmten 436 Mitglieder für den Erzherzog Johann, 52 für Gagern, 31 für Itzstein, den alten Führer der badischen Opposition, der in der Paulskirche übrigens sehr schweigsam geworden war, 1 für den Erzherzog Stephan. 27 Mitglieder der äußersten Linken enthielten sich der Abstimmung. „Ich proclamire hiermit," sprach der Vorsitzende in feierlichem Tone, „Johann, Erzherzog von Oesterreich, zum Reichsverweser über Deutschland. Er bewähre die allezeit gehegte Liebe zu unserm großen Vaterlande, er sei der Gründer unsrer Einheit, der Bewahrer unsrer Volksfreiheiten, der Wiederhersteller von Ordnung und Ruhe." Die Versammlung erhob sich zu einem dreifachen Lebehochrufe, und in ihre Stimmen klang das Geläute der Glocken, der Donner der Geschütze hinein.

Man ernannte eine Abordnung — v. Andrian aus Oesterreich, Jucho aus Frankfurt am Main, Francke aus Schleswig-Holstein, Heckscher aus Hamburg,

Raveaux aus Rheinpreußen, v. Rotenhan aus Baiern und v. Saucken-Tarputschen aus Preußen — um dem Erzherzog die auf ihn gefallene Wahl anzuzeigen. Sie traf am 4. Juli in Wien ein und wurde von einer unzähligen Menge mit dem Gesange des Liedes: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ empfangen. In der Audienz beim Erzherzog nahm Heckscher das Wort, um in wenigen dem Moment entsprechenden Worten zu sagen, daß die hohen Tugenden des Fürsten, die Liebe des deutschen Volks, das Vertrauen der gesammten Nation die Wahl auf ihn gelenkt und der Freudenruf, der Jubelgruß aller Stände und Stämme die Entscheidung der Nationalversammlung bereits gutgeheißen habe. Der Erzherzog antwortete zusagend, daß er keinen andern Ehrgeiz mitbringe, als den, dem gemeinsamen Vaterlande in seinem vorgerückten Alter (er zählte 66 Jahre) seine letzten Kräfte zu weihen.

Am 8. Juli verließ er Wien. Ungeeignete Ansprachen, die unterwegs über seine Unverantwortlichkeit an ihn gerichtet wurden, beantwortete er mit einer freundlichen Gemüthlichkeit, die ihm noch mehr Herzen gewann. Am 11. war er in Frankfurt und nahm die Bewillkommnungen des Ausschusses der Nationalversammlung, des diplomatischen Körpers und des Senats der Stadt entgegen. „Wenn das Vaterland ruft,“ entgegnete er auf Gagern's Ansprache, „so ist es Pflicht, ihm selbst die letzte Kraft, die letzten Jahre zu weihen. Dies hat mich bewogen, Ihren Ruf anzunehmen. Da habt Ihr mich, ich gehöre zu Euch.“

Der 12. Juli, an dem er im Reichstage erschien, um vor der Versammlung das Versprechen abzulegen, daß er das Gesetz über die provisorische Centralgewalt zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes handhaben werde, war vermöge eines merkwürdigen Zusammentreffens der Jahrestag eines der schmachvollsten Ereignisse in der ganzen deutschen Geschichte. Am 12. Juli 1806 war die Bildung des Rheinbundes erfolgt, und derselbe Tag sah jetzt den Grundstein zu einem neuen deutschen Reiche legen. An demselben Tage löste der Bundestag sich auf.

Wenn irgend ein deutsches Land, so hatte Schleswig-Holstein sich zu freuen, daß es wieder einen Mittelpunkt deutscher Einheit gab. Das Jahr 1848 wäre diesem westlichsten deutschen Lande sonst verderblich geworden, denn die Dänen hatten jetzt eine Verfassung und waren im Hochgefühl der neuen Freiheit weniger denn je geneigt, den Rechten ihrer deutschen Staatsangehörigen der Herzogthümer gerecht zu werden.

Seit dem 20. Januar 1848 regierte, durch den an jenem Tage erfolgten Tod seines Vaters, Christian's VIII., auf den Thron berufen, Friedrich VII. Von zwei Gemahlinnen gerichtlich geschieden, war er als Prinz theils wegen dieser ungewöhnlichen Erscheinung, theils wegen mancher abweichenden Eigenheiten in seinem Benehmen und seinen Sitten ungünstigen Urtheilen ausgesetzt gewesen. Bei den unteren Ständen war er übrigens beliebt und galt bei ihnen für einen Fürsten von politisch-freisinniger und durchaus dänischer Gesinnung. Bei seinem Regierungsantritt fand er eine fertige Verfassung vor und veröffentlichte sie, weil sie ein Vermächtniß seines Vaters war. Sie befriedigte Niemand. Sie gedachte des Mitwirkungsrechts der Stände — 26 für die Inseln und Jütland, 26 für die Herzogthümer — bei Gesetzen und Steuerauflagen in einer ganz unbestimmten Weise und war eigentlich nur als Einleitung zu einer Verfassung zu betrachten, da die definitiven Staatsgrundgesetze erst aus Berathungen der Regierung mit einsichtsvollen und erfahrenen Männern, die durch das Vertrauen ihrer Mitbürger bezeichnet werden würden, hervorgehen sollten.

Vier Wochen später wurde die Februarrevolution in Kopenhagen bekannt. Die Aristokratie und das Volk beurtheilten dieses welterschütternde Ereigniß sehr verschieden, die Aristokratie als eine Episode, die nach längstens drei Monaten ausgespielt haben werde, das Volk als die Morgenröthe einer neuen Zeit, in der Frankreich wieder der Bundesgenosse Dänemarks sein werde. Hielt die Aristokratie die abwartende Politik für die beste, so schritt das Volk dagegen zum Handeln. Am 11. März wurde im Casino eine Versammlung gehalten, zu der mehr als 3000 Menschen strömten. Die Nationalitätsfrage wurde als die wichtigste am ausführlichsten und in dem Sinne verhandelt, daß Schleswig eine dänische Provinz sei. Zwei Redner, die, wenn auch nicht für das gute deutsche Recht, doch gegen den „Nationalitätsschwindel" sprachen, wurden für verrückt erklärt. Eine Versammlung des nächsten Tages holte das Politische nach, welches jene erste versäumt hatte. Orla Lehmann erreichte durch seine volksthümliche Beredtsamkeit, daß die beiden Richtungen sich vereinigten. Bei den folgenden Zusammenkünften entwarf man eine Adresse, welche den König aufforderte, „die Nation nicht zur Selbsthülfe der Verzweiflung zu bringen," sondern seinen Thron mit Männern zu umgeben, welche der Aufgabe gewachsen seien, die Ehre Dänemarks zu retten und die Freiheit des Landes zu begründen. Als Anhang der Adresse wurde

ein Programm des neuen Ministeriums, das man noch nicht hatte, berathen und angenommen.

Eine Masse von 15,000 Menschen begleitete die Abgeordneten, welche die Ansprache dem König überbrachten, auf den Schloßhof. Der Monarch nahm das Document entgegen und antwortete, daß er den darin ausgesprochenen Wünschen zuvorgekommen wäre. Die Minister hätten ihre Entlassung erhalten: man möge Vertrauen zu ihm haben, er werde dem Volke ein getreuer Führer zur Ehre und zur Freiheit sein. Nun erhielt auch Dänemark sein Märzministerium. Moltke-Bregentved übernahm die Finanzen, die Marine etwas später Zahrtmann, Bardenfleth die Justiz, Graf Knuth das Auswärtige, Tscherning das Kriegswesen, Monrad den Cultus, Bluhme den Handel, Plessen interimistisch die Herzogthümer, Haidt und Lehmann traten ohne Portefeuille ein. Einige dieser Männer hatten sich als tüchtige Beamte, Andere als Specialitäten in besondern Fächern, Einer als ein Förderer der Gemeindefreiheit bewährt, Politiker waren eigentlich nur zwei, Monrad und Orla Lehmann, und diese beiden huldigten einem weit vorgeschrittenen Liberalismus und dem Grundsatze: Dänemark bis an die Eider. Schleswig sollte unter möglichster Wahrung seiner provinciellen Selbständigkeit mit Dänemark ein Reich bilden, Holstein dagegen als deutscher Bundesstaat seine eigene freie Verfassung haben.

Wurde die Verfassung auch erst am 5. Juni 1849 durch die Genehmigung des Königs zum Gesetz erhoben, so standen ihre Grundzüge doch seit dem 20. März 1848 fest. Die durch das Königsgesetz bestimmte Erbfolge, sagt sie, bleibt auch fernerhin in Gültigkeit. Der König beruft in jedem Jahre einen ordentlichen Reichstag, der sich aus einer zweiten Kammer, Volksthing genannt, und einer ersten Kammer, dem Landesthing, zusammensetzt. Wähler ist jeder unbescholtene und unabhängige Mann von fünfundzwanzig Jahren. Anklagen gegen die Minister werden von einem Reichsgericht entschieden. Die Freiheit des Glaubens, der Presse ist gewährleistet, kein Verein kann durch Veranstaltung der Regierung aufgehoben werden, das Versammlungsrecht ist unbeschränkt, mit der Ausnahme jedoch, daß Versammlungen unter freiem Himmel verboten werden können, wenn man von ihnen eine Störung der Ruhe befürchtet, die Wohnung ist unverletzlich, das Eigenthum unantastbar, alle Beschränkungen in der freien und gleichen Berechtigung zum Erwerbe, die nicht in dem allgemeinen Wohle begründet sind,

sollen durch Gesetze aufgehoben werden, jede Gemeinde verwaltet ihre Angelegenheiten unter Aufsicht des Staats selbständig, ein jedes Vorrecht, das die bisherigen Gesetze an Adel, Titel und Rang knüpften, ist abgeschafft, für die Folge kann kein Lehen, Stammhaus oder Fideicommiß errichtet werden, und ein Gesetz soll bestimmen, wie die jetzt bestehenden in freies Eigenthum übergehen können. Fand ein Staat, in dem eine solche demokratische Verfassung Geltung hatte, bei einer der conservativen Mächte Unterstützung, so war der Grund gewiß nicht in Sympathie mit seiner innern Politik zu suchen.

In den stürmischen Tagen der Kopenhagener Volksberathungen hatte Schleswig-Holstein ebenfalls seine Versammlungen. Da die Gefahr größer geworden war, sprach man die Grundsätze des alten Verfassungsrechts der Herzogthümer fester und entschiedener denn je aus. Die Wahlen der einsichtsvollen und erfahrenen Männer nahm man vor, mit der vorbehaltlichen Hinzufügung jedoch, daß man verlange, den Staat Schleswig-Holstein in seiner Scheidung und Trennung vom Königreiche anerkannt und diesem Staat seine verfassungsmäßigen Rechte wieder eingeräumt zu sehen. Die Abgeordneten der Herzogthümer, die sich am 18. März in Rendsburg vereinigt hatten, wo sich gleichzeitig zahllose Menschen aus allen deutschen Gebieten einfanden, schickten eine Deputation nach Kopenhagen, welche von dem König-Herzog zu erbitten hatte, daß er den Entwurf einer gemeinsamen Verfassung für Schleswig-Holstein vorlegen lasse und die Aufnahme von Schleswig in den deutschen Bund bewirke. Die Deputation erreichte Kopenhagen am 22. März und wurde von einer im höchsten Grade fanatisirten Menge empfangen. Ein ungeheurer Pöbelhaufen stürzte ihr zum Landungsplatze des Dampfschiffes entgegen, begleitete sie schimpfend und tobend in ihr Hotel, und es wäre zum Schlimmsten gekommen, wenn die Studenten nicht eine Schutzwehr gebildet hätten. Als die Abgeordneten nach längerem Harren beim König-Herzog Gehör fanden, gab er ihnen mit etwas andern Ausdrücken dieselbe Antwort, die das Programm seiner neuen Minister den deutschen Ansprüchen entgegenstellte: das Herzogthum Holstein werde außer einer eigenen Verfassung, einer eigenen Regierung, einem eigenen Militärwesen auch getrennte Finanzen erhalten, dem Herzogthum Schleswig, dessen Selbständigkeit er durch ausgedehnte provinzielle Institutionen, einen eigenen Landtag und eine besondere Verwaltung kräftig zu schirmen entschlossen sei, eine Einverleibung in den

deutschen Bund zuzugestehen, habe er weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen.

In Kiel hörte man von dem beschimpfenden Empfange der deutschen Abgeordneten mit dem Zusatze, daß sie thätlich mißhandelt, ja ermordet worden seien. Man bewaffnete sich, verbrüderte sich mit den Soldaten und errichtete eine provisorische Regierung: Prinz Friedrich v. Augustenburg, Graf Reventlow, Beseler. Eilboten durchflogen das Land, zur Wehrbarmachung mit allen vorhandenen Waffen auffordernd, die Bevölkerung der Städte und Dörfer, conservativ, aber auch deutsch durch und durch, entsprach dem Aufrufe ohne Ausnahme, das Militär trat bis auf einige wenige Officiere über, die Festung Rendsburg ließ sich willig überrumpeln. Aus Freischaaren, Freiwilligen und den übergetretenen Truppen bildete sich eine Streitmacht, die der Zahl nach vielleicht genügt hätte, aber wegen ihrer Buntscheckigkeit und ihres Mangels an Uebung den Dänen allein nicht gewachsen war.

Die deutschen Regierungen, welche um Hülfe angegangen wurden, sagten sie bereitwillig zu. Preußen schickte vorläufig Officiere, aber mit ganzen Truppentheilen blieb es gleich den übrigen Nachbarstaaten im Rückstande. Man hatte noch zu viel im eigenen Hause zu thun und vertraute zu viel auf einen friedlichen Ausgang der in Kopenhagen eingeleiteten Vermittlungsversuche. Eine weit größere Thätigkeit und Energie bewährten die Dänen. In den ersten Tagen des Aprils waren ihre Rüstungen so weit gediehen, daß sie mit Landtruppen und Schiffen zum Angriff schreiten konnten. Der Prinz von Noer hatte seine Truppen und Freiwilligen, noch nicht 10,000 Mann an Zahl, bei Bau vereinigt, in einer Stellung, die gegen einen Angriff bloß vom Lande her vortrefflich gedeckt war, allein unhaltbar wurde, sobald der Feind Kriegsschiffe in's Spiel brachte. Dies thaten die Dänen. Während ihre Truppen gegen den Prinzen vorgingen, setzten ihre Schiffe mehrere Bataillone an's Land, denen deutscherseits nur ein einziges entgegengestellt werden konnte. Obgleich die Stellung nunmehr umgangen war, wurde sie am ersten Tage (8. April) mit Ausnahme der Küstenstriche, die dem Feuer der Schiffsgeschütze ausgesetzt waren, behauptet. Am nächsten Tage wurde der Kampf heftiger fortgesetzt. Ein dänischer Müller verrieth seinen Landsleuten die Schwäche des deutschen Centrums, und gegen dieses richteten die Dänen Massen von Fußvolk, die von Reiterei und Geschützen unterstützt wurden. Trotz aller Tapferkeit konnten sich die hier stehenden Truppen gegen

die Uebermacht nicht behaupten. Durch ihren Rückzug wurde der rechte Flügel, aus Jägern, Turnern und Kieler Studenten bestehend, abgeschnitten und gerieth nach hartnäckigem Widerstande größtentheils in Gefangenschaft. Ein weiterer Verlust traf das weichende Heer in Flensburg, wo in dem nördlichen, von Dänen bewohnten Stadttheile aus den Fenstern auf seine Abtheilungen geschossen wurde. In Wittensee, nahe bei Eckernförde, machte der Prinz Halt, um eine dort erwartete Landung abzuwehren.

Der Zweck der Dänen, das Herzogthum Schleswig zu besetzen, war erreicht. Die Grenze des deutschen Bundesgebiets Holstein achteten sie, und es entstand eine Waffenruhe, die durch vereinzelte Angriffe der zahlreichen deutschen Freischaaren auf die dänische Stellung nicht sehr merklich gestört wurde. In dieser Pause war die Diplomatie thätig, und sehr zum Schaden der Herzogthümer. Die deutsche Bewegung flößte dem Auslande das größte Mißtrauen ein. Nicht daß die revolutionären Zuckungen sich bis zum Bürgerkriege steigern und die ganzen schönen Gebiete, die zwischen der Adria und der Nordsee, zwischen dem Niemen und den Vogesen sich ausdehnen, zerfleischen würden, fürchtete man, sondern daß dieser ungeheure Ländercomplex zur Einheit gelangen und eine neue Großmacht, die erste von allen, bilden würde. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, erschien die Einverleibung Schleswigs in den Bund als die erste Aeußerung deutscher Eroberungsgelüste. Man hegte außerdem den Argwohn, daß Schleswig-Holstein, dessen staatsrechtliche Verhältnisse der fremden Diplomatie wildfremd waren, von Preußen erstrebt würde, und daß die Statthalterschaft diesem mächtigsten der Nachbarstaaten sich ganz in die Arme warf, bestärkte darin.

Die französischen Machthaber kümmerten sich nicht um Schleswig-Holstein, als ein Böswilliger einem von ihnen, dem General Cavaignac, die Bernhardische Sprachkarte in die Hand gab. Der General war mit den Arbeiten und Interessen der deutschen Wissenschaft viel zu unbekannt, um nicht dem Zuträger auf's Wort zu glauben, daß die Sprachgrenzen, die er auf der Karte eingetragen sah, die politischen Grenzen des in Geburtswehen liegenden deutschen Reiches vorstellen sollten. Durch angebliche deutsche Ansprüche auf Lothringen, das Elsaß und die Freigrafschaft tief beleidigt, wirkte die französische Diplomatie nun gegen Schleswig-Holstein. In London schwankte die Stimmung keinen Augenblick. Man schätzte dort die vortrefflichen Häfen, die ausgezeichnete Handelslage der Herzogthümer nach ihrem

wahren Werth und wollte diese Länder darum dem kleinen Dänemark erhalten wissen. Gegen solche selbstsüchtige Motive einer Krämerpolitik konnte die meisterhafte Denkschrift des Ritters v. Bunsen nicht aufkommen. Mit derselben Entschiedenheit nahm man in Petersburg gegen das gute deutsche Recht Partei. Nicht nur, daß die Erhebung der Herzogthümer als revolutionär verdammt wurde, hatte man seine eigenen Absichten auf sie und mußte sie daher in ihre alte Abhängigkeit von Dänemark zurückzwingen. In Stockholm fanden die Hülfgesuche des Kopenhagener Cabinets kein so günstiges Gehör. Die scandinavische Idee nahm einen politischen Charakter an und verquickte sich mit der Demokratie. Da die Idee in Schweden und Norwegen eifrige Fürsprecher hatte, so nahm die Regierung den Anschein an, als wolle sie Dänemark unterstützen, ließ es aber bei einigen Demonstrationen bewenden.

Die Unterhandlungen hatten eine für Deutschland ungünstige Wendung genommen, als der deutsche Bund am 15. April Preußen zur Stellung eines Oberbefehlshabers aufforderte und den Beschluß faßte, daß die Contingente des zehnten Armeecorps in Bereitschaft zu halten seien, um die Küsten zu schützen. Die Truppen jenes Heerkörpers sammelten sich in Holstein, auch preußische Garden trafen dort ein, und am 22. April übernahm der preußische General v. Wrangel den Oberbefehl. Am frühen Morgen des 23. April ging das deutsche Heer in zwei Säulen vor. Die Schanzen des Dannevirke wurden im ersten Anlauf mit Sturm genommen, und nach diesem mit glänzender Tapferkeit errungenen Erfolge sollte Halt gemacht werden, bis die Geschütze nachgekommen seien. Aber die preußischen Garden, die durch ihren Rückzug aus Berlin entehrt zu sein glaubten, wollten durchaus vorwärts, und man mußte ihrem Ungestüm nachgeben. Vor Bustorf kam das Gefecht eine Zeitlang durch die mörderisch wirkenden dänischen Kanonen zum Stehen. Als Scharfschützen diese umgangen hatten, bekamen die Garden Luft und warfen Alles nieder, was ihnen entgegenstand. Am Abend war Schleswig in ihren Händen und die Schlacht auf allen Punkten gewonnen. In dem Rückzugsgefecht von Oevensee wurde den Dänen noch ein empfindlicher Verlust zugefügt, und durch eine nachdrücklichere Verfolgung hätte man ihnen ihre ganze Artillerie abnehmen können. Sie räumten das Herzogthum Schleswig und zogen sich theils auf die Insel Alsen, theils gegen Norden nach Jütland zurück.

Das Ueberschreiten der deutschen Grenzen, das um die dänische Wider=

standskraft zu brechen, erforderlich war, erfolgte nicht eher, als bis die Wegnahme preußischer Kauffahrer durch dänische Kreuzer den Beweis lieferte, daß man in Kopenhagen eine friedliche Ausgleichung nicht wolle. Nun erst, am 2. Mai, geschah der Vormarsch nach Jütland. Die Dänen räumten die stärksten Stellungen, Kolding, die Festung Fridericia, und schifften sich bis auf eine kleine Abtheilung, die in die äußerste Nordspitze der Provinz zurückwich, nach der Insel Fühnen ein. Wrangel schickte sich an, ihnen dahin zu folgen, doch Befehle aus Berlin schrieben ihm vor, nicht bloß den entmuthigten Feind in Ruhe zu lassen, sondern sogar die erfochtenen Vortheile aufzugeben und auf schleswigisches Gebiet zurückzukehren. Rußland hatte, wenn dies nicht geschehe, mit einer Kriegserklärung gedroht. Weitere Ereignisse begleiteten den deutsch-dänischen Krieg in dieser Periode nicht.

Hatte Preußen die Entschuldigung, daß es, im eigenen Lande durch eine Revolution bedroht, einen Kampf mit einer Großmacht des Auslandes nicht auf seine Schultern nehmen dürfe, so mußte Oesterreich, falls es solchen Erwägungen Gehör schenkte, sein lombardisch-venetianisches Königreich aufgeben. Zu der Zeit des preußischen Rückzugs aus Jütland gehörten die lombardischen wie die venetianischen Provinzen der Revolution, alle italienischen Staaten, das gut und stark gerüstete Piemont an der Spitze, standen gegen Oesterreich im Felde, die englische Diplomatie war feindlich, und von dem republikanischen Frankreich ließ sich eine bewaffnete Einmischung erwarten. Trotz alledem gab Oesterreich sein Recht nicht auf und kämpfte sich zum ehrenvollsten Siege durch.

Als die Wiener ihre Revolution gemacht hatten, zweifelten sie kaum entfernt, daß sämmtliche Provinzen eine Stadt, von der so Glorreiches ausgegangen wäre, als ihren Mittelpunkt zu behalten wünschen würden. In der That war nun entfernt, was gedrückt hatte, der Weg zu Neugestaltungen lag offen da, und bis in den entferntesten Winkel des Reichs konnte Jeder frei aussprechen, was er wünsche. Auch für die Italiener hatten die Wiener die Beschwerden, über die mit Recht geklagt wurde, aus dem Wege geräumt. Die Censur war abgeschafft, der vexatorischen, ewig in die persönliche Freiheit des Menschen eingreifenden, selbst seine unschuldigsten Handlungen bevormundenden Polizei der Boden unter den Füßen fortgezogen. Was für die italienischen Gebietstheile noch zu erörtern war, das war ihre Stellung zur Gesammtmonarchie, und für diese Verhandlungen besaßen sie in ihren Centralcongregationen gesetzliche Organe.

Jenseits der Alpen gab es zwei Parteien, welche der vortheilhaftesten Ausgleichung einen Bruch vorzogen. Die eine dieser Parteien bestand aus dem Adel, die zweite aus den Mazzinisten. Die letztern konnten ihren Weg zur demokratischen Republik nur über die Trümmer der österreichischen Herrschaft hinweg finden und mußten diese daher auf Leben und Tod bekämpfen. Der Bund, den der Adel diesen erbitterten Feinden anbot, beruhte seinerseits, von den geschichtlichen Erinnerungen des Standes abgesehen, auf rein selbstsüchtigen Beweggründen. Die Herzöge, Fürsten und Grafen jenseits der Alpen fühlten sich zurückgesetzt, daß man ihnen in Wien nicht den Rang einräumte, auf den sie kraft ihrer hohen Titel ein Recht zu haben meinten, und beneideten den deutschen Adel um seine Feudalrechte. Er war von der Militärpflicht befreit und sie waren ihr nach den Gesetzen, die Oesterreich bei seiner Besitznahme vorgefunden hatte, unterworfen. Die Thüren zu den höchsten Stellen des Staatsdienstes waren ihnen weit geöffnet, allein sie benutzten den freien Zugang nicht, aus Haß gegen die Fremdherrschaft, wie sie sagten, in Wahrheit weil man Kenntnisse von ihnen forderte, und weil diese Kenntnisse ohne Studien nicht zu erlangen waren. In den Matrikeln der Hochschulen von Pavia und Padua begegnete man keinem ausgezeichneten Namen dieses ehrgeizigen Adels. Er schloß sich der Revolution an, um ohne Mühe und Arbeit in Glanz und Ansehn zu leben.

Am Morgen des 17. März hatte der Erzherzog-Vicekönig Mailand verlassen, und am Nachmittag desselben Tages wurden die Wiener Vorgänge bekannt. In die Freude, die das Volk äußerte, mischten sich Verwünschungen gegen die Croaten und Deutschen. Eine kaiserliche Ansprache, welche die Zusagen der Preßfreiheit und der Einberufung der Provinzialstände enthielt, wurde von den Mauern gerissen. Dennoch bat der Vicestatthalter Graf O'Donnel (auch der Statthalter Graf Spaur war abwesend) den Befehlshaber, keine Truppen ausrücken zu lassen, damit die Bevölkerung sich ungestört ihrem Jubel überlassen könne. Es geschah, und seine Amtswohnung war die erste, die von Volkshaufen angegriffen wurde, wobei er selbst in Gefangenschaft gerieth. Man entriß ihm die Unterschrift zu Verfügungen, welche die Polizei und Gensdarmerie unter die revolutionäre Gemeindebehörde von Mailand stellte. In den Provinzen richteten diese Verfügungen viel Unheil an.

Die Revolution war von langer Hand vorbereitet, und man besaß daher

Lebensmittel, Geld, Waffen und Kriegsbedarf in Fülle. Aus der Provinz, aus dem Canton Tessin und aus Sardinien waren Zuzüge zur Stelle oder trafen später ein. Die geheimen Leiter, die nun die Masken abwarfen, waren größtentheils hohe Adelige: der Advocat Guerrieri, der bisherige Oberbürgermeister Casati, der Fürst Litta, die Grafen Borgia, Porro, Guicciardi, Durini und Borromeo. Der General Lecchi besorgte das Militärische. Die Oesterreicher befehligte Graf Radetzky, damals 82 Jahre alt und seit 1784 im Dienst, ein genialer und milder Mann, den seine Soldaten anbeteten. Er hatte sie zum Kriege geschult und mit ihnen Herbstmanöver angestellt, die im österreichischen Heere ebenso berühmt geworden waren, wie bei den Preußen die Revuen Friedrich's des Großen. Jedes Jahr kam eine der strategischen Linien der Lombardei an die Reihe, und das Heer machte auf diese Weise einen praktischen Cursus für einen italienischen Feldzug durch. Unter den Gästen, die sich einfanden, waren immer viele sardinische Officiere, und in ihnen hatte der Feldherr seine aufmerksamsten Schüler.

Am 18. März wurde der Aufstand von Mailand allgemein. Vereinzelte Schildwachen und Ordonnanzen der Reiterei wurden grausam ermordet. Priester, bis an die Zähne bewaffnet, eilten in den Straßen umher, zum Kampf ermunternd. Von einem der höchstgestellten Geistlichen wird gesagt, daß er die Barricaden eingesegnet habe. Feldmarschall Radetzky hatte 15,000 Mann und 50 Geschütze, keine Bomben, aber Haubitzen und Brandraketen, mit denen er die Stadt hätte einäschern können. Die Aufständischen befolgten die Taktik, keine angegriffene Barricade zu vertheidigen, sondern in die Häuser zu entschlüpfen. Aus diesen Verstecken warfen sie Steine, Möbeln, ganze Dächer auf die Truppen. Die letztern behaupteten aber nicht bloß ihre Stellungen, sondern nahmen auch das Regierungsgebäude und das Stadthaus wieder ein. Da sie sich verfeuerten und die Zuführung von Munition und Lebensmitteln Menschenopfer forderte, die der Feldmarschall in seiner Lage nicht bringen konnte, so räumte er alle innern Posten und beschränkte sich auf die Besetzung der Thore und Wälle. Mailand mußte seine Lebensmittel bald aufzehren, und die Einschließung würde somit ihren Zweck erreicht haben, wenn sie längere Zeit aufrecht zu halten gewesen wäre.

Am Morgen des 22. erhielt der Feldmarschall aus den Provinzen die beunruhigendsten Nachrichten. Fast in allen Städten hatten sich die Militärbehörden von den Italienern überlisten lassen, und die Reihen der italienischen

Regimenter waren durch Ausreißerei stark gelichtet worden. Monza, Bergamo, Lecco, Como, Varese, Brescia, Pavia, Vicenza, Piacenza, Palmanova und Osopo waren verloren gegangen. Daß Karl Albert nun über den Tessin dringen und der Revolution seine Truppen zuführen werde, unterlag nach seiner Haltung in der letzten Zeit keinem Zweifel.

Die Oesterreicher in Mailand hatten fünf Tage und Nächte unter einem strömenden Regen immer in denselben nassen Kleidern und mit unvollkommener Nahrung im Freien zugebracht. Sie waren im höchsten Grade ermüdet, und ihr Schießbedarf ging auf die Neige. Radetzky hatte zu erwägen, ob er in Mailand bis auf den letzten Mann und die letzte Patrone, auf die Gefahr hin, umzingelt zu werden, ausharren, oder die Revolution durch einen Rückzug ermuntern, aber seine Kräfte in einer sicherern Stellung sammeln und stärken wolle. Er schwankte, entschied sich aber am Abend des 22. für den letzteren Entschluß. „Der Rückzog bot einen wahrhaft schauerlichen Anblick dar. Die Nacht war finster und kalt, von den Thürmen raste der Sturm mit ununterbrochenem Geheul. Das kleine Gewehrfeuer knatterte, die Kanonen donnerten, die Flammen zahlreicher Gebäude, die brennenden Barricaden beleuchteten den Marsch der Soldaten. Stolz und ruhig, im Vorgefühl des baldigen Sieges blickte der Feldmarschall in der Mitte seiner Krieger über diese schaurige Scene; mit solchen Soldaten durfte er Alles hoffen. „„Wir werden bald wiederkehren,““ waren die Abschiedsworte, die er gegen Mailand gewendet sprach.“ (Schönhals, Erinnerungen eines österreichischen Veteranen.)

Der Marsch sollte nicht weiter als bis Lodi, jenseits der Adda, gehen. In wenigen Tagen konnte dort eine Verstärkung von 6 — 7000 Mann mit mehreren Batterien eintreffen. Da erfuhr man durch einen aufgefangenen Brief den Verlust Venedigs. Dieser Erfolg der Revolution verschaffte ihr die ungeheuren Magazine und Arsenale der Lagunen und das gesammte venetianische Gebiet, das dem Beispiel der Hauptstadt gewiß folgte. Der Rückzug mußte unter diesen veränderten Umständen bis Verona fortgesetzt werden.

Venedig war von seinen unfähigen Behörden ohne Gegenwehr überliefert worden, obgleich keine Stadt sich leichter halten läßt als diese, welche Volksmengen bloß zwei größere Räume, den Marcusplatz und die Riva dei Schiavoni, als Sammelpunkte darbietet. Der Befehlshaber Graf Zichy, der

Viceadmiral Marchese Paulucci und der Statthalter Graf Palfy überboten sich in Schwäche, Eitelkeit und Einfalt, und der Oberbürgermeister Correr war wie der von Mailand ein Verräther. Er und der kluge, wenn auch fanatische Manin spielten vom ersten bis zum letzten Tage (17.—22. März) dieses Dramas, das ganz den Anschein einer Posse hat, mit unbegreiflichem Glück dasselbe Spiel. Sie wiegelten das Volk auf und erklärten dann, daß dieses und jenes Zugeständniß gemacht werden müsse, falls Ruhe und Ordnung wiederkehren sollten. So erreichten sie von den rathlosen Behörden, daß eine Bürgerwehr gebildet, daß dieser die wichtigsten Punkte übergeben, daß das deutsche Regiment Kinsky entfernt, daß die Marine und die italienischen Truppen, das Arsenal und die Magazine ihrer Obhut anheimgestellt wurden. Nachdem die Vertreter des Kaisers so weit gebracht worden waren, blieb ihnen freilich keine andre Wahl, als die Capitulation zu unterzeichnen, die man ihnen am 22. Abends vorlegte. Sie übergaben die Civil- und Militärverwaltung, das Kriegsmaterial aller Art und die Cassen einer provisorischen Regierung, die sich inzwischen gebildet hatte, ließen die italienischen Truppen zurück und schifften sich mit dem Rest der deutschen nach Triest ein.

Die Erhebung der Lombardei und Venedigs warf über das Schicksal der österreichischen Nebenländer die Würfel. Modena und Parma verjagten ihre Fürsten, indem sie sich unter den Schutz Pius' IX., Karl Albert's und Leopold's II. von Toscana stellten. Was Oesterreich in Oberitalien blieb, waren einige wenige feste Punkte, Verona, wo Radetzky mit 18 Bataillonen, 16 Schwadronen und 54 Geschützen, im Ganzen 16,000 Mann, stand, Mantua, das im gefährlichsten Augenblick durch die Ankunft eines Regiments gerettet wurde, Legnago und Peschiera. In Verona hatte man wenig Geld, einige hunderttausend Gulden, wenige Lebensmittel, da der Boden rings um die Stadt einer der unfruchtbarsten ist, und mit dem Hauptlande die einzige Verbindung durch Tyrol, die noch dazu abgeschnitten wurde, wenn der Feind seine leichten Truppen bis zum Gardasee vorschob.

Die sardinischen Truppen hatten sich vor der Revolution zwischen den Festungen gesammelt, die dem Lande gegen die Lombardei hin zur Deckung dienen. In der Nacht des 24. März zogen die beiden ersten Regimenter in Mailand ein. Ihr König hatte sich entschlossen, seinen Namen des Schwerts von Italien durch die That zu verdienen. Nachdem seine Officiere und Soldaten mit den Bürgern, Studenten und Arbeitern Turins den gemeinschaft-

lichen Schwur gethan hatten, Gut und Blut für die Freiheit der Lombardei einzusetzen, hatte der schon 1847 in den wildesten Strom gerathene König zur Rettung seiner Krone auszuführen, was ihm geboten wurde, das heißt die italienische Tricolore aufzupflanzen und über den Tessin zu gehen. Ihn selbst gelüstete nach der eisernen Krone und nach dem schönen Erbtheil von St. Marco, wenn er sich auch gestehen mußte, daß die Republik ihm den Besitz streitig machen werde.

Das Heer Karl Albert's zählte in dieser Zeit etwa 60,000 Mann und vermehrte sich bis zum Juni auf 71,000. Zu diesen Streitkräften sind nun noch die zu rechnen, welche die andern italienischen Staaten theils freiwillig, theils wie Pius IX. und Ferdinand von Neapel, unter dem Druck der öffentlichen Meinung stellten. Unter Durando kamen 17,000 päpstliche Soldaten, von denen die aus Schweizern bestehenden vorzüglich waren, unter General Pepe 15,000 Neapolitaner, von denen aber nur 2000 der Rückberufung ihres Königs nicht folgten. Die 5000 Toscaner, die 5000 Lombarden und die 3000 aus Parma und Modena waren wenig mehr als Freischaaren und wurden von den piemontesischen Generalen, die in ihnen Republikaner sahen, ungern verwendet. Karl Albert's Truppen waren der Kern des Heeres und sowohl tapfer als gehorsam und gut geschult, besonders die Schützen (Bersaglieri). Der König führte persönlich den Oberbefehl. Er besaß vielen Muth, aber es fehlte ihm die Erfahrung, der militärische Blick, die Energie. In heißen Augenblicken betete er zur Jungfrau, voll Vertrauens, daß sie für ihn ein Wunder thun werde. Von seinen Generalen hatten sich mehrere (Bava, Sonnaz) bewährt, während andre ihr Emporsteigen nur seiner Gunst verdankten.

Die ersten Gefechte nahmen alle für die Piemontesen einen glücklichen Ausgang. Sie siegten bei Goito, wo ihnen der Uebergang über den Mincio streitig gemacht werden sollte, bei Monzambano, wo es sich wieder um die Behauptung der Minciobrücken handelte, bei Villafranca und in einigen kleineren Gefechten, endlich bei Pastrengo und Bussolengo am Ufer der Etsch. Angriffe auf Peschiera und Mantua hatten mißlingen müssen, da sie bloß mit Feldgeschütz unternommen wurden. Beide Angriffe waren ein grober Fehler, denn sie zersplitterten die Streitkräfte, die alle gegen den österreichischen Sammelpunkt Verona hätten geführt werden sollen. Die Piemontesen machten sich von der Stärke dieses Orts übertriebene Begriffe. Sie hielten

ihn für einen Waffenplatz ersten Ranges, und er war nichts als ein verschanztes Lager.

Radetzky's Truppen hatten sich, als die Feinde zu einem großen Schlage ausholten, noch nicht vermehrt. Erst später stiegen sie nach und nach auf 30,000 Mann. Bei St. Lucia kämpften am 6. Mai nicht mehr als 16,000 Oesterreicher gegen 45—50,000 Piemontesen. Diese rechneten auf einen Aufstand in Verona, der nicht erfolgte. Das Mißverhältniß war dennoch ein so ungeheures, daß in dem Orte St. Lucia, dem Schlüssel der Stellung, zwölf österreichische Compagnien mit drei, später mit fünf Brigaden sich schlagen mußten. Drei Stunden hielten sie den Ort, dann wichen sie zurück. Der Vortheil, der hier errungen wurde, ging auf dem linken piemontesischen Flügel wieder verloren. Dieser Theil der Schlachtlinie war plötzlich in das Feuer einer verdeckten Batterie gerathen und in Unordnung geflohen. Dadurch wurde die Flanke der Brigaden in St. Lucia entblößt, und auch sie gingen zurück. Zu verfolgen hinderte die Oesterreicher ihre schwache Zahl und die Ermüdung ihrer Truppen, deren letzte Reserven herangezogen worden waren. Beide Theile hatten mit großer Tapferkeit gefochten.

Das Gefecht bei St. Lucia war der Wendepunkt. Bald darauf traf in Verona das Armeecorps vom Isonzo ein, durch das Radetzky 19,000 Mann frischer Truppen zugeführt wurden, und die großen Operationen konnten beginnen. Karl Albert unternahm Nichts, und seine Unentschlossenheit gestattete dem Feldmarschall, sich auf die rechte Flanke seines Feindes zu werfen. Es war ein kühnes Manöver. Um zum Curtatone und den dortigen Neapolitanern und Toscanern zu gelangen, hatte man in Kanonenschußweite vor den Vorposten des Feindes vorbeizuziehen. 4000 blieben in Verona, mit dem Rest des Heeres trat Radetzky am Abend des 27. Mai den Marsch an. Mit einem kleinen Mantelsack hinter sich, der ein Hemd und einiges Andere enthielt, ritt er voran, neben ihm war der Erzherzog Franz Joseph. Die Neapolitaner und Toscaner hatten sich am Curtatone mit einer doppelten Reihe von Werken verschanzt und Alles mit Geschützen bespickt. Zweimal setzten die Oesterreicher gegen diese Bollwerke an, beim dritten Sturm drangen sie ein. Die ganze feindliche Armee wurde entweder zersprengt oder gefangen, und von dieser Seite war keine Gefahr mehr zu befürchten. Am 30. entspann sich bei Goito ein neuer Kampf mit den Piemontesen. Er blieb unentschieden, hauptsächlich durch die Schuld Aspre's, der den Kanonendonner

hörte und nicht erschien, aber die Oesterreicher behaupteten das Schlachtfeld. Am 3. Juni traten sie ihren Rückmarsch an, ohne belästigt zu werden.

Der Fall von Peschiera, der am 31. Mai durch den Hunger herbeigeführt wurde, brachte den Piemontesen keinen Ersatz für die Zersprengung ihres rechten Flügels. Auf dieser Seite sicher, konnte sich Radetzky gegen die päpstlichen Truppen in seinem Rücken wenden. Am 9. Juni Abends stand er vor Vicenza, am Vormittage des 10. erstürmte er alle Stellungen, Verschanzungen und Höhen um die Stadt. Die Truppen hatten bei diesem Angriff unglaubliche Hindernisse zu überwinden. Die dicht mit Geschützen besetzten Schanzen konnten nicht im Lauf genommen werden, weil sie zu steil waren. Langsam mußten die Stürmenden sie erklimmen und sich von ihren Kameraden einzeln über die hohen Schanzpfähle werfen lassen. Vicenza war mit 150 Barricaden versehen und hätte einen energischen Widerstand leisten können, aber der päpstliche General Durando zog eine Capitulation vor. Er erhielt mit seinen 15,000 Mann unter der Bedingung, drei Monate lang nicht gegen die Oesterreicher zu fechten, freien Abzug. Mit derselben Verpflichtung zog sich die päpstliche Besatzung von Treviso, die 4000 Mann stark war, hinter den Po. Die weitere Unterwerfung der venetianischen Provinzen des Festlandes überließ Radetzky seinem Unterfeldherrn Welden, und nicht lange, so stand dieser, dessen Energie kurz vorher durch die Säuberung Tyrols sich bewährt hatte, am Rande der Lagunen.

In den vierzehn Tagen vom 30. Mai bis zum 14. Juni waren die Neapolitaner und Toscaner aufgelöst, die Römer unschädlich gemacht worden. Obgleich man diese großen Resultate in Wien nicht kannte, bleibt es doch schmachvoll, daß man in den hochgehenden Wogen der Revolution den Kopf so ganz verloren hatte, um Italien opfern zu wollen. Am 23. Mai schrieb ein österreichischer Diplomat an Lord Palmerston, den man um die Vermittlung eines Waffenstillstands anging: „Die Lombardei wird aufhören, zu Oesterreich zu gehören, und es wird ihr, nach Belieben, freistehen, entweder unabhängig zu bleiben, oder sich mit irgend einem andern italienischen Staat zu vereinigen." Mit diesem Antrage der Unabhängigkeit wurde Graf Hartig an die Mailänder geschickt. Sie wiesen ihn mit Hohn zurück und forderten außer Venedig, das nach dem Wiener Vorschlage zu Oesterreich im Verhältniß einer Personalunion bleiben sollte, Dalmatien und Istrien, Triest und Südtyrol bis an den Fuß des Brenners. Noch einmal, nach seiner Rückkehr

von Vicenza, erhielt Radetzky den Befehl, den Feinden einen Waffenstillstand anzutragen. Das Papier lag bereit, aber das Schreiben an Karl Albert verwandelte sich in eine dringende Vorstellung an den Kaiser, das Verhängnißvolle des Schritts zu überlegen und im Angesicht des nahen Sieges den Muth nicht zu verlieren. Fürst Felix Schwarzenberg, der spätere Ministerpräsident, übernahm, noch an einer bei Goito erhaltenen Wunde leidend, das Schreiben und erfüllte die Hoffnungen, die Radetzky auf seine Vaterlandsliebe und seine Beredtsamkeit setzte.

Die Zeit war gekommen, gegen die sardinische Hauptmacht angriffsweise vorzugehen. Am 21. und 22. Juli sahen sich die Piemontesen an zwei Stellen gefaßt, bei Rivoli und bei Sommacampagna. Der erste Angriff blieb ohne Erfolg, um so vollständiger gelang der zweite, der Radetzky in den Besitz von drei Uebergängen über den Mincio und von beherrschenden Höhen brachte. Auf diesen erwartete er den König, der am 25. mit 40,000 Mann herankam. Man kämpfte bei einer Glühhitze von 28° R., und mehrere Soldaten wurden in Folge eines Sonnenstichs wahnsinnig. Weder konnte Karl Albert die Höhen, auf denen die Oesterreicher bei Custozza sich ausdehnten, erstürmen, noch seine eigene Stellung behaupten. Nach einem neunstündigen Ringen war er um sieben Uhr Abends zum Rückzug gezwungen.

Bei Volta bot das geschlagene Heer den Siegern noch einmal in guter Ordnung die Spitze. Man kämpfte gegenseitig mit furchtbarer Erbitterung und ließ sich selbst durch die Nacht nicht trennen. In den Straßen von Volta kam es zu einem wilden Handgemenge, in dem Freund und Feind sich nicht erkannten. Fünf Brigaden standen sich auf dem engen Raume gegenüber und mischten sich zum Theil chaotisch mit einander. Der Anbruch des Tages brachte wieder Ordnung, aber auch neue Kraft in das Gefecht. Eine Umgehung entschied endlich zu Gunsten Oesterreichs.

Die gute Ordnung, in der die Piemontesen ihren Rückzug angetreten hatten, machte einer grenzenlosen Verwirrung Platz. Als die Oesterreicher die Straße von Goito erreichten, wurde die Demoralisirung der feindlichen Armee sichtbar. Es bedurfte keines Führers, um die Colonnenwege aufzufinden, die der Feind eingeschlagen hatte. Sie waren durch Tausende von Tornistern, Epauletten, Tschakos, Pompons und Rüstungsstücken aller Art bezeichnet. Landleute hatten zum Scherz Pyramiden daraus errichtet. Unaufhaltsam flüchtete der König bis Cremona, wo nur noch zwei Brigaden

um ihn versammelt waren. Der Marsch der Oesterreicher glich einem Triumphzuge, von der ländlichen Bevölkerung wurden sie als Befreier begrüßt.

Seit dem 14. Juni bildete die Lombardei „mit Parma, Modena, Padua, Vicenza, Treviso, Rovigo und den sardinischen Staaten unter der Dynastie Savoyen“ einen einzigen Staat, und auch die provisorische Regierung von Venedig war am 4. Juli durch einen Volksauflauf gezwungen worden, das republikanische Banner mit dem Löwen des h. Marcus einzuziehen und Karl Albert als König auszurufen. Unterstützung hatte er von dem lombardischen Theil seiner Staaten so gut wie nicht empfangen. Nie hatten die Oesterreicher lombardische Truppen auf einem der Schlachtfelder gesehen, und von der Presse war der König, weil er keine Wunder zu verrichten im Stande war, ohne Aufhören des Verraths an der italienischen Sache angeklagt worden. Die Schlacht von Custozza kam den Republikanern gelegen und sie benutzten sie ohne Verzug, die unthätige provisorische Regierung der Adeligen zu stürzen und durch Leute ihrer Farbe zu ersetzen. Man goß Kugeln, theilte unter die Hefe des Volks Gewehre aus, verrammelte die Straßen und versprach einen Widerstand bis zum letzten Blutstropfen. Ehe der erste Oesterreicher erschien, oder auch nur die Bajonette der fliehenden Piemontesen am Horizont sichtbar wurden, bedeckten sich die zum Tessin führenden Wege mit den Wagen des Adels.

Karl Albert ließ seine Truppen vor Mailand Stellung nehmen. Als Radetzky am 4. August von Lodi herankam, warf er die Piemontesen ohne großen Verlust an die Mauern der Stadt zurück. Der König berief seinen Kriegsrath, und dieser, dem er seine Lage offen darlegte, sah keinen Ausweg als eine Capitulation mit den Oesterreichern. Radetzky stellte die Bedingungen, daß Venedig geräumt werde, das sardinische Geschwader das adriatische Meer verlasse, das piemontesische Heer über den Tessin zurückgehe, und dieses Alles wurde angenommen. Wenige Minuten später wußte man in Mailand, was vorgegangen sei. Eine Scene entsetzlicher Art war die Folge. Die Volkshaufen gebehrdeten sich wie Wahnsinnige. Man lief mit Waffen durcheinander, man schrie und tobte, man erschoß mehrere Unglückliche, die zuerst von Capitulation gesprochen hatten, steckte Häuser in Brand und sprengte Pulvervorräthe in die Luft. Man erinnerte sich jetzt, daß der König 1821 die Carbonari verlassen, unter Angoulème in Spanien gegen die Freiheit gekämpft, 1833 mehrere Todesurtheile gegen Verschworene aus-

gesprochen habe, und warf ihm diese Sünden unter einer Fluth der wildesten Schmähungen vor. Stunden lang hörte er vor der Casa Greppi, in der er als Gefangener des Pöbels verweilte, den tausendstimmigen Ruf: „Nieder mit dem Verräther, der uns verkauft hat.“ Auf ihn selbst, auf einen seiner Söhne wurden Gewehre abgefeuert, die Mauern des Palastes mit Kugeln beschossen und schließlich unterminirt. Seine Rettung verdankte der König der Entschlossenheit, mit der einer seiner Officiere, dem ein kleiner Haufen von 27 Schützen folgte, sich zu ihm Bahn brach und ihn davonführte.

Radetzky hatte allen Mailändern, die sich compromittirt hatten, Zeit gelassen, dem abziehenden Heer der Piemontesen zu folgen. Die italienischen Schriftsteller, die von den Ereignissen dieses Krieges nicht ohne die abenteuerlichsten Uebertreibungen sprechen können, geben die Zahl derer, welche sich selbst verbannt hätten, um nicht wieder unter der Säbelherrschaft von Deutschen und Croaten zu stehen, auf 100,000 an. Sie gestehen übrigens selbst ein, daß zwei Drittheile dieser Flüchtlinge, unter denen viele Greise, Kinder und Frauen gewesen sein sollen, in den beiden nächsten Tagen nach Mailand zurückgekehrt seien. Die wirklich auf piemontesischen Boden übertraten und deren Zahl nicht unter 30,000 gewesen sein kann, waren Adelige, bloßgestellte Parteiführer, Soldaten der lombardischen Legion und zahlreiche Bummler, die keinen Zufluchtsort gegen die Oesterreicher, sondern Brot ohne Arbeit brauchten.

Mit den Flüchtlingen zog auch Mazzini. Er hatte in Mailand die Rolle gespielt, die ihm längst zur zweiten Natur geworden war, die italienische Republik zu predigen und in ihrem Interesse die monarchischen Parteien zu verleumden, gegen Karl Albert, der ja ein König war, Mißtrauen zu erregen und die Kräfte des Landes zu lähmen. Ihm war es lieber — es liegen in dieser Beziehung unumwundene Erklärungen von ihm vor — daß das piemontesische Heer in seinem Kampfe unterlag, als daß sein Sieg die Grundsätze der Ordnung und der gesetzlichen Freiheit befestigte. Seinen Wühlereien schlossen sich eine Menge Lombarden an, die es sicherer fanden, in Clubs Reden zu halten, als ihr dem Vaterlande geweihtes Leben den Kugeln und Bajonetten auszusetzen. In den letzten Tagen der mailändischen Unabhängigkeit fiel ihm eine Dictatur zu, von der er keinen andern Gebrauch machte, als unnütze Decrete und unschädliche Aufrufe ballenweise in die Welt ausgehen zu lassen. Von dem fliehenden Heer der Piemontesen machte er sich

so bald wie möglich los, um mit Garibaldi eine Legion aufzustellen, zu der alle italienischen Republikaner eilen sollten. Jetzt galt es, zu zeigen, daß die Republik die Kraft besitze, eine Sache, an der die Monarchie verzweifelt habe, siegreich durchzuführen. Vor den leichten österreichischen Truppen bestand das Experiment die Probe nicht. Wenige Tage verflossen, und der Urheber und seine Genossen traten als unwillkommene Gäste auf den neutralen Boden der Schweiz über.

Am 6. August hielt Radetzky mit seinen Truppen, die ihre Hüte und Tschakos mit grünen Zweigen geschmückt hatten, seinen feierlichen Einzug in Mailand. Der dröhnende Schritt der marschirenden Colonnen wiederhallte in leeren Straßen, die Fenster waren geschlossen, dem Jubelruf der Soldaten, die ihren Feldherrn in sein altes Hauptquartier zurückführten, antwortete keine Stimme aus dem Volke. Jahre sollten verfließen, ehe das Mittel gefunden wurde, die Feindseligkeit der Lombarden zu beschwichtigen.*)

Karl Albert räumte die kleinen Festungen, die noch in seiner Gewalt waren, und seine Flotte segelte von Triest ab. Einen Frieden schloß er aber nicht, sondern bloß einen Waffenstillstand mit achttägiger Kündigung. Zu Anfang des Feldzuges hatte er das stolze Wort gesprochen: „Italien wird allein handeln!“ (L'Italia farà da se.) Jetzt suchte er französische Hülfe nach. Die französische Regierung hatte ihm von vorn herein abgerathen, einen offensiven, ungelegenen und verwegenen Krieg zu beginnen, weil eine Großmacht wie Frankreich für das Thun, zu welchem sie eine verbündete kleinere Macht treibe, moralisch und solidarisch verpflichtet sei. Als er diesen Rath nicht befolgte, hatte sie eine Alpenarmee gebildet und durch ihren Gesandten in Turin erklären lassen, wenn Piemont in Folge seines unpolitischen

---

*) Man vergleiche über den italienischen Krieg von 1848 außer den bereits im Text erwähnten „Erinnerungen eines österreichischen Veteranen“ von Schönhals, der im Verein mit dem Feldzeugmeister v. Heß im Generalstabe Radetzky's die strategischen Bewegungen leitete, die folgenden Quellen: Officieller Bericht des österreichischen Generalstabes über den Feldzug von 1848. — Denkwürdigkeiten über die Feldzüge in der Lombardei und in Piemont von 1848 und 1849. (Ebenfalls officiell.) — Erzählung der militärischen Operationen u. s. w., vom piemontesischen General Bava. — Denkwürdigkeiten und Bemerkungen über den italienischen Unabhängigkeitskrieg. (Diese Schrift wird dem König Karl Albert zugeschrieben.) — Der italienische Feldzug von 1848, vom preußischen General Willisen. — Zu diesen Werken kommen noch viele Parteischriften, z. B. das „Portefeuille des Generals Ramorino,“ die „Geschichte der beiden Jahre 1848 und 1849, von Augusto Vecchi,“ „Die lombardischen Freiwilligen, von General Allemandi,“ u. a. m.

Angreifens sich Gefahren für sein Bestehen als unabhängige Macht aussetze, so sei diese Armee dazu bestimmt, zu Karl Albert's Hülfe von den Alpen herabzusteigen und mit bewaffneter Vermittlung zwischen ihn und die Oesterreicher zu treten. (Erklärung Lamartine's vom 21. April 1858 gegen die Behauptung des piemontesischen Generals La Marmora, daß Karl Albert schon im April 1848 die französische Intervention nachgesucht habe.) Selbst diese kleine Alpenarmee war dem König, da sie einen Zweifel an seiner Macht auszudrücken schien, ein Dorn im Auge gewesen und er hatte in Paris fortwährend auf ihre Entfernung gedrungen. (Erklärung Jules Bastide's gegen den Grafen Cavour.) Als der König nach dem 9. August ein französisches Armeecorps und den Marschall Bugeaud forderte, wurde sein Gesuch abgewiesen. Für einen zweiten Krieg war er also wieder auf seine eigenen Kräfte beschränkt, mit denen er nicht mehr prahlte.

Sechstes Kapitel.

Die Wiener Vorgänge im Mai. — Abreise des Kaisers. — Der Racenstreit in Ungarn und die Trennung des Landes vom Reich. — Der österreichische Reichstag. — Der Kudlich'sche Antrag. — Der preußische Reichstag. — Ministerwechsel und Tumulte in Berlin. — Das Frankfurter Parlament. — Der Malmöer Waffenstillstand. — Ein neuer Aufstand der Republikaner. — Bürgerkrieg in Ungarn. — Die October-Revolution. — Die Sprengung der Berliner Nationalversammlung.

Die Aufgabe, welche der große deutsche Kaiserstaat von einer gleich dem Diebe in der Nacht eingebrochenen Revolution überwiesen erhalten hatte, starrte von Schwierigkeiten. Wenn andre Staaten von einem Umschwunge überrascht und auf neue Bahnen gewiesen werden, so handelt es sich für sie darum, die Stellung der Regierung zum Ganzen und diejenige der einzelnen Theile des Ganzen zu einander den neuen Verhältnissen entsprechend zu ordnen. Eine solche Arbeit sieht einfach aus und ist doch schwierig und verwickelt genug. Große Völker sind an ihr gescheitert oder durch die Lösungsversuche in verderblichen Zwiespalt mit sich selbst und in blutige Bürgerkriege hineingezogen worden. Hatte Oesterreich diese Aufgabe, mit der bei andern Staaten Alles abgemacht ist, glücklich und friedlich überwunden, so sah es sich einer weit größeren, der eigentlichen Schwierigkeit gegenüber. Nun war das Verhältniß der Nationalitäten zu einander und zu der gemeinschaftlichen Regierung in befriedigender Weise zu bestimmen.

„Gleichberechtigung der Nationalitäten!" war das Losungswort geworden. Jeder hatte es im Munde, und wenn die Ehrlichen mit ihm meinten,

daß ihr Volksthum durch keine Gewalt und keinen Einfluß eines fremdartigen Volksthums in seiner ureigenen Entwicklung gehemmt werden dürfe, so verstanden die Unehrlichen unter Gleichstellung der Nationalitäten die Obenanstellung ihrer eigenen. Auf die übertriebensten Anklagen gegen das frühere System, das gegen die Nationalitäten des Staats wenigstens nie gesündigt hatte, folgten die übertriebensten Ansprüche. Forderten die Slaven ohne Umschweife, daß Oesterreich ein großer Slavenstaat werde, so wollte ein großer Theil der Deutschen, daß Oesterreich in dem Deutschland aufgehe, dessen Neubegründung vom Frankfurter Parlament erwartet wurde. Dieses Verlangen unterstützten die Magyaren unter der Bedingung, daß man sie in Ungarn und seinen Nebenländern frei gewähren lasse, während die Italiener aus dem Staatsverbande ganz entlassen sein wollten.

Eine Partei, die man die schwarzgelbe nannte und die auf ihrem Haupte alle Schmähungen aller aus einander strebenden Nationalitäten aufzusammeln hatte, war für die alte Centralisation mit strafferer Anziehung der einigenden Bande. Man verleumdete sie, wenn man ihr Vorliebe für den Absolutismus vorwarf; sie war im Gegentheil gut constitutionell, aber sie hatte das Unglück, mehr wohlmeinende als talentvolle Vorfechter zu besitzen. Die besten ihrer Angehörigen verschmähten es, jeden Tag vor die Oeffentlichkeit zu treten, wie es die Zeit doch erheischte. Der Centralisation dieser Schwarzgelben wurde die Personal-Union entgegengestellt. Was bei dieser dem Reichsganzen noch Gemeinschaftliches bleiben sollte, war sehr wenig. Das Herrscherhaus, sagten die Einen, und Andere machten auch noch die Zugeständnisse eines gemeinschaftlichen Ministeriums, eines gemeinschaftlichen Heeres, eines höchsten Gerichtshofes. Eine besondere gesetzgebende Versammlung für die einzelnen, nach den Nationalitäten einzutheilenden Kronländer verstand sich von selbst, wie es ebenso selbstredend war, daß man dabei nicht an die Formen und Rechte der alten Provinziallandtage, sondern an souveräne Parlamente dachte. Wie diese sich mit dem allgemeinen Reichstage der Monarchie, der dem gemeinschaftlichen Herrscherhause und dem Reichsministerium wohl bewilligt werden mußte, einigen würden, und wie es gehalten werden solle, wenn der eine Landtag ein Gesetz, das ein anderer angenommen habe, verwerfe, der eine für Krieg, der andere für Frieden, der eine für, der andere gegen einen Handelsvertrag sei, darüber erklärte sich die staatsrechtliche Theorie der Nationalitäten nicht.

Die der Personalunion zueilende Strömung des Tages stieß sich an einem starken Damm. Das Heer war nicht italienisch, nicht slavisch, nicht magyarisch: es war österreichisch. Alle die unter dem Doppeladler in Waffen stehenden Männer, die in den verschiedenen Mundarten des Kaiserstaats durcheinander redeten, fühlten sich als verbrüderte Gefährten, und alle folgten demselben deutschen Befehlswort. Die Revolution ließ andre waffentragende Männer neben ihnen entstehen, Bürgerwehren, Studenten- und sonstige Legionen. Diese neuen Truppenkörper hätten bescheiden eingedenk sein sollen, daß kein Staub langer Märsche, kein Pulverdampf heißer Schlachten ihren schmucken Waffenrock geschwärzt habe, daß sie ohne Vergangenheit und ohne Geschichte seien. Daran dachten sie so wenig, daß sie vielmehr sich überhoben, von künftigen Thaten im Voraus zehrten und ihre älteren Genossen über die Achsel ansahen. Als wären die deutschen Urzeiten zurückgekehrt, in denen an das Waffenrecht die Mitentscheidung in der Volksgemeinde geknüpft war, gestalteten sich Bürgerwehren und Studentenlegionen zu berathenden und nach ihrer eigenen Meinung bestimmenden Körperschaften.

In einem Lande, wo ein öffentliches Leben nicht existirt hat und wo nie eine Uebung und Schulung des Geistes an großen Angelegenheiten möglich gewesen ist, muß die erste politische Selbstthätigkeit eine ungelenke und unglückliche sein. Namentlich wird in solchen Ländern die Jugend sich vordrängen und Bedenken, deren Richtigkeit sie nicht versteht, wegspotten. Dies dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, um gegen das Treiben der Wiener nicht ungerecht zu werden. Arg und unverständig genug war dieses Treiben allerdings. Die treibenden Massen waren Studenten (die Aula) und Arbeiter, die Führer schöngeistige Literaten aus den Winkeln der traurigen Blätter, deren Existenz die Censur geduldet hatte. Das Alles drängte vorwärts, gleichviel wohin es gehe, und hielt den Lärm, den es machte, für Thaten. Hatte einer jener Schriftsteller durch einen Maueranschlag Aufsehen erregt, so war er der Mann des Tages, dem so lange auf's Wort geglaubt wurde, bis ein anderer ihn überbot. Daß das am willigsten geglaubt wurde, was den Massen schmeichelte und huldigte, was sie zur Verachtung ehemals heiliger Dinge und gefürchteter Personen aufstachelte, ist bei allen Revolutionen zu beobachten.

Von den ersten Ministern, die der Kaiser ernannt hatte, traten in den nächsten Wochen mehrere zurück, unter ihnen Kübeck, von dem man für die

Finanzen Großes erwartete. Es blieben Pillersdorf für das Innere, Kraus für die Finanzen, Ficquelmont für das Aeußere, Sommaruga für die Justiz, Latour für den Krieg. Der erste wichtige Erlaß dieses Ministeriums, ein Preßgesetz, wurde von der Wiener Aula verworfen, von den Prager Studenten verbrannt und von Pillersdorf darauf zurückgenommen. Die Presse blieb der eingerissenen Anarchie überlassen. Am 14. April wurde ein Verfassungsentwurf veröffentlicht, der das Zweikammersystem, eine theilweise Bildung der ersten Kammer durch den Kaiser und für die zweite Kammer als Vorbedingung der Wählbarkeit einen gewissen Vermögensbesitz adoptirte. Man nahm sie mit ziemlicher Gleichgültigkeit hin. Die Berathungen der bereits bestehenden Vereine, des Studentenausschusses und des Centralausschusses, den Abgeordnete der Bürgerwehr und der Studentenlegion bildeten, und die Errichtung neuer, eines Vereins der Volksfreunde, aus dem später der demokratische Club wurde, eines Vereins bei den Weißgerbern, eines liberalen Vereins, eines Damenvereins, verschiedener Arbeitervereine, beschäftigten die Aufmerksamkeit und absorbirten die Thätigkeit der Leiter.

Nach und nach stumpfte sich das Interesse an diesen Dingen ab und man verlangte nach „großen Neuigkeiten.“ Um sie herbeizuführen, suchte man Alles hervor, was sich auf eine mögliche Reaction beziehen konnte, und blieb schließlich bei den Liguorianern stehen.*) Man verjagte sie, brachte dem juridisch-politischen Leseverein, dessen vormärzlicher Liberalismus weit überholt worden war, wie dem Erzbischof von Wien, der sich des Ordens angenommen hatte, eine großartige Katzenmusik und bedachte den Grafen Ficquelmont auf dieselbe Weise. Der Minister trat weniger wegen dieser Beleidigung, als weil die Behörden ihn im Stich gelassen hatten, von seinem

*) Sie sind Redemptoristen und nennen sich Liguorianer nach Liguori, der im Jahre 1696 in Neapel geboren wurde, 1787 starb, 1815 selig und 1830 heilig gesprochen wurde. Nach den Statuten ihres Ordens sollen sie ihr ganzes Leben dem Zweck widmen, „das Wort Gottes den Armen zu verkünden und zu dem Ende sich vorzüglich zu bemühen, dem dürftigen Pöbel, da wo es demselben an geistlicher Unterstützung gebricht, durch Belehrung und Seelsorge überhaupt zu Hülfe zu kommen.“ Nach der Aufhebung der Jesuiten übernahmen sie vorläufig die Sorge für die verwaiste Sache und arbeiteten der Wiederherstellung des Ordens vor. Als die Bulle Sollicitudo omnium ecclesiarum die Jesuiten neu eingesetzt hatte, waren es die Liguorianer, welche ihnen in den Staaten, wo sie noch nicht zugelassen wurden, die Wege bereiteten. In Wien wurden sie durch ein kaiserliches Decret vom 19. April 1820 zur Errichtung eines Ordenshauses (im obern Passauer Hof nebst der alten Kirche zu Maria-Stiegen) ermächtigt. Zu diesen Wiener Liguorianern hat der Dichter Zacharias Werner gehört.

Posten zurück, und es bildete sich nun das Ministerium Doblhof-Pillersdorf. Indem dieses den übermächtigen Centralausschuß zu beschränken suchte, rief es neue und größere Unordnungen hervor. Ueberall Reaction witternd, legte man, was gegen diese Revolutionsbehörde vorbereitet wurde, als einen Rückschritt über den März hinweg aus und brachte damit nachträglich die Absicht, eine erste Kammer zu errichten, in Verbindung.

Am 15. Mai versammelten sich die Studenten und beschlossen, nachdem sie sich durch feurige Reden erhitzt hatten, dem Kaiser eine Sturmpetition zu überreichen. Mit einem schwarzrothgoldenen Banner voran und unter dem Rufe: „Nur eine Kammer!" rückten sie Abends um 6 Uhr 5000 Mann stark von der Aula aus. Sie hatten ihre Gewehre geladen und zogen auf den Hof und die Freiung, wo sie so lange lagern wollten, bis ihre Forderungen durchgesetzt seien. Sie stellten vier derselben auf: Daß der Centralausschuß nicht aufgelöst werde, daß die Bürgerwehr künftig in Gemeinschaft mit den Truppen die Wachen in der Hofburg und an den Thoren beziehe, daß das Militär nur mit Bewilligung des Befehlshabers der Bürgerwehr ausrücken, nur in Gemeinschaft mit der Bürgerwehr zur Herstellung der Ordnung einschreiten dürfe, endlich daß eine einzige Kammer und allgemeines Stimmrecht gewährt werde.

Die ersten drei Punkte bewilligte der Kaiser sogleich, den vierten kurz vor Mitternacht. Man hatte sich also durch die Studenten zu der Ungewißheit der Märztage zurückwerfen lassen, und der Verfassungsentwurf, die einzige bis jetzt gewonnene Grundlage, war zerrissen. Die Besonnenen fragten schon, wohin man kommen müsse, wenn es den Studenten gestattet sei, die Bürgerschaft im Sturmschritt mit sich fortzureißen, als man die Entfernung des Kaisers erfuhr. Ferdinand I. hatte wirklich am 17. Mai Nachmittags mit den in Wien anwesenden Mitgliedern der kaiserlichen Familie, unter dem Schein einer Spazierfahrt nach Schönbrunn, die Straße von Nußdorf eingeschlagen und war über Ens, Wels und Salzburg nach Insbruck geeilt. In einem Aufruf, der in Salzburg erlassen wurde, erklärte er die Motive seines Schrittes. In Wien gäbe es eine fanatische, nach zügelloser Freiheit trachtende Partei, welche die verhängnißvollen Ereignisse des 15. Mai herbeigeführt und das mit allgemeinem Jubel aufgenommene Geschenk einer freisinnigen Verfassung mit dem grellsten Undank und der rohesten Gewalt

vergolten habe. Unter den Gewaltschritten einer ungesetzlichen Bewegung, welche jeder solchen schrankenlosen Bewegung die Thore öffne, habe der Kaiser nicht länger mehr in seiner Residenz verweilen können und werde sich daher nach Insbruck begeben.

Die Wiener waren im höchsten Grade bestürzt. Der Centralausschuß löste sich selbst auf, die Studentenlegion machte ihr Fortbestehen von der Genehmigung der Bürgerschaft abhängig, die Bürgerwehr stellte sich mit dem Militär unter ein Commando und zahlreiche Abordnungen gingen zum Kaiser, um seine Rückkehr zu erbitten. Mit einiger Gewandtheit hätte sich diese Stimmung erhalten und befestigen lassen, aber nun kam an die Behörden die Reihe, unüberlegte Schritte zu thun. Sie wollten die Studentenlegion auflösen, die Hochschule ganz schließen und beide Maßregeln mit Hülfe der Truppen ausführen. Am 26. Mai in früher Morgenstunde stellten sich einige Compagnien Fußvolk vor der Aula auf, wo sich aber bereits Studenten befanden. Es wurde parlamentirt und da die Soldaten mit den Studenten in gutem Einvernehmen zu stehen schienen, so trug ihr Befehlshaber Bedenken, Gewalt zu gebrauchen. Es verflossen ein paar Stunden, und inzwischen waren Bürgerwehren und Arbeiter benachrichtigt und in Bewegung gesetzt worden. Alle Straßen der Stadt wurden mit ungeheuren Barricaden verschanzt, von allen Thürmen heulten die Sturmglocken, und während die Bürgerwehr in langen Colonnen vor den Truppen, welche die Thore und die Burg besetzt hatten, sich aufpflanzte, zeigten die Volkshaufen, die mit eisernen Stangen, mit Schaufeln, Keulen und Knitteln bewaffnet umherzogen, den Ministern die Revolutionskräfte der untern Classen. An den Barricaden und an den Ecken verkündeten Anschläge, was man wolle, und dieses war: Entfernung aller Truppen aus Wien; ungeschmälerte Erhaltung aller Errungenschaften des 15. Mai und schleunigste Einberufung der constituirenden Versammlung; Abschickung von Abgeordneten in die Provinzen, um den dortigen Brüdern bekannt zu geben, daß Alles, was man in Wien thue, nur im gemeinsamen Interesse der ganzen Monarchie geschehe; Aufhebung der Klöster; Einführung einer Armen- und Einkommensteuer; Beeidigung der Truppen auf die Verfassung; Gleichstellung aller Volksstämme; innigster Anschluß an Deutschland; baldigste Rückkehr des Kaisers; eine Untersuchung gegen jene, durch deren falsche Vorspiegelungen der Kaiser zur Abreise bewogen worden sei.

Ein vorläufiger Ausschuß von Bürgern, Nationalgarden und Studenten führte die Unterhandlungen mit dem Ministerium über diese Forderungen. Das letztere machte alle Zugeständnisse, die man von ihm verlangte, erließ aber zugleich eine verständige Ansprache, in der die Wiener darauf hingewiesen wurden, daß die beschleunigte Berufung des Reichstages, die Rückkehr des Monarchen nicht möglich seien, wenn sie nicht mit allen Kräften an der Befestigung der Ruhe und der Ordnung in der Residenz arbeiteten. Die Wirkung war eine so große, daß die Barricaden schnell hinweggeräumt wurden und die Aula in der Stille geschlossen werden konnte. Ganz glätteten sich die Wogen der Bewegung, als ein Handschreiben des Kaisers eintraf, welches meldete, daß der Erzherzog Johann den Reichstag, der ein constituirender sein werde, in Person eröffnen solle.

In Insbruck sah und hörte der Hof viel, was ihm Zweifel gegen die Räthlichkeit eines längeren Fernbleibens von Wien einflößen mußte. Die Ergebenheitsadressen, die aus den Provinzen einliefen, versteckten hinter den Ausfällen auf Wien mit ziemlicher Deutlichkeit den Hintergedanken, daß der Kaiser die undankbare Residenz verlassen und die Hauptstadt der eigenen Provinz zum künftigen Wohnsitz wählen möge. So wünschte man überall und in Prag ging man noch einen großen Schritt weiter, indem man eine provisorische Regierung bildete. Das geschah in den Tagen unmittelbar vor dem Slavencongresse, von dessen Tendenzen bereits die Rede war. Damit er in einem noch grelleren Bilde sähe, wie weit die Zerrissenheit seines Reichs gediehen sei, stellten sich dem Kaiser Wortführer der hadernden Stämme Ungarns vor, von denen er hörte, daß die Einen wie die Andern vor den Schrecken des Bürgerkrieges nicht zurückbebten.

Ungarn hatte das Zeichen zur Revolution gegeben und die Rathlosigkeit des Hofes rasch benutzt. Dem Sturm und Andrang der Magyaren war Vieles bewilligt worden, sogar ein eigenes Ministerium. Nur den Vorbehalt hatte man in Wien gemacht, daß dem Kaiser sowohl die Vertheilung der Truppen im Lande selbst, als die Verwendung derselben außerhalb der Grenzen verbleiben solle. Der Reichstag zu Preßburg hatte sich darauf für vollkommen befriedigt erklärt und doch sofort eine neue Forderung aufgenommen. Nach der Ansicht der beliebtesten Sprecher war Ungarn übermäßig besteuert, während die ganze übrige Monarchie die richtigere Behauptung aufstellte, daß

dieses reiche Land zu den Lasten der Monarchie unverhältnißmäßig wenig beitrage. Steuern, die wie die Verzehrungssteuer in den andern Kronländern drückend empfunden wurden, existirten in Ungarn nicht, und der Adel, in dessen Händen über zwei Drittheile des Nationalreichthums sich befanden, war von allen Abgaben frei. Um herausrechnen zu können, daß die ungarischen Cassen einen jährlichen Ueberschuß von 10 bis 12 Millionen Gulden nach Wien ablieferten, mußte man die Erträgnisse der Zwischenzolllinie herbeiziehen. Ein Theil der Einkünfte derselben blieb in Ungarn, und was sie der Gesammtmonarchie an Einkünften lieferte, glich den Ausfall bei Weitem nicht aus, der den Staatscassen durch die eigenthümlichen ungarischen Verhältnisse erwuchs. Etwa den dritten Theil der Monarchie umfassend, lieferte Ungarn nicht den zehnten Theil der Staatseinkünfte und blieb den andern Provinzen gegenüber jährlich um 40 Millionen zurück. Davon hatte die Zolllinie in den besten Jahren (1843) nicht mehr als 3,402,000 Gulden ersetzt. Böhmen, Mähren und Schlesien zahlten verhältnißmäßig das Vierfache an Steuern, Niederösterreich mehr als das Zwölffache. Nicht genug, daß die Ungarn noch weniger als früher zu den Ausgaben der Gesammtmonarchie beitragen wollten, weigerten sie sich mit Entschiedenheit, irgend einen Theil der Staatsschuld zu übernehmen. Diese Schuld sei nicht zu ungarischen Zwecken gemacht worden, Ungarn nicht zu Gut gekommen, auf dieses Argument zogen sie sich bei allen Verhandlungen zurück.

Ungarn war unter diesen Verhältnissen fast unabhängig, und an seinem guten Willen, die Zügel ganz abzuwerfen, ließ sich nicht zweifeln. Mit einem Kriege in Italien belastet und von keiner der größeren Provinzen rückhaltslos unterstützt, wäre die Regierung Ungarn gegenüber machtlos gewesen, wenn das ganze Land sich auf jene Basis gestellt hätte. Dies war jedoch nicht der Fall, vielmehr machten die Magyaren ihren Standpunkt vereinzelt geltend. In den ersten Märztagen hatten sich die übrigen Volksstämme ihnen in der Meinung genähert, daß man ihnen gleiche Rechte einräumen werde. Dieses Ansinnen war für die Magyaren eine Aufforderung gewesen, ihre Ansprüche als erobernder und herrschender Volksstamm schroffer denn je hervorzukehren. Sie hatten Alles durchgesetzt und ihnen gehörte daher der Genuß des Errungenen. Sie nahmen keinen Deutschen oder Slaven in ihr Ministerium Kossuth-Batthyany, ernannten nur Magyaren zu einflußreichen Aemtern, duldeten die andern Sprachen in keinem Schreiben mehr und erließen Befehle,

deren Ausführung Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien und Dalmatien ihnen vollständig unterworfen haben würde.

Der Gegenschlag blieb nicht aus und wurde begreiflicher Weise in Wien, wenn auch nicht unmittelbar von der Regierung, geschäftig unterstützt. In Kroatien nahm der Baron von Jellachich, im März 1848 zum Banus ernannt, die Leitung an sich, berief eine Landesvertretung der drei vereinigten Königreiche (Kroatien, Slavonien und Dalmatien) und betrieb die Erhebung derselben zu einem besondern, von Ungarn unabhängigen Kronlande. Die Sprache, die seine Anhänger in Agram führten, hatte keinen loyalen Klang, denn sie drohten, wenn man ihnen nicht genug thue, so würden sie ihre in Italien kämpfenden Landsleute zur Erfüllung höherer Pflichten gegen das Vaterland heimberufen. Die Serben hielten in Karlowitz einen Nationalconvent, in dessen Sitzungen sie sich bald verständigten, daß sie fünf Comitate als ihr ausschließliches, von ihnen allein zu bewohnendes Eigenthum beanspruchen dürften. Sie richteten dieses Kronland auf eigene Faust als serbische Wojwodschaft ein und ernannten einen Patriarchen und einen Wojwoden. Nachdem sie dies ausgeführt hatten, versuchten sie, von ihrem neuen Lande Besitz zu nehmen und die deutschen und ungarischen Besitzer desselben zu vertreiben. Auf diesem Punkte begann der Kampf der Volksstämme im April und setzte sich bis in den Juni hinein fort.

Die Union mit Siebenbürgen, die unter den magyarischen Forderungen nicht die letzte Rolle spielte, war durch Ueberraschung durchgesetzt worden. Nun erhoben aber die kernigen Bewohner des Sachsenlandes ihre Stimme und verlangten ihrerseits, ein Kronland zu bilden. Mit ihnen verbanden sich die Wallachen, doch wurden diese Freunde so gefährlich, daß die Sachsen den Magyaren wieder näher traten. Es schauderte ihnen vor 400,000 Brüdern, unter denen nicht tausend intelligente Köpfe waren, und die, ohne je vom Communismus gehört zu haben, theilen und das Beste für sich nehmen wollten. Dahin zielten die Beschlüsse, welche sie in einer dreitägigen Versammlung (15. bis 17. Mai) 40,000 Mann stark in Blasendorf, der Residenz ihres Bischofs, faßten. Außerdem wollten sie von jetzt an Römer genannt sein. Auch im Norden Ungarns regte es sich unter den Slowaken, doch waren die Bestrebungen dieses trägsten aller ungarischen Volksstämme von untergeordneter Bedeutung. Ihre Gefährlichkeit für die Magyaren erhielt die Stellung, welche alle Slaven übereinstimmend einzunehmen suchten, durch

die Verbindung dieser Bruchtheile mit Stammgenossen jenseits der Grenzen. Die Wallachen standen mit den türkischen Donauprovinzen in Verbindung, die Serben und Kroaten mit Bosnien, Serbien und der Herzegowina, die Slowaken mit Mähren und Böhmen.

In Insbruck führte Batthyany die Sache der Magyaren, Jellachich die der Kroaten. Der Kaiser entschied gegen die Letztern, wie er nach den Zugeständnissen, welche die Ungarn ertrotzt hatten, nicht anders konnte. Eine vollständige Ausgleichung wurde indessen nicht erreicht, und diese erwartete man erst von einer Vermittelung, die dem Erzherzog Johann übertragen worden war.

Die Wahlen zum Reichstag begannen, während der Kaiser in Insbruck abwesend war. Das Ministerium war inzwischen zurückgetreten, doch gingen Kraus, Doblhoff und Latour in die neue Verwaltung über, in der neben ihnen Wessenberg, Bach, Schwarzer und Hornbostel Aufnahme fanden. In einem Programm erklärten die neuen Staatslenker, daß sie die Idee der Größe und Einigkeit Oesterreichs mit den vollsten Garantien staatsbürgerlicher und nationaler Freiheit verbunden zur Wahrheit werden lassen wollten. Als Grenzwart der europäischen Gesittung im Osten müsse Oesterreich groß, stark und einig bleiben. Um die Freiheit stark zu machen, müsse auch die Regierung stark sein. So gern die Minister mit allen gerechten Wünschen des Volkes Hand in Hand gehen würden, so wenig würden sie sich Etwas abdringen lassen, was ihrer Ueberzeugung nach mit dem Wohle der Gesammtheit unverträglich wäre.

Der 10. Juli war der für die Eröffnung des Reichstages bestimmte Tag. Die Gesammtzahl der Abgeordneten würde, wenn alle am ersten Tage erschienen wären, 383 betragen haben. Die Ungarn und Kroaten fehlten, ebenso die Italiener bis auf einige wenige aus dem südlichen Tyrol und aus Dalmatien. Ziemlich die Hälfte, nämlich 190, waren Slaven, denen die Deutschen nicht ganz die Wage hielten. Auf 42 Adelige kamen 92 Bauern. Auf dem flachen Lande hatte die Bevölkerung fast ausschließlich Leute aus ihrer Mitte gewählt, weil die Frage der Entschädigung für die aufgehobenen Naturalleistungen zur Erledigung kommen mußte. Das eigenthümlichste Schauspiel boten die 32 bäuerlichen Abgeordneten von Galizien dar, lauter Ruthenen in leinenen oder härenen, an die Steppe erinnernden Kitteln. Unter ihnen waren zwanzig, die kein deutsches Wort verstanden und weder

lesen noch schreiben konnten. Prag hatte vier Parteiführer der Tschechen geschickt und ebenso viele die Provinz. Man sah mit Verwunderung, wie sie von der äußersten Linken, wo sie zuerst Platz genommen hatten, nach mannigfaltigen Verwandlungen auf der äußersten Rechten anlangten.

Man nahm im Reichstage die hergebrachten Bezeichnungen solcher Versammlungen an und sprach von einer Rechten und äußersten Rechten, von Centren, von einer Linken und äußersten Linken. Die letztere und ihr Gegenspiel am andern Ende der Bänke hatten allerdings den Standpunkt, von dem sie ihre Namen herleiteten, die übrigen Parteien schwankten hin und her. Die Nationalitätsfrage beherrschte die Gemüther und durchkreuzte die politischen Gruppen, sie vermischend und verschiebend. Am schroffsten verhielten sich die Tschechen und Deutschen, die Ruthenen und Polen gegen einander. Auf eine feste Partei konnten die Minister nicht rechnen, auf der andern Seite äußerte sich gegen sie keine ausgesprochene Feindschaft. Längere Zeit beschäftigten sich die Debatten mit Nebendingen und erregten in Wien wenig Aufmerksamkeit. Die Hauptstadt verlangte nach Aufregungen, mit denen sie am liebsten ein wenig Scandal verbunden sah, und die Galerien waren nur dann gedrängt voll, wenn Interpellationen über mißliebige Personen oder Maßregeln angekündigt waren.

In der Thronrede des Erzherzogs wurde die volle Gleichberechtigung aller Nationalitäten, sowie der innige Verband mit Deutschland als die Grundlage hervorgehoben, welche sich allen Interessen darbiete. Von Ungarn und dessen Nebenländern hieß es, daß das Gerechtigkeitsgefühl seiner edelmüthigen Bevölkerung eine befriedigende Ausgleichung der noch schwebenden Fragen erwarten lasse. Von der baldigen Rückkehr des Kaisers sagte die Thronrede nichts, und grade dieser Punkt war dem Reichstage und den Ministern der wichtigste. Die letzteren regten ihn zuerst an und beantragten eine Adresse des Reichstages, die dem Monarchen die dringende Nothwendigkeit einer baldigen Rückkehr vorstelle. Der Ton, in dem man darüber berieth, hätte ehrerbietiger sein können, aber die Adresse wurde angenommen, und der Kaiser sagte seine Rückkehr zu.

Am 12. August war er wieder in Wien. „Sie haben es für nothwendig befunden,“ antwortete er auf die Bewillkommnung des Reichstagspräsidenten, „daß ich hier herkomme; ich habe meine Pflicht erfüllt und bin gekommen.“ Einen solchen Einzug in seine Residenz hatte noch kein Habs-

burger gehalten. Die Hofwagen und Hoflakaien repräsentirten Alles, was von dem Pomp solcher Feste übrig geblieben war. Nationalgarden und Studenten bildeten die Hecke, Volkshaufen und Soldaten drängten sich um den Zug. War es auch nicht so bös gemeint, als es aussah, so blieb es doch unschicklich, daß die Studenten, sobald der Kaiser vorüber war, eins ihrer Spottlieder anstimmten. Ein General äußerte deshalb: „Es wird nicht eher Ruhe, als bis wir dreitausend Studenten unter das Fuhrwesen gesteckt haben.“*)

Die Frage der Bildung eines Ausschusses für die Aufstellung einer Verfassung des Reichs, der Provinzen und der Gemeinden führte den Reichstag auf den brennenden Boden des Rechts der Nationalitäten. Setzte man diesen Ausschuß nach der Volkszahl zusammen, so erhielten die Slaven die Mehrheit, denn sie bewohnten Galizien ausschließlich und Böhmen größtentheils, bildete man ihn dagegen nach den Provinzen, so fiel das Uebergewicht den Deutschen zu, da die kleineren Kronländer, in denen sie vorherrschten, zahlreich waren. Aus diesem Grunde sprachen die Föderalisten für allgemeine Wahlen nach der Kopfzahl und die Anhänger der Centralisation für Wahlen

*) Wären Macaulay's Ansichten von der „Würde der Geschichte“ in Deutschland maßgebend, so müßten die Volkslieder der Wiener Revolution besonders berücksichtigt werden. Sie zeigen besser als die längste Ausführung, daß die Wiener die ernstesten Dinge burschikos und tändelnd behandelten. Es war in ihnen keine Bosheit, aber ein Leichtsinn, der sich furchtbar bestraft hat. Jenes Lied, das bei dem Einzuge gesungen wurde, war ein altes Studentenlied aus dem fünfzehnten Jahrhundert, das man noch heute den einziehenden jungen Studenten (Füchsen) singt, das bekannte: „Was kommt dort von der Höh'?“ Seine Melodie ist noch in den Kanonendonner der Belagerung hineingeklungen, und die stürmenden Grenadiere haben es bei ihren Wachtfeuern auf den „ledernen“ Jellachich umgedichtet. Die Studenten mögen es auf dem Wartburgfeste (12.—14. Juni 1848), das von ihnen beschickt wurde, kennen gelernt haben. Auch die andre Partei hatte ihre Lieder, und in diesen verdrängte das Bewußtsein des Ernstes der Lage die Gemüthlichkeit ganz und gar. Das verbreitetste derselben heißt: „Eine Stimme aus Italien.“ Es ist in Prag entstanden und drückt die Stimmung der Truppen aus. Der bezeichnendste Vers, dessen Vorzug nicht in Poesie, sondern in klarster Deutlichkeit besteht, ist der folgende:

Ihr Bürger Wiens, wir warnen Euch,
Ihr mögt's auch der Aula erzählen:
Bedenkt, daß Wien nicht Oesterreich,
Und daß Ihr uns nichts zu befehlen.
Doch hört Ihr die warnende Stimme nicht,
Die das Heer aus Italien sendet,
So setzen wir selber uns zu Gericht,
Wann hier unsere Sendung vollendet.

nach den Provinzen. Jeder Theil borgte von dem andern die Waffen und warf ihm Abtrünnigkeit von seinen Grundsätzen vor. Die Wage schwankte bis zum letzten Augenblicke, und es war für die Sieger selbst eine Ueberraschung, daß die Abstimmung eine Mehrheit für die Centralisation brachte.

Um die Slaven nicht zu sehr zu verstimmen, machte das Ministerium ihnen in der deutschen Frage Zugeständnisse. Ein Interpellant wollte wissen, ob die Regimenter aus den Erblanden die deutschen Farben anlegen würden. Der Kriegsminister half sich durch die Berufung auf eine große Erinnerung. „In der Völkerschlacht bei Leipzig," antwortete er, „ist der Sieg davongetragen worden ohne Abzeichen. Wir haben Alle für Deutschland gekämpft und werden es wieder, ob wir Abzeichen haben oder nicht. Die Anlegung der Abzeichen könnte die Einheit der Armee stören, die so wesentlich für ihren Bestand ist." Wenige Tage später (6. August) erschienen bei einer Parade zu Ehren der deutschen Einheit Studenten und Bürgerwehren in Massen, vom Heer nur einige Grenadiercompagnien und Cuirassierschwadronen der deutschen Länder. Zum zweiten Male interpellirt, wollte der Kriegsminister einen nationalen Charakter der deutschen Farben nicht gelten lassen; sie seien ein gemeinsames Bundeszeichen, und die zum deutschen Bunde gehörenden Truppen der Monarchie würden sie im Dienste tragen. „Unser Staatsgrundgesetz," betonte er, „hat die Gleichberechtigung der Nationalitäten zur Grundlage."

Irgend ein Resultat war bis jetzt nicht erreicht worden, und die Klagen, daß der Reichstag unthätig sei, bekamen Recht. Ein von Kudlich am dritten Versammlungstage gestellter Antrag, das bäuerliche Unterthänigkeitsverhältniß mit Allem, was daran hinge, aufzuheben, war immer hinausgeschoben worden. Am 8. August hatte das Drängen der Bauern und der Linken, die sich als Befreierin des vierten Standes beliebt machen wollte, endlich die Folge, daß Kudlich seinen Antrag begründen konnte. Indem er dies that, ließ er sich auf alle Einzelnheiten ein und gab dadurch das Beispiel zu einer ermüdenden und überaus unklaren Behandlung der Frage. Die Redner verfingen sich in ein Gewirr von Bestimmungen, die in jeder Provinz anders lauteten, und wurden durch ihre Gründlichkeit Andern und sich selbst unverständlich. Fischhof verglich die Debatte mit einer Schlange, die sich in den Schwanz beiße So oft ein neuer Redner die Bühne bestieg, leerten sich die Bänke, und einmal ergriff sogar der Vorsitzende die Flucht.

In den neunzehn Sitzungstagen wurden 73 Unteranträge gestellt, und als man die Fragen zusammenstellte, ergab es sich, daß über 159 Punkte abzustimmen sein werde. Eine solche Abstimmung war unmöglich, und ein mühsam zu Stande gebrachter Vergleich der Antragsteller beschränkte die Entscheidung darauf, ob eine Entschädigung zu leisten oder dieser Cardinalpunkt in der Schwebe zu lassen sei.

Die bäuerlichen Mitglieder fanden es „nach dem gesunden Menschenverstande" klar, daß ihnen keine Entschädigung zugemuthet werden dürfe. „Wie," rief ein Bukowiner aus, „für die Mißhandlungen, die wir erlitten haben, sollen wir noch Entschädigung leisten? Die Peitschen und Knuten, die sich um unsern ermüdeten Körper gewickelt haben, die sollen unsre Entschädigung sein." „Die Köpfe derjenigen," äußerte ein Abgeordneter aus Mähren, „welche gegen das Volk stimmen, sind nicht mehr werth, als die Anatomie für sie bezahlt." Ein Deutscher, der die Leistungen der Bauern ein berechtigtes Eigenthum der Gutsherren nannte und die Bauern, die keine Entschädigung zahlen wollten, mit dem heiligen Crispin verglich, der den Gutsherren das Leder gestohlen habe, um den Bauern Schuhe daraus zu machen, entging kaum thätlichen Mißhandlungen. Ganz zuletzt erklärten die Minister die Entschädigung für eine Cabinetsfrage. Die Abstimmung, die dadurch sehr beeinflußt wurde, entschied nun, daß für Leistungen und Abgaben, die der Besitzer eines Guts als solcher zu leisten habe, eine billige Entschädigung Platz greife, und zur Entschädigung der Berechtigten selbständige Provinzialfonds zu errichten seien. Nebenbei wurde eine authentische Definition gegeben, was unter einem constituirenden Reichstage zu verstehen sei. Die Linke hatte in dem Glauben gelebt, daß jeder Beschluß, den man in der kaiserlichen Winterreitschule fasse, von selbst zum Gesetz werde, allein die Minister belehrten sie, daß keine ihrer Entscheidungen ohne die Genehmigung des Monarchen Gesetzeskraft erlange und daß mithin auch die Verfassung mit diesem zu vereinbaren sei.

Es hat sich so gefügt, daß die Befreiung des Bauernstandes die einzige That des österreichischen Reichstags geblieben ist. Diese That ist eine große. Durch sie ist die Einreihung des zahlreichsten und wichtigsten Standes in die moderne Gesellschaft vollzogen und eine neue staatliche Ordnung begründet worden.

War man in Oesterreich ohne Zwischenstufe zu einem constituirenden

Reichstag übergegangen, so hatte man in Preußen den Vereinigten Landtag als naturgemäßen Uebergang zu Neugestaltungen benutzt. Die Märzminister beriefen ihn zum 2. April, damit er die Grundsteine der wahren constitutionellen Verfassung lege, die der König verheißen hatte. Die Mitglieder waren dieselben, wie 1847, aber die Zeit und mit ihr die Ansichten hatten sich geändert. Was sonst bei den Conservativen den lebhaftesten Widerspruch gefunden hätte, ging jetzt im Fluge durch. Die wichtigste Vorlage war ein Wahlgesetz, welches das allgemeine Stimmrecht mit mittelbaren Wahlen einführte. Inhalt und Form der künftigen Verfassung wurden der Vereinbarung mit dem nächsten Reichstage vorbehalten und von diesen Ständen bloß einige Grundlagen festgestellt. Diese waren Preßfreiheit ohne Zeitungscautionen, Zurückgabe der Untersuchung und Bestrafung der politischen Verbrechen an die ordentlichen Gerichte, einige Bestimmungen zur Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit, Anerkennung des Versammlungsrechts, Gleichstellung aller Glaubensgenossenschaften vor dem Gesetz, Umwandlung der Stände von berathenden in beschließende.

Den Zwischenraum bis zum neuen Landtage füllten Debatten der Vereine und Volksversammlungen, Unruhen und Tumulte aus. Berlin wurde zum Herde demokratischer Bewegungen, die in den Provinzen von Breslau, Trier und Aachen nachgeahmt wurden. Königsberg und Ostpreußen überhaupt bewahrten ihrem Liberalismus, der für die ganze Monarchie so folgenreich geworden war, in der aufgeregteren Zeit die Treue, Cöln und der größte Theil der Rheinprovinz wurden besser preußisch gesinnt denn je, weil sie in ihrer eigenen Mitte Lager der socialistischen Republik wahrnahmen, und auch Magdeburg bekehrte sich zur Regierungspolitik. Pommern, Westphalen und das flache Land der Marken repräsentirten mit der deutschen Bevölkerung Posens und Westpreußens das alte Preußen.

Die Metropole der Intelligenz glaubte auf der Höhe der Zeit zu stehen, wenn sie eine schreiende Ungerechtigkeit standhaft behaupte. Der Prinz von Preußen, als Thronfolger nächst dem König der Erste des Reichs, sollte in dem Kampfe der Märztage von versöhnlichen Maßregeln abgerathen und ein Blutbad unter den Bürgern angerichtet haben, worauf er nach Petersburg gegangen sei, um „den Schwager" zum Einmarsch in Preußen zu bereden. Alles war Verleumdung, denn der Prinz hatte in den Märztagen keinen Befehl über Truppen geführt und war nicht nach Petersburg gegangen, um

Hülfe gegen das Volk zu suchen, sondern nach London in der umgekehrten Absicht, das englische Bündniß für das neue Deutschland zu gewinnen. Ohne sich daran zu kehren, nahmen die demokratischen Führer eine Aufforderung zur Rückkehr, welche die Minister an den Prinzen erlassen hatten, als Vorbereitung der Gegenrevolution an. Sie erlangten viele Unterschriften einer Volksversammlung an den Zelten im Thiergarten für eine Adresse an die Minister, in der die Zurücknahme jener Aufforderung verlangt wurde, und schickten ihre Massen, als keine zusagende Antwort erfolgte, vor den Palast des Prinzen, um dort die Inschrift der Märztage: „Nationaleigenthum" herzustellen. Die Zugänge zum Palast starrten von Bajonetten der Bürgerwehr, und vor diesen wichen die Volkshaufen nach einem mehrstündigen Abwarten, ob der andre Theil nicht nachgeben werde, zurück. Zeigte dieser Tumult, bis zu welcher Höhe die Demokratie mit ihren Angriffen ziele, so ließ er zugleich ihre Taktik durchschauen. Alle ihre Demonstrationen und Massenbewegungen waren Muthproben des Gegners. Blieb dieser fest, so verloren die Demokraten den Muth. Der Abend des 12. Mai war das erste Beispiel, daß das Volk, wie man in Berlin zu sagen pflegte, erst auf- und dann abgewiegelt wurde.

Das Herannahen der Sitzungen des Landtags brachte die Parteienkämpfe zum Stillstande. Die Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Verfassung wurde am 22. Mai vom König in Person eröffnet. Am bemerkenswerthesten war die Stelle seiner Rede, in der er sich dagegen verwahrte, als habe er bei der Einberufung dieses Landtags einem andern Motiv, als dem dringenden Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in Preußen Raum gegeben. „Die Einheit Deutschlands ist mein unverrückbares Ziel," versicherte er. Der Verfassungsentwurf, den der Ministerpräsident Camphausen vorlegte, beruhte auf dem Zweikammersysteme. Die erste Kammer setzte er zusammen aus den Prinzen des königlichen Hauses, aus höchstens sechzig vom König ernannten Mitgliedern und aus hundertundachtzig andern, durch dieselben Wahlmänner gewählt, von denen die zweite Kammer gebildet wurde. Für die Mitgliedschaft in der ersten Kammer wurde der Besitz eines großen Vermögens oder eines gewissen Amts erfordert, für die der zweiten nicht.

Die bekannteren Mitglieder des Vereinigten Landtags waren größtentheils für das Frankfurter Parlament gewählt worden, und aus den Wahl-

urnen gingen daher fast lauter neue Namen hervor. Es gab 400 Abgeordnete, und 100 davon waren Justizbeamte, 50 Verwaltungsbeamte, 50 Geistliche, 68 Bauern, 27 Lehrer, 28 Handwerker und 28 städtische Beamte. Der Wahlkreis Wirsitz hatte den Prinzen von Preußen gewählt, und der präsumtive Thronfolger zeigte sich wirklich einmal in der Versammlung, um zu erklären, daß er seine Kräfte der constitutionellen Regierungsform, die der König gewählt habe, weihen werde. Es verfloß Zeit, ehe die übrigen Mitglieder sich nur einigermaßen in die Geschäfte fanden. Die Minister hatten ihnen Nichts zu thun gegeben, denn ihre einzige Vorlage, die Verfassung, hatte erst durch die Berathungen der Abtheilungen zu gehen. So war den Interpellationen über Alles und Jedes ein breiter Raum vergönnt, und die Debatten zersplitterten sich in viele Plänkeleien, welche Nichts entschieden. Die Rechte und die Linke überboten sich im unparlamentarischen Benehmen. Die letztere ließ einen maßlosen Angriff auf den andern folgen, und die erstere suchte ihre Gegner durch Zischen und Scharren zum Schweigen zu bringen.

Die Minister wie die Rechte wollten die geschichtliche Continuität der Entwicklung gewahrt wissen. Für die Linke dagegen war die Märzrevolution eine tiefe, unüberschreitbare Kluft, welche das alte Preußen von dem neuen trenne. Um ihre Ansicht geltend zu machen, beantragte sie am 8. Juni, in derselben Sitzung, an welcher der Prinz von Preußen für kurze Augenblicke Antheil nahm, eine Anerkennung der Verdienste der Märzkämpfer um das Vaterland. Wie ihre Redner gestanden, war damit „eine volle Anerkennung der Revolution und aller ihrer Folgen,“ namentlich und vor Allem der Volkssouveränetät, gemeint. Um dieser Auslegung willen wurde das Ministerium bei seinem Widerstande gegen die Linke kräftig unterstützt und der Antrag verworfen.

Als die Abgeordneten nach dieser Entscheidung das Haus verließen, wurden sie von Volkshaufen angehalten, welche jeden Einzelnen fragten, ob er zur Linken oder zur Rechten gehöre. Die sich muthig als Conservative zu erkennen gaben, wurden verhöhnt und geschimpft, oder auch, wie es dem Minister v. Arnim und dem Berliner Volksvertreter Sydow geschah, thätlich mißhandelt. Diese Schändlichkeiten gingen von den Arbeitern und den übrigen untern Classen aus, die im Zaum zu halten der neuen Bürgerwehr nicht gelingen wollte. Ihre Parole erhielten die Unruhestifter von Leitern revolutionärsten und zum Theil zweideutigsten Charakters. Sie hatten bei allen

Tumulten den Plan, die Rechte und das Centrum so einzuschüchtern, daß die Linke die Gewalt bekomme. Die Massen ließen sich gern und leicht in Bewegung setzen. Man brauchte irgend ein Gerücht auszustreuen, und sie machten sich auf, um ihre Lust an Lärm und Unfug zu befriedigen. Am wirksamsten erwies sich immer die Lüge, daß die Reaction an einen großen Schlag denke, Truppen sammle, Waffen aufhäufe und geladene Geschütze in Bereitschaft halte.

Nach einem Zusammenstoß der Bürgerwehr mit den Arbeitern wurde das oft gebrauchte und doch nicht abgenutzte Mittel wieder hervorgeholt. Im Zeughause sollten die Mittel zu einem baldigen Angriff auf das Volk von Berlin vereinigt sein. Die Arbeiter zogen auf dieses Gerücht hin zum Kriegsminister und verlangten die Auslieferung der Vorräthe des Zeughauses. Als diese Forderung ihnen abgeschlagen wurde, sammelten sie sich rings um das Gebäude (15. Juni). Die Bürgerwehr schritt nicht ein, und ebenso verhielt sich das Militär im Zeughause unthätig. Zuletzt erbrachen die Unruhestifter die Thore, drangen zu vielen Hunderten ein und bewogen den Befehlshaber der Truppen durch die Vorspiegelung, daß ganz Berlin in den Händen des Volks und der König geflohen sei, zum Abzuge. Nun wurde geplündert und Alles, was sich an Waffen vorfand, verschleppt. Das Zeughaus enthielt viele neue Zündnadelgewehre, deren Bau ein sorgsam behütetes Geheimniß war, und verschiedene derselben wurden in's Ausland, nach Frankreich und Rußland, entführt. Dieser Umstand erweckte den Argwohn, daß der Aufruhr angezettelt worden sei, um jene fremden Staaten in den Besitz von Zündnadelgewehren zu setzen.

Dieser frevelhafte Tumult fiel mit einer Ministerkrisis zusammen. Drei der Minister, Canitz, Schwerin und Arnim, schieden aus, weil die Versammlung nicht undeutlich Miene machte, ihren Verfassungsentwurf zu beseitigen. Bis zum 25. Juni folgten noch andre Mitglieder der Verwaltung nach, so daß bloß Camphausen blieb. Mit ihm vereinigten sich Auerswald, Schreckenstein, Märker, Kühlwetter, Milde, Gierke und Rodbertus. Die neue Verwaltung kündigte sich als ein Ministerium der That an. Sie werde, erklärte Camphausen in ihrem Namen, der ersten Kammer eine volksthümlichere Grundlage geben, die Bürgerwehr organisiren, das Eigenthum entlasten, eine neue Gemeindeordnung vorlegen, die Rechtspflege den veränderten Verhältnissen

anpassen, die Steuergesetzgebung reformiren und den Credit durch Belebung des Handels und der Arbeit herstellen.

Die Gesetze, mit denen man zunächst fertig wurde, betrafen die Aufhebung des bevorzugten Gerichtsstandes und die Abschaffung der Todesstrafe. Bei den Berathungen sah man die Minister mit den reformatorischen Bestrebungen der Versammlung Hand in Hand gehen, und dies machte auf die öffentliche Meinung den besten Eindruck. Ein unglückliches Ereigniß war dazu bestimmt, auch dieses Ministerium in Zwiespalt mit dem Landtage zu bringen. Wie aller Orten, so waren in Schweidnitz die Truppen und die Bürger in einer gegenseitigen feindlichen Stimmung. In den Soldaten nagte die Erinnerung an den Rückzug aus Berlin in den Märztagen, der ihnen den Anschein gab, als seien sie im Kampfe mit den weit schwächeren Gegnern unterlegen, und viele der Bürger erblickten in den Truppen eine Waffe der Reaction, die unversehens auf sie herabfallen werde. Schweidnitz hatte eine Bürgerwehr, welcher der befehligende General den Gebrauch der Trommeln untersagte. Man rächte sich an ihm nach der Sitte der Zeit durch eine Katzenmusik. Während des Tumults zog von zwei Seiten Bürgerwehr und Militär heran, beide um die Ruhe herzustellen. Die Bürgerwehr hatte sich in Reihe aufgestellt und wurde plötzlich von den Truppen mit einem Gewehrfeuer begrüßt. Sie hatte vierzehn Todte und viele Verwundete. Wie es hieß, war das Schießen dadurch hervorgerufen worden, daß die Verwundung eines Soldaten durch eine zufällige Entladung seines Gewehrs bei seinen Kameraden die Meinung erweckt hatte, man greife sie an.

Die schlesischen Abgeordneten brachten dieses Ereigniß zur Berathung, und die Linke bemächtigte sich desselben, um die tieferen Ursachen bloßzulegen. Daß der Minister mittheilte, es sei eine Untersuchung eingeleitet, der Befehlshaber der Truppen zur Verfügung gestellt und das Militär von Schweidnitz entfernt, genügte ihr nicht. Einer ihrer Hauptredner, Stein, verlangte von dem Kriegsminister, daß er die Officiere in einem Erlasse ermahne, allen reactionären Bestrebungen fernzubleiben und nicht nur Conflicte jeder Art mit dem Civil zu vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zu zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollten. Ein andres Mitglied der Linken machte dazu den Zusatz, daß denjenigen Officieren, mit deren politischen Ueberzeugungen ein

solches Benehmen nicht vereinbar sei, zur Ehrenpflicht gemacht werde, aus der Armee auszutreten. Auch daß eine Abordnung an Ort und Stelle gesandt werde, um die Vorgänge zu untersuchen, wurde beantragt.

Die Minister hielten die Annahme dieser Anträge nicht für möglich und mischten sich daher nicht in die Debatte. In der That hatte die Versammlung nach allem parlamentarischen Brauch weder das Recht, einem Minister bestimmte Befehle zu geben, noch war sie befugt, durch die Einsetzung einer Untersuchungsbehörde in das Gebiet der vollziehenden Gewalt einzugreifen. Durch das tactlose Benehmen der Rechten, die andern Parteien des Hauses in Leidenschaft zu bringen und dann auf Abstimmung zu bestehen, wurde die Erwartung der Minister zu Schanden gemacht. Alle jene Anträge wurden mit Stimmenmehrheit von der Versammlung angenommen (9. August).

Vier Wochen vergingen, und die Versammlung erfuhr nicht, was mit ihren Beschlüssen geschehen sei. Am 4. September wurde endlich ein Schreiben des Kriegsministers verlesen, in dem die Ausführung der Entscheidungen des Landtags abgelehnt wurde. Er habe, erklärte der Minister, die Befehlshaber auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht, jedem Bestreben entgegenzutreten, durch das die constitutionelle Freiheit in reactionärem oder republikanischem Sinne beeinträchtigt werden könne, und werde in solcher Weise ferner wirken. Durch allgemeine Erlasse, welche dem Geist und Wesen einer Armee nicht entsprächen, Ordnung und Zucht untergrüben, könne der Zweck nicht erreicht werden. Ihm, dem Minister, möge man die Wahl der Mittel, durch die der Wille der Nationalversammlung am zweckmäßigsten ausgeführt werde, überlassen. Die Linke faßte diese Erklärung so auf, als ob durch sie gesagt sei, daß die Volksvertretung um die Armee sich nicht zu kümmern habe. Die Mittelpartei der Centren fühlte sich verletzt, daß die Minister der Versammlung durch die Nichtbeantwortung eines Beschlusses die Achtung versagt hatten, stellte aber einen ausgleichenden Antrag. Diesen wiesen die Minister zurück und zwangen die Centren dadurch, sich mit der Linken zu vereinigen. Damit war die Entscheidung gegeben, und mit 219 gegen 143 Stimmen erfolgte die Annahme des Antrags von Stein, zu erklären, „daß es die dringendste Pflicht des Staatsministeriums sei, den von der Nationalversammlung am 9. August beantragten Erlaß ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und Erhaltung des Vertrauens, sowie zur Vermeidung eines Bruchs mit der Versammlung ergehen zu lassen“ (17. September). Das Ministerium hatte

die Entscheidung zu einer Cabinetsfrage gemacht und nahm seine Entlassung. Das neue Ministerium bildeten unter dem Vorsitz des Generals Pfuel Eichmann, Bonin, Dönhoff und Kisker. Keiner von ihnen gehörte der Nationalversammlung an, und fast Alle waren hochgestellte Persönlichkeiten der vormärzlichen Zeit.

Während die Berliner Nationalversammlung mit neuen, mißtrauisch aufgenommenen Ministern und nach dem ersten parlamentarischen Siege der Linken an die Berathung der preußischen Verfassung ging, hatte man in Frankfurt die Zeit, wo man sich allmächtig glauben durfte, bereits hinter sich. In der Paulskirche selbst war diese Ueberzeugung, vielleicht nur als dunkles Bewußtsein, vorhanden, denn man umging alle Fragen, bei denen sich entscheiden mußte, ob die Souveränetät der Versammlung von den Einzelstaaten anerkannt werde. Man hatte eine Centralgewalt, aber man vermied jede Bestimmung, mit welchen Mitteln sie ihre ausübende Gewalt geltend machen solle. Man wollte eine Verfassung für Deutschland entwerfen, aber man schob diese erste und dringlichste Arbeit zurück, um sogenannte Grundrechte des deutschen Volks theoretisch festzustellen. Zur Entschuldigung dieser Abirrung führte man an, daß die deutsche Verfassung durch die Art, wie die Volksrechte begründet würden, ihren näheren Ausdruck erhalten müsse, und daß mithin die Bestimmung dieser Volksrechte eine unumgängliche Vorarbeit sei.

Der Reichsverweser hatte inzwischen sein Ministerium aus Männern gebildet, von denen vorauszusehen war, daß sie den mächtigeren unter den Einzelregierungen genehm sein würden. An die Spitze wurde der Fürst von Leiningen gestellt, den außer freisinnigen Meinungen eine nahe Verwandtschaft mit der Königin von England empfahl. Das Innere übernahm der Oesterreicher Schmerling, das Aeußere der Hamburger Heckscher, den Krieg der preußische General Peucker, die Finanzen der Preuße Beckerath, die Justiz der Württemberger Mohl, den Handel der Senator Duckwitz. Zu Unterstaatssecretären wurden ernannt Max v. Gagern, Bingcleben, Bassermann, Wörth, Mevissen, Fallati, Mathy und Widenmann. Die Meisten dieser Männer gehörten zum rechten, einige zum linken Centrum. Den Verkehr mit den einzelnen Regierungen erleichterten Bevollmächtigte derselben, denen der Reichsverweser übrigens weder eine entscheidende Einwirkung auf die Beschlußnahmen der Centralgewalt, noch die Ausübung irgend einer collectiven Geschäftsführung gestatten wollte.

Irgend Etwas mußte geschehen, um einen thatsächlichen Beweis zu gewinnen, daß Anordnungen der Centralgewalt in den Staaten auf Gehorsam zu rechnen hätten. Das Parlament hatte Unterordnung verlangt, das Reichsministerium begnügte sich mit einer Handlung der Huldigung. Der Kriegsminister forderte die Regierungen auf, am 6. August ihre Truppen mit den deutschen Farben zu einer Parade ausrücken zu lassen. Es sollte ihnen bekannt gemacht werden, daß der Erzherzog Johann die oberste Leitung der bewaffneten Macht Deutschlands übernommen habe, und die Feier mit einem dreimaligen Hoch auf diesen Fürsten, begleitet vom Donner der Geschütze, schließen. Die kleineren Staaten und einige der mittleren kamen dieser Aufforderung nach. Oesterreich beachtete sie nur in Wien, und auch dort in einer Weise, daß die Huldigung so aussah, daß sie nicht dem Reichsverweser, sondern dem österreichischen Erzherzog dargebracht werde. Baiern und Hannover nahmen bloß den Schein an, als ob sie sich fügten, und Preußen wurde durch die Zumuthung einer Huldigung empört. Der Reichskriegsminister entschuldigte sich, daß er durch seinen Erlaß nichts als die Möglichkeit eines raschen Einschreitens gegen demokratische Aufstände durch die Centralgewalt selbst, ohne zeitraubende Verhandlungen mit den Einzelstaaten, bezweckt habe. Der König von Preußen erließ nun einen Armeebefehl, in dem er seine Zustimmung zur Wahl eines Reichsverwesers aussprach und die Truppen ermahnte, überall wo sie für die deutsche Sache einzutreten und nach seinem Befehl dem Reichsverweser sich unterzuordnen hätten, den Ruf der preußischen Tapferkeit zu bewahren.

Das Parlament nahm diese Auflehnungen ruhig hin. Die Mitglieder der Linken interpellirten, und der Kriegsminister sprach von den schwierigen Uebergangsverhältnissen, von der Heiligkeit des wechselseitigen Vertrauens, worauf man die Sache fallen ließ und zu den Grundrechten, dem beliebten neutralen Gebiet, zurückkehrte. Mit diesen beschäftigte man sich seit dem 3. Juli, und zwar in zweimaliger Berathung und mit einem Luxus von Reden und Rednern, Anträgen, Unteranträgen und Abänderungsanträgen, daß Giskra's Berechnung, man werde im April 1850 mit der ersten Berathung zu Ende kommen, die Wahrscheinlichkeit für sich hatte.

In den einzelnen Paragraphen der Grundrechte gelangten die Ansichten der gemäßigten Mehrheit zur Geltung. So sehr man sich hinsichtlich der deutschen Verfassung in utopischen Träumen gefiel, so wenig verblendete man

sich über die Nothwendigkeit, das Bestehende zu schonen, so weit es mit den neuen Verhältnissen sich vertrage. Man erkannte die Gleichheit aller Stände und den Wegfall der Privilegien an, aber die Anträge, daß es Jedem freistehe, einen beliebigen Adelstitel anzunehmen, das Ordenswesen ganz aufgehoben werde, fielen zu Boden. Indem man ein allgemeines Reichsbürgerrecht grundsätzlich aussprach, hütete man sich gleichwohl, unbedingte Freizügigkeit und Gewerbefreiheit zur Regel zu erheben und verschob die Entscheidung darüber bis zu dem Zeitpunkte, wo ein Gesetz über deutsches Heimathsrecht und eine Gewerbeordnung zu Stande kommen würden. Man verwarf den Grundsatz der Staatskirche, aber man gewährte der Kirche zugleich die Unabhängigkeit vom Staat, welche sie in der letzten Zeit mit Ungestüm gefordert hatte. Auf der andern Seite trennte man die Schule von der Kirche, durch die Annahme der Bestimmung: „Das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben." Daß die sogenannten Errungenschaften, Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Gleichheit aller Glaubensparteien vor dem Gesetz, ungeschmälert erhalten wurden, verstand sich nach dem Geiste der ganzen Zeit von selbst.

Ein Beschluß des Parlaments war den Regierungen willkommen. Man ließ sich in Frankfurt hinreißen, zur Begegnung von Gefahren, die man sich selbst vorspiegelte, die Centralgewalt zu ermächtigen, daß sie eine Vermehrung des Heeres auf zwei vom Hundert der jetzigen Bevölkerung in Ausführung bringe. Durch diesen Beschluß wurde die Summe der Bundestruppen auf 910,000 Mann gebracht. Einer solchen Zahl glaubte man für den Fall zu bedürfen, daß man zugleich gegen Rußland und Frankreich kämpfen, Italien beobachten, in die Festungen Besatzungen legen und im Innern ein Ersatzheer aufstellen müsse. Nicht lange, und die Versammlung sollte den Beweis erhalten, daß die Regierungen selbst in der gerechtesten Sache sich nicht berechtigt glaubten, Deutschland den Leiden und Gefahren eines auswärtigen Krieges auszusetzen.

Als Wrangel über die jütische Grenze gegen Süden zurückging, schwebten Friedensunterhandlungen zwischen Preußen und Dänemark, in welche die englische, französische und russische Diplomatie zum Nachtheil Deutschlands sich einmischte. Da Frankreich übergenug mit sich selbst zu thun hatte, England den dänischen Ansprüchen in dem Maße, wie sie gestellt wurden, mindere Neigung bewies, und Rußland von seinen Agenten gewiß zu gut bedient

war, um nicht zu wissen, daß ein auswärtiger Krieg das sei, was Deutschland zur Befestigung seiner neuen Verhältnisse am sehnlichsten wünschen müsse, so war die Einmischung des Auslandes kein ernstliches Hinderniß, Alles, was die deutsche Ehre erforderte, mit Kraft zu thun. Das preußische Cabinet sah aber den Krieg mit Dänemark nicht gern. Schon das war ein Uebel, daß die gänzliche Unterbrechung des Seehandels durch die dänischen Kriegsschiffe in den an's Meer grenzenden Provinzen Nahrungslosigkeit und Unzufriedenheit hervorrief. Außerdem war dieser Kampf, der hauptsächlich mit preußischen Kräften geführt wurde, kein specifisch preußischer Krieg, und sein Ursprung leitete auf eine jener Bewegungen zurück, die man schon wieder als revolutionär zu bezeichnen anfing. Wegen eines solchen Krieges sollte Preußen es auf die entschiedenste Feindschaft desselben Rußlands ankommen lassen, das vielleicht, falls die Demokratie doch mehr Muth und Klugheit verrieth, als man ihr zutraute, als Reserve der alten Staatsordnung die nützlichsten Dienste leisten konnte?

Man mag diese und ähnliche Betrachtungen in Berlin lange angestellt haben, ehe man sich entschloß, nach ihnen zu handeln. Am 26. August 1848 einigte sich der General von Below zu Malmöe mit einem dänischen Unterhändler über die Bedingungen eines siebenmonatlichen Waffenstillstands. Schleswig-Holstein sollte eine Regierung erhalten, die zur Hälfte der deutsche Bund, zur Hälfte das Kopenhagener Cabinet ernenne, das Bundesheer bis auf 2000 Mann Schleswig-Holstein räumen, von den Dänen eben so viel Mannschaft auf der Insel Alsen bleiben, alle seit dem 17. März in den Herzogthümern erlassenen Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden. In dieser letztern Bestimmung lag das Zugeständniß, daß die Erhebung eine ungesetzliche gewesen. Der ganze Vertrag führte die Verhältnisse thunlichst auf die Zeit vor dem 17. März zurück, und Deutschland trat nicht in der Rolle des Siegers, sondern in der des schüchternen Vermittlers auf.

Die Reichsminister und die sich ihnen anschlossen, hatten viel zu thun, die Aufregung, die dem Bekanntwerden eines Waffenstillstandes dieser Art in der Paulskirche folgte, insoweit zu beschwichtigen, daß sie nicht in revolutionäre Leidenschaft umschlug. Was sie sagen konnten, waren Vertröstungen auf die Zukunft. Die Herzogthümer seien ja noch nicht geopfert worden; man habe einen Waffenstillstand, keinen Frieden geschlossen; hinsichtlich des letztern werde die Centralgewalt unterhandeln, und zwar mit Dänemark allein,

denn die Einmischung der drei fremden Großmächte, die so verderblich gewesen sei, falle nun weg. Die wahre Bedeutung des Waffenstillstands zeigte Dahlmann. Durch einen siebenmonatlichen Waffenstillstand habe man den Vortheilen eines Winterfeldzugs entsagt und das Recht, die Zukunft der Herzogthümer in den Kauf gegeben. Die Aufhebung aller Gesetze und Verordnungen der provisorischen Regierung sage vordeutend, daß Dänemark seine Herrschaft wiedererhalten solle, die Trennung der schleswigischen Truppen von den holsteinischen, daß man auch die Herzogthümer trennen werde. Es sei undenkbar, daß das Parlament seine Laufbahn mit dem Bruch der heiligsten Zusagen beginne, die neue Einheit, die neue deutsche Macht in ihrem ersten Aufkeimen beschneiden, zerfetzen, zerbrechen lasse. Unterwerfe man sich bei der ersten Muthprobe dem Auslande, dann sei es um die Zukunft des Parlaments geschehen.

Nach Dahlmann nahmen leidenschaftlichere Redner das Wort, aber keiner machte den Eindruck wie er, der seine besten Jahre der Sache der Herzogthümer gewidmet hatte. Die Abstimmung war bei der Haltung der Centren nicht zweifelhaft. 238 gegen 221 Stimmen entschieden, daß die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes einzustellen seien.

Die Minister hatten die Aufrechthaltung des Waffenstillstandes zur Cabinetsfrage gemacht und traten also zurück. Die nächsten Tage verflossen, ohne daß eine neue Verwaltung gebildet wurde. Von einem Ministerium der Linken wollten weder der Reichsverweser, noch die Regierungsbevollmächtigten, noch die Leiter der bisherigen Parlamentsmehrheit etwas wissen, und ein Coalitionsministerium war den Centren eben so wenig genehm. In den Mittelparteien selbst fand sich Niemand, der die Ausführung des Beschlusses über den Waffenstillstand zu versuchen gewagt hätte. Der erste Schritt in dieser Richtung führte zu einem Bruch mit Preußen, und machte dieser mächtige Staat gegen das Parlament Front, dann mußte dieses entweder auseinandergehen oder sich der Revolution in die Arme werfen. Es ließ sich voraussehen, daß man noch einmal auf den Waffenstillstand zurückkommen werde, um ihn zu genehmigen, und so geschah es. Am 16. September beschloß das Parlament mit einer Mehrheit von 21 Stimmen, den Waffenstillstand nicht länger zu verhindern und die Centralgewalt zu Verhandlungen mit Dänemark zu ermächtigen, durch die man vorläufig die nothwendigen

Veränderungen des Vertrags vom 26. August und später einen guten Frieden erlange.

Die alte Krönungsstadt der deutschen Kaiser sah noch andere Scenen, als die der Paulskirche. Hier tagte ein Parlament von Handwerkern, das den Stand durch die Rückkehr zu den steifsten und beengendsten Zunftgesetzen retten wollte, hier versammelte sich ein Parlament von Demokraten und Socialisten, dessen Redner die Vertreter des deutschen Volks als Verräther und überlebte Schwachköpfe mit abgestandenen Ideen behandelten. Als jene demokratische Zusammenkunft sich auflöste, blieben Aufhetzer zurück, um das Volk in Athem zu erhalten. Vielleicht lag es im Plan, das Parlament einzuschüchtern oder im Fall des Mißlingens einen Handstreich gegen dasselbe auszuführen. So viel ist gewiß, daß die Frankfurter Demokraten in Hessen, Thüringen, Baden und weit am Rhein hinauf und hinab Verbindungen hatten, und daß sie und ihre Verbündeten nach einem gemeinschaftlichen Plane handelten. Der Beschluß des Parlaments, den Waffenstillstand von Malmöe nicht zu hindern, war ihnen willkommen, weil die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, die Gemäßigten eingeschlossen, ihn mißbilligte. Auf diese Stimmung bauten sie die Hoffnung, die Mittelparteien für ihre Zwecke verwenden zu können.

Für den nächsten Tag (17. September) wurde eine große Volksversammlung auf der Pfingstweide ausgeschrieben. Etwa 5000 Menschen stellten sich ein und jauchzten den maßlosen Worten, die auf der Rednerbühne fielen, ihren Beifall zu. Auch Abgeordnete der Linken sprachen, und einige von ihnen in Ausdrücken, die als Aufforderungen zur Gewalt gedeutet wurden. Eine Adresse, welche von der Versammlung angenommen und an das Parlament abgeschickt wurde, erklärte Alle, welche zu der Mehrheit des 16. Septembers gehörten, für Verräther des deutschen Volks, der deutschen Freiheit und Ehre.

Vor und nach jener Versammlung waren Abgeordnete der Rechten von tobenden Haufen aufgesucht, bedroht und mißhandelt worden. Die Besatzung, die aus einem einzigen hessischen Bataillon bestand, reichte zum Schutz des Parlaments nicht hin, und man berief von Mainz Reichstruppen, Preußen und Oesterreicher. Am Morgen des 18. blitzten rings um die Paulskirche Bajonette. Trotz dieser Wache fanden zwei Versuche von Volksmengen statt, halb mit Gewalt in den Sitzungssaal einzudringen. Bei dem zweiten wurde

ein Mann verwundet, und die Truppen sollten nun Unschuldige niedergemetzelt haben. Kaum war dies ausgestreut worden, so begann man nach einem Plan, mit dem der erste Führer der Demokraten, Germain Metternich, von Straße zu Straße ging, Barricaden zu bauen. Die Truppen sahen ruhig zu, weil ihre Befehlshaber die Zahl der Aufrührer überschätzten. Als sie einschritten, war der Aufstand in kurzer Zeit und mit dem Verlust von nicht mehr als zwölf Menschenleben niedergeschlagen.

Ehe diese Entscheidung herbeigeführt wurde, ritten zwei Abgeordnete, der General Auerswald und der Fürst Lichnowsky, vor eines der Thore. Man vermuthet, daß sie sich überzeugen wollten, ob württembergische Reichstruppen, die man erwartete, in Anmarsch seien. Der Fürst hatte die lärmenden Galerien der Paulskirche oft zur Ruhe verwiesen und war eine ebenso bekannte wie verhaßte Persönlichkeit. Er wurde vor dem Thore von bewaffneten Zuzüglern erkannt, angegriffen und verfolgt. Er und sein unglücklicher Gefährte wurden getrennt, vereinigten sich dann wieder und suchten in dem Hause eines Gärtners Schutz. Eine Unvorsichtigkeit des Fürsten, der den Kopf vollständig verloren hatte, führte zu ihrer Entdeckung. General Auerswald wurde zuerst aus dem Versteck gerissen und schmachvoll ermordet. Fürst Lichnowsky, dessen ein herbeigeeilter Arzt, Hodes genannt, sich annahm, sollte als Geißel fortgeführt werden, reizte aber durch eine unkluge Bewegung den aufgeregten Haufen und fiel nun unter Schüssen. Das war eine Scene wie aus den Bluttagen der ersten französischen Revolution, und damit die Aehnlichkeit vollständig sei, fehlte auch die weibliche Megäre nicht, die zum Morde hetzte und selbst dabei half.

Nachdem der Aufstand längst gescheitert war, fanden sich noch Zuzüge ein. Der letzte, der funfzig Meilen weit herkam, erreichte am 19. September die Umgegend von Frankfurt. Noch zwei Tage später (21. September) überschritt Struve mit Flüchtlingen und Waffen von Basel aus die Grenze. Sein ehemaliger Genosse Hecker hatte sich, mit den übrigen Führern zerfallen, in einem französischen Hafen nach Amerika eingeschifft. Bei Struve befanden sich wenige Flüchtlinge, meistens solche, welche in der Schweiz Nichts mehr zu leben hatten. Ihre geringe Anzahl entmuthigte sie nicht, denn sie lebten der Ueberzeugung, daß ihr bloßes Erscheinen hinreichen werde, einen großen Volksaufstand hervorzurufen. Die Stimmung, die unmittelbar nach dem Malmöer Waffenstillstand den Regierungen wenig günstig gewesen war, hatte

sich inzwischen aber verändert. Die Ermordung Auerswald's und Lichnowsky's hatte ihre Wirkung geübt.

Zwei kleine Orte, Lörrach und Ehringen, erhoben sich freiwillig für die Republik. Alle andern waren mit Ausnahme der Säufer und Bummler, welche sie enthielten, in hohem Grade lau, und doch bot ihnen Struve sehr viel: Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle, Abschaffung aller Grundlasten ohne Entschädigung, Abschaffung aller Abgaben und Ersetzung derselben durch eine Einkommensteuer der Reichen, Uebergang des sämmtlichen Grundeigenthums der Fürsten und aller Feinde der Freiheit an die Gemeinden u. s. w. Da diese Versprechungen nicht wirkten, so schritt man zu Drohungen, Erpressungen und Gewaltthätigkeiten. Der angeblich jesuitische Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige, kehrt in rohester Form wieder in einer öffentlichen Auslassung eines der republikanischen Führer (Neff): „Nur durch Schrecken und Ströme Bluts kann die Republik gegründet werden. Wer aber diesen Weg des Schreckens betreten will, der darf sein Leben nicht höher achten als einen Pfifferling und das Leben der Feinde nicht höher als Gras. Er muß sich als eine Kraft betrachten, die ohne Herz und Gefühl und ohne eigenes Leben nur zum Wohle von Tausenden Einzelne zermalmt, wie ein Mühlstein die Weizenkörner." Der Anfang einer Schreckensherrschaft wurde wirklich gemacht. Setzten die Führer Beamte und conservative Privaten gefangen, brandschatzten sie ganze Ortschaften und Religionsgenossenschaften (die Israeliten von Sulzburg) und belegten sie Familien und Einzelne mit Loskaufsummen, so plünderten und raubten die Freischaaren auf eigene Hand. Viele junge Leute wurden von ihnen gezwungen, mitzuziehen, verloren sich aber theils auf dem Marsche, theils bei den ersten Schüssen.

Im offenen Lande, wo keine Truppen aufgestellt waren, machte der Raubzug Fortschritte. Indessen wurde Struve, ehe er auf Feinde gestoßen war, so bedenklich, daß er durch ausgesprengte Gerüchte von dem Uebergange der Reichstruppen und dem Heranziehen Hecker's mit 60,000 Franzosen den Muth aufzufrischen suchte. Um so unangenehmer wurden seine Schaaren im Städtchen Staufen von der Nachricht überrascht, daß badische Truppen, welche in der Nähe ständen, Anstalten träfen, aus denen sich auf die Absicht eines Angriffs schließen lasse. In Eile verrammelten sie die Zugänge des Orts und warfen die Brücke über den Neumagen ab. In der ersten Nachmittagsstunde des 24. Septembers ging General Hofmann mit seinen Bade-

nern gegen Staufen vor. Der Kampf war weder lang noch blutig. Die wenigen Freischärler, die hinter den Barricaden und in den Häusern von ihren Waffen Gebrauch machten, waren nach zwei Stunden aus einander gesprengt. Die Meisten hatten durch ihre frühzeitige Flucht den Truppen die Mühe erspart, sie zu Gefangenen zu machen. Struve wurde mit seiner Frau und einem Verwandten von Landleuten verhaftet. Man fand bei ihm 16,700 Gulden, und die Truppen hatten große Mühe, ihn gegen die Bevölkerung dieser Gegenden, die er ausgeraubt hatte, zu beschützen.

Das Struve'sche Unternehmen und der Frankfurter Aufstand hatten ihre Folgen. Die Regierungen wurden durch ihren Sieg gestärkt, die gemäßigten Parteien aber und mithin auch die Parlamentsmehrheit isolirt. Sowohl von denen verlassen, welche ihre Ohnmacht gegen immerwährende Tumulte und blutige Aufstände erkannt hatten, als von denen, welche sie und ihre Mäßigung für das Entstehen solcher hoffnungslosen Kämpfe verantwortlich machten oder sie Verräther an der Volkssache nannten, waren sie von ihrer Stelle an der Spitze der Bewegung in dem Grade herabgesunken, daß sie keinen festen Rückenhalt mehr hatten, als eben die Regierungen, mit denen sie als souveränes Parlament gebrochen hatten. Alles, was sich der Mehrheit der Paulskirche noch anschloß, bestand, mit einem damals beliebten Ausdrucke der Mittelparteien zu reden, aus Officieren. Eine Partei, deren Führer kein Gefolge hinter sich haben, ist keine Macht. Die Gemäßigten fühlten dies sehr gut und sannen auf die Gewinnung der zweiten deutschen Großmacht. Die Unterstützung Preußens galt ihnen als sichere Garantie des Sieges, und nach ihrer Meinung mußte jener Staat sie gewähren, um durch den moralischen Eindruck eines großen Erfolgs in der deutschen Politik der zerstörenden Kräfte in seinem Innern Herr zu werden. Oesterreich beachtete man in Frankfurt viel zu wenig, weil man dort, auch seit Radetzky's Vorposten wieder am Tessin standen, Anzeichen des Verfalls wahrnahm.

Die Trennung Ungarns vom übrigen Reich war die bedenklichste aller Folgen der österreichischen Revolution. In den ersten stürmischen Tagen hatten die Magyaren Zugeständnisse ertrotzt, die kein österreichisches Ministerium, und wäre es das freisinnigste der Welt gewesen, ihnen lassen durfte. Ein ungarisches, der ungarischen Nation verantwortliches Ministerium, das nach seinem Ermessen über die gesammten Kräfte des ungarischen Reichs verfügte, verpflanzte mitten in den Kaiserstaat einen lähmenden, zersplitternden,

auflösenden Dualismus. Die Weigerung der Ungarn, einen Theil der Staatsschuld zu übernehmen, hätte, wenn sie von Wien als berechtigt anerkannt worden wäre, den Untergang der übrigen Theile der Monarchie besiegelt. Zu den vom alten Regiment übernommenen Schulden, die bis zum Jahre 1848 auf die ungeheure Summe von 913,872,775 Gulden in Conventionsmünze gestiegen waren, hatte der Krieg, die Revolution, die momentane Zerrüttung des Geschäftslebens neue gefügt, und je energischer die neue Regierung die Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse angriff und durchführte, um so mehr Ausgaben und Schulden mußten gemacht werden. Es war undenkbar, daß die eine Hälfte des Staats, wenn die andre Hälfte von ihren Verbindlichkeiten sich lossagte, diese Last tragen konnte.

Mit derselben Rücksichtslosigkeit, welche das ungarische Ministerium den Vorstellungen des Wiener Cabinets entgegensetzte, wiesen seine magyarischen Mitglieder die Ansprüche der slavischen und romanischen Volksstämme ihres Landes auf Gleichberechtigung zurück. In Insbruck waren die Auffassungen beider Theile dem Kaiser vorgelegt und dem Erzherzog Johann zur Vermittlung überwiesen worden. Die Ausgleichung wurde versucht und scheiterte vollständig. Beide Parteien behaupteten ihren Standpunkt, und nur das Eine gelobten sie dem Reichsverweser, daß sie vorläufig die Waffen ruhen lassen wollten. Es war die Zeit, wo der Kaiser vor einem Wiener Aufstande nach Insbruck geflohen war, der italienische Krieg seine entscheidende Wendung noch nicht genommen hatte, die Tschechen einen Staat im Staate bilden wollten und fast jede Provinz eine eigene Constituirung forderte — mit andern Worten die Zeit der gänzlichen Ohnmacht der Regierung. Der revolutionäre Trotz konnte damals Alles erreichen, und so eroberte das ungarische Ministerium die kaiserliche Unterschrift für ein Manifest vom 10. Juni 1848, das die Kroaten und Slavonier zur Unterwerfung unter die höchste Verwaltung in Pesth aufforderte und Jellachich, Ban von Kroatien, nicht bloß seiner Würde und aller militärischen Bedienstungen enthob, sondern ihn auch unter Anklage stellte. Nach dieser kaiserlichen Bestätigung ihres Rechts behandelten die Magyaren die Slaven als Rebellen, die man durch außerordentliche Bevollmächtigte, Ausnahmegerichte und das Standrecht unter das Gesetz beugen dürfe.

Der ungarische Reichstag war nicht nach der Krönungsstadt Preßburg, sondern nach Pesth, der politischen Hauptstadt des Landes, einberufen worden.

Er constituirte sich am 5. Juli 1848 im Redoutensaale. Unter den 374 Abgeordneten waren nur zwei Nichtadelige, und diese beiden gehörten dem Bauernstande an. Der Bürgerstand, der in Ländern von wahrhaft moderner Bildung den Kern und die Kraft des Volks ausmacht, hatte nicht einen Vertreter. Da das Ministerium zwei Parteien, die freisinnige (Batthyany) und die radikale (Kossuth), in sich vereinigte, so hatte es im Reichstage eine sehr große Mehrheit. Kaum 40 Abgeordnete, die Brüder Madaraß, Moritz Perczel, Ladislaus Teleky, Paul Nyary, Bezeredy u. A. m., bildeten die sogenannte radikale Opposition. In allen Nationalitätsfragen konnte das Ministerium grade auf diese Opposition am sichersten rechnen.

Der Reichstag war wenige Tage versammelt, als Kossuth die Aushebung von 200,000 Mann und einen Credit von 42 Millionen Gulden verlangte. Er motivirte seinen Antrag durch eine der glühenden Reden, die seinen Ruf begründet hatten und ihm jetzt eine fast unumschränkte Macht über seine Landsleute verliehen. Das Vaterland sei in Gefahr, erklärte er, ein Bürgerkrieg verwüste die südlichen Gegenden, die Russen zögen ein Heer an der Grenze zusammen, und in Wien mache man mit den Croaten insgeheim gemeinschaftliche Sache. Als seine Rede ihren höchsten Aufschwung genommen hatte, mußte er in völliger Erschöpfung innehalten. Da erhob sich Nyary, streckte die Hand wie zum Schwur gen Himmel und rief: „Wir geben Alles.“ Die ganze Versammlung wiederholte seine Bewegung, seine Worte, und die 200,000 Mann wie die 42 Millionen waren bewilligt.

Sollte diese Scene den Charakter des Erhabenen behalten, so mußte die Komödie wegfallen, welche wenige Tage später auf sie folgte. Wieder erhob sich Kossuth (20. Juli) und theilte der Versammlung mit, wozu die bewilligten Gelder und Menschen benutzt werden sollten. Indem er das Geständniß ablegte, „er freue sich in seiner Seele, so oft er von einem Siege der Italiener höre, und in seiner Sympathie für die edlen Freiheitskämpfer gelinge es ihm sogar, zu vergessen, daß ein solcher Sieg auch ungarisches Blut gekostet habe,“ knüpfte er daran die Erklärung, daß die 200,000 Mann dazu bestimmt seien, die edlen Freiheitskämpfer zu Boden zu werfen. Die Opposition brauste auf, als sie solche Worte hörte, aber die Mehrheit verstand ihren Minister. Sie sagte sich sehr richtig, daß Kossuth der Regierung in Wien eine Unterstützung in Italien vorspiegele, um sich ihrer Genehmigung seiner Aushebungen und seiner Ausgabe von Papiergeld zu versichern.

Die dünne Maske fiel sehr bald. Man hatte kaiserliche Regimenter im Lande, die nicht das ungarische Ministerium, sondern den Kaiser Oesterreichs für ihren Kriegsherrn hielten. Sie aufzulösen und als Stämme unter die neu auszuhebenden Mannschaften zu vertheilen, wäre ein offener Bruch mit Wien gewesen. Die neuen Mannschaften in sie einreihen, hieß die Macht des Kaisers vermehren. Man wählte daher den Mittelweg, die alten nur bis auf drei Bataillone zu vervollständigen, und dem Rest der Recruten eine selbständige Organisation zu geben.

Neben dem ungarischen Heer schufen die Minister ungarische Finanzen. Ohne in Wien vorher anzufragen, setzten sie eine Banknotenpresse in Thätigkeit und gaben ungarische Ein- und Zweiguldennoten aus. Die österreichischen Minister konnten auf diese Eigenmächtigkeit keine andre Antwort, als ein Verbot der ungarischen Banknoten, geben, und Kossuth nahm Repressalien, als wäre Oesterreich ein fremder Staat. Da seine Noten einen Silbervorrath zur Deckung hatten, der den österreichischen fehlte, so war er bei dem gegenseitigen Verbot im Vortheil. Auf wessen Seite das Recht war, konnte nicht fraglich sein.

Das Wiener Cabinet hatte in dieser ganzen Zeit nicht aufgehört, Versuche zur Herstellung des Friedens zwischen den Magyaren und Croaten zu machen. So lange der furchtbare Druck der Verhältnisse auf dem Kaiserstaate lastete, hatten die Magyaren eine widerwillige Duldung ihrer Ansprüche gefunden. Daß die Sympathie der Regierung nicht für sie sei, welche aus dem Staatsverbande hinausstrebten, sondern für die Slaven, welche gut österreichisch bleiben wollten, hatte sich nicht verhehlen lassen. Wegen dieser naturgemäßen Sympathie nannten die Magyaren das österreichische Ministerium doppelzüngig, hinterlistig, verrätherisch, und beschuldigten es eines geheimen Einverständnisses mit den Slaven, das gegen die ungarische Nationalität und die Freiheit des ganzen Kaiserstaates gerichtet sei. Die erste Beschuldigung war übertrieben, die zweite falsch. Nicht gegen die Gleichberechtigung, nein gegen die Alleinberechtigung der Magyaren machten die Kroaten ihre Einwände, und was das richtige Maß politischer Freiheit betraf, so waren die damaligen Wiener Minister Männer von constitutioneller Gesinnung, und selbst der Ban Jellachich, der unter den einflußreichen Mitgliedern der Hofpartei immer am ersten genannt wurde, erklärte bei jeder Verhandlung, um die Freiheit kümmere er sich nicht, und man werde ihn sogleich

zufrieden stellen, wenn man dem Wiener Cabinet die Ministerien der Finanzen und des Kriegs zurückgebe. Das war also der Cardinalpunkt, und hier waren die Magyaren unbeugsam. „Wer," sagte Kossuth im Reichstage, „seine Hand in der Tasche der Nation, und die Waffen der Nation in seiner Hand hat, dem muß auch alles Uebrige zufallen." Diese Sprache hatte wenigstens das Verdienst der Offenheit. Sie interpretirte die Personalunion authentisch als gleichbedeutend mit der völligen Unabhängigkeit Ungarns und aller seiner Nebenländer.

Es verfloß mehr als ein Monat, ehe das österreichische Ministerium dieser Kossuth'schen Erklärung vom 11. Juli eine ebenso offene Antwort gab. Sie erfolgte durch eine Denkschrift, datirt von Schönbrunn und vom 21. August. Das wichtige Document stellte drei Fragen auf, um sie sämmtlich zu verneinen. Die Fragen waren: „Lassen sich die ungarischen Märzerrungenschaften mit der pragmatischen Sanction in Einklang bringen? Sind sie dem Gesammtstaat oder dessen einzelnen Theilen zuträglich? War der Kaiser berechtigt, einem Theil des Gesammtstaats solche Zugeständnisse zu machen?" Die pragmatische Sanction oder dasjenige Staatsgrundgesetz, kraft dessen jeder Kaiser auf den Thron der Gesammtmonarchie gelange, enthalte den Grundsatz der Untheilbarkeit und Unzertrennbarkeit der Monarchie, dessen Ausfluß die Einheit in der obersten Staatsleitung, in der Leitung des Gesammtfinanzwesens und in der Verwaltung und Führung des Heeres sei. Nun habe Ungarn die Trennung des Heeres und der Finanzen eingeleitet, und das unzertrennbare Reich würde dadurch bald zur Unwahrheit werden. In so schneidendem Widerspruche die Absonderung Ungarns mit der pragmatischen Sanction sei, ebenso unmittelbar verletze sie die Interessen der Völker Oesterreichs. Der Bestand eines von dem österreichischen Kaiserstaate getrennten Königreichs Ungarn sei verderblich für das Ganze und für jeden seiner Theile. Die Berührungen der beiden Ländermassen und der sie bewohnenden Völker seien zu innig und zu häufig, und Jahrhunderte hindurch seien die Bewohner mit unzähligen Fäden des innern gesellschaftlichen Lebens zu nahe an einander gerückt, als daß eine Trennung ohne eine gefährliche Erschütterung ablaufen könne. Mit der Schwächung Oesterreichs und mit seiner Trennung in zwei Staaten, deren jeder für sich einen eigenen Weg einschlage, sinke das Kaiserthum und Ungarn auf eine solche Stufe der Schwäche im Innern und gegen außen herab, daß daraus nothwendig eine Störung des Gleichgewichts in

Europa hervorgehe. Diese Zerreißung des Staats in zwei Theile gutzuheißen, habe ein österreichischer Kaiser selbst vor dem März von 1848 nicht die Macht gehabt. Die früher unbeschränkte kaiserliche Macht sei nie in solcher Ausdehnung vorhanden gewesen oder geübt worden, daß feierlich geschlossene Recesse und ständische Beschlüsse für sich allein geändert oder aufgehoben worden wären. Nicht eine Aenderung, sondern die unverbrüchliche Aufrechthaltung der pragmatischen Sanction sei der Beruf des Monarchen gewesen. Jetzt sei die gesetzgebende Gewalt nicht mehr bei dem Monarchen allein, und dieser sei nicht berechtigt, die Grundverhältnisse und Rechtsbeziehungen der deutsch-österreichischen Provinzen zu Ungarn von sich aus zu ändern.

Vor diesem Manifeste war dem Erzherzog Stephan die Stellvertretung des Kaisers genommen und das ungarische Ministerium dadurch gezwungen worden, sich in allen Angelegenheiten nach Wien zu wenden. Die ersten Gesetze, deren Bestätigung man von dort zu holen hatte, waren die beiden über das Heer und die Finanzen, durch welche die Trennung Ungarns von der übrigen Monarchie factisch ausgesprochen wurde. Die Genehmigung solcher Gesetze ließ natürlich auf sich warten, und es begab sich nun eine „Monstredeputation“ von 20 Magnaten und 100 Volksabgeordneten nach Wien. Das Mittel wirkte nicht mehr. Der Kaiser empfing die Abgesandten zwar, aber er verwies sie in seiner Antwort auf sein Gesammtministerium. Als die Magyaren am Prater sich einschifften, steckten sie rothe Federn auf die Hüte, und ihr Dampfschiff hißte die rothe Flagge auf.

Im Pesther Reichstage äußerte sich dieselbe Stimmung, welche jene Blutzeichen andeuteten. Obgleich der gemäßigte Batthyany in das Ministerium, das er für einen Augenblick verlassen hatte, zurücktrat, mußte er doch die wirkliche Gewalt an Kossuth abgeben. Auf den Vorschlag des Letztern beschloß der Reichstag die Emittirung größerer Banknoten, die Rückberufung der außer Landes dienenden ungarischen Soldaten und die Bildung eines Volksheers von Honved oder Vaterlandsvertheidigern. Um zum Eintritt zu locken und die kaiserlichen Truppen zu schwächen, bewilligte man den Honved eine um ein Drittheil höhere Löhnung. Man verschaffte sich auf diese Weise ein Heer, das sich sowohl gegen Truppen, die das Gesammtministerium in Wien sammeln konnte, als gegen die Slaven im Süden verwenden ließ.

Aus den ungeordneten Kämpfen der Serben und Magyaren, bei denen auf beiden Seiten entsetzliche Grausamkeiten begangen wurden, hatte sich seit

dem 10. August ein förmlicher Krieg entwickelt. Die Niederbrennung eines serbischen Dorfes durch ungarische Freischaaren gab dazu das Signal. Die Serben wurden von Stratimirowitsch und Knitschanin, einem Angehörigen des Fürstenthums Serbien, geführt, auf der ungarischen Seite wechselte der Oberbefehl häufig, da man einem verachteten Feinde keine Ueberlegenheit zugestehen mochte und die schlechten Erfolge der eigenen Waffen auf Fehler der Generale schob. Denn so oft die Magyaren auch gegen St. Thomas, den strategischen Hauptpunkt der „zusammengelaufenen Rotten räuberischen Gesindels“ ansetzten, wurden sie doch immer mit blutigen Köpfen abgewiesen und verloren ihrerseits die Linien des Franzencanals und der Theiß, wodurch ihnen die Verbindung zwischen Peterwardein und der Theiß abgeschnitten wurde. Im Banat, wo zahlreichere Magyaren und Deutsche lebten, war der Vortheil auf ihrer Seite. Weißkirchen erwehrte sich aller Angriffe, Oberst Kiss sprengte bei Perlas ein serbisches Lager von 4000 Mann mit 11 Geschützen, und als Stratimirowitsch diese Niederlage rächen wollte, wurde auch er von Kiss bei Elemer und Aradatz geschlagen.

Die Vortheile, welche die österreichische Regierung von diesen Kämpfen zog, waren kaum andere, als daß die Macht der Ungarn zersplittert und ihre Aufmerksamkeit auf einen Kriegsschauplatz von untergeordneter Bedeutung abgelenkt wurde. Die Entscheidung sollte der Ban Jellachich mit seinen Kroaten bringen. Er stand bei Kreuz und Kopreinetz mit 30,000 Mann und dehnte sich mit seinem rechten Flügel, der aus 10,000 Mann bestand, bis Esseк und mit dem linken von gleicher Stärke bis Warasdin aus. Nur ein Theil seines Heeres wurde von Kerntruppen gebildet, der übrige Theil hatte sich aus Freiwilligen und aus Landsturm zusammengesetzt. Er hatte seine Würde als Ban und seine militärische Stellung kurz vorher zurückerhalten, „wegen seiner Bereitwilligkeit,“ wie das bezügliche Handbillet vom 4. September sagte, „den kaiserlichen Anordnungen behufs einer Verständigung mit dem ungarischen Ministerium Folge zu leisten.“ Er konnte also wieder als kaiserlicher General auftreten, aber eine Vollmacht, von den Magyaren durch Gewalt zu erzwingen, was sie der Vermittlung verweigert hatten, besaß er nicht. Er faßte diesen Entschluß auf seine Verantwortlichkeit und Gefahr.

Am 9. September standen seine Vortruppen jenseits der kroatischen Grenze. Er zog auf der Straße, die über Großkanischa zum Plattensee

führt. Die ungarischen Truppen, die dort aufgestellt waren, wichen vor ihm zurück, und er erreichte das Ufer des Plattensees, ohne einen Schuß abzufeuern. Keiner der Befehlshaber derselben wußte, was er zu thun hatte. Sie wollten ebenso wenig gegen einen kaiserlichen General kämpfen, als sich einem Manne anschließen, der keinen Befehl zum Einmarsch in Ungarn aufzuweisen im Stande war. Viele entzogen sich dem Conflict durch die Niederlegung ihrer Stellen, Teleky und Moga, welche diesen Schritt nicht thun wollten, räumten den Kroaten alles Land bis Stuhlweißenburg und endlich bis Velencze, drei Stunden vor Ofen.

In Pesth war man in voller Rüstung begriffen. Man bildete Freischaaren von Fußvolk und Reiterei, man errichtete ein eigenes Artilleriecorps, man warb unter den Polen, die zahlreich sich eingefunden hatten, und bildete selbst in Wien, unter den Augen des Gesammtministeriums, eine Legion. Die Leitung übertrug man nicht dem Ministerium, sondern einem Landesvertheidigungsausschuß, welchem von dieser Zeit an die oberste Gewalt anheimfiel. Kossuth erhielt den Vorsitz, mit ihm traten Madaraß, Nyary, Kasimir Batthyany, Szemere und Andre mehr ein.

In dem Augenblick, als der Ausschuß die Geschäfte übernahm, hatte bereits ein Mord die ungarische Sache befleckt. Am 25. September unterzeichnete der Kaiser zwei Manifeste, welche allen Soldaten befahlen, zu den kaiserlichen Fahnen zurückzukehren, und den Grafen Lamberg zum kaiserlichen Bevollmächtigten und zum Befehlshaber aller in Ungarn befindlichen Truppen ernannten. Sie wurden am 27. September in Pesth bekannt. Hätte der dortige Reichstag sich bloß an die Form gehalten und die Manifeste, da sie von keinem ungarischen Minister gegengezeichnet waren, für nicht rechtsverbindlich erklärt, so würde er sich innerhalb der Schranken, die er sich selbst gesetzt hatte, gehalten haben. Seine Beschlüsse gingen aber darüber hinaus, und bezeichneten den Grafen Lamberg als der Strafe verfallen, welche Jeden treffen müsse, der die Verfassung und die Freiheit der Nation antaste.

Statt nach Stuhlweißenburg zu gehen, wie sein Befehl, die beiderseitigen Truppen am Blutvergießen zu verhindern, ihm vorschrieb, begab sich der Graf nach Pesth. An demselben Morgen hatten sich zugleich mit der Nachricht von jenem Beschlusse falsche Gerüchte verbreitet, namentlich die beiden, daß die Kroaten im Anzuge seien und die Festung Ofen die Beschießung des jenseitigen nicht befestigten Stadttheils vorbereite. Mitten in

die wüthende Menge, von der diese Gerüchte debattirt wurden, gerieth Graf Lamberg, als er in einem Fiaker über die Kettenbrücke fuhr. Einmal erkannt, war er im Nu aus dem Wagen gerissen und von Bajonetten, Sensen und Hauen zerfleischt (28. September).

Der nächste Tag erst brachte den Vormarsch der Croaten, von dem man in Pesth unterrichtet sein wollte. Die Ungarn empfingen ihre Gegner bei Velencze in fester Haltung. Sie hatten die Vortheile der besseren Stellung und des zahlreicheren Geschützes. Sobald Jellachich erkannte, daß er weder die ungarische Mitte durchbrechen, noch die Flügel umgehen könne, brach er das Gefecht ab. Am nächsten Tage wurde ein dreitägiger Waffenstillstand verabredet, während dessen beide Theile ihre Stellung nicht verlassen sollten. Beide gingen zurück, aber während der ungarische General Moga schon in geringer Entfernung Halt machte, zog Jellachich seine Truppen durch den Bakonyer Wald nach Mor. Er marschirte nach dem Posten der höchsten Gefahr, nach Wien. Der Rettung der Monarchie opferte er einen Truppenkörper von 10,000 Mann, slavonischen Landsturm unter den Generalen Roth und Philipovich. Es glückte dieser Abtheilung, den Abmarsch des Hauptheers bis zum 3. October zu verdecken. Nun wollte sie dem Ban folgen, wurde indessen bei Ozora vor einem Flußübergange ereilt und zum Waffenstrecken gezwungen.

Die Wiener hatten eine längere Zeit der Ruhe gehabt, eine Zeit, in der sie die Forderungen der Ungarn, ein getrenntes Verfassungsleben zu führen und von den Gesammtschulden wie von den Gesammtausgaben der Monarchie nicht berührt zu werden, als verderblich verurtheilten. In dieser ruhigen Pause war die Regierung, die sich für die Massen in dem Sicherheitsausschusse gefunden hatte, aufgelöst worden, und die Minister hatten Kraft genug erlangt, Arbeiterunruhen zu unterdrücken. Die feindlichen Gegensätze blieben nichtsdestoweniger bestehen und in verborgener Thätigkeit. Hatten die Bürger, durch die Anmaßung der Arbeiter, ihre 20 Kreuzer täglich für unnütze Arbeiten zu behalten, gewarnt, schwarzgelbe Gesinnungen an den Tag gelegt, so waren die Bewegungsmänner, durch die Aussicht, die sich ihnen auf die Unterstützung des zahlreicheren, durch die Aufhebung seiner Lasten gewonnenen Bauernstandes eröffnete, neu ermuthigt worden. Zum Ersatz des Sicherheitsausschusses gründeten sie einen Demokratenverein, und die Aula stand ihnen wie vorher zur Verfügung. Dieser Reichstag des Pro-

letariats, wie die Studentenschaft jetzt allgemein genannt wurde, war eifersüchtig auf den wirklichen Reichstag und ließ sich schon aus diesem Grunde für Versuche, den gesetzlichen Aufbau der Verfassung zu stören, leicht gewinnen. Vorzüglich betrachtete sich die Aula als deutsches Gegengewicht gegen den slavischen Theil des Reichstags, und so waren es politische und nationale Sympathien, welche sie mit dem Demokratenverein, in dem die Magyaren insgeheim einen großen Einfluß ausübten, verbanden.

Im Reichstage selbst hatte die Nationalitätsfrage einmal Debatten hervorgerufen, bei denen weder die Deutschen noch ihre tschechischen Gegenfüßler sich eines Sieges rühmen konnten. Handelte es sich damals um die mehr aufregende als entscheidende Frage, ob das Deutsche die alleinige Reichstagssprache sein solle, so rückte nun das ungarische Zerwürfniß heran. So lange die Magyaren von machtlosen Ministern Zugeständnisse ertrotzen konnten, schienen sie nicht zu wissen, daß in Wien eine Vertretung der übrigen Länder tage. Das Cabinet des Fürsten verschloß sich ihnen, und unverzüglich pochten sie an die Thür der Volksabgeordneten. Kaum war ihre Monstredeputation gescheitert, so schickten sie dem Reichstage zwölf Bevollmächtigte, um die Vermittlung desselben zwischen der Krone und dem Volke, den Magyaren und den Croaten zu fordern.

Die ungarischen Abgeordneten verlangten, im Sitzungssaale gehört zu werden, wogegen sowohl die Geschäftsordnung des Reichstags als der parlamentarische Brauch aller Völker sprach. Diese formelle Seite wurde jedoch wenig beachtet, und ziemlich alle Redner hielten sich an den Kern der Sache, wobei die Debatte Alles hervorzog, was an brennenden Fragen und mißlichen Verhältnissen vorhanden war. Dadurch wurde die Verhandlung zu der leidenschaftlichstbewegten aller bisher stattgefundenen. Die Linke verkörperte die ungarischen Sonderinteressen mit den Märzerrungenschaften überhaupt, deren Vernichtung besiegelt sei, wenn man die Ungarn nicht einlasse. Der tschechische Theil der Rechten nahm wieder einmal Gelegenheit, das Slaventhum als den Kitt der Monarchie hinzustellen. Die Minister beriefen sich auf die pragmatische Sanction, deren Grundsätze sie in einer Staatsschrift entwickelt hätten. „Wenn man alte Verträge gegen die Ungarn geltend macht," entgegnete ihnen Löhner, „was haben wir dann für ein besseres Recht? Sollten die Versprechungen, welche der Kaiser gegeben hat, aufgehoben werden, dann gehen wir nach Hause, dann dürfen auch wir nicht mehr hier

sitzen.“ Ein Deutscher, Helfert, hatte den Antrag auf Abweisung der Deputation gestellt, über den in der achten Abendstunde und nachdem dreißig Redner gesprochen hatten, abgestimmt wurde. 186 schlossen sich Helfert an, nur 108 waren dafür, daß man die Ungarn höre. Die Erlaubniß, ihre Mittheilung schriftlich zu machen, wurde von der Deputation nicht benutzt.

Die Ereignisse folgten der Reichstagssitzung vom 19. September, in der diese Entscheidung gegeben wurde, Schlag auf Schlag. Jellachich machte seinen Einfall in Ungarn, bei dem er bis drei Stunden von Ofen vordrang. Graf Lamberg wurde zum kaiserlichen Bevollmächtigten ernannt und im Augenblicke seiner Ankunft in Pesth schmachvoll ermordet. Durch diese Schandthat jeder Rücksicht enthoben, löste der Kaiser den ungarischen Reichstag auf und ernannte den Ban Jellachich mit den ausgedehntesten Vollmachten zu seinem Stellvertreter.

Die Wiener Demokraten waren seit Mitte Septembers auf einen Kampf vorbereitet und hatten den Entschluß gefaßt, ihn ihrerseits hervorzurufen, wenn er nicht vom Gegner komme. Sie glaubten die Pariser Tage von 1793 wiedergekehrt und copirten französische Verhältnisse und Maßregeln von damals. Der Demokratenverein war ihr Jacobinerclub, ein demokratischer Centralausschuß, der Becher, Chaises, Fenneberg, Kuchenbäcker und sechs oder acht Andere zu Mitgliedern hatte, ihr Wohlfahrtsausschuß. Tausenau, dessen vertrauliche Verbindungen mit dem ungarischen Staatssecretär Pulszky Jedermann kannte, war der Hauptagitator und der Stifter jenes Ausschusses. Er hatte sich durch seine Reden und Wühlereien in den Vereinen und Versammlungen so bloßgestellt, daß er nicht mehr in seinem Hause zu schlafen wagte. Endlich war Wien auch das Hauptquartier der Polen geworden, und einer ihrer besten Generale, der energische Bem, war anwesend.

Demokraten, Polen und Ungarn wollten den Kampf, und doch wurden sie von ihm überrascht. Am 5. October wurde ein nach Ungarn bestimmtes italienisches Bataillon mit Gewalt zum Abmarsch gezwungen. Am Abend erklärte eine große Volksversammlung im Odeon, keine Truppen mehr abziehen lassen zu wollen. In derselben Nacht erhielt ein deutsches Grenadierbataillon Marschbefehl und verweigerte ebenfalls den Gehorsam. Nächsten Morgen wurde es von Cuirassieren zum Bahnhofe geführt, wo sich bereits Bürgerwehren und Studenten aufgestellt hatten. Diese hatten ein Joch der Taborbrücke abgeworfen, und bei dem Versuch, den Uebergang herzustellen,

entzündete sich der Kampf. Die Grenadiere gingen zum Volk über, die Cuirassiere wurden zurückgetrieben, eine Abtheilung Polen mußte mit dem Verlust ihres Generals und von vier Kanonen weichen. Die jubelnden Sieger zogen in die Stadt ein und sahen sich auf dem Stephansplatze plötzlich von Gewehrfeuer empfangen. Es war conservative Bürgerwehr, von welcher dieser Angriff ausging, dem ein neues und schrecklicheres Blutvergießen folgte. Jene Bürgerwehren wurden geworfen, ein Theil in den Stephansdom gedrängt und zwischen den Kirchenstühlen, an den Altären erschlagen. Die entfesselte Wuth wollte immer neue Opfer haben und gelangte durch dieses wilde Verlangen geführt in den Hof des Kriegsgebäudes. Dieses Mal galt es dem Minister Latour, den die Grenadierwache verrieth. Man fand ihn in einem Versteck des vierten Stocks und schleppte ihn unter die nach Blut brüllenden Haufen. Es war vergebens, daß drei Abgeordnete des Reichstags, Goldmark, Fischhof und Smolka, ihn zu retten versuchten. An Fischhof's Arm erhielt der Unglückliche den ersten Hammerhieb, der ihm die Hirnschale zerschmetterte. So wie er sank, wurde er mit Säbelhieben und Pikenstößen bedeckt. Den verstümmelten Leichnam hing die scheußliche Rotte an einen Laternenpfahl des Hofes.

Um den Besitz des Zeughauses wurde am längsten gekämpft. Polen waren die Vertheidiger, zehnfach stärkere Haufen von Bürgergardisten, Arbeitern und Studenten die Angreifer. Die letztern versuchten es mit schwerem Geschütz, mit Sturmlaufen, mit dem Einwerfen von Feuer, und Allem trotzte die Festigkeit des Gebäudes und der Löwenmuth der Polen. Als diese das Haus am nächsten Morgen räumten, geschah es auf den Befehl ihres Generals, der seine Truppen aus Wien herauszog, um sie beim Belvedere in einer mehr gesicherten Stellung zu vereinigen.

Jede der auf einander folgenden Nachrichten, die der Reichstag empfing, sagte ihm, daß seine Sendung beendigt sei. Die schlimmste Botschaft von Allem war ihm noch vorbehalten. Es war die, daß der Kaiser Wien verlassen habe, und man mußte sie wohl für sicher erkennen, da ein kaiserliches Handschreiben sie brachte. „Alles," hieß es darin, „was ein Herrscher an Liebe und Güte für ein Volk thun kann, habe ich erschöpft, habe mich meiner ererbten absoluten Macht begeben, um durch die Verfassung der Selbstthätigkeit Spielraum zu gewähren, um durch dieselbe die Kraft und das Selbstgefühl meiner Völker zu erhöhen. Allein eine geringe Anzahl Irregeführter

bedroht die Hoffnungen jedes Vaterlandsfreundes mit Vernichtung, die Anarchie hat ihr Aeußerstes vollbracht. Wien ist mit Brand und Mord erfüllt, mein Kriegsminister, den schon sein Greisenalter hätte schirmen sollen, hat unter den Händen meuchelmörderischer Rotten geendet. Ich vertraue auf Gott und mein Recht, verlasse die Nähe meiner Hauptstadt, um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hülfe zu bringen. Wer Oesterreich, wer die Freiheit liebt, schaare sich um seinen Kaiser."

Der Kaiser hatte Schönbrunn am Morgen des 7. Octobers verlassen. Man war über die Stimmung des Landvolks nicht im Klaren und umgab seinen Wagen mit auserlesenen Truppen und mit Geschützen. Diese Vorsicht erwies sich als gänzlich unnütz. Allerdings eilten die Landleute herbei, aber um dem Kaiser ihre treue Ergebenheit zu bezeigen und ihn auf jede Art zu ehren. Gerührt sagte er ihnen die Aufrechthaltung seines Versprechens zu, daß von Frohnden und Zehnten in Oesterreich nicht mehr die Rede sein solle. In Olmütz nahm diese Reise, die als Flucht begann und im ersten Haltpunkte zu einem Triumphzuge wurde, ihr Ende.

Die Ereignisse waren auf einem Punkte angelangt, wo die Mittelparteien den Extremen das Feld lassen mußten. Ein blutiger Kampf zwischen den Letztern war der allein noch mögliche Ausgang. Der Saal des Reichstags wurde durch das Bewußtsein, daß dieses die Lage sei, mit jedem Tage mehr geleert, und ebenso flüchtete aus der Stadt Alles, was nicht zwischen die beiden Feuer eines verabscheuten Kampfes kommen mochte. Wenn der Rumpf des Reichstags mit einer Art von krampfhaftem Eifer vermittelte, so lag dem die Absicht zu Grunde, einen neutralen Boden zu gewinnen. An ein Ergebniß ihrer verschiedenen Sendungen an das Olmützer Hoflager, an den Ban und an andere Befehlshaber, wie ihrer ermahnenden Ansprachen an Arbeiter und Studenten konnten die noch zurückgebliebenen Mitglieder nicht glauben. Die besondern Bemühungen, die in beiden Beziehungen stattfanden, sind wegen ihrer Nutzlosigkeit keiner Erwähnung werth.

Die Wiener Revolution stellte Truppen auf und gab ihnen einen Führer. Die Truppen waren Freischaaren unter verschiedenen Namen, wie Mobilgarde, Elitencorps, polnische, italienische Legion, der Führer war Wenzel Messenhauser. In einem Institut für arme Soldatenkinder erzogen, hatte er alle untern Stufen des Dienstes vom Gemeinen bis zum Oberlieutenant zurückgelegt. Sein Geist war regsam, aber nichts weniger als hell, und so drängte

sich auch in den Poesien und Romanen, die er auf das Papier warf, ein Chaos unklarer Gedanken und Gefühle. Wer die öffentliche Aufmerksamkeit der Minute beschäftigte, der hatte ihn. Er schwärmte nach einander für Byron, Lenau, Eugen Sue und Louis Blanc. Sein Herz schlug übrigens warm, und seine Seele stählte eine Energie, die sich in den letzten Tagen seines kurzen Lebens zu einem aufopfernden Heldenmuth läuterte. Daß er nach mehreren vergeblichen Versuchen einen Verleger für seine Sachen fand, erhielt ihn in dem Wahne, daß er bedeutend sei. Als er von der Februarrevolution hörte, schrieb er von Lemberg aus einem Freunde: „Ich trete jetzt entschieden in den Dienst des Gedankens und habe nur noch für diesen einen Degen.“ Den Wählern von Schlesien und Mähren empfahl er sich als Abgeordneten für Frankfurt mit den Worten: „Was Andere geredet haben, werde ich thun.“ Zum Oberbefehlshaber von Wien wurde er gewählt, weil die Polen und die Demokraten ihn empfahlen.

Bem, der nach einer geheimen Verabredung das ganze Kriegswesen leiten sollte, wurde sowohl von Messenhauser als von dessen Gehülfen gehemmt und durchkreuzt. Die Anordnungen zum Widerstande wurden planlos angelegt und verkehrt ausgeführt. Die Schwächen, welche die einen weiten Halbkreis einnehmende Stellung der Truppen vor dem Eintreffen von Verstärkungen darbot, wurden nicht benutzt. Griff man irgendwo an, wie es häufig und an vielen Punkten geschah, so lieferte man nichts als kleine Gefechte, bei denen das selten werdende Pulver vergeudet wurde. Im Uebermaß des Eifers ließ man sich durch jede Kleinigkeit alarmiren und ermüdete die Truppen durch angestrengten Dienst und Nachtwachen. Man hatte ja 100,000 Mann in einer ziemlich festen Stadt und durfte Entsatz durch die Ungarn erwarten.

Am 13. October verließ General Auersperg seine Stellung am Belvedere und vereinigte sich mit dem Ban, der an diesem Tage in der Nähe von Wien angelangt war. Die Truppen beider, 50,000 Mann stark, lagerten von dem Thal, das von der Straße nach Triest durchschnitten wird, bis zum Artilleriemagazin. An diesem Punkte, auf dem äußersten Abhange, wo sich der Wienerberg zu der Niederung der Simmeringer Haide verflacht, hatte 1529 der Wesir Suleiman sein Zelt aufgeschlagen. An demselben Tage verließ Fürst Windisch-Grätz mit 18,000 Mann, die sich bald auf 22,000 Mann mit 6 Batterien vermehrten, die Hauptstadt Böhmens. Der Kaiser hatte ihn mit unbeschränkten Vollmachten versehen, damit er das Werk des Friedens

nach eigenem Ermessen in möglichst kurzer Zeit zu Stande bringen könne. Seine Truppen legten den Weg durch Böhmen und Mähren in Eilmärschen zurück. In Niederösterreich trafen sie anfangs Maßregeln, als ob sie im Feindeslande seien, überzeugten sich aber am ersten Tage von der freundlichen Stimmung der Landleute. Am 22. October hatte der Fürst Stammersdorf, einen Ort an der mährischen Straße zwischen den nach Wagram und Klosterneuburg führenden Straßen, erreicht, am 23. ließ er seine ersten Truppen bei Nußdorf über die Donau gehen. Die Einschließung der Stadt war nun vollständig, und das Belagerungsheer hatte nun eine Stärke von 80,000 Mann erreicht. Die Erbitterung der Truppen war eine furchtbare. Die Zurückweisung eines Antrags von Strasser, dem italienischen Heer den Dank des Vaterlandes auszusprechen, durch den Reichstag, die Großsprechereien und Schimpfreden der Studenten gegen die Truppen, vor allen Dingen die Flucht des Kaisers und die Ermordung Latour's hatten ihre volle Wirkung geübt. Bei Windisch-Grätz befand sich das Regiment Latour mit umflorten Fahnen, die Officiere mit der Trauerbinde am Arm, und das deutsche Grenadierbataillon, das, zur Revolution übergegangen, bis auf wenige Soldaten zurückgekehrt war und beim Sturm die Spitze bilden wollte.

Die Bedingungen, welche Fürst Windisch-Grätz für die Uebergabe stellte, waren die, daß Wien alle Waffen abgebe, alle bewaffneten Körper und die Studentenlegion auflöse, die Aula sperre, die Vorsteher der akademischen Legion und zwölf Studenten als Geißel stelle und Bem, Pulszky, Schütte und die Mörder Latour's ausliefere. Nach der Uebergabe sollte der Belagerungszustand eintreten und Jeder, der sich den Maßregeln der Behörde widersetze, oder sich der Theilnahme an einem Aufruhr schuldig mache oder sich mit Waffen antreffen lasse, standrechtlich behandelt werden. Ehe sie solche Bedingungen annahmen, wollten die Wiener die letzte Kraft aufbieten.

Bis zum 28. October erkämpften sich die Kaiserlichen alle die Stellungen, welche zum entscheidenden Angriff die gelegensten waren. Am Morgen jenes Tages wurden die Wiener in früher Stunde durch Lärmtrommeln und Sturmgeläut geweckt. Gegen zehn Uhr war der ganze Umkreis der Stadt in dichten Rauch gehüllt. Der Fürst ließ seine Batterien von allen Seiten spielen, um die Vertheidiger zu verwirren und ihre Streitkräfte zu theilen. Die Straßen der innern Stadt waren menschenleer, und nur von Zeit zu Zeit sah man Weiberhaufen, die mit Stöcken bewaffnet umherzogen, um alle in den Häusern

versteckten Männer auf die Schanzen zu treiben. Längere Zeit ließ sich nicht erkennen, welchem Punkte der eigentliche Angriff drohe. In der Mittagsstunde drang ein Strom von blitzenden Bajonetten, Jäger, Grenadiere und Kroaten, in die Landstraße ein. Die Bürgerwehren, denen die Hut des Postens übertragen war, schlugen sich schlecht, bessern Muth bewährten die Vertheidiger des Erdbergs und der Marxer Linie, und es kostete viel Blut, ehe die Truppen sich dort festsetzten. Der schwächste Punkt war der Stadttheil zwischen dem Prater und der Jägerzeile. Hier leitete Bem in Person die Vertheidigung der großen Barricade in der Jägerzeile und besetzte sie mit ausgesuchten Leuten, steierischen Scharfschützen, Mobilgarden, Arbeitern, übergegangenen Soldaten und demokratischen Freischaaren. Der Kampf um diese Barricade war der heißeste des Tages. Obgleich die Wiener dem lebhaftesten Feuer aus Geschützen und Gewehren ausgesetzt und gegen die Truppen, die sich in die Häuser geworfen hatten, im Nachtheil waren, hielten sie sich drei volle Stunden lang und schlugen die Stürmenden mehrmals zurück. Nach der Einnahme der Landstraße mußte Bem den hartnäckig behaupteten Punkt freiwillig aufgeben, wenn er nicht im Rücken angegriffen werden wollte. Auf dieser Seite drangen die Truppen bis zur Mauer der innern Stadt vor, im Süden und Westen behaupteten die Aufständischen den ganzen Boden von Gumpendorf bis Nußdorf.

Wien war nicht mehr zu halten. Messenhauser eröffnete dies einer Versammlung aller Befehlshaber und rieth zur Unterwerfung. Da man bloß noch auf vier Stunden Schießbedarf hatte, fügten sich alle der Nothwendigkeit. Man unterhandelte also und nahm schließlich die Bedingung der Unterwerfung auf Gnade und Ungnade an, von der der Fürst nicht abging. Am Abend des 29. wurde bereits mit der Abführung der Waffen nach den bezeichneten Punkten begonnen, am 30. gingen die Truppen bis zum Glacis vor. Am Mittag sah man auf dem Stephansthurm in der Richtung der ungarischen Grenze Pulverdampf aufsteigen. Die schmerzlich erwarteten Ungarn waren im Anzuge.

Der durch alle Straßen schallende Ruf: „Die Ungarn kommen!“ traf die besiegten Barricadenkämpfer wie ein elektrischer Schlag. Die dumpfe Verzweiflung schlug in das Gegentheil zuversichtlicher Kampfbegierde um. Polen ritten mit roth-weißen Fahnen umher, die Mobilgarden, die Studenten und Arbeiter traten wieder unter die Waffen. Die Basteien füllten sich mit

bewaffneten Massen, an mehreren Punkten gingen die Wüthenden zum Angriff über. Der Terrorismus des Pöbels war zum vollständigen Durchbruch gekommen, und Messenhauser mußte trotz seiner Ueberzeugung, daß die Lage so hoffnungslos wie früher sei, auf seinem Posten ausharren.

Die Ungarn hatten die Leytha mit 45,000 Mann Fußvolk, zwei Husarenregimentern und 54 Geschützen überschritten. Fürst Windisch-Grätz fürchtete sie so wenig, daß er sie absichtlich nahe an Wien herankommen ließ, um ihnen den Rückzug abzuschneiden und sie in die Donau zu treiben. Sein Heer war auf den Höhen aufgestellt, welche die sonst ebene Gegend um Schwechat beherrschen. Auf dem Stephansthurm hatte man recht gesehen, als man ein siegreiches Vordringen der Ungarn wahrzunehmen glaubte. Nur waren ihre Erfolge vorübergehend und nahmen augenblicklich ein Ende, sobald die in Schwechat aufgestellten Geschütze der Kaiserlichen in Wirksamkeit treten konnten. Der rechte Flügel der Ungarn wich zuerst, und hätte der linke Flügel durch seine bessere Haltung den Rückzug nicht gedeckt, so würde er in die wildeste Flucht ausgeartet haben. Jene Muthlosen auf der Rechten waren Honveds, deren unüberwindlichen Muth Kossuth oft in den Himmel erhoben hatte, und die jetzt Arthur Görgey's prophetisches Wort wahr machten: „Wenn sie davonkommen, so werden sie es nur ihrer Leichtfüßigkeit zu verdanken haben."

Wien war seinem Schicksal überlassen. Der Wahnwitz der Arbeiter that sein Möglichstes, dasselbe zu erschweren. Was kümmerte sie der Untergang einer blühenden Stadt, in der sie nichts als ihre Waffen besaßen! Sie wollten kämpfen, sei es auch nur darum, daß ihnen die grausame Genugthuung werde, noch einen gehaßten Feind sterben zu sehen. Vor dem Blutgericht des Siegers schützte sie ihre Zahl und die Nichtigkeit des Einzelnen. Sie rissen die weißen Fahnen, die Zeichen der Uebergabe, nieder, pflanzten auf dem Stephansplatze Geschütze auf, um ihr Sturmläuten fortsetzen zu können, und feuerten fast ohne Unterbrechung auf die Truppen draußen. Bis dahin hatte Fürst Windisch-Grätz von seinem schweren Geschütz keinen Gebrauch gemacht, der Vertragsbruch der Arbeiter zwang ihn dazu. Diese flohen vor seinen Granaten, und die vorgeschobenen Heerkörper konnten die nächsten Stadtthore besetzen. Den letzten verzweifelten Versuch der Arbeiter, die Hofburg der Vernichtung zu weihen, hatte Messenhauser vorausgesehen

und durch die Besetzung derselben mit zuverlässiger Bürgerwehr im Voraus vereitelt. Am 31. October um fünf Uhr Abends waren die Truppen Meister der Stadt. Die ersten stürzten auf den Hof des Kriegsministeriums, warfen den Laternenpfahl um, der Latour's Leiche getragen hatte, und hieben ihn in Stücke.

Die Strafe, welche für diese Schandthat, für die Greuel der Revolution und für den letzten Vertragsbruch über die Wiener verhängt wurde, war eine strenge, und jener Zeit erschien sie als eine grausame. Für Robert Blum und Messenhauser hat sich die mitleidige Theilnahme erhalten. Der Redner der Linken wurde erschossen, weil er in einer Freischaar an dem Kampfe thätlichen Antheil genommen hatte. Vielleicht wurde sein Schicksal auch durch die von politischen Feinden verbreitete Lüge, als habe er die Ermordung einiger verwundeten Kroaten anbefohlen, mit bestimmt. Messenhauser fiel, weil er den Bruch der Capitulation durch eine vom Stephansthurme hinabgeworfene Notiz über das Vorrücken der Ungarn begünstigt habe. Für ihn verwendeten sich viele, eine Abordnung des Reichstags, der Gemeinderath von Wien, ferner mehrere sonst einflußreiche Männer, und riefen in die Erinnerung zurück, daß er die Hofburg gerettet, öffentliches und Privateigenthum geschützt, Gefangene vor Mißhandlungen bewahrt und für die Aufrechthaltung der Capitulation mit Lebensgefahr gewirkt habe. Die übrigen Opfer des Standrechts waren, von den Mördern Latour's zu schweigen, theils Anführer von Freischaaren, theils Literaten, die in ihren Schandblättern die Sprache französischer Jacobiner geführt hatten und für die Katastrophe in erster Reihe verantwortlich waren. Mehrere der am meisten Bloßgestellten entkamen. Tausenau und Häfner hatten sich gleich nach dem 6. October in Sicherheit gebracht. Bem, Pulszky, Fenneberg, Chaises wurden im kroatischen Lager unerkannt durchgelassen.

An zwei Gebäuden wurden die Thüren geschlossen: an der Aula und an der Winterreitschule. Sie waren die berühmtesten der Revolutionszeit gewesen, oft hatte zwischen ihnen die Wage geschwankt, aber schließlich hatte die Aula den Reichstag überboten. In ihren Sturz mußte auch er unrettbar verwickelt werden. Die jetzigen Leiter des Staats konnten nicht einwilligen, daß in einer Zeit des Kriegs, der Revolution und der intensivsten Gährung aufregende Debatten über Verfassung, Volksrechte und Nationalitäten fort-

dauerten, und daß ein Sprechsaal geöffnet blieb, dessen feindliche Kritiken der nothwendigsten Regierungsmaßregeln von den Zeitungen im Fluge durch die Monarchie getragen wurden. Sie hatten überdies zu gewärtigen, daß die Mitglieder, so gespalten sie unter sich waren, einmüthig an der weiten Ausdehnung, die sie ihrem Beruf der Verfassungsgebung beilegten, festhalten würden. Hatte man die Gewalt, in der Hauptstadt den Belagerungszustand auszusprechen und die den Ungarn eingeräumten Rechte zurückzunehmen, ohne alle Berücksichtigung des Reichstags an sich gerissen, so konnte man auch eine Verfassung octroyiren. Ein solcher Beschluß wurde gefaßt, aber die Verfassung war noch nicht fertig, und aus diesem Grunde beseitigte man den Reichstag nicht auf der Stelle, sondern berief ihn zur Fortsetzung seiner Arbeiten nach Kremsier. Wenn man ihn dort, in der kleinen Stadt von 7700 Einwohnern, mitten in einer von tschechischen Hanaken bewohnten Gegend, auflöste, hatte man keinen Widerstand zu befürchten.

Diese weitgreifenden Folgen traten durch die Octoberrevolution für Oesterreich ein. Auch das haben wir noch hinzuzufügen, daß die Regierung gegen Ungarn freie Hand bekam. Diese großen Einwirkungen waren nicht einmal die einzigen. Wie die Erhebung der Wiener acht Monate früher den Widerstand der Fürsten gegen die Märzbewegung gebrochen hatte, so lähmte jetzt ihre Niederlage die Kraft der Revolution. Einer der Siege, die auf den ersten des Fürsten Windisch-Grätz folgten, knüpfte sich sogar unmittelbar an den Ausgang des Octoberkampfes.

Wir begleiteten die Berliner Nationalversammlung bis zu dem Augenblicke, wo die Linke zur Mehrheit wurde. Man hatte ein Ministerium, das man ein reactionäres nannte und das seine Thätigkeit mit versöhnenden Maßregeln eröffnete. Dasselbe versagte einem Armeebefehl des Generals Wrangel seine Anerkennung und brachte den Stein'schen Antrag zur Ausführung. Man schritt beruhigter zur Berathung der Verfassung. Gleich bei den ersten Titeln kamen eine Formfrage der zartesten Natur und eine Principienfrage von der höchsten Wichtigkeit zur Entscheidung. Bei der ersten Frage handelte es sich um den Titel des Königs, bei der zweiten um die Befugniß der Versammlung, nämlich darum, ob sie die Verfassung zu beschließen, oder mit dem König zu vereinbaren habe. Eine weit überwiegende Mehrheit — die Minderheit zählte nicht mehr als 43 Stimmen gegen 284 —

erklärte sich für das letztere. Dagegen wurde aus dem Titel des Königs der Zusatz hinter dem Namen „von Gottes Gnaden" gestrichen. Obgleich die englischen Könige, die gewiß constitutionelle Monarchen sind, sich von Gottes Gnaden nennen, nahm man von dieser Bezeichnung an, daß sie ein Attribut des Absolutismus sei und durch den Uebergang zum Verfassungsleben in Wegfall komme. Der König wurde durch diesen Beschluß so verletzt, daß er den Abgeordneten, die ihm einige Tage später (15. October) zu seinem Geburtstage Glück wünschten, mit auffallend starker Betonung sagte: „Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß wir etwas vor Andern voraushaben: eine Macht, die man in Frankreich nicht mehr zu kennen scheint: eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden."

Bei den nächsten Artikeln der Verfassung setzte die Linke ihre Ansichten durch. Man nahm dem Adel nicht bloß seine Vorrechte, sondern hob den Stand selbst auf, schaffte alle Orden ab und beseitigte die Titel, welche kein wirkliches Amt andeuteten. Nimmt man die materiellen Schaden hinzu, die dem bevorrechtetsten Stande durch die Aufhebung seines Jagdrechts und der bäuerlichen Lasten und Abgaben zugefügt wurden, so erhält man ein Ganzes von Rechtsentziehungen, durch das bei den Benachtheiligten die äußerste Erbitterung hervorgerufen werden mußte.

Seit die Nationalversammlung in dem neuen Sitzungssaale des Schauspielhauses berieth, war sie Tag für Tag von Pöbelhaufen umlagert. Die Linke erhielt vor den Thüren Ehrenbezeigungen, die Rechte wurde mit Hohn und Schimpf bedacht. In diesem Unwesen lag so viel systematisch Geregeltes, daß man die Conservativen nicht tadeln konnte, wenn sie die Linke anklagten, daß sie ihre Gegner einschüchtern wolle. Die Bürgerwehr, deren Erbitterung über den unaufhörlichen, durch die Arbeiter veranlaßten Wachdienst keine geringe war, that ihre Pflicht, aber ihre Organisation war nicht der Art, daß man sie in jedem Augenblicke zur Hand haben konnte, und die Rechte war daher thatsächlich ohne Schutz. Nun kamen die Nachrichten von der Wiener Revolution, von der Flucht des Kaisers, dem Anmarsch des Fürsten Windisch-Grätz, dem Kampf und der Entscheidung der vier Octobertage. Jede dieser Nachrichten fand ihr Echo, und Furcht und Hoffnung, Haß und Bewunderung wechselten unter der Berliner Bevölkerung fast mit derselben Lebhaftigkeit, als ob die Schlacht vor den eigenen Thoren ausgefochten worden wäre.

Was konnte die preußische Nationalversammlung für das besiegte Wien thun? Offenbar Nichts, gar Nichts. Sie besaß die ausübende Gewalt nicht, nicht ihr war der Oberbefehl über das Heer übergeben, sie hatte nicht einmal eine vermittelnde Stimme, denn Wien lag jenseits der Grenze. Dennoch zog sie die Katastrophe vor ihr Gericht und nahm für und gegen einen Antrag Waldeck's Partei, die Minister aufzufordern, daß sie mit allen Mitteln zum Schutz der in Wien bedrohten Volksfreiheit einschritten. Es war der 31. October, und als man um elf Uhr in der Nacht abstimmte und ein Amendement von Rodbertus, durch die Minister die Vermittlung der Centralgewalt zu erwirken, zum Beschluß erhob, hatten die kaiserlichen Truppen die Plätze und Straßen Wiens seit sechs Stunden inne. Jetzt wurde die Versammlung inne, daß sie, die sich fremder Freiheit annehme, selbst nicht frei sei. Sie wurde belagert, und dasselbe Schicksal hatte die zu ihrer Vertheidigung herbeigeeilte Bürgerwehr, die sich in's Gebäude zurückgezogen hatte, um so lange wie möglich einen Zusammenstoß zu vermeiden. Es wurde tiefe Nacht, ehe herangezogener Ersatz die Thüren frei machte und den Abgeordneten die Möglichkeit des Auseinandergehens gewährte.

Am folgenden Tage hielt die Versammlung keine Sitzung; Berlin war ruhig. In der Sitzung des 2. Novembers wurden die Volksvertreter vom Minister Pfuel schriftlich benachrichtigt, daß er seine Entlassung eingereicht und Graf Brandenburg die Bildung einer neuen Verwaltung übernommen habe. Der Graf war der Oheim des Königs, ein aristokratischgesinnter Mann, ein Soldat von altem Schlage, streng und durchaus redlich. Man kannte einen Fall, wo er demokratischen Wühlereien Breslaus in nicht constitutioneller Weise die Spitze geboten hatte, und weiter brauchte es nichts, um in der Mehrheit der Versammlung die Ueberzeugung zu begründen, daß er ein Werkzeug der Reaction sei, und den Beschluß einer Adresse an den König reifen zu lassen. Der letztere ließ sich von der erwählten Abordnung die Adresse, in der die Lage des Landes nach der Auffassung der Mehrheit geschildert wurde, vorlesen, erwiederte aber keine Sylbe. „Wollen Ew. Majestät uns nicht wenigstens Gehör schenken?" fragte der Königsberger Jacoby. „Nein," antwortete der Monarch und verließ das Zimmer. Ein königliches Schreiben beschwichtigte die Befürchtungen wegen einer Reaction. Das neue Ministerium werde sich der Förderung der constitutionellen Freiheiten widmen und das Vertrauen des Landes gewinnen.

Am 9. November erfuhr man die Namen der neuen Minister. Es waren außer dem Vorsitzenden von Manteuffel, von Ladenberg und von Strotha. An demselben Tage wurde die erste Botschaft der Minister verlesen. Sie sprach die Vertagung der Sitzungen bis zum 27. November und die Wiedereröffnung derselben in Brandenburg aus. Die Verlegung nach einer andern Stadt sei nöthig, weil die Versammlung in Berlin der nöthigen Freiheit und jedes Schutzes für die Personen der Abgeordneten entbehre. So richtig beides war, so sehr ließ sich über das Recht der Regierung streiten, einen constituirenden Landtag ohne dessen Einwilligung zu vertagen und nach einem andern Orte zu verlegen. Wenige Abgeordnete gestanden den Ministern eine solche Befugniß zu, die meisten stimmten für Gierke's Antrag, zu antworten, daß die Versammlung keine Veranlassung habe, an einem andern Orte zu berathen, und in Berlin bleiben werde.

Man erfuhr in der Nacht, daß der Polizeipräsident die Bürgerwehr aufgefordert habe, das Sitzungslocal zu schließen und den Abgeordneten den Eingang zu verwehren. Auf die Weigerung derselben, eine solche Maßregel gegen die Vertreter des Landes auszuführen, hatte der Beamte geäußert, dann werde die Regierung die geeignet scheinenden Maßregeln ergreifen. Die Abgeordneten, die am 10. November in verminderter Anzahl erschienen, waren in der höchsten Aufregung. Verließen sie den angenommenen Standpunkt nicht, so lastete auf ihnen eine ungeheure Verantwortlichkeit, denn leicht konnten die Massen in ihrem Widerstande gegen die Regierung eine Aufforderung zum Aufstande erkennen. Sie ließen daher ihre erste Sorge sein, in einem kurzen Aufrufe dringend zu bitten, daß Niemand den Boden des Gesetzes verlasse. Dieses Mal war der Sitzungsort von Bürgerwehren umgeben, aber um diesen engern Kreis zog sich ein weiterer — von Soldaten. General Wrangel, Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, war um zwei Uhr Mittags mit 15,000 Mann eingezogen und hatte sogleich den Weg nach dem Schauspielhause eingeschlagen. Nach seinen Absichten befragt, erklärte er, daß er keine Nationalversammlung kenne, da der König sie vertagt habe, und das Haus so lange besetzt halten werde, bis alle Abgeordneten sich entfernt hätten. Nach dieser höchst kategorischen Antwort schloß der Vorsitzende die Sitzung, und die Volksvertreter entfernten sich.

In den nächsten Tagen rief die Nationalversammlung das ihrer selbst

nicht würdige Schauspiel hervor, daß sie ihre Sitzungen bald hier, bald dort hielt und aller Orten aus einander getrieben wurde. Wollte sie die Gegner dahin treiben, gegen die Personen von Abgeordneten, die in aller Welt für unverletzlich gelten, Gewalt zu üben, so mußte sie es an einer einmaligen Sprengung genug sein lassen. Da sie Ermahnungen auf Ermahnungen häufte, keine Ungesetzlichkeit zu begehen, so wollte sie augenscheinlich keinen Straßenkampf, und wir haben für ihre Handlungsweise daher nur die eine Auslegung, daß sie bis auf den letzten Moment ihrer Wanderungen durch ihre Haltung schließlich zu imponiren hoffte.

Als die Regierung am 12. November den Belagerungszustand über Berlin verhängte und alle Consequenzen desselben anordnete, war auch diese Erwartung eine traumhafte geworden. Sie machte nach Maßregeln dieser Art gewiß nicht den nachgebenden Theil, und doch setzte die Nationalversammlung ihre Sitzungen bis zum 15. November fort. Am Abend dieses letzten Tages faßte sie den für sie, nicht für die Regierung verhängnißvollen Beschluß der Steuerverweigerung. Sie wäre dazu nicht einmal dann berechtigt gewesen, wenn sie sich als eine Fortsetzung des Vereinigten Landtags betrachtet hätte, der einzelne, aber nicht alle Steuern verweigern durfte, und sie besaß dieses Recht um so weniger, als sie die Vergangenheit nicht anerkannte und ihre Befugniß dazu auf eine Verfassung stützte, die noch gar nicht existirte.

Um ihr Ansehn war es nach diesem Beschlusse geschehen. Daß die Unmöglichkeit, den Bedürfnissen des nächsten Tages zu genügen, den Staat in sich selbst zerfallen lasse, wollte außer einem schwachen Häuflein Demokraten Niemand. An ganz wenigen Orten kamen vereinzelte Verweigerungen der Steuern vor, aber um so zahlreicher waren die Anerbietungen von Vorschüssen. Auch die „majestätische Aeußerung" des Volkswillens, d. h. die Zustimmung der Provinzen, blieb aus. In einigen kleineren Orten fand die Nationalversammlung Zustimmung, in den größeren dagegen äußerten sich entweder nur Bruchtheile der Bevölkerung günstig, oder die Stimmung erlitt einen raschen Umschwung. Pommern und die Marken, der deutsche Theil von Posen und Preußen jubelten, daß der König die Herrschaft wieder antrete, der Rhein und Westphalen befolgten die Neutralitätspolitik, wo sie nicht offen für das Ministerium Partei nahmen, und in Sachsen und Schlesien

brachten die Demokraten nur einen unbedeutenden Aufstand bei Bibra und lärmende Demonstrationen eines Breslauer Centralausschusses zu Stande. Die letztern wurden von der Regierung wenigstens in so weit beachtet, daß sie 8 Bataillone Fußvolk, 7 Schwadronen Reiterei und 32 Geschütze zusammenzog. Das Erscheinen dieser Truppen vor der Stadt bestimmte die dortigen Führer zur Annahme des neu erfundenen Systems des passiven Widerstandes.

Siebentes Kapitel.

Der neapolitanische Aufstand vom 15. Mai. — Unterwerfung von Sicilien. — Die Verhältnisse in Rom. — Rossi ermordet. — Pius IX. flieht. — Toscana. — Der zweite piemontesische Feldzug. — Schlacht von Novara. — Waffenstillstand und Frieden. — Gegenrevolution in Toscana. — Siege der Ungarn. — Rußland intervenirt. — Haynau an der Theiß. — Die Schlachten von Szegedin, Szörög und Temeswar. — Die Katastrophe von Vilagos. — Ungarn unterworfen.

Durch die Wiener Octobertage bekam die österreichische Regierung ihre deutschen und slawischen Provinzen wieder in die Hand und konnte über die Kräfte derselben frei verfügen. Ihr magyarisches Gebiet mußte sie noch zurückerobern, und in Italien blieb ihre Stellung eine bedrohte, wenn auch die Stadt Venedig der einzige Punkt im lombardisch-venetianischen Königreich war, den die Revolution festzuhalten vermochte. Die Gefahr kam von Außen, von Sardinien und von der äußersten italienischen Linken.

Geschwächt war diese letztere bereits worden. Das Königreich Neapel diesseits der Meerenge gehörte ihr nicht mehr. Die Eröffnung der Kammern war auf den 15. Mai 1848 festgesetzt worden, und an demselben Tage sollte der provisorische Zustand durch die Beschwörung der Verfassung seitens des Königs, der Pairs und Abgeordneten in einen gesetzlichen verwandelt werden. Dies zu verhindern, war das eifrigste Bestreben der Mazzinisten. Am Tage vorher ertheilte ihr geheimer Ausschuß, dem der größte Theil der Nationalgarde gehorchte, den Befehl zum Bau von Barricaden. Der König hielt

seine Truppen, Schweizer und königliche Garde, auf den breiten Plätzen vor dem königlichen Schlosse vereinigt. Folgenden Tags eröffneten die Barricaden ein Feuer auf jene bloßgestellten Truppen. Die Toledostraße, die beim Schlosse ihren Anfang nimmt und die große Stadt in ihrer ganzen Breite durchschneidet, hatte viele Befestigungen, denen die an allen Stockwerken angebrachten Altane Nachhalt gaben. Die Truppen befanden sich im Nachtheil, und jene Straße mußte um jeden Preis genommen werden. Die Aufgabe und damit die Ehre des Tages fiel den Schweizern zu. Sie erstürmten die Barricaden und die Häuser, obgleich sie bei den ersten Versuchen mit Verlust zurückgeworfen wurden. Sie hatten 28 Todte und 174 Verwundete, die Garde nur zwei Todte und achtzehn Verwundete. Nach dem Verlust der Toledostraße gaben die Mazzinisten den Kampf auf. Die Waffen hatten ihre Arbeit gethan, und nun begannen Schreckensscenen. Haufen plündernder Lazaroni, von den Flammen des Palastes Gravina und anderer Gebäude grell beleuchtet, erbrachen die Häuser, raubten sie aus und wütheten gegen die Bewohner. Man ließ sie gewähren, um die revolutionäre Stadt einzuschüchtern, und es bedurfte einer drohenden Bewegung der französischen Flotte unter Admiral Baudin, um der Plünderung Einhalt zu thun.

Ein Aufstand in Calabrien wurde vom General Nunziante so rasch, durch ein unbedeutendes Gefecht bei Pizzo, niedergeschlagen, daß die Rüstungen des Königs gegen seine unbotmäßige Insel durch ihn nicht verzögert wurden. Eine Flotte führte 20,000 Mann, das beste Heer, das Neapel seit langer Zeit gehabt hatte, über die Meerenge. Der kriegserfahrene General Filangieri führte den Oberbefehl. Es galt der Stadt Messina, die jetzt durch großartige Vertheidigungsanstalten, ausgedehnte Minenanlagen und eine Masse von Batterien zu einer Festung geworden war. Der Angriff erfolgte am 6. September und setzte sich am folgenden Tage fort. An das zerstreute Gefecht in geschützten Lagen gewöhnt, stutzten die Sicilianer, als sie die Schweizer im heftigsten Feuer kaltblütig aufmarschiren und in mauerfesten Reihen vorrücken sahen. Die Erstürmung des Magdalenenklosters, eines Bollwerks von ungeheurer Stärke, entmuthigte sie vollends. Sie flohen und nahmen alles bewegliche Eigenthum mit, was in der Eile aufgerafft werden konnte. Was sie übrig ließen, verschwand in den Tornistern der neapolitanischen Soldaten. Daß Sicilien nach diesem harten Schlage völlig unterworfen wurde, verhinderte die englische und französische Einmischung. Die

Admirale Baudin und Parker, die Gesandten Rayneval und Lord Napier wetteiferten miteinander, der sicilianischen Unabhängigkeit eine letzte Frist zu verschaffen. Man schloß einen Waffenstillstand und zog eine Demarcationslinie, welche den neapolitanischen Antheil auf ein kleines Gebiet der Provinz Messina beschränkte.

Die Anerbietungen des Königs gewährten den Sicilianern alle ihre Wünsche, soweit sie sich mit der Fortexistenz des Gesammtstaats vertrugen: eine Verfassung, eine getrennte Verwaltung, neue Ordnungen im Gerichtswesen und wo sonst Etwas faul war. Im blinden Selbstvertrauen und von ihrem Haß gegen die Neapolitaner gestachelt, verwarfen sie diese Bedingungen. Sie hatten in dem Polen Mieroslawski einen Anführer, der sonderbarer Weise einen Ruf als Feldherr hatte, ohne sich jemals im Felde bewährt zu haben, und ihr Heer von 20,000 Mann war der Zahl nach dem neapolitanischen gleich. Darauf hin wagten sie einen neuen Kampf und kündigten den Waffenstillstand für den 29. März 1849.

General Filangieri nahm seinen Marsch auf Catania, die Stadt am Aetna. Mieroslawski hatte dort seine ganze Macht versammelt und durch ein System von Befestigungen geschützt. Auf daß Nationaltruppen die Entscheidung brächten, ließ Filangieri seine Neapolitaner vorgehen und hielt die Schweizer in Reserve. Der Erfolg war der kläglichste der Welt. Sowohl die Linie als die Jäger verloren im feindlichen Feuer die Haltung und stürzten in verwirrten Massen rückwärts. Es dunkelte bereits, als die Schweizer die Gewehre zur Hand nahmen. Drei Stunden später war Catania bezwungen (6. April). Auf diese Niederlage folgte die Uebergabe einer Stadt und Landschaft nach der andern. Die Städte Syrakus und Augusta unterwarfen sich der königlichen Flotte, die innern Landesprovinzen Girgenti und Trapani dem Heer, das in mehreren Säulen langsam in der Richtung auf Palermo vorrückte. In jener Hauptstadt waren Zünfte und Nationalgarde friedlich gesinnt, während der Pöbel von seinen bloßgestellten Führern zur Fortsetzung des Kampfes aufgestachelt wurde. Während Filangieri sich durch unordentliche Haufen Bewaffneter Bahn machte, gewann innerhalb der Mauern die gemäßigte Partei die Oberhand und lieferte die Schlüssel aus. Der Tag, an dem die Neapolitaner, noch 16,000 Mann stark, ihren Einzug in Palermo hielten, war der Jahrestag des 15. Mai 1848, der den König zum unumschränkten Herrn des jenseitigen Königreichs gemacht hatte.

Der italienischen Bewegung ging durch die Unterwerfung Siciliens Nichts verloren, denn die Insel hatte allein gehandelt. Die republikanische Partei hatte nie dort gewühlt, sondern in den mittelitalienischen Staaten, in Rom und Toscana. Zwischen diesen beiden Staaten reiste Mazzini hin und her, eine böse Saat ausstreuend, die üppig in Halme schoß. In Florenz handelte man nach einem Programm, das die alten Chroniken des eigenen Landes an die Hand gaben. Der Großherzog war schwach, die politisch unreife Bevölkerung theils erhitzt, theils gleichgültig, und so veranstaltete man Demonstrationen, wie die Plätze der Stadt in der republikanischen Zeit deren viele gesehen haben. Das Mittel bewährte sich wie damals. Nachdem zwei Ministerien durch einigen Volkslärm vom Ruder verdrängt worden waren, gelangte man in absteigender Linie zu dem Ministerium Montanelli-Guerrazzi, das die Republikaner zu ihren Zwecken brauchten.

Pius IX. war durch den Krieg gegen Oesterreich in eine unhaltbare Lage gekommen. Mit schwerem Herzen hatte er den Abmarsch von Truppen gestattet und war darum der Anklage einer hinterlistigen Politik, ja des verrätherischen Einverständnisses mit dem Feinde nicht entgangen. Der Rückschlag, den die Niederlage des Nationalheers in der öffentlichen Stimmung hervorrief, verschlimmerte die Lage des Papstes um das Doppelte und Dreifache. Seiner vermeintlichen Treulosigkeit schrieb man es zu, daß die Palme des Siegs in eine andere als die tapfere römische Hand gefallen war. In seiner Noth sah er sich nach einem Retter um und glaubte ihn in einem alten Professor und politischen Flüchtling von 1815, den er seit einiger Zeit in Privataudienzen häufig sah, gefunden zu haben. Graf Pelegrin Rossi besaß neben vielen Kenntnissen die aalglatte Gewandtheit eines italienischen Diplomaten der besten Schule. Als Anhänger Murat's von seinem Lehrstuhle und aus Italien vertrieben, hatte er sich in dem puritanisch protestantischen Genf eine hohe Stellung verschafft und auf mehr als einer Tagsatzung die Interessen seines Adoptivvaterlandes vertreten. Auf einer seiner Missionen hatte er die Blicke Ludwig Philipp's auf sich gelenkt und diesem klugen Kopfe so imponirt, daß er nach Frankreich gerufen wurde. Seine Naturalisation, seine Ernennung zum Professor, zum Grafen, zum Pair von Frankreich folgten mit einer Schnelligkeit auf einander, die Guizot um die Erhaltung seines Einflusses besorgt machte. Durch die Februarrevolution überrascht, hatte er gleichwohl keinen Augenblick verloren, sich in Italien einen neuen Boden für

seine Thätigkeit zu suchen. Pius IX. wußte, daß Graf Rossi in Frankreich der einzige Mann gewesen sei, der zugleich dem König und der radikalen Opposition, dem Univers und dem National gefallen habe, und ernannte ihn am 14. September 1848 zu seinem Minister.

Die römischen Verhältnisse hatten die drohendste Gestalt angenommen. Sowohl die Rednerbühne als die freie Presse wendete sich gegen den Kirchenfürsten, dem sie ihr für Rom unerhörtes Dasein verdankten. Für die Banditen schien die Zeit der völligen Emancipation gekommen zu sein, so zahlreich und so ungestraft verübten sie ihre Schandthaten, und die politischen Mörder trieben ihr Handwerk fast öffentlich. Als im Herbst die Gewohnheit des Mittelalters, vom Einbruch der Dämmerung an die Thür des Hauses geschlossen zu halten, allgemein angenommen wurde, benachrichtigte ein Maueranschlag die guten Bürger, daß sie im Abenddunkel unbesorgt ausgehen könnten, denn es sei der Beschluß gefaßt worden, die Verräther bloß am hellen Tage niederzustoßen. In den Provinzen vervielfältigten sich die Einbrüche und Mordanfälle in einem noch furchtbareren Grade, und in Bologna besaß man in dem Bernabitermönche Gavazzi einen eigenen Herrscher, insoweit bei einem Zustande souveräner Anarchie, den 40,000 Bewaffnete aufrecht erhalten, von einer Herrschaft die Rede sein kann. An hundert Orten der Provinzen tauchten Freischaaren auf, an eben so vielen Räuberbanden.

Rossi verzweifelte nicht. Er arbeitete den Kirchenstaat vorläufig aus dem Gröbsten heraus, ließ das flache Land durch Gensdarmen, die zu fliegenden Abtheilungen vereinigt wurden, absuchen, Bologna durch den General Zucchi in Ordnung bringen, zog die Truppen, die nach dem Feldzuge an der Grenze stehen geblieben waren, näher an Rom heran, säuberte die Hauptstadt von ihren Banditen, unterdrückte die Zerrbilder und die Ausschreitungen der Presse, reorganisirte das Polizeiwesen in einer Weise, die dem politischen Morde die bisherige Straflosigkeit entriß, und widmete sich, nachdem er den äußern Schein der Ruhe wiederhergestellt hatte, der großen Politik.

Er hatte einen geistvollen und zugleich nationalen Plan entworfen. Er wollte die Richtungen, die im Norden Karl Albert, im Süden Ferdinand von Neapel verfolgten, in einer mittleren Bahn vereinigen, die kleineren Staaten Italiens durch Ordnungsmaßregeln kräftigen, die Republikaner schrecken oder bekehren, und nachdem dieses Alles vollbracht und für das Spiel einer geschickten Hand wieder freier Raum geworden sei, durch seine

diplomatischen Künste Oesterreich zu einem billigen Vergleich zwingen. Zum Unglück für ihn und für das Land versah er es schon bei den ersten Vorbereitungen. Die Verkündigung des Standrechts in Bologna, die Haussuchungen in ganzen Straßen, die Wegnahme von Gewehren zu Tausenden, die Verhaftungen fremder Flüchtlinge waren wohl erbitternde, aber nicht entscheidende Schritte. War er wirklich der Ueberzeugung, daß die politischen Zuckungen des Kirchenstaats keine naturgemäßen Aeußerungen der Volksstimmung seien, sondern von der elektrischen Einwirkung weniger Hitzköpfe auf die Menge hergeleitet werden müßten, so hatte er sich dieser Führer zu bemächtigen und an ihnen seine täglich wiederkehrende Drohung wahr zu machen „Nous les étoufferons!“ Aber grade sie tastete er nicht an und ließ sie in ihrem Volksverein gewähren.

Am 15. November sollten die Kammern eröffnet werden. Wenige Tage vorher hatte Graf Rossi die Carabiniere nach Rom gezogen und sie im geschlossenen Hof des Belvederes gemustert. Die Bürgerwehr fühlte sich schwer beleidigt, daß die tausend Gensdarmen und die sechstausend Mann regelmäßiger Soldaten, über die Rossi jetzt verfügte, den Dienst künftig allein versehen sollten, und protestirte durch ihre Obersten gegen das ungegründete Mißtrauen des Ministers. Am 14., der übrigens vollkommen ruhig verging, wurde er gewarnt, daß in der Nacht ein Mordplan gegen ihn geschmiedet sei, achtete aber nicht darauf. Gegen Mittag des folgenden Tages fuhr er nach dem Gebäude, wo die Abgeordneten ihre Sitzungen hielten. Der Hof war gedrängt voll von Menschen, die ihn mit Zischen und Verwünschungen empfingen; er schritt mitten durch sie auf die Treppe zu und hatte die ersten Stufen erstiegen, als er einen Dolchstoß in die Kehle erhielt. Zwei Leute faßten ihn am Arm und führten ihn durch die Menschenreihen, die sich schweigend öffneten, in das obere Stockwerk und legten ihn dort in einem Vorzimmer nieder. Der Dolch des Mörders hatte die Pulsader am Halse durchschnitten, so daß der Tod nach einigen Minuten erfolgte. Die spätere Untersuchung hat sowohl den Mörder ermittelt, als die, welche ihm den Dolch in die Hand gegeben hatten.

Die Wühler sorgten dafür, daß das Volk nicht zum Nachdenken über diese Schandthat gelange. An demselben Nachmittage forderten sie in Maueranschlägen zu einer großen Demonstration auf, welche die alten Füchse des gregorianischen Regiments aus den Hofämtern des Papstes und aus den hohen

Regierungsstellen verjagen solle. Die Volkshaufen versammelten sich mit Fackeln, und nicht bloß die Bürgerwehr, sondern auch die Carabiniere und die sämmtlichen Linientruppen, Officiere wie Gemeine, verbrüderten sich mit ihnen. Jener ursprünglichen Forderung wurde die nach einer verfassunggebenden Versammlung für ganz Italien hinzugefügt und der Beschluß gefaßt, dem Papst nächsten Morgen eine bezügliche Adresse in feierlichem Aufzuge, ohne Waffen, aber mit Musik und Fahnen, zu überreichen.

Die Masse, die am nächsten Mittag vor dem Quirinal erschien, war fast 30,000 Mann stark. Pius IX. gab die männliche Antwort, er lasse sich nicht mit Gewalt imponiren und weigere sich durchaus, die überreichten Forderungen zu genehmigen. Unten auf dem Platze entstand ein furchtbarer Lärm und der allgemeine Ruf nach einem demokratischen Ministerium. Im Innern des Quirinals bewaffnete man sich, die Schweizer begannen zu feuern, und das Volk zerstreute sich, jedoch nur, um Waffen zu holen. Nach einem zweistündigen Feuern, bei dem der schöne Pferdebrunnen zur Deckung benutzt wurde, gab der Papst der Nothwendigkeit nach und ließ sich die Lieblinge des Volks als Minister aufdrängen. Die Schweizer wurden entwaffnet und aufgelöst, die Posten an den päpstlichen Palästen der Bürgerwehr übergeben. Während der Papst als Gefangener behandelt wurde, regierte der Volksverein, der sich für permanent erklärte und die eigentliche Herrschaft ausübte, in der Art der französischen Jakobiner von 1793. Wie in jener Schreckenszeit Paris, so leerte sich jetzt Rom von allen Adligen und Geistlichen, welche der Regierung anhängig waren und die Mittel zur Flucht besaßen. Auch Pius IX. entschloß sich zu demselben Schritte. In der fünften Abendstunde des 24. November bat der französische Botschafter, Herzog von Harcourt, um eine Audienz. In seiner Gegenwart legte der Papst seinen gewohnten Anzug ab, kleidete sich als einfacher Priester, setzte eine Brille auf und verließ das Gemach durch eine Thür, welche in öde Gemächer führte Weder die Wache an dem großen Thore des Palastes, noch die übrigen in Menge rings vertheilten Posten der Bürgerwehr erkannten ihn. Bei einer Kirche in der Nähe des Laterans traf er mit dem baierischen Gesandten, Grafen Spaur, zusammen, stieg in dessen Wagen und fuhr unangefochten durch Albano bis hinter Aricia, wo ein anderer Wagen im Freien wartete. Am folgenden Morgen wurde die neapolitanische Grenze erreicht, wo der Papst in Sicherheit war. Von Gaeta aus protestirte er gegen Alles, was seit dem 16. November geschehen sei und wiederholte mit den be-

stimmtesten Worten, daß er die weltliche Macht, wie er sie von seinem Vorgänger übernommen habe, unverkürzt an seinen Nachfolger aushändigen wolle.

Die Mazzinisten hatten, was sie wollten. Auf der Stelle beriefen sie die verfassunggebende Versammlung für Italien und richteten die Wahlen so ein, daß sie fast ausschließlich auf Leute ihrer Farbe fielen. Der Bannstrahl, den Pius IX. nun auf seine Gegner schleuderte, rief in Rom die beabsichtigte Wirkung nicht hervor. Als Gegendemonstration veranstaltete der Volksverein einen feierlichen Zug, in dem alle rothen Cardinalshüte, die sich in Rom auftreiben ließen, unter Absingung des Todtenmarsches der Capuziner durch die Stadt getragen, auf der Engelsbrücke mit Stöcken ausgeklopft und in die Tiber geworfen wurden. Der erste Vorschlag, der in der neuen Kammer einlief, richtete sich auf die Ausrufung der Republik. Von 160 Abgeordneten erklärten 140: „Dem Papstthum ist in Wirklichkeit und von Rechtswegen die weltliche Regierung des römischen Staats genommen; der römische Bischof wird alle nöthigen Garantien erhalten, daß er seine geistliche Gewalt unabhängig ausüben kann; der römische Staat wird die Form einer reinen Demokratie und den glorreichen Namen: Römische Republik annehmen; mit dem übrigen Italien wird die römische Republik in denjenigen Verbindungen stehen, welche die gemeinsame Volksthümlichkeit erfordert."

Die toscanische Revolution, welche der römischen folgte, ist als ein unvermeidliches Anhängsel der ersteren anzusehen. Der Großherzog erleichterte seinen Gegnern ihr Werk, indem er, nachdem er einem Gesetzentwurf über die verfassunggebende Versammlung für Italien seine Zustimmung ertheilt hatte, sein Land verließ. In einem hinterlassenen Schreiben an seine Minister rechtfertigte er diesen Schritt durch Gewissensbedenken. Der heilige Vater selbst habe ihm erklärt, daß er durch jenes Gesetz sich und sein Land dem schwersten Unglück aussetze, sich und so viele gute Toscaner den furchtbaren Strafen der Kirche zutreiben werde.

So waren denn Rom und Toscana Republiken, der Kirchenstaat kraft eines Beschlusses seiner Abgeordneten, das Großherzogthum bloß thatsächlich, denn der kluge Guerazzi vermied einen Namen, der ihm bei einer möglichen Wendung der Dinge die Todesstrafe zuziehen konnte. Wenn je, so war jetzt die Gelegenheit geboten, alle Mittel und Kräfte der beiden Staaten gegen Oesterreich aufzubieten. Die jetzigen Machthaber hatten die Vertreibung der Fremden immer als die höchste Aufgabe Italiens hingestellt, diesen Zweck

immer als Aufregungsmittel benutzt, und nun sie die Gewalt besaßen, thaten sie Nichts, ihre Prahlerei wahr zu machen. Allerdings schmolzen die Römer ihre Kirchenglocken zu Geschützen um, allerdings versprachen sie dem König von Sardinien 40,000 und die Toscaner 20,000 Mann, aber weder der eine noch der andere Theil ließ einen einzigen Soldaten marschiren und beide entschuldigten sich wie verabredet mit einer Reaction, die ihnen in ihrer eigenen Heimath drohe.

Die gemäßigte Partei sah in dem republikanischen Treiben das, was es wirklich war, eine Schwächung Italiens mehr. In Sardinien saß sie am Ruder, und dort hatte ihr weitestsehender Führer, Vincenzo Gioberti, den Entschluß gefaßt, in Toscana mit den Waffen einzuschreiten und den Großherzog in seine Hauptstadt einzuführen. Die Mazzinisten des Landes sahen die drohende Wolke am Horizont heraufziehen und boten Alles auf, der Gefahr zu begegnen. In der großen Masse der Gemäßigten glühete kein Funken des Muths, der dem Minister seinen Plan eingegeben hatte. Bei dem lauten Toben der Radikalen fielen sie in Menge von ihm ab, und da auch die verbannten Lombarden und die Anhänger des von ihm gestürzten Ministeriums Revel-Pinelli gegen ihn auftraten, so mußte er von seinem Posten weichen. Von diesem Augenblick an trieb das sardinische Staatsschiff steuerlos vor Wind und Wellen. Die Volksvereine rissen die Regierung an sich, die Anhänger Mazzini's traten keck hervor, und es bereitete sich eine Bewegung vor, die vor dem Throne nicht Halt gemacht haben würde. Der König glaubte nur die eine Rettung zu haben, daß er die Lombardei zum zweiten Male mit Krieg überziehe. In einer „Ansprache an die europäischen Völker" machte er aus seinem Motiv kein Geheimniß. Er habe gesehen, hieß es darin, daß ein längeres Zögern eine plötzliche Bewegung hervorrufen könne, welche schlimme Folgen für die Menschheit und für die öffentliche Ruhe seines Reichs und ganz Italiens nach sich gezogen haben würde. „Das nationale Verlangen nach Unabhängigkeit dauert überall fort. Was von edlen Leidenschaften glüht, ist von ihm begeistert, was von schlimmen und unedlen Trieben sich bewegt, kleidet sich in seinen Schein. In der Erfüllung dieses Verlangens können alle wohlthätigen Kräfte gestärkt, alle schlimmen tüchtig bekämpft werden. Nach Betrachtung aller Verhältnisse, aller Ursachen der jüngsten Begebenheiten gelangte die Regierung zu der Ueberzeugung, daß ein Heraustreten aus dem gegenwärtigen Zustande nicht weniger nöthig für Oberitalien,

als für die ganze Halbinsel sei; ohne ein solches Heraustreten würden die wesentlichsten Grundlagen der politischen und der socialen Ordnung in die schwerste Gefahr gesetzt werden. Diesen Betrachtungen gegenüber blieb der Regierung nur ein Entschluß zu fassen übrig — der Krieg."

Am 12. März 1849 kündigte ein piemontesischer General in Mailand den Waffenstillstand. Indem Feldmarschall Radetzky seinen Soldaten dies ankündigte, setzte er hinzu: „Die Losung lautet: nach Turin!" Sie antworteten mit dem einhelligsten Jubel. Auf der österreichischen Seite waren 60,000 Mann mit 120 Geschützen für einen Feldzug verwendbar. Die Gesammtstärke des zum Angriff bestimmten sardinischen Heeres ließ sich zu 80,000 Mann mit 168 Geschützen annehmen. Außer der größeren Kopfzahl war Alles zum Nachtheile der Sardinier. Die Oesterreicher waren von der vortrefflichsten Stimmung beseelt, voll Vertrauen auf sich und ihre Führer. Die Sardinier wurden von dem Gedanken niedergedrückt, daß sie im vorigen Jahre unter ungleich günstigeren Verhältnissen geschlagen worden seien, und machten die Unfähigkeit oder den schlechten Willen ihrer Generale für ihre Niederlage verantwortlich. Ihr Oberfeldherr Chrzanowski und seine Gehülfen Ramorino, Zamoyski und Antonini waren ihnen unbekannt. Ueberdies wurden sie von Sendboten der republikanischen wie der reactionären Partei bearbeitet. Wenn die einen ihnen einflüsterten, daß ihr König im Einverständniß mit Oesterreich sei und sich absichtlich schlagen lassen werde, so forderten die andern sie auf, sich von der Kriegspartei nicht zur Schlachtbank führen zu lassen, damit die Republik ausgerufen werden könne. Noch am Abend vor der Entscheidungsschlacht wurden von Compagnie zu Compagnie Zettel vertheilt, auf denen der Soldat las: „Für wen glaubt Ihr Euch zu schlagen, Piemontesen? Für Euern König? In diesem Augenblicke ist in Turin die Republik ausgerufen, die Thronentsetzung des Königs und seiner Familie ausgesprochen. Es ist also die Republik, für die Ihr in's Feuer geht."

Chrzanowski hatte den Kern seines Heeres in dem Dreieck aufgestellt, das von den Städten Novara, Vigevano und Vercelli beschrieben wird, seinen Flügeln aber die weiteste Ausdehnung, von den Grenzen des Herzogthums Parma bis zu den Ufern des Langensees, gegeben. Man rechnete im piemontesischen Hauptquartiere zuversichtlich darauf, daß der Gegner, um einem oberitalienischen Aufstande zu begegnen, den Karl Albert in seinen Aufrufen

anbefohlen hatte, seine Streitkräfte auf alle einigermaßen wichtigen Punkte des Innern vertheilen werde. Diesen Fehler beging Radetzky nicht und hielt vielmehr seine Truppen so zusammen, daß seine vier Armeekörper am 20. März den Tessin erreichen konnten. Er hatte sich für den Angriff entschieden, und zwar sollte derselbe, damit der Stoß nachdrücklicher werde, von der Seite erfolgen. Daß er durch einen Flankenmarsch über Pavia seine einzige Rückzugslinie auf Mailand einer Diversion des Feindes bloßstellte, beachtete er nicht; er war ja seiner Generale und seiner Soldaten sicher.

An demselben Tage (20. März), an dem Radetzky bei Pavia den Tessin überschritt, ging Karl Albert, nachdem er bei Magenta über denselben Fluß gegangen war, gegen Mailand vor. Die Straße war frei, wieder träumte er sich als König von Oberitalien und ließ sich in Mailand zu Mittag ansagen. Auch Radetzky fand keinen Feind vor sich, bis er Mortara erreichte. Piemontesen hatten den Ort besetzt, vertheidigten ihn und verloren eine ganze Brigade, die von den unaufhaltsam vorstürmenden Oesterreichern gefangen genommen wurde. Ein Flankenangriff, den Ramorino bei Gambolo machte, mißlang wegen der Feigheit der Lombarden, *) und die Folge davon war, daß nicht bloß Karl Albert zurückgehen, sondern auch Chrzanowsky eine Stellung rückwärts bei Novara nehmen mußte. Er war von mehreren seiner Abtheilungen getrennt, und Radetzky's genialer Feldzugsplan hatte die Verhältnisse so glücklich gewendet, daß die Ueberlegenheit der Zahl nunmehr auf der österreichischen Seite war. Durch Aspre's Tollkühnheit kam der Gegner noch einmal auf kurze Zeit in Vortheil. Mit nur 20,000 Mann gegen Novara vorgehend, wo 50,000 Mann Piemontesen standen, bot er die Schlacht an und führte sie hartnäckig fort, obgleich das piemontesische Geschützfeuer ganze Reihen seiner Leute niederschmetterte. Um vier Uhr verstärkte ihn ein zweites Armeecorps und schon wurde der linke piemontesische Flügel ge-

---

*) Ramorino entfernte sich von der Armee, wurde in Arona verhaftet, vor ein Kriegsgericht gestellt, als Verräther und Ausreißer zum Tode verurtheilt und am 22. Mai 1849 erschossen. Den einzigen gegründeten Vorwurf, den man ihm machte, dem bestimmten Verbot zuwider auf das rechte Pouser übergegangen zu sein, entkräftete er dadurch, daß er zwanzig Miglien vom Oberbefehlshaber entfernt, die Meldung erhalten habe, der Angriff am Tessin sei nur ein Scheinangriff, und die wahre Gefahr drohe auf dem rechten Ufer des Po's. Seine Richter waren lauter altaristokratische Officiere, die nicht vergessen hatten, daß er bei dem revolutionären Einfall in Savoyen vom Februar 1834 der Anführer gewesen sei.

worfen, um sechs Uhr traf ein drittes auf dem Schlachtfelde ein, worauf ein concentrischer Angriff unternommen wurde. Es war vergebens, daß der Herzog von Genua die Reserven herbeiführte und persönlich das Beispiel einer ritterlichen Tapferkeit gab. Die Mitte der Piemontesen, ihr rechter Flügel wurden gesprengt, eines ihrer Regimenter nach dem andern verließ das Schlachtfeld, oder gerieth im Dunkel des Abends in Verwirrung. Noch eine Stunde später, und alle Trümmer der piemontesischen Armee drängten sich in Novara zusammen. Viele Soldaten warfen ihre Gewehre weg, weil sie unter „Verräthern" nicht mehr fechten wollten, andere erbrachen die Thüren der Kaufläden, plünderten und warfen Feuer in die Häuser (23. März).

Alles war verloren. Das Heer hatte sich aufgelöst, als Rückzugslinie blieb bloß ein nördlicher Weg in's Gebirge, den man im Angesichte eines siegreichen Feindes nicht einschlagen konnte. Der unglückliche Karl Albert war der Erste, der sich die Hoffnungslosigkeit der Lage gestand. Bis zum letzten Augenblicke blieb er auf den Stadtwällen, der Kugel harrend, die ihn von seinen quälenden Gedanken befreien werde. „Das ist mein letzter Tag," antwortete er einem General, der ihn wegführen wollte, „lassen Sie mich sterben." In einem Hause der Stadt versammelte er seine Söhne, seine Generale, und erklärte ihnen, von allen ihren Vorstellungen unerschüttert, sein Wirken sei zu Ende, er könne dem Lande keine Dienste mehr leisten und lege die Krone zu Gunsten seines ältesten Sohnes Victor Emanuel nieder. In derselben Nacht wurde bei den österreichischen Vorposten ein piemontesischer Officier gemeldet, der die Armee verlasse. Es war Karl Albert, der unter angenommenem Namen nach Portugal ging, um seine Tage in der Selbstverbannung zu enden.

Nächsten Morgen verabredeten der neue König und Radetzky in dem Hofe eines Bauernhauses die Bedingungen eines Waffenstillstandes und die Grundlagen des künftigen Friedens. Ein österreichischer Heerkörper sollte bis zum Abschluß des letztern das Gebiet zwischen dem Tessin, dem Po und der Sesia nebst der Hälfte der Festung Alessandria besetzen und auf sardinische Kosten verpflegt werden. Sardinien versprach ferner, seine Flotte aus dem adriatischen Meer abzurufen und alle die Truppenkörper aufzulösen, die aus lombardischen, ungarischen und polnischen Unterthanen des Kaisers gebildet worden seien. Der Friede selbst wurde am 6. August 1849 unter den Bedingungen geschlossen, welche der Sieger großmüthig bewilligte. Sardinien ver-

lor kein Gebiet, zahlte aber an Oesterreich eine Kriegsentschädigung von 75 Millionen Lire. Diese Summe muß als mäßig bezeichnet werden, da Sardinien nach einer ziemlich tief gegriffenen Berechnung eines seiner Finanzmänner (Cibrario's) zu seinen Kämpfen gegen Oesterreich 127 Millionen Lire verwendet hat.

Die republikanische Partei setzte ihrem Wahnsinn die Krone auf, als sie den Vernichtungskampf von Novara für ein glückliches Ereigniß erklärte. Nach ihrer Ansicht waren die königlichen Truppen bloße Vorposten, mehr unbequem als nützlich, gewesen, und nun erst trat die eigentliche Kriegsmacht, das republikanische Nationalheer, in den Kampf ein. So sprach man in Turin und in Genua handelte man in diesem Sinne. Die Schilderhebung der alten Dogenstadt (2. April) war zwei Tage lang glücklich, um am dritten Tage den Brigaden des Generals Lamarmora zu erliegen. Nicht minder kopflos benahmen sich die Lombarden, indem sie mit ihren Aufständen warteten, bis der große Schlag gefallen war. Auch jetzt noch versuchte Brescia, das seinen Muth an kranken Soldaten bewiesen hatte, den Truppen des Generals Haynau Widerstand zu leisten und unterhielt in den Tagen des 31. März und des 1. April einen mörderischen Barricadenkampf. Die Bomben mußten spielen und die Truppen von Straße zu Straße, von Haus zu Haus sich durchkämpfen, ehe der Trotz der Bürger und ihrer Gehülfen aus den Bergen gebrochen wurde.

Indem Radetzky sich anschickte, zur Herstellung der Ordnung in Mittelitalien mitzuwirken, erhielt er aus Toscana die Meldung, daß die Bürger von Florenz durch ihre eigenen Anstrengungen eine Restauration herbeigeführt hätten. Freiwillige aus Livorno, die Hefe einer Bevölkerung, welche die Ermordung Rossi's mit dem Geläute aller Kirchenglocken gefeiert hatte, befanden sich zum Schutz der provisorischen Regierung in der Hauptstadt. Sie erregten einen Streit, schossen auf das Volk und wurden darauf von der Bürgerwehr zum Abzug gezwungen; ihr Sieg ermuthigte die Bürger, am nächsten Tage die Freiheitsbäume umzuhauen und die großherzoglichen Wappen wieder an den öffentlichen Gebäuden zu befestigen. Guerrazzi wurde gefangen, sein Amtsgenosse Montanelli entfloh, und diese ganze Umwälzung kostete eine einzige Verwundung, die einem Officier der Dragoner durch einen Steinwurf zugefügt wurde. Mit gleicher Schnelligkeit und ebenso unblutig setzte sich der Gegenschlag im Lande fort, und zumal die Landbewohner verriethen den

größten Eifer. Livorno war die einzige Stadt, die sich dem allgemeinen Drange widersetzte, und die Oesterreicher, denen eigentlich ein anderes Ziel angewiesen war, wurden dadurch zu einem Umwege gezwungen. Sie unterwarfen die Stadt im Vorbeigehen und rückten dann in den Kirchenstaat ein, wo sie Ancona und Bologna besetzten. Die gänzliche Besiegung der römischen Republik war das Werk der Franzosen, die ihrer Republik das Todesurtheil ausstellten, als sie, mit Oesterreichern, Neapolitanern und Spaniern verbündet, die Waffen gegen eine Schwesterrepublik richteten.

Einen Punkt gab es außer Rom noch, wo die drei Farben Italiens den Kugeln sich darboten. Venedig war durch seine Lage so geschützt, daß es einen nutzlosen Kampf so lange fortzusetzen vermochte, als die Lebensmittel ausreichten. Zwar führte eine Eisenbahnbrücke, ein Riesenwerk der österreichischen Regierung, über die Lagunen, aber sie war theilweise zerstört worden und wurde durch naheliegende befestigte Inseln gedeckt. Die Oesterreicher hatten deßhalb eine Einschließung beschlossen, allein auch diese war unwirksam, da man nicht genug Schiffe hatte, um die Zufuhr von Lebensmitteln und Vorräthen ganz verhindern zu können. So mußte man sich doch zum Angriffe entschließen und zunächst Malghera, den Brückenkopf Venedigs, bezwingen. Es kostete unendliche Anstrengungen und Verluste durch Krankheiten, ehe man in dem aufgeschwemmten Boden, der durch einen vierwöchentlichen Regen und durch Aufstauchung des Wassers in den Canälen in einen Sumpf verwandelt worden war, zur Eröffnung der Laufgräben gelangte. Dann verrichteten die Geschütze ihre Arbeit so kräftig, daß das Fort am 27. Mai geräumt wurde. Die Belagerer kamen durch die Einnahme eines zweiten Forts der Stadt näher, ihre Einschließung wurde eine engere, ihre Bomben wirkten besser, und dieses Alles stimmte den Muth der Belagerten herab. Am 24. August 1849 ergab sich Venedig, durch eine anderthalbjährige Absperrung fast zu Grunde gerichtet. Vierzig seiner Parteiführer, unter ihnen Manin und Tommaseo, wanderten aus, alle übrigen wurden begnadigt.

General Haynau war bei der Uebergabe Venedigs nicht mehr anwesend. Sein Kaiser hatte ihm den Oberbefehl in Ungarn übertragen, wo die Dinge eine so nachtheilige Wendung genommen hatten, daß man mit dem Aufgebot aller Kräfte des Reichs nicht mehr auskommen zu können glaubte und eine fremde Hülfe, die russische, ansprach oder sich doch gefallen ließ.

Die Muthlosigkeit der ungarischen Honveds bei Schwechat verleitete die österreichischen Heerführer Windisch-Grätz und Jellachich zu dem Fehler, ihren Gegner zu unterschätzen. Zum Theil trafen ihre Voraussetzungen zu, indem die 200,000 Mann, welche der ungarische Reichstag ausgehoben hatte, nur zum kleinsten Theil mit Waffen versehen waren. Der Vormarsch der österreichischen Generale erfolgte in der Art, daß die Ungarn, wenn sie Stand hielten, zwischen zwei Feuer kamen. Sie räumten indessen alle ihre Stellungen, auch die von Raab, wo sie sich stark verschanzt hatten. Ein ungewöhnlich starker Frost, der die ungangbarsten Sümpfe für die Bewegungen von Reiterei und selbst von Geschütz öffnete, machte ihre Vorbereitungen zunicht. Bei Moor erfolgte im Morgennebel der erste große Zusammenstoß, und hier wurden die Ungarn nach einem heißen Gefecht in die Flucht getrieben. Gegen Pesth richteten sich verschiedene österreichische Heeresabtheilungen, auf dem rechten Donauufer Jellachich, auf dem linken Wrbna, durch das Waagthal über Tyrnau Simunich, aus Galizien über Kaschau Schlick. Vor Komorn blieb ein Beobachtungscorps zurück. Obgleich die Kälte den Wärmemesser bis auf zwanzig Grad Réaumur unter Null hatte fallen lassen, trafen alle Heerkörper am 4. Januar 1849 mit der größten Genauigkeit vor Pesth ein. Die Annahme, daß die Ungarn den Besitz ihrer Hauptstadt von einer Schlacht abhängig machen würden, erwies sich als irrig. Es kamen Unterhändler, um einen Vertrag über die Bedingungen der Uebergabe abzuschließen. Fürst Windisch-Grätz wies diese Männer ab, weil er mit Rebellen nicht unterhandle, und verlangte unbedingte Unterwerfung. Graf Ludwig Batthyany, der ein Mitglied der Abordnung gewesen war, wurde gleich darauf verhaftet, um dem Gericht wegen seiner Handlungen als Minister Rede zu stehen.

Kossuth war in dieser Zeit der Regent Ungarns. Durch seine außerordentliche Rednergabe und seine Banknotenpresse hatte er das doppelte Wunder bewirkt, Soldaten und Geld aus der Erde zu stampfen. Alles schwärmte für ihn, und er bedurfte dieses blinden Vertrauens, denn sonst hätte er die Nation nicht überreden können, daß der Verlust des Landes bis Pesth und der Hauptstadt selbst in der Wagschale der Entscheidung federleicht wiege. Am 4. Januar war er in der Stille der Nacht mit dem Heer nach Debreczin aufgebrochen. Er nahm die Krone des heiligen Stephan und die Reichsinsignien, den Landesvertheidigungsausschuß und den Reichstag mit sich

fort. Auch seine Banknotenpresse, in diesem Kriege ein besonders wirksames Instrument, begleitete ihn.

Fürst Windisch-Grätz hatte es in seiner Macht, in Debreczin den Mittelpunkt der Flamme zu zertreten. Statt die Fliehenden zu verfolgen, versank er in Unthätigkeit. Der ungarische Reichstag erschien ihm als ein Rumpf, und war es in der That, denn nicht bloß waren verschiedene Mitglieder in Pest zurückgeblieben, sondern auch in der neuen improvisirten Hauptstadt sah man wenige Abgeordnete. Die Einen meldeten sich krank, die Andern verschollen spurlos, und die noch kamen, zeigten traurige, verzagte und trostlose Gesichter. Durch das Stehenbleiben der Oesterreicher verwischte sich der erste Eindruck, und bald hauchte Kossuth's rastlose Thätigkeit Allen einen frischen Geist ein. Eine der milden versöhnenden Maßregeln, welche Fürst Windisch-Grätz ergriff, bestand in der Anerkennung der ungarischen Banknoten. Durch sie gab er Kossuth das Mittel, ein ungeheures Heer unter seine siegversprechenden Fahnen zu locken.

Da die Hauptmacht des Feindes ihnen Ruhe ließ, so bekamen die Ungarn im Süden die Hände frei. Daß sie die ausgedehnten Ebenen des Banats ganz in ihre Gewalt bekamen, war ungleich weniger wichtig, als daß sie in Siebenbürgen, wo sie fast allen Boden verloren hatten, übermächtig wurden. In jenem Nebenlande hatte der Krieg den scheußlichen Charakter eines Raçenkampfes genommen, und beide Theile verübten die entsetzlichsten Greuelthaten. Da faßte Kossuth in guter Stunde den Entschluß, dem Polen Bem den Oberbefehl zu übertragen. Bem wollte gleich den andern Polen die Slawen Ungarns überzeugen, ihr eigenes Interesse fordere, daß sie sich mit den Magyaren versöhnten und gemeinschaftlich mit ihnen gegen Oesterreich kämpften. Diese Absicht schrieb ihm ein schonendes Verfahren vor, von dem er nie abgewichen ist. Der Krieg selbst nahm mit seinem Erscheinen eine ganz andere Wendung. Puchner, der die Kaiserlichen befehligte, hatte seine Truppen in fünf Abtheilungen zersplittert. Auf diese warf sich Bem nach einander, immer den Punkt erspähend und wählend, wo man ihn am wenigsten erwartete. Im Laufe weniger Wochen drängte er einen General nach der Bukowina, einen zweiten nach der Wallachei zurück, zersprengte die Romanen und eroberte Kronstadt. Nur gegen Hermannstadt richtete er nichts aus, da die Bürger mit dem Muth der Verzweiflung fochten. Die Väter bedienten die Geschütze und ihre Knaben trugen ihnen die Kugeln zu, die der

Feind in die Stadt schoß. Auf den Gang des Kriegs hatte dieser Heldenmuth keinen Einfluß, vielmehr zog Bem bei Stolzenburg, wohin er zurückgegangen war, Verstärkungen an sich und fügte Puchner eine Niederlage zu. Unter diesen Umständen hielten die österreichischen Befehlshaber sich berechtigt, die angebotene russische Hülfe anzunehmen.

Auf zwei Punkten rückten die Russen, 6000 Mann mit 20 Geschützen, in Siebenbürgen ein. Sie besetzten Hermannstadt und Kronstadt, das ihnen freiwillig geräumt wurde. Bem verfügte über 30,000 Mann, zu denen noch 15,000 Szeckler zu rechnen sind, die Russen und Oesterreicher etwa über die gleiche Zahl. Die ersten Zusammentreffen waren unbedeutend, die großen Schläge leitete das Gefecht an der Brücke von Piski ein (9. Februar). Der Kampf dauerte von acht Uhr Morgens bis zur sechsten Abendstunde und endete mit dem Rückzuge der Oesterreicher. Ebenso unglücklich stritten diese bei Alvintz und Schäßburg. Bem wendete sich darauf gegen Norden und fiel mit solcher Uebermacht auf die Generale Malkowski und Urban, daß beide in der Bukowina Rettung suchen mußten. Das russische Bessarabien gerieth in Alarm, denn Bem gab sich den Anschein, als wolle er in Galizien eindringen und dieses aufwiegeln. Während alle verwendbaren Truppen zur Abwehr dieser Gefahr herbeigezogen wurden, stand Bem plötzlich vor Hermannstadt. Die sehr zusammengeschmolzenen Russen leisteten keinen erheblichen Widerstand. Zu spät, um noch Hülfe leisten zu können, erschien Puchner vor der Stadt; diese war mit allen ihren Vorräthen bereits in den Händen des Feindes. Die kaiserliche Sache hatte damit den Todesstoß erhalten. Auch Puchner wich in die Wallachei zurück, wohin zwei seiner Generale ihm nach Niederlagen vorangegangen waren. In noch nicht zwei Monaten hatte Bem mit Ausnahme der Festung Karlsburg ganz Siebenbürgen erobert.

Siebenbürgen war nicht der einzige Punkt, dem man es an Verstärkungen fehlen ließ. Im Norden hatte Graf Schlick mit geringen Streitkräften — sieben Bataillonen, einer Kanonen- und einer Raketenbatterie, zusammen kaum 7000 Mann — ungemeine Erfolge errungen. In Pesth war einmal der Vorschlag gemacht worden, ihm mehr Truppen zu schicken, aber man hatte darauf geantwortet: „Schlick hat gut angefangen und wird gut enden." So war er ganz auf sich selbst gestellt, als drei feindliche Heere ihn wie mit einem eisernen Netze umgaben. Der Rückzug von Kaschau über die Akteleker Gebirge, durch den er sich bei Schneegestöber und Glatteis

aus der Schlinge zog, wird in der Kriegsgeschichte eine ruhmwürdige Stellung einnehmen.

Daß Schlick unvermuthet in Pesth erschien, gab Windisch-Grätz über den Kriegsmuth und die Tüchtigkeit seiner Gegner Aufschlüsse. Bis zu diesem Tage, vom 5. Januar bis zum 23. Januar, war er unthätig gewesen. Jetzt setzte er sich endlich in Bewegung. Bei Kapolna stieß er auf drei ungarische Heerkörper unter den Oberbefehlshabern Dembinski, Görgey und Klapka. Die Schlacht dauerte zwei Tage, und beide Theile schrieben sich den Sieg zu. Das Schlachtfeld behaupteten übrigens die Oesterreicher, und Dembinski lud durch einen Rückzug bis an die Theiß den Schein einer großen Niederlage auf sich. Ausgeglichen wurde diese Schlappe durch einen glücklichen Ueberfall bei Szolnok, durch den die beiden Brigaden Karger und Ottinger hart mitgenommen wurden.

Fürst Windisch-Grätz verlor die Feinde nach seinem Siege wieder aus dem Gesicht. Er belagerte Komorn, das seiner Verbindung mit Oesterreich auf der Donaustraße hinderlich war. Das abenteuerliche Unternehmen, die stärkste Festung des Landes mit einigen wenigen Batterien zur Uebergabe zu zwingen, erschien nach einem einmaligen Beschießungsversuche (19. März) seinem eigenen Urheber als hoffnungslos. Die Belagerung wurde daher zu einer engen Einschließung, auf daß der Hunger die Thore öffne. Inzwischen schlug das Wetter um, auf strengen Frost folgte Regen, das Land bedeckte sich mit Sümpfen und Lachen, die Wege wurden grundlos. Die schwere Reiterei der Kaiserlichen, ihr Geschütz und ihre Wagen blieben in dem aufgeweichten Boden stecken. Unter diesen Umständen, die für ihre leichteren Truppen ungemein günstig waren, schritten die Ungarn zu neuen und höchst kräftigen Angriffen. Eine Abtheilung der Kaiserlichen nach der andern wurde angegriffen und geschlagen, bis alle, von den Ungarn verfolgt, auf Pesth zurückgingen. Es waren die Truppen von Jablonowsky, Götz, Schlick und Jellachich, und Windisch-Grätz behielt sie bei sich, weil er einen Angriff auf die Hauptstadt erwartete. Er stellte seine Armee in einem weiten Bogen um Pesth auf und ließ sich acht Tage durch Scheinangriffe und Tausende von Wachtfeuern täuschen. Weil er hinter den Plänklerschwärmen und Husaren Aulich's einen festen Heerkern vermuthete, versäumte er die Sperrung der von Waitzen nach Komorn führenden Straße. Auf dieser eben umging Dembinski seinen verblendeten Gegner, vereinigte sich mit Görgey, sprengte eine österreichische

Abtheilung, ging auf einer Schiffbrücke über die Donau und schlug nach einander bei Waitzen Zsorich und Götz, bei Neuhäusel Jablonowsky und entsetzte Komorn.

In dieser Krisis wurde Fürst Windisch-Grätz vom Oberbefehl abgerufen. Er hatte zu viel verdorben, als daß sein Nachfolger Welden es hätte wieder gut machen können. Daß Pesth geräumt werden müsse, war zunächst außer Frage. In Ofen ließ das Heer, als es sich donauaufwärts zurückzog, den General Hentzi mit einer zur Vertheidigung ausreichenden Macht zurück. Unter unsäglichen Anstrengungen suchte Welden dem Heere wieder einen Halt zu geben. Ein ungünstiges Gefecht bei Komorn brach auch seine Kraft. Er gab die Einschließung der Festung auf, räumte Raab und zog sich in das oberste Ende der Insel Schütt zurück, nach Preßburg, wo er die von den Magyaren herrührenden Verschanzungen in Eile verstärkte und die zersprengten Abtheilungen um sich sammelte.

Schon im März hatte die österreichische Regierung an die russische die Bitte um militärische Beihülfe gestellt, welche auf die Besetzung Galiziens und der Bukowina beschränkt werden sollte. Nach der Räumung von fast ganz Oberungarn wurde die Bitte wiederholt und auf ein thätiges Einschreiten in Ungarn selbst ausgedehnt. Der Kaiser von Rußland gab auf der Stelle eine bejahende Antwort. Nur mit Bedauern, ließ er den fremden Höfen in einer Circulardepesche mittheilen, trete er aus der zuwartenden und passiven Stellung heraus, die er bis jetzt behauptet habe. Er glaube in seinem eigenen Interesse wie in dem der Ordnung und Ruhe von Europa zu handeln, wenn er seine polnischen Provinzen und die Länder an der untern Donau vor der Geißel der Revolutionspropaganda schütze. Durch die Gegenwart von polnischen Ausgewanderten, die im ungarischen Heere ganze Truppenkörper bildeten, sowie durch den Einfluß einzelner Polen, wie Bem und Dembinski, sei die ungarische Revolution die Grundlage eines in Polen vorbereiteten Aufstandes geworden. Von Krakau und Galizien solle derselbe nach den russischen Provinzen fortgepflanzt werden. Um dem zu begegnen, habe der Kaiser seinen Heeren Marschbefehl gegeben.

So schnell die russische Hülfe zugesagt wurde, so langsam wurde sie geleistet. Welden drängte und drängte, indem er in seinen Mahnungen vorstellte, daß der Feind bei längerem Zögern alle Gebirgspässe und die Waagübergänge, die man mit vielem Blut wieder erkaufen müsse, besetzen werde,

daß man dem in Ungarn viel verbreiteten Gerücht, eine in ihrem Rücken ausgebrochene Revolution hindere die Russen am Vorgehen, Nahrung verschaffe, daß endlich jeder Tag, der verstreiche, die so nothwendige Hülfe verzögere, auf welche die hartbedrängte Besatzung von Ofen gegründeten Anspruch habe. Trotz dieser Vorstellungen und der dringenden Unterstützung derselben von Wien aus verflossen neun Wochen und länger, ehe die Russen von den Grenzen Galiziens und der Bukowina den Kamm der Karpathen erreichten und abermals ein Monat, ehe sie bis in die Gegend von Waitzen vorrückten. Sie entschuldigten sich mit der Nothwendigkeit, aus ihrem Hauptheer — 135,000 Menschen und 48,000 Pferde — eine einzige unwiderstehliche Masse zu bilden, und damit, daß die österreichische Heerverpflegung den Unterhalt für diese Mengen nicht beschafft habe. In Dukla, dem Hauptmagazin, sei nur für zwei Tage Proviant und Futter vorhanden gewesen. *)

Die Lage der österreichischen Armee war in dieser Zeit eine solche, daß die Russen sich durch keine Rücksicht von der möglichsten Beschleunigung ihres Marsches hätten abhalten lassen sollen. Siebenbürgen war verloren und das mit seiner Vertheidigung beauftragte Heer in die Walachei hinausgedrängt. In Galizien und der Bukowina standen nicht mehr als 19,000 Mann mit 68 Geschützen, und die angeordnete Recrutirung wollte nicht vorwärts. In der Umgegend von Esseg verfügte der Ban von Kroatien über 20,000 Mann mit 54 Geschützen. General Vogel, der von Galizien aus das Hauptheer verstärken sollte, suchte noch am südlichen Abhange der Karpathen, von stärkeren Feinden umgeben, seinen Weg. Jenes österreichische Hauptheer vereinigte in der Umgegend von Preßburg, auf beiden Ufern der Donau, 42,000 Mann mit 180 Geschützen. In Wien waren sehr wenige Truppen, größtentheils neu ausgehoben, und die Bildung einer besondern Reserve in der Nähe der Stadt ging langsam vor sich. Die Ungarn hatten 137 Bataillone, 144 Schwadronen und 350 bespannte Geschütze, im Ganzen 190,000 Mann ohne

*) Bericht über die Kriegsoperationen der russischen Truppen gegen die ungarischen Rebellen im Jahr 1849. Nach officiellen Quellen zusammengestellt von H. v. N., kaiserlich russischem Obersten des Generalstabs. (Berlin, 1851.) — Der Feldzug in Ungarn und Siebenbürgen im Sommer des Jahres 1849. (Pesth, 1851. Eine amtliche Darstellung, deren Verfasser der österreichische Oberst von Ramming ist.) Mit diesen beiden Werken wurden verglichen Haynau's Leben, von Schönhals die Denkwürdigkeiten Welden's, Görgey's und Klapka's, Horn's Arthur Görgey u. A. m.

das allgemeine Aufgebot. Von diesen Truppen befanden sich 50,000 Mann unter Görgey an der obern Donau, 18,000 unter Klapka in der Gegend von Neusohl und Rosenburg, 20,000 unter Dembinski bei Leutschau, 15,000 unter Damianitsch bei Kaschau, 30,000 unter Bem im Banat, 20,000 unter Perczel bei Sanbor. Das Fußvolk enthielt viele neuausgehobene Leute, die Reiterei bestand größtentheils aus alten Soldaten, war sehr beweglich und kühn, die Artilleristen bedienten ihre Geschütze vortrefflich.

Es war für die Ungarn nicht schwer, so viele Truppen zu vereinigen, daß das österreichische Hauptheer in seiner keineswegs starken Stellung bei Preßburg erliegen mußte. Den Raum von Preßburg bis Wien hätten die Sieger in zwei Tagesmärschen zurücklegen können. Die österreichische Regierung, für welche die gereizte Stimmung der Vorstädte kein Geheimniß war, schwebte in großer Besorgniß. Sowohl von Preßburg als von Wien wurden dem Fürsten Paskewitsch die dringendsten Vorstellungen gemacht, und mehrere österreichische Generale eilten persönlich nach Warschau, um den Marsch zu beschleunigen. Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg erklärte offen: Wien befinde sich in der größten Gefahr, und die Einnahme durch die Rebellen könne für die ganze österreichische Monarchie ein grenzenloses Elend zur Folge haben. Trotzdem ließ der russische Oberfeldherr das Marschtempo kein lebhafteres werden. Alles, was er that, bestand im Vorausschicken von 13,000 Mann unter General Paniutin. Die österreichische Regierung hatte 25,000 Mann als durchaus erforderlich bezeichnet. Weshalb Paskewitsch die Hälfte zurückbehielt, ist in seiner amtlichen Darstellung nicht erklärt worden.

Bei den Magyaren wurde der Plan eines Vordringens auf Wien erwogen. Der Schritt mußte unermeßliche Folgen haben. Nicht nur, daß ein Wiederaufflackern der Revolutionsflammen in den deutschen Provinzen unzweifelhaft war, hatten die Tschechen sich abermals zur äußersten Linken geschlagen. Einer ihrer einflußreichsten Führer bot den Ungarn ein Bündniß an und wollte ein großslawisches Reich, Böhmen, Mähren und Schlesien umfassend, an ihren neuen Staat anlehnen. Görgey zögerte mit dem vielleicht Alles entscheidenden Marsche nach Wien und ließ ihn endlich fallen. Er berief sich auf die Schwäche der Bataillone, die um die Hälfte zusammengeschmolzen waren, auf den Mangel an Schießbedarf, auf die Nachtheile, welche die Anwesenheit von 6000 Feinden in Ofen, der Hauptstadt gegenüber, habe. Die Polen waren auf seiner Seite, denn sie hatten den Plan,

in Galizien einzufallen und ganz Polen in Flammen zu setzen. Auch der abenteuerliche Gedanke, über Fiume nach Italien zu gehen und den Piemontesen Hülfe zu bringen, hatte seine Vertreter.

Görgey wendete sich also rückwärts, gegen Ofen. Er wußte, daß die Einnahme jener Festung in den Augen der tapfern und an ihren Ueberlieferungen hängenden Ungarn glänzender als jede andere erscheinen würde. Außerdem fand er dort die Vorräthe, welche er brauchte, in Masse aufgehäuft. General Hentzi hatte die Widerstandskraft des Platzes außerordentlich vermehrt. Die Klöster waren zu Citadellen, jede zusammenhängende Häuserreihe zu einer Schanze geworden. Görgey erbaute seine Batterien auf den nahen Gebirgshöhen, welche Ofen beherrschen. Vom 4. Mai an wurde über und unter der Erde gekämpft, am 20. gestürmt. Eine springende Mine, von der der Hauptwall in zitternder, wellenförmiger Bewegung in die Höhe gehoben wurde, gab den harrenden Colonnen das Zeichen. Sie warfen sich auf den geöffneten Punkt, andere Massen drangen nach. Die Belagerten kämpften mit Löwenmuth. Als der Hauptwall verloren war, vertheidigten sie sich von Haus zu Haus. Man focht in den Höfen, in den Zimmern Mann gegen Mann, jede Treppe, jede Kammer, jedes Dach kostete mehrere Menschenleben. Die Belagernden wurden fortwährend verstärkt, bei den Belagerten trat Niemand an die Stelle der Todten, und so erlagen sie. Hentzi fiel, was von seinen Truppen nicht niedergemacht wurde, gerieth in Gefangenschaft.

In den kostbaren Wochen, die Görgey an die Einnahme von Ofen verwendete, änderte sich in Oberungarn Alles. Indem man, was an Truppen irgend entbehrlich war, nach Preßburg schickte, verschaffte man dem Hauptheer die Ueberzahl über die Feinde. Nach Paniutin's Eintreffen verfügte der Oberfeldherr Haynau über mehr als 80,000 Mann. In den letzten Maitagen hatten die Russen ihre ungeheuren Rüstungen beendet. Paskewitsch hatte nun die Karpathenpässe erreicht, wo auch der Kaiser sich einfand, um die Truppen durch seine Anwesenheit zu begeistern und sein Auge an den Massen zu ergötzen, die sein Wort in Bewegung setzte. Der Feldzugsplan der Verbündeten war mit großer Umsicht entworfen. Die feste Burg der Ungarn war das Gebiet, welches die Theiß durchströmt. In diesen Pußtengeländen, vor denen auf drei Seiten tiefe und von Sümpfen eingefaßte Stromlinien liegen, wohnt der Kern der Magyaren, und aus diesen

zum Theil unwirthbaren, zum Theil äußerst fruchtbaren Ebenen schöpften die Ungarn für ihr Heer. Gegen diesen strategischen Mittelpunkt vorzudringen und die Steppen zu besetzen oder wenigstens die Zugänge zu ihnen zu verschließen, wurde den vier großen Heerkörpern der Verbündeten als Aufgabe gestellt. Während sie gegen die Mitte des Landes, scheinbar mit der Hauptrichtung gegen Pesth, vorgingen, sollten Grotenhelm, Lüders und Clam-Gallas Siebenbürgen besetzen und den Ungarn den letzten Zufluchtsort verschließen.

Die Waffen ruhten, von unnützen Plänkeleien abgesehen, länger als einen Monat. Die Ungarn ließen ihren Feinden Zeit, rings an den Grenzen ihre Stellungen zu nehmen, weil sie unter einander uneinig waren. Die Hauptschuld lag an Kossuth und an dem Reichstage. „Kossuth war kein Kriegsmann. Er verstand wohl wie Keiner, die Kräfte der Nation zu wecken, begnügte sich jedoch mit dem Geräusch, ohne den Massen Verwendung und eine geregelte Form geben zu können. Die Hauptsache jedoch bestand darin, daß er stets die eigene Kraft überschätzte und die des Feindes nicht hinreichend würdigte." (Klapka.) Nicht genug, daß er seine Mitkämpfer kühl behandelte, ließ er gegen den fähigsten von allen, gegen Görgey, Intriguen und Verhetzungen aller Art zu, oder leitete sie selbst ein. War er entweder zu kurzsichtig, um richtig zu würdigen, welche geniale Kraft der Oberbefehl fordere, oder ertrug er aus Eifersucht auf sein bürgerliches Ansehen nicht einmal die Möglichkeit einer militärischen Dictatur, genug, er bestimmte in der Regel Talente zweiten Ranges für die erste Stelle. In den allerkritischsten Momenten, in denen es sich um die ganze Zukunft handelte, suchte er Görgey, der dadurch natürlich tödtlich beleidigt wurde, zu beseitigen, und legte die Entscheidung in die Hände Dembinski's, der durch sein brutales Benehmen, durch sein sybaritisches Leben und durch seine verkehrten Anordnungen nach der Schlacht von Kapolna die Achtung des Heeres verscherzt hatte. Er bevorzugte die Polen, weil er meinte, Fremde würden ihn und den Reichstag viel weniger mit lästiger Kritik behelligen, als einheimische Generale. Dadurch entfremdete er sich die Armee, mit Ausnahme Nagy Sandor's und Perczel's, welche Görgey wegen seines Eigenwillens grollten. *)

---

*) Der Kampf in Ungarn wurde für die magyarische Nationalität geführt, aber nicht einer der bedeutenden Feldherren war ein Magyar. Die zu diesem Volksstamm gehörten – Meßaros, Moriz Perczel, Nagy Sandor, Török und Kiß — hatten wenig Ruf und spielten zum Theil eine unglückliche Rolle. Görgey war ein Deutschungar aus der Zips,

Der Reichstag würdigte sich zum Werkzeug eines Einzelnen herab. Die Achse, um die er sich drehte, war Kossuth. Statt die Kräfte der Nation zu wecken und statt sich zu der selbständigen Würde einer Reichsversammlung zu erheben, trieb er das Intriguenspiel, das ihm eingeflüstert wurde, verlor seine Zeit mit unnützen Gesetzen und hing sich als Hemmschuh an die Generale, die nur durch entschiedene Kraft und vollkommen freie Bewegung das Land zu retten vermochten. Besonders unheilvoll wurde ein Beschluß, den er faßte, als die gegen Windisch=Grätz und Welden erfochtenen Erfolge die Brust Kossuth's mit übermüthigen Hoffnungen erfüllt hatten. In jener Zeit, am 14. April 1849, erklärte er die Unabhängigkeit, Freiheit und Territorial=Integrität Ungarns, mit andern Worten die Thronentsetzung des Hauses Habsburg und die Republik. Sehr viele Officiere würden nach diesem Beschlusse das Heer verlassen haben, wenn die Sitte das Ausscheiden vor dem Feinde nicht als Feigheit brandmarkte. Ihr Eifer erlahmte, und zu den bereits vorhandenen Spaltungen kam eine neue.

Fürst Paskewitsch begegnete bei seinem Vorrücken auf der Straße von Eperies fast keinem Widerstande. Die Ungarn wichen so schnell zurück, daß ein großer Theil ihrer Truppen — nach russischen Berichten 8000 Mann — den Muth verlor und aus einander lief. Aber auch die Russen wurden, wie dieselben amtlichen Quellen uns mittheilen, mißmuthig. „Es wäre thöricht gewesen," fährt der russische Geschichtsschreiber des Kriegs fort, „Leute zu verfolgen, die entschieden jedem Kampfe auswichen." In Gemäßheit der früheren Verabredungen hätte Paskewitsch gegen Pesth vorrücken sollen — eine entscheidende Bewegung, die ihn in den Rücken des Feindes gebracht haben würde. Statt dessen ließ er den einen Flügel seines Heeres in Mikolcz, den andern bei Tokay, wo ein Theißübergang ist, Halt machen und erwartete das Nachkommen von Lebensmitteln aus Galizien. In dieser Stellung sah er bis gegen das Ende des Kriegs den Ereignissen unthätig zu.

Görgey und Klapka hatten Komorn zum Stützpunkt. Mehrere Meilen von der Einmündung der Waag und der fast gleichlaufenden Neutra verflacht sich das Gebiet beider Flüsse in eine unübersehbare Niederung, welche, durch

---

Klapka und Damjanich Serben oder Walachen, Leiningen, Vetter, Pöltenberg, Aschermann, Lahner, Aulich, Schweidel, Bayer Deutsche, Bem, Wysozki und Dembinski Polen, Asboth und Guyon Engländer, Kossuth selbst ein Slowak.

schwache Dämme gegen die häufigen Ueberschwemmungen unzureichend geschützt, überall mit Sümpfen und todten Gewässern bedeckt und nur im Hochsommer und bei sehr trockener Jahreszeit vollkommen gangbar ist. Durch diese Sümpfe führte Görgey in der Mitte des Juni seine Truppen zum Angriff auf einen weit stärkeren und in der günstigsten Stellung auf dem rechten Ufer der Waag stehenden Feind. Bei Zsigard geschlagen (16. Juni), brach er in demselben Gebiet noch zweimal vor und verlor zwei neue Schlachten bei Pered und Ascod (20. und 21. Juni). Haynau erkannte den Augenblick für günstig, den Vormarsch zu beginnen, führte seine Truppen nach Preßburg zurück, ließ sie dort über die Donau setzen und rückte gegen Raab vor. Hier hätten die Ungarn 40,000 Mann stark stehen können. Görgey war aber nach den erhaltenen Schlappen wie rathlos, und Pöltenberg, mit 9000 Mann in Raab gegen das ganze östereichische Heer allein gelassen, wurde über den Haufen geworfen.

Görgey war die Weisung zugekommen, Komorn zu verlassen, um mit Wysozky vereinigt den Russen die Spitze zu bieten, und er hatte Gehorsam versprochen. Er änderte indessen seinen Entschluß, weil seinem verschanzten Lager ein Angriff drohe und seine Ehre ihm nicht erlaube, dem Feinde in einem solchen Augenblicke den Rücken zu bieten. Der Angriff erfolgte wirklich und wurde abgeschlagen (2. Juli). Nach seinem halben Siege änderte Görgey seinen Plan zum zweiten Male und wollte nun die Oesterreicher auf dem rechten Donauufer durchbrechen. In einem fürchterlichen Kampfe wurde um diesen Erfolg gerungen, aber so vergebens wie in den vorangegangenen Schlachten (4. Juli). Nach den vielen fruchtlosen Gefechten an der obern Donau blieb den Ungarn nur die Alternative, sich in Komorn einschließen zu lassen oder auf dem linken Donauufer den Rückzug anzutreten. Görgey entschied für das letztere, und ein Kriegsrath seiner Officiere gab ihm Recht. Mit einigen Gewaltmärschen hoffte man dem großen russischen Heer den Vorsprung abzugewinnen.

Am 14. Juli bewegte er sich mit 24,000 Mann, lauter Kerntruppen, am linken Donauufer abwärts. Komorn blieb von 18,000 Mann, durchschnittlich ungeübten Honveds, unter Klapka besetzt. Es schien, als ob Görgey auf dem graden Wege, zwischen Pesth und Hatvan, vorgehen wolle, in welchem Falle er mitten zwischen 60,000 Russen und ebenso viele Oesterreicher gerathen sein würde. Auch daß er in Waitzen erschien, dort Befestigungen

anlegte und einige errungene Vortheile bis Gödöllö verfolgte, wurde auf einen solchen Plan gedeutet. Paskewitsch nahm sich volle Zeit, seine Truppen für die Einschließung des Feindes zu vertheilen. Als er seine Aufstellungen zu Stande gebracht hatte und zur That schreiten wollte, war hinter den ungarischen Vorpostenketten, die auf flüchtigen Pferden das Weite suchten, kein Feind zu sehen. Görgey hatte zwei Tage früher (16. Juli) den Weg nach dem Eypelthale eingeschlagen, einem Karpatheneinschnitt parallel mit der Straße von Miskolcz nach Pesth. Er marschirte zwischen Paskewitsch, in dessen Rücken er diese kühne Bewegung ausführte, und einer schwächern Abtheilung unter Grabbe. Am 19. erreichte er die Stelle, wo das Eypelthal bei Losoncz ausmündet, und der Weg nach dem innern Ungarn lag nun frei vor ihm da.

Haynau hatte dem Fürsten Paskewitsch angezeigt, daß er, falls Görgey am linken Donauufer abziehe, eine Abtheilung vor Komorn stehen lassen und mit allen übrigen Truppen zur Verfolgung des Feindes auf das linke Donauufer übergehen werde. Diese Anzeige wurde am 10. Juli gemacht, und am 11. wurde Görgey bei dem Versuche, sich durch das österreichische Hauptheer durchzuschlagen, entscheidend geworfen, am 12. besetzten Haynau's Vortruppen Ofen, am 13. Pesth, und die kürzeste Operationslinie über Pesth in die Theißebenen wurde dadurch ohne Kampf eröffnet. Diese Linie ohne Verzug einzuschlagen, wurde der österreichische Feldherr durch die triftigsten Gründe veranlaßt. Die ungarische Regierung war nach Szegedin übergesiedelt, wo alle Streitkräfte des südlichen Ungarns sich zusammenzogen und ein großes verschanztes Lager im Entstehen war. Bei Czegled stand Perczel mit einer neugebildeten Reserve von 27,000 Mann und bedrohte sowohl das russische Heer in seiner linken Flanke als auch die Stadt Pesth. Die Südarmee unter dem Ban war ferner, durch Krankheiten geschwächt, in der letzten Zeit so energisch angegriffen worden, daß ihr eine völlige Vernichtung drohte. Endlich war Arad vor Kurzem in die Hände der Magyaren gefallen, und von Temeswar, dem letzten Bollwerk der Monarchie in Südungarn, hörte man am 13. Juli, daß es sich nicht lange mehr behaupten könne.

Haynau sagte sich, daß der Schwerpunkt der feindlichen Macht in den Süden verlegt sei, und daß Görgey keinen andern Zweck habe, als sich mit den dortigen Streitkräften zu vereinigen. Er kam ihm zuvor, ließ 36,000 Mann vor Komorn und brach mit 46,000 Mann und 284 Geschützen gegen

die Theiß auf. Die Feinde waren ihm weit überlegen, und die Entfernung, die er zurückzulegen hatte, betrug fünfzig deutsche Meilen. Er entfernte sich von den Russen vollständig und setzte wenigstens sie dadurch keiner Gefahr aus, da Paskewitsch's Massen von den 24,000 Mann unter Görgey wohl kaum Etwas zu fürchten hatten. Ehe er sein Lager verließ, theilte er dem russischen Feldherrn sein Vorhaben mit und belehrte ihn zugleich über den Weg, den Görgey nothwendigerweise einschlagen müsse.

Haynau verließ Pesth, wo er am 19. eingetroffen war, am 24. Juli. Mit seltener Kühnheit, aber auch mit innerer ruhiger Ueberzeugung vom Siege versenkte er sich in die unermeßlichen Ebenen, die vor ihm lagen. Eine Straße konnte er mit Ausnahme einer kleinen Strecke bei Pesth nicht benutzen, sonst führte ihn sein Weg überall durch einen tiefen feinen Sand, der die Räder bis über die Hälfte der Felgen einsinken läßt und für Fußgänger und Pferde ausnehmend beschwerlich ist. An den Rastorten fand sich wenig Wasser, und dieses war kaum trinkbar. Schwerfällig bewegte sich der Zug unter der brennenden Sonne durch Staubwolken über die baumlose Ebene hin. Perczel wich dem Stoße aus, den Theißübergang bei Szegedin machten die Ungarn dagegen streitig. Während ihre Batterien von den kaiserlichen Geschützen zum Schweigen gebracht wurden, gingen Truppenabtheilungen oberhalb Szegedin über die Theiß und machten das Ufer so weit frei, daß eine Brücke geschlagen und jenseits ein Brückenkopf errichtet werden konnte. Die Ungarn hatten die Vortheile ihrer Stellung verloren und erhielten sie trotz der heftigsten Angriffe nicht wieder (3. August). Sie zogen sich zurück, jedoch nur, um zwei Tage später bei Szörög eine neue Schlacht anzubieten. Ihr linker Flügel stützte sich auf zwei Dörfer, ihre Mitte wurde durch Dämme und Schanzen stark gemacht, ihr rechter Flügel lehnte sich an einen Wald. Haynau griff ihre ganze Linie mit einem Male an. Ihr linker Flügel behauptete sich, da die Kaiserlichen auf unerwartete Hindernisse stießen, aber ihre Rechte wurde stark erschüttert, und da alle Dämme und Schanzen verloren gingen, so unterlagen die Ungarn nochmals.

Hinter Szörög betraten die Oesterreicher einen Boden fetter Dammerde, in dem der Mais und die Melone gedeihen. Diese fruchtbare Gegend bereitete ihnen neue Beschwerden. Der Regen goß in Strömen herab. Auf dem Marsche sanken Menschen und Thiere in den Koth ein, und Nachts mußten sie auf der breiartigen Erde ausruhen. Die feindlichen Streitkräfte

hatten sich alle nach Temeswar gezogen. Hinter einem Bache, der an vielen Stellen von Sümpfen eingefaßt wird, und hinter dichten Waldungen aufgestellt und 60,000 Mann mit mehr als 100 Geschützen stark, suchten sie den Entsatz von Temeswar zu hindern. Diese letzte Schlacht des Kriegs war ein Geschützkampf, den Reiterei unterstützte. Die Ungarn schlugen sich nicht mit der Kraft, die ihnen bisher eigen gewesen war. Von der Besatzung der Festung im Rücken und von Haynau's Reserve in der Flanke bedroht, fürchteten sie zwischen zwei Feuer zu gerathen und brachen das Gefecht ab. Noch an demselben Abend eilte Haynau nach Temeswar, um der befreiten Besatzung persönlich Glück zu wünschen. Diese Befreiung kam zur rechten Zeit. Seit vierzehn Tagen fehlte das Fleisch, Cholera und Typus hatten die Menschen gezehntet, und an dem Hauptangriffspunkte war eine fast gangbare Bresche gelegt worden.

An jenem Abend in Temeswar wußte Haynau noch nicht, daß sein Sieg die letzte Entscheidung gegeben hatte. Er war auf einen neuen und harten Kampf um Arad gefaßt, während die dort versammelten Führer der Ungarn nach einem Ausweg aus ihrer Noth suchten und sich gestanden, daß es keinen gebe.

Ihre Lage war in der That eine hoffnungslose. Von einem Rückzug nach Siebenbürgen konnte keine Rede sein, denn dieses Gebirgsland war für sie verloren. An den mächtigen Heersäulen der Russen waren alle Kriegslisten Bem's abgeprallt, wie eine Kinderwaffe an einem Stahlpanzer. Sein altes Spiel, rasch von einem Thal in's andere überzugehen, nützte ihm nichts mehr, seit seine Feinde zahlreich genug waren, die wichtigsten Thäler alle zugleich zu besetzen. Er verlor Hermannstadt und Kronstadt, wurde in den Schlachten von Szaß-Regen und Schäßbach geschlagen und sah seine Truppen furchtbar zusammenschmelzen. Man hatte ihn bei Temeswar mit einem Hülfsheer erwartet, aber er war fast allein, mit wenigen Officieren, gekommen.

Unter den in Arad berathenden Generalen befand sich auch Görgey. Sein Feind Kossuth gestand ihm, daß das prächtige Heer, das er zu verstärken bestimmt war, noch aus 6000 Mann bestand. Die Uebrigen, größtentheils Neuausgehobene, waren versprengt worden oder hatten sich verlaufen. Die verfolgenden Oesterreicher zogen sie hundertweise aus dem hohen Mais hervor. Görgey erklärte nach dieser Eröffnung Kossuth's, daß durch den Untergang des Heeres unter Bem und Dembinski die letzte Wahrscheinlichkeit

eines erfolgreichen Kampfes gegen die Oesterreicher vernichtet sei. Die Russen, in die auf einmal ein ungewohntes Leben gekommen war, folgten Görgey auf dem Fuße, und vor sich hatte er Haynau's siegreiches Heer. Schon den Angriffen der Vortruppen unter Schlick hielten die Ungarn nicht mehr Stand; welche Haltung ließ sich da von ihnen in einer Schlacht erwarten.

Görgey hat in seinen Denkwürdigkeiten den Beweis geführt, daß Kossuth seine Augen gegen die Hoffnungslosigkeit der Lage nicht verschloß. Er legte seine Dictatur in Görgey's Hände, und dieser bereitete in Aufrufen die Nation auf das Kommende vor. Unverzüglich unterhandelte er mit den russischen Generalen über die Waffenstreckung seiner Armee. Wir wissen nicht, ob und welche Bedingungen er stellte; er selbst hat erklärt, daß er von den Russen gar keine Zusage erhalten und nicht einmal gehofft habe, daß Rußland die Vermittlerrolle bei dem Kaiser von Oesterreich übernehmen werde. In den Frühstunden des 13. August nahmen seine Soldaten noch einmal die Waffen auf, um sie für immer niederzulegen. General Rüdiger hatte seine Armee vor Vilagos eine lange Front bilden lassen, vor der die Ungarn aufmarschirten. Görgey selbst führte neun Husarenregimenter vor, Nagy Sandor zweiunddreißig Bataillone Fußvolk, Pöltenberg übergab hundertundzwanzig Geschütze. Es mögen im Ganzen 30,000 Mann gewesen sein, welche die Waffen streckten. Paskewitsch berichtete an seinen Kaiser: „Ungarn liegt zu den Füßen Ew. kaiserlichen Majestät!" aber weit mehr entsprach der Wahrheit, was Haynau nach Wien schrieb: „Die österreichische Armee jubelt, daß sie es ist, welche den Feind in sechs Schlachten besiegt und nun auch die Unterwerfung des Görgey'schen Corps bewirkt hat."

Die Heerführer der Ungarn ahmten das von Görgey gegebene Beispiel nach. Bis auf ganz wenige ergaben sie sich nicht den Oesterreichern, sondern den Russen, ja einige machten weite Märsche oder lieferten noch Gefechte, um eine Gegend zu erreichen, wo ein russischer General stand, dem sie ihre Waffen anbieten konnten. Die Truppenkörper, welche sich den Oesterreichern ergaben, waren lauter kleine versprengte Abtheilungen. Bem, Guyon, Dembinski, Kossuth, Messaros, Szemere gingen bei Altorsova über die Donau und retteten sich auf türkisches Gebiet. Die polnische Legion und andere stark bloßgestellte Truppentheile begleiteten die Führer in die Fremde. Die Türkei erhielt so zwischen 5000 und 6000 Gäste, deren Vertheilung im Innern fast endlose diplomatische Verhandlungen hervorrief.

Arad ergab sich von allen Festungen zuerst, Komorn zuletzt. Hier hatten die Ungarn am 3. August und in den folgenden Tagen noch einmal glücklich gefochten. Ein gut ausgeführter Ausfall Klapka's sprengte nicht bloß die Cernirungslinie, sondern verschaffte den Ungarn selbst die Stellungen wieder, in denen Görgey vor Haynau's Ausmarsch gestanden hatte. Von eigentlicher Bedeutung war indessen dieses Waffenglück nicht, da General Csorich binnen Kurzem durch Verstärkungen in den Stand gesetzt wurde, Klapka in seine Mauern zurückzutreiben. Nach der Katastrophe von Vilagos wurde der Letztere von Görgey selbst aufgefordert, den hoffnungslosen Kampf nicht fortzusetzen. Am 29. September übergab er seine nie bezwungene Festung unter der Bedingung, daß die strafbarsten Officiere auswandern dürften, die andern amnestirt würden.

Der Trotz der Ungarn, nicht den Oesterreichern, ihren Besiegern und den Soldaten ihres Monarchen, sondern den Russen sich zu ergeben, hatte für sie und ihr Land furchtbare Folgen. Ein Haß, der sogar den Untergang der ungarischen Sache überdauerte, mußte wohl ein so unversöhnlicher sein, daß er durch eine großmüthige Verzeihung nicht entwaffnet werden konnte. Ueberdies scheint es gewiß zu sein, daß die Ungarn, als sie sich den Russen ergaben, politische Zwecke hatten. Zu heißblütig, um richtige Erwägungen anstellen zu können, nährten sie den Wahn, daß der Verbündete ihres Kaisers über ihre Ansprüche auf Selbständigkeit und Freiheit einen schiedsrichterlichen Ausspruch thun würde. Die Soldaten glaubten, daß Paskewitsch sie auf der Stelle gegen die Oesterreicher führen werde, die Officiere, daß das Ansehen Rußlands ihnen mindestens ihre alte Verfassung retten werde.

Dieser Trotz und diese Verblendung bewirkten, daß der Kaiser das eingelegte russische Fürwort nicht beachtete. Die Generale, welche sich seinen Truppen ergeben hatten, wurden fast alle begnadigt, die andern hingerichtet. Der Tag, an dem sie endeten, war der 6. October 1849. Dieser Jahrestag des Wiener Aufstandes, von dem man annahm, daß ungarische Hetzereien und ungarisches Geld ihn angestiftet hätten, war in Pesth und Arad der Todestag für Ludwig Batthyanyi und Csanyi, Kiß, Vecsey, Aulich, Török, Lahner, Schweidel, Pöltenberg, Nagy Sandor, Knezig, Leiningen, Desewffy, Lazar und Damjanich.

Man hat in Ungarns Niederlage den Untergang eines freien Volks gesehen. In gleicher Weise ist die Besiegung der Polen von 1831 beurtheilt

worden. Was hier wie dort unterging, war ein mittelalterlicher Adelsstaat. Ein solcher Staat kann bei einem ritterlichen und liebenswürdigen Volke wie die Ungarn den Anstrich des Romantischen haben, aber die Aufgaben, welche unsrer Zeit gestellt sind, kann er nicht lösen. Unsre Zeit verlangt staatliche Verfassungen, welche vernünftige allgemeine Satzungen über die Willkür des Einzelnen stellen, Verwaltungen, deren Räderwerk durch festes und genaues Ineinandergreifen in das geistige wie in das materielle Leben Ordnung und Sicherheit bringt, und Völker, die sich in die Arbeit des Lebens so theilen, daß jeder Stand zum Gedeihen des Ganzen mithilft. Einen solchen Staat bildeten die Ungarn nicht und machten in ihrer Revolution nicht einmal den Versuch, zu dem Standpunkt der Zeit durchzudringen. Sie befriedigten ihren Nationalstolz, nichts weiter. Erst als das Verhängniß über ihren Häuptern schwebte, erst als Ramberg und Haynau Szegedin bis auf einige Tagemärsche nahe gekommen waren, erst da bequemten sich die im Reichstage vereinigten geistigen Führer der Magyaren, die gleiche Berechtigung der neben ihnen wohnenden Volksstämme anzuerkennen. Die Sitzung, in der dies geschah (24. Juli), war die letzte, und der von Szemere beantragte Beschluß hätte der erste von allen sein sollen.

In der äußern Politik entwickelten sich durch den Aufstand der Ungarn Verhältnisse ganz eigenthümlicher Art. Daß Oesterreich mit dem türkischen Nachbar wegen der ungarischen Flüchtlinge gespannt wurde, war als vorübergehende Situation viel weniger wichtig als das Verhältniß zu Rußland, das sich in Folge der russischen Beihülfe herausgebildet hatte. Da Kaiser Nikolaus sich immer als die unbesiegliche Reserve des conservativen Europa's betrachtete, so wollte er jetzt den österreichischen Kaiserstaat gerettet und diese ungemeine That in der großmüthigsten Weise, sogar ohne irgend eine Kostenentschädigung, verrichtet haben. Sein Ton wurde der, welchen der mächtige Beschützer gegen den schwachen Schützling annimmt. Die Hülfe, wie sie thatsächlich geleistet wurde, rechtfertigte diese Auffassung durchaus nicht. Weder war die russische Intervention eine uneigennützige, noch rettete sie den Kaiserstaat. Davon zu schweigen, daß eine längere Dauer des Aufstandes die Flammen der Revolution in mehrere russische Provinzen geschleudert haben würde, und daß der Kaiser selbst diese Gefahr eingestanden und als Beweggrund seines Einschreitens genannt hatte, machte er sich durch einen Vertrag über eine mehrjährige Lieferung von Salz aus Wieliczka zu den niedrigsten

Preisen voll bezahlt. Was die angebliche Rettung Oesterreichs betrifft, so beschränkt sie sich auf die Ermöglichung einer schnelleren Besiegung des Aufstandes. Die österreichischen Truppen würden nicht überhaupt nicht gesiegt, sondern nicht so schnell gesiegt haben. Es ist gewiß, daß das Erscheinen der russischen Massen auf den Höhen der Karpathen in Ungarn einen mächtigen Eindruck machte, so sehr die Magyaren sich auch den Anschein gaben, als spotteten sie über die bleichen und ausgehungerten Leute in den weiten grauen Mänteln. Es ist ferner richtig, daß Haynau mit seinem kühnen Vorgehen an die Theiß Anstand genommen haben würde, wenn er nicht gewußt hätte, daß bei Tokay und Hatvan eine Reserve stehe, die ihn nach einer verlornen Schlacht aufnehmen werde. Den Namen von Rettern durften die Russen sich wegen ihres passiven Beistandes nicht geben, und zwar um so weniger, als aus ihrer Strategie hervorleuchtete, daß eine Niederlage Haynau's ihnen erwünscht gewesen sein würde, weil dann sie die geschwächten Ungarn besiegt und spielend ein Resultat gewonnen hätten, das den Oesterreichern unerreichbar gewesen wäre.

Die Geringfügigkeit der russischen Verluste durch den Feind ist der beste Beweis, wie wenig sie leisteten. Sie waren 191,567 Mann mit 59,929 Pferden stark und hatten in allen Gefechten Ungarns und Siebenbürgens 543 Todte und 1070 Verwundete, während ihnen die Cholera 7819 und andere Krankheiten 3209 Menschen tödteten.

Achtes Kapitel.

Die Verfassungsberathungen der Paulskirche. — Der König von Preußen wird zum deutschen Kaiser gewählt und lehnt ab. — Anerkennung der Verfassung durch Würtemberg und achtundzwanzig kleinere Staaten. — Der Dresdener Maiaufstand. — Die Pfalz und Baden republikanisch organisirt. — Auflösung des Parlaments. — Das Rumpfparlament wird in Stuttgart gesprengt. — Preußens Sieg über die Revolution in Baden und der Pfalz.

Die Zeit, welche die deutsche Nationalversammlung den Grundrechten gewidmet hatte, war nicht wieder einzubringen. In nutzlosen Berathungen hatte man die Gunst des Augenblicks verscherzt, und als man endlich in der hundertsten Sitzung (19. October) die Berathungen begann, da hatten sich alle Verhältnisse in einer für das Parlament nachtheiligen Weise verändert. Man hatte die Massen nicht mehr hinter sich, denn sie waren gleichgültig oder feindlich, in den Mittelstaaten regte sich der Sondergeist, unterstützt von der Demokratie, in Wien war Revolution und über Berlin schwebte eine Entscheidung, welche die Gemüther ausschließlich in Anspruch nahm. In den nächsten Tagen folgten sich die Ereignisse mit einer solchen Schnelligkeit, daß die Berathungen der Paulskirche wie jene Reden dastanden, welche der Chor der griechischen Tragödie den entscheidenden Handlungen der Hauptpersonen nachsendet. Kaum war der blutige Kampf um Wien beendet, so marschirte Wrangel in Berlin ein. Der 9. November war für das Parlament der böseste dieser bösen Tage. An diesem Tage wurde Robert Blum, eines seiner Mitglieder, in Wien erschossen, an diesem Tage die Berliner Nationalversamm=

lung nach Brandenburg verlegt. Jene Vollstreckung eines standrechtlichen Todesurtheils gegen einen unverletzlichen Abgeordneten war eine unumwundene Nichtanerkennung des Parlaments, während die Sprengung der preußischen Versammlung ein offener Bruch mit dem Princip war, das auch die staatsrechtliche Existenz des Parlaments stützte.

Die Frankfurter Staatsmänner fühlten ihre Ohnmacht. Um wenigstens den Schein zu retten, schickten sie Bevollmächtigte nach Wien und Berlin, „welche das Ansehen der Centralgewalt zur vollen Geltung bringen sollten." Als sie wiederkamen, konnten sie Nichts berichten, als daß man hier wie dort ihre Vermittlung zurückgewiesen habe und sowohl in Wien als in Berlin zum äußersten Kampf gegen die Bewegung entschlossen sei. Das Parlament erfuhr in derselben Zeit eine neue Nichtbeachtung seiner Gesetze. Die so lange erwogenen Grundrechte wurden weder in Oesterreich noch in Preußen, weder in Baiern noch in Hannover von den Regierungen in den Amtsblättern veröffentlicht.

Die großen Rechte, welche das Parlament in den einzelnen Bestimmungen über die Verfassung der Centralgewalt beilegte, verstimmten die Regierungen. Sie glaubten mediatisirt zu werden. Der Centralgewalt war die diplomatische Vertretung im Auslande, die Abschließung von Verträgen staatsrechtlichen Charakters, das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, die Leitung der zu schaffenden Seemacht und die Verfügung über sämmtliche deutsche Heere vorbehalten. Nur sie sollte Gesetze über das Zollwesen, die Posten, die Münzen und Banken, die Flüsse und Eisenbahnen erlassen können. Auf der andern Seite war den Einzelstaaten eine doppelte Vertretung bei der Centralgewalt zugedacht. Ein Reichsrath, aus ihren Bevollmächtigten bestehend, hatte nach dem Verfassungsentwurf alle Gesetze zu begutachten, ehe sie dem Reichstag vorgelegt wurden. In dem letztern schuf die Verfassung neben dem Volkshause ein Staatenhaus, das eine Darstellung des deutschen Sonderlebens geben und zur Hälfte aus Bevollmächtigten der Regierung, zur Hälfte aus Vertretern der Ständekammern der Einzelstaaten bestehen sollte.

Die Entscheidung über die Form, die man der „Spitze" (ein Lieblingsausdruck jener Tage!) des Bundesstaats zu geben habe, war eine der letzten, welche getroffen wurden. Man schob sie so lange wie möglich zurück, weil man fühlte, daß von ihr Alles abhing. Grade bei dieser Frage, welche die

gewissenhafteste Prüfung und Beachtung der geschichtlich gegebenen Verhältnisse forderte, warfen sich theoretische und idealistische Anschauungen auf. Die Linke wollte eine republikanische Spitze, also einen Präsidenten, den die monarchischen Staaten unbedingt zurückweisen mußten, und ein bedeutender Theil der Centren wie der Rechten entschied sich für einen Kaiser. Auch diese monarchische Spitze mißfiel, denn sie übertrug auf einen Einzelnen die Macht, welche seit unvordenklichen Zeiten, war auch der Name des Kaisers noch geblieben, auf Alle vertheilt gewesen war. Das Pfeilbündel, das die Vereinigten Provinzen der alten Niederlande zum Symbol wählten, hätte den Männern der Paulskirche vorschweben sollen. Sie hatten ja nicht für das Deutschland der Hohenstaufen Gesetze zu geben, sondern für das Deutschland, das seit dem westphälischen Frieden bis zur Wiener Schlußacte die Rechte des Einzelnen auf Kosten des Ganzen ausgebildet. Eine so consequent festgehaltene und mit dem deutschen Fleisch und Blut verwachsene Richtung vertrug nichts als ein Directorium, und dieses war möglichst so zu bilden, daß auch die kleineren Staaten einigen Antheil an der Centralgewalt erhielten.

Im December 1848 schied Schmerling aus dem Ministerium, und Gagern, der früher schon eingetreten war, übernahm die Verhandlungen mit den Regierungen über die Verfassungsfrage. Er hatte offen ausgesprochen, daß er für ein erbliches Oberhaupt des Reiches sei und daß bloß der König von Preußen dieses Oberhaupt sein könne. Um Oesterreichs Widerspruch zu umgehen, wollte er dasselbe in den neuen Bundesstaat nicht sogleich aufnehmen, sondern das Verhältniß des mächtigsten aller deutschen Reiche zum übrigen Deutschland durch einen besondern Einigungsvertrag regeln lassen. Wie es den Anschein gewann, wünschte Oesterreich dasselbe, denn sein erster Minister hatte in dem Programm von Kremsier (27. November) erklärt, seine Aufgabe sei zunächst zunächst die, alle Provinzen des Kaiserstaats zu einem einzigen Körper zu verbinden. Bis das geschehen sei, werde Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten getreu zu erfüllen, aber die Bestimmung der gegenseitigen Beziehungen des verjüngten Oesterreichs und des verjüngten Deutschlands sei nicht eher möglich, als bis man hier und dort zu neuen und festen Formen gelangt sei.

In der ersten Lesung der Verfassung war der deutsche Kaiser durchgesetzt worden. Die Anhänger des Gedankens waren hoffnungsreich, denn

ein preußisches Rundschreiben vom 23. Januar 1849 billigte die vorläufige Nichtberücksichtigung Oesterreichs und nannte die Kaiserwürde zwar ein schwer zu beseitigendes Hinderniß der Einigung, fügt aber hinzu, daß Preußen, die freie Zustimmung der Regierungen vorausgesetzt, eine angebotene Stellung annehmen werde. Eine Partei der Paulskirche, von jetzt an die großdeutsche genannt, stemmte sich mit allen Kräften gegen das Kaiserthum Preußens. Sie hatte eine Zeitlang die Linke für sich und stellte einen Verfassungsentwurf auf, nach dem ein Directorium von sieben Mitgliedern, mit einem Reichsstatthalter an der Spitze, die Regierung von Deutschland führen sollte. Die höchste Würde ließ der Entwurf von drei zu drei Jahren zwischen Oesterreich und Preußen wechseln. Eine österreichische Erklärung nahm die Directorialverfassung an, jedoch mit den Unterschieden, daß Oesterreich und Preußen je zwei, Baiern eines, die Gesammtheit der andern Staaten vier Mitglieder ernenne und der Vorsitz Oesterreich ausschließlich gebühre. Von einer Volksvertretung bei dem neuen Bunde schwieg Oesterreich, und in einer zweiten Note vom 9. März beschränkte es dieselbe auf ein Staatenhaus, zu dem die Ständekammern und die Regierungen wählen würden. Dem Einfluß der großdeutschen Partei wurde dadurch die Spitze abgebrochen. Die Linke, ohne welche die Großdeutschen nichts durchsetzen konnten, mochte dem ohnehin unnatürlichen Bunde die Volksvertretung nicht opfern und ging mit den Centren einen Vertrag ein. Sie verpflichtete sich, für die Kaiserwürde zu stimmen, wogegen die Kaiserpartei versprach, „die Verfassung, wie sie von der Nationalversammlung beschlossen werde, für dergestalt gültig anzuerkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben etwa verlangt werden sollten, nicht stimmen werde."

In den letzten Berathungen war die Linke der Schwerpunkt des Parlaments. Bald halfen ihr die Kaiserlichen, bald die Großdeutschen, und so fiel ihr Sieg auf Sieg zu. Sie erlangte, daß der Nichtzustimmung der Centralgewalt zu Gesetzen und Verfassungsveränderungen eine bloß aufschiebende Wirkung beigelegt und der Reichsrath aus der Verfassung entfernt wurde. Sie ihrerseits stimmte für die Erblichkeit des Kaiserthums. Die Wahl des Kaisers wurde am folgenden Tage (28. März 1849) vorgenommen. Von den 538 anwesenden Mitgliedern enthielten sich 248 der Abstimmung und 290 wählten Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen.

Eine Abordnung von 33 Mitgliedern machte sich nach Berlin auf den Weg, um dem König die auf ihn gefallene Wahl anzuzeigen. Man hatte gehofft, daß der romantische Schimmer, der die altehrwürdige Kaiserkrone umstrahlt, auf den poetischen Sinn des Monarchen einwirken werde, fand ihn aber nichts weniger als begeistert. Die von der Linken durchgesetzten Verfassungspunkte hatten ihn unmuthig gemacht, und indem er auf seinen früheren Entschluß, ohne freie Zustimmung der Regierungen keine Stellung annehmen zu wollen, verwies, fügte er hinzu, daß die Cabinette nun die Verfassung prüfen und entscheiden müßten, „ob die ihm übertragenen Rechte ihn in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von ihm fordere, die Geschicke Deutschlands zu leiten." Eine Aenderung dieser Entscheidung war durch die Frankfurter Abordnung nicht zu erlangen.

So war also die alte Streitfrage wieder da, ob die Regierungen verpflichtet seien, die deutsche Verfassung, wie sie aus den Händen des Parlaments fertig komme, als oberstes Gesetz anzuerkennen, oder ob ihnen das Recht zustehe, Ausstellungen zu machen und ihre Zusage so lange zurückzuhalten, bis eine Verständigung darüber erfolgt sei. Die kleineren Regierungen ließen den Rechtspunkt auf sich beruhen und beeilten sich, ihre Anerkennung der Verfassung auszusprechen. Diese kluge Politik hatte die Folge, daß nicht alle, wohl aber die meisten von ihnen von dem heranziehenden Sturme verschont wurden.

Jener Sturm, der sich für die Anerkennung der Reichsverfassung erhob, hatte nach dem äußern Ansehen die ganze Kraft der Märzbewegung von 1848. Sowohl die Stände, die allerdings nicht überall versammelt waren, als die verschiedenen zu Tausenden vorhandenen Vereine, als die Presse stimmten darin überein, daß die Verfassung des Parlaments als Staatsgrundgesetz von Deutschland Gültigkeit habe. Die Agitation für dieselbe mußte, so sah es aus, um so eher ihr Ziel erreichen, als eine mehr als jährige Erfahrung von den Revolutionsmitteln Gebrauch zu machen gelehrt hatte. Aber der Kern dieser scheinbar drohenden Bewegung war ein innerlich gespaltener. Die Demokraten und Liberalen, auf deren verschlungenen Händen die Reichsverfassung ruhte, hatten sich noch eben grimmig befehdet und betrachteten sich gegenseitig mit Mißtrauen. Wer ihr gemeinschaftliches Vorgehen mit Ruhe beobachtete, der gewahrte, daß die Stunde einer ernsten Entscheidung beide wieder in getrennten Lagern finden werde. Die rechte und opfermuthige

Begeisterung für die Reichsverfassung hatten weder die Liberalen noch die Demokraten. Den einen war sie zu republikanisch, den andern zu monarchisch. Ueberdies fehlte der zweiten Bewegung der Nachdruck, den der ersten der Beitritt Oesterreichs und Preußens verliehen hatte.

Die vier Mittelstaaten, Baiern, Würtemberg, Sachsen und Hannover, erkannten die Reichsverfassung nicht an. In Süddeutschland, besonders in der Pfalz, in Baden und Würtemberg hatten die Demokraten ihren Volksvereinen eine solche Organisation gegeben, daß sie für eine revolutionäre Gegenregierung gelten konnten. Baden allein hatte vierhundert solcher Vereine mit mehr als 30,000 Mitgliedern, deren ungemeine Rührigkeit die Zahl verdreifachte. Man sah sie überall, in jedem Dorfe, auf jedem verlornen Posten, und da sie die kleinen Blätter alle an sich gerissen hatten, so besaßen sie das Ohr des Volks. Ein Landesausschuß, der wie in Würtemberg das Ganze repräsentirte, brachte Uebereinstimmung in die einzelnen Vereine. Die Parolen, die er ausgab, fanden blinden Gehorsam, während die Gesetze und Verordnungen der Regierung verhöhnt wurden. Dieselben Zustände herrschten in der Pfalz und in Würtemberg, hinsichtlich des letztern Landes mit dem Unterschiede, daß der ruhigere Charakter der Bevölkerung ein gewisses Recht behauptete und ein Hemmschuh für blindleidenschaftliche Agitationen wurde.

Die zweite würtembergische Kammer legte dem König in einer Adresse, für die alle Abgeordnete bis auf sieben stimmten, die Anerkennung der Reichsverfassung an's Herz. Die Antwort des Königs war ablehnend, weil die deutschen Hauptstaaten ihre Zustimmung verweigerten und die Ausscheidung Oesterreichs nur von diesem Staate selbst und von den mit ihm verbündeten und verbrüderten Regierungen und Volksstämmen ausgesprochen werden könne, nicht aber einseitig von der Nationalversammlung. Die Abgeordneten faßten darauf den Beschluß, daß die Reichsverfassung in Würtemberg als Gesetz bestehe und daß jeder würtembergische Staatsbürger, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärstande angehöre, zur Befolgung und zum Schutze dieser Verfassung verpflichtet sei. Die Bürgerwehr von Stuttgart und von andern Städten trat in besondern Erklärungen der Auffassung der Kammer bei, und der König verließ nun die Residenz und begab sich nach Ludwigsburg unter seine Truppen. In Stuttgart trafen inzwischen Abordnungen aus allen Theilen des Landes ein, und für den 25. April war eine allgemeine Versammlung der Gemeindebehörden in der Hauptstadt angesagt. Daß diese

friedlich verlaufen werde, war wenig wahrscheinlich. Die Aufregung war im Steigen und man bewaffnete sich aller Orten. Die treuesten Freunde des Königs riethen zur Nachgiebigkeit, und am 24. April hatte man die königliche Einwilligung. Sie wurde erst bedingt, dann unbedingt gegeben.

In Sachsen regten diese würtembergischen Vorgänge zu den unheilvollsten Nachahmungen an. Schon daß der König seine Märzminister entlassen und sie durch andere Männer ersetzt hatte, gegen deren politische und moralische Redlichkeit übrigens kein Vorwurf sich erhob, hatte Aufregung hervorgerufen. Die Radikalen des Landes schürten diese Stimmung. Sie hatten nicht die Mehrheit des Volks für sich, aber sie sprachen am lautesten und handelten am einmüthigsten. Von ihren Führern besaßen die wenigsten Talent, und die der äußersten Fraction nicht einmal alle einen unbescholtenen Namen. Ihr parlamentarisches Treiben war der Art, daß eine Adresse Leipziger Constitutionellen, welche die Kammern als einen Landtag des souveränen Unverstandes bezeichnete, vom Lande mit Beifall überschüttet wurde.

Für die Reichsverfassung, gegen die sie kurz vorher agitirt hatten, weil sie ihnen zu monarchisch war, sprachen beide Kammern sich aus. In der zweiten stimmte die äußerste Linke mit ihrem Führer Tschirner dagegen. Kurz darauf löste die Regierung den Landtag auf, nicht wegen jenes Beschlusses, wie sie erklärte, sondern wegen seiner ganzen Haltung und weil er die Bewilligung der zur Führung des Staatshaushaltes erforderlichen Mittel geflissentlich verzögere. Daß die Auflösung dennoch im Zusammenhang mit der Reichsverfassungsfrage stehe, wurde klar, als die drei Minister, welche einer Anerkennung geneigt gewesen waren, aus dem Rath des Königs austraten.

Sowohl die Liberalen als die Radikalen glaubten durch Demonstrationen des Landes beim König eine Sinnesänderung hervorbringen zu können. Man agitirte durch die Presse, durch die Vereine und durch Volksversammlungen. Eine der bestehenden Körperschaften nach der andern ordnete Deputationen nach der Hauptstadt ab, auch die Leipziger Hochschule schloß sich nicht aus. Da der König seinen Entschluß, sich durch Preußens Beispiel bestimmen zu lassen, fest aufrecht erhielt, so hatten alle diese Schritte keine andere Folge, als daß sie die Aufregung vermehrten. Um mehr zu imponiren, sollte ein bewaffneter Körper, die Bürgerwehr, die Anerkennung der Reichsverfassung aussprechen. Damit verletzte man Sinn und Wortlaut des

Gesetzes, und vereinigte man, wie es weiter im Plan lag, möglichst viele Bürgerwehren des Landes in Dresden, so hatte man den revolutionären Boden mit beiden Füßen betreten.

Am 3. Mai versammelte sich die Bürgerwehr von Dresden, um in feierlicher Parade der Reichsverfassung ein Hoch zu bringen. Die Erlaubniß dazu wurde verweigert, und sie trat daher aus dem Gewehr. Die Volkshaufen, die seit dem Morgen umherzogen, schrieen nun über Verrath, denn preußische Truppen ständen in der Nähe, und ihnen wolle man die Stadt wehrlos überliefern. Ein Haufen von Turnern machte zweimal einen Versuch, das Zeughaus zu erstürmen, und wurde beide Male zurückgeworfen. Nun erhoben sich Barricaden, die Sturmglocken heulten, der Bürgerkrieg war erklärt. In den frühesten Morgenstunden des nächsten Tages bestieg der König ein Dampfschiff, das ihn nach der Bergfestung Königstein führte. Boten eilten nach den nächsten sächsischen Städten, wo Besatzungen lagen, und nach Preußen, um Verstärkungen herbeizurufen.

Die provisorische Regierung, die mitten im Kampfe gewählt wurde, repräsentirte die drei Parteien des aufgelösten Landtags. Todt, der das gemäßigte Element vertrat, hatte sich in den dreißiger und vierziger Jahren als Abgeordneter den Ruf eines verfassungsgetreuen und unbeugsam das Recht festhaltenden Mannes erworben. In der letzten Zeit hatte er durch eine schwankende Haltung zwischen den Parteien bei allen an Vertrauen eingebüßt. Heubner, ein Idealist voll des redlichsten Strebens, wurde als Führer der Linken gewählt. Für die äußerste Linke trat Tzschirner ein, ein Advocat aus der Lausitz, der nur von Ehrsucht und Eitelkeit geleitet wurde. Den Oberbefehl über die Aufständischen übertrug man einem ehemaligen griechischen Officier, Heinze, einem ganz und gar unfähigen Manne. Die wirkliche Leitung der Maßregeln der provisorischen Regierung und der Vertheidigung riß aber der russische Flüchtling Bakunin an sich. Man hatte ihn seit länger als einem Jahre überall gesehen, wo eine revolutionäre Entscheidung erwartet wurde. Nach Dresden war er mit polnischen Flüchtlingen gekommen. Aus dem Erscheinen dieser Sturmvögel, aus den Vorbereitungen der radikalen Partei und aus ihren Correspondenzen mit tschechischen Führern läßt sich schließen, daß sie den Aufstand mit Vorbedacht herbeiführte. Die Reichsverfassung war der Vorwand, der Kampf galt der Erringung der Republik.

Die königlichen Truppen, die im Anfange nicht mehr als 2000 Mann zählten, wurden während des Kampfes durch sächsische und preußische Verstärkungen auf vielleicht das Dreifache gebracht. Die Zahl der Kämpfer des Aufstandes ist sehr verschieden, zu 12,000, zu 20,000, geschätzt worden. Wirklich Fechtender werden nicht 10,000 gewesen sein. Die Bürgerwehren, die aus verschiedenen Städten herbeigeeilt waren, zogen sich zurück, sobald sie inne wurden, daß es sich nicht um die imponirende Demonstration, von der ihnen gesagt worden war, sondern um einen Kampf der ernstesten Art handle. Welcher Siegespreis den Anstiftern desselben vorschwebe, sagten ihnen die Persönlichkeiten der Barricadenleute. Was unter den Waffen blieb, waren Republikaner und ein freiwilliges Contingent des verworfensten Gesindels, welches mit Sensen bewaffnet den Dresdener Vorräthen an Wurst und starken Getränken den Krieg machte.

Die Taktik der Revolutionsführer, sich vertheidigend zu verhalten und sich ihre eigenen Bewegungen durch eine Unmasse von festungsartigen Barricaden zu erschweren, verurtheilte sie von vorn herein zum Untergange. Dresden wird durch die Elbe in zwei Theile geschieden, welche die alte berühmte Elbbrücke, damals die einzige über den Strom führende, mit einander verbindet. Der auf dem rechten Ufer liegende Stadttheil, die Neustadt, war ganz in den Händen der Truppen. Diese hielten außerdem in der Altstadt, auf dem linken Ufer, wichtige Stellungen besetzt: die hohe Brühl'sche Terrasse, das Zeughaus, das königliche Schloß, das Theater und den Zwinger. Diese Gebäude umfassen einen bedeutenden Theil der Stadt und gestatten ihrem Besitzer Flankenangriff.

Den Mittelpunkt der Truppenstellung bildete das Schloß mit der Brühl'schen Terrasse. Hätten die Aufständischen diese Punkte erobert, so würden sie die auf dem linken Ufer kämpfenden Truppen in zwei Theile getrennt und, da die Elbbrücke von der Terrasse beherrscht wird, von der Neustadt abgeschnitten haben. Sie hielten die Stellung aber für stärker, als sie war, ließen sich in den Seiten fassen und verloren, obgleich sie sich meistens tapfer schlugen, Boden auf Boden. Der eigentliche Kampf wurde am 5. Mai eröffnet und setzte sich bis zum 9. fort. Er hatte natürlich den Charakter eines Straßengefechts. Auf beiden Seiten feuerten die Schützen in gedeckten Lagen, ohne sich großen Schaden zuzufügen, wenn auch das neue preußische Zündnadelgewehr sich gut bewährte. Die Truppen kamen dadurch sehr in

Vortheil, daß sie auf beiden Flügeln Geschütze anwenden konnten. Hatten die Paßkugeln und Kartätschen eine Barricadenstellung erschüttert, so folgte ein Sturmangriff, der in der Regel von Erfolg begleitet war. Viele der Bewaffneten, die man in den Häusern fand, wurden auf der Stelle niedergestoßen.*) Obgleich die Truppen langsam und mit Mühe Fortschritte machten, war ihr Vordringen doch ein stetiges. In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai gewannen die Führer der Revolution die Ueberzeugung, daß die Stadt nach dem Verlust der deckenden Seitenlinien unhaltbar geworden sei. Sie befahlen den Rückzug, versäumten aber, die vorgeschobensten Abtheilungen in Kenntniß zu setzen, so daß die eindringenden Truppen gegen 600 Gefangene machten.

Auf dem linken Elbufer befanden sich bloß schwache Reiterabtheilungen, die ihren Zweck, die Zuzüge und Zufuhren zu erschweren, erfüllt hatten, einen Rückzug von bewaffneten Massen jedoch nicht aufzuhalten vermochten. Sie befanden sich nicht in der Lage, die Straße nach Tharandt verschließen zu können. Sie führt in's Erzgebirge, und dort, wo sie starker Sympathien sicher waren, gedachten die Aufständischen das Glück der Waffen noch einmal zu versuchen. Indessen zeigte sich schon in der nächsten Stadt Freiberg, wie entmuthigend und auflösend die Dresdener Niederlage gewirkt habe. Immer mehr dieser Revolutionssoldaten, die der Zufall zusammengewürfelt hatte, schlichen bei Seite, und ganze Abtheilungen zerstreuten sich. Einzelne Trümmer kamen in einem etwas geordneten Zuge bis Chemnitz. Dort war die revolutionäre Stimmung so in ihr Gegentheil umgeschlagen, daß einige Bürger den Versuch machten und glücklich ausführten, Bakunin und Heubner zu verhaften. Auf diese Nachricht verschwanden die letzten Bewaffneten, um möglichst unbemerkt ihre Heimathsorte zu erreichen. Wer von den Leitern entkam, der flüchtete nach der Pfalz und Baden.

Die Pfalz hat als Nachbarland von je französische Gedanken in sich auf-

---

*) So sagt Graf Waldersee, der Befehlshaber der nach Dresden befehligten Truppen, und Lieutenant Montbé, der aus amtlichen sächsischen Quellen schöpfte, bestätigt, daß die Officiere oft mit dem Säbel in der Hand sich zwischen ihre Soldaten und die Gefangenen werfen mußten, um die letzteren zu retten. Von der Lage Dresdens während des Kampfes spricht eine Schrift des Stadtraths Meisel. Der Geschichtschreiber des Aufstandes ist Sievert: Der Kampf in Dresden, seine Strategie und Taktik. In seinem Urtheil über die begangenen Fehler stimmt dieser Schriftsteller mit dem Grafen Waldersee, seinem Gegenfüßler, ganz überein.

genommen. Die beweglichen und lärmenden Bevölkerungsschichten sind in dem gesegneten, zu leichtem Lebensgenuß einladenden Lande in reichem Maße vertreten. Sie hatten sich schon für die französische Revolution von 1830 begeistert, und die neue Republik war vollends ihr Entzücken. Die Conservativen hatten sich größtentheils in Schmollwinkel zurückgezogen, so daß der Radikalismus sich nach Gefallen austoben und als den Herrscher der Zeit betrachten konnte. Nichts störte ihn, nicht einmal die Anwesenheit baierischer Truppen, denn diese bestanden ebenfalls aus leichtblütigen Landeskindern, da die Regierung, die Unbeliebtheit der Altbaiern wohl kennend, ihre am Isar, Lech und Donau recrutirten Regimenter diesseit des Rheins behielt.

Die zweite baierische Kammer war vertagt worden, weil sie sich für die Anerkennung der Reichsverfassung entschieden hatte. Sogleich veranstaltete die Pfalz Volksversammlungen, deren Beschlüsse darauf hinausliefen, „daß jede der Reichsverfassung entgegenstehende Regierungsverfügung als ein Auflehnen gegen die bestehenden Gesetze so wie gegen die Souveränetät des Volks betrachtet werden müsse und für letzteres das Recht zur Selbsthülfe begründe." Der Volksversammlung zu Kaiserslautern (1. und 2. Mai) genügten bloße Beschlüsse nicht. Sie ging zur That über, verweigerte die Steuern und ernannte einen Landesvertheidigungsausschuß. Die Mitglieder desselben entbanden die Pfälzer Soldaten ihrer Pflicht, bemächtigten sich der Landescassen und warben dreißig polnische Officiere an. Die Schnelligkeit der Bewegung und ihre Planmäßigkeit ließen keinen Zweifel, daß man sie vorher organisirt habe. Ehe man in München recht zur Besinnung gelangt war, hatte die Pfalz ihre besondere Vertretung, welche die Lostrennung der Provinz von Baiern aussprach und eine provisorische Regierung (Schüler, Hepp, Culmann, Colb und Reichardt) einsetzte. Für den Augenblick war die Pfalz bis auf die beiden Festungen Germersheim und Landau für Baiern verloren. Die Soldaten verließen einzeln und in Trupps, zehn und zwölf Mann auf einmal, im Mantel, mit gepacktem Tornister, Gewehr und Säbel, die Fahnen. Auf den Wällen jener Festungen standen Officiere, das Gewehr im Arm, Schildwache.

Die Bewegungsmänner Sachsens und der Pfalz gaben sich einen gewissen Schein von Wahrheit, als sie die Reichsverfassung zum Deckmantel revolutionärer Pläne nahmen. Die dortigen Regierungen hatten jene Verfassung nicht anerkannt. Erfolgte auch in Baden ein Losbruch, so lag die republikanische

Tendenz von vornherein offen zu Tage. Wenn eine Regierung den in der Paulskirche gefaßten Beschlüssen Gehorsam bewies, so war es die badische. Sie hatte als die erste von allen die Grundrechte anerkannt und Verordnungen zu deren Durchführung erlassen, sie hatte ebenso die Reichsverfassung veröffentlicht und den Tag (13. Mai) bestimmt, an dem die Beeidigung der Bürger und Soldaten auf dieselbe stattfinden werde. Diesen selben Tag, der ihren angeblichen Wünschen die Erfüllung bringen sollte, hatten die Radikalen zu ihrer Schilderhebung erkoren. Sie beriefen auf den 13. Mai eine allgemeine Volksversammlung nach Offenburg.

Sie waren sich so bewußt, die Stärkeren geworden zu sein, daß sie ihrer Sprache keinen Zwang mehr anthaten. „Wir haben keine republikanische Spitze gewollt," ließ eines ihrer angesehensten Blätter am 1. Mai sich vernehmen, „sondern eine Republik. Es ist für uns auch in keinem andern Namen Heil zu finden, als in dem der demokratischen Republik. Eine jede Ortswehr pflanze die rothe Fahne auf und folge ihr, zum Zeichen, daß der Weg zur Volksfreiheit über blutgedüngte Felder gehen muß. Greifet zu den Waffen und haltet Euch bereit; die entscheidende Stunde ist nahe. Der Gott der Rache walte über unserm Beginnen und verhärte die Herzen der Männer gegen die Unterdrücker des Volks! Wenn es in den Kampf geht, so werde nur die rothe Fahne geschwungen." Die Zuversicht, welche eine solche Sprache zu führen wagte, fußte auf den Ergebnissen der Wühlereien, die seit dem letzten Struve'schen Zuge keinen Augenblick aufgehört hatten. Hatte man bis dahin Anhang unter den Classen, denen ein Herabsteigen auf die Straße mit den Waffen in der Hand zuzutrauen ist, so war man jetzt auch der Sympathien des Heeres sicher.

Die Regierung verließ sich zu sehr auf die Treue, welche die Truppen in den Kämpfen gegen Hecker und Struve bewiesen hatten. Im Heer war bei Weitem nicht Alles, wie es sein sollte. Die Officiere hatten mit den alten Traditionen, nach denen sie als erster aller Stände bürgerlichen Umgang meiden und zu den Soldaten nicht anders als in dem kalt gemessenen Ton des Befehls reden sollten, nicht ganz gebrochen. Viele von ihnen waren pedantisch, zu streng, hart und quälten die Soldaten mit einem Gamaschendienst, den die wirklich nöthigen Anstrengungen des Wachdienstes, der Märsche und Gefechte zu einem erschöpfenden und erbitternden machten. Die Unterofficiere, auf denen die Haltung des Soldaten wesentlich beruht, murrten

wegen der Aufhebung des Einsteherwesens, durch die ihnen eine willkommene Einnahme entzogen wurde. Erhöhte sich hierdurch die Zugänglichkeit des Heeres für Einflüsterungen der Demokraten, so kam noch der weit schlimmere Umstand hinzu, daß starke, nach Reichstagsbeschlüssen vorgenommene Aushebungen den Regimentern Massen jener jungen Leute zugewiesen hatten, welche Wirthshausdemokraten waren und zu einem nicht geringen Theil sogar die Freischaarenzüge mitgemacht hatten. Der Geist der Neulinge verbreitete sich weiter und sie vermittelten gemeinschaftliche Gelage von Soldaten und Demokraten, bei denen die ersteren bewirthet und verführt wurden.

In Rastatt lag eine stärkere Besatzung, wie hier auch die verderblichen Einflüsse auf die Soldaten besonders spielten. In den beiden ersten Maiwochen hielten die letztern im Verein mit der Bürgerwehr abendliche Versammlungen unter freiem Himmel. Man machte Brüderschaft, man berauschte sich in Bier, und den Soldaten wurde begreiflich gemacht, daß es von ihnen abhänge, unbeirrt durch pedantische Obern herrlich und in Freuden zu leben. Den Einschreitungen einzelner Officiere begegneten sie mit Auflehnung und Zügellosigkeit. Als darauf zu ein paar Verhaftungen geschritten wurde, befreiten sie die Gefangenen und verjagten ihre Vorgesetzten oder mißhandelten sie. Auf diesem Punkte angelangt, mußten sie aus Furcht vor schwerer Ahndung weiter und weiter gehen. Ein aus Karlsruhe herbeigeeilter General suchte sie zu beruhigen und versprach ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen: „Unser Recht, eine Verfassung und Verschmelzung mit der Bürgerwehr.“ Indem er vermittelte, gingen die mit ihm gekommenen Truppen, Artillerie und Dragoner, zu den Meuterern über. Der General war mit seinen Officieren zur Flucht gezwungen. Die sich selbst überlassenen Soldaten wählten Abgeordnete zur Offenburger Versammlung.

Die Menschenmengen, die sich am 13. Mai in Offenburg zusammenfanden, waren nicht ausschließlich republikanisch gestimmt. Auch Gemäßigte hatten sich eingestellt und bemühten sich, in ihrem Sinne Einfluß zu gewinnen. Ihre Vorstellungen, daß Baden durch eine republikanische Schilderhebung die Kraft der Gebiete, welche für die Reichsverfassung gewonnen worden seien, unberechenbar schwächen werde, machten Eindruck und verhüteten am ersten Tage extreme Beschlüsse. Nun hörte man von den Rastatter Ereignissen, es kam eine Abordnung von Soldaten, welche die Reichsfestung mit der gesammten Besatzung zur Verfügung des Volks stellte, und die Stimmung erhielt

eine ganz andere Färbung. Von der Reichsverfassung war kaum die Rede noch, vielmehr faßte man Beschlüsse republikanisch-socialistischer Natur: Wahl der Officiere durch die Soldaten, Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr, unentgeltliche Aufhebung aller Grundlasten, unbedingte Selbständigkeit der Gemeinden, Abschaffung der alten Verwaltungsbureaukratie, Errichtung einer Nationalbank für Gewerbe und Ackerbau, Abschaffung des alten Steuerwesens, Errichtung eines großen Landespensionsfonds zur Unterstützung arbeitsunfähig gewordener Bürger.

Die Offenburger Versammlung und die Meuterei in Rastatt waren die beiden Zünder, von denen die Flammen im Lande angefacht wurden. Die Taktik der Anführer, auf den Eisenbahnstationen auszurufen, man solle sich bewaffnen, die Preußen seien im Anzuge, trug das Ihrige bei. Die Residenz war eine der ersten Städte, deren Besatzungen das böse Beispiel nachahmten. Zwei Compagnien des Leibregiments, die man wegen Ungehorsams von Bruchsal zurückgeschickt hatte, berauschten sich und begingen Ausschweifungen der rohesten Art. Der Oberst des Regiments wurde mißhandelt und bis in sein Haus verfolgt, einer der Prinzen rettete sich kaum durch einen Sprung aus dem Fenster. Die übrigen Soldaten der Stadt schlossen sich an, nicht so die Bürgerwehr, die im Gegentheil mehrere Angriffe der betrunkenen Rasenden auf das Zeughaus glücklich abschlug.

Eine schwache Abtheilung Dragoner und eine Batterie reitender Artillerie hielten mit dem General Hofmann bei einer Caserne, Gottesaue genannt. Sie waren dazu bestimmt, den Großherzog nach Mannheim zu geleiten. Die dortigen Truppen hatten bisher kein Schwanken verrathen, und in Mannheim ließ sich ein fester Punkt und Sammelplatz der Gutgesinnten bilden. Der Großherzog gab aber den Gedanken auf, seine zweite Stadt zu behaupten, weil das Gerücht zu ihm gelangte, daß die Bahn unterwegs besetzt und die Verbindung mithin unterbrochen sei. Zu Fuß begab er sich durch den Schloßgarten in den Haardtwald, der bis nahe an den Rhein fortläuft. Am Flusse traf er den General Hofmann und fuhr auf einem Protzkasten nach Germersheim. Der Commandant der Festung nahm ihn auf, die Truppen wurden dagegen abgewiesen, und es blieb ihnen überlassen, ein Asyl zu suchen. Von Bürgerwehren und Freischaaren umschwärmt, gelangten sie nach Fürfeld und Bonnfeld, zwei würtembergischen Grenzorten nahe bei Heilbronn. Sie hielten sich auf dem fremden Gebiet sicher und überließen sich der Ruhe. In-

zwischen hatten ihre Verfolger die würtembergischen Volkswehren aufgewiegelt und machten einen Ueberfall. Die Truppe bei Fürfeld zerstreute sich, die andere bei Bonnfeld ging ohne ihre Officiere in's Badische zurück. Aehnlich ging es überall. Ein Theil der Heerkörper löste sich auf, ein anderer nahm die dargebotene Fahne der Republik an. Blieben einige Truppen treu, so versagten sie doch regelmäßig den Gehorsam, sobald ihre Officiere sie über die Grenze führen wollten. In fünf Tagen, vom 14. bis 18. Mai, vollzog sich die Selbstvernichtung des Heeres. Seit dem Nachmittage des 14. Mai befand sich der Landesausschuß der Volksvereine, umgeben von Freischaaren und soldatischen Meuterern, als oberste Regierungsbehörde in Karlsruhe.

Diese Bewegungen rissen dem Parlament den Boden unter den Füßen weg. Den einflußreichen Mitgliedern der Centren hatte nach der entschiedenen Ablehnung der Krone durch den erwählten Kaiser noch eine Möglichkeit vorgeschwebt, durch eine ruhige und zugleich feste Haltung, die von den Mittelclassen einmüthig unterstützt werde, es dahin zu bringen, daß der König von Preußen zuletzt doch annehme und die vier kleineren Königreiche die Reichsverfassung anerkennten. Durch die Dresdener Mairevolution und durch die pfälzischen und badischen Ereignisse war die Hoffnung zerstört worden. Durch sie war die Reichsverfassung zu einem Aushängeschilde der Republik geworden, für das die Männer, welche jenes Staatsgrundgesetz als Grundlage eines in Ordnung, Freiheit und Einigkeit gesicherten Rechtszustandes in Deutschland entworfen hatten, weder die Zustimmung der Regierungen noch die Unterstützung der Mittelclassen fordern konnten. Ihre Liebe zu dem Werk ihrer Hände, das sie hundertmal ein rettendes genannt hatten, ließ ihnen ihre Lage nicht in ihrer vollen Hoffnungslosigkeit erscheinen. Gagern erschien mit einem neuen Programm, nach dem der Reichsverweser für die Verfassung mit seiner Persönlichkeit eintreten und die Versammlung ihn mit friedlichen Mitteln, mit ihrem ganzen Ansehn und ihrer ganzen Kraft unterstützen wollte. Dieses Programm war der Strohalm des Ertrinkenden. Ehe die Probe gemacht wurde, ob das Parlament geeignet sei, einen festen Damm zwischen der Revolution und der Reichsverfassung zu bilden, mußte das Programm aufgegeben werden, weil der Reichsverweser sich weigerte, seine Persönlichkeit für eine Verfassung einzusetzen, welche die Kaiserkrone von seinem Erzhause auf die Hohenzollern übertrug und noch dazu von den mächtigsten Regierun-

gen verworfen wurde. Gagern legte nun seine Ministerstelle nieder und seine Amtsgenossen folgten ihm.

Der Reichsverweser kannte die zwischen den Regierungen schwebenden Verhandlungen. Er wußte, daß die Ansichten weit genug aus einander gingen, um eine baldige Verständigung wahrscheinlich zu machen. Sich auf seinem Posten zu behaupten, schien ihm räthlich zu sein, sei es auch nur, weil dem Reichsverweser eine Mittlerrolle von Niemand zu versagen war. Dazu bedurfte er eines Ministeriums. Er nahm es da, wo es allein noch zu finden war, nicht aus einer der großen Parteien, welche in den Tagen des Glanzes den Ausschlag gegeben hatten, sondern von den hintersten Bänken, wo die stillen Gegner des bisherigen Ganges der Verhandlungen saßen. Die Seele dieses Ministeriums war der Hannoveraner Detmold, der feinste Ironiker aller lebenden Schriftsteller, der Redner Grävell, dessen pedantische Ausstellungen an neuen Anträgen nie etwas Anderes als Heiterkeit erregt hatten. Die übrigen Mitglieder waren der Hamburger Merk, Fürst Wittgenstein und General oder richtiger Pascha Jochmus, eine Figur, wie aus einem Roman geschnitten, ursprünglich ein Kaufmannsdiener aus Hamburg, späterhin vom Sultan für Siege auf syrischen Schlachtfeldern mit den drei Roßschweifen belohnt.

Ein solches Ministerium, dessen Ernennung halb mit Lachen und halb mit Zischen aufgenommen wurde, konnte nicht auf die Mehrheit in der Paulskirche rechnen. Darauf kam es auch nicht mehr an. Obgleich ein Antrag, einen Reichsstatthalter zu ernennen, den Reichsverweser also abzusetzen, noch angenommen wurde, kam man in den nächsten Tagen dahin, die Nutzlosigkeit fernerer parlamentarischer Bemühungen anzuerkennen. Sowohl Oesterreich als Preußen hatte seine Abgeordneten abberufen. Die zurückgebliebenen Mitglieder der alten Mehrheit hatten zu wählen, ob sie eine Vertagung des Parlaments durchsetzen oder insgesammt austreten wollten. Sie einigten sich über eine dieser anständigen Formen der Selbstauflösung nicht und schieden dann gruppenweise aus, einmal 60, ein anderes Mal 20. Ihre Uneinigkeit hatte der Linken den Gewinn gebracht, ihren Antrag, die beschlußfähige Anzahl auf Hundert herabzusetzen, von einem gesetzlich vollzähligen Parlament genehmigen zu lassen.

Nachdem auch die sächsischen und hannöverischen Beamten abberufen worden und viele andere ausgeschieden waren, blieb die Linke allein zurück.

Betrachtete sie sich, wie ihre Reden es nicht anders vermuthen ließen, als die rechtmäßige Fortsetzung des Parlaments, so war ihr Platz in Frankfurt, dem Sitze der Centralgewalt. Betrachtete sie sich als einen Convent, so mußte sie nach Karlsruhe, dem Sitze der Revolution, übersiedeln. Sie schlug einen Mittelweg ein, der ihr politische Vortheile versprach. Am 30. Mai beschloß sie, ihre Sitzungen nach Stuttgart zu verlegen und den Reichsverweser zur Nachfolge einzuladen. Würtemberg hatte die Reichsverfassung anerkannt und mußte mithin die Parlamentstrümmer schützen. Bei dem Uebersiedelungsbeschlusse, bei dem ehrliche Männer sich mitbetheiligten, entschied indessen nicht die Rücksicht auf Sicherheit, sondern der Hintergedanke der äußersten Linken, die würtembergische Hauptstadt und das Land durch das Parlament in die republikanische Bewegung hineinzureißen.

Am 6. Juni hielt die Linke des Reichstags ihre erste Sitzung in Stuttgart und faßte sogleich einen entscheidenden Beschluß. Sie ernannte, indem sie die Vollmachten der bisherigen Centralgewalt für erloschen erklärte, Raveaux, Vogt, Schüler, Heinrich Simon und Becher zu Reichsregenten und übertrug ihnen auch den Oberbefehl über das Reichsheer, zu dem die Truppen aller der Staaten gerechnet wurden, welche die Reichsverfassung anerkannt hatten. Gegen diesen Beschluß protestirten sowohl die würtembergischen Stände als die Regierung. Auf ein Sechstheil seines Bestandes zusammengeschmolzen und bloß noch aus Mitgliedern einer einzigen der politischen Parteien bestehend, erklärte der Minister Römer rund heraus, besitze das Parlament nicht das Recht, über würtembergische Geldmittel und Streitkräfte zu verfügen. Sein Ziel sei, Gut und Blut Würtembergs in einem brudermörderischen, den größern deutschen Staaten gegenüber ganz ungleichen Kampfe zu vergeuden, und dazu könne ein würtembergisches Ministerium die Hand nicht bieten.

Die Regentschaft und das Parlament handelten in ihrer Weise fort. Befahl die erstere dem würtembergischen Ministerium, 5000 Mann nach Rastatt zu schicken, und erklärte sie den würtembergischen General Miller, der ihr den Gehorsam verweigert hatte, für abgesetzt, so verfügte das letztere die augenblickliche Bildung eines Volksheers und eine Steuerausschreibung von fünf Millionen Gulden. Damit war die Uhr des Reichstags abgelaufen. Nach der Sitzung, in der diese Beschlüsse gefaßt worden waren, erhielt der Vorsitzende von Römer die Anzeige, daß weitere Berathungen nicht geduldet

werden würden. Trotzdem begaben sich die Abgeordneten in der dritten Nachmittagsstunde des 18. Juni zu dem Gebäude, wo sie sich zu versammeln pflegten. Sie fanden dasselbe mit Truppen umstellt, und als der Vorsitzende Löwe zu diesen sprechen wollte, rasselten die Trommeln, gingen die Soldaten vor und trieben die Abgeordneten auseinander.

Eine Entscheidung wurde durch dieses schmachvolle Ende des Parlaments nicht gegeben, man müßte denn annehmen, daß sein längeres Verweilen Würtemberg schließlich doch revolutionirt haben würde und daß Römer das Land durch seine kühne That vor diesem Unglück bewahrt hätte. Seit die Waffen und die Massen die Herrschaft angetreten hatten, war die Existenz einer dritten berathenden Versammlung neben den beiden andern in Kaiserslautern unwichtig. Auch dieser beiden würden die Männer der That gern entrathen haben.

Wäre bei den Badenern und Pfälzern das wahre Bewußtsein eines guten Rechts, gepaart mit männlicher Kraft, gewesen, so hätten sich ihre Aussichten günstig gestalten können. Die Ablehnung der Reichsverfassung durch Preußen und die drei Königreiche hatte Tausende verletzt, die Scenen des Dresdener Kampfes, mit groben Uebertreibungen verbreitet, sehr Viele erbittert. In beiden Hessen, in Rheinpreußen zeigte sich Gährung, in Westphalen und der Grafschaft Mark brach ein offener Aufstand aus, und die würtembergischen Republikaner sorgten für Zuzüge nach Baden. Im Lager der Aufständischen wurde oft behauptet, daß es nur eines entschlossenen Vorgehens bedürfe, um außer diesen Landschaften alles Gebiet bis zu den Grenzen des östlichen Preußens und Oesterreichs für sich zu gewinnen. In Sachsen, in einer Centralstellung und auf der einen Seite durch die Elbe, auf der andern durch einen allgemeinen Aufstand Schlesiens gedeckt, habe man die Wahl, ob man zuerst gegen Norden gehen, oder im Bunde mit den Tschechen, die zur Revolution zurückgekehrt seien, Wien zum Zielpunkt nehmen wolle.

Das Vorgehen unterblieb, und aus guten Gründen. So äußerlich kräftig und gedrungen der Aufstand aussah, so innerlich hohl und gebrochen war er. Brentano, dem die höchste Gewalt anheimgefallen war, vermied jede energisch revolutionäre Handlung. Er hätte am liebsten im Namen des Großherzogs regiert, und da dies nicht anging, bediente er sich wenigstens aller alten Beamten, sofern sie sich ihm nicht entzogen. Wenn seine Genossen ihn deswegen zur Rede stellten, warf er ihnen ihre Unfähigkeit für Geschäfte vor.

In der Partei, die den Aufstand gemacht hatte, nahmen vom ersten Augenblicke an drei Unterabtheilungen mißtrauisch und feindselig gegen einander Stellung. Die eine bestand aus Gemäßigten, denen einen Moment nach dem Siege die Reue kam, soweit gegangen zu sein. Die zweite bildeten die Republikaner, welche außer ihren politischen Zwecken keine andern anerkannten, die dritte endlich die Rothen, die Socialrepublikaner. Man traute ihnen Thaten zu, welche mit ihren wilden Grundsätzen in Einklang ständen, und der entschlossenste politische Republikaner empfand Besorgniß, wenn er die Gestalten sah, die rings um das rothe Banner aus der Erde schossen. Jemehr von den Freischaaren, die an dem letzten Raubzuge Struve's Theil genommen hatten, je mehr versprengte Polen, Ungarn und Franzosen in Karlsruhe einströmten, um so conservativer wurde dort die Hoffnung auf die Zukunft.

Besorgnisse anderer Art flößten die übergegangenen Soldaten ein. Sie legten ihrem Haß gegen Struve, Blind, Börnstedt und andere Rothe so wenig den Zügel an, daß man nach dieser Richtung hin ihrer sicher war. Nicht einmal mit den Freischaaren und Volkswehren vertrugen sie sich. Was man von ihnen befürchtete, war ein Handstreich zu Gunsten der gestürzten Ordnung der Dinge. Sie waren halb zur Besinnung zurückgekehrt, und man merkte ihnen an, daß sie sich ihrer Stellung schämten. Damit sie in leidlicher Stimmung erhalten würden, mußte man sie gewähren lassen. So thaten sie denn, was sie wollten, leisteten oder versagten den Gehorsam und trieben Unfug jeder Art. Daß die Wehrkraft des Heeres auf diese Art geschwächt werde, erkannten die Führer, aber das Ansehn fehlte ihnen, einen besseren Zustand der Dinge zu begründen.

Die tollste Wirthschaft trieben die Commissäre, die in den Bezirken mit unumschränkter Gewalt schalteten. Die meisten waren verdorbene Subjecte und durch nichts als revolutionäre Wirthshausreden empfohlen. Sie verfügten Absetzungen und Verhaftungen nach Willkür, plagten die Leute mit nutzlosen Verfügungen, schlemmten in den Gasthöfen und requirirten die feinsten Lebensgenüsse. „Ihr werdet staunen,“ heißt es in einer späteren Ansprache Brentano's, „wenn Ihr seiner Zeit die Rechnungen sehet, wie man mit Eurem Gelde gehaust hat, wie es nur Wenige waren, welche ohne Eigennutz der Sache des Volkes sich geopfert, wie die große Mehrzahl keinen Schritt gethan, für welchen sie sich nicht aus den Cassen des Staates hätte bezahlen

lassen. Sogleich im Anfange unsrer Revolution zogen sich Hunderte von Abenteurern in unser Land; sie pochten darauf, daß sie für die Freiheit gelitten, sie wollten aus Euren Cassen den baaren, klingenden Lohn erhalten. Vor uniformirten, schleppsäbeltragenden Schreiern konnte man kaum mehr über die Straßen gehen. Von Eurem Gelde schwelgten diese Müßiggänger, während Eure Söhne, welche für die Freiheit des Vaterlandes ihre Brust den feindlichen Kugeln aussetzten, darben mußten. Wer diesem Treiben entgegentrat, mußte sich einen engherzigen Spießbürger, wer nicht jeden seiner entgegengesetzten politischen Meinung wegen verfolgen wollte, einen Reactionär oder Verräther schelten lassen."

Die sogenannte schweizerische Legion, die Waffe der Rothen, hielt sich in Karlsruhe, um ihren politischen Leitern in einem günstigen Augenblicke gegen die Machthaber zur Hand zu sein. Die Verstärkungen, die man den Truppen zuschickte, bestanden aus neu ausgehobenen, meistens gepreßten Wehrmännern, die mit der Absicht, bei der ersten Gelegenheit auszureißen, in die Linie traten. Um den Halt, den solche Truppen nicht gewährten, zu gewinnen, sollten die beiden Nachbarländer Hessen und Würtemberg revolutionirt werden. Beide Versuche scheiterten kläglich. Fickler, der mit einer bedeutenden Geldsumme zur Bestechung würtembergischer Soldaten versehen war, wurde in Stuttgart verhaftet, und die in Hessen eingefallenen Soldaten und Freischärler erlitten bei Heppenheim eine Niederlage. Vorher schon hatte Brentano anderswo Hülfe nachgesucht — in Paris. Sein amtliches Blatt verkündete öffentlich, daß zwei badische Gesandte, Blind und Didier, die Franzosen mahnen sollten, „im Namen der Gleichheit, der europäischen Freiheit und der Verbrüderung der Nationen auf den Posten der Ehre zu treten, den Rhein zu überschreiten." Der Mangel an aller Ehre und aller Scham, der sich durch diesen Schritt offenbarte, kann durch Nichts überboten werden. Man behauptete in Baden, für das deutsche Reich zu fechten, und rief den Reichsfeind zu Hülfe!

Die Partei der Rothen wollte die ersten Niederlagen der Revolution benutzen, um an's Ruder zu gelangen. Struve, Tzschirner und Becker stifteten einen Club des entschiedenen Fortschritts und bedrängten Brentano mit ungestümen Forderungen. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni trafen sie ihre Anstalten zu einem Putsch. Während der Club berieth, verschanzte sich die schweizerische Legion in ihrer Caserne und besetzte den Pulverthurm. Einem Befehl, zum Heer an die Grenze zu gehen, verweigerten diese rohen

und fanatisirten Menschen den Gehorsam. Die revolutionäre Regierung hatte Bürgerwehren und Soldaten gesammelt, die Legion rückte gegen diese in Schlachtordnung heran. Dennoch erfolgte keine gewaltsame Entscheidung, weil Struve der persönlichen Gefahr gegenüber den Muth verlor. Die Legion fügte sich und stieß zum Heer, Struve begab sich in die Pfalz, um Reden zu halten. In den nächsten Tagen erhielt Baden eine constituirende Landesversammlung (10. Juni). Sie bestand aus Wühlern, die Brentano richtig zeichnete, als er von ihnen sagte: „Eine Versammlung, deren Mehrheit aus ganz unfähigen, gewöhnlichen Schreiern bestand, bot das kläglichste Bild einer Volksvertretung, welche je getagt und welche ihren gänzlichen Mangel an Einsicht und Kenntnissen hinter sogenannten revolutionären Anträgen verbergen wollte, die, heute zum Beschluß erhoben, morgen als unausführbar wieder umgestoßen werden mußten.“

Von den angrenzenden Staaten war keiner in der Lage, eine genügende Truppenmacht zur Bezwingung der Pfalz und Badens abgeben zu können. Das österreichische Vorarlsberg war fast von Soldaten entblößt, da alle verfügbaren Kräfte hatten nach Ungarn geworfen werden müssen. Baiern, Würtemberg und die beiden Hessen waren der Aufgabe zugewendet, im eigenen Lande die Ruhe zu erhalten. Baiern mußte sogar die Pfalz aufgeben, nachdem im Lager von Donauwörth Auftritte vorgekommen waren, welche an der Treue der Truppen zweifeln ließen. Preußen war der nächste Staat, der die Hände frei hatte. Der Aufstand in Westfalen und der Grafschaft Mark war theils besiegt worden, theils in sich selbst zusammengesunken, und was die übrigen Provinzen betrifft, so waren in ihnen weit eher Ausschreitungen der Reaction, als Revolutionsregungen zu befürchten. An diesen Staat richtete der Großherzog von Baden ein Bittgesuch, dem bereitwillig entsprochen wurde. Preußische Divisionen sammelten sich an der Nahe, von Wetzlar rückte eine andere Abtheilung an den Main, und General Peucker stellte sich mit einem Reichsheer, dessen Kern Preußen, Mecklenburger und Hessen bildeten, an der badischen Grenze auf. Den Oberbefehl über das Ganze übernahm der Prinz von Preußen. Auf badischer Seite wurde der Pole Mieroslawski an die Spitze gestellt, und andern Polen, Sznayde, Oborski, Gajewski übergab man wichtige Truppentheile.

Die Gefechte wurden am 14. Juni mit Angriffen Peucker's gegen die Neckarlinie eröffnet. Die Aufständischen wurden auf beiden Flügeln zurück-

gedrängt, aber in der Mitte, bei Ladenburg, errangen sie in Folge des Fehlers eines mecklenburgischen Obersten, der zu tollkühn vordrang, Vortheile. Dies genügte den amtlichen Blättern in Karlsruhe, Siege längs der ganzen Neckarlinie auszuposaunen. Der Angriff des Reichsheers hatte keinen weitern Zweck, als den Feind am Neckar festzuhalten, während das preußische Hauptheer in die Pfalz einfalle. Die dortigen Revolutionstruppen waren zu zerstreut aufgestellt, um den Preußen, deren Vormarsch am 12. Juni begonnen, einen ernstlichen Widerstand leisten zu können. Im Oberbefehl herrschte zudem eine grenzenlose Verwirrung. Der Marsch der Preußen bis Zweibrücken war ein militärischer Spaziergang. In jener Stadt theilten sie sich in zwei Colonnen, von denen die eine den Weg über Homburg nahm, die andere den Gebirgspfad einschlug, der über die Martinshöhe nach Landstuhl führt. Kaiserslautern wurde ohne Schwertstreich besetzt, da Sznayde mit seinen kampfuntüchtigen Schaaren den Schutz der Gebirge gesucht hatte. Er wollte westlich von Landau im Annenweiler Thal eine starke Stellung beziehen, aber als er dort erschien, sah er die preußischen Helme bereits auf den beherrschenden Höhen blitzen. Von nun an verwandelte sich sein Rückzug in eine unerreichbare Flucht. Am 18. Juni rettete er sich über die Knielinger Schiffsbrücke nach Baden. Bei ihm waren noch 8000 Mann baierischer Chevauxlegers und Infanterie, Freischaaren aus Hessen, Nassau und Rheinpreußen bunt durcheinander. 1500 davon bestanden aus unbrauchbaren Sensenmännern, welche die Wege verstopften, den Proviant verzehrten und die meisten Anforderungen machten, vor dem Feinde aber am ersten die Flucht ergriffen.

Die Preußen folgten über den Rhein nach, besetzten Bruchsal und kamen Heidelberg bis auf anderthalb Meilen nahe (20. Juni). Einen Tag später überschritt Peucker den Neckar, während eine andere Colonne von Preußen gegen die Flanke des Feindes vorgegangen war. Um nicht erdrückt zu werden, warf sich Mieroslawski am 21. bei Waghäusel auf die ihm dort entgegenstehenden Preußen. Das Gefecht war heiß, und auf beiden Seiten wurde mit gleicher Tapferkeit gefochten. Nachdem preußische Verstärkungen auf dem Schlachtfelde eingetroffen waren, verloren die Aufständischen ihre anfänglichen Vortheile und wurden schließlich in eine wirre Flucht geworfen. Mieroslawski konnte von Glück sagen, daß er sich bei Heidelberg durchwand und im Neckarthal aufwärts ziehend freies Feld gewann. In der Gegend von

Bruchsal und bei Durlach bot er den Gegnern noch zweimal die Spitze und hatte kein besseres Glück.

Die provisorische Regierung (Goegg, Werner und Brentano) wie die constituirende Versammlung schickten sich bei Zeiten zur Flucht aus Karlsruhe an. Das Erscheinen der bei Durlach gesprengten Truppen in kleinen Haufen von zehn, zwanzig und dreißig Mann scheuchte Alle fort, die nicht schon früher das Weite gesucht hatten. Ihr Sammelplatz war Freiburg, ein Punkt, der durch die Festung Rastatt und die Murglinie gedeckt wurde. Hier spielte Struve noch ein letztes Intriguenstück. Von seinem Ehrgeiz gestachelt, klagte er Brentano an, um dessen Stelle einzunehmen. Die constituirende Versammlung erklärte sich für den Ankläger, und Brentano flüchtete sich nach der Schweiz, selbst auf dem neutralen Boden noch von einer Achtserklärung verfolgt. Seine Gegner folgten ihm dahin bald.

Die siegenden Preußen hielten in Karlsruhe eine dreitägige Rast. Ihr Aufbruch von der Hauptstadt erfolgte in drei Colonnen. Die eine hatte die Aufgabe, den Feind in der Stirn zu beschäftigen, die andere sollte die gegen Würtemberg ziehenden Gebirge besetzen, die dritte von dem Rhein gegen die Murg herandrängen. Diese Operationen wurden unter fortwährenden Gefechten vollzogen. Am 29. Juni wurde dann hartnäckig — an einigen Punkten hörte das Feuern erst um 10 Uhr Abends auf — um die Murglinie gekämpft und der Feind über den Fluß hinüber gedrängt. Ein Theil der Fliehenden warf sich in die Festung Rastatt, ein andrer schlug den Weg nach Offenburg und Freiburg ein. In einem Nachhutsgefecht bei Oos bewährten die Aufständischen zum letzten Male Muth. Nachher hörte in den geschlagenen Reihen die Zucht auf. Die meisten Haufen zerstreuten sich, um jeder auf seine eigene Hand den Rhein oder die Grenze der Schweiz zu gewinnen. In Freiburg legten viele der ehemaligen Soldaten, Fußvolk, Reiterei und Artillerie, die Waffen nieder. Bis auf einige planlose Plänkeleien von Freischaaren im Schwarzwalde kam kein Gefecht mehr vor. Die zusammenbleibenden Haufen nahmen Donaueschingen oder Constanz zum Ziel und hatten bis zum 11. Juli das badische Gebiet geräumt. Es waren etwa 10,000 Mann, die über die schweizerische Grenze gingen und sich jenseits entwaffnen ließen. Mehrere der Führer hatten in den letzten Tagen auf die schamloseste Weise geraubt. Aus Rastatt nahm Sigel eine Sammlung kostbarer, zum Theil mit Gold eingelegter Waffen mit, die der berühmte Markgraf Ludwig von

Baden aus türkischer Siegesbeute gebildet hatte, aus Schloß Eberstein im Murgthale entführte Blenker alle Bilder und zierlichen Schnitzarbeiten, welche sich irgend versilbern ließen, in dem Schlosse zu Donaueschingen hießen andere Führer Trinkgeschirre, Hausrath und Wäsche mitgehen. Die geraubten Papiere der badischen Cassen wurden von der Schweiz aus zurückgeschickt, die 155,000 Gulden, die ein Färber aus Mannheim unter dem Vorwande von Waffenkäufen sich verschafft hatte, sah man niemals wieder.

Die Reichsfestung Rastatt gehörte dem Aufstande noch. Diejenigen, welche in die „Mausefalle" gegangen waren, rechneten hinsichtlich ihrer Rettung auf allerlei Unmöglichkeiten, auf ein unaufhaltsames Vordringen der Ungarn, auf eine Revolution der französischen Rothen, auf einen endlichen Sieg der Ihrigen hart an der Grenze der Schweiz. Sie überließen sich zugleich, als ob sie sich betäuben wollten, den wildesten Orgien. Preußischer Seits mußte man die Reichsfestung schonen, und die Belagerung war daher wenig mehr als eine Einschließung. Durch Zeitungen, die in Flaschen eingeschlossen und der Murg und dem Flößcanal übergeben wurden, unterrichtete man die Besatzung von dem wahren Stande der Dinge draußen. Mit der Bewilligung der Belagernden gingen zwei Abgesandte aus der Festung bis zur schweizerischen Grenze und überzeugten sich, daß das Heer des Aufstandes wirklich die Waffen gestreckt habe. Darauf hin ergab sich die Besatzung ohne Bedingungen. Am 23. Juli öffnete Rastatt den Preußen seine Thore. Genau zehn Wochen vorher hatte der Landesausschuß unter Jubel und Geschrei seinen Einzug gehalten.

Man hatte in Rastatt allein 5600 Gefangene, darunter viele der am stärksten bloßgestellten. Von diesen wurden nur vierzehn namhafte Leute zum Tode verurtheilt und erschossen. Abgesehen von den Preußen, an denen man Landesverrath oder Desertation von den Fahnen bestrafte, waren es abenteuernde Polen oder schweizer Literaten, welche die wuthschnaubende Sprache der Jakobiner von 1793 geführt hatten, Civilcomissare, deren Requisitionen jetzt als Raub beurtheilt wurden, und ehemalige badische Officiere und Soldaten. Das meiste Mitleid verdiente und fand ein verirrter Dichter, Gottfried Kinkel. Er sollte für einen elftägigen Dienst unter den Freischaaren mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe büßen. Man führte ihn nach Spandau, wo er ein Jahr später durch einen aufopfernden Freund befreit wurde. Auch in Baden traf einen Abgeordneten des Parlaments der Tod nach standrecht-

lichem Erkenntniß. Obgleich v. Trützschler nie eine Waffe geführt hatte, wendete man das Kriegsrecht dennoch auf ihn an, weil er als Bevollmächtigter der badischen Regierung für kriegerische Zwecke gewirkt hatte.

Mit der Niederschlagung des badischen Aufstandes war der Kreislauf der Revolution beendet. Ueberblicken wir ihren Gang mit der Ruhe, die der Verlauf von Jahren nach großen Ereignissen entstehen läßt, so gewahren wir Nichts, was uns an der Zukunft des deutschen Volks verzweifeln ließe. Von den unreinen Elementen, die den edlen Kern der Bewegungen überwucherten und hintennach erstickten, hat der Untergang der Revolution den deutschen Boden gereinigt. Die gemäßigten Führer der Bewegung begingen deutsche Gedankensünden. In der vormärzlichen Zeit von einer fruchtbringenden Thätigkeit ausgeschlossen, hingen sie Idealen nach. Viele von ihnen warnten, als die Februarrevolution über Nacht hereinbrach, vor Fortschritten, welche gewaltsame Sprünge seien, doch die unglaublichen Erfolge, die im März von 1848 einander jagten, rissen die Besonnensten mit sich fort. War Deutschland nach dem Zusammenbrechen der ältesten und mächtigsten Staaten wirklich eine glatte Tafel, über die ein Schwamm auslöschend hingefahren ist, dann ließ sich allerdings ein völliger Neubau aufführen. Die Redner der Paulskirche gewannen die Ueberzeugung, daß das Alte noch einen festen Halt habe, viel zu spät. Wir dürfen sie deshalb nicht zu streng tadeln, denn es ist das Loos aller großen gesetzgebenden Versammlungen, die Ausdehnung des Kreises, den ihre Reden, Verhandlungen und Beschlüsse beherrschen, ungemein zu überschätzen. Belege hierfür bieten alle modernen Völker dar, auch die praktischen Engländer mit ihrem langen Parlament. Die Einheitsfrage war auf dem Wege, den das Parlament einschlug, nicht zu lösen. Faßte man sie einmal, den Weiterbau der gegebenen Bundesverfassung von sich weisend, als neue Frage auf, so öffnete man der Projectenmacherei die Thore, schuf zersplitternde Streitpunkte und sorgte für Bollwerke, hinter denen der Particularismus seinen Stand nehmen konnte. Gradezu unheilvoll wurde die Einheitspolitik des Parlaments durch die verschärfte Eifersucht zwischen Preußen und Oesterreich, welche sie hervorrief. Im nächsten Kapitel werden wir zu erzählen haben, wie durch den deutschen Dualismus ein edles deutsches Land dem Feinde überliefert wurde und die dringendste Gefahr entstand, daß ein mörderischer Bruderkrieg das Vaterland auf Jahrzehnte zur politischen Ohnmacht verurtheile.

Neuntes Kapitel.

Der zweite Feldzug in Schleswig-Holstein. — Eckernförde, Kolding und Fridericia. — Die Maiverfassung. — Die Vierkönigsverfassung. — Der Erfurter Reichstag. — Die Schlacht von Idstedt. — Preußens und Oesterreichs Conflict. — Verhandlungen in Warschau und Olmütz. — Die Union, Kurhessen und Schleswig-Holstein preisgegeben. — Die Dresdener Conferenzen. — Rußlands Gewinn.

Die Dänen schlossen sich nach dem Waffenstillstand von Malmöe mit unbedingter Hingebung an Rußland an. Das St. Petersburger Cabinet überblickte den Gang der deutschen Bewegung deutlich genug, um vorauszusehen, daß die Gemäßigten in ihrer Isolirung damit enden müßten, in Preußen eine Stütze zu suchen. Diese Stütze verringern, hieß die deutsche Bewegung schwächen, und aus diesem Grunde that Rußland Alles, was in seiner Macht stand, Preußens Ansehen zu schwächen. Ein vortreffliches Mittel dazu war, Dänemark von dem kleinsten Schein einer Nachgiebigkeit abzumahnen, denn das Berliner Cabinet nahm sich der Herzogthümer immer weniger an, je länger der Streit dauerte, und die öffentliche Meinung mußte sich mithin noch mehr von der preußischen Lauheit abgestoßen fühlen, als bereits der Fall gewesen war.

So wie die russische Hand in dem Spiel der Dänen als die führende erkannt wurde, stellten sich England und in gewissem Sinne auch Frankreich den deutschen Ansprüchen näher. Die englischen Diplomaten unterstützten mehrere Vorschläge, die von Preußen gemacht wurden, die französischen suchten wenigstens einen neuen Krieg zu verhindern. Dänemark vereitelte alle Ver-

mittlungen durch diplomatische Finten, denen sich der rücksichtsloseste Uebermuth gegen Preußen zugesellte. In Berlin wich man schrittweise zurück, und bei jeder neuen Nachgiebigkeit spannte Dänemark die Seiten höher, bis es endlich mit der Forderung auftrat, daß Preußen selbst die Rebellen in Schleswig-Holstein zu Paaren treiben solle. Jetzt endlich wurden die Verhandlungen abgebrochen und der Waffenstillstand gekündigt. Auch in dieser Beziehung ließ sich Dänemark den ersten Schritt nicht nehmen; die Kündigung ging von ihm aus.

In dem Einen war Preußen seiner Pflicht treu gewesen, daß es die Streitkräfte der Herzogthümer auf einen hohen Stand gebracht hatte. Die Mannschaften waren vollzählig, alles Material im besten Stande, und erprobte preußische Officiere befehligten die meisten Abtheilungen. Auf der andern Seite hatten die Dänen mit großen Anstrengungen ein Heer gebildet, wie es seit den Kriegen unter Napoleon nicht dagewesen war. Die Kopfzahl seiner Mannschaften belief sich auf 30,000, wogegen die Herzogthümer nur 20,000 Bewaffnete hatten. Wurden die letztern von deutschen Reichstruppen unterstützt (Preußen, Hannoveranern, Badenern, Nassauern, Sachsen, Baiern, Würtembergern und Thüringern), deren Zahl während des Kriegs auf 45,000 vermehrt wurde, so hatten die Dänen den ungemeinen Vortheil einer Flotte, welche die Truppen bald auf diesen, bald auf jenen Punkt werfen konnte.

Im Kriegsrath zu Kopenhagen war ein gleichzeitiger Angriff von drei Seiten verabredet worden. Die geographische Lage der Herzogthümer schrieb ihn gewissermaßen vor. Wenn die Dänen die Stadt Eckernförde von Schiffen beschießen und nehmen ließen und von der Insel Alsen aus die Düppeler Schanzen besetzten, so bedrohten sie Kiel, Rendsburg, alle Verbindungen zwischen dem Süden und Norden und erleichterten den eigentlichen Schlag, der im Norden, von Jütland her, geführt werden sollte. Nach diesem Plan handelten sie, als der Waffenstillstand am 3. April 1849 ablief, und zwar eröffneten sie die Feindseligkeiten gleich an diesem Tage selbst. Im Norden nahmen sie die Stadt Hadersleben, um sie den anrückenden Reichstruppen wieder zu überlassen, von Alsen aus drangen sie über die Düppeler Schanzen vor, zogen sich aber ebenfalls zurück, als sie Reichstruppen vor sich sahen.

Zu dem Angriffe auf Eckernförde, dem man in Kopenhagen viel Wichtigkeit beilegte, hatte man ein ausgesuchtes Schiffsgeschwader gewählt. Das

Linienschiff Christian VIII., die Fregatte Gefion, beide zusammen mit 140 Geschützen des schwersten Calibers besetzt, eine Corvette, zwei Dampfschiffe und mehrere kleine Fahrzeuge, welche Landungstruppen an Bord genommen hatten. Der ganze Schutz der offenen Bucht von Eckernförde und der Stadt bestand in zwei aus Rasen erbauten Strandbatterien. Sie führten zusammen zwölf Geschütze, und die eine war so angelegt, daß ein Theil der Bucht ihrem Feuer entzogen war. Die Dänen ließen sich nicht träumen, daß ein so schwacher Feind den Kampf annehmen und zu ihrem Verderben durchführen werde.

Bei einem starken Ostwinde lief die dänische Flottille am 5. April in die Bucht ein. Das Gefecht schien für sie den günstigsten Gang zu nehmen. Die Vollkugeln und Bomben, welche sie Lage auf Lage abfeuerten, zerstörten in der einen Batterie, der Nordbatterie, drei Geschütze. Drei andere Geschütze dieser Batterie lagen so, daß die beiden dänischen Hauptschiffe von ihnen nicht bestrichen werden konnten, und die Nordschanze wirkte daher wenig auf das Gefecht ein. Die Südschanze hielt mit ihren vier Geschützen wacker aus. Ihr wackerer Befehlshaber, Preußer, hatte seine Kugeln glühend gemacht, und keiner seiner Schüsse ging fehl. Die Kugeln trafen die Schiffe wie Harpunen den Walfisch; man sah die fliegenden Splitter, die zerschossenen Taue. Plötzlich gab der Christian VIII. einem draußen liegenden Dampfschiffe Zeichen, ihn am Schlepptau herauszuholen. Der Dampfer gehorchte, gerieth in das Feuer der Nordbatterie und kehrte zerschossen um. In der dritten Nachmittagsstunde zog der dänische Admiral Paludan eine weiße Parlamentärflagge auf, und es trat eine kurze Waffenruhe ein. Inzwischen eilten vier Sechspfünder der Nassauer herbei und betheiligten sich an dem Kampfe, der eine Stunde später neu anhob. Sie bestrichen die Schiffe der Länge nach und rissen in der Mannschaft tiefe Lücken. Das feindliche Linienschiff hatte mit einer noch furchtbareren Gefahr zu kämpfen: es brannte im Raume. Nach einem zweistündigen Gefecht strichen beide Schiffe die Flagge. Man hatte 900 Gefangene gemacht und die Gefion, die schönste Fregatte der dänischen Marine dazu gewonnen. 250 Verwundete lagen noch auf dem Christian VIII., aus dessen Luken Rauch und Flammen hervordrangen. Um die verwundeten Feinde zu retten, eilte der edle Preußer mit mehreren gleichgesinnten Männern auf's Verdeck. Er beschäftigte sich mit den Gegenständen seiner Fürsorge, als das Feuer die Pulverkammer erreichte und ihn mit dem Schiff in die Luft schleuderte.

Die Begeisterung über den herrlichen Sieg wurde von den Diplomaten erstickt. Statt die Dänen zu vernichten, wozu sie nicht einmal ihre ganze Kraft gebraucht hätten, begnügten sich die deutschen Truppen mit der Besetzung von Schleswig. Ein Ueberschreiten der jütländischen Grenze hatte Rußland für einen Kriegsfall erklärt. Zwar erstürmten Hannoveraner, Sachsen und Baiern mit glänzender Tapferkeit die Düppeler Schanzen (13. April), allein der Uebergang nach der Insel Alsen, den die Stellung beherrschte, wurde ihnen untersagt. Die Insel, von der die Mitte der Herzogthümer bedroht wurde und die dänischen Truppen durch die Flotte auch nach andern Punkten abgeholt werden konnten, gehörte wegen ihrer strategischen Wichtigkeit zu den Landestheilen, welche die Diplomatie den Dänen vorbehalten hatte.

Es war zweifelhaft, ob wenigstens den Schleswig-Holsteinern das Ueberschreiten der jütländischen Grenze, vor der die Reichstruppen Halt zu machen hatten, gestattet sei. Ihr General, Bonin, ließ es auf den Unwillen der Diplomatie ankommen und machte die Probe. Dafür ließ man ihn allein vorgehen, ohne ihm durch nachgeschobene Truppen eine Deckung seines Rückzugs zu geben. Als er auf jütländischem Boden, bei Kolding, das er den Dänen abgenommen hatte, mit seinen 11,000 Mann von 20,000 Dänen angegriffen wurde, standen die nächsten deutschen Reichstruppen acht deutsche Meilen entfernt. Die Schlacht war ein Seitenstück zu Eckernförde. In einem Hohlwege und später in einem Gehölz schlugen sich drei Compagnien drei Stunden lang gegen den ganzen rechten Flügel der Dänen, obgleich sie, von einem mörderischen Kugelregen gezehntet, zuletzt 14,000 Mann gegen sich hatten. Ihr spartanischer Muth verschaffte dem Haupttreffen Zeit, die in Kolding eingedrungenen Dänen durch Batterien zum Wanken zu bringen und dann mit dem Bajonnet zu verjagen. Hier siegreich, verstärkte Bonin seinen linken Flügel und brachte auch dort die Dänen zum Weichen.

Nicht zum Vortheil der schleswig-holsteinischen Sache rückten die Reichstruppen nun über die jütländische Grenze nach. Sie erbaten sich die Verfolgung der Geschlagenen, und das Resultat war, daß der dänische General Rye unangetastet zu seinen Schiffen gelangte. Das kleine Heer der Herzogthümer schickte man weiter vor, gegen Fridericia, eine unbedeutende Festung, die aber für sie schwer zu nehmen war, da es kein Mittel gab, dem Ort die Verbindung mit dem Meer abzuschneiden. Bonin gehorchte dem Befehl,

schloß die Festung von der Landseite ein und umgab sie mit Schanzen, die so fehlerhaft angelegt waren, daß sie auf keinem Punkte in Verbindung standen und zwischen zwei Brigaden ein leerer Raum von einer Stunde Breite blieb. Die Warnungen, die im Kriegsrath gegen das Beibehalten einer solchen Stellung laut wurden, beachtete Bonin nicht, selbst das machte ihn nicht bedenklich, daß feindliche Bewegungen vorkamen, die unverkennbar eine Recognoscirung seiner Werke waren, und daß ihm gemeldet wurde, dänische Schiffe hätten auf der Insel Alsen Truppen eingeschifft. Nicht von dieser Insel allein, auch von Fühnen waren Verstärkungen in die Festung geschafft und die Besatzung dadurch auf 25,000 Mann gebracht worden. In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli fiel die ganze Streitkraft der Dänen aus. Obgleich überfallen und in langen Linien vertheilt, leisteten die Schleswig-Holsteiner den entschlossensten Widerstand. In die meisten Schanzen gelangten die Dänen erst beim vierten Sturme, und einige hielten sich noch, nachdem sie bereits von allen Seiten umzingelt waren. Der linke Flügel, der die ganze Wucht des ersten dänischen Anpralls zu fühlen hatte, wurde gänzlich zersprengt, zum Theil abgeschnitten und gefangen. In der Mitte wurde Mann gegen Mann gekämpft, und die Schlacht wogte auch hier lange hin und her, bis die Uebermacht siegte. Der rechte Flügel hatte in seiner weit entfernten Stellung bloß einen Scheinangriff zu bestehen gehabt und erreichte das Schlachtfeld, als Nichts mehr gut zu machen war. Am Mittag desselben Tages hatte das geschlagene Heer sich bereits wieder gesammelt. Es ließ 300 Todte oder Verwundete und 1500 gefangene auf dem Wahlplatze. Die Dänen hatten ihren General Rye und 1300 Todte oder Verwundete verloren.

Am 10. Juli erreichte die Kunde von dieser Niederlage der Schleswig-Holsteiner Berlin und an demselben Tage wurde dort ein preußisch-dänischer Waffenstillstand abgeschlossen. Die Bedingungen desselben deuteten das Schicksal vor, das den armen Herzogthümern beschieden war. Man trennte sie gänzlich von einander, übergab das Herzogthum Schleswig einer besondern Verwaltung, in die ein dänischer, ein englischer und ein preußischer Bevollmächtigter eintraten, und zog eine schleswigische Demarcationslinie. Der nördlich liegende Theil wurde schwedischen, der südliche preußischen Truppen zur Obhut übergeben. Die Truppen der Herzogthümer hatten sich nach Holstein zurückzuziehen. Hinzugefügt waren dem Waffenstillstandsvertrage Friedensprälimi-

narien des Inhalts, daß Schleswig von dem Herzogthum Holstein getrennt eine abgesonderte Verfassung erhalten solle, welche indessen der politischen Verbindung, welche Schleswig an die Krone Dänemarks knüpfe, keinen Eintrag thun dürfe.

Friedenspräliminarien wie diese wären unbedingt unmöglich gewesen, wenn die Ansichten der Regierungen nicht eine von der früheren diametral verschiedene Richtung genommen hätten. Die Schleswig-Holsteiner wurden nicht mehr als das aufgefaßt, was sie wirklich waren, als conservative Vertheidiger altbegründeter Verfassungsverhältnisse gegen die Uebergriffe einer in Kopenhagen übermächtigen Demokratie, sondern als Rebellen gegen ihren legitimen Herrscher, denen Hülfe zu leisten eben so viel heiße, als sich von der Revolution in's Schlepptau nehmen zu lassen. Die deutschen Regierungen beeilten sich, ihre Truppen aus den Herzogthümern zurückzuziehen, und Jedermann gestand sich mit Bangigkeit, daß die deutsche Sache an der nordischen Grenzmark würde preisgegeben werden, preisgegeben in einer Zeit, die den Gedanken deutscher Einheit und deutscher Größe allen andern voranstellte. Denn noch hielten die Monarchen selbst an einer deutschen Verfassung fest, nur mit dem Unterschiede, daß sie das Werk für rechtswidrig hielten, wenn es nicht mit der freien Zustimmung aller Glieder des Reichs geschaffen werde. Die Zeit der Vereinbarung war da, und es mußte sich nun zeigen, ob oben die Eintracht herrschen werde, die unten gefehlt hatte.

Damit ein Anhalt für die Verhandlungen gewonnen werde, einigten sich die Monarchen von Preußen, Sachsen und Hannover über eine Verfassung. In den meisten Punkten stimmte sie mit der Parlamentsverfassung wörtlich überein und namentlich ertheilte sie dem Gagern'schen Programm eines Erbkaisers und des vorläufigen Ausschlusses von Oesterreich aus Deutschland ihre Zustimmung. Ihre wichtigsten Abweichungen äußerten sich darin, daß sie den Einzelstaaten mehr und dem Volk weniger Einfluß auf die Gesetzgebung einräumte. Die Frankfurter Verfassung hatte dem Particularismus ein Staatenhaus bewilligt. Die Verfassung der drei Könige behielt dasselbe bei und fügte ein Fürstencollegium hinzu, dem hinsichtlich der innern Politik etwa dieselben Befugnisse eingeräumt wurden, welche der Landesherr in constitutionellen Staaten ausübt. Die Bestimmungen über die Mittel des innern Verkehrs wurden der Reichsgewalt übertragen, die Ausführung dagegen den Einzelstaaten zugewiesen. Außerdem setzte die octroyirte Verfassung zwei neue

von den Fürsten zu ernennende Behörden ein: einen Verwaltungsrath und ein Bundesschiedsgericht. Der Verwaltungsrath, dessen Attribute unbestimmt gelassen wurden, hatte jedenfalls den Zweck, Verständigungen der Regierung über Gesetze und politische Maßregeln zu erleichtern. Das Schiedsgericht war in gewissem Sinne der alte Bundestag, denn es sollte alle diejenigen Beschwerden erledigen, welche als Veranlassung von Störungen der innern Sicherheit zur Sprache kämen. Eine erläuternde preußische Note bezeichnete das Gericht als das Mittel, das unruhige Drängen zu mäßigen und die stürmische Thätigkeit der großen Versammlungen, deren Ueberschreitung jedes Staatsleben zu Grunde richten müsse, in den Schranken zu halten. Das angehängte Wahlgesetz behielt das allgemeine Wahlrecht dem Namen nach bei, um es durch verschiedene einzelne Bestimmungen, dreijährigen Aufenthalt im Wahlkreise, Bürgerrecht in der Gemeinde u. s. w., zu beschränken. Es wurden mittelbare Wahlen beliebt und die Wähler nach ihrem Vermögen in drei Classen getheilt, so daß die Masse der wenig Begüterten der dritten Classe nicht mehr Gewicht gehabt haben würde, als die wenigen Hochbesteuerten der ersten Classe. Die in Aussicht gestellten Gesetze über die Vereine und die Presse sollten ihr Augenmerk auf die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und die Rechte Dritter richten.

Diese Verfassung würde im Vergleich zu dem alten Bundestage ein unermeßlicher Fortschritt gewesen sein, wenn sie nicht mit zwei Mängeln behaftet gewesen wäre. Der eine dieser Mängel war der Ausschluß Oesterreichs, der andere das Ueberwiegen Preußens in dem engern Bunde, den die Verfassung geschaffen haben würde. Das Fürstencollegium wurde so beschränkt, daß die wichtigsten politischen Fragen, namentlich Krieg und Frieden, Verträge mit auswärtigen Staaten und die Controle der auswärtigen Politik, seinen Beschlüssen entrückt waren. Preußen nahm für sich den Oberbefehl über die ganze Kriegsmacht, die Eidleistung aller Reichsgenerale für den König von Preußen als Reichsvorstand, die Ernennung der Feldherren und Generale der selbständig auftretenden Truppenkörper, der Reichsfestungscommandanten und Festungsbeamten, die Verfügung über die Reichsfinanzen nach verfassungsmäßigen Bestimmungen, die alleinige Leitung der auswärtigen Politik, den alleinigen Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten, den Vorsitz im Fürstencollegium, das absolute Veto in der Gesetzgebung, die Ernennung aller Reichsminister, aller Beamten und Vollzugsbehörden, endlich

das alleinige Kriegs- und Friedensrecht. Das war mehr als eine Hegemonie.

Die Verblendung der gemäßigten Mehrheit der Paulskirche war noch keiner Erkenntniß der Zustände, wie sie jetzt lagen, gewichen. Ihre Mitglieder wiegten sich in dem doppelten Irrthum, daß Preußen ihre Unterstützung wünsche und daß durch ihr Ansehen die Zustimmung der andern Regierungen zu dem Entwurf der drei Könige zu erlangen sein werde. Hundertundsechzig von ihnen — nur sechs aus Baiern, je drei aus Baden und Würtemberg und zwei aus Hessen-Darmstadt — versammelten sich in Gotha. Sie hätten vorher wissen können (durch eine amtliche Erklärung der baierischen Regierung), daß zwei der drei Königreiche, die den Bund vom 26. Mai 1849 geschlossen hatten, im Begriff seien, von demselben abzufallen, daß Sachsen den Vorbehalt ausgesprochen habe, seine Zustimmung zurückzuziehen, wenn es sich zeigen sollte, daß die süddeutschen Staaten, insbesondere Baiern, den Beitritt versagten, und daß Hannover verletzt sei, weil Preußen dem österreichischen Staat nicht einmal für die Zukunft eine Stelle in der Verfassung offen gehalten und die hannöverischen Vorschläge hinsichtlich der Besetzung der höchsten Stellen nicht beachtet habe. In Gotha erfuhren die Versammelten weiter, daß Preußen ihre Bemühungen ungern sehe. Kein preußischer Beamter hatte Urlaub erhalten, und auch General v. Radowitz, der Vertreter des Königs und sein Rathgeber in Sachen der deutschen Politik, blieb aus. Die Berathungen dauerten drei Tage (26. bis 28. Juni 1849) und endeten mit dem Beschlusse, für das Zustandekommen eines Reichstags, also auch für Betheiligung an den Wahlen, zu wirken.

Von dieser Versammlung an erhielten die Kaiserlichen den Namen der gothaischen Partei. Sie bildeten bloß noch einen Bruchtheil der großen Ordnungspartei, die in Frankfurt und wo es sonst noch galt gegen die Wühler und Hetzer sich zusammengeschlossen hatte. Viele ihrer Genossen waren auf die Seite der Regierungen zurückgetreten, die sie nur im höhern Interesse der Erhaltung der Monarchie auf Augenblicke verlassen hatten, viele hatten sich von der Unhaltbarkeit des preußischen Erbkaiserthums überzeugt, viele im Unmuth über das Scheitern ihrer Bestrebungen der politischen Thätigkeit entsagt. Die noch zurückblieben, waren den feindlichsten Beurtheilungen ausgesetzt und mußten sich von allen Seiten Verrath vorwerfen lassen. Die ehemalige Linke erinnerte an die schriftliche Zusage der Kaiserlichen, in keine

Aenderung der Reichsverfassung einwilligen zu wollen, die nun gebrochen worden sei, der Particularismus schob ihnen die Absicht einer Mediatisirung aller übrigen deutschen Staaten zu Gunsten Preußens unter. Besonders hart traf der Vorwurf der Großdeutschen, daß eine Partei, die sich vorzugsweise die deutsche nenne, die preußische Politik unterstütze, welche auf die Gewinnung der Mainlinie, also auf ein Zerreißen Deutschlands in zwei Hälften, hinauslaufe. Daß die Kaiserlichen für eine Verfassung, die außer ihnen von Jedermann verworfen und bald auch von der Mehrheit ihrer Urheber aufgegeben wurde, einzustehen fortfuhren, beweist allerdings Muth, ob auch staatsmännische Weisheit, ist eine andere Frage.

Bis zu Ende des Augusts hatten alle die kleineren Staaten, welche die Reichsverfassung angenommen hatten, ihren Zutritt zu dem Bunde der drei Könige entweder erklärt oder in nahe Aussicht gestellt. Würtemberg verweigerte seine Zustimmung, und zwar in der schroffsten Form. „Die unparteiische Geschichte wird es einst nicht verschweigen," so lautete eine Stelle in der Thronrede, mit der die neuen Kammersitzungen eröffnet wurden, „welche Zwecke und welche Leidenschaften das Bündniß vom 26. Mai gestiftet haben. Die Größe und die Einigkeit der Nation haben Nichts mit ihm gemein, auf die Volkssympathien kann es keinen Anspruch machen, es ist ein künstlicher Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesammtheit berechnet, und eben deshalb in der Mitte von den drei größten Landmächten ohne Aussicht auf Bestand in den Tagen der Gefahr. Die Durchführung dieses Bündnisses würde nicht zu vollbringen sein ohne einen offenen Bundesbruch und ohne eine wissentliche Verletzung jener feierlichen Tractate, worauf unsre Stellung und unsre Unabhängigkeit gegen Europa, sowie das politische Gleichgewicht Europas überhaupt beruht."

Die Einberufung des Reichstags, der der neuen Verfassung die Weihe gebe, verzögerte sich auf eine bedenkliche Weise. Man hoffte in Berlin auf einen Beitritt der süddeutschen Staaten, über den Verhandlungen mit Baiern schwebten. Dieser Staat, der sich seit dem Vertrage von Ried zuweilen als Großmacht fühlt und wegen seiner Stellung im deutschen Süden Beachtung verdient, würde beigetreten sein, wenn die preußische Politik dem Fürstencollegium die Reichsgewalt übertragen und Baiern außer dem Gesandtschaftsrecht die zweite Rolle in jenem Collegium eingeräumt hätte. Als dieses Alles in Berlin abgeschlagen wurde, gab der Minister von der Pfordten die

endgültige Erklärung ab, Baiern sehe sich außer Stand gesetzt, dem Vertrag vom 26. Mai beizutreten und den demselben beigefügten Entwurf einer Reichsverfassung unverändert anzunehmen. Da auf einen Beitritt der süddeutschen Staaten nunmehr nicht weiter zu rechnen war, so lösten Sachsen und Hannover ihr Bündniß mit Preußen, da es ihnen nie in den Sinn gekommen sei, einen sogenannten engern Bund zu bilden, ihr Beitritt vielmehr einem Bunde aller Staaten, in dem für Oesterreich ein Platz bleibe, gegolten habe.

War das preußische Cabinet der Aufnahme Oesterreichs in den neuen Bund grundsätzlich entgegen, so strebte es um so eifriger nach einer Verständigung. Sie erfolgte indessen, da die Ansprüche sich auf's Feindlichste gegenüberstanden, nur in so weit, daß die beiden Staaten eine gemeinschaftliche Leitung der allgemeinen deutschen Angelegenheiten einrichteten. Kraft eines Vertrags vom 30. September 1849 wurde die Centralgewalt des Bundes einem Ausschusse übertragen, zu dem Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder stellten. Die Dinte auf dem Papier des Vertrags war kaum eingetrocknet, als schon Streit über die Bedeutung des Verabredeten entstand. Oesterreich sah in dem Centralausschusse ein Wiederanknüpfen an den alten Bundestag, der auf den Verträgen von 1815 unwiderruflich fuße und durch den mißlungenen Verfassungsversuch von 1849 nicht vernichtet worden sei, während Preußen die Ansicht verfocht, daß von der alten Bundesverfassung Nichts weiter als das die deutschen Staaten vereinigende Band stehen geblieben sei.

Zu Anfang des Jahres 1850 wurde ein neuer Hebel angesetzt, den Bund Preußens mit den kleineren Staaten zu sprengen. Am 27. Februar wurde ein Verfassungsentwurf veröffentlicht, der von Baiern, Sachsen, Würtemberg und Hannover ausging. Als Centralgewalt erschien darin ein Directorium, neben dem eine Volksvertretung stand. Das Directorium sollte aus sieben Mitgliedern bestehen, nämlich aus Oesterreich, Preußen, Baiern, Würtemberg, Sachsen, Hannover und den vereinigten Hessen. Den kleinern Staaten war es freigestellt, einem dieser Staaten sich anzuschließen. Die Volksvertretung sollte bestehen aus hundert Abgeordneten aus Oesterreich, hundert aus Preußen und hundert aus den übrigen deutschen Staaten. Oesterreich wollte dem Bunde nicht mit seinen deutschen, sondern mit allen Provinzen beitreten, unter dem Vorbehalte jedoch, daß die deutschen Grundrechte nicht anerkannt würden. Grade die Aufrechterhaltung dieser Grundrechte machte

Würtemberg zur Bedingung seiner Theilnahme, und Hannover nahm daran Anstoß, daß Ungarn, Kroaten, Italiener, Galizier in einer deutschen Volksvertretung mitstimmen sollten, und daß ein Staatenhaus fehle.

Preußens Haltung war im Laufe der diplomatischen Verhandlungen, in die auch Rußland mit drohender Stimme sich einmischte, so unsicher und schwankend geworden, daß die Gothaer Partei die Einberufung des Reichstags nach Erfurt als eine entscheidende That begrüßte. Die Wahlen waren an den meisten Orten Minoritätswahlen, denn die demokratische Partei vermied die Wahlurnen, weil die Reichsverfassung des Parlaments die einzige zu Recht bestehende sei. Während sie vollzogen wurden, bewegten sich österreichische Truppen gegen die schlesische, russische gegen die posensche Grenze hin. Die Versammlung, die am 20. März 1850 ihre Berathungen eröffnete, zeigte eine andere Mischung als die Frankfurter. Man sah auf den Stühlen dieser Gesetzgeber in beiden Häusern 7 Herzöge, Fürsten und Prinzen, 6 Minister im Amt, 8 Minister außer Dienst, 16 Staats- und Ministerialräthe, 45 Justizbeamte, 2 Schuldirectoren, 22 Officiere, 69 höhere Verwaltungsbeamte, 27 Professoren, 25 Gutsbesitzer, 13 Kaufleute, Gewerbtreibende und Aerzte und 7 Geistliche. Alle, die nicht im Geheimniß der höhern Politik waren, glaubten dem Willen der preußischen Regierung gemäß zu handeln, wenn sie die Verfassung in Bausch und Bogen annähmen, hörten aber mit Verwunderung, daß eine solche Handlungsweise das Verfassungswerk nicht erleichtern, sondern erschweren, ja vielleicht gefährden werde. Der Verfassungsentwurf erschien seinen eigenen Urhebern als viel zu freisinnig, und ihre Organe in beiden Häusern nahmen keinen Anstand, offen zu erkären, daß der Entwurf zu Boden fallen werde, wenn man der Verfassung nicht den Charakter eines starken Schirms gegen die Revolution gebe und der Centralgewalt so viel Macht beilege, daß sie die kleineren Staaten schützen könne. Dieser Drohung gelang es, die freisinnige Mehrheit gefügig zu machen. Wesentliche Bestimmungen, namentlich der Grundrechte, wurden geopfert und durch den Beschluß, daß es den Regierungen freistehe, von den Vorschlägen der Versammlung anzunehmen, was ihnen beliebe, dem nächsten Parlament der Weg zu weiterer Nachgiebigkeit offen gehalten. Dennoch schickten die ministeriellen Blätter Berlins der Versammlung, als sie am 29. April aus einander ging, feindliche und höhnende Worte nach.

In dem Streit und Wirrwarr, den Dreikönigsbund und Vierkönigs-

bund, Bundestag und Union, Centralausschuß und Verwaltungsrath erregten, rüstete sich Schleswig-Holstein zu seinem letzten Waffengange. Das Land wußte sehr genau, daß Deutschland, Preußen voran, es geopfert habe. Ehe die Feindseligkeiten begannen, hatte das Berliner Cabinet, von russischen Mahnungen in die Enge getrieben, mit Dänemark einen Separatfrieden geschlossen und seine Nachgiebigkeit so weit getrieben, eine Clausel zu streichen, in der das Recht Deutschlands auf die Herzogthümer in allgemeinen Ausdrücken gewahrt wurde. Dieser Vertrag war am 18. April, also am Vorabend des Schlusses der Erfurter Versammlung, angebahnt worden und am 2. Juli wurde er definitiv abgeschlossen.

Freiwillige strömten den Herzogthümern in Menge zu, aber auch hier trat die umgewandelte Politik der Regierungen schwächend und lähmend ein. Die Statthalterschaft zu Kiel sah sich gezwungen, die sich Anmeldenden nach Vergangenheit und politischer Gesinnung streng zu mustern und die Demokraten zurückzuweisen. Auch die Geldmittel aus Deutschland würden reichlicher geflossen sein, wenn man nicht gewußt hätte, daß man sich durch Spenden Verdächtigungen aussetze. Ja, der Statthalterschaft wurde von Preußen untersagt, in Südschleswig Steuern zu erheben, und als die äußerste Noth der Schleswiger unter dem Druck einer ihre Kräfte knickenden Landesverwaltung die Regenten Holsteins zu dem Entschlusse trieb, marschiren zu lassen, eilte ein preußischer Diplomat ersten Ranges, General v. Rauch, persönlich nach Kiel und gab zu bedenken, ob Schleswig-Holstein einem Conflict mit Rußland, Frankreich und England, der in diesem Falle unvermeidlich sei, gewachsen sein werde. Die Dänen durften aus Schleswig Hülfsmittel ziehen, der Statthalterschaft war diese Quelle verschlossen.

Die Geschichte ertheilt ihre Warnungen umsonst. So eindringlich sie lehrt, daß, wer Krieg führt, auf das Schwert und nicht auf die Feder vertrauen soll, wurde die Statthalterschaft nicht müde, Friedensversuche zu machen, und versäumte darüber Manches, was später nicht mehr nachzuholen war. Das Heer hätte auf 40,000 Mann gebracht werden können und zählte nur 27,000, es fehlten hundert Officiere und auch Geschütze hatte man zu wenig. Mit der Wahl eines Generals wurde so lange gezögert, daß man die umsichtigste Erwägung der geeignetsten Persönlichkeit hätte erwarten sollen, und mit einem Male erschien an der Spitze des Heeres der General v. Willisen, ein Mann, der vortrefflich über den Krieg geschrieben hatte und die tiefste

Kenntniß der Generalstabswissenschaft besaß, allein durchaus kein praktischer Soldat und mit den besondern Eigenschaften des schleswig-holsteinischen Soldaten völlig unbekannt war. Mit seinen preußischen Verbindungen hatte er gebrochen, mit seinen preußischen Erinnerungen nicht. Die an der Spree nicht unbeliebte Verschmelzung des Diplomaten und des Generals erfüllte alle seine Gedanken. In seinem Heer sah er keine Waffe, den Feind zu vernichten, sondern ein Instrument zur Erleichterung diplomatischer Erfolge. In allen seinen auf das Heerwesen bezüglichen Anordnungen verrieth er den Theoretiker, wie er zum Beispiel seinem System zu Liebe den Bataillons- und Compagnieverband, den er vorfand und in den der Soldat sich hineingelebt hatte, auflöste.

Gleich die Stellung, die General Willisen nach der Eröffnung des Krieges (14. Juli) einnahm, war ein arger und Alles verderbender Fehler. Die Dänen hatten sich getheilt; die eine Hälfte ihres Heeres stand auf der Insel Alsen, die andere in Jütland. General Willisen hatte es in seiner Macht, nach Flensburg vorzurücken, in welchem Falle er die Dänen getrennt haben würde. Statt dessen blieb er in Idstedt stehen und sah Gewehr im Arm zu, wie sie sich vereinigten, Flensburg, die wichtigste Stadt in Schleswig, besetzten, ganz Angeln bis zur Schlei einnahmen und ihre Husaren bis nach Husum streifen ließen. Aus diesem groben Fehler machte er sich noch ein Verdienst. In seinem ersten Armeeberichte sagte er wörtlich: „Dürften nur militärische Rücksichten über das entscheiden, was zunächst zu thun ist, so wäre Nichts vortheilhafter, als die Bewegung schnell bis Bau fortzusetzen und so dem Feinde seinen wahrscheinlichen strategischen Aufmarsch zu stören. Es scheint aber angemessen, diesen großen militärischen Vortheil zu opfern, um die Aufrichtigkeit der Gesinnung, welche eine friedliche Lösung stets gewollt hat und noch will, auf das Unwiderleglichste darzuthun."

Willisen nahm eine Stellung bei Idstedt. Sie war gut, denn der ganze linke Flügel war durch die Treene und ihre Sümpfe, der rechte durch den Langensee gedeckt. Warf Willisen in der Mitte beim Idstedter Kruge und in dem Passe zwischen dem Idstedter und Langensee, den der Feind nicht erobern durfte, ohne daß die ganze Linie in Gefahr gerieth, Verschanzungen auf, so konnte er die Dänen, obgleich sie um 11,000 Mann und 18 Geschütze stärker waren, ruhig erwarten. Die neun Tage, in denen er diese Stellung

ungestört besetzt hielt, gewährten ihm hinlänglich Zeit dazu, aber er versäumte diese wichtige Maßregel.

Die Spitzen der dänischen Colonnen zeigten sich am 24. Juli. Sie griffen zugleich in der Mitte und auf dem linken Flügel an. An der Treene vertheidigten hundert Jäger die Fähre von Sollbrück den ganzen Tag gegen mehrere dänische Bataillone, bei Idstedt wurden die Dänen noch entschiedener geworfen. Für den folgenden Tag zogen sie ihre Hauptkräfte nach der Mitte, und soviel erkannte Willisen wenigstens, daß er hier den eigentlichen Stoß werde auszuhalten haben. Er entwarf seinen Schlachtplan so, daß drei Fünftheile seines Heeres Idstedt vertheidigen und zwei Brigaden des rechten Flügels, die übrigens getrennt waren, den angreifenden Dänen in die Flanke fallen sollten. Um drei Uhr Morgens fielen die ersten Kanonenschüsse. Das Centrum hielt sich vortrefflich, und die beiden Brigaden des rechten Flügels mußten nun vorgehen. Bloß die eine unter Horst that es, die zweite unter Abercron erhielt keine Befehle und blieb stehen. Horst hatte den Langensee auf einer schwachen Laufbrücke zu überschreiten, die für nicht mehr als zwei Mann neben einander Raum darbot. Im unaufhaltsamen Vordringen sprengte er, was ihm von Feinden gegenüber stand, und wenn jetzt Abercron kam, so war der linke dänische Flügel vernichtet. Allein Abercron kam nicht, und da jetzt eine frische dänische Brigade Horst in den Rücken ging, so mußte er zurückkehren. An der schmalen Laufbrücke gerieth seine Abtheilung in Unordnung und er verlor an tausend Gefangene.

Inzwischen entwickelten die Dänen immer neue Massen, um bei Idstedt durchzudringen. Um ein westlich gelegenes Gehölz, der Buchholz genannt, wurde mit Wuth gekämpft. Dreimal erobert und dreimal verloren, wurde es zuletzt von den Dänen behauptet. Das schleswig-holsteinische Centrum stand ungebrochen, und die Dänen litten durch sein Geschützfeuer auf eine furchtbare Weise. Es war die Mittagsstunde, und an einem Erfolge verzweifelnd, gab ihr Befehlshaber Weisung, daß das Gepäck nach Flensburg zurückgehe und der linke Flügel eine Stellung rückwärts nehme. Um den Rückzug des Centrums zu decken, sollten die Garden einen letzten Angriff ausüben. Indessen die Vorbereitungen dazu getroffen wurden, erhielt Willisen die Meldung, daß zwei dänische Bataillone in seinem Rücken ständen. Die Nachricht war falsch, die Schüsse, die man hörte, kamen von einer schwachen dänischen Plänklerlinie, die vom Buchholz aus vorgegangen war. Willisen

hielt sie aber für richtig, schwächte seine Mitte um zwei Bataillone, die er gegen einen gar nicht vorhandenen Feind abgehen ließ, und gab zugleich zwei Batterien den Befehl zum Rückzug. In diesem Augenblick machten die dänischen Garden ihren Angriff. Man hatte ihnen nur vier Kanonen entgegenzusetzen, und dennoch wichen die Feinde vor dem sprühenden Feuer dieser halben Batterie dreimal zurück. Um das Unglück voll zu machen, ging den vier Geschützen der Schießbedarf aus und sie wurden bei einem vierten Angriff genommen. Dieser Verlust bedingte die Aufgabe der Stellung, und da die dänische Garde auch den Paß zwischen dem Idstedter und dem Langensee, den Willisen während des Kampfes vergessen hatte, besetzten, so mußte das Centrum noch weiter zurück (25. Juli).

Das Schlachtfeld war verloren gegangen, aber die Dänen hatten weit mehr Leute eingebüßt, als die Schleswig-Holsteiner, 3800 gegen 2800, und waren in hohem Grade erschöpft. Sie staunten selbst über ihren Sieg und dachten an keine Verfolgung. Willisen kannte jetzt die ruhige Tapferkeit seiner Soldaten und mußte schon bei Schleswig, in einer Stellung, die mindestens so stark wie die Idstedter war, Halt machen. Aus Gründen, über die er sich nie gerechtfertigt hat, nahm er sein Heer bis an die Sorge zurück, um den Rückhalt der starken Festung Rendsburg zu gewinnen. Er gab auf diese Weise das Herzogthum Schleswig mit Eckernförde, mit dem Dannewirke und mit allen seinen Hülfsmitteln Preis.

In keiner der Befestigungsarbeiten, welche die Dänen unternahmen, wurden sie von Willisen gestört. Zwei Monate flossen dahin, ohne daß die Waffenruhe anders als durch unbedeutende Plänkelgefechte gestört wurde. Ein kühner Schlag hätte die drohende Wolkenwand, die am politischen Horizont gegen die verlassenen Herzogthümer heranzog, wie mit einem Blitzstrahl zerstreuen können, aber Willisen hütete sich wohl, diesen Schlag zu führen. Als er endlich dem allgemeinen Drängen nach einer That nicht mehr auszuweichen vermochte und einen Angriff auf den befestigten Schleiübergang bei Missunde anordnete, verwendete er dazu nicht die halbe Armee, wie er hätte sollen, sondern ein einziges Bataillon, dem zwei andere als Rückhalt dienten. Trotz alledem wurde der Schleiübergang erzwungen. In vollem Lauf warfen sich die wackern Jäger auf den diesseitigen Brückenkopf, erstürmten ihn mit dem Bajonnet, nahmen die Brücke, die Befestigungen auf dem andern Ufer und verjagten den Feind auch aus Eckernförde (12. und 13. September). Die

uneinnehmbare Stellung der Dänen beim Dannewirke war nun umgangen, die Möglichkeit, ja die höchste Wahrscheinlichkeit eines entscheidenden Siegs vorhanden, doch Willisen ließ die Sieger über die Schlei zurückgehen.

Man sollte es für unmöglich halten, daß eine Handlungsweise dieser Art noch überboten werden könne, und doch geschah es. Ein zweiter Angriff wurde anbefohlen und so geleitet, daß er scheitern mußte. Die Dänen hatten die Vertheidigungsmittel, welche die Natur um Friedrichsstadt in einem Fluß und Sümpfen anhäufte, durch Schanzen und Batterien stark vermehrt, eine Seite aber doch vernachlässigt. Am stärksten besetzt und verschanzt hatten sie den Damm, der auf der Ostseite zur Stadt führt. Grade an diesem Punkte wurde ein Angriff der Schleswig-Holsteiner befohlen. Mit dem halben Leibe im Wasser, vor sich Deiche mit nassen Gräben, Schanzen und Außenwerke mit Pallisaden, Alles unberührt und Alles von Geschützen und Gewehren starrend, ließen sie sich zur Schlachtbank führen und unterlagen natürlich. Während sie ihr Blut verschwendeten, hatte ein Hauptmann Tönningen genommen und berichtete an das Hauptquartier, daß er Friedrichsstadt erobern könne, wenn man ihm Verstärkungen schicke. Das Hauptquartier schickte ihm den Befehl zum Rückzuge (4. October). Zwei Tage später bat Willisen um seine Entlassung. Er motivirte sein Gesuch durch den Angriff auf Friedrichsstadt, der gegen seinen Willen erfolgt sei, und nahm es zurück, als die Statthalterschaft ihm das Zugeständniß machte, daß er sich fortan auf die Vertheidigung beschränken dürfe. So waren den Herzogthümern die Hände gebunden, und ihr Schicksal den Cabinetten überlassen. Diese hatten bereits entschieden, daß sie untergehen sollten und daß Deutschland, in dessen Namen und in dessen eigensten Interessen ihre Erhebung erfolgt war, das Todesurtheil zu vollziehen habe.

Der unselige Zwiespalt Preußens und Oesterreichs hatte durch den Erfurter Reichstag neue Nahrung erhalten. Die unfruchtbaren Berathungen desselben hatten noch nicht ganz ihr Ende erreicht, als Oesterreich einen diplomatischen Gegenzug that und zu Berathungen der Regierungen in Frankfurt am Main einlud, deren Zwecke die Bildung einer neuen Centralgewalt und die Revision der Bundesacte sein sollten. Preußen protestirte dagegen zwar und lud die Unionsfürsten nach Berlin ein, legte aber bei dieser Versammlung eine so matte Haltung an den Tag, daß die Verbündeten nichts weniger als die Ueberzeugung erlangten, ihr Haupt werde ihnen die Sicherheit eines

festen Bundes gewähren. So wenig der Erfurter Reichstag eine Verfassung gebracht hatte, so wenig führte dieser Unionscongreß zur Bildung einer Regierung. Die provisorische Regierung, welche eingesetzt wurde, rettete nicht einmal den Schein und täuschte Niemand darüber, daß Preußen, wenn ihm nicht von Außen eine unverhoffte Hülfe komme, die Union fallen lassen werde. Benutzte auch keiner der Verbündeten die Freiheit des Austritts, die ihnen in Berlin gewährt wurde, so ahmten doch die mächtigeren das preußische Beispiel nach, sich den Rücken frei zu halten.

Vielleicht ließ sich der Kaiser von Rußland überzeugen, daß die Union, indem sie Preußens Macht vermehre, den Frieden nicht bedrohe und der Revolution keinen Vorschub leiste. Der Versuch wurde in Warschau gemacht, wohin der Kaiser Nikolaus sich begab. Der Prinz von Preußen führte die preußische, Fürst Schwarzenberg die österreichische Sache. Der kaiserliche Schiedsrichter fällte seinen Spruch nach den Interessen seiner Politik. Er verwarf sowohl die Union als den Gesammteintritt Oesterreichs, weil er weder eine Machtvermehrung Preußens noch eine Bundesgarantie für die außerdeutschen Provinzen des Kaiserstaats wollte. Sein offenbares Hinneigen zu dem letztern war für das Wiener Cabinet ein Wink zu kräftigerer Thätigkeit. Am 2. September 1850 wurde der Bundestag für neu begründet erklärt. Bevollmächtigte von Oesterreich, Sachsen, Baiern, Würtemberg, Hannover, beiden Hessen, Luxemburg, Mecklenburg-Strelitz und einigen kleinern Staaten hielten an jenem Tage die erste Sitzung. Preußens Protest wurde nicht beachtet.

Kurhessen zählte noch zu den Unionsstaaten. Seine geographische Lage zwischen den beiden großen Hälften des preußischen Staates machte seine Losreißung vom engern Bunde besonders wichtig. Der leitende Minister Hassenpflug, obgleich der preußischen Regierung wegen dargebotenen Asyls und großmüthiger Unterstützung hundertfach verpflichtet, bot bereitwillig die Hand dazu. Die Union hatte ihre Stütze in dem Landtage und mit diesem begann der Minister daher einen Streit, dessen siegreicher Ausgang ihm zugleich die Beseitigung einer verhaßten Verfassung verhieß. Die Art, wie er den Conflict herbeiführte und unterhielt, zeichnet den Mann. Ohne ein Budget aufzustellen, forderte er von zwei ständischen Verwaltungen hinter einander die Ermächtigung zu provisorischer Steuererhebung. Beide bewilligten ihm die indirecten Steuern und versagten die directen Abgaben. Nachdem auch der

zweite Landtag aufgelöst war, erklärte der Minister das Land, das in tiefster Ruhe der weitern Entwicklung harrte, plötzlich in Belagerungszustand (7. September). Die Steuern sollten trotz des ständischen Beschlusses forterhoben werden, allein die Behörden verweigerten zu der Verfassungswidrigkeit ihre Mitwirkung. Die Ruhe wurde auch dadurch nicht gestört, daß man hörte, daß der Kurfürst und sein Minister Kassel in der Nacht vom 12. auf den 13. September verlassen hätten. Von Wilhelmsbad aus machte die Regierung bekannt, daß sie den Bundestag um Hülfe angegangen habe, die verkannte kurfürstliche Autorität herzustellen, und daß dieser sich vorbehalten habe, alle zur Wiederherstellung und Sicherung des gesetzlichen Zustandes erforderlich werdenden Anordnungen zu treffen.

Der Urheber der Union, General v. Radowitz, leitete seit dem 29. September als Minister die auswärtigen Geschäfte Preußens. Der ganzen Sachlage nach war die äußere Politik der Angelpunkt, um den für Preußen sich Alles drehte. In Berlin sah man die Dinge aber anders an und ließ zwei erklärte Unionsgegner, v. Stockhausen und v. Manteuffel, in ihren Ministerien des Kriegs und des Innern. Radowitz schickte energische Noten in alle Welt, und Stockhausen entließ zu derselben Zeit die ausgedienten Mannschaften, den dritten Theil des Heeres. Aus solcher Haltlosigkeit mußte eine Niederlage werden. Radowitz sah sich so schlecht unterstützt, daß er die provisorische Unionsregierung nicht wieder erneuerte und seine Anstrengungen auf Erhaltung des Bündnisses mit den beigetretenen Staaten und die Beilegung des hessischen Conflicts beschränkte. Er war hier wie dort unglücklich. Der Unionsstaaten, die sich von dem engern Bunde leise losmachten, wurden mehrere, und der Kurfürst von Hessen erklärte, Preußens Vermittlung zur gesetzlichen Beilegung des Streits mit den Ständen nicht annehmen zu können, da die Entscheidung beim deutschen Bundestage liege. Von Bregenz, wo die Monarchen von Oesterreich, Baiern und Würtemberg sich zusammengefunden hatten, war ihm die Zusicherung geworden, daß 200,000 Mann binnen Kurzem in Bereitschaft sein würden, seine Autorität herzustellen.

Zum zweiten Male suchte Preußen in Warschau Rath und Hülfe. Die gewiegtesten Diplomaten begaben sich nach diesem Sitze des europäischen Areopags: Fürst Schwarzenberg, Graf Nesselrode, Baron Meyendorf, Graf Brandenburg und General v. Rochow. Die preußischen Vorschläge waren

von der größten Nachgiebigkeit eingegeben und wurden doch kalt angehört und verworfen. Preußen sollte Alles, Alles aufgeben, was es seit 1848 angestrebt hatte. Das konnte Graf Brandenburg nicht bewilligen und kehrte mit dem Tode im Herzen nach Berlin zurück, wo der Tod ihn bald von dem Stachel der Warschauer Demüthigung erlöste.

Die verbündeten Baiern und Oesterreicher hatten den Ausgang der Warschauer Verhandlungen nicht abgewartet. Der 1. November war der Tag der Rückkehr des Grafen Brandenburg nach Berlin und des Einmarsches der Baiern und Oesterreicher in Hessen. Die letzte Nachricht überraschte in Berlin dergestalt, daß Radowitz den Befehl zum Einrücken der preußischen Truppen in Hessen durchsetzte. Nun war man mit den bewaffneten Demonstrationen zu Ende, und es fragte sich, ob man es auf das Aeußerste ankommen lassen wolle. Radowitz vertrat den Standpunkt des Zurückdrängens der Baiern und Oesterreicher, Manteuffel rieth zum Nachgeben. Nach zweitägigen Berathungen (2. und 3. November) gab der König für die letzte Ansicht den Ausschlag. Radowitz hatte sein Amt niedergelegt und war nach Erfurt abgereist, als plötzlich alle Zeichen wieder auf Krieg deuteten. Durch das rücksichtslose Drängen seiner Gegner, daß die Preußen eiligst Hessen verlassen sollten, wahrhaft empört, erließ der König den Befehl der Mobilmachung der ganzen Armee einschließlich der Landwehr und ertheilte seinem Befehlshaber in Hessen die Weisung, fortan bloß nach militärischen Rücksichten zu verfahren. General v. Gröben gehorchte, stieß bei Bronzell auf baierisch-österreichische Vorposten und lieferte ihnen ein Gefecht, bei dem vier oder fünf Soldaten verwundet wurden (8. November). Der Hauptkörper der Bundestruppen rückte nun vor, fand aber die preußischen Stellungen und das zunächst rückwärts liegende Land verlassen. Nicht lange, und es gab in Hessen keine andere von den Preußen besetzte Punkte mehr, als ihre durch das Land führenden Etappenstraßen.

Hatte Preußen die Absicht, für seine Ansprüche das Schwert zu ziehen, so mußte es auffallen, daß es sich in strategischer Beziehung in eine Lage gebracht hatte, deren Nachtheile nicht wieder gut zu machen waren. Die Aufstellung seiner Truppen wäre selbst in einem abgerundeten Reiche für den Angriff wie für die Vertheidigung unwirksam gewesen, und war es um so mehr in dem weitgedehnten preußischen Gebiete. Die Bundestruppen waren an den geeignetsten Punkten vereinigt worden. 25,000 Mann Oesterreicher mit

einer Nachhut von 20,000 Mann hatten zwischen Augsburg und Nördlingen ein Lager bezogen, 20,000 Baiern bedrohten die Verbindung zwischen den beiden Hälften der preußischen Monarchie, 130,000 Oesterreicher hatten sich in Mähren und Böhmen zusammengeballt, um im Kriegsfall mit unwiderstehlicher Wucht auf Breslau, auf Berlin zu drücken. 30,000 Sachsen, deren Vortruppen hart an die Grenze vorgeschoben waren, würden als Seitenflügel dieses großen Heeres in Thätigkeit getreten sein. Preußischerseits hatte man keinen größeren Truppentheil vereinigt als den in Baden stehenden. Mit einer Offenherzigkeit, die angesichts des Krieges seltsam bezeichnend war, sagte die „Neue preußische Zeitung," das Organ der Partei, welche den Kriegsminister v. Stockhausen zu den Ihrigen zählte: „Von der ganzen Armee war nur das Corps in Baden in der Verfassung, dem Feinde entgegengeführt zu werden. Die ganze Armee war so aus einander gesprengt, daß die Mobilmachung, wenn wir im Laufe des Novembers überfallen wurden, gar nicht mehr möglich war. Wir konnten den Krieg nur mit Cadres und zusammengerafften Haufen führen. Wir hätten froh sein müssen, wenn wir einen Theil des Fußvolks retteten, Reiterei und Geschütz mußten wir dahingeben."

Diese Wehrlosigkeit des Staats war einer der Haupthebel, den eine Partei des preußischen Hofes immer wieder ansetzte, so oft sie einen Funken von Energie aufleuchten sah. Die zum Frieden und mithin zur Nachgiebigkeit riethen, waren mächtiger als irgend ein anderer Bevölkerungstheil des Landes. Sie hielten die wichtigsten Ministerien, fast alle Hofstellen, die bedeutendsten Commandos im Heer besetzt, sie hatten enge Verbindungen mit den alten Alliirten, namentlich mit Rußland, sie vertraten die Grundsätze des heiligen Bundes und rühmten sich, nicht mit Unrecht, daß sie der Revolution in Preußen einen stärkeren Widerstand geleistet hätten, als der Beamtenstand. Weil sie in Preußen die Reaction weiter, als bis jetzt geschehen war, fortzuführen gedachten, verwarfen sie die Union, weil sie die Schonung, wenn nicht Förderung der freisinnigen Grundsätze der Gothaer aufnöthigte. Die Schleswig-Holsteiner und die Hessen galten ihnen für Rebellen. Hatte man ihnen Versprechungen gemacht, so durfte man sie unbeschadet der Ehre brechen, „weil jeder Pact mit der Revolution ungültig und nichtig ist."

Was sich dem Hinwegdrängen Preußens von der Basis des Jahres 1848 und der Union entgegensetzte, hatte keine andere Folge als jene Fels-

blöcke, die im Bett eines vollen Stromes liegen. Die Wasser rauschen an ihnen auf, und wenige Schritte jenseits des Hindernisses fließen sie mit glatten Wellen weiter. So war es mit dem Strom der Reaction, der im preußischen Staatsleben fluthete. Es kommt Nichts darauf an, wie oft die Regierung in vollem Ernst oder um den Schein zu retten Halt machte, genug sie ließ sich fortreißen. In Olmütz schloß sie unter Assistenz eines russischen Gesandten in einer persönlichen Zusammenkunft der Minister Schwarzenberg und Manteuffel ihren Frieden mit Oesterreich. Preußen gab seine Union stillschweigend auf, denn des freien Unirungsrechts der deutschen Staaten, auf dessen Anerkennung die preußischen Staatsmänner bis zuletzt bestanden hatten, geschah im Vertrage keine Erwähnung. Dafür machte Oesterreich das Zugeständniß, daß es den Eintritt Preußens in den deutschen Bund nicht weiter forderte. Die Neugestaltung der deutschen Verfassungsverhältnisse sollte in Dresden von einer Ministerialconferenz besprocheu werden. Kurhessen wurde von Preußen im Stich gelassen, Schleswig-Holstein geopfert. Die Vertreter der beiden größten Staaten verpflichteten sich, die Statthalterschaft zur Entwaffnung zu zwingen und bei der dänischen Regierung dahin zu wirken, daß sie in Schleswig nicht mehr Truppen aufstelle, als zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erforderlich seien.

Preußen schickte den General v. Thümen, Oesterreich den Grafen Mensdorf-Pouilly behufs Ausführung der Olmützer Beschlüsse nach den Herzogthümern. Die Bevollmächtigten fanden weder die Statthalterschaft noch die Bevölkerung in der Stimmung, ihr sonnenklares Recht zu Boden werfen zu lassen. Man war einig, wenn Alles verloren sei, wenigstens mit dem Schwerte in der Hand unterzugehen. Es war möglich, daß ein Sieg selbst in diesem Augenblicke noch eine Wendung herbeiführe, und das mußte und sollte versucht werden. Da trat die Ungunst des Himmels dazwischen. Ein unaufhörlicher Regen machte die Wege ungangbar und umgab die dänischen Stellungen mit tiefen Sümpfen. Ein österreichisches Heer war im Anzuge, und gegen dieses konnten die deutschen Herzogthümer nicht kämpfen. Sie unterwarfen sich ihrem Schicksal, die Entwaffnung wurde vollzogen, Alles war beendet. Preußische Pioniere schlugen die Brücke, auf der die 20,000 österreichischen Executionstruppen über die Elbe gingen. Die österreichische Politik war für diesen Ausgang nicht verantwortlich zu machen. Man hatte den Kaiserstaat zuerst aus Deutschland hinausdrängen und ihn dann auf eine

untergeordnete Stellung herabdrücken wollen. Er zeigte nun seine Macht, und zwar in einer Frage, bei der er unmöglich für die Herzogthümer Partei nehmen konnte, ohne den auflösenden Tendenzen seiner eigenen Volksgruppen Recht zu geben. Was Schleswig-Holstein fordern durfte, eine Personalunion, war dasselbe, was Oesterreich, auf seine größeren und verwickelteren Verhältnisse angewendet, den Untergang bereiten würde.

Die Dresdener Conferenzen waren das Resultat eines jener Vergleiche, welche auf Kosten von Dritten abgeschlossen werden. Die kleineren Unionsstaaten, die bis zuletzt bei Preußen ausgehalten hatten, empfanden dies. Alle Projecte eines Neubaues, die in Dresden aufgestellt wurden, waren auf ihre Mediatisirung hinausgelaufen. Der Vorschlag, der am meisten Aussicht auf Erfolg besaß, weil Preußen und Oesterreich sich über ihn verständigt hatten, lief darauf hinaus, beim Bundestage einen engern Rath aus elf Stimmen zu bilden, in dem Oesterreich und Preußen je zwei, die vier Königreiche je eine, die beiden Hessen die neunte und alle übrigen Staaten zwei Stimmen erhalten sollten. Einem solchen Stimmenverhältniß zogen die kleinern Staaten die Rückkehr zum alten Bundestage, in dem sie über die Mehrheit der Stimmen verfügt hatten, um so mehr vor, als von einer Volksvertretung bei der Centralgewalt. die immerhin einen Schirm vor Mißbrauch der Stärke gegen den Schwachen abgegeben haben würde, überall keine Rede mehr war. Das Parlament war zuletzt zu einem Vergleich gelangt, durch den die Einheitsfrage wohl oder übel einen Abschluß erhielt, die Dresdener Conferenzen fanden dieses Ziel nicht. Sie schlossen daher ohne alles Resultat, nur daß man in den Berathungen ein „schätzbares Material" zu späterer Benutzung gewann. Der Zustand vor 1848 wurde wieder hergestellt, also derselbe Bundestag, von dem der preußische Minister v. Manteuffel noch in einem Rundschreiben an die Regierungen vom 12. December 1850 die üble Nachrede gehalten hatte, „es sei seit Jahrzehnten von allen wahren Freunden des Vaterlands peinlich empfunden worden, wie der Bundestag nur in sehr geringem Maße den Ansprüchen, die man an seine Wirksamkeit nach Innen und Außen richten dürfte, entspreche, daß er die deutschen Staaten nicht innig genug verbinde, Edles und Gemeinnütziges nicht kräftig fördere, die Gesammtheit gegen das Ausland nicht so lebendig und entscheidend vertrete, als die Masse der vorhandenen geistigen und materiellen Kräfte wie die Erinnerungen an die Vorzeit mit vollem Rechte erheischen, und einen Zustand

der Zerrissenheit erhalte, von dem es sich 1848 gezeigt habe, wie wenig er geeignet sei, Stürmen zu widerstehen und den Einzelstaaten Schutz zu gewähren."

Rußland machte sich ohne Zögern für seine Beihülfe zu der Schlichtung des deutschen Verfassungsstreits bezahlt. Es legte sich mit der unzweideutigsten Zustimmung des Cabinets von Kopenhagen eine entscheidende Stimme bei der Ordnung der dänischen Erbfolge bei. Ein Familienübereinkommen, das angeblich die Zustimmung aller bei jener Erbfolge Betheiligten erhalten haben soll, bahnte die Wege zu einem sogenannten Warschauer Protocoll vom 24. Mai (5. Juni) 1851, das thatsächlich ein Vertrag zwischen Rußland und Dänemark war. Dieser Vertrag beseitigte alle Zwischenlinien zwischen der jetzigen herrschenden Linie, welche demnächst aussterben wird, und dem russischen Herrscherhause bis auf die des Prinzen Christian von Glücksburg, dessen männliche Descendenz auf sechs Augen steht. Nachdem dies erreicht war, zog die russische Freundschaft Preußen und Oesterreich zu einer Londoner Conferenz herbei, an der außerdem England, Frankreich, Schweden und Dänemark Antheil nahmen. Die Besprechungen fanden ihren Ausdruck in einem Vertrage vom 19. Juni 1852, der den Grundsatz aufstellte, daß die Aufrechthaltung der Integrität der dänischen Monarchie, die sich an die allgemeinen Interessen des Gleichgewichts der europäischen Mächte knüpfe, für die Erhaltung des Friedens von hoher Bedeutung sei, und daß eine Anordnung, durch welche die Erbfolge in allen dänischen Besitzungen mit Ausschluß der Frauen der Hauptlinie anheimfalle, das beste Mittel sei, die Integrität dieser Monarchie zu garantiren, weßhalb die Mächte sich geeinigt hätten, den auf die Erbfolge bezüglichen Anordnungen des Königs von Dänemark durch einen Act europäischer Anerkennung ein neues Pfand der Stabilität zu verleihen. Auch dieses Protocoll erkannte in dem Prinzen Christian von Glücksburg Denjenigen, auf welchen nach dem Aussterben des directen Mannesstammes Friedrich's III. die Krone übergehe. Es wurde in dem letzten Artikel ausdrücklich angenommen, daß die Rechte und gegenseitigen Verpflichtungen des Königs von Dänemark und des deutschen Bundes in Beziehung auf die Herzogthümer Lauenburg und Holstein durch den Londoner Vertrag keine Veränderung erlitten.

So hatte denn die deutsche Zwietracht die Aussicht erreicht, Rußland als Besitzer von Holstein und Lauenburg im deutschen Bunde zu sehen.

Für den dänischen Uebermuth war es eine gerechte Strafe, daß ein im Namen der scandinavischen Idee, mit andern Worten für die Erhaltung und Kräftigung der drei nordischen Reiche unternommener Krieg nur mit russischer Hülfe hatte durchgeführt werden können, und daß der Preis dieser Unterstützung keine einzelne Provinz, sondern die Anwartschaft auf das ganze Reich war.

Zehntes Kapitel.

Frankreich. — Die provisorische Regierung. — Tumulte und Clubs. — Das Arbeiterparlament. — Die Staatswerkstätten. — Die Communistenbewegungen vom 17. März und vom 16. April. — Die verfassunggebende Versammlung. — Barbès' Handstreich vom 15. Mai. — Verschwörung der Communisten. — Der Juniaufstand. — Die Dictatur Cavaignac's.

In den beiden nächsten Jahren, welche auf ihre Niederlage folgten, rechnete die europäische Demokratie mit blinder Zuversicht auf eine Gestaltung der französischen Verhältnisse, welche sie vom Boden erhebe und in die Gewalt einsetze. Die Phrase: „Ein Augenblick kann Alles umgestalten!" wurde von ihr zur Devise erkoren. Hätte die Erbitterung der geschlagenen Partei einen ruhigen Umblick gestattet, so würde sie gesehen haben, daß die französische Republik bereits vier Monate nach ihrer Geburt den Todesstoß erhalten habe, und daß die Schuld dort wie überall in den Republikanern selbst liege. In der That hatten die Franzosen in den vier ersten Monaten der Republik ein solches Sturzbad von Tollheit, Rohheit und Gemeinheit über ihre Köpfe ausgegossen erhalten, und der tiefe Abgrund, in den verrückte Parteien den Staat, die Kirche, die Gemeinde, die Familie, das Eigenthum und Alles, was mit diesen Stützen der Cultur Zusammenhang hat, hineinreißen wollten, war ihnen in so greller Beleuchtung gezeigt worden, daß nicht bloß die, deren Erhaltungstrieb auf die Behauptung des materiellen Besitzes beschränkt ist, sondern auch Alle, denen die geistigen Güter der

Menschheit theuer sind, mit Angst und Besorgniß erfüllt worden waren und der Republik fluchen gelernt hatten.

Die provisorische Regierung hatte mit Verlegenheiten zu kämpfen, unter denen ihre Zusammensetzung aus verschiedenen Parteien nicht die geringste war. Dupont de l'Eure und Garnier Pagès gehörten zu den wortreichen und gutmüthigen Fortschrittsmännern, die es mit der Achtung der sittlichen Würde im Menschen ernstlich meinen und die Gesellschaft glücklicher und besser machen wollen, ohne daß sie mit Gewißheit sagen können, wie dies anzufangen sei. Armand Marrast, Arago und Marie glaubten amerikanische Republikaner zu sein, obgleich sie die Autorität und die Centralisation so stark betonten, daß man sie in jedem Lande mit Selbstregierung verwundert angestaunt haben würde. Flocon und Ledru Rollin vergötterten das jacobinische System von 1793 und waren nicht übel entschlossen, das moderne Frankreich nach den Grundsätzen und mit den Mitteln der Schreckensmänner aus der ersten Revolution zu regieren. An Ledru Rollin schlossen sich zwei andre Männer an, Sobrier und Caussidière, die sich im Augenblick des Siegs in den Besitz der Polizeipräfectur gesetzt und dort behauptet hatten. Damit es der provisorischen Regierung auch an Socialisten nicht fehle, hatte sie Louis Blanc und Albert, einen bis dahin gänzlich unbekannten Mann aus dem Arbeiterstande, zu Mitgliedern.

Leute von so abweichenden Standpunkten vermochten sich über gewisse allgemeine Verfügungen zu verständigen, aber ein einmüthiges Handeln, aus dem Energie und Consequenz hervorgehe, war ihnen nicht möglich. Sie thaten Alles, was in ihrer Macht stand, indem sie die Ruhe oberflächlich und nothdürftig erhielten. Hier trat nun Larmartine mit seiner eigenthümlichen Persönlichkeit vermittelnd und beruhigend ein. Es war im Grunde nichts als Phrase ohne Inhalt, was er bei öffentlichen Festen und Aufzügen, bei Straßenversammlungen, bei dem Eindringen tobender Rotten in die Berathungszimmer der Regierung, in gedruckten Ansprachen und Verfügungen täglich und stündlich bot, allein der lyrische Schwung seiner Worte stimmte zu der Aufregung des Moments, und je vieldeutiger seine Reden sich auslegen ließen, um so weiter ging ihre Wirkung. Hob er nicht einen Gegensatz auf, senkte er nicht eine Wurzel des Baumes der Republik tiefer in die Erde, so verlängerte er doch den Waffenstillstand, der nach dem 27. Februar eingetreten war. Vor Allen erwarb er sich das Verdienst, die rothe Fahne, die sich dem

Staat fast schon aufgedrungen hatte, abzuwehren. Diese That verschaffte ihm bei den ruhigen und redlichen Leuten ein ungemessenes Ansehn. Hätte man in diesen Kreisen gewußt, daß der Gefeierte, um ganz „das Oel zu sein, welches alle Reibungen zwischen den Parteien mildert und jeden Bruch verhütet", mit den Führern der äußersten Gruppen Händedrücke austausche und sie oft gewähren lasse, so würde man seine Verehrung für ihn herabgestimmt und einer Friedensliebe, die den gemeinschaftlichen Gegner kräftigt, mißtraut haben.

Die ersten Verfügungen der provisorischen Regierung waren ein Gemisch von republikanischen und socialistischen Grundsätzen. Die Annahme der Devise der ersten französischen Republik: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Abschaffung der Todesstrafe, die Aufhebung des Adels, die Entlassung Aller, welche wegen politischer oder Preßvergehen gefangen saßen, waren republikanische Maßregeln, die Aufhebung der Schuldhaft, die Erklärung, daß der Staat verpflichtet sei, dem Arbeiter durch Beschaffung von Arbeit seine Existenz zu sichern, die Auszahlung der fälligen Million der Civilliste an die Arbeiter und die Errichtung von Nationalwerkstätten waren socialistische Maßregeln. Die Arbeiter stellten nach allen diesen Verfügungen neue Anforderungen, und man bewilligte ihnen unter dem Namen eines Regierungsausschusses für die Arbeiter eine höchste Behörde, welcher das Gesetz die Aufgabe stellte, das Loos der Arbeiter zu verbessern.

Bei der Vertheilung der Aemter bedachten die Machthaber ihre Freunde mit Ausschluß aller Derjenigen, welche nicht von je her zu ihrer Partei gehört hatten. Alle Aemter in der Hauptstadt und bis zu den fernsten Winkeln der Provinzen wurden mit Republikanern von gestern besetzt. Daß nicht alle die Leute, welche Zeugnisse langbewährter Gesinnungstüchtigkeit aufzuweisen hatten, für ihr neues Amt paßten, war natürlich. Es kamen aber schlimmere Mißgriffe, als die Anstellung von Untüchtigen vor. Namentlich die Bevollmächtigten, welche Ledru Rollin als Minister des Innern in die Provinzen schickte, damit sie vorläufig die Stellen der Präfecten und Unterpräfecten versähen, bestanden zum Theil aus übel berufenen Subjecten, die von den Departements zurückgewiesen wurden.

Die Finanznoth war nicht zu besiegen. Im ersten Augenblicke war sie so drohend, daß Goudchaux, ein erfahrener Banquier und persönlich achtbar, den Staatsbankerott erklären wollte. Was man statt dessen beliebte, war

ein halber Bankerott. Man gab den Noten der Bank Zwangsumlauf und schöpfte aus der Bank, die ein Privatinstitut war, ja selbst aus den Sparcassen, denen jede baare Zurückzahlung von Beträgen über 100 Franken untersagt wurde, erhöhte die Steuern, die zugleich vorausbezahlt werden mußten, und bot die Krondiamanten, die Güter der Civilliste und einen Theil der Staatswaldungen zum Verkauf aus. Mit diesem Allen fristete man sich bloß von Tag zu Tag.

Indem man der untersten Classe mit werkthätiger Liebe sich annahm, sah man gelassen zu, wie der große Verkehr, der den Arbeitern allein dauernd Nahrung zu verschaffen im Stande ist, verkümmerte. Das Sinken der fünfprocentigen Rente bis auf 59½ Franken gibt uns einen genügenden Maßstab für die Entwerthung aller Papiere. Die Actien besonders der Gesellschaften, die mit der Herrichtung der Anstalten, von denen sie sich Einkommen versprachen, noch nicht fertig waren, verloren in einem solchen Grade, daß sie schlechthin unverkäuflich wurden. Mehrere der größten Handelshäuser brachen zusammen, Hunderte stellten ihre Arbeiten ein oder beschränkten sich auf die Hälfte, das Drittheil, die Fremden wanderten in Schaaren aus, der Verdienst hörte für viele Tausende von Menschen auf.

Als Trost für seine Verarmung hatte der Pariser Bürger die Orgien und Drohungen der Revolution. Er sah und hörte sie zu jeder Stunde, am Tage und in der Nacht. Aus jedem unbedeutenden Straßenauflauf wurde durch Hetzer eine politische Demonstration gemacht. Man hielt diese Menschen für Agenten Caussidière's, weil sie niemals verhaftet wurden. Abends wurden am Thor St. Denis und im Quartier St. Martin Versammlungen gehalten, in denen die wildesten Redner auftraten. Senkten sich die Schatten der Nacht tiefer auf die ruhende Stadt, so brach man mit Fackeln und mit dem Gebrüll von Revolutionsliedern und Gassenhauern auf, um den reicheren Stadttheilen Besuche zu machen. Wo der Zug erschien, da mußten die Häuser beleuchtet werden. Freudenmädchen marschierten in Menge mit und übten sich halbnackt für die Rolle ein, die ihre Genossinnen von 1793 als Göttinnen der Vernunft, der Freiheit u. s. w. gespielt hatten. Marrast war als Maire von Paris der einzige Gewalthaber, der gegen diese Scheußlichkeiten ernstliche Verordnungen erließ, die übrigens nicht ausgeführt wurden.

Die Urheber der Tumulte bei Tage und der Orgien bei Nacht waren Jedermann bekannt. Sie saßen in den Clubs, die wie Pilze aus der Erde

geschossen waren. Es ist eine bezeichnende und für die Zukunft des Landes wenig tröstliche Wahrnehmung, daß die Franzosen mit dem Vereinswesen nie etwas anzufangen gewußt haben. Sie führen den Grundsatz der Vergesellschaftung ruhmredig im Munde, und wenn sie einen Anlauf nehmen, ihn zur Ausführung zu bringen, so wird entweder ein unentwirrbarer Knäuel schreiender und gesticulirender Menschen daraus, oder häufiger ein Trabantenthum, das sich an einen einzelnen Ehrgeizigen anſetzt. Die letzte Art von Clubs war nach der Februarrevolution die häufigste. Jeder der hervorragenden Ultrarepublikaner und Socialisten hatte seinen Verein, in dem er als Orakel galt. Raspail beherrschte die brüderliche Centralgesellschaft, Barbès den Revolutionsclub, Blanqui die republikanische Centralgesellschaft, Cabet den ikarischen Club, Huber den Club der Clubs, der für alle Volksgesellschaften einen Mittelpunkt abgab. Man zählte zwischen 200 und 300 Clubs, welche alle von ihren Mitgliedern ein Eintrittsgeld und Monatsbeiträge erhoben, mithin über nicht unbeträchtliche Geldmittel verfügten, alle in den Provinzen ihre Zweiggesellschaften und ihre Correspondenten hatten. Auch die Frauen hatten Vereine gestiftet, durch die sie für ihr Geschlecht politische und bürgerliche Rechte zu erstreiten gedachten.

Die Clubs waren Ablagerungen der gefährlichsten Menschenclassen und des blutigsten Wahnsinns. Aller Bodensatz, den das Volksleben einer großen Stadt nach unten hin absetzt, fand sich hier zusammen. Wie diese Menschen, die in ruhigen Tagen in Schlupfwinkeln auf Beute lauern, wagten sich Grundsätze an's Licht, die in andern Zeiten augenblicklich der Aechtung verfallen würden. Die Freiheit wurde so gedeutet, daß jeder gesetzliche Zwang, der die Leidenschaften und die Willkür des Einzelnen beschränken wolle, eine nichtswürdige Tyrannei sei, die Gleichheit so, daß kein Vorzug des Geldes, der Bildung mehr geduldet werden dürfe, die Brüderlichkeit so, daß der Besitzende Alles, was nicht zur Nothdurft des Lebens gehöre, an den Nichtbesitzenden abtrete und daß so lange getheilt und wieder getheilt werde, als es noch arbeitsame Menschen gebe, die von den faulen Schreiern geplündert werden könnten. In diesen verrückten Lehren waren die ultrarepublikanischen und socialistischen Clubs alle einig, und die Unterschiede zwischen ihnen beruhten nur auf der mehr oder minder rohen Durchführung, welche hier und dort empfohlen wurde. Verließen sich Fanatiker wie Raspail und Cabet auf die sittliche Wirkung ihrer utopischen Pläne, der nur im Nothfall durch

eine Straßenschlacht nachzuhelfen sei, so verwiesen die „Gefräßigen" unter dem Bürger „Rippenbrecher" und die „Geier" unter dem Bürger „Haifischkopf" von vorn herein auf das Beil als einzig ausgleichendes Mittel.

Wie die Clubs so die Zeitungen. Die gemäßigten Blätter der früheren Monarchie, wie das Journal de Debats, sprachen mit gedämpfter Stimme wie aus Winkeln, und selbst republikanische Organe, wie der National, waren jetzt weit überholt. Die neuen Blätter, „Republik," „Wahre Republik," „Volksfreund" u. s. w. waren mit wenigen Ausnahmen roth oder blutroth und der getreue Wiederhall der Brüllstimmen der Clubs. Mit den traurigsten und entehrendsten Erinnerungen trieben diese Blätter einen wahren Cultus. Was Marat aus seiner schmutzigen Höhle ausgespieen, was Babeuf in seinem Fieberwahn gefunden hatte, das wurde hervorgezogen und den Parisern als die reifste Frucht des philosophischen Jahrhunderts dargeboten. Die getreueste Nachahmung des alten Schreckenssystems war der Gipfelpunkt, zu dem Frankreich sich erheben mußte.

Man brauchte nicht überängstlich zu sein, um sich bei dem Anblick dieses gräulichen Treibens mit Bangigkeit zu fragen, welche Mittel die provisorische Regierung zum Schutz der Gesellschaft besitze. Die Widerstandskräfte waren in der That nicht sehr bedeutend. Das Heer hatte man bis auf einige Abtheilungen aus Paris entfernt, die verhaßte Polizeiwache aufgelöst. Allerdings hatte man Pariser Wächter, eine republikanische Garde und bei vier Behörden eigene Schutzwachen von 800, 500, 300 und 600 Mann, aber alle diese neuen Körper waren aus Patrioten gebildet worden, von denen Niemand sagen konnte, ob sie bei einer Revolution die Barricaden stürmen oder vertheidigen würden. Die größere Schöpfung der Mobilgarde hatte sich noch nicht bewährt. Man hatte sie etwa 24,000 Mann stark gemacht und sie ganz und gar aus der unruhigen, nach politischer Aufregung und nach Straßenkämpfen dürstenden Pariser Jugend gebildet. Es war möglich, daß die Mobilgarde für die Regierung leistete, was ihre Soldaten bis dahin für die Revolution geleistet hatten, aber es war mindestens eben so möglich, daß ihre alten Traditionen bei ihnen die Oberhand behielten. Die Nationalgarde war sehr zahlreich geworden, bis auf 150,000 Mann gewachsen. War sie noch zuverlässig, nachdem Tausende von Feuerköpfen in sie eingetreten waren?

Ehe in einer der entscheidenden Fragen Klarheit gewonnen war, ehe man

wußte, was sich von der Mobilgarde und von der Nationalgarde erwarten lasse, zog die provisorische Regierung für die rothe Republik ein Heer groß. Sie genehmigte ein Arbeiterparlament und errichtete Staatswerkstätten. Die erste Idee entsprang dem Kopf des kleinen Louis Blanc und wurde mit Pomp in's Werk gesetzt. Der Palast des Luxemburgs, in dem zur Zeit Ludwig Philipp's die vergoldeten Sessel der Pairs gestanden hatten, wurde den Abgeordneten des letzten Standes eingeräumt. Hier erörterte Louis Blanc sein System, durch das er die beiden ergiebigsten Quellen des Lasters, Armuth und Selbstsucht, zu verstopfen versprach. „Die Regierung," so lauten dessen Hauptgrundsätze, „muß als Leiterin der Production anerkannt und demgemäß mit einer großen Gewalt bekleidet werden. Sie errichtet in den Hauptzweigen der Nationalindustrie Gesellschaftswerkstätten und erläßt Gesetze für dieselben. Zur Arbeit in den Werkstätten werden alle sittlichen Arbeiter berufen. Alle Jahre ist der Nettogewinn zu berechnen und in drei Theile zu theilen. Den einen bekommen in gleichen Summen die Gesellschaftsmitglieder, der andere dient zur Unterhaltung der Greise, der Kranken und Schwachen, so wie zur Uebertragung etwaiger Krisen in andern Industriezweigen, da diese einander insgesammt Hülfe und Beistand schuldig sind, der dritte endlich wird zum Ankauf von Werkzeugen für diejenigen bestimmt, welche sich der Gesellschaft anzuschließen wünschen. Die Capitalisten werden zur Vergesellschaftung gezogen und erheben die vom Budget verbürgten Interessen des von ihnen vorgestreckten Capitals."

Das Arbeiterparlament im Luxemburg war viel zu roh, um dem Reformator der Arbeit die mehreren Unmöglichkeiten nachweisen zu können, die sein System in sich aufgenommen hatte. Niemand fragte, ob es denn angehe, daß die Casse des Staats, die sonst von den Bürgern gefüllt wird, umgekehrt die Bürger ernähre, ob denn die Unterhaltungsmittel so in's Unendliche vermehrt werden könnten, daß man sie, indem man sie dem Staat in Form von Steuern gebe, von ihm in Form von Arbeit, Lohn und Gewinn zurückempfange, ob es zur Wohlfahrt des Volks führen könne, wenn man dem öffentlichen Aufwande, statt ihn zu vermindern, noch unberechenbare Vermehrung in Aussicht stelle, und wie lange es dauern werde, daß die Reichen und Besitzenden die 2000 Millionen Franken aufzubringen im Stande seien, die man bedürfe, um 25 Millionen Menschen eine Mehreinnahme von nur 25 Centimes täglich zu gewähren? Das Parlament interessirte sich ausschließlich

für die eine Frage der Gleichheit der Löhne, die von den Fleißigen und Geschickten verneinend, von den Andern bejahend entschieden wurde.

Man hatte Staatswerkstätten eingerichtet und konnte das System mithin einer Prüfung unterwerfen. Socialisten hatten die Organisatiom auf ihre Weise eingerichtet, das heißt hierarchisch und militärisch. Da gab es einen Oberleiter für das Ganze, in jedem Bezirk bestanden Vorsteher, außerdem Befehlshaber der Compagnien, Rotten und Brigaden, Aufseher und Lohnauszahler, kurz ein Heer von Beamten und einen überladenen Mechanismus, der Straflosigkeit für Unterschleife versprach. Jeden Morgen zogen die Brigaden einzeln mit ihren Fahnen in die Werkstätten und kehrten Abends eben so zurück. Was sie zwischen diesen beiden Umzügen an Arbeit verrichtet hatten, verdiente diesen Namen nicht. Die Leute waren theils schon Bummler, theils wurden sie in den Staatswerkstätten dazu gemacht. Ein solches Leben gefiel den Arbeitern, und fast alle ließen sich einschreiben. Ihre Zahl wuchs nach und nach auf 150,000, und dieses furchtbare Heer, das noch dazu eine militärische Organisation hatte, stellte sich gewiß der rothen Republik zur Verfügung, sobald der Staat den unvermeidlichen Schritt der Aufhebung der Staatswerkstätten zu thun den Muth fand.

Ob die rein politische Republik sich halten oder ob sie in die sociale übergehen werde, das war der Alles entscheidende Punkt. Mit den politischen Republikanern vereinigten sich die monarchischen Parteien, mit den Rothen das ganze Gesindel von Paris, alle die Proletarier, die hinsichtlich ihrer Erhaltung von Tag zu Tag auf die Gunst des Augenblicks rechnen, alle die entlassenen Sträflinge und sonstigen Verbrecher, die von Betrug, Diebstahl und Raub lebten, eine durch Zahl und Verwegenheit furchtbare Masse. Man stand sich nach Ständen gegenüber, der Arbeiter als neue Jacquerie gegen alle andern. Der Conflict zwischen den beiden großen Gruppen mußte kommen und Alles rüstete zu ihm. Vorläufig maß man in Demonstrationen die gegenseitigen Streitkräfte. Die erste ging von einer kleinen Anzahl Ordnungsmännern aus und hatte einen kläglichen Charakter. Eine Verfügung der Regierung, daß die durch Bärenmützen ausgezeichneten Voltigeurs- und Grenadiercompagnieen der Nationalgarde aufzulösen seien, hatte die bürgerliche Eitelkeit so gekränkt, daß die Beleidigten die Erhaltung ihrer Privilegien zu ertrotzen beschlossen. Sie zogen, nur 1500 bis 1800 Mann stark, vor das Stadthaus, fanden dort zehnfach stärkere Reihen von Arbeitern aufgestellt und

mußten verhöhnt umkehren. Dieser Vorfall wäre nichtig gewesen, wenn die Arbeiter sich nicht aufgefordert gefühlt hätten, nächsten Tags (17. März) zu zeigen, wie viel größer ihre eigne Anzahl sei. Blanqui drängte sich an die Spitze, um aus der Demonstration einen Handstreich gegen die Regierung zu machen.

Die Menschenmenge, die am Mittag des 17. März von den elysäischen Feldern nach dem Stadthause strömte, war unabsehbar. Man hat sie auf 100,000, auch 150,000 Köpfe geschätzt. Vorn marschierten die Clubs mit ihren Fahnen und zum Theil mit Jacobinermützen. Am Gitter des Stadthauses machte man Halt, und eine Abordnung, deren Sprecher Blanqui war, begab sich zu der Regierung. Glücklicherweise entfiel dem gefährlichen Volkstribun im entscheidenden Augenblicke der Muth. Er hatte seinen Leuten den Sturz der gemäßigten Regierungsmitglieder versprochen, falls sein Verlangen, die Wahlen zur Nationalversammlung aufzuschieben, nicht erfüllt werde. Lamartine sprach die Ablehnung aus, und Blanqui schwieg. Die Anarchie war noch einmal zurückgeschlagen. Die Hoffnung, daß man ihr den Kopf zertreten werde, wenn man Blanqui eine Ehrlosigkeit nachweise, war eine eitle. Obgleich Taschereau einen eigenen Brief Blanqui's abdrucken ließ, aus dem hervorging, daß dieser Rothe 1839 alle seine politischen Freunde verrathen und der Polizei überliefert habe, wurde sein Ansehn in seinem Club doch bloß auf wenige Tage erschüttert. Kerlen, die auf eine allgemeine Plünderung ausgingen, mußte die Ehrenhaftigkeit ihres Führers gleichgültig sein.

Der Aufschub der Wahlen zur Nationalversammlung, den die Rothen haben wollten, um der Anarchie zur Permanenz zu verhelfen, erfolgte aus einem andern Grunde dennoch. Jenen Wahlen mußten die der Officiere der Pariser Nationalgarde vorhergehen, und diese erforderten bei einem so zahlreichen Truppenkörper Zeit. Sie wurden vom 5. — 7. April vollzogen und fielen so ziemlich auf lauter alte Republikaner, zum Theil auf Arbeiter. Die Eröffnung der Nationalversammlung wurde nun auf den 4. Mai verlegt. Die Zahl der Volksvertreter wurde auf 900 festgesetzt, die Wahl zu einer directen und allgemeinen, ohne Bedingung eines Census, gemacht, so daß alle Franzosen von einundzwanzig Jahren Wähler, alle von 25 Jahren wählbar sein sollten. Damit auch der Aermste eine auf ihn fallende Wahl annehmen könne, sollten die Abgeordneten 25 Franken Tagegelder erhalten.

Unter dem Vorwande, sich über die Candidaten für die verfassunggebende Versammlung zu verständigen, beriefen die leitenden Clubs für den 16. April eine Versammlung nach dem Marsfelde. Der wirkliche Zweck war ein Handstreich gegen die Regierung, und der Lohn der daran Theilnehmenden würde kein kleiner gewesen sein, da die neuen Machthaber die Bank von Frankreich, alle Assecuranzanstalten, alle Minen und Salzwerke, alle Canäle und Eisenbahnen an sich zu nehmen beschlossen hatten. Den 20,000 Arbeitern, die sich einstellten, wurde das Ziel enthüllt. „Bürger," rief ihnen einer der Leiter zu, „wir haben die Menschen, welche im Stadthause ihren Thron aufgeschlagen haben, zur Thür hereingebracht und wollen sie jetzt zum Fenster hinauswerfen." Dieses Mal war die provisorische Regierung unterrichtet, was sich vorbereite, und hatte ihre Maßregeln getroffen. Als die Arbeiter an der Eintrachtsbrücke ankamen, sahen sie dicht gedrängte Reihen Nationalgarde vor sich, zwischen denen sie hindurchziehen mußten. Vor dem Stadthause hatte sich die Mobilgarde aufgestellt, welche ihre Gewehre lud und die Arbeiter mit dem Rufe: „Nieder mit den Communisten!" empfing. Der rauhe Empfang verdutzte die Verführten, die Leiter verschwanden, und als unschuldiges Resultat der Bewegung ergab sich die Ueberreichung einer Bittschrift, in der den Regierenden die Annahme socialistischer Grundsätze empfohlen wurde.

An eine Untersuchung und Bestrafung des Attentats wurde nicht gedacht. Lamartine und seine Freunde beschäftigten sich mit Nichts als den Vorbereitungen zu einem Brüderschaftsfeste für das regelmäßige Heer und die Nationalgarde. Die Feierlichkeit bestand in der Uebergabe von neuen Fahnen für beide und war in der Art eingerichtet, die man zur Zeit der ersten Republik liebte. Am Triumphbogen der Sternbarriere war eine Festbühne errichtet, auf der die Regierung, Abordnungen der verschiedenen Staatskörper, der Generalstab des Heeres, die Juliritter von 1830, die Februarverwundeten und die befreiten politischen Gefangenen Platz genommen hatten. Indem die Bataillone vorüberzogen, die Fahnen empfingen und der Republik Treue schworen, ertönten patriotische Gesänge, in die sich von Zeit zu Zeit Kanonendonner mischte. Um vier Uhr Nachmittags begann dieses Vorüberziehen, und um elf Uhr in der Nacht war es noch nicht vorüber. Zum ersten Male beleuchteten die Pariser ihre Häuser mit frohen Herzen, denn aus den Heersäulen der 300,000 Bewaffneten hatte sich der Ruf: „Nieder mit den Communisten!" sehr häufig vernehmen lassen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung gingen in Paris ohne Störung vor sich. Gewählt wurden alle Regierungsmitglieder, viele Gemäßigte und einige Rothe. In den Provinzen wurden vorwiegend Gemäßigte und unter ihnen viele Abgeordnete der alten Kammer zu Volksvertretern ernannt. Lamartine, dessen Namen an 10 Orten zugleich aus der Wahlurne hervorging, erhielt zusammen 2,300,000 Stimmen — ein Beweis, daß man in Frankreich der Erwählte der Nation sein und doch nach wenigen Jahren vergessen werden kann. Die Clubs schäumten vor Wuth, daß Frankreich nun in die Bahn einer ordnungsmäßigen Regierung einlenken solle. In Paris ließen sie es bei bluttriefenden Redensarten, in Rouen dagegen, wo sie durch ihre ewigen Berufungen auf Mord und Raub die Achtung der Wähler verscherzt hatten, griffen sie zu den Waffen. Am 27. und 28. April tobte ein erbitterter Kampf, bei dem es Todte zu Hunderten und Verwundete zu Tausenden gab. Selbst nachdem die Truppen und Nationalgarden die Barricaden erstürmt hatten, schlugen sich einzelne Haufen noch, und als diesen die Waffen entrissen worden waren, fanden meuterische Anfälle auf Officiere und Soldaten statt. Die Pariser Clubs forderten nun Gerechtigkeit für die Besiegten und Rache gegen die Meuchelmörder, „diese wüthenden Spießbürger, welche von Wein und Haß betrunken, blödsinnige Soldaten von hinten zum Gemetzel angetrieben hätten.“ Sie forderten ferner unverzügliche Entfernung aller Pariser Truppen, die in diesem Augenblicke von den Reactionairs bei brudermörderlichen Banketten zu einer Bartholomäusnacht gegen die Arbeiter abgerichtet würden.

Die Eröffnung der Nationalversammlung (4. Mai) zeichnete sich durch keinen Pomp aus. Die provisorische Regierung kam zu Fuße, die Abgeordneten erschienen einzeln oder in kleinen, wenigbemerkten Gruppen. Wenige Stunden nach dem Beginn der Sitzung sah man die ganze Versammlung auf den großen Truppenabsatz vor der Concordienbrücke hinaustreten. Es wurde verkündet, daß die Republik einstimmig angenommen worden sei.

Die Prüfung der Wahlen zog Abscheulichkeiten in Menge an's Licht. An vielen Orten hatten die Schreckensmänner Gewalt angewendet, um ihren Candidaten den Sieg zu verschaffen. Sie hatten die Wahlgebäude durch Bewaffnete besetzen lassen, die Wahlurnen umgestürzt, die Beamten zum Fenster hinausgeworfen, Regierungsgebäude erstürmt, geplündert und verbrannt. Bei einigen dieser Schändlichkeiten schien sich eine gewisse Mitschuld Ledru

Rollin's herauszustellen, aber Lamartine vertheidigte ihn, und man griff ihn nicht weiter an.

Die Rothen bildeten in der Kammer eine kleine Gruppe, die sich den Berg nannte. Sie hatten deßhalb ihr Streben nach der Gewalt nicht aufgegeben und hofften auf einem Umwege dahin zu gelangen. Als ein Regierungsausschuß von Fünfen gefordert wurde, beantragte Barbès, daß die Versammlung durch von ihr gewählte Minister selbst regiere. Man würde auf diese Weise zu den Ausschüssen von 1793 zurückgelangt sein. Da es unmöglich gewesen wäre, daß die 900 Abgeordneten jeden Tag die Berichte der Minister hörten und in allen wichtigen Dingen eine Entscheidung gäben, so hätte die Kammer ihre Gewalt in einzelne Ausschüsse, jeder mit einem Ministerium in Verbindung stehend, zersplittern müssen, und einer derselben würde im Laufe der nächsten Zeit das Uebergewicht gewonnen und schließlich die Rechte der Kammer an sich gerissen haben. Sonderbarer Weise erkannten Wenige, daß es der Wohlfahrtsausschuß sei, auf den Barbès zusteure, und sein Vorschlag hätte fast die Mehrheit gewonnen. Verhältnißmäßig wenige Stimmen entschieden für den Regierungsausschuß, in den Arago, Garnier Pagès, Marie, Lamartine und Ledru Rollin gewählt wurden. Die Fünf ernannten ihre Minister, aber keinen Minister der Arbeit, wie die Socialisten gewollt hatten. Ein ausdrücklich darauf gestellter Antrag fiel glänzend durch, und Louis Blanc erlebte in der Debatte die Beschämung, daß ein Abgeordneter, der selbst Arbeiter war, sein Arbeiterparlament im Luxemburg damit vertheidigte, daß es nicht das Mindeste gethan habe.

Da die Clubs von der Kammer nichts zu erwarten hatten, so schmiedeten sie den Plan zu einem neuen Aufstande. Ihre Vorbereitungen dazu hielten sie geheim und versteckten sie hinter einer Demonstration für ein Volksthema. Die „unterdrückten Völker" waren in den Pariser Straßen ungemein beliebt. Man verstand unter ihnen alle die, welche sich noch keine republikanische Regierungsform gegeben hatten, und behauptete Scham zu empfinden, daß nichts für sie geschehen sei. Allerdings hatte man die deutschen Republikaner unter Herwegh mit Waffen und Fahnen abziehen lassen und den Haufen, die zur Aufwiegelung Belgiens und Savoyens auszogen, hatten sich sogar Franzosen zugesellt. Aber alle diese Haufen waren schmachvoll erlegen, die Deutschen bei Dossenbach, die Belgier gleich jenseits der Grenze, die Savoyarden nach einigen ersten Erfolgen in und um Chambery, und diese Nieder-

lagen waren Scharten, welche ausgewetzt werden mußten. Dann gab es noch eine Nationalität, die polnische, der man schon darum Hülfe schuldig war, weil Ludwig Philipp sie verrathen haben sollte. Die Polen wurden als Vorwand einer großen Demonstration erkoren. Am 15. Mai erwartete man in der Kammer Interpellationen, was die Regierung für Polen und Italien zu thun gedenke, und dieser Tag wurde daher zu der Kundgebung der Clubs und der Arbeiter bestimmt.

Von der zehnten Morgenstunde an versammelten sich die Gesellschaften der Arbeiter mit ihren Fahnen auf dem Bastilleplatze. Alle waren der Meinung, daß es sich darum handle, die Kammer an die Existenz eines ehemals unabhängigen Polens zu erinnern. Später erschienen die Führer Barbès, Huber, Raspail, Blanqui und Sobrier mit ihren eingeweihten Freunden, etwa 200 an Zahl. Man brach unter Gesang und mit Lebehochrufen für die Kammer auf. Die Beschützung derselben war zwischen 4000 und 5000 Mobilgarden und Nationalgarden aufgetragen, und der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr, General Courtais, befand sich persönlich an Ort und Stelle. Niemand that seine Pflicht. Die Mobilgarde ließ sich umarmen und öffnete dem Zuge ihre Reihen, die Nationalgarde verschwand vor dem donnernden Gebrüll: „Nieder mit den Bajonetten!“ der General Courtais ermahnte bloß, bis er in die Menschenwogen hineingerissen wurde.

Der Berathungssaal der Kammer wurde wie im Fluge erobert. Kaum hatten die Abgeordneten das Stampfen von tausend Füßen in den Gänzen gehört, so sahen sie, wie Kerle in Hemdärmeln oder Kitteln von den Galerien herabglitten und andre Rotten zu den beiden Thüren hereindrangen. Sie blieben auf ihren Plätzen und waren Zuschauer der unerhörten Dinge, die sich begaben. Es verfloß eine lange Zeit, in der die Eingedrungenen nichts thaten, als ihre Freude über ihren Sieg durch Umarmungen, Fahnenschwenken und Gebrüll zu äußern. Die beiden Parteien, die sich die Rednerbühne streitig machten, auf der einen Seite Barbès, auf der andern Blanqui, vermochten sich in dem Höllenlärm kein Gehör zu verschaffen. Endlich verstand man einzelne Worte und abgerissene Sätze. Es zeigte sich nun, daß Blanqui die Beschlüsse, sofort ein Heer an den Rhein zu schicken und Rußland den Krieg zu erklären, erzwingen wollte, während Barbès die Polen als ein Werkzeug, das seine Dienste gethan hat, fallen ließ und von einer Zwangssteuer von 1000 Millionen Franken sprach, die den Reichen zu Gunsten der

Armen aufzuerlegen sei. Was nach diesen Reden bis zu dem Augenblicke vorging, wo Huber auf der Rednerbühne die Nationalversammlung für aufgelöst erklärte, darüber hat sich hinterher keiner der Anwesenden Rechenschaft ablegen können. Wie es scheint, beschäftigte man sich darauf in einzelnen Gruppen mit der Wahl einer neuen Regierung. Man schloß es wenigstens aus den Namen, die man von Zeit zu Zeit auf der Rednerbühne ausrufen hörte. Nach mehreren peinlichen Stunden wirbelten im Nebenzimmer Trommeln, eine Compagnie Mobilgarden drang ein und trieb die Eingedrungen mit dem Bajonett vor sich her und aus dem Saale.

Im Stadthause hatte sich inzwischen eine andere Scene entwickelt. Barbès, der den Sieg für entschieden hielt, hatte sich nach diesem Gebäude begeben, um hier, wo alle Revolutionsbehörden ihren Ursprung zu nehmen pflegten, sich und seine Freunde zur Regierung zu machen. Die republikanische Garde machte nicht einmal einen Versuch, ihm den Eintritt zu verwehren. Man begab sich in den großen Saal und von da, als der Lärm zu arg wurde, in ein kleineres Zimmer. Auf ein schwarzes Brett schrieb man mit Kreide die Namen der neuen Regenten: Barbès, Ledru-Rollin, Albert, Thoré, Pierre Leroux, Raspail, Cabet, Sobrier, Proudhon, Caussidière und Louis Blanc. Man war beschäftigt, auch die Ministerien und sonstige hohe Aemter zu vertheilen, da machte eindringende Nationalgarde dem einfältigen Spiel ein Ende. Zweiundsiebenzig Personen wurden verhaftet und nach Vincennes geführt, wo sie Blanqui und dessen Freunde bereits fanden. Einer der Clubs, die an diesem Abend aufgelöst wurden, vertheidigte sich mit Flintenschüssen, im Uebrigen fanden die Soldaten und Nationalgarden, welche die öffentlichen Plätze und die Hauptstraßen zwei Tage lang besetzt hielten, Nichts zu thun.

Was die Leiter der Clubs bezweckt hatten, enthüllten fünf Decrete, die man in einem ihrer Hauptquartiere vorfand. Danach sollten alle Behörden des ganzen Landes abtreten und in den Städten und Dörfern durch Ausschüsse von Patrioten ersetzt werden. Den letztern wurde als erste aller Pflichten auferlegt, eine Untersuchung des Vermögenszustandes aller Bürger vorzunehmen, damit die progressive Vermögenssteuer, deren Ausschreibung und Einzahlung gleichzeitig erfolgen sollte, erhoben werden könne. Wer die ihm auferlegte Summe nicht bezahlte, verlor sein Vermögen, bewegliches wie unbewegliches, wer über die Grenze flüchtete, wurde für vogelfrei erklärt. Ein ferneres Dekret verordnete die Auflösung der Nationalgarde und die Errich-

tung einer Arbeitergarde. Die Organisation der Arbeit wurde binnen drei Wochen versprochen, und zwar sollte sie vor allen Dingen die Interessen der Arbeiter berücksichtigen.

Die drei Aufstandsversuche vom 17. März, 16. April und 15. Mai prägten den Rothen die Lehre ein, daß die Taktik der Ueberrumpelungen zu Nichts führe. Sie gaben sich das Wort, das nächste Mal Alles sorgfältig vorzubereiten. Paris erhielt auf diese Weise einige ruhige Augenblicke, die von der Regierung dazu benutzt wurden, ein neues Fest, das Eintrachtsfest genannt, möglichst glänzend einzurichten. Diese öffentlichen Feierlichkeiten, deren man mehrere gehabt hatte, gingen auch aus einer falschen Taktik hervor. Man wollte durch sie das Vertrauen herstellen, und doch täuschte sich Niemand darüber, daß erst ein furchtbarer Sturm die Luft rein fegen müsse, ehe auf Eintracht und Vertrauen zu rechnen sei. Das Eintrachtsfest hatte nicht einmal Schwung, und das darauf verwendete Geld war rein weggeworfen (21. Mai).

Am 18. Mai hatte Trelat in der Kammer einen Bericht über die Staatswerkstätten gegeben und offen eingestanden, daß sie wenig arbeiteten und daß dieses Wenige nicht verkäuflich sei. Wie man die Arbeiter, immer noch über 100,000 Menschen, loswerden solle, das sei die Schwierigkeit. Die an den Müssiggang gewöhnten Arbeiter hörten ihre Verurtheilung und sahen zugleich, daß man sie fürchte, denn die Kammer war nach vielen feindlichen Worten zur Tagesordnung übergegangen. Sie erhielten in derselben Zeit durch Reinigungsmaßregeln der Regierung willkommenen Zufluß. Aus der republikanischen Garde waren viele Officiere, Unteroffiziere und Gemeine ausgestoßen, die 2000 Montagnards, Caussidière's Leibwache, aufgelöst worden. Alle diese brodlosen Revolutionairs boten sich den Communisten an und wurden mit offenen Armen aufgenommen. Man häufte Massen von Waffen und Munition an, entwarf einen Kampfsplan, bezeichnete die Stellungen und vertheilte die Rollen. Die Leiter der Clubs wollten das erste Ereigniß benutzen, das die Leidenschaften aufrege, und brauchten nicht lange zu warten. Die Kammer nahm die Frage der Staatswerkstätten mit gesammeltem Muthe wieder auf und führte sie der einzig möglichen Lösung näher. Sie beschloß nämlich, 7000 Arbeiter dieser Werkstätten aus Paris zu entfernen und allen übrigen, so weit sie nicht in der Nationalgarde dienten, die Gewehre abfordern zu lassen. Die Communisten waren mit allen Vor-

bereitungen so weit fertig, daß sie bloß den Befehl zum Kampf zu geben brauchten, und sie gaben ihn mit dem Entschluß, zu siegen oder zu sterben.

Schrecklichere Tage als die des Junikampfes (23. bis 27. Juni) hat keine französische Revolution gesehen. An diesen vier Tagen war Alles gegen die Gesellschaft losgelassen, was Paris an Gesindel besitzt, und schlug sich mit verbissener Wuth nach einem meisterlich angelegten Plan. Die Clubbisten, die aufgelösten Truppenkörper, die Arbeiter der Staatswerkstätten und alte Sträflinge waren die Soldaten des Aufstandes. Ihre Zahl mag sich auf 40,000 und die bestraften Verbrecher unter ihnen auf die Hälfte belaufen haben. Die militärische Organisation der Werkstätten bot einen Rahmen dar, in den sich die communistischen Streitkräfte von selbst einfügten. Erfahrene Soldaten der gelehrten Waffen hatten für dieses Heer ein Operationssystem entworfen, das zu den Oertlichkeiten genau paßte. Die breiten Straßen des westlichen Paris überließ man der Regierung und warf sich in den östlichen Stadttheil, der damals noch ein Labyrinth enger Gassen darbot und von den Volksclassen bewohnt wurde, unter denen man Sympathien hatte. Dieses ganze Gebiet war von riesenhaften Barricaden durchschnitten, welche kleinere Barricaden zur Seitendeckung hatten und auch von den Häusern aus, an deren Fenstern Schützen hinter Polstern und Matratzen standen, vertheidigt wurden. Mehrere geräumige Bauplätze, Kirchen und Regierungsgebäude waren zu Festungen umgeschaffen worden, und in den Häusern hatte man Verbindungsgänge gebrochen, in denen die Kämpfenden, den Kugeln unerreichbar, hin und her gingen. Man hatte vier Mittelpunkte gewählt, auf dem linken Seineufer das Pantheon und den Platz Maubert, auf dem rechten Ufer das Gehöfte Saint-Lazare und den Bastilleplatz. Gemeinschaftliches Hauptquartier, von dem alle Befehle ausgingen, war die Kirche Saint-Severin, und die Antonsvorstadt diente als Waffenplatz. Zwischen den vier Hauptmassen stritten viele einzelne Haufen, deren Angriffe die Gegner bezüglich des Kampfplans ungewiß machen sollten. Dieser Plan bestand darin, gegen die Polizeipräfectur und das Stadthaus vorzudringen, und von da aus den Palast der Nationalversammlung einzunehmen.

Die vorhergehenden Tage waren von Lärm und Aufläufen erfüllt gewesen. Die Wachsamkeit der Behörden hatte, da sich nichts Ernstliches entwickelte, nachgelassen, und auf Seiten des Aufstandes war das Blut in Wallung gekommen. Am 23. Juni, in der siebenten Morgenstunde, tauchten

plötzlich Haufen von Arbeitern am Thore St. Denis auf, bauten Barricaden und holten sich aus unbekannten Vorrathskammern Waffen. In demselben Augenblicke hörte man die unheilverkündenden Töne der Sturmglocken, die das Zeichen gaben, an allen vorher bezeichneten Punkten Verschanzungen aufzuwerfen. Die Regierung hatte Soldaten, Mobilgarden und Bürgerwehren. Die Mobilgarde schwankte anfänglich. Das erste Bataillon, das gegen eine Barricade geführt wurde, fand sich in die ungewohnte Lage so wenig, daß es langsam und mit den Gewehrkolben nach oben vorrückte. Sahen nun die Barricadenleute dies nicht oder riß ihre Wuth sie fort, genug sie feuerten auf ihre alten Genossen, und diese, welchen viele der Ihrigen verwundet oder getödtet wurden, nahmen nun ernstlich gegen den Aufstand Partei. Wie tapfer sie sich schlugen, beweisen ihre unverhältnißmäßigen Verluste. Ein Bataillon kehrte am Abend des ersten Tages ganz bluttriefend in seine Stellung zurück und hatte dreihundert Mann auf dem Kampfplatze liegen lassen.

Der Erfolg war auf einigen Punkten für die Regierung, auf andern für die Aufgestandenen günstig. An zwei Orten mußte Linie — ein Bataillon und zwei Compagnien — von allen Seiten umzingelt, die Waffen strecken oder Neutralität versprechen. Nicht bloß die Nationalgarde, auch die von Geschützen begleiteten Kerntruppen Lamoricière's wurden einige Male zurückgetrieben. Um die Meuterer der Vorstadt des Tempels zu bändigen, wurde es nöthig, die Umgegend der Kammer von Truppen zu entblößen. Der Aufruhr kündigte sich so drohend an, daß die Abgeordneten zu der Frage geführt wurden, ob der Regierungsausschuß den Verhältnissen gewachsen sein werde, und sie verneinten. Die Fünf traten ab, und General Cavaignac übernahm mit unumschränkten Vollmachten die Gewalt. Ein besserer Mann wäre nicht zu finden gewesen. Er war als einer der ruhmgekröntesten afrikanischen Generale dem Heer hochwillkommen, und seine bekannte republikanische Gesinnung entfernte jeden Verdacht, daß er den Sieg für die Monarchie ausbeuten werde. Den Ordnungsfreunden bot seine Ehrlichkeit in Verbindung mit seiner Energie die Garantie, daß er den Gegner nicht verrätherisch oder mattherzig schonen werde.

Die Nacht des 23. auf den 24. hatten die Communisten dazu verwendet, Barricaden zu bauen und strahlenförmig gegen den freien Theil der Stadt vorzuschieben. Es war zu fürchten, daß die Schlechtgesinnten dieser Gegenden

zu den Waffen greifen oder die Bewegungen der Truppen durch Verrammelungen und Aufläufe hemmen würden. Dieser Gefahr beugte General Cavaignac vor. Indem er die Nationalgarden, die am vorigen Tage sehr stark gelitten hatten, größtentheils zurückzog, übertrug er ihnen die Bewachung der noch ruhigen Straßen. Bloß Männer in Waffen, Vertheidiger der Ordnung, durften sich auf den Gassen sehen lassen, die Thüren, Laden und Fenster mußten geschlossen gehalten werden.

Der Kampf dieses zweiten Tages begann mit Angriffen der Aufständischen. Sie wurden zurückgewiesen, und die Truppen schickten sich nun an, ihre Aufgabe zu lösen. Sie bestand für diesen Tag darin, den Aufstand auf einige Punkte zusammenzudrängen und diese von einander zu trennen. Beides gelang, aber oft schwankte die Wagschale, und die Menschenopfer waren ungeheuer. Die Communisten schlugen sich wie Männer, die gern ihr Leben opfern, wenn sie den Sieg einer guten und heiligen Sache mit ihrem Blut erkaufen können. Sie schlugen sich aber auch wie Wilde, mit unmenschlicher Grausamkeit. Viele hatten sich mit einem Branntwein berauscht, von dem die chemische Untersuchung nachgewiesen hat, daß er mit Gerberlohe und Tabackssaft vermischt worden war. Sie behaupteten ihren Boden Schritt für Schritt. Ohne ihre Geschütze würden die Truppen geschlagen worden sein. Die meisten der Barricaden, um die Stunden lang gekämpft wurde, mußten mit allen Mitteln des Belagerungskrieges angegriffen werden. In der Cité, am Pantheon, in der Vorstadt Saint-Marceau wurde der Kampf zu einem Gemetzel. Weiber betheiligten sich dabei, feuerten, gossen siedendes Wasser und Oel auf die Truppen und verübten gegen Verwundete und Gefangene entsetzliche Gräuelthaten. General Cavaignac war des Ausgangs keineswegs sicher. Im Einverständniß mit dem Vorsitzenden der Kammer beschloß er, falls der Sieg zu den Feinden neige, in der Umgegend des Sitzungsgebäudes ein letztes Treffen zu liefern und so den Rückzug der Abgeordneten nach Versailles oder Fontainebleau zu decken.

Durch übermenschliche Anstrengungen waren die Truppen am Abend wieder in Vortheil gekommen. Sie hatten Verstärkungen erhalten, sowohl durch Nationalgarden, die aus allen Himmelsgegenden und aus Entfernungen von vierzig und fünfzig Meilen auf den Eisenbahnen herbeigeeilt waren, als durch Linie und Artillerie. Der letztern und den mit ihr verbundenen Waffen fiel für die beiden letzten Tage die Entscheidung hauptsächlich zu. Während

ihre Geschütze Barricaden und Häuser zerschmetterten, schlugen die Sappeurs Gänge durch die Häuser, mit deren Benutzung die Soldaten ihren Gegnern in den Rücken drangen. Der Fortschritt der Truppen wurde so ein langsamerer, als bei den bisherigen Sturmangriffen, aber ein gesicherterer und minder blutiger. Nicht bloß Vollkugeln, auch Haubitzen und Bomben wurden verwendet. Durch diese Gewaltmittel kam man endlich in den Besitz des Gehöfts St. Lazare, das lange widerstanden hatte.

Am 26. Juni war die Antonsvorstadt allein noch zu besiegen. In diesem alten Hauptquartier der Revolution waren die besten Anführer und die besten Soldaten des Aufstands vereinigt, und man hatte dort mehrere Tage Zeit gehabt, sich zu verschanzen. Diese Frist war so gut benutzt worden, daß General Cavaignac einen Angriff aus ungedeckten Stellungen nicht wagte. Er führte seinerseits Festungen auf und bespickte sie mit Geschützen. Unvermuthet boten die Aufgestandenen Unterhandlungen an, stellten indessen so unsinnige Forderungen, daß man sie kaum anhörte. Sie verlangten die Garantie einer demokratischen und socialen Republik, deren Verfassung sie vorlegten, den Fortbesitz ihrer Waffen und die Freilassung aller Gefangenen ihrer Partei. Um zehn Uhr Morgens begann das Feuern aus den Geschützen, und in einer solchen Weise, daß ringsum die Erde bebte und den Kanonieren das Blut aus den Ohren floß. Es war eine kleine Pause eingetreten, als die Mobilgarde, ihrer Ungeduld nicht mehr Meister, über die Brüstungen ihrer Schanzen sprang und gegen die nächste Barricade Sturm lief. Die Linie, die Nationalgarde folgte nach, und der letzte Kampf gestaltete sich wieder so, daß von Straße zu Straße, von Haus zu Haus gekämpft wurde. Abends um sechs Uhr war die letzte mit Wuth vertheidigte Stellung genommen. Was von den Communisten noch lebte und der Bewegung fähig war, warf die Waffen weg und rettete sich durch die umliegenden Felder in's Weite. Man hatte den Feinden absichtlich einen Ausweg gelassen, um ihre Verzweiflung nicht auf's Höchste zu steigern.

Der Abend des 26. sah noch eine entsetzliche Scene. Mehrere hundert Gefangene, von Pulver, Wein und Branntwein berauscht, waren in einem unterirdischen Gange der Tuilerien verwahrt. Sie tobten fürchterlich und versuchten unaufhörlich, das Eingangsgitter zu erbrechen. Gegen Mitternacht führte man sie zwischen zwei Reihen Nationalgarden in ein Gefängniß. Als der Zug auf dem Carrousselplatze anlangte, bückten sich plötzlich einige Ge-

fangene, packten die nächsten Nationalgardisten bei den Beinen, warfen sie zu Boden und bemächtigten sich ihrer Gewehre. Gleichzeitig fielen Flintenschüsse, und sofort folgte ein fürchterliches Blutbad. Als Salve auf Salve knatterte, glaubten die Nationalgardisten, die Gefangenen feuerten auf sie, und schossen in den dichten Haufen hinein. Sie dachten nicht daran, daß unweit eine andere Abtheilung ihrer Truppe marschire. Gleichzeitig trat ein Posten der Mobilgarde aus der Orangerie und feuerte in die Schaaren hinein, die in der Dunkelheit der Nacht sich durch einander wälzten. Nicht lange dauerte es, und auch die im Tuilerienhofe zurückgebliebenen Nationalgardisten sahen sich von einem Kugelregen begrüßt und feuerten ihrerseits durch die Gitter. Alles war jetzt in Bewegung; in der Rivolistraße, auf dem Platze des Palais Royal, selbst im Garten des Palastes wüthete das Gefecht, überall hob man Verwundete und Todte auf. Mit Fackeln und Laternen eilte man auf dem Carrousselplatze hin und her, um den Verwundeten Hülfe zu bringen und die Todten fortzuschaffen. Das Blut floß in solchen Strömen, daß man ganze Säcke Holzspähne und Sand verwenden mußte, um die Spuren zu vertilgen.

Die Menschenverluste, welche beide Theile gehabt hatten, wurden in der ersten Zeit auf 10,000 Todte und Verwundete geschätzt. 5000 ist die niedrigste Zahl, die sich annehmen läßt. Von den vierzehn Generalen der Truppen wurden sechs getödtet und fünf verwundet. Die Mobilgarde allein hatte 723 Getödtete oder Verwundete und 280 Vermißte. Mancher der letzteren mag zum Ueberläufer geworden sein, von den Meisten läßt sich vermuthen, daß sie gefangen, hingeschlachtet und dann bei Seite geschafft wurden. Verschiedene Gefangene, die von den vorrückenden Truppen aufgefunden wurden, waren nicht bloß ermordet, sondern vorher verstümmelt worden. Unterhändler, die mit der Palme des Friedens kamen, Affre, Erzbischof von Paris, der General Brea, der Hauptmann Maugin, waren gemeuchelt worden. Man erbeutete eine Fahne mit der Inschrift: „Als Sieger plündern, als Besiegte sengen wir,“ und Spuren von Brandstiftungen an öffentlichen Gebäuden ließen keinen Zweifel, daß die Drohung ernstlich gemeint sei. Selbst die Gefangenen tobten noch wie wilde Thiere und stießen mit schäumendem Munde haarsträubende Schmähungen gegen die Gesellschaft aus. Hätte der Aufstand gesiegt, so würde Paris ein Schicksal getroffen haben, das sich nicht entsetzlicher denken läßt. Man hätte alle Bildung in Blut erstickt und die Orgien der gemeinsten Leidenschaften auf die Tagesordnung gesetzt. Frankreich würde

erlitten haben, was das oströmische und weströmische Reich erlitt, als die Hunnen, „zweifüßigen Bestien oder halbgeformten Blöcken ähnlich und an Gemüth und Sitte nicht minder häßlich als an Körper," ihren Weg über Wolga und Don fanden, oder was Rußland erlitt, als der Mongolensturm die ersten Anfänge seiner Bildung in den blutigen Boden hineinstampfte.

Durch die Junitage wurde die Republik in den Gemüthern verurtheilt. Die Kämpfe der Republikaner gegen Ludwig Philipp wurden über den Köpfen der Besitzenden ausgefochten. Bei ihnen galt es einem König, der mehr ungünstig als günstig beurtheilt wurde, und einer Verfassung, von der sich Viele beengt fühlten. Jetzt wurden aber alle Classen, die über dem Proletariat stehen, unmittelbar angegriffen, und der Kampfpreis war nicht mehr die Krone eines Einzelnen, sondern Geld und Besitz Aller. Zugleich hatte die Republik die Prophezeiung der Orleanisten bewahrheitet, daß sie die Anarchie sein werde. Weil die regelrechte republikanische Regierung keiner Kraft fähig war, hatte man sie mit der Militärdictatur vertauscht, also mit einer Form, die für Wochen, höchstens für Monate beibehalten werden kann. Die Pariser jauchzten diesem Säbelregiment Beifall zu, als es Schritte that, die dem verjagten Ludwig Philipp wie todeswürdige Verbrechen angerechnet sein würden. Die allgemeine Meinung billigte den Belagerungszustand für Paris, die Kriegsgerichte für die Aufständischen, die massenhafte Deportation von Gefangenen, die Unterdrückung von Zeitschriften, die Verurtheilung ihrer Leiter, ja dieses Alles genügte dem Drange nach der strengsten Ordnung nicht einmal. Zugleich sagte man sich aber, daß die Säbelspitze, auf der die Dictatur stehe, keine Basis sei, und forderte etwas Festes und Dauerndes, mit andern Worten die Monarchie.

Die Republik war ein Provisorium, das man so lange beibehält, bis man etwas Besseres hat. Ihre eigenen Gründer legten das Geständniß ab, daß sie ihre Hoffnungen nicht erfüllt habe. „Ich liebe die Freiheit," sagte der Justizminister Marie bei einer Debatte über die Presse; „aber noch höher als sie stelle ich das Vaterland; dieses will ich gegen die Ausschweifungen der Zügellosigkeit vertheidigt sehen. Wir haben geglaubt, die Bildung sei in der Welt so weit fortgeschritten, daß an ihrem glänzenden Lichte sich die Geister erhoben, sich die Herzen gemildert hätten. Von dieser Ansicht geleitet, haben wir alle Gesetze der Restauration und der jüngeren Bourbonenlinie bei Seite gesetzt, haben wir alle Garantien, welche nicht bloß gegen die Freiheit, sondern

auch gegen das Uebermaß der Freiheit gerichtet waren, in Staub getreten. Und was war die Folge? Alle Ueberlieferungen der Vergangenheit wurden auf freche Art in Frage gestellt, diese granitenen Säulen, auf denen die Gesellschaft ruht, wurden täglich erschüttert. Das haben wir gesehen, deß waren wir Zeuge. Statt der absoluten Freiheit, der wir die Thore weithin geöffnet hatten, drang die Anarchie auf uns ein. Sie verleugnete Alles, was geachtet ist, sie verspottete alles Verehrte und wollte aus der Republik eine namenlose Macht bilden, welche ohne Zukunft war, weil es ihr an einer Ueberlieferung, an der Vergangenheit fehlte."

Was noch zu entscheiden war, war nicht die Wahl zwischen der Monarchie und der Republik, denn die war getroffen, sondern die Wahl zwischen den verschiedenen Candidaten, welche sich für den leerstehenden Thron darboten.

Elftes Kapitel.

Die Verfassung von 1848. — Ludwig Bonaparte Abgeordneter. — Wird zum Präsidenten gewählt. — Bund der katholischen Mächte zur Wiederherstellung des Papstthums. — Expedition der Franzosen gegen Rom. — Belagerung und Einnahme der Stadt. — Die neue Kammerbewegung vom 13. Juni. — Strenge Gesetze. — Zwiespalt zwischen dem Präsidenten und der Kammer. — Beginn der persönlichen Regierung.

Die Junikämpfer waren unterlegen, aber ihre Ideen lebten und wühlten fort. Man spürte es an der Sprache der wenigen vom Belagerungszustand verschonten Blätter, an der kecken Zuversicht, mit der die nicht bloßgestellten Führer in den nächsten Tagen nach der Niederlage ihrer Partei auftraten, an den Drohungen, die aus den Massen hervorkamen, an den zahlreichen Mordanfällen gegen Einzelne. Gegen die materielle Gefahr wurde zunächst Vorkehr getroffen. Cavaignac erhielt seine Dictatur bestätigt und zog drei tapfere Generale, Changarnier, Lamoricière und Bedeau, in sein Ministerium. Die Staatswerkstätten wurden aufgelöst und bei Paris ein Lager für 50,000 Mann gebildet. Dann wendete man sich gegen die Gährung in den Geistern und erließ Repressivgesetze gegen die Zeitungen und gegen die Clubs. Die Zeitungen wurden durch Cautionen und Strafandrohungen gezügelt, die Clubs ohne Weiteres unter polizeiliche Aufsicht gestellt.

Diese Vorkehrungen hatten die gute Folge, daß die Stürme, die bei der elektrischen Ueberladung der Luft nicht ausbleiben konnten, unschädlich in der Kammer sich austobten. Die Ordnung hatte so außerordentlich gewonnen, daß Anklagen gegen Louis Blanc und Caussidière keinen Straßenkampf, nicht

einmal Unruhen hervorriefen. Tags vorher war der erste der Abgott der Arbeiter, der zweite der Herrscher von Paris gewesen, und jetzt setzte man sie in Anklagezustand, und die beiden Allmächtigen ergriffen die Flucht. Diese wenigen Ereignisse, eine Anleihe zur Wiederherstellung des öffentlichen Credits und die Wiederanknüpfung der diplomatischen Verbindungen mit England füllten die Zeit vom Juni bis zum September aus. In dem letztern Monat gewann die Kammer Muße für ihre verfassunggebende Aufgabe.

Ein lebendiges Interesse nahm das Land, Paris eingeschlossen, an den Verfassungsberathungen nicht. Man blickte viel zu ängstlich in die düstere Zukunft, um für ein Staatsgrundgesetz, das man nie in Wirklichkeit zu sehen hoffte, Theilnahme übrig zu haben. Gleichwohl war in mehreren brennenden Fragen eine Entscheidung zu treffen. Sollte die Verfassung das Recht jedes Bürgers auf Arbeit gewähren, oder mit andern Worten, sollte sie aussprechen, daß jeder Franzose, dem es an Verdienst fehle, das Recht habe, den Staat um Arbeit und Brot angehen zu dürfen? Die Kammer verneinte es, nachdem sie eine meisterhafte Rede gehört hatte, in der Thiers die Utopien der Socialisten in Nebel auflöste und den Nachweis führte, daß Eigenthum und Concurrenz, denen der unwissende Arbeiter fluche, die größten Wohlthaten für ihn seien. Sollte sie eine progressive Vermögenssteuer einführen, um aus dem Gelde der Reichen eine Unterstützungscasse für die Armen zu bilden? Die Versammlung erkannte auch diesen socialistischen Traum nicht an. Sollte sie endlich eine einzige Kammer, das heißt einen revolutionären Convent, einsetzen? Dies that die Kammer, geleitet von einem Motiv, das Lamartine ihr empfohlen hatte. Man habe Gefahren zu bekämpfen, sagte er, moderne Wiedertäufer zu bändigen, intellectuelle Meteore, Ideenungeheuer, welche von Zeit zu Zeit auf die Welt kämen, um Entsetzen zu erregen. „Gegen diese Secten,“ fuhr er fort, „kenne ich nur zwei Hülfsmittel, einmal Aufklärung und Beistand, Arbeit und Belehrung, dann aber, um im Nothfall die mit bewaffneter Hand bedrohte sociale Ordnung zu decken, die Dictatur einer allvermögenden, einheitlichen und stets aufrecht stehenden Versammlung, die Dictatur nicht eines Menschen, sondern der verbundenen gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt, die Dictatur in ihrer schönsten und rechtmäßigsten Gestalt, die Dictatur der Nation. Wenn die Nationalversammlung diese Dictatur einem Einzelnen überträgt, so wird sie die Hand dieses Menschen in ihre Hand drücken, damit er die Macht nicht mißbrauchen kann, die sie ihm

verleiht. Aber zwei Namen sind in der Geschichte, welche eine französische Versammlung auf immer abhalten müssen, die Dictatur ihrer Revolution einem Einzelnen anzuvertrauen. Diese beiden Namen sind der Name Monk in England und in Frankreich der Name Bonaparte.“ Als Lamartine diese Schlußworte sprach, zuckte es in einer Gruppe von Abgeordneten. Sie umstand ein neu eingetretenes Mitglied — den Bürger Ludwig Bonaparte.

Es war unmöglich, in diesem Abgeordneten den Kronprätendenten zu verkennen. In zwei unglücklichen Angriffen gegen die Julidynastie, in den Attentaten von Straßburg und Boulogne, hatte er die angeblichen Thronrechte, die er als Erbe des Kaisers Napoleon besitzen wollte, geltend zu machen versucht. In verschiedenen Schriften*) hatte er das Thema ausgeführt, daß nur die „napoleonischen Ideen“ Frankreichs Glück begründen würden, und zwischen den Zeilen angedeutet, daß napoleonische Ideen einen napoleonischen Prinzen voraussetzten. Unmittelbar nach der Februarrevolution war er in Paris, entfernte sich jedoch sehr bald wieder, „um die Reinheit seiner Absichten und die Aufrichtigkeit seiner Vaterlandsliebe zu beweisen.“ Er wurde gleichzeitig in drei Departements — Unter-Charente, Seine und Yonne — gewählt. Ohne diese Wahlen abzulehnen, machte er in den Zeitungen bekannt, daß er noch einige Monate in England warten werde, bis die Verhältnisse in Frankreich sich ruhiger und in klareren Umrissen gestalteten. Es existirte gegen die Bonaparte ein Verbannungsdecret von 1832, das schon von Ludwig Philipp gegen einzelne Angehörige der Familie nicht angewendet und von der gesetzgebenden Versammlung durch die Zulassung von drei verbannten Prinzen factisch aufgehoben worden war. Ein Vorschlag, dieses Gesetz gegen Ludwig Bonaparte aufrecht zu halten, wurde gemacht und verworfen. „Hüten wir uns,“ warf Louis Blanc bei dieser Gelegenheit in die Debatte, „hüten wir uns, den Prätendenten durch die Entfernung größere Dimensionen zu geben. Es ist gut, sie nahebei zu sehen, sie erscheinen uns

*) Die politischen Schriften des jetzigen Kaisers der Franzosen sind in chronologischer Reihenfolge: Rêveries politiques (1832); Considérations politiques et militaires sur la Suisse (1833); Idées napoléoniennes (1839); Fragmens historiques (1841); Extinction du pauperisme (1845). Zwischen das vorletzte und letzte Werk fallen verschiedene Flugschriften über Tagesfragen und andere folgten nach. Mit rein militärischen Gegenständen beschäftigten sich das Manuel d'Artillerie (1835) und die Histoire du canon, während seiner Gefangenschaft in Hamm geschrieben.

dann, wie sie wirklich sind. Was hat der Oheim Ludwig Napoleon's gesagt? Er hat gesagt: Die Republik ist gleich der Sonne! Lassen wir den Neffen des Kaisers der Sonne unsrer Republik nahe treten: ihre Strahlen werden ihn tödten."

Der Prinz hätte nun kommen können, allein er zog es vor, die Rolle der uneigennützigsten Selbstverleugnung eine Zeitlang weiter zu spielen und die Aufmerksamkeit durch Briefe, die nächsten Tags von den Zeitungen veröffentlicht wurden, in Spannung zu erhalten.

Todesfälle und Austritte hatten dreizehn Ergänzungswahlen nöthig gemacht. Ludwig Bonaparte wurde wieder dreimal gewählt, in Paris (110,752 Stimmen), in Lothringen und im Departement der Yonne. Am 26. September erschien er in der Kammer, bestieg die Rednerbühne und zog ein Blatt aus der Tasche, von dem er eine kurze Rede ablas. Die Quintessenz derselben war die Versicherung, daß er der Republik, die ihm nach dreiunddreißigjähriger Verbannung sein Vaterland zurückgebe, dadurch seine Erkenntlichkeit beweisen wolle, daß er alle seine Kräfte anwenden werde, mit den Abgeordneten an der Befestigung der Republik zu arbeiten. Die Kammer schwieg und setzte die Berathung fort, die sein Eintritt unterbrochen hatte.

Die Strömung der öffentlichen Meinung folgte in diesen Tagen nicht der bonapartistischen Richtung. In Paris öffneten die Rothen ihre Clubs wieder, in den Departements faßten Legitimisten und Orleanisten festen Fuß. Im Süden häuften sich die politischen Demonstrationen zu Gunsten der Bourbons, und Lyon und Marseille, Arles und Montpellier veranstalteten Feste zu Ehren Heinrich's IV. Sowohl die Legitimisten als die Orleanisten benutzten die von Ludwig Philipp geschaffenen Generalräthe, um sich im öffentlichen Leben geltend zu machen. Wollte man gegen Paris opponiren, so empfahl sich in der That die Politik, die Generalräthe, die Vertreter der Departements, aus denen Ludwig Philipp nach und nach preußische Provinzialstände hatte machen wollen, zu gewinnen und ihre Stimme als die Frankreichs den Parteien der Hauptstadt entgegenzusetzen. Der Plan gelang insoweit, als in die Generalräthe und ebenso in die Gemeinderäthe Monarchisten gewählt wurden. Diese faßten dann Beschlüsse gegen Paris und gegen die Centralisation, wie gegen die Republik und die Regierung. Zu einer Macht wurden die Generalräthe aber nicht, und ihre Beschlüsse blieben ohne alle Folge. Man berücksichtigte das Institut in einem Falle, als nämlich in

Bourges etwas später den Urhebern der Bewegung vom 15. Mai, Blanqui und Hubert, Barbès und Raspail, der Proceß gemacht wurde. Der Staatsgerichtshof setzte sich aus den Generalräthen der Departements zusammen.

Die Kammer hatte entschieden, daß die Regierung von einem Präsidenten geführt werden solle und daß das Volk ihn zu wählen habe. Hätte sie selbst die Person bestimmt, so würde ein Republikaner, und zwar General Cavaignac, die höchste Würde erhalten haben. Es ist kein Zweifel, daß dieser redliche, energische und kluge Mann, für den das Heer gestimmt war, die Mittel gefunden haben würde, die Republik für die Zeit seiner Amtsdauer zu erhalten. Die Mehrheit der Kammer war republikanisch, und trotzdem ließ sie das Volk wählen, weil es ihr als gerecht erschien, diesem die Ernennung des ersten Beamten unmittelbar anheimzustellen, und weil sie kein Mißtrauen gegen die republikanische Gesinnung der Franzosen verrathen wollte. Darum wurde Flocon's Antrag, die Kammer wählen zu lassen, mit 602 gegen 211 Stimmen verworfen. Flocon's Einwurf gegen die Wahl durch das Volk: „Wollt ihr das Wohl der Republik auf einen Würfelwurf setzen?" hatte gegen Lamartine's Phrase: „Gott und das Volk mögen ihren Spruch thun!" nicht durchdringen können.

Einige andere Versuche, zwischen der Republik und einem ehrgeizigen Präsidenten eine Schranke aufzurichten, hatten kein besseres Glück. Direct auf's Ziel los ging Deville's Antrag: „Die Präsidentenwürde darf keinem Mitgliede einer Familie übertragen werden, die weiland in Frankreich regiert hat." Da die Bourbons und Orleans gesetzlich ausgeschlossen waren, so traf der Antrag die Bonapartes allein. Ludwig Bonaparte ergriff daher das Wort: „Bürger Repräsentanten," sagte er, „ich fühle mich glücklich genug, mit einem Male meine Bürgerrechte wiederzufinden, um einen andern Ehrgeiz haben zu können. Ich reclamire ebenso wenig um meinetwillen gegen die Verläumdungen und gegen den Namen Prätendent, den man mir gibt, aber im Namen von 30,000 Wählern, die mich dreimal gewählt haben, reclamire ich und weise diesen Namen Prätendent zurück, den man mir beständig an den Kopf wirft." Der Antrag wurde zurückgezogen.

Beschlossen wurde, daß der zu wählende Präsident mindestens zwei Millionen Stimmen haben müsse, daß er auf vier Jahre zu wählen sei, nach deren Verlauf er nicht gleich wieder gewählt werden könne, und daß die Wahl am 10. November stattfinden solle. Am 4. November nahm die Versamm-

lung die Verfassung an, die siebente seit sechzig Jahren.*) Nur dreißig Mitglieder stimmten gegen sie, darunter Berryer, Victor Hugo, Montalembert und Larochejaquelin, diese wegen des Einkammersystems, und Pierre Leroux, Proudhon und Pyat, denen sie nicht demokratisch genug war.

Es fragte sich nun, wer der erste Präsident der Republik sein solle. Cavaignac hatte nicht bloß die Republik, sondern auch die Gesellschaft gerettet, und für ihn hätte die ganze Ordnungspartei stimmen sollen. Der monarchische Theil war aber gegen ihn mißtrauisch geworden, weil er in der letzten Zeit seine Politik, alle über der rothen Republik stehenden Meinungsschattirungen zu begünstigen, aufgegeben und dem Cotteriewesen Marrast's und den andern Männern des National zu viel Einfluß auf sich gestattet hatte. Diese Leute wollte man nicht in der Regierung, denn man befürchtete, daß sie unter gegebenen Verhältnissen einen Bund mit den Rothen schließen würden. Als man Cavaignac fallen gelassen hatte, dachte man einen Augenblick an den Marschall Bugeaud. Der alte Haudegen hatte bei der herrschenden antirepublikanischen Stimmung viel Aussicht für sich, aber die Legitimisten haßten ihn als den Kerkermeister der Herzogin von Berry, und mit diesen mochte man es nicht verderben. Man vereinigte sich nun zur Unterstützung der Candidatur des Prinzen Ludwig Bonaparte.

Sowie dieser Name nur ausgesprochen wurde, war Alles entschieden. Daß in der Hauptstadt außer Girardin's Presse, welcher Veron's Constitutionel nachfolgte, kein Blatt für den Prinzen Partei nahm, hatte wenig zu bedeuten. Die gebildeten Classen waren nicht mehr die herrschenden, das allgemeine Stimmrecht hatte sie entthront. Unter den Massen, die nicht roth geworden waren, übte der Name Napoleon einen Zauber, der ohne die unendliche Unwissenheit des französischen Bauern unbegreiflich sein würde. Das Wenige, was sie von der französischen Geschichte wußten, gruppirte sich um den Namen Napoleon. In der Vendee, Bretagne, Normandie und Provence hatten die Erinnerungen an den Kaiser eine unfreundliche Färbung, im eigentlichen Frankreich und in den ehemals deutschen Gebietstheilen war er dem Bauer der Inbegriff alles Dessen, was ruhmvoll, groß und stark ist. Man konnte sich nicht denken, daß der Neffe etwas Anderes schaffen werde, als der

*) Die früheren Verfassungen datiren von 1791, 1793, von den Jahren III und VIII der Republik, von 1814 und 1830.

Oheim, also eine energische Gewalt, vorläufig mit republikanischen Formen, später ohne sie.

Thiers, Odilon Barrot, Changarnier, Molé, Montalembert, Berryer, alle wirkten für den Prinzen. Mehr als diese bekannten Männer nützte ihm sein klug entworfenes Wahlmanifest. Es ließ vor den Augen der Franzosen eine Zukunft spielen, die, mit praktischen Reformen beschäftigt, in Ordnung und Frieden verfließen werde. „Ernennte man mich zum Präsidenten," sagte der Prinz, „so würde ich vor keiner Gefahr zurückweichen, um die so keck angegriffene Gesellschaft zu vertheidigen, ich würde mich ganz, ohne Nebengedanken, der Befestigung einer durch ihre Gesetze weisen, durch ihre Absichten ehrenhaften, durch ihre Handlungen großen und starken Republik widmen. Die Religion, die Familie, das Eigenthum müssen beschützt, die möglichen Reformen herbeigerufen, die Erbitterungen gestillt, die Parteien versöhnt und so dem geängstigten Vaterland erlaubt werden, auf den andern Tag zu zählen. — Der Krieg hat keine Linderung unsrer Uebel. Der Friede würde daher der theuerste meiner Wünsche sein. Frankreich war bei seiner ersten Revolution kriegerisch, weil man es nöthigte, es zu sein. Auf die Invasion antwortete es mit der Eroberung. Heute wird es nicht mehr herausgefordert und kann seine Hülfsquellen den friedlichen Verbesserungen widmen, ohne auf eine redliche und entschlossene Politik zu verzichten."

7,449,741 Bürger stimmten bei der Präsidentenwahl ab. Viele Stimmen zersplitterten sich, von den Hauptcandidaten erhielt Ludwig Bonaparte 5,534,520 Stimmen, Cavaignac 1,448,302, Ledru-Rollin 371,431. Am Morgen des 22. December 1848 theilte die mit der Zählung der Stimmen beauftragte Commission der Kammer dieses Resultat mit, worauf der Vorsitzende Marrast den Prinzen als Präsidenten der Republik bis zum zweiten Sonntag des Monats Mai 1852 ausrief und ihn aufforderte, den Eid auf die Verfassung zu leisten. Marrast las die Formel vor, und Ludwig Bonaparte, die Hand erhebend, rief mit lauter Stimme: „Ich schwöre!" Er erbat sich dann das Wort und hielt eine Ansprache, in der er die Zusagen seines Wahlmanifestes wiederholte. „Bürger Vertreter!" schloß er, „wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen. Es ist die, eine Republik im Interesse Aller zu gründen und eine gerechte, feste Regierung, beseelt von der aufrichtigen Liebe für den Fortschritt, ohne reactionär oder utopistisch zu sein. Seien wir die Männer eines Landes, nicht die einer Partei, so werden wir

mit Gottes Hülfe wenigstens das Gute thun, wenn wir nichts Großes thun können." Als er geendet hatte, schritt er zu dem Platze, auf dem Cavaignac saß, reichte dem General die Hand und sagte: „Ich bin stolz darauf, der Nachfolger eines Mannes wie Sie zu sein."

Die Minister, mit denen der neue Präsident sich umgab, waren aus den Reihen der Mehrheit genommen, und jeder Name repräsentirte eine der in der Kammer vorhandenen Meinungsschattirungen. Die Abgeordneten beachteten dieses Entgegenkommen nicht, vielmehr gaben sie sich eine feindliche Haltung. In den gemäßigten Republikanern erwachte nachträglich der Aerger über die Niederlage ihres Candidaten Cavaignac. Seit er nicht mehr regierte, fanden sie es gefährlich und verfassungswidrig, daß der Oberbefehl über das Heer und die Nationalgarde von Paris in einer Hand, in der des Generals Changarnier, vereinigt sei. Bei dieser und bei andern Fragen fielen in der Kammer Aeußerungen, die nicht anders gedeutet werden konnten, als daß die Minister, wenn nicht der Präsident selbst, in Anklagestand versetzt werden sollten. Den Schritt, mit dem oft gedroht wurde, wirklich zu thun, fehlte doch der Muth. Dafür legte man ein organisches Gesetz nach dem andern vor, berieth es flüchtig und nahm es an, als ob man die kurze Zeit, welche der Kammer noch vergönnt war, dazu benutzen müsse, die Verfassung und die Republik mit schützenden Schranken zu umgeben. Das Land wurde durch diese Parteitaktik nur noch mehr gegen die Republik eingenommen, und ziemlich alle Organe der Provinzen drangen ungestüm darauf, daß die verfassunggebende Versammlung, nachdem sie ihrer Aufgabe genügt habe, vom Schauplatze abtrete. So lange es ging, stellte man sich, als ob man diese Stimmen nicht höre, doch endlich wurden sie zu laut, und man fügte sich. Am 26. Mai 1849 ging die Nationalversammlung, ein letztes Mal den Ruf: „Es lebe die Republik!" erhebend, aus einander.

Das Vorhandensein einer festen Gewalt hatte das Ansehen der Dinge wunderbar verändert. Man war der Zukunft auf vier Jahre versichert, und dies allein genügte, ohne daß der Präsident besondere Thaten verrichtete, das Vertrauen in die Gemüther zurückzurufen. Der Verkehr belebte sich, die unterbrochenen Arbeiten des Staats, der Gesellschaften, der Einzelnen wurden mit frischem Muth aufgenommen, man sah wieder heitere Gesichter. Eines fehlte zur Zeit. Die Februarrevolution hatte alle die Verbindungen gelöst, in deren Anknüpfung Ludwig Philipp's feine Hand so glücklich war, und

Frankreich isolirt. In den europäischen Verband wieder einzutreten, war ein Bedürfniß der Politik und insbesondere der Nationaleitelkeit. Konnte es mit Glanz, mittelst eines kriegerischen Unternehmens, eines Siegs geschehen, so war es um so besser. Hier sorgte nun Mazzini für einen Anlaß zu einer Einmischung, die dem isolirten Frankreich in der Rolle eines Herstellers der Ordnung und Vertheidigers der Kirche auf seinen alten Platz zurückverhalf.

Der Papst war in Gaeta, und in Rom war die Republik. Seit Radetzky's Sieg bei Novara schwebte sie allerdings über einem Abgrunde, aber ihre Häupter waren nichts weniger als gesonnen, sie und sich selbst aufzugeben. Pius IX. ließ inzwischen seinen Doppelcharakter als weltlicher und geistlicher Fürst für sich wirken. Es ging weder an, daß Mittelitalien als republikanischer Keil die südliche und die nördliche Hälfte der Halbinsel von einander abzudrängen fortfahre, noch war es zu ertragen, daß Gottlose das Eigenthum des heiligen Stuhles in Beschlag behielten. Die Lage des Papstes sprach für sich selbst, und die Abgesandten des Vertriebenen, die hülfesuchend von Hof zu Hof gingen, bedurften keiner Beredtsamkeit. Die großen katholischen Mächte erklärten sich für verpflichtet, den Papst nach Rom zurückzuführen. Der Anschluß Frankreichs an ihren Bund verstieß gegen einen Artikel der Verfassung, der den französischen Truppen ausdrücklich untersagte, gegen die Freiheit eines fremden Volkes zu kämpfen. Dennoch wurde er von dem Präsidenten und seinem Cabinet vollzogen und dadurch gerechtfertigt, „daß der Kirchenstaat eine vertragsmäßig diplomatisch-kirchliche Schöpfung des Katholicismus sei, und daß jeder katholische Staat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht habe, sie zu schützen, zumal Frankreich, da es eine Schutzmacht des Kirchenstaats sei.“ Um dem Angriff auf eine Republik das Gehässige ganz zu nehmen, sagte man, daß Frankreich die Einmischung der andern katholischen Staaten nicht abwenden könne, und daß es an ihr Antheil nehme, um dem Kirchenstaat eine freie Verfassung zu retten, welche weder die Oesterreicher noch die Neapolitaner ihm bewilligen würden.

Im April bewegten sich zu Lande und zu Wasser Heeresmassen gegen Rom. 12,000 Neapolitaner, vom König in Person befehligt, nahmen bei Velletri Stellung, 5000 Spanier unter General Concha, lauter ausgesuchte Regimenter, landeten bei Terracina, 50,000 Oesterreicher unter Asper und Wimpffen drangen in die Legationen ein und unterwarfen Ancona und Bologna. Eine französische Flotte nahm 7000 Mann an Bord und zeigte sich

vor Civitavecchia. Ihren Befehlshaber Oudinot begleitete Lesseps, einer der geachtetsten und freisinnigsten Diplomaten Frankreichs. Die Behörden von Civitavecchia übergaben die Schlüssel der Stadt auf die erste Aufforderung, oder ließen, wie sie sich ausdrückten, die Franzosen unter der Voraussetzung zu, daß sie als Freunde und Bundesgenossen erschienen. Die Bereitwilligkeit, mit der man ihnen den Hafen der Hauptstadt überließ, erzeugte in Oudinot und Lesseps den Wahn, daß man sie als Vermittler mit offenen Armen aufnehmen werde. Sie versprachen sich Wunder von ihrer schriftlichen und öffentlichen Erklärung, daß die Regierung der französischen Republik den Willen der Mehrheit achten und den Römern keine Regierungsform aufzwingen wolle, die nicht mit ihrer Wahl übereinstimme; die französischen Soldaten beträten den italienischen Boden als Freunde und einzig in der Absicht, den legitimen Einfluß Frankreichs in Italien aufrecht zu erhalten.

Die republikanische Regierung Roms, von den Triumvirn Mazzini, Saffi und Armellini gebildet, hatte festen Fuß gefaßt. Den Einen gab sie Befreiung von drückenden Steuern und aufregende Feste, die Andern versöhnte sie durch eine Verfolgung der politischen Mörder, bei der Graf Orsini, der Urheber des Attentats von 1858 auf den Kaiser der Franzosen, sich auszeichnete. Ihre beste Stütze war die Ueberzeugung aller Römer, daß das Priesterregiment, falls es auf den fremden Bajonneten zurückgetragen werde, in eine Reactionswuth verfallen und keine der Reformen Pius' IX. achten werde. Die Nachrichten, die man aus Gaeta hatte, ließen daran keinen Zweifel. In seiner Erwartung, daß die Römer nicht weiter gehen würden, als wohin er sie führe, betrogen und für alle seine Herzensgüte mit Schmähungen, Angriffen und Gefangenschaft bedroht, hatte der Papst der gregorianischen Priesterpartei einen herrschenden Einfluß gestattet und sie durch einen öffentlichen Bußgang erfreut, der ihm Gottes Verzeihung für seine politischen Sünden erflehen sollte.

Man wollte in Rom lieber gegen die Franzosen kämpfen, als sich mit gebundenen Händen der priesterlichen Rachsucht unterwerfen. Die Republik hatte etwa 16,000 Mann in ihrer Verfügung, Freischaaren unter verschiedenen Namen, Linientruppen, mobibe Bürgerwehren und Nationalgarden aus andern Städten. Die Anführer hatten sich größtentheils früher bewährt, insbesondere der romantisch tapfere Garibaldi; unter den Soldaten waren sehr viele Abenteurer, verzweifelte Menschen aus allen Ländern, in der ein-

heimischen Jugend, die zu den Fahnen geeilt war, hatte der Name der römischen Republik gezündet. Gegen alle die fremden Truppen, die gegen Rom in Anzug waren, hätte man sich nicht vertheidigen können. Ein Zusammenwirken von Franzosen mit Oesterreichern, Neapolitanern und Spaniern hielt man aber nicht für möglich. Man rechnete auf ein Zerwürfniß unter diesen Helfern des Papstes, in welchem Falle Oudinot ein Bundesgenosse der römischen Republik werden konnte, oder in zweiter Linie darauf, daß die französischen Officiere und Soldaten sich weigern würden, gegen eine Schwesterrepublik zu kämpfen.

Am 30. April 1849 trug Oudinot „die Fahne des Friedens, der Ordnung, der Versöhnung, der wahren Freiheit" von Civitavecchia gegen Rom. Eingetroffene Verstärkungen erlaubten ihm, seinen Zug mit 9000 Mann anzutreten. Vor seinem Abmarsche hörte man von ihm die Aeußerung: „Die Römer werden sich nicht schlagen!" Für ihn handelte es sich um weiter nichts, als den Oesterreichern in der friedlichen Besetzung Roms zuvorzukommen. Vor den Mauern empfingen ihn Schüsse aus Geschützen und Büchsen. Seine Soldaten stürmten und wurden zurückgeworfen. Eine Abtheilung sprengte Garibaldi durch einen Bajonnetangriff, eine zweite gerieth vor eine verdeckte Batterie und wurde theils zusammengeschossen, theils gefangen. Das ganze Heer sah sich in der demüthigenden Nothwendigkeit, vor bunt gewürfelten Haufen einen schnellen Rückzug anzutreten. Eine Verfolgung unterließen die Römer, und die gefangenen Franzosen bewirtheten sie festlich, zeigten ihnen die Merkwürdigkeiten der Stadt und schickten sie an Oudinot.

Der Handstreich war gänzlich verfehlt, und es wurden Unterhandlungen angeknüpft. Alle spätern Mittheilungen in diplomatischen Noten und Kammerreden haben keine Gewißheit herbeigeführt, wie weit Lessep's Vollmachten gingen. Er glaubte sie ohne Zweifel nicht zu überschreiten, als er am 31. Mai mit den Triumvirn einen Vertrag abschloß, der die französische Armee als eine befreundete und zur Mitvertheidigung des römischen Gebiets bestimmte bezeichnete und der französischen Regierung die Garantie der Republik Rom gegen jedweden fremden Angriff aufbürdete. Der Vertrag war unterzeichnet, als Oudinot ihn verwarf. Der General hatte andere Anweisungen erhalten als der Diplomat. Ihm war aufgegeben worden, die empfangene Schlappe gut zu machen und sich sobald als möglich in den Besitz von Rom zu bringen.

In der Zeit der Waffenruhe hatten sich die Römer ihrer andern nahe bei Rom stehenden Feinde entledigt. Oudinot hatte vergessen, die Spanier und Neapolitaner in seinen Waffenstillstand mit Rom aufzunehmen. Zuerst wendete sich Garibaldi gegen die Spanier, die seinem Angriff auswichen, dann gegen die Neapolitaner bei Vercelli. Mit diesen kam es zu einem Kampfe, in dem die Römer den Sieg erfochten, worauf der König von Neapel sein Heer über die Grenze zurückzog.

Dem mächtigen Frankreich war es ein Leichtes, sein italienisches Heer auf eine solche Höhe zu bringen, daß die Einnahme von Rom gesichert war. Oudinot verfügte über 30,000 Mann und über einen zahlreichen, mit dem Apparat des Belagerungskriegs reichlich versehenen Artilleriepark, als er zum Angriff schritt. Durch seine erste Erfahrung nicht gewitzigt, wollte er Rom mit Sturm nehmen. Die allgemeine Praxis des Völkerrechts schreibt vor, daß man einen Waffenstillstand ablaufen läßt, ehe man mit Feindseligkeiten beginnt, und die Gesetze der Ehre stimmen damit überein. Der Waffenstillstand zwischen den Römern und Franzosen endete mit dem 4. Juni, aber schon am 3. stürmte Oudinot. Am Morgen dieses Tages warfen sich starke Colonnen auf die Stellung der Villa Pamfili und hoben zwei feindliche Compagnien auf. Die verweichlichten Römer schlugen sich an diesem und allen folgenden Tagen mit einem Muthe, den Niemand von ihnen erwartet hatte. Nach einem siebenzehnstündigen Kampfe hatten die Franzosen außer dem Besitz der Villa Corsini Nichts gewonnen. Am 4. Juni wurde bei dem Thore S. Pancrazio Bresche geschossen, am 5. wieder gestürmt. Dreimal eroberten die Franzosen das Thor, und eben so oft wurden sie von den Römern wieder hinausgeworfen. Man kämpfte zuletzt mit Bajonnet, Säbel und Flintenkolben.

Oudinot gelangte nie in die Stadt, wenn er nicht eine regelmäßige Belagerung eröffnete. Rom hat Mauern und Bastionen, rohe Befestigungen im allerschlechtesten Zustande, und gegen diese zogen die französischen Genieofficiere drei Parallelen. Der Punkt, nach dem sie hauptsächlich strebten, war eine Villa des Cardinals Crissaldi, il Vascello genannt. Drei Wochen spottete dieser Punkt, von einer Besatzung von 600 Mann vertheidigt, allen Anstrengungen der Belagernden. In der Nacht vom 25. auf den 26. Juni wurde er unausgesetzt bestürmt und dennoch nicht genommen. Als die Franzosen die Villa mit ihrem Geschütz in einen Trümmerhaufen verwandelt hatten, da erst

kam sie in ihre Gewalt. Mit gleichem Heldenmuth vertheidigten die Belagerten ihre ganze Linie. Es gelang ihnen nicht selten, den Angriff durch wüthende Ausfälle auf Batterien und Laufgräben zum Stillstand zu bringen und verlorene Posten wieder zu erobern. Ihre Reihen wurden aber lichter, und der Tag und Nacht fortgesetzte Dienst nahm den Gesunden die Kräfte. Das Volk ertrug wohl das barbarische Bombenwerfen, mit dem die Franzosen, viele Kunstschätze vernichtend, Tage lang fortfuhren, aber der active Muth, der den Mann in die Schlacht treibt, äußerte sich bei ihm nicht.

Der Verlust der Bastei von S. Pancrazio (29. Juni) war der entscheidende. Die Franzosen hatten damit eine beherrschende Höhe gewonnen, von der sie Rom in Asche legen konnten. Die gesetzgebende Versammlung berief Garibaldi, um von ihm zu hören, ob eine weitere Vertheidigung möglich sei. „Wenn man Trastevere aufgibt und alle Tiberbrücken in die Luft sprengt," antwortete der General, „kann Rom sich noch halten." „Auf wie lange?" fragte man weiter. „Auf einige Tage," war seine Entgegnung. Er gab der Versammlung darauf solche Aufschlüsse über die Vortheile der Franzosen, den Mangel an Pulver, die Ermattung der Soldaten, die Anzeichen von Verrätherei unter der Bevölkerung, daß man die Stadt zu übergeben beschloß. Das Triumvirat dankte auf der Stelle ab, damit Mazzini seine Vorbereitungen zu einer sichern Flucht treffen könne. Ehe der erste Franzose die innere Stadt betrat, war der Agitator, „mit dem Mantel Rienzi's um die Schultern," verschwunden.

In den Abendstunden des 3. Juli zogen die Franzosen ein. Die Fenster schlossen sich, die Straßen wurden leer, nur auf dem Corso standen dichte Menschengruppen, welche die dreifarbige Fahne mit dem Geschrei: „Es lebe die römische Republik! Es lebe das arme Italien! Nieder mit den Pfaffen! Nieder mit dem General Oudinot!" begrüßten. Garibaldi mit seinen Truppen war ausgezogen, um die neapolitanischen Staaten aufzuwiegeln oder irgend wo sonst einen republikanischen Mittelpunkt zu schaffen. Die Wege waren ihm verlegt, und auf dem Gebiet der kleinen Republik San Marino zerstreute sich seine Schaar. Die Meisten wurden österreichische Gefangene, er selbst entkam. Er und die Seinigen konnten den durch alle italienischen Blätter laufenden Trostspruch: „Die Ehre ist gerettet!" mit Fug und Recht gebrauchen. Sie hatten sich in der That mit altrömischem Muth geschlagen.

Der Voltairianiasmus saß in den Mittelclassen Frankreichs zu fest, als

daß ein Zug zur Wiederherstellung des Papstthums bei ihnen hätte Anklang finden können. Sie tadelten das Unternehmen, aber in der Stille, um nicht als Meinungsgenossen ihrer eigenen Rothen zu erscheinen. Bei diesen war die Verdammung Oudinots eine um so ungestümere, als jeder Angriff auf die äußere Politik die Wähler der Regiernng ungeneigt zu machen geeignet war. Die Ordnungspartei war in dieser Beziehung nicht ohne Besorgnisse, und diesen letztern dürfte die zögernde, zweideutige Politik, welche Oudinot bis zu dem Augenblicke, als ihm der Ausgang der Wahlen und die Haltung der neuen Versammlung bekannt wurde, inne hielt, nicht zum kleinsten Theil zuzuschreiben sein. Nun war der Präsident der Billigung seiner äußern Politik sicher, denn die gemäßigten Republikaner waren bei den Wahlen fast gänzlich unberücksichtigt geblieben, und gegen die Rothen, die in weit stärkerer Anzahl erschienen, bot ihm das Land einen unerschütterlichen Halt.

Jene Wahlen wurden in der Mitte des Maimonats vollzogen. Von allen Seiten hatte man ungeheure Anstrengungen gemacht und weder Zeit, noch Mühe, noch Geld geschont, um das Feld zu beherrschen. Die Parteien hatten ihre Häupter auf Rundreisen geschickt, sich in Versammlungen und Besprechungen erschöpft, die Hebel der Presse, der geheimen Vereine, der Kanzel und des Beichtstuhls arbeiten lassen. In dem Programm der Socialisten bemerkte man Grundsätze, die im Vergleich zu denen der Junikämpfer für gemäßigt gelten konnten. Es figurirten darin wirkliche Preßfreiheit, Unverletzlichkeit des Versammlungs- und Vereinsrechts, Recht auf Arbeit, Versorgungsanstalten für Gebrechliche und Greise, gemeinschaftliche und vollständige Erziehung nach Maßgabe der Fähigkeiten, demokratische Organisation der öffentlichen Dienste, Verbesserung des Looses der Soldaten und Unterofficiere, demokratische Einrichtung des landwirthschaftlichen, industriellen und commerciellen Credits, Centralisation und gemeinnütziger Betrieb des Versicherungswesens, der Bank, der Eisenbahnen, der Canäle und sämmtlicher Verkehrsmittel, Reform des Hypothekenwesens, Abschaffung des Wuchers, Verminderung des Budgets und billige Vertheilung der Abgaben, Wegfall der Salzsteuer und der städtischen Zölle, Ackerbaucolonien auswärts und im Innern. Die gemäßigten Republikaner versprachen in ihrem Programm, wirken zu wollen für Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unabsetzbarkeit und Verbesserung der Lage der Hülfspriester, Verhältnißmäßigkeit der Auflagen, Organisation des Credits durch Einrichtungen, die ihn wohlfeiler und zugänglicher machten,

Verbesserung des Pfandwesens, Vereinfachung der Verwaltungsmaschine, Revision des allzu weitläuftigen Proceßverfahrens, Errichtung von Hülfs- und Versorgungsanstalten für die Arbeiter und Organisation der öffentlichen Unterstützung. Die in eines zusammengezogenen drei Lager der Conservativen nahmen in ihr Programm eine einzige Reform auf, die Decentralisation, und auch diese nur aus Rücksicht auf die Stimmung der Departements. Uebrigens sprachen sie nur von der großen Gefahr, in die das Land durch eine unsinnige Partei versetzt werde, welche den Dünkel habe, alle Bedingungen der menschlichen Gesellschaft, Familie, Eigenthum und Religion, zu verändern. Gegen diese Partei, die das Volk in's Elend stürzen würden, müßten alle Guten sich vereinigen.

Außer den gemäßigten Republikanern unterlagen auch die Bonapartisten. In der Provinz wählten 38 Departements ausschließlich Männer der Ordnungspartei, 14, Ain, Allier, Cher, Correze, Creuse, Dordogne, Drome, Isere, Jura, Oberloire, Ostpyrenäen, Niederrhein, Rhone und Ober-Vienne, ausschließlich Socialisten, und 30 gemischt, nämlich 164 Monarchisten und 101 Socialisten. Die Zahl der letzteren, die in der frühern Versammlung 80 betragen hatte, war auf 217 gestiegen. Die Ordnungspartei hatte weit die Mehrheit, und es zeigte sich die doppelte Anomalie, daß die erste Volksvertretung des republikanischen Frankreichs die republikanische Herrschaft zurückwies, und daß die Herrschaft in der Debatte von den bekanntesten Koryphäen der beiden Epochen der Restauration und der Julimonarchie ausgeübt wurde, von Berryer und Larochejacquelin, von Dupin, Molé, Thiers und Bugeaud. Paris hatte Conservative und Rothe bunt durch einander gewählt, Lucian Murat, Cavaignac, den Prediger Cocquerel, Bedeau, Lamoricière, Rapatel, Dufaure, Passy, Odilon Barrot, Bac auf der einen Seite und auf der andern Ledru Rollin, Lagrange, Pyat, Victor Hugo, Lammenais, Considerant, die Feldwebel Rattier und Boichot. Lamartine, Marrast und andere Häupter der Gemäßigten oder der „Dynastie des National" waren in den Wahlurnen stecken geblieben. Dem Prinz-Präsidenten war die Versammlung mit wenigen Ausnahmen feindlich gesinnt, und wollte er persönliche Politik offen treiben, so hatte er die Socialisten und vielleicht noch entschiedener die Orleanisten und Legitimisten gegen sich.

Das neue Ministerium, das mit der Kammer zugleich in's Leben trat, war eine Fortsetzung des ersten und wie dieses der parlamentarischen Mehr-

heit entnommen. Leon Faucher, Drouin de Lhuys und Buffet traten aus und wurden durch Lanjuinais, Dufaure und Tocqueville ersetzt. Die Kammer schloß bei der Vertheilung ihrer Aemter die Rothen, die sich jetzt als constitutionelle Opposition bezeichneten, gänzlich aus. Dupin der Aeltere wurde zum Vorsitzenden, Benoist d'Azy, Bedeau, Daru und Desèze zu Ersatzmännern ernannt. Nun die Kammer versammelt war, ließ der Prinz=Präsident den Wahlprogrammen der Parteien sein eigenes folgen. Es hatte die Form einer Botschaft an die Volksvertreter und war eine lange und glückliche Auseinandersetzung der äußern und innern Lage. Der Präsident stellte sich als den weisen Rathgeber Europas dar, dessen Mahnungen nicht zu befolgen Thorheit und Untergang sei. Das habe Sicilien, das habe Sardinien und zuletzt Rom empfunden. Er habe gehofft, daß die französische Fahne, ohne Widerstand in Mittelitalien aufgepflanzt, ihren schützenden Einfluß über die ganze Halbinsel verbreiten werde. Aber Garibaldi, mit Flüchtlingen aus allen Theilen Italiens und selbst des übrigen Europas, habe einen unerwarteten Widerstand geleistet. Die Auslassungen über die innere Politik wurden durch Bemerkungen über das Sectenwesen eingeleitet. So wenig die Reformation für die Wiedertäufer und Puritaner gemacht worden sei, so wenig habe die Revolution Babeuf's Triumph bezweckt. „Wohlan, noch bis auf den heutigen Tag ist es nicht die Anwendung unanwendbarer Theorien, weshalb die Revolution vollbracht wurde, sondern ihr Zweck war, eine Regierung zu haben, die, das Ergebniß des Willens Aller, mehr Einsicht in die Bedürfnisse des Volks besitze und ohne dynastische Befangenheit die Geschicke des Landes leiten könne. Unsre Pflicht ist, zwischen den falschen Ideen und den wahren Ideen, die aus einer Revolution entspringen, abzutheilen und, nachdem wir diese Scheidung gemacht haben, an die Spitze der einen zu treten und die andern muthig zu bekämpfen." Er werde demnach zwei Arten von Gesetzen vorlegen, die einen, um die Gesellschaft zu beruhigen und die Ausschweifungen zu unterdrücken, die andern, um allenthalben wirkliche Verbesserungen einzuführen. Die letztern sollten sich beschäftigen mit der Errichtung von Hülfsanstalten, die den arbeitenden Classen eine Zuflucht gegen die Folgen der Arbeitseinstellungen, der Gebrechlichkeiten und des Alters böten, mit der Reform des Pfandwesens, Hypotheken für den Ackerbau, der Abschaffung der Naturalleistung, der Unterstützung der Arbeitervereine und Ackerbaugesellschaften, mit der unentgeltlichen Vertheidigung der Armen vor Gericht, der

Verbesserung des Rücktrittsgehalts der Unterofficiere und Soldaten und mit Veränderungen in der Recrutirung des Heers.

Die Socialisten ließen es sich gesagt sein, daß Gesetze gegen sie bereit lägen. Sie hatten zwei große Vereine mit einer gegliederten Verwaltung und mit Zweigvereinen in den Provinzen. Der eine war der Verein der republikanischen Solidarität, den ein Centralrath von 64 Mitgliedern leitete, der andere ein Ausschuß, der ursprünglich wegen der Wahlen gebildet und mit einem Vorstande von 218 Personen versehen worden war. Man hatte ihn bestehen lassen und den Vorstand auf 25 Personen herabgesetzt. Seine öffentliche Thätigkeit äußerte sich in Manifesten, in welchen der Grundsatz wiederkehrte, daß die Republik über den Mehrheiten stehe, und daß, wenn eine Verfassungsverletzung vorkomme, die Volksvertreter das Beispiel des Widerstandes zu geben verpflichtet seien. Insgeheim erließ dieser Ausschuß an die geheimen Gesellschaften die Aufforderung, zu rüsten, um dem ersten Zeichen zum Aufstande, das ihnen bald werde gegeben werden, entsprechen zu können.

Es gab eine Verfassungsverletzung, und der Fall, der die Volksvertreter zum Widerstande verpflichte, war mithin vorhanden. Der Zug gegen Rom widersprach einem Verfassungsartikel, in dem die Freiheit fremder Völker für unantastbar erklärt wurde. Man wartete, bis Nachrichten von Niederlagen der französischen Truppen vor Rom die Gemüther erhitzt hatten, und dann, es war am 11. Juni, bestieg Ledru-Rollin die Rednerbühne und schleuderte den Feuerbrand, der eine neue Revolution entzünden sollte. Mit schneidenden, höhnenden Worten warf er der Mehrheit die Doppelzüngigkeit vor, die sie in der Vertheidigung des Angriffs auf Rom sich zu Schulden kommen lasse. „Ihr sagt, Ihr seid gekommen, den Römern Worte des Friedens zu bringen. Worte des Friedens auf den Spitzen der Bajonnete, von Bomben und Kartätschen begleitet! Das ist Unsinn. Ich sage, Ihr habt einen Blutflecken auf der Stirn. Ihr wagt zu sagen, Frankreich handle frei in seiner Unabhängigkeit, ohne von dem Einfluß der Höfe des heiligen Bundes beherrscht zu sein. Ihr wagt das zu sagen! Ihr fragt uns, wie um uns einzuschüchtern, ob wir auf dem Rechtsboden bleiben? Ich antworte, ich finde es sehr keck von Euch, die Ihr die Verfassung verletzt habt, daß Ihr eine solche Frage an uns richtet. Unsre Antwort ist sehr einfach. Die Verfassung ist verletzt, wir werden sie vertheidigen mit allen möglichen Mitteln, selbst mit

den Waffen." Man unterbrach ihn, wollte ihn von der Rednerbühne verweisen, aber er fuhr mit seiner Donnerstimme fort: „Der 110. Artikel der Verfassung erklärt, daß die Vertheidigung der Republik der Vaterlandsliebe aller Franzosen anvertraut ist. Ich habe gesagt und ich wiederhole: Die verletzte Verfassung wird von uns vertheidigt werden, selbst mit den Waffen in der Hand." Bei diesen Worten erhob sich die Bergpartei wie ein Mann und rief drohend: „Ja, mit den Waffen in der Hand werden wir die Entwürfe der Royalisten zurückweisen."

Die Effectscene war gelungen, und die beabsichtigte Wirkung folgte ihr. Als die Abgeordneten am nächsten Morgen in die Sitzung gingen, lasen sie an den Mauern Anschläge, in denen die Freunde der Verfassung zu einer Manifestation aufforderten, groß und ruhig wie die Gerechtigkeit, feierlich wie die heilige Sache der Nationalitäten. In der Mittagsstunde des 13. Juni fand die Manifestation statt. Auf den Boulevards sammelten sich Volksmassen und ordneten sich zu einem Zuge. Vorn gingen Nationalgarden der fünften Legion, unabsehbare Reihen von Arbeitern folgten, alle: „Es lebe die Verfassung!" rufend. Der vorderste Theil hatte den Magdalenenplatz erreicht, da brachen aus der Friedensstraße Truppen hervor, Dragoner, Jäger und Nationalgarde, marschirten quer über den Platz und wendeten sich rechts und links gegen die beiden aus einander geschnittenen Hälften des Zugs. Die Arbeiter hatten ihre Weisungen und eilten in das Conservatorium der Künste und Gewerbe, wo inzwischen die eigentliche Revolutionsarmee, Oberst Guinard mit den Artilleristen der Pariser Nationalgarde und Ledru Rollin mit Abgeordneten und Clubvorstehern eingetroffen war. Indessen auf den Straßen Waffenläden geplündert und Barricaden aufgeworfen wurden, berieth man im Conservatorium, was zu thun sei. Wie es scheint, wurden so viele Vorschläge und Gegenvorschläge gemacht, und der Redner, vorzüglich der Schreier, waren so viele, daß kein bestimmter Beschluß gefaßt wurde. Denselben chaotischen Charakter hatte bisher Alles getragen, was von der socialistischen Partei ausging. Zum großen Theil verlief sich die Versammlung in Folge der entmuthigenden Nachrichten, die über die verfehlte Straßenbewegung einliefen. Die meisten der Zurückgebliebenen sprangen bei dem Erscheinen von Truppen aus den Fenstern, und nur wenige wurden gefangen genommen.

Die Bewegung war aus einer Verschwörung hervorgegangen, obgleich

die Betheiligten dies leugneten. Man fing viele im Conservatorium geschriebene Briefe auf, die zu den Waffen riefen, man erfuhr, wer die neue Regierung habe bilden und mit welchen Schreckensmitteln sie sich habe befestigen sollen, und man verfolgte Fäden, die von Paris nach der Provinz liefen. In verschiedenen Ortschaften der Departements Rhone, Aine, Loire, Isere und Drome, in Rheims, Dijon und Straßburg kamen Ruhestörungen vor, gegen welche die ganze bewaffnete Macht aufgeboten werden mußte. In Lyon floß das meiste Blut. Die Rothen rechneten auf den Uebertritt von Truppen, auf den Sieg Ledru Rollin's, und schlugen am 15. los. Zwei Bataillone vereinigten sich allerdings mit ihnen, aber das Regiment, dessen sie sicher waren, hatte in der Nacht Marschbefehl nach Villefranche erhalten, und dieser Ausfall an Streitkräften ließ sich nicht ersetzen. Der Kampf dauerte trotzdem von zehn Uhr Morgens bis sechs Uhr Abends und endete mit der Unterwerfung der Vorstadt Croix Rousse, des letzten Bollwerks der Rothen.

Durch diesen verrückten Aufstandsversuch wurde die öffentliche Meinung mehr denn je für die royalistische Mehrheit gewonnen. Niemand murrte, als Paris mit fünfzehn Departements der Mitte und des Südens in Belagerungszustand erklärt, die Artillerie der Pariser Nationalgarde aufgelöst, die Verhaftung von einunddreißig Abgeordneten genehmigt, die Pariser Zeitungen unter eine Art von Censur gestellt und das Vereinsrecht in ganz Frankreich durch eine einfache Verordnung außer Kraft gesetzt wurde. Ein Preßgesetz, schnell vorgelegt und nach einer heftigen Debatte angenommen, übertraf die berüchtigten Septembergesetze Ludwig Philipp's an Härte. Einen gleichen Geist der Strenge athmete die Geschäftsordnung, durch die der Wiederkehr empörender Tumulte in der Kammer vorgebeugt wurde. Ein Clubgesetz verschärfte die polizeiliche Aufsicht, der sogar vorbereitende Wahlversammlungen unterworfen wurden, und verpönte alle Vereine, namentlich die, welche Verzweigungen an andern Orten und eine Centralverwaltung hatten. Dies hinderte jedoch nicht, daß der Verein für antisocialistische Propaganda und Verbesserung des Looses der arbeitenden Classen, der in Paris einen Centralausschuß und in den Provinzen Zweigvereine hatte, geduldet und ermuntert wurde.

In der ersten Juliwoche brachte man die neuen Sicherheitsgesetze zum Abschluß. In der nächsten Zeit hob man verschiedene Verfügungen der provisorischen Regierung auf, namentlich die über die Unabsetzbarkeit der Richter,

erklärte sich gegen die Einkommensteuer und befreite Paris von dem Belagerungszustande. Der Präsident ging in dieser Zeit auf Reisen und sammelte die Anhänglichkeitsbeweise der Provinz ein. Man gab sie ihm reichlich, besonders seit er in Hamm, in dessen Citadelle er sein Boulogner Attentat abgebüßt hatte, seinen Abscheu gegen alle Angriffe auf eine geregelte Regierung und seine Reue, selbst einmal einen Handstreich revolutionärer Natur versucht zu haben, ausgesprochen hatte. Diese Gesinnung des Staatsoberhaupts und die ungemeine Rührigkeit der Polizei in der Reinigung des Beamtenstandes, der Ausweisung von Flüchtlingen und der Verfolgung socialistischer Persönlichkeiten, Zeitungen und Embleme enthoben die Kammer ihres Wächteramtes. Sie sehnte sich nach Ruhe und vertagte sich mit Zurücklassung eines ständischen Ausschusses.

Während der Ferien berief der Präsident die Generalräthe der Departements. Unter Ludwig Philipp wenig beachtet, hatten sie jetzt die Stellung wahrer Provinzialstände erlangt. Man brauchte sie, damit sie der Ordnungspartei durch die Stimme der Provinz Nachdruck verliehen, und benutzte sie mit dem stillschweigenden Vorbehalte, sie in ihr Nichts zurückfallen zu lassen, wenn sie ihre Pflicht gethan hätten. In diesem Augenblicke wollte man der Provinz in einer Angelegenheit, mit der Jedermann beschäftigt war, den Vortritt gönnen. Es wurde gewünscht, daß die Generalräthe das Wort Verfassungsrevision aussprechen sollten. In sechs Departements geschah dies, in allen übrigen schob man die Frage bei Seite, und aus guten Gründen, da man, ehe man eine Verfassungsveränderung vornahm, wissen mußte, ob man die Bourbons oder die Orleans oder die Bonaparte auf den Thron setzen wolle. Fast einstimmig waren die Generalräthe für die Decentralisation, die ihre Lebensfrage bildete. Man dürfe nicht länger dulden, erklärten sie, daß die Regierung auf bescheidene Bemerkungen mit leeren Versprechungen antworte, welche sie, wenn die Berathungen der Generalräthe beendet seien, lachend zu den Acten lege, man könne nicht länger zugeben, bloß ein berathender Körper zu sein; von jetzt an müsse mit den Departements wirklich abgerechnet, die Despotie der Hauptstadt abgeschüttelt oder in die gehörigen Schranken zurückgewiesen werden.

Paris wurde durch die Cholera geängstigt, die mit der Heftigkeit von 1832 auftrat und 16,920 Menschen hinwegraffte, die Regierung war um ihr römisches Unternehmen in Sorge. Die französischen Truppen waren nicht

deswegen nach Rom gegangen, um mit dem Papst die Mißbräuche des alten päpstlichen Regiments zurückzuführen. Die Regierung hatte mit Gewißheit erwartet, daß der Papst, dankbar für die geleistete Hülfe, ihre politischen Rathschläge befolgen werde. Davon war das Gegentheil eingetreten. Die Cardinäle della Genga, Altieri und Vannicelli, die Pius IX. zur Uebernahme der Regierung vorausschickte, behandelten die französische Besatzung wie eine Polizeimannschaft, die man zur Vollziehung von Verhaftungen bei der Hand hat. In ihre Verwaltung ließen sie weder den General Oudinot noch dessen Nachfolger Rostolan hineinreden. Der Geist, in dem sie regierten, war nicht der milde, menschenfreundliche Pius' IX., sondern der finstere gregorianische. In ihren Augen war Jedermann ein Verbrecher, der unter der republikanischen Regierung fortgefahren hatte, eine öffentliche Schule, eine Casse, einen Wald zu verwalten oder einem öffentlichen Krankenhause Zeit und Gesundheit zu opfern. Beamte, die so gehandelt hatten, ja selbst Geistliche, die der Leiche eines gefallenen Soldaten der Republik gefolgt waren, wurden abgesetzt und nach Befinden in's Gefängniß geworfen. Dort fanden sie außer den Wühlern auch Liberale, die dem Dolche der Mazzinisten getrotzt hatten, um die päpstliche Regierung unter den von Pius IX. angenommenen constitutionellen Formen zu erhalten. Sie fanden dort alle die, welche von Sanfedisten oder Mitgliedern der gregorianischen geheimen Polizei nicht wegen Handlungen, nein wegen Gesinnungen angeschwärzt worden waren. Damit keiner dieser Unglücklichen dem rächenden Arme der Gerechtigkeit entgehe, waren acht Ausnahmegerichte in Thätigkeit, alle mit geistlichen Richtern besetzt und unter ihnen eines, das den verabscheuten Namen der Inquisition trug. Gleichzeitig verfolgte die restaurirte Indexcommission die Bücher, auch solche, welche wie Gioberti's Hauptwerk den Interessen des freisinnig gewordenen Papstthums gedient hatten. Ihre gesetzgeberische Thätigkeit richteten die drei Cardinäle auf die Ausmerzung der Reformen Pius' IX. und auf die Veröffentlichung von Strafgesetzen gegen wilde Ehen, Lästerungen Gottes, der Kirche und der Priester, Arbeiten an Sonn- und Festtagen, Vernachlässigung des Kirchenbesuchs und des Fastens am Freitage. Ihre sogenannte Ordnung der Finanzen endlich, die in einer Reduction der Staatsschulden bestand, bemaßen die „rothen Triumvirn" in einer solchen Weise, daß die Stadt Rom 2,600,000 Scudi verlor und die päpstliche Regierung einen Gewinn von 1,400,000 Scudi machte.

In seinem Unmuth über dieses Treiben, dem die französischen Soldaten zu Stützen zu dienen gezwungen waren, schrieb der Präsident an Oberst Ney: „Sagen Sie dem General Rostolan, daß man sich im Schatten unsrer Fahnen Nichts erlauben darf, was den Charakter unsrer Einmischung entstellen könnte. Ich verstehe die Wiederherstellung der geistlichen Macht des Papstes nicht anders, als mit einem allgemeinen Gnadenact, einer Laienregierung, Code Napoleon und freisinniger Verwaltung.“ Der Brief gelangte an seine richtige Adresse, an den Papst; aber dieser konnte oder wollte nicht die Hälfte von dem bewilligen, was der mächtige Briefsteller forderte. Er gab eine Amnestie, und sie schloß mehr als 2000 Personen aus, während die österreichische für die noch einmal so starke Bevölkerung des lombardischen Königreichs nicht mehr als 82 Personen ausnahm. Er zog in einem Motuproprio Grundlinien einer Verfassung, und diese gab der Bevölkerung weiter keine Rechte, als daß die Höchstbesteuerten Gemeinderäthe wählten, welche Mitglieder für die Provinzialräthe in Vorschlag brachten, von denen der Papst die nahm, welche ihm gefielen, um sich durch sie wieder Candidaten für die Consulta empfehlen zu lassen. Einen Theil der Provinzialräthe sollte der Papst unmittelbar ernennen dürfen, so daß er es in seiner Macht hatte, eine Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln. Die Rechte der Consulta sollten bei Fragen des Budgets in einem „syndikatorischen Urtheil,“ in allen andern Fällen, selbst bei neuen Finanzgesetzen, in einem Beirath bestehen.

Die zurückkehrenden Abgeordneten erwartete eine Rechtsfrage, welche die Republik nicht anders entscheiden konnte, als die Monarchie es gethan haben würde. Der Herzogin Helene von Orleans war im Einklang aller Staatsgewalten ein Witthum von 300,000 Franken ausgesetzt worden, dessen Auszahlung sie von der Kammer forderte. Wenige fanden den Muth, gegen ein so sonnenklares Recht zu sprechen. Herbette brachte sie mit den wenigen Worten zum Schweigen: „Als die Herzogin nach Frankreich kam, sagte man ihr: Es ist der schönste Thron der Welt, der Sie erwartet, vielleicht auch das Blutgerüst. Aber Niemand sagte: Wortbruch erwartet Sie.“ 423 Mitglieder stimmten für die Bewilligung, 184 dagegen. Um eine Rache zu nehmen, ließ der Berg durch einen Abgeordneten, der kein anderer als der Prinz Napoleon Bonaparte war, einen Antrag auf Zurücknahme der Verbannungsgesetze gegen die beiden bourbonischen Linien stellen. Sowohl die Bourbons als die Orleans konnten nicht in einer Republik als einfache Bürger

leben, und auf ihre Rückkehr war es auch gar nicht abgesehen, sondern darauf, ihnen in der Kammer Beleidigungen zu sagen. Es geschah durch den Antragsteller, der die ehemals regierenden Familien mit den politischen Flüchtlingen, den Louis Blanc und Ledru Rollin, auf eine Stufe stellte und von ihrem Unglück so sprach, als ob es ein Staatsverbrechen wäre.

Die römische Frage kam wieder an die Reihe, als die Minister der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs und der Marine Credite forderten, die sich auf sie bezogen. Die Debatte nahm drei Tage hin und war eine der leidenschaftlichsten. Der Berg hatte in den Reden die Oberhand, die gemäßigte Partei bei der Abstimmung. Eine Mehrheit von 305 Stimmen bewilligte den Ministern ihre Credite. Dieselbe römische Frage ließ den Bruch zwischen dem Präsidenten und der Kammermehrheit entstehen, auf den der Berg hinarbeitete.

Von vornherein herrschte zwischen dem Präsidenten und den Conservativen ein tiefer Zwiespalt, eine unausgleichbare Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Machtbefugnisse des erstern. Ludwig Philipp hat sich in der Verbannung beklagt, der Grundsatz: „Der König herrscht, regiert aber nicht," habe ihn getödtet. Dem Präsidenten wollten die Parteiführer der Kammer nicht einmal die Gewalt zugestehen, welche in jenen Worten enthalten ist. Man gestand ihm zu, daß er die Beamten auf den Vorschlag seiner Minister ernennen, Frankreich repräsentiren und allerlei kleine Geschäfte anordnen dürfe, aber man stritt ihm das Recht ab, in der innern und äußern Politik eine Meinung zu haben und sie geltend zu machen. Der Grundsatz, an den der vertriebene König in Claremont mit Kummer dachte, erfuhr eine Steigerung und lautete nunmehr: „Die Kammer ist der Kopf, der Präsident der Arm." Selbst wenn die Kammer nur einen Kopf gehabt hätte, würde Ludwig Bonaparte schwer zu zwingen gewesen sein, den bloßen Arm zu spielen. Nun hatte die Kammermehrheit aber zwei Köpfe, einen legitimistischen und einen orleanistischen, woraus eine Lähmung hervorging, welche dem Präsidenten die Ausführung seines Entschlusses, sich der Tyrannei des parlamentarischen Regierungssystems zu entziehen, erleichterte.

Da die Minister weit mehr der Kammer als dem Präsidenten verantwortlich zu sein glaubten, so kam es zwischen ihm und ihnen zu Reibungen. Der Unterrichtsminister Falloux, einer der ultramontanen Führer, zog ihn wegen seines Briefes an Oberst Ney förmlich zur Rechenschaft. Die übrigen

Minister vermittelten, und bei der Debatte über die römische Frage bemerkte der Berg nicht, daß das feindliche Lager gespalten sei. Diese Debatte, die wegen der Leidenschaftlichkeit der Rothen einige Besorgnisse erregte, hatte der Präsident vorübergehen lassen, ehe er seine Emancipation zur That machte. Plötzlich verabschiedete er seine Minister und gab der Kammer in einer Botschaft vom 31. October 1849 die Motive kund, durch die er geleitet worden sei. Das napoleonische Ich betonte sich in diesem Document mit einem großen Nachdruck. Die Sprache war die eines Herrn, der gute Diener gesucht und sie nicht gefunden hat. Er habe Selbstverleugnung bewiesen, keiner Person, keiner Partei Voreingenommenheit gezeigt, Männer der verschiedensten Richtungen zu den Staatsgeschäften gelangen lassen. Dadurch habe er keine Verschmelzung von Parteien, sondern eine Aufhebung von Kräften erlangt. Auf der einen Seite (beim Berge) gebe es nichts als schlechte Leidenschaften und anarchische Drohungen, auf der andern nichts als ehrgeizige Gelüste und Nebenbuhlereien, die das Land mit Besorgniß erfüllten, nachdem die Zeit der Straßenunruhen vorüber sei. „In dieser Verwirrung sucht Frankreich ängstlich, weil es keine Lösung sieht, nach der Hand und dem Willen des Gewählten vom 10. December. Ein ganzes System hat am 10. December triumphirt, denn der Name Napoleon ist ein Programm. Er besagt im Innern Ordnung, Autorität, Religion, Volkswohl, nach Außen Nationalwürde." Die Mitwirkung der Kammer für die durch seine Wahl eingeweihte Politik nahm der Präsident in Anspruch, um in einem der nächsten Sätze auf seine Person zurückzukommen und zu sagen: „Ich will durch meine Redlichkeit, Beharrlichkeit und Festigkeit dem Lande ein solches Vertrauen einflößen, daß die Geschäfte wieder in Gang kommen und man sich auf die Zukunft verläßt."

Mit diesem Programm läuft die zweite Phase der Revolution ab. In der ersten hatte die Junischlacht die Republik zu Grunde gerichtet und sie endete mit der Dictatur, in der zweiten hatte sich das parlamentarische System versucht und sie erhielt eine kaiserliche Dictatur zum Schlußstein. Die erfahrenen Politiker der Kammer fanden das rechte Wort, als sie von dem Programm sagten: „Die persönliche Regierung kündigt sich an." Die neuen Minister hatten theils dem Hause des Präsidenten Dienste geleistet, theils standen sie ihm persönlich nahe. Es waren die Generale Hautpoul und Lahitte, der Marineofficier Romain Desfosses, der Chemiker Dumas, Bineau,

Parieu, Rouher, Achille Fould, der Privatbanquier des Präsidenten, und Ferdinand Barrot, der ihn einst vor dem Pairsgerichtshofe vertheidigt hatte. Angreifen ließ sich keine dieser Ernennungen, denn alle Minister waren Mitglieder der Kammermehrheit. Die Polizeiverwaltung von Paris übernahm Carlier und kündigte sich mit der Versicherung an, daß er ein muthiger und unermüdlicher Gegner aller Ruhestörer, der Chefs wie der Werkzeuge, sein und gegen den Socialismus, die Unsittlichkeit, die Unordnung, die schlechte Presse, die Verhärtung der Parteimenschen mit Wachsamkeit und Strenge einschreiten werde.

Zwölftes Kapitel.

Mißlingen der Fusion. — Gesetze gegen die rothe Partei. — Legitimistischer Congreß in Wiesbaden. — Die Generalräthe. — Changarnier's Absetzung. — Kampf zwischen der Kammermehrheit und dem Präsidenten. — Die Frage der Verfassungsrevision. — General Saint Arnaud. — Anträge Baze's und Pradié's. — Der Staatsstreich des 2. Decembers.

Die argwöhnische Wachsamkeit der beiden royalistischen Parteien gewahrte zwar die Vorbereitungen zu einem Staatsstreiche, die man nach dem 31. October erwartet hatte, nicht, dagegen aber Vieles, was darauf hindeutete, daß der Präsident sich eine Partei schaffe. Er forderte die Veteranen des Kaiserreichs auf, sofern sie noch keine Ruhegehalte hätten, ihre Ansprüche geltend zu machen, und bis zum Schlusse des Jahres liefen 20,000 Bittschriften ein. In einem Rundschreiben ermahnte er die Verwaltungsbeamten der Provinzen, sich schon jetzt mit den Mitteln zu beschäftigen, wie Frankreich vor den unvermeidlichen Drangsalen zu bewahren sei, welche „ein neuer Regierungswechsel" nach sich ziehen werde. Zu diesen Mitteln kam dann noch die Thätigkeit einer nicht besonders geachteten, aber unermüdlichen Presse, deren Lenker Emil von Girardin, Veron und Granier von Cassaignac waren, und was einflußreiche Vereine thaten.

Die Orleanisten und Legitimisten hatten längst das vollzogen, was sie eine Verschmelzung ersten Grades nannten. Sie hatten sich gegen den gemeinschaftlichen Feind, die Republikaner, verbrüdert, allein die innern Bestandtheile jeder Partei wurden davon nicht berührt. Eine besondere Zeitung, Salvandy's und Guizot's „Nationalversammlung", mühte sich ab, eine Ver-

schmelzung zweiten Grades zu Stande zu bringen, und für denselben Zweck wurde durch Zusammenkünfte, einen lebhaften Briefwechsel mit dem Auslande und persönliche Reisen hochgestellter Monarchisten nach den Verbannungsorten der Bourbons und Orleans gewirkt. Trotz aller dieser Thätigkeit rückte man der Versöhnung der beiden Linien und ihrer Anhänger nicht um einen Zoll näher. Indem die Orleans ihre Bereitwilligkeit aussprachen, ihr Thronrecht dem des Grafen von Chambord nachzustellen, erklärten sie sich nicht befugt, die Grundsätze zu opfern, deren Vertretung 1830 ihnen übertragen worden sei. Die Herzogin von Orleans konnte wegen der Minderjährigkeit des Grafen von Paris nicht einmal das erste Zugeständniß machen. Was den Grafen von Chambord betrifft, so gab er Nichts auf, weder die weiße Fahne, noch die unveräußerlichen Kronrechte des alten Systems. Noch weniger als die Dynastien waren die Parteien zu einem Aufgeben von Grundsätzen aufgelegt. Ging man endlich zu den Interessen weiter, so zeigte es sich dem blödesten Sinne, daß der legitimistische grundbesitzende Adel und die orleanistischen Classen der großen Gewerbtreibenden und Kaufleute, der Künstler und Gelehrten keine für Alle befriedigende Auseinandersetzung vorzunehmen im Stande seien.

Den gemeinschaftlichen Feind ließ man trotz des eigenen Haders nicht zu Athem kommen. Auf die Socialisten führte man Schlag auf Schlag und fuhr nebenbei fort, alle Neuerungen der ersten republikanischen Tage zu beseitigen, die eine Erleichterung der untern Classen in's Auge gefaßt hatten. Man war in der Parteileidenschaft so weit gediehen, die Wiederherstellung der Getränkesteuer, einer Abgabe, die zu tausend Verfälschungen und Vergiftungen Anlaß gab, dem Armen den Unterhalt vertheuerte und den Weinbau zu Boden drückte, als Ehrensache zu betreiben und den Sieg in dieser Frage mit einem glänzenden Bankett zu feiern. Kaum hatte man dieses Bollwerk gegen den Socialismus errichtet — als solches wurde die Getränkesteuer von Montalembert bezeichnet — so brachte man ein Schullehrergesetz ein. Ein Gesetz von 1833 gab dem Lehrerstande eine Garantie gegen Willkür, indem die Schulräthe mit den nöthig werdenden Absetzungen beauftragt wurden. Die Versammlung, royalistischer als Ludwig Philipp, nahm ihm diese Garantie und überlieferte ihn der Laune der Präfecten.

Die großen Redner der Ordnungspartei hatten bei dem Schullehrergesetz geschwiegen, um sich für das Unterrichtsgesetz aufzusparen. Die meisten von

ihnen waren unter den früheren königlichen Regierungen warme Vertheidiger des Rechts der Hochschule gewesen, die großen Lyceen des Staats, die Gemeinde-collegien, die Privatschulen zu beaufsichtigen, und hatten der Geistlichkeit höchst ungern das Zugeständniß gemacht, in ihre kleinen Seminarien 20,000 Schüler aufnehmen zu dürfen. Unter der Republik gingen sie zu den Ultramontanen über, und Thiers stimmte und sprach wie Montalembert; weil in ihm die Ueberzeugung erwacht war, „daß die Strömung des Rationalismus der Demagogie nur mit Hülfe der Kirche überwunden werden könne.“ Sowie das Gesetz, nachdem Redner und Gegenredner alle Gründe erschöpft hatten, angenommen wurde, hob es die der Geistlichkeit unangenehmen Beschränkungen der kleinen Seminarien wie des unentgeltlichen Unterrichts auf und gab der Aufsicht führenden Behörde eine solche Einrichtung, daß die Ultramontanen, sobald das Ministerium des Unterrichts auf einige Jahre in ihre Hände kam, zu Herren des gesammten französischen Schulwesens wurden. Wohl konnte Barthelemy St. Hilaire den Vertheidigern des Gesetzes sagen: „In Eurem Haß, Eurem Drange nach einem organischen Gesetze über den Unterricht kümmert Ihr Euch nicht darum, welches Gesetz Ihr macht, sondern Ihr seid zufrieden, nur überhaupt eins zu machen. Euch liegt bei dem, was Ihr macht, nicht der Unterricht, sondern die Politik am Herzen.“

Die Schonungslosigkeit der Mehrheit gegen Grundsätze, welche sie früher hochgehalten hatte, rief in Verbindung mit andern Dingen, namentlich mit der Härte, die bei der Auflösung der Mobilgarde gegen diese tüchtige Waffe der Ordnung in der Junischlacht bewiesen wurde, in der Bevölkerung eine Verstimmung hervor. Die einunddreißig Ergänzungswahlen, die durch die Verurtheilung oder die Flucht der in das Attentat vom Conservatorium verwickelten Abgeordneten nöthig wurden, gaben der Ordnungspartei ein Mißtrauensvotum. Paris wählte nur Rothe, Carnot, Vidal und Flotte, und in den sechzehn Departements, in denen achtundzwanzig Wahlen vorzunehmen waren, setzten die Socialisten ihre Abgeordneten ebenfalls in großer Mehrzahl durch. Die Prahlerei der Socialisten, daß die Zukunft ihnen gehöre, erhielt durch ihren Sieg eine gewisse Bedeutung. Die Kammermehrheit und die persönliche Partei des Präsidenten traten einander näher und beriethen gemeinschaftlich, wie man der Gefahr begegnen könne. Thiers, als Führer der gemäßigten Partei, Changarnier als Vertreter der Nationalgarde und der Armee, und Morny im Namen Ludwig Bonaparte's, hielten eine Besprechung. Man

war einig, daß ein Staatsstreich gegen die Verfassung ausgeführt werden müsse, und beschäftigte sich zunächst mit den zu verhaftenden Personen. Daß Oberst Charras festzunehmen sei, fand keinen Widerspruch. Changarnier verlangte die Verhaftung Cavaignac's, weil er im Heer und in der Nationalgarde viel gelte. Thiers nahm Cavaignac in Schutz und drang auf die Beseitigung Lamoricière's, der ein politisch-hirnverbrannter Mensch sei, während Changarnier ihn für vollständig unbedeutend erklärte. Morny „vermittelte" mit dem Vorschlage, alle Drei zu verhaften. Der Plan fiel dieses Mal in's Wasser, aber Morny hatte ein gutes Gedächtniß. Als der Präsident seinen Staatsstreich vom 2. December ausführte, wurden Charras, Cavaignac und Lamoricière festgenommen und Changarnier und Thiers mit ihnen.*)

Der Präsident fuhr fort, sich eine Partei zu schaffen. Der Besitz der vollziehenden Gewalt gestattete ihm unter vielen Mitteln die Auswahl, aber er wendete sie alle zusammen an: Versprechungen allgemeiner Wohlfahrt, im kaiserlichen Stil gehalten, effectvolle Briefe an Beamte, einflußreiche Vereine und Privatpersonen, Verkündigung einer von Ruhm und Glück strotzenden Aera der Cäsaren, die von den vier bonapartistischen Blättern, Patrie, Constitutionnel, zehnter December und Napoleon, um die Wette gepriesen wurde, Heerschauen, Ehrenkreuze, Gnadengeschenke, Besatzungswechsel von Monat zu Monat, damit der Soldat nicht Zeit habe, von dem Geiste der Bevölkerung angesteckt zu werden, Löhnungszuschläge für die Unterofficiere, Beförderungen für die Guten, Verabschiedungen und Versetzungen für die Schlechten. Diese Maßregeln der persönlichen Politik betrachtete die Kammermehrheit mit einem unbehaglichen Gefühl, zu einigen großen Mitteln gab sie gern ihre Zustimmung. Man berief einen Ackerbaucongreß und einen allgemeinen Rath des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe. Bei dem ersten führte die Kammer, bei dem letzten der Präsident das Wort. Beiden Versammlungen setzte die monarchische wie die persönliche Politik mit bündiger Klarheit auseinander, daß Alles, Alles unsicher und in Frage gestellt sei, ein Bund der Schuldner gegen die Gläubiger, der Armen gegen die Reichen, der Faullenzer gegen die Fleißigen, der liederlichen gegen die sparsamen Hausväter den Boden

*) So erzählt Veron in den Mémoirs d'un bourgeois de Paris die Geschichte der ersten Berathung über einen Staatsstreich. Thiers hat öffentlich widersprochen, daß der Hergang dieser gewesen sei. Graf Morny dagegen ebenfalls öffentlich die Wahrheit von Veron's Darstellung bestätigt.

unter den Füßen in Wanken bringe. „Man muß die erschütterten Dinge wieder befestigen," sagte der Präsident dem allgemeinen Rath. „Eilen wir, die Zeit drängt."

Man eilte, als ob man höchstens des nächsten Tages sicher sei. Ein Gesetz über die Bürgermeister, ein Deportationsgesetz, ein verschärftes Vereinsgesetz, ein noch mehr beschränkendes Preßgesetz und ein Wahlgesetz wurden der Kammer so rasch hinter einander vorgelegt, daß sie kaum wußte, wozu sie zuerst greifen solle. Alle diese Gesetze waren gegen die unheilvollen Lehren der Socialisten, die einen vorbeugend, die andern bestrafend, bestimmt und nahmen nebenbei den guten Bürgern einen beträchtlichen Theil ihrer verfassungsmäßigen Freiheit. Bei dem Bürgermeistergesetz äußerte sich die letztere Tendenz so verletzend, daß die Mehrheit durch ihren Berichterstatter erklären ließ, die Regierung immer und um jeden Preis zu unterstützen, würde ein Verbrechen gegen das Land sein, worauf die Minister ihr Machwerk zurückzogen. Das Preßgesetz wurde unter Tumult aber doch wie im Fluge angenommen. Es erhöhte die Cautionen der Zeitungen, stellte den Stempel wieder her, indem es denselben auf das Feuilleton wie auf alle Flugschriften bis zu drei Bogen ausdehnte, und untersagte die Anonymität aller Zeitungsartikel. Nicht nur die socialistische, sondern auch die conservative Presse wurde von diesem Gesetz hart getroffen, und das bitterste Urtheil, das die Presse fällte, war das des Journal des Debats: „Seit sechzig Jahren lebt Frankreich unter Uebertreibungen, es kennt nur Ueberstürzung und Rückschlag, es geht vom Gelag zur Krankendiät. Das Preßgesetz ist auch im Uebermaß der Reaction erlassen, und nebenbei ist es ein Werk der Rache, weil ein großer Theil der Abgeordneten aus Groll gegen die Kritik der Presse das Zeitungswesen vernichten will. Ihr Feldgeschrei ist: Man muß Allem, was da schreibt, das Handwerk legen! Wenn nur nicht nach Beseitigung der Presse es später einmal heißen könnte: Man muß Allem, was da redet, das Handwerk legen!" Wie bald sollte diese Prophezeiung des großen orleanistischen Blattes eintreffen!

Mit dem Vereinsgesetz wurde man in einer Sitzung fertig. Man ging zu dem Wahlgesetz über, der wichtigsten der Vorlagen, welche, auf das augenblickliche Bedürfniß berechnet, Staatsacte und rettende Maßregeln sein sollten. Die Bestimmungen, die es traf, beraubten mindestens drei Millionen Franzosen des Wahlrechts — wie die Mehrheit glaubte, die Classen, in denen der Socialismus wurzelte, wie sich nachher herausstellte, friedliche Landleute und

eben die Wähler, denen der Präsident seinen Sieg über Cavaignac verdankte. Das Gesetz wurde angenommen, und der Präsident bestätigte es in Folge eines Vergleichs, der die Mehrheit verpflichtete, ihm zur Bestreitung seines Aufwandes mehr als drei Millionen — zuerst 2,160,000, dann 900,000 Franken — zu bewilligen.

Die Debatte über die Dotationsfrage bestätigte auf's Neue, daß die Kammermehrheit für den Präsidenten nicht günstig sei. Der Berg warf ihm Grobheiten an den Kopf, die Mehrheit versetzte ihm Nadelstiche. Bei der nächsten Gelegenheit, die sich darbot, rächte sie sich an ihm für das Geschrei: „Es lebe der Präsident! Nieder mit den Ränkeschmieden der Nationalversammlung!" das ihn auf einer Reise nach Compiegne begrüßt hatte. Lamartiniere, Herausgeber eines bonapartistischen Blattes, hatte der Kammer Dinge gesagt, wie sie von den andern Zeitungen sie täglich zu hören bekam. Ihn lud man vor die Schranken und belegte ihn mit einer Buße von 5000 Franken, der höchsten Strafe, welche das Gesetz zu verhängen erlaubte. Dies war das Vorspiel zu einer neuen Lehre für den Präsidenten. Nach so vielen rettenden Thaten beschloß die Versammlung ihre Vertagung vom 11. August bis zum 11. November 1850 und setzte zur Wahrung der Rechte des Landes, richtiger als Wache gegen einen Staatsstreich, einen Ausschuß von fünfundzwanzig Personen nieder, in den die erklärtesten Gegner des Präsidenten gewählt wurden, und nicht ein einziger seiner Anhänger.

Der gemeinschaftliche Feldzug des Präsidenten und der Kammermehrheit gegen die republikanische Verfassung war so weit gediehen,*) daß man die

*) Die von der Nationalversammlung mittelbar oder unmittelbar gegen die Verfassung erlassenen Gesetze sind in chronologischer Ordnung die folgenden:

1849.	19. Juni.	Verbot der Clubs und Beschränkung des Vereinsrechts, im folgenden Jahre verschärft.
	11. Juli.	Die Auflösung der achten, neunten und zwölften Legion der Pariser Nationalgarde wird verlängert.
	27. Juli.	Erste Beschränkungen der Presse.
	9. August.	Gesetz über den Belagerungszustand.
	20. October.	Creditbewilligung von $6\frac{3}{4}$ Millionen Franken für die Expedition gegen den Kirchenstaat.
	20. December.	Wiedereinführung der Getränkesteuer.
	26. December.	Erste Beschränkungen des allgemeinen Wahlrechts.
1850.	22. Januar.	Gesetz über die Verbannung der Juni-Aufrührer.
	15. März.	Unterrichtsgesetz.

Demokratie und die hinter ihr stehenden socialistischen Parteien genug geschwächt hatte, um bei dem monarchischen Ränkespiel keine Störungen mehr zu befürchten zu haben. Außer den Einrichtungen hatte man die Personen unschädlich gemacht. In 153 Städten oder ländlichen Gemeinden war die Nationalgarde aufgelöst, 421 Bürgermeister und 183 Adjuncten nebst zahllosen Schullehrern abgesetzt, 458 politische Gefangene nach Algier deportirt worden. Ueber 348 Gefangene derselben Kategorie war noch Entscheidung zu treffen, ob man sie nach den Marquesas oder nach einem französischen Gefängnisse schaffen wolle, politische Processe gegen die Presse waren aller Orten an der Tagesordnung. Nach einer solchen Knebelung des Gegners war das Zusammenhalten der vollziehenden und der gesetzgebenden Gewalt nicht mehr so nöthig wie früher, und die monarchischen Parteien wagten nicht viel, wenn jede von nun an offener für ihre eigene Rechnung arbeitete.

In der Ferienzeit spielten die Bestrebungen der Bonapartisten und ihrer Gegenfüßler in der Provinz. Ludwig Bonaparte bereiste die volkreichsten Departements, wo er sowohl die abermals einberufenen Generalräthe als zusammengezogene Truppenmassen für sich zu gewinnen Gelegenheit hatte. Er zeigte sich zuerst den östlichen, dann den westlichen Departements. Man empfing ihn im Allgemeinen mit Wärme, und in den ländlichen Bevölkerungen entstanden förmliche Wallfahrten nach den Orten, wo man ihn erwartete. Der Eifer der Truppen bedurfte einer Mäßigung, um den Ruf: „Es lebe der Kaiser!" nicht allzu hörbar zu machen. Seine Reden bemaß der Präsident tactvoll nach den Oertlichkeiten und den Umständen. Empfing man ihn kalt, wie in Straßburg, so betheuerte er seine Redlichkeit, seine Verfassungstreue, seine Unfähigkeit, das Volk zu verrathen. Sah er sich unter Anhängern, wie in Lyon, so erklärte er seine Absicht, von den strafbaren Begierden der Parteien nöthigenfalls an die Oberherrlichkeit des Volks Berufung einlegen zu wollen. Ueberall beklagte er die Unsicherheit, welcher Frankreich preisgegeben sei. Wolle man Eisenbahnen und Canäle, die Vollendung begonnener Arbeiten, die Wie-

---

31. Mai. Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts.
15. Juni. Abschaffung des unentgeltlichen Unterrichts in der polytechnischen und den Militärschulen.
24. Juni. Erhöhung der Repräsentationsgelder des Präsidenten auf drei Millionen.
26. Juli. Hohe Cautionen und Stempel für die Zeitungen.
30. Juli. Theatercensur.

derbelebung des Handels, des Ackerbaues, der Gewerbe, so müsse man zur Befestigung der Regierungsgewalt, zur Beseitigung der Gefahren der Zukunft mitwirken und ihm die nöthige Macht geben, daß er die Anarchie zu Boden treten, die Parteien im Zaum halten, den allgemeinen Interessen nach Außen durch Ruhm, im Innern durch lebhaften Antrieb den Sieg verschaffen könne. Als er nach Paris zurückkehrte, hatte sich am Bahnhofe die Gesellschaft des 10. Decembers aufgestellt, die allein in der Hauptstadt 10,000 Menschen in einer festen Organisation vereinigte. Sie bereitete ihm einen feierlichen Empfang und mißhandelte nebenbei Alle mit Stockschlägen, die nicht in ihren Ruf einstimmten: „Es lebe Napoleon! Nieder mit den Weißen und Rothen!"

Während der Reise des Präsidenten verschied in Claremont Ludwig Philipp (26. August 1850). Sein Sohn, Prinz Joinville, der beliebteste aller Orleans, wurde an das Sterbebette des Vaters berufen, und die Conferenz der Orleanisten, zu der er sich auf das Festland begeben hatte, kam aus diesem Grunde nicht zu Stande. Die Legitimisten versammelten sich in Wiesbaden um den Grafen von Chambord. Man sah dort die Blüthe des altfranzösischen Adels, die Träger der Namen Choiseul, Noailles, Larochejacquelin, Brissac, Coislin, Laferronays, Fitz-James, Talleyrand-Perigord, St. Priest, viele Väter der Gesellschaft Jesu, einige Bürgerliche, wie Berryer, die sich von je durch Eifer für die Bourbons ausgezeichnet hatten, und Arbeiter in großer Zahl. Welch ein Zeichen der Zeit, daß der legitime König von Gottes Gnaden mit dem vierten Stande liebäugelte und den Vertretern desselben ein Glaubensbekenntniß ablegte, in dem gesagt war: „Die Regierungen haben sich bis jetzt noch nicht hinlänglich mit den arbeitenden Classen beschäftigt. Die Verbesserung ihres Looses wäre mein liebster Gedanke. Der Arbeiter hat heilige Rechte an das öffentliche Interesse. Sein Leben ist dem Staat nothwendig, der Staat muß sich mit seinem Leben beschäftigen. Was mich betrifft, so habe ich den vom Schicksal Bevorzugten, auf die ich Einfluß zu üben vermag, unaufhörlich gesagt und wiedergesagt, daß, wenn Gott ihnen Güter und Reichthümer gegeben, so sei es geschehen, damit sie einen edlen und würdigen Gebrauch davon machen sollen. Die Aufgabe des Reichen ist, die Vorsehung des Armen zu sein; wehe ihm, wenn er dagegen fehlen sollte!"

Den Generalräthen kam von dem Präsidenten und zugleich von den Legitimisten und Orleanisten die Aufforderung zu, sich über die Revision der Verfassung auszusprechen. Von den 85 Räthen wollten 21 sich mit der Frage

überhaupt nicht befassen, 10 verwarfen die in ihrer Mitte gestellten Anträge, zwei, Var und Vaucluse, sprachen sich entschieden für die bestehende Verfassung aus, und 52 erklärten sich mehr oder weniger für eine Revision, nämlich 32 für die gesetzliche Revision, so daß nach Anordnung der Verfassung ein besonderer Revisionsausschuß von 1000 Mitgliedern zusammentrete, 14 für Revision überhaupt, ohne sich über die Form zu äußern, und nur 6 für unmittelbare Revision, also für einen Verfassungsbruch. Die Verlängerung der Präsidentschaft Ludwig Bonaparte's forderten nicht mehr als zwei Generalräthe, die von Corsica und den Ostpyrenäen. Er brauchte Kundgebungen dieser Art bloß wegen ihres moralischen Eindrucks. Das Gewaltmittel, das Heer, war für ihn. Ein bei Versailles gebildetes Lager war die große kaiserliche Werkstatt. Man hatte da kriegerische Anreden, bei denen der Name Napoleon seine Wirkung thun mußte, vertrauliche Besuche des Präsidenten, Feste und Verbrüderungen zwischen den Soldaten und dem Volk, welches letztere durch die Mitglieder der Gesellschaft des 10. Decembers vorgestellt wurde. Gab es Heerschauen auf der Ebene von Satory, so wurde das Heer mit gebratenen Hühnern und Champagner bewirthet und dankte mit einem: „Es lebe der Kaiser!" General Neumayr, dessen Abtheilung in diesen Ruf nicht einstimmte, wurde zur Strafe von Paris versetzt.

Was that der zur Ueberwachung des Präsidenten niedergesetzte Ausschuß der Kammer gegen diese Umtriebe? Er nahm sie gewissenhaft zu Protocoll. Changarnier trat energischer auf, wodurch er in eine Opposition gegen den Präsidenten gerieth, die ihn bald darauf seine Stelle und seinen ganzen Einfluß kostete. Die Versammlung war zurückgekehrt, hatte eine Botschaft des Präsidenten entgegengenommen und ihre Arbeiten begonnen. Da ereignete es sich, daß der Abgeordnete Mauguin wegen Schulden verhaftet und nicht eher freigelassen wurde, als bis der Quästor Baze mit Waffengewalt gedroht hatte. Die Kammer wollte bei dieser Gelegenheit wissen, ob sie ohne den Präsidenten über Truppen verfügen dürfe. Die Minister verneinten es und beriefen sich auf einen Tagesbefehl des Generals Changarnier, der die Officiere ausdrücklich anwies, keinem Abgeordneten zu gehorchen und jede Aufforderung, Requisition oder Nachsuchung eines bürgerlichen, richterlichen oder politischen Beamten streng abzuschlagen. Kaum war dies geschehen, so bestieg der General die Rednerbühne und erklärte, daß in seinem Hauptquartier das Recht der Kammer, Truppen zu requiriren, nie in Frage gestellt worden sei. Daß der

Befehlshaber von Paris dem Präsidenten das Recht der alleinigen Verfügung über das Heer absprach, war nicht zu dulden. Ludwig Bonaparte verlangte von seinen Ministern die Absetzung Changarnier's, und als sie zauderten, entfernte er sie selbst. Die neuen Minister Rouher, Drouin de Lhuys, Regnauld de St. Jean d'Angely, Ducos, Baroche, Magne, Bonjean, Parieu und Fould unterzeichneten das Decret, und eine Vermittlung, welche die Abgeordneten Dupin, Molé, Thiers, Broglie, Odilon Barrot, Berryer, Montalembert und Daru versuchten, kam zu spät. „Mit der Versammlung gehe ich gern wie früher Hand in Hand," antwortete der Präsident, „aber dem General Changarnier ordne ich mich nicht länger unter." Die Versammlung war über die Absetzung ihres Lieblingsgenerals erbittert und ging in dieser Stimmung weiter, als die Klugheit erlaubte. Sie sprach mit 418 gegen 277 Stimmen ihr Mißtrauen gegen die Minister aus und zwang diese dadurch zum Rücktritt. Einen Gewinn hatte die Kammermehrheit von dem Ministerwechsel nicht, denn der Präsident ließ sich durch ihre Feindseligkeit nicht einschüchtern und berief in seine Verwaltung persönliche Diener, oder, wie er sich ausdrückte, Fachmänner, die sich ohne Parteigedanken ganz den Geschäften widmen würden. Am 11. April 1851 gaben diese Lückenbüßer ihre Stellen zurück, und die alten Vertrauten, Rouher, Baroche, Leon Faucher und Fould, nahmen ihre Stellen wieder ein. Jede der drei feindlichen Parteien hatte für dieses Ministerium einen andern Namen, der aber dasselbe ausdrückte. Die Republikaner nannten es das Ministerium Polignac, die Orleanisten das Ministerium des Trotzes und der Herausforderung, die Legitimisten das Ministerium der Katastrophe. Man war indessen ohne Besorgnisse, denn Changarnier verbürgte sich für die Armee. „Das Heer," sagte er in der Kammer, „ist vom Gefühl seiner Pflicht und seiner Würde durchdrungen und wünscht dem Lande keineswegs das Elend und die Schmach einer Casernenregierung, ausgerufen durch betrunkene Prätorianer, auferlegt zu sehen. Die Anführer, die es versuchen würden, die Soldaten gegen die Gesetze und gegen diese Versammlung zu führen, würden nicht ein Bataillon, nicht eine Compagnie mit sich fortreißen und würden gegenüber Männer finden, die stets auf der Bahn der Ehre und der Pflicht gewandelt sind. Vertreter Frankreichs, rathschlagt in Frieden!"

Der Krieg zwischen der Kammer und der Regierung war erklärt. Es kam noch zu Waffenstillständen von kurzer Dauer, aber trotz mehrfacher Ver-

suche zu keiner Verständigung. Auf allen Seiten glaubte man, dem Ziele nahe zu sein, und insofern mit Recht, als der Widerwille des Landes gegen die Republik in vielen Bittschriften um Revision der Verfassung sich äußerte. Mehr als 1,500,000 Bürger erklärten der Kammer, von den bestehenden Verhältnissen nicht befriedigt zu werden. Allerdings kamen sehr viele der Unterschriften auf dem Wege eines ungesetzlichen Zwanges zu Stande. Die Regierung setzte alle ihre Werkzeuge in Bewegung, die Generale wie die Unterofficiere, die Präfecten wie die Schullehrer, ja selbst die Flurschützen. Den einzelnen Gemeinden gingen die Bittschriften gleich fertig zu, Gensd'armen trugen sie umher, und ein Heer von Spähern ermittelte die Personen, welche feindlich gestimmt seien. Aber man hatte die 1,500,000 Unterschriften doch und konnte sich auf eine imposante Aeußerung des Nationalwillens berufen, wenn man zur Revision schritt.

Die Revision wurde wirklich beantragt, und zwar die Revision der ganzen Verfassung. Acht Tage lang wurden in der Kammer die Vorzüge der Monarchie und der Republik gegen einander abgewogen. Jede Partei wollte sich von ihrer besten Seite zeigen und behandelte darum ihre Gegner mit der höflichsten Schonung. Berryer und Falloux vertraten die Bourbons, Cavaignac, Victor Hugo und Michel von Bourges die Republik, Baroche und Montalembert die Bonaparte. Die Orleanisten kamen nicht zu Wort. Ein legitimistischer Antrag auf Schluß der Verhandlungen wurde in dem Augenblicke angenommen, als sie Beschlag auf die Rednerbühne legen wollten. Ein Paragraph der Verfassung bestimmte, daß eine Mehrheit von drei Viertheilen für die Revision erforderlich sei. Zu einer solchen Mehrheit brauchte man 543 Stimmen, allein nur 446 Abgeordnete erklärten sich für die Revision, und der Antrag fiel demnach zu Boden.

Ueber diesen Arbeiten war die Zeit herangekommen, in der die Versammlung sich zu vertagen gewohnt war. Man hatte verabredet, in den bleibenden Ferienausschuß keine reizbaren Elemente aufzunehmen, und die Wahl fiel wirklich auf lauter besonnene Männer. Die friedliche Stimmung der Orleanisten und Legitimisten hatte in der augenblicklichen Hoffnungslosigkeit der Fusion, von der Alles abhing, ihren Grund. Eine Gesandtschaft der Legitimisten nach Claremont war resultatlos geblieben, weil die Herzogin von Orleans vor der Ankunft der Unterhändler sich entfernt hatte. Einer derselben, Berryer, willigte nach seiner Rückkehr in eine Conferenz mit Morny, Molé

und Broglie. Es war die zweite, in der Berathungen über einen Staatsstreich gepflogen wurden. Es handelte sich darum, in der Verfassung mit Umgehung ihrer Bestimmung über die Dreiviertelmehrheit Veränderungen vorzunehmen und die Präsidentschaft Ludwig Bonaparte's zu verlängern. Der Herzog von Broglie war indessen der Ansicht, daß die Versammlung, deren Vollmacht bald ablaufe, weder Energie noch Autorität genug zu einem solchen Schritte besitze. Berryer meinte: „Einen Staatsstreich bereitet man nicht vor, der kommt eines schönen Morgens, ohne daß man ihn vorher angesagt hat." Die Conferenz hatte abermals keine Folge.

Als jene Conferenz abgehalten wurde, befand sich der General, der zur Ausführung eines Staatsstreiches ausgesehen worden war, bereits in Paris. Der General Leroy de Saint Arnaud hatte ein bewegtes Leben hinter sich. In seiner Jugend Garde du Corps, ging er nach Griechenland, um einem christlichen Volke zu seiner Befreiung zu verhelfen, machte mit seinen Lieblingen dieselben bittern Erfahrungen, durch die unsre deutschen Philhellenen ernüchtert wurden, trat wieder in ein französisches Regiment ein und verwickelte sich in so viele Schulden und romantische Abenteuer, daß er zur Flucht nach London gezwungen war. Nach der Julirevolution nahm er zum dritten Male Dienste, focht gegen die Chouans der Vendée, geleitete die Herzogin von Berri nach Sicilien, wurde einige Jahre in kleinen Städten umhergestoßen und gelangte endlich 1837 nach Algier. Er zeichnete sich fortwährend aus, aber seine Gesundheit litt in dem Grade, daß er zuletzt, in seiner eigenen energischen Sprache zu reden,*) „weniger als ein Geripp, ein Stock war, und mit dem Kopfe an die Pforten der Hölle anrannte; aber der Teufel wollte ihn noch nicht und schickte ihn zurück." Die Gefangennahme des gefährlichen Bu Maza verschaffte ihm die Generalsepauletten. Man übergab ihm die Bewachung der deportirten Juni-Aufrührer, die ihm wilder als Araber und Kabylen vorkamen. Er machte kein Hehl daraus, daß er keine positive politische Ueberzeugung habe, aber die Republik auf den Tod hasse. Dem Prinzen Ludwig Bonaparte gab er seine Stimme, weil er das Unbekannte darstelle und weil in dem Unbekannten einige Hoffnung liege. Ein glühender Ehrgeiz war seine herrschende Leidenschaft und in seinem Charakter lag eine antike Kraft. Der Vertraute des Präsidenten, der aus Afrika einen vor

*) Lettres du Marechal Saint-Arnaud, eine ganz ungeschminkte Selbstbiographie, die aber viele Lücken hat.

Nichts zurückbebenden General holen sollte, fand den General von Saint Arnaud nicht sobald, als er sich mit ihm verständigte.

Saint Arnaud wurde der Kriegsminister eines neuen Cabinets, in das außer ihm Daniel, Giraud, Fortoul, Turgot, Casabianca und Lacrosse berufen wurden. Da diese Minister weder Staatsmänner noch Fachmänner waren, so konnten sie nichts Anderes als gefügige Werkzeuge des Präsidenten sein. Manifestationen der Gesellschaft des 10. Decembers und der bonapartistischen Presse fielen mit dem Ministerwechsel zusammen. Die Gesellschaft bemerkte dem Präsidenten, daß er ein Verbrechen begehen werde, wenn er gegen die Aufforderung des Landes, es zu retten, taub bleibe, und Granier von Cassaignac wählte den Augenblick der Rückkehr der Abgeordneten, um in seinem Blatt zu schreiben: „Wozu sind Nationalversammlung und Verfassung nütze? Dazu, eine Anzahl Bevorrechteter zu schaffen, schlimmerer Art als die alten Lehnsbarone waren, nämlich parlamentarische Barone, von denen einige durch ihr Talent, die meisten durch ihre Ränke im Besitze des Vorrechts sind, das Land zu beunruhigen, die Einstellung der Arbeit zu bewirken und Diejenigen, welche davon leben, auszuhungern, Coalitionen zu bilden und Ministerien in Bann zu thun, die Regierung herabzuwürdigen und zu ihrem persönlichen Vergnügen periodische Revolutionen hervorzubringen. Aber wie die Nacht des 4. August 1789 der ganzen Lehnsherrlichkeit ein Ende gemacht hat, so wird auch der parlamentarischen Lehnsherrlichkeit ein 4. August kommen.“

Um die Bestürzung der Kammer zu vervollständigen, erließ Saint Arnaud einen Aufruf an das Heer, der von der Verfassung und den Gesetzen ganz Umgang nehmend die Soldaten als das souveräne Rettungsmittel der Gesellschaft hinstellte, und veröffentlichte der Präsident eine Botschaft, in der er von der Kammer die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts forderte. Das war die furchtbare Waffe, die er seit anderthalb Jahren gegen die parlamentarische Mehrheit in Bereitschaft hielt. Indem er sich zu einem Staatsstreich anschickte, brachte er die Kammer durch seinen Tadel eines ihrer Hauptgesetze, für das man ihn mit verantwortlich gemacht hatte, um ihren Credit bei den Massen — das war die Bedeutung seiner gleichzeitigen Schritte. Die Mehrheit war davon so betroffen, daß verschiedene ihrer Häupter sich ihm zum dritten Male für einen Staatsstreich zur Verfügung stellten. Bei dem Grafen Daru beschlossen achtzig Abgeordnete, einen Antrag auf Ab-

änderung der Verfassung dahin einzubringen, daß der Präsident wieder wählbar sein, die gesetzgebende Gewalt von zwei Kammern ausgeübt und ein neues Wahlgesetz aufgestellt werden sollte. Würde die Kammer auf den Antrag nicht eintreten oder den Inhalt desselben zurückweisen, so wollten die Antragsteller ihr Mandat niederlegen und sich um den Präsidenten schaaren. Montalembert war es, der diesen Plan nachdrücklichst empfahl, aber Daru war sein entschiedener Gegner. „Sie vertheidigen ihn," bemerkte er dem ultramontanen Gegner, „aber wenn er gelungen ist, so werden keine vierzehn Tage vergehen und Sie werden es schon bereuen." Ein Resultat wurde so wenig bei dieser Berathung wie bei den beiden früheren erzielt.

Es war das Bewußtsein der eigenen Schwäche, das die Parteien der Mehrheit die bewaffnete Hand des Präsidenten aufsuchen ließ. In sich selbst zerrissen und zerklüftet, mißtrauten sie einander und fürchteten, Legitimisten wie Orleanisten, Nichts mehr, als daß ihr Gegenüber von einem gemeinsamen Handeln Vortheil ziehe. Die Legitimisten hatten einen besondern Grund, ihren feindlichen Verbündeten zu grollen. Eine Candidatur des Prinzen Joinville für die Präsidentenwürde war fast eine vollendete Thatsache, und diesem volksbeliebten Bewerber hatten sie keinen ebenbürtigen entgegenzusetzen. Die beiden Namen Larochejacquelin und Berryer, die sie in ihrer Verwirrung aussprachen, würden zusammen nicht eine halbe Million Stimmen gewonnen haben. Sie, und die Orleanisten nicht minder, konnten in ihrer Lage keine andere Politik befolgen, als die des Zauderns und Zuwartens. Da zeigte sich eine Gefahr ernster Art. Auf dem Berge verriethen sich Symptome, die auf ein Bündniß der Rothen mit dem Präsidenten gedeutet wurden. Unter solchen Verhältnissen gebot die Selbsterhaltung, daß man sich in Vertheidigungszustand setzte.

Die drei Quästoren der Versammlung, Leflo, Baze und Panat, waren muthige Männer. Sie stellten einen Antrag, der auf die Bildung einer parlamentarischen Armee hinauslief. Jedermann wußte, daß Changarnier dieses Heer befehligen werde und daß es gegen den Präsidenten bestimmt sei. Der Letztere setzte der Drohung sofort eine andere entgegen. Am 9. November — dieser Tag entspricht im christlichen Kalender dem 18. Brumaire der ersten Republik und trägt mithin ein Datum, das an den glücklichen Staatsstreich Napoleon's erinnert — am 9. November rief er fünfhundert Officiere der Pariser Besatzung zu sich, legte ihnen dar, daß der Antrag der

Quästoren ein verfassungswidriger Eingriff in die Rechte der vollziehenden Gewalt sei, und forderte den Gehorsam des Heeres für sich. „Andere," schloß er seine energische Ansprache, „haben den Soldaten früher gesagt: Marschirt, wir folgen Euch, ich sage ihnen: Ich marschire, folgt mir!" Die Versammlung hörte von der Begeisterung, welche diese Ansprache in den Officieren entzündet hatte, und ließ ihre Quästoren einen Schritt zurückthun. Ihr Antrag wurde dahin gemildert, daß der Vorsitzende der Kammer, da er für die innere und äußere Sicherheit der Versammlung zu sorgen habe, das Recht haben müsse, die bewaffnete Macht und alle Militärbehörden, deren Mitwirkung er für nöthig halte, aufzubieten. Es sollte erklärt werden, daß alle Officiere und Beamte bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen zum Gehorsam gegen ihn verpflichtet seien.

Auch in dieser Form blieb der Antrag ein Eingriff in ein fremdes Gebiet und eine Beleidigung des Präsidenten. Dieser hatte seinen Entschluß gefaßt und seine Vorbereitungen getroffen. Zwei Regimenter, auf die er unbedingt zählen konnte, standen in ihren Casernen zum Ausmarsch bereit, und 350 Nationalgardisten vom zweiten Bataillon der ersten Legion hatten sich zum Anschluß erboten. Ludwig Bonaparte hielt sich im Elysee fertig, sobald die Nachricht von der Annahme des Antrags eintreffe, gegen die Kammer aufzubrechen. Er trug rothe Beinkleider, um sich sobald wie möglich in die Generalsuniform werfen zu können.

Der 18. November 1851 war zur Berathung des Quästorenantrags bestimmt. Als die Abgeordneten allmälig eintrafen, sahen sie sich von General Changarnier empfangen. Er stand an der Thür und hatte für Jeden, für die Rechte, für die Linke, für den Berg, einen warmen Händedruck. Von diesem Tage erwartete er, daß er ihm eine Stellung, höher als die des Präsidenten, anweisen werde. Die Wortführer der verschiedenen Parteien redeten in den Gängen zu einzelnen Gruppen, und man sah ihnen die Unschlüssigkeit, die Rathlosigkeit an. Die Erörterung nahm den ruhigsten Anfang und wurde erst bewegter, als die Redner der Linken der Mehrheit vorwarfen, so lange es sich darum gehandelt habe, dem Volke eine seiner Freiheiten nach der andern zu nehmen, sei sie mit dem Präsidenten im Einklang gewesen, aber jetzt rege sich das böse Gewissen. Der Berg war bis auf sechs Mitglieder gegen den Antrag, weil er Nichts zu fürchten habe, denn seine Schildwache sei das Volk. Einzelne Reden erregten die Leidenschaften, so als Thiers

zur Unterordnung der Parteirücksichten unter die parlamentarische Pflicht auffordern wollte, noch mehr aber, als Bedeau den Kriegsminister fragte, ob ein Decret der verfassunggebenden Versammlung, das dem Militär Gehorsam gegen die Weisungen der Kammer befahl, in den Casernen wie früher angeschlagen sei, und Saint Arnaud antwortete, er habe es in einigen Casernen vorgefunden und abnehmen lassen. Mit diesen Worten war der Sturm da, Alles tobte durch einander und verließ die Bänke. Unter dem Geschrei, daß man ihn in Anklagestand versetzen müsse, schritt Saint Arnaud aus dem Saale. „Man macht mir zu viel Lärm hier," sagte er zu einigen Abgeordneten, „und ich will die Wache holen." Er begab sich in's Elysee, meldete, daß die Entscheidung binnen Kurzem erfolgen werde und ertheilte die letzten Befehle. Bald darauf kam aber die Botschaft, daß der Berg und der muthlos gewordene Theil der Mehrheit den Antrag mit einer Mehrheit von 108 Stimmen habe fallen lassen. Ludwig Bonaparte behielt seine ganze Ruhe bei. „Es ist vielleicht besser so," war Alles, was er im gleichgültigsten Tone der Welt äußerte.

Die Führer der Mehrheit hatten einen zweiten Pfeil im Köcher, Pradié's Antrag auf ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister und des Präsidenten der Republik. Während dasselbe die Stadien der Vorberathung mit einer Langsamkeit zurücklegte, die für den entschlossenen Muth der Kammer ungünstig sprach, bezeichnete Ludwig Bonaparte jeden Tag durch eine Vorbereitung zu seinem Staatsstreich. Einmal setzte er Präfecten ab, siebenzehn an einem Tage, ein anderes Mal wechselte er mit den Oberbefehlshabern der Pariser Nationalgarde, oder ließ sich Bericht über die Verfassung vom Jahre VIII erstatten, oder verschenkte Wein und Braten an die Soldaten. In dieser Zeit vertheilte er an die französischen Industriellen Ehrenkreuze und sprach dabei Worte, die nach rechts und links Anklagen schleuderten, sowohl die demagogischen Ideen als die monarchischen Hirngespinnste verdammten und ihn selbst als den Regenerator der Gesellschaft, als den einzigen Schutz der Arbeit darstellten. „Seien Sie unbesorgt," hieß es in dieser merkwürdigen Rede. „Die Ruhe wird erhalten werden, was auch kommen mag. Eine Regierung, die sich auf die ganze Masse der Nation stützt, die keine andere Triebfeder als das öffentliche Wohl kennt, und die ein feuriger Glaube beseelt, der selbst über einen Raum, wo es keine gebahnte Straße gibt, sicher führen wird, diese Regierung, sage ich, wird ihre Aufgabe zu

erfüllen wissen, denn sie hat in sich das Recht, das vom Volk kommt, und die Kraft, die von Gott kommt.“ Wer solche Worte nicht verstand, konnte aus den bis zur Frechheit gesteigerten Angriffen der bonapartistischen Presse auf die Kammer entnehmen, was da kommen werde. Am 24. November schrieb Granier von Cassaignac einen Artikel: Die beiden Dictaturen, der zu dem einfachen Schlusse gelangte, daß man sowohl mit der weißen Dictatur Changarnier's als mit der rothen Dictatur Cavaignac's ein Ende machen müsse. Die erbarmungswürdige Kammer mußte sich von dem Abenteurer sagen lassen: „Verblendet durch Eure Leidenschaften, wie der Stier durch das rothe Tuch, werdet Ihr mit gesenktem Kopf auf den ausgestreckten ruhigen Degen losrennen, der Euch erwartet.“

Der Präsident hatte für seinen Staatsstreich den 2. December 1851, den Jahrestag der Schlacht von Austerlitz, gewählt. Nicht nur ein gewisser Aberglaube, der in der Geschichte Napoleon's I. eine auffallende Bestätigung findet, den Aberglauben meinen wir, daß es glückliche und unglückliche Tage gebe, sondern auch ein anderer und vielleicht entscheidenderer Umstand lenkte seine Wahl auf diesen Tag. Jede Nacht bezog ein Bataillon Fußvolk in der Kammer die Wache, und das Bataillon, welches am 2. December die Reihe traf, gehörte zu einem Regimente, auf das Ludwig Bonaparte unbedingt rechnen durfte. Sein Befehlshaber war der Oberst Espinasse, derselbe Officier, der wenige Jahre später als General einen verhängnißvollen Zug durch die Dobrudscha angeordnet hat.

Am 1. December berieth die Kammer mit dem unbestimmten Gefühl eines Ereignisses, einer Gefahr, über das Gemeindegesetz und die Avignoner Eisenbahn und empfing die Meldung Passy's, der dem Budgetausschusse vorstand, daß die Regierung bei der Bank 25 Millionen Franken erhoben habe. Vorübersprengende Uhlanen, die den Stafettendienst verrichteten, verursachten eine solche Unruhe, daß man auf die Straße schickte, um zu sehen, ob Truppen gegen die Versammlung anrückten. Abends war im Elysee Empfang, zu dem viele Generale, höhere Officiere und Diplomaten sich eingestellt hatten. Im Cabinet des Prinzen saß dessen Vertrauter Mocquart und legte alle auf den Staatsstreich bezüglichen Decrete in ein einziges Bündel zusammen. Auf den Umschlag desselben schrieb der Prinz mit Bleistift: Rubicon. Die Gesellschaft verabschiedete sich nach und nach, so daß in der elften Stunde Niemand mehr da war, als die Vertrauten: Saint Arnaud, Graf Morny, der Polizei-

präfect Maupas und Mocquart. Man trat zu einer letzten und entscheidenden Berathung zusammen und traf alle Maßregeln, jedoch keine für den Fall des Mißlingens. Man dachte nicht daran, Pässe auszustellen oder Werthgegenstände und Geldsummen bereit zu halten. Man ernannte neue Minister, Morny, Fould, Saint Arnaud, Magne, Rouher, Lacrosse, Casabianca, Turgot und Fortul, theilte die Rollen aus, schickte den in den Casernen zurückbehaltenen Truppen und den nahestehenden Reiterregimentern Befehle, traf die auf die Nationalgarde bezüglichen Anordnungen und ließ die entworfenen Aufrufe zur Druckerei abgehen, worauf Ludwig Bonaparte die Sitzung schloß. „Meine Herren," mit diesen Worten schied Graf Morny, „es versteht sich von selbst, daß Jeder von uns seine Haut daransetzt."

Vor der Mitternachtsstunde berief der Polizeipräfect seine sämmtlichen Commissäre zu sich in's Zimmer. Er eröffnete ihnen, daß eine Verschwörung gegen den Präsidenten der Republik bestehe und daß Verhaftsbefehle gegen die Generale Leflo, Lamoricière, Changarnier und Cavaignac, gegen den Obersten Charras, gegen Baze und Thiers erlassen worden seien. Alle müßten vor Tagesanbruch ohne Aufsehen festgenommen werden. Es geschah, ohne daß einer der Genannten entkommen wäre oder Widerstand geleistet hätte.

Einige Stunden später wurden die Pariser durch den gleichmäßigen Schritt des Fußvolks, das Pferdegetrappel der Reiterei, das Rollen der Geschütze und Munitionskarren aus dem Schlafe geweckt. Die Truppen nahmen ihre Stellungen, die einen rings um den Palast Bourbon, wo die Kammer ihre Sitzungen hielt, die andern in Straßen oder auf Plätzen, die zum Hemmen und Durchkreuzen einer Volksbewegung die gelegensten sind. An den Mauern klebten bereits die amtlichen Ankündigungen des Staatsstreichs, ein kurzes Decret und drei Aufrufe: an das Volk, an die Pariser und an das Heer. Das Decret erklärte Paris nebst den elf Departementen von Centralfrankreich in Belagerungszustand, sprach die Auflösung der Kammer und des Staatsraths aus, stellte das allgemeine Stimmrecht her und berief das französische Volk für den 14. bis 21. December in seine Wahlcomitien. Die beiden Aufrufe an das Volk und an die Pariser gaben mit etwas andern Worten dieselben Erläuterungen. Er, der Erkorene des Volks, sagte Ludwig Bonaparte darin, habe eine Verfassung geachtet, die ausdrücklich dazu bestimmt gewesen sei, seine Gewalt zu schwächen, habe die Herausforderungen, die Verleumdungen,

die Beschimpfungen der Kammer mit Ruhe ertragen, aber jetzt, wo der Staatsgrundvertrag von Denen selbst, welche ihn ohne Unterlaß anriefen, nicht mehr geachtet werde, wo die Menschen, die schon zwei Monarchien zu Grunde gerichtet hätten, ihm die Hände binden wollten, damit sie die Republik stürzen könnten, jetzt sei es seine Pflicht, diese treulosen Pläne zu vereiteln, die Republik aufrecht zu erhalten und Berufung an den einzigen Souverän einzulegen, den er anerkenne: an das Volk. Wolle dieses den unglücklichen Zustand fortdauern lassen, so möge es einen Andern zum Präsidenten wählen, denn er wolle nicht länger an das Steuerruder geschmiedet das Schiff dem Abgrund zueilen sehen. Habe man Vertrauen zu ihm, so möge man ihm die Mittel geben, seine Sendung zu erfüllen, welche darin bestehe, die Epoche der Revolution durch Befriedigung der gerechten Bedürfnisse des Volks und durch Beschirmung derselben vor den auf Umsturz gerichteten Leidenschaften zu beschließen. Sie bestehe besonders darin, Einrichtungen zu schaffen, welche die Menschen überdauerten, und endlich Grundlagen zu bilden, auf die man etwas Haltbares bauen könne. Dies war die Einleitung zu den Grundlagen einer Verfassung, die der Aufruf an das Volk dem allgemeinen Urtheil unterbreitete. Als solche wurden aufgestellt: Ein verantwortliches Staatsoberhaupt, auf zehn Jahre ernannt; Minister, die von der ausübenden Gewalt allein abhängen; ein aus den ausgezeichnetsten Männern bestehender Staatsrath, die Gesetze entwerfend und sie vor dem gesetzgebenden Körper erörternd; ein gesetzgebender, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehender Körper, der die Gesetze berathe und über sie abstimme; eine zweite Versammlung, aus allen Notabilitäten des Landes gebildet, eine schiedsrichterliche Gewalt, die den Grundvertrag und die öffentlichen Freiheiten schütze. Dieses System, zu Anfang des Jahrhunderts vom ersten Consul geschaffen, habe Frankreich Ruhe und Wohlfahrt gegeben und werde sie ihm nochmals sichern. „Dies ist meine Ueberzeugung. Wenn Ihr sie theilt, so erklärt es durch Eure Zustimmung. Wenn Ihr im Gegentheil eine kraftlose, monarchische oder republikanische Regierung vorzieht, die irgend welcher Vergangenheit oder traumhaften Zukunft entnommen ist, so antwortet mit einem Nein.“ Eine ganz andere Sprache führte der Aufruf an das Heer. Er erinnerte die Soldaten, die doch der Kern des Volks seien, daß man sie 1830 und 1848 als Besiegte behandelt, beschimpft und vernachlässigt habe. Sie möchten ihre Stimme erheben und frei wie Bürger abstimmen, aber nicht vergessen, daß

ein blinder Gehorsam gegen die Befehle des Oberhaupts der Regierung die erste Pflicht des Soldaten, vom General bis zum Gemeinen, sei.

Als die ersten Abgeordneten vor dem Palast Bourbon anlangten, hatte der Oberst Espinasse ihn mit seinem Regiment besetzt. Einige Zugänge waren indessen offen, und durch sie gelangten etwa sechzig Kammermitglieder, unter ihnen der Vorsitzende Dupin, in den Sitzungssaal. Wenige Augenblicke später trat Oberst Espinasse mit Soldaten in den Saal. Dupin ging ihnen entgegen und begann: „Ich habe das Gefühl des Rechts und rede seine Sprache.“ Irgend etwas in der Haltung der Soldaten ließ ihn plötzlich verstummen, und er wendete sich gegen die Abgeordneten: „Man entwickelt den Apparat der Gewalt, und wir sind nicht die Stärkeren. Wir können nur protestiren, und ich protestire hiermit im Namen der Kammer gegen diese Verletzung des Rechts und der Verfassung. Ich rathe Ihnen wegzugehen und habe die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen.“ Die Abgeordneten, die an diesem matten Protest nicht genug hatten und bleiben wollten, wurden von ihren Plätzen gerissen oder mit Bajonnetstößen verjagt. Abgeordnete des Berges, die an einem andern Orte unter dem Vorsitz von Cremieux beriethen, ließ man nicht ruhig auseinandergehen, sondern führte sie in's Gefängniß.

Die Abgeordneten der Mehrheit irrten umher, bis man ihnen das Gebäude der Mairie des zehnten Bezirks anbot. Gegen Mittag waren dort etwa zweihundert, mit wenigen Republikanern vermischt, vereinigt. Im Bewußtsein, wie wenig Zeit man übrig haben werde, berieth man nicht, sondern faßte Beschlüsse. Sie waren entscheidender Natur. Ludwig Bonaparte wurde abgesetzt und nebst seinen Mitschuldigen dem Staatsgerichtshof überwiesen. Die vollziehende Gewalt übernahm die Kammer und befahl allen Officieren und Beamten, welchen Rang und Namen sie haben möchten, ihren Anordnungen bei Strafe des Hochverraths unbedingten Gehorsam zu leisten. General Oudinot, der erste Befehlshaber der Expedition gegen Rom, wurde zum Oberbefehlshaber der Truppen und der Nationalgarde, Oberst Tamisier zu seinem Generalstabschef ernannt, aber keiner von Beiden war im Stande, den Saal zu verlassen. Truppen hielten die Treppe besetzt, und ihre Officiere zeigten sich von Zeit zu Zeit im Saal, um die Abgeordneten zum Auseinandergehen aufzufordern. Gegen drei Uhr trafen vom Ministerium des Innern Befehle ein, der Sache ein Ende zu machen. Ein Polizeicommissär und ein Officier traten mit Soldaten im Gefolge in den Saal. Allem, was man ihnen über

die Verfassung und die Rechte der Kammer sagte, begegneten sie mit der einzigen Antwort: „Wir haben Befehl.“ Die Abgeordneten erklärten dagegen, nur der Gewalt weichen zu wollen. Sie glaubten, daß man die Personen achten werde, nachdem die Verfassung, auf der ihre Unverletzlichkeit beruhte, zerrissen worden war. Der Polizeicommissär belehrte sie eines Bessern, indem er den Kragen eines Abgeordneten mit Daum und Zeigefinger faßte und sagte: „Sie werden nicht wollen, daß die Gewalt weiter gehe.“ Die Kammer widerstand nicht länger; man führte sie auf den Hof und zwischen zwei Reihen Liniensoldaten in die nächste Caserne. Dort schritt der Präsident noch einmal zum Namensaufruf, auf den 232 Abgeordnete antworteten. Im Dunkel des Abends fuhren Zellenwagen vor, in denen die Verhafteten nach dem Mont Valerien gefahren wurden. „Später entledigte man sich ihrer auf eine sehr eigenthümliche Art. Die Gefangenen wollten von Freilassung nichts wissen, die Sieger ihrerseits mochten ihnen die Ehre eines Martyriums nicht gönnen. So entschloß man sich kurz. Man setzte sie auf Wagen und führte sie in's freie Feld. Sie wollten nicht aussteigen. Da kündigte man ihnen einfach an, man werde die Pferde ausspannen und die Wagen stehen lassen. Das half. Um nicht einfach lächerlich zu werden, stiegen sie aus und gingen. Als sie zu Hause anlangten, war Alles zu Ende.“ (Veron.)

Der gesetzliche Widerstand war beendet, als auch der Staatsgerichtshof einem Befehl, aus einander zu gehen, gehorcht hatte. Man mußte nun auf einen bewaffneten Widerstand gefaßt sein, auf den man auch vollständig gerüstet war. Die in Paris zusammengezogenen Truppen zählten achtzehn Regimenter Linieninfanterie, drei Regimenter leichte Infanterie, vier Bataillone Jäger, vier Bataillone Polizeitruppen zu Fuß, sieben Regimenter und zwei Schwadronen Reiterei, vier Schwadronen reitende Polizei, neunzehn Batterien, vier Compagnien Genie und eine Compagnie Mineurs. Abgesehen von diesen imposanten Angriffsmitteln hatte man nichts versäumt, was dazu diente, einen Aufstand zu lähmen. Es war strenger Befehl, daß kein Nationalgardist in Uniform ausgehen dürfe, die Trommler dieser Bürgersoldaten waren consignirt, die Trommeln weggeschafft, die auf den Mairien vorräthigen Gewehre nach Vincennes gebracht. Die Verhaftung der Führer der Bergpartei und etwa sechzig der bekanntesten Clubredner und Barricadenmänner raubte dem kampflustigen Theile der Bevölkerung die Officiere, an die er gewöhnt war, die Entpflasterung der hergebrachten Quartiere des Aufruhrs entzog ihm die

Mittel zum Barricadenbau, die an allen Ecken zu lesende Drohung, daß jeder mit den Waffen in der Hand Ergriffene auf der Stelle werde erschossen werden, schüchterte ihn ein.

In der Mittagsstunde des 2. December stieg der Präsident zu Pferde und zeigte sich den aufgestellten Regimentern. Die Begeisterung, mit der er empfangen wurde, beruhigte ihn hinsichtlich der einzigen Gefahr, welche er fürchtete. Er wußte jetzt, daß die Soldaten nicht von ihm abfallen würden. In den Volkshaufen rief man Dies und Jenes, zuweilen auch ein Hoch auf die Republik und die Verfassung, doch war die Stimmung im Allgemeinen eine gleichgültige. Eine lange Arbeitslosigkeit hatte die meisten Arbeiter von ihrer Vorliebe für Revolutionen bekehrt, und die Uebrigen wurden theils durch die Zurückgabe des allgemeinen Stimmrechts befriedigt, theils hielten sie einen Streit des Präsidenten mit der monarchischen Kammermehrheit nicht für den ihrigen. Die Ruhe von Paris erlitt an diesem Tage keine ernstliche Störung.

In der Nacht beriethen die thatkräftigsten Abgeordneten der Bergpartei mit den geheimen Vereinen der Hauptstadt. Man war zu schwach, um die Truppenmassen besiegen zu können, aber über so viele Köpfe verfügte man, daß die Taktik ausführbar wurde, in den Straßen zu den Waffen zu rufen, an verschiedenen Punkten Barricaden aufzuwerfen und es darauf ankommen zu lassen, ob das Volk diesen Lockungen nachkommen werde. Dieser Plan wurde entworfen und am Morgen des 3. Decembers zur Ausführung gebracht. Man begann mit der Antonsvorstadt, deren Arbeiter indessen auf keine Weise zur Theilnahme am Kampfe zu bewegen waren. Dieselbe entmuthigende Erfahrung machte man im Stadtviertel St. Martin und in den Vorstädten St. Jacques und St. Marceau. Von der Bevölkerung im Stich gelassen, vertheidigten die Aufständischen keine ihrer Barricaden und verliefen sich am Abend. Nächsten Morgen waren sie wieder da und diesmal mit dem Entschlusse, auf Leben und Tod zu kämpfen. Den Truppen war es gelegen, daß der Feind Stand hielt. Sie gingen mit der äußersten Erbitterung in den Kampf, und ihr Feldgeschrei war: „Denkt an den Februar! Keine Gnade!“ Wenn aus einem Fenster ein Schuß fiel, so feuerten sie aus Flinten und Kanonen nach allen Richtungen, verwandelten ganze Gebäude in Trümmerhaufen oder drangen hinein und stießen Alles nieder, was ihnen entgegen kam. So geschah es namentlich auf dem Boulevard Montmartre,

wo nicht bloß auf Häuser geschossen wurde, in denen Aufständische eine Zuflucht gefunden hatten, sondern auch auf Altane, die mit neugierigen Zuschauern dicht besetzt waren. Um sechs Uhr Abends hatten die in einander greifenden Bewegungen von sechs Brigaden, denen eine gleiche Anzahl als Rückhalt diente, dem Kampfe in allen Stadttheilen ein Ende gemacht. Die Abtheilungen, die am andern Morgen zur Säuberung der entferntesten Straßen auszogen, fanden Alles friedlich und ruhig. Man hat die Zahl der kämpfenden Rothen zu zweitausend angegeben und sie damit wahrscheinlich weit überschätzt. Der Truppen waren über 50,000, und ihre Verluste betrugen an Todten 25, an Verwundeten 181, worunter 26 Officiere.

Zwei Tage nach dem Kampfe brachte der Präsident der Pariser Bevölkerung für ihre Haltung seinen Dank dar. Nicht ohne Stolz hob er hervor, daß die volkreichen Quartiere, in denen der Aufstand früher stets zahlreicher Recruten sicher gewesen sei, einen Abscheu gegen die Aufhetzungen an den Tag gelegt hätten. Warum sollte das Volk auch gegen ihn aufgestanden sein? „Wenn ich Euer Vertrauen nicht mehr besitze, wenn Ihr andern Sinnes geworden seid, so ist es unnöthig, kostbares Blut zu vergießen; es genügt, ein verneinendes Votum in die Urne zu legen. Den Ausspruch des Volks werde ich stets achten, aber so lange die Nation sich noch nicht ausgesprochen hat, werde ich keine Mühe, kein Opfer scheuen, aufrührerische Umtriebe zu vereiteln." Das war den Departements gesagt, in denen die Partei der rothen Republik ihre Fahne entfaltet hatte. Sie kämpfte dort ohne Aussicht auf Erfolg, denn alle größeren Städte ohne Ausnahme verhielten sich ruhig, und die kleinen Orte, in denen ihre Anhänger die reicheren Einwohner bedrohten oder auch wohl beschädigten, die öffentlichen Gebäude verwüsteten, die Cassen plünderten und an wehrlosen Gensdarmen Rache nahmen, warfen kein Gewicht in die Wagschale. Die Generale der Provinzen befolgten buchstäblich Saint Arnaud's Befehl, mit diesen Banden nicht zu parlamentiren, sie anzugreifen, sie auseinanderzujagen, Alles, was sich widersetze, im Namen der Gesellschaft in rechtmäßiger Nothwehr niederzumachen, und im Laufe von zwei Wochen waren die Departements unterworfen.

Dreizehntes Kapitel.

Verbannungen und Deportationen. — Neue Zwangsgesetze. — Die Abstimmung in den Wahlcomitien. — Das Vermögen der Orleans eingezogen. — Die erste Sitzung des gesetzgebenden Körpers. — Vorbereitungen zum Kaiserthum. — Reisen und Feste. — Ludwig Bonaparte besteigt als Napoleon III. den Thron.

Die Franzosen lieben den Wechsel, aber sie erkennen auch vollendete Thatsachen schnell an. Die glückliche Kraft ist sicher, bei ihnen Unterwerfung, wenn nicht Bewunderung zu finden. In diesem Falle hatten alle Classen einen besondern Grund zur Zufriedenheit mit dem Präsidenten. Die Gebildeten empfanden eine große Beruhigung, daß das rothe Gespenst, das wie ein Alp auf ihrer Brust gelegen hatte, endlich verscheucht worden sei. Es hatte ganz ihre Zustimmung, daß die Straßenkämpfer der socialistischen Republik mit Keulenschlägen niedergeschmettert worden waren, daß fünf Abgeordnete des Bergs und der alte Stamm von Verschwörern, der in den geheimen Gesellschaften nistete, deportirt und siebenundsechzig minder gefährliche Kammermitglieder derselben Richtung des Landes verwiesen wurden. Die zeitweilige Verbannung, welche verschiedene der namhaftesten Führer der Ordnungspartei, Männer wie Remusat, Thiers, Duvergier de Hauranne, Creton, Baze, Changarnier, Lamoricière, Leflo und Bedeau traf, war allerdings nicht nach dem Sinne der höheren Classe, wurde jedoch nicht entschieden gemißbilligt, da man auch in diesen Verbannten Störer der Ruhe sah, nach der Allen dringend verlangte. Was die untern, von den Socialisten in's Elend geführten Classen betrifft, so sagte man ihnen, daß der Präsident die

Demokratie organisiren werde, und sie glaubten es, nicht daß sie ihm eine stark ausgesprochene Vorliebe für die Einrichtungen und Persönlichkeiten der Demokratie zugetraut hätten, sondern weil sie instinktartig fühlten, daß sein Kampf mit der Kammermehrheit aus einem unversöhnlichen Gegensatze hervorgegangen sei, und daß er keine Stützen habe, als sie und das Heer.

Der Präsident bedurfte dieser günstigen Stimmung, denn die Gesetze, die er auf den Staatsstreich folgen ließ, nahmen den Franzosen fast alle die Freiheiten und Rechte, die ihnen für Ausflüsse der Grundsätze von 1789 gelten. Ein organisches Decret über die Presse enthielt Bestimmungen, in Vergleich mit denen die Strenge, welche die letzte Kammer den Zeitungen gezeigt hatte, wie väterliches Wohlwollen aussah. Um eine Zeitung herauszugeben, bedurfte es fortan nicht nur einer Caution, sondern auch der Erlaubniß der Regierung. Hohe Strafen wurden Jedem angedroht, der falsche Nachrichten veröffentliche oder wiederhole, Verhandlungen der gesetzgebenden Gewalten mittheile oder beurtheile und über Sitzungen der Gerichte ohne deren Erlaubniß schreibe. Eine Verurtheilung wegen Preßverbrechens, oder zwei Verurtheilungen wegen Preßvergehen binnen zwei Jahren sollten die Unterdrückung des Blattes nach sich ziehen. Nach jeder solchen Verurtheilung war die Regierung befugt, die zeitweilige Suspension der bestraften Zeitschrift auszusprechen. Auch wenn eine Zeitung nicht Gegenstand einer Verurtheilung gewesen war, konnte eine ministerielle Verfügung sie auf zwei Monate unterdrücken, sobald zwei motivirte Warnungen vorangegangen waren. Jedes einmal suspendirt gewesene Blatt schwebte von da an über dem Abgrunde, indem es bloß einer Specialverordnung der Regierung bedurfte, um es zu vernichten. Die Censur wurde nicht eingeführt, wohl aber eine Ueberwachung durch eine besondere Preßbehörde im Ministerium der Polizei. Vierzehn Tage nach diesem Gesetz hatten 120 Zeitungen, der dritte Theil aller französischen, zu erscheinen aufgehört.

Alle Preßvergehen wurden den Zuchtpolizeigerichten zugewiesen. Außerdem entzog man den Geschworenen alle politischen Verbrechen ohne Unterschied, wie die Vergehen, welche bei öffentlichen Anschlägen, durch Zusammenrottungen, in Wahlsachen und durch die Theilnahme an Clubs und geheimen Vereinen begangen würden. Die Nationalgarde wurde in ganz Frankreich aufgelöst, um reorganisirt zu werden. Dies geschah, aber die neue Nationalgarde hatte mit der alten weiter Nichts gemein, als den Namen. Gemeinde-

beamte, von der Regierung ernannt, entschieden, wer von den waffenpflichtigen Bürgern in sie eintreten werde, wer nicht, die Regierung ernannte die Officiere, und diese wählten die Unterofficiere. Nur solche Gemeinden sollten eine Nationalgarde haben, in denen sich ein Bedürfniß dazu herausstelle, oder mit andern Worten, bei denen die Regierung auf eine ergebene Gesinnung rechnen könne.

Diesen Gebrauch machte der Präsident von der Gewalt, die er an sich genommen hatte. Alle jene Gesetze erschienen so schnell, daß man sah, sie seien vor dem Staatsstreich, vielleicht bis auf die letzte Feile, fertig gewesen. Ihre Bestimmung war, eine Macht zu befestigen, der die unermeßliche Mehrheit der Franzosen ihre Zustimmung ertheilt hatte. Die Wahlcomitien waren in der vorgeschriebenen Zeit und während 31 Departements, der dritte Theil von Frankreich, in Belagerungszustand war, zusammengetreten. 7,439,240 Wähler hatten für, nur 640,737 gegen Ludwig Bonaparte gestimmt. Am Sylvesterabend des ablaufenden Jahres hatte Baroche dieses Resultat dem Präsidenten berichtet und die Aufforderung hinzugefügt: „Bekämpfen Sie ohne Unterlaß die anarchischen Leidenschaften, welche die Gesellschaft in ihren Grundfesten angreifen. Es sind nicht bloß gehässige Theorien, die Sie zu unterdrücken und zu verfolgen haben. Sie haben sich in Thatsachen, in gräuliche Frevel übersetzt. Möge Frankreich endlich befreit werden von diesen Menschen, die stets zu Mord und Plünderung bereit sind, die im neunzehnten Jahrhundert der Civilisation Grauen erregen, die uns durch Erweckung der traurigsten Ausschweifungen um fünf Jahrhunderte zurückzubringen scheinen." Das rothe Gespenst war also wieder da, und man zog es aus seinem Grabe, damit es die Gesetze gegen die Volksfreiheiten rechtfertige, die man als Neujahrsgeschenk für 1852 in Bereitschaft hielt.

In der Verfassung vom 14. Januar 1852 gipfelte das napoleonische System. Sie war den früheren Staatsgrundgesetzen des Consulats und des Kaiserreichs nachgebildet und theilweise wörtlich entnommen. Sie beruhte auf sogenannten Urgrundlagen, fünf an der Zahl, und diese waren: ein verantwortliches Oberhaupt auf 10 Jahre ernannt, Minister von der vollziehenden Gewalt allein abhängig, ein Staatsrath, der die Gesetze vorbereitet und sie vor dem gesetzgebenden Körper erörtert, ein gesetzgebender Körper, durch das allgemeine Stimmrecht ernannt, ein Senat, aus allen Nobilitäten des Landes gebildet, als ponderirende Gewalt, Wächter des Grundvertrags

und der öffentlichen Freiheiten. Die Ernennung der Mitglieder des Senats nahm der Präsident mit Ausnahme der durch ihr Amt berufenen Cardinäle, Marschälle und Admirale für sich in Anspruch. Dem Senate wurde eine beschränkte Initiative gelassen, insofern er Gesetzentwürfe von allgemeinem Interesse und Abänderungen der Verfassung aufstellen kann. Jedem der unabsetzbaren und auf Lebenszeit ernannten Senatoren sollte eine persönliche Dotation, die 30,000 Franken nicht übersteige, gewährt werden können. Die Ernennung der meisten Mitglieder durch das Staatsoberhaupt, jene Dotation, auf die ein Opponent natürlich nicht zu rechnen hatte, und die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen waren Garantien genug, daß der Senat wie unter dem Kaiserreiche ein willenloses Werkzeug der Regierung sein werde. Die Befugnisse des gesetzgebenden Körpers wurden sehr eng gefaßt. Sie bestanden in der Bewilligung der Steuern und in der Genehmigung oder Verwerfung der Regierungsvorschläge. Damit in der Kammer selbst vorgeschlagene Abänderungen zur Erörterung gelangen könnten, hatten sie die vorgängige Genehmigung des Staatsraths zu erhalten. Die Dauer der Sitzungen wurde auf drei Monate im Jahre beschnitten, und blieben sie öffentlich, so war dagegen mit Ausnahme der amtlichen Protokolle jede Veröffentlichung über sie und jede Besprechung in den Zeitungen untersagt. Der gesetzgebende Körper wurde so zu einer vom Volk ernannten Behörde, welche die vorkommenden Geschäfte im Geschäftsstyl erledigt und zu Hause geht, nachdem sie aufgearbeitet hat. Gleich der Presse nahm die Rednerbühne das Wesen eines körperlosen Schattens an. Das Ungeheuerlichste dieser Verfassung war die unmittelbare Beziehung, in die der Präsident sich zum Volke setzte. Er legte sich das Recht bei, nach seinem Gutdünken Berufung an das Volk einlegen zu können, und leitete dieses Recht von seiner Verantwortlichkeit ab. Erfolgte eine solche Berufung, so war das Resultat eine „majestätische Aeußerung des Nationalwillens," und dies war die einzige Macht, welche die Verfassung anerkannte, weil neun Millionen Wähler eine ungelenke und plumpe Masse, aber keine Macht sind.

Durch andere Gesetze suchte die Regierung ihre positiven Versprechungen zu erfüllen. Das wohlthätigste derselben war ein Gesetz über die ländlichen Creditanstalten — eine Nachahmung der deutschen Landrentencassen, die, indem sie den Grundbesitzern Capitalien zu mäßigen Zinsen gewähren, einen Theil dieser Zinsen zur Tilgung seiner Schuld verwenden. Damit Capita-

listen für die Creditanstalten sich finden möchten, führte die Regierung die mehrmals angeregte Umwandlung der fünfprocentigen Rente in eine vierundeinhalbprocentige durch. Zugleich wurde ein Uebereinkommen mit der Bank über Herabsetzung des Disconto's von vier auf drei Procent getroffen. Die Departements wurden für ihre Anstrengungen gegen die Rothen, mit denen sie eine Agitation für die Selbständigkeit der Gemeinden verbunden hatten, durch ein Decentralisationsgesetz belohnt. Der Name desselben erweckte den Glauben, daß der allgemeine Wunsch Berücksichtigung finden werde, aber die ganze Reform bestand darin, daß die Entscheidung in örtlichen Angelegenheiten von einem Beamten auf den andern, von dem Minister auf den Präfecten, übertragen wurde, so daß die Gemeinden eine schnellere Erledigung ihrer Angelegenheiten erhielten, aber hinsichtlich ihrer Selbstverwaltung leer ausgingen. Substantieller fiel der Dank des Präsidenten an die Geistlichkeit für ihre Unterstützung aus. Ein neues Unterrichtsgesetz machte die Studien vom Staate abhängiger denn je, begünstigte zugleich die realistischen Fächer auf Kosten der philologischen, verbannte die philosophische und historische Erörterung und beschränkte die Lectionen auf die Logik.

Die Befürchtungen für die Zukunft, welche die reactionären Schritte der Regierung erweckten, steigerten sich zur Bestürzung, als der 22. Januar zwei gegen die Orleans gerichtete Decrete brachte. Das eine verfügte die Einziehung von Gütern dieser Familie, deren Werth auf zweihundert Millionen Franken geschätzt wurde, das zweite befahl den erlauchten Verbannten, alle ihre übrigen in Frankreich liegenden Güter binnen Jahresfrist zu verkaufen. Gerechtfertigt wurde diese Verletzung der Heiligkeit des Eigenthums durch das alte Herkommen, nach dem die Güter des Fürsten, der den Thron besteigt, von diesem Augenblick an und von Rechtswegen Eigenthum des Staats werden. Nun waren aber die Güter, die man in ihrer angeblichen Eigenschaft als Staatseigenthum einzog, solche, welche Ludwig Philipp vor seiner Thronbesteigung seinen Kindern abgetreten hatte, und jenes alte Herkommen wurde durch ein Gesetz vom 2. März 1832 ausdrücklich abgeschafft, in dem es hieß: „Der König behält die Güter, die ihm vor seiner Thronbesteigung gehört haben. Diese Güter, so wie die während seiner Regierung erworbenen bilden seine Privatdomainen.“ Um die Beschädigung der Orleans volksbeliebt zu machen, bestimmte die Regierung den ganzen eingezogenen Gütern

eine gemeinnützige Verwendung. Zehn Millionen wies sie den gegenseitigen Unterstützungsgesellschaften zu, zehn Millionen den neuen landwirthschaftlichen Creditanstalten, fünfunddreizig Millionen zur Errichtung einer Pensionscasse für die ärmsten Pfarrgeistlichen und den Ueberrest zu einer Dotation der Ehrenlegion. Die Geistlichkeit lehnte das ihr zugedachte Geschenk ab. Die Orleans betraten den Rechtsweg, der sie, wie eine Vorentscheidung des Tribunals der Seine vermuthen ließ, zum Ziel geführt haben würde, allein nun brachte die Regierung, eine gesetzliche Bestimmung über Competenzfragen benutzend, die Angelegenheit vor den Staatsrath, und diese Behörde sprach — mit acht gegen acht Stimmen, der Vicepräsident Baroche gab den Ausschlag — den Gerichten des Staats die Befugniß ab, die Rechtmäßigkeit einer Entscheidung des Staatsoberhaupts in Frage zu ziehen. Drei der Minister, Morny, Fould und Rouher, schieden wegen der Confiscationsdecrete aus, und statt ihrer traten Persigny, Abbatucci und Bineau ein. Zwei neue Ministerien wurden geschaffen, ein Staatsministerium und ein Polizeiministerium, und an Casabianca und Maupas gegeben. Alle diese Männer gehörten zu der bonapartistischen Ultrapartei. Sie vermehrten die Repressivgesetze, welche sie vorfanden, mit neuen und strengeren, deren Handhabung hinsichtlich der Kraft Nichts zu wünschen übrig ließ, und umgaben den Präsidenten mit einem militärischen Hofstaat und einer Leibwache, bei deren Bildung die alten kaiserlichen Formen beobachtet wurden. Als eine hochwichtige Staatsangelegenheit wurde die Uniformirung der Senatoren und Abgeordneten behandelt. Beiden Körperschaften wurden Federhüte, Degen und goldene Knöpfe mit dem kaiserlichen Adler bewilligt, den Senatoren außerdem noch Fracks von blauem Sammt mit reichen Goldstickereien, den Abgeordneten blaue mit Gold- und Silberstickereien verzierte Fracks, eine weiße Weste und Casimirbeinkleider mit goldenen Streifen. Als die Wahlen ausgeschrieben wurden, da zeigte sich, daß die Regierung keineswegs gemeint sei, politische Gegner zu einer so glänzenden Volksvertreter-Uniform zuzulassen. Sie organisirte und leitete die Wahlen. Während die Zeitungen in ihrer Empfehlung von geeigneten Männern auf's Aeußerste beschränkt und Versammlungen von Wählern unbedingt verboten wurden, ertheilten die Präfecten und Maires durch ganz Frankreich in väterlichem Ton, mitunter auch drohend, Belehrungen, wer zu wählen sei. Man machte aus dieser Bevormundung so wenig ein Hehl, daß der großen Nation, die stets an der

Spitze der Bildung einherschreitet, im Gegentheil gesagt wurde, es sei durchaus nöthig, daß man sie auf den rechten Weg leite, denn wie sei es ohne eine Nachhülfe der Regierung denkbar, „daß acht Millionen Wähler sich verständigten, um unter so vielen, in verschiedener Hinsicht empfehlenswerthen Candidaten und auf so vielen Punkten auf einmal 261 Abgeordnete zu unterscheiden, die von derselben Gesinnung beseelt, denselben Interessen ergeben und gleichmäßig entschlossen seien, den volksthümlichen Sieg vom 2. December zu vervollständigen?"

Da die Opposition mit Ausnahme der wenigen ihrer Mitglieder (Cavaignac, Carnot und Henon), die sich wählen lassen wollten, um einen Protest gegen den Staatsstreich und die Verfassung einzulegen, die Stimmurnen mied, so erlangte die Regierung eine fast ganz bonapartistische Kammer. Republikaner traten gar nicht ein, und die wenigen Legitimisten, die das Verbot des Grafen Chambord, irgend eine Theilnahme an den thatsächlichen Zuständen zu zeigen, nicht beachteten, verschwanden in der Masse. Um Frankreich einen augenfälligen Beweis zu geben, wie wenig die gesetzgebende Gewalt fortan zu bedeuten habe, eröffnete Ludwig Bonaparte die Sitzungen in der formlosesten Weise. Von dem Gepränge früherer Zeiten war Nichts zu sehen, einige Sappeure hielten Wache, Niemand hinderte die Arbeiter, in ihren Alltagsjacken und Kitteln ab und zuzugehen. In der Thronrede pries der Präsident das Glück Frankreichs, nunmehr ein Staatsoberhaupt, aus dem Gesammtwillen der Nation hervorgegangen, das wahre Gleichgewicht der Gewalten und Ruhe und Ordnung zu besitzen. Ob die Republik erhalten werde, hänge einzig und allein vom Benehmen der Parteien ab. Wenn sie sich beruhigten, versicherte der Präsident, dann werde Nichts verändert werden, wenn sie sich aber bemühten, durch Wühlereien die Grundlagen der Regierung zu untergraben, wenn sie in ihrer Verblendung die Legitimität einer volksthümlichen Wahl leugneten, wenn sie endlich durch ihre Angriffe die Ruhe der Zukunft in Frage stellten, dann, aber nur dann, könnte es vernünftig sein, im Namen der Ruhe Frankreichs vom Volk einen neuen Titel zu verlangen, welcher die Macht, mit der die Franzosen den Präsidenten umgeben hätten, in unwiderruflicher Weise auf seinem Haupte befestigen würde.

Auf die Thronrede war Alles gespannt gewesen. Als man die Ankündigung des Kaiserthums, die man von ihr erwartete, nicht fand, wendete

man sich von der Kammer. Was die Volksvertreter betrifft, so arbeiteten sie still, emsig und bei den zwei oder drei wirklich wichtigen Vorlagen, die an sie gelangten, mit Hast. Die Budgetsätze des Staatsministeriums und der Ministerien der Justiz, der auswärtigen Angelegenheiten, der Culte und des Unterrichts wurden in einer einzigen Sitzung, in einer zweiten die des Ministeriums des Innern, des Kriegs und der Marine geprüft und genehmigt. In sechs Tagen war man mit dem ganzen Budget fertig, und doch galt es, einen Ausfall von ziemlich 41 Millionen zu beseitigen. Ein Opponent erhob seine Stimme, und Frankreich erfuhr nicht, sondern muthmaßte bloß, wer es sei. Das war die Oeffentlichkeit des neuen Systems. Jener alleinstehende Gegner, dessen Namen die Protocolle verschwiegen, war der Graf Montalembert. Der stolze Ultramontane hatte dem Bonapartismus im Interesse der Kirche eine halbe Unterstützung geliehen. Damit die Staatsgewalt nicht allmächtig werde, machte er den Versuch, den gesetzgebenden Körper durch Belebung der parlamentarischen Debatte über den Tiefpunkt, auf den die Verfassung ihn stellte, zu erheben, fand aber nicht einen Abgeordneten, der von ganz Frankreich gehört sein wollte, sondern dienstbeflissene Beamte, denen um Nichts als die Billigung ihres Oberhaupts zu thun war. Genau am vorgeschriebenen Tage hatten diese gehorsamen Abgeordneten die 84 Vorlagen der Regierung aufgearbeitet und zogen mit dem Bewußtsein erfüllter Pflicht ihres Wegs. Das Hoch, das sie dem Prinzen Ludwig Bonaparte scheidend brachten, war die lauteste ihrer Aeußerungen.

Man hatte die Aera der Cäsaren, und mit ihr auch ihren Wahlspruch: Brot und Feste! Wenn es irgend Etwas gab, was die Regierung für sich reden lassen konnte, so war es der unleugbare Aufschwung aller Geschäfte. Vor 1848 galt es für das erfreulichste Zeichen, wenn die Staatseinkünfte gegen das Vorjahr um 25 Millionen stiegen, und jetzt hatten die Staatscassen bereits in den ersten Monaten ein Mehr von $36^7/_{10}$ Millionen. Grade die Zölle und Abgaben, deren Zunahme ein sicheres Symptom eines steigenden Wohlbefindens des Volks ist, lieferten größere Summen, die Steuer auf Colonialzucker 4 Millionen, die Getränkesteuer $4^1/_2$, die Tabacksregie $2^1/_2$, und welche Rührigkeit im Verkehr herrsche, bewies der Mehrertrag des Briefportos von $2^1/_2$ Millionen.

Die materielle Richtung des französischen Lebens müßte nicht längst die herrschende gewesen sein, wenn diese Symptome in Verbindung mit dem

stetigen Steigen der Rente nicht eine bedeutende Wirkung hätten ausüben sollen. Franzosen wollen aber nicht bloß essen, sondern auch sehen. „Man muß das poetische Gefühl der Massen anregen," gab Persigny den Beamten zum Losungswort, und die bureaukratische Kette ließ es von Ort zu Ort laufen. Ein Blumenregen von Festen schüttete sich über Frankreich aus. Das erste war das große Adlerfest in Paris, zu dem Abordnungen der sämmtlichen Regimenter erschienen waren. Sie empfingen aus der Hand des Präsidenten neue Fahnen mit dem kaiserlichen Adler, die von der Geistlichkeit eingesegnet wurden. Die zurückkehrenden Abordnungen gaben den Departements Gelegenheit, ihrerseits Adlerfeste zu veranstalten und sich für den Gedanken des Kaiserthums zu elektrisiren. Als dies Mittel gewirkt hatte, kam ein Bonapartist auf den sinnreichen Einfall, die Stadtviertel von Paris zu bestimmen, daß man irgend einen öffentlichen Platz mit einer Büste des Prinzen schmücke und dabei tanze, trinke und lärme. Paris gab das Beispiel, die Provinz folgte nach, und der Junimonat wurde auf diese Art heiter ausgefüllt. Im Juli griff man zu dem ältern Mittel der Präsidentenreisen zurück, und mit solchem Glück, daß der amtliche Reisebeschreiber Mery die Bezeichnung der Volksstimmung als einer begeisterten zu schwach fand und sie eine verzückte nannte. Im August gab es durch ganz Frankreich Napoleonsfeste zur Erinnerung an den 15. August, den großen Weihetag der Kaiserzeit, und in Paris als demokratische Zugabe einen Massenball, der die Starken der Halle und ihre Damen mit dem weiblichen und männlichen Milchrahm der Gesellschaft vereinigte, ungekämmte Haare und ungewaschene Nacken, den Arbeitskittel und den Sonntagstanz des Arbeiters vor dem Thor als hoffähig anerkannte.

Diese schönen Dinge hatten die Bevölkerung soweit elektrisirt, daß man die Probe machen durfte, ob sie das Kaiserthum freiwillig fordern werde. Zu diesem Behuf wurden die Bezirksräthe der Bezirke und die Generalräthe der Departements berufen. Zu den Bezirksräthen hatten Republikaner, Legitimisten und Orleanisten mitgewählt, zu den Generalräthen, denen die jüngst verflossene Zeit eine politische Bedeutung gegeben hatte, eben deshalb nicht. Dieser Unterschied in der Haltung der Parteien bedingte den Ausfall der Probe. Die Bezirksräthe berührten den Punkt kaum, über den man sie aushorchen wollte, und waren kalt, höchstens lau, von den Generalräthen führten 64 die Sprache, die man hören wollte. 9 forderten unumwunden

das Kaiserthum, 31 wollten die Gewalt des Prinzen zu einer dauernden gemacht haben, 18 wünschten Stabilität der Regierung, 5 ertheilten dem Präsidenten die wärmsten Lobsprüche.

Durch die Kundgebungen beider Arten von Räthen hatte man die Gegenden kennen gelernt, wo man nicht nach dem Kaiserthum ungeduldig war. Der Präsident erhielt den Rath, auf diese Gebiete persönlich einzuwirken. Der Versuch war ein gewagter, denn die südlichen Departements, deren Gesinnung gebessert werden sollte, hatten nicht mehr als zwei bonapartistische Städte, Rochefort und Rochelle. Die übrigen Städte verehrten entweder die weißen Lilien, oder die Blutfahne der socialistischen Republik, oder waren für die Orleans. Nevers, Moulins, Roanne, St. Etienne, Lyon und Grenoble waren roth, Avignon, Marseille und Nimes weiß, Toulon und Bordeaux bewahrten den Orleans ein treues Andenken. Um so überraschender war der Empfang, der dem hohen Reisenden zu Theil wurde. Die Bevölkerung des flachen Landes gab unter der Führung der Geistlichkeit den Ausschlag, denn ihre Begeisterung wirkte ansteckend und pflanzte sich auf die Städte über. Gleich in Lyon entschied es sich, daß die Gegenden, die im letzten December für die rothe Republik aufgestanden waren, ihre Gesinnung gänzlich geändert hätten. Die Begnadigung von 10,000 Deportirten und der gute Verdienst hatten dem Präsidenten bei den Arbeitern vorgearbeitet. Sichtlich ermuntert durch die Massen, die sich in Lyon und besonders in der bisher socialistischen Vorstadt Croix Rousse um ihn drängten, wollte sich der Präsident immer noch nicht für den Titel entscheiden, den man ihm aller Orten entgegenrief. Denen, welche ihn bestürmten, entgegnete er, daß er nicht wisse, unter welchem Namen er die größten Dienste zu leisten im Stande sei.

Weiter im Süden wurden die Reiseerfolge größer und allgemeiner. Die Triumphbogen und Transparente, die Blumengewinde und Fahnen genügten der Begeisterung nicht mehr. Man verwandelte die Landstraßen meilenweit in Laubengänge, deren lebendige Einfassung die nächsten Gemeinden, alle mit Trommeln und Fahnen, der Geistliche voran, in Reihe und Glied gestellt, bildeten. In den größeren Städten sollen fabelhafte Menschenmengen zusammengeströmt sein; der Reisebericht im Moniteur nennt die Zahlen 100,000, 150,000, 200,000. Einige der Städte des Südens veranstalteten eigenthümliche Feste, Aix Spiele nach der Art derer, welche sich an den Namen des guten alten Königs René knüpfen, Nimes ein Stiergefecht, Arles ein

Schauspiel in seiner römischen Arena. Der Präsident seinerseits gab mit vollen Händen, bewilligte die Gesuche, die ihm überreicht wurden, dotirte die Kirchen, vertheilte an die Damen Diamanten und an die Bedürftigen Fünffrankenstücke. Marseille wurde als Angebinde des entstehenden Kaiserthums eine neue Kirche zu Theil, Toulouse ein Troubadour-Orden, dessen Mitglieder zu dem Titel eines Legionairs Apollo's berechtigt sind.

Bordeaux war, um die Worte des Moniteurs zu borgen, „zu seinem ewigen Ruhm die Ehre beschieden, der Schauplatz einer Erklärung zu sein, welche den größten Einfluß auf die Geschicke des Landes auszuüben bestimmt war.“ Hier bekannte der Präsident vor Hunderten, daß er die Kaiserkrone als sein Recht in Anspruch nehme, und gab das Progamm dessen, was Frankreich und Europa von ihm zu erwarten habe. Das Volk, waren seine bedeutungsvollen Worte, gebe unmittelbar, einmüthig und aus eignem Antriebe seinen Willen kund, sich von den Sorgen der Zukunft frei zu machen, indem es die Gewalt in der Hand, für die es Sympathien hege, zu befestigen suche. Aber noch gebe es einen Einwand, der widerlegt werden müsse. Gewisse Personen sagten, das Kaiserreich sei der Krieg. Nun folgten die berühmten Worte, die nicht bloß bei den Kaufleuten und Grundbesitzern, zu denen der Präsident unmittelbar sprach, sondern bei dem französischen Mittelstande überhaupt seinem Streben den Sieg gewannen: „Das Kaiserreich ist der Friede. Frankreich wünscht ihn, und wenn Frankreich befriedigt ist, dann ist die Welt ruhig. Den Ruhm kann man durch Erbschaft übertragen, nicht den Krieg. In diesen Uebergangsperioden, wo neben den Elementen der Wohlfahrt auch die Keime des Todes sprossen, kann man in Wahrheit sagen: Wehe dem, der zuerst das Signal zu einem Zusammenstoße geben wollte, dessen Folgen unberechenbar sind.“ Allerdings habe er auch Eroberungen zu machen. „Ich will die feindlichen Parteien für die Versöhnung erobern und die gehäßigen Abirrungen in die volksthümliche Strömung zurückleiten, ehe sie untergehen, ohne Jemand genützt zu haben. Ich will für die Religion, für die Sittlichkeit, für den Wohlstand den noch so zahlreichen Theil des Volks erobern, der inmitten eines Landes des Glaubens und der Frömmigkeit die Wohlthaten des Christenthums noch nicht kennt, der in dem fruchtbarsten Lande der Welt kaum im Stande ist, die unentbehrlichsten Erzeugnisse des Bodens zu genießen. Wir haben unermeßliche Länderstrecken urbar zu machen, Straßen zu bauen, Häfen zu graben, Flüsse der

Schifffahrt zu öffnen, Canäle zu vollenden, unser Eisenbahnnetz zu vervollständigen, wir haben gegenüber von Marseille ein großes Königreich an uns zu fesseln, wir müssen alle unsre westlichen Häfen durch Schnelligkeit der Verbindungen, die uns noch fehlen, näher bringen, wir haben endlich überall Ruinen abzuräumen, falsche Götter zu bekämpfen und den Wahrheiten den Sieg zu bereiten. Dies sind die Eroberungen, mit denen ich mich beschäftige, und Ihr alle, die Ihr mich umgebet, die Ihr das Wohl des Vaterlandes wollt, seid meine Soldaten."

Von Bordeaux kehrte der Präsident über Chalais, Angoulème, Rochefort, La Rochelle, Niort, Poitiers und Tours nach Paris zurück. Er empfing jetzt auch von denen Huldigungen, welche das Kaiserthum für unzertrennbar von den kriegerischen Traditionen des ersten Napoleon's gehalten hatten. Die Hauptstadt durfte hinter dem Jubel und der Ergebenheit der Provinz nicht zurückbleiben. Am Tage des Einzugs (16. October) beleuchtete die strahlende Herbstsonne eine unzählige Menge von Fahnen und Flaggen, bewimpelte Häuser, Waffentrophäen, Triumphbogen mit dynastisch-kaiserlichen Inschriften, unabsehbare Züge von Arbeitern in Kitteln, ganze Bauernschaften mit ihren Maires, Schulknaben, von den Lehrern geführt, Mädchen in weißen Kleidern und mit Kränzen im Haar, alte Kaisersoldaten in ihren wunderlichen, wie aus dem Grabe emporgestiegenen Uniformen, die auf den Boulevards, ein Menschenmeer von 500,000 Köpfen, umherwogten, und von denen man nur den einen Ruf: Es lebe der Kaiser! hörte. Paris hatte mithin den Wünschen der Provinz seine Genehmigung ertheilt, und mochte die Stimmung vielleicht eine gemachte, eine augenblickliche sein, so äußerte sie sich jedenfalls in der stärksten Weise.

Der errungene Erfolg wurde ausgebeutet, ehe die Begeisterung zu erkalten Zeit hatte. Drei Tage nach den Einzugsfestlichkeiten berief eine Verordnung den Senat zu Berathungen über die Räthlichkeit einer Verfassungsänderung. Der Präsident hatte die Senatoren unter seinen ergebensten Anhängern ausgelesen und war daher seines Erfolges so sicher, daß er gleichzeitig den gesetzgebenden Körper nach Paris beschied. Er setzte voraus, daß der Senat in einem Beschluß auf die Wiederherstellung des Kaiserreichs antragen werde. Ein solcher Beschluß war verfassungsmäßig der Genehmigung des Volks zu unterbreiten, und der gesetzgebende Körper sollte die Richtigkeit der Stimmenzählung prüfen.

Keiner der Senatoren fehlte am 4. November im Luxembourg. Ein Minister überbrachte eine Präsidentenbotschaft, deren Inhalt im Voraus bekannt war. Zehn Senatoren hatten einen Gesetzentwurf bereit, der sogleich an die Abtheilungen verwiesen wurde, hier aber auf eine unerwartete Schwierigkeit stieß. Hinsichtlich des Kaiserthums war der Senat einig, aber die Thronfolge, welche die Botschaft aufstellte, erregte ihm Bedenken. Stimmte er dem Artikel bei, der die Krone, falls der Kaiser ohne männliche Leibeserben aus der Welt scheide und auch keinen Adoptivsohn hinterlasse, nach den Regeln der Linearerbfolge vererben lassen wollte, so war es möglich, daß der Prinz Napoleon, der ein Mitglied des Berges gewesen war, auf den Thron gelangte. Das wollte man unmöglich machen und änderte den Gesetzentwurf so, daß der Senat den Kaiser zu ernennen habe, wenn Ludwig Bonaparte ohne Sohn sterbe und keinen Nachfolger bezeichnet habe. Mit dieser Aenderung wurde das Gesetz von allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Vorschlag, über den das Volk in den Wahlcomitien abzustimmen hatte, lautete: „Das Volk will die Herstellung der Kaiserwürde in der Person Ludwig Bonaparte's mit der Erblichkeit in seiner directen, legitimen oder an Kindesstatt angenommenen Nachkommenschaft, und ertheilt ihm das Recht, die Thronfolge in der Familie Bonaparte zu ordnen." Man gab dem Vorschlag als Geleit in die Provinz die Ankündigung einer neuen Schöpfung mit, einer von Fould und Pereire gegründeten Reportbank, die mit einem Capital von 600 Millionen Franken ausgestattet werden und eine riesige Leihcasse bilden sollte, aus der Jeder schöpfen könne, der für ein großes und gesundes Unternehmen Geld bedürfe. In der Reportbank hatte man nun die Bestätigung, daß das Kaiserthum wirklich „die Ordnung in der Arbeit, die Sicherheit für das Ersparte, der thätige, fruchtbare Friede sei, daß es die großen Interessen, welche die Intelligenz erzeuge und der Friede entwickle, befruchte, und ein Ganzes von Institutionen schaffe, die den doppelten Vortheil hätten, Allen nützlich zu sein, ohne Jemandes Interessen zu schaden." Der Reportbank insbesondere prophezeiete man einen so unermeßlichen Einfluß auf den Gewerbfleiß, daß sie für die neu eröffnete industrielle Aera epochemachend sein werde. Man verließ sich auf die günstige Stimmung, die ein solches Wunder in dem habgierigen und leichtgläubigen Theile der Bevölkerung erzeugen werde, nicht in dem Grade, daß man die

bureaukratischen Mittel und Nachhülfen vernachlässigt hätte. Die Präfecten errichteten Wahlausschüsse, überschwemmten die Provinz mit Ansprachen, ernannten die Protocollführer, Stimmensammler, Zähler und Prüfer und übernahmen dadurch selbst die Controle, die das Wahlgesetz den Wählern übertrug.

Der gesetzgebende Körper zählte die Stimmen, ohne der Richtigkeit der Wahlen irgend welche Aufmerksamkeit zu widmen, und fand ein glänzendes Resultat. Von 9,943,076 stimmberechtigten Franzosen hatten 8,126,230 abgestimmt und 7,811,321 oder 96 Procent, den Senatsvorschlag bejahend entschieden. Rechnete man alle Franzosen, die sich ferngehalten oder ungültige Stimmzettel abgegeben hatten, zu den Gegnern des Präsidenten, so erreichten sie und die mit Nein gestimmt hatten immer nur das Verhältniß von 24 Procent der wahlberechtigten Bevölkerung. Die Massen waren mithin für Ludwig Bonaparte, ob aber auch die höheren und gebildeteren Classen, war mehr als zweifelhaft.

Die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers waren bei der Stimmenzählung in voller Uniform, um sich sogleich nach Sanct Cloud begeben zu können, sobald ihr Geschäft beendigt sei. Es war der 2. December 1852, der Jahrestag der Schlacht von Austerlitz und des Staatsstreichs. Die Versammlung, in welche die Abgeordneten zu St. Cloud eintraten, war zahlreich und glänzend. Die Antwort des Kaisers auf die erste Huldigung, die vor die Stufen seines neuen Throns getragen wurde, war eine Erklärung, weshalb er sich Napoleon III. und nicht Napoleon II. nennen werde. Sein wahres Motiv, sich einen bonapartistischen Vorgänger, einen Ahn mehr zu geben, verschleierte er unter der Phrase, daß es ihm nicht erlaubt gewesen sei, die glorreiche Regierung des Hauptes seiner Familie und den, obgleich ephemeren, regelmäßigen Titel seines Sohnes, welchen die Kammern in ihrem letzten Aufschwunge des besiegten Patriotismus proclamirt hätten, mit Stillschweigen zu übergehen. Nichts desto weniger erkenne er die Regierungen an, auf die er unmittelbar folge, ja er sei gewissermaßen der Erbe dessen, was sie Gutes oder Böses gethan hätten. „Meine Regierung datirt nicht von 1815,“ fügte er hinzu, „sie datirt von dem Augenblicke, wo Sie mir die Abstimmungen der Nation bekannt gemacht haben.“*)

---

*) Das Anrecht des Herzogs von Reichsstadt auf den Kaisertitel und auf den Namen

Der gesetzgebende Körper wurde verabschiedet, nachdem er seine Arbeit des Stimmenzählens beendet hatte, der Senat blieb versammelt, um Veränderungen an der Verfassung vorzunehmen. Diese vermehrten theils den Glanz des kaiserlichen Throns, theils schmälerten sie, Geldvortheile dafür gewährend, die Befugnisse der gesetzgebenden Versammlungen. Der Kaiser erhielt eine Civilliste von 25 Millionen Franken — genau ebensoviel, als sein Oheim in dem Gesetz vom 28. Floreal des Jahres XII sich zugewiesen hatte — und wurde mit einer glänzenden Krondotation in Schlössern und

---

Napoleon II. steht staatsrechtlich auf den allerschwächsten Füßen. Nach der Verfassung hätte die gesetzgebende Gewalt, insbesondere der Senat, den Sohn Napoleon's anerkennen müssen. 1814, bei der ersten Abdankung Napoleon's, geschah dies ganz gewiß nicht. Als Napoleon am 4. April 1814 die Krone „unbeschadet der Rechte seines Sohnes, der Regentschaft der Kaiserin und der Aufrechthaltung der Gesetze des Reichs" niederlegte, hatte der Senat bereits zwei Tage früher den Beschluß gefaßt, daß Napoleon des Thrones verlustig, das Recht der Erblichkeit in seiner Familie abgeschafft und das Heer des Eides der Treue gegen ihn entbunden sei. Ueberdies war die Abdankung des Kaisers nicht einmal ehrlich gemeint und die Monarchen wiesen sie zurück. Erst am 11. April entsagte Napoleon wirklich „für sich und seine Erben." Auf 1814 berufen sich die Bonapartisten selbst nicht, wohl aber auf 1815. Als die Schlacht bei Waterloo verloren war und die Verbündeten Paris mit jedem Tage näher rückten, dankte Napoleon abermals ab und proclamirte seinen Sohn. Er knüpfte diese Abdankung aber an die Bedingung, daß man ihm die Regentschaft übertrage, und sie sollte nichtig sein, wenn dies nicht geschehe. Die zweite Kammer verwarf die Regentschaft des Vaters und erkannte den Sohn an. Dies war die Folge einer Intrigue, die Fouché mit Wellington angeknüpft hatte. Napoleon II. war eine Puppe, die man vorschob, um die Blicke von den Fäden abzulenken, die im Verborgenen zu Gunsten der Bourbons gesponnen wurden. Was man in der zweiten Kammer eigentlich im Sinne hatte, verrieth sich, als man die eingesetzte Regentschaft anwies, ihre Verfügungen im Namen der Nation zu erlassen. Lamartine würdigt die Komödie in seiner Geschichte der Restauration ganz nach Gebühr, wenn er sagt: „Die eitle Ausrufung Napoleon's II. hatte nur den Werth einer ohnmächtigen Protestation. Sie entwaffnete für den Augenblick die Bonapartisten und das Heer, sie machte es möglich, daß man sich durch die Entfernung des Kaisers von den Drohungen und Beunruhigungen seiner Anwesenheit in Paris befreie." Um rechtsgültig zu sein, hätte die Proclamirung Napoleon's II. von der ersten Kammer anerkannt werden müssen. Diese Versammlung berieth den Punkt in der That, gelangte aber zu keinem Beschlusse, da ein persönlicher Streit, durch den heftigen Labedoyère hervorgerufen, die Erörterung abschnitt.

Von der Geschichte in Stich gelassen, haben die Bonapartisten zu ihrer bekannten staatsrechtlichen Theorie der Legimität durch die Volkswahl gegriffen. Napoleon II. war von Rechtswegen Kaiser, meinen sie, denn ein vom Volk bestätigter Senatsbeschluß berief ihn für den Fall der Erledigung auf den Thron. Nach dieser Theorie wären Ludwig XVIII., Karl X und Ludwig Philipp, von denen keiner eine allgemeine Bestätigung durch die in ihren Wahlcomitien versammelte Nation nachgesucht hatte, illegitime Herrscher gewesen. Die Zustimmung des europäischen Staatsrechts hat die Legimität durch Volkswahl nicht erhalten

Wäldern, Diamanten und Kunstwerken ausgestattet. Er bekam das Recht, alle Bestimmungen über die Geschäftsordnung des Senats und des gesetzgebenden Körpers, über den Verkehr beider mit der Regierung und über die Competenz derselben im Verordnungswege zu verfügen. Die Bestimmung, daß er, so oft es ihm gefalle, im Senat den Vorsitz führen könne, strich diesen Zweig der gesetzgebenden Gewalt, indem sie ihn in eine Staatsbehörde verwandelte. In dringenden Fällen sollte er befugt sein, Arbeiten von öffentlicher Nützlichkeit auszuführen und die erforderlichen Credite sich nachträglich bewilligen zu lassen. Bei Bewilligungen von Eisenbahnen und allen andern großen Arbeiten, die nicht auf Kosten des Staats erfolgten, hatten die Kammern von nun an nicht mitzureden. Auch die Prüfung der Handelsverträge in Beziehung auf neue Tarifsätze verloren sie, und den Budgetvorlagen wurde eine solche Form gegeben, daß eine Berathung im Einzelnen unmöglich war. Diese Bestimmungen, die dem gesetzgebenden Körper Nichts von Macht und Ansehn ließen, machten selbst den Senat stutzig. Bei einzelnen Punkten stieg die Zahl der Widersprechenden bis auf dreißig, aber schließlich wurden die Verfassungsänderungen gegen sechs Stimmen (Audriffet, Baraguey d'Hilliers, Boulay, Marquis de Croi, Segur d'Aguesseau, Beaumont von der Somme und Housson) genehmigt. Jeder Senator hatte fortan ein Jahrgehalt von 30,000 Franken, jeder Abgeordnete bezog während der Dauer jeder ordentlichen und außerordentlichen Sitzungsperiode 2500 Franken monatlich.

Die Verfassung vom 14. Januar 1852 hatte in der damaligen Lage ihre Entschuldigung gefunden. Es waren so viele und so lange Erschütterungen durch parlamentarische Kämpfe vorangegangen, daß man es sich gefallen lassen konnte, wenn der Rednerbühne so lange Schweigen geboten wurde, bis die neue Regierung sich befestigt hatte. Die glänzenden Huldigungen, die der Kaiser auf seinen Reisen und durch die fast acht Millionen Stimmen für seine neue Würde empfangen hatte, machten eine fernere Berufung auf die unbedingte Nothwendigkeit von Freiheitsbeschränkungen unhaltbar. Daß man sie dennoch eintreten ließ, und zwar wenige Tage nach den Wahlcomitien, in denen jene acht Millionen den unzweideutigsten Beweis ihrer politischen Reife an den Tag gelegt hatten, verrieth ein System. Die Geschichte kennt dasselbe als das altnapoleonische des Despotismus, als das System, dem Träger der Krone das Wesen der

Gewalt und dem Volk einen schwachen Schein von Freiheit zu geben. Das parlamentarische System hat darin seine Stärke und seinen Segen, daß es dem Volke gewisse allgemeine Rechte einräumt, aber die Mitberathung und Mitentscheidung der öffentlichen Geschäfte nicht ihm, sondern seinen Vertretern zugesteht. Mögen diese Vertreter nach diesem oder jenem Wahlsystem ernannt sein, und mögen sie eine wie immer zusammengesetzte erste Kammer zur Seite haben oder nicht, unter allen Umständen werden sie eine Macht bilden, mit der in Einklang zu bleiben im Interesse der Regierung ist, wie sich auch immer Männer unter ihnen finden werden, welche die Ansichten und Bedürfnisse der nicht vertretenen Volkstheile verfechten. Die Theilung der Gewalten in eine richterliche, gesetzgebende und vollziehende, die mit dem parlamentarischen System verbunden ist, beruht nicht auf theoretischer Willkür, sondern auf der Natur der Sache. Daß die Regierung, die bei dieser Theilung die Ernennung und Beförderung aller richterlichen Beamten, die ganze vollziehende Gewalt und die volle Hälfte der Gesetzgebung zu ihrem Antheil erhält, dabei zu kurz komme, werden nur Solche behaupten, welche auf der Seite der Regierung nichts als Rechte und auf der Seite des Volks nichts als Pflichten sehen. In dem napoleonischen System ist der Träger der höchsten Gewalt zugleich Monarch und Volksspitze und vereinigt wegen dieser doppelten Eigenschaft alle die Rechte in sich, die das Repräsentativsystem zwischen dem Volke und der Krone theilt. Als Beauftragter des Volks ist er diesem gewissermaßen verantwortlich und holt durch Comitien, zu deren Einberufung er allein befugt ist, dessen Entscheidung ein. Der Staatsrath und der Senat, beide von ihm ernannt, sind seine Organe für die Gesetzgebung. Der gesetzgebende Körper, der vom Volk ernannt wird, hat weit weniger den Charakter einer Volksvertretung, als den der altfranzösischen Parlamente, deren Thätigkeit in der Registrirung königlicher Willensäußerungen bestand. Es kommt wenig darauf an, ob er mit der Regierung oder gegen sie geht, denn man hat ihm die engsten Grenzen gezogen, und seine Stimme verklingt, ohne Nachhall in Frankreich, in dem kleinen Raume des Sitzungssaales. Soviel die gesetzgebende Gewalt in diesem System verliert, eben soviel gewinnt die vollziehende Gewalt. Sie ist das ungeheure Triebwerk des französischen Staatslebens und arbeitet Tag und Nacht ohne Unterbrechung. Von ihr hängen Bewegung

und Fortschritt, Entwicklung und Wohlstand des großen Ganzen wie des geringfügigsten Einzeltheils ab. Durch die unbedingteste Unterordnung aller Beamtenstufen unter den höchsten Willen wird eine Einheit der Handlung erreicht, die man bewunderungswürdig nennen mag, wenn man nur nicht vergessen will, daß die Action die einer Maschine ist und daß ein Ganzes, das seine Gedanken von einem Einzigen erhält, weder frisches Leben besitzen noch erwecken kann.

Obgleich der Kaiser die Spitze des Volks ist, handelt er nach dem Grundsatze: Alles für das Volk, Nichts durch das Volk. Er denkt für das Volk und läßt dieses nach seiner Anleitung arbeiten. Durch öffentliche Arbeiten aller Art, bei denen die Millionen nicht geschont werden, beschäftigt er die Massen und gibt ihnen Verdienst. Es ist eine Voraussetzung des Systems, daß das Staatsoberhaupt an Plänen fruchtbar sein müsse und auf den Gedanken die That folgen lasse, ohne die unfruchtbare Mittelstufe der sorgsamen Abwägung zwischen Kosten und Ertrag zu überschreiten. Eine Pause, ein Stillstand für das Athemschöpfen und Nachdenken darf nie eintreten. Immer neue Thaten müssen für das System reden, immer neue Werke den Ruhm seines Urhebers verkünden. Die höheren Classen erhalten auf diese Weise Gelegenheit vollauf, die wilde Jagd nach Reichthum, zu der schon Ludwig Philipp sie hetzte, in vergrößertem Maßstabe fortzusetzen. Unter einer Regierung, welche die Ernährung der Arbeiter übernimmt, kann es keinen Augenblick an Stoff für die Speculation und die Agiotage fehlen.

Der erste Napoleon tröstete die Franzosen durch den Ruhm für den Verlust ihrer Freiheit. Eine sehr allgemeine Meinung, die sich trotz der Rede von Bordeaux an die Entstehung des Kaiserthums knüpfte, wollte sich nicht ausreden lassen, daß auch der dritte Napoleon damit enden werde, seine Franzosen auf Schlachtfeldern zu beschäftigen. Grade in den öffentlichen Arbeiten, die der Staat entweder selbst ausführte, oder zu denen er die Departements und viele Städte veranlaßte, sah man eine Nöthigung zum Kriege. Man glaubte den Zeitpunkt berechnen zu können, an dem Frankreich seine Geldkräfte erschöpft haben werde. Im Beginn des Kaiserthums war der Verkehr in der höchsten Thätigkeit, aber die Finanzlage nichts weniger als glänzend. Die Schulden des

Staats waren auf 182,318,914 Franken Rente oder 3646,363,880 Franken Capital gestiegen, die schwebende Schuld belief sich auf 122 Millionen Franken, und es war gewiß, daß man damit noch nicht den Höhenpunkt im Staatsschuldenwesen erreicht haben werde.*)

---

*) Die öffentliche Schuld ist seitdem beträchtlich gestiegen. Sie betrug:

1855:	6082,877,852 Franken Capital	oder	236,442,772 Franken Rente.	
1856:	7558,040,822 „ „	„	284,668,525 „ „	
Dazu:	896,813,346 „ schwebender Schuld für 1856.			

Wie man sieht haben vier Jahre des Kaiserreichs hingereicht, die Schulden des Staats mehr als zu verdoppeln. Außerdem gibt es Schulden der Departements, Schulden der Hauptstadt und verschiedener anderer Städte. Die Belastung ist eine ungeheure geworden.

Vierzehntes Kapitel.

Die politische Restauration in Deutschland. — Das Ministerium Schwarzenberg in Oesterreich. — Die preußischen Verfassungswirren. — Die mittleren und kleinen Staaten. — Die Kirche. — Der Katholicismus. — Das österreichische Concordat, Rom's Stellung, die Siccardi'schen Reformen. — Vereine, Missionen und sonstige Thätigkeit. — Der Protestantismus. — Die theologischen Richtungen. — Die Kirchentage, überhaupt das Verhältniß zum Staat, namentlich in Preußen. — Einwirkung auf das Vereinswesen. —

Wir haben die deutsche Bewegung von 1848 bis zu dem Augenblicke begleitet, wo die Erreichung einer neuen Einheitsform als unmöglich anerkannt und darum aufgegeben wurde. Wir haben gesehen, wie die gemäßigte Partei der Paulskirche an der Kaiseridee zu Grunde ging, wie der wachgerufene Ehrgeiz Preußens und die Erbitterung Oesterreichs über den Versuch, es aus Deutschland hinauszuwerfen, die entsetzliche Gefahr einer Zerreißung des Vaterlandes, eines Bruderkriegs zwischen deutschen Stämmen, ganz nahe brachte, und wie die deutschen Regierungen, nachdem die beiden deutschen Großmächte zu einer äußerlichen Versöhnung gelangt waren, auf den Dresdener Conferenzen ihrerseits eine Lösung der Einheitsfrage versuchten und bloß zu „schätzbarem Material" für künftige Arbeiten gelangten. Jetzt ist nachholend zu erzählen, welchen Gang die Ereignisse in den Einzelstaaten nahmen. Unsre Darstellung kann hier einen schnelleren Schritt annehmen, denn in den Grundzügen ist die Geschichte der nächsten Jahre

überall dieselbe. Sowohl in den großen, als in den mittleren, als in den kleinen Staaten begegnen wir einer Arbeit, von den Einen als Restauration, von den Andern als Reaction bezeichnet, bei der es sich darum handelt, die im Jahre 1848 in die Verfassung und Gesetzgebung eingedrungenen demokratischen Grundsätze zu entfernen, die Männer der Revolution zur Strafe zu ziehen und wenn auch nicht Alles auf den Fuß vor 1848 zurückzustellen, doch den Geist des Präventivsystems wie früher walten zu lassen.

Seit dem 2. December 1848 besaß Oesterreich einen neuen Kaiser. Von Kummer und Krankheit niedergebeugt, hatte Kaiser Ferdinand seine Krone niedergelegt, und auch der nächstberechtigte Erbe, Erzherzog Franz Karl Joseph, hatte entsagt, damit sein Sohn die Regierung übernehmen könne. Der Kaiser Franz Joseph zählte im Augenblicke seiner Thronbesteigung achtzehn Jahre und war eine jugendlich schöne und Kraft versprechende Erscheinung. Seine Mutter, Erzherzogin Sophie, die geistvollste Prinzessin des kaiserlichen Hauses, hatte ihm die sorgfältigste Erziehung geben lassen. Namentlich kannte er die Literatur und redete die Sprachen aller Hauptstämme seines großen Reichs. So jung er war, war er nicht bloß mit dem Studirzimmer und dem Palast, sondern auch mit dem Lagerleben und dem Kriege vertraut. Der erste italienische Feldzug hatte ihm die Kugeltaufe gegeben. Von den Ministern, mit denen er sich umgab, hatte nur einer in der Revolution eine volksthümliche Rolle gespielt. Einer der ersten, welche in den Märztagen eine Verfassung verlangten, war Alexander Bach, als die stürmische Jugend und die Arbeiter die Herrschaft an sich rissen, durch sein energisches Wirken für Ordnung und Gesetzlichkeit dem Haß der Volkshetzer und Wühler bezeichnet worden. Bruck, der eigentliche Gründer des Lloyd, hatte sich selbst das Piedestal gebaut, auf welchem er zu einer hohen Stufe politischer Macht emporstieg, und durch eigne Kraft und Thätigkeit seinem Namen einen guten Klang weit über Oesterreichs und Deutschlands Grenzen hinaus verschafft. Thienfeld, einer der geachtetsten Bürger und Landstände Steiermarks, war auch in der vormärzlichen Zeit ein freisinniger Mann gewesen und durch gründliche Kenntnisse im Bergwesen wie in der Landwirthschaft empfohlen. Zwei der neuen Minister, Graf Stadion und Fürst Felix Schwarzenberg gehörten der Aristokratie des Landes an. Was den Grafen betrifft, so hatte sich die öffentliche Meinung des ganzen Deutschlands

zu der Zeit des Staatskanzlers in dem Ausspruch vereinigt, daß er für Oesterreich der Mann der Zukunft sei. Als Statthalter des Küstenlandes machte er Triest zu einem Freihafen nicht nur für die Güter des Kaufmanns, sondern auch für die edelsten Güter des Geistes und der Menschheit, und nährte das Selbstbewußtsein der Bürger, bis jene Stadt den vorzugsweise bürgerlichen Charakter gewann, der ihre Bewohner an Tüchtigkeit und Gemeinsinn neben die Bürgerschaft von Städten wie Hamburg, Bremen und Lübeck stellt. In der gefährlichsten Zeit wurde ihm die Statthalterschaft von Galizien anvertraut und er rettete das große Land für Oesterreich. Er zog sich dadurch den Haß der Leute zu, die in der Revolution einen Einfluß auf die radicale Wiener Presse gewannen, und wurde daher mit wüthender Beharrlichkeit begeifert. Fürst Felix Schwarzenberg besaß als Diplomat eine große Erfahrung und eignete sich wegen seines Eifers für die Erhaltung Oesterreichs, wegen seines moralischen und physischen Muths in einer kritischen Periode wie kein Anderer zum ersten Minister.

Oesterreich hatte noch einen Reichstag, der aber nicht mehr in Wien, sondern in Kremsier seine Berathungen hielt. Es war keine Frage, daß seine eigentliche Aufgabe, die verfassungsmäßigen Grundlagen des neuen Oesterreichs zu legen, seine Kräfte weit überstieg. Wenige seiner Mitglieder konnten sich einer richtigen Beurtheilung der Verhältnisse ihres eigenen Heimathlandes rühmen, noch viel weniger wußten oder wollten sie, was dem Gesammtstaat fromme. Man hatte in Wien ein mit leidenschaftlichem Hohn und häßlichem Neid versetztes Ränkespiel der einen Nationalität gegen die andere, ein heimliches Hinarbeiten auf die Lösung der Staatseinheit gesehen, und in Kremsier setzte sich dieses Schauspiel fort. Ein solcher Reichstag war allerdings nach den Siegen in Italien und Wien keine Gefahr mehr, aber er war eine Last und ein Hemmschuh. Am 7. März 1849 wollten sich die Abgeordneten in den erzbischöflichen Palast, wo sie ihre Sitzungen hielten, begeben, und fanden den Saal und die Kanzleien geschlossen, die Thüren mit doppelten Wachen besetzt. Man sagte ihnen, daß der Kaiser den Reichstag aufgelöst habe, und sie reisten ab. Am Abend war Kremsier wieder die kleine öde Stadt, die es vor dem 15. November 1848 gewesen war.

Die Verfassung, die der Kaiser seinen Staaten unmittelbar nach der Auflösung des Reichstags verlieh, ist nie in's Leben getreten. Ehe der Reichstag zusammentrete, sollten die Verfassungen der einzelnen Kronländer vollendet

sein, und noch war diese mühevolle und zeitraubende Arbeit nicht vollendet, als ein kaiserlicher Erlaß vom 31. December 1851 die Verfassung, mit ihr die Grundrechte und die Geschworenengerichte, aufhob. Sie litt an Gebrechen, die ihr Verschwinden nicht bedauern lassen. Man hatte in ihr ein Oberhaus aufgestellt, das außer einigen wenigen reichen Bürgerlichen Nichts als Adel aufgenommen haben würde. Da Oesterreich eine wirkliche Aristokratie besitzt, die von einem unermeßlichen Grundeigenthum, von ihren europäischen Verbindungen, ihrer Intelligenz, ihrem Einfluß auf Heer und Verwaltung den Charakter einer Macht herleitet, so machte ein solches Oberhaus, um dem Staat zum Nutzen zu gereichen, bei seinen Mitgliedern Gesinnungen nothwendig, die zur Zeit wenigstens bei einem zahlreichen Theile des italienischen, ungarischen und polnischen Adels nicht zu erwarten waren. Die Zusammensetzung des Unterhauses war nach der Kopfzahl der Bevölkerung normirt worden, und dies hatte die Deutschen, die Leiter und Lehrer des ganzen Staats, in eine fast bedeutungslose Minderheit gebracht.*) Vor allen Dingen würde das Unterhaus, vielleicht auch das Oberhaus, sofort wieder zu einem Tummelplatze der Eifersüchteleien der Nationalitäten geworden sein und nicht geeinigt, sondern getrennt haben. Das durfte nicht geduldet werden, und es war darum im Interesse des Fortschritts und der Freiheit selbst besser, daß die Verfassung fiel, als daß sie zur Schwächung des Staats, der die deutsche und mitteleuropäische Culturwache gegen Osten ist, gemißbraucht werde.

Der Wahlspruch der Kaisers: Viribus unitis! Mit vereinten Kräften! nannte die Aufgabe, die als die erste von allen zu erledigen war. Man erstrebte sie, indem man alle Nationalitäten auf gleicher Rechtsbasis unter dem Schutze einer starken monarchischen Gewalt vereinigte. Nun erst wurde Wien der Mittel- und Schwerpunkt, den die Hauptstadt im modernen

---

*) Das Unterhaus sollte 360 Mitglieder haben, und diese vertheilten sich auf die Volksstämme der Monarchie in folgender Weise:

Deutsche	76
Magyaren	49
Slaven	155
Italiener	50
Gemischte Stämme (Walachen, Rumänen u. s. w.)	30
	360

Staat bilden soll und den die auseinander strebenden Kräfte eines großen vielsprachigen Reichs doppelt und dreifach verlangen. Das Beamtenwesen erfuhr eine durchgreifende Reform, der Beamtenstand eine Reinigung, von der insbesondere der in Schlendrian und Formenwesen eingerostete Theil des Personals, den die vormärzliche Zeit verdorben hatte, getroffen wurde. Der von oben wehende belebende Hauch drückte der geistigen Metamorphose des Verwaltungsorganismus den Stempel frischer Energie auf. Damit diese erhalten werde, gab man den Oberbehörden jeder Stufe, des Reichs, der Kronländer, der Kreise und Bezirke berathende Ausschüsse zur Seite. Dank diesen praktischen Beiräthen konnte im kleineren wie im weiteren Kreise keine die Rechte und Pflichten der Staatsbürger berührende Verordnung ergehen, ohne daß zuvor die Nächstbetheiligten ihr Gutachten abgegeben hätten. Ein Patent vom 31. December 1851 verfügte die Zusammensetzung der berathenden Ausschüsse aus dem besitzenden Erbadel, dem großen und kleinen Grundbesitze und der Industrie. Die Neuerung war ein gewisser Ersatz für die aufgehobene Verfassung und schon als Versuch interessant, den Keim zu einem neuen, auf dem social-politischen Boden fußenden Staatsrecht zu legen, das die Staatsgewalt und die Regierten mit Aufhebung des jetzigen Gegensatzes zwischen Verfassung und Verwaltung, Ständekammern und Ministerien neben einander stellt und dem Volk in seinen Notabilitäten, die nun zu der ihnen gebührenden Geltung gelangen und nach Wissen und Verdienst einen Antheil am Gemeinwesen erhalten, einen unausgesetzten Einfluß auf die Staatsverwaltung gestattet, wie dieses System auf der andern Seite die Bureaukratie hindern soll, nach theoretischen und collegialischen Voreingenommenheiten zu handeln, mit ihrem Actenwesen in einer eignen Welt zu leben und die Interessen öfter zu verletzen als zu fördern.

Die neue Gerichtsverfassung wendete auf Oesterreich die Grundsätze an, die sich in andern Ländern als segensreich erprobt haben. Sie entfernte die Patrimonialgerichte, schuf drei Instanzen und trennte bei allen Mittel- und Obergerichten die Verwaltung von der Rechtspflege. Gleichheit aller Stände und aller Glaubensgenossenschaften vor dem Gesetz war ihre oberste Regel. Sie bedingte Gesetzeswerke, die theils sogleich begonnen, theils vorbereitet wurden. Man begrüßte sie um so freudiger, als die Justiz in der letzten Zeit des alten Systems zu Nichts als Klagen und frommen Wünschen Anlaß

gegeben hatte, als, von allen Mängeln der Patrimoninalgerichte zu schweigen, Formenwesen und Erschlaffung auch in diesem wichtigen Zweige der Staatsverwaltung Geist und Leben längst verdrängt hatten, das Gift der Corruption durch alle Zweige gedrungen, das Vertrauen in seinen Grundfesten erschüttert war. Im peinlichen Verfahren behielt man den Anklageproceß mit öffentlicher und mündlicher Schlußverhandlung bei, entfernte aber die Geschworenen. Man hatte sich überzeugt, daß das altgermanische Institut, dessen eigentlicher Segen darin liegt, daß es im Volke Rechtskenntniß und Rechtssinn verbreitet, weder für die italienischen und ungarischen, noch für die südslavischen und polnischen Bevölkerungen passe, und selbst in Böhmen, Mähren und Innerösterreich, überhaupt in allen Ländern gemischt slavischer Bevölkerung nicht auf heimathlicher Erde stehe. Fortwährend, namentlich in Böhmen und Steiermark, waren sehr frappante Fälle vorgekommen, welche von gänzlicher Unreife zeugten

Den Städten wurde ein Gemeindegesetz zu Theil, das ihnen freie Entwicklung und Autonomie für ihr Sonderleben versprach. Bei dieser Reform kam es aber weit mehr auf eine bildungsfähige Grundlage an, als auf eine definitive Feststellung des Neuen. Das Gesetz erhielt daher den Charakter eines Provisoriums, das nicht einmal auf die ganze Monarchie Anwendung finden sollte. Ungünstige Erfahrungen zwangen bald zu Abänderungen und Einschränkungen. In vielen Gemeinden hatten die armen Mitglieder große und zugleich unnütze Ausgaben gemacht, ihre Beamten, die in der Regel als Repräsentanten der Unfähigkeit anzusehen waren, unverhältnißmäßig besoldet und für dieses Alles die reichen Mitglieder aufkommen lassen. Trotz der 1852 getroffenen Bestimmungen behielten die Gemeinden das Wesentliche der ihnen zukommenden Rechte, also die Wahl ihrer Vorstände und Ausschüsse wie die Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten, mit dem Vorbehalte jedoch, daß die Regierung in wichtigen Fällen das Recht der Prüfung und Bestätigung ausübte. Den im Grundbesitz und Gewerbsbetrieb vorwiegenden Interessen wurde der entsprechende Einfluß zugestanden.

Die wohlthätigste Seite der österreichischen Reformen berühren wir, wenn wir der Robotaufhebung und Grundentlastung gedenken. Im Princip waren beide vom Reichstage ausgesprochen worden, aber die nähern Bestimmungen waren noch zu treffen, und diesen verliehen die Gesetze vom

4. März 1849 und vom 10. September 1851 den freisinnigsten Charakter. Den Berechtigten wurden die aufgehobenen Lasten nur zu zwei Drittheilen vergütet, von denen ein Drittheil das betreffende Kronland und das andere der frühere Verpflichtete zu tragen hatte. Für die Forderungen der Berechtigten stellte ein Tilgungsfond, der in jedem Kronlande geschaffen wurde, zinstragende Schuldscheine aus, die in spätestens vierzig Jahren zu tilgen waren. Nach längstens zwanzig Jahren mußten die Verpflichteten das auf sie fallende Drittheil entrichtet haben. Anfangs träumten die Aengstlichsten von unerschwinglichen Summen, die durch die Kronländer aufzubringen sein würden, allein die Arbeiten der Entlastungsausschüsse lieferten bald den Beweis, daß die auf die Kronländer entfallende Hälfte der Entschädigungssumme höchstens siebenzig Millionen Gulden betragen werde. In den Erblanden äußerte die große Maßregel der Befreiung des zahlreichsten Standes auf der Stelle ihre schönste Wirkung, in Galizien dagegen trat ein Uebergangszustand von wirklich verzweifelter Natur ein. Dort erzeugte das Wegfallen der Robot sociale Zerwürfnisse, für die sich nur durch das Wort des Dichters, daß das Böse fortwuchernd Böses muß gebären, eine milde Erklärung finden läßt. Von dem Edelmann je nach dessen Laune bald etwas besser und bald etwas schlechter wie Vieh behandelt, bemächtigten sich die Bauern, nun sie frei waren, des Eigenthums der Gutsbesitzer, auf das sie alte Rechte zu haben behaupteten, oder überließen sich dem Müßiggange. Die Kreisämter, von Joseph II. zum Schutz der Verpflichteten bestimmt, wurden jetzt von den Berechtigten angerufen. Man mußte sich sogar, um nicht die größten Güter des Kronlandes der Brache preiszugeben, zu einer Suspension des Freiheitsgesetzes entschließen und einen gewissen Preis festsetzen, für welchen die Bauern zur Arbeit gezwungen werden konnten.

Keinem Lande der Monarchie kamen die Reformen mehr zu gut, als Ungarn und dessen sogenannten Nebenländern. Es war ein Adelsstaat im mittelalterlichen Sinn gewesen und gewann nun die feste Regel und Ordnung im Rechtswesen und in der Verwaltung, die es in der Praxis bisher nicht gekannt hatte. Kaiserliche Gerichte und Behörden — die neue Gensdarmerie nicht zu vergessen — schufen zum ersten Male die festen Verhältnisse, ohne welche die Interessen des modernen Staats kein Gedeihen finden. Festgewurzelte Mißbräuche, gegen die alle Bemühungen der liberalen Opposition eine Sisyphusarbeit gewesen waren, erlebten ihre letzte Stunde, und es kam

für Ungarn der ersehnte Augenblick, welcher die verrotteten Rechtszustände vergangener Jahrhunderte durch neue zeitgemäße Einrichtungen ersetzte, die Besitzverhältnisse regelte, dadurch den Realcredit herstellte und so ausreichende Mittel zu materiellem Aufschwung bot, an denen jenes Land bisher den empfindlichsten Mangel gelitten hatte. Bis zu dem Gesetz vom 5. December 1852 wußte kein Grundeigenthümer in Ungarn so recht, ob er auf dem Seinigen sitze. Die Aviticitäts- und Donationsrechte begründeten eine beispiellose Unsicherheit der unbeweglichen Habe. Durch diese Rechte sollte der Grundbesitz auf undenkliche Zeiten hinaus in den Händen einer bestimmten Kaste des Adels fixirt werden. Man unterschied verschiedene Arten von Eigenthum, wo das höhere das minder angesehene wieder verdrängte. In jedem Augenblicke konnte Jemand mit einem vielhundertjährigen Pergament aus den Zeiten der Bela's oder des Matthias Corvin auftreten und nachweisen, daß durch königliche Schenkung seiner Familie dieses oder jenes Gut als Lehen ertheilt worden und daß es durch unstatthafte Veräußerung, wenn auch schon in altersgrauer Zeit, auf die jetzigen Besitzer übergegangen sei. Verwandte und Nachbarn hatten ein gesetzliches Vorkaufsrecht und Käufer adeliger Güter waren nie sicher, daß nicht irgend Jemand mit einer Urkunde hervortrat, aus der er nachwies, daß jene Güter einstens von einem seiner Vorfahren verpfändet worden seien, und gegen Erlegung der Pfandsumme in den Besitz eingewiesen zu werden verlangte. Die neuen Eigenthümer pflegten sich gegen solche Rechte durch die unzähligen Rechtsmittel zu schützen, die ihnen nach altem Recht in allen Stadien des Processes, das der Execution nicht ausgenommen, zustanden. Die Aufhebung des altungarischen Sachenrechts war die logische Folge des Wegfalls der Robot. Indem der Kaiser sie aussprach, entsagte er zugleich allen Heimfallsrechten der Staatscasse, hob die Bedingung des Indigenats und Incolats bei der Erwerbung von Gütern auf und gewährte so die Sicherheit des Eigenthums und die freie Verfügung über dasselbe, die zur Thätigkeit befeuert und das Verlangen des Erwerbs mit dem Trieb zu Verbesserungen weckt.

Das vormärzliche System schied das ackerbautreibende Ungarn von den gewerbfleißigen Erblanden durch eine Binnengrenze. Sie war eine Nothwendigkeit, um die Ungleichheit in der Besteuerung auszugleichen. Was die Grenzämter an Zoll einlieferten, war die einzige nennenswerthe Steuer, welche Ungarn bezahlte. 1850 fiel diese unnatürliche Zollschranke, und Un-

garn mußte sich nun die Anbahnung jener gleichen Besteuerung gefallen lassen, welche seine Adligen und Liberalen mit gleicher Entrüstung zurückgewiesen hatten. Der Verlust des alten Privilegiums schmerzte, und andere verstimmende Ursachen mehr verhinderten, daß die Magyaren der Neugestaltung der Monarchie mit gleicher Theilnahme wie die Erblande folgten. Man hatte sie besiegt und nach dem Kampfe die Nebenländer von ihnen abgeschnitten. Siebenbürgen, Kroatien und Slavonien, die Woiwodschaft Serbien und das Temescher Banat bildeten nunmehr eigene Kronländer, im Interesse der Gesammtstaatspolitik, die sich selbst untreu geworden sein würde, wenn sie Ungarn in seinem alten Umfange hätte bestehen lassen, und im Interesse der innern Ruhe, der mit einer Erneuerung der Zwistigkeiten zwischen Magyaren, Rumänen und Slawen nicht gedient gewesen wäre, aber zum tiefsten Kummer der magyarischen Patrioten, denen ihr erträumtes Großreich in sechs Stücke zerschnitten wurde.

Alle Neuerungen, die uns beschäftigt haben, runden sich zu einem Ganzen ab, das man gewiß nicht überschätzt, wenn man ihnen dieselbe Bedeutung beimißt, welche die Geschichte in dem preußischen Umwandlungsprocesse von 1807—1813 gefunden hat. Beide deutsche Großstaaten vollzogen, jeder in der Periode des Fühlbarwerdens der Unhaltbarkeit des Alten, einen innern Systemwechsel, der eine Revolution war. Gab Preußen seinen städtischen Gemeinden mehr, so ging Oesterreich in der Befreiung des Bauernstandes und in der Gleichstellung des Adels mit den andern Ständen ungleich weiter. Daß Oesterreich ferner in seinem Verkehrsleben, das Wort im weitesten Umfang genommen, auf eine Weise besserte und förderte, die wir in der entsprechenden großen preußischen Periode nicht wahrnehmen, dürfen wir in die Parallele nicht hineinziehen, da jene frühere Zeit der meisten der mechanischen Hülfsmittel entbehrte, die von Oesterreich benutzt werden konnten und Preußen Alles that, was in seinen Kräften stand, als es in seinen frei gewordenen Städten den Gewerben ihrerseits eine freie Bewegung schenkte.

Die Zeit nach 1848, die uns hier beschäftigt, sah Preußen in einer ohne Vergleich besseren Lage als Oesterreich. Der deutsche Großstaat des Nordens hatte weder im Innern noch nach Außen seine Kräfte besonders anzustrengen gebraucht. Die sogenannten Kriege in Schleswig-Holstein, Baden und der Pfalz, die demokratischen Zuckungen in den alten Provinzen und die Aufstände der Polen im Großherzogthum Posen waren im Vergleich

zu den blutigen Feldzügen in Ungarn und Italien bloße Kinderspiele. Was man in Preußen zu thun zu haben glaubte, war, der Verfassung, die man behufs der Beschwichtigung der Gemüther nach einem ziemlich demokratischen Schema gemodelt hatte, einen mehr monarchischen Inhalt zu geben.

Der alten Nationalversammlung*) hatte man sich, nachdem sie nach Brandenburg verlegt worden war, „damit sie in Sicherheit vor den anarchischen Bewegungen in der Hauptstadt und ihren terroristischen Einflüssen frei berathe," alsbald entledigt. Sie war am 5. December 1848 aufgelöst worden, weil sie durch die eigenmächtige Fortsetzung ihrer Berathungen in der Hauptstadt, durch die Aufreizung der Berliner Bürgerwehr zum Widerstande, durch die Aufforderung zur Steuerverweigerung mit der Krone entschieden gebrochen und dem König gegenüber einen Standpunkt angenommen habe, durch den die Möglichkeit jeder Vereinbarung ausgeschlossen werde. An demselben Tage wurde eine Verfassung veröffentlicht, in die sowohl die wichtigsten Beschlüsse der aufgelösten Versammlung und ein großer Theil des Entwurfs ihres Verfassungsausschusses, als die Bestimmungen des Frankfurter Parlaments über die Grundrechte aufgenommen wurden. Von allen den Dingen, an denen das alte Staatsleben so festgehalten hatte, als sei es mit eisernen Klammern daran befestigt, vom historischen Recht, von der Gliederung nach Ständen, von den Vorrechten des Adels fand sich keine Spur, selbst das Heer sollte seine Sonderstellung verlieren und auf die Verfassung beeidigt werden. Die zweite Kammer wurde auf Urwahlen aller selbständigen Preußen basirt, während die aristokratische Grundlage der ersten Kammer sich darauf beschränkte, daß Jeder, der als Wähler zugelassen zu werden wünschte, ein gewisses Einkommen oder Vermögen nachzuweisen hatte.

Bei dem nächsten Zusammentreten der Kammern — sie wurden am 26. Februar 1849 vom König in Person eröffnet, und zwar in demselben weißen Saale des königlichen Schlosses, in dem der Vereinigte Landtag seine Sitzungen gehalten hatte — blieb es noch unentschieden, ob Preußen dieses demokratisch gefärbte Staatsgrundgesetz behalten werde. In der deutschen Sache war keine Entscheidung erfolgt, die Revolution hatte noch den äußern Schein einer Macht, und die Parteien der Versammlung waren so im Gleichgewicht, daß ein Rückwärtsstreben die Linke vielleicht in die Mehrheit brachte.

---

*) Siehe S. 235—240.

Das zeigte sich indessen, daß die Bevölkerungstheile, die sich selbst als die monarchischen betrachteten, nicht gewillt wären, das Gesetz vom 5. December als einen Abschluß der Verfassungsfrage hinzunehmen. Die vollständige Niederlage der Bewegung war für sie eine Aufforderung mehr, sich mit ihrer ganzen Wucht und mit äußerster Erbitterung auf ihre Gegner zu werfen. Nicht bloß Berlin, die entferntesten Provinzen bis in ihre letzten Winkel hinein wurden Schauplätze politischer Verfolgungen. Die Willkür, mit der man in Berlin gegen mißliebige Personen einschritt, wurde im Lande weit überboten. Als Zeichen der Zeit sei erwähnt, daß in der Stadt Dahme bei Jüterbogk fast sämmtliche männliche Einwohner in Untersuchung genommen, in vier Ortschaften in der Nähe von Wriezen mehrere hundert Einwohner zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurtheilt wurden. In dem ersten Falle war eigenmächtige Absetzung des Bürgermeisters, im zweiten Auflehnung gegen die Gutsherrschaft das Verbrechen, das man ahndete. Die reactionäre Presse schürte, hetzte, verleumdete und log. Die demokratische Presse hatte ein Jahr früher in abgeschmackten Erfindungen Dankenswerthes geleistet, aber bis zu der Einfalt, ihren Gegnern den Plan der Vergiftung ganzer Besatzungen, des Niederbrennens ganzer Stadttheile und der Sprengung verschiedener Schlösser und Casernen zuzuschreiben, war sie doch nicht gediehen.

Die Kammern von 1849 wurden aufgelöst, ehe sie mit ihren Arbeiten bei einem Ziele anlangten. Dann trat die große Krisis in der deutschen Sache ein, mit der die Niederlage Ungarns und Roms und die Reaction in Frankreich der Zeit nach ziemlich zusammentraf. Die Regierung empfand unter diesen veränderten Umständen das Bedürfniß, durch einige Anordnungen der Wiederkehr anarchischer Zustände vorzubeugen. Sie erließ einseitig ein neues Wahlgesetz, welches die Masse der Wähler nach ihrem Vermögen in drei Classen theilte und den wenigen reichen Wählern der ersten Classe gleiche Rechte wie den zahlreichen ärmern Wählern der dritten Classe beilegte, ordnete Oeffentlichkeit der Stimmgebung an, um das wichtigste der politischen Rechte dem Einfluß unlauterer Parteiung möglichst zu entziehen, machte durch ein Vereinsgesetz große politische Versammlungen unmöglich und setzte den Zeitungen durch ein Preßgesetz wirksame Dämpfer auf.

Die Demokraten erkannten das octroyirte Wahlgesetz nicht an und hielten sich von den Wahlen fern. Sie begingen damit theoretisch einen großen Fehler, der aber thatsächlich nicht schadete. Die augenblickliche Stimmung

wurde von einer wahren Demokratenfurcht beherrscht, insbesondere auf dem flachen Lande und bei den Kleinbürgern, so daß die Partei keine Aussicht gehabt hätte, das Kommende abzuwehren. Den Kammern wurde in der Thronrede gesagt, daß die Revision der Verfassung ihre Aufgabe sei. Sie hatten fast keinen der berühmten Männer von 1847 in ihrem Schooße, aber Männer genug, die von dem redlichen Willen erfüllt waren, das preußische Verfassungsleben, nachdem es den Strudeln der Revolution sich entzogen hatte, nicht auf den Sandbänken der Reaction stranden zu lassen. Allein diesen Männern fehlte es an Muth, den Fuß von dem abschüssigen Wege fern zu halten, auf den man sie verlocken wollte. Als sie ihn einmal betreten hatten, war es um sie geschehen. Auf ihr erstes Zugeständniß folgte mit Nothwendigkeit ein zweites, ein drittes, und wollten sie in ihrer verfassungsnehmenden Thätigkeit (mit diesen Worten bezeichnete sie eines ihrer eigenen Mitglieder) einmal innehalten, so brauchte man ihnen bloß vorzuhalten, daß sie das Provisorium in's Unendliche verlängern, die Reaction an's Ruder bringen, das Zustandekommen der Verfassung gefährden würden, um sie wieder in Bewegung zu bringen. Schließlich hatten sie nicht einmal die Befriedigung, die Verfassung gerettet zu haben. Eine königliche Botschaft bezeichnete verschiedene Punkte, welche geändert werden müßten, wenn der König die Verfassung beschwören solle. Gaben die Kammern nach, so war Preußen keine constitutionelle Monarchie mehr, sondern ein Königthum von Gottes Gnaden mit ständischer Repräsentation.

Die Revision wurde in dem Sinne, wie der König sie wünschte, vollendet. In die Restauration des Adels zu willigen, soweit sie durch die Erlaubniß zur Errichtung von Fideicomissen erreicht werden konnte, getrauten sich die Abgeordneten nicht, im Uebrigen gaben sie nach. Der geschichtliche Zusammenhang mit der Vergangenheit war nun hergestellt, das Jahr 1848 aus der Geschichte gestrichen, und der König trug kein Bedenken weiter, die Verfassung zu beschwören. Er leistete den Eid in der Kammer und begleitete ihn mit einer Rede, die in seiner eigensten Art abgefaßt war (6. Februar 1850). Die Verfassung sei entstanden in einem Jahre, das die Treue werdender Geschlechter wohl mit Thränen, aber vergebens wünschen werde, aus der Geschichte herauszubringen. Daß er sie dennoch beschwören könne, verdanke er den Volksvertretern, welche die bessernde Hand an das Werk gelegt, Bedenkliches daraus entfernt, Gutes hineingetragen und dadurch ein

Pfand gegeben hätten, daß sie die Arbeit der Vervollkommnung auch später nicht lassen und das Staatsgrundgesetz den Lebensbedingungen Preußens immer entsprechender machen würden. Allein Leben und Segen der Verfassung hänge von der Erfüllung unabweisbarer Bedingungen ab, vor allen der, daß man ihm das Regieren mit diesem Gesetz möglich mache. Darum müßten ihm Alle helfen wider die, welche die königlich verliehene Freiheit zum Deckel der Bosheit machen und dieselbe gegen ihren Urheber, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit kehren möchten, wider die, welche diese Urkunde gleichsam als Ersatz der göttlichen Vorsehung in der preußischen Geschichte und der alten heiligen Treue zu betrachten geneigt wären. Der Eid, den der König leistete, umfaßte zugleich frühere, in feierlichen Augenblicken gegebene Verheißungen und war ein dreifacher. „Zum ersten," sagte er mit erhobener Stimme, „erneuere, wiederhole und bestätige ich feierlich und ausdrücklich die Gelöbnisse, die ich vor Gott und Menschen in Königsberg und hier geleistet habe. Ja, ja, das will ich, so Gott mir helfe! Zum zweiten erneuere, wiederhole und bestätige ich ausdrücklich das heilige Gelöbniß, welches ich am 11. April 1847 ausgesprochen habe: Mit meinem Hause dem Herrn zu dienen! Ja, ja, das will ich, so Gott mir helfe! Dies Gelöbniß steht über allen andern, es muß in einem jeden enthalten sein und alle andern Gelöbnisse, sollen sie anders Werth haben, wie lauteres Lebenswasser durchströmen. Jetzt aber, und indem ich die Verfassungsurkunde kraft königlicher Machtvollkommenheit hiermit bestätige, gelobe ich feierlich, wahrhaftig und ausdrücklich vor Gott und Menschen, die Verfassung meines Landes und Reichs unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit ihr und mit den Gesetzen zu regieren. Ja, ja, das will ich, so Gott mir helfe!"

In dieser Rede wurden die Kammern so deutlich wie möglich auf Anträge zu Verfassungsveränderungen hingewiesen, und eine Aufforderung solcher Art und aus solchem Munde hörte die rechte Seite mit weitgeöffneten Ohren. Für eine längere Zeit kam man aus Revisionsarbeiten nicht heraus, die oft scheinbar auf Kleinigkeiten, auf einen veränderten Wortlaut dieses oder jenes Paragraphen zielten, aber in der That alle die vereinzelten Bestimmungen in's Herz trafen, die sich als Ausflüsse der Theorie des constitutionellen Staatsrechts erhalten hatten. Auf der andern Seite rief man die alten Kreis- und Provinzialstände wieder in's Leben, damit Ansichten, die bei ihrem ersten Auftauchen bei den Reichsständen nicht durchdrängen, mit einer

eindringlichen Empfehlung durch die Organe der Kreise und Provinzen noch einmal eingebracht werden könnten. In jenen Kreis- und Provinzialständen ist die Ritterschaft über die Landgemeinden überwiegend vertreten, so daß der Adel eine Garantie hatte, nie ein den Grundbesitz betreffendes Anliegen, das seiner Billigung entbehrte, bis zur gesetzgebenden Gewalt des Staats durchdringen zu sehen. Man wollte den Provinzialständen ursprünglich ein gewisses Recht der Präsentation zu der neu zu bildenden ersten Kammer beilegen, doch nahm man davon Umgang. Das Gesetz vom 12. October 1854, das eine preußische Pairie*) schuf, setzte die erste Kammer folgendermaßen zusammen. Als erbliche Mitglieder wurden berufen die Häupter der beiden hohenzollernschen Häuser, deren Besitzungen der König, um im südwestlichen Deutschland festen Fuß zu fassen, an sich gekauft hatte, die Häupter der vormaligen reichsständischen Häuser und die zur Herrencurie des Vereinigten Landtags berufenen Fürsten, Grafen und Herren, endlich die Personen, denen eine besondere königliche Verordnung dieses erbliche Recht beilegen werde. Auf Lebenszeit wurden berufen die Inhaber der vier großen Landesämter,

---

*) Eine englische Pairie besitzt Preußen nicht, weil der Beamtenstaat die Entstehung großer im eigenen Ansehn mächtiger Geschlechter nicht geduldet hat und die Familien des deutschen hohen Adels spärlich vertreten sind, wohl aber gibt es einen zahlreichen und begüterten niedern Adel, dessen Mitglieder zum Theil Titel des hohen Adels führen. Nach Friedrich Harkort vertheilt sich der Grundbesitz zwischen den beiden Ständen der Ritter und Bauern in den einzelnen Provinzen für je hundert Morgen in folgender Weise:

Im Rheinlande	besitzt der Bauernstand	93	und die Ritterschaft	7	Morgen	
In Westphalen	" " "	92	" " "	8	"	
" Sachsen	" " "	75	" " "	25	"	
" Brandenburg	" " "	70	" " "	30	"	
" Preußen	" " "	73	" " "	27	"	
" Schlesien	" " "	50	" " "	50	"	(ungefähr)
" Posen	" " "	45	" " "	55	"	
" Pommern	" " "	28	" " "	72	"	

In den sechs östlichen Provinzen haben die Städte auf den Kreistagen nur etwa 1000, die Landgemeinden 1566 Vertreter, während die Ritterschaft im Besitz von 11.238 Stimmen ist. Auf den Provinziallandtagen ist das Verhältniß für die beiden zahlreichsten Stände kein so ungünstiges, wenn auch in Brandenburg, Pommern und Posen die Ritterschaft den Städten und Landgemeinden die Wage hält. Ueberall sind die Adeligen aber stark genug, um das Zustandekommen der zwei Drittel Mehrheit, die zu einem gültigen Beschlusse über Gegenstände, die von der Regierung zur Berathung vorgelegt werden, erforderlich ist, unmöglich zu machen, und überdies erlaubt ihnen die Sonderung in Theile (itio in partes), gegen Beschlüsse, durch die sie sich verletzt erachten, Verwahrung einzulegen.

ferner einzelne aus besonderm Vertrauen berufene Personen, „aus welchen wir," wie es in der Verordnung heißt, „Kronsyndici bestellen wollen, welchen wir wichtige Rechtsfragen zur Begutachtung vorlegen, ingleichem die Prüfung und Erledigung rechtlicher Angelegenheiten des Hauses übertragen werden," endlich Personen, welche dem König präsentirt würden von den zur Herrencurie des Vereinigten Landtags berufenen Richtern, von den Provinzialverbänden der mit Rittergütern in der Provinz angesessenen Grafen, von den Verbänden der durch Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter, welche der König mit diesem Recht begnadige, von den Verbänden des alten und befestigten Grundbesitzes, von jeder Universität und von den Städten, welchen dieses Recht beigelegt werde.

Um die preußischen Verfassungsangelegenheiten im Zusammenhange bis zu ihrem Abschlusse im Großen (denn auf Nebendinge blieb man revidirend aufmerksam) verfolgen zu können, haben wir die übrige Thätigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung vorläufig unberücksichtigt gelassen. Ihren Geist und Inhalt bestimmten die Ansichten über die Regierungsgewalt und ihr Verhältniß zum Volk, die seit dem Augenblick, wo der Ministerpräsident v. Manteuffel in der Kammer erklärt hatte, daß die Regierung mit der Revolution, auch mit der in Schlafrock und Pantoffeln, gebrochen habe, die maßgebenden geworden waren. Was sich mit eigenen Ansichten vom Staatsleben unabhängig hinstellen wollte, das wurde verfolgt, was irgend einer Beaufsichtigung unterworfen werden konnte, abhängig gemacht. In der ersten Beziehung gestattete sich die patriotische Treue Ausschreitungen gegen Personen und gesetzliche Rechte. Eine freche und plumpe Intrigue genügte, den Geheimenrath Waldeck auf Monate dem Schooß seiner Familie zu entreißen und ihn einer Anklage auf Tod und Leben auszusetzen, die freilich durch das Geständniß des Hauptzeugen: „Ich habe gelogen!" vernichtet wurde. Den Berliner Vereinen half die Vorsicht, mit der sie das Vereinsgesetz beobachteten, zu Nichts. Man verkümmerte ihnen die Existenz und sprengte sie zuletzt auseinander. Der Treubund dagegen wurde um seiner reactionären Tendenz willen gestützt, obgleich seine Organisation in drei Graden mit Zweigvereinen, einem Bundesoberhaupt, Bundesgroßmeister und obersten Bundesrath grade die Form trug, die der Bureaukratie sonst als hochgefährlich zu erscheinen pflegt, und obgleich seine Thätigkeit in den Provinzen genugsam bekundete, daß er die sittliche Erhebung des Volks, von der in seinen Statuten viel die

Rede war, nicht selten durch die unsittlichsten Mittel anstrebe, in Zeitungen und Placaten eine pöbelhafte Sprache führe, Schimpfreden, Verdächtigungen und Lügen massenhaft in die Welt schleudre und vor Denunciationen und körperlichen Mißhandlungen Andersdenkender nicht zurückbebe.

Für den guten Ruf Preußens war es ein Glück, daß die Bildung eines Staatsgerichtshofs zur Aburtheilung politischer Verbrechen bis zum Jahre 1853 sich verzögerte. Es war ungleich besser, daß die Geschworenen, die in der Zeit der reactionären Leidenschaft für Angeschuldigte der politischen Kategorien das zuständige Gericht ausmachten, zuweilen ein Nichtschuldig sprachen, wo nach den bestehenden Gesetzen ein Schuldig erwartet werden mußte, als daß königliche Richter, bei denen die öffentliche Meinung, wenn auch meistens mit Unrecht, keine volle Unparteilichkeit vorausgesetzt haben würde, dem Recht in allen Fällen Geltung verschafften. Sie wären um so mehr der Mißdeutung ausgesetzt gewesen, als eines der sogenannten rettenden Gesetze vom December 1848 dem Stande seine althergebrachte Unabsetzbarkeit entzogen hatte. Nach jenem Gesetz können Richter im Disciplinarwege wegen Dienstvergehen ihres Amtes entsetzt werden. Dienstvergehen ist aber jede Verletzung der Pflicht, und zu den Pflichten gehört, daß der Richter durch sein Verhalten in und außer dem Amt sich der Achtung, des Ansehens und Vertrauens würdig erweise, die sein Beruf erfordert, insbesondere wenn er die Treue verletzt, oder den Muth, den er haben soll, nicht bethätigt, oder sich einer feindlichen Parteinahme gegen den Staat schuldig macht.

Ein abscheuliches Verbrechen, ein Mordanfall eines entlassenen Feuerwerkers auf den König (22. Mai 1850), über den man nach monatelangem Sträuben die Gewißheit erlangte, daß er aus einer unheilbaren Geistesstörung hervorgegangen sei, zog der Presse und dem Buchhandel abermalige Polizeigesetze zu. Hier reichte aber die Kraft der Reaction nicht zur Hälfte an das heran, was sie wollte. Sie hatte sich nach zwei Seiten hin zu der scharf ausgeprägten Tendenz gestaltet, nicht bloß weitern Eingriffen und Verwüstungen der Revolution Schranken zu setzen, sondern auch allen an die modernen Zeitideen verlorenen Boden wiederzugewinnen, aber die wirklich im Volk einflußreichen Zeitungen fuhren fort, die Träger jener Ideen zu sein und wollten zugleich keine Verbündeten gegen das sein, was nicht sie, sondern ihre Zuchtmeister Revolution nannten.

Die übrigen deutschen Staaten ordneten ihre Verfassungsrestaurationen

schneller als Preußen. Sachsen und Würtemberg kehrten im Jahre 1850 zu ihren alten Staatsgrundgesetzen zurück, Würtemberg nicht ohne ernstliche Versuche des Königs, den Führer der demokratischen Kammermehrheit zu überzeugen, daß seine Bundespflicht ihm die Aufrechthaltung von Gesetzen, die der Bund als antimonarchisch verworfen habe, nicht gestatte. Baiern hatte 1848 gezögert, seine Verfassung mit den Beschlüssen des Frankfurter Parlaments in Einklang zu setzen, und befand sich daher in der glücklichen Lage, des Restaurirens und Octroyirens überhoben zu sein. In Baden hatte die Revolution die alten Kammern aufgelöst und eine constituirende Versammlung eingesetzt, deren Flucht das früher Gewesene in sein Recht wieder einsetzte. Die kurhessische Regierung blieb in ihrem Restaurationswerke nicht bei 1847 stehen, sondern ging bis über die erste constitutionelle Periode von 1830 zurück, indem sie das Zweikammersystem annahm.

Unerwartet war, was in Hannover geschah. Von einem König, der ein gemäßigt freisinniges Staatsgrundgesetz umgestoßen hatte, weil es seine monarchischen Rechte abschwäche, ließ sich vermuthen, daß er den ihm aufgenöthigten Grundsätzen von 1848, sobald sich die erste Gelegenheit darbiete, den Rücken kehren werde. Aber Ernst August handelte nach den Worten, die er in den sturmbewegtesten Tagen des Revolutionsjahres gesprochen hatte: „Ich bin ein König, der nie das sagt, was er nicht wirklich meint, und Nichts verspricht, was er nicht ehrlich halten will." Er hatte der Bewegung große Zugeständnisse gemacht, und nahm sie, als der politische Stillstand eintrat, nicht zurück. Als er seinem Lande durch den Tod entrissen wurde (18. November 1851), gelangten andere Grundsätze zur Herrschaft. Vier Jahre später war Hannover unter thätigster Mitwirkung des Bundestags restaurirt, und die Ritterschaft hatte ihre Stellung in den Kammern und ihre Provinziallandtage wiedererlangt.

Den beiden Mecklenburgs hatten die Folgen des Jahres 1848 außer einer demokratischen Verfassung eine Union gebracht. Das letztere Verhältniß war schwer aufrecht zu halten und diente der Ritterschaft als Keil zur Auflösung der neuen Verhältnisse. Sie gewann den Herrscher des kleineren Landestheils, petitionirte beim Bunde gegen die Union und fand um so willigeres Gehör, als der König von Preußen ihren Rechtsverwahrungen gegen das neue Staatsgrundgesetz sich anschloß. Die Reaction kleidete sich in das Gewand eines schiedsrichterlichen Urtheils, dem, nachdem es die Billi-

gung des Bundes und beider Landesherrn erhalten hatte, das Neue wohl unterliegen mußte. Der Adel gewann Vorrechte zurück, die er in keinem größeren modernen Staate mehr besitzt. Die Landesvertretung besteht aus der Ritterschaft und der Landschaft, erstere gebildet von sämmtlichen Besitzern landtagsfähiger Güter, fast fünfhundert an Zahl, letztere von vierundvierzig Abgeordneten der Städte. Die Rechte dieser alten Stände würden beschränkt zu nennen sein, wenn sich unter ihnen nicht das befände, allen Mißbräuchen, die den Rittergütern vortheilhaft sind, zu einem ewigen Leben zu verhelfen. Diejenigen Landbewohner, die keine Rittergüter besitzen, haben bloß Lasten und keine öffentlichen Rechte. Nicht genug, daß der Ritter die Gerichtsbarkeit wie die niedere Polizei ausübt, daß er für seinen Bezirk alle Steuern bezahlt und die Bauern zu verhältnißmäßigen Beiträgen anhält, sind seine Gutserzeugnisse bei den dreiundachtzig Zollstätten des Landes frei, während der Bauer seine erbauten Früchte vielleicht zehnmal hinter einander verzollen muß und deshalb in weiterer Entfernung die Concurrenz mit dem zollfreien Ritter nicht auszuhalten vermag.

Die mecklenburgischen Ritter erfreuten sich des vollsten Beifalls der Partei, die für den christlich-germanischen Staat schwärmt. Die Zustände, welche sie sich zurückerobert hatten, enthalten das Feudalrecht in seiner Reinheit, ohne eines der Zugeständnisse, die man anderswo den Bedürfnissen der Zeit gemacht hat. Für die Verehrer der Idee des christlichen Staats liegt alles Heil in der Wiederkehr zum Recht, und die Wiederkehr besteht in der Herstellung der einst bestandenen Verhältnisse. Außer dem positiven, geschichtlich gewordenen Recht gibt es keines, und jenes einzige Recht kann nicht abgetrennt werden von den Verhältnissen, welche es ordnet, da es nur dazu da ist, diese zum rechten Bestande zu bringen, wie das Wesen eines jeden es fordert. Unter diesen Verhältnissen selbst darf es keine Trennung geben; Gott hat sie als Ganzes eingesetzt und gebildet, und nur als Ganzes haben sie ihre Bedeutung. „Diese ganze große Anstalt, die sämmtlichen Rechtsverhältnisse in ihrem gegenseitigen Zusammenhange, wie sie durch die innewohnende sittliche Kraft des Rechts erhalten und geordnet werden, sind der eine unauflösliche Leib für das Reich Gottes auf Erden." Veränderungen und Verbesserungen sind allerdings erlaubt, aber sie dürfen nur ein Princip haben, den christlichen Glauben, nur eine christliche Rechts- und Staatslehre kann eine wahre und befriedigende sein. „Es ist dieses nämlich eine solche, welche

eine höchste Probe und Autorität über sich erkennt an dem christlichen Glauben, und zwar in dem Sinne und Verständnisse, in welchem seine Verkünder ihn lehrten und die christliche Kirche seit Jahrhunderten ihn versteht und bekennt."*) Durch diesen letzten Zusatz wird Alles verworfen, was in der christlichen Gemeinde Neues entstanden ist. Auf dem kirchlichen Gebiete muß, weil es das Fundament des Staats ist, eine noch strengere Scheidung zwischen den Anhängern der Legitimität und der Revolution vorgenommen werden, als auf dem staatlichen Boden. In der Religion gibt es kein rechtes, kein linkes Centrum, sondern nur Gläubige und Ketzer. Der Fluch dieses Jahrhunderts liegt in der bisherigen Halbheit, welche duldete, daß die Nichtchristen sich in das Gewand des Christenthums kleiden durften. Für den Staat ist kein höheres Interesse denkbar als daß diese Halbheit aufhöre, die Böcke von den Schafen geschieden werden. Ein schlechter Christ kann nimmermehr ein guter Unterthan sein, der Gehorsam gegen die Kirche ist die Vorbedingung der Treue gegen den Staat. Läßt der Staat die Glaubensquelle, aus der allein er Kraft und Leben schöpft, verunreinigen, so sind alle Säfte, die ihm von dort zufließen, ungesund, vergiftet, und es kann nicht anders sein, als daß alle seine Glieder erkranken werden. So lehren die kirchlichen Ultras der katholischen wie der protestantischen Kirche, und daß die Regierungen mit wenigen Ausnahmen ihnen Glauben schenken, verleiht der kirchlichen Reaction unsrer Tage einen großen Nachdruck.

Die katholische Bewegung unterscheidet sich darin von der protestantischen, daß sie keinen dogmatischen Inhalt hat. Der katholische Glaube steht seit Jahrhunderten fest, und ist auch die katholische Geistlichkeit sehr bemüht, alle indifferenten Mitglieder ihrer Gemeinde um das Kreuz zu sammeln, so handelt es sich doch für die Kirche, insofern sie eine streitende ist, nur um die Formen und Grenzen der Macht, die dem Papst und der Hierarchie zustehen sollen. Andersdenkende hören als solche von selbst auf, Katholiken zu sein, und mit Ausnahme der Deutschkatholiken hat der Katholicismus solche Glieder nicht auszustoßen gebraucht, denn der Druidencultus, den eine kleine Anzahl von Franzosen aufzufrischen sucht, ist Nichts als eine Sonderbarkeit, die sich aus

*) Die in Häkchen eingeschlossenen Worte sind von Friedrich Julius Stahl, dem eifrigsten Propheten der Lehre vom christlichen Staat. Sein Hauptwerk ist: Rechts- und Staatslehre auf der Grundlage christlicher Weltanschauung. Stahl war ursprünglich Israelit, trat aber 1819 in Erlangen zur protestantischen Kirche über.

der historischen Theorie entsponnen hat, daß das Keltenthum den Kern der französischen Volksthümlichkeit in sich berge, daß die ganze französische Geschichte Nichts als ein Kampf zwischen den unterjochten keltischen Autochthonen und den eingedrungenen Germanen sei, und daß Frankreichs Macht und Freiheit von der Neubelebung seiner keltischen Elemente abhänge. Von Philosophen besaß der Katholicismus in neuester Zeit nur einen, und dieser war ein Gläubiger. Anton Günther war bis in sein reiferes Lebensalter einer Weltanschauung zugeneigt, die mit den Lehren des Christenthums nicht zu vereinigen ist, gewann aber durch genaueres Forschen in der Bibel eine neue Erkenntniß des Wesens der Dinge und ließ sich die Priesterweihe ertheilen, um seine Lehrthätigkeit nach kirchlicher Ordnung zu heiligen. Er hoffte von seiner Lehre, die dem theologischen Beweise der Thatsachen und Dogmen der christlichen Offenbarung den sogenannten Vernunftbeweis zur Seite stellen sollte, „daß sie sowohl zur Ehre Gottes und seiner Kirche als zur Restauration der Speculation in der Kirche beitragen werde.“ Hermes ließ die Kant'sche Philosophie in die katholische Wissenschaft eindringen, Günther gehörte in den Kreis der philosophischen Romantiker, welche die Berührung des Schelling'schen Systems mit dem Katholicismus repräsentiren. Darum sahen Viele, als Hermes verdammt wurde, darin eine stillschweigende kirchliche Billigung der gegenüberstehenden Günther'schen Philosophie, und Günther wurde oft genug als Klerokrat und Hofphilosoph der römischen Curie bezeichnet. Auf kirchlichem Boden unterschied er die lehrende Kirchenautorität von der Schulautorität, und deshalb auch das Dogma von der Schulmeinung, den Glauben vom Wissen. Die lehrende Kirchenautorität war ihm unfehlbar, wo sie ausspricht, was als göttliches Dogma geglaubt werden soll, die lehrende Schulautorität war ihm aber nicht unfehlbar, wo sie eine philosophische Verständigung des Dogmas sucht.

Von zwei bedeutenden Schülern, Pabst und Veith, unterstützt, gewann Günther im geistlichen wie im Laienstande für seine Lehre viele strebsame junge Männer, die an theologischen Facultäten, Seminarien und Lyceen Stellen inne hatten, und durch sie drang seine Philosophie in die Bildung des Clerus ein. Seine Polemik gegen die Freidenker wurde belobt, allein nun ging er auch an eine Prüfung der wissenschaftlichen Erzeugnisse in der katholischen Kirche, wies den Kirchenvätern die Benutzung antik heidnischer Ideen, der mittelalterlichen Scholastik und Mystik dasselbe nach und dehnte

seine Kritik auf Lebende aus. Verletzte Gegner riefen das geistliche Gericht gegen ihn an, und Arnoldi, Bischof von Trier, war gleich bereit, Vorträge über die Günther'sche Philosophie zu verbieten. Sie sollte jetzt eine gefährliche rationalistische Verwirrung sein, und so wurde sie auch in Rom dargestellt. Zwei Freunde führten dort Günther's Sache, er selbst hatte sich wegen Kränklichkeit nicht stellen können. Die Verhandlungen dauerten drei Jahre, um mit einer gänzlichen Verdammung seiner Schriften zu enden, weil sein Weg nicht der der orthodoxen Wahrheit, sondern ein von demselben durchaus abweichender sei, so daß es kaum möglich sei, wenn seine Lehre auf diesem Wege hier und da verbreitet werden solle, der katholischen Kirche und dem Unterricht der jungen Theologen dadurch nicht zu schaden.

Die zumeist in's Auge fallenden Vortheile der katholischen Kirche sind die, welche ihr von der Staatsgewalt eingeräumt wurden. Wir haben bereits erzählt, wie innig ihr Verhältniß zur französischen Regierung wurde, wie man sie von der Oberaufsicht der Universität befreite und ihr überhaupt freie Hand ließ. Sie machte von der Gunst des Kaisers mit mehr Ungestüm als Klugheit Gebrauch. Es konnte ihr nur schaden, daß Louis Veuillot, ein fanatischer, plumper und perfider Mann, als ihr Hauptwortführer auftreten durfte, und daß der Papst diesen Ueberläufer, dessen Charakterlosigkeit alle Parteien von der social-demokratischen bis zu der legitimistischen, erprobt haben, öffentlich als einen treuen Diener bezeichnete, „der durch Geist und gesunde Lehre hervorragend die Vertheidigung der katholischen Wahrheit und der Rechte des heiligen Stuhls führe." Dieses Lob wurde dem Leiter des „Univers" zu Theil, weil er unablässig gegen die gallicanischen Freiheiten im Felde lag. Unter diesem verstand man nicht mehr den bürgerlichen Gallicanismus, den sowohl die alten Könige als die Parlamente aufrecht hielten, um die Rechte des Staats der Kirche gegenüber zu wahren, sondern den kirchlichen Gallicanismus, der die Bischöfe innerhalb gewisser Grenzen vom Papste unabhängig macht. Für den kirchlichen Gallicanismus agitirten mehrere Geistliche, Laborde, Couture, Prompsault u. a. m., in dem Sinne, daß sie die Kirchenzucht herstellen und den Bischöfen die früheren Rechte zurückgegeben wissen wollten. Der untern Geistlichkeit und der Laien nahm sich nur ein einziger Schriftsteller an, F. Hurt. In den Verhältnissen der erstern hätte eine Reform sehr Noth gethan. Vor 1789 gab es 36,000 Pfarren mit unabsetzbaren Geistlichen und nicht mehr als 2500 Nebenstellen, deren Inhaber nach Belieben abberufen

werden konnten, und 1854 waren die unabsetzbaren Pfarrer auf 3301 zusammengeschrumpft, die absetzbaren auf 27,451 gestiegen. Die Macht der höheren Geistlichkeit muß in unbarmherziger Weise gebraucht worden sein, daß ein Mörder es wagen durfte, jenen Mißbrauch als Rechtfertigungsgrund anzuführen. Am 4. Januar 1857 erstach ein abgesetzter Priester, Verger, den Erzbischof von Paris, Monseigneur Sibour, in einer Kirche. Man hatte ihn nach seiner Meinung unterdrückt, als rechtlos behandelt, und er erbot sich, den Beweis zu führen, daß die höhere Geistlichkeit eine ausgebildete Tyrannei ausübe. Den Scandalproceß, den er vielleicht beabsichtigte, durfte und mußte das Gericht hindern, aber es that mehr, es bewilligte ihm weder die kurze achttägige Frist, die er zur Herbeischaffung seiner Vertheidigungsmittel forderte, noch lud es seine Entlastungszeugen vor die Schranken, so daß dem Argwohn Raum gegeben wurde, die nicht berufenen Zeugen würden gegen hochgestellte Geistliche Dinge ausgesagt haben, welche deren Heiligenschein nicht grade glänzender machen würden.

Die katholische Partei Belgiens ist wesentlich eine politische. Sie hat im Bunde mit den Liberalen die Revolution von 1830 gemacht und ist seitdem häufig am Ruder gewesen. 1847 verlor sie unter den vorkündenden Zeichen eines neuen Sturmes an Boden und mußte den Liberalen die Herrschaft überlassen. Dank diesem Systemwechsel in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten wurde Belgien 1848 und 1849 von Unruhen verschont. Während die beiden mächtigsten Nachbarländer gegen die bestehende Ordnung antobten, wetteiferten die belgischen Provinzen, Städte und Ortschaften, welche dem König die sprechendsten Beweise von Liebe und Anhänglichkeit darbringen werde. Die Liberalen hielten sich bis zum Jahre 1855. Nun kamen die Katholiken in Mehrheit, und eine ihrer ersten Maßregeln war ein Wohlthätigkeitsgesetz. Die frühere Einrichtung des Armenwesens war der nun herrschenden Partei in zwei Punkten verhaßt, einmal darin, daß bei der Zusammensetzung der Armenbehörden in den Gemeinden der Kirche kein Vorrecht eingeräumt wurde, und dann darin, daß den frommen Werken durch das Bestätigungsrecht der Regierung bei Schenkungen und durch die Praxis, keine Specialverwalter von Stiftungen zuzulassen, Schranken gesetzt wurden. Das Wohlthätigkeitsgesetz gewährte in allen jenen Beziehungen volle Freiheit. Somit war es gestattet, daß eine Stiftung sich selbst verwaltete oder einen Dritten dazu wählte, daß in letztwilligen Verfügungen die Leitung an gewiss

geistliche Stellen geknüpft wurde, wie es fortan keinem Bedenken mehr unterlag, daß die Stiftungen, die Genehmigung des Königs vorausgesetzt, sich auf alles Mögliche erstreckten, auch auf die Errichtung von Werkstätten für Lehrlinge, Reformschulen, Gewerbsschulen und andere Volksschulen niedern Grades, in die bezahlende Schüler sollten aufgenommen werden dürfen, auf Abend- und Sonntagsschulen, Kindergärten und ähnliche Anstalten. Die zweite Kammer gab nach langen Berathungen ihre Zustimmung, die Bevölkerung nicht. Die den Gründern zugetheilte Befugniß, die Verwaltung ihrer Stiftungen der öffentlichen Controle zu entziehen, wurde um so maßloser gefunden, als der Gesetzvorschlag der Regierung das Recht verlieh, durch einen einfachen königlichen Beschluß zu diesen Ernennungen unabsetzbarer und erblicher Verwalter zu ermächtigen, und als nun allen Pensionaten von Landmädchen, die von frommen Schwestern geleitet wurden, die Möglichkeit geboten war, die Rechte einer moralischen Person zu erwerben.

Die Gereiztheit, mit der die Bevölkerung seit Wochen dem endlosen Gefecht für und gegen die Ausdehnung des geistlichen Einflusses in Verwaltung des Armenguts ihre Aufmerksamkeit schenkte, führte zu bedauernswerthen Auftritten. In Brüssel, Antwerpen, Gent und Lüttich zogen Menschenhaufen, Arbeiter und wohlhabende Bürger unter einander gemischt, durch die Straßen, um freisinnigen Abgeordneten und Beamten Lebehochs zu bringen und an den Fenstern und Thoren der Klöster und geistlichen Erziehungsanstalten ihren Unwillen auszulassen. Die Jesuiten, Capuziner und Franciscaner hatten am meisten zu leiden. Die Rufe: „Nieder mit den Fettbrüdern! Nieder mit den Faullenzern!" ertönten bis tief in die Nacht, verbunden mit dem Klirren der Fensterscheiben und dem Rollen der Pflastersteine. Als diese rohen Aeußerungen des Volkswillens durch die allgemeine Mißbilligung zum Schweigen gebracht worden waren, äußerte sich das Land und bezeugte dem König durch Hunderte von Bittschriften aus Dörfern und Städten, daß das Wohlthätigkeitsgesetz Besorgniß errege. Die Kammern wurden darauf vertagt, das Gesetz zurückgezogen, und liberale Minister traten an die Stelle der ultramontanen.

Was der Katholicismus in Belgien verlor, gewann er in England doppelt und dreifach. Seine dortigen Fortschritte sind zum kleineren Theil der Emanicipation der Katholiken, der den auf den Gewissen liegenden Zwang fortnahm, zum größern Theil der Unfähigkeit der anglicanischen Kirche,

dem religiösen Bedürfniß ein Genüge zu leisten, zuzuschreiben. War ein nicht unbeträchtlicher Theil der Geistlichkeit derselben der katholisirenden Richtung der Puseyiten zugethan, so bargen auch die niedern Stände viele Elemente in sich, die zum Abfall von dem in diesen Classen wuchernden Dissenterthum reif waren. Weil sie das wußte, legte die dissentirende Geistlichkeit eine weit fanatischere Unduldsamkeit an den Tag als die hochkirchliche, und wurde nicht müde, an das Wort des Herzogs von Wellington zu erinnern, die Emancipation sei keine definitive Maßregel und ihr Fortbestand von dem Wohlverhalten der Katholiken abhängig.

Römischerseits gefiel man sich darin, das glänzendste Bild von der Gegenwart und Zukunft der englisch-katholischen Kirche zu entwerfen. Wohl mochte ein Gefühl des Stolzes die Brust jedes Propagandisten erfüllen, wenn er der Zeit, die nur ein Menschenalter rückwärts lag, gedachte. Damals nahm das englische Collegium der ewigen Stadt, nachdem es lange leer gestanden hatte, die erste kleine Schaar englischer Zöglinge auf, und andere Schüler, denen eine religiöse Erziehung gegeben werden sollte, mußten in französischen und belgischen Klöstern untergebracht werden. Jetzt hatte man die Londoner Hochschule, die ihre Grade an Katholiken wie an Protestanten vergab, man hatte das Priesterseminar zu Maynooth und die Akademieen von Cork, Galway und Belfast. Im Jahre 1792 hatten England und Wales 35 unbedeutende katholische Capellen und 1847 zählte man 622 Capellen und Kirchen, darunter Werke, wie die Kathedrale von Birmingham und St. George in the Fields zu London, die an Glanz und Größe den Domen des Mittelalters nicht nachstehen. Einer Kirchenpartei, wie die anglicanische, bei der es als Axiom gilt, daß im aristokratischen England keine Kirche ihr Ansehn zu erhalten vermag, die nicht durch Geldmittel zu imponiren im Stande ist, mußte der Reichthum der katholischen Kirche das Herz schwer machen. Man spürte ihn auch an den Klöstern von Preston, Hastings, Manchester, Sainte Marguerite, die sich alle durch Größe und Reinheit des Styls auszeichneten.

Obgleich von den Gesetzen ausgeschlossen, hatten die Jesuiten mehrere Kirchen, sogar eine in dem Londoner Stadttheil Mayfair. Man wollte wissen, seit sie den Fuß auf englischen Boden gesetzt hätten, segne kein katholischer Geistlicher eine gemischte Ehe mehr ein, ohne sich von den Brautleuten das Versprechen geben zu lassen, daß sie ihre künftigen Kinder im

alleinseligmachenden Glauben erziehen würden. Die Jesuiten und die Congregationen der Dominicaner und Benedictiner unterhielten Seminarien zur Ausbildung junger Priester und gaben diesen Anstalten einen großartigen Maßstab, den man kaum in altkatholischen Ländern wiederfindet. Die Priester — im eigentlichen England 818 an Zahl — wurden von der Curie amtlich nicht als solche, sondern als Glaubensboten bezeichnet, woraus man den Schluß zog, daß ihre Thätigkeit weniger als eine Seelsorge innerhalb der bestehenden Gemeinde denn als Propaganda aufgefaßt werde. Mehrere Gesellschaften befaßten sich mit der Verbreitung katholischer Tractate, und eine derselben, die Metropolitan Tract Society, verbreitete in einem einzigen Jahre 162,000 Flugschriften. Eine außerordentliche Thätigkeit entfalteten die Katholiken auf dem wissenschaftlichen Gebiet und in der periodischen Literatur. Die „Katholische Bibliothek" brachte die besten Schriften der englisch-katholischen Bischöfe und Theologen aus dem sechzehnten und siebenzehnten Jahrhundert, in den „Mores catholici" wurde an dem politischen, literarischen und geselligen Leben des Mittelalters nachgewiesen, welches Glück die Zeit verbreitet habe, in der es noch einen Hirten und eine Heerde gab. Die von Wiseman, dem späteren Cardinal, und von Daniel O'Connell gegründete Vierteljahrsschrift „Dublin Review" schwang sich zur Ebenbürtigkeit mit dem Quaterly und Edinburgh Review auf, als Monatsschrift wurde ein „Catholic Magazin" gestiftet, als Tagesblatt das in London erscheinende „Tablet."

Nach den Angaben katholischer Schriftsteller gab es bei der Thronbesteigung Georg's III. in England und Schottland 60,000 Katholiken, im Jahre 1823 laut einer amtlichen Zählung bereits 500,000, im Jahre 1842 aber 2,500,000 und drei Jahre später sogar 3,380,000. Für diese große Anzahl hatte man in acht Kirchenbezirken eben so viele apostolische Vicare, die zugleich Bischöfe in partibus infidelium waren. Eine Verordnung Pius' IX. vermehrte die Zahl der Bischöfe auf zwölf mit einem Erzbischof an der Spitze, womit sich die ungleich bedeutsamere Neuerung verband, daß England als gewöhnliche Kirchenprovinz dem allgemeinen Verbande der katholischen Kirche einverleibt wurde.

Die Aufregung gegen Rom, die dadurch in England erzeugt wurde, ist seit der Revolution von 1688 nicht stärker vorgekommen. Von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf ging eine Bewegung gegen die Beschimpfung,

daß Altengland fortan den Befehlen eines fremden Hofes gehorchen solle. „In allen von Rom ausgeflossenen Documenten,“ so urtheilte Lord John Russell in einem Briefe an Dr. Malty, anglicanischen Bischof von Durham, „liegt eine Gewaltanmaßung, eine Prätention von Oberherrlichkeit über das Königreich England, und ein Anspruch auf alleinige und ungetheilte Regierung, welche unverträglich ist mit dem Supremat der Königin, mit den Rechten unsrer Bischöfe und unsers Klerus und mit der geistlichen Unabhängigkeit der Nation, wie wir sie selbst in den Zeiten der römisch-katholischen Religion behauptet haben.“ Die Jahresfeier der glücklichen Vereitlung der Pulververschwörung, die in andern Zeiten dem Straßenpöbel und den Kindern überlassen ist, wurde in der Aufregung mit einem besondern Ernst begangen. Zum Beweise, daß die Königin noch regiere, wurde die königliche Standarte auf dem Tower, dem königlichen Palast, der Admiralität und den Hauptkirchen aufgezogen und in allen Städten des Reichs, die mit Besatzungen versehen waren, Kanonensalven gegeben. Den päpstlichen Ansprüchen mit voller Kraft zu begegnen, verboten die englischen Gesetze. Es ließ sich weiter nichts thun, als daß das Parlament eine sogenannte Titelbill genehmigte, welche die Annahme katholischer Titel, die sich von englischen Provinzen herleiteten, untersagte. Der Papst ließ sich dadurch nicht hindern, zwei neue Bisthümer, Nottingham und Liverpool, zu schaffen, und die katholische Kirche gewann trotz der Titelbill nach wie vor durch den Uebertritt angesehener Geistlicher der Staatskirche. Hatte das Proselytenwesen früher allein in den Oxforder Kreisen gewuchert, so faßte es nun auch unter den Zöglingen von Cambridge Fuß.

In wie fern die Vermehrung der amerikanischen Katholiken durch die Anstrengungen der römischen Propaganda herbeigeführt worden ist, und in wie fern sie auf der Einwanderung deutscher und irischer Katholiken beruht, dürfte sich schwer von einander abscheiden lassen. Genug, sie hatte einen Grad erreicht, der den Nordamerikanern Unruhe machte. Die Irländer, der zahlreichste und lärmendste Theil der aus Europa Eingewanderten von den untern Classen, stimmten bei allen Wahlen wie ein Mann und nach der Anleitung ihrer Priester. Sie bildeten eine geschlossene Partei, welche öffentlich bekannte, daß sie diejenigen Candidaten unterstütze, welche bereit seien, ihre Religion und ihre besonderen irischen Interessen in Schutz zu nehmen. Dies entflammte den Sectengeist der Protestanten. Auf den

Canzeln wurde der gefährliche Einfluß der Katholiken ein stehendes Thema und die Leidenschaften entflammten sich in kurzer Zeit so, daß blutige Auftritte sich entwickelten. Die Irländer waren dabei der angreifende Theil. Sie störten in Philadelphia eine Versammlung, in der beleidigende Reden gegen sie gefallen waren und wollten sie mit Gewalt aus einander treiben. Als sie zurückgeschlagen wurden, feuerten sie, ihre Gegner griffen nun auch zu den Waffen, und dieser mörderische Kampf dauerte zwei Tage. Der Schluß war, daß die Irländer aus der Stadt hinausgeschlagen und ihre Schulen, Waisenhäuser und Kirchen niedergebrannt wurden. Mehr als 50 Häuser, zwei der schönsten katholischen Kathedralen, die Wohnungen der Priester, ja sogar die Bibliotheken derselben wurden ein Raub der Flammen.

Die Partei der Eingebornen (Natives), welche zu diesen Schändlichkeiten mindestens ermuntert hatte, schadete sich dadurch sehr und mußte vom öffentlichen Schauplatze abtreten. Sie tauchte übrigens unter dem Namen der Nichtswisser nach wenigen Jahren wieder auf, um in der früheren Art gegen die Fremden zu hetzen. Der Erzbischof Hughes von New York wurde von ihr als amerikanischer Papst dargestellt, die unleugbare Thätigkeit der Jesuiten bei der Gründung oder Erweiterung von 20 theologischen Seminarien, 13 Collegien und einer Menge anderer Erziehungsanstalten marktschreierisch ausgebeutet. Als eine festgegliederte, an Zahl und Einfluß reiche Organisation verbreiteten sich die Nichtswisser über die ganze Union, hatten aber ihre eigentliche Heimath in den frommen, neuenglischen Staaten. Auch sie befleckten ihre Fahne mit Blut. Bei den Wahlen von 1855 besetzten sie in Louisville in Kentucky die Wahlorte, mißhandelten Jeden, der nicht in ihrem Sinn stimmte und machten Ausfälle in die benachbarten Straßen. Irländer und katholische Deutsche wurden von ihnen wie wilde Thiere gehetzt und erschlagen, Häuser mit Geschützen eingeschossen und in Asche verwandelt. „Den Papst wollt ihr verehren?" riefen sie ihren Opfern zu. „Wir wollen Euch lehren, daß in Amerika Amerikaner herrschen!"

Was der Katholicismus in der Union vielleicht gewonnen haben mag, kann gegen die Einbußen, die das Vordringen der Amerikaner gegen Süden ihm zufügte, nicht in Anschlag kommen. Wo der mit mehr Kraft und Rührigkeit ausgestattete Protestant des Nordens erscheint, muß der romanische Katholik ihm weichen. Ohne alles Blutvergießen vollzieht sich ein allmäliges Absterben, dem weder die französischen Creolen am Mississippi, noch die

spanischen Creolen am Colorado entgehen. In den noch übrigen Theilen von Mexico arbeitete die Revolution den Nordamerikanern vor. Die dortige Geistlichkeit war zur Zeit der spanischen Herrschaft eine der reichsten der Welt. Der Erzbischof und die 8 Bischöfe hatten ein Jahreseinkommen von 541,000 Piastern, das Baarvermögen der Kirche bestand in 44½ Millionen, ihr Grundeigenthum wurde auf 13, ihr Inventarium an Gebäuden, heiligem Schmuck, Gewändern u. s. w. auf 96 Millionen veranschlagt. Zwei Millionen Piaster lieferte der Zehnte, von dem die 1073 Pfarrer lebten. Die Revolution verminderte das Baarvermögen auf 20 Millionen, den Zehnten auf die Hälfte dieser Summe. Bei den späteren Parteikämpfen mischte die Geistlichkeit sich ein und gerieth dabei immer weiter nach rechts. Zuerst war sie aristokratisch, dann wurde sie royalistisch. Ihre Gegner wußten längst, daß sie bei dem politischen Spiel mit hohen Geldeinsätzen spielte und beschlossen endlich, ihr das Vermögen zu nehmen. Dies geschah durch ein Gesetz vom 28. Juni 1856, welches die Kirche aller ihrer Güter und Besitzthümer beraubte. Ein anderes Gesetz hob die Berufung der Jesuiten auf, unterwarf die Geistlichen den weltlichen Gerichten, untersagte die Ablegung von bindenden Gelübden und sagte allen denen Unterstützung und Beihülfe zu, welche vom Ordensleben abfallen und die Klöster verlassen würden.

In einer Bulle Alexander's VI. wird der König von Spanien als Oberhaupt der katholischen Kirche in ganz Südamerika anerkannt. Auf diese Bulle berufen sich die dortigen Republiken und beanspruchen als Nachfolgerinnen der Krone Spanien alle Rechte derselben. Daran scheiterten bisher alle Versuche, ein Concordat zu Stande zu bringen. Die Regierungen ernannten die Bischöfe, ohne zu fragen, ob sie die kanonische Einsetzung vom heilgen Stuhl empfangen hätten, beschränkten die Kirchen in dem Erwerben von Eigenthum und strichen die Vorrechte der Geistlichkeit.

Unsere Rundschau führt uns von den transatlantischen Ländern zum Vaterlande zurück. Man darf der katholischen Kirche das Zeugniß nicht versagen, daß sie sich keinen Augenblick lang von der Revolution beugen ließ. In der Zeit der heftigsten politischen Stürme vereinigten sich die deutschen Bischöfe auf eine Einladung, welche der Erzbischof Geissel von Cöln ergehen ließ, zum ersten deutschen Concil des neunzehnten Jahrhunderts. Die fünfundzwanzig versammelten Kirchenhirten erließen bei ihrem Auseinandergehen eine Denkschrift, welcher sie bindende Kraft für die ganze

Geistlichkeit beilegten und deren Grundsätze sie als die unumstößliche Basis darstellten, deren Anerkennung von allen Regierungen bei ferneren Verhandlungen gefordert werden müsse. Als solche unantastbare Grundsätze sollten die folgenden sieben gelten: Die Kirche besitzt die vollständigste Freiheit und Selbständigkeit. — Indem sie allen Andersdenkenden gegenüber Liebe und Gerechtigkeit beobachtet, kann sie einen allen Bekenntnissen gleich verderblichen Indifferentismus nicht begünstigen und weist eine ihren Satzungen widerstreitende Gemeinschaftlichkeit in heiligen Dingen zurück. Der Kirche gehört die unumschränkte Freiheit der Lehre und des Unterrichts, sowie die Errichtung und Leitung eigner Erziehungs- und Unterrichtsanstalten in ausgedehntestem Sinne. — Den Bischöfen steht das Recht zu, den Religionsunterricht an allen öffentlichen Schulen zu beaufsichtigen, die bestehenden Seminarien zu leiten, das Vermögen derselben zu verwalten und neue Seminarien frei und ungehindert zu errichten. — Bloß die Bischöfe prüfen die zum geistlichen Stand Berufenen über Wandel und Wissenschaft, nehmen sie in die Seminarien auf und ertheilen ihnen das Zeugniß der Tüchtigkeit zur Verwaltung des Predigtamtes. Jede Mitbetheiligung des Staats an den Prüfungen würde eine wesentliche Verletzung der kirchlichen Freiheit und eine Beeinträchtigung der bischöflichen Rechte enthalten. — Aus dem Begriff ihrer Sendung geht das Recht der Kirche hervor, ihren Gottesdienst, ihre Gebete und öffentlichen Andachtsübungen ohne alle Dazwischenkunft der weltlichen Gewalt ungehindert und selbständig zu ordnen. — Die Kirche hat das Recht, alles katholische Kirchen- und Stiftungsvermögen als ihr wohlerworbenes Eigenthum gegen gewaltsamen Angriff geschützt zu sehen und dasselbe frei und selbständig zu verwalten und zu verwenden. — Zu dem innersten Wesen der Kirche gehört ihr in Lehre, Verfassung und Zucht überall sich bewährender Charakter der Einheit. Bedingung und Folge dieser Einheit ist der stets lebendige Verband und Verkehr zwischen Haupt und Gliedern, zwischen dem heiligen Vater zu Rom und den Gläubigen. „Dieser ungehemmte Verkehr bedingt das gesunde Leben der Kirche, wie der ungestörte Blutumlauf das durch alle Adern pulsirende Leben des Menschen. Was diesem die Unterbindung, dasselbe ist dem Leben der Kirche jeder Act willkürlicher Hemmung des freien Verkehrs mit dem Mittelpunkt der Einheit."

Am 5. Februar 1851 legten die Bischöfe der oberrheinischen Kirchen-

provinz den Regierungen von Würtemberg, Baden, beiden Hessen und Nassau, deren Staaten jene Provinzen bilden, eine Denkschrift vor, in der die eben genannten Grundsätze adoptirt und die Annahme derselben seitens der fünf Regierungen gefordert wurden. In einem zweiten Schreiben erklärten sie, daß es sich nicht um die Hebung von einzelnen Mißlichkeiten, sondern um die Abschaffung eines ganzen grundsatzmäßig aufgestellten System's handle, und daß eine Benehmung der Regierungen nur in dem Falle eine zweckfördernde Maßregel sein könne, wenn dieselbe wirklich in Bälde zu einer der göttlichen Autonomie der Kirche vollkommene Rechnung tragenden, die seitherigen schlechterdings nicht mehr erträglichen Uebelstände gänzlich beseitigenden Abhülfe führen werde. Aus den Berathungen der Regierungen ging eine Erklärung vom 1. März 1853 hervor, welche den Bischöfen sehr erhebliche Zugeständnisse machte, die Anerkennung derselben aber dennoch nicht fand. Der Erzbischof von Freiburg verfuhr nunmehr so, als ob nicht die bestehenden Gesetze und landesherrlichen Verordnungen, sondern die einseitigen Würzburger Erklärungen in den Verhältnissen von Staat und Kirche normgebend seien.

In dem Streite, der daraus entstand, wurde Baden von den übrigen Regierungen im Stich gelassen. Dadurch ermuthigt, wies der Erzbischof die untergeordnete Theilnahme, welche der Staatsgewalt bisher an den Prüfungen der Geistlichen zugestanden hatte, gänzlich zurück und ernannte zu verschiedenen Pfarreien, welche früher vom Landesherrn vergeben worden waren. Nach den Gesetzen hatte er ein Mitaufsichtsrecht über die Verwaltung des Kirchenvermögens. Dieses wollte er in ein Oberaufsichtsrecht verwandeln, indem er die genaueste Rechnungslegung mit allen Belegen forderte. Den Oberkirchenrath, eine dem Ministerium des Innern untergeordnete Staatsbehörde, erklärte er in den Bann, weil die Mitglieder der Regierung Gehorsam leisteten. Ihrerseits verweigerte die Regierung die Auszahlung der Gehalte an die vom Erzbischof eingesetzten Priester, verwies die fremden Geistlichen, die auf manchen Pfarreien zur Aushilfe dienten, des Landes, untersagte den Rechnungsführern der Stiftungen alle Auszahlungen an die Kirchenbehörde und fahndete auf Hirtenbriefe des Erzbischofs an die Geistlichkeit.

Da beide Theile von den Geistlichen wie von den Gemeindebehörden unbedingten Gehorsam forderten, so mußte es natürlich zu einem Zusammen-

stoße kommen. Ein erzbischöflicher Erlaß verbot den Geistlichen und Stiftungsvorständen den Verkehr mit weltlichen Stellen. Die Regierung ließ diesen Erlaß wegnehmen und zu diesem Behuf Nachsuchungen bei den Geistlichen anstellen, bei denen ihre Beamten vielfach rauh und hart verfahren sein mögen. Die Stiftungsvorstände, die sich nun zu erklären hatten, welchem der streitenden Theile sie gehorchen wollten, gaben mit einer Mehrheit von dreiundfunfzig Stimmen der weltlichen Gewalt Recht. Darauf hatte man gewartet, um weiter gegen den Erzbischof einzuschreiten. Sein Haus wurde durchsucht, er selbst verhaftet (22. Mai 1854).

Auf seinen Befehl wurden darauf alle Geschäfte abgebrochen, die Altäre ihres Schmuckes entkleidet, das Läuten eingestellt und die Gemeinde zu Gebeten versammelt. Das Interdict, zu dem es sich anließ, trat indessen nicht ein, denn am 31. Mai wurde die Haft des Erzbischofs auf Befehl der Regierung wieder aufgehoben.

Der Streit über die Verwaltung der Stiftungen ging inzwischen seinen Gang fort und führte zu einer neuen Verwickelung, da die Regierung den Pfarrern alle die Stiftungen betreffenden Acten abnehmen wollte. Es kam dabei an manchen Orten zu gewaltthätigen Handlungen, da die Pfarrer die Schlüssel verweigerten und die Actenschränke mithin erbrochen werden mußten, und in einigen Dörfern des Odenwaldes schützten Bürger und Bauern ihren Pfarrer, so daß die Regierung Executionstruppen dorthin beorderte.

Die äußere Ruhe wurde hergestellt, allein der Erzbischof fügte sich nicht, und der Papst gab ihm Recht. In einer Note des Cardinalstaatssecretairs Antonelli vom 8. Juni 1854 wurde sein Verfahren ein solches genannt, „wie es ihm das Recht und die Pflicht in einer dringenden Noth der Kirche auferlegte uud zu welchem ihn seine Verpflichtungen nöthigten.“ In ihrer Antwort bat die Regierung, daß man Verhandlungen über eine endgültige Regelung der katholischen Kirchenverhältnisse im Großherzogthum in Gang setzen möge. Der päpstliche Stuhl gab dazu seine Einwilligung, unter den Bedingungen jedoch, daß die Regierung den Erzbischof in seinen vollkommenen Rechtsstand wiedereinsetze, ihr Verfahren gegen die Priester und Laien, die ihm gehorsam gewesen wären, einstelle, die vom Erzbischof für die erledigten Pfründen zu ernennenden Verweser besolde und ihre auf die kirchlichen Stiftungen bezüglichen Verordnungen widerrufe. Die Regierung nahm diese Bedingungen an, und Verhandlungen über ein Concordat kamen

in Gang. Zum Abschluß gelangten sie bis jetzt nicht, während ein anderer Staat der oberrheinischen Provinz, Würtemberg, mit dem päpstlichen Stuhle sich einigte.

Im österreichischen Kaiserstaate leben etwa 30 Millionen Katholiken, 3 Millionen nicht unirte Griechen, 3½ Millionen Protestanten, von denen weit über die Hälfte auf Ungarn und Siebenbürgen trifft, und 700,000 Israeliten. Unter je 10,000 Menschen der Bevölkerung sind 8026 Katholiken, 934 Protestanten, 844 nichtunirte Griechen und 195 Israeliten Für die große katholische Mehrheit galt im Wesentlichen noch die Josephinische Gesetzgebung. Man gab der Kirche Privilegien, man schützte sie, aber man hemmte sie in ihrer freien Thätigkeit, gestattete die Abhaltung von Synoden nicht, legte die Verwaltung ihres Eigenthums in weltliche Hände und schmälerte ihr die Lehrfreiheit. In der Verfassung von 1849, die allerdings nie in's Leben trat, gewährte man ihr Unabhängigkeit vom Staate, und die kaiserlichen Patente vom 18. und 23 April 1850 erkannten diesen Grundsatz an, indem sie das kaiserliche Placet aufhoben. Seit der Kundmachung dieser Verordnungen ließ sich nicht zweifeln, daß der eingeschlagene Weg werde weiter verfolgt werden. In der That wurde über ein Concordat verhandelt und dieses selbst am 18. August 1855 abgeschlossen. In 36 Artikeln regelte dasselbe die Beziehungen der Kirche zum Staat und zu der gläubigen Gemeinde. Der Wechselverkehr zwischen den Bischöfen, der Geistlichkeit, dem Volke und dem heiligen Stuhl in geistlichen Dingen und kirchlichen Angelegenheiten wurde vollkommen freigegeben. Die Erzbischöfe und Bischöfe erhielten das Recht, taugliche Mitglieder in den geistlichen Stand aufzunehmen, kleine Pfründen zu errichten, öffentliche Gebete und andere fromme Werke zu verordnen, Bittgänge und Wallfahrten auszuschreiben, Concilien und Synoden zu berufen, die religiöse Erziehung der Jugend zu leiten, die bischöflichen Seminarien unter ihre Aufsicht zu nehmen, wider Geistliche, welche sich aus was immer für einer Ursache der Ahndung würdig machten, wie gegen alle Gläubigen, welche die kirchlichen Anordnungen und Gesetze überschritten, mit kirchlichen Strafen einzuschreiten, endlich die Güter, aus denen der Religions- und Studienfond bestehe, und die der Staat in seiner Obhut behalte, zu beaufsichtigen. Die Einführung neuer geistlicher Orden beiderlei Geschlechts sollte den Bischöfen freistehen, sobald sie sich darüber mit der Regierung in's Einvernehmen gesetzt hätten. Der Kirche wurde die Befugniß beigelegt, neue

Besitzungen zu erwerben und die Verwaltung derselben von denen führen zu lassen, welchen sie nach den Kirchengesetzen obliege. Die Geistlichkeit durfte Bücher als verwerflich bezeichnen und vom Lesen abmahnen, die Regierung versprach, nicht zu dulden, daß die katholische Kirche, ihr Gottesdienst, ihr Glaube, ihre Einrichtungen der Verachtung preisgegeben, oder ihren Dienern bei der Ausübung ihres Amts Hindernisse in den Weg gelegt würden. Kraft dieser Bestimmungen verließ der Staat das kirchliche Gebiet, um es der Kirche selbst zu freier und unabhängiger Bewegung zu überlassen.

Das österreichische Concordat war zugleich das Resultat des innigen Bündnisses, das zwischen dem Kirchenstaat und Oesterreich entstanden und durch den verlängerten Aufenthalt der Franzosen in Rom nur noch inniger geworden war.

Bundesgenossen, die in seiner Hauptstadt die Herren spielten und seinen Tiberhafen zu eigenen Zwecken stark befestigten, konnte der Papst unmöglich gern sehen. Von den Oesterreichern hatte er keine Eingriffe in seine Rechte und keine Schmälerungen seines Gebiets zu befürchten. An und für sich war das jahrelange Verweilen fremder Truppen ein Symptom von Schwäche des Kirchenstaats, das durch Nichts beschönigt werden konnte. Gregor XVI., der hartherzige und reactionäre Prister, hatte nur in zwei Revolutionsjahren auswärtiger Hülfe bedurft, und unter dem menschenfreundlichen, dem Fortschritte zugewandten Pius IX. wurden die fremden Bayonette permanent! Ein eigenes Heer zu bilden, wollte wegen der Stimmung der Bevölkerung lange nicht gelingen, so daß Schweizer und Abenteurer aus allen Ländern unter dem Namen von Nationaltruppen neben den Franzosen die Wachen bezogen. In Rom wie in den Provinzen verschwanden die Parteien bis auf zwei, welche beide unzufrieden waren, die eine, weil der Papst die gregorianischen Grundsätze ungetheilt durchzuführen nicht für ersprießlich hielt, die andere, weil er seine Reformarbeiten nicht mit altem Eifer wieder aufnahm. Das Stichwort dieser Partei war Säcularisation der Verwaltung. In der That genügte das jetzige System nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen, denn es erhielt weder die Ordnung in den Finanzen und in der Verwaltung, noch gewährte es den Besitzenden die allergewöhnlichste Sicherheit gegen Eigenthumsverletzungen. Wenn sich ganze Gemeinden und Bezirke agrarische Feldzüge gegen Wälder und Ernten von Edelleuten erlaubten, wenn politische Verschwörer an die Ueberrumpelung von Festungen mit Beihülfe der päpst-

lichen Besatzung denken durften, so gibt uns Beides noch kein so ungünstiges Bild der römischen Zustände, als daß ein gemeiner Räuber (der Passatore) die Provinzen brandschatzend durchstreifte, Mittelstädte ausplünderte, und nicht eher unschädlich gemacht wurde, als bis er sich in den Bereich der österreichischen Truppen wagte. Die innere Schwäche des Kirchenstaats hatte ihren höchsten Grad erreicht, als Pius IX. seiner Ansicht nach den höchsten Triumph seines Lebens feierte.

In der katholischen Kirche ist es eine Streitfrage, ob auch die jungfräuliche Mutter des Herrn einer unbefleckten Empfängniß ihr Dasein verdanke. Die Dominicaner haben sich gegen, die Franciscaner und vor Allen die Jesuiten für diese Lehre erklärt. Dem regierenden Papst war ihre Erhebung zum Dogma eine Herzensangelegenheit. Schon als Verbannter stellte er von Gaeta aus an sämmtliche Bischöfe die Anfrage, ob dieser Lehrpunkt nicht als dogmatisch erklärt werden könne. Die klösterlichen Genossenschaften wurden aufgefordert, Gebete zu verrichten, damit die christliche Kirche bei dem wichtigen Schritte mit göttlicher Erleuchtung handle. Nachdem gewandte Schriftsteller die Gemüther durch Schriften vorbereitet hatten, erfolgte im Spätherbst 1854 die Ausschreibung einer Synode nach Rom, der durch die gleichzeitige Anordnung eines Jubeljahrs eine besondere Feierlichkeit verliehen wurde. Die zum Erscheinen berechtigten Würdenträger blieben indessen größtentheils aus und selbst die italienischen Bischöfe ließen sich vertreten. Unter den anwesenden 54 Cardinälen und 133 Patriarchen, Erzbischöfen und Bischöfen sah man Geistliche aus allen fünf Welttheilen, aus den Vereinigten Staaten, China und Australien, von der Insel Madagaskar und von der afrikanischen Ostküste. Die auf Concilien und Synoden hergebrachte Erörterung hatte nicht stattgefunden, als am 20. November die unbefleckte Empfängniß mit bedeutender Stimmenmehrheit anerkannt wurde. Am 7. December wurde die Hauptstadt der Christenheit einem strengen Fasten unterworfen. Am 8. December, dem Tage von Mariä Empfängniß, pontificirte Pius IX. in der Peterskirche ein feierliches Hochamt und verkündigte während desselben durch ein apostolisches Decret das Dogma der unbefleckten Empfängniß als Glaubensartikel. Nach dem Hochamte krönte er in der Mitte aller anwesenden Cardinäle und Bischöfe ein Marienbild mit der goldenen Krone. Im nämlichen Augenblicke wurden alle Glocken der Stadt eine ganze Stunde lang geläutet, während die Geschütze von der Engelsburg feuerten. In ähn-

licher feierlicher Weise begingen die katholischen Städte des Auslandes das Fest, und viele von ihnen errichteten zum ewigen Andenken Säulen, wie man sie einem großen Siege einer guten Sache zu widmen pflegt.

Das kirchliche System Pius' IX. hatte an einem geographisch wichtigen Punkte eine Lücke. Sardinien fügte sich ihm nicht und ließ es lieber auf das Interdict und auf innere Zerwürfnisse ankommen, als daß es die sogenannte katholische Politik zu der seinigen gemacht hätte. Bis auf die neueste Zeit hatte die Kirche dort ihre mittelalterliche Stellung behauptet, namentlich die Befreiung der Geistlichen und der Kirchengüter vom Gesetz und Gericht der Laien und den Friedensbann der geweihten Orte. Am 22. Februar 1850 legte der Justizminister Siccardi einen Gesetzentwurf vor, der in allen bürgerlichen Streitsachen zwischen Geistlichen unter sich oder mit Laien das privilegirte geistliche Gericht aufhob, sowohl die geistlichen Güter als die Geistlichen, welche wegen eines Verbrechens verfolgt würden, den weltlichen Gerichten zuwies und auf diese Verbrechen die Bestimmung des Criminalgesetzbuches ausdehnte, die heiligen Orte ihres Charakters von Freistätten entkleidete, die Strafen für die Nichtbeachtung des Feiertags und die darauf bezüglichen Polizeigesetze bloß noch für die Sonntage und für 7 hohe Feiertage gelten ließ, und endlich festsetzte, daß alle juristischen Personen, gleichviel ob geistlicher oder weltlicher Natur, der gesetzlichen Anerkennung durch ein königliches Decret bedürften. Ein zweiter Gesetzentwurf, der zugleich mit vorgelegt wurde, bestimmte die bürgerlichen Erfordernisse zur Gültigkeit eines Ehevertrags. In der zweiten Kammer wurden beide Gesetze ohne Aenderung und rasch angenommen. Auf die erste Kammer, in der die Schwerkraft der Gesetzgebung liegt, wirkten Einflüsse der verschiedensten Art ein, drohende Noten des Papstes, Verwahrungen der Bischöfe und ein Petitionssturm, an dem die entlegensten Alpendörfer Theil nahmen, aber auch diese Kammer gab ihre Genehmigung.

Der Erzbischof von Turin, Franzoni, suchte nun einen förmlichen Widerstand zu organisiren. Im Gefühl seines Rechts litt er gerichtliche Verfolgung und Gefängnißstrafe, und die höhere Geistlichkeit schloß sich ihm an, allein der niedere Klerus wollte von keiner Auflehnung gegen die Staatsgewalt Etwas wissen, und diese Gesinnung ließ das Gesetz im Leben durchdringen. Der Papst, den man nicht gehört hatte, kehrte zu seiner gleich im Anfang ausgesprochenen Verwahrung zurück. „Es blieb ihm Nichts übrig, als in bitterm Herzeleid die Augen zum Gott des Erbarmens mit der innigen Bitte

aufzuschlagen, daß er die göttlichen Strafen zurückhalten möge, von denen alle Völker getroffen werden, welche ihr Heil in der Demüthigung der Geistlichkeit und der Unterdrückung des kirchlichen Ansehens zu finden glauben." (Note des Cardinals Antonelli an den Marquis Spinola.)

Hat uns unsre Darstellung gezeigt, daß die katholische Kirche der Gegenwart ihre schwachen und ihre starken Standpunkte hat, so begegnen wir ihr in ihrer Missionsthätigkeit auf einem Felde, wo sie ihresgleichen nicht hat. Sie schließt hier die Thätigkeit von Vereinen und Privaten nicht aus, sie fordert dazu vielmehr auf, aber sie unterwirft die freiwilligen Leistungen einem einheitlichen Plane und derselben Leitung. Ein ständiger Ausschuß von Cardinälen und Prälaten, die Congregation zur Verbreitung des Glaubens, ist für alle Missionen oberste Behörde. Sie allein vermittelt die Beziehungen der nicht bereits katholischen Welt zum Oberhaupt der Kirche. Unter ihrer Aufsicht und Gesetzgebung stehen alle Ordensschulen, die für die Mission arbeiten und alle Zöglinge der demselben Zweck geweihten päpstlichen Erziehungsanstalten. Wo eine neue Mission gegründet wird, pflegt man einen Verein von Geistlichen hinzuschicken, dessen Vorsteher Präfect heißt. Nach den ersten Erfolgen wird der Präfect zum apostolischen Vicar, bleibt aber vom Belieben der römischen Curie abhängig und kann in jedem Augenblicke abberufen werden. Ist die Bekehrung eines Landes bis zu einem gewissen Grade fester Begründung gelangt, so erfolgt die Verwandlung des Vicariats in ein Missionsbisthum, also die Einführung der ordentlichen Form der katholischen Kirchenverfassung. Auch diese Bisthümer, deren Bischöfe übrigens die feste Stellung aller solcher Würdenträger haben, bleiben der Propaganda untergeordnet. Würde eine Mission ihr Ziel vollständig erreichen, dann müßte ihre Verwaltung an die ordentlichen Behörden des apostolischen Stuhles abgegeben werden; bis dahin behält die Congregation die höchste Gewalt über Alle. Der Papst kann in jedem Augenblick Visitatoren mit allgemeinen Vollmachten oder zu einem besondern Zweck überall hinschicken. Solche Beamte erscheinen in den Missionen, so oft es darauf ankommt, einen ganz unparteiischen Bericht zu erhalten. In Folge dieser Organisation ist es der Propaganda möglich, jederzeit eine genaue Kenntniß von dem Stande der Missionssache zu besitzen, ihre Aufsicht und Leitung bis in die fernsten Erdwinkel zu erstrecken und auf diese Weise sowohl Einheit als Kraft zu erzielen, wovon der Erfolg solcher Unternehmungen wesentlich abhängt.

Das katholische Missionswesen hat große Fortschritte gemacht, deren Zusammenhang mit den geographischen Entdeckungen uns später beschäftigen wird. Seine fruchtbarsten Felder sind gegenwärtig der ferne amerikanische Westen, an dessen Missionen seit neuester Zeit Institute für die Nordpolarländer sich anschließen, China, wo es vierzehn Bisthümer gibt und die Jesuiten mit fünf andern Orden wetteifern, und Ostoceanien, wo ein Erzbisthum mit sechs Bisthümern errichtet worden ist. Minder günstig stellen sich die Verhältnisse in Afrika, wo eine mohamedanische Propaganda sowohl am oberen Nil als am Niger mit Uebermacht auftritt, und in der Levante, deren Griechen an dem russischen Cäsaropapismus einen unbesieglichen Rückhalt besitzen. Auch in der europäischen Türkei sind die Bisthümer der Missionen in Verfall gerathen und stecken zwischen der türkischen Rohheit und der russischen Zukunftspolitik in arger Klemme. Zu Ende der vierziger Jahre hatten die katholischen Missionen in allen fünf Welttheilen die religiösen Bedürfnisse von 6,662,000 Menschen zu befriedigen.

In der katholischen Kirche bewegen sich zwei Richtungen neben einander. Eine von diesen will unbedingt starren schweigenden Gehorsam, ein unbeschränktes Unterordnen unter die absolute Gewalt des Bischofs. Sie weist der Gemeinde eine sehr geringe Thätigkeit zu, der Wissenschaft, der Kunst, dem geistigen Leben eine noch geringere. Die Nationen, die nationale Literatur, die nationalen Traditionen sollen rücksichtslos gebrochen werden und der Curie in Rom unterthan sein. Diesem Programm steht in der katholischen Kirche ein zweites gegenüber, welches mit derselben Entschiedenheit und Ueberzeugung an den dogmatischen Grundpfeilern der Kirche festhält, aber die Stellung der Gemeinde zur Kirche und die sittliche Aufgabe der Kirche selbst der Gesellschaft gegenüber anders auffaßt, als es die ersterwähnte Richtung thut. Die Träger dieses zweiten Programms betrachten den selbständigen Wirkungskreis, den die Kirchenversammlung von Trient der mittleren und unteren Geistlichkeit wie der Gemeinde zugewiesen hat, als das Minimum der freien Bewegung, welches den Gliedern der Kirche und der Kirche selbst zu ihrer Selbsterhaltung nothwendig ist. Die Mitglieder dieser Partei begegnen sich in den Vereinen, wo in der Regel die Mehrheit aus ihnen besteht. Das katholische Vereinswesen ist seit 1848 sehr vielgestaltig geworden. Es beschäftigt sich außer den kirchlichen Zwecken mit den sittlichen, deren Förderung ja eine Hauptaufgabe jeder Religion ist. Man hat katholische Mäßig-

keitsvereine, deren Mitglieder ein Gelübde am Altar ablegen müssen, Preßvereine zur Bekämpfung der schlechten und zur Unterstützung der guten Schriften, Jungfrauenvereine zur Ermunterung in einem sittlichkeuschen Wandel, Gesellenvereine, die dem wüsten Handwerkertreiben entgegenwirken, Vereine für die verwahrloste oder verwaiste Jugend, Dienstbotenvereine, Bonifaciusvereine für die katholischen Kirchen protestantischer Länder, Vereine zur gegenseitigen Ermunterung und Stärkung im Glauben u. a. m. Die bedeutsamste Wirksamkeit ist gegenwärtig die der Piusvereine, die sich gewöhnlicher katholische Vereine schlechthin nennen. Der erste Verein dieser Art bildete sich im April 1848 zu Mainz, und in derselben Stadt wurde im October jenes Jahres die erste Generalversammlung gehalten, auf der bereits dreiundachtzig Vereine vertreten waren.

Der Zweck der Piusvereine ist von den Statuten dahin festgestellt worden, daß er bestehen soll in einem rechtlich gesetzlichen Wirken für die Selbständigkeit der katholischen Kirche, in der Hebung des Volks zum Glauben und katholischen Leben und in der Entfernung der gesellschaftlichen Uebel und Mißstände, die in der glaubenslosen Zeit entstanden sind. Als Mittel sollen benutzt werden Gebet, Lesen guter Bücher und Schriften, Belehrung in Versammlungen, endlich Bitten und Vorstellungen an Jene, von denen die rechte Stellgebung der katholischen Kirche abhängt.

Unter den ersten Mitgliedern befanden sich die namhaftesten Verfechter des Katholicismus und viele Wortführer der sogenannten ultramontanen Partei: Buß und Freiherr von Andlaw aus Baden, Döllinger und Sepp aus Baiern, Förster aus Schlesien, Ketteler aus Westphalen, Osterrath aus Ostpreußen, Reichensperger vom Rhein, Beda Weber aus Tyrol, Knoodt aus Bonn. Die Ausbreitung der Piusvereine war eine um so raschere, als die Würdenträger der Kirche die lebendigste Theilnahme an den Tag legten.

Die bedeutendsten Erfolge wurden zunächst in Preußen, am Unterrhein, in Westphalen und Schlesien erzielt. Zu den übrigen Vereinen nahm der große katholische Verein eine leitende Stellung ein, und viele derselben wurden von ihm gegründet. In den ersten Jahren fand eine Abhaltung der Generalversammlungen auf österreichischem Boden Hindernisse, in der späteren Zeit hat man sie besonders dorthin verlegt. Nach den Statuten, die in diesem Punkte die Billigung des Papstes erhalten haben, soll der Verein von jeder politischen Thätigkeit fern bleiben. Daß man fast auf jeder Generalversamm-

lung nöthig gefunden hat, dieses Gebot einzuschärfen, scheint uns ein Beweis gegen die wirkliche Befolgung desselben zu sein. Nach der Wiederherstellung der Ruhe hat der Verein sein Augenmerk hauptsächlich auf die Gründung von zwei Universitäten, einer katholischen in Münster und einer bischöflichen in Salzburg oder Innsbruck, gerichtet.

In seiner Sorge für die Presse ist der strengere Katholicismus wenig glücklich. Seine Zeitungen werden vom Unglück verfolgt und gehen, nachdem sie freigebig ausgestattet worden sind, an dem Mangel einer ausdauernden Theilnahme zu Grunde. Wir können dieses Schicksal, weil es ein gerechtes ist, nicht beklagen. Die sogenannte kirchliche Presse verschmolz die Religion mit der Politik und verlangte nicht bloß eine religiös sittliche und gerechte, sondern eine kirchlich gläubige, eine katholische Politik. Der Glaube war ihr die Grundlage und das Endziel des politischen Handelns, des staatlichen Lebens, und dieses eigentlich das Mittel für jene. Die Freiheit des religiösen Lebens, für die sie energisch in die Schranken trat, war ihr kein natürliches Recht, welches Alle dem Staat gegenüber in Anspruch nehmen dürfen, sondern ein Vorrecht für sich und der kürzeste Weg zur Herrschaft. Die mittelalterliche Staatsform wurde als die vollkommene christliche gepriesen, weil sie die Herrschaft der Kirche über jene des Staats stellte. Persönlichkeiten, über die in unbewachten Augenblicken sonderbare Dinge ausgeplaudert wurden, setzten sich über die Reiche der Welt zu Gericht, meisterten heute Oesterreich, morgen Preußen und weihten Rußland und England der Vernichtung. Wer von ihrer Meinung abwich, der wurde nicht bloß menschlichen Irrthums beschuldigt, sondern galt für einen absichtlichen Widersacher der Wahrheit, für einen geschwornen Feind der Religion und des Staats.

Von Bittgängen und Wallfahrten wurde zur Wiedererweckung des Glaubens der ausgedehnteste Gebrauch gemacht. Man sah große Züge von Tausenden, nicht mehr nach Gemeinden, sondern nach Bezirken und Provinzen geordnet, Bischöfe und andere geistliche Würdenträger an der Spitze, an heiligen Orten erscheinen. Die protestantischen Länder wurden nun Zeugen von Processionen, die man früher um des christlichen Friedens willen unterlassen hatte. Selbst an den Anblick von Jesuiten mußten sie sich gewöhnen, und zahlreiche Missionskreuze erzählten ihnen hier und dort von der Thätigkeit einer andern Kirche. In der Regel waren es Redemptoristen, die in dieser Beziehung eine Thätigkeit äußerten. Sie überzogen seit 1850 die ganze süd-

westliche Ecke Deutschlands von der Schweizer Grenze bis zu dem Odenwald, vom Rhein bis in's Ries, und verbreiteten sich von da an den Niederrhein, nach Westphalen und weiter. Der Hergang war bei ihren Missionen überall der gleiche. Wenn die nöthigen Vorbereitungen getroffen waren, zogen drei bis sechs Redemptoristen in den Ort ein, wobei sämmtliche Glocken läuteten, um den Gläubigen anzuzeigen, daß die gnadenreiche Zeit beginne. Die Geistlichkeit fand sich mit ihren Gemeinden zahlreich ein — einmal waren 18,000 Menschen versammelt, — um die Glaubensboten in feierlichem Zuge nach der Kirche abzuholen. Dann begannen die Predigten, um sich auf sechs bis fünfzehn Tage auszudehnen. Täglich bestiegen drei bis vier Redner die Canzel, und an die Reihe dieser Vorträge fügten sich überall besondere Feiern der Abbitte vor dem Allerheiligsten, der Erneuerung des Taufgelübdes, der Versöhnung. Den feierlichen Schluß machte stets die Aufrichtung des Missionskreuzes und die Abschiedspredigt.

Mitglieder des katholischen Vereins stifteten katholische Kunstvereine, die ebenfalls in Generalversammlungen einen Mittelpunkt erhielten. Diese Vereine nennen sich kirchliche nicht bloß deshalb, weil sie den Sinn für kirchliche Architektur wecken, die noch vorhandenen Baudenkmäler erhalten und die Theilnahme der Geistlichkeit für diesen schönen Zweck erregen wollen, sondern auch und besonders deshalb, weil die ganze Kunst nach ihrer Ansicht einen christlichen und kirchlichen Charakter haben muß. Für sie steht es fest, daß die Glaubenstrennung des sechzehnten Jahrhunderts der Kunst das Grab geöffnet hat und daß die moderne Bildung nichts als matte Nachahmungen heidnischer Muster hervorzurufen im Stande ist. Einer ihrer Ausschüsse beschäftigt sich speciell mit Bildnerei, ein anderer mit Musik und Dichtkunst. Mit dem französischen Verein, der dieselben Zwecke verfolgt, werden Verbindungen unterhalten. Bis jetzt hat dieser Verein zwei Generalversammlungen gehalten, die erste in Cöln, die zweite in Regensburg.

In Oscar von Redwitz schien der katholische Dichter der Zeit gefunden zu sein. Sein erstes und schönstes Gedicht, Amaranth, erschien im Jahr 1849, in einer Zeit also, die für die kritische Prüfung nicht günstig war, um so mehr aber für den Inhalt des Werks. Daß dieser gläubig und katholisch fromm war, genügte, dem Dichter einen fast unerhörten Erfolg zu sichern. Fast jeden zweiten Monat erschien eine neue Auflage, mehrere deutsche Hochschulen übersandten Doctordiplome und entzückte Verehrer entdeckten in Redwitz eine Vereinigung aller Eigenschaften der drei größten Sänger des Mittel-

alters. Aber der specifisch katholische Dichter besaß die tiefere Kraft nicht, die man ihm zutraute, und sein Schicksal wurde daher kein besseres, als jenes der politischen Liederdichter einer etwas früheren Zeit. Seine Tendenzidylle vom Waldbrünnlein und der Tanne wurde kühl aufgenommen, nach dem Erscheinen seiner Gedichte erlebte er einen zweiten Abfall von Anhängern, und als er seine Wiener Professur im Gefühl der Unzulänglichkeit seiner Kräfte niederlegte, war er beinahe schon vergessen.

Neben dem Katholicismus und als Gegensatz desselben entwickelte sich ein moderner Protestantismus, modern insofern, als er den Gang der letzten Jahrzehnte verließ und doch aus der ältern Vergangenheit, die er zu repräsentiren behauptet, nur das herübernahm, was ihm für seine Zwecke paßte. Nicht wenige der Männer, die für ihn arbeiten, nahmen den Katholicismus zum Muster, dessen dogmatische Fertigkeit und Abgeschlossenheit in den Protestantismus hineingearbeitet werden sollte. Sie klagten: „Wir sind keine Kirche, sondern Kirchen.“ Je mehr zerstörende und auflösende Kräfte die Zeit ihnen zeigte, um so bestimmter bestanden sie auf der Nothwendigkeit, daß die auf die Basis desselben Glaubensbekenntnisses gestellte Kirche sich in sich abschließe, um zu dem Widerstande eines festen und einheitlichen Organismus befähigt zu werden. Sie erblickten überall Gefahren, von Seiten der politischen Parteien, der grob sinnlichen und egoistischen Zeitrichtung in den Massen, der letzten Ausläufer der Hegel'schen Philosophie, der theologischen Kritik, des neuen Materialismus in den Naturwissenschaften, wie er durch Büchner, Moleschott und Vogt vertreten wurde. In der letzteren Beziehung hätten sie am wenigsten zu befürchten gehabt, da die materialistische Theorie an völliger Unreife leidet und nichts als Dogmen ohne Beweise hinstellt. Nach ihnen bestehen die organischen Wesen aus Kohlen-, Wasser-, Stick- und Sauerstoff nebst Schwefel, und in den Conflicten dieser Stoffe durch die ihnen einwohnenden Kräfte ist es irgend einmal möglich gewesen, daß die Bestandtheile einer Celle, die Celle selbst und der Organismus sich gebildet haben. Alles ist Materie, eine besondere Lebenskraft existirt nicht, was wir dafür halten, ist das lebendige Spiel des Stoffwechsels. Die Gedanken selbst sind nichts als Erzeugnisse des Stoffwechsels im Gehirn und der Phosphor ist ihre bedingende Ursache. Liebig hat nachgewiesen, auf welchen falschen Folgerungen aus unklar verstandenen Vordersätzen diese trostlose Ansicht beruht. „Nie wird's der Chemie gelingen,“ sind seine Worte,

„eine Celle, eine Muskelfaser, einen Nerv, mit einem Wort einen der wirklich organischen, mit vitalen Eigenschaften begabten Theile des Organismus oder gar diesen selbst in ihrem Laboratorium darzustellen. Die unorganischen Kräfte schaffen immerdar nur Unorganisches; durch eine in dem lebendigen Leibe wirkende höhere Kraft, deren Diener die unorganischen Kräfte sind, entsteht der organische, eigenthümlich geformte, vom Krystall verschiedene und mit vitalen Eigenschaften begabte Stoff. Von einem Stoffwechsel im Gehirn, welcher Gedanken erzeuge, weiß die Naturforschung absolut Nichts; Alles, was wir wissen, reducirt sich auf die triviale Wahrheit, daß ein Kopf ohne Gehirn weder denkt noch empfindet."

In der theologischen Wissenschaft begegnen uns zunächst Schleiermacher'sche Jünger, Ullmann, eine friedliche, gerechte und vermittelnde Natur, der poesiereiche Lange, der tiefe und scharfsinnige Rothe, bei denen Allen der freie Geist und die selbstherrliche Vernunft mit der Erforschung der Thatsachen und der Erfahrung sich verbinden. Nitzsch und Julius Müller sind Unionstheologen, die durch ein allzu schmiegsames Nachgeben gegen die confessionelle Orthodoxie Boden verloren haben. Ein reges Leben herrscht in der Tübinger Schule, die von Ferdinand Christian Baur gegründet wurde. In ihr wurde die Kritik wieder positiv und beschäftigte sich nicht allein mit dem Evangelium, sondern auch mit dem ganzen Gebiet des Urchristenthums und mit dem apostolischen Zeitalter. Die geschichtliche Forschung der Tübinger Schule wird zur vollen Versöhnung mit der von katholischen Menschensatzungen befreiten Kirche führen. Sie hielt sich bisher, um dieser ihrer Aufgabe gerecht zu werden, auf dem geschichtlichen Gebiete, und stellte dort tüchtige Kämpfer, außer ihrem Gründer noch Zeller, Planck, Schwegler, Köstlin, Hilgenfeld, Ritschel und Volkmar.

Der modernen Orthodoxie kommt ebenfalls Alles auf geschichtliche Entwicklung an, aber die Zeit, die für sie die Grundlage aller Bestrebungen ist, liegt uns weit näher, da sie die erste Epoche des Protestantismus ist. Was sie vor allen Dingen erstrebt, ist, den Nachweis zu führen, wie weit die heutige Kirche von jener der Reformatoren entfernt ist, und daß der Protestantismus, wenn er diesen Namen verdienen will, zu seinem geschichtlichen Ursprung zurückkehren muß. Luther's oft wiederholte Erklärung, daß er gekommen sei, um den Unterschied zwischen Klerus und Laienthum aufzuheben, wird dabei vergessen, und der Ton immer auf die Kirche und ihre Ordnung gelegt. Die Absicht ist leicht zu erkennen. Ist die Kirche Alles, so muß

sich ihre Herrlichkeit vorzugsweise in den Trägern des geistlichen Amts abspiegeln. Ist die geschlossene Institution der Kirche die Mittlerin des Heils, so muß die straffe Autorität der Bekenntnißschriften wieder aufgerichtet werden. Daher der religiöse Eifer, der auf andere Bekenntnisse mit Geringschätzung herabblickt, daher der geschäftige Drang in Herstellung äußerer Statute und kirchlicher Ordnungen, daher das Hervorheben des Altardienstes und die ausschließliche Geltendmachung älterer und ältester Gebets- und agendarischer Formen. Viele Strengkirchliche selbst wirkten übrigens dieser Richtung entgegen, weil sie sich über ihre Gefährlichkeit nicht täuschten. Sie sagten sich, daß die evangelische Kirche keine Kirche der Geistlichkeit sei; habe sie auch immer vorwiegend ein theologisches Gepräge getragen, so dürfe diese Eigenthümlichkeit doch nicht tiefer ausgebildet werden; neben einer neuen Blüthe der streitenden Theologie würde der orthodoxe Tod liegen und dem Hervortreten des Kirchenthums eine gänzliche Entfremdung der Geistlichen und der Gemeinden folgen.

Das protestantische Kirchenrecht macht die Landesherren zu Bischöfen ihrer Kirche. Dadurch entsteht eine Vielgliedrigkeit, die nicht nur mit der politischen Bodenzersplitterung Hand in Hand geht, sondern sich sogar noch weiter erstreckt. In den Cultusformen gehen außer den andern Landeskirchen vielfach auch die verschiedenen Provinzen, ja einzelne Städte ihren besondern Gang. So erschien es als ein ganz zeitgemäßer Gedanke, den politisch-kirchlichen Begriff eines evangelischen Deutschlands zu fixiren und demselben durch evangelische Conferenzen, die von den Oberkirchenbehörden beschickt würden, seinen thatsächlichen Ausdruck zu geben. Der Protestantismus nahm dadurch die Bestimmung wieder auf, welche ihm die besten Männer der Reformationszeit begeistert zuerkannten, neben der religiösen That zugleich auch eine deutschnationale zu sein. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, erregten jene Conferenzen, als sie in's Leben traten, das lebhafteste Interesse, dem sich freilich Unruhe und Besorgniß zugesellten, als man gewahren mußte, welche extreme Partei diese Vereinigungen für sich nutzbar zu machen trachte.

Die erste Conferenz, die 1852 in Eisenach abgehalten wurde, machte sich mit der Gesangbuchsreform zu thun. Das Bedürfniß derselben konnte nicht verkannt werden, denn seit der Reformation sind zwischen 60,000 und 80,000 geistliche Lieder gedruckt worden, und wenn im Königreich Sachsen achtundvierzig verschiedene Gesangbücher bestanden, so hatte Preußen deren über zweihundert. Ein niedergesetzter Ausschuß sonderte hundertundfünfzig soge-

nannte Kernlieder aus, die ohne Ausnahme den beiden ersten Jahrhunderten nach der Reformation angehören und dem Geiste jener Zeit ungleich mehr als dem der unsrigen entsprechen. Nach der Beseitigung der Gesangbuchsnoth ging es gegen die neuen Katechismen. Wo rationalistische Tendenzen sich etwa eingeschlichen hätten, sollte der ursprüngliche Katechismus hergestellt werden. Das Anrecht der Gemeinde an diesen wurde als ein unveräußerliches aufgefaßt, das niemals verjähren könne. Nicht einmal eine Behörde habe gegen dasselbe Macht, denn da eine solche in der Kirche keine andere Vollmacht habe, als die, in Gemäßheit der Bekenntnißschriften zu lehren und ihre Anordnungen zu machen, so dürfte sie auch das Recht der Gemeinde an ihren Katechismus nicht beeinträchtigen. Wo eine Behörde dies thue, sei die Gemeinde verpflichtet, dagegen ihr Recht zu wahren, aber ein solcher Protest sei nicht ihre Sache allein, vielmehr werde es Pflicht der ganzen Kirche, die Sache zu der ihrigen zu machen, da sie sich nur so gegen den Vorwurf vertheidigen könne, als herrsche in ihr Lehrwillkür.

In Betreff der Sectenfrage stellten die Conferenzen mehrere allgemeine Grundsätze auf, welche den Kirchenregierungen zur weiteren Erprobung übergeben wurden. Eine vom Staat grundsätzlich gewährleistete Freigebung der Sectenbildung sei an sich mißlich und am wenigsten nach Analogie des freien politischen Vereinigungs- und Versammlungsrechts zu gewähren, vielmehr erscheine es allein räthlich, daß die Entscheidung über Zulassung, Duldung oder Anerkennung erst von der Prüfung der religiösen Grundsätze der Secte abhängig gemacht werde. Der Staat werde als christlicher den Religionsgenossenschaften, welche dadurch staatsgefährlich würden, daß sie nach ihrem Bekenntniß den Boden des christlichen Offenbarungsglaubens gänzlich verlassen hätten, die öffentliche Duldung versagen.

In der Liturgie einigte man sich zunächst über Ziele und überließ es den Regierungen, wie und wann sie verwirklichen könnten, „was nach dem Worte Gottes und nach der Geschichte, wie nach den Grundsätzen der Kirche das Rechte und Richtige genannt werden müßte.“ Auf späteren Conferenzen wurden in dieser Beziehung umfassende Arbeiten vorgelegt und größtentheils gebilligt. Eine halbkatholische Form der Beichte gewann verschiedene Stimmen, doch über die Entsagung des Teufels bei der Taufe erzielte man keine Einigung, und ebenso fiel der Antrag, die Geistlichkeit unter eine kraftvolle Aufsicht zu stellen, wie auch der Versuch nicht gelang, der protestantischen Kirche

durch Verlegung der kleineren Feste auf Wochentage eine der katholischen Kirche nicht viel nachstehende Anzahl von Feiertagen zu verschaffen.

Die Dresdener Conferenz von 1856 beschäftigte sich mit der Confirmation, der Beichte und Absolution, der Einweihung und Einrichtung der Kirchen, der liturgischen Heranbildung der Geistlichen und Gemeinden, den Grundzügen einer Gottesdienstordnung, und gab den Beschlüssen die Fassung und den Namen von Kanones. Sie waren kaum erreicht worden, als man sich in Baiern beeilte, sie zur That werden zu lassen. Das Oberconsistorium veröffentlichte vier Beschlüsse über die Ordnung des Beichtstuhls, die Kirchenzucht, die Sicherstellung des geistlichen Amtes gegen ungebührliche Zumuthung und die persönliche Anmeldung bei Heirathen. Die Verordnung, welche unter dem letzteren Titel an die Geistlichen erging, machte ihnen eine Einmischung bei Verlobungen und Heirathen zur Pflicht, „auf daß die Ungebundenheit des fleischlichen und selbstsüchtigen Sinnes offen und furchtlos gestraft und die Versuche zu ähnlichen Verbindungen, denen die Unhaltbarkeit von vornherein auf die Stirn gezeichnet sei, mit allem Ernst hintertrieben würden.“ Wie diese Verordnung, so sollten auch die übrigen den Geistlichen eine Polizeigewalt einräumen, die sich gegen Sünder wie gegen Lässige richte und in allen Fällen, wo es nöthig wäre, das volle Gewicht der Oeffentlichkeit zu Hülfe nehme.

Der Mehrheit ihrer Pfarrer waren die Urheber dieser Gesetze sicher. Seit Jahren war die kirchliche Strömung diesseits und jenseits des Rheins genau in derselben Richtung gegangen. Die Generalsynode und die kleineren Kirchenversammlungen verriethen einen solchen Feuereifer, daß die kirchlichen Gewalthaber es an der Zeit hielten, den letzten Stein an ihr Gebäude zu legen. Sie rechneten aber ohne die Gemeinden, von denen sich nun ergab, daß sie in jenem Gebäude nicht wohnen wollten. In dem starkbevölkerten Nürnberg einigten sich sechstausend Bürger zu einem Protest gegen die Verordnungen, der von den angesehensten Männern, deren conservativ patriotische Gesinnung sich stets bewährt hatte und deren Religiosität außer allem Zweifel stand, unterzeichnet wurde. Die Nürnberger Adresse fand Annahme oder Nachahmung in Regensburg, Bamberg, Augsburg, Hof, Bayreuth, Anspach, Schweinfurt, Nördlingen, Neustadt a. d. Aisch, Lindau, Sulzbach, Schwabach und anderen Orten mehr. Im Ries legten selbst ganze kleine Gemeinden dem König Bitten um Abhülfe vor und wo man von einem

solchen Schritte abstand, lag das Motiv in beruhigenden Predigten, welche Erläuterungen und Versprechungen solchen Inhalts gaben, daß sich schließen ließ, die Ultrapartei befinde sich bereits auf dem vollen Rückzuge. So war es wirklich und überdies wurde sie durch die königliche Entscheidung mit allen ihren Bestrebungen zurückgewiesen.

Dieses eine Zeichen, daß die kirchliche Reaction im Sinken begriffen sei, blieb nicht allein stehen. Was in Baiern und Preußen geschah, war um so bedeutungsvoller, als jene beiden Länder mit Ausnahme Mecklenburgs, wo der Oberkirchenrath Kliefoth eine eigentliche Herrschaft über die Geistlichkeit ausübte und seine Macht wie seine Schroffheit durch die Amtsentsetzung des kirchlichgesinnten Professors Baumgarten bewies, den günstigsten Boden hatten. Die Nachgiebigkeit wurde in Preußen von Seiten des Staats bis zum Bruch mit der ehrwürdigsten Tradition aus der Regierungszeit des verstorbenen Königs getrieben. Von der Union blieb bloß noch der Name, nachdem man 1850 einen evangelischen Oberkirchenrath als oberste Behörde der Landeskirche eingesetzt und darin den Lutheranern sieben, den Reformirten drei und den Unirten eine Stelle eingeräumt hatte. Daß das Toleranzedict von 1847 der ältern Union nachfolgte, verstand sich fast von selbst. Das Princip der Glaubensfreiheit konnte neben der wiedererstehenden Orthodoxie sein bescheidenes Plätzchen freilich nicht finden, und bei den Deutschkatholiken und den freien Gemeinden sprach die Polizei ein Wort mit, da beide in der Bewegungszeit unter den Demokraten wenigstens zum Theil Stellung genommen und einzelne ihrer Führer (Ronge, Dowiat, Balzer) offen erklärt hatten, es sei ihnen von vornherein um ein freieres Staatsleben zu thun gewesen. Die bestehenden Gemeinden mußten sich fast alle auflösen, da sie den Bestimmungen über politische Vereine unterworfen und durch polizeiliche Ausweisungen oder Amtseinschränkungen von Geistlichen und Lehrern des innern und äußern Halts beraubt wurden.

Eine außerhalb der Landeskirche stehende Secte der Irvingianer wurde nicht bloß geduldet, sondern in besondern Schutz genommen. Der Stifter dieser Secte ist Eduard Irving, ein Schotte, dessen außerordentliche Beredtsamkeit, unterstützt durch eine majestätische Gestalt, eine tönende Stimme und feurige Bewegungen, die ausgezeichnetsten Männer des Landes fesselte. In der Genossenschaft, deren Gründer er wurde, bildete sich nach und nach ein ganz neues kirchliches System aus, das in das alttestamentliche Formelwesen

sehr hinüberspielte. In seiner Kirche sollte Gott eine unmittelbare Wirkung und Offenbarung im Menschen zeigen, so daß das körperliche Wiedererscheinen des Heilands gewiß sei, sobald sie als die einzige dastehe. Nach seinem Tode (1834) gingen Glaubensboten der Secte nach Deutschland und der Schweiz. In Berlin machten sie seit 1848 Proselyten, weil sie Verzweiflung an der Gegenwart, an der Entwicklungsfähigkeit des Bestehenden predigten und nahe bevorstehende außerordentliche Gerichte verkündeten. Hohe Militärs, deren Namen die Geschichte der Frömmelei kennt, namentlich Generale, die einen einflußreichen Kreis bildeten, Beamte in bedeutenden Stellen, Geistliche und Schriftsteller wurden gewonnen.

Das preußische Landrecht ist den preußischen Frommen ein Dorn im Auge, weil es der Ausfluß eines philosophischen Zeitalters ist und die Gedanken eines gottlosen Königs, den die Geschichte dennoch den Großen nennt, in ihm leben. Der culminirende Punkt dieses Rechts, auf den alle Schalen des Zorns ausgegossen werden, ist die Gesetzgebung über Ehescheidung. Nachdem zu drei verschiedenen Malen, 1825, 1834 und 1842, Anläufe genommen worden waren, die aber nie über den bösen Punkt hinweghalfen, ging die Geistlichkeit endlich selbst voran. Sie verweigerte die Wiedertrauung von Geschiedenen und ignorirte alle entgegenstehende Entscheidungen der Gerichte. Da das Kronsyndikat auf ergangene Beschwerden entschied, „daß ein evangelischer Pfarrer, welcher die Trauung eines geschiedenen Ehegatten bei Lebzeiten des andern geschiedenen Theils aus dem Grunde verweigere, weil die Scheidung aus nicht schriftmäßigen Gründen erfolgt sei, aus dem bloßen Grunde der bürgerlichen Zulässigkeit der Trauung zu derselben nicht gezwungen werden könne,“ so ging aus dem Conflicte der Geistlichkeit und der Gerichte eine Anarchie hervor, deren Vorhandensein die Ultras zugestanden, aber zugleich höchlich billigten, weil sie „eine heilige Anarchie sei, aus der das Recht hervorblühe, ähnlich der, die in Jerusalem stattfand, als die Apostel sagten: Wir müssen Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ (Worte des Appellationsgerichtspräsidenten von Gerlach.“)

Der Kammer von 1856, deren überwiegende Mehrheit aus Beamten bestand, legte die Regierung endlich ein Ehescheidungsgesetz vor, das einerseits die früheren Scheidungsgründe bis auf sieben veränderte, andrerseits verschiedene Erschwerungen einführte. Seit Jahren war keine Verhandlung der Kammer, nicht einmal einer der vielen Angriffe auf die Verfassung, mit

solcher Besorgniß erwartet worden, und die Spannung erhielt sich vom ersten bis zum letzten Tage der Verhandlung (23. Februar bis 4. März 1857). Es schien kaum einem Zweifel zu unterliegen, daß die Vereinigung der kirchlichen und politischen Ultras den Ausschlag geben und der Idee des christlich germanischen Staats, nachdem sie in ihrem germanischen Theil durchgeführt sei, auch in ihrem christlichen zur Geltung verhelfen werde. Die Restauratoren, deren ganze Kräfte auf diese christliche Seite gerichtet waren, zweifelten am wenigsten daran, aber sie täuschten sich. Ihr Gesetz fiel in der zweiten Kammer mit 173 gegen 134 Stimmen. Das war die erste große Niederlage, welche die preußische Reaction, und zwar unter Beihülfe eines Theils ihrer eigenen Mitglieder, seit dem Antritt ihrer Herrschaft erlitt.

Dem schroffen Confessionalismus unsrer Tage, dem scharfen Betonen symbolischer Gegensätze und Unterschiede stellt sich die freie Form kirchlicher Vergesellschaftung entgegen, die in England zu fester Gestalt gelangt ist und auf die Entwicklung Nordamerikas einen beherrschenden Einfluß gewonnen hat. Ihren Anhängern ist es weniger um das Bekenntniß, als um die religiöse Durchdringung der Einzelnen in der wieder lebendig gewordenen Gemeinde zu thun. Was für die, welche durch den Staat zur Herrschaft ihrer Grundsätze gelangen wollen, die evangelischen Conferenzen sind, das sind für die Freunde des kirchlichen Vereinswesens die Kirchentage. Im Jahr 1848 wurden diese von zwei oder drei Seiten zugleich vorgeschlagen und auf einer Wittenberger Versammlung die leitenden Grundsätze aufgestellt. Als Aufgaben sollten insbesondere gelten: Darstellung der wesentlichen Einheit der evangelischen Kirche; Pflege der Gemeinschaft und des brüderlichen Sinnes; gemeinschaftliches Zeugniß gegen das Unevangelische; gegenseitiger Rath und Beistand; Vermittelungsamt bei Streitigkeiten zwischen Kirchengemeinschaften, die zum Bunde gehören; Förderung christlich socialer Zwecke, Vereine und Anstalten, insbesondere der innern Mission; Wahrung und Vertheidigung der Rechte und Freiheiten, welche den evangelischen Kirchengemeinschaften nach göttlichem und menschlichem Rechte zustehen; Knüpfung und Festhaltung des Bandes mit allen evangelischen Kirchen außerhalb Deutschlands. Seinen Statuten entsprechend vereinigte sich der Kirchentag als Wandergesellschaft bald in dieser, bald in jener Stadt und suchte zugleich die Vereinigung mit den außerdeutschen Protestanten, die anzustreben mit in seinen Zwecken lag.

Zu diesem Behuf brauchte er nichts zu thun, als sich an eine ältere Vereinigung anzuschließen.

Im Jahr 1845 warf ein amerikanischer Geistlicher die Frage auf, ob es eine Grundlage gäbe, auf welche hin alle Protestanten aufgefordert werden könnten, zu gemeinsamen Zwecken mitzuwirken. Die Antwort gab eine Versammlung zu Liverpool. Man hatte anfänglich eine Abwehr der Uebergriffe des Papstthums und der deutschen Philosophie in's Auge gefaßt, kam jedoch in Liverpool zu der Ueberzeugung, daß etwas Anderes näher liege, nämlich eine allgemeine Entsagung der Lieblosigkeit, die bei Erörterung über Religionsunterschiede allgemein herrscht. „Wir sind vereinigt," rief einer der Redner, „wenn wir auf die Systeme Anderer mit derselben Milde sehen wie Jeder auf sein eigenes." Man verabredete, indem man seine eigenen Ansichten behalte und nur einen Bund von einzelnen Christen, nicht von Kirchenabtheilungen oder Zweigen der Kirche darstelle, die wesentliche Einheit der protestantischen Kirche, soweit es thunlich sei, augenscheinlich zu vertreten, den Geist brüderlicher Liebe durch Briefwechsel und anderweitigen Verkehr zu pflegen und durch alle Mittel zur Erweckung der Ueberzeugung beizutragen, daß die Entfernung der Christen von einander um geringer Unterschiede willen eines der größten Uebel in der Kirche und ein Haupthinderniß der Fortschritte des Evangeliums sei.

Die Versammlungen des evangelischen Bundes beschränkten sich in der ersten Zeit auf England, doch fanden sich nordamerikanische, französische und deutsche Geistliche dazu ein. Während der nächsten Jahre verminderte er die Feindschaft der Außenstehenden und kräftigte sich im Innern. Die bischöfliche Kirche von England, der er wegen seines Ursprungs unter Dissentern verdächtig gewesen war, erklärte sich mit wachsender Gunst für ihn, so daß bald mehrere Tausende ihrer Geistlichen auf die eine oder die andere Weise für ihn thätig waren. Er selbst legte seine Vorurtheile gegen die deutschen Protestanten ab, wohin der Ritter von Bunsen mit Eifer und Erfolg wirkte. Immerhin bestand zwischen den Engländern und Deutschen immer noch eine gewisse Entfremdung, und dieser sollte eine Versammlung ein Ende machen, die 1857, zwei Jahre nach einer großen Zusammenkunft in Paris, für Berlin verabredet wurde.

Die preußischen Confessionellen setzten Alles in Bewegung, die Zusammenkunft zu verhindern, so daß es beinahe bis zum letzten Augenblick zwei-

felhaft blieb, ob ihr mächtiger Einfluß die Regierung nicht bestimmen werde, ihre gewährende Zusage zurückzunehmen. Es fehlte nicht viel, daß ihr Wortführer Stahl die Mitglieder des evangelischen Bundes als Ketzer bezeichnet hätte; er nannte sie unebenbürtig und entschiedenere Gegner, als die katholische Kirche. Den Kern der preußischen Gegenagitation bezeichnete er, als er den Bund als eine neue Union auffaßte, weiter und schlaffer als die in Preußen, bei der doch kein wahrhaft Gläubiger ausharren könne. Die Versammlung fand gleichwohl statt und wurde sehr zahlreich besucht. Die Zahl der Anwesenden betrug 1254, von denen je 3 auf Asien, Afrika und Australien, 23 auf Amerika und 1222 auf Europa (979 auf Deutschland) kamen. Von den europäischen Ländern waren alle bis auf Portugal, Neapel, Toscana und den Kirchenstaat vertreten.

Man gewann durch diese letzte Versammlung eine ziemlich vollständige Statistik der protestantischen Kirche aller Welttheile und Länder. Man gewann den erstrebten Einigungspunkt zwischen den Engländern und Deutschen. Hörte man auch einige Seufzer über die Gefährlichkeit deutscher Theologie und Wissenschaft, so wurden sie doch durch die viel stärkere und allgemeinere Anerkennung übertönt, daß diese Wissenschaft für die protestantische Kirche unentbehrlich sei, wenn diese ein großes Ganzes bilden und nicht aus einem rohen Haufen bestehen solle. Preußen und der deutsche Protestantismus überhaupt gewannen durch diese Versammlung eine gewichtige Einsprache gegen eine Theologie, die sich immer einseitiger abschloß, in dem symbolischen Kirchenthum alles Heil der Gegenwart und Zukunft sah, zum Staatskirchenthum ihre Zuflucht nahm und mit äußern Mitteln eine Restauration der Kirche schaffen wollte.

Von der Einigung der Protestanten hängen die Erfolge ihrer Missionen wesentlich ab. Diese sind allein Sache der Privaten und der Vereine, und ein gemeinschaftlicher Mittelpunkt ist nicht vorhanden. Deutschland besaß in letzter Zeit acht Missionsgesellschaften, die Schweiz zwei, Holland eine, Frankreich eine, England fünfzehn und Nordamerika sechs. Streitigkeiten zwischen den Glaubensboten dieser Gesellschaften kamen mehrfach vor. Die neuerdings oft angenommene Gewohnheit, Leute aus ungebildeten Ständen zu wählen, weil diese zu ihrem Beruf Abhärtung, Gewöhnung an Handarbeit und technische Fertigkeiten mitbringen, gereichte dem Missionswerk wohl nicht zum Nutzen. Man wollte die Wahrnehmung machen, daß die Glaubensboten in

der Regel sogleich heiratheten und mit ihren Familien an den Grenzen der zu bekehrenden Stämme, wo die Ausgestoßenen sich umherzutreiben pflegen, Wohnsitz nähmen, statt wie ihre katholischen Amtsbrüder in's Herz des fremden Landes einzudringen. Englische Statthalter klagten über mehrere, die in Streitigkeiten zwischen alten und neuen Christen in ihrem persönlichen Interesse und ungerechter Weise für die letztern Partei genommen hätten. Selbst einen Kaffernkrieg wollte man den Aufhetzungen und den großen indischen Aufstand den fanatischen Bekehrungsversuchen der Glaubensboten zuschreiben.

Die meisten Bekehrungen hatte Amerika aufzuweisen, nächstdem gestalteten sich die Aussichten in Südafrika und China am günstigsten. Das mohamedanische Asien und Afrika waren der unfruchtbarste Boden. Die angestrengte Thätigkeit, die den Nordpolargegenden gewidmet wird, ist vom Standpunkte der Humanität nicht zu billigen. Für die Eskimos, die Bewohner jener furchtbaren Himmelsstriche, ist ihr niedriger geistiger Standpunkt eine Wohlthat, und kann man ihnen keine milderen Wohnsitze anweisen, zu denen sie sich schwerlich führen lassen würden, so soll man sie lassen, wie sie sind. Die politischen Folgen, deren mitwirkende Ursache die chinesischen Missionen gewesen zu sein scheinen, werden uns an einem andern Orte beschäftigen.

Das bisherige Missionswesen war nicht ganz ein äußeres. War die Bekehrung von Heiden und Juden sein Hauptaugenmerk, so wirkte es doch auch im Inlande durch Tractate, Missionspredigten und Missionsfeste für die Wiederbelebung des Glaubens. Zu einer tiefergehenden Theilnahme für die leiblichen und geistigen Nothstände der verwahrlosten Classen, oder gar zu einer Bemühung für die Lösung socialer Fragen erhob sich diese seine innere Thätigkeit indessen nicht. Und doch wären grade in der nächsten Nähe die größten ethischen Eroberungen zu machen gewesen. Die französischen Socialisten dachten allerdings an solche, schlugen aber die Fäden ihres Reformgewebes an Punkten des rein weltlichen Gebietes ein und entsagten geflissentlich dem religiösen Hebel, der gleichwohl in den untern Regionen der wirksamste von allen ist.

Am 1. November 1833 bezog ein unbekannter Candidat der Theologie, J. H. Wichern, mit drei verwahrlosten Kindern, die er auf der Straße aufgelesen hatte, das Rauhe Haus in Horn bei Hamburg. Sein Rettungshaus war ganz auf milde Gaben und Vermächtnisse angewiesen und gedieh als ein Werk der freien Liebe von Jahr zu Jahr. Nicht lange, und es konnten landwirthschaftliche

Arbeiten betrieben, Werkstätten eingerichtet und über hundert Kinder aufgenommen werden. Neben dem Rettungshause erbaute Wichern ein Brüderhaus für junge Männer, die unter seiner Anleitung für seine Zwecke sich ausbilden wollten. Auch zu der Errichtung ähnlicher Anstalten im übrigen Deutschland regte er an, und man gründete sie in verschiedenen Staaten, in Würtemberg allein dreißig. Selbst über die Grenzen Deutschlands drang sein Ruf, fand sein Beispiel Nachahmung. Die französische Ackerbaucolonie von Mettray wurde nach dem Muster des Rauhen Hauses eingerichtet. Wichern selbst verließ mehrmals Horn, um anderswo Bedrängten beizuspringen, und war namentlich in Oberschlesien, als Hunger und Typhus dort unter den armen Webern wütheten.

Dem Kirchentage zu Wittenberg legte er einen Plan der innern Mission vor, zu dessen Ausführung ein Centralausschuß niedergesetzt wurde. Theorien und Probleme, den Gegensatz von Freihandel und Schutzzöllen, von Capital und Arbeit, die Phantasien der Socialisten ließ dieser Plan bei Seite, um das Leben und sein oft entsetzliches Elend allein in's Auge zu fassen. Der Bedeutung der Sache gemäß wurde das Werk selbständig betrieben, theils durch neue Anstalten und Vereine, theils durch bereits bestehende, welche ihren Anschluß vollzogen. Zwei Jahre später arbeiteten für die innere Mission 150 Agenten und 800 Geistliche. Der Zweck dehnte sich aus über Kleinkinderbewahranstalten und Waisenhäuser, Gesellenvereine und Arbeitergesellschaften, Bildungsvereine für Arbeiter, Frauenvereine, Bibel- und Volksschriftenvereine, Krankenvereine, für welche die älteren Diakonissinnenanstalten das Muster abgaben, Enthaltsamkeitsvereine und Sparcassen.

In demselben Geiste wie Wichern wirkte Huber, dieser mit der besondern Absicht, die Conservativen zu überzeugen, daß die Vergesellschaftung, die ihnen für revolutionär gilt, der wirksamste und wohlthätigste Hebel der Neuzeit sei. Durch Reisen, die sich über Holland, Belgien, Frankreich und England ausdehnten, machte er sich mit allen zum Wohl der untern Classe dienenden Anstalten bekannt und empfahl Nichts so angelegentlich, als die Errichtung von Armencolonien, deren einzelne Wohnungen sich um ein Centralgebäude gruppirten, welches Badehaus, Backhaus, Waschhaus sei und den kleineren Gebäuden warmes und kaltes Wasser, Gaslicht und erwärmte Luft zuführe. Er gab die Anregung zu einer Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft, deren Protectorat der Prinz von Preußen übernahm. Die umfassendern

Ideen Huber's, der den Armen unter Anderem auch alle Waaren zu Großhandelspreisen zuführen wollte, wurden von der Gesellschaft auf die Hauptsache beschränkt, auf die Herstellung wohlfeiler und gesunder Wohnungen für Arbeiter. Sie sind eine Nothwendigkeit, wenn einem wirklich grauenhaften Zustande gesteuert werden soll. Die sogenannten wilden Viertel der großen Städte sind die Hauptquartiere von ansteckenden Seuchen, die hier gleichsam permanent bleiben und bei jeder ungünstigen Conjunctur verheerend hervorbrechen. Diese engen Straßen und Hintergassen hegen Verbrecher aller Classen, die in allen Städten, vor allen in Berlin, zu einer wahren Geißel geworden sind. Kommen unruhige Zeiten, so strömen aus ihnen plötzlich blasse, fremdartige Gestalten hervor, deren Dasein man nicht ahnte, weil sie sich selten anders als einzeln und im Dunkel zeigten.

In Deutschland und England baute man kleine Häuser, um den Armen eine eigene abgeschlossene Wohnung zu verschaffen, die der Gesundheit zuträglich ist, den allgemeinen Forderungen des Schicklichen entspricht und einen gewissen Grad von Annehmlichkeit gewährt, damit die Familienglieder durch die Beschaffenheit der Wohnung selbst an ein häusliches Leben gefesselt wären. In Frankreich dagegen konnte man die hergebrachte Prahlerei nicht lassen und errichtete Arbeiterstädte für vierzig bis fünfzig Familien, Casernen, in denen der Arbeiter Alles finden sollte, was er zum Unterhalt bedarf. In der Bevölkerung, für die sie bestimmt sind, haben diese ungemüthlichen Arbeiterstädte wenig Beifall gefunden.

Fünfzehntes Kapitel.

Die materiellen Fortschritte. — Deutschland einigt sich zu einem Handelsgebiete. — Verträge des Zollvereins mit Hannover und Oesterreich. — Einigung über Gewicht, Münzen, Postwesen und Telegraphen. — Die deutsche Wechselordnung, das deutsche Handelsrecht. — Die Telegraphen und Eisenbahnen der Erde. — Die großen Dampfschifffahrtslinien. — Beihülfe der Wissenschaft. — Reid und Maury. — Die statistischen Congresse. — Einwirkung der Entdeckung von Goldfeldern. — Die Actiengesellschaften. — Die industrielle Revolution. — Die Maschinen. — Die Weltindustrieausstellung. — Das Zunftwesen. — Die Wuchergesetze. — Die Sorge für die arbeitenden Classen. — Die Wohlthätigkeitscongresse. — Vorschußvereine und andere Aushülfen. — Die Landwirthschaft. — Die Chemie im Dienste des Ackerbaues und der Industrie.

Sieht man von dem Beitritt des kleinen Braunschweigs ab, so war der Zollverein, nachdem er seinen ersten Abschluß erhalten hatte, stabil geblieben. Er gelangte nicht zur Nordseeküste und ebenso wenig zum Mittelmeer. Im Norden behauptete der Steuerverein, dessen Hauptbestandtheile Hannover und Oldenburg bildeten, seine Selbständigkeit, im Süden schob sich Oesterreich mit einer dreihundert Meilen langen Grenze als Schranke vor. In dem Systeme der drei Gruppen herrschte eine Verschiedenheit, die sich schwer ausgleichen ließ. Der Steuerverein huldigte angeblich einem Freihandelssystem, d. h. er öffnete sich den englischen Fabricaten und bezahlte mit Rohproducten, für die sich eine freie Zulassung zu erbitten er vergaß. Die Finanzzölle des Zollvereins waren in Hannover und Oldenburg unbeliebt, weil sie das Leben

vertheuerten, und Schutzzölle glaubte man nicht zu brauchen, obgleich die berühmten Garne und Leinen des Nordens im Lande selbst durch die englischen verdrängt zu werden anfingen. Das österreichische Zollsystem beruhte auf Verboten und Prohibitivzöllen, durch die aber thatsächlich bloß die Schmuggelgeschäfte geschützt wurden. Man legte Fabriken zum Schein möglichst nahe an der Grenze an und nannte die Waaren, die man massenweise von drüben holte, eigene. Die Arbeit wurde nicht entwickelt, kein intelligenter Arbeiterstand herangebildet, und kenntnißreiche, tüchtige Unternehmer, die gern selbst gearbeitet hätten, konnten gegen die Betrüger nicht aufkommen.

Diese Verschiedenheiten und politischen Voreingenommenheiten machten die ersten Schritte zu einer Einigung erfolglos. Nicht einmal die wechselseitige Erleichterung der Zollabfertigung und die gegenseitige Mitwirkung zum Schutze der beiderseitigen Zolleinkünfte, über die im Herbst 1835 in Teplitz und im Frühjahr 1836 in Wien zwischen preußischen und österreichischen Staatsmännern vertrauliche Verhandlung gepflogen wurde, ließ sich erreichen. Zehn Jahre später, als Krakau in die österreichische Zollgrenze eingezogen wurde, verhandelte man abermals, und mit nicht viel besserem Erfolge, denn die Verabredungen gingen über gewisse unbedeutende Zugeständnisse an den Grenzverkehr nicht hinaus. Dem Steuerverein gegenüber bedurfte es langwieriger Besprechungen, um 1837 endlich eine Art von Gewähr gegen den verderblichen Schmuggelhandel zu schaffen, die jedoch bei der geringen Anzahl der hannöverschen Grenzzollbeamten den Erwartungen nicht völlig entsprach. 1841 erzeugte dann der Abfall Braunschweigs vom Steuerverein einen Bruch, der erst 1845 durch eine Erneuerung der alten Verträge gegen den Schmuggel ausgeglichen wurde. Die Stände Hannovers wollten in dieser Zeit keine Vereinigung mit dem Zollverein, doch aber ein Entziehen ihres Landes vom englischen Einflusse, das durch einen Schifffahrtsbund des nördlichen Deutschlands in's Werk gesetzt werden sollte. Ihre Bestrebungen erreichten indessen ein Ende, als die Regierung mit England einen Handelsvertrag abschloß, der sie zwang, fortan englische Schiffe und Ladungen wie nationale zu behandeln. Nach dem Abschluß dieses hannövrisch-englischen Vertrags ruhte die Zolleinigungsfrage gänzlich, wie dies nicht anders sein konnte, wodurch jedoch nicht ausgeschlossen wurde, daß der Gedanke in Hannover Fortschritte machte und selbst die Regierung sich mit ihm zu befreunden anfing.

Nach 1848 mußten politische Motive einer deutschen Zolleinigung das

Wort reden. Der staatsmännische Gedanke, der schon 1832 in Karlsbad ausgesprochen wurde, „daß man das Volk durch materielle Befriedigung von seinen liebgewordenen Ideen abziehen müsse," war um so stärker zu berücksichtigen, je weiter die Bewegung von 1848 über die von 1830 an Tiefe und Ausdehnung hinausging. Auf den Dresdener Conferenzen war wirklich ein Ausschuß in dieser Richtung thätig, gelangte aber zu weiter Nichts als zu einer Sammlung von schätzbarem Material. Dasselbe wurde einem Bundesausschuß übergeben, der selbst die Befürchtung aussprach, daß die Bundesgesetzgebung ein Ziel nicht erreichen werde, so daß der durch Artikel 64 der Wiener Schlußacte vorgezeichnete Weg der freien Vereinbarung sämmtlicher Bundesstaaten den Vorzug verdiene. Trotzdem arbeitete dieser handelspolitische Ausschuß einen Handelsentwurf aus und legte ihn der Bundesversammlung vor. Die Rückäußerung derselben war der Art, daß ein Resultat in keiner Weise erwartet werden konnte. Nur sieben Regierungen, darunter vier der allerkleinsten, sprachen sich für die Annahme aus, die übrigen stellten entweder Bedingungen, die sich zum Theil widersprachen, oder forderten einen Aufschub, oder waren ohne Instructionen, oder lehnten ab, die einen für jetzt, die andern für immer, weil eine Handelsübereinkunft überflüssig sei.

In Oesterreich hatte man einen solchen Ausgang vorausgesehen und war unablässig thätig gewesen, die Vorarbeiten für eine Zolleinigung zu vollenden. Man gab das bisherige Prohibitivsystem auf und ging zu Schutzzöllen über, die im Tarif den im Zollverein geltenden Sätzen bedeutend angenähert wurden. In einer Denkschrift vom 30. December 1849 erklärte der Handelsminister von Bruck, daß Oesterreich in Zoll und Handel an ganz Deutschland sich vollständig anschließen wolle. An seiner Aufrichtigkeit werde Niemand zweifeln, da es eine gründliche Reform seines gesammten Zolltarifs nachdrücklich in Angriff genommen habe. Die beiden andern handelspolitischen Gruppen seien einer Reform ihrer Gesetzgebung über Zoll und Handel nicht minder bedürftig. Der Tarif des Zollvereins, der lediglich aus dem Jahre 1818 herstamme, sei bei den damaligen unentwickelten Gewerbsverhältnissen noch ausreichend gewesen, genüge aber in seiner Allgemeinheit der reicher entfalteten deutschen Industrie nicht mehr, und insbesondere sei zu beklagen, daß auf den Arbeitswerth der Waaren zu wenig Rücksicht genommen werde. Die niederdeutsche Handelsgruppe an der Nordsee habe ihre eigenthümlichen Wünsche, die auf Minderung der bloßen Finanzzölle, auf Vereinfachung der Zollverwaltung und

der Controle, auf Wegfall der die Durchfuhr und die Flußschifffahrt treffenden Zölle, auf ein liberales ausgedehntes Freilagersystem, auf Schutz der Schifffahrt und des directen Handels hinausgingen. Auch diesen Verhältnissen sei nach Thunlichkeit entgegenzukommen. Der Uebergang in das neue Verhältniß solle allmälig geschehen, um nicht Erschütterungen im Volks- und Staatshaushalte hervorzurufen.

Die öffentliche Meinung nahm diese österreichische Erklärung mit der lebhaftesten Befriedigung auf. Nach der gänzlichen Niederlage der politischen Versuche blieb nur noch die materielle Einigung über. Zog man die großen Interessen des Handels zu Hülfe, so ließ sich der Groll beschwichtigen, den das Ringen um eine große Volkszukunft wachgerufen hatte. Die natürlichen Vortheile einer österreichisch-deutschen Zolleinigung für die innere Entwicklung konnten kaum hoch genug angeschlagen werden. Durch sie erhielt Deutschland eine Mannigfaltigkeit von Bodenculturen, die einen seltenen Reichthum von Stoffen für Lebensbedürfnisse und Industriezweige aller Art gewährleistete, eine Verschiedenheit von Klimaten, die vor Mißernten und deren Folgen zu bewahren geeignet war, eine wahre Massenhaftigkeit menschlicher Anlagen, Neigungen und dadurch bedingter verschiedener Arbeitsfähigkeit, die für alle Zweige menschlicher Thätigkeit ausreichte, und damit in Verbindung eine solche Vielheit von Naturbeschaffenheiten und Bevölkerungen, daß dieser Wechsel für Gewerbe, Industrie und Ackerbau von dem allerwichtigsten Einfluß sein mußte. Beide Theile waren für sich eine Halbheit, vereinigt ergänzten sie sich gegenseitig und hatten dann erst den Landweg zwischen den Meeren des Südens und des Nordens in ihrem Besitz, wie dann auch die Flüsse, die hier von Süden gegen Norden, dort von Westen gegen Osten strömen, gemeinschaftliche Wasserstraßen nach allen Himmelsgegenden wurden.

Preußen nahm das österreichische Entgegenkommen mit Kälte und Abneigung auf. Dieser Staat hatte bei der Bildung des Zollvereins seine politischen Zwecke gehabt und demselben bedeutende finanzielle Opfer gebracht. Sein Vorsitz im Zollverein war mehr als eine Ausgleichung für Oesterreichs Vorsitz am Bundestage, da er einen überwiegenden Einfluß und eine eigentliche Macht gewährte. Eine Stellung, wie man sie errungen hatte und unter fortwährenden Opfern behauptete, ohne Weiteres hinzugeben, war man in Berlin nicht geneigt. Außerdem war die Stimmung nach den erlittenen Demüthigungen eine gereizte geblieben. Die großen Versprechungen von Auf-

30*

schwung von Handel und Verkehr, von denen die österreichischen Vorschläge begleitet wurden, waren ein Grund mehr, daß auf jene Vorschläge nicht gehört wurde. Die preußischen Ultras hingen den Freihandelstheorien mit voller Seele an. Dieser Partei galt die Handelsfreiheit für die beste Politik und für das einzige Mittel, den allzu großen Anwachs des Fabrikinteresses im Westen zu hemmen, welches ihrer Behauptung nach Uebervölkerung, Massenarmuth und Demokratie hervorbringt. Sie meinte aber nicht bloß die Demokratie, sie wollte auch von einer großen und kräftigen industriellen Bevölkerung Nichts wissen, weil diese in den christlich-germanischen Staat, dessen Verwirklichung der Traum jener Partei ist, nicht paßt. Allerdings dachte man auch in Preußen an eine Erweiterung des Zollvereins, die aber nicht gegen Süden, sondern gegen Norden erfolgen sollte.

In Dresden hatten bei den damaligen Conferenzen die Gesandten Preußens und Hannovers die ersten Besprechungen über eine Zolleinigung. Dieselben Bevollmächtigten trafen sich wieder in Magdeburg und schlossen im tiefsten Geheimniß über die Grundlagen ab. Von den Staaten, die mit Preußen zum Zollverein zusammengetreten waren, wurde keiner benachrichtigt. Der Vertrag vom 7. September 1851, die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein betreffend, war für Jedermann eine Ueberraschung. Sein Inhalt war dazu geeignet, die Mißstimmung der Zollvereinsstaaten zu erhöhen, denn Hannover erhielt einen größern Antheil an den Zolleinnahmen, ein sogenanntes Präcipium, eingeräumt, weil die Verzehrung von Colonialwaaren in Hannover um ein, zwei und drei Pfund auf den Kopf stärker sei als im Zollverein, und jenem Staat nicht zugemuthet werden könne, seinen Eintritt in den Zollverein mit einem großen finanziellen Opfer zu erkaufen. Ein zweiter Vorzug bestand darin, daß dem Steuerverein die Nachversteuerung der lagernden Waaren erlassen wurde. Der Tarif wurde für die wichtigsten Colonialwaaren herabgesetzt und eine höhere Besteuerung des Rübenzuckers verabredet. Die industriellen Zölle des Zollvereins nahm Hannover an, und die einzigen wesentlichen Abänderungen, welche in dieser Beziehung eintraten, bestanden in Vergütungen für Schiffsbaumaterialien und in Ermäßigung der Ausgangszölle auf rohe Wolle. Als ein wichtiger, zugleich den Beitritt der Hansestädte erleichternder Fortschritt ist der Uebergang vom Freihafensystem zum Niederlagesystem zu betrachten, der sich durch diesen Vertrag vollzog. Preußen entschuldigte sein einseitiges Vorgehen damit, daß gar kein Resultat möglich

gewesen wäre, wenn man den Weg der Verhandlung betreten und sich so dem Veto der einzelnen Staaten ausgesetzt hätte. Die Entschuldigung war stichhaltig, aber sie bewies Nichts für das Recht Preußens, hinter dem Rücken und doch mit im Namen der andern Staaten einen Vertrag abzuschließen, welcher grundgesetzliche Bestimmungen des Zollvereins abänderte. Es war noch keine Erklärung über den Vertrag erfolgt, als die preußische Regierung den Zollverein kündigte. Die Vereinsregierungen konnten darin nur einen Zwang sehen, der ihre Genehmigung des hannöverschen Vertrags herbeiführen sollte. Es sah nun ganz darnach aus, als ob der alte Dualismus Oesterreichs und Preußens auf dem Handelsgebiet wieder aufleben solle, denn während Preußen seine ehemaligen Verbündeten zu einer gemeinschaftlichen Besprechung nach Berlin berief, erließ Oesterreich eine Aufforderung zu einer Conferenz in Wien.

Für den Wiener Congreß sagte nur eine Minderzahl von Regierungen, darunter drei Königreiche und Baden, ihre Betheiligung zu, die Mehrzahl folgte dem Beispiel Preußens, die Versammlung nicht zu beschicken. Die Verhandlungen wurden am 14. Januar 1852 eröffnet und bewegten sich um zwei österreichische Entwürfe, von denen der eine einen sogleich abzuschließenden Zoll- und Handelsvertrag, der andere einen erst 1859 in's Leben zu führenden Zolleinigungsvertrag zum Gegenstande hatte. Durch die Verhandlungen stellte sich fest, daß der Handelsbund den Regierungen keine Opfer zumuthe, die nicht durch zehnfache merkantile Vortheile aufgewogen werden würden. So lautete auch das Urtheil der Industriellen und der Handelskammern, die preußischen nicht ausgenommen. Alle erklärten sich für die Anbahnung der dereinstigen Zolleinigung mit Oesterreich durch den vorläufigen Abschluß eines Handelsvertrags, und bezeichneten die wirkliche Vollziehung dieser Einigung als ein nicht mehr aus den Augen zu verlierendes Ziel. In dieser Sachlage ergab sich für die Zollvereinsconferenz, die in Berlin unmittelbar nach dem Schlusse der Wiener Verhandlungen tagte, ein doppelter Zweck. Die Verbündeten Preußens im Zollvereine hatten sich über den Septembervertrag zu erklären, und von Preußen war eine entscheidende Aeußerung über die in Wien vereinbarten Vertragsentwürfe abzugeben.

Unter den Zollvereinsstaaten schied sich eine Gruppe ab, deren Angehörige die Verpflichtung zu haben glaubten, in Berlin dahin zu wirken, daß die Ausdehnung des Zollvereins keine einseitige nach Norden hin bleibe. Die in

dieser Gruppe verbundenen Staaten, Baiern, Sachsen, Würtemberg, Baden, beide Hessen und Nassau, verständigten sich in Ministerconferenzen zu Bamberg und Darmstadt. Auf der Berliner Conferenz stellte sich die Lage nun so dar, daß Preußen die neubegründete Einigung des Zollvereins verlangte und erst dann, also nachdem es sich seiner alten Verbündeten wieder versichert habe, Unterhandlungen mit Oesterreich anknüpfen wollte, die Darmstädter Verbündeten aber die Neubegründung verweigerten, wenn nicht die Verhandlungen mit dem Kaiserstaat gleichzeitig so weit gediehen seien, daß man eine Garantie für das Zustandekommen des großen Handelsbundes habe. Da man auf beiden Seiten den eingenommenen Standpunkt behauptete, so erhielten die Berliner Conferenzen den unbefriedigendsten Schluß. Als die Bevollmächtigten schieden, war die Trennung Deutschlands in zwei feindliche Zollgruppen mehr als wahrscheinlich. Preußen schloß mit den seiner Politik folgenden Staaten einen kleinen norddeutschen Zollverein, der über Thüringen nicht hinausreichte, und die Darmstädter Verbündeten schickten sich an, einen Bund mit Oesterreich einzugehen.

Schon waren in Wien abermals Bevollmächtigte versammelt, da erschien am 13. December 1852 von österreichischer Seite der Freiherr von Bruck in Berlin, um über einen Handelsvertrag zu unterhandeln. In wenigen Wochen wurden die Grundzüge entworfen und der Vertrag selbst am 29. Februar 1853 unterzeichnet. Durch den Beitritt der sämmtlichen übrigen Staaten, der am 4. April desselben Jahres erfolgte, wurde sowohl der Vertrag mit dem Steuerverein wie der mit Oesterreich zum Gesetz erhoben. In dem österreichischen Vertrage verpflichteten sich die beiden Theile, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei die Ausfuhr, Einfuhr oder Durchfuhr treffende Verbote zu hemmen und keine dritten Staaten hinsichtlich der Zölle günstiger zu behandeln. Erhöhungen des einen Tarifs sollten auf die Zwischenzollsätze der vertragschließenden Staaten ohne Einfluß bleiben, von Ermäßigungen aber dem andern Theil drei Monat vor dem Eintritt der Bestimmung Nachricht gegeben werden, wo es diesem dann freistehe, zu einem erhöhten oder ermäßigten Zwischenzoll zu greifen. Der schwierigste Punkt, die Wahrung der Autonomie in der Tarifgesetzgebung, war damit glücklich erledigt. Ausfuhrzölle sollten mit wenigen Ausnahmen nicht erhoben werden, eine Menge von Waaren eine ganz zollfreie Einfuhr genießen, das System von Ursprungszeugnissen nur für Eisen gelten. Völlige Gleichheit wurde verabredet in der

Seeschifffahrt zwischen Häfen des gegenseitigen Gebiets, in der Benutzung der natürlichen und künstlichen Wasserstraßen, der Staatswege und Eisenbahnen. Im Grenzverkehr traten so bedeutende Erleichterungen ein, daß die unmittelbar an einander stoßenden Gebiete davon die wesentlichsten Vortheile zogen. So dehnte sich jetzt die deutsche Handelseinheit bis an die Nordsee aus, wo nur noch wenige kleine Staaten außerhalb ihres Kreises blieben, und gewann zugleich das Mittelmeer und die untere Donau. Für die kleine Industrie der beiden Zollgebiete, die ihre Lager nach den Jahrmärkten zu führen pflegt, fielen die Zollschranken schon mit dem Augenblicke, wo der Handelsvertrag in Vollzug gesetzt wurde. Auch der großen Industrie öffnete sich durch die mäßigen Differentialzölle, die in vielen Fällen sogar sehr niedrig waren, das jenseitige Gebiet. Diese Differentialzölle sind recht eigentlich Prämien für die deutsch-österreichischen Fabrikanten gegen die ausländischen.

In einem besondern Paragraph des deutsch-österreichischen Vertrags war das Versprechen enthalten, daß man in Unterhandlungen über eine allgemeine deutsche Münzconvention eintreten werde. Die Ausführung verzögerte sich allerdings bis zum Jahre 1856, erfolgte dann aber in dem Maße, das der Verkehr für seine Zwecke wünschen mußte. Man führte das Zollpfund als ausschließliches Münzgewicht ein, hielt an der reinen Silberwährung fest und verabredete Vereinsmünzen in Silber und in Gold, Thaler und Kronen, welche letzteren jedoch nur als Handelsmünzen erscheinen. Den Vereinsmünzen in Silber legte man in allen Vereinsstaaten gleiche Berechtigung wie den Landesmünzen bei. Durch die Annahme des Zollpfundes als Gewichtseinheit schloß man sich an das im Handels- und Zollwesen bereits gültige Gewicht an und brachte das Gewichtsmaß mit dem Werthmaße in eine die Vergleichung und Rechnung fördernde Einheit. Eine Vorschrift des Vertrags, daß kein Staat Papiergeld mit Zwangscours ausgeben dürfe, falls nicht Einrichtung getroffen wäre, daß dasselbe jederzeit auf Verlangen des Inhabers gegen vollwerthige Silbermünzen umgetauscht werden könne, führte die Papiernoth ihrem glücklichen Ende zu. Das gemeinsame Handelsgewicht, das man im Zollpfunde besaß, zum Landesgewicht der einzelnen Staaten zu machen, verzögerte sich lange, nicht daß die Regierungen gegen einen Gewichtswerth, dessen sie sich bei allen ihren Zollstätten bedienten, Einwendungen gemacht hätten, sondern weil sie dem Verkehr die Opfer, die sich mit jeder Aenderung im Gewichtswesen verbinden, nicht zumuthen mochten. Auch in dieser Beziehung

gab die Ausdehnung des Zollvereins eine stärkere Anregung und brachte den im Interesse der Einheit liegenden Fortschritt. Daß Oesterreich sein Wiener oder niederösterreichisches Gewicht für den Handelsverkehr beibehielt und auf den Gesammtstaat ausdehnte, enthielt keine eigentliche Abweichung, da der Wiener oder niederösterreichische Centner von hundertundzwölf Pfund dem Zollcentner von hundert Pfund bis auf einen Bruchtheil von einem Zweitausendstel eines Pfundes gleich ist.

Bis zum Jahre 1848 galten in den verschiedenen deutschen Gebieten einundzwanzig mehr oder minder abweichende Wechselordnungen. Das österreichische Wechselrecht war Gesetz für elf, das preußische für beinahe zehn, das Leipziger für sechs, das französische für fünf, das bairische für drei Millionen Menschen. Gar kein Wechselrecht gab es in verschiedenen Staaten, die zusammen beinahe drei Millionen Einwohner hatten. Diese Buntscheckigkeit war in der Natur des Wechsels nicht begründet, im Gegentheil würde nicht bloß Deutschland, sondern die ganze Welt ein und dasselbe Wechselrecht besitzen, wenn die Bedürfnisse des Handels als die Norm der Gesetzgebung Anerkennung fänden. Waren die früheren Zolllinien mit ihren mannigfachen Belästigungen für den Handel ein großes, tiefempfundenes Uebel gewesen, so hatte man die Tarife und Schlagbäume doch sichtbar vor Augen gehabt und sich vor Schaden bewahren können, wogegen die große Menge der ungleichförmigen Wechselrechte in ganz Deutschland fast unsichtbar im verworrenen Dunkel ihre schlimmen Wirkungen übte. „Diese mannigfaltigen Wechselrechte in Deutschland waren dem Kaufmann das geworden, was dem Seefahrer die unter dem Meeresspiegel verborgenen Klippen und Felsenriffe sind, und doch sollten sie ihm nach der Absicht jeder deutschen Regierung ein Sicherheitshafen und ihren Unterthanen überhaupt ein Heber des Credits, der Industrie und des Wohlstandes sein." (Dedekind.) Dieser von dem particularen Wechselrechte völlig verfehlte Endzweck konnte nur durch ein allen deutschen Staaten gemeinsames Wechselrecht erreicht werden. Sowohl die wissenschaftlichen als die praktischen Bedenken gegen dasselbe wurden von Rechtsgelehrten und Fachmännern eingehend erörtert und als unbegründet nachgewiesen. Auf dem geebneten Boden errichteten die Regierungen die allgemeine deutsche Wechselordnung, das erste ein ganzes Rechtsgebiet umfassende Gesetz privatrechtlichen Charakters, zu dem Deutschland seit der Auflösung seines uralten Reichsverbandes gelangt ist. In Conferenzen zu Leipzig wurde diese Ordnung be-

rathen, vom Frankfurter Parlament in Bausch und Bogen angenommen und von den einzelnen Regierungen, von Preußen und Oesterreich auch in ihren nichtdeutschen Landestheilen, verkündigt.

Die deutsche Wechselordnung bahnte ein deutsches Handelsrecht überhaupt an. Die materiellen Nachtheile der bisherigen Vielseitigkeit lagen so auf der Hand, daß sie nicht abgeleugnet werden konnten. Jeder Verkehr, der sich über die Grenzen des eigenen Staats hinausbewegte, litt unter der Rechtsungleichheit. Eine Waare, die von Hamburg nach Frankfurt am Main verführt wurde, ging vielleicht durch zwölf Rechtsgebiete mit den verschiedensten Bestimmungen. Je nachdem in dem einen oder andern dieser Staaten ein Proceß über diese Waare entstand, war der Ausgang in vielen Fällen ein ganz verschiedener. Ein Staat ließ eine bestimmte Schadenklage zu, ein anderer wies sie ab, der eine hatte diese, der andere jene Beweistheorie, die Proceßformen, die Fristen wichen von einander ab. Bei dieser Sachlage ließ Mancher die bestbegründeten Ansprüche fallen, wenn er sie nicht im Inlande verfolgen konnte. Ja die Gerichte einzelner deutschen Staaten verweigerten die Vollziehung von Urtheilen, die im Auslande gefällt worden waren, wenn man sie nicht in den Stand setzte, die Verhältnisse der streitenden Theile aus eigener Kenntniß zu beurtheilen. Den vielen Stimmen, die immer und immer wieder eine gründliche Beseitigung dieses Zustandes durch ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch forderten, wurde 1856 endlich die Befriedigung zu Theil, daß die Regierungen Conferenzen nach Nürnberg ausschrieben. Aus ihren Berathungen wird, wie wir nicht mehr zweifeln, ein deutsches Handelsrecht und ein deutsches Seerecht hervorgehen.

Nicht ganz so bunt wie die verschiedenen Wechselgebiete, aber doch zum Nachtheil des Verkehrs sehr verschiedenartig, waren die deutschen Postgebiete. Es gab deren nicht weniger als fünfzehn, von denen das preußische sieben, das von Thurn und Taxis sechzehn deutsche Staaten umfaßte. In der Vielheit der Systeme hatte sich ein Briefpostwesen ausgebildet, das wie ein Pasquill auf die deutsche Einigkeit aussah. Jeder einzelne Bundesstaat erhob von den durch sein Land gehenden Briefen einen Durchgangszoll, dessen Höhe mit der geringen Mühe der Weiterbeförderung in keinem richtigen Verhältniß stand. So ziemlich jedes Land oder Ländchen hatte sein besonderes Taxsystem, andere Verschiedenheiten und die Ungleichheit der Landesgewichte und Landesmünzen kamen hinzu, und hatte selbst ein gewiegter Postbeamter bei

der Berechnung von Briefen, die durch verschiedene Länder gegangen waren, große Mühe, so war der Absender oder Empfänger eines Briefes der Willkür anheimgegeben. Hätte man die Absicht gehabt, den Briefverkehr im Innern der deutschen Bundesstaaten zu erschweren, so würde man die Aufgabe kaum besser haben lösen können, als durch dieses System.

Zur Hebung der großen Uebelstände bot sich derselbe Weg dar, den man bei der Gründung des deutschen Zollvereins behufs der Entfernung ähnlicher Beschwerden so erfolgreich betreten hatte. Im März des Jahres 1847 luden Oesterreich und Preußen zu Postconferenzen ein, die in Dresden abgehalten wurden, allein über die Aufstellung eines Entwurfs nicht hinausgingen, weil die welterschütternden Ereignisse des Jahres 1848 dazwischen kamen. Drei Jahre später in demselben Märzmonat verabredeten österreichische und preußische Bevollmächtigte in Berlin die Bildung eines deutsch-österreichischen Postvereins, der das gesammte Staatsgebiet der deutschen Staaten, Preußens und Oesterreichs, aber außerdem kein nichtdeutsches Gebiet umfasse. Am 6. April desselben Jahres wurde der Postvertrag abgeschlossen und erhielt durch den Beitritt der übrigen deutschen Staaten für eine Bodenfläche von 21,476 deutschen Geviertmeilen mit 72,655,000 Menschen Geltung. Jene eben erwähnten Uebelstände hörten nun auf, die Tarife wurden nach dem Vorgang anderer Länder ermäßigt, die geschäftliche Behandlung und insbesondere die Abrechnung ungemein erleichtert, das Transitporto für den Briefwechsel innerhalb des Vereins aufgehoben. Eine zweite und dritte Conferenz führten zu einer Vereinbarung über eine Reform des Fahrpostsystems, die der Schlußstein war, der zur Vollendung des Postvereins eingesetzt wurde. Nachdem die Grundsätze über die Behandlung des Briefpostwesens auf die Fahrpost ausgedehnt worden sind, erscheint das Postwesen nun im Postverein so geordnet, wie in einem einzigen Staate.

Nach denselben Grundsätzen wie beim Postvereine ist man bei der Bildung des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins verfahren. Die Erfindung des elektro-magnetischen Telegraphen, eine der größten der Neuzeit, ist dadurch Jedermann zur Benutzung überliefert worden. Bestehen noch Mißstände, zu denen wir in erster Reihe die zu geringe Anzahl der Drähte und die ungenügende Geheimhaltung der Privatdepeschen rechnen, so ist durch die Bereitwilligkeit, mit der der Verein zu der Erfüllung der Wünsche eines geringeren Depeschenporto's und einer Abstufung desselben von zehn zu zehn Worten die Hand bot, der Beweis gegeben, daß er sich dem Bedürfniß nach Reformen nicht

verschließt. Die Ausdehnung des Netzes war bisher eine außerordentliche. Der deutsch-österreichische Telegraphenverein umfaßte am 1. Januar 1856 bereits 234 Stationen und 2317 geographische Meilen Telegraphenlinien mit einer, zwei und mehreren Drahtleitungen. Die Gesammtlänge derselben betrug 3889 geographische Meilen. Ueber zwei Drittheile der Telegraphenlinie liegen innerhalb der Grenzen Preußens und Oesterreichs. In Oesterreich hatten die Linien eine Länge von 951 geographischen Meilen mit 1315 geographischen Meilen Drahtlänge. Die Länge der preußischen Linien belief sich nur auf 915 geographische Meilen, aber die Länge der Drähte betrug 1378 geographische Meilen, war also größer als in Oesterreich, weil in Preußen eine umfangreichere Benutzung der Telegraphen stattfindet, wodurch eine bedeutende Vervielfältigung der Drähte bedingt wird. Die Zahl der Stationen war in beiden Staaten eine ziemlich gleiche, denn sie belief sich in Oesterreich auf 69 und in Preußen auf 67. Baiern besaß 261 geographische Meilen Telegraphenlinien mit 32 Stationen und 395 geographischen Meilen Drahtlänge, Hannover 142 mit 19 Stationen und 214 geographischen Meilen Drahtlänge, Sachsen 78 mit 9 Stationen und 100 geographischen Meilen Drahtlänge, Baden 72 mit 7 Stationen und 151 geographischen Meilen Drahtlänge, Würtemberg 45 mit 5 Stationen und 62 geographischen Meilen Drahtlänge, Mecklenburg-Schwerin 22 mit 5 Stationen und 30 geographischen Meilen Drahtlänge, Holland 142 mit 19 Stationen und 214 geogr. Meilen Drahtlänge. Die übrigen deutschen Staaten besaßen keine eigenen Telegraphenlinien; die auf ihrem Gebiete befindlichen Telegraphenanlagen waren Theile von Linien der größeren Nachbarstaaten. Nach nordamerikanischen Angaben waren an über Land führenden Telegraphen um dieselbe Zeit in der ganzen Welt fertig vorhanden oder im Bau begriffen: in den Vereinigten Staaten 32,000 englische Meilen, in Süd-Amerika 1500, in Europa 37,900 und in Ostindien 5000 englische Meilen.

Die Verbindung solcher Länder, welche von Meeren getrennt werden, durch den elektrischen Faden zu bewerkstelligen, wurde bis auf die neueste Zeit von Vielen für unmöglich gehalten. Man hielt mancherlei entgegen: die tiefen und abschüssigen Stellen, welche im Meere vielfach vertheilt sind, die scharfen Felsen, die mit zerreibendem Triebsand gefüllten Flächen, auf die man hier und da stößt, die Gewalt der Strömung, endlich die Gefahren, welche ankernde Schiffe mit ihren Ankern drohen. Nicht einmal ein unter-

seeischer Draht auf der kurzen Strecke von Dover nach Calais sollte ausführbar sein, weil man in der Mitte des Canals ein tiefes unterirdisches Thal mit beweglichen Sandrinnen treffen werde. Die Erfahrung widerlegte alle diese Einwürfe siegreich. Am 28. August 1850 lag der erste Draht zwischen Frankreich und England, und wenn er auch zerriß, so hielt doch der zweite. Man führte nun andere unterseeische Linien aus, verband Frankreich über Sardinien, Corsica und Italien mit Algier und wagte sich sogar an den Versuch, über den unermeßlichen atlantischen Ocean eine elektrische Brücke zu schlagen.*)

In dem Vierteljahrhundert, das verfloß, seit in den Bau der Schienenwege Energie kam, wurden Eisenbahnlinien vollendet, die den Umfang der Erde am Aequator, wo er am größten ist und 5400 deutsche Meilen beträgt, um mehr als das Doppelte übertreffen, und man wendete an diese Linien Summen, welche etwa den dritten Theil der Staatsschulden sämmtlicher europäischer Staaten ausmachen. Wenn einige der jetzt projectirten Bahnen vollendet sind, so braucht ein Reisender, wenn er diese Linien und die der Dampfschiffe benutzt, zu einer Fahrt um die Welt, ohne irgend Etwas von seinen behaglichen Lebensgewohnheiten zu opfern, wenig mehr als ein Vierteljahr, nämlich genau 100 Tage. Wie es die Verhältnisse mit sich brachten, begann man den Bau der Eisenbahnen in den Flächen, schritt nur zögernd in das Hügelland vor und machte vor dem riesigen Labyrinth der Alpen, das von Lyon beinahe bis Wien, von München fast bis nach Mailand reicht,

*) Die bestehenden unterseeischen Telegraphen sind die folgenden:

	Länge in Kilometern (etwa eine Viertelstunde).
Von Dover nach Calais	39
Sanct Georgscanal	103
Dover und Ostende	113
Suffolk und Haag	214
Fühnen und Seeland	26
Schottland und Irland	40
Helder und Neudiep	8
Neubraunschweig und St. Georgsinseln	240
Spezzia und Corsica	145
Corsica und Sardinien	19
Varna und Balaclava	640
Seeland und Schweden	9
Sardinien und Algier	200
Atlantischer Telegraph	4044

lange Halt. Epochemachend wurde der Bau der österreichischen Bahn über den Semmering, der im Jahre 1850 kräftig in Angriff genommen und glücklich durchgeführt wurde, obgleich man in einer fast unbewohnten Wildniß, wo es nirgends ein Dorf und kein beackertes Feld gibt, für mehr als 16,000 Arbeiter Wohnungen und Vorrathshäuser, Kalköfen und Ziegelbrennereien, Werkhäuser und Maschinengebäude schaffen, in einer meistens lockeren und unzuverlässigen Masse die schwierigsten Arbeiten ausführen, Brücken, Viaducte, Einschnitte, Galerien, Einwölbungen und Tunnels bauen, Steigungen von 1 auf 40 Fuß besiegen und sich zu den engsten Bogen, die man bisher für möglich gehalten hatte, entschließen mußte. Durch diese Bahn wurde das Problem der Ueberschreitung hoher Alpenrücken gelöst, und auf den gewonnenen Erfahrungen fußend, machten sich Sardinien und die Schweiz an's Werk, wetteifernde Straßen durch die höchsten Gebirge in der Nähe von Gipfeln und Hörnern zu brechen, die das ganze Jahr lang in einem weißen Schneekleide dastehen.

Das Jahr 1833 war das erste, in dem die Länge aller Eisenbahnen der Erde eine Ausdehnung von mehr als 100 Meilen erreichte, und von da an war die Zunahme eine reißende. Am Ende des Jahres 1856 hatte Deutschland einschließlich Oesterreichs 1582 Meilen Eisenbahn fertig, für die 720 Millionen Thaler verausgabt worden waren. Von den europäischen Staaten war uns bloß England mit 1800 Meilen voran, in der übrigen Welt bloß noch die nordamerikanische Union mit 5322 Meilen. Nach Deutschland reihten sich ein Frankreich mit 878, das englische Nordamerika mit 369, Belgien mit 231, Rußland mit 132, Cuba mit 100, Sardinien mit 96 und Spanien mit 78 Meilen. Den letzten Platz unter allen den Staaten, welche überhaupt Eisenbahnbauten unternommen hatten, behauptete der Kirchenstaat, denn besaßen, um die am meisten zurückgebliebenen Staaten zu nennen, Neapel und Neugranada je elf deutsche Meilen Eisenbahn, Norwegen, Peru und die Capcolonie je 9 und Brasilien 5, so hatten die dem Papst unterworfenen Gebiete nicht mehr als drei. Die Länge aller Eisenbahnen der einzelnen Welttheile stellte sich in Amerika auf 5849, in Europa auf 5003, in Afrika auf 62, in Asien auf 60 und in Australien auf 30 deutsche Meilen. Verausgabt wurden für diese 11,004 Meilen Schienenwege in Europa 3900, in Amerika 1380, in Asien 20, in Afrika 14 und in Australien 7 Millionen Thaler. Dem großen Verkehr von Meer zu Meer

dienten zwei Eisenbahnen, diejenige, welche englische Capitalisten von Suez nach Alexandrien führten, und die, welche Amerikaner über die Landenge von Panama bauten. Eine nicht ferne Zeit wird den Bau von Weltbahnen sehen, welche die Halbinsel des Ganges mit Europa und die westliche Abdachung des nordamerikanischen Continents mit der östlichen verbinden sollen.

Wo der Eisenbahnwagen Halt machen muß, beginnt die Herrschaft des Dampfschiffes. In demselben Vierteljahrhundert, in dem man das feste Land mit Schienen belegte, wurde die Hülfe des Dampfes für Dampfschiffslinien auf dem atlantischen Ocean, der Südsee, dem indischen Ocean und dem Meere von Australien in Anspruch genommen. Die transatlantische Dampfschifffahrt datirt vom Jahre 1838. Zum ersten Male trotzten zwei englische Dampfschiffe von Bristol und Cork aus dem Vorurtheil, daß man mit Dampfkraft nicht nach Amerika fahren könne. Beide Versuche gelangen unter den ungünstigsten Umständen. Durch sie wurde bewiesen, daß man in vierzehn Tagen von England nach Nordamerika und in nicht ganz dreizehn Tagen zurückgelangen könne. Die englische Regierung schloß nun einen Vertrag zur Herstellung einer regelmäßigen Verbindung zwischen ihren Häfen und jenen der Vereinigten Staaten. Eine zweite Linie entstand für die Antillen, Mittelamerika und Brasilien, an die eine dritte für die südamerikanische Westküste sich anschloß. Früher schon hatte man zahlreiche Linien zwischen England und den Haupthäfen des südlichen Europas organisirt, die man auf das schwarze Meer, das rothe Meer, den indischen Archipel und die Gewässer Australiens ausdehnte. Ceylon ist das Stelldichein für die Dampfschiffe, welche zwischen allen handelswichtigen Küstenplätzen jener fernen Meere hin und her fahren. Auf diesen kolossalen Verbindungslinien herrscht eine solche Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit, daß eine Geschwindigkeit der Beförderung erzielt wird, die dem Menschenalter vor uns als zauberhaft erschienen sein würde. Kleinere Gesellschaften sorgen für einen regelmäßigen Dienst zwischen England und der Westküste von Afrika, Calcutta und Sidney um das Vorgebirge der guten Hoffnung herum. Ihre Schiffe besuchen alle englischen Niederlassungen am atlantischen Ocean und im indischen Meere.

In der Periode vor dem türkisch-russischen Kriege, die hier als Grenze angenommen wird, begnügten sich die Vereinigten Staaten mit drei Linien zwischen ihrem Welttheil und Europa und mit einer vierten, die einen regelmäßigen Verkehr mit Californien vermittelte. Wie England so unterstützte

auch die Union die große Dampfschifffahrt von Staats wegen, 1848 mit 100,000, 1852 aber mit 1,896,250 Dollars. Da diese Unterstützung in Deutschland fehlte, so konnten die Verbindungen durch Dampfer, die in Bremen und dann in Hamburg mit Nordamerika angeknüpft wurden, anfänglich keinen Gewinn abwerfen. Man harrte indessen aus und wurde durch die Interessen, zu denen unser Auswanderungswesen den Grund gelegt hat, in so weit unterstützt, daß man die Linien aufrecht erhalten konnte. Frankreich hatte bis zu seinem modernen Kaiserthum, vom Mittelmeer abgesehen, auf keinem Ocean ein einziges Dampfboot, und seine Briefe, seine Waaren, seine Reisenden waren genöthigt, ihre Zuflucht zu der englischen und amerikanischen Flagge zu nehmen.

Was die moderne Wissenschaft für den großen Verkehr auf dem Meere that, bestand in den beiden großen Diensten, die Schifffahrt ungefährlicher zu machen und ihr nachzuweisen, wie sie an Zeit sparen könne. Zu dem ersteren Fortschritt legte eine durchaus nicht auf praktische Zwecke berechnete Arbeit eines deutschen Gelehrten den Grund. In seinen meteorologischen Untersuchungen hatte Dove 1837 das allgemeine Gesetz nachgewiesen, dem die Bewegungen der Luft folgen und insbesondere das Verhältniß, das die beiden großen Luftströmungen der Welt, die äquatoriale, die von Süden gegen Norden geht, und die polare, die umgekehrt die Richtung von dem Norden nach dem Süden innehält, gegen einander beobachten, scharfsinnig entwickelt. Seine Erfahrungen und Beobachtungen zeigten ihm, daß das Drehungsgesetz der Winde bei den stärkeren Luftströmungen, die wir als Stürme bezeichnen, ebenfalls wiederkehre. Ein Jahr nach dem Erscheinen seines Buchs legte die englische Regierung an verschiedenen Punkten ihrer weitzerstreuten Besitzungen Beobachtungsstationen an, denen aufgegeben wurde, die Tagebücher der Schiffe zu sammeln und alle darin enthaltenen Bemerkungen über den Zeitpunkt, wann ein Sturm eingetreten ist, wie über seine Richtung und Stärke zusammenzustellen. Durch die Benutzung dieser Tagebücher gelangte man dahin, förmliche Sturmkarten zu entwerfen, durch die man den Ort, wo ein Sturm zuerst bemerkbar wurde, das Gebiet, über das er sich ausbreitete, seine Grenzen auf beiden Seiten und seinen Endpunkt genau kennen lernte. Bei der Vergleichung dieser Karten gewahrte man, daß jeder Sturm ein fortschreitender Wirbelwind ist, der sich innerhalb der Tropen auf der nördlichen Halbkugel von rechts nach links, auf der südlichen

von links nach rechts dreht und hier wie dort die Richtung nach dem eigenen Pol nimmt, also bei uns nach Norden, jenseits des Gleichers nach Süden gerichtet ist. Sobald man dies gefunden hatte, konnte Reid durch sein schönes Werk über das Gesetz der Stürme die Schiffer belehren, wie sie grade in den gefährlichsten Gewässern, z. B. im chinesischen Meere, wo die Typhons wüthen, Stürmen ausweichen, oder, wenn sie einmal davon erfaßt sind, aus dem verderblichen Luftwirbel hinauskommen können.

Während Reid auf den Bermuden arbeitete, gelangte ein Lieutenant der nordamerikanischen Marine, Maury, ebenfalls an der Hand der Wissenschaft und durch die Vergleichung von vielen Schiffstagebüchern zu den werthvollsten Aufschlüssen über das Ineinandergreifen der Strömungen in den Wässern und in den Lüften. Er hatte längst die Consequenz getadelt, mit der die Schiffer seit Jahrhunderten immer auf denselben schmalen Wegen die Meere durchschneiden. Weil es die Gewohnheit einmal so wollte, durchmaß jedes Fahrzeug, das von den Vereinigten Staaten nach dem Vorgebirge der guten Hoffnung segelte, den atlantischen Ocean ziemlich dreimal. „Die andern Theile des Meeres zur Seite des Wegs waren leere, nie befahrene Räume. Alle Schiffe segelten auf der einen Straße hin und kehrten auf der andern zurück. Hier und da gab es noch eine Art von Querstraße, einen Feldweg, den Räuber und allerlei verdächtiges Gesindel auf ihrer Fahrt von Afrika nach Westindien hin und her benutzten. Aber der ganze übrige Ocean zu beiden Seiten des Wegs war auf Hunderte von Meilen leer und schien so unbesucht und abgelegen von allem Verkehr gebildeter Menschen, wie die Einöden der Wildniß, welche von den Wegspuren, denen die Auswanderer nach Oregon folgen, weit abliegen." (Maury, Segelrichtungen und Erläuterungen zu den Wind- und Stromkarten.) Er wies nun neue Seestraßen nach, auf denen der Schiffer, wenn er sie benutzt, seinen Weg bedeutend abzukürzen vermag. Von nun an wußte der Steuermann, wo er in das Gebiet der Windstillen einzutreten, wo er den Gleicher zu schneiden hat, wo er einen vortheilhaften Meeresstrom, wo einen günstigen Wind erwarten darf, nach welcher Seite und wie weit er ablenken muß, wenn er unvermuthet auf Gegenwind trifft. Zum Theil liefen seine Straßen in ganz anderer Richtung als die hergebrachten, denn während der Weg, den die englische Admiralität noch vor Kurzem den von Australien heimkehrenden Fahrzeugen anwies, gegen Norden und durch die gefährliche Torresstraße führte, ließ Maury sie südwärts von Neuseeland gehen und ersparte ihnen

dadurch wenigstens fünfzig Tage. Nach seinen Anleitungen legte ein reines Segelschiff den ungeheuren Raum zwischen Port Philipp und Callao in siebenunddreißig Tagen zurück, brauchten fünf schnellsegelnde Klipper, indem sie aus ihrer Fahrt ein Wettrennen machten und oft tagelang Raaen an Raaen liefen, von New-York bis San Francisco durchschnittlich dreiundneunzig Tage.

Die wissenschaftlichen Resultate, welche Maury gewann, sind sicher genug, um zu dem Ausspruch zu berechtigen, daß jetzt die Elemente, welche bisher für die unzuverlässigsten galten, Wind und Wellen, mit großer Genauigkeit berechnet werden können. Freilich gilt dies nicht für alle Gegenden des Meeres, und um die noch vorhandenen Lücken auszufüllen, veranlaßte Maury eine allgemeine Conferenz der Seestaaten, welcher er seine Vorschläge zu Beobachtungen vorlegte, die von den Schiffern nach einem gleichförmigen Plane anzustellen sind. Auf dieser Zusammenkunft erschienen Vertreter von Frankreich, England, Rußland, Schweden und Norwegen, Holland, Dänemark, Belgien und den Vereinigten Staaten, und nahmen nach Verhandlungen, die am 23. August 1853 und an den folgenden Tagen stattfanden, die Vorschläge Maury's an. Später erklärten sich auch Preußen, Oesterreich, Hamburg, Bremen, Spanien, Brasilien und Chili für die Annahme desselben Systems von nautischen Aufnahmen. Die unzähligen Beobachter, welche von nun an alle Meere füllen, lassen auf eine Unmasse von Angaben hoffen, die alle bei der Sternwarte der Marine in Washington, welcher Maury als Director vorsteht, zusammenströmen, geprüft und als Glieder einer Kette werden aneinander gereiht werden.

Als die von Maury veranstaltete Conferenz in Brüssel abgehalten wurde, trafen eben Statistiker verschiedener Länder dort ein, die sich ein Stelldichein zu gemeinschaftlichen Berathungen gegeben hatten. Sie waren Vertreter statistischer Vereine, die noch mit den bescheidensten Ansprüchen auftraten, aber doch schon die Aufmerksamkeit aller der Zweige menschlicher Thätigkeit erregten, welche wie der Handel, die Landwirthschaft und die Industrie mit dem Ausgangspunkte ihrer Thätigkeit auf statistischen Forschungen ruhen. Von den Regierungen durften die Versammelten eine Förderung ihrer Zwecke schon um deswillen erwarten, weil die Statistik, die man früher als eine rein theoretische Wissenschaft betrachtet hatte, für die hervorragendsten praktischen Zwecke der Gesellschaft angewendet wurde, und sich dadurch zu einem wichtigen Platze in der Regierungskunst erhoben hatte, daß sie der Staatsverwaltung zur Würdi-

gung der Wirkung bestehender Einrichtungen und Gesetze wie zur Darbietung der Elemente für neue Maßregeln unaufhörlich zu Hülfe kam. Auf jener Brüsseler Zusammenkunft sollten die statistischen Arbeiten so in ein System und in Zusammenhang mit einander gebracht werden, daß die Regierungen der einzelnen Staaten neben ihren statistischen Behörden Vereine von einem nichtamtlichen Charakter, die mit jenen in Verbindung ständen, entstehen ließen, daß jede Provinz einen statistischen Ausschuß, jeder Staat eine Centralstelle erhalte, und daß ein allgemeiner europäischer Congreß, in dem alle statistischen Arbeiten gipfelten, die Vermittlung zwischen den Vereinen und den Behörden übernehme, um im Interesse der allgemeinen Statistik die wünschenswerthe Gleichförmigkeit in der Aufnahme und Veröffentlichung des statistischen Materials herzustellen.

Jene Versammlung war der erste statistische Congreß und hatte als solcher mehr einen vorbereitenden Charakter. Die zweite Versammlung wurde in Paris abgehalten, doch drückte auf ihr ein schwüler amtlicher Ton und die Nationaleitelkeit machte sich überall geltend. Da schlagende Beispiele von der Unzuverlässigkeit statistischer Angaben beigebracht wurden, so berieth man vorzüglich, wie man sowohl auf dem platten Lande, wo man in allen Ländern ohne Ausnahme an dem Mißtrauen des Landmannes scheitert, wie in den großen Städten, deren Leben und Treiben man trotz der polizeilichen Maßregeln nur sehr ungenau kennt, zu sichern Grundlagen gelangen könne. Für den dritten Congreß wurde Wien ausersehen, und dieses Mal erschienen 487 Theilnehmer. Man bewegte sich mit mehr Sicherheit als früher, da man mit den Gegenständen bereits vertraut war, und erhielt insbesondere durch die Berichte einzelner Mitglieder über die Fortschritte in ihrer Heimath dankenswerthe Aufschlüsse hinsichtlich der augenblicklichen Lage der Statistik in allen Hauptländern Europas. Zu den Beschlüssen des Congresses gehörte auch der, einen internationalen Ausschuß von etwa sieben Mitgliedern, der seinen Sitz in Wien habe, zu ernennen und mit einer in alle Einzelheiten eingehenden vergleichenden Zusammenstellung der Strafgesetzgebungen Europas und der Vereinigten Staaten zu beauftragen. Fernere Beschlüsse betrafen die allgemeine Einführung der Todtenschau und die Angabe der Todesursachen, den Entwurf einer Statistik der Creditanstalten und Actiengesellschaften, endlich die Aufnahme aller über 3000 Fuß hoch gelegenen bewohnten Orte, mit Beziehung auf das Vorkommen der Lungenschwindsucht, wie ferner aller von

einer bösen Luft heimgesuchten Gegenden. Eine besondere Berathung der Vertreter der deutschen Regierungen, welche auf die Sitzungen des Congresses folgte, ergriff eine nationale Initiative für die deutsche Statistik und regte namentlich den Gedanken an, eine gewisse Vertheilung der Arbeiten unter die einzelnen statistischen Anstalten einzuführen.

Indem wir jetzt ein ungeheures Gebiet betreten, auf dem der zuverlässige statistische Führer zur Zeit noch fehlt, und zu zeigen versuchen, welche Formen und Dimensionen die materielle und industrielle Bewegung unsrer Tage angenommen hat, müssen wir auf Vollständigkeit oder auch nur Ausführlichkeit von vornherein verzichten. Es wird uns genügen, die hebenden und treibenden Kräfte wie ihr Zusammentreten zu einem die ganze Erde umfassenden Ganzen menschlicher Arbeit und menschlichen Fleißes kennen zu lernen, wobei wir nicht einmal im Zusammenhange erzählen können, vielmehr die Verhältnisse des fernsten Ostens einem spätern Kapitel zuweisen müssen, weil sie von den politischen Ursachen, durch die sie hervorgerufen wurden, nicht zu trennen sind.

Während Europa in Revolutionswehen lag, vollzog sich die Einverleibung Californiens in die Vereinigten Staaten. Man schätzte die neue Erwerbung, weil ihre Lage dem Handel mit China, den Inseln des stillen Meeres, dem westlichen Mexico, Centralamerika, Südamerika und den russisch-amerikanischen Besitzungen ungemein begünstigt. Indem der Präsident Polk dem Congreß die Vortheile erläuterte, die das jüngste aller Gebiete verspreche, nannte er vor allen Dingen die Gewinnung eines Punktes, wo die Gründung einer Stadt erfolgen werde, in deren Nähe die Schiffe aller Nationen einen geräumigen Hafen und das vortrefflichste Schiffsbauholz finden würden. Er meinte die prachtvolle Bai von San Francisco. In gleicher Linie mit der Küste, in die sie tief einschneidet, laufen niedrige Bergrücken, welche die Richtung für die Kette der Sierra Nevada anzugeben scheinen, die zwölf deutsche Meilen weiter landeinwärts zieht. Zwischen beiden Gebirgsreihen strömt der schiffbare Sacramento, der aus Thälern und Schluchten eine Menge von Nebenflüssen empfängt. An einem der letztern, dem amerikanischen Gabelflusse, legte ein Ansiedler im September 1847 eine Sägemühle an. Das auf diese geleitete Wasser bildete unterhalb derselben eine Bank von Schlamm und Kies, in der im Frühling von 1848 glänzende Körner bemerkt wurden, in denen man bei näherer Untersuchung Gold erkannte. Der Eigenthümer

und seine Arbeiter suchten die Entdeckung zu verheimlichen, aber durch Indianer verbreitete sich die Nachricht, welche Quelle von Reichthum aufgefunden worden sei, und nach Verlauf von drei Monaten suchten bereits viertausend Menschen nach Gold. Als diese sich in den Schluchten und Bächen weiter ausdehnten, stießen sie überall auf das kostbare Metall. In der Hauptstadt blieb man ungläubig, bis Gold in Staub und Körnern massenweise auf den Markt gelangte. Nun begann eine Auswanderung, die sich fast über alle männlichen Einwohner erstreckte. Im Juni war die sonst so blühende und lebhafte Hafenstadt öde und weit am Sacramento hinauf standen die Mühlen still, weideten Rinder und Pferde in den Weizenfeldern, gingen Häuser und Gehöfte dem Verfall entgegen. Die Schiffe im Hafen von San Francisco mußten vor Anker bleiben, weil die Matrosen sie verließen, und die Besatzungen der Städte rissen schaarenweise aus.

Bei den Goldfeldern, die man jetzt über eine Strecke von hundert und zwanzig Geviertmeilen verfolgt hatte, ging es um so lebhafter her. Fährschiffe löschten am Ufer des Flusses, Frachtwagen fuhren hin und her, Laden wurden eingerichtet und die Abhänge der Hügel waren mit leinenen Zelten, Bretterschuppen und Baumhütten übersäet. Man fand das Gold in kleinen Körnern, zum Theil so flach, daß sie Fischschuppen glichen, aber auch in Stücken von allen möglichen Formen, zum Theil mit etwas Quarz und Granit gemischt, oder in Felsspalten nesterartig eingelagert. Man arbeitete mit Waldmessern, Spitzhacken, kleinen Brecheisen, Spaten und ähnlichen Instrumenten, oder wusch den goldhaltigen Flußsand in dünnen Pfannen, indianischen Körben und sogenannten Wiegen, einer nordamerikanischen Erfindung der rohesten Art. In der ersten Zeit war ein Gewinn von 50 Dollars täglich etwas Gewöhnliches, aber auch die Preise der Lebensmittel, der Waaren und des Tagelohnes stiegen in gleichem Verhältniß, so daß ein Goldgräber, der nicht besonderes Glück hatte, selten etwas zurückzulegen im Stande war.

Ehe diese Schattenseite der Goldfelder bekannt wurde, hatte sich in fast allen Ländern der Erde ein californisches Fieber verbreitet. Von den Sandwichsinseln, von China, von Ostindien, von den südamerikanischen Häfen der Westküste stellten sich zahlreiche Contingente von Goldgräbern ein. Bis zum Jahresschlusse waren in den Vereinigten Staaten neunundachtzig Auswanderungsgesellschaften entstanden, von denen allein in drei Häfen hundertundsieben Schiffe für Auswanderer gemiethet wurden. Diese Gesellschaften nah=

men fast ohne Ausnahme Werkzeuge, Maschinen, namentlich Säge- und Mahlmühlen, hölzerne und eiserne Häuser, eingerichtete Hotels, ganze Dampfboote zur Befahrung der californischen Flüsse, Druckereien und Geräthe aller Art für Fischfang, Jagd und Ackerbau mit. Größtentheils ließen sie ihr Gepäck um das Cap Horn gehen und wählten für sich die kürzere Straße durch Nicaragua. Die am schlechtesten berathen waren, gingen auf dem unsichern und äußerst beschwerlichen, etwa neunhundert deutsche Meilen langen Landwege, der durch unwirthbare Wüsten und über die steilsten Gebirge führt. Viele von ihnen wurden im Schnee begraben, oder von Indianerhorden getödtet, oder kamen, nachdem sie ihre Zugthiere verloren hatten, in Hunger und Elend um.

Das Goldfieber griff noch in demselben Jahre nach Europa herüber. Die deutschen Häfen sahen längere Auswandererzüge als gewöhnlich ankommen, Leute aus allen Ständen und alle von der Zuversicht getragen, daß sie sich drüben nur zu bücken brauchten, um Gold so viel sie wollten vom Boden aufzuheben. In England entstanden Vereine zum Goldgraben und Goldwaschen in Californien, von denen einer sein Capital mit der ersten Einzahlung auf 1¼ Millionen Pfd. Sterl. bringen wollte. Bis zum Ende des Jahres 1848 waren von den englischen Häfen schon zwanzig Schiffe abgesegelt, darunter welche bis zu fünftausend Tonnen Gehalt. Die französische Regierung — es war die erste Zeit der Republik — warnte vor der Auswanderung, aber die monarchischen Parteien forderten mit dem Aufgebot aller Kräfte dazu auf. Ihre Presse überbot sich in den abenteuerlichsten Schilderungen, und selbst die gediegenste aller französischen Zeitungen, das Journal des Debats, wußte von einer Ebene, hundertfünfundsiebzig Meilen von San Francisco, die in einer unermeßlichen Ausdehnung mit Goldstaub und Goldklumpen förmlich übersäet sei. Man würde es sehr gern gesehen haben, wenn die unruhigen Elemente des Landes sich durch diese Schilderung in Masse hätten verführen lassen.

Durch die Einwanderer kam mehr System in die Goldausbeutung. Schon im Herbst 1848 wurden sibirische Goldmaschinen aus dem asiatischen Rußland von Sitka und Ochotzk eingeführt und andere kamen von der amerikanischen Ostküste. Den ersten vollständigen Schmelz- und Maschinenapparat brachten zwei Deutsche. Die Gesellschaften, die zum Goldgraben zusammengetreten waren, führten große Werke aus, gruben Canäle, brachen

Tunnels durch die Felsen, leiteten Flüsse ab und mauerten Schleusen. Die einzelnen Arbeiter fanden nun ihre Rechnung nicht mehr und wendeten sich Beschäftigungen zu, die dem Lande wahren Nutzen brachten. Manche konnten ihren abenteuerlichen Sinn nicht zähmen und bildeten Banden, die in die benachbarten mexicanischen Gebiete einfielen. Eine derselben, deren Anführer ein französischer Edelmann war, nahm in Sonora ein klägliches Ende, eine zweite unter Walker machte auf der Halbinsel Californien Vorstudien zu ihrem Räuberunwesen in Centralamerika.

Seit dem Ende der dreißiger Jahre wußte die Colonialregierung von Australien durch Reisende, daß es im Innern goldhaltige Felder gebe, ließ aber davon Nichts in die Oeffentlichkeit dringen, weil sie Anstand nahm, ehemaligen Sträflingen Gold in die Hände zu geben. Am Schluß des Jahres 1850 trat ein Einwohner, der mit der Aufsuchung von Eisengruben beauftragt worden war, vor den Colonialrath von Sidney, zeigte ein großes Stück gediegenes Gold vor und verhieß die Nachweisung ausgedehnter Lager. Weil er eine angemessene Belohnung forderte, hörte man ihn nicht, aber sein Anerbieten wurde viel besprochen, und ein ehemaliger Goldgräber aus Californien, der in der muthmaßlichen Richtung aufbrach, fand die Angaben richtig. Seine Anzeige wurde beachtet und ein Ausschuß niedergesetzt, der sich an Ort und Stelle überzeugte, daß eine Tagereise weit Gold in den oberen Bodenschichten vertheilt sei. Das Goldfieber war bereits ausgebrochen, als die Auffindung eines mineralogischen Prachtstückes sonder Gleichen, eines Quarzblockes von drei englischen Centnern, der eine große Menge Stücken reines Gold enthielt, der Besonnenheit der Australier den Todesstoß versetzte. Mit Ausnahme der Personen, die durch Körperschwäche oder durch gebieterische Pflichten zurückgehalten wurden, zerstreute sich die gesammte Bevölkerung der Ostküste in den Wüsten, Rechtsgelehrte und Geistliche, Zeitungsschreiber, Kaufleute, Arbeiter, Handlungsgehülfen, Reiche und Arme, Herren und Diener, sogar viele Frauen, die alle mehr oder weniger an die Bequemlichkeit des englischen Lebens gewöhnt waren, eilten auf den Zufall hin funfzig, ja hundert Stunden von ihren Wohnorten fort, um Tage-, Wochen- und Monatelang ohne Obdach, ohne gesicherte Lebensmittel, von Insecten gequält, vom Regen überschwemmt und dann wieder an trinkbarem Wasser Mangel leidend, zu leben. Kehrten die Goldgräber nach einem längeren Aufenthalte in den Minen zurück, so sah man an ihnen gelbe und abgemagerte Gesichter, einen irren Blick,

schmutzige, zerrissene Kleider, und Viele litten an Ruhren oder Augenkrankheiten.

Den ersten Entdeckungen folgten andere. In vier verschiedenen Richtungen von der Ostküste ausgehend, stießen die Goldgräber überall auf goldhaltige Erde. Beschränkten sie sich auf das Auswaschen der zu oberst liegenden Erden, so konnten sie auf einen geringeren, aber sicheren Gewinn rechnen, senkten sie tiefere Gruben ein, so war die Arbeit entweder umsonst, oder die Ausbeute eine außerordentliche. Auch im Nordwesten, hundert Stunden von Sidney, wo die Quellen des Flusses Peel liegen, kam man zu Goldfeldern. Südwestlich von der Hauptstadt und ganz im Süden existirten andere Goldmengen, auf weite Räume vertheilt, auf der Oberfläche, oder auch in einer zwischen neun und dreißig Fuß wechselnden Tiefe. Alle diese Gegenden lagen im Gebiete von Neusüdwales, und erst später machte man im südöstlichen Australien, in der Colonie Victoria, Entdeckungen, die noch glänzender waren. Nordwestlich von Melbourne liegt ein Bezirk, dessen Mittelpunkt der Alexandersberg heißt. Von dort kamen Goldmengen nach der Colonialstadt, die wöchentlich zwei Tonnen betrugen und in einem Monate 6½ Millionen Thaler lieferten. Daß die Fundorte lauter ungesunde Wüsten waren, wo die Arbeiter nur unter schlechten Zelten Schutz fanden, hinderte nicht, daß sie in einem einzigen Jahre Bevölkerungsmittelpunkte wurden, reicher als manche alte europäische Stadt.

Etwa da, wo auf der amerikanischen Westküste die englischen Besitzungen gegen die Vereinigten Staaten abgrenzen, liegt die Vancouver-Insel, eine Einöde, die vom Meere aus zerrissene Felsmassen, die dicht mit Wald bedeckt sind, dem Blick erscheinen läßt. Das Innere ist zum Theil fruchtbar, aber die eigentliche Bedeutung der Insel bestand bis jetzt darin, daß sie ein günstiger Handelsposten der großen englischen Pelzhandelsgesellschaft war und Kohlenlager besaß. Der gegenüberliegende Küstenstrich von Neucaledonien ist unmittelbar am Meere unfruchtbar, während nach dem Innern zu grasbedeckte Hochebenen in Stufen zu den Felsengebirgen ansteigen. Die ganze Handelsbewegung der Insel lieferte noch zuletzt im jährlichen Durchschnitt in der Ausfuhr keinen höheren Ertrag als 72,000 Dollars und in der Einfuhr nicht einmal soviel. Auf dem Festlande sah man keine Weiße als Pelzhändler, Fallensteller und Biberfänger, die einen schwachen Verkehr mit den Indianern unterhielten. Da fanden im Jahre 1856 Händler am Fraser-Flusse in Neu-

caledonien Goldklumpen, und so sorgfältig die Hudsonsbai-Gesellschaft das Geheimniß zu bewahren suchte, verbreitete es sich doch bis Californien hinunter. Die Erscheinungen, die sich nun einstellten, waren dieselben, welche wir bei Australien und Californien geschildert haben, nur daß es keine einheimische Bevölkerung von Weißen gab, die an der Theilung der Beute hätte Theil nehmen können und daß die mannhaften Indianer den einströmenden Fremden den Boden zollweise streitig machten.

Hätten sich die Wirkungen dieser Entdeckungen auch nur auf die Fundländer beschränkt, so wären sie schon ungemein groß gewesen. Das Gold lockte so mächtig, daß die Besiedelung von Californien und Südaustralien mit fabelhafter Schnelligkeit erfolgte. An der Bai von San Francisco, die ihren herrlichen Wasserspiegel 1848 selten von einem Segel belebt sah, ankern jetzt große Handelsflotten, und wo vor zehn Jahren um verfallene Missionsgebäude einige zerlumpte Creolen und Indianer schlichen, da erheben sich jetzt prächtige Städte, in denen ein reiches Culturleben pulsirt. Die südaustralische Colonie Victoria hatte im Jahre 1851, wo die Einwanderung bereits die in vielen andern Bezirken übertraf, 77,345 Einwohner, und sechs Jahre später 410,766 Einwohner. Die Einfuhren waren in dem zuletzt genannten Jahre auf 15,373,758, die Ausfuhren auf 14,540,758 Pfd. Sterl. gestiegen. Die verschiedenen Einnahmequellen der Colonie lieferten 3,153,296 Pfd. Sterl., an bebautem Lande waren 179,982 englische Acker vorhanden. In der Hauptstadt Melbourne, die erst 1837 gegründet worden ist, lebten 1857 schon 95,000 Einwohner. Ganz Australien nahm an dem Aufschwunge Antheil, den die Entdeckung von Gold hervorrief. War bisher der Mangel an Arbeitern so fühlbar gewesen, daß die Ansiedler der Moreton-Bai offen für eine neue Transportation von Verbrechern sich aussprachen und daß man aus China und Indien Kulis verschreiben mußte, so machte der neue Welttheil, obgleich er bloß an seinen Rändern Land hat, auf dem der Pflug gehen kann, und in der Mitte aus wasserleeren Wüsten besteht, den nordamerikanischen Freistaaten eine sehr fühlbare Concurrenz.

Californien, Australien und Neucaledonien sind alle drei Küstenländer jenes unermeßlichen Oceans, dessen Erwachen zu den größten Zügen unsers Jahrhunderts gehört. Ihre Entwicklung fördert und beschleunigt den culturhistorischen Proceß, der sich dort vollzieht. Die Entdeckungen der Lager von Neucaledonien fallen nahe an den Zeitpunkt (30. Mai 1859), in dem der

Freibrief der Hudsonsbai-Gesellschaft abläuft. Damit wird eine gänzliche Umgestaltung eintreten und frisches Leben in die Einöde strömen. Neucaledonien, ein Land von achthundert englischen Meilen in der Länge und vierhundert in der Breite, soll eine besondere Provinz werden und eine Colonialregierung erhalten. Seit Jahren verfolgt die englische Regierung den Plan, ihrem Canada, das nach der Entfernung mancher Mißbräuche in voller Blüthe steht, eine Ausdehnung nach Westen und Nordwesten zu verschaffen und Niederlassungen zu gründen, die über die Felsengebirge eine Verbindung mit dem stillen Weltmeere bilden sollen. Nun am Fraser Gold entdeckt worden ist, werden die zahlreichen Einwanderer aus den Vereinigten Staaten die Ausführung dieses Planes wesentlich erleichtern, und zugleich ist zu erwarten, daß die Handelsfactoreien der Hudsonsbai-Gesellschaft zu Kernpunkten für Städte heranwachsen, denen der Bau der projectirten englischen Bahn von Meer zu Meer ein kräftiges Leben einhauchen wird.

Als Columbus Amerika entdeckte, ermöglichte er zugleich die Benutzung des Seewegs um Ostindien. Ohne die unerschöpflichen Silberbergwerke, zu denen die Spanier sehr bald vordrangen, würde es an Gegenwerthen für die indischen Waaren gefehlt haben und Vasco da Gama's Fahrt mithin in handelspolitischer Beziehung nutzlos geblieben sein. Daß das Gold nach Indien ausströmte und in Europa seltener wurde, fühlte man bereits durch die stetig steigenden Waarenpreise. Denselben Dienst, uns Tauschwerthe für unsern ungemein entwickelten Verkehr mit den indischen und hinterindischen Reichen zu liefern, haben uns die Entdeckungen von Gold in Australien und Californien geleistet. Die asiatischen Reiche sind noch heute derselbe unersättliche Schwamm für edle Metalle wie vor drei Jahrhunderten, und weisen sie auch die europäischen Waaren nicht mehr so verächtlich zurück wie damals, so müssen wir doch den größten Theil dessen, was wir von ihnen empfangen, baar bezahlen. Aus den Ausfuhrlisten der atlantischen und Mittelmeerhäfen geht hervor, daß die Geldausfuhr aus Europa nach Asien in den Jahren 1851 bis 1857 die enorme Summe von 727,000,000 rheinländischen Gulden betragen hat. Sollte nun auch wirklich der 1851 vorhandene Gesammtvorrath an Silber 9600 und der an Gold 6720 Millionen Gulden betragen haben, so hätte doch ein solches Ausströmen der edlen Metalle nicht lange fortdauern können, ohne die schwersten Nachtheile hervorzurufen. Hier trat nun das californische und australische Gold in's Mittel. Während jene 727,000,000

ausströmten, wurden die europäischen Umlaufsmittel um 2500 Millionen Gulden an Geld vermehrt. Die häufig gefürchtete Entwerthung des edelsten aller Metalle blieb trotzdem eine Phantasie kleinmüthiger Seelen. Das Werthverhältniß des Goldes zum Silber sank nur von $15^3/_4$ auf $15^1/_4$: 1.

Den unmittelbarsten Nutzen von den neugefundenen Schätzen hatten natürlich Nordamerika und England. Die in der Verfassung der Vereinigten Staaten ausgesprochene Tendenz, daß die Umlaufsmittel der Union klingende Münze zur Basis haben sollen, konnte nun durchgeführt werden. Zum ersten Male sorgten die Banken für eine Deckung ihrer umlaufenden Banknoten, welche sie gegen jede Gefahr sicherte, durch einen plötzlichen Andrang von Geldzeichen über den Haufen geworfen zu werden. Allerdings wurde dieser Vortheil dadurch gleich wieder ausgeglichen, daß die Banken, auf ihre Goldbarren im Keller trotzend, Depositengelder in unverhältnißmäßigen Mengen annahmen. Im Jahre 1857 hatten die Geldinstitute der fünf größten Handelsstädte der Union nicht mehr als $30^1/_2$ Millionen Banknoten umlaufen und einen Baarfond von fast 30 Millionen, dagegen aber für $130^1/_2$ Millionen Depositen angenommen und für 204 Millionen Dollars Wechsel discontirt. Verlockt von den Goldschätzen, hatten sich Actiengesellschaften aller Art gebildet, Eisenbahnen von riesigen Dimensionen, Bergwerke, Fabriken in Hülle und Fülle unternommen. Manche der Anlagen waren vernünftig, aber auch viele vom verwegensten Charakter. Da gab es Eisenbahnen durch Wildnisse ohne irgend welchen Zwischenhandel, Städte, die auf werthlosem Ackerlande emporschossen, Dampfschifflinien ohne einträglichen Verkehr, Fabriken, für die es an Arbeitern fehlte. Daneben riß im öffentlichen wie im Privatleben eine so schamlose Demoralisation ein, daß selbst die Zeitungen, die im neuen Lande ihr Censuramt nur in den seltensten Fällen üben, dagegen eiferten. Ohne mit einem Worte die Wahrheit zu verletzen, konnte die erste der New-Yorker Zeitungen sagen: „Reich werden ohne zu arbeiten — das ist jetzt das große Ziel der Masse. Schöne Häuser, schöne Equipagen, schöne Kleider, das sind die Triebfedern des socialen Lebens. Für Millionen Waaren umzusetzen und Papiere zu kaufen, Patente und Eisenbahnen auszubeuten, das ist das Hauptgeschäft von Hunderttausenden. Das Handwerk ruht deshalb ganz in den Händen der Einwanderer; diese machen unsre Ziegel, bauen und decoriren unsre Häuser, während Jung-Amerika sich mit tollen, oft nur zu gesetzwidrigen Dingen befaßt. Revolvers werden oft getragen und ohne

Scrupel angewendet. Diebe und Räuber tummeln sich in unsern Vergnügungsorten herum. Schon kann man des Nachts nicht mehr ohne Angst aus seinem Hause gehen, und die scheußlichsten Mordthaten spotten des Armes der Gerechtigkeit Unsre Gefängnisse sind zu enge geworden, und von der Lynchjustiz allein ist, wie es beinahe scheint, Rettung zu hoffen. Unsre Gesetze sind Spinngewebe; Geld macht Alles: besticht den Richter, wirbt selbst die als Helfershelfer, die dem Verbrechen steuern sollen. Unterschleife und Fälschungen selbst in Staatsämtern sind an der Tagesordnung. Die öffentlichen Cassen müssen stark bewacht werden, und ungestraft bricht der Dieb des Nachts in die Privathäuser. Unsre gelehrten und wohlthätigen Institute selbst dienen nur mehr schmutzigen Privatzwecken; gesetzlose Wahlzettel entweihen die politischen Stimmbüchsen, bestechlich sind unsre Localbehörden und offen der Bestechung zugänglich unsre Volksvertreter. Wird eine Untersuchung eingeleitet, löst sie sich regelmäßig in blauen Dunst auf, und während einzelne Kirchen mit Gold und Silber behängt sind, fehlt es 100,000 Armen an einem Gotteshause, ihre Andacht zu verrichten. Die Religion ist depravirt wie das politische und sociale Leben."

Ehe man den Abgrund sah, der sich vor den Füßen der nordamerikanischen Speculation eröffnete, trug der Anschein von Wohlstand, den jene geräuschvolle Thätigkeit um sich verbreitete, viel dazu bei, auch die europäische Geschäftswelt zu Ueberstürzungen zu verleiten. In England hatte man überdies die eigene australische Goldquelle und ließ dem Trieb zum Wetten und Wagen um so mehr die Zügel schießen. Allein die Actien der Eisenbahngesellschaften repräsentirten im Jahre 1854 ein Capital von $308^{8}/_{10}$ Millionen Pfd. Sterl. In den französischen Eisenbahnen steckten 3080 Millionen Franken, wovon 691 dem Staat und 2419 den Gesellschaften gehörten. In Deutschland repräsentirten die in vier Jahren, von 1853 bis 1857, gegründeten Banken ein Capital von 355 Millionen Gulden süddeutscher Währung, und das auf neue Eisenbahnen eingezahlte Actiencapital betrug über 250 Millionen Gulden, während die verschiedenen von Eisenbahnen und anderen industriellen Gesellschaften in dem Zeitraum der letzten zehn Jahre gemachten Prioritätsanlehen 360 Millionen Gulden überschritten. Von fünfzig Versicherungsgesellschaften mit einem Capital von mehr als 100 Millionen Gulden und von 259 Gesellschaften für Bergbau, Hütten, Dampfschifffahrt, Maschinenbau, Spinnerei und Zuckersiederei mit einem Capital von über

400 Millionen Gulden entstand die größere Hälfte in diesen Jahren. In Preußen wurden 1856 allein für etwa 150 Millionen Thaler neue Gesellschaften genehmigt, während Oesterreich in demselben Jahre für mehr als 100 Millionnen neue Eisenbahnen unternahm.*)

Die tollste Steigerung erfuhr die Speculation durch Actiengesellschaften neuer Art, die sich als die Eröffnung einer großen Aera für die Industrie, den Handel und das gesammte Geschäftsleben ankündigten. Die Creditbanken verließen den Boden, auf dem die alten Geldinstitute feste Wurzeln geschlagen hatten, nicht ganz, wohl aber gaben sie ihren Unternehmungen eine Ausdehnung in's Unendliche. Von dem an sich richtigen Gedanken ausgehend, daß viele vielversprechende Werke unterbleiben, weil diejenigen, welche die Anregung dazu geben, auf Kleinmuth und Mißtrauen stoßen, versprachen sie, die Nähe und Ferne zu durchmustern und jeden verborgenen Schatz an's Tageslicht zu ziehen. Sie wollten entdecken, prüfen und ausführen. Als sie unter dem Jubel der geblendeten Menge ihre Operationen begonnen hatten, zeigte sich aber ein ganz anderer Charakter derselben. Sie gründeten wohl Neues, allein nur zu dem Zwecke, sich davon loszumachen, sobald die Actien von selbst oder durch künstliche Mittel so hoch gestiegen seien, daß sie sich mit bedeutendem Vortheil verkaufen ließen. Ihre wahre Grundlage war mithin das Börsenspiel, und ihr Nutzen beruhte auf Agiotage. Nach ihren Programmen hätten sie an Stellen, die bisher leer geblieben waren, neue Schöpfungen hervorrufen müssen, doch in der That entzogen sie älteren Productionszweigen die Geldkräfte, und was sie gründeten, das gaben sie, mit ihren gewonnenen Procenten beschwert, dem frühern Betriebe zurück. Fast schien es so, als ob der alte Irrthum des Law'schen Systems, daß jede Vermehrung der Umlaufsmittel eine die ganze Höhe derselben erreichende Erhöhung des Nationalwohlstandes sei, seine Auferstehung feiere. Von größern Verkehrsmittelpunkten nicht zu reden, versorgten sich die kleinen und kleinsten Staaten Deutschlands mit Banken und setzten Noten zu Millionen in Umlauf. Die Regierungen schritten dagegen ein, indem sie theils fremde Geldzeichen überhaupt verboten oder nur die von solchen Banken zuließen, welche in ihren Staaten Auswechslungscassen errichteten.

Aller Mißbrauch vermag die Actiengesellschaften von der Stelle im mo-

*) Max Wirth, Geschichte der Handelskrisen.

dernen Verkehrsleben, zu der sie sich hinaufgearbeitet haben, nicht zu verdrängen. Der einer Revolution gleichende Umschwung, der sich in unsrer Industrie vollzogen hat, beruht wesentlich auf ihnen. Noch heute gibt es Industriegebiete, die in der alten Weise fortarbeiten und abgelegenen Oertlichkeiten den Vorzug geben, wo die Bedingungen, die man früher für die hauptsächlichsten hielt, d. h. also wohlfeile Arbeitslöhne, niedrige Holzpreise und reichliche Wasserkräfte, vereinigt sind, und wo der Arbeitgeber wegen der öden Lage des Fabrikorts zwischen Bergen und Wäldern der Abhängigkeit seiner Arbeiter versichert sein kann. Im Allgemeinen sucht aber die moderne Fabrication die großen Städte auf, wo sie den Eisenbahnen nahe ist, mit den Abnehmern in unmittelbarem Verkehr steht, von jeder neuen Erfindung und Verbesserung schleunigst Nachricht erhält und nicht bloß über gewöhnliche Arbeiter, sondern auch über Zeichner und Maler, Färber und Drucker verfügt. Der Bund, den Arbeit und Intelligenz zur Herstellung von Waaren geschlossen haben, bedarf des Hinzutritts einer dritten Kraft, und diese ist das Capital. In den meisten Fällen werden die Geldkräfte des Einzelnen nicht ausreichen, und so sammelt man die Capitalien Vieler zum gemeinschaftlichen Betriebe und errichtet aus Beiträgen, die nicht selten aus ganz kleinen Summen bestehen, Anlagen, die mit Millionen fundirt sind. Immer und überall wird die kaufmännische Speculation an die oberste Spitze gestellt, während der bloße Gewerbfleiß nur auf die nächsten Mittel zu Arbeit und Verdienst bedacht zu sein pflegt. Man sucht das höchstmögliche Waarenquantum zu erzeugen und dieses durch niedrige Preise verkäuflich zu machen. So hat unsre Fabrikindustrie die Massenproduction und die Wohlfeilheit zu ihren Zielpunkten gemacht.

Dieser industriellen Revolution hat die Maschine hülfreiche Hand geleistet. Sie erfüllt da das Meiste, wo es auf eine gleichförmige, keine Geschicklichkeit erfordernde Arbeit ankommt. Nicht bloß wo die Hand des Menschen zu schwach, sondern zuweilen auch da, wo sie nicht fein genug ist, da ist ihr Gebiet. Unsere Blechwalzwerke geben einem Eisenwürfel von 1 Zoll Dicke in einer Secunde eine Ausdehnung von sechsunddreißig Quadratzoll, unsre Baumwollmaschinen spinnen aus einem Pfunde Garn einen Faden von 238 englischen Meilen Länge, unsre Theilmaschinen arbeiten mit einer solchen Genauigkeit, daß sie sich in der Entfernung der theilenden Striche höchstens um $^1/_{25000}$ eines Zolls irren. Die Maschinen sind auch unendlich wohlfeiler, denn

die Erzeugung des Dampfes verursacht kaum den fünften Theil der Kosten, den man bei Pferden hat, und ebenso verringern sich die Kosten der Beaufsichtigung. Die Vermehrung des Nationalvermögens, die durch die Maschinen entstanden ist, ließe sich bei allen Productionsarten nachweisen. War z. B. der jährliche Werth der englischen Baumwollfabricate im Jahre 1824 nur auf 33½ Millionen Pfd. Sterl. anzunehmen, so stieg er 1852 auf 61½ Millionen. Wurde früher immer behauptet, daß die Maschine die menschliche Arbeit verdrängen werde, so lehrte die Erfahrung mit jedem Jahre mehr, daß die Hand überall da das Feld behauptet, wo Nachdenken und höhere Geschicklichkeit erfordert werden. Der Fabrikant beschäftigt mehr Arbeiter, als früher der Handwerker, er ruft verwandte Industrien in's Leben, durch die wieder Menschen beschäftigt werden, und sucht auch wohl dem wohlfeilen Product durch die Zuthat einer neuen Arbeit einen höheren Werth zu geben, so daß er aus diesem Grunde wieder menschliche Arbeitskräfte braucht. So wie der schlichte Muslin die Tracht der Dienstboten wurde, begann man Muster einzuwirken, und da auch diese wenig Arbeit kosteten, brachte man Stickereien an.

Daß die Maschine zur Vermehrung der Menschen beigetragen hat, ist eben so richtig, als daß diese Vermehrung in den besitzlosen Classen stattgefunden hat. Wenn die Socialisten von einem vierten Stande sprechen, dessen Interessen und Rechte von denen der übrigen drei Stände verschieden seien, so verstehen sie unter diesem vierten Stande vorzugsweise die Fabrikarbeiter. In hundert Werken, deren Einfluß auf die politischen Zuckungen der Zeit durchaus nicht gering angeschlagen werden darf, wird das Proletariat, das die Maschine geschaffen haben soll, als eine weiße Sklavenmasse dargestellt. Unglücklicherweise reichen alle socialistischen Theorien und Systeme nicht dahin, wo der eigentliche Sitz des Uebels ist. Nicht der geringe Verdienst macht den Fabrikarbeiter unglücklich, sondern seine Sorglosigkeit, und nicht an das Fabrikwesen ist das Proletariat gebunden, denn in den schlesischen Weberdörfern haben die letzten Nothjahre keine grauenhafteren Zustände geschaffen, als sie in den Theilen des sächsischen Erzgebirges, wo die vielgelobte Hausindustrie vorherrschend ist, in jeder nahrungslosen Zeit regelmäßig wiederkehren.

Die traurigste Seite des Fabrikwesens ist bis jetzt noch seine Einwirkung auf die sittlichen Zustände. Das zwanglose Zusammenleben von jungen Mädchen und Männern in den Fabriken befördert die Unzucht ungemein. Noch

mehr schadet die häufige Anhäufung mehrerer Familien in derselben Schlafstätte. Die englischen Arbeiter der großen Städte leben entweder in Hinterhöfen oder in Kellern. Die Höfe sind höchstens 15 Fuß breit, und nach der Straße führt ein Gang, in dem man nicht aufrecht stehen kann. Die verpestete Luft dieser Winkel, zu der Abfälle aus der Küche und Schmutz aller Art ihren Beitrag liefern, reinigt sich so gut wie nie. Die Keller sind Löcher ohne Fenster, so daß Luft und Licht bloß durch die Thür eindringen. Man steigt hinab wie in einen Brunnen, auf einer Leiter oder auf einer fast senkrechten Treppe, und auf dem Boden sammelt sich Wasser. Von den Arbeiterwohnungen, für die man hier und da sorgt, ist für den Augenblick Nichts zu erwarten, denn es sind Hunderttausende, die in diesen Orten von der Arbeit ausruhen, wo sie vom Typhus, von Fiebern und Lungenkrankheiten hinweggerafft werden.

Die Hülfsmittel, nach denen die Arbeiter sich umsahen, waren alle, sowohl die politischen als die industriellen, auf den Druck berechnet, den sie durch ihre Masse üben könnten. Sie bildeten politische Vereine, die den extremsten Richtungen huldigten, in den Tagen der Revolution starke Contingente von Kämpfern stellten und nach der Wiederkehr der Ruhe in Verschwörungen ausarteten. Selbst in England, wo der Rechtssinn noch am meisten ausgebildet ist, wurden Arbeiterverbindungen mehrmals der Ruhe gefährlich. In Glasgow kämpften sie gegen ihre Fabrikherren, ja gegen die Frauen derselben mit allen Waffen, vom Vitriolöl bis zum Feuergewehr, in Dublin wurden binnen drei Jahren zehn „Verräther" ermordet. Als industrielles Zwangsmittel wurden Arbeitseinstellungen benutzt, die immer weniger in Zeiten der Noth, als in solchen Perioden stattfanden, wenn die Industrie in der höchsten Blüthe stand. Die Arbeiter bereiteten sich längere Zeit darauf vor, indem sie durch freiwillige Abzüge von ihren Löhnen eine gemeinschaftliche Casse bildeten. War der leitende Ausschuß der Ansicht, daß der günstige Augenblick gekommen sei, so verlangte er eine Lohnerhöhung, und weigerten sich die Fabrikanten, so befahl er eine allgemeine Arbeitseinstellung. Noch jede solche Bewegung war von Gewaltthätigkeiten begleitet. Die Arbeiter, die ihre Theilnahme verweigerten, schlug man oder bedrohte sie mit dem Tode, die Fabrikanten beschädigte man in ihrem Eigenthume und steckte schlimmsten Falls ihre Fabriken in Brand.

Zu Anfang der funfziger Jahre war in England zu befürchten, daß die Unvernunft der Arbeiter den ganzen Maschinenbau des Landes zum Stillstand

bringen werde. Es war eine „verschmolzene Gesellschaft der Mechaniker, Maschinenbauer, Mühlenbauer, Schmiede und Modellbauer" entstanden, die in ihren Zweigvereinen in achtzig Städten der drei Königreiche über 12,000 Mitglieder zählte. Ihr Zweck war, die Arbeitgeber zu zwingen, daß sie hinter jede Bohr- oder Hobelmaschine einen Mechaniker stellten, nicht einen bloßen Arbeiter, nicht bloß zwei Arme und zwei Hände, wenn diese auch hinreichten, den Theil der getheilten Arbeit zu verrichten. Mit ihrer gewöhnlichen Schlauheit warteten die Vereinsmitglieder, ehe sie ihr Mittel der Arbeitseinstellung anwendeten, bis zu einem Zeitpunkte, wo große Bestellungen auszuführen waren, und die Fabrikanten mußten ihnen nachgeben. Nun vereinigten sich aber auch die letztern, Bund stand gegen Bund, das mächtigere Capital besiegte das geringere, und die Arbeiter erlitten eine Niederlage. Sie gab ihnen die Lehre, daß unbillige Begehren auf dem Wege der Verbrüderung nicht durchgesetzt werden können.

Die Regierungen behandelten die Arbeiterfrage mit kluger Enthaltsamkeit in Maßregeln der Gesetzgebung. Selbst in der Revolutionszeit, wo ihnen die „Organisation der Arbeit" zugemuthet wurde, beschränkten sie sich darauf, Ausschüsse einzuberufen und mit Vorarbeiten zu beauftragen, durch die die wirkliche Lage der einzelnen Gewerbszweige ermittelt werden sollte. Der Schutz, den sie den Arbeitern gewährten, bestand in einer humanen Normirung der Arbeitszeit der Kinder und in dem Verbot des Truck- und Häuschensystems. Wo das erstere herrschte, bezahlte der Fabrikherr seine Arbeiter nicht ganz in Geld, sondern theilweise in Waaren, die sie in einem Laden, der mit seinem Geschäft in Verbindung stand, zu holen hatten. Bei dem Häuschen-System gab er ihnen Wohnungen und rechnete den Miethzins auf ihre Löhnungen an. Beide Systeme machten den Arbeiter ganz abhängig und erlaubten gewissenlosen Fabrikherren, sich auf Kosten der Armuth zu bereichern.

Die Heilung der socialen Uebel, die im Gefolge der industriellen Revolution auftreten, läßt sich allein von dem Fortschritt der Intelligenz erwarten, der mit der Zeit bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern eintreten wird. Die Massenproduction wohlfeiler Waaren bedingt durchaus keine Massenarmuth (Pauperismus) in den arbeitenden Classen. Das Beispiel Englands liefert vielmehr den Beweis, daß tüchtige Arbeiter hohe Löhne erhalten können, und die fertige Waare dennoch billiger ist, als die aus solchen Ursprungsorten, wo

schlecht bezahlte Arbeiter verdrossen und maschinenartig arbeiten. Von bedeutenden Autoritäten war das längst zur Evidenz erhoben worden, aber man hatte nicht auf sie gehört, weil kein Vergleich der Arbeiten im Großen angestellt werden konnte. Da wurde der Gedanke von Weltindustrie-Ausstellungen realisirt, und vor den Augen von vielen Tausenden entrollte sich ein Gesammtbild der industriellen Thätigkeit aller Länder und Völker unsrer Erde.

Nachdem alle größeren Staaten Schaustellungen ihrer einheimischen Industrie gehabt hatten, war eine Weltausstellung eine höhere Stufe, zu der der Gang der industriellen Entwicklung wie von selbst hindrängte. Konnte der Industrielle von einer allgemeinen Sammlung aller Erzeugnisse eine Vermehrung seiner Beobachtungen und Erfahrungen, seiner Kenntniß der Hülfsmittel und Absatzwege erwarten, so gewann die Wissenschaft faßliche Zeugnisse der verschiedenen Phasen, welche die Geschichte unsers Geschlechts durchlaufen hat und die das Gewimmel der heutigen Völker in Raum und Zeit neben einander gestellt uns vorführt. Neben den praktisch industriellen Zwecken ließen sich vielleicht noch andere erreichen, und diese hatte man in England im Auge, als von dort im Sommer 1849 die Aufforderung zu einer Londoner Weltausstellung ausging. Die Regierung und die Manchesterschule Cobden's und Bright's wollte für den Grundsatz des Freihandels, der mit den Nationalökonomen verbündete Verein der Friedensfreunde für den ewigen Frieden Propaganda machen. Die Regierungen des Festlandes ermunterten bis auf einige wenige, die die Einschleppung eines politischen Ansteckungsstoffs befürchteten, ihre Industriellen und ordneten Sachverständige und praktisch gebildete Männer ab, die von den ausgestellten Gegenständen Einsicht nehmen und nachher über die gemachten Erfahrungen berichten sollten.

Man baute für die Ausstellung ein besonderes Gebäude und stellte es ganz aus Glas und Eisen her. So war der Architektur eine neue Constructionsform gesichert, deren Anwendbarkeit für Gebäude von solchem Umfang man bisher bezweifelt hatte. Der architektonische Charakter des Gebäudes imponirte durch seine Großartigkeit; die dünnen durchbrochenen Säulen, welche wie ein kunstvolles Spinngewebe erschienen, die ungeheure Glasmasse, die gleich den Wellen eines Stromes die Sonnenstrahlen wiederspiegelte, bildeten ein bewundernswürdiges Ganzes. Nachdem die Ausstellung beendet war, versetzte man das Gebäude nach Sydenham und verlegte Modelle der berühmtesten Gebäude und Copien der anerkanntesten Bildhauerwerke in das-

selbe. Nunmehr diente es dazu, den Geschmack für die Kunst zu bilden, das Leben zu verfeinern und die Bildung der Zeit zu fördern.

Bei der Eröffnung der Ausstellung zählte man 6146 Engländer und über 13,000 Ausländer, die sich durch Erzeugnisse repräsentiren ließen. Die rohen Völker aus Oceanien, Afrika und Amerika brachten die einfachsten Stoffe, in deren kunstvoller Behandlung eine eben aus der Wiege hervorgehende Industrie sich zu üben pflegt, Gemälde mit vorzüglicher Naturtreue aus bunten Federn zusammengesetzt, Töpferwaaren, Canoes aus Baumrinde, Hängematten, Mäntel aus den Fellen wilder Thiere, Wasserbehälter aus Seemuscheln. Die Chinesen entfalteten ihren bizarren, eigensinnigen und beinahe unbeweglichen Geschmack, die Hindu ihre Gewebe, luftiger als die Fäden, die der Herbstwind über unsre Felder weht, ihre goldgestickten Musline, ihre tausendfarbigen Halstücher, ihre glänzenden Schärpen von ausgesuchtester Schönheit. Die vorder-asiatischen Erzeugnisse sprachen von einem Zustande, in dem der größte Ueberfluß und der bitterste Mangel neben einander bestehen, und von einer Kunstrichtung, die den poetischen und phantasiereichen Lehren des Korans sich anschmiegt und in Allem gleicher Regel folgt. Die Länder, die an der großen Concurrenzbewegung der europäischen Industrie einen verhältnißmäßig geringen Antheil nahmen, hatten wenigstens in einigen Artikeln ihren alten Platz behauptet, Holland in seinen Plüschen und Teppichen, Sardinien in seinen geschorenen Sammten und Seidenstickereien, Toscana in seinen Strohhüten, Spanien in seinen Toledoklingen, Dänemark in seinen Handschuhen. Rußland versuchte vergebens durch prachtvolle Malachitgefäße zu verdecken, daß seine Industrie eine unentwickelte ist und daß seine wirklich schönen Fabricate auf Rechnung seiner zahlreichen französischen und deutschen Arbeitercolonien kommen. Die Vereinigten Staaten glänzten in den landwirthschaftlichen Geräthen und Maschinen, mit denen sie erobernd Thal auf Thal ihres unermeßlichen Gebiets sich unterwarfen. Von den mit einander wetteifernden Staaten behauptete jeder gewisse Vorzüge, die Schweiz in Stickereien, Frankreich in seidenen glatten Stoffen, Krepps und Bändern und in den baumwollenen Druckerwaaren von Mühlhausen, England in weißen Baumwollenstoffen und Messerwaaren, Deutschland in Tuchen, typographischen Artikeln und lackirten Blech- und Eisenwaaren. Daß die deutsche Industrie nicht als vollgültige Nebenbuhlerin der englischen und französischen Gewerbthätigkeit erschien, machte sich nur zu genau bemerklich. Sie ist zuletzt

gekommen, hat mit Bedenken zu kämpfen, die sich in dem Belassen der mangelhaften Gesetzgebung in ihrem Zustande äußern, und muß sich nach dem Geschmack armer Käufer richten.

Die Folgen der Londoner Ausstellung für das Geschäftsleben zeigten sich augenblicklich. Die Producenten und Consumenten aller Länder wurden mit einander bekannt gemacht und mancher Artikel aus verborgenen Winkeln hervorgezogen, zur Gründung neuer Fabriken, zur Erweiterung allerlei Anstalten Anlaß gegeben, überhaupt eine großartige Umwälzung in den Geschäftsbeziehungen des Londoner Weltmarkts hervorgebracht. Die nordamerikanische Eifersucht mußte sich unverzüglich durch dasselbe Mittel in den Besitz desselben Vortheils bringen. New-York veranstaltete also ebenfalls eine Weltausstellung, die aber nicht einmal für eine halbgelungene Nachahmung gelten konnte. Der Schwindel mischte sich ein, und die Aussteller geriethen durchgängig in Verluste. Viele werthvolle Sachen, namentlich Bildhauerarbeiten, wurden als zerbrochen über die Seite geschafft, oder konnten von ihren Eigenthümern, da man ihnen zu hohe Rückfrachten abforderte, nicht reclamirt werden. Die dritte Weltausstellung veranstaltete Paris. Die undankbaren Franzosen sollten vor den versammelten Industriellen überführt werden, welche Fülle von Reichthum die ordnende und schützende Hand des Kaisers ihnen zugeführt habe. Als nun die große Industrie ihre Repräsentanten geschickt hatte, wurde diesen das Proletariat gezeigt, das nur der Inhaber der höchsten Gewalt zu zügeln im Stande sei. An jedem schönen Abend erschienen Arbeiterchöre, an deren Spitze kaiserliche Beamte standen, und sangen in den Vorhallen des Industriepalastes angesichts einer ungeheuren Menge von Zuhörern, welche die elysäischen Felder bedeckte, Hymnen folgenden Inhalts: „Wir sind das Volk der Arbeiter, das wahre Volk Gottes, zerstreut über die ganze Oberfläche der Erde. Wir senken Schachte in den Boden ein, wir bebauen den Acker, und unsre starken Arme sind es, welche die Bäume fällen, die Steine zersägen und die Paläste aufführen, in denen man uns keinen Platz und keine Luft gönnt. Wir weben die Stoffe, wir schmieden das Eisen, wir gebieten über alle Kräfte der gesammten Natur. Wir sind in Millionen in jedem Lande verbreitet, aber wir gehören zu derselben Familie, sind Söhne desselben Gottes und streben demselben Ziele zu. Wir leben im Elend, die geistigen Freuden sind uns verschlossen, vor uns steht Nichts als das Alter mit seinem Gefolge bitterer Leiden, und doch kann die Welt nur dann vor Revolutionen bewahrt

werden, wenn wir Alle, unsre Frauen, unsre Töchter, unsre alten Eltern einen Platz in der Sonne und nach harten Arbeiten Ruhe finden." In industrieller Beziehung wurde durch diese Pariser Ausstellung Nichts geleistet, denn sie kam zu früh nach der Londoner, um Neues bieten zu können.

Die industrielle Revolution äußert sich zu stark und zu allgemein und dringt zu sehr in alle Höhen und Tiefen der Gesellschaft ein, als daß ihr Vorhandensein geleugnet werden könnte. Was man ihr nicht selten bestreitet, ist ihre sittliche, politische und volkswirthschaftliche Berechtigung. Verschiedene Interessen haben einen Bund gegen sie geschlossen, sowohl die Handwerker, die ihr Interesse im beschränktesten Sinne auffassen, als die Anhänger der beliebten Vielregiererei, sowohl die, welche zu ihrer ständigen Gliederung des Staats der Zünfte nicht entbehren können, als gewisse Romantiker der Nationalökonomie, denen die Fabrik mit ihrer casernenartigen Frontseite und ihren Schornsteinen nicht in das Bild paßt, das sie sich von den äußern Formen menschlicher Thätigkeit entworfen haben. Mit solchen Bundesgenossen stemmt sich der Handwerker gegen die Fluth der modernen Industrie, die übrigens längst in seine stille Werkstätte gedrungen ist und unparteiisch genug denkt, ihm manches Stück Brot zuzutragen. Wider alle geschichtliche Wahrheit will die Zunft in der Blüthe des deutschen Gewerbethums dessen Träger gewesen sein, während sie thatsächlich aus der Zeit des Verfalls sich herschreibt und den spießbürgerlichen Geist erzeugte, der im politischen wie im bürgerlichen Leben zum größten Hemmschuh des Fortschritts wurde.

Eine Versammlung deutscher Handwerker, die im Jahre **1848** neben dem Parlament in Frankfurt tagte, war wohl die verwirrteste, welche jemals existirt hat. Ihr Losungswort war: „Freiheit für Alle, aber Schutz für mich!" und während sie sich berechtigt hielt, auf Abschaffung aller Privilegien und Rechte der Fürsten und Obrigkeiten anzutragen, wollte sie die eigenen Privilegien womöglich noch weiter ausdehnen. Da sollte der Lehrzwang aufrecht erhalten werden, da sollte der Wanderzwang und das Gesellenwesen fortbestehen, da sollten die Meisterprüfungen, so zwecklos und kostspielig sie sind, noch erschwert werden. Vor Allem war aber das Bannrecht der Zunft zu achten, das die Käufer gewissen Gewerben eines gewissen kleinen Kreises hörig und unterthänig macht. Grade der Staat, der die Gewerbefreiheit zuerst bei sich eingeführt hatte, beging die Schwäche, ein Zurückgehen auf das Innungswesen anzubahnen, Meisterprüfungen wieder einzuführen und

Gewerberäthe einzusetzen. Die neue preußische Gewerbeordnung erschien 1849, in einer Zeit also, wo die Stimmen von Neuem Gehör fanden, welche von dem schließlichen Siege der Gesellschaft über den Staat eine Auflösung aller bürgerlichen Ordnung voraussagten. Die Zeiten des untergehenden Roms mußten sich zu Beispielen hergeben, an denen gezeigt wurde, wohin die schrankenlos waltende Geldwirthschaft allemal führe. Man übersah dabei, daß die römische Staatskraft nicht der zeugenden Arbeit der ungebundenen römischen Gesellschaft erlegen, sondern unter einem ungeheuren Haufen von genußsüchtigen Müßiggängern aus Italien und den Provinzen zusammengebrochen war. Von der preußischen Gewerbefreiheit behauptete man, daß durch sie die traurigsten Zustände entstanden seien, namentlich eine beispiellose Ueberfüllung aller Gewerbe und durch sie hervorgerufen ein in mathematischen Progressionen wachsendes Proletariat. Die statistischen Gewerbetabellen warfen diesen Beweisgrund gegen die Gewerbefreiheit über den Haufen, denn aus ihren unwiderleglichen Zahlen ging hervor, daß die Menge der Handwerker in geringerm Maße gestiegen sei, als die der Gesammtbevölkerung. Auch die Production hatte keineswegs gelitten, denn nur, daß Preußen in Folge seiner Gewerbefreiheit so weit voran war, ermöglichte seinen Staatsmännern den Abschluß des Zollvereins, bei dem die Regierung finanzielle Opfer zu bringen hatte, welche ihr durch Nichts als den höhern Standpunkt der einheimischen Industrie ersetzt wurden.

Der Rückschritt Preußens war für das übrige Deutschland von der größten Bedeutung. Den vollen Zunftzwang mochte und konnte man allerdings nicht vertheidigen, denn der Interessen, welche man dadurch verletzt hätte, waren zu viele, aber man entschied sich für einen stufenweisen Uebergang zur Gewerbefreiheit. Man verlängerte dadurch die Wehen des Neuentstehenden auf eine gefährliche Weise und ließ die Industrie die Schmerzen, welche der Uebergang zur Freiheit hervorbringen muß, zweimal tragen. Die Aushülfe, die den Uebergang erleichtern sollte, war keine andere als das alte Concessionswesen, das auf der Voraussetzung einer allwissenden Behörde beruht. Man traute sich zu, mit den Bedürfnissen des ganzen Gewerbelebens bekannt zu sein, lud sich mit einer großen Last eine große Verantwortlichkeit auf, um durch Genehmigung oder Abweisung in jedem Falle Feindschaft zu erwecken, und vermehrte die bereits allzugroße Reibungsfläche zwischen Regierung und Bürger.

In Oesterreich war der Uebergang zum System der Gewerbefreiheit in der That mit möglichster Schonung der bestehenden Rechte zu vollziehen. Man besaß dort in den Realgewerben eine eigene, besonders bevorzugte Classe, die ein Monopol ausübte. Der Entwurf einer Gewerbeordnung von 1855 ließ sie vor der Hand bestehen, machte ihr aber einen strengen Nachweis ihrer Rechte zur Pflicht und erklärte diese letztern einer Ausdehnung oder Erweiterung unfähig. Einer Concession sollten künftig nur solche Gewerbe bedürfen, bei welchen durch ungeschickten Betrieb oder durch Unverlässigkeit des Gewerbtreibenden in sittlicher Hinsicht, oder durch unbeschränkte Vervielfältigung das Gemeinwohl oder die Erreichung allgemeiner polizeilicher Zwecke gefährdet werden könne. Alle andern Gewerbe sollten frei sein und dem Unternehmer Nichts als eine Anmeldung obliegen. Der Entwurf ließ zum Betriebe Jedermann zu, der sein Vermögen selbst zu verwalten berechtigt sei, und machte zwischen Geschlecht und Glauben keinen Unterschied. Auch die Beschränkung auf geschlossene Gewerbebezirke sollte überall aufhören. Leider ist dieser Entwurf bis jetzt nicht zum Gesetz geworden, obgleich fast alle Handels- und Gewerbekammern sich günstig über ihn ausgesprochen haben.

Auf eine zweite Schranke des freien Verkehrs, auf die Wuchergesetze, fielen die ersten Axthiebe. Schon das neue preußische Strafbuch von 1851 enthielt insoweit einen Fortschritt, als es überhaupt nicht für strafbar erklärte, einen höhern als den gesetzlichen Zinsfuß zu nehmen, sondern nur dann, wenn es betrügerisch oder gewohnheitsmäßig geschehe. Auch dieses Gesetz stellte sich noch eine unmögliche Aufgabe, nämlich die, den gewohnheitsmäßigen Wucher unter den vielerlei Masken, die er annimmt, zu entdecken. Als eine Agitation gegen die Wuchergesetze entstand, der die Handelskammern Oesterreichs und Preußens durch Gutachten beitraten, ließ sich den Gründen, die man gegen die alte Gesetzgebung vorbrachte, Nichts entgegensetzen. Wie ließ sich die Anomalie rechtfertigen, daß der Staat bei Prämienanleihen und bei Anleihen unter Pari selbst Wucherzinsen bezahlte, daß er den Banken Discontosätze von sieben, acht und zehn Procent gestattete und doch den Privatwucher verfolgte, wie ließ sich den neuesten Erfahrungen gegenüber leugnen, daß die Wuchergesetze die achtbaren Capitalisten, welche weder ihr Geld unter dem Werthe losschlagen, noch bei Annahme ungesetzlicher Zinsen der Gefahr einer peinlichen Untersuchung ausgesetzt werden wollten, vom

Darlehnsgeschäft verdrängten und den Geldmarkt auf solche Weise seiner besten Kräfte beraubten, um ihn der Alleinherrschaft der schamlosesten Wucherer zu überliefern, die durch drückende, von keiner Concurrenz niedergehaltene Steigerung des Zinsfußes und durch Zuhülfenahme von allerlei den Wucher bemäntelnden Scheingeschäften gegen ein etwa mögliches Eingreifen des Gesetzes sich von vorn herein zu entschädigen und zu sichern wußten! Man zögerte freilich, die Wuchergesetze ganz abzuschaffen, weil der Bruch mit alten Rechtsanschauungen zu schwer wurde, aber man stellte ihre Wirksamkeit provisorisch ein und sprach ihnen damit das Todesurtheil, und zwar um so mehr, als der Verkehr seine Befreiung als eine Wohlthat empfand.

In jeder Uebergangszeit thut der Staat wohl, den Grundsatz einer halbvergessenen national-ökonomischen Schule: „Laß' machen, laß' gehen!“ zu seiner Regel zu erheben. Die Gestalten, in die das Neue sich nach und nach verwandelt, gehen aus einer Reihe von Processen hervor, deren Entwicklung eine natürliche sein muß. Dies gilt schon von dem Einzelnen, um wie viel mehr also von dem Ganzen, das eine verwickelte, mit tausend Zähnen und Rädern in einander greifende Maschine darstellt. Ueberläßt man den Umbildungsproceß sich selbst, so werden hie und da Gedanken und Vorschläge auftauchen, die sich im praktischen Leben bewähren, und ehe man sich dessen versieht, findet sich Verwandtes von selbst zusammen und schießt wie crystallisirende Salze in regelrechte Formen hinein. Bilden sich dann Vereine, zu denen die germanische Welt unsrer Tage sich überall hinneigt, so ist auch ein höheres Forum der Beurtheilung ohne Zuthun des Staats entstanden und dieser hat den Vortheil, Vorarbeiten und fertige Entwürfe entgegennehmen zu können.

Als eine solche höhere Instanz, die ihre Aufmerksamkeit auf alles den sittlichen und leiblichen Wohlstand des Menschen Betreffende erstreckt, haben sich Wohlthätigkeitscongresse gebildet. Die Veranlassung zu ihrer Entstehung gaben Berathungen über Gefängnißreform, die im Jahre 1847 in Brüssel stattfanden. Man hatte durch diese die Ueberzeugung gewonnen, daß die Umgestaltung der alten Haftsysteme bei Weitem nicht so wichtig sei, wie ein wirksamer Kampf gegen die Armuth, diese ergiebigste Quelle der Verbrechen. Als man den erweiterten Zweck näher in's Auge faßte, gewahrte man, daß mit der äußeren barmherzigen Armenpflege für die Heilung der eiternden Wunde, welche an der europäischen Gesellschaft frißt, wenig gethan sei. Weiter-

hin mußte man sich gestehen, daß man von dem Leben des sogenannten vierten Standes sehr wenig wisse, und als man sich nun mit diesem eingehender beschäftigte, da zeigte es sich, daß man seinem Leiden nicht beikommen könne, wenn man nicht das ganze Gesellschaftsleben, seine Einrichtungen und Gewohnheiten, seine Stellung zum Staat, seine Gliederung nach Ständen und Beschäftigungen in den Kreis der Erörterungen hineinziehe. Das Material war nun so weitschichtig geworden, daß es ziemlich alle national-ökonomischen Fragen umfaßte. Die Beschränkung auf Einzelnes ergab sich danach von selbst, und so berieth der erste Congreß, der sich im September 1856 in Brüssel zusammenfand, hauptsächlich über die Subsistenzmittel und die Landwirthschaft, den Verkehr mit Getreide und anderen Producten, das Vereinswesen, die Auswanderung und die Mäßigkeitsvereine. Der zweite Congreß wurde im September 1857 nach Frankfurt a. M. berufen. Man schuf auf ihm einen internationalen Wohlthätigkeitsbund, welcher alle jene Männer, die sich mit der Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen beschäftigen, unter sich in Verbindung setzen, einen Briefwechsel zwischen ihnen und außerdem die Mittheilung von Documenten, Berichten und Schriften vermitteln und alle Bestrebungen unterstützen soll, welche darauf gerichtet seien, einen wohlthätigen Einfluß auf die Gesellschaft zu äußern. Die deutschen Mitglieder verabredeten außerdem die Bildung volkswirthschaftlicher Vereine in den größeren und kleineren Städten Deutschlands, welche für Verbreitung national-ökonomischer Aufklärung bemüht sein sollen. Auf dem ersten Congreß hatte man den fruchtbaren Gedanken ausgesprochen, Gegenstände der häuslichen Wirthschaft auszustellen. Man empfahl, in jedem Lande ein fortdauerndes Museum zu gründen, welches dem Arbeiter eine vollständige Sammlung aller der Geräthe darbiete, durch die er viel zu sparen vermag.

In dem Vereinswesen für die ärmeren Classen, das dem Wohlthätigkeitscongresse den meisten Stoff zu ihren Berathungen darbot, war so lange kein Aufschwung wahrzunehmen, als man den Standpunkt der Armenpflege festhielt. Man betrachtete diese Vereine bis 1848 allgemein als Wohlthätigkeitsanstalten. Man hatte den guten Willen, dem kleinen Handwerker das Geld, das er sich vermöge seiner Isolirung nicht verschaffen konnte, durch Vorschußvereine zuführen zu lassen. Gönner schenkten Geld oder liehen es ohne Zinsen, und die Darlehen wurden halb und halb als Almosen zugetheilt. Man ging deshalb ohne Vorsicht zu Werke und gab das Geld der Vereine

rasch aus, den Handwerkern aber fügte man Schaden zu, indem man sie durch die Annahme, als ob sie ohne mildthätige Unterstützung nicht bestehen könnten, entmuthigte und entsittlichte. Ein früherer preußischer Abgeordneter, Schulze aus Delitzsch, wurde zum Reformator dieser Vereine. Sein Grundsatz war, daß der Gewerbsstand durch die eigene Kraft sich heben und die Mittel, aus denen ihm Vorschüsse geleistet werden könnten, selbst bilden müsse. Dabei gab er seinen Vorschußvereinen keine isolirte Stellung, sondern fügte sie in ein System von Handwerker- und Arbeiterverbänden ein, die auf seine Anregung und zum Theil unter seiner Leitung seit 1849 in Städten der preußischen Provinz Sachsen entstanden.

Die eine Classe dieser Vereine hat die Anschaffung von Rohstoffen zum Zweck. Der Schneider, der Schuhmacher, der Tischler und mancher andere Handwerksgenosse muß sein Material vom Zwischenhändler kaufen und um vierzig und fünfzig Procent theurer als der Käufer im Großen bezahlen. In dem Schulze'schen Verein, in dem zunächst sechsundfünfzig Schuhmachermeister Aufnahme fanden, wird der Rohstoff höchstens mit einem Aufschlag von sieben Procent verkauft, der den Mitgliedern, da sie an dem Gewinn Antheil nehmen, wieder zu gut kommt. Die günstigen Erfahrungen, die man machte, hatten die Bildung von etwa fünfzig Vereinen gleicher Art zur Folge. Dreißig derselben bestehen aus Schuhmachern und zählen etwa fünfzehnhundert Mitglieder.

Ein zweiter Verein, zu dem Schulze die Anregung gegeben hat, ist auf den gemeinschaftlichen Verkauf der Waaren auf Messen und Märkten berechnet. Die großen Kosten, die das Umherziehen auf Messen und Märkten macht, stehen in der Regel zu dem Umfang des Geschäfts der Kleinverkäufer in keinem Verhältniß. Die Vereinsmitglieder übergeben ihre Erzeugnisse, deren Preis sie bestimmen, einem Beauftragten, der damit die Märkte bezieht, und sparen auf diese Weise an Zeit und an Kosten. Auch diese Vereine haben im nördlichen Deutschland vielfache Nachahmung gefunden.

Am wichtigsten sind die Schulze'schen Vorschußvereine geworden. Es wird dabei so verfahren, daß kleine Handwerker gegen gemeinschaftliche Haft ein Darlehn aufnahmen, aus dem sie in Fällen der Noth kleine Summen empfangen. Sie müssen höhere Zinsen geben und aus diesen bildet der Verein ein Capital, dessen Miteigenthümer natürlich jeder Einzelne ist. Der schwierigste Punkt ist die Sicherheit für die gewährten Darlehen. Man hat

in dieser Beziehung die verschiedensten Grundsätze angenommen. In den von Schulze selbst geleiteten Vereinen fordert man Bürgschaftsstellung durch andere Theilnehmer. „Da der Dienst," sagt er, „den sich die Mitglieder als Bürgen leisten, ein gegenseitiger ist, indem der Bürge bald selbst wieder in die Lage kommt, des Bürgen zu bedürfen, so hat sich das richtige Verhältniß in dieser Beziehung bald von selbst unter den Mitgliedern regulirt, und wo sich kein Bürge finden will, ist dies stets das sichere Zeichen, daß der Vorschußsuchende kein Vertrauen verdient. Für welche Schande es aber unter den betheiligten Classen gehalten wird, einen Bürgen in Schaden zu bringen, davon enthalten die Bücher der Gesellschaft bemerkenswerthe Beispiele." In andern Städten läßt man den Schuldner für den Betrag der entnommenen Summe einen Wechsel ausstellen, um ihn durch die Aussicht auf persönliche Haft zur Pünktlichkeit anzuhalten. Ganz abweichend ließ sich ein Verein, dessen Grundsätze seitdem von andern angenommen worden sind, bloß von dem persönlichen Vertrauen leiten, das der Geldsuchende einflößt. Er stellte diese Regel darum auf, um den Borger nicht zu nöthigen, durch Umfragen nach Bürgen seine augenblicklich bedrängte Lage zu enthüllen und seinem Credit zu schaden. Obgleich dieser Verein einen jährlichen Umsatz von 143,000 Thalern macht, hat er doch noch keine eigentlichen Verluste erlitten, und in seinen Büchern stehen nur zwei unsichere Forderungen in einem Gesammtbetrage von 55 Thalern. Die Ausbreitung der Vorschußvereine ist mit einer für Deutschland ungewöhnlichen Geschwindigkeit erfolgt. Es bestehen ihrer gegenwärtig etwa 150, und überall haben sie nicht bloß die materielle Lage ihrer Mitglieder verbessert, sondern eben so sehr ihre Gesinnung und ihren Charakter gehoben. Schulze ist nicht sanguinisch, wenn er seine Ueberzeugung ausspricht, daß diese Volksbanken binnen Kurzem als finanzielle Macht den Banken des Großverkehrs zur Seite stehen und keiner deutschen Stadt fehlen werden.

An diese Vereine reihen sich sogenannte Consumvereine, welche die wichtigsten Lebensbedürfnisse im Ganzen ankaufen und an ihre Mitglieder in kleineren Mengen zu den Einkaufspreisen ablassen. Selbst in England, dem Mutterlande der modernen Industrie, reichen nur einzelne Versuche über das Jahr 1848 zurück. Gegenwärtig bestehen dort 250 Consumvereine mit 50,000 Mitgliedern und mit einem jährlichen Umsatz von 2 Millionen Pfd. Sterl. Die deutschen Vereine kaufen Lebensmittel, Holz und Kohlen, Brennöl

und selbst lebende Thiere. Sie dienen zugleich zur Bekämpfung der Verfälschung der Waaren, die jetzt in's Unglaubliche getrieben wird. Um nicht zu sehr durch sie zu verlieren, muß der Kaufmann seine Kunden mit guten Artikeln versorgen. Wo sich neuerdings Volksküchen gebildet haben, suchen auch sie durch eigene Mittel sich zu erhalten. So verliert das falsche Wohlthätigkeitsprincip mehr und mehr an Boden und die arbeitenden Classen verjüngen sich durch ihre eigenen Kräfte.

So lange die socialistischen Ideen für eine nahe und dringende Gefahr gehalten wurden, begegnete man allen Genossenschaften mit Mißtrauen. Gegenwärtig hilft man ihnen oder läßt sie wenigstens gewähren, und inzwischen haben jene Träumereien ihre Ohnmacht gezeigt. Sie wollten den großen Kaufmann und Fabrikanten dadurch beseitigen, daß die Handlungsgehülfen unter sich ein Handelshaus und die Fabrikarbeiter unter sich ein Fabrikgeschäft bildeten. Dies führte zu sogenannten productiven Einigungen, die in Frankreich, als nach der Katastrophe der Junischlacht eine Ernüchterung eingetreten war, mit Geräusch betrieben wurden. Die Regierung mischte sich aber ein, und so erhielten jene Vereine vielfach eine falsche Richtung. Im ersten Augenblicke wurden allein in Paris 160 gegründet, und man hatte nun Verbindungen von Hutmachern, Lederarbeitern, Färbern, Schneidern, Schuhmachern, Köchen u. s. w. Zum Theil kamen die Capitalien von ehemaligen Unterstützungsgesellschaften, zum Theil gab der Staat Geld. Die eine Classe dieser französischen Vereine bezahlte alle Arbeiter gleich, die andere machte einen Unterschied nach Güte und Menge der Arbeit, alle aber setzten den täglichen Lohn so niedrig wie möglich und vertheilten den Ueberschuß als Dividende, an der alle Arbeiter gleichen Antheil hatten. Zur Zeit bestehen von diesen Vereinen noch 31 und einige sollen in guten Umständen sein. Auch in England haben sich Arbeiter, die das Fruchtlose und Schädliche ihrer Arbeitseinstellungen einsahen, zur Betreibung selbständiger Geschäfte vereinigt. Im Jahre 1854 gab es in Großbritannien doch nur 50 derselben, darunter zehn vom Schneiderhandwerk, eine Brauerei, eine Schlächterei, zwei von Claviermachern, zwei vom Maschinenbau, sechs Baumwollenfabriken u. s. w. In Deutschland wissen wir nur von einer einzigen productiven Genossenschaft, die in Erfurt besteht und sich mit Bäckerei beschäftigt.

Die Vereine, bei denen Schulze betheiligt ist, hat man auf einem volkswirthschaftlichen Congreß als die Innungen der Zukunft begrüßt. Sie haben

die Vortheile der alten Zünfte ohne die Nachtheile derselben, reißen den Handwerker aus seiner bisherigen Vereinzelung heraus, ohne seine Selbständigkeit zu gefährden, und versehen ihn mit einem Capital, an dem kein Makel des Almosens klebt und kein Centnergewicht des Wuchers hängt. Die größte Anzahl der Handwerker wird in den verschiedenen, einer vielfachen Umbildung und Entwicklung fähigen Genossenschaften neue Kraft schöpfen. Einem anderen Theil wird der verhaßte Anschluß an die Fabriken nicht erspart werden können. Ein dritter Theil, den wir recht zahlreich zu sehen wünschen, hat in der Kunst und dem künstlerischen Betrieb ein Asyl zu suchen, wohin keine Maschine jemals zu dringen vermag.

So außerordentlich groß der Ertrag der Werthe ist, welche die Industrie erzeugt, behauptet doch der Ackerbau seine erste Stelle in der Volkswirthschaft nach wie vor. Auch in diesen Culturzweig ist die Revolution eingedrungen und hat ihn fast bis zur Unkenntlichkeit umgestaltet. Alle Probleme, die sich auf diesem Felde darbieten, sind jedoch nicht gelöst, und insbesondere herrscht über die Frage der Theilbarkeit oder Untheilbarkeit der Landgüter ein Streit, der stark in's Politische hinüberspielt. Das eine Extrem der Güterzerstückelung bis in's Unendliche kann man in seinen Wirkungen in Frankreich studiren. Die Bodenzertheilung ist dort im fortwährenden Zunehmen begriffen, denn gab es 1815 in Frankreich 10,083,731 Grundstücke, so zählte man 1855 deren 12,822,738. Landbesitzer gibt es 7,846,000, und 3,000,000 derselben zahlen keine Personalsteuer, weil ihre Armuth von der Gemeinde bescheinigt ist, während 600,000 höchstens fünf Centimen jährlich an Beitrag für die Staatslasten aufzubringen im Stande sind. Jene 3,000,000 Grundeigenthümer bilden ein ländliches Proletariat, dem weder durch Auswanderung zu helfen ist, weil die Franzosen mit merkwürdiger Anhänglichkeit an ihrem Boden haften, noch durch Vergesellschaftung, weil man zu lange an Centralisation und Allesregiererei gewöhnt ist. Dazu ist der französische Grundbesitz mit einer Hypothekenlast von 12 Milliarden Franken belastet, und in einer großen Anzahl von Gemeinden hat der Wegebau wegen Unvermögens eingestellt werden müssen. Das andere Extrem, das der geschlossenen großen Güter, hat sich in Mecklenburg ausgebildet. Es gibt dort wenige Dörfer und wenige kleine Grundbesitzer, Domänen und Rittergüter haben fast den ganzen Boden in Beschlag genommen und der Bauer ist Tagelöhner. In den meisten deutschen Ländern hielt man sich, als die bäuerlichen Verhält-

nisse neu geordnet wurden, an die richtige Mitte und setzte eine gewisse Anzahl von Ackern fest, über die hinaus eine Veräußerung nicht stattfinden dürfe. Inzwischen ging die natürliche Entwicklung ihren Weg für sich. Die großen Güter, die man auf der einen Seite empfahl, entstanden ganz von selbst durch das Uebergewicht des Capitals, und schon die Verwendung der Maschine führte zu einem Großbetrieb. Auf der andern Seite entstanden, durch die Eisenbahnen und durch den Anbau von Handels- und Fabrikpflanzen begünstigt, wahrhafte Kleinwirthschaften in Menge, und so wurde ein Anfang von einer Entwicklung großer und kleiner Güter im rechten Verhältniß neben einander gemacht.

Das Jahr 1848 beseitigte die letzten Spuren mittelalterlicher Gutsrechte, wo sie auf den Bauern noch lasteten. Es gibt deutsche Landstriche, in denen der Werth der Güter seit den dreißiger Jahren, freilich unter Mitwirkung anderer Ursachen, um das Dreifache gestiegen ist. Durch die Gemeindetheilungen und zum Theil durch die Ablösungen wurden ungeheure Strecken tragbaren Bodens für die regelrechte Cultur gewonnen, durch die Zusammenlegung der Grundstücke die Bewirthschaftung ungemein erleichtert. Mit der ersten Maßregel verband sich als Folge derselben ein allgemeiner Uebergang zur Stallfütterung, zu dessen wohlthätigen Folgen die gehörte, daß dem Umsichgreifen der Viehseuchen Einhalt gethan wurde. Neue Bodenflächen gewann man, als die Entwässerung durch Röhren allgemein wurde. Ohne daß Areal verloren ginge, kann man gegenwärtig nasse und kalte Felder, Moorgrund und Sumpf in Ackerland verwandeln. War die Erfindung an sich alt, so gehörte doch ihre umfassendere Anwendung ganz der neuesten Zeit an. Die ersten Versuche im Großen machte Sir Robert Peel, nachdem er seine Maßregeln gegen die Korngesetze durchgeführt hatte. Der entschieden günstige Ausfall rief eine große Energie wach und die Entwässerung durch Röhren verbreitete sich, obgleich die Eigenthumsverhältnisse mancherlei Hindernisse darboten, mit reißender Geschwindigkeit über Irland, Schottland und England. Der Herzog von Northumberland setzte jährlich 150,000 Thaler zu Arbeiten aus, Graf Derby ließ im Jahre 1850 allein 1,300,000 Fuß Röhren legen. Die englische Regierung kam diesen Anstrengungen dadurch zu Hülfe, daß sie die Darlehen von Privaten zu Entwässerungszwecken begünstigte und sich vom Parlament ermächtigen ließ, aus Staatsmitteln Vorschüsse bis zu 20,000,000 Thalern zu machen. Auf dem Festlande war die belgische

Regierung die erste, welche die Entwässerung einführte. Sie ließ die Erfindung durch einen Techniker an Ort und Stelle prüfen und kaufte Maschinen zur Anfertigung von thönernen Röhren, um sie unentgeltlich zu vertheilen. Das französische Interesse war noch ein laues, als mehrere deutsche Regierungen bereits Maschinen angekauft und unentgeltlich vertheilt, auf Staatsgütern Versuche angestellt und zu Entwässerungen ermuntert hatten.

Lange wurde die Schafzucht einseitig bevorzugt und wohl gar der Meinung gehuldigt, daß man durch sie die Rinderzucht als landwirthschaftliches Aushülfsmittel ersetzen könne. Die australische Concurrenz drückte später die Wollpreise herab, der Verkauf von Zuchtthieren verminderte sich, und man überließ nun die Schafzucht, wenn auch nicht ganz, den minderbegünstigten Ländern im Osten, namentlich Posen, Schlesien und Mähren. In der Rinderzucht näherte man sich dem englischen System, das sich genug ausgebildet hat, um dem Landmann die besten Mittel anzugeben, wie er entweder Zugkraft, oder Milch, oder Fleisch erzeugen kann. Man führte von hier und da, sowohl aus den Alpenländern als aus den Niederungen am Meere, die besten Racen ein und kreuzte sie mit dem Landvieh. Ehe diese Thätigkeit begann, hatte die Pferdezucht bereits die Fortschritte gemacht, die sich an Pferderennen und die Einbürgerung edler Pferde knüpfen können. Die Schweinezucht war dagegen mit der Annahme einer einzigen fremden Art, des chinesischen Schweins, am Ziel ihrer Fortschritte angelangt.

Von England lernte man die Benutzung der Maschinen für den Ackerbau. Die Londoner Industrieausstellung eröffnete für uns in dieser Beziehung eine neue Epoche. Man benutzte von nun an verbesserte Säemaschinen, Pferdehacken, Pflanzmaschinen, Dreschmaschinen, Häckselschneiden, Kornreinigungsmaschinen u. s. w. Der schottische Schwingpflug verbreitete sich über England und Amerika und die norwegische Egge eroberte vielleicht noch mehr Boden. Das schwierige Problem einer Mähemaschine löste ein Amerikaner. Welche Einwirkung auf die Cultur die fahrbaren Dampfmaschinen üben werden, läßt sich noch nicht absehen.

Eine vervollkommnete Wiesencultur mit künstlicher Berieselung entlehnte man der Lombardei. Im Ganzen gewann der Ackerbau über den Wiesenbau die Oberhand, und zwar durch den vermehrten Anbau anderer Hackfrüchte als der Kartoffeln. Die Kartoffelkrankheit, die etwa von 1845 an im ausgedehntesten Maßstabe auftrat, ganze Länder heimsuchte und die Mißernten

im Getreide noch furchtbarer machte, wurde als ein großes Unglück betrachtet und war, von ihren nächsten Folgen abgesehen, für den Ackerbau doch wohlthätig. Sie zwang zum Anbau des Maises, der sich jetzt bis zu den nördlichsten Grenzen Deutschlands ausgedehnt hat, und zur Anwendung anderer Hackfrüchte. Die letzteren haben die Ergiebigkeit des Getreidebaues dadurch, daß sie den Boden vom Unkraut befreiten, lockerten und bis zur erforderlichen Tiefe vorbereiteten, so gesteigert, daß man die jetzige landwirthschaftliche Periode im Gegensatz zu der bis 1840 reichenden früheren, in der die Kartoffel vorwaltete, die Periode des Hackfruchtbaues genannt hat. Die Hauptrolle unter den Hackfrüchten ist der Runkelrübe zugefallen. Der höhere Zoll, den man jetzt vom Centner Rüben erhebt, hat nur den kleinen Fabriken den Untergang gebracht, die mit großen Capitalien arbeitenden und gut geleiteten fahren fort, dem Rohzucker Concurrenz zu machen.

Gewisse Getreidearten, der englische Weizen, der holsteinische Roggen, der schottische Hafer, der amerikanische Mais, verbreiteten sich überall hin. Im Bau der Futterkräuter ergaben sich mehrere Veränderungen durch neu eingeführte Gräser, Klee- und Luzernearten. In der Annahme neuer und dem vermehrten Anbau alter Oelfrüchte ging Deutschland mit dem großartigsten Beispiel voran, so daß es gegenwärtig den Oelmarkt beherrscht. Die Fortschritte im Tabacksbau führten zu der überraschenden Erscheinung, daß Amerika, woher wir die Pflanze bekommen haben, Blätter, fertige Tabake und Cigarren von uns kauft. Viel Boden gewann der Kardenbau und die Pflege der kleinen Gewürz- und Arzneipflanzen, während der Weinbau merklich abnahm. Die schlechten Jahre, in denen die Veranlassung dazu liegt, will man durch das sogenannte Gallisiren der Weine, das man durch die Chemiker gelernt hat, unschädlich machen.

Der Flachsbau wurde bis in die jüngste Zeit zurückgedrängt, weil die deutschen Leinen den überseeischen Markt an die irischen größtentheils verloren hatten. Man sagte sich endlich, daß der unleugbare Verfall der alten Leinenindustrie durch die Sorglosigkeit entstanden sei, die sich sowohl bei der Bereitung, als bei der Verspinnung des Flachses eingenistet habe. Sobald man die Uebel erkannt hatte, bequemte man sich zur Annahme der besseren Methoden des Röstens, der Bleiche u. s. w., in denen der Vorzug des belgischen Leinens liegt. Man entsagte nun dem unzeitigen Mitleid mit den Spinnern, das bis dahin die Benutzung von Flachsspinnmaschinen verhindert

hatte. Die Handspinnerei, die in den gröbsten und in den besten Sorten der Maschine überlegen ist, wurde darum nicht aufgegeben, vielmehr durch die Ausdehnung der hannöverschen Legge-Anstalten, die jedes betrügerische Weben verhindern, durch die Einführung eines neuen Spinnrades und Anderes mehr begünstigt. In Sachsen, zunächst in der Oberlausitz, gründete man von 1850 an Spinnschulen, die auf der einen Seite gute Spinner bilden, auf der andern unter den Kindern eine größere Arbeitsamkeit und Thätigkeit verbreiten, den Sinn für Zucht und Sitte vermehren und die Kinderbetteleien ausrotten sollen. Diese Schulen sind eine Fortsetzung der Kleinkinder-Bewahranstalten und ergänzen die Institute, welche wie die Sonntagsschulen durch geistige Ausbildung wirken. Die gemachten Erfahrungen schließen die Hoffnung nicht aus, daß sie sich mit den Mitteln werden erhalten können, die ihnen aus dem Erlös der Arbeiten ihrer Zöglinge zufließen.

Je zahlreicher die Arten der Pflanzen sind, welche der Landmann dem Boden anvertraut, um so leichter wird ihm der Wechsel mit den verschiedenen Gattungen derselben auf derselben Flur, der ein Haupterforderniß ist, wenn der Boden seine Zeugungskraft behalten soll. Zu Anfang der Periode, deren Geschichte wir erzählen, herrschte die alte Dreifelderwirthschaft vor. In verbesserter und erweiterter Gestalt huldigt man ihr noch in ganz Oesterreich, Baiern, den beiden Hessen, Ostpreußen, dem nördlichen und östlichen Schlesien, Hannover und Braunschweig. Der Weidewirthschaft, oder auch der Koppelwirthschaft begegnen wir in einigen Theilen des südwestlichen Deutschlands, hauptsächlich aber im Norden, in Oldenburg, Mecklenburg, Pommern, Ostfriesland und Holstein. Der Fruchtwechsel, der das vollendetste Wirthschaftssystem ist, hat sich eingebürgert in Sachsen, der preußischen Provinz Sachsen, der Mark Brandenburg, einem Theil von Westphalen, im westlichen und nördlichen Baden, im südlichen Theil von Schlesien, in Würtemberg und in der Pfalz.

Zur Verbreitung gesunder Ansichten und Aneignung neuer Verbesserungen bieten die landwirthschaftlichen Vereine die Hand. Man begegnet ihnen ziemlich überall in Europa, und bald ist, wie in Frankreich, der Beamtenstand im Auftrage der Regierung besonders in ihnen thätig, bald bleibt, wie in England, dem Landwirth das Feld allein. In Deutschland haben diese Vereine keinen nennenswerthen Fortgang genommen, bis der Staat seinen Einfluß geltend gemacht und sie centralisirt hat. Dies gilt namentlich von

Preußen, wo ein Landesökonomiecollegium die Thätigkeit der Kreisvereine regelt. Preußen besitzt fast vierhundert derselben, Oesterreich noch nicht siebzig, unter denen wenige sind, die gleich der mährisch-schlesischen Gesellschaft zur Beförderung des Ackerbaues ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden. In den übrigen deutschen Ländern hat sich das Vereinswesen am stärksten ausgebildet in Baiern, Sachsen, Würtemberg, Baden, Mecklenburg und Hannover. Seit 1836 veranstalteten die deutschen Landwirthe im Verein mit den Forstwirthen alljährlich wiederkehrende Wanderversammlungen, in denen außer den wirthschaftlichen Gegenständen die Anliegen erörtert werden, welche der Ackerbau und die Waldcultur an die Gesetzgebung zu stellen haben.

Dem heranwachsenden Geschlecht öffnen sich Lehranstalten in ziemlicher Anzahl. Von den höheren stammen nur drei, die von Möglin in der Mark Brandenburg, die von Tharand in Sachsen und die von Gratz in Steiermark, aus der Zeit vor 1815. Alle übrigen sind später, die meisten nach 1840, gegründet worden. Diese höheren Lehranstalten sind für Besitzer und Verwalter großer Güter, oder für Beamte, denen die Behandlung landwirthschaftlicher Gegenstände übergeben werden soll, bestimmt. Die Ackerbauschulen sollen die Söhne kleinerer Besitzer aufnehmen und für ihren künftigen Beruf heranbilden. Die großartigste von allen ist außerhalb Deutschlands zu suchen. Es ist die Petersburger, die im Jahre 1833 mit einem Aufwande von 700,000 Silberrubeln eingerichtet wurde. Gewöhnlich stehen mit den Ackerbauschulen Musterwirthschaften in Verbindung, in denen alle Arbeiten des Ackerbaues praktisch geübt werden.

Sehr bedeutende Dienste hat der Landwirthschaft die Chemie geleistet. Ist Sprenger, der 1832 eine Theorie der unorganischen Nahrungsmittel der Pflanzen aufstellte, auch der ältere Lehrer, so ist sein Einfluß doch kaum zu nennen gegen den, welchen Liebig durch sein Werk über die organische Chemie, das 1840 erschienen ist, ausgeübt hat. Liebig's Ansichten, daß die Ernährung der Pflanze von organischen Stoffen unabhängig sei und daß sie allein durch die Aufnahme der Salze, durch die Fixirung der Elemente des Wassers und durch die Zersetzung der Kohlensäure vor sich gehe, hat Gegner gefunden, doch ist dem großen Begründer der Agriculturchemie nicht abzustreiten, daß von ihm die wissenschaftliche Epoche der Landwirthschaft datirt. Was die Landwirthschaft der Chemie zu verdanken hat, besteht hauptsächlich darin, daß diese durchgehends bestimmte Werthe an die Stelle schwankender Annahmen

gesetzt hat, so daß der Landwirth nun seine Operationen mit Sicherheit beherrscht. Die Chemie sucht außerdem düngende Mineralstoffe auf und macht die Aschen, Salze und Rückstände der verschiedensten Arten nutzbar, die in den Haushaltuugen und Fabriken so oft verloren gehen. Seit der Landmann durch sie erfahren hat, daß ein Centner Knochenmehl die mineralischen Bestandtheile für 54 Centner Roggen liefere, werden Deutschland große Mengen dieses kostbarsten aller Düngstoffe erhalten. Die Chemie stellt endlich den Werth aller gebräuchlichen Düngmittel fest und bestimmt für jedes, welchem Boden und welcher Pflanzengattung es seiner Natur nach sich anpaßt. Die Einwirkungen der Chemie auf die Gewerbe sehen wir überall. Um nur Einiges des Wichtigsten hervorzuheben, sind chemische Prüfungen gewöhnlich unentbehrlich, um die Echtheit zweifelhafter Stoffe zu erkennen. Die Chemie stellt das Gas her, dessen Verbreitung bis in kleine Städte, auf englischem Boden selbst in Dörfern, mit jedem Jahre rascher vor sich geht. Die moderne Druckerei könnte ohne sie nicht bestehen, in den verschiedensten Gewerben, z. B. in der Seifenbereitung, hat sie eine Umwälzung hervorgerufen. Aus häßlichen Abgängen weiß sie Wohlgerüche und feinschmeckende Essenzen zu ziehen. Die einfachen Stoffe, welche sie aus zusammengesetzten ausscheidet, werden zur Grundlage neuer Fabricationszweige. Das Stearin gehört zu ihnen.

Zwei neue Stoffe, welche die Chemie aus fast unbrauchbaren Körpern gewann, begründeten in unglaublich rascher Zeit ausgedehnte Industrien. Irland besitzt eine der wichtigsten Lebensbedingungen des modernen Gewerblebens, die Steinkohlen, in ungenügender Menge oder in einer den gewöhnlichen Verbrauch nicht begünstigenden Beschaffenheit. Man richtete daher von jeher auf das Torfland und die Moorbrüche, welche 20 Millionen Acker bedecken, große Aufmerksamkeit. Die Versuche, den Torfboden in Ackerland umzuwandeln, gelangen nur sehr unvollständig, und die Steinkohlen ließen sich durch Torf nicht ersetzen. Man bereitete aus ihm nun Torfholzkohle, ja sogar Oel und Thran, und verarbeitete die übrigbleibenden Fasern zu einer Art von Pappe. Als man bis zum Oel fortgeschritten war, fand man nach einigen Jahren einen Leuchtstoff, das Photogen. Dieses und das Paraffin, das der Wachskerze seinen Platz in den Salons streitig macht, bereitet man gegenwärtig nicht bloß aus Torf, sondern auch aus bituminösem Schiefer, Braunkohlen und Steinkohlen. Beide haben sich im Laufe von zwei Jahren in Deutschland und den übrigen Gebieten des Festlandes eingebürgert.

Das letzte Geschenk, das die Chemie der Industrie gemacht hat, ist das Alumin. Nachdem man in den verschiedensten Erden einen zusammengesetzten Körper erkannt hatte, vermuthete man, daß auch die Thonerde eine metallische Grundlage habe, vermochte dieselbe aber wegen der großen Schwierigkeit der Ausscheidung nicht zu gewinnen. Auf einer vorangegangenen Entdeckung Oerstedt's fußend, stellte Wöhler 1827 in Berlin das Alumin her. Man war im höchsten Grade überrascht, aus Thon ein Metall hervorgehen zu sehen, das trotz seiner geringen Dichtigkeit einen größeren Klangreichthum als das Silber hat, auch weit härter als dieses ist, dieselbe Weiße, denselben Glanz besitzt, ebenfalls hämmerbar ist, mit andern Metallen sich legiren läßt und so ziemlich in derselben Temperatur schmilzt. Wöhler wurden keine Geldmittel zur Verfügung gestellt, so daß er die kostbare Ausscheidung des neuen Metalls nicht in ausgedehnter Weise vornehmen konnte, und seine Entdeckung drang kaum über die Kreise der Fachgelehrten hinaus. Der Franzose Deville war darin glücklicher, denn der jetzige Kaiser ließ ihm 48,000 Franken anweisen, und auf diese Weise unterstützt, konnte er größere Versuche anstellen, deren Resultat eine ungleich wohlfeilere Herstellung des neuen Metalls war.

Unter den Fortschritten auf dem materiellen Gebiet, deren Darstellung uns beschäftigt hat, befindet sich kaum einer, an dem die Wissenschaft nicht einen größeren oder geringeren Antheil hätte. Ihre innere Durchdringung mit dem Leben und mit der Praxis ist recht eigentlich ein Merkmal unsrer Zeit. Glaubt man, daß sie dadurch an sittlicher Würde verloren habe, und daß die Wissenschaft um ihrer selbst willen, also ohne Rücksicht auf Geldvortheile, zu pflegen, binnen Kurzem als unverständig verlacht werden würde, so verblendet man sich gegen die unbestreitbare Thatsache, daß die Wissenschaft, nicht indem sie von ihrem Standpunkte zurücksank, sondern indem sie höher und höher sich aufschwang, zu ihren vielfachen Berührungen mit dem praktischen Leben gelangte. Sind gewisse gelehrte Beschäftigungen augenblicklich der allgemeinern Beachtung entrückt worden, und gibt es große, keineswegs vernachlässigte Gebiete, welche wie abseits liegen, so ist der Grund nicht eine falsche Richtung, sondern der unerschöpfliche Reichthum unsers heutigen Lebens. In der Wüste zeichnet sich jeder Strauch am Horizont ab, in einem tropischen Garten kann es geschehen, daß selbst breite Gruppen und stattliche Bäume den Blick nicht auf sich ziehen.

Sechzehntes Kapitel.

Die Entdeckungsreisen. — M'Clure und Dr. Kane am Nordpol. — Die Südpolarreisen. — Leichardt und Gregory. — Die Brüder Schlagintweit. — Huc und Gabet. — Richardson, Barth, Overweg und Vogel in Afrika. — Niger und Nil. — Südafrika und Dr. Livingstone. — Reisen in Nord- und Südamerika. — Die Orientalisten. — Botta und Layard in Ninive. — Keilschrift und Hieroglyphen. — Andere Studien.

Der neuesten Zeit war es vorbehalten, von zwei geographischen Problemen, die ihr von der Vergangenheit überliefert wurden, das eine mit völliger und das andere mit annähernder Gewißheit zu lösen. Die nordwestliche Durchfahrt ist aufgefunden und das Vorhandensein jenes antarktischen Continents, mit dessen Aufsuchung schon Cook beauftragt war, mehr als wahrscheinlich gemacht worden. Die erste Entdeckung knüpft sich an die Nachforschungen nach Franklin und dessen unglücklichen Genossen, die uns in unsrer Kenntniß der Nordpolarzone überhaupt viel weiter gebracht haben. In mehreren auf einander folgenden Jahren durchsuchten Schiffer, einmal vierzehn zu gleicher Zeit, jede Straße, jede Bucht und jedes Vorgebirge des Inselgewirrs, das sich weiter westlich an die großen Baien zwischen Grönland und Nordamerika anschließt, und ließen keinen Winter vergehen, ohne weite Schlittenfahrten über die Schneeflächen des Landes anzustellen.

Bei den Nachsuchungen nach Franklin drang man gleichzeitig von drei Seiten vor, vom Lancastersunde her, von der Behringstraße aus und zu Lande gegen die arktischen Küsten des nordamerikanischen Festlandes hin. Von dem

Wege, den der Vermißte mit seinen Schiffen eingeschlagen habe, wußte man weiter Nichts, als was seine Anweisungen darüber enthielten. Die letzte Nachricht von ihm war durch einen Wallfischjäger gekommen, der die beiden Schiffe an einem Eisberge der Baffinsbai ankernd angetroffen hatte. Diese Nachricht datirte vom Juli 1845, und seitdem blieb Franklin verschollen. Man beunruhigte sich indessen nicht, da er mit Lebensmitteln auf volle vier Jahre versehen war, die er durch den Ertrag der Jagd und des Fischfangs so vermehren konnte, daß sie vielleicht auf zehn Jahre ausreichten. Darum hat man auch bis in die fünfziger Jahre hinein mit Nachsuchungen nicht nachgelassen, weil man immer noch Hoffnung hatte, daß er am Leben sein werde.

Bei einer der ersten Expeditionen stieß man im August 1850 auf einer Insel im Wellingtoncanal auf unverkennbare Spuren des ersten Winterlagers, das Franklin bezogen hatte. Man fand heraus, daß die Mannschaft wohl und heiter, die Jagd ergiebig gewesen und der Aufbruch plötzlich erfolgt sei. Man vermuthete ihn nun weiter im Norden und vernachlässigte darüber die südlicheren Straßen in der Nähe des Festlandes, zu denen er gesteuert sein mußte, wenn er seinen Anweisungen treu geblieben war. Selbst als man diesen seine Aufmerksamkeit wieder zuwendete, war man unglücklich genug, grade den Punkt nicht zu erreichen, wo Franklin wirklich war. Roß und Kennedy kamen der Stelle bis auf siebenzig englische Meilen nahe und sahen Nichts. Auch Rae hatte eine Richtung eingeschlagen, in der er zum Ziel gelangt wäre, wenn nicht die Unmöglichkeit, auf der unwirthlichen Küste zu bleiben, ihn auf das Meer angewiesen hätte, wo das Treibeis ihm eine unübersteigliche Schranke entgegensetzte. In jener Zeit lebte Franklin noch, aber als Rae auf einer zweiten Reise im Sommer 1853 an die Repulsebai gelangte, war Nichts mehr zu retten. Eskimos erzählten ihm die letzten trostlosen Tage der schmerzlich Gesuchten. Drei Jahre früher waren ungefähr vierzig weiße Männer über das Eis nach dem Süden gewandert. Sie tödteten Seehunde und gaben durch Zeichen zu verstehen, daß ihre Schiffe vom Eis erdrückt worden wären. Alle sahen mager aus, als wenn sie Mangel an Nahrungsmitteln litten, und als die Eskimos einige Zeit später auf eine Insel gelangten, die nordwestlich vom großen Fischflusse liegt, fanden sie dort die Leichen der Fremden. Zur Bestätigung ihrer Erzählung, nach der Franklin an Hunger und Kälte zu Grunde gegangen ist, überlieferten sie verschiedene Gegenstände, die ihm oder seinen Gefährten gehört hatten, silberne Löffel

und Gabeln, einen Zeitmesser, einen Spazierstock u. a. m. Mit denselben Eskimos trafen 1855 Stewart und Anderson zusammen, hörten dieselbe Erzählung und erhielten andere Sachen der unglücklichen Reisenden. Man führte sie zu den Trümmern eines Boots, auf denen der Name des einen von Franklin's Schiffen eingebrannt war, aber die Leichen der Verunglückten sahen sie nicht.

Eins der nachsuchenden Schiffe hatte M'Clure zum Führer. Als er England verließ, erklärte er mit Bestimmtheit, daß er entweder Franklin retten oder die nordwestliche Durchfahrt auffinden werde. Er nahm seinen Weg durch die Behringstraße, wurde mehrmals auf seinem Wege gegen Norden vom Eise zurückgewiesen und überwinterte 1850 in der Nähe eines neuentdeckten Landes. Erst gegen Ende Juli vermochte er im folgenden Jahre aufzubrechen, und gerieth zugleich in Strömungen, in denen ungeheure Eisberge und Eisinseln trieben. Die Westwinde gaben diesen Massen eine Bewegung von einem Knoten in jeder Stunde, und mehrmals wurde das Schiff von Eisschollen in die Höhe geschoben. Einmal wurde ein Block dreißig Fuß empor gedrängt, so daß das Schiff dem Ueberschlagen nahe war, in welchem Fall es vollkommen zertrümmert worden wäre. Man half sich bald durch Eissägen, bald nahm man zu Sprengungen mit Pulver seine Zuflucht. Wo das Eis die fürchterlichste Beschaffenheit und die massivste Dicke hatte, befand man sich an einer völlig graden Küste. Unter fortwährender Gefahr, von den treibenden Blöcken zermalmt zu werden, erreichte man endlich eine schützende Bucht, die man im dankbaren Gefühl der Rettung die Gnadenbucht nannte. M'Clure lag jetzt mit seinem Schiffe in der so lange gesuchten nordwestlichen Durchfahrt, wie er über jeden Zweifel hinaus feststellte, als er im Winter nach der Melvilleinsel aufbrach und zwischen der Gnadenbucht und jenem Punkte Nichts als zugefrorenes Meer sah. Im Sommer von 1852 öffnete sich das Wasser nicht einen Augenblick, und am 20. August hatte das junge Eis, das sich ansetzte, bereits eine Dicke von fast drei Zoll erlangt. Der zweite Winter war viel härter als der erste. Eine ganze Woche lang stieg der Wärmemesser nie über — 40° und an einem Tage hielt er sich auf — 62°. Da keine Möglichkeit vorhanden war, das Schiff frei zu machen, und die Lebensmittel abnahmen, so wurde beschlossen, daß ein Theil der Mannschaft ein Boot nehme und den Mackenzie zu erreichen suchen solle. Der 15. April 1853 war zum Aufbruch bestimmt, aber am 6. April

kam Besuch vom Herald, der auf der Melvilleinsel die von M'Clure niedergelegten Depeschen gefunden hatte. Die Eingeschlossenen gingen nun über das Eis auf eine Stelle, wo sie den Nordstern fanden, mit dem sie die hohe See gewannen und im folgenden Jahre glücklich England erreichten. M'Clure hat nicht eine, sondern zwei nordwestliche Durchfahrten gefunden. Er hat die ganze Baringsinsel umfahren oder umgangen und dadurch festgestellt, daß zwischen ihr und der Melvilleinsel kein festes Land liegt. Außerdem hat er durch Schlittenfahrten ermittelt, daß man auch an der Westküste der Baringsinsel vorbei zur Barrowstraße gelangen kann. Aber auch die entsetzlichen Schwierigkeiten und Gefahren, die des Seemanns in den Durchfahrten des Polarmeeres harren, hat seine Reise im grellsten Lichte hervortreten lassen. Straßen, in denen sein für die nordischen Meere besonders gebautes Schiff mit seiner zahlreichen und vortrefflichen Mannschaft nur wie durch ein Wunder der Vernichtung entging, kann der Handel niemals benutzen.

Die Versuche zu Franklin's Rettung erregten in Nordamerika solche Theilnahme, daß der New-Yorker Kaufmann Grinnel ein Schiff dazu stellte und den Befehl desselben dem Doctor Kane übergab. Dieser vermuthete Franklin in einer der Buchten von Grönland, dem nordwärts laufenden sogenannten Smithsunde. Den Eingang fand er, aber der Rückweg war ihm versperrt. Nachdem er zwei Winter, vom Eise eingeschlossen, in einer furchtbaren Kälte und fast ohne Brennstoff verlebt hatte, mußte er sich entschließen, sein Schiff zu verlassen. Krankheit und Siechthum war über die ganze Mannschaft gekommen. Der Skorbut hatte unwiderstehlich um sich gegriffen, und hinsichtlich der Nahrung war man auf das Fleisch von Walrossen und Seehunden angewiesen gewesen. Der einzige Schlitten, den man noch hatte, wurde den Kranken überlassen und von den zwei übrig gebliebenen Hunden gezogen. Man hatte dreizehnhundert englische Meilen bis zur nächsten dänischen Niederlassung zurückzulegen und unterwegs selbst für Nahrungsmittel zu sorgen. Die erste Strecke des Weges war die schwierigste. Der Smithsund war neunzig englische Meilen weit südlich zugefroren, und es verging ein ganzer Monat darüber, ehe man die Boote mit allem Zubehör über diese Eis- und Schneewüsten hinweggeschafft hatte. Selbst als man freies Wasser erreichte, wurde die Fahrt von Eisbildungen vielfach unterbrochen, doch trat kein Unfall ein, und am 13. September 1854 wurde Kane auf der Diskoinsel von einem nachgesendeten Schiffe aufgenommen.

Unsre Vorstellungen von dem nördlichsten Meere sind durch diese Versuche zur Rettung Franklin's in wesentlichen Dingen berichtigt worden. Nicht genug, daß wir von der Küste des nordamerikanischen Festlandes von der Behringstraße an bis zum Wallaston- und Victorialande nunmehr genaue Karten besitzen und die Inseln und Straßen bis zum Wellingtoncanal und einige Breitengrade in den Smithsund hinein kennen gelernt haben, berichtigt sich auch unsre Vorstellung von der Anhäufung des Eises in den höchsten Breiten. Gegen Norden hin stößt man auf weniger Eismassen, und es ist sogar wahrscheinlich, daß die letzten Breitengrade um den Pol von einem eisfreien Meere eingenommen werden. Im Wellingtoncanal sah Penny offenes Wasser fünf Meilen weit nordwärts reichen und am Horizont mit einem sogenannten Wasserhimmel zusammenstoßen, d. h. mit einer dunkeln Stelle am Himmel, die immer ein Anzeichen von offenem Wasser ist. Thiere zeigten sich häufig, sowohl Walrosse und Robben, als Polarhasen, Füchse, Wölfe, Eisbären und Rennthiere in ganzen Heerden. Große Schwärme von Enten, Gänsen und anderm Wassergeflügel flatterten umher. Unterm einundachtzigsten Breitengrade hörte Morton, einer der Gefährten Kane's, zu seinem höchsten Erstaunen den Donner der Brandung und überblickte von einem hohen Punkte aus einen offenen Wasserspiegel, der anderthalb Breitengrade weit nördlich verfolgt werden konnte. Auch hier war das thierische Leben in reichem Maße entwickelt, und später sah man oft Vögel über die starren Eismassen des Südens gegen Norden ziehen. Die Wissenschaft erklärt sich das offene Polarmeer, für das schon ältere Seefahrer ihr Zeugniß abgelegt haben, aus dem Fehlen von Land, das die Eisbildung begünstigen würde, und aus einer Strömung wärmeren Wassers, die in der Baffinsbai wirklich mit der Richtung gegen Norden und in der Behringstraße im Zurückfließen wahrgenommen worden ist. Man glaubt selbst eine Fortsetzung des Aequatorialstroms bis zum Pol annehmen zu dürfen, und schreibt dem Kampfe der warmen Strömung der Luft und des Meeres mit der Kälte des Breitegrades die bisher unerklärten Erscheinungen zu, die wir Nordlichter nennen.

In den antarktischen Meeren waren gleichzeitig drei Forscher anwesend, der Engländer Roß, der Franzose Dumont d'Urville und der Nordamerikaner Wilkes. Roß kam zuletzt, drang aber am weitesten gegen Süden vor. Dumont entdeckte eine fünfzig Stunden lange Küste, die mit ungeheuren Gletschern bedeckt war und vor der viele parallel laufende Inselchen eine Kette bildeten.

Roß umfuhr dieses Ludwig Philipps- und Joinville-Land und zeigte dadurch, daß es selbst eine Insel sei. Im nächsten Jahre stieß Dumont genau unter der Breite des antarktischen Kreises auf eine Küste von zwölfhundert bis achtzehnhundert Fuß Erhebung, vor der hohe Eisberge einen natürlichen Wall bildeten. Hinter ihnen entdeckte er Nichts als den eintönigen Horizont ewigen Eises und errieth nur an leichten Schattirungen, daß unter dieser weißen Hülle Land verborgen sei. Indem er dieser Küste, die er Adeline nannte, folgte, stieß er auf eine undurchdringliche Eismauer, die sich weit erstreckte. Dieselbe Mauer nöthigte den Amerikaner Wilkes zur Umkehr. Er verfolgte sie übrigens weiter als Dumont und sah überall hinter ihr ein hohes Land aufsteigen, dessen mit ewigem Schnee bedeckte Gebirgsketten eine Höhe von dreitausend Fuß hatten. Auf einem Eisberge, der eine Landung gestattete, fand er Felsenbruchstücke, so daß er mithin wirkliches Land gesehen hatte. Auch Roß, der einen andern Weg gegen Süden wählte, entdeckte eine Küste, das von ihm sogenannte Victorialand. In dem Maße, als er weiter gegen Süden kam, entwickelten sich höhere Gebirgsreihen, die bis zu zehntausend Fuß aufstiegen. Immer neue Berge zeigten sich, und als er über den 74. Grad, die höchste bis dahin erreichte Breite, hinausgekommen war, erblickte er zwei Riesenberge, von denen der eine ein noch thätiger, der andre ein erloschener Vulcan war. Nur auf einer kleinen Insel vermochte er zu landen, von der zusammenhängenden Küste hielten ihn vorliegende Eismauern fern, die in diesen Breiten als ständige Begleiterinnen jedes Landes auftreten. Seine Sondirungen bewiesen ihm, daß dieser Eisgürtel schwimmt, denn obgleich er nicht weniger als 900 Fuß unter das Meer hinabreicht, liegt der Grund des letztern doch noch viel tiefer, da das Senkblei erst bei 2460 Fuß aufstößt. Roß gelangte bis zu 78° 4′, der höchsten südlichen Breite, die jemals von einem Seefahrer erreicht worden ist. Für ihn, der den magnetischen Nordpol nicht bloß ermittelt, sondern auch wirklich erreicht hatte, wäre es der schönste Ruhm gewesen, wenn er auch den andern magnetischen Pol aufgefunden hätte, aber alle seine Bemühungen führten ihn nicht zum Ziele. Der magnetische Südpol liegt tief im unerreichbaren Innern des Victorialandes.

Die drei Entdecker ermittelten weit fortlaufende Küsten, deren Zusammenhang unter einander und mit dem Dreifaltigkeits- und Grahamslande wahrscheinlich ist. In diesem Falle würde der antarktische Continent etwas größer

als Australien sein. Merkwürdig ist die vulcanische Thätigkeit, die man gefunden hat. Wilkes bemerkte auf Eisbergen, die im Meere trieben, Trümmer von Basalt, Dumont sah ringförmige Krater und wechselnde Schichten von Asche und Eis. Einer der von Roß gefundenen Vulcane stieß Rauchsäulen aus, die einen Durchmesser von dreihundert Fuß hatten und zwölfhundert Fuß hoch aufstiegen. Alle vor dem Ludwig Philippslande liegenden Inseln wurden als vulcanische Bildungen erkannt. Auf einer von ihnen entwich aus mehr als hundertfünfzig Oeffnungen Gas, und warme Quellen, die im Schnee entsprangen, ergossen sich in ein stets eisiges Meer.

Eben so hoffnungslos, als das Bestreben sein würde, durch den antarktischen Continent zu wandern, haben sich die Versuche erwiesen, einen Eingang in das Herz des Australlandes zu gewinnen. Der ruhmwürdigste und unglücklichste Aller, die ihr Leben an diese Aufgabe setzten, war unser Landsmann Leichardt. Auf seiner ersten Reise in Australien bewies er der englischen Regierung, daß die Verbindung zwischen Sidney und Port Effington, die man zur Ausführung politischer Pläne brauchte, eine verhältnißmäßig leichte sei. Man wollte nämlich an der Nordküste Niederlassungen gründen, Malaien von den Inseln dorthin ziehen und eine Dampfschifffahrtsverbindung mit Singapur herstellen. Die Niederlassungen wurden angelegt, aber an Stellen, die der menschlichen Gesundheit eben so schädlich, wie den Seefahrern bequem gelegen waren. Leichardt war inzwischen wieder aufgebrochen, und dieses Mal nicht bloß in der Absicht, neue zur Besiedelung einladende Ländereien aufzuspüren, sondern quer durch den Continent zu gehen. Im October 1846 begann er seine Reise voll guter Hoffnung und mit allem Möglichen versehen, um spurlos zu verschwinden. Die Meinungen sind getheilt, ob er von seinen einheimischen Begleitern erschlagen worden, oder in einer der Salzwüsten des Innern an Durst und Hunger zu Grunde gegangen ist. Es hätte der Behauptung nicht bedurft, daß er noch irgendwo am Leben sein könne, um die englische Regierung zu veranlassen, seinen Spuren nachgehen zu lassen. Von den Expeditionen, die man zu diesem Zweck veranstaltete, war die Gregory's die bedeutendste. Man legte großen Werth auf sie, und sie sollte wie Leichardt einen Weg von der Nordküste quer durch den Continent nach der Südküste aufsuchen. Am 1. August 1855 verließen die Reisenden, denen der deutsche Botaniker Müller beigegeben worden war, Brisbane in Neu-Südwales und segelten direct nach der Nordküste. Man

begann mit der Untersuchung des Landes im Süden des Victoriaflusses. In dem Gebiet desselben drang man weiter vorwärts, als irgend einer der frühern Reisenden, und dies ist der Glanzpunkt der Expedition. Indessen setzte sogar hier, wo der Umfang des ackerbaufähigen Landes allein am obern Victoriaflusse zu einer Million Ackern angenommen werden kann, eine Wüste dem weitern Vordringen Schranken. Einmal glaubte Gregory einen Eingang in's Innere gefunden zu haben, als er einen Fluß entdeckte, der von Südwesten kam. Seine Ufer waren mit üppigem Graswuchs bedeckt, doch bald gingen sie ebenfalls in eine Sandwüste über, die von kahlen Sandsteinbergen und trockenen Salzseen unterbrochen, sich vor den Reisenden in unbegrenzter Ferne nach Süden ausdehnte. Die physische Beschaffenheit des ganzen Landes, das Gregory durchzog, verrieth eine außerordentliche Einförmigkeit. Die in's Meer fallenden Flüsse sind unbedeutend und in der trocknen Jahreszeit ohne Wasser. Ungeheure Strecken sind mit nutzlosem Buschwerk bedeckt, zwischen die einzelne fruchtbarere Strecken oasenartig eingestreut sind. Der Victoriafluß schneidet tiefer in den Continent ein und seinen Lauf begleiten guter Weiden- und Ackerboden. Weiter gegen Süden bildet eine Hochebene von Sandstein die Vorläuferin der Wüste, die hinter ihr ihre unbestrittene Herrschaft antritt.

Die Freigebigkeit eines deutschen Königs, der englischen Regierung und der geographischen Gesellschaft zu London setzten drei Brüder, Adolph, Hermann und Robert Schlagintweit, in den Stand, eine auf vier Jahre berechnete Reise in den Himalaya, die umfangreichste und riesigste Kette unsers Planeten, zu unternehmen. Sie hatten sich durch ihre physikalischen Untersuchungen der bairischen und schweizer Alpen, insbesondere aber des Monte Rosa, bereits einen classischen Ruf erworben. Sie sollten im Innern Indiens magnetische Curven bestimmen, geologische und geognostische Untersuchungen vornehmen und meteorologische Beobachtungen anstellen, insbesondere dem Druck und der Feuchtigkeit der Luft, der Sonnenstrahlung am Tage und der nächtlichen Radiation, der Durchsichtigkeit der Luft, den Lufterscheinungen, den periodischen Phänomenen, der Vegetation und den Regenzeiten ihre Aufmerksamkeit widmen. Sie kamen zu Anfang 1855 in Ostindien an, machten Madras zu ihrem ersten Ausgangspunkte und überschritten einzeln, Jeder auf einer andern Straße, die beiden Ketten der Ghats, um auch im Süden magnetische Positionen für Indien zu gewinnen. Sie wendeten sich nun dem

eigentlichen Schauplatz ihrer Thätigkeit im Norden zu und theilten sich in dieselbe so, daß Adolph und Robert den westlichen, Hermann den östlichen Himalaya übernahm. Die beiden erstern hörten sehr bald, daß Grenzstreitigkeiten zwischen Nepal und Thübet ihren Plan, von Westen her in das erstgenannte Land einzudringen, erschweren würden. In dem englischen Theil des Himalaya, auf den sie sich beschränken mußten, hatten sie nur auf natürliche Hindernisse zu rechnen, aber diese waren zum Theil furchtbarer Natur. Nicht selten übernachteten sie in Höhen von 15,000 Fuß und untersuchten, ehe sie am nächsten Morgen aufbrachen, mit dem Fernrohr, wie sie weiter nach oben steigen könnten. Die geringe Dichtigkeit der Luft, der Wind, der ihnen feinen Schneestaub in die Augen trieb, die empfindliche Kälte durften sie nicht abhalten, mit gespannter Aufmerksamkeit auf die tiefen Risse zu achten, die zu ihren Füßen unter einer dünnen Eisdecke klafften, und die Stellen zu vermeiden, wo Lawinen zu erwarten waren. Bei der Ersteigung des Ibi Gamin erreichten sie die höchste Höhe, auf der je ein Mensch verweilt hat. Der Paß, den sie hier überschritten, liegt noch 786 pariser Fuß höher als der Gipfel des Chimborasso, den Alexander von Humboldt, wie man weiß, nicht ganz zu erklimmen vermochte.

Im Winter kehrten die beiden Brüder nach dem Süden zurück, um einige noch wenig aufgeklärte Gegenden zu untersuchen. Hermann hatte inzwischen Sikkim bereist, ein schmales Land, das zwischen Nepal und Bhotan gleichsam eingeklemmt ist. Ein Krieg der Grenzländer ließ seine Projecte indessen scheitern und auch er wendete sich nach dem Süden und schloß sich seinen Brüdern an. Der nächste Sommer wurde der Durchforschung von Ladak gewidmet, das in geologischer Beziehung noch wenig bekannt war und als Quellland des Indus eine reiche Ausbeute versprach. Was seit 1760 keinem Europäer gelungen war, den Küen Lün zu überschreiten, wurde glücklich ausgeführt. Die Brüder waren jetzt in Khotan, der südlichsten Provinz des chinesischen Westlandes, einem Tafelland des innern Asiens, das in der regenlosen Zone liegt. Sie legten die Landestracht an, aber man wies sie dennoch zurück, ehe sie der Hauptstadt bis auf mehr als zwei Tagereisen nahe kamen. Ihre Untersuchungen des Küen Lün seiner ganzen Breite nach längs der Grenze stießen auf keine Hindernisse. Hunger, Kälte und Entbehrungen tödteten ihnen sieben Pferde, sie selbst litten nur durch ihre äußerste Erschöpfung. In Leh, wo die verschiedensten Völkerstämme von Centralasien

sich Stelldichein geben, konnten von den Köpfen dreißig verschiedener Stämme Gypsabgüsse genommen werden. Adolph hatte sich von den beiden andern Brüdern getrennt und war in Thübet eingedrungen. In Caschmir sah er seine Brüder wieder und tauschte mit ihnen seine Beobachtungen aus, die zu der Ueberzeugung führten, daß der Küen Lün und der Himalaya nur Theile eines und desselben großen Erhebungssystems bilden, daß der Küen Lün aber ältern Ursprungs ist. Die Untersuchung des Gebirgslandes war nun beendigt und Hermann und Robert traten die Rückreise an. Adolph hatte, nach den letzten Nachrichten, die von ihm eingetroffen sind, die Absicht, die Vorberge des westlichen Himalaya noch ergänzend zu durchziehen. Er hat sich später von der Aussicht auf einen leichtern Zugang zum chinesischen Festlande dorthin locken lassen und soll in einem Gefecht mit Chinesen seinen Tod gefunden haben.

Im Jahre 1839 wurden zwei Lazaristen, Huc und Gabet, mit der Seelsorge für die zerstreuten christlichen Gemeinden Chinas und der Mongolei beauftragt. Sie betraten den chinesischen Boden in der Zeit des Kriegs mit England. In chinesischer Tracht, Huc in den Kleidern eines eben erschlagenen Glaubensboten seiner Kirche, pilgerten sie nach Peking. Sie verweilten dort, bis sie sich mit Sprache und Sitten genau vertraut gemacht hatten, und überstiegen dann die große Mauer, um unter den Christen der Mongolei zu predigen. Lange wanderten sie in dem Lande der Gräser umher, besuchten Gegenden, die nie zuvor der Fuß eines Europäers betreten hatte, schliefen unter den schwarzen Zelten der Mongolen und erhielten in den Lamaklöstern der Buddhisten Herberge. Von der pfadlosen Steppe zog Huc nach Thibet, um den Aberglauben, welcher die Völker Hochasiens beherrscht, an der Quelle kennen zu lernen. Nachdem er in den Hochebenen unglaubliche Mühseligkeiten und Entbehrungen erduldet hatte, erreichte er Lha Ssa und fand in der Hauptstadt des Dalai Lama die wohlwollendste Aufnahme. Selbst predigen ließ man ihn vor den Priestern und vor dem Volke, aber der chinesische Bevollmächtigte nahm an seiner Anwesenheit Anstoß und wies ihn aus. Unter Bedeckung nach Macao geführt, wagte sich Huc noch einmal nach Peking, durchreiste mehrmals die verschiedenen Provinzen und lernte, ganz mit dem chinesischen Wesen identificirt, auch die höhern Classen kennen. Nur weil seine Gesundheit ihn dazu zwang, verließ er China, nachdem er vierzehn Jahre darin gelebt hatte. Während andre Reisende nicht weiter als in die halb-

europäisirten Hafenstädte kamen und Nichts niederschreiben konnten, als was sie bei ceremoniellen Gelegenheiten, bei Höflichkeitsbesuchen und Gastmählern an den Chinesen wahrnahmen, hatte Huc überall Zutritt, am kaiserlichen Hofe wie in der Hütte des Bauern, und sein Buch ist das erste, das sich an die zuverlässigen Berichte der alten Jesuiten würdig anschließt.*)

Zu besondern Zwecken besuchte Robert Fortune China zweimal in den Jahren 1843 bis 1845 und 1848 bis 1851. Das erste Mal schickte ihn die Gartenbaugesellschaft in England dorthin, damit er Pflanzen sammle, die im englischen Klima eingewöhnt werden könnten. Das zweite Mal war ihm von den Leitern der ostindischen Gesellschaft der Auftrag ertheilt worden, die chinesischen Theebezirke zu bereisen. In botanischer Beziehung waren seine Reisen dadurch fruchtbar, daß er neue Erfahrungen über das Versenden lebender Pflanzen, um das Vorgebirge der guten Hoffnung herum, sammelte und die Arten der Theepflanze sorgfältig studirte und beschrieb. Der wirthschaftliche Nutzen, den sie brachten, bestand in der Erwerbung von zwanzigtausend Theepflanzen, den besten Geräthschaften und Arbeitern für die englischen Theepflanzungen in Ostindien.

Das große geographische Ereigniß unsrer Zeit ist die Erschließung von Afrika. Im Norden des Welttheils besitzen die Franzosen Algier, von wo wichtige Straßen nach dem Innern führen. Der Süden dieser Colonie umfaßt ein weites Gebiet, die algierische Sahara, die durch eine Gebirgskette vom Tell, dem fruchtbaren Lande, getrennt wird. Den Bergen entströmen zahlreiche Wasserfäden, die in der Regel von Norden nach Süden laufen und alle im Sande der Wüste verdunsten. Wo diese Flüsse noch nicht völlig ausgetrocknet sind, berühren sie einzelne Erdstrecken, die der Mensch mit Hülfe des Wassers fruchtbar gemacht hat. Diese Oasen sind die Inseln des Sandmeers und ihr üppiger Pflanzenwuchs hat mitten in der allgemeinen Dürre einen ungemeinen Reiz. Ueber die Oasen, auf denen Ackerbau und gewisse Gewerbe betrieben werden, geht der Verkehr Centralafrikas mit der Mittelmeerküste. Erst im Frühling 1845 betraten die Franzosen diese fernen Gegenden. Sie befreiten die Oasendörfer von der Herrschaft der räuberischen Nomaden, sorgten für die Sicherheit der Straßen und verschafften den seß-

*) Sein Empire chinois, Paris, zweite Auflage, 1854, ist die Fortsetzung seiner Souvenirs d'un voyage dans la Tartarie et le Thibet. Beide hat Karl Andree für die Lorck'sche Hausbibliothek im Auszuge bearbeitet.

haften Arabern dadurch einen größeren Wohlstand. Das ganze Saharagebiet hatte nicht mehr französische Beamte als zwei Officiere, die von einer kleinen Besatzung unterstützt wurden. Man ließ den Arabern ihre eigene Verwaltung, aber diese bezeigten sich keineswegs dankbar, wurden durch die Verbesserung ihrer Lage nur übermüthig und ließen sich von Fanatikern gegen ihre Wohlthäter aufhetzen.

Die Februarrevolution erregte in Algier Hoffnungen, die seit der Gefangennahme Abdelkader's ganz erloschen waren. Man sah Regimenter abziehen, die nicht ersetzt wurden, und glaubte Frankreich in solcher Bedrängniß, daß einem Aufstande keine frischen Truppen entgegengeworfen werden könnten. An vielen Orten predigten Marabuts den heiligen Krieg, einzelne Kabylenstämme griffen zu den Waffen, und als die Besatzung von Biscara deshalb vermindert werden mußte, gab auch das Ziban, eine Oasenkette, die in dem an die Provinz Constantine angrenzenden Wüstengebiet liegt, dem allgemeinen Impulse nach. Die Niederlage eines französischen Obersten, der sich zu weit vorgewagt hatte, verschaffte dem Aufstande eine so gefährliche Ausdehnung, daß die Franzosen nicht weniger als 11,000 Mann in Bewegung zu setzen gezwungen waren.

Der Prophet Bu Zian hatte sein Hauptquartier in der Stadt Zaatscha, die in der ebenso genannten Oase liegt. Die Wüsteninseln sind natürliche Festungen. Ueberall findet man Wälder von Dattelpalmen, unter denen Fruchtbäume stehen, die wieder kleineres Strauchwerk und Gestrüpp unter sich haben. Die kleinen Flüsse, welche die Oase erreichen, sind mit den eigenen Quellen derselben zu einem Canalsystem vereinigt, das dem Boden überall Wasser zuführt. Durch die Baumdickichte führen bloß ein paar enge Pfade, die Canäle sind mit Mauern von Luftziegeln eingefaßt, und jedes Dorf hat noch einen tiefen Wassergraben mit Befestigungen. Vor Zaatscha lag außerdem ein festes heiliges Gebäude, neben der Stadt erhob sich eine Citadelle, und der Ort selbst kehrte dicke Mauern von Schießscharten durchbrochen, gegen außen.

Die Franzosen mußten sich zu einer regelrechten Belagerung entschließen. In neun Tagen (7. October bis 16. October 1849) gelangten sie unter fortwährenden Kämpfen und empfindlichen Verlusten an den Graben, der Zaatscha einschließt. Am 28. October stürmten sie, jedoch mit dem unglücklichsten Erfolge, und rächten sich nun an den Palmenwäldern, in denen sie mehr als

10,000 Bäume fällten. Ihre Lage war eine peinliche, denn der feine Sand der Wüste erhob sich bei jedem Winde in Staubwirbeln, vermischte sich mit den wenigen Lebensmitteln und quälte die Soldaten sowohl in den Laufgräben als in den Zelten. Nicht selten stürzten eisige Regenströme herab und bald brach die Cholera aus. Am 26. November waren die Arbeiten wieder so weit gediehen, daß man einen neuen Sturm unternehmen konnte. Er war glücklicher als der frühere, brachte aber den Franzosen einen Verlust von 1600 Mann. Die Bewohner des Orts wurden alle niedergemetzelt bis auf den Einen, welcher den Propheten verrathen hatte.

Ein anderer Wüstenposten, wohin der letzte Widerstand der arabischen Bevölkerung sich zurückgezogen hatte, war Laghuat, eine Stadt von etwa 800 Häusern, 107 französische Stunden von der Küste des Mittelmeers, an der äußersten Grenze der algierischen Sahara. Auch hier wurden die Franzosen durch die Hetzerei eines Fanatikers zum Angriff gezwungen. Von zwei Generalen, die sich gegen den Ort versuchten, war erst der zweite glücklich. Am 4. December 1852 stürmte Pelissier Laghuat, nachdem eine eigentliche Belagerung und Beschießung vorangegangen war. Zwei Heersäulen drangen von entgegengesetzten Seiten ein und stießen auf dem Marktplatze zusammen. Was sich an Arabern zwischen sie geworfen hatte, war erdrückt worden. „Die Höfe mehrerer Häuser waren buchstäblich mit Leichen gepflastert und das Blut floß wie Wasser“ sagt Pelissier über dieses Gemetzel. Nachdem der Kampf in den Straßen und Häusern aufgehört hatte, verfolgten die Franzosen die fliehenden Feinde in die Gärten und über diese hinaus in's freie Feld, wo die Reiterei aufgestellt war und Alles zusammenhieb.

Eine dritte Wüstenstadt des Randgebiets, Tuggurt, 32 Tagereisen von Constantine entfernt, erlag den Franzosen 1854. Der dortige Fanatiker war zugleich Räuber, verwüstete die umliegenden Gebiete und erhob von Freund und Feind Abgaben. Von Tuggurt hängen eine Menge von Oasen ab, deren 400,000 Palmenbäume eine Frucht liefern, die als Sultansdattel im Orient hochberühmt ist. Die Stadt ist ferner der Haltpunkt zahlreicher Karawanen, welche vom tunesischen Gebiet ausgehen und die algierische Wüste durcheilen, um sich nach Marokko zu begeben. Schon die Störung dieses Handels nöthigte die Franzosen, dem Unwesen der Fanatiker ein Ende zu machen. Im Süden von Algier vereinigten sich von verschiedenen Punkten aus drei Colonnen, verbündete Araber, leichtes Fußvolk, eingeborne Schützen und Spahis.

Die unabhängigen Araber waren übermüthig genug, einen Kampf im Freien anzubieten, und verloren ein blutiges Treffen. Ihr Anführer ergriff darauf die Flucht und am 2. November 1854 öffnete Tuggurt den französischen Vortruppen die Thore. Mit der Stadt, deren Treue durch den Bau einer Citadelle gesichert wurde, verlor ihre Nebenbuhlerin Temacin ihre Unabhängigkeit.

Vergleicht man den Boden, der auf diese Weise der französischen Cultur durch die Waffen erobert worden ist, mit dem noch unbezwungenen Raume bis zum fernen Sudan, so wird man nicht in die Gefahr gerathen, die Fortschritte der Franzosen gegen Süden zu überschätzen. Am wenigsten wird man der französischen Ruhmredigkeit Recht geben können, die bereits eine Verbindung Algiers mit dem obern Senegal eröffnet sieht und sich in Träumen von Karawanen wiegt, die an den Niger ziehen, am großen Tschadsee rasten, von dort die Quellen des Nils gewinnen und nun die Wahl haben, ob sie dem ägyptischen Strom bis zu dessen Mündung folgen oder durch die Länder der Gallas zum rothen Meer vordringen wollen. Was am Senegal zur Herstellung solcher Verbindungen bisher vorbereitet wurde, ist noch unbedeutender, als was in Algier geschah.

Nur zu lange versäumte man am Senegal das Nothwendigste. Insbesondere vernachlässigte man die Negerstämme und gab sie den Mauren Preis. Diese plünderten, trieben den Menschenraub im Großen und bekehrten viele Neger zu ihrem Glauben. Mehrere Stämme der letztern, welche wiederholt französische Hülfe nachgesucht und erst nach der Abweisung ihrer Bitten in St. Louis sich ihren ehemaligen Feinden in die Arme geworfen hatten, benahmen sich nun wie Fanatiker. In den Kämpfen zwischen Mauren und Negern wurde das rechte Ufer des Senegals, das noch vor 150 Jahren von Dörfern bedeckt war, immer öder, bis es zuletzt nur noch einige armselige Stämme kümmerlich ernährte.

In seinen letzten Jahren zog Ludwig Philipp die Senegalcolonie in den Kreis der Interessen, welchen er seine Aufmerksamkeit widmete, und fand in dem Statthalter Baudin den rechten Mann für seine Pläne. Man bildete aus den Schwarzen leichte Truppen nach dem Muster der algierischen Spahis und übte sie in Kämpfen mit den Mauren ein. Das rechte Stromufer ließ man vorläufig unberücksichtigt, um alle Kraft auf die Herstellung friedlicher Verhältnisse unter den Negerstämmen des linken Ufers zu richten. Indem man

die Eifersucht und den Eigennutz der Schwarzen in's Spiel zog, erlangte man Verträge, welche die Verbindung mit den Handelscomptoiren am obern Strom, die größtentheils neu eingerichtet wurden, erleichterten, den Bau von Forts erlaubten, dem Gummihandel Aufschwung verliehen und dem Einfluß der Mauren einige Schranken setzten. Das linke Ufer ganz von Feinden zu reinigen, wollte bis jetzt nicht gelingen, und die französischen Streitkräfte am Senegal sind noch heute so schwach, daß der Verlust eines einzigen größern Gefechts hinreichen würde, Alles zu zerstören, was seit Jahren mühsam geschaffen worden ist.

Die französische Besitznahme des algierischen Küstenlandes hat in Nordafrika neue Handelsverhältnisse geschaffen. Die Mohamedaner sind wenig geneigt, ihre alten Straßen durch ein Land, das gegenwärtig in den Händen von Ungläubigen ist, beizubehalten, und England benutzt ihre Abneigung gegen Frankreich zum Abschluß von Verträgen. Einer der Agenten, welche diesem Zwecke dienten, war Jacob Richardson. Er hatte sich 1845 und 1846 in der nördlichen Sahara bewährt, und auf ihn richteten sich die Blicke, als 1849 die Absendung eines politischen Agenten in die Hauptreiche des Sudans beschlossen wurde. Ritter Bunsen erwarb sich das Verdienst, die Aufnahme wissenschaftlicher Erforschungen in das Reiseprogramm zu veranlassen und deutsche Gelehrte zu empfehlen. Die Berliner Gesellschaft für Erdkunde, welcher die Wahl übertragen wurde, entschied sich für zwei Hamburger, Heinrich Barth und Adolph Overweg. Sowohl der König von Preußen als die genannte Gesellschaft Berlins unterstützten die beiden Reisenden. Sie nahmen den Weg über Tripolis und Murzuk und gewannen schon auf dieser Strecke, die von französischen Reisenden mehrmals besucht worden ist, das wichtige Resultat, daß die Wüste kein Tiefland, sondern im Gegentheil eine Hochebene mit tiefeingeschnittenen Thälern und aufgelagerten Hügeln ist. Da der grade Weg nach Ahir oder Asben durch Fehden der innern Stämme verlegt war, so mußten sie einen weiten Umweg machen. Zum Glück fanden sie in allen Brunnen trotz der heißen Jahreszeit Wasser und in den Thälern Lachen, um die Gazellen, Hasen, Füchse und kleine Vögel sich tummelten. Auf der Mitte des Weges wurden merkwürdige Felssculpturen entdeckt, an denen man sah, daß die ältesten Reisenden die Wüste nicht auf Kameelen, sondern auf Stieren durchzogen hätten. Bei einigen Angriffen umherziehender Räuber hatte man keinen Ausweg, als sich durch ein Lösegeld zu befreien.

In Tellust fand sich der Sultan bereit, die Reisenden für Geld weiterzuführen. Diese Hülfe erlaubte Barth einen Besuch in Aghades, einem wichtigen Mittelpunkte für eine Anzahl von Wegen, die nach verschiedenen Richtungen gehen. Nach einem dreimonatlichen Aufenthalt in Ahir brachen die Reisenden mit einer großen Salzkarawane weiter gegen Süden auf. Ihr Zielpunkt war Kuka, aber nur die beiden Deutschen erreichten diese Stadt in Bornu. Richardson, ein Mann von schwächlicher Gesundheit, war in der Nacht vom 3. auf den 4. März 1851, sechs Tagereisen vor Kuka, der großen Hitze und den andauernden Mühen erlegen.

Bei Agueda, einer ansehnlichen Stadt südlich von Kuka, erblickte Barth zum ersten Male den Tschadsee, dessen Stromsystem zu erforschen eine der Hauptaufgaben der Reisenden war. Arabische Zimmerleute setzten ihr Boot zusammen, das sie von Malta mit herübergebracht hatten, und nicht lange, so durchschnitt der „Lord Palmerston" in Gegenwart einer unabsehbaren Menschenmasse mit seinen Segeln die Wellen des merkwürdigen Binnenmeers. Die Reisenden trennten sich nun und Overweg blieb am See zurück, um zunächst die Inseln desselben zu besuchen. Er fand die ganze Wassermasse von viel geringerm Umfange, als sein Vorgänger Denham, und verhältnißmäßig seicht. Den größern Theil des Sees bildete eine ein ungeheures Labyrinth von Inseln, in deren Canälen Flußpferde und Krokodile umherschwammen. Auf den Inseln in der Mitte und im Nordosten wohnen heidnische Neger, welche mit ihren Lanzen und Speeren den Mohamedanern der Ufer Trotz bieten und niemals unterjocht worden sind.

Barth wendete sich nach Adamaua, das vor ihm nur dem Namen nach bekannt war. Nach einer zweimonatlichen Reise war er in Yola, der Hauptstadt des Landes. Auf der Reise dorthin kam er an einen großen und mächtigen Strom, der gegen Westen floß. „Der wichtigste Tag," schrieb er in einer Depesche an die englische Regierung, „der wichtigste Tag in allen meinen langjährigen afrikanischen Wanderungen war der 18. Juni 1851, an welchem Tage ich den Fluß Benue erreichte, an dem Punkte, wo sich ein anderer Fluß, der Faro, mit ihm vereinigt. Seit ich Europa verlassen, habe ich keinen so großen und mächtigen Strom gesehen, denn der Benue, dessen Name Mutter der Gewässer bedeutet, ist $1/2$ englische Meile weit und in der trocknen Jahreszeit 9 Fuß tief." Man versicherte ihm zugleich, daß dieser Fluß derselbe sei, der bei seiner Einmündung in den Niger Tschadda genannt werde.

Die Einwohner nahmen ihn gut auf, obgleich er aus einem feindlichen Lande kam, aber der Sultan wies ihn aus. Trotzdem konnte er genaue Erkundigung über das schöne Land und dessen ausgedehnte Tiefebenen, welche außerordentlich reiche Weiden darbieten, über die ungeheuren Viehheerden, in denen der einzige Reichthum seiner Bewohner besteht, und über die merkwürdigen Bergkegel, die ihre nackten Kalkgipfel auf einer Grundlage von Granit aufbauen, einziehen.

Mit einer durch die starken Regengüsse und die wechselnden heißen Sonnenbrände sehr geschwächten Gesundheit langte Barth in Kuka wieder an. Im September saß er mit seinem Freunde Overweg wieder im Sattel, um dieses Mal in östlicher Richtung nach Kanem vorzudringen. Die Begleiter waren eigentlich Räuber, und alle Augenblicke gab es Kämpfe. Die Erforschung des ganzen Gebiets von Kanem war in einer solchen Gesellschaft nicht möglich, doch sah man den Yo, der von Westen dem Tschad zuströmt und die Grenze des eigentlichen Bornus gegen Norden bildet. Kaum zurückgekehrt, schlossen sich Barth und Overweg einem Heer von 10,000 Reitern und eben so viel Fußgängern an, das auf Menschenraub ausging. Die Schrecken des Sclavenkriegs wurden ihnen durch eine wichtige Entdeckung vergolten, denn sie ermittelten die Wasserscheide zwischen dem Niger und dem Tschad, die als der Schlüssel zum ganzen Gebirgs- und Stromsystem Centralafrikas zu betrachten ist. In Kuka trennten sich die beiden Freunde nochmals und Overweg ging gegen Südwesten, während Barth eine Reise nach dem Reiche Bagirmi, südöstlich vom Tschadsee, unternahm. Das Hauptresultat dieser Reise war das Auffinden des wirklichen Schary, den man bisher mit einem seiner Nebenflüsse verwechselt hatte. Wo Barth seinen Uebergang bewerkstelligte, strömte der Schary, 600 Ellen breit und mit mächtigem Wellendrange, rein von Süden gegen Norden, um sich dann westlich dem Tschadsee zuzuwenden.

Bei ihrer Wiedervereinigung entwarfen die beiden Freunde den Plan, noch einen letzten Versuch zur Erforschung der Länder zu unternehmen, welche vom Tschadsee östlich zum Nil laufen, und dann einen Weg zum indischen Meer aufzusuchen, um vielleicht an der Küste von Zanzibar wieder aufzutauchen. Sie hielten dieses Unternehmen keineswegs für schwierig, sobald sie einmal über die von Sclavenjagden heimgesuchte Zone der heidnischen Negerstämme hinaus seien. Overweg hatte aber durch seinen Aufenthalt in Kuka

während der Regenzeit einen verderblichen Keim in seine Gesundheit gelegt. Schwer vom Fieber ergriffen, ließ er sich in ein Haus bringen, wo seine sterbenden Augen das Boot sahen, mit dem er seit drei Jahren so manche Fahrt auf dem Tschad gemacht hatte, und hier verschied er am 27. September 1852 nach kurzem Seelenkampfe.

Nun allein, machte Barth den Westen zu seinem Schlachtfelde. Dort gab es noch einen unbekannt gebliebenen Theil des Niger, dessen anliegende Landschaften ein mittelalterliches Leben und eigenthümliche Völkerschaften enthalten. Sein Weg ging durch Wüsten, es wütheten Kriege zwischen den Stämmen, die Temperatur hielt sich einen ganzen Monat lang zwischen 105° und 108° Fahrenheit, und doch gelangte er, Dank seiner eisernen Willenskraft, glücklich an den Niger. Auf dem rechten Ufer des Flusses, der ihm seine letzten Geheimnisse enthüllen mußte, berührte er lauter Landschaften, die noch nie der Fuß eines Europäers betreten hatte. Heftige Regen und angeschwollene Flüsse verzögerten seine Reise, doch am 7. September 1853 hielt er endlich seinen feierlichen Einzug in Timbuktu. Von den beiden Parteien der Stadt stellte die eine seinem Leben nach, und der Schutz, den er bei der andern fand, war kein so sicherer, daß Barth nicht Veranlassung gehabt hätte, während seines siebenmonatlichen Aufenthalts die äußerste Wachsamkeit anzuwenden und jede Nacht mit den Waffen in der Hand zu schlafen. Am 8. April 1854 konnte er der Wüstenstadt den Rücken wenden und nach Bornu gehen, wo er ein Zusammentreffen mit einem ihm nachgeschickten Astronom, Eduard Vogel aus Leipzig, suchte.

Vogel war im Februar 1853 von England abgegangen, hatte die Wüstenreise glücklich vollendet und am 13. Januar 1854 Kuka erreicht. Seine Bestimmung war hauptsächlich die, die von den beiden andern Reisenden gefundenen Punkte astronomisch festzustellen, so daß er ihren Fußtapfen zu folgen hatte. Er erkrankte an demselben Fieber, dem Overweg erlegen war, wurde jedoch glücklich hergestellt. Am gründlichsten konnte er das südwestlich gelegene Gebiet Musgo untersuchen, wo die Wasserscheide zwischen dem Tschad und dem Niger auf dem Boden eines ehemaligen Süßwassersees läuft und eine so schwach ausgesprochene ist, daß die Behauptungen der Neger, man könne durch den Benue in den Tschadsee gelangen, durch eine periodische Wasserverbindung beider Systeme in der Zeit der großen Regen erklärt werden können.

Barth und Vogel trafen sich zwischen Kuka und Kano. Der erstere rüstete sich nun zur Heimkehr nach Europa, wurde jedoch noch längere Zeit in Kuka aufgehalten, weil er sein geraubtes Gepäck nicht aufgeben wollte. Schnellritte brachten ihn nach Murzuk, und am 8. September 1855 setzte er in Marseille den Fuß wieder auf europäischen Boden. Die Ausdehnung seiner Reisen beträgt nicht weniger als 3000 englische Meilen. Vogel war allein zurückgeblieben und verfolgte den Gedanken, vom Tschad in östlicher Richtung zum Nil vorzudringen. Hier gab es eine geographische Lücke, deren Ausfüllung gefährlich und schwierig, vielleicht sogar unmöglich war. Mit dem großen Ziel vor Augen, die Erforschung Centralafrikas auf der einzigen noch fehlenden Strecke zu vervollständigen, ging Vogel nach Wadai, um nie wiederzukehren. Ueber seinen Tod, der leider zweifellos zu sein scheint, laufen verschiedene Nachrichten um. Beleidigungen, die der Sultan durch die Engländer zugefügt erhalten zu haben glaubte, scheinen an dem muthigen deutschen Reisenden gerächt worden zu sein. Er ist hingerichtet worden.

Um Barth aufzunehmen, falls er für seinen Rückweg den Niger wählen sollte, und um zugleich an seine Entdeckungen neue anzuschließen, wurde in England 1854 eine Nigerexpedition ausgerüstet. Die von 1841 hatte allerdings die traurigsten Resultate ergeben, da fast die ganze Mannschaft krank geworden und eine zur Belehrung der Schwarzen bestimmte Musterwirthschaft, die man am Einflusse des Benue angelegt hatte, zu Grunde gegangen war. Dagegen hatte Becroft den Nigerlauf 1844 bis zu den Stromklippen unterhalb Bussas, die der Schauplatz von Mungo Park's Tode sind, verfolgt, ohne eine Einbuße von Menschenleben zu erleiden. Dieser Mann sollte auch den Oberbefehl über die neue Expedition übernehmen, allein er starb und Baikie trat an seine Stelle. In geographischer Beziehung war das Hauptergebniß die Bestätigung, daß der Benue und der Tschadda ein und derselbe Fluß ist. Dieser hochwichtige Punkt wurde über jeden Zweifel hinaus festgestellt, unter Anderm dadurch, daß Vogel einen Punkt besuchte, wo Baikie nach unzweideutigen Spuren Anker geworfen hatte. Er drang auf dem Benue 63 deutsche Meilen über den Punkt hinaus, der im Jahre 1833 ereicht worden war, und kam dem Vereinigungspunkte des Flusses mit dem Faro bis auf 12 deutsche Meilen nahe. Er ermittelte, daß der Fluß zur Regenzeit bis zum Endpunkte der Expedition und augenscheinlich noch bedeutend weiter hinauf vollkommen schiffbar sei. So war nun der eigentliche Eingang in das Innere von Centralafrika gefunden, ein Weg,

auf dem man, ohne den Beschwerden einer langen Wüstenreise unterworfen zu sein, auf einem Dampfschiffe aus dem Golf von Guinea in den Niger einfahren und nach sechs Wochen das Herz von Afrika erreichen kann.

Diesen großen Erforschungen in Centralafrika stehen die Entdeckungen im Süden des Welttheils ebenbürtig zur Seite. Was weiter nördlich nicht gelang, von Meer zu Meer durchzudringen, wurde südlicher von David Livingstone mit glänzendem Erfolge erreicht. Dieser eine Mann hat mehr geleistet, als die Genossen seines Strebens, Krapf und Rebmann, Short, Galton, Gassiot, Alexander, Cumming, Walberg, Andersson und Ladislaus Magyar zusammen. 1840 kam er als Glaubensbote nach Südafrika und setzte sechzehn Jahre seines Lebens daran, den Völkerschaften des Innern, die er erst aufzufinden hatte, das Christenthum zu bringen. Manche Verhältnisse waren ihm günstig, andere wieder in hohem Grade ungünstig. Das Klima ist verhältnißmäßig gesund, die Sprachgebiete haben eine ungeheure Ausdehnung, die Schwarzen sind sanften Charakters und kein mohamedanischer Fanatismus hat sie verwildert. Auf der andern Seite fehlen in's Innere führende Wasserstraßen, dürre Wüstenstrecken lagern breit zwischen den fruchtbaren Gebieten, und die Tsetse-Fliege, deren Stichen alle Zugthiere erliegen, macht Tausende von Geviertmeilen unzugänglich.

Der erste Sieg, den Livingstone durch Muth und Ausdauer erkämpfte, war für alle seine späteren Erfolge entscheidend. Er überwand die Kalihary-Wüste, die für eine undurchdringliche, den Norden verschließende Schranke gegolten hatte. Jenseits derselben gelangte er zu seiner Ueberraschung an einen breiten Fluß, den Zuga, der ihn zum Ngami-See führte. Von diesem See wußte man in der Capstadt durch Eingeborne, und Livingstone wurde nicht wenig enttäuscht, als er in dem angeblichen Binnenmeer eine Ansammlung von Wasser erkannte, die in der trocknen Jahreszeit den Charakter eines Sumpfes annimmt. In diesem Jahre (1849) nöthigte ihn der Mangel an einem Boot, im nächsten Krankheit zur Umkehr. Auf seiner dritten Reise fand Livingstone wieder einen breiten und tiefen Fluß, den Tschobe. Der Häuptling eines gutgearteten Stammes empfing ihn hier mit großer Freude, weil er sich schon lange nach einem Zusammentreffen mit weißen Männern gesehnt hatte. Es war eine Fügung, daß die Makololo von überlegenen Feinden hierher gedrängt worden waren und ein neues Reich gegründet hatten. Ohne ihre freundliche Unterstützung würden die vollständigen Aufschlüsse über Südafrika, deren wir uns jetzt erfreuen, nicht erreicht worden sein.

Der nächste Fluß jenseits des Tschobe wurde von den Eingebornen Sescheke und auch Liambye genannt. Erst zwei Jahre später konnte Livingstone seinen Lauf verfolgen. Auf dieser Reise sprach er mit arabischen Handelsleuten, welche von Zanzibar an der Ostküste Afrikas quer durch den Continent nach Benguela an der Westküste gereist waren und eben zurückkehrten. In Livingstone reifte der Gedanke, dasselbe Wagniß auszuführen, und er ließ ihn sofort zur That werden. Von siebenundzwanzig Negern begleitet, überstieg er die Wasserscheide zwischen dem atlantischen und indischen Ocean, die eine weite Hochebene mit flachen Wellenlinien ist, und erreichte am Quango die Grenze der portugiesischen Besitzungen im Westen. Es war Zeit, daß er unter gebildeten Menschen seinen schweren Leiden entzogen wurde. Von einem beständigen Fieber verzehrt, das die eintretende Regenzeit erzeugte, war er an der Grenze von den dortigen Negerstämmen, die der Sclavenhandel entsittlicht hat, ausgeplündert worden. In Loando, der Hauptstadt von Angola, stellte ihn die liebevolle Pflege eines Landsmanns nach einigen Monaten her. Es bot sich ihm eine Gelegenheit, nach England gehen und die Welt mit den Resultaten seiner Reise überraschen zu können, aber er widerstand dieser Lockung männlich und unterzog sich noch einmal allen Mühen und Gefahren der letzten Jahre, um den untern Lauf des Liambye zu erforschen und die Identität des Flusses mit dem Zambesi festzustellen.

Am 20. September 1845 verließ Livingstone in Begleitung seiner Gefährten Loando. Oft bog er vom rechten Wege ab, um die Landschaften zur Rechten und Linken kennen zu lernen und die Lage von Orten zu bestimmen. Am 13. August 1855 war er am Liambye, dessen Lauf er von nun an folgte, wenn er nicht durch die Tsetse-Fliege oder durch Stromschnellen zu einem Abbiegen gezwungen wurde. Wo der Fluß seinen südlichsten Punkt erreicht, unter 15° 17′ südlicher Breite, sah Livingstone schon von fern sechs Dampfsäulen aufsteigen. Der Fluß war hier tausend Schritt breit und stürzte sich in einen hundert Fuß tiefen Schlund hinab, um kochend und brüllend zwischen bewaldeten Bergen weiter zu eilen. An dieser Stelle mußte der Reisende den Fluß ganz verlassen und verlor dennoch fast alle seine Ochsen durch die Stiche der Fliegen. Etwa zwei Längegrade weiter konnte er zu den Flußufern zurückkehren und an ihnen weiter gehen. So gelangte er nach Tete, in einem solchen Grade erschöpft, daß er zu unterliegen fürchtete. Der portugiesische Statthalter nahm sich seiner an, und am 26. Mai 1856 stand

er in Quilimane am Canal von Mozambique. So hatte er den Continent von Meer zu Meer durchschritten und sich überzeugt, daß der Zambesi und der Liambye ein und derselbe Fluß ist, dessen Ausdehnung und Verzweigung durch weite Landstriche, in denen gutmüthige, mit werthvollen Producten versehene und von Handelsgeist beseelte Völker wohnen, einen leichten und lohnenden Verkehr mit dem Innern des Südens zu versprechen scheint.

Im Vergleich zu früher ist der Raum, der zwischen Livingstone's Weg und den bekannten Gegenden des oberen Nil liegt, ein kleiner zu nennen. Was zwei deutsche Glaubensboten, Rebmann und Krapf im Osten sahen und hörten, gibt Raum für die Vermuthung, daß man im Süden von den Nilquellen nicht weit entfernt mehr sein dürfte. Beide erfuhren durch andere Reisende, daß die Gewässer, die in das innere Tiefland nach Westen fließen, in einen mächtigen Binnensee enden, der Ukerewe oder Nyassa heißt. Man wollte sie in 79 Tagen zu diesem Binnenbecken führen, das man ihnen als 75 deutsche Meilen breit und 165 Meilen lang schilderte. Bis zum vierten südlichen Breitengrade sollte der See sich erstrecken und aus ihm der Nil hervorgehen. Wenn auch nicht der See, so steht doch eine Gebirgskette, an deren Fuß Rebmann wirklich gelangte, zu dem Nil in Beziehungen. Unter 3° 40′ südlicher Breite und etwa 36° östlicher Länge sah er einen Berg hoch emporragen. An der Spitze schwebte etwas, was er für eine Wolke hielt, aber sein Führer erklärte es für Kälte. Der Kilimandscharo, den er vor sich hatte, ist ein Schneeberg, und in jener niedrigen Breite kann seine Höhe nicht unter 20,000 Fuß betragen, da die Grenze des ewigen Schnees hier erst bei 17,000 Fuß beginnt. Er ist der südöstliche Eckpfeiler eines großen Berglandes, in dem Krapf und Short noch drei andere Schneeberge wahrgenommen haben, zwischen denen ein angeblich vulcanischer Kegel liegt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit läßt sich annehmen, daß der Bergstock, von dessen Nordseite der bedeutendste Nilarm seinen Abfluß nach Norden nimmt, zu diesem Hochgebirge gehört.

Eine Reise nach Härrar, die der Engländer Burton, den schon ein Werk über Mekka und Medina berühmt gemacht hatte, unternahm, steht isolirt da. Er sollte Handelsverbindungen anknüpfen, die der Festung Aden und den ostindischen Besitzungen Nutzen brächten. Sein Ausgangspunkt war Zeyla, eine Hafenstadt in einem Golfe des Somali-Landes gegenüber von

Aden. Sein Weg führte ihn anfangs durch eine Ebene, die im Sommer durch gifthauchende Winde ungangbar gemacht wird. Weiterhin gelangte er zu zwei Gebirgsketten, die wie Stufen über einander liegen und mit ihren höchsten Spitzen das Meer 5000 Fuß überragen. Räuberische Somalis bereiteten ihm Gefahren, und in Härrar ließ man ihn kaum zu.

Politische Motive brachten in die Unternehmungen, welche Habesch und dessen Nebenländern galten, eine große Lebhaftigkeit. Engländer und Franzosen wetteiferten eifersüchtig mit einander, und kaum glaubte man in London die Wahrnehmung zu machen, daß die Pariser Politik einen Vorsprung gewonnen habe, so schob man ihr dadurch einen Riegel vor, daß man die Türken zur Geltendmachung politischer Ansprüche auf den Küstenstrich anspornte. Alle englischen und französischen Reisenden, Salt und Cofine, Combes und Tamisier, Ferret und Gallinier, die beiden Abbadie und Lefevre, kamen im Auftrage ihrer Regierungen. Die Engländer machten den Einwohnern großartige Waffenschenkungen, die Franzosen kauften einen Hafen an und eröffneten Handelsverbindungen, denen indessen keine weitere Folge gegeben wurde, als die ersten Geschäfte schlecht ausfielen. Auch nach Schoa, das lange Zeit ganz unzugänglich gewesen war, gingen Reisende, Harris, Beeke und Rocher de Hericourt. Der letztere wollte von Schoa aus durch den Sudan an den Niger vordringen, wurde jedoch sehr schlecht empfangen, weil er nicht wie die Engländer große Geschenke mitbrachte. Die deutschen Reisenden Katte, Heuglin, Rüppelt, Schimper, Isenberg, Gobat und Krapf machten entweder Bekehrungsversuche, oder verfolgten rein wissenschaftliche Zwecke. Durch sie haben wir erfahren, daß ein Strom, von dem man bis auf die neueste Zeit bloß die Mündung kannte, eine große Strecke weit schiffbar ist und zu Handelszwecken benutzt wird, und daß derselbe Strom mit seinen entferntesten Zuflüssen bis nahe an das Quellengebiet des Nils reicht. Es ist dies der Goschop, der etwa 5° südlich vom Aequator bei Melinda an der Küste von Zanguebar mündet. „Der Goschop, ein Strom von der Länge der europäischen Donau, vom Mondgebirge bis zum afrikanisch-indischen Meer aus dem gesundesten, schönsten, productenreichsten Tropenlande kommend, könnte durch seine Stromrinne als das belebende, zukunftschwangere, menschenverbindende Element im Rücken der mohamedanischen Allgewalt unter Mitwirkung einer evangelischen Galla-Mission und des britisch-indschen Handelsinteresses wohl dereinst zum Heil der Galla wie der von

Sclaverei noch freigebliebenen Negervölker des Sudans an dem weißen Nilquell eine völlige Umgestaltung der Völkerschicksale Centralafrikas bewirken." (Alexander von Humboldt).

In den Jahren 1820 und 1821 eroberten die Truppen Mehemed Ali's Kordofan und gründeten am Zusammenflusse des blauen und weißen Nils die Stadt Khartum. Europäische Naturforscher verloren keine Zeit, das neugewonnene Gebiet wissenschaftlich zu ergründen, und durch Ehrenberg, Hedenström, Rüppel und Rußegger, denen sich in neuester Zeit Brehm anschloß, wurde die Gegend um Khartum zu den bekannteren der Erde. 1837 besuchte Mehemed Ali den blauen Fluß in Person, um nach seinen neuangelegten Goldwäschen zu sehen. Hier stellte seine europäische Umgebung ihm vor, welchen Ruhm er sich durch eine Expedition zur Erforschung der wahren Nilquellen erwerben werde. Mehemed Ali konnte Nichts dawider haben, den großen Förderern menschlichen Wissens zugezählt zu werden, und so kam es zu Unternehmungen, die in den Annalen der mohamedanischen Welt, zumal auf afrikanischem Boden, unerhört sind. Von den drei Reisen, die auf seine Kosten ausgeführt wurden, ergab die erste kein Resultat, weil die Türken von ihrer rohen Natur nicht lassen konnten und bei dem ersten Zeichen von Mißtrauen auf die Eingebornen feuerten. Die zweite Reise wurde im Jahre 1840, die dritte 1842 unternommen. Die zweite, an der der deutsche Arzt Werner Theil nahm, ist die wichtigste.

Unterm vierzehnten Grad nördlicher Breite brauchte man dreißig Tage, um an zweihundert waldigen Flußinseln vorüber zu kommen, auf denen die Schilluk-Neger, gefürchtete Flußräuber, ein Asyl gefunden haben. Jenseits des Sobats, eines großen Stromes, der von der Ostseite aus unbekannter Ferne kam, breitete sich der Nil in so vielen und ausgedehnten zur Seite liegenden Sümpfen und Seen aus, daß es schwer war, das Fahrwasser nicht zu verlieren. Im Süden zeigten sich die Mondgebirge immer nicht und nicht einmal deuteten Stromschnellen einen starken Fall des Wassers an. Im Gegentheil breiteten sich weite Flächen aus, die der noch immer mächtige Strom in vielen Windungen durchzog. Man kam nun in das Gebiet neuer Völkerstämme, die sich in Gastfreundschaft gegen die Reisenden überboten. Bei den Berrs gelangte man endlich zu den felsigen Vorthälern der fabelhaften Mondberge, die zu betreten den europäischen Begleitern der Expedition nicht vergönnt war. Unter 4° 42′ nördlicher Breite zieht sich eine Barre quer durch

den Nil, bei deren Anblick den Türken der Muth entfiel. Sie hätten die höheren Fluthen der Regenzeit abwarten können, kehrten aber mißmuthig nach Khartum zurück. 1849 und 1850 beschiffte der deutsche Glaubensbote Knoblecher den Nil und überwand die gefürchtete Barre ohne Anstand. Er erreichte sie am 14. Januar 1850 und kam nicht bloß über sie, sondern auch über südlich liegende Sandbänke hinweg. Unter 4° 10′ nördlicher Breite mußte auch er, von der vorgerückten Jahreszeit dazu gezwungen, Halt machen. Von einem kegelförmigen Berge hatte er einen weiten Fernblick über das ganze Land. Er sah den Nil als mächtigen Strom von 600 Fuß Breite gegen Südwesten zwischen zwei Bergen sich hindurchwinden Einzelne hohe Gipfel ragten hier und dort auf, hinter ihm zeigten sich die Spitzen von verschiedenen Berggruppen und gegen Süden wurde, im äußersten Hintergrunde des Horizonts, eine lange Höhenkette sichtbar, deren Form wegen der bedeutenden Entfernung nicht genau wahrgenommen werden konnte. Nach allen Erfahrungen, welche Knoblecher und seine Vorgänger mit dem Klima und der Bevölkerung des oberen Nils gemacht haben, ist in diesen wichtigen Beziehungen Alles so gut bestellt, daß die Erreichung der Nilquellen wahrscheinlich eine bloße Geldfrage ist. Um so mehr ist es zu bedauern, daß die so freigebig ausgestattete Expedition des Grafen Escayrac noch vor dem Beginn der Reise an Fehlgriffen, Ränken und Zwistigkeiten zerschellt ist.

Im neuen Lande ist es besonders der Trieb der Nordamerikaner, die Hand auf Alles zu legen, was sich südlich und westlich an ihr Gebiet anschließt, der zu Entdeckungen geführt hat. Mit den afrikanischen Reisen können sich diese amerikanischen nicht messen, denn die Entdecker athmen in einer gesunden Luft, finden von Zeit zu Zeit durch umherstreifende Abenteurer ihres Volkes Unterstützung und treten den Eingebornen gegenüber mit Ueberlegenheit auf. Viele der Gegenden, in welche sie vordringen, sind vielleicht längst Jägern und Fallenstellern bekannt gewesen, nur daß kein Buch davon gemeldet hat und den Pfadfindern selbst die Erinnerung geschwunden ist.

Mit den meisten Gefahren waren die Reisen verknüpft, welche Fremont nach Californien und dem Oregongebiet unternahm. Er erforschte zuerst den Südpaß der Felsengebirge und bezeichnete die Punkte der Wildniß, wo sich am besten kleine Festungen anlegen ließen. Er erstieg darauf die Gipfel südlich von dem genannten Passe, machte einen Abstecher nach dem großen Salzsee und stellte zur Rechten und Linken des ganzen Weges Untersuchungen

an. Nachdem er eine Straße zum Columbia geöffnet hatte, wollte er noch eine zweite auffinden. Im Süden dehnte sich ein unermeßliches Gebiet aus, dem wunderbare Sagen ein hohes Interesse verliehen. Im Winter, ohne Hülfsquellen und sogar ohne einen Führer, nur von 25 Männern begleitet, machte er Kehrt und eilte wieder den Felsengebirgen zu. Neun Monate lang hörte man Nichts von ihm und in dieser Zeit legte er im Angesicht des ewigen Schnees 700 deutsche Meilen zurück und enthüllte die großen Grundzüge Obercaliforniens, der Sierra Nevada und der Thäler des San Joaquino und Sacramento. 1844 war er in Washington zurück und noch hatte der Druck seiner Reisebeschreibung nicht begonnen, als er sich bereits wieder auf den Weg machte. Diese Reise führte ihn in politische Verwickelungen, durch die er seine Stelle einbüßte. Als einfacher Bürger brach er noch einmal zum stillen Meere auf, verlor in der Sierra San Juan durch eine mehr als russische Kälte den dritten Theil seiner Begleiter und alle seine Maulthiere, drang durch das Land der wilden Apachen und stand hundert Tage später am Ufer des Sacramento.

Die Quellen des Mississippi entdeckte 1832 Heinrich Rowe Schoolcraft in fünf kleinen Bächen, die von einem quellenreichen Bergrücken unter 47° 13′ nördlicher Breite in den Ilaskasee münden. Zwanzig Jahre später drang Marcy zu den Quellen des Red River vor, die man bisher trotz aller Versuche nie ausgemittelt hatte. Die ganze Gegend zwischen dem Missouri und dem südlichen Californien, in der der obere Arkansas, der Rio Grande del Norte und der Gila strömen, bereiste Emory. Dem Stromthal des Colorado widmeten Whipple und unser Landsmann Möllhausen ihre Aufmerksamkeit. Das große Binnenbecken, in dem der eigenthümliche Staat Utah gegründet worden ist, vermaß und beschrieb Stansbury. Abert und der deutsche Arzt Wislicenus erforschten Neumexiko, und Pope und Parke vervollständigten ihre Arbeiten. Bis zum Pugetsunde erstreckten Stevens und Mac Cellant ihre Unternehmungen. Viele dieser Reisen hatten den Zweck, die beste Linie für eine Eisenbahn von Meer zu Meer zu ermitteln, während Bartlett, nachdem er die ihm übertragene Grenzregulirung beendigt hatte, seine Forschungen den indianischen Alterthümern widmete, die auf dem nördlichen Ufer des Gila vom mittleren Lauf des Stromes an auf weite Strecken landeinwärts über die Höhen und Berge zerstreut sind.

Mit einer Festsetzung der Grenze beauftragt, gingen die Gebrüder

Schomburgk an den Strömen des englischen Guianas aufwärts und untersuchten die Wildniß bis nach Brasilien hinein. Ihr großes Reisewerk enthält eine Fülle naturgeschichtlicher und ethnographischer Belehrungen. Die freigebige Unterstützung seiner Regierung setzte den Franzosen Castelnau in den Stand, das südamerikanische Festland in seiner ganzen Breite von Rio de Janeiro bis nach Lima, und von da bis zur Mündung des Amazonenstroms zweimal zu durchwandern. Das gewaltige Becken dieses Stroms war zum Hauptgesichtspunkte ersehen, und da die Landschaften der nördlichen Zuflüsse einigermaßen aufgehellt erschienen, so machte sich eine neue Erforschung der südlichen Zuflüsse als ein naheliegendes Erforderniß der Gegenwart geltend. Die merkwürdigen Höhenzüge der Wasserscheide zwischen diesen südlichen Zuflüssen und den zahlreichen Gewässern, welche sich von dort aus im Bett des Platastroms sammeln, untersuchte Castelnau auf dem Wege vom Rio bis zum stillen Meere. In der Nähe des Titicacasees überstieg er die Cordillera, um die Straße nach der Hauptstadt von Peru zu gewinnen. Nach einer abermaligen Ueberschreitung des Gebirges schiffte er sich auf dem Ucayale ein, stellte die Schiffbarkeit desselben fest, gewann den Amazonenstrom, der mit seinen zahllosen Armen ein den ganzen Erdtheil Europa an Umfang übertreffendes Gebiet bewässert und zu unerschöpflicher Fruchtbarkeit befähigt, und ließ sich von ihm bis zur Mündung tragen. Einer seiner Begleiter wurde von den Indianern erschlagen, er selbst kehrte in halberblindetem Zustande nach Europa zurück.

Brasilien und die La Plataländer wurden von Burmeister und Tschudi bereist. Die südlichsten zum Cap Horn laufenden Gegenden des Welttheils zu erkunden, trieb das Interesse, das man an der Auffindung einer Eisenbahnlinie nahm. Deutsche Ingenieure wiesen geeignete Punkte nach, und die nähere Bekanntschaft mit interessanten Zügen der Landschaft und des Thierlebens hatte man als Nebengewinn. Amerikaner und Engländer befuhren die größten der Flüsse, die sich mit dem La Plata zu einem ausgedehnten System verzweigen, und bewiesen den trägen Anwohnern durch die That, daß sie eine nie benutzte Wasserstraße bis Bolivien und in's Innere von Brasilien vor ihrer Thür hätten.

Zahlreiche der Reisen, die in Europa ausgeführt wurden, dienten dem Nutzen und Fortschritt der Wissenschaft. Wollten wir auf Näheres eingehen, so müßten wir nicht bloß solche Männer nennen, die wie Haxthausen das

immer mißverstandene Leben eines großen Reichs enthüllten, sondern auch solche, die wie Kohl in liebenswürdigen Plaudereien feine Beobachtungen über Städte und Menschen gaben und Bekanntes in ein neues und richtigeres Licht stellten. Wir müßten dann auch der Reisen oberflächlich gedenken, die einem besondern wissenschaftlichen Zweck, der Feststellung des geologischen Baues der Länder, der Umschreibung von Sprachgrenzen, dem Studium von Denkmälern oder sprachlichen Forschungen galten. Indem wir diesem Stoff, da er ein überreicher ist, entsagen, müssen wir der Reisen in Vorderasien erwähnen, welche den orientalischen Sprachwissenschaften die allgemeine Theilnahme zuwendeten und unsrer Auffassung der ältesten Geschichte der Menschen neue Grundlagen unterbreiteten.

In der Nähe des heutigen Mossul, bei einem Dorfe Nunia hatte man lange und immer vergebens nach Denkmälern des alten Ninive gesucht. Als Botta von der französischen Regierung in der Eigenschaft eines Consuls nach Mossul gesandt wurde, machte ihn ein arabischer Führer auf das Dorf Khorsabad aufmerksam, das etwa vier Stunden von der Stadt entfernt am linken Ufer des Tigris, jedoch vom Flusse ziemlich weit entfernt, auf einem künstlichen Hügel 45 bis 48 Fuß über der Ebene liegt. An der höchsten Stelle ließ Botta eingraben, da hier am ersten aufrechtstehende Monumente zu erwarten waren. Der erste Anfang war schwer, aber nach dem Durchbrechen der obersten harten Kruste kam man auf weicheres Material, und da in der Tiefe die Steine immer größer wurden, so erhöhte sich die Aussicht auf Erfolg. Bald zeigten sich alle Steine mit Bildnerei bedeckt, man legte eine Reihe von Basreliefs bloß und war nun gewiß, daß man auf eine Mauer gestoßen sei. Als Botta die Arbeiten sechs Monate fortgesetzt hatte, übersah er 420 laufende Fuß Basreliefs, die freilich zum Theil durch Feuer stark beschädigt waren, aber doch eine ausgebildete Sculptur verriethen. Die französische Akademie der Inschriften verschaffte ihm nun Geldmittel, und waren an Ort und Stelle auch noch manche Schwierigkeiten zu besiegen, so erlangte Botta am Ende doch die Erlaubniß der Pforte zu ausgedehnteren Nachgrabungen und Arbeiter dazu. Nach Verlauf von abermals sechs Monaten hatte man einen großen Palast bloßgelegt, der aus fünfzehn zusammenhängenden Sälen bestand und einen Flächenraum von 22,000 Metern im Geviert einnahm.

Auf das Gerücht von diesen Erfolgen eilte der Engländer Layard 1845

nach Mossul. Zu den Ausgrabungen, die er unternahm, wählte er eine acht Stunden von der Stadt entfernte Oertlichkeit, die bei den Arabern unter dem Namen des Nimrodshügels bekannt ist. Ueberall umher waren zerbrochene Scherben und Fragmente von gebranntem Thon mit Inschriften verstreut. Beim Suchen zeigten sich auch Stücke eines Basreliefs, und eine aus dem Boden hervorragende Alabasterplatte leitete zu einem Orte, wo das Nachgraben Mauern mit Bildnereien und Inschriften den Blicken zeigte. Die Eifersucht des Statthalters und der Aberglaube der Bevölkerung störten auch Layard, wie früher Botta, mehrmals. Die Mollahs der Umgegend schafften Nachts aus weiter Ferne muselmännische Grabsteine herbei und stellten sie am Orte der Ausgrabungen auf, um die Heiligkeit und Unantastbarkeit des Platzes zu beweisen. Der Fortgang der Arbeiten in Nimrod und Khorsabad förderte so viel zu Tage, daß man schließen durfte, in Khorsabad sei der Königspalast des neuassyrischen Reichs, in Nimrod das alte Ninive aufgefunden worden.

Botta's und Layard's Entdeckungen spornten zu Nachforschungen in dem noch ältern Babylon. Der Engländer Loftus und eine französische Expedition, über deren Arbeiten Fresnel und Oppert berichtet haben, begaben sich dorthin. Leider war die Ausbeute eine geringe und stand mit den aufgewendeten Mühen und Kosten in keinem Verhältniß. Was man erlangte, war hauptsächlich eine bessere Topographie des alten Babylons und die Gewißheit, daß der babylonische Thurm, das Wunder der alten Welt, dieselbe Bauart wie die egyptischen Pyramiden hatte. In den Sümpfen Südchaldäas, die halb Wasser und halb Schilfwald sind und wo die Denkmale der alten Könige unter Trümmerbergen verborgen liegen, können erst dann ausgedehnte Nachforschungen angestellt werden, wenn die Bändigung der dortigen Araber, der wildesten unter allen ihres Stammes, die bloß von Plünderung leben, gelungen ist.

Daß Denkmale, Basreliefs, Statuen, Waffen und Geräthe als Zugänge zu manchen dunkeln Seiten eines untergegangenen Völkerlebens benutzt werden können, hat schon Heeren durch seine schönen Erörterungen über Persepolis und Memphis bewiesen. Um die stumme Sprache der Trümmer aus den ältesten Reichen der Menschen ganz zu verstehen, muß man ihre Inschriften lesen können. Man hatte solche Inschriften massenhaft an den Pyramiden, Obelisken, Tempeln, Hypogäen und in den Mumiensärgen des alten Egyp-

tens, man sah sie an einzelnen Denkmalen und Felswänden Vorderasiens, und alle Steine, die in Ninive unter dem Schutt hervorgezogen wurden, waren von ihnen bedeckt. Daß man alle diese Inschriften nach der Ueberwindung eines Berges von Schwierigkeiten jetzt versteht, ist eine der größten Thaten, deren die moderne Wissenschaft sich rühmen kann.

Lange wendete man sich den egyptischen Hieroglyphen mit einseitiger Vorliebe zu. Den hauptsächlichsten Anstoß gab Champollion, dem Salvolini, Schwartze, Brugsch, Bunsen und Lepsius sich anschlossen, während Seyffarth ein eigenes abweichendes System aufstellte. Die Reise, die Lepsius 1842 und in den folgenden Jahren in Egypten ausführte, galt besonders der Aufhellung der ältesten Geschichte und der Entzifferung der Hieroglyphen, in der Lepsius eine Fertigkeit erlangt haben will, die dem Lesen gewöhnlicher Buchstabenschrift gleichkommen würde. Lassen seine Versuche vielleicht die Sicherheit vermissen, welche die historische Kritik fordern muß, so ist es zwei andern, völlig von einander unabhängigen Gelehrten, Seyffarth und Röth, gelungen, das sogenannte Todtenbuch zu übersetzen, eine vollständige Papyrusrolle, die man den Todten in den Sarg mitzugeben pflegte.

Ein französischer Gelehrter, Eugen Burnouf, der sich dem Sanskrit und dem Pali zugewendet hatte, dehnte seine Untersuchungen auf die Zendsprache aus, von der man so wenig Bruchstücke besaß, daß namhafte Gelehrte wie Richardson, Jones und Kennedy behaupten konnten, sie sei in Indien von Parsipriestern erfunden und in Persien niemals gesprochen worden. Mit den schwächsten Hülfsmitteln gab Burnouf die Gewißheit, daß das Altpersische ein Dialekt des Sanskrit sei und veröffentlichte von 1830 bis 1836 den Text des Vendidad Sade Zoroaster's, ein Wörterbuch und eine Sprachlehre. Durch diese große Entdeckung des Altpersischen wurde auch das Geheimniß der persischen Keilschriften erschlossen. Zwar hatte Grotefend, indem er durch seine sinnreichen Vermuthungen die Stelle auffand, welche die Namen der Könige Xerxes und Darius in Inschriften vom Berge Alwend bei Hamadan einnehmen müßten, aus der Analyse dieser Namen den Anfang eines Alphabets gebildet, aber die Sprache dieser Inschriften blieb unbekannt, und selbst Männer wie Rask und St. Martin kamen nicht weiter. Burnouf hatte in Folge seiner Entdeckung des Zend den Schlüssel zu diesem Räthsel, denn die Inschriften mußten im Altpersischen geschrieben sein, und er entzifferte sie wirklich. Ganz zu derselben Zeit und unabhängig von ihm veröffentlichte

sein Freund und öfterer Mitarbeiter Lassen eine gleichlautende Erklärung. Die Enträthselung der Inschriften wurde zum Ausgangspunkte einer Reihe von Forschungen, aus denen sich noch bedeutendere Resultate ergaben. Die alten persischen Könige ließen jede Inschrift in drei Sprachen, persisch, medisch, assyrisch oder babylonisch, eingraben. Die persische Inschrift, die man jetzt kannte, lieferte natürlich die Mittel, durch Vergleichung der Eigennamen die Alphabete der beiden andern Sprachen aufzufinden und die zahllosen Inschriften der mittelasiatischen Herrscher zu entziffern. Eine große Menge Inschriften auf den Felsenwänden von Besitun erwies sich als besonders reich, und ein unerschöpfliches Material an beschriebenen Thontafeln, Obelisken und Cylindern verschafften Botta's und Layard's Ausgrabungen in Ninive. Dem englischen Oberst Rawlison, der unter den neuesten Entzifferern den ersten Rang einnimmt, waren selbst die ältesten chaldäischen Stein- und Thonschriften nicht zu schwer.

Die in der neuesten Zeit so weit ausgebreiteten und vertieften orientalischen Studien haben nicht bloß eine sprachwissenschaftliche und antiquarische Bedeutung für den Philologen, sondern greifen, den europäischen Gesichtskreis erweiternd, mächtig in die Gebiete der Philosophie, der Cultur- und Religionsgeschichte. Der berühmteste aller Orientalisten, Joseph von Hammer-Purgstall, begann einige Jahre vor 1815 die Herausgabe einer Zeitschrift, die er Fundgruben des Orients nannte. Er setzte seine fruchtbringende Thätigkeit bis zu seinem Todesjahre (1856) unermüdlich fort und gab nach und nach eine Geschichte des osmanischen Reichs, von der unsre Bekanntschaft mit dem Volk und Reich der Türken eigentlich datirt, eine Geschichte der Mongolen in Rußland, der Mongolen in Persien, der Khane der Krim, der Assassinen, eine encyklopädische Uebersicht der Wissenschaften des Orients, in der das vordere Asien in allen seinen geistigen Beziehungen erscheint, Ausgaben von orientalischen Sprachdenkmälern, denen andere Gelehrte übrigens eine gewisse philologische Ungenauigkeit zum Vorwurf gemacht haben, Uebersetzungen türkischer, persischer und arabischer Dichter, eine leider unvollendete Literaturgeschichte der Araber u. a. m. Mit den Arabern beschäftigten sich Weil, Perceval, Merrick, Sprenger, Muir, Macbride, Kremer, Wüstenfeld, Quatremère, Krehl, Sacy, Slane, mit den Syrern Uhlemann, Bernstein und Beelen, mit den Phöniziern Ewald und Levy, mit den Ssabiern Chwolsohn, mit den Persern Windischmann, Brockhaus, Spiegel, Thon-

nelier, Bleek, mit den Indern besonders Lassen, dessen indische Alterthümer die ganze Periode bis zu dem Einfall der Mohamedaner umfassen, Bopp, Max Müller, Goldstücker, Wilson, Weber, Roth, Whitney, Prinsep, Thomas, Forbes, mit der drawidischen oder südindischen Sprachenfamilie Graul und Caldwell, mit dem Buddhismus Remusat, Hodgson, Schmidt, Osoma de Körös, Köppen, mit den Chinesen Medhurst, Remusat, Stanislaus Julien, Schott, Basin, Edkins, Wells Williams. So wenig vollständig dieser Ueberblick ist, wird er doch seinen Zweck erfüllen und zeigen, welche hochachtbare Kräfte den orientalischen Studien besonders in neuester Zeit gewidmet sind. Eine weitere Förderung erhalten dieselben durch die morgenländischen Gesellschaften, die in den europäischen Hauptländern, in Indien und Nordamerika bestehen.

Siebzehntes Kapitel.

Die Türkei. — Krieg gegen Montenegro. — Fürst Mentschikoff in Constantinopel. — England und Frankreich mit der Pforte im Bunde. — Russisch-türkischer Krieg. — Kämpfe in Asien und an der Donau. — Die Expedition nach der Krim. — Schlacht an der Alma. — Belagerung von Sebastopol. — Schlachten von Balaklawa, Inkerman und Eupatoria. — Kämpfe um einzelne Befestigungen. — Expedition in's Meer von Asow. — Schlacht an der Tschernaja. — Erstürmung des Malakoffs und Fall Sebastopols. — Transkaukasien und die Katastrophe von Kars. — Die Flotten im weißen Meer, in der Ostsee und im Meer von Ochotzk. — Tod des Kaisers Nikolaus. — Der Pariser Frieden.

Durch die Beilegung des Streits mit Mehemed Ali war die Pforte vom Untergang gerettet, zugleich aber auch die gänzliche Abhängigkeit ihrer Existenz von dem guten Willen der christlichen Mächte vor aller Welt offenbart worden. Ihr Reich dauerte fort, weil man es im Interesse der allgemeinen Ruhe für nützlich erachtete. Die Möglichkeit, daß ein so durchaus geschwächter Staat sich von innen heraus neu kräftigen könne, wurde von den Freunden der Pforte noch immer festgehalten. Oesterreich, Preußen, Frankreich und England gaben in dieser Hinsicht Winke und Rathschläge, und Preußen stellte sogar ausgezeichnete Officiere und Unterofficiere zur Verfügung, deren intelligente Thätigkeit von den besten Folgen begleitet war. Rußland machte eine Ausnahme, denn bei seinen diplomatischen Einmischungen, die in Constantinopel kaum einen Augenblick lang aufhörten, wurden dem Sultan immer

Alttürken empfohlen, also Männer der Partei, welche in die Barbarei, in der Nichts als Anarchie und Ruin enthalten sein konnte, zurückwollte.

Die höchsten Behörden der Hauptstadt hatten in der Regel den besten Willen, nur reichten ihre Reformen selten weit über den Bosporus hinaus. Sie erließen Gesetze, ordneten an, schufen Behörden und Anstalten, und in den Provinzen blieb nach wie vor die alte Wirthschaft. Eine der wohlthätigsten Maßregeln, das sogenannte Tansimat, wurde in Constantinopel selbst aufgegeben. Schon 1841 kehrte man zu dem System der Verpachtung der Steuern und zu der damit verbundenen Aussaugung der Steuerpflichtigen zurück. Die Lage der letzteren wurde sogar schlimmer, denn die Beamten erhoben ihre Besoldung, welche sie für die wegfallende Steuerpacht entschädigen sollte, und erpreßten nebenbei so viel sie konnten. Sah man sie in einem Dorf oder in einer Stadt herannahen, so ergriff Alles die Flucht. Durch den Zwiespalt, den die Reform unter der in religiöser wie in politischer Beziehung vielfach getheilten Bevölkerung hervorrief, wurde die moralische Kraft bedeutend geschwächt, und zugleich brachte das Neue auch den Wohlstand auf eine tiefere Stufe herab. Die vielen Veränderungen in den Uniformen und Kleidungen entzogen der einheimischen Industrie ihre Abnehmer und öffneten das Land den fremden Waaren. Die gestickten Musline, die durch ihren Namen an ihren Ursprung in Mossul erinnern, die reichen Seidenzeuge der alten Zeit, welche die Türkei in großer Vollkommenheit fertigte, mußten den europäischen Tuchen und baumwollenen Geweben Platz machen. Die reichsten Manufacturen Asiens geriethen auf diese Weise in Verfall oder hörten ganz zu arbeiten auf, weil sie ihre Unbeholfenheit, solchen großen Veränderungen rasch nachzukommen, fühlten. Die Küstenschifffahrt wurde von den thätigen Griechen den Inländern entwunden, so daß in den Häfen, von einigen wenigen kleinasiatischen Fahrzeugen abgesehen, nur Fremde verkehrten. In der Vernachlässigung der Häfen, Küsten, Flüsse und Straßen änderte die Reform nicht das Mindeste. In Constantinopel wurde von Zeit zu Zeit befohlen, daß dieser Hafen gesäubert, jene Straße gebessert werde, aber entweder geschah Nichts, oder nur so oberflächlich, daß der frühere Zustand bald zurückkehrte. In den asiatischen Gebietstheilen wurde die Unsicherheit so groß, daß der Handel von Damaskus mit Bagdad und Persien ganz aufhörte, weil Beduinen die Straßen beherrschten. Unter Mehemed Ali konnten Frauen ganz allein von Damaskus nach Aleppo gehen, und

wenige Jahre später wurden häufig bewaffnete Karawanen ausgeplündert.

Bei allen Reformen hielt man den Grundsatz fest, daß die Ungläubigen zum Heerdienst nicht zugelassen werden dürften. Sie bezahlten für ihre Befreiung einen Ersatz, die Kopfsteuer, welche für den Einzelnen 15½ bis 60 türkische Piaster jährlich betrug. Sie bildete eine bedeutende Staatseinnahme, und die türkischen Finanzen waren keineswegs in der Lage, der Gelder der Ungläubigen entbehren zu können. Die Muselmänner unterwarf man von 1839 bis 1850 fast in allen Provinzen des Reichs der Aushebung. Sie widersetzten sich derselben aller Orten, wo man sie einführte Viele flohen, ganze Bezirke und Provinzen leisteten mit den Waffen in der Hand Widerstand, und in der Regel mußte man die Recruten gewaltsam ausheben und in die Casernen einschließen. Die dem Militärdienst allein unterworfene und darum doppelt schwer gedrückte türkische Bevölkerung mochte instinktmäßig ahnen, daß er ihren physischen Fortbestand gefährde. Viele als Recruten ausgehobenen jungen Leute kehrten nie mehr zum väterlichen Herde zurück. Eine nicht unbedeutende Zahl starb an Krankheiten, viele fanden bei den endlosen Unruhen ihren Tod, andere blieben bei den Fahnen oder kamen von Constantinopel nicht wieder weg. Die muselmännische Bevölkerung verminderte sich im Verhältniß zur christlichen mit jedem Jahre stärker.

Der erste Wesir, der nach dem Hattischerif von Gülhane die Geschäfte führte, Izzet Mehemed, war ein Alttürke oder ein Verräther. Er stellte das schimpfliche Abzeichen, das die Rajah früher am Fez tragen mußte, wieder her und entzog die christlichen Unterthanen dem Schutze der auswärtigen Consuln. Nachdem er durch diese und andere Maßregeln die Christen tief erbittert hatte, verkündete er, daß die sämmtlichen heiligen Stiftungen eingezogen werden sollten. Der Türke hängt an diesem Gut der Moscheen mit frommer Ehrfurcht und nicht bloß die religiösen Genossenschaften, sondern auch viele Private, die ihr Vermögen Stiftungen zu übergeben pflegen, würden unermeßliche Verluste erlitten haben. Izzet Mehemed wollte nun auch einen Krieg mit Persien hervorrufen und war seinem Ziel ganz nahe, als der gewarnte Großherr ihn seines Dienstes entsetzte. Sein Nachfolger war Risa Pascha, einer der so häufigen türkischen Staatsmänner, die aus den niedrigsten Lebensstufen, vom Sclaven, vom Pfeifenstopfer, vom Lastträger in kurzer Zeit bis zu den höchsten Ehren steigen. Durch ihn bekam

die Reform ein großartiges Ansehen. Ein Hattischerif vom 24. Februar 1845 berief eine Art von Provinzialständen, zu gleichen Theilen aus Türken und Christen zusammengesetzt. Der Landtag trat wirklich zusammen, aber das einzige Resultat seiner Berathungen war der Beschluß, daß die Steuern künftig nach der Ernte erhoben werden sollten. Auf Risa Pascha folgte Reschid Pascha, und grade unter ihm, der den Ruf des größten Reformators hatte, kam der Fortschritt in's Stocken, während das alttürkische Mittel, hartnäckige Opponenten in nächtlicher Stille zu verhaften und im Bosporus zu ersäufen, reichliche Anwendung erhielt. Das hervorragendste Ereigniß dieser Verwaltung war eine Reise des Sultans durch seine europäischen Provinzen, auf der Impfstoff vertheilt und den versammelten Würdenträgern der Provinzen und Ortschaften eingeschärft wurde, daß der Sultan, indem er das Wohl und die Sicherheit seiner muselmännischen Unterthanen wünsche, den Christen und Israeliten, welche auch Kinder desselben Vaterlandes seien, den gleichen Schutz angedeihen lassen wolle.

Nichts machte geringeren Eindruck als die aufrichtigen Bemühungen der Pforte um eine annähernde Gleichstellung der Christen mit den Türken. Je mehr sie den Unterdrückten ihre Theilnahme zuwendete, desto schlimmer wurde ihnen von ihren sogenannten Mitbürgern begegnet. So oft Albanien wegen der Steuern und Recrutenaushebungen einen Aufstand machte, was so ziemlich jedes Jahr geschah, ebenso oft wurden die Christen schmachvoll mißhandelt. Nicht besser erging es ihnen in Bulgarien, wo die slawische Bevölkerung außerdem noch von ihrer griechischen Geistlichkeit bedrückt wurde. Durch sechs Jahre, von 1841 bis 1846, zogen sich Wirren hin, die im Libanon zwischen den Drusen und Maroniten obwalteten und dem christlichen Theile fast den Untergang bereiteten. Wenn einmal, wie in Bosnien, der Trotz der Alttürken durch Waffengewalt gebrochen wurde, so wurden die Empörer, nachdem man sie besiegt hatte, abermals bevorzugt und die Christen, so ruhig sie geblieben waren, auf eine noch tiefere Stufe herabgedrückt. Ihnen gab man die Waffen nicht zurück, wohl aber ihren Drängern. Der größte Theil der Lasten, die 1858 einen unglücklichen Aufstand der bosnischen Christen hervorriefen, stammt aus der Zeit, in der Omer Pascha, um ihnen Luft zu verschaffen, gegen ihre habgierigen Agas in's Feld rückte. Eine der traurigsten Christenverfolgungen war die der 30,000 Nestorianer, die am See Wan lebten. 1843 stritt ein Dorf, das von ihnen bewohnt wurde, mit einer türkischen Ortschaft um den Besitz einer Weide. Ein tür-

kischer Bey mischte sich ein, um die Nestorianer ohne Weiteres als Rebellen zu behandeln, ihre Dörfer zu plündern und 6000 von ihnen zu ermorden. Die Vermittlung der christlichen Diplomaten und die Befehle der Pforte verschafften den Verfolgten auf zwei Jahre Ruhe, aber 1846 wurden sie wieder überfallen, ihre Dörfer den Flammen, ihre Frauen und Kinder der Wuth des Fanatismus preisgegeben und der größte Theil ihres Gebiets menschenleer gemacht. Derselbe kurdische Bey röthete die Berge seiner Heimath 1847 mit dem Blute der chaldäischen Jakobiten, deren schwache Ueberreste gänzlich vertrieben wurden. Da er nicht bloß die Christen mißhandelte, sondern auch Soldaten aushob, Befestigungen aufführte und Magazine anlegte, so nahm die Pforte die Sache ernst und ließ Omer Pascha gegen ihn ausziehen. Ein Treffen entschied den Feldzug und die Unterwerfung Kurdistans.

Dem Namen nach dehnte sich die türkische Herrschaft mitten in der Zeit ihres Verfalls über die unabhängig gewordenen Gebiete der nordafrikanischen Küste aus. Ein Streit zwischen zwei Häuptlingen wurde zur Unterwerfung von Tripolis benutzt (1835). Die Bevölkerung schien so lange mit der Wiederherstellung der gesetzlichen Autorität zufrieden zu sein, bis man sie in ihrer liebgewordenen Gewohnheit, keine Abgaben zu bezahlen, störte. Von da an war sie permanent im Aufruhr, so daß die Pforte ihres unbefestigten Besitzes nicht froh werden konnte. Entweder eine Komödie oder eine religiöse Pflichterfüllung war das Erscheinen Mehemed Ali's in Constantinopel. Der trotzige Vasall warf sich dem Sultan zu Füßen und erlangte Verzeihung für seine langjährige Rebellion. Ein unabhängiges Vasallenreich blieb Egypten auch nach dieser Scene, und wenn seine Herrscher Gehorsam gegen den Sultan heuchelten, so war es ihr eigenes Interesse, das sie dabei im Auge hielten.

Unter den türkischen Staatsmännern läuft eine alte Tradition um, daß Rußland die erste große europäische Verwirrung benutzen wird, um sich auf den Orient zu stürzen. 1848 war eine solche Zeit der Verwirrung gekommen, und die Pforte rüstete deshalb mit großem Eifer, setzte ihre Schiffe in Stand, musterte ihre Truppen, besserte die Schlösser am Bosporus aus und erließ Aufforderungen an die Vaterlandsliebe der waffenfähigen Mannschaft. Ein Aufstand der Moldau und Walachei rückte die Möglichkeit eines Zusammenstoßes mit Rußland näher. Sowohl russische als türkische Truppen besetzten die Fürstenthümer und die Ansichten über die Behandlung derselben stimmten keineswegs überein. Die Türkei wollte freisinnige Zugeständnisse machen,

insbesondere die Frohnden aufheben, Rußland widersprach im Interesse der Ordnung, und sein Machtspruch drang durch. Die Einigung des Oberherrn und des Schutzherrn der Donaufürstenthümer verzögerte sich bis zu dem Augenblicke, wo der Wendepunkt der ungarischen Revolution eintrat. Manche Türken hätten nicht übel Lust gehabt, auf dem alten Heerwege ihrer Sultane donauaufwärts zu ziehen, allein der traurige Zustand der Donaufestungen, die gänzliche Erschöpfung der Finanzen und die gegründete Furcht, daß Serbien, Bosnien, Bulgarien und Albanien in einem ausbrechenden Kampfe das Signal zu einem Aufstande sehen würden, dämpfte die Kriegslust. Nicht lange, und einige Tausend Ungarn traten als Flüchtlinge auf türkisches Gebiet über. Rußland und Oesterreich forderten ihre Auslieferung, Frankreich und England riethen davon ab, und die Pforte gab den beiden letzteren Gehör. Die Masse der Flüchtlinge kehrte freiwillig in's Vaterland zurück, wo ihrer eine Amnestie harrte, die bloßgestellten Führer traten theilweise zum Islam über oder wurden in Kleinasien internirt, von wo englische und amerikanische Schiffe später sie abholten.

Der lange Streit über die Flüchtlinge ließ in Constantinopel eine gewisse Verstimmung zurück, durch die Oesterreichs Ansehen für den Augenblick sank. Das gespannte Verhältniß zwischen den beiden Nachbarn war vielleicht eine Mitursache, daß die Pforte mit den christlichen Bewohnern von Montenegro, deren Steinwüste auch an Oesterreich grenzt, Händel anfing. Einen Anlaß dazu gibt es bei den eigenthümlichen Verhältnissen der dortigen Gegenden immerwährend. Die unfruchtbaren Schwarzen Berge vermögen ihre Bewohner nicht zu ernähren, und diese greifen daher oft zum Schwert, um jenseits der Grenze zu suchen, was ihnen fehlt. Zwischen ihnen und ihren türkischen Nachbaren in Albanien ist das Fehderecht des Mittelalters in Kraft. Gegenstand des Streites pflegen die fetten Niederungen und Weiden gegen den See von Scutari und ein Theil dieses Beckens selbst zu sein. Je nachdem das Kriegsglück für diese oder jene Seite sich entscheidet, dehnen bald die Montenegriner ihre Herrschaft etwas weiter über den See hin aus, bald treiben die Türken sie ganz von seinen Ufern zurück. Der Sultan betrachtet Montenegro als ein Gebiet, das ihm von Rechtswegen gehört und nur durch die fortwährende Auflehnung seiner Bewohner seiner Botmäßigkeit entzogen wird. Sein Recht schlummert bloß und es ist seine Fürstenpflicht, jede Gelegenheit zur Geltendmachung desselben wahrzunehmen.

Seit dem Herbst des Jahres 1851 hatte Montenegro einen neuen Wladika, der aber seine geistliche Würde einem andern übertragen hatte, um bloß weltlicher Fürst zu sein. Fürst Daniel hatte eine Partei gegen sich, auf deren Beistand die Türken rechneten, und er seinerseits sehnte sich nach einem Kampfe, der seiner jungen Krone Glanz verleihe. So war man hier wie da kriegerisch gestimmt, suchte alte Streitigkeiten hervor und schug los. Omer Pascha erhielt den Befehl über ein sehr stattliches Heer, das zu 60,000 Mann Fußvolk und 2000 Reitern und 30 Kanonen angegeben wird. Im Januar 1853 griff er von drei Seiten zugleich an und überschwemmte die Vorlande der Schwarzen Berge mit seinen Massen im Nu und fast ohne Kampf. Jetzt stand er vor den Schluchten, Engpässen und Klippen des Hochgebirges, wo die Montenegriner trotz ihrer geringen Zahl im Vortheil waren. Da sie ihre Stellung behaupteten, gerieth Omer Pascha im Lager von Grahowo in die schlimmste Lage. Alles war mit Schnee bedeckt, es fehlte an Brot, die Kleidungen waren verbraucht und unter den entmuthigten Soldaten herrschten Krankheiten.

An der Unna hatte sich eine bedeutende österreichische Streitmacht vereinigt, der in Bosnien kein widerstandsfähiger Truppenkörper entgegenzutreten vermocht hätte. Alle diese Truppen des deutschen Kaiserstaates gewärtigten mit dem Gewehr am Fuß der Entscheidung, die der Erfolg einer außerordentlichen Botschaft ihres Monarchen an den Sultan bringen werde. Der Träger derselben, Graf Leiningen, war am 30. Januar 1853 in Constantinopel eingetroffen und überreichte dort ein Ultimatum, in dem verschiedene Beschwerden der österreichischen Regierung zu sofortiger Erledigung bezeichnet wurden. Die Pforte sollte Oesterreichs Seehoheit über das Meer an den beiden Landzungen, die auf beiden Seiten von Ragusa sich in das österreichische Gebiet einschieben, anerkennen, die österreichischen Unterthanen, die in den letzten Jahren durch rechtswidrige Handlungen und Unterlassungen türkischer Behörden gelitten hätten, entschädigen, die schädlichen Zölle und Steuern in ihren Grenzprovinzen aufheben, in Montenegro den früheren Zustand wiederherstellen und den Christen in den an den Kaiserstaat grenzenden Provinzen des osmanischen Reiches eine menschliche und gerechte Behandlung in genügender und feierlicher Weise zusichern. Man zauderte in Constantinopel mit der Nachgiebigkeit, doch als Graf Leiningen erklärte, er könne nur achtundvierzig Stunden Bedenkzeit geben und an diesen Stunden hänge das

Schicksal des osmanischen Reiches, fügte man sich in Alles. Am 15. Februar verließ Graf Leiningen Constantinopel und am 28. Februar landete dort ein anderer Botschafter: Fürst Mentschikoff.

Der Streit, der nun entbrannte und in den Weltfrieden die erste ernstliche Störung seit 1815 brachte, war von langer Hand vorbereitet. Seit der Unterdrückung des polnischen Aufstandes war Kaiser Nikolaus, um den Ausdruck des Fürsten Paskewitsch, eines von ihm hochbegnadigten Günstlings, zu wiederholen, machttrunken geworden. Er hielt alle materiellen Kräfte seines Reichs, wie er glaubte auch die geistigen, in seiner Hand und nannte sich den Schiedsrichter Europas. Was ihm allein fehlte, war eine Flotte, und wollte er die alten Entwürfe seines Hauses gegen die Türkei ausführen, so bedurfte er des Bündnisses einer Seemacht. Er wendete sich zuerst an England und machte bei einem Besuch im Jahre 1844 den dortigen Staatsmännern vertrauliche Mittheilungen. Die alte Türkei sei verschwunden, seit man derselben Einrichtungen einzuimpfen suche, die dem Geist des Islam wie dem Charakter und den Gebräuchen der Muselmänner schnurstracks zuwider liefen; die Türkei gehe einer vollständigen Umgestaltung entgegen, deren glücklicher Erfolg mindestens zweifelhaft sei und aus der unvermuthet eine neue Ordnung der Dinge entstehen könne, welche jedenfalls die Vernichtung des von nun an unmöglichen Zustandes der Gegenwart sei. Eine Denkschrift des Grafen Nesselrode kam auf diese Mittheilungen zurück, um England noch weiter zu sondiren, ob es zu einer Theilung der Türkei entschlossen sei. Die englischen Minister gaben indessen die entgegenkommenden Erklärungen nicht, welche man von ihnen erwartet hatte, und die russische Diplomatie knüpfte nun in Paris an. Was sie dort eingefädelt hatte, löste die Nacht des 24. Februar 1848 mit einem Male auf, und Kaiser Nikolaus mußte seine Pläne für den Augenblick vertagen.

In der Revolutionszeit war er der wirkliche Beherrscher des diplomatischen Gebiets. Auf dem Festlande war Alles in Verwirrung und England hatte sich auf der Seite eingelassen, welcher der Erfolg Unrecht gab. Als der russische Kaiser nach seiner eigenthümlichen Hülfsleistung in Ungarn Preußen die Bedingungen seiner Versöhnung mit Oesterreich vorgeschrieben hatte, war er in Besitz einer Fülle von Macht, wie sich ihrer nicht einmal sein Bruder Alexander jemals hatte rühmen können. Frankreich war isolirt, Oesterreich nach seiner Meinung von ihm abhängig und Preußen glaubte er unbeachtet

bei Seite liegen lassen zu können. Er gab seinen Diplomaten einen Wink, das Spiel zu beginnen.

In Palästina gibt es eine Anzahl heiliger Orte, von denen die Katholiken durch einen Vertrag von 1740 neunzehn eingeräumt erhalten hatten. 1850 besaßen sie deren noch zehn; aus neun waren sie von den Griechen vollständig vertrieben worden. Ueber diese Verhältnisse schwebte seit 1841 ein Streit, den zwei auf einander folgende französische Botschafter 1850 und 1851 zu Gunsten der Katholiken zur Entscheidung zu bringen suchten. Die Pforte befolgte den Rath Sir Stratford Cannings, reiflichst zu überlegen, damit sie sich nach keiner Seite hin eine Blöße gebe, und entschied nicht eher als am 9. Februar 1852, daß den Katholiken der Zutritt zu zwei Kirchen wieder geöffnet werden solle, wogegen die Griechen zur Vergeltung in einer der den Katholiken vorbehaltenen Kirchen zuzulassen seien. Dieses unbedeutende Zugeständniß an Frankreich war Rußland viel zu viel, und sein Gesandter Titof entriß dem Sultan einen Ferman, der die Forderung der Katholiken als ungerecht bezeichnete und den bisherigen Zustand wieder herstellte. Frankreich duldete diesen Wankelmuth, aber es verlangte, daß der Ferman in Jerusalem nicht öffentlich verlesen werde, und darauf bestand Rußland. Auch diese Forderung wurde dem letztern erfüllt, und jetzt erst, nachdem gar kein Gegenstand des Streits mehr übrig war, sprach es das Wort aus, das es von Anfang an im Hinterhalt gehabt hatte. Die Pforte sollte ihm ein Schutzrecht über die griechischen Christen ihres gesammten Gebiets einräumen. Eine solche Schirmvogtei über die ganze anatolische Kirche enthielt thatsächlich die Unabhängigkeitserklärung dieser Kirche und die Unterwerfung derselben unter den Kaiser von Rußland. Wenn dieser als der einzige orthodoxe Monarch dem Patriarchen von Constantinopel die Belehnung ertheilte, so trat die griechische Kirche aus dem Kreise des osmanischen Reichs, machte sich im Staate ein unabhängiges Gebiet und nahm sich ein anderes Oberhaupt. Ja, eine solche Souveränetätsstellung Rußlands zum Patriarchat von Constantinopel und zur ganzen morgenländischen Kirche griff selbst noch über die Türkei hinaus und mußte auch die griechisch-gläubigen Völker andrer Staaten an die große Centralgewalt des oströmischen Kirchenthums knüpfen, die fortan auf der Krone des russischen Kaisers ruhte.

Während der Verhandlungen rüstete Rußland bereits und ließ 144,000 Mann Stellungen näher an den Donaufürstenthümern nehmen. Die Ver-

suche, durch ein englisches Bündniß die Unterstützung einer Seemacht zu gewinnen, wiederholten sich dringender. Der Kaiser sprach sich gegen den englischen Gesandten Seymour mit großer Offenheit aus. In verschiedenen Unterredungen wiederholte er als eine unbestreitbare Wahrheit, daß die Türkei nach und nach in einen Zustand trostloser Hinfälligkeit gerathen sei und plötzlich in den Armen Englands und Rußlands sterben könne. Es sei besser, einen solchen Fall vorauszusehen, als sich dem Chaos, der Verwirrung und der Gewißheit eines europäischen Krieges auszusetzen, was alles die Katastrophe begleiten müsse, wenn sie unerwartet komme und ehe ein weiterer Plan entworfen sei. Er schlug eine Theilung vor, indem er den Engländern den Besitz von Egypten und Candia mit ausdrücklichen Worten zusicherte, aber das, was er selbst nehmen werde, nur mittelbar andeutete. Constantinopel könne vielleicht als Pfand für ihn wichtig werden, die Moldau und Walachei, Serbien und Bulgarien würden sich als unabhängige Staaten unter russischem Schutze wohlbefinden. Da der Kaiser hinzusetzte, daß er ein Anwachsen Griechenlands zu einem mächtigen Reiche oder die Entstehung kleiner Republiken nicht dulden werde, so bleibt nur die Annahme übrig, daß er den übrigen Theil der Türkei etwa mit Ausnahme einiger für Oesterreich bestimmten Gebiete unmittelbar unter seine Regierung stellen wollte. Die englische Regierung wies diese Eröffnungen unbedingt zurück. Sie sei überzeugt, ließ sie durch Graf Clarendon antworten, daß die Türkei noch immer die Elemente des Daseins besitze und daß hauptsächlich von der Politik, welche der Kaiser von Rußland gegen sie befolge, die Beschleunigung oder unbestimmte Hinausschiebung eines Ereignisses abhänge, das abzuwenden die Sorge jeder Macht in Europa sein müsse.

Da der Kaiser von Rußland England nicht zu gewinnen vermochte, so suchte er die Türkei einzuschüchtern. Fürst Mentschikoff trat in Constantinopel mit altmoskowitischen Formen auf, machte dem Großwessir im Ueberzieher und mit der Reitgerte in der Hand einen Besuch und ging an dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorbei, weil er mit ihm nicht unterhandeln könne. Vom 28. Februar bis zum 17. März stellte er kein bestimmtes Verlangen, an dem letztern Tage forderte er endlich den Abschluß eines geheimen Vertrags, der die 10 bis 12 Millionen christlicher Unterthanen der Türkei unter den russischen Schutz stelle. Später erklärte er sich befriedigt, wenn an die Stelle des geheimen Vertrags eine Uebereinkunft, oder auch nur eine

Note trete. In einem großen Divan, zu dem die Minister und hohen Beamten berufen wurden, erfolgte die Verwerfung dieser Anträge, doch sollten alle der griechischen Kirche früher bewilligten Religionsprivilegien bestätigt und sicher gestellt werden. Fürst Mentschikoff erklärte diese Zugeständnisse für ungenügend und verließ in der Nacht des 21. Mai Constantinopel.

Man fürchtete dort einen Ueberfall und bat dringend um Hülfe. Diese wurde von Frankreich und England nicht eher geleistet, als bis die russischen Truppen, um ihrem Herrscher moralische Bürgschaften für bessere Gesinnungen der Pforte zu verschaffen, an die Grenze der Donaufürstenthümer beordert wurden. Nun warfen die vereinigten Flotten der Westmächte vor den Dardanellen Anker, worauf die Russen am 3. Juli 1853 den Pruth überschritten und sich über die Donaufürstenthümer ausbreiteten. Rußland hatte jetzt ein Pfand, die Türkei beharrte bei ihrer Weigerung, einem Theil ihrer Hoheitsrechte zu entsagen und die vier Großmächte waren entschlossen, eine Zerstückelung des osmanischen Reichs, welche eine Aufhebung des europäischen Gleichgewichts gewesen sein würde, nicht zu dulden. Alle im Verein erstrebten sie eine friedliche Lösung der Verwicklung. In Wien versammelte sich eine Conferenz Frankreichs, Englands, Oesterreichs und Preußens, welche die Pforte zum Erlassen einer Note an Rußland bestimmte, in der der Sultan erklärte, seine Ehre sei dabei betheiligt, sowohl in der Gegenwart als in der Zukunft jeden Angriff gegen den Genuß der geistlichen Privilegien der griechischen Kirche fern zu halten und diese Kirche an den Vortheilen Theil nehmen zu lassen, welche den andern christlichen Genossenschaften durch Vertrag oder besondere Verfügung bewilligt seien. Auch diese weitere Nachgiebigkeit der Türkei fand in den Augen des russischen Kaisers keine Gnade.

Frankreich und England waren im Bunde, so daß für Rußland nur noch die Aussicht auf ein Bündniß mit Landmächten blieb. Im Herbst erschien der Kaiser Nikolaus in Olmütz, nachdem er zuvor in Moskau, der heiligen Stadt, vor dem versammelten Klerus seine Andacht verrichtet und Bittgänge zu den Heiligenbildern angestellt hatte. Nach Olmütz begleitete ihn ein glänzendes Gefolge. Der Kaiser von Oesterreich und der Prinz von Preußen waren gegenwärtig; der König von Preußen fehlte. Den letztern ah der russische Kaiser in Warschau und begleitete ihn nach Berlin zurück. Die erhoffte Zustimmung seiner alten Verbündeten zu seiner Politik wurde ihm so wenig zu Theil, daß Oesterreich grade diesen Zeitpunkt wählte, eine

bedeutende Verminderung seines Heers vorzunehmen. Höchstens war die Neutralität der beiden deutschen Großmächte zu erwarten.

Inzwischen hatte die Türkei den Krieg an Rußland erklärt (26. September 1853), weil dieser Schritt nicht länger vermieden werden konnte. Man ist am Bosporus noch nicht so weit gediehen, um den Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden, der dem christlichen Europa geläufig geworden ist, fassen zu können. Die Pforte hatte ihre Völker zu den Waffen gerufen, aus den fernsten asiatischen und afrikanischen Provinzen waren die Landwehren (Redifs) massenweise herbeigeeilt und dieses Zuströmen von halbwilden Kriegerschaaren hatte in der Hauptstadt eine drohende Gährung hervorgerufen. Der Sultan hatte die Wahl, ob er an Rußland den Krieg erklären oder es auf einen allgemeinen Aufstand der Türken ankommen lassen wolle. Am 4. October erging das Kriegsmanifest der Türkei, mit dem sich die Aufforderung an den russischen Befehlshaber in den Donaufürstenthümern verband, diese binnen 14 Tagen zu räumen. Die vermittelnde Thätigkeit der Großmächte erreichte Nichts weiter, als einen Aufschub der Feindseligkeiten bis zum 1. November.

Die Wiener Conferenz war in Thätigkeit geblieben und einigte sich am 5. December zu einer Erklärung, auf welcher das Zusammenwirken aller vier Großmächte beruhte. In diplomatischen Redewendungen wurde ausgesprochen, daß die Existenz der Türkei in ihren durch die Verträge gezeichneten Grenzen eine der nothwendigen Bedingungen des europäischen Gleichgewichts sei und daß der gegenwärtige Krieg in dem Gebietsumfang der beiden Reiche keine Veränderung nach sich ziehen dürfe, welche geeignet sei, den Besitzstand im Orient zu benachtheiligen. Ein zweites Protocoll nannte in vier Punkten die Bedingungen, welche eine geeignete Friedensunterlage sein würden. Die vier Punkte waren: Räumung der Donaufürstenthümer in möglichst kurzer Zeit; Erneuerung der alten Verträge; Bestätigung und Erweiterung der Rechte der in der Türkei lebenden Christen; endgültige Annahme des bereits getroffenen Uebereinkommens über die heiligen Stätten und geistlichen Körperschaften in Jerusalem. In Constantinopel nahm man diese Punkte an und wollte neue Unterhandlungen mit Rußland einleiten.

In dieser Zeit hatte der Krieg bereits begonnen, und zwar in Asien. Die Lage Rußlands in seinen transkaukasischen Besitzungen war militärisch wie politisch ungünstig. Ein Bergland von fast 3000 Geviertmeilen Um-

fang, in dem kriegerische Völker wohnten, mußte durch Militärlinien, zahlreiche Festungen, fliegende Abtheilungen und starke Reserven im Zaum gehalten werden. So zahlreich die russische Armee war, reichten ihre 116,000 Mann doch nur eben hin, die feindseligen Bergvölker zu isoliren, und das rückwärts liegende Gebiet war ziemlich von Streitkräften entblößt. Die Absperrung der Ostküste war keine so vollständige, daß die Stämme des Gebirgs von dem Streit zwischen Rußland und der Pforte nicht Nachricht erhalten hätten. Schon im Juli setzten sie sich in Bewegung, machten einzelne gelungene Ueberfälle und sammelten sich in größern Haufen, um gegen Süden durchzubrechen.

Ihnen wollten die türkischen Truppen die Hand reichen, welche in der Mitte des Octobers gegen die Grenze zogen und die kleine Festung St. Nicolai überrumpelten. Mehrere andere Versuche, in derselben Richtung vorzudringen, waren minder glücklich, indessen fliel den Türken auch die Festung Achalzik mit Ausnahme der Citadelle in die Hände. In der Nähe derselben kam es zu der ersten Schlacht. Die Türken hatten eine sehr starke Stellung und waren durch einen Fluß, durch Felsenwände und die Gärten und Häuser eines Dorfes geschützt. Sie vertheidigten sich mit großer Tapferkeit, aber ihren Operationen fehlte der Zusammenhang, der auf der russischen Seite vollständig vorhanden war, und dieser Unterschied verhalf den Russen zu einem Siege. 12. (24.) November. Zum zweiten Male maßen sich die feindlichen Kräfte am 18. (30.) November bei dem Dorfe Basch-Kadyk-Car. Die Russen hatten 7000 Mann Fußvolk, 2800 Reiter und 32 Geschütze, die Türken mindestens 20,000 Mann regelmäßiges Fußvolk, 4000 eingeübte Reiter, 45 Geschütze und 12,000 Mann Milizen. Gegen Mittag entspann sich die Schlacht und war auf dem rechten Flügel der Türken, wo ihre Reiterei über den Haufen geworfen wurde, in wenigen Augenblicken entschieden. In der Mitte stand das Gefecht und nur die Niederlage des rechten Flügels machte den Rückzug der Türken nothwendig. Die Folgen waren die einer großen Entscheidung, denn der Muth des geschlagenen Heeres war gebrochen, wie die massenweisen Ausreißereien der jüngeren Soldaten bewiesen, und drei Sandschaks gingen an die Russen verloren.

Zu Anfang Novembers erschien ein türkisches Geschwader im schwarzen Meere, um den Bergvölkern Mannschaft, Geld und Kriegsbedürfnisse zuzuführen. Es bestand aus vierzehn Schiffen, von denen die Hälfte Fregatten,

die übrigen kleinere Fahrzeuge waren. Die Russen waren gut benachrichtigt und ließen aus Sebastopol einen Theil ihrer Flotte auslaufen. Die türkischen Schiffe wurden in der Bucht von Sinope entdeckt. Ein dichter Nebel verhinderte die Türken, ihre Feinde so früh zu entdecken, daß sie ihre ungeschickt gewählte Stellung vor den Batterien verlassen konnten. Der Angriff wurde dadurch zu einem Ueberfall und die türkische Flotte halb wehrlos gemacht. Sie bestand aus lauter kleineren Schiffen mit Geschützen von geringerem Kaliber, während die Russen bloß Linienschiffe, die mit dem schwersten Geschütz bewaffnet waren, in's Feuer führten. Die Entscheidung war unter diesen Umständen in kürzester Zeit gegeben. Eine halbe Stunde nach dem Beginn des Angriffs waren zwei türkische Fregatten in die Luft gesprengt, und anderthalb Stunden später hatte die türkische Flotte im wahren Sinne des Wortes zu existiren aufgehört. Eins ihrer Fahrzeuge wurde entmastet an den Strand getrieben, zwei andere in den Grund gebohrt, alle übrigen flogen in die Luft. 4155 Türken wurden getödtet, 300 schwer verwundet und 150 gefangen genommen. Trümmer der in die Luft fliegenden Schiffe zündeten in der Stadt Sinope, welche bis auf das griechische Quartier ein Raub der Flammen wurde. (30. November.)

Dieser Angriff der Russen auf die türkische Flotte brachte in die orientalische Frage eine neue Verwicklung. Eine französisch-englische Flotte lief in das schwarze Meer ein, wo sie den gegebenen Erklärungen nach die Bestimmung hatte, alle russischen Schiffe, denen sie begegnen werde, in einen Hafen ihres Vaterlandes zurückzuweisen. Den türkischen Schiffen sollte der Verkehr zwischen ihren Häfen gestattet sein, und dieser zu Gunsten der Türkei gemachte Unterschied erschien Rußland so durchaus feindselig, daß es seine Gesandten von Paris und London zurückrief. Graf Orlow wiederholte bei dieser drohenden Wendung der Dinge den vom Kaiser selbst ohne Erfolg gemachten Versuch, Oesterreich und Preußen in das russische Interesse zu ziehen. Er mußte in Wien und Berlin vorstellen, daß es der Einigkeit der beiden deutschen Mächte noch gelingen könne, einen europäischen Krieg abzuwenden, wenn sie Rußland ihre moralische Unterstützung gewährten und eine Haltung annähmen, welche bestimmt ausspreche, daß sie ihre Politik nöthigenfalls durch die Waffen zur Geltung zu bringen wissen würden. In Wien fragte man den russischen Grafen, ob sein Kaiser sich verpflichten werde, den allgemeinen Staatenzusammenhang der türkischen Provinzen, wie er jetzt bestehe, nicht zu

stören. Als er antwortete, daß Rußland solche Verbindlichkeiten nicht auf sich nehmen könne, lehnte man seine Anträge ab, und dasselbe geschah in Berlin.

Die Zeit des Winters, welche eine Thätigkeit der Heere nicht gestattete, war zur Fortsetzung der Friedensverhandlung wie geschaffen. England und Frankreich setzten diese im besten Glauben fort und Oesterreich und Preußen vermittelten. Auf russischer Seite war man nicht einmal dahin zu bringen, durch die Räumung der Fürstenthümer den Friedenszustand herzustellen. Ein letztes Ultimatum der Westmächte, welches diese Forderung wiederholte, war in Petersburg noch nicht angelangt, als man dort ein Kriegsmanifest erließ. Dasselbe beschuldigte Frankreich und England, bei der Pforte durch tückische Einflüsterungen den Irrthum erzeugt zu haben, daß Rußland nach ihren Provinzen strebe. Durch das Einlaufen ihrer Flotten in das schwarze Meer, um die Türken zu beschützen, seien jene Mächte in die Reihen der Feinde des Christenthums getreten. Rußland werde aber seinem heiligen Beruf nicht untreu werden. „In der Zuversicht, daß der Allmächtige uns beistehen wird, da wir für die unterjochten Brüder, die den Glauben Christi bekennen, kämpfen, rufen wir eines Herzens mit ganz Rußland: Unser Herr! unser Retter! Vor wem sollten wir zittern! Es erhebt sich Gott, und seine Feinde werden vergehen!“

Am 2. März eröffnete der Kaiser der Franzosen in den Tuilerien die Sitzung von 1854. Seine Thronrede trug den entschiedensten kriegerischen Charakter und sagte den Abgeordneten, daß Frankreich kämpfen werde, um gefährlichen Uebergriffen Rußlands zu widerstehen, die Sache des Sultans zu führen und nichtsdestoweniger die Rechte der Christen zu beschützen, um die Freiheit der Meere und Frankreichs gerechten Einfluß im Mittelmeer zu vertheidigen. Am 17. Februar eröffnete Lord John Russell dem Parlament, zwischen England und Frankreich sei unter Hinzutritt der Pforte ein besonderer Vertrag geschlossen worden, der die drei Mächte wechselseitig verpflichte, ohne gemeinsame Einwilligung keinen Frieden mit Rußland zu schließen. Man stehe am Rande des Kriegs und die Nation müsse sich zu großen Opfern bereit halten. Zum ersten Male seit vierzig Jahren schallte in der Stephanscapelle wieder Englands alter Kriegsruf: „Gott schütze das Recht!“

Die Flotte der Verbündeten im schwarzen Meer fand vorläufig Nichts

zu thun, da die Russen ihre Kriegsschiffe hinter die Batterien des Krimhafens Sebastopols zogen. Französische und englische Landtruppen waren auf den Kriegsschauplätzen nicht anwesend und die Türken sahen sich mithin auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Sie hielten sich wackerer, als man ihnen zugetraut hatte. An der Donau, wo die eigentliche Entscheidung erwartet wurde, verfügte Omer Pascha über 120,000 Mann, denen russischerseits 95,000 Mann gegenüber standen. Unter den Türken waren aber 36,000 Freiwillige (Baschi-Bozuks), auf die in der Schlacht wenig zu rechnen war, und die Russen hatten außer 8000 Kosaken Nichts als Kerntruppen. Wider alles Erwarten waren es nicht die Russen, sondern die Türken, welche zuerst über die Donau gingen. Sie täuschten ihre Gegner durch Kriegslisten über die beiden Uebergangspunkte, welche sie gewählt hatten, und warfen plötzlich bei Kalafat und Oltenitza Truppen an das linke Ufer. Sie verschanzten sich, und die Russen stürmten vergebens. Der Punkt Kalafat war der wichtigste der beiden und wurde deshalb durch eine Schiffbrücke mit dem rechten Donauufer verbunden und mit 48 schweren Geschützen bewaffnet. Er schnitt die Russen von Serbien ab, wo sie eine zum Anschluß geneigte Bevölkerung gefunden haben würden. Um diesen Vortheil nicht einzubüßen, machten die Russen am letzten Tage des Jahres 1853 noch einen Angriff und opferten bei Csitate vergebens über 2000 Mann. Diese Wintergefechte waren das Vorspiel für die größeren Ereignisse des Jahres 1854. Das numerische Uebergewicht kam nun auf Seite der Russen, die sich bis zu 165,000 Mann verstärkten, wogegen die türkische Armee bis auf 90,000 Mann diensthuender Soldaten herabsank. Je mehr sie leistete, um so schmachvoller vernachlässigte man sie in Constantinopel.

Den Feldzug des Jahres 1854 eröffneten die Russen. Die Türken hatten wegen ihrer schwachen Zahl die untere Donau nicht genügend besetzen können. Die dortigen kleinen Festungen hatten schwache Besatzungen, für die Mustapha Paschas 20,000 Mann keinen kräftigen Nachhalt bildeten, als am 24. März 60,000 Russen mit 160 Geschützen an drei Punkten unter dem Schutz ihrer Donauflottille auf das rechte Ufer übergingen. Die türkischen Festungen fielen ihnen schnell in die Hände, und vor Ablauf des Monats waren 6800 Türken in russische Gefangenschaft gerathen. Die Russen waren nun Herren der Dobrudscha oder des Landstrichs zwischen der Donau, dem Trajanswall und dem schwarzen Meer. Auch der Trajanswall fiel ihnen nach hartnäckigen

Gefechten, bei denen die Türken über 5000 Mann verloren, in die Hände, und Mustapha Pascha wurde bis an den Fuß des Balkans zurückgeworfen.

Bei den vorgehenden Russen befanden sich Freischaaren, aus allen den Völkerstämmen gebildet, welche die christliche Bevölkerung des türkischen Reichs ausmachen. Man sah da besondere Abtheilungen von Griechen, Bulgaren, Bosniern und Serbiern. Der Theil der griechischen Hetäria, der sich zum vorgeschobenen Posten der russischen Herrschaft hergibt, hatte die Weisung empfangen, das Königreich Griechenland in den Krieg hineinzureißen. Albanien und Thessalien erhoben sich wirklich, und zugleich strömten von Griechenland Officiere und Soldaten einzeln oder in geschlossenen Abtheilungen mit Waffen und Fahnen über die Grenzen. Diese Griechen, denen der Kaiser von Rußland in seinen Unterredungen mit Lord Seymour jedes Recht zur Bildung eines in sich kräftigen Staates abgesprochen hatte, träumten von nichts Geringerem, als von der Wiederherstellung des alten Kaiserreichs der Byzantiner. Im ersten Augenblicke überrumpelten sie die geringe türkische Militärmacht der Grenzprovinzen. Bis zur Donau hin war Alles von Truppen entblößt, so daß der Aufstand große Fortschritte hätte machen können. Die Uneinigkeit der griechischen Anführer und ihre Grausamkeiten gegen die Türken lähmten den Aufschwung, und sobald von Constantinopel auf französischen und englischen Schiffen Verstärkungen herbeigeführt wurden, hatte man mit den eingedrungenen Haufen leichtes Spiel. Gleich die beiden ersten Gefechte bei Janina und Arminos (29. März und 7. April) waren entscheidender Natur. Der letzte Rest der Griechen, der unter Grivas fortkämpfte, wurde bei Mezzovo in einem sechsstündigen Gefecht gänzlich auseindergesprengt. Den Russen war dieses unnütze Blutvergießen in sofern förderlich, als die nöthigwerdende Einmischung in Griechenland einen Theil der verbündeten Streitkräfte von dem großen Kriegsschauplatze ablenkte.

Die Hauptfestung an der Donau ist Silistria. Im April wurde sie von den Russen von der Wasserseite angegriffen, am 16. Mai auch zu Lande, jedoch nicht vollständig eingeschlossen. Zwei vorgeschobene Werke der östlichen Seite, Arab Tabia und Abdul Meschid, hatten die ganze Wucht des Angriffs zu tragen. Die Russen fochten ungeschickt und wenig energisch, obgleich Fürst Paskewitsch erklärt hatte, daß er Silistria haben müsse, und wenn er bis an die Knie im Blut waten sollte. Der Tod des Generals Schilder beraubte sie ihres besten Officiers, und die Belagerungsarbeiten geriethen seit-

dem in's Stocken. Die Türken bewährten ihren alten Ruf als unvergleichliche Festungsvertheidiger in glänzender Weise. Ein ehemaliger preußischer Artillerist, Grach, hielt die Arab Tabia, als sie Nichts mehr als ein Trümmerhaufen war. Wenn die Russen zu bedenklich nahe kamen, so wurden sie durch Ausfälle zurückgeworfen und ihre Sturmversuche scheiterten ohne Ausnahme. Durch Omer Pascha war ein Entsatz der Festung nicht zu bewerkstelligen. Die französischen und englischen Hülfstruppen waren zum Theil noch in Gallipoli an den Dardanellen, wo sie sich an das Klima gewöhnen sollten. Man lockte sie nach und nach auf Varna, wo aber das Meiste von dem fehlte, dessen sie bedurften. Sogar der verwegene Saint-Arnaud, dem der Kaiser seine Franzosen anvertraut hatte, gestand sich, daß weiter Nichts zu thun sei, als dem Balkan näher zu gehen und Zeit zur Vereinigung aller Streitkräfte zu gewinnen. Er weigerte sich entschieden, Varna und das Meer auf eine weitere Entfernung hin zu verlassen, es sei denn, daß er die Geschütze der Oesterreicher donnern höre. In der That waren es diese, welche Silistria entsetzten, und zwar ohne Kampf, durch eine bloße Demonstration. Das Wiener Cabinet hatte Rußland am 3. Juni noch einmal zur Räumung der Donaufürstenthümer aufgefordert und am 14. Juni von der Pforte die vertragsmäßige Erlaubniß zur Besetzung dieser Provinzen erhalten. Sogleich zogen 300,000 Oesterreicher durch Siebenbürgen gegen die Grenze. Sie standen im Rücken der Russen und konnten diese in jedem Augenblick von ihrer Rückzugslinie abschneiden. Eine solche Stellung übte einen Zwang, dem der Stolz des russischen Kaisers sich fügen mußte. Er gab den Befehl zum Rückzuge, der ihm durch friedliche Vorstellungen nie zu entwinden gewesen war, und hatte noch die Beschämung, daß die Türken seinen abziehenden Truppen auf dem Fuße folgten und ihnen bei Giurgewo eine empfindliche Schlappe beibrachten.

Im französischen Lager zu Varna herrschte die größte Unzufriedenheit. Die Truppen wurden von der Cholera gezehntet und fragten sich mit einem Unmuth, der einen gefährlichen Charakter anzunehmen anfing, weshalb man sie in Unthätigkeit sich verzehren lasse. Ein kopfloser Zug in dem wasserlosesten Theil der Dobrudscha, der sie beschäftigen sollte, erbitterte sie durch die furchtbaren Verluste, die man erlitt, ohne daß man einen Feind gesehen hatte. Die Befehlshaber der Verbündeten waren keineswegs über ihre nächste Aufgabe im Klaren. Die russische Hauptarmee war ihnen für den Augenblick

entrückt, wenn sie ihr nicht nach Bessarabien folgen wollten, wo aber ein Feldzug wenig Ausbeute versprach und Verpflegungshindernisse bestanden, welche schwer zu besiegen waren. Saint-Arnaud wollte die Krim erobern, er hielt diese Aufgabe im Anfang für so leicht, daß er sie einen Handstreich nannte, wurde aber bald der Meinung, daß es dazu langer Vorbereitung eines ganzen Feldzugs, einer Macht von 100,000 Mann, der gesammten Hülfsmittel der vereininigten Flotten und einer Ansammlung von vielen Transportschiffen bedürfe. Nachdem ein Kriegsrath im Juli für den Zug gegen die Krim entschieden hatte, entstand ein längerer Aufenthalt, da die Cholera heftiger auftrat und Vieles aus England und Frankreich Herbeigeschaffte durch einen großen Brand in Varna vernichtet wurde. Erst im September waren die nöthigen Schiffe, 33 Linienschiffe, 102 Kriegs- und Schleppdampfer und 420 Transportschiffe vereinigt und mit Vorräthen beladen.

35,000 Franzosen und 26,000 Engländer schifften sich auf dieser Flotte ein. Mit Hinzurechnung der Reiterei und Artillerie belief sich die ganze Truppenmacht der Verbündeten, die zu Lande verwendet werden konnte, auf etwa 68,000 Mann. Die Kriegsflotte verfügte über mehr als 2000 Geschütze der allerschwersten Art und über 25,000 Matrosen und Marinesoldaten. Als Landungsstelle war eine Bucht der südwestlichen Küste ausersehen worden, die in der Nähe eines alten genuesischen Forts liegt und wegen der niedrigen Beschaffenheit der Küste 4000 Schritte weit landeinwärts beherrscht werden kann. Bloß Kosaken beobachteten die Ausschiffung der Truppen und Vorräthe, die vom 14. bis zum 16. September ausgeführt wurde. Die russischen Truppen waren in diesem Augenblick über die ganze Krim zerstreut, und so große Sorge ihr Befehlshaber Mentschikoff trug, sie zusammenzuziehen, vermochte er doch nicht mit mehr als 33,000 Mann und 92 Geschützen an der Alma zu erscheinen. Diesen Punkt hatte er dazu ausersehen, die Verbündeten in's Meer zu werfen.

Auf dem linken Ufer der Alma, eines selbst an seiner Mündung unbedeutenden Flusses, erhebt sich eine 300 bis 400 Fuß über dem Meer liegende Hochebene, die gegen das letztere schroff abfällt, während sie nach dem Lande hin allmälig sich abdacht. Vor diesem Tafellande fließt in der Tiefe die Alma, deren Ufer mit Gebüsch bewachsen sind und an Weinberge angrenzen. Dies war die Frontlinie der Russen, und Mentschikoff hatte sie durch Verhaue, Jägergräben und andere Kunstmittel verstärkt. Hier und auf dem

rechten Flügel, wo die Stellung am schwächsten war, erwartete er den Angriff; seinen linken Flügel hatte er vernachlässigt, weil er eine Ersteigung der schroffen Höhen für unmöglich hielt.

Die Verbündeten hatten einen gleichzeitigen Angriff auf der ganzen Linie verabredet. Die Franzosen hatten sich besonders den linken russischen Flügel ausgewählt, von dem sie in Erfahrung gebracht hatten, daß er auf einem wenig benutzten Pfade, der zuerst am Meeresufer läuft und dann zwischen steilen und zerrissenen Klippen aufwärts führt, erreicht werden könne. Am 20. September früh gegen zehn Uhr erschienen sie vor der russischen Stellung, und dritthalb Stunden später entspann sich das Gefecht. Mochten nun die Engländer zu langsam oder die Franzosen zu schnell sein, genug, als die Zuaven, nachdem sie den steilen Höhenrand erklettert hatten, plötzlich vor den Russen auftauchten, standen sie oben allein, so daß St. Arnaud seiner ganzen Linie den Befehl zum Vorrücken geben mußte, um jene Vortruppen nicht erdrücken zu lassen. Eine Stunde später waren die Engländer fertig, drangen über den Fluß und erstiegen die jenseitigen Abhänge. Als die Versuche Mentschikoff's, ihrem Vordringen Einhalt zu thun, an ihrer kaltblütigen Tapferkeit scheiterten, und er gleichzeitig die Franzosen auf dem linken Flügel Boden gewinnen sah, befahl er den Rückzug, den er durch Geschütz und Reiterei gut deckte.

Die Schlacht an der Alma war gewonnen, aber die Verlegenheiten der Verbündeten, die nunmehr in das vollste Licht traten, verminderten sich dadurch nicht. Mentschikoff blieb stark genug, um eine Stellung im freien Felde einnehmen zu können, die ihm gestattete, nach Bedürfniß angriffsweise vorzugehen und dem bedrohten Punkte die Hand zu reichen. Daß dieser Punkt die Festung Sebastopol sei, war für ihn kein Geheimniß. In der That gab es in der Krim kein anderes würdiges Angriffsobject als den großen russischen Waffenplatz des schwarzen Meeres, der die Arsenale, die Flotte und riesige Vorräthe barg und von der russischen Politik zum Sammelpunkte der Streitkräfte bestimmt war, durch die der Fall der türkischen Hauptstadt entschieden werden sollte. Der Angriff dieser Festung konnte aber von der Seite, auf der man sich befand, nicht erfolgen, weil man sich in diesem Falle in der Mitte zwischen Mentschikoff und Sebastopol aufstellen mußte. Die gebieterische Nothwendigkeit zwang die Verbündeten, der Festung ihre Verbindungen mit dem Innern zu lassen und ihre Lager nach dem Süden zu

verlegen, wo sie sich auf das Meer und auf ihre Flotten stützen konnten. Indem sie ihren Marsch um die Festung ausführten und mit dem Compaß in der Hand einen Weg durch einen dichten Wald suchten, stießen sie auf eine starke russische Heersäule, welche ihnen auswich. Es war Mentschikoff, der ihren Plan errieth, ihnen folgte und sich bei Inkerman in ihrer rechten Flanke und nahe an der Festung festsetzte, während sie Balaklawa, einen kleinen, aber vortrefflichen Hafen, einnahmen.

Der Raum im Süden Sebastopols, auf dem die Verbündeten ihre Belagerungsarbeiten begannen, ist eine nach allen Seiten mehr oder minder steil abfallende und von Schluchten durchzogene Hochebene. Der Theil der Festung, welcher auf dieser südlichen Seite liegt, enthält die Stadt, die Schiffervorstadt Karabelnaja, die Docks, das Arsenal und die sonstigen Marineanstalten. Gegenüber, durch die Hafenbucht von diesem Theile getrennt, liegen die Befestigungen der nördlichen Seite. Am Meere war die Stadt auf's Stärkste bewehrt, und die versenkten Schiffe der Kriegsflotte sperrten den Eingang zum Hafen. Um so schwächer war die Festung auf der Landseite. Allerdings hatte man die steinerne Mauer, die vor dem Kriege die einzige Schutzwehr bildete, durch neue Thürme und Erdschanzen verstärkt, aber das Beste mußte doch während der Belagerung selbst geschehen. In der Festung befand sich ein Kurländer, Tottleben, und dieser schuf während des Angriffs die Mittel der Vertheidigung. Als vorgeschobenste Linie ließ er Jägergräben anlegen, in denen Schützen und Fußkosaken vom schwarzen Meer aufgestellt wurden. Alle Erdwälle wurden mit breiten Wallgängen versehen, auf denen die schweren Geschütze von den Schiffen und aus dem Arsenal unter gedeckten Geschützständen wirkten. Durch die ungeheure Menge dieser Geschütze wurde die Schwäche der Werke hinlänglich ausgeglichen. Die zur Vertheidigung bereit gehaltenen Truppen fanden innerhalb der Wallgänge hinter schräg angelehnten und mit Erde bedeckten Balkenblendungen ein bombensicheres Unterkommen.

Der steinige Boden erschwerte den Belagernden ihre Arbeiten so sehr, daß sie die Laufgräben nicht früher als am 9. October eröffnen konnten. Am 17. October begannen sie ihr Feuer aus 126 Geschützen der Landbatterien, während 26 Linienschiffe bis auf 1500 Schritt Entfernung von den Forts heranfuhren und diese beschossen. Zu Lande wurde wenig, zur See gar Nichts erreicht, und am wenigsten bewahrheitete sich die englisch-französische

Voraussetzung, die russischen Werke seien so schwach und unzweckmäßig gebaut, daß sie die Erschütterung durch ihr eigenes Feuer nicht aushalten könnten und die Kanoniere im Pulverdampf ersticken müßten. Die Belagerung gerieth nach dem unglücklichen Anfang in's Stocken, und bei Mentschikoff trafen so viele Verstärkungen ein, daß er zum Angriff überging. Am 25. October entriß er den Türken die vier Schanzen von Balaklawa und trieb die zur Verstärkung herbeieilenden Engländer sehr in die Enge. Ein kopfloser Angriff der schweren und leichten Reiter, der hinterher wie gewöhnlich auf einen mißverstandenen Befehl geschoben wurde, brachte den schönsten englischen Regimentern so ziemlich den Untergang. Mentschikoff behauptete sich auf einem Punkte, eine halbe Stunde von Balaklawa entfernt, und inzwischen machte die Belagerung, obgleich die zweite und dritte Laufgrabenreihe eröffnet wurde, wenig Fortschritte. Die Russen waren jetzt 90,000, die Verbündeten kaum 63,000 Mann stark, und bei den Russen befanden sich die beiden jüngsten Großfürsten, Michael und Nikolaus, deren Anwesenheit die Begeisterung erhöhte. Um die Uebermacht mit voller Wucht geltend zu machen, bedurfte man weiter Nichts als einer guten Combination von Ausfällen mit einem energischen Stoß Mentschikoff's.

Am 5. November lag ein dichter Nebel, der sich in einen feinen Regen auflöste, auf dem Thal der Tschernaja, an dessen Rande die englischen Schildwachen standen. Unter dem Schutze desselben rückten die Russen vor, ohne daß man sie bemerkte. Sie standen fast im englischen Lager, als endlich Feuer auf sie gegeben wurde. Die falsche Richtung, die eine der russischen Abtheilungen im Morgendunkel einschlug, und ihre heldenmüthige Tapferkeit retteten die Engländer. Sie waren überrascht und warfen sich dennoch, ohne den Feind zu zählen, auf dessen dichte Colonnen, die eine solche Tapferkeit stutzig machte. Zum zweiten Male schwankte für sie Alles, als drei neue russische Regimenter auf ihre zusammenschmelzenden Reihen keilförmig eindrangen und acht ihrer Generale tödteten oder verwundeten. Da erschien Bousquet mit drei französischen Brigaden auf dem Schlachtfelde, faßte die drei russischen Regimenter in der Flanke und warf sie auf ihre Linie zurück, welche nun in ihre alte Stellung zurückging. An Bousquet's Erscheinen hatte Mentschikoff wahrgenommen, daß die Ausfälle aus der Festung, auf denen das Gelingen seines Planes beruhte, nicht mit der erforderlichen Kraft unternommen worden waren.

Die größeren Unternehmungen hatten nach diesen beiden blutigen Gefechten ein Ende, da das Wetter des Spätherbstes sie unmöglich machte. Die Flotten wurden durch Stürme verscheucht, die russischen Feldtruppen zogen in's Innere ab, und die Belagernden mußten sich auf ihrer Hochebene ohne Ortschaften und Häuser einzurichten suchen. Es fehlte ihnen an Brennholz, an Winterkleidern, oft genug an Lebensmitteln, und sie litten furchtbare Noth. Die englische Armee, welche mit den nachgeführten Verstärkungen 50,000 Mann hätte zählen sollen, schmolz zuletzt auf 8000 dienstfähige Leute zusammen. Angesichts der in Balaklawa aufgestapelten Vorräthe verhungerte sie fast, weil es an einer Straße in's Lager fehlte und die Verwaltungsbeamten aus ihrer trägen Ruhe nicht aufzurütteln waren. Am schlimmsten erging es den Türken, welche gänzlich unbeachtet dem Mangel am Nothwendigsten allmälig unterlagen. Die Franzosen waren die Anstelligsten und befanden sich verhältnißmäßig wohl. Ihr Befehlshaber war seit den Angriffen auf Sebastopol General Canrobert, die Engländer führte der greise Lord Raglan. Verstärkungen hatten die Franzosen bis zum Februar 1855 durch vier Divisionen und eine Gardebrigade, die Engländer durch zwölf neue Fußregimenter erhalten. Englischerseits rechnete man auf 15,000 Sardinier, die in Folge eines abgeschlossenen Vertrags erwartet wurden, auf 20,000 Türken, die in englischen Sold treten sollten, und auf Fremdenlegionen, die in der Bildung begriffen waren.

Die kriegerischen Ereignisse des Jahres 1855 eröffneten Gefechte bei Eupatoria. Man hatte diesen Küstenpunkt besetzt gehalten, um sich durch ihn Vorräthe zu verschaffen, und benutzte ihn jetzt, um die Marschlinie der Russen von der Landenge von Perekop auf Sebastopol zu bedrohen. Eupatoria war befestigt worden und 30,000 Türken unter Omer Pascha bildeten seine Besatzung. Fürst Mentschikoff hatte gemessene Befehle erhalten, die Türken an diesem gefährlichen Punkte nicht länger zu dulden. Am 17. Februar ließ er sie durch General Chruleff mit allen irgend verfügbaren Truppen angreifen. Er kam bis an den Graben der schlechten Festungswerke, wurde hier aber so lebhaft empfangen, daß er mit großem Verlust umkehren mußte. An und für sich unwichtig, erhielt dieses Gefecht von Eupatoria dadurch Bedeutung, daß es die Abberufung des Fürsten Mentschikoff zur Folge hatte und den Tod des Kaisers Nikolaus beschleunigte. Um als Ausgangspunkt für Angriffsunternehmungen gegen die russische Centralstellung im Innern der Krim benutzt

werden zu können, hätte Eupatoria eine Besatzung von 100,000 Mann erhalten müssen. Diese konnte man ihm nicht geben, und so spielte es keine Rolle weiter.

So wie im Februar die ersten wärmeren Tage sich einstellten, wurde die Belagerung von Sebastopol mit neuer Energie aufgenommen. Auch bei den Russen war frisches Leben eingekehrt, und sie kamen ihren Gegnern sogar zuvor. Ehe noch Spaten und Haue draußen viel Arbeit gethan hatten, waren die Belagerten mit einer Reihe neuer Werke fertig, die, aus drei großen Schanzen und einer zusammenhängenden Reihe von Jägergräben bestehend, in das feindliche Gebiet hineingerückt und wie aus der Erde hervorgezaubert wurden. Um dieses System wurde in der nächsten Zeit viel gekämpft und die Russen dennoch nicht vertrieben. Die Belagernden setzten ihre Hoffnung nur auf eine allgemeine Beschießung, welche den Belagerten den Muth nehme, ihre Geschütze zum Schweigen bringe und irgendwo Bresche lege. Auf ihre Angriffslinie, die genau die Länge einer halben deutschen Meile hatte, waren 508 Geschütze aufgefahren, deren kleinste 32 und deren schwerste 200 Pfund Eisen schleuderten. Für jedes Geschütz waren durchschnittlich 700 Schuß in Vorrath. Vom 9. bis zum 22. April donnerten diese beispiellosen Geschützmassen gegen die Festungswerke, von denen mit Sparsamkeit geantwortet wurde. In der Nacht wurden Bomben und Granaten geworfen, am Tage gab man den Geschützen Vollkugelladungen. Trotz dieses unausgesetzten Feuerns wurden die russischen Werke immer wieder ausgebessert, allerdings mit einem Verluste von mehr als 3000 Menschen. Die Belagernden waren in den vierzehn Tagen der Beschießung etwas vorwärts gekommen und rückten bis zum 6. Mai, wo in dem mattergewordenen Feuer eine Pause eintrat, bis auf 180 und 200 Schritte von den russischen Bastionen vor. General Canrobert war nach dem alten Angriffssystem verfahren, das sich indessen schlecht bewährt hatte. Diesem System stellt sich ein neueres entgegen, welches auf einer Art von sprungweisen Annäherung beruht. Nach einer vorbereitenden Beschießung unternimmt man einen Sturm auf eine Stellung des Belagerten und läßt das Geschütz und das Bajonnet so lange mit einander wechseln, bis man sich an den Graben heran durchgekämpft hat, wo dann eine letzte Beschießung und ein letzter Sturm die Festung zum Falle bringen. General Pelissier, der dieses System empfohlen hatte, wurde an Canrobert's Stelle französischer Oberbefehlshaber. Er war hart

wie Eisen, kühn und verwegen, mit dem Nationalcharakter bekannt und wegen seiner Erfolge in Algier bei den Soldaten beliebt. Sie wußten, daß er ihr Blut nicht schonen werde, aber sie wußten auch, daß sie unter einem solchen Führer auf den Sieg rechnen dürften.

Vor Sebastopol waren im Mai 100,000 Franzosen, 32,000 Engländer, 15,000 Sardinier und 28,000 Türken, im Ganzen mithin 175,000 Mann vereinigt. Die russische Armee in der Krim zählte 113,000 Fußsoldaten, 22,000 Reiter, 19,000 Artilleristen und 2000 Mann Geniesoldaten, oder in ihrer Gesammtheit 156,000 Mann. Für eine solche Truppenzahl konnte der Steppenboden der Krim die nöthigen Nahrungsmittel nicht aufbringen, und diese mußten vielmehr aus dem asow'schen Meer zugeführt werden. Schnitt man diesen Weg ab, so nöthigte man die Russen vielleicht, Sebastopol seinem Schicksal zu überlassen. Die verbündeten Flotten waren vor Sebastopol ohnedies so ziemlich unnütz, und man brauchte keinen Anstand zu nehmen, einen Theil derselben nach der Straße von Kertsch abgehen zu lassen. Die Expedition wurde am 22. Mai von 57 Kriegsdampfschiffen nebst einer großen Anzahl kleinerer Fahrzeuge unternommen. 3000 Engländer, 7000 Franzosen und 5000 Türken wurden als Landungstruppen an Bord genommen. Zwei Tage später war die Meerenge von Kertsch, deren Versenkungen der Eisgang zerstört hatte, der verbündeten Flotte gesichert. Die russischen Befehlshaber der Befestigungen auf der Halbinsel hatten den Befehl, ihre Werke zu zerstören, falls sie im Rücken bedroht würden, und gehorchten pünktlich, sobald die ersten Feinde an's Land stießen. Kertsch und Jenikale wurde preisgegeben und in beiden Städten fielen über 100 Geschütze in die Hände der Verbündeten. Diese schändeten ihren leichten Sieg durch ehrlose Barbareien, plünderten Privathäuser, mißhandelten friedliche Einwohner und vernichteten die Kunstgegenstände des Museums von Kertsch, Reliquien aus alten Griechengräbern, aus bloßer Lust am Zerstören. In's asow'sche Meer drang eine Flottille von vierzehn englischen und fünf französischen Fahrzeugen ein und bemächtigte sich der großen Getreidevorräthe, die in den Küstenstädten aufgehäuft waren. Auf einen erheblichen Widerstand stieß dieses Geschwader nirgends und konnte seine Aufgabe mit größter Muße vollziehen. Auch der tscherkessischen Küste wurde ein Besuch gemacht, wobei sich zeigte, daß die Russen die sämmtlichen Befestigungen der ganzen Uferlinie, selbst Anapa nicht ausgenommen, geräumt und zerstört hatten.

Pelissier änderte das bisherige System auch darin, daß er den Hauptangriff nicht mehr gegen die Stadtseite, der man bis auf zweihundert Schritte nahe gekommen war, sondern auf die Vorstadt Karabelnaja richtete. Auf der Stadtseite beschränkte er sich darauf, die Russen ganz in die Festung hineinzuwerfen, und diese Aufgabe beschäftigte ihn bis zum 27. Mai. An diesem Tage hatte er sie erfüllt, und von größeren Operationen auf diesem Theile der Festungslinie war nun vorläufig keine Rede mehr. Daß er hier seine ersten Streiche geführt hatte, lenkte die Aufmerksamkeit der Russen von der eigentlich bedrohten Seite ab, und die Belagerungsarbeiten konnten wegen dieses glücklichen Umstandes ungestört fortgeführt werden. Am 6. Juni hagelte es Hohlgeschosse aller Art auf die drei großen russischen Schanzen vor der Karabelnaja. Am 7. erneuerte sich das Feuer am frühen Morgen mit verstärkter Gewalt und wurde so lange fortgesetzt, bis die Russen in der fünften Nachmittagsstunde schwächer zu antworten anfingen. Fast 40,000 Mann standen zum Sturme bereit, des Zeichens durch aufsteigende Raketen gewärtig. Die Russen wurden überrascht und verloren zwei ihrer Schanzen fast im Augenblicke. Die dritte, welche tapferer vertheidigt wurde, mußte vor Einbruch der Dunkelheit ebenfalls geräumt werden.

Das allerdings glänzende Resultat des 8. Juni wurde im Lager und anderswo so überschätzt, daß der Kaiser Napoleon den Wunsch aussprach, die Erinnerung an Waterloo möge durch einen glänzenden Sieg, durch Engländer und Franzosen gemeinschaftlich erfochten, verwischt werden. Wieder leitete General Pelissier sein Unternehmen durch eine wüthende Beschießung ein, die am 17. Juni aus allen Geschützen begann, die ganze Nacht hindurch mit Bomben und Raketen fortgesetzt wurde und am 18. noch zwei Stunden andauern sollte. Die Russen wußten jetzt, was eine solche Beschießung einleiten solle und stellten ihr Feuer frühzeitig, wie aus Schwäche ein. Pelissier wurde getäuscht, befahl das Feuern des nächsten Tags wegzulassen und setzte den Sturm um zwei Stunden früher an. In der Nacht zogen die Russen 49 Bataillone in die Schiffervorstadt und schafften frische Geschütze mit reichlichem Schießbedarf auf die Wälle. Auf Seite der Verbündeten machten sich 44,000 Mann kampffertig.

Der 18. Juni war für die Belagernden ein Tag des Unglücks und wurde durch Fehler auf Fehler bezeichnet, welche gut zu machen die

glänzendste Tapferkeit nicht ausreichte. Die erste französische Colonne verließ die Laufgräben um eine halbe Stunde zu früh und war bereits über den Haufen geworfen, als Pelissier, seinerseits der Zeit voraus eilend, das Raketenzeichen gab. Eine halbe Stunde später war die zweite Colonne, die ihren Plänklern keine rechtzeitige Hülfe geleistet hatte, von den russischen Kugeln niedergemäht worden. Die dritte erstieg die feindlichen Werke endlich, erhielt aber keine Unterstützung und mußte theils fliehen, theils in den Häusern der Vorstadt die Waffen strecken. Die Engländer waren mit ihren Vorbereitungen nicht fertig, als die Niederlage der Franzosen vor ihren Augen sich entwickelte und ihnen die Pflicht der Hülfeleistung auferlegte. Sie wurden wie ihre Bundesgenossen zerschellt, und eine ihrer Abtheilungen, welche ebenfalls in die Vorstadt gelangt war, mußte es für ein Glück ansehen, daß sie unter dem Schutze der Nacht ihr Leben retten konnte. Lord Raglan brachte der Kummer über diesen unheilvollen Sühnetag der Schlacht von Waterloo den Tod (28. Juni).

Fürst Gortschakoff kündigte unter dem frischen Eindruck des Siegs Angriffsbewegungen an, die er jedoch verschob, weil eine Verstärkung von 90,000 Mann im Anzuge war. Als er den Schlag endlich doch führte, hatte er die Kraft der frischen That verloren, und die Stärke von 200,000 Mann, zu der sein Heer durch eintreffende Mannschaften gehoben worden war, konnte für dieses moralische Moment keinen Ersatz bieten. Den Uebergang über die Tschernaja hüteten Piemontesen, die in der linken Flanke von drei französischen Divisionen und im Rücken von Türken unterstützt wurden. Sie waren benachrichtigt worden, daß ein russischer Angriff bevorstehe, und hatten in aller Muße ihre Vorbereitungen treffen können. Am 16. August früh Morgens standen sie unter den Waffen, und der Nebel, der das Thal einhüllte, half daher den Russen Nichts. Gortschakoff hatte überdies fehlerhafte Anordnungen getroffen, in Folge deren die Bewegungen seiner vier Colonnen nicht in einander griffen. Der Schlachtboden war ein so beengter, daß die dicken und unbehülflichen Massen der Russen nicht zur Entwicklung zu bringen waren. Nicht einmal ihr Geschütz konnten sie über den Fluß mit sich nehmen und die feindlichen Batterien damit zum Schweigen bringen. Sie litten durch die Kugeln fürchterlich und wichen trotz aller Tapferkeit immer wieder zurück, wenn sie diesem mörderischen Feuer und den ebenso verderblichen Flankenangriffen der Franzosen und Piemontesen eine Zeitlang ausgesetzt

gewesen waren. Am Abend fehlten auf ihrer Seite 8800 Mann, während die Verbündeten nur 1800 Mann einbüßten.

Gortschakoff beschränkte sich von jetzt an auf die Vertheidigung, weil ihm der Angriff verleidet worden war. Die Folgen dieser veränderten Taktik erkannte er so klar, daß er keinen Augenblick zögerte, eine 3000 Fuß lange und 14 Fuß breite Floßbrücke über die große Bucht von Sebastopol zu bauen. Sie war sein Rückzugsweg und sein letztes Rettungsmittel, wenn er, wie er voraussah, zur Räumung der Südseite gezwungen wurde. Auf der feindlichen Seite trat seit dem Siege vom 16. August ein schnelleres Vorgehen ein, denn der elastische Sinn der Franzosen überwand, vom Siege gehoben, die Schwierigkeiten weit leichter als früher. Das Feuer ihrer Batterien wurde immer verheerender, und wenn auch in jeder Nacht Tausende arbeiteten, war es doch nicht mehr möglich, den zerschossenen Mauern und Wällen ihre frühere Gestalt wiederzugeben. Die am meisten ausgesetzten Werke bildeten zuletzt ungeheure Erdklumpen, die Schießscharten wurden verschütte, die Geschütze demontirt. Da die Russen in jedem Augenblick einen Sturm befürchteten und daher viele Truppen auf den Wällen in Bereitschaft hielten, so litten sie unverhältnißmäßig. Am 17. August wurden 1500 von ihnen getödtet, in den folgenden Tagen je 1000 Mann, dann eine Zeitlang nur 600, aber vom 5. September an wieder über 1800 Mann täglich. Auch im Minenkriege kamen sie in Nachtheil, und ihre letzte Hoffnung war die, daß ihnen Zeit bleiben werde, eine zweite Vertheidigungslinie hinter dem Hauptwalle, an der sie arbeiteten, zu vollenden. Im Grunde hätte Gortschakoff, der jetzt so in die Stadt eingeschnürt war, daß er keinen Ausfall zu machen vermochte, den Platz ohne Sturm räumen sollen, aber er scheute sich vor der ungeheuren Verantwortlichkeit, die sich an einen solchen Entschluß knüpfte.

Vom 5. September an schleuderten 700 der schwersten Geschütze ihre Geschosse ununterbrochen auf Sebastopol. Während dieser Einleitung rüsteten die Verbündeten, bauten tragbare Brücken zum Ueberschreiten der Festungsgräben und führten Minen bis hart an die Werke. Der Sturm wurde auf die Mittagsstunde des 8. September festgesetzt. 50,000 Mann blieben zur Sicherung der Tschernajalinie zurück, 70,000 Mann sammelten sich in den Laufgräben, 33,000 derselben sollten den Malakoff wegnehmen, die übrigen wurden gegen die anstoßenden Festungstheile und gegen die Stadtseite bestimmt.

Auf russischer Seite standen 85,000 Mann zur Abwehr bereit. Die meisten waren Kerntruppen, von der neuausgehobenen Reichswehr hatte man nur einige Druschinen auf die Wälle gezogen.

Eine Beschießung, heftiger als an irgend einem Tage zuvor, eröffnete den 8. September. Um den stürmenden Truppen die Furcht vor den Unterminirungen zu benehmen, ließ Pelissier vor dem Malakoffthurm zwei mit je 3000 Pfund Pulver geladene Minen springen, welche die unterirdischen Gänge der Russen, wenn solche vorhanden waren, eindrücken und die Zündleitungen abschneiden mußten. Mit dem Schlage der Mittagsuhr schwieg das Geschützfeuer und für einen kurzen Moment herrschte eine verhängnißvolle Ruhe. Im nächsten Augenblicke stürzten die Spitzen von drei französischen Divisionen unter Trommelwirbel und dem lauten Geschrei: „Es lebe der Kaiser!" aus den Laufgräben hervor. Der loyale Ruf verstummte indessen, als der wüthende Widerstand der Russen fühlbar wurde, und machte dem aufregenden Gesange der Marseillaise Platz. Die Generale standen in großer Galauniform an den Heersäulen und überall schritten die Officiere den Reihen der Soldaten voran.

Die Hauptaufgabe wurde wie im Fluge gelöst. Grade an diesem Tage hatten die Russen nur die gewöhnlichen Wachen auf den Wällen gelassen und die Reserven in die Casernen zurückgezogen. Die Zuaven fanden daher keinen besonders heißen Empfang, erkletterten die Brustwehr des Malakoffthurms, warfen die Wachmannschaft hinaus und folgten ihr sogar in den hinter den Werken liegenden Abschnitt. Es war eine halbe Stunde vergangen, als General Mac Mahon bereits die französische Fahne auf seiner Eroberung aufpflanzte. In derselben Zeit drangen die Engländer gegen den sogenannten großen Redan vor. Sie erstiegen die Spitze desselben und hätten nun den innern Raum, durch den eine zweite Vertheidigungslinie gezogen worden war, rasch besetzen sollen. Statt dessen eröffneten sie ein Gewehrfeuer, weil sie sich in diesem innern Raum, den sie für unterminirt hielten, nicht vorwärts wagten, verloren dabei eine Unmasse von Leuten und wurden von russischen Verstärkungen in grenzenloser Unordnung in ihre Laufgräben zurückgetrieben. Dieselbe Furcht vor Minengängen bemächtigte sich der auf der Stadtseite stürmenden Franzosen. Auch sie wollten nach dem ersten Erfolge nicht vorwärts, und als nun einige Flatterminen wirklich sprangen, wurde es den Russen leicht, sie zum Rückzuge zu zwingen.

Gegen den Malakoffthurm schickten die Russen Regiment auf Regiment. Da die Franzosen auch die dahinter liegenden Querwälle erstürmt hatten, so hatten sie überall Deckungen und die Russen kämpften ohne Schutz. Mehrmals kam es zu einem erbitterten Handgemenge, bei dem wohl 20,000 Mann auf einem engen Kampfplatze zusammengedrängt sich würgten. Um 4 Uhr Nachmittags wollten die Russen noch einmal ansetzen, als Fürst Gortschakoff persönlich herbeieilte und dem vergeblichen Kampfe ein Ende machte. Er hatte 13,000 Mann, das verbündete Heer nicht ganz 10,000 verloren. Auf russischer Seite waren diese Opfer, die in der Spanne Zeit von vier Stunden verbluteten, nicht einmal der Waffenehre, denn diese hatte die frühere heldenmüthige Vertheidigung vollständig gewahrt, sondern der Unentschlossenheit des Feldherrn gefallen, die Verbündeten hatten mit dem Blute ihrer Todten wenigstens den Besitz von Sebastopol erkauft. Der beherrschende Punkt des Malakoff war ihnen geblieben und der Fall der Südseite der Stadt dadurch entschieden.

Noch an demselben Abend traf Fürst Gortschakoff seine Maßregeln für die Räumung der Stadt und der Vorstadt. Fünf frische Regimenter besetzten die Barricadenlinien, die zwischen den ersten Häuserreihen gezogen worden waren, und unter dem Schutz dieser Truppen wurden die Wälle beim Eintritt der Dunkelheit verlassen. Die nicht zur Deckung bestimmten Regimenter zogen in der Stille über die große Brücke nach der Nordseite und gegen Mitternacht folgten ihnen die Truppen von den Barricaden. In dem Maße, wie der Boden aufgegeben wurde, erfolgte das Anzünden der Gebäude und das Sprengen der Pulvermagazine wie der Minen unter den Forts. Die eindringenden Verbündeten fanden noch 4000 Geschütze, die zum Theil brauchbar waren, 407,314 Kanonenkugeln, 101,755 Hohlgeschosse, 24,080 Kartätschenbüchsen, 524,964 Pfund Pulver, 630,000 Flintenpatronen, eine große Menge Schiffsmaterial und Lebensmittel für 40,000 Mann auf vier Wochen.

Sebastopol hatte eine Belagerung von 349 Tagen ausgehalten, bei der Mittel von einer beispiellosen Großartigkeit in Anwendung gekommen waren. Sie hatte den Charakter eines riesigen Zweikampfes angenommen, bei dem es sich allein um die Frage der größern Kriegstüchtigkeit zu handeln schien. An diesem einzigen Punkte, von dem sie durch weite Entfernung getrennt waren, hatten die Verbündeten in der letzten Zeit 250,000 Mann vereinigt, und die Russen, denen der Straßenmangel ihres Reichs noch größere Hindernisse

in den Weg legte, hatten nach diesem kleinen Winkel die volle Hälfte ihrer 30 Fußdivisionen oder nach und nach fast 400,000 Mann entsendet. Die Verbündeten hatten Laufgräben in einer Länge von elf geographischen Meilen ausgeführt, 80,000 Schanzkörbe, 60,000 Faschinen und fast 1,000,000 Erdsäcke verbraucht. 800 Geschütze vom schwersten Caliber, lauter zweiunddreißigpfündige Kanonen, hundertpfündige Bombenkanonen und zweihundertpfündige Mörser hatten in letzter Zeit in Batterie gestanden und zusammen 1,600,000 Kugeln geschleudert, so daß durchschnittlich mehr als 2000 Schuß auf jedes Geschütz kommen. Die Einnahme endlich war durch eine schwächere Armee erfolgt, die, während sie stürmte, zugleich ein feindliches Landheer abzuwehren hatte, und während eines ganzen Jahres war es der russischen Uebermacht nicht gelungen, Feinde, die sich an einem schmalen Uferrande eingenistet hatten, in's Meer zu werfen. Sebastopol an sich war für sie kein Verlust, denn erst während der Belagerung hatte Totleben es zu einer Landfestung gemacht, aber die Mythe der russischen Unüberwindlichkeit war durch seinen Fall in Dunst aufgelöst worden. In materieller Beziehung bestand die russische Einbuße in dem ruhmlosen Untergange der Flotte des schwarzen Meers, an deren Existenz so weitgehende Pläne sich geknüpft hatten. Fürst Gortschakoff hatte sie bei seinem Rückzuge in's Meer versenkt, die Linienschiffe, die Fregatten, die Dampfer, Alles und Alles des stolzen Geschwaders, das eine permanente Drohung für Constantinopel gewesen war.

In dem langen Ringen um Sebastopol hatte man den asiatischen Kriegsschauplatz vernachlässigt. Die Verbündeten suchten in der Krim die Entscheidung allein und verweigerten nicht bloß ihre eigene Hülfe, sondern ließen auch die Türken nicht abziehen. Die letztern waren in Asien inzwischen in große Bedrängniß gekommen. Zu ihrem Unglück hatten sie nach den Schlachten des ersten Kriegsjahres, die wir bereits geschildert haben, einen sehr schlechten türkischen Befehlshaber und ihm zur Seite europäische Officiere erhalten, die unter einander uneinig waren. Als sie ihr Heer endlich neu geordnet hatten, trennten sie dasselbe in zwei Abtheilungen, welche unabhängig von einander handelten. Die eine derselben wurde bei Bajasid von General Wrangel über den Haufen geworfen, die zweite bei Kurukdere am 4. August 1854 nach tapferem Widerstande vollständig geschlagen. Beide Siege waren jedoch unfruchtbar, und die Russen gingen sogar über ihre ursprünglichen Stellungen zurück, weil ein verheerender Einfall Schamyl's in den Bezirk von Tiflis bei

ihnen den Glauben erweckte, daß die mächtige Flotte der Verbündeten und ihr damals noch bei Varna lagerndes Heer zu einem Angriff auf Transkaukasien bestimmt sei. Der Herbst und Winter verschafften ihnen über das nächste Ziel der Westmächte volle Gewißheit und die freieste Bewegung in Asien.

Im Feldzuge von 1855 hatten die Türken bessere Führer, Wassif Pascha, Kmety und Williams, aber dafür ein Heer, dem durch keine Sorgfalt mehr aufzuhelfen war. Alle Reserven eingerechnet, zählte dasselbe nicht mehr als 30,000 Mann und litt Mangel am Nöthigsten. Der jetzige russische Befehlshaber Murawiew eröffnete den Feldzug, sobald es die Jahreszeit erlaubte. Er gab sich den Anschein, als ob er Kars bei Seite liegen lassen und unmittelbar auf Erzerum losgehen wolle. In der ersteren Festung hatten die Türken, als Murawiew zu Anfang Juni plötzlich mit 35,000 Mann vor ihr erschien, nicht mehr als 12,000 Mann. In der ersten Zeit blieb ihnen die Verbindung mit den Landschaften im Norden frei, allein nach zwei Monaten waren sie gänzlich eingeschlossen und auf ihre Magazine allein angewiesen. Mit dem Zustande der letztern waren die Russen so wohl bekannt, daß sie mit um so größerer Gewißheit darauf rechnen durften, Kars durch Hunger zur Uebergabe zu zwingen, als ein Entsatz von außen nicht möglich war. Die strenge Absperrung hatte die Belagerten in große Noth versetzt, als Murawiew von seiner Taktik plötzlich abwich. Er erhielt Kunde, daß Omer Pascha bei Batum gelandet sei, und wollte einem Entsatz durch die Erstürmung des Platzes zuvorkommen. Am 29. September machte er seinen verzweifelten Versuch, der ihm weit über 6000 Menschen kostete. Seine beiden Sturmcolonnen drangen allerdings in die Werke ein, zogen aber im Kampf mit der blanken Waffe den Kürzern und geriethen durch den Verlust fast aller ihrer höhern Officiere in eine Unordnung, welche sie zum Rückzuge nöthigte. Als ob Nichts geschehen sei, baute Murawiew rings um die Stadt Winterhütten und setzte die Einschließung in der frühern Weise fort. Diese echt russische Hartnäckigkeit mußte wohl zum Ziele führen, da es in der Stadt sowohl an Mundvorräthen als an Arzneimitteln fehlte, nach dem Eintritt der Kälte und in Folge des Hungers Krankheiten überhand nahmen und die Muthlosigkeit allgemein wurde. Am 24. November zahlte ein englischer Officier für eine Ratte 26 Schillinge, am 27. November 1855 übergab General Williams die Festung. Die regelmäßigen Truppen wurden kriegsgefangen, die Freiwilligen

und Landwehren in ihre Heimath entlassen. Nur der vierte Theil von ihnen erreichte dieselbe, die Uebrigen fanden ihren Tod auf einem unheilvollen Marsche in Gebirgen und über Hochebenen, der sich mit dem Rückzuge der Franzosen von Moskau vergleichen läßt. Nun war auch der letzte Rest der anatolischen Armee der Türken „wie Staub verschwunden.“ (Tagesbefehl Murawiew's vom 28. November.)

Omer Pascha hatte seinen Entsatzversuch nach dem Fall der Südseite von Sebastopol, also viel zu spät, gemacht. Mit seinen 40,000 Mann Fußvolk, 2000 Reitern und 60 Geschützen war im October ein Marsch auf dem einzigen nach Kars führenden Wege, der zu den schwierigsten in Kleinasien gehört, nicht mehr ausführbar. Er hätte dazu 20,000 Lastthiere bedurft, und wären sie aufzutreiben gewesen, so würde er wahrscheinlich im Schnee der höchsten Gebirgspässe stecken geblieben sein. Der allein mögliche Plan war eine Diversion in Transkaukasien, welche die Russen möglicherweise von Kars weglockte. In den letzten Octobertagen brach er gegen Kutais auf, erreichte am 6. November den Ingur und lieferte dort den Russen ein glückliches Treffen. Seine Türken feuerten ihre Gewehre ab, stürzten sich in den tiefen und reißenden Fluß und erzwangen unter einem furchtbaren Geschützfeuer den Uebergang. Nach diesem Gefecht waren die Russen wie verschwunden. Man fand abgebrochene Brücken, Erdschanzen, verlassene Städte und niedergebrannte Magazine, aber nirgends einen Feind. Omer Pascha mußte oft Halt machen, um seine vom Meere nachkommenden Lebensmittel zu erwarten. Sein Vordringen verzögerte sich dadurch so, daß er in die Regenzeit Mingreliens hineinkam. Vom 19. November an regnete oder goß es vielmehr fortwährend; die Felder verwandelten sich in Teiche, die Bäche in Ströme, und die Straße wurde grundlos. Die Soldaten mußten oft stundenlang knietief im Wasser waten, und bezogen sie dann ein Lager, so hatten sie Nichts als etwas Mehl und Reis zu essen. Nach mehreren höchst ermüdenden Märschen sah man den Rion vor sich und jenseits ein russisches Lager, das mehr Streitkräfte barg als Omer Pascha bei sich hatte. Vom Wetter besiegt, gab er am 8. December den Befehl zum Rückzug und kehrte, ohne irgend Etwas erreicht zu haben, nach Batum zurück. Das Schicksal der Festung Kars hatte sich elf Tage früher erfüllt.

Die kriegerischen Ereignisse des russisch-türkischen Streits spielten an der Donau, in der Krim und in Kleinasien. Was auf dem Meere in dieser Be-

ziehung geschah, war allerdings von höchster Wichtigkeit, konnte aber zu den Kriegsthaten kaum gerechnet werden. Die Verbündeten hatten der Flotte, welche sie 1854 in die Ostsee schickten, eine große Stärke gegeben und sie unter den Befehl Napiers, eines wegen seiner Kühnheit berühmten Seemanns, gestellt. Gewiß hatten sie dabei ein strategisches Ziel vor Augen, und dieses konnte kein anderes sein, als eine große Seeschlacht mit der russischen Ostseeflotte. Die Russen wußten jedoch, daß sie ihre Schiffe der unfehlbaren Vernichtung preisgäben, wenn sie sie zum Kampfe stellten, und versteckten sie daher hinter den unnahbaren Batterien von Kronstadt und Sweaborg. Einen Angriff auf diese Festungen ersten Ranges zu unternehmen, waren die Verbündeten nicht unsinnig genug und beschränkten sich daher auf den kleinen Krieg. Ihre größte Waffenthat war die Einnahme von Bomarsund, einer kleinen Feste der Alandsinseln, wo sie 2155 Gefangene machten. Dieser Erfolg kam nicht einmal auf Rechnung der Flotte, sondern der nachgeführten französischen Landungstruppen. Die zahlreichen Seeplätze an der russischen Küste, die zum Theil sehr nothdürftig befestigt worden waren, konnten wegen der klippenreichen und seichten Küstengewässer nicht angegriffen werden. Aber man sperrte sie und schadete dem Handel auch sonst noch durch die Wegnahme und Zerstörung vieler kleiner Schiffe und Vorräthe.

Auch im weißen und stillen Meer waren Flotten der Verbündeten thätig. Am weißen Meer ist Archangel der russische Hauptort. Diese Stadt wurde durch ihre Barre geschützt, welche größeren Schiffen das Einlaufen in die Dwina nicht gestattet. Die kleineren Fahrzeuge der Verbündeten würden hinter derselben eine russische Flottille, ein Fort und eine Batterie gefunden haben. Mehrere kleine Hafenstädte wurden eingeäschert und einige Klöster gebrandschatzt. Kula, die Hauptstadt des russischen Lapplandes, traf das Schicksal, mit Sturm genommen und vernichtet zu werden. Im großen Ocean gab es kein anderes Angriffsobject als die Hauptstadt Kamtschatkas, Petropaulowsk, mit den bei ihr ankernden russischen Kriegsschiffen. Am 31. August 1854 machten die Verbündeten hier nach einer heftigen Beschießung einen Landungsversuch, der ihnen mißglückte. Auch eine Wiederaufnahme des Kampfes am 4. September führte zu keinem andern Resultate. Obgleich die Verbündeten die Strandbatterien zum Schweigen brachten, vertheidigten sich die Russen auf einer mit Geschütz bedeckten Anhöhe so tapfer, daß der Angriff nach vergeblichen Opfern aufgegeben wurde.

1855 war Petropaulowsk verlassen und das russische Geschwader verschwunden. Es hatte sich im Frühling mit Sägen einen Weg durch das Eis gebahnt und war nach dem Meer von Ochotzk gesegelt. Als man ihm folgte, war es in die Amurmündung hineingeschlüpft und dorthin konnten die Verbündeten nur dann folgen, wenn sie ihre Schiffe wie die Russen durch das Abladen der Geschütze und Kriegsvorräthe so erleichterten, daß sie über die Barre hinwegzugehen vermochten. Im Angesicht russischer Batterien ließ sich das nicht thun. Auch in der Ostsee wiederholte die russische Flotte ihr vorsichtiges Manöver des Verkriechens hinter Festungsmauern. Um ihre ungeheuren Kriegsmittel nicht ganz nutzlos spazieren zu führen, unternahmen die Verbündeten eine Beschießung von Sweaborg, die nur solchen Stadttheilen Schaden zufügte, welche nicht zur Festung gehörten. An Waaren und sonstigen Werthen wurde in der Ostsee wieder viel zerstört

So wenig die unmittelbar kriegerischen Erfolge der verbündeten Flotten in's Gewicht fielen, trugen diese dennoch zur Entscheidung weit mehr bei als die Landheere durch ihre glänzenden Erfolge bei Sebastopol. Nach dem Fall jener Festung kam man in Verlegenheit, was man mit den vielen Truppen weiter beginnen solle. Weder eine Wegnahme der Krim, noch ein Zug in die südrussischen Steppen, noch die Eroberung von Transkaukasien würde einen Lebensnerv des Feindes getroffen haben. Dagegen unterband die Sperre der russischen Ostseehäfen durch die Flotten eine Ader, deren das russische Reich dringend bedarf. Die Benutzung der preußischen Plätze für die russische Ausfuhr war ein sehr ungenügender Ersatz. Während der Staat die Kräfte seines Adels, auf dem die Steuerkraft beruht, doppelt und dreifach anstrengte, fehlte diesem Stande und dem Handel überhaupt der Absatz der Producte in's Ausland. Derselbe Zustand hatte bei Paul's I. Sturz den Ausschlag gegeben und jetzt wurde er eben so unerträglich. Man hätte dem Adel nicht lange mehr seine Leibeigenen für den Krieg wegnehmen und gleichzeitig sein Einkommen durch die Handelssperre schmälern lassen können, ohne ihn finanziell zu Grunde zu richten.

Bei dem Fall Sebastopols weilte der Urheber des Kriegs nicht mehr unter den Lebenden. Der Uebermuth des Kaisers Nikolaus hatte sich an ihm bitter gerächt. Seine alten Verbündeten, die er ziemlich wie Untergebene behandelte, wollten nicht mit ihm gehen, und seine gefürchteten Waffen erwiesen sich gegen seine Feinde als stumpf. Je mehr er die Grenzen seiner

Kraft fühlte, um so mehr verdüsterte sich sein Gemüth und litt seine Gesundheit. Eine neue Niederlage bei Eupatoria, die seinen Truppen von den verachteten Türken zugefügt wurde, brachte seinen Riesenkörper in's Wanken. Er sah außerdem, wie die inneren Wunden seines Reichs, welche der Friede verhüllt hatte, durch die Erschütterung des Kriegs aufbrachen. Seine Züge wurden schlaff, seine Haare ergrauten und er begann sogar sein Aeußeres zu vernachlässigen. Seine Kräfte waren aufgerieben, als er am 8. Februar 1855 an der Grippe erkrankte. Gleichsam geflissentlich versäumte er jede Vorsicht, die ihm von den Aerzten bei einer Kälte von 23 Grad zur Vorschrift gemacht wurde, fuhr in der Stadt umher und verweilte lange bei der Besichtigung von Truppen. Als sein Zustand sich dadurch verschlimmerte, wurde seine Krankheit verheimlicht, und Europa erfuhr an einem und demselben Tage, daß er von einem Unwohlsein befallen und daß er gestorben sei (2. März 1855). Ob dieser Tod eine Erleichterung des Friedens sei, ließ sich nicht auf den ersten Blick erkennen. Hatte der Verstorbene den ganzen Krieg hervorgerufen, so gestattete ihm doch eine lange und ruhmvolle Regierung, eine Nachgiebigkeit zu beweisen, welche für den Nachfolger etwas Bedenkliches hatte und gewissermaßen eine Niederlage war, die ihre Schatten auf die Zukunft ausdehnte und leicht für einen Maßstab der Energie und des Glücks der neuen Regierung angesehen werden konnte.

Die diplomatische Sachlage hatte sich beim Tode des Kaisers durch die fortwährende Thätigkeit der Wiener Conferenz in folgender Weise gestaltet: Seit dem 8. August 1854 bestanden vier zunächst von den Westmächten aufgestellte und von Rußland nachträglich angenommene Präliminar- oder Garantiepunkte, nach denen die Schutzherrlichkeit Rußlands über die Donaufürstenthümer und Serbien in Zukunft aufhörte, die Dardanellen und der Bosporus allen Mächten geöffnet, die Donaumündungen von allen Hindernissen befreit werden sollten und das Schutzrecht Rußlands über die türkischen Unterthanen griechischen Glaubens in Wegfall zu kommen hatte. Es gab ferner einen Vertrag Oesterreichs mit den Westmächten vom 2. December 1854, in dem der deutsche Kaiserstaat sich verpflichtete, die Grenzen der Donaufürstenthümer gegen die Rückkehr der russischen Truppen zu vertheidigen. Trotz der Geneigtheit Rußlands, die Verhandlungen fortzusetzen und die Hauptforderungen zu bewilligen, konnte auf seiner Seite unmöglich eine aufrichtige Friedensliebe vorausgesetzt werden. Bald machten seine Vertreter die

unumgänglichen Zugeständnisse zu spät, bald fügten sie Vorbehalte an oder ließen Auslegungen nachfolgen, an die Niemand gedacht hatte. Einigemale trafen mit den lebhaftesten Verhandlungen die unzweideutigsten Zeichen einer kriegerischen Stimmung zusammen, z. B. ein Aufruf des Kaisers an sein Volk, in welchem der Standpunkt des heiligen Kriegs mit Schroffheit festgehalten wurde, und die Anordnung einer allgemeinen Volksbewaffnung in Rußland.

Dem neuen Kaiser war es mit seiner Friedensliebe mehr Ernst. Die Schwierigkeiten kamen jetzt nicht mehr von Rußland, sondern von den Westmächten, die beide einen glänzenden Erfolg erringen wollten, ehe sie die Waffen ruhen ließen. Insbesondere war England nicht geneigt, den großen Rüstungen, die sein Heer endlich auf eine Achtung gebietende Stufe bringen mußten, den Stempel der Nutzlosigkeit aufzudrücken. Durch den Fall von Sebastopol wurde Frankreich mit Ruhm gesättigt und zog England zum Frieden mit sich fort. Freilich gewann es noch einmal den Anschein, als ob Rußland wegen einer nachtheiligen Bedingung den Krieg fortsetzen wolle, aber die Entschiedenheit Oesterreichs beseitigte, von Preußens eindringlichen Mahnungen unterstützt, diese Bedenken. Am 16. Januar 1856 traf von Petersburg in Wien die Erklärung ein, daß man angesichts der von ganz Europa dargelegten Wünsche das Werk der Versöhnung durch Verhandlung über Nebensachen nicht verzögern wolle, und am 1. Februar wurden die Friedenspräliminarien unterzeichnet.

Zum wirklichen Abschluß des Friedens versammelten sich Gesandte von Rußland, Frankreich, England, Sardinien, der Türkei, Oesterreich und Preußen in Paris. Am 30. März 1856 wurde der Friede unter Bedingungen geschlossen, deren ungünstiger Inhalt Rußland deutlich genug als den unterliegenden Theil bezeichnete. Die kriegführenden Mächte gaben sich alle gemachten Eroberungen zurück, mit Ausnahme eines an die Moldau angrenzenden Gebiets von 206 Geviertmeilen Flächeninhalt, welches Rußland an die Türkei abtrat. Man nöthigte es zu diesem Opfer, weil man zu seinen Versprechungen einer bessern Schiffbarmachung der Donau so wenig Vertrauen hegte, daß man seine Grenze von diesem Wasserwege wegzuschieben vorzog. Das schwarze Meer wurde neutralisirt und der Handelsflagge aller Nationen geöffnet. Sowohl Rußland als die Türkei verpflichteten sich, in diesem Meer nur eine beschränkte Anzahl kleinerer Schiffe zu halten und an den Ufern keine mili=

tärisch-maritimen Arsenale zu errichten oder zu erhalten. Die Schifffahrt auf der Donau wurde für frei erklärt und sollte nur solchen Abgaben unterworfen werden können, welche für die Instandhaltung des Fahrwassers und ähnliche Arbeiten oder Anstalten verwendet würden. Die Pforte verpflichtete sich, den Donaufürstenthümern eine unabhängige und nationale Verwaltung, sowie die vollkommene Freiheit des Cultus, der Gesetzgebung, des Handels und der Schifffahrt zu gewähren. Das Schutzrecht Rußlands über diese Fürstenthümer und über Serbien wurde aufgehoben und die Rechte und Privilegien der drei Vasallenstaaten unter die Garantie der europäischen Mächte gestellt. Die älteren Ansprüche Rußlands auf ein Protectorat der anatolischen Kirche und deren Angehörige wurden durch Nichterwähnung beseitigt.

Dieser Pariser Vertrag war der Schlußstein der Zeit, in der Rußland das Schiedsrichteramt über Europa sich anmaßte. Noch vor wenigen Jahren der mächtigste Staat, war es jetzt der isolirteste. Frankreich hatte diesen Frieden hauptsächlich erzwungen und ihm fielen daher die meisten Vortheile desselben zu. Sein Einfluß wurde auf der Stelle der größte, und insbesondere beeilten sich die kleineren Staaten, seiner erhöhten Macht ihre Huldigungen darzubringen. Die Verlockung, die dadurch entstand, die Erbschaft Rußlands anzutreten und nach einem unnatürlichen Schiedsrichteramt ähnlicher Art zu streben, war um so gefährlicher, als sie einem ruhmgierigen Volke geboten wurde, das zu allen Zeiten die äußere Machtvermehrung höher als die innere Kraftentwicklung geschätzt hat. Für den ersten Augenblick war der französische Ehrgeiz befriedigt und kein Kriegsanlaß vorhanden. Man hatte die Türkei gerettet und sie in den europäischen Staatenverband feierlich aufgenommen. Sie ihrerseits hatte das Gelübde abgelegt, nach europäischen Grundsätzen regieren zu wollen und eine Garantie dafür vorgelegt. Durch einen Hat-Humayum vom 21. Februar 1856 war nämlich die erste durchgreifende Gleichstellung der Ungläubigen mit den Gläubigen zum Gesetz erhoben worden. Den Rajah wurden alle ihre früheren Rechte und Privilegien bestätigt. Sie konnten von nun an alte Kirchen wieder herstellen und neue erbauen. Es wurde ihr die eigene Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten bewilligt. Alle Unterthanen ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens sollten zu öffentlichen Aemtern zugelassen werden. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung wurde ausgesprochen und zugleich den Christen das Waffenrecht verliehen. Für Angelegenheiten, welche Muselmänner und Christen beträfen,

sollten gemischte Gerichte eingesetzt werden und der oberste Justizhof christliche Beisitzer erhalten. Zugesagt wurde ferner eine solche Organisation der Polizei, daß sie allen friedlichen Unterthanen die wünschenswerthen Garantien für die Sicherheit ihrer Person und ihres Eigenthums gewähre, die kräftigste Beschränkung der Bestechung, der Erpressung und des Amtsunterschleifs, die allmälige Einführung eines Systems directer Steuererhebung, die Abschaffung aller körperlichen Strafen, die musterhafteste Ordnung in der Verwaltung und ein jährliches Budget, das auch gewissenhaft beobachtet werden sollte. Damit ihre gleichgestellten Unterthanen sich zum Wohlstande erheben könnten, wollte die Pforte das Münzwesen reformiren, Banken und andere Institute des öffentlichen Credits gründen, Landstraßen, Canäle und Eisenbahnen bauen. Daß mit dieser Emancipation der Christen die orientalische Frage abschließen werde, ist nicht denkbar. Sie tritt vielmehr dadurch in neue und größere Verwicklungen ein, und die Gefahr, daß der Orient einen Weltbrand schüren werde, ist dadurch wahrlich nicht geringer geworden, daß Frankreich gegenwärtig ebenso zur Selbstüberhebung neigt, wie früher Rußland.

Achtzehntes Kapitel.

Die Russen am Amur und in Chiwa. — Englands Krieg gegen Persien. — Die ostindische Verwaltung. — Der Aufstand der Sipahis. — Delhi und Lacknau. — Die chinesischen Mingleute. — Der chinesische Krieg. — Erschließung Japans. — Siam und Cochinchina. — Neu-Caledonien. — Rückblick auf Amerika. — Nebraska und Kansas. — Mexiko und Centralamerika. — Sturz des Dictators Rosas. — Die Weltlage.

Afrika wird durch den Handel und die Wissenschaft, Asien durch die Politik und den Krieg erschlossen. Zwei europäische Großmächte, England und Rußland, befehden sich im ältesten Welttheil mit bitterer Eifersucht, und die Fäden ihres Einflusses durchkreuzen sich an hundert Punkten bis tief in's Innere hinein. Rußland schreitet ruhiger als sein Nebenbuhler vor, und nicht selten sind seine Eroberungen seit Jahren vollendete Thatsachen geworden, ehe man in Europa von ihnen erfährt. Längs seiner unermeßlichen Grenzen vom Ostrande Asiens bis zum schwarzen Meer gibt es kaum einen Punkt, wo es nicht den Fuß vorwärts setzte. Es schneidet Stücke vom chinesischen Reiche ab, es engt die Völker des unabhängigen Turans ein, erstickt den reien Kaukasus in seiner ehernen Umarmung, und die Perser sind seine Vasallen. Seine Glaubensboten, seine Kaufleute, seine flüchtigen Reiter sind überall, und auf Flüssen, die seit den Mongolenstürmen keine Segel mehr trugen, fahren seine Dampfschiffe.

Im Jahre 1643 ging ein Kosakenhetman von Sibirien gegen Süden, um nach Silber zu suchen. Dem sibirischen Flußnetz folgend und nur ein einziges Mal zu einem Landmarsche von vierzehn Tagen genöthigt, gelangte er zu einem Wasser, dem er den Namen des Amurs oder des großen Stromes gab. Im Frieden von Nertschinsk (1689) und in einem Grenzvertrage von 1728 wurde die chinesische Oberherrschaft über den Strom anerkannt, doch ließ man in Rußland das Gebiet desselben nicht mehr aus den Augen. In den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts stellten sich nach und nach Händler dort ein, welche die besten Plätze für Städteanlagen erspähten, und 1845 wurde nach Petersburg gemeldet, „ein Land von 50,000 Geviertwersten, von dem man in Sibirien gar Nichts wisse, gehöre laut Ausweis der von den Chinesen selbst gesetzten Steine und Pfähle zum russischen Reiche.“ Dies genügte als Anlaß, nicht nur diese Grenzstrecke, sondern auch das Thal des Amur und die Mündung des Stromes zu besetzen. Während mit China tiefer Frieden herrschte, gingen auf Befehl der russischen Regierung Tausende von Kronbauern des transbaikalischen Gebiets, ohne daß die chinesische Regierung um ihre Einwilligung gebeten oder auch nur benachrichtigt worden wäre, gegen den Amur vor. Bei einer Musterung im Jahr 1854 zählte man bereits 5000 Mann dieser schlagfertigen Colonisten. An der Amurmündung wurden Forts, weiter oben, wo der Fluß seinen Lauf gegen Osten plötzlich mit einer nördlichen Richtung vertauscht, eine Stadt Nikolajew gebaut und Dampfschiffe auf den Fluß geschafft. So hatte man nun eine Wasserstraße gewonnen, durch die für Sibirien eine neue und höchst günstige Verbindung mit dem Auslande eröffnet wurde. Man benutzte sie sogleich zum Transport aller nach Kamtschatka und den übrigen Ansiedelungen im nordöstlichen Asien bestimmten Gegenstände. Der Amur fließt in ein stets offenes Meer, das zu den Küsten von Japan und China führt, und sein Hinterland besitzt alle natürlichen Anlagen zu vortheilhafter Bodencultur. Zwei seiner Nebenflüsse, der Songari und der Usuri, zwei große und tiefe Ströme, erschließen den westlichen und südlichen Theil der Mandschurei.

Ebenfalls durch Händler wurde die russische Regierung von der Bedeutung des Landes im Süden des Balchaschsees unterrichtet. In jenen See mündet der Ili, der nun mit einem Dampfschiffe befahren und dessen Ufer durch Ansiedelungen bis zur Grenze des westlichen Chinas in Beschlag genommen wurden. In Taschkend fand man Indigo aus Indien, und Pitschugin

eröffnete einen Karawanenhandel mit diesem Platze, Chiwa und Bochara. Der traurige Ausgang des Zugs, den Perowski 1839 gegen Chiwa unternommen hatte, lehrte ein vorsichtigeres Vordringen. Man ging nun sicherer zu Werke, indem man die Wege durch die Steppe genau erforschen ließ, die Küsten des Aralsees aufnahm, Dampfschiffe auf denselben schaffte und am Amu Darja und am Sir Darja Forts anlegte. Nachdem man auf diese Weise in Besitz von Stationen gekommen war, mußte Perowski im Frühjahr 1854 seinen zweiten Zug gegen Chiwa unternehmen. Um die furchtbare Steppe der Landenge zwischen den beiden Binnenmeeren zu vermeiden, schaffte er seine 17,000 Mann in Dampfschiffen über den Aralsee, ging am Amu Darja aufwärts und gelangte glücklich in's Innere von Chiwa. Der geschreckte Khan willigte in einen Vertrag, der ihn halb zum Vasallen und halb zum Söldner Rußlands machte. Das letztere erhielt das Recht, in einem der Bezirke Truppen aufzustellen und den Reitern des Khans russische Oberofficiere zu geben. Mit solchen Stützen im Rücken ist der russische Gesandte, der in Chiwa seinen ständigen Aufenthalt nimmt, ganz so mächtig wie die Residenten, welche England an den Höfen der kleinen indischen Fürsten unterhält. Von Chiwa ging Perowski auf bocharisches Gebiet vor und schloß auch mit dem dortigen Khan ein Bündniß. Es lag nicht mehr außer dem Bereich der Möglichkeit, daß er von Bochara aus Häuptlingen der Afghanen die Hand bieten und den linken Flügel eines gegen Indien vordringenden persisch-russischen Heeres bilden konnte. Einleitungen dazu waren getroffen, doch fragte es sich allerdings, ob die Anhäufung der verschiedensten Bodenhindernisse, die Schwierigkeit der Verpflegung und die räuberischen Gewohnheiten der unzuverlässigen Turkmanen einen einzigen Mann bis zum Indus hätten gelangen lassen. *)

England wurde für seine indischen Besitzungen besorgt und holte seinerseits seine diplomatischen Waffen hervor. Mit Persien wurden lange Verhandlungen gepflogen und hundertfache Betheuerungen der strengsten Neutralität erlangt. Das hinderte übrigens nicht, daß der Schah dem russischen Heer unter Murawiew Lebensmittel zuschickte und ihm auch sonst Vorschub

---

*) Diese innerasiatischen Verhältnisse hat Karl Andree in seinen geographischen Wanderungen vortrefflich dargestellt.

leistete. Nun wurde Frankreich vorgeschoben, und eine glänzende Gesandtschaft Napoleon's III. hielt ihren Einzug in Teheran. Am 12. Juli 1855 wurde ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, der aber Nichts als ein werthloses Papier war. Der Einfluß des russischen Gesandten blieb der vorherrschende und seinen Einflüsterungen folgend, schickte man ein Heer nach Khorassan, das Streifzüge nach Herat machte. Da die englischen Vorstellungen keinen Erfolg hatten, so verließ der Gesandte Teheran, indem er drohte, daß seine Regierung das treulose Benehmen des Schahs zu züchtigen wissen werde. Zum Ersatz des persischen Bündnisses wurden Verträge mit andern Staaten geschlossen. Der Fürst von Khelat gestattete den Engländern, jeden Punkt seiner Länder zu besetzen, dessen sie zur Vertheidigung bedürfen würden. Mit Dost Mohammed wurden Verbindungen angeknüpft, deren Ausgang ein Vertrag vom 30. März 1855 war. Gegen das Versprechen wirksamster Hülfeleistung verbürgte England dem Emir alle seine Besitzungen und gestattete ihm die Eroberung von Kandahar. Da die vertriebenen Herren dieser Provinz bei dem Hofe von Teheran Schutz suchten, so entstand eine neue Verwicklung mit Persien. Zur Deckung der Grenze, vor der die Soleiman- und Kalakette in einer Ausdehnung von fast zweihundert deutschen Meilen läuft, wurden die dortigen Afghanen verpflichtet.

Nach dem Friedensschlusse von Paris wurde mit Persien Abrechnung gehalten. Die neueste Sünde des treulosen Schahs war die Eroberung der Stadt Herat, die nach einer längeren Belagerung und nach einem tapferen Widerstande der Bewohner am 25. October 1856 durch die Beihülfe russischer Officiere erfolgte. Herat beherrscht nicht bloß die sogenannte Königsstraße, die als Handelsweg kaum noch einen Schatten ihrer früheren Bedeutung hat, sondern ist auch als die fruchtbarste und größte Oase der Steppe ein vortrefflicher Ruhepunkt, wo ein gegen Indien bestimmtes Heer Wasser und Lebensmittel in Fülle findet und große Magazine anlegen kann. An einem solchen Punkte konnte England Verbündete und Vasallen Rußlands nicht dulden. Schon am 13. November 1856 wurde in Ostindien der Krieg an Persien erklärt, und es gingen Waffen und Geldmittel in großer Zahl nach Kandahar, wo die Afghanen zum Vordringen gegen Khorassan bereit standen.

Das Beste mußten die Engländer selbst thun. In Bombay sammelten sich 11,000 Mann Fußvolk und 1200 Reiter, die auf fünfzehn Kriegsdampfern und mehr als dreißig Transportschiffen nach dem persischen Meerbusen geführt

wurden. Am 4. December landeten sie auf der Insel Karack und nahmen sie ohne Mühe. Vier Tage später wurde auch das Fort der Stadt Buschir erobert, und diese selbst ergab sich am 9., nachdem sie vier Stunden von der Flotte beschossen worden war, ohne daß die Engländer den geringsten Verlust erlitten. Ein persischer Heerhaufen wurde in einem Treffen weiter landeinwärts, bei Kuschak, geschlagen, jedoch gestatteten die Bodenverhältnisse, Gebirge und Pässe ein weiteres Vordringen in dieser Richtung nicht. Dies wie die unerträgliche Hitze und die ungesunde Luft der Küstengegenden machte eine Aenderung des Kriegsschauplatzes nöthig.

Am 18. März 1857 schiffte sich General Outram mit einer verhältnißmäßig geringen Truppenmacht ein und segelte gegen Westen in den Schat el Arab, um sich dann nordöstlich gegen die nächsten persischen Städte zu wenden. Am 24. März fuhren seine Schiffe mit 4000 Mann den Fluß hinauf und wurden von den Arabern freundlich begrüßt. Bei der Stadt Mohammerah hatten die Perser Anstalten zum Widerstande getroffen. Die englischen Kriegsschiffe nahmen den Batterien gegenüber Position und feuerten nicht früher, als bis dies geschehen war. Sie brachten die Feinde nun bald zum Schweigen und setzten die Truppen rasch und ohne Widerstand an's Land. Die Perser verschwanden und ließen ihre Magazine und ihr sonstiges Eigenthum zurück. Ihr Muth war so ganz dahin, daß 300 Engländer und Sipahis, von einigen Kanonenbooten unterstützt, den Karun hinauffahren, 8000 Perser in die Flucht jagen und die verfallene Stadt Ahwaz sammt einer großen Masse Kriegsgeräthe und Munition in Besitz nehmen konnten. General Outram hatte seine Truppen jetzt in gesunden Lagerplätzen, in einer verhältnißmäßig fruchtbaren Gegend und unter einer freundlich gesinnten arabischen Bevölkerung untergebracht. Er beherrschte das Tigristhal, den persischen Golf, Khusistan, und schickte sich an, gegen Schuster vorzudringen. Jetzt bewährte sich die Erfahrung, die man mit Orientalen so oft gemacht hat, daß eine einzige verlorene Schlacht sie umstimmt. Unter seinen Vorkehrungen zu neuen Angriffen erhielt der General die Nachricht, daß am 4. März zwischen England und Persien Frieden geschlossen worden sei. Der Schah versprach seine Truppen aus Herat und jedem Theile Afghanistans zurückzuziehen, sowie alle Ansprüche auf irgend eine Oberherrlichkeit in jenen Ländern aufzugeben. Er werde sich jeder Einmischung in die innern Angelegenheiten der Afghanen enthalten, die Unabhängigkeit Herats anerkennen und nie einen

Versuch machen, sie zu schmälern. Sollten Zwistigkeiten entstehen, so werde er die guten Dienste der Engländer annehmen.

In dieser Zeit waren bereits die ersten Symptome eines indischen Aufstandes hervorgetreten, der die Festigkeit der englischen Herrschaft auf eine furchtbare Probe stellte. Will man die Ursache dieser Empörung ergründen, so muß man auf die Kriege zurückgehen, welche England in seinen Grenzgebieten führte, um angeblichen Plänen Rußlands durch die Schwächung der Verbündeten desselben und durch die Ausdehnung seiner eigenen Herrschaft entgegenzuwirken. Je eifriger England diese Politik befolgte, um so mehr befestigte sich in seinen eingebornen Unterthanen der Glaube an einen Feind, der sie dereinst von ihren Herren erlösen werde. Ueberdies kosteten diese Kriege sehr viel Geld, vermehrten die Lasten und hinderten die Regierung, die inneren Arbeiten und Reformen vorzunehmen, die man von ihr erwartete.

Die Besetzung Afghanistans hatte nach dem Feldzuge von 1842, durch den man die Niederlage des vorigen Jahres rächte, aufgehört. In dem benachbarten Pendschab herrschte seit dem Tode Rundschit Sing's (27. Juni 1839) eine permanente Anarchie. Knaben und Schattenkönige, Frauen und Wesire stritten um die Herrschaft, und bei den ewigen Kämpfen lernten die Soldaten ihre Macht kennen und wollten gegen die Engländer geführt werden. Im December 1845 wurde ihr Geschrei ein so drohendes, daß der Generalstatthalter Hardinge am Setletsch 60,000 Mann aufstellte, das bedeutendste englische Heer, das in Ostindien jemals vereinigt gewesen war. Gegenüber standen 80,000 Siks mit 200 Geschützen, die den Fluß überschritten und vom 18. bis zum 21. December mit Angriffen auf das englische Lager bei Mudki nicht abließen. An dem letztgenannten Tage hatte das englische Bajonnet endlich die Entscheidung gegeben und die Feinde aus einander gesprengt. Dieser Sieg und die Auflösung des feindlichen Heers nach einer zweiten Schlacht bei Sobraon wurden nicht weiter benutzt, als daß man sich durch einen Vertrag einen Landstrich an der Grenze abtreten ließ, $1\frac{1}{2}$ Million Pfund Sterling Kriegsentschädigung nahm, die Festungen des Fünfstromlandes auf längere Zeit besetzte und das Heer desselben auf 25 Bataillone Fußvolk und 12,000 Mann Reiterei verminderte.

Der energische Oberst Lawrence erhielt als Resident in Lahore die Ruhe. Als er abberufen und durch einen mit den Verhältnissen nicht vertrauten Beamten ersetzt wurde, war das wilde und unruhige Volk nicht länger im Zaum

zu halten. Es entspann sich eine Verschwörung, deren Hauptsitz die Provinz Multan im südwestlichen Winkel des Pendschab war. Als die Engländer den dortigen Fürsten Mulradsch absetzen wollten, erklärte er sich für unabhängig, warb Truppen und wiegelte auch die benachbarten Afghanenstämme auf. Die Engländer hatten keine Ahnung, daß die Siks mit ihm in Einverständniß seien, und belagerten Multan mit einem Heer, dem 5000 Mann dieser Bundesgenossen einverleibt waren. Natürlich gingen diese über, die Belagerung mußte aufgehoben werden, und die Dinge gewannen ein drohendes Ansehen. Zwei englische Heere wurden herbeigezogen, das eine unter dem Oberbefehlshaber Gough zur Verwendung gegen die Hauptmacht der Siks, das andre unter Whish zur Belagerung von Multan. Die Einnahme dieser Stadt war der erste Erfolg, den man erreichte. Der äußere Umfang der Festungswerke wurde erstürmt, die Citadelle ergab sich nach dem Auffliegen ihres Pulvermagazins (21. Januar 1849). Gegen die Siks war man zweimal unglücklich, am Tschenab und am Dschelum. Ein blindes Anrennen gegen verdeckte Stellungen, die zuvor nicht erkundet wurden, führte zu diesen Niederlagen. In der dritten Schlacht bei Gudscherat berechnete Lord Gough seine Bewegungen mit mehr Vorsicht und erfocht einen entscheidenden Sieg (21. Februar). Das feindliche Heer zerstob in wilder Flucht, die stärksten Pässe und Festungen wurden verlassen gefunden, und schon am 14. März erschienen die beiden Serdare, welche die Urheber dieses Krieges waren, im feindlichen Lager und übergaben ihre Säbel. Mit ihnen zugleich streckten 16,000 Siksoldaten die Waffen und lieferten ihre letzten Geschütze aus.

Dem Reich der Siks wurde ein Ende gemacht und außer ihrem Land auch das Gebiet zwischen dem Indus und dem Gebirge dem englischen Gebiet einverleibt. Die Afghanen, die auf diese fruchtbaren Provinzen Anspruch machten, hatten ihr Recht durch ihre Unterstützung der Siks verscherzt. Dem Nebenreich der Siks in den grünen, von tausend Bächen durchrieselten Thälern Kaschmirs ließ man seine Unabhängigkeit. Das neue für England mit dem Schwert gewonnene Gebiet umfaßt 100,000 englische Geviertmeilen mit mehr als 3,000,000 Einwohnern und einem Einkommen von ungefähr einer Million Pfund Sterling. Die Einverleibung desselben ließ sich kaum vermeiden, wenn man nicht an der Grenze einen ewigen Herd von Unruhen haben wollte. Nach dem Siege fielen der Regierung Briefe in die Hände, welche die Häuptlinge der Siks an Nachbarstaaten, sowohl brahminische als mohamedanische,

gerichtet hatten, um ihnen die gemeinsame Verpflichtung zur gänzlichen Ausrottung der Engländer und ihrer Herrschaft in Asien an's Herz zu legen. Da die Fanatiker der unterworfenen Bevölkerung in den Schlachten meistens ihren Tod gefunden hatten, so war die Erhaltung der Ruhe um so weniger eine besonders schwere Aufgabe, als die Engländer in Lawrence, der von Männern wie Edwards, Reid und Cortlandt unterstützt wurde, eine für diese Aufgabe besonders geeignete Persönlichkeit fanden.

Die Unterwerfung des Fünfstromlandes war das wichtigste kriegerische Ereigniß innerhalb der indischen Grenzen. Das Land am untern Indus war schon früher erobert worden. Während des Kriegs gegen die Afghanen hatte Sind die Grundlage der militärischen Operationen gebildet und der Armee einen Theil ihrer Lebensmittel geliefert. Es war dabei ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher zur Entwicklung der natürlichen Hülfsmittel des Landes und zur Ausbreitung seines Handels mit Mittelasien führen konnte, aber den herrschenden Emiren lästig war, weil er die Abgaben von der Flußschifffahrt abschaffte. Sie erfüllten ihn daher nicht und ließen sich überdies Belästigungen der Schifffahrt zu Schulden kommen, weshalb die Engländer, um den freien Verkehr herzustellen, das den Emiren gehörende Ufer und die fünf Städte forderten, welche die Mündung des Indus, die Vereinigungspunkte seiner wichtigsten Arme und die Handelsstraße nach Afghanistan beherrschen. Da die Emire diese Forderung abwiesen, überschritt General Napier die Grenze.

In diesem Kriege wurde zweimal gefochten, bei Miani und bei Heyderabad. Das erste Gefecht war das blutigste, indem die Beludschen wiederholt mit blanker Waffe angriffen, in der zweiten Schlacht schlugen sie sich mit halbgebrochenem Muthe und versuchten nach dem Verlust derselben das Glück der Waffen nicht wieder. Die Regierung zog Sind zu den Besitzungen der ostindischen Gesellschaft. Der Werth dieses Erwerbs war ein zweifelhafter, denn das ungesunde Grenzland fordert immerwährend Opfer an Geld und Leuten.

In demselben Jahre, 1843, dem die Ereignisse im Sind angehören, veranlaßten Thronstreitigkeiten im Mahrattenstaate Gwalior eine neue Anwendung der englischen Waffen. Die englische Politik hatte hier von ihrer Regel, Adoptirungen durch aussterbende Familien nicht zu gestatten, eine Ausnahme gemacht. Der neunjährige Knabe, den sie auf dem Throne duldete, war natürlich kein Zügel für die Turbulenz der Mahratten. Zu der Vertreibung

seines englisch-gesinnten Vormundes gesellten sich andre Beleidigungen, für die General Gough an der Spitze von zwei Heersäulen Genugthuung forderte. An einem und demselben Tage wurden die Mahratten in zwei verschiedenen Gefechten, im Norden und im Südwesten des Landes, geschlagen. Bei Puniar wurde der Sieg ohne großen Verlust entschieden, aber bei Maharadschpur mußten die Engländer Schanze auf Schanze mit dem Bajonnet nehmen, ehe die Mahratten das von Leichen bedeckte Schlachtfeld ihnen überließen. Die Kampflust des unbändigen Volkes war nun gedämpft, so daß die 30,000 Krieger, die noch schlagfertig hinter den Wällen der Hauptstadt standen, ohne Widerstand das Gewehr streckten und größtentheils sogleich bei den Engländern Dienste nahmen. Der Staat trat mehrere seiner Gebiete ab und verlor seine Unabhängigkeit bis auf den Namen. Sein Heer wurde unter den Befehl englischer Officiere, seine Verwaltung unter die Aufsicht eines englischen Residenten gestellt. Der Generalstatthalter Ellenborough verkündete nun, daß die letzten Schlachten zur Abrundung des ostindischen Reichs geliefert worden seien, doch bedurfte es noch der beiden Feldzüge im Fünfstromlande, ehe dieses Ziel erreicht war.

Die nächsten Jahre nach der Einverleibung des Pendschabs verflossen in Ruhe. Um die Geldquellen des Landes zu schonen und Zeit für die Ausführung innerer Arbeiten zu gewinnen, übersah man die Beleidigungen, welche englischen Unterthanen und englischen Interessen in Birma wiederholt zugefügt wurden. Diese Schonung machte die Birmanen so zuversichtlich, daß sie nicht nur die im letzten Kriege verloren gegangenen Provinzen zurückerobern, sondern auch die Engländer aus Indien vertreiben wollten. Zuletzt wurden ihre Gewaltthätigkeiten so zahlreich und so stark, daß sie nicht länger geduldet werden konnten. Als ihr König nach mehr als einjährigen Verhandlungen einige friedliche Zusicherungen gab, wollte er dadurch bloß Zeit gewinnen, und diese Absicht trat so deutlich hervor, daß die Engländer jeden Verkehr abbrachen und eine Flotte mit Landungstruppen an den Irawaddi abgehen ließen. Aus ihrem ersten Feldzuge wußten sie, daß sie höchstens 10,000 Mann brauchen würden, und auf diese Zahl beschränkten sie sich. Der Flotte wurden 16 Kriegsdampfer beigegeben, während man im ersten Kriege nur ein einziges dieser Fahrzeuge zur Verfügung gehabt hatte.

Am 14. April 1852 wurde der Krieg durch einen Angriff auf die Hafenstadt Rangun eröffnet. Die Flotte und das Heer wirkten vereint gegen die

Befestigungen, die nach birmanischem Brauch aus ungeheuren Pfahlwerken bestanden. 25,000 Birmanen mit 130 Geschützen waren die Vertheidiger. Die Außenwerke wurden schnell geräumt, eine Pagode dagegen, welche den Mittelpunkt der Stellung bildete, mit großer Tapferkeit behauptet. Von Pfahlwerken und Verrammlungen aller Art, aus Fenstern und von Dächern sprühte den Engländern ein mörderisches Feuer entgegen. Sie überwanden diese Hindernisse kalten Muths, und so wie ihre Spitzen vor der Pagode erschienen, liefen die Birmanen, den Kampf mit der blanken Waffe versagend, davon. Durch die Einnahme von Martaban und Bassein wurde die Eroberung der Küste vervollständigt. Die Beziehungen zu den Einwohnern in diesen Landestheilen waren im höchsten Grade zufriedenstellend, denn das ehemalige Königreich Pegu, in dem man sich befand, hatte einst über Birma geherrscht und grollte über die Umkehrung dieses Verhältnisses. Eine Entscheidung wurde durch die Besetzung der Küste übrigens nicht gewonnen, und die englischen Friedensanträge erhielten nicht einmal eine Antwort. Um den birmanischen Stolz zu demüthigen, mußte man tiefer in's Land eindringen, und dazu reichten die vorhandenen Streitkräfte nicht aus. Nachdem neue Truppen aus Kalkutta herbeigezogen worden waren, übernahmen die Dampfschiffe die erste Rolle. Sie beherrschten den Irawaddi vollkommen und schleppten flache Boote mit Truppen beladen den Strom aufwärts. Bei Prome brauchten sie nicht mehr als zwei Stunden, um das feindliche Geschützfeuer zum Schweigen zu bringen und die birmanischen Fußtruppen durch Bomben zu vertreiben. Die Einnahme der langen Pfahlwerke der Stadt kostete 1 Todten und 12 Verwundete. Eben so unverhältnißmäßig gering war der Verlust, durch den der Besitz der Stadt Pegu erkauft wurde. Mit der Eroberung derselben waren die Grenzen erreicht, welche der englische Kriegsplan von Anfang an sich gesteckt hatte. Man hatte die birmanischen Truppen aller Orten zersprengt und die ganze Provinz in seine Gewalt bekommen. Eine weitere Eroberung als diese suchte man nicht. Für Birma zeigte sich eine neue Gefahr, indem 20,000 Siamesen, von britischen Officieren angeführt, den Saluen zu überschreiten drohten, und die Laos oder Schan, welche die Gebirgsländer am Rande des Reichs bewohnen, unruhig wurden. Die Hartnäckigkeit des Königs von Birma, die sich selbst durch eine solche Constellation nicht brechen ließ, wurde durch eine Palastrevolution beseitigt. Einer der königlichen Prinzen floh aus Awa, wiegelte die ländliche Bevölkerung auf und kehrte mit 36,000

Mann nach der Hauptstadt zurück. Nach einer kurzen Belagerung öffneten seine Freunde ihm die Thore, der König wurde entthront und der neue Monarch schloß mit den Engländern Frieden. Die Provinz Pegu wurde an sie abgetreten und blieb ihnen, obgleich die Unzufriedenheit einer Hofpartei fast ein Jahr lang einen Zustand erhielt, der zwischen Krieg und Frieden in der Mitte schwebte. Pegu besitzt die schönsten Tikwälder in der Welt, gute Häfen, zwei schiffbare Flüsse und eine Binnenschifffahrt, welche besser als die von Unterbengalen ist. Boden und Klima sind wohl geeignet zum Anbau von Reis, Baumwolle und Indigo. Die Einwohner sind ein mildes und gelehriges Geschlecht, das sich leicht regieren läßt, und der ungemeine Aufschwung, den Maulmein unter der englischen Herrschaft genommen hat, wird von Rangun vielleicht übertroffen werden. Allerdings hat die Eroberung 10 Millionen Pfund Sterling gekostet, und es werden einige Menschenalter vergehen, ehe diese enorme Ausgabe Zinsen trägt.

Die Kosten aller dieser Kriege hatte Ostindien zu tragen, und die Folge war ein Mehr der Ausgaben, das mit Ausnahme von vier besonders glücklichen Jahren regelmäßig wiederkehrte. Was die Kriege fraßen, suchte man bei der innern Verwaltung zu ersparen und mußte trotzdem das Land mit Abgaben überbürden. Indessen kamen seit 1836 mehrere der großen Arbeiten zur Ausführung, welche längst als nothwendig erkannt worden waren. In jenem Jahre begann man mit dem Bau der großen Heerstraße von Kalkutta nach den nordwestlichen Provinzen, die eine Länge von 320 deutschen Meilen haben wird. Wohlthätiger noch für das Stromland (Duab) zwischen dem Ganges und der Dschumna ist der große Bewässerungscanal, der mit einem Aufwande von 1½ Millionen Pfund Sterling ausgeführt wurde. Andere Canalarbeiten erleichterten die Schifffahrt auf den Flüssen Godavery und Kistna. In dem ältesten Culturlande der Welt bürgerten sich nun Eisenbahnen und elektrische Telegraphen ein. Indem man den innern Verkehr von den Binnenzöllen entlastete, folgte man im auswärtigen Handel den Grundsätzen der verderblichen Colonialpolitik. Ostindien sollte Rohproducte liefern und dafür Fabricate erhalten. Die feinen indischen Gewebe verloren nicht bloß den europäischen Markt, sondern wurden auch in ihrer Heimath von der englischen Maschinenarbeit verdrängt. In einem einzigen Jahre stieg die Einfuhr englischer Baumwollwaaren auf $53\frac{7}{10}$ Millionen Rupien (zu 2 Schilling). Entschädigt wurde Ostindien durch Begünstigungen der Seidenzucht

und der Cultur der Baumwolle, des Indigos und des Zuckers. Die Regierung errichtete Schulen für Baumwollpflanzungen, ließ Reinigungsmaschinen einführen und den Eingebornen durch Amerikaner Unterweisung ertheilen. Die Baumwollpflanzungen lieferten Dank dieser Pflege 191 Millionen Pfund, von Rohseide gewann man jährlich $1^2/_{10}$ Millionen Pfund, von Indigo etwa 800,000 Pfund, und die Ausfuhr des indischen Zuckers repräsentirte einen Werth von $11^2/_5$ Millionen Rupien.

Der geistigen Fortschritte Europas wurde das Land insoweit theilhaftig, als es dieselben überhaupt anzunehmen willens war. Hindu und Mohamedaner erhielten Geschwornengerichte und eine freie Presse. Für beide Glaubensgenossenschaften wurden 8 hohe Schulen und 46 Gymnasien errichtet und viele Schüler derselben auf Kosten der Regierung erzogen. Der Besuch dieser Bildungsanstalten war jedoch nicht so stark, daß ein Gesetz von 1844, welches bei Anstellungen ausschließlich ehemalige Schüler derselben zu berücksichtigen befahl, hätte ausgeführt werden können. Von den errichteten Mädchenschulen machte die einheimische Bevölkerung so gut wie keinen Gebrauch. Eine fürstlich ausgestattete Lehranstalt für Töchter besserer Familien in Kalkutta hatte nie mehr als 60 Schülerinnen. Die Sclaverei ganz aufzuheben, verbot den Engländern die übernommene Verpflichtung, die Gesetze der Hindu und Mohamedaner, in denen dieses Institut die vollste Anerkennung findet, gewissenhaft zu achten. Man fand den Ausweg, den Gerichten die Annahme von Klagen gegen entlaufene Sclaven zu untersagen. Wer noch in Sclaverei blieb, that es nach seiner freien Wahl, und dies geschah fast ohne Ausnahme, so tief wurzelt die Sclaverei in den despotischen Sitten und Gewohnheiten der Völker des Morgenlandes.

Mit jeder neuen Erwerbung der Engländer dehnte sich der Kreis aus, in dem eine gesetzliche Ordnung herrschte. Die Einverleibung des Pendschabs räumte in einem der letzten Schlupfwinkel auf, wo die Mörder und Räuber Indiens eine Zuflucht fanden. Als feste Burg besaßen sie noch das Königreich Audh, ein Land von 1120 deutschen Geviertmeilen, in dem 2,970,000 Menschen lebten. Dieses Reich war eine Schöpfung der Engländer, denn nur ihre Einwilligung hatte den letzten mongolischen Statthalter berechtigt, 1819 den Titel eines Königs anzunehmen. Alle Herrscher der neuen Dynastie regierten nach altindischer Weise: die einen sammelten Schätze, die andern waren Verschwender, und beide Classen wetteiferten in Erpressungen und Be-

drückungen. Unter dem zweiten König ließen sich die Steuern nur noch mit bewaffneter Hand eintreiben. Die Häuptlinge, die Städte, die Dörfer, Alles war bis an die Zähne bewaffnet, und so oft die königlichen Truppen bei den Abgabenerhebungen Sieger blieben, erholten sich die Geplünderten an ihren Nachbarn. Bei diesem fortwährenden Kriege Aller gegen Alle suchte der Sectenhaß seine Befriedigung. Kein religiöses Fest wurde gefeiert, bei dem nicht Sunniten und Schiiten entweder untereinander oder im Verein gegen die Hindu kämpften. 1855 nahm der König mit seinem mohamedanischen Adel Partei und ließ den heiligen Krieg gegen die Hindu predigen. Den Ausbruch eines vollen Religionskrieges konnten die Engländer, deren entzündliche Provinzen von allen Seiten angrenzten, nicht geschehen lassen. Ein älterer Vertrag, laut dessen Inhalt die Könige von Audh ein Verwaltungssystem einzuführen hatten, welches das Wohl und Gedeihen ihrer Unterthanen sichere und fördere, wurde als Vorwand zu einer Einmischung benutzt. So kriegerisch die Bevölkerung ist, leistete sie doch dem einrückenden englischen Heere keinen nennenswerthen Widerstand. Dem Einschreiten folgte das Einverleiben auf dem Fuße. Der König wurde mit einem Gnadengehalt von 100,000 Pfund Sterling abgefunden und sein Reich durch eine einfache Proclamation des Generalstatthalters der unmittelbaren Herrschaft der Engländer unterworfen (7. Februar 1856).

Dieser Gewaltschritt machte viel böses Blut. Unter den Sipahis befanden sich mindestens 40,000 Soldaten aus Audh, welche alle voll Grimm waren, daß ihr Vaterland aus der Reihe der unabhängigen Staaten gestrichen sei. Sie verließen die Fahnen nicht, aber sie wiegelten insgeheim die Regimenter auf. In mehrfacher Weise war ihnen vorgearbeitet worden, theils durch Fehlgriffe der Engländer, theils durch mohamedanische Verschworene, theils durch die Stimmung im bengalischen Heere. Der englische Racenhochmuth hatte die Eingebornen, deren vornehmste den niedrigsten Engländern für „Nigger" galten, gereizt und verletzt. Die orientalische Ansicht von der Stellung der Frauen nahm jeden Tag an dem Benehmen der Engländerinnen Anstoß, und zu dem Haß gesellte sich eine gewisse Verachtung. Daß dieses vermeintlich ausschweifende und gewiß übermüthige Volk alte Religionsgebräuche antastete und mit Bekehrungsversuchen nicht aufhörte, stachelte den Fanatismus. Die zahllosen müßiggehenden Orden und religiösen Gaukler, welche die englische Regierung unter scharfe Aufsicht genommen hatte, verbanden ihre Hetzereien

und Wühlereien mit denen der weltlichen Aristokratie, die wegen der Einziehung ihrer erschlichenen Lehen und wegen der neueingeführten Besteuerung ihrer rechtmäßig erworbenen Güter erbittert war. So knüpften sich die Fäden einer Verschwörung, deren Entdeckung der Regierung, wenn sie sich nicht zu sicher gefühlt hätte, nicht schwer geworden sein würde. Sie hatte einzelne Spuren genug und brauchte sie nur weiter zu verfolgen, um das Ganze zu überblicken.

Im Heer hatte man den aristokratischen Neigungen der englischen Officiere viel zu sehr nachgesehen. Ihr eigner General Napier urtheilte über sie: „Sie sind Sybariten und alberne Narren, welche sich täglich verschlechtern, Scherbet machen, Champagner trinken und die Sonne vermeiden.“ Die Meisten waren nicht bloß weichlich, sondern auch nachlässig und suchten so oft wie möglich Urlaub zu bekommen, wenn sie es nicht vorzogen, um Verwendungen im Civildienst zu bitten, bei denen sie ihre Casse füllen konnten. In den einheimischen Regimentern bekleideten sie die höhern Officierstellen, während die untern von Eingebornen besetzt wurden. Da die europäischen Officiere sehr häufig abwesend waren, so geriethen diese Regimenter ganz in die Hände ihrer Subadars und Dschemmadars. Diese waren Männer von hoher Kaste und kühnem Sinn, beharrlich, sehr eifrig und tapfer. In der Armee von Bengalen dienten Leute aus den höhern Ständen in überwiegender Zahl. Dieses Heer bestand aus 3 europäischen Regimentern zu Fuß, 74 Regimentern einheimischen Fußvolks, 10 regelmäßigen Reiterregimentern, 30 Regimentern unregelmäßiger Reiterei, 50 Fußregimentern Hülfstruppen, 5 Legionen aus Vasallenreichen, 33 europäischen und 22 eingebornen Artilleriecompagnien. Das ganze indische Heer zählte 324,000 Mann, unter denen 52,000 Europäer waren, und außer der eigentlichen Armee gab es 300,000 Soldaten der Finanz- und Polizeiwache, die mit Luntenflinten, Schwertern und Schilden bewaffnet waren. Jeder der drei Armeekörper von Bengalen, Bombay und Madras hatte eine Organisation für sich. Während im bengalischen Heere Braminen, Leute vom Kriegeradel und Mohamedaner von guter Familie wegen ihrer größern Zuverlässigkeit und um des allgemeinen Ansehens der Armee willen, bei den Anwerbungen den Vorzug erhielten, nahm man in Madras und Bombay ohne Unterschied Mohamedaner von geringer Herkunft, Hindu der niedrigsten Kasten, Parsen, Christen und Juden. Die letzteren, welche in der Armee von Bombay zahlreich dienten, bewährten sich als ge-

horsame, treffliche Soldaten, und die Engländer warben sie am liebsten an. Da der Sold, nach Landesart bemessen, sehr gut war, und die Pension, auf die jeder pflichteifrige Soldat zu rechnen hatte, ein sorgenfreies Alter sicherte, so war man aller Wahrscheinlichkeit nach dieser Truppen sicher. Auf Anhänglichkeit rechneten die Engländer nicht, aber sie setzten voraus, daß die Sipahis „ihrem Salze treu bleiben würden."

In letzter Zeit hatte man den Truppen angekündigt, daß sie im Nothfall außer Landes verwendet werden würden. Da die Truppen von Madras und Bombay, soweit sie Hindu waren, den niedrigsten Kasten angehörten, so hatten sie auch gegen einen Krieg jenseits der Grenzen des heiligen Bodens keine Bedenken. Truppen von Madras standen 1857 sowohl in China als in Persien. Die Armee von Bengalen war wegen der starken Beimischung von hohen Kasten mit der Neuerung um so unzufriedener. Bei dieser Armee trieben sich Aufhetzer umher, die von den mohamedanischen Großen bezahlt wurden, und eine gewisse Art Kuchen von Atta, eine in Bengalen wachsende Getreideart, wurde als geheimes Symbol der Empörung von Ort zu Ort geschickt. Man gab den Unzufriedenen Grund zu einer neuen Beschwerde, indem man ein Gewehr einführte, das mit gefetteten Patronen geladen werden mußte. Die Aufhetzer redeten den Sipahis ein, daß das Fett von Rindern und Schweinen herrühre. Das Rind ist das heilige Thier der Hindu, das Schwein gilt den Mohamedanern für unrein.

In Barrakpur, einer Station sechs deutsche Meilen oberhalb Kalkuttas, äußerte sich im Januar 1857 die erste Unzufriedenheit über die gefetteten Patronen. Zwei Drittheile aller eingebornen Officiere verbaten sich ein Fett, das ihre religiösen Gefühle beleidige. Unter den Mannschaften lief das Gerücht um, daß die Patronen als Mittel dienen sollten, um sie zum Christenthum zu zwingen. Die Sipahis verbanden sich durch einen Eid, mit ihrer Religion zu stehen und zu fallen. Es fanden nächtliche Meutereien statt und Häuser von Europäern wurden in Brand gesteckt. Die Befehlshaber verkannten die sehr ernste Bedeutung dieser Auftritte und begnügten sich mit der Auflösung eines einzigen Regiments, das den Gehorsam verweigert und seine Officiere mißhandelt hatte. Ob dieses Regiment Verbindungen mit andern Besatzungen habe, wurde nicht näher untersucht. Wurden Anzeigen über Regelwidrigkeiten unter den Soldaten gemacht und fragte man bei den Befehlshabern der Regimenter nach, so widersprachen diese voll Entrüstung und mehrere verbürgten

die Treue ihrer Leute mit ihrem Ehrenwort. Man achtete aller Warnungen nicht und ließ das Unglück leichtsinnigerweise hereinbrechen. Ohne daß die Engländer es ahnten, dehnte sich die Verschwörung über das Heer und die einheimische Aristokratie aus. Zum Haupt erkor man den Baberiden Akbar, einen Nachkommen der Großmoguls, der mit der ostindischen Gesellschaft oft über sein Einkommen gehadert hatte. Er gewann viele der ehemaligen Landesfürsten und deren Nachkommen durch das Versprechen, ihnen ihre alten Rechte wiedergeben zu wollen. Die Hindu schlossen sich an, weil ihre Großen eine Anerkennung aller durch Adoption erlangten Rechte zugesagt erhielten. Das Jahr 1857 erkor man deshalb für den Ausbruch, weil mit ihm das erste Jahrhundert der englischen Herrschaft schloß, und der orientalische Aberglaube einen solchen Zeitpunkt für besonders günstig ansah. An einem und demselben Tage sollten die bengalischen Truppen in allen Städten aufstehen, ihre Officiere und sämmtliche Christen ermorden und nach Delhi ziehen. Dieser Vereinigungspunkt und ebenso die Zeit des Losschlagens waren gut gewählt. Man entschied sich nämlich für Delhi, weil es für größere Kriegsschiffe nicht erreichbar ist, und für den Beginn der heißen Jahreszeit, weil kriegerische Operationen dann mit den größten Schwierigkeiten und Menschenverlusten verknüft sind.

Am 10. Mai 1857 verließen die Sipahis der altindischen Stadt Mirut, die 5 bis 6 deutsche Meilen von Delhi entfernt liegt, ihre Casernen, plünderten viele Häuser der Stadt und hieben einige ihrer Officiere nieder. Vor den anrückenden europäischen Truppen ergriffen sie die Flucht, und man verfolgte sie weder, noch benachrichtigte man die Behörden in Delhi, wohin sie ihren Weg nahmen. Die ungeheuren Waffenvorräthe und Artillerieparks dieser großen und wegen ihres Fanatismus bekannten Stadt hatten in diesem Augenblicke nicht ein einziges europäisches Regiment zur Deckung. Die Sipahis rückten ihren meuternden Kameraden entgegen, schossen ihnen aber hoch über die Köpfe weg und warfen sich dann auf ihre Officiere. Von einem Regiment sprang die Empörung auf das andere über. Fast alle Officiere und übrigen Europäer fanden den Tod. Wer auf der Stelle fliehen konnte, rettete sich allein, denn Diejenigen, welche im Palast des Großmoguls Schutz suchten, wurden ausgeliefert und von der wüthenden Menge ermordet. Akbar wurde zum Herrscher über ganz Indien ausgerufen, aber nicht einmal in seiner nächsten Umgebung fand er Gehorsam. Während die Sipahis ihm vorschrie-

ben, was er ihnen an Sold und Nahrung zu geben habe, benutzten die Dorfbewohner die Verwirrung, um die Reichen auszuplündern.

Die Revolution machte trotzdem reißende Fortschritte. Mohamedanische und Hindupriester forderten alle Soldaten zur Rettung des Glaubens und zur Ermordung der Christen auf. Die meisten Regimenter brachen auf der Stelle los, ermordeten ihre Officiere und zogen nach Delhi, andere, welche anfangs schwankten, wurden von den übrigen mit fortgerissen. Mehrere boten sich der Regierung an, gegen die Aufrührer zu fechten, und schlossen sich im nächsten Augenblicke an die letztern an. Nicht aller Orten fügte man zum Plündern und Brennen auch das Morden. Nicht selten entließen die Sipahis ihre Officiere unbeschädigt und gaben ihnen auch wohl Boote oder Wagen und Geld. An andern Orten wurden dagegen nicht bloß die Officiere, sondern alle Europäer überhaupt, welchem Geschlecht und Alter sie angehören mochten, zusammengehauen. Die furchtbarste Katastrophe war die von Khanpur, wo Nana Sahib, ein vornehmer Hindu, der die Engländer wegen ihrer Nichtanerkennung seiner Adoptivrechte tödtlich haßte, an der Spitze der Verschwörung stand. Dort hatte sich Oberst Wheeler mit etwa 250 Europäern und eben so vielen Frauen und Kindern verschanzt. Mehr als 16,000 Sipahis umzingelten diese kleine Truppe, schnitten ihr die Zufuhren ab und beschossen sie Tag und Nacht aus vielen Geschützen. Wheeler starb an Wunden und die Uebrigen ergaben sich gegen das Versprechen, daß sie auf dem Ganges freien Abzug erhalten sollten. Nana Sahib gab ihnen wirklich Schiffe, aber kaum hatten sie dieselben betreten, als man vom Lande aus auf sie schoß und Alle tödtete. Die Frauen und Kinder wurden für den Augenblick geschont, aber auch sie hieb und schoß man später nieder und stürzte ihre verstümmelten Ueberreste in einen Brunnen.

Acht Wochen nach dem ersten Aufstande gab es keine Armee von Bengalen mehr. Theils hatten sich die Regimenter der Empörung angeschlossen, theils waren sie, ehe sie diesen Entschluß ausführten, aufgelöst worden. Auf der ganzen 300 Stunden langen Strecke von Delhi bis Kalkutta hielten sich die Engländer bloß noch an drei befestigten Punkten, unter denen Lacknau am gefährdetsten war, denn in Audh, dessen Hauptstadt jener Ort ist, loderte der Aufstand höher als irgend sonst wo auf. In diesem weiten Gebiet hatten sich die Einwohner mit den Soldaten vereinigt und wetteiferten mit ihnen in der Vertilgung der Ungläubigen. Die Dörfer traten zu einem Landsturm zu-

sammen, der sich mit Schwertern und Kolben, mit Hammern und Keulen bewaffnete, die Telegraphen und andre öffentliche Anstalten, Krankenhäuser und Schulen zerstörte, die Posten anhielt und plünderte und alle flüchtigen Engländer ermordete. Daß die Empörung, so allgemein sie in den nordwestlichen Provinzen war, auf einen dauernden Erfolg nicht rechnen könne, ließ sich bereits sehen, als sie auf ihrem Höhepunkte stand. Einigkeit und Unterordnung unter einen Höhern fehlten bei den Aufrührern gänzlich. Nawabs und Zemindare, Radschah's und Maharadscha's, Sultane und Emire wuchsen wie aus dem Boden und wollten Alle unabhängige Herrscher sein. Jeder hate einen Haufen aufgelöster Sipahis und andrer Horden bei sich, mit denen er die benachbarten Gebiete raubend durchzog. Die Taghs und Dakoits, deren Ausrottung der englischen Polizei in den nordwestlichen Provinzen nie gelungen war, bildeten zahllose Banden und machten das ganze Land unsicher. Nicht einmal die Sipahis blieben bei ihren Fahnen, denn während Viele an jene Räuberbanden sich anschlossen, eilten noch Mehrere mit der gewonnenen Beute ihrer Heimath zu. Ein großes Glück für die Engländer war, daß sowohl die Siks als die Beludschen durch energische Befehlshaber im Zaum gehalten wurden. Dadurch wurde ihnen der Besitz des Indus und seiner Nebenflüsse erhalten und eine wichtige Militärtransportstraße nach dem Norden gesichert. Auch die kleinen, aber behenden und im höchsten Grade tapferen Gorkas blieben treu, und ihre Heimath Nepal stellte sogar einen größeren Truppenkörper zur Verfügung. Aus Persien und China, vom Cap und von Australien trafen nach und nach Verstärkungen ein, und das Mutterland schickte, was es an Soldaten irgend entbehren konnte.

Die ersten glücklichen Gefechte bestand ein Officier, der eben mit einem Regiment Hochländer aus Persien zurückgekehrt war. Am 7. Juli rückte General Havelock mit 1800 Mann gegen Khanpur vor, warf bei Futtehpur, Oough und am entscheidendsten vor Khanpur die Meuterer und bemächtigte sich der Residenz Nana Sahib's. Khanpur war für ihn bloß eine Station auf seinem Marsche zum Entsatz von Lacknau. Sein Weg führte ihn durch eine vergleichsweise offene Gegend, deren Einwohner aber durch eine lange Uebung in der Vertheidigung ihrer von Lehmmauern umgebenen Dörfer eine wahre Meisterschaft erlangt haben. Havelock verlor vor diesen Festungen eigenthümlicher Art, die er Haus für Haus erstürmen mußte, so viele Leute, daß er, obgleich er immer gesiegt hatte, sein Unternehmen vor der Hand auf-

gab. Einen Monat später setzten ihn Verstärkungen in den Stand, wieder vorzugehen. Diesesmal hatte er jeden vierten Tag ein Gefecht zu bestehen, und nicht nur zehntete das feindliche Feuer seine Reihen, sondern auch die Cholera richtete große Verheerungen an. Am 13. September verband sich General Outram mit ihm und er drang nun unter verschiedenen Gefechten bis Allumbagh, einem Landsitz, drei englische Meilen von Lacknau, vor. An diesem Orte ließ Havelock, nachdem er ihn mit Sturm genommen hatte, seine Kranken und Verwundeten unter der Obhut eines Regiments zurück. Einen ganzen Tag brauchte er, um sich mit dem Verlust des vierten Theils seiner Leute einen Weg zu den in der Citadelle von Lacknau eingeschlossenen Engländern zu bahnen. Die Lage derselben war so, daß sie nach wenigen Tagen zu Grunde gegangen sein würden. Sie waren an Zahl schwach und rings um sie wimmelte es von Feinden. In kleinen Entfernungen, zum Theil nur fünfzig Ellen weit von den englischen Werken, hatten die Sipahis Batterien errichtet, deren Feuer kaum einen Augenblick lang aufhörte. In allen Häusern waren Schießscharten gebrochen, die von 8000 Schützen gleichzeitig benutzt wurden. Von Zeit zu Zeit flogen unter den Belagerten Minen auf, und es wurde dann regelmäßig gestürmt. Auch von Krankheiten aller Art hatten die Engländer zu leiden, denn die äußerste Nässe wechselte mit der gewaltigsten Sonnenhitze, und einen zureichenden Schutz gab es für die Wenigsten. Besonders quälte sie ein klimatischer Ausschlag, der selten den Tod brachte, aber die ganzen Körperkräfte herabstimmte. Die Frauen und Kinder, die in dumpfen Kasematten oder in Erdhöhlen untergebracht waren, starben in Menge. Havelock sollte die geschwächte Besatzung ablösen, den nicht kampffähigen Theil an einem sichern Orte unterbringen und nachher weiter gegen den Feind operiren. Kaum hatte er indessen die Citadelle erreicht, als die Massen der Meuterer um Lacknau in Folge der Empörung eines der bedeutendsten Häuptlinge in einem solchen Grade anschwollen, daß das Entsatzheer seinerseits eingeschlossen wurde.

Die Belagerung von Delhi hatte ein englisches Heer unternommen, das an Zahl weit schwächer war als die Belagerten. Als man aus der Nähe und Ferne alle irgend entbehrlichen Truppen herbeigerufen hatte, zählte man im Lager vor Delhi nicht mehr als 9700 Mann, unter denen 4600 Engländer waren, während in der Stadt 40,000 Sipahis lagen, die über zahllose Geschütze verfügten. Eine Einschließung war bei diesen Zahlenverhält-

nissen nicht möglich, und man mußte durch die Erstürmung der Schanzen, die man am nächsten hatte, eine Seite der Stadt zu erreichen suchen. Diese Schanzen waren zum Theil sehr stark, und zu jedem Kampf leuchtete eine tropische Sonne, die auf dem brennenden und baumlosen Boden in furchtbarer Weise fühlbar wurde. Die Hitze und der Durst tödteten mehr Leute als der Feind. Drei Oberbefehlshaber nach einander erkrankten und starben. So oft in der Stadt Zuzüge eintrafen, wurden Ausfälle gemacht, bei denen die Sipahis mit Tapferkeit kämpften und dennoch den Muth zum letzten entscheidenden Anlauf nie fanden. Am 3. September erhielten die Engländer ihr Belagerungsgeschütz und errichteten Breschebatterien, deren Bau die Feinde nicht bemerkten. Ihre Ausfälle mißlangen und am 9. standen die englischen Geschütze in Position.

Vom Morgen des 11. bis zum Abend des 13. Septembers überschütteten die Engländer die Stadt mit einem Hagel von Kugeln und Bomben. Wälle und Bastionen stürzten zusammen und die Besatzung sah sich gezwungen, die Werke den feindlichen Kugeln preiszugeben. Am 14. traten drei Colonnen zum Sturme an. Freiwillige gingen voran und sprengten das nächste Thor mit Pulversäcken. Alle wurden getödtet oder schwer verwundet, und auch die ihnen zunächst folgenden Soldaten, welche Leitern trugen, fielen fast ohne Ausnahme, doch der Strom der Stürmenden drang unwiderstehlich nach und setzte sich auf den Wällen fest. Viele Sipahis und Einwohner benutzten die Brücke auf der entgegengesetzten Seite der Stadt zur Flucht, die entschlossensten Fanatiker fochten in ihren Bastionen, Thürmen und Häusern weiter. Diesem ersten Kampftage folgten noch sechs andere, denn erst am 20. um fünf Uhr Abends war Delhi, der Palast und die Vorstädte in englischem Besitz. Der alte Sultan ergab sich in einer Moschee nahe bei der Stadt gegen das Versprechen der Schonung seines Lebens. Seine Söhne, die man mit ihm gefangen nahm, wurden erschossen, ihn verurtheilte ein Kriegsgericht zur Verbannung und lebenslänglicher Haft.

Durch Truppen, die bei Delhi mitgefochten hatten, verstärkte man die Armee, welche zum zweiten Entsatz von Lacknau gebildet wurde. Sir Colin Campbell war ihr Befehlshaber. Bis Allumbagh gelangte er ohne große Schwierigkeit, aber zwischen diesem Orte und der Stadt hatten die Meuterer alle ihre Streitkräfte gesammelt. Am 16. November erstürmten die Engländer ein großes massives Gebäude, das zur Citadelle umgeschaffen worden war,

nachdem sie zuvor Bresche geschossen hatten. Am folgenden Tage wurde eine Moschee mit dem Bajonnet genommen und so ging es von Sturm zu Sturm weiter, bis man am 17. Abends den Eingeschlossenen endlich die Hand reichte. Eben so glücklich wurde das große Problem gelöst, die Besatzung loszuwickeln, ohne Frauen und Kinder auch nur einer verirrten Kugel auszusetzen. Am 28. November befand sich Campbell mit seinem ganzen langen Zuge in Khanpur und der unkriegerische und kampfunfähige Theil der erlösten Besatzung auf dem Wege nach Calcutta.

Nach der Erstürmung von Delhi und dem Entsatz von Lacknau verlor der indische Krieg sein großes dramatisches Interesse und nahm einen andern Charakter an. Durch diese Erfolge und die Thätigkeit der fliegenden Colonnen waren die geschlossenen Regimenter der Sipahis vernichtet oder zersprengt worden, und die bengalischen Truppen traten nur noch als Parteigänger und Verbündete der Räuberbanden auf, die in Folge der unterbrochenen Verwaltung auf's Gradewohl das Land durchstreiften. Diese zahlreichen Trupps abzuschneiden und einzufangen, war eine langwierigere Arbeit als die frühere, bei der man es mit einem an zwei Punkten zusammengeballten Gegner zu thun hatte. Eine Gefahr für den Fortbestand des indischen Reichs der Engländer existirte nicht mehr, und die Zuversicht, mit der die Engländer zur Erschaffung einer neuen Regierung schritten, war daher gerechtfertigt. Das Parlament nahm der ostindischen Gesellschaft die Gewalt, welche sie nach dem Verlust wichtiger politischer Attribute noch besessen hatte, und stellte Ostindien als englische Colonie unter die unmittelbare Verwaltung der Krone. Die einst so mächtigen Directoren und Eigenthümer wurden dadurch zu bloßen Zinsenempfängern, und von der ruhmgekrönten ostindischen Handelsgesellschaft erhielt sich Nichts als der Name.

In Ostindien hatte der mit vollen Händen ausgestreute Samen des Christenthums keinen empfänglichen Boden gefunden. Alle die Bekehrungsversuche, die den Stachel in die Seele der Hindu trieben, hatten die Taufe von höchstens 100,000 Eingebornen zur Folge. Wie in Indien hatten die Glaubensboten auch in China mit einer uralten, zurückgegangenen Cultur zu thun, deren Panzer der hochmüthige Stolz auf eingerostete und unbewegliche Zustände ist. Aber das Land ist übervölkert, und Armuth, Handelsgeist und Gewinnsucht treiben seine Söhne alljährlich zu vielen Tausenden in's Ausland. Zu Zeiten schwillt die chinesische Auswanderung zu größern Dimen-

sionen an als die europäische. Hinterindien ist voll von chinesischen Ausgewanderten, die sich dort wie zu Hause fühlen und hier und da im Besitz von Privilegien sind. Bei den Laas, in Siam und Cochinchina bilden sie einen bedeutenden und zwar den fleißigsten Theil der Bevölkerung, in Birma sieht man sie nicht mehr gern und sie haben sich daher nach den kleinen Staaten der malayischen Halbinsel und noch mehr nach den englischen Niederlassungen in der Straße von Malakka gewendet. Im indischen Archipel gibt es kaum eine Insel, die nicht ihre chinesische Colonie hätte, in Californien und Australien sind sie nach der Entdeckung der Goldlager so massenhaft eingeströmt, daß man sich ihrer zu erwehren sucht. In den hinterasiatischen Ländern haben sie den Handel an sich gerissen. auf Borneo und wo sonst sie ungebildeteren Völkern gegenüberstehen, erlauben sie sich arge Bedrückungen, in den englischen, holländischen und spanischen Besitzungen machen sie die Tagelöhner, Handwerker, Bergleute und Händler. Nicht Einer ist unter ihnen, der nicht die Absicht hätte, mit einem erworbenen Vermögen in die Heimath zurückzukehren. Ueberrascht ihn der Tod früher, so wird wenigstens seine Leiche der Erde, auf der seine Wiege stand, zurückgegeben. In allen ihren Ansiedlungen auf fremdem Boden halten die Chinesen fest zusammen und haben in der Regel geheime Verbindungen, deren Tendenz eine republikanisch-communistische zu sein scheint.

So sorgfältig und eigentlich feindselig die ausgewanderten Chinesen von den Fremden, unter denen sie leben, sich abschließen, eignen sie sich doch unwillkürlich Manches an, was auf ihre Gedankenwelt einwirkt. Mit den Zurückkehrenden gelangen europäische Kenntnisse und Vorstellungen in ihr Reich. Mit diesem Gange der Dinge vertraut, beschäftigte sich die evangelische Mission vorzugsweise mit den im Auslande lebenden Chinesen. Ohne daß viel getauft wurde, impften sich christliche Ideen dem sinnenden chinesischen Geiste ein. Verschiedene Glaubensboten machten auch trotz Verboten und Nachstellungen bereits vor dem Frieden von Nanking Reisen in's Innere. *) Ihre Bestrebungen, Chinesen für das Missionswerk zu gewinnen, wurden von

*) Die früheren Ereignisse bis zum Frieden von Nanking findet man im 10. Bande S. 413 ff. Ueber den Aufstand der Mingleute und die Persönlichkeit ihrer Führer hat unser großer Sinologe Neumann in Westermann's Illustrirten deutschen Monatsheften, Bd. 1 S. 126 ff., aus chinesischen Quellen höchst interessante Aufschlüsse gegeben.

Erfolg gekrönt. Einer der Neugetauften, Liang Afah, verfaßte eine Schrift: „Gute Worte zur Erhebung unsers Geschlechts," in der er Bruchstücke aus der Bibel mit Darstellungen der wichtigsten Glaubenslehren und allerlei zur Tugend mahnenden Aufsätzen verband. Der Frieden von Nanking erweiterte den Wirkungskreis der Mission. Hongkong wurde der Mittelpunkt einer regen Thätigkeit. Dorthin verlegte man die großen chinesischen Druckereien der Londoner Missionsgesellschaft und eine Erziehungsanstalt für junge Chinesen, die bisher auf Malakka bestanden hatte. Im Jahre 1848 hatte man bereits vierzig Prediger, welche in fünfzehn Städten festen Fuß gefaßt, kleine Gemeinden um sich versammelt und dreizehn Kirchen eingerichtet hatten. In einigen seltenen Fällen wurden die Prediger vom Volke unfreundlich aufgenommen. In der Regel beeiferte sich Jedermann, seine Wohnung zum Bethaus herzugeben.

Der Krieg mit England, der den denkenden Chinesen zugleich die Augen über die Schwäche ihres Reichs öffnete, setzte eine Menge neuer Ideen in Umlauf. Fast unmittelbar nach dem Frieden begann unter den Gebildeten und Gelehrten eine Reformbewegung. Das „junge China" nahm einen national-sittlichen Ausgangspunkt und verkündete, daß die Wiedergeburt des Reiches durch die Reinigung der Lehren der alten chinesischen Meister der Weltweisheit von den verunstaltenden Lehren späterer Jahrhunderte erfolgen solle. Medhurst der Aeltere, der die Reformatoren im Kreise Kiangsi besuchte, berichtet über sie: „Die Ansichten und Aeußerungen dieser Neuerer über Selbstprüfung und Selbsterkenntniß, ihre Lehren, wie der Mensch durch sittliche Kraftanstrengung seine Leidenschaften besiegen und auf dem Wege der Tugend und Standhaftigkeit beharren könne, würden auch einem christlichen Moralisten zur Ehre gereichen." In den südöstlichen Uferlandschaften und längs des Jangtse Kiang war die Reformpartei am verbreitetsten.

Von Empörungen wird das Reich der Mitte fast in jedem Jahre heimgesucht. Bald erheben sich die nie ganz bezwungenen Miaotse, welche die Ureinwohner des Landes sind, bald suchen die Mohamedaner des Westens das chinesische Joch abzuschütteln, oder die Nomadenstämme der Steppe greifen zu den Waffen oder die geheimen Gesellschaften können ihre Ungeduld nicht länger meistern. Die letzteren füllten das Reich 1848 und 1849 mit Kampf und Verwirrung. Im Januar 1848 machte man in Canton die Entdeckung, daß der Dreieinigkeitsbund bis zu 60,000 bewaffneten Theilnehmern

angeschwollen sei und daß seine Mitglieder das Signal zum Losschlagen stündlich erwarteten. Der in der Stadt wohnenden Verschworenen wurde man habhaft, aber die in der Provinz führten einen Buschklepperkrieg und lieferten den Truppen der Regierung selbst größere Gefechte, in denen der Vortheil nicht immer auf der Seite der letzteren war. Dieser kleine Krieg dehnte sich auf das Meer aus, das sich schnell mit Seeräuberflotten bedeckte. Die kaiserlichen Kriegsdschonken wurden so oft geschlagen, daß sie den Kampf im Jahre 1849 völlig aufgaben und von ihren Verstecken aus zusahen, wie ihre Gegner den Handel zu Grunde richteten und eine der Haupteinnahmequellen des Reiches abschnitten. Als es endlich soweit kam, daß in Peking die großen Transporte von Reis, Salz und anderen Tributen, die man wegen Verschlammung der Canäle zur See abgehen zu lassen angefangen hatte, ausblieben, demüthigte man sich bis zu einer Bitte um englische Hülfe. Drei englische Kriegsfahrzeuge vernichteten in einem zweitägigen Gefecht (20. und 21. October 1849) die ganze Seeräuberflotte, die aus 58 Segeln mit 1200 Kanonen und 3000 Mann Besatzung bestand.

In einem kleinen Dorfe des Bezirks Hoahien der Provinz Kuangtong lebte eine Familie Hong, die ihren Ursprung in die Zeiten der Songdynastie zurückführte. Einem Manne dieser Familie wurde im Jahre 1813 ein Sohn geboren, welcher den Beinamen Siut-siuen, d. h. der Glänzende und Vollkommene, erhielt. Die Familie befand sich in ärmlichen Verhältnissen und die älteren Brüder halfen dem Vater beim Ackerbau, während Hong Siut-siuen wegen seiner Talente zum Studiren bestimmt wurde. Unter den Büchern, welche ihm in die Hände fielen, befanden sich Liang Afah's Gute Worte zur Erhebung unsers Geschlechts. Die darin enthaltenen Lehren sog der junge Mann mit solcher Inbrunst in sich ein, daß sie ihn während einer schweren Krankheit, die ihn im Jahre 1840 befiel, ausschließlich beschäftigten. In seinen Visionen erschien ihm Christus, begrüßte ihn als jüngeren Bruder und forderte ihn auf, die Fremden aus dem Reich zu vertreiben, das einheimische Herrscherhaus wieder einzusetzen, den Götzendienst auszurotten und das schwarzhaarige Volk mittelst eines auf dem Grunde des Christenthums fortgebauten reineren Glaubens zu erneuern. Hong machte viele Bekehrungen und trat auch mit einem amerikanischen Glaubensboten in Verbindung. Die Taufe nahm er selbst an sich und seinen Freunden vor. Im Jahre 1842 ging er zu den Miaotse, die seinen Glauben in Masse annahmen. Wo er auch pre-

digen mochte, überall bewies er in seinen Vorträgen, daß die Vorhersagungen der Bibel von dem Reiche Gottes auf ihn, den Himmelssohn, sich bezögen, und daß unter dem bösen Feinde, den man zu Boden bringen müsse, die herrschende Dynastie der tatarischen Mandschu gemeint sei. Seine Anhänger wurden immer zahlreicher und in ihrem Bekehrungseifer gewaltthätiger. Sie begnügten sich nicht mehr, das reine Wort zu predigen, sondern zerstörten die Götzenbilder und hinderten die Bevölkerung in ihrem alten Gottesdienste. Die Regierung erließ Belehrungen, daß Jesus ein Zauberer und Betrüger, in allen anderen Beziehungen aber ein Mann ohne besondere Fähigkeiten gewesen sei, verbot die neue Secte wie das Christenthum überhaupt und schickte die unruhigsten Apostel in's Gefängniß.

In den schwer zugänglichen Gebirgen der Provinz Kuangsi haben von jeher Räuber und andere Verbrecher gehaust. Bei einem Regierungswechsel ersehen sich diese Leute ihre Gelegenheit, Verwirrung zu stiften und Beute zu machen. Auch als Taokuang 1850 starb, machten sie Ausfälle aus ihren Gebirgsfesten und plünderteu in gutgeordneten Schaaren Dörfer und größere Städte. Mit ihnen schloß der Himmelssohn einen Bund und sie bekannten sich alle zu seinem Glauben. Als Zeichen der Auflehnung ließen sie sich die Haare lang wachsen, um sich dadurch von den Mandschu zu unterscheiden, die den Oberkopf glatt scheeren und einen Zopf tragen. Der wilden Tapferkeit dieser Räuber und der mit ihnen verbundenen Fanatiker vermochten die Getreuen der herrschenden Dynastie nicht zu widerstehen. Die herbeigezogenen kaiserlichen Truppen machten sich allerdings zu Herren des flachen Landes, aber die Gebirge blieben den Aufgestandenen. Da die Mandarinen die Schuldigen von den Unschuldigen nicht zu unterscheiden wußten und den Soldaten die gröbsten Ausschweifungen gestatteten, so flüchteten Tausende in die Berge und vermehrten die neue Secte. Der Himmelssohn erließ nun Gesetze und schuf eine ganze bürgerliche Ordnung, welche nach dem Geschmack seiner armen Anhänger war. Das Eigenthum wurde abgeschafft und alles Besitzthum der Einzelnen in einem öffentlichen Schatze gesammelt, aus dem Jeder das Nothwendige sich holte. Alle erhielten gleiche Kleidung und die Mahlzeiten waren gemeinschaftlich. Taback oder Opium zu rauchen, Ausschweifungen zu begehen, berauschende Getränke zu genießen, das Haar zu scheeren und einen Zopf zu tragen, wurde als Verbrechen bestraft. Den Frauen gab man gleiche Rechte mit den Männern, falls sie an den Kämpfen

derselben Theil nähmen. Sie erfüllten diese Bedingung in großer Zahl, und allein zwei weibliche Häuptlinge brachten jede zweitausend Weiber mit, die sich im Vorpostendienst sehr nützlich machten.

Die Vortheile, die der Himmelssohn im Sommer des Jahres 1850 erfocht, waren so bedeutend, daß alle Kräfte der Regierung nicht ausreichten, den Aufstand in seinen Schranken zu halten. Alle geheimen Gesellschaften verbündeten sich mit den Mingleuten, wie die Verschworenen sich jetzt nach der letzten einheimischen Dynastie ihres Reiches nannten. In Folge ihrer vielen Einverständnisse konnten sie in allen angrenzenden Gebieten aufrührerische Bewegungen hervorrufen und die kaiserlichen Truppen an hundert Orten zugleich beschäftigen. Einzelne Haufen und Banden mochten geschlagen werden, in der Hauptsache bestanden die Erfolge der Truppen in den Hinrichtungen, die überall, wo sie die Oberhand hatten, an den Rebellen und Räubern massenweise vollzogen wurden. Auch diese gaben ihrem Kriege einen grausamen Charakter und metzelten alle Priester der anderen Secten und alle Anhänger der Regierung nieder. Mitten im Kriege gaben sie sich eine europäische Organisation nach Compagnien, Bataillonen, Regimentern und Brigaden und richteten sich eine vortreffliche Artillerie ein. Im November 1851 wurde der Himmelssohn als der Kaiser einer neuen Dynastie ausgerufen, der er den Namen Taiping oder die Friedensreiche gab. Seine vier ersten Hauptleute ernannte er zu Königen des Westens, des Ostens, des Nordens und des Südens.

Entscheidendere Resultate denn je ergab der Krieg des Jahres 1852. Durch zwei große Siege vom 29. Januar und 5. Februar kam der neue Kaiser in den Besitz der reichen Gebiete im Nordwesten des Kreises Kuangtong, die ihm Lebensmittel, Zimmt, die kostbaren Zeuge, die man aus dem Grase Ju webt, und Silber lieferten. Noch in demselben Jahre brach er durch die Kette der Pflaumenberge, welche die Wasserscheide gegen das Flußgebiet des Kiang bilden. Er zog darauf in nordöstlicher Richtung durch wilde Waldgebirge nach Hunan, eroberte schnell drei große Bezirke und machte eine unermeßliche Beute. Im Herbst wurden mehrere blutige Schlachten geschlagen, in denen die Geschütze der Mingleute den Kaiserlichen so verderblich wurden, daß diese die Waffen von sich warfen. Wie Hagel fielen die feindlichen Kugeln, berichteten ihre Anführer an den Hof, und so Etwas auszuhalten, gehe über menschliche Kräfte. Die Hofzeitung von Peking gestand

die üble Lage der Regierung mit offenen Worten. Die Truppen seien zerschmolzen, Hunan zu Staub und Asche zertreten, das Feuer des Aufstandes lodre hoch empor. Die Uferlandschaften des gelben Flusses erhoben sich in diesem Jahre ebenfalls und die Stämme der Karakirgisen kündigten den Gehorsam, um die nordwestlichen Kreise des Mittelreichs plündernd und mordend zu durchziehen. In Peking wurde man so besorgt, daß man sich den Rückzug in die alte mongolische Heimath deckte. Es fehlte so sehr an Truppen, daß man die ostsibirische Grenze entblößte, um Staffeln bilden zu können, welche den fliehenden Hof aufnähmen. Einen Theil der Truppen, die man dem Quellengebiet des Amur entzog, schickte man nach Honan, wo sie aber dem Aufstand die gefährlichste Wendung gaben, denn auf der Stelle erhob sich Alles gegen diese wilden Stützen des Kaisers, die nicht einmal der Sprache mächtig waren. Der vermehrte Zulauf, den er fand, setzte den jüngeren Bruder Christi in den Stand, eine neue und wichtige Eroberung zu machen. Am 19. Februar 1853 stand er plötzlich mit sechs Heerhaufen vor Nanking, welches den Kaisercanal beherrscht, der die Bestimmung hat, dem Norden die Lebensmittel und Waaren des Südens zuzuführen. Die Besatzung vertheidigte die Stadt sehr lau und wenige Tage später war sie in den Händen der Mingleute. Der Schlag wurde in Peking schwer gefühlt, so daß man den Consuln aller südlichen Barbaren, d. h. den Vertretern von England, Nordamerika, Frankreich, Portugal und Hamburg in Schanghai, ein Interventionsgesuch einhändigte. Die chinesischen Schiffe und Truppen, erklärte der Statthalter der Provinz, seien nicht im Stande, dem Vordringen der Rebellen gegen Osten Einhalt zu thun. Würden diese nicht alsbald angegriffen, so halte es später schwer, ihren nach allen Winden sich ergießenden Verheerungszug zu hemmen. Die Consuln hatten weder Vollmacht noch Mittel, dem chinesischen Verlangen zu entsprechen, indessen kam es später doch zu einem Kampfe europäischer Truppen gegen die Mingleute, weil diese Schanghai besetzten und den Handel störten.

Der große Dienst wurde dem Hofe zu Peking von den europäischen Mächten geleistet, daß diese das Meer von Seeräubern zu säubern fortfuhren und die Verproviantirung der Hauptstadt diesen Weg benutzen konnte. So war der Verlust von Nanking, der in dem Krieg mit England den Frieden erzwungen hatte, wenigstens zu ertragen. In den folgenden Jahren hielten die gegenseitigen Kräfte der Parteien sich mehr im Gleichgewicht. Nanking

behaupteten die Rebellen, aber ihre Unternehmungen gegen Peking wurden nicht von Erfolg gekrönt. Durch die Verwüstungen, welche sie sich zu Schulden kommen ließen, schwächten sie ihre eigenen Mittel und scheuchten Manchen von sich zurück, der sich ihnen angeschlossen haben würde, wenn sie sich als Beschützer der Unterdrückten gezeigt hätten. Im Gefühl der Sicherheit wurden sie unter einander uneinig und ließen ihrem angebornen Hochmuthe den Zügel schießen. Der Himmelssohn wurde nun überzeugt, daß sein himmlischer Vater ihm den Auftrag gegeben habe, alle Länder der Erde zu beherrschen. Die Gesandten Englands, Frankreichs und Nordamerikas, die sich ihm in Nanking vorstellen wollten, wurden seines Anblicks nicht würdig befunden. Wenn sie zuvor die göttliche Sendung des friedensreichen Königs anerkannt hätten, bedeutete ihnen sein Ceremonienmeister, dann dürften sie als demüthig Bittende mit kostbaren Geschenken vor dem himmlischen Throne erscheinen.

In Peking gelten die großen europäischen Reiche für kleine Barbarenstaaten, denen der Beherrscher einer Monarchie mit vierhundert Millionen Menschen keinerlei Beachtung schenken darf. Sechs Jahre nach dem Frieden von Nanking sprach sich der Kaiser Taokuang gegen den Mongolen Pikuei vom gelben Banner über den Krieg mit den Engländern aus. Damals hätten sie von anderen Nationen die Mittel erhalten, seinen Befehlen zu trotzen. Jetzt geschähe das nicht mehr, und so geriethen diese dummen Menschen in Verfall. Denn im Grund genommen seien die Engländer Vieh, von jeder Einsicht und allen höheren Bestrebungen fern. Sie hielten auf Hongkong jetzt nur wenige Soldaten, weil sie nicht mehr zu ernähren vermöchten. In Betreff ihrer Nahrung seien diese rothen Teufel von Canton abhängig, und das Volk wisse das und sehe deshalb auf die armseligen Geschöpfe mit Verachtung herab.

Mit so gemeinen Barbaren einen regelmäßigen diplomatischen Verkehr zu unterhalten, kommt dem Kaiser nicht in den Sinn. Seine Beamten in den Hafenstädten führen die Verhandlungen mit den Fremden, und ihre Sache ist es, entstehende Verwicklungen zu lösen. Da sie wissen, daß sie durch Nachgiebigkeit schwerer Ahndung sich aussetzen und für ihre eigene Person Nichts weniger als geneigt sind, der chinesischen Würde etwas zu vergeben, so erweitert sich jeder kleine Riß im guten Einvernehmen zu einem unheilbaren Zwiespalt. Man beachtet keine Beschwerde der Fremden, weil man

voraussetzt, daß die armen Menschen, um ihren Lebensunterhalt nicht zu verlieren, ihr Unrecht einsehen werden. So verwickeln sich Conflicte zu einem gordischen Knoten, der mit dem Schwert durchgehauen werden muß.

England, Frankreich, Rußland und Nordamerika hatten alle über die chinesische Regierung Klage zu führen. Den beiden Westmächten und Nordamerika waren die gegebenen Versprechungen, daß der Handel erleichtert und den christlichen Lehrern kein Hinderniß in den Weg gelegt werden solle, nicht gehalten worden. Insbesondere hatte man ihnen die Thore von Canton den Verträgen zuwider verschlossen, verschiedene Engländer mißhandelt, einen französischen Glaubensboten hingerichtet und einen Angriff auf ein nordamerikanisches Boot gemacht. Was Rußland betrifft, so hatte dasselbe auf seine mehrmaligen Gesuche um eine Zulassung in den Häfen nie eine andere Antwort erhalten, als man finde es undankbar, daß es mit der Gestattung des Handels an der nordwestlichen Grenze nicht zufrieden sei und über diese Wohlthat hinaus noch Etwas begehre.

Im October 1856 kam durch die Wegnahme eines unter englischer Flagge segelnden Fahrzeuges eine Beleidigung vor, für die eine Genugthuung nicht zu erlangen war. Um die Chinesen zur endlichen Beachtung der Verträge zu zwingen, beschossen die Engländer vom 22. bis zum 29. jenes Monats die Forts und die zunächst am Perlfluß liegenden Theile von Canton und setzten bis zum 10. November Feindseligkeiten gegen die chinesischen Kriegsschiffe und die Befestigungen an der Tigermündung fort. In der nächsten Zeit beschränkten sie sich auf eine Sperre des Flusses, um den Chinesen Zeit zu lassen, zur Besinnung zu kommen. In den übrigen Häfen ging der Verkehr seinen gewohnten Gang fort, da die Chinesen viel zu hochmüthig waren, um den Streit mit England in einem andern Lichte als in dem einer bloß örtlichen Ruhestörung zu sehen. Im Mai des folgenden Jahres traf sowohl ein englischer als ein französischer Bevollmächtigter ein und auch zwei Flotten mit Landungstruppen sammelten sich in den chinesischen Gewässern. Inzwischen brach aber der Aufstand der Sipahis aus, der England zur Zurückberufung einiger seiner Regimenter nöthigte. Im November war eine dritte Flotte, eine nordamerikanische, zur Stelle, und die Engländer hatten ihre Truppen wieder auf 6000 Mann gebracht. Die Nordamerikaner machten die Zuschauer, als die Engländer und Franzosen Stellungen zum Angriff einnahmen. Die Chinesen schienen bei diesen Dingen nicht betheiligt

zu sein, denn sie schickten weder Unterhändler, noch trafen sie Vertheidigungsmaßregeln. So wurde denn am 28. nach einer heftigen Beschießung durch die Flotten das Signal zum Sturm gegeben. Die Franzosen bildeten den linken, die Engländer den rechten Flügel. Nicht genug, daß die Chinesen vor den vorangehenden Plänklern wichen, ließen sie sogar einige ihrer Forts im Stich. An den vierzig Fuß hohen und fünfzehn Fuß breiten Stadtmauern unterhielten ihre tatarischen Truppen an verschiedenen Stellen ein lebhaftes Flintenfeuer und erschwerten das Anlegen der Sturmleitern. Kam ihnen das Bajonnet nahe, so ergriffen sie schleunigst die Flucht. Am Abend war die uneinnehmbare Stadt der Widder vollständig in der Gewalt der Verbündeten, die nicht mehr als zwanzig Todte und hundert Verwundete verloren hatten. Wo die Soldaten in den nächsten Tagen noch zu kämpfen hatten, geschah es entweder, um heimtückische Ueberfälle zu züchtigen, oder um den friedlichen Einwohnern gegen Räuber Hülfe zu leisten. Man setzte einen Statthalter ein und wählte dazu denselben Mongolen vom gelben Banner Pikuei, der als Vertrauensmann des Kaisers nach Canton gekommen war. Die Magazine und Waarenläden öffneten sich, und nicht lange, so lag im Hafen wieder eine Flotte fremder Handelsschiffe, welche Ladungen einnahmen oder löschten. Die feindlichen Maßregeln wurden vorläufig sistirt, um den Eindruck eines Schreibens abzuwarten, das die Gesandten, denen jetzt der russische beigetreten war, nach Peking hatten abgehen lassen. Sie erhielten eine kaiserliche Antwort, die aber ihren Erwartungen durchaus nicht entsprach, denn der Kaiser verbat sich ihren Besuch und wies sie an, seinem Generalstatthalter der beiden Kuang, einem bekannten Barbarenfeind, ihre Bitten vorzutragen. Sie beschlossen darauf, mit den Flotten und den Landungstruppen nach dem Norden zu gehen. Sperrten sie den Golf von Petschili, in den der Peiho mündet, so schnitten sie der chinesischen Hauptstadt die Zufuhren ab und hungerten den chinesischen Hochmuth aus.

Bis zum 24. April 1858 waren die Schiffe der Verbündeten, acht englische, sieben französische, drei amerikanische und ein russisches, zu denen nachträglich noch sechs Kanonenboote stießen, an der Mündung des Peiho eingetroffen. Die Russen und Nordamerikaner übernahmen die Vermittlung und ließen, als alle ihre Bemühungen umsonst waren, den Engländern und Franzosen die Ehre des Kampfes allein. Am 20. Mai setzten sich die Dampfboote in Bewegung und liefen bis dicht vor die feindlichen Schanzen, wo sie

ihr Feuer mit der verderblichsten Wirkung eröffneten. Sie hatten die feindlichen Geschütze nicht so bald zum Schweigen gebracht, als die Truppen landeten und alle Werke nahmen. Jetzt erschien ein chinesischer Unterhändler, der jedoch so ungenügende Vollmachten hatte, daß man ihm erklärte, man werde Tientsin angreifen, um den Sitz der Besprechungen der Hauptstadt etwas näher zu legen. Tientsin ist sechzig englische Meilen von der Mündung des Peiho entfernt und der Hauptspeditionsplatz von Peking. Die vorhergegangenen kriegerischen Ereignisse mußten den Muth der Chinesen völlig gebrochen haben, denn sie machten nicht einmal den Versuch, das Vordringen der Kanonenboote zu hindern. Die Besatzung der Stadt ließ sich hinauswerfen, ohne ein Gewehr abzufeuern.

Die chinesische Regierung bequemte sich, Gesandte hohen Ranges, einen Chinesen und einen Tatar, nach Tientsin zu schicken. Versuche, alle Forderungen der Verbündeten zu umgehen, setzten die Geduld der europäischen Unterhändler noch manchesmal auf eine harte Probe. Daß Peking so nahe war und Nichts die Feinde hinderte, ihre Fahnen vor den Mauern dieser Stadt zu entfalten, gab endlich den Ausschlag. Am 26. Juni 1858, genau fünfzehn Jahre nach dem Vertrage von Nanking, wurde der englisch-chinesische Friedensvertrag unterzeichnet. Den Engländern wurde eine Kriegsentschädigung und Verkehrserleichterungen zugestanden. Neue Häfen sollten ihnen geöffnet, Regulirungen des Zollwesens vorgenommen, dem Christenthum die vollste Duldung gewährt und gegen die Reisen von Europäern im Innern keine Einwendung gemacht werden. Denselben Inhalt hatten die Verträge mit Rußland, Nordamerika und Frankreich, die am 17., 18. und 26. Juni abgeschlossen wurden. Außer den Vortheilen, an denen die übrigen Nationen mit ihnen Antheil nahmen, erlangten die Russen die Abtretung aller der Gebiete am Amur, welche sie mitten im Frieden an sich gerissen hatten. Zum ersten Male seit dem Bestehen des chinesischen Reichs gestattete man das fortwährende Verweilen fremder Gesandtschaften in China und erkannte dadurch die Barbarenreiche als ebenbürtig an.

Unmittelbar nach dem Friedensschlusse segelten einige der Kriegsschiffe nach Jeddo, um Verhandlungen mit Japan zu unterstützen. In jenem Reiche, das seit dem siebzehnten Jahrhundert seine alten gastfreundlichen Gesinnungen ganz vergessen zu haben schien, hatten die Nordamerikaner das Eis gebrochen. Im Jahre 1852 rüsteten sie das stärkste Geschwader aus, welches die Union

je nach dem Osten geschickt hat. Ihr Befehlshaber, Perry, war der Ueberbringer eines Schreibens an den Siogun, in dem die Vortheile einer Handelsverbindung mit Nordamerika nachgewiesen wurden. Er besuchte zuerst die Liukiu, wo er den freundlichsten Empfang fand. In der Bucht von Jeddo bestand dagegen die erste Maßregel, zu der er durch das Benehmen der Japaner gezwungen wurde, darin, daß er seine Schiffe in Schlachtordnung stellte. Man umgab ihn mit Booten, die so lange Stand hielten, bis er seine Schiffe grade gegen sie einsegeln ließ. Endlich gestattete man ihm eine Unterredung, in der er den Zweck seines Kommens erläuterte. Nach dem älteren Brauch hätte er Monate lang in halber Gefangenschaft auf eine Antwort warten müssen. Statt dessen erklärte er, daß er jetzt absegeln und sich im nächsten Frühjahr seinen Bescheid holen werde. In der That segelte er nach der chinesischen Küste, wo noch mehrere Schiffe zu ihm stießen. Im Februar 1854 war er wieder in der Bucht von Jeddo, in die er diesmal, alle Vorstellungen der Japaner nicht beachtend, drei Meilen tiefer hineinsegelte. Am 2. März 1854 wurden die Verhandlungen durch die Aufstellung der nordamerikanischen Geschenke eingeleitet. Man hatte lauter Gegenstände dazu ausgewählt, die den Culturstand des Westens bezeichnen: eine Eisenbahn mit einer Dampfmaschine, einen elektrischen Telegraphen, ein Rettungsboot, eine Druckerpresse, Ackerbaugeräthe mit den neuesten Verbesserungen, die besten Oefen, Waffen aller Art, Bücher und Karten, Fernröhre und Operngucker, Tuche und Baumwolle, Weine und andere geistige Getränke. Alte asiatische Etikette ergibt sich nicht bei der ersten Aufforderung, und so war es nicht zu viel, daß die Unterhandlungen volle neunundzwanzig Tage dauerten. Perry blieb in seinem Benehmen immer gleich fest und gemäßigt. „Wir erbitten von Euch keine Gnade," sagte er dem kaiserlichen Bevollmächtigten, „wir geben im Gegentheil mehr, als wir empfangen. Ihr seht, daß wir die Mittel haben, uns Alles zu verschaffen, was wir wollen und Euch nach unserm Gefallen zu behandeln. Wir sind aber menschenfreundlicher Gesinnung und brauchen nicht gern gegen Jemand unsre Uebermacht. Wir wollen Euch als ebenbürtig behandeln und einen Vertrag mit Euch schließen." Durch diese Sprache erreichte er von den Japanern, was allen Demüthigungen anderer Mächte beharrlich versagt worden war. Der Vertrag von Kanagawa, den er am 31. März 1854 mit dem japanischen Bevollmächtigten abschloß, ist ein Freundschaftsvertrag. Japan gewährte den amerikanischen Schiffen Zutritt

in zwei Häfen, Simoda und Hakodade, wo sie Holz, Wasser, Lebensmittel, Kohlen und alle anderen Bedürfnisse einnehmen dürften. Allen Schiffbrüchigen, die an andern Punkten auf die Küste geworfen würden, wollte man Hülfe leisten und sie nach einem jener beiden Häfen schaffen. Innerhalb jener Häfen, so wurde weiter festgesetzt, dürften sich die Amerikaner frei bewegen. Auch amerikanische oder europäische Waaren sollten gegen japanische vertauscht werden können.

Auf den amerikanischen Unterhändler folgte ein englischer, der Admiral Sir James Stirling. Das Verfahren Perry's diente ihm zum Muster, doch war er geduldiger als sein Vorgänger und ließ sich drei Wochen auf altjapanische Weise behandeln, ehe er kategorisch erklärte, nachdem er in alle Förmlichkeiten eingewilligt und eine Behandlung geduldet habe, wie sie einer Nation von Englands großer Macht nirgends anders geboten werde, sehe er keinen andern Ausweg, als nach der Hauptstadt zu segeln. Das wirkte, und er kam jetzt in Stunden weiter, als früher in Tagen. Am 14. October 1854 hatte er seinen Vertrag abgeschlossen, am 19. October wurden die Ratificationen ausgetauscht. Die Bestimmungen des Vertrags waren dieselben wie in dem nordamerikanischen, nur daß den Engländern außer Hakodade nicht Simoda, sondern Nagasaki geöffnet wurde. Die Holländer hatten in dieser Zeit die gewünschte Erweiterung ihres Handels erreicht, und gleich zu Anfang des nächsten Jahres brachte eine vierte Macht einen Handelsvertrag zu Stande. Der Vermittler desselben war der russische Admiral Paniutin. Seine Fregatte Diana ankerte im Hafen von Simoda, als der Fusijama, der größte aller japanischen Vulcane, am 23. December 1854, einen Ausbruch hatte, den ein Erdbeben begleitete. Das Wasser in der Bucht kochte auf, trat plötzlich soweit zurück, daß der Meeresgrund bis auf dreißig Fuß Tiefe bloßgelegt wurde, und stürzte dann wie ein Berg gegen das Ufer, um Alles zu überschwemmen, zu zertrümmern oder mit sich fortzureißen. Die russische Fregatte wurde bei diesem Hin- und Herwogen wie ein Kreisel umhergewirbelt und bekam so viele Verletzungen, daß sie in einem der nächsten Tage zu Grunde ging. In der früheren Zeit hätten die Japaner den schiffbrüchigen Admiral in einen Käfig gesetzt, jetzt unterzeichneten sie mit ihm einen Freundschaftsvertrag. Derselbe regelte die Grenze neu und auf eine für Rußland vortheilhafte Weise, stipulirte den gegenseitigen Unterthanen in den Besitzungen beider Staaten persönliche Sicherheit, Unverletzlichkeit ihres Eigenthums und

Schutz bei ihren Geschäften, öffnete ihren Schiffen drei Häfen und versprach ihren Consuln Aufnahme.

Die Ausführung dieser Verträge war dem Geiste derselben nicht angemessen. Wenn fremde Schiffe in die Häfen einsegelten, machte man ihnen jeden Handel unmöglich, indem man ihnen entweder keine Waaren und Lebensmittel verkaufte, oder ihr Geld zu dem dritten Theil des Werthes annahm, ermüdete ihre Officiere planmäßig durch Besuche und Unterredungen von früh Morgens bis spät in die Nacht und beaufsichtigte ihre Mannschaft wie schwere Verbrecher. Dies dauerte so fort bis zum Jahre 1858. Nun wurden von Nordamerika, Rußland und England abermals Verträge geschlossen, die eine weitere Oeffnung des japanischen Marktes zur Folge haben werden. Die Geldpreise sind festgesetzt und neue Häfen eingeräumt worden, womit sich die Versicherung verbunden hat, daß die Regierung ihr bisheriges System gänzlich verlassen und ihre Handelsbeziehungen mit den großen Seemächten so viel wie möglich ausdehnen werde. Man baut auf japanischen Werften nach fremden Modellen Dampfschiffe, versieht sie mit europäischen Maschinen und will zwischen den Küstenplätzen regelmäßige Linien eröffnen.

In den hinterasiatischen Reichen Siam und Cochinchina ist die Absperrung von allen Fremden ebenfalls zur Regel geworden. Man hat die Uebermacht der Cultur kennen gelernt und fürchtet ihr zu erliegen, sobald man ihrem Strom den kleinsten Raum gewährt. Siam ist eine ungeheure von Bergen eingefaßte Ebene, die durch die Ueberschwemmungen des Meinams befruchtet wird. Die Einwohner schätzt man auf sechs Millionen und das herrschende Volk der Thai ist nicht viel stärker vertreten als das chinesische. Die unbeschränkte Königsgewalt wird durch überlieferte Gebräuche und Religionsvorschriften in sehr engen Schranken gehalten. Fast alle Autorität ist erblich und das Lehnswesen allgemein eingeführt. Der geistliche Stand, der noch der geachtetste ist, sieht sich ebenfalls auf hundertfache Art eingeengt. Die Stabilität dieser Bevölkerung hat sich durch die starke Mischung mit andern Nationalitäten nicht vermindert und äußert sich in Allem. So mannigfaltige und so viele Naturerzeugnisse liefert der Boden, daß der Mensch zur Trägheit ermuntert wird. In den Luxusartikeln hat man Fortschritte gemacht und namentlich die Goldschmiedekunst der Hauptstadt Bangkok steht im ganzen Morgenlande in verdientem Ruf, während die gewöhnlichen Baumwollstoffe aus dem Auslande eingeführt werden.

Es gab eine Zeit, wo Bangkok die dritte Handelsstadt der Länder östlich vom Vorgebirge der guten Hoffnung war. Diesen lebhaften Verkehr lähmte der König durch die Einführung von Monopolen und Siam wurde überhaupt den Fremden gesperrt, nachdem ein Franzose, dem Ludwig XIV. ein Regiment mitgegeben hatte, wegen seiner Anmaßung erschlagen worden war. Der Handel zog sich nach der englischen Niederlassung Penang, doch blieben einige Christen im Lande, deren sich seit 1830 die katholischen Missionen energischer annahmen. Aus Eifersucht gründeten auch die Protestanten Stationen und zwar drei nach einander. Diesen Religionsbestrebungen sah man geduldig zu, als aber 1822 Crawfurd als englischer Gesandter erschien, behandelte man ihn wie einen Gefangenen, untersagte ihm jede Verbindung mit dem Volke und gewährte ihm nur ein einziges Zugeständniß, das noch dazu wie ein Hohn klang, denn er hatte um Herabsetzung der Zölle unterhandelt, und man versprach ihm, sie nicht erhöhen zu wollen. Ein wirklicher Handelsvertrag, der 1826 durch Burney's Bemühung zu Stande kam, wurde von den Siamesen nicht im Geringsten beachtet. Mit wenig mehr Rücksicht verfuhren sie mit den Versprechungen, die sie dem Nordamerikaner Robers gaben. Als die Union Klage führen wollte und einen zweiten Gesandten schickte, wurde dieser vom König nicht einmal empfangen. Sir James Brooke, der sich 1850 in Bangkok vorstellte, verließ das Land mit sehr geringen Hoffnungen auf eine künftige Handelsverbindung. Um so glücklicher war Sir John Bowring, dessen Gesandtschaft in das Jahr 1856 fällt. Der von ihm am 18. April abgeschlossene Vertrag ist die erste Vorstufe, die man in halbbarbarischen Ländern immer ersteigen muß, ehe man zu der Höhe eines europäischen Handelsverkehrs gelangt. Nach seinem Inhalt dürfen die Engländer in Bangkok einen Consul anstellen und in dieser Hauptstadt Land miethen und Häuser bauen oder kaufen. Sie haben in ganz Siam Freiheit der Religionsübung, dürfen in allen Seehäfen frei Handel treiben und alle Waaren unmittelbar vom Erzeuger kaufen, so daß die Monopole mithin aufgehoben sind. Auch die Ausfuhrverbote kommen in Wegfall und von den Abgaben auf die Artikel des Landes ist nur eine beibehalten worden.

Ein zweites Reich Hinterasiens, das die chinesische Cultur in sich aufgenommen hat, ist Cochinchina oder Annam. Es erstreckt sich über den östlichen Theil des großen Vorgebirges, das von der Halbinsel der Malayen in nordöstlicher Richtung weit in's Meer tritt. Einige seiner Gebiete sind über-

aus fruchtbar, andere bestehen aus Sandhügeln ohne allen Pflanzenwuchs und Bergkegeln, auf denen Nichts als ein verkrüppeltes Gesträuch gedeiht. Man gibt die Bevölkerung bald zu zehn und zwölf, bald zu fünfzehn und achtzehn, bald zu zwanzig und zweiundzwanzig Millionen an. Nach Crawfurd sind alle diese Angaben bedeutend übertrieben und die ganze Seelenzahl beläuft sich höchstens auf fünf Millionen. In eine der Thronstreitigkeiten, die im achtzehnten Jahrhunderte selten aufhörten, mischten sich die Franzosen ein. 1781 stellte sich ein Prätendent unter den Schutz eines Bischofs dieser Nation und suchte sechs Jahre später in Paris um Hülfe nach. Er trat Ludwig XVI. einen Küstenstrich, die Bai von Turon und die in der Nähe liegenden Inseln ab, erhielt jedoch keine Hülfstruppen, da inzwischen die Revolution ausbrach. Einige französische Officiere kamen nach Cochinchina und verschafften dem Prätendenten durch den Bau von Festungen und die Einrichtung seines Heeres auf europäischem Fuß den Sieg. Der französische Einfluß behauptete sich bis 1822 ungestört und das Missionswesen nahm einen so guten Fortgang, daß 350,000 bis 400,000 Menschen getauft wurden. In jenem Jahre trat indessen ein Rückschlag ein, in Folge dessen die letzten französischen Officiere des Landes verwiesen und die einheimischen Christen verfolgt wurden. Favin Levesque, der 1843 im Namen Frankreichs unterhandelte, fand ihrer noch 130,000. Man lieferte ihm fünf Glaubensboten aus, die zum Tode verurtheilt worden waren, gab aber weder eine Zusage der Religionsduldung, noch gewährte man einen ausgedehnteren Handel. Wollten die Fremden kaufen oder verkaufen, sagte man ihnen, so hätten sie sich im Hafen von Turon einzufinden und die Erlaubniß des Königs einzuholen. Ein zweiter französischer Bote, Cecille, fand die Stimmung nicht gebessert. Cochinchina habe sich in seiner Isolirung lange wohl befunden, antwortete man ihm, und werde sein System nicht ändern. 1845 sollten wieder Priester hingerichtet werden und wurden abermals einem französischen Schiffe ausgeliefert. Sie kehrten heimlich in's Land zurück, worauf man sie nach der englischen Niederlassung Singapur schickte. Für diese wiederholten Beleidigungen französischer Priester forderte La Pierre 1847 mit zwei Kriegsschiffen Genugthuung. Er begann damit, Schiffe der Cochinchinesen in Beschlag zu nehmen, glaubte dann feindliche Bewegungen wahrzunehmen und eröffnete sogleich aus seinen Geschützen ein Feuer, das in wenig mehr als einer Stunde tausend Cochinchinesen tödtete, während er selbst nur einen Todten und

einen Verwundeten hatte. So geflissentlich man es auf einen Zusammenstoß angelegt hatte, der ohne Zweifel weiter benutzt werden sollte, wurde Cochinchina, weil die Februarrevolution dazwischenkam, zehn Jahre lang unbelästigt gelassen. 1857 wurde in jenem Lande ein Bischof, Diaz, ein geborner Spanier, verhaftet. Frankreich machte das Schutzrecht geltend, das es über alle hinterasiatischen Christen zu besitzen glaubt, aber seine Kriegsschiffe kamen zu spät, denn der Bischof hatte bereits durch den Strang geendet. Aus dieser Gewaltthat ist ein Krieg hervorgegangen, über dessen Ausgang kein Zweifel sein kann. Sei es nun als unabhängiges Reich oder als französischer Vasallenstaat, ganz oder halb gezwungen, so oder so wird Cochinchina als neues Glied der in einander verschlungenen Kette des modernen Völkerlebens eingefügt werden.

In der Inselwelt der Südsee braucht es keines großen Apparats diplomatischer oder kriegerischer Mittel, um Ländererwerbungen zu machen. Hält man den Besitztitel des ersten Entdeckers nicht für genügend, so kauft man dem nächsten Häuptling ein Recht ab, mit dessen Legitimität es nicht genau genommen wird, und legt sich Rechte der Erbfolge in eine apokryphe Souveränetät bei. So sind die Franzosen unter Anderem in Neucaledonien zu Werke gegangen. Die Vorboten ihrer Herrschaft waren wie gewöhnlich katholische Glaubensboten, die sich im Jahre 1843 ansiedelten, aber durch Krankheit und Hungersnoth unsäglich zu leiden hatten. Sie erhielten sich nothdürftig, bis im Jahre 1847 die Matrosen eines jener Walfischfänger, welche in allen Meeren die geschwornen Feinde des Missionswesens sind, die Eingebornen aufwiegelten, das Haus der Priester in Brand zu stecken und diese selbst zu vertreiben. Die Mission wurde nun aufgegeben, Neucaledonien jedoch nicht aus den Augen verloren. 1853 kaufte ein französischer Gegenadmiral die Insel mit allem Zubehör von einem Häuptling. Was man mit ihr anfangen soll, scheint man in Frankreich nicht zu wissen. Mit den Versuchen, Ansiedler anzulocken, will es nicht vorwärts gehen, und als Strafcolonie wäre sie überflüssig, da man in Cayenne eine Oertlichkeit besitzt, die im vorzüglichen Grade Alles das leistet, was man von ihr fordert. Immerhin ist Neucaledonien eine Station, die in Verbindung mit den übrigen Errungenschaften der französischen Politik in der Südsee, die von hier in einem weiten Bogen bis zu den Marquesas reichen, im Fall eines Kriegs ihren Nutzen haben wird. Fran-

zösische Kriegsschiffe finden hier gute Häfen und Corallenbänke und Klippen, zwischen denen sie mit einem überlegenen Feinde Versteckens spielen können.

Die Nordamerikaner wollen von dem Becken, dessen Eingreifen in den politischen und commerciellen Verkehr der Welt mit jedem Jahre mächtiger wird, nicht ausgeschlossen sein. Sie suchen die Amurgegenden, Kamtschatka und Sibirien in ihren Einfluß hineinzuziehen, besitzen auf der Gruppe der Bonin, die für den Verkehr mit Japan höchst gelegen ist, eine Niederlassung, wollen auf die chinesische Insel Formosa die Hand legen und sind die thatsächlichen Beherrscher der Sandwichinseln geworden. In ihrem eigenen Lande verwandelten sie die westliche Grenze binnen wenigen Jahren aus einer Einöde in fruchtbare Gebiete. Namentlich äußerte in dem großen Westlande an den Seen, südlich und nördlich vom fünfzigsten Breitengrade ihre Kraft eine beispiellose Wirksamkeit und rief in allen Richtungen der Wildniß ungeheure Fortschritte hervor. Man verband den Oberen See mit den andern großen Seen durch einen Canal, dessen Schleusen Dampfer von 350 Fuß Länge, 30 Fuß Balkenbreite und 12 Fuß Tiefgang zulassen, und ist nahe daran, eine ähnliche Wasserstraße auszuführen, welche Seeschiffen einen unmittelbaren Zugang zum Winipegsee gewährt. Eisenbahnen sind theils vollendet, theils im Bau begriffen, und der Ackerbau hat in einer solchen Weise zugenommen, daß die Städte an den Seen, vor allen Chicago, zu den größten Getreideplätzen der Welt geworden sind. Aus dem westlichen Gebiet wurden ganze Staaten herausgeschnitten: der Staat Utah, dessen Mormonen in der jüngsten Zeit durch Truppen zum Gehorsam zurückgebracht werden mußten, Oregon, Minnesota, Kansas und Nebraska. Man gibt sich gern der Hoffnung hin, daß dieser jungfräuliche Westen künftig den Kern und Mittelpunkt des nordamerikanischen Staatenbundes darstellen wird. Seine sehr ausgedehnten Landstriche besitzen den üppigsten Graswuchs, einen unerschöpflichen Boden, Reichthum an Flüssen, Steinkohlen, Salzlagern und verschiedenen Erzen, wie seine Bewohner im Kampfe mit Wald- und Grasebenen erstarkt und sowohl von den entnervenden Zuständen der Sclavenstaaten als von dem Handelstreiben des Nordostens nicht berührt worden sind. Bis zum Jahre 1854 wurden die nichtorganisirten Gegenden des Westens zwischen dem siebenunddreißigsten und dreiundvierzigsten Grade nördlicher Breite unter dem allgemeinen Namen Nebraska begriffen. In jenem Jahre trennte man Kansas davon und gab ihm im Norden den vierzigsten, im Süden den siebenunddreißigsten Breiten-

grad zur Grenze. Das weiter nördliche Gebiet zwischen dem vierzigsten und dreiundvierzigsten Breitengrade behielt seinen Namen Nebraska. Um diese beiden Gebiete wurde von den Parteien mit einer Heftigkeit gestritten, die eine Auflösung der Union herbeiführen zu müssen schien. Die Sclavenhalter und ihre demokratischen Verbündeten wollen aus den beiden neuen Gebieten Sclavenstaaten machen, die Republikaner oder Whigs strengten alle Kräfte an, die Geißel der Sclaverei von dem Westen fern zu halten. Ihre Partei war bei dem Sclavenjagdgesetz von 1850 erlegen und wurde bei der Nebraska-bill von 1854 wiederum besiegt. Hatte das erste Gesetz jedem Beamten gestattet, flüchtige Sclaven in freien Staaten einzufangen, so stellte das zweite den Grundsatz auf, daß es jedem Bürger der Vereinigten Staaten gestattet sei, sein Eigenthum in schwarzen Menschen als solches in die neuen Staaten des Westens mitzunehmen. Kansas grenzt an Missouri und war daher der Einwanderung von Sclavenhaltern am meisten ausgesetzt. Um sich die Oberhand zu verschaffen, schafften die Negerfreunde Ansiedler auf Ansiedler in das Gebiet und hatten bereits die Mehrzahl gewonnen, als Missourier in bewaffneten Haufen über die Grenze drangen und theils durch Gewalt theils durch Schrecken eine Verfassung durchsetzten, die der Sclaverei den Schutz des Gesetzes leiht. Zu Sclavenstaaten werden deshalb Nebraska und Kansas nicht werden. Die Luft ist rein und klar, die Temperatur etwa jener des nördlichen Deutschlands angemessen, und der Weiße kann ohne Gefahr für seine Gesundheit die angestrengtesten Arbeiten vornehmen. Wo dies der Fall ist, schließt sich die Sclaverei von selbst aus. Der Streit um Kansas und Nebraska hat daher nur deshalb geschichtliche Bedeutung, weil er die Erbitterung zeigt, die zwischen dem Norden und dem Süden herrscht.

Nach der Theorie des Südens hat die Union die Bestimmung, Cuba, Mexiko und Mittelamerika an sich anzufügen. Sie kann je nach ihrer Wahl glimpfliche oder Gewaltmittel ergreifen, kaufen oder erobern. Auf Cuba hat man die Sympathien der weißen Bevölkerung für sich, denn das nordamerikanische Capital und der Handel mit Nordamerika reden einer Verbindung mit der Union das Wort, und überdies ist ein Anschluß eine Garantie für den Fortbestand der Sclaverei. Aber Spanien hält die Perle der Antillen mit seiner letzten Kraft fest, England und Frankreich leisten ihm ihren Beistand, und die Freibeuterzüge der Nordamerikaner sind bisher zum Verderben ihrer Urheber ausgeschlagen. In Mexiko sind andere und für die nordamerika-

nischen Bestrebungen vielleicht noch günstigere Verhältnisse. Die beiden Parteien der Centralisten und der Föderalisten bekämpfen sich zum unwiederbringlichen Schaden ihres Vaterlandes mit allen Waffen der List und der Gewalt. Seit der Unabhängigkeitserklärung hat man sechsunddreißig Präsidenten und Dictatoren gehabt, von denen zwei hingerichtet, fünf in's Gefängniß geworfen und sechs verbannt oder zur Flucht in's Ausland genöthigt wurden. Von allen dortigen Staatsmännern hat sich nur einer, General Santa Anna, auf längere Zeit gehalten, und nicht etwa deshalb, weil er der beste Regent und der weiseste Staatsmann wäre, sondern weil er es allen andern an Ränken weit zuvor thut. 1853 war er wieder einmal Präsident. Vor dieser Zeit war die Reform die Losung gewesen, und General Comonfort hatte sich unter Denen, welche den Mißbräuchen in der Verwaltung ein Ende machten, vortheilhaft ausgezeichnet. Von Santa Anna entlassen, bewaffnete er in Ayutla seine Anhänger und rief die Föderativverfassung aus. Nach anderthalbjährigem Kampfe wurde Santa Anna vertrieben, aber auch sein glücklicher Gegner hielt sich nur bis zum Ende des Jahres 1857. In diesen letzten Kämpfen haben sich die letzten Bande der Ordnung gelöst. Jahrelang ist das Land mit Verwüstung, Brand und Mord durch plündernde Haufen heimgesucht worden. Die Indianer sind über die Köpfe der Weißen emporgestiegen, wie der Umstand beweist, daß nach der Vertreibung Santa Anna's die erste Präsidentenwahl nicht auf Comonfort gefallen ist, sondern auf den General Alvarez, den Panther des Südens, einen Indianer vom reinsten Blut. Das kaukasische Element ist am Absterben und das indianische zu schwach und culturunfähig, um an seine Stelle zu treten. Mexiko muß entweder in viele kleine Staaten zerfallen oder das Protectorat einer größeren Macht dulden. Die Vereinigten Staaten kaufen ihm vorläufig, bis ihnen das Ganze zu Theil wird, die angrenzenden Ländereien ab. Auf diese Weise haben sie 1854 das sogenannte Gasdengebiet erworben, das an Neumexiko angrenzt und muthmaßlich den günstigsten Boden für eine Eisenbahn zum stillen Meere darbietet. Auf die Landenge von Tehuantepec haben sie mehrmals namhafte Summen geboten und sind endlich zur Anlage einer Landstraße von Meer zu Meer ermächtigt worden, welche sie vor Kurzem fertig gebaut haben.

Ehe die Eisenbahn über die Landenge von Panama fertig wurde, gaben Reisende, die den Weg von der Ostküste zur Westküste zu machen hatten, dem

Isthmus von Nicaragua den Vorzug. Die dortigen Parteien, welche nach südamerikanischer Weise jeden Streit mit dem Schwerte ausmachten, riefen wetteifernd nordamerikanische Raufbolde in's Land. Eine derselben, die sich den Namen der demokratischen beilegt, schloß einen Vertrag mit Wilhelm Walker, einem californischen Abenteurer, der den Letzteren verpflichtete, sich ihr mit einem Heer zur Verfügung zu stellen, wofür ihm 52,000 Acker abgetreten werden sollten. Am 11. Juni 1855 landete er mit 62 Mann, die aber bald verstärkt wurden, bei Realejo und spielte nach den beiden ersten Gefechten von Rivas und Virgin Bai den Meister. Die Demokraten empfanden bald, daß ein solcher Mann leicht zu rufen und schwer wegzuweisen sei. Als sie gegen ihn intriguirten, ließ er ihren General nach kriegsrechtlichem Spruch erschießen und übernahm dann die Regierung selbst. Insofern war sein Regiment ein wohlthätiges, als er das Raubgesindel des Landes mit eiserner Strenge im Zaume hielt und zum erstem Male seit der Unabhängigkeitserklärung Ruhe und Ordnung schuf. Im April 1856 hatte er den Höhepunkt seiner Macht erreicht und hätte nun Frieden und Wohlfahrt dauernd sichern können. Jetzt enthüllte er aber seinen wahren Charakter als Flibustier und machte aus der Mission, zu der er sich hergegeben hatte, kein Hehl mehr. Seine Leute behandelte er tyrannisch, so daß viele von ihm abfielen, der nordamerikanischen Transitgesellschaft nahm er ihr ganzes Eigenthum, so weit es für ihn erreichbar war, die Bevölkerung sog er durch Steuern, Strafgelder und Contributionen nach Möglichkeit aus. Er führte nun die Sclaverei ein und verrieth offen seinen Plan, die Nachbarrepubliken und die Moskitoküste zu erobern und als Sclavenstaaten der Union einzufügen. Dieser Plan hatte einen Bund der mittelamerikanischen Staaten unter Englands halboffenem Protectorat zur Folge. Die Soldaten der verbündeten Republiken schnitten Walker von den Häfen ab und umzingelten ihn in Rivas. Er hielt diesen Ort zwei Monate lang, bis er endlich für seine ganze Mannschaft einen Lebensmittelvorrath von zwei magern Ochsen, zwei Pferden und drei Maulthieren hatte. Da ergab er sich unter der Bedingung, daß man ihn nach einem Hafen der Union führe. Er verließ das Land, in das er nach und nach 7000 Menschen gelockt hatte, mit 240, von denen die meisten krank waren.

Siebzehn Jahre wurde am La Plata zwischen Buenos Ayres und Montevideo Krieg geführt. Für Rosas waren alle Kräfte der argentinischen Pro-

vinzen, die er sich unterthänig gemacht hatte, für Montevideo intervenirten Frankreich und England ohne Erfolg. 1852 mischte sich Brasilien in diese Verhältnisse, vielleicht weniger, um den Störungen seines Handels ein Ende zu machen, als um ältere Ansprüche auf die Banda Oriental zu erneuern. Sein Heer wurde durch eine deutsche Legion verstärkt, die aus den Trümmern der Kämpfer für Schleswig-Holstein bestand. Eine einzige Schlacht bei Santos Lugares entschied Alles. Die deutschen Dragoner ritten die Gauchos, die in ganz Südamerika berühmt waren, beim ersten Anprall nieder (31. Januar 1852). Sein Lager gab Rosas nach einem unbedeutenden Kampfe auf und rettete sich auf ein englisches Schiff. Nach seinem Verschwinden wurden die Sieger überall mit offenen Armen aufgenommen. Die Bewohner der Stadt Buenos Ayres schienen der Meinung zu sein, daß die Entscheidung allein für sie erfolgt sei. Statt sich mit dem natürlichen Uebergewicht zu begnügen, das ihrer höheren Geistesbildung nicht entgehen konnte, strebten sie nach einer wirklichen Herrschaft über das Binnenland. Ein Nationalcongreß, der in Santa Fe seine Sitzungen hielt, wurde von der ehrgeizigen Hafenstadt nicht beschickt, doch machte sich die Vernunft, als bereits ein neuer Bürgerkrieg entstanden war, so weit geltend, daß man sich in friedlicher Weise trennte. Die argentinischen Provinzen bildeten einen Staatenbund für sich und auch Buenos Ayres gab sich eine eigene Verfassung. Bisher rief die Eifersucht zwischen Stadt und Land nur einen rühmlichen Wetteifer hervor. Beide begünstigen die Einwanderung und halten den Grundsatz der freien Schifffahrt aufrecht, der auf ihren herrlichen Strömen bald Leben und Bewegung heimisch machen wird.

Die argentinischen Provinzen und Chili sind die einzigen südamerikanischen Staaten, in denen sich Aussicht auf eine Entwicklung im Sinne des Fortschritts zur Cultur zeigt. Brasilien ist ruhig, aber in den meisten seiner Provinzen lähmt das tropische Klima die Kräfte der weißen Bevölkerung. Ueberdies ist das gelbe Fieber, nachdem es lange an seinen Grenzen Halt gemacht hat, an seinen Küsten in furchtbarer Gestalt aufgetreten und weit an den Flüssen aufwärts gegangen. So lange die ärztliche Kunst an dieser Krankheit scheitert, bleibt die Besiedlung tropischer Küsten ein Traum, den verwirklichen zu wollen nur bodenlosem Leichtsinn oder ausgemachter Schurkerei einfallen könnte. Im ganzen übrigen Südamerika kommt zu den Nachtheilen des Klimas ein selten ruhender Bürgerkrieg der Weißen, in den die

Indianer mit zunehmender Ueberlegenheit sich einmischen. In den noch übrigen europäischen Colonien hat die Aufhebung der Sclaverei den Wohlstand sehr vermindert und zum Theil zerstört. Man hat die Schwarzen durch Kulis, freiwillige und unfreiwillige Arbeiter aus Indien und China, ersetzen wollen, aber man erhält auf diese Weise nicht genug Menschen, und Frankreich ist daher zum Sclavenhandel zurückgekehrt.

Gleich der neuen Welt ist der älteste Welttheil in einer Krisis und in einem Zersetzungsproceß begriffen. Keine seiner Culturen, weder die buddhistische, noch die brahminische, noch die mohamedanische, hat den Menschen zum Gefühl seiner wahren sittlichen Würde zu erheben vermocht. Nirgends in den ungeheuren asiatischen Gebieten ist das Leben ein schön menschliches, denn nirgends ist die Frau geachtet. Auf derselben Höhe, zu der die Asiaten durch ihre Religionen emporgehoben werden konnten, sind sie eingerostet und ihr Leben ist verdorrt. Sie gleichen einem ausgebrannten Vulcan, dessen Laven und Schlacken eine lange, lange Verwitterung durchmachen müssen, ehe sie neuen Keimen Nahrung zuzuführen im Stande sind. Was wird sich hier dereinst durch die Berührung mit slawisch-griechischen, romanisch-katholischen, germanisch-protestantischen Elementen gestalten?

Die europäische Cultur läuft an Eisenbahnen und Dampfschiffslinien wie ein heiliges Feuer über die Erde. Vom arktischen bis zum antarktischen Kreise hat sie ihre Posten, ihre Stationen, und ist Siegerin, wo sie auch auftritt. Mit Stolz können wir auf den Antheil blicken, den unser germanischer Stamm an dem Civilisationswerke nimmt. Ihm dienen die drei mächtigsten Handelsflotten der Erde, er ist in Amerika, in Südasien vorherrschend, er hat Afrika eröffnet und das Leben ber Südsee erweckt. Die große slawische Familie windet sich aus den Fesseln ihres unfreien Zustandes heraus. Es ist viel Naturkraft in ihr, doch wird sie ihrem Expansivvermögen nicht zu viel freies Spiel gewähren dürfen, wenn ihr innerer Kern ein gesunder bleiben soll. Völker, die noch vor ihrer religiösen, politischen und gesellschaftlichen Reform stehen, sind übel berathen, wenn sie für ihre unfertigen Zustände weitere räumliche Grenzen suchen. Die dritte europäische Völkergruppe, die romanische, ist seit dem Beginn der neuesten Zeit nicht zur Ruhe gekommen. Sie rühmt sich ihrer Hast und glaubt das große Triebwerk Europas zu sein. Sie hat aber nie verstanden, gewonnene Positionen zu behaupten, und die Ideen, die sie in die Welt geschleudert hat, sind bei

ihr selbst nie zu Fleisch und Blut geworden. Gesunde Völker finden nach Verirrungen ihre richtige Basis wieder, bei den Romanen sehen wir ein Hin- undherwerfen, das aus einem krankhaften Unbehagen hervorgeht, ein Springen von Extrem zu Extrem. Mit allen ihren Experimenten im staatlichen Leben sind sie nie zu etwas Dauerndem gelangt, und für die gesellschaftlichen Probleme, in deren Lösung sie ihren neuesten Weltberuf zu erblicken glauben, ist weder die Organisation der Demokratie, welche in Frankreich zur Staatsparole geworden ist, noch die Tendenz des Geheimbundes der Marianne der richtige Weg. Es hat ganz den Anschein, als ob die Romanen die sociale Revolution, zu der sie 1848 angesetzt haben, noch einmal versuchen würden. In diesem Falle können sie über Europa eine neue Prüfung verhängen, doch zum Glück ist das Gefüge des germanischen Völkerlebens zu fest gezimmert, als daß es durch einen Stoß absterbender Völker aus den Fugen zu bringen wäre.

Namen- und Sachen-Register.

IV. Neueste Geschichte,

den elften Band enthaltend.
